



Die KPÖ — Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik

KPÖ

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICH

**Beiträge
zu
ihrer
Geschichte
und
Politik**

Globus Verlag Wien

**Die Kommunistische Partei Österreichs —
Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik**

**Historische Kommission
beim Zentralkomitee der KPÖ**

Die Kommunistische Partei Österreichs

**Beiträge
zu ihrer Geschichte und Politik**

**Vorwort: Franz Muhri
Nachwort: Ernst Wimmer**



Globus-Verlag Wien

Inhalt

Vorwort
Franz Muhri

13

1. Abschnitt: Die Anfänge der Partei bis 1920

Hans Hautmann

Vorgeschichte, Gründung und revolutionärer Aufschwung

- Historische Ausgangsbedingungen** 15
Die Traditionen von Hainfeld (15) — Der Beginn der Epoche des Imperialismus (16) — Die Besonderheiten der Lage in Österreich-Ungarn (19) — Der Zusammenbruch der II. Internationale im August 1914 (20) — Der Charakter des ersten Weltkriegs und die Aufgaben des Proletariats (23)
- Die Entwicklung im ersten Weltkrieg** 24
Die „Linken“ und die Linksradikalen (24) — Das Einsetzen der revolutionären Krise in Österreich (26) — Die Antwort der Herrschenden auf die wachsende Unzufriedenheit unter den Massen (29) — Der Übergang der Sozialdemokratischen Partei auf die Positionen des Zentrismus (30) — Der Widerhall der Oktoberrevolution in Österreich (33) — Der Jännerstreik 1918 (34) — Vorübergehende revolutionäre Ebbe (38)
- Die Partei in der österreichischen Revolution 1918—1920** 40
Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns (40) — Die Gründung der KPÖ (43) — Der 1. Parteitag der KPÖ (45) — Der Anteil der Partei an der Gründung der Kommunistischen Internationale (46) — Der revolutionäre Aufschwung im Frühjahr 1919 (47) — Die Rätebewegung (49) — Sozialpolitische Errungenschaften (51) — Der Gründonnerstag, 17. April 1919 (53) — Der 15. Juni 1919 (54) — Die Niederwerfung der Ungarischen Räterepublik (55) — Auseinandersetzungen um die Parteilinie (56) — Der 3. Parteitag der KPÖ (57) — Krise und Bruch der Regierungskoalition (57) — Die KPÖ und die Wahlen des 17. Oktober 1920 (59)

Alle Rechte vorbehalten

© 1987
Globus, Zeitungs-, Druck- und Verlagsanstalt
Gesellschaft m. b. H., Wien
ISBN 3-85364-189-X

Tabelle S. 448/449: Rosmarie Atzenhofer
Umschlag: Karl Holzer/Foto von Franz Hausner
Gesamtausführung: Globus, 1206 Wien

2. Abschnitt: 1921 — 1931

Winfried R. Garscha

Formierung der KPÖ zu einer leninistischen Partei

Die neuen Bedingungen nach dem Scheitern der Revolution 61

Die Orientierung auf die „lange Perspektive“ (61) — Die Haltung der Kommunisten zur bürgerlichen Republik (63) — Der 1. Dezember 1921 (65)

Die Genfer Sanierung und das Entstehen des Faschismus in Österreich 67

„Den revolutionären Schutt wegräumen!“ (67) — Die sozialen Folgen der Genfer Sanierung (69) — Der Ausbruch der Fraktionskämpfe in der KPÖ (73) — Die Gründung des Republikanischen Schutzbundes (76) — Aufbau und Ideologie der faschistischen Organisationen (78) — Birnecker, Still, Kovarik, Müller: Die vier ersten Opfer des Faschismus in Österreich (79) — Der Kampf um Heer und Polizei (81)

Um die politisch-organisatorische Festigung der Partei 83

Die relative Stabilisierung des Kapitalismus und die „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien (83) — Johann Koplénig und die Überwindung der Fraktionskämpfe in der KPÖ (87) — An der Seite der „Saniererten“: Die KPÖ im sozialökonomischen Kampf (92) — Ideologische Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie (98)

Seipel läßt schießen 101

Die „zweite Sanierung“ (101) — „Der Faschismus ist am Sprung“ (102) — Der 9. Parteitag der KPÖ (107) — Der 15. Juli 1927 (112) — Innerparteiliche Auseinandersetzungen um den Charakter der Juli-Ereignisse (119)

Der erste organisierte Vorstoß des Faschismus 127

Die Heimwehren nach dem 15. Juli (127) — Die Juliprozesse (128) — Der Hüttenberger Pakt (130) — 7. Oktober 1928: Die Kraftprobe von Wiener Neustadt (134) — Der 10. Parteitag und die Verhärtung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie (136) — Der Heimwehrüberfall von Sankt Lorenzen (142) — Die Verfassungsreform von 1929 (147) — Aktionen gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Österreich (149) — Der Nationalratswahlkampf 1930 (153) — Die KPÖ auf dem Weg zu einer leninistischen Partei (157)

3. Abschnitt: 1931 — 1933

Winfried R. Garscha

Organisierung der Abwehr gegen den drohenden Faschismus

Die Wendung der Partei zu den Massen 160

Neueinschätzung der politischen Lage und Selbstkritik (160) — Der 11. Parteitag und die Frage der Erneuerung der Kader (162) — „Rothschild saniert — das Volk krepirt!“ (166)

Verbindung von sozialökonomischem und antifaschistischem Kampf 167

Der Pflimer-Putsch 1931 (167) — Organisierung der Arbeitslosen (169) — Fußfassen auf dem Lande (171) — Rote Einheitsfront und Antifaschistische Aktion (173) — Die Wendung in der Gewerkschaftsarbeit (181) — Der organisatorische und politische Aufschwung der Partei (185)

Die schrittweise Aufrichtung der faschistischen Diktatur 187

Vom Angriff auf das Streikrecht zur Ausschaltung des Parlaments (187) — Das Notverordnungsregime: Liquidierung der sozialen und politischen Errungenschaften von 1918 bis 1920 (192) — Das Verbot der KPÖ am 26. Mai 1933 (195) — Gegen den Kapitulationskurs des sozialdemokratischen Parteivorstands (197)

4. Abschnitt 1934 — 1938

Winfried R. Garscha/Hans Hautmann/Willi Weinert

Im Kampf gegen den Austrofaschismus

Vorbemerkung (W. R. Garscha/W. Weinert) 201

Grundlinien der Politik der KPÖ 1933/34 bis 1938 (202) — Die Struktur der Parteiorganisation in der Zeit des Austrofaschismus (207)

Der Februar 1934 (H. Hautmann) 210

Die Beschleunigung der faschistischen Offensive Anfang 1934 (210) — Bemühungen der Kommunistischen Partei um antifaschistische Aktions-einheit (213) — Die Februarkämpfe (215) — Die Ursachen der Niederlage (217) — Die internationale Bedeutung der Februarkämpfe (220)

Das Ringen um die Einheit der Arbeiterbewegung (W. R. Garscha) 222

Erste Etappe: Für eine einheitliche revolutionäre Massenpartei (222) — Die Herausbildung der RS (224) — Der 12. Parteitag der KPÖ (225) — Aufkündigung der Einheitsfrontvereinbarung durch die RS (226) — Der Einheitsfrontpakt (228)

Bemühungen um die Volksfront in Österreich (W. R. Garscha/W. Weinert)	230
Neue Erkenntnisse — im Kampf um den Frieden (230) — Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (232) — Das Jänner-Plenum 1936 (234)	
Die österreichische Arbeiterbewegung und die Sowjetunion in den dreißiger Jahren (W. R. Garscha)	236
Der Sieg des Sozialismus in der UdSSR (236) — Die Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik 1934/35 (238) — Ursachen und Folgen des Personenkults um Josef Stalin (240) — Die österreichischen Schutzbündler in der Sowjetunion (243)	
Das Aufrollen der nationalen Frage durch die KPÖ (W. R. Garscha/W. Weinert)	245
Der Austrofaschismus und die Unabhängigkeit Österreichs (245) — KPÖ und nationale Frage zur Zeit des VII. Weltkongresses der Komintern (246) — Verknüpfung des Kampfes um die „Demokratische Republik“ mit der nationalen Frage (247) — Die Artikelserie von Alfred Klahr in „Weg und Ziel“ (250) — Die Reichskonferenz im August 1937 (253)	
Die Rote Hilfe — Organisation der proletarischen Solidarität (W. Weinert)	255
Partei und Gewerkschaftsbewegung nach den Februarkämpfen (W. Weinert)	258
Boycott der EG — Wiederaufbau der FG im Untergrund (258) — Eindringen in die EG (260) — Juni 1935: Herstellung der Gewerkschaftseinheit in der Illegalität (260) — Der Kampf um Gewerkschaftsdemokratie in der EG (261) — Die Vertrauensmännerwahlen 1936 (261)	
Organisierung der Abwehr gegen die drohende Annexion (W. Weinert)	264

5. Abschnitt: 1938 — 1945

Willi Weinert

Gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, für die Wiedergeburt Österreichs

Die Annexion Österreichs	267
Sonderfall „Otto“ (267) — Der „Anschluß“ (267) — Wäre ein Widerstand möglich gewesen? (268) — Österreich wird zur Ostmark (268) — Die Volksabstimmung (269) — Woran hatte das Deutsche Reich Interesse? (269) — Österreich wird ausgebeutet (270) — Die Stellungnahmen zur Annexion in Österreich (271) — Die Stellungnahmen zur Annexion im Ausland (275) — Die internationale Arbeiterbewegung (276)	

Die sozialpolitischen Veränderungen nach der Annexion	277
Die soziale Demagogie der Nazis — kurzfristige Verbesserungen (277) — Verschlechterung der sozialen Lage (278) — Der sozialpolitische Kampf der KPÖ (280)	
Der nazistische Terrorapparat im vollen Einsatz gegen die Widerstandskämpfer	281
Gesetzliche und institutionelle Maßnahmen (282) — Verstärkter Terror nach Kriegsbeginn (283)	
Veränderungen der Formen der Konspiration	284
Hinein in die Massenorganisationen (284) — Die Leitungen in Wien und in der Provinz werden reorganisiert (285) — Der Widerstandskampf ist ein nationaler Freiheitskampf (287)	
Die internationale Lage	289
Das Münchner Abkommen (289) — Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt (291)	
Der Ausbruch des zweiten Weltkriegs	294
Der seltsame Krieg (294) — Maßnahmen der Sowjetunion zum Schutz ihres Territoriums (295) — Wogen des Antikommunismus und Antisowjetismus (295) — Die Position der Kommunisten (296)	
Der Widerstandskampf der KPÖ	299
Rekonstruktion der illegalen Führung (299) — Schwerpunkt des Widerstands in den Betrieben (301) — Weitere Versuche einer Koordination des Widerstandes (304) — Die französischen „Fremdarbeiter“ (306) — Widerstand in Gefängnissen und Lagern (306) — Die Moskauer Deklaration über Österreich und ihre Auswirkung auf den österreichischen Widerstand (309) — Die Partisanentätigkeit (309) — Die österreichischen Bataillone (311) — Kampfgruppe Steiermark (312) — Partisanen in der Obersteiermark (312) — Widerstandsgruppen im Salzkammergut (313) — Partisanenaktivitäten in Südkärnten (313) — Die österreichischen Kommunisten im Exil (315) — Frankreich (318)	
Die Konzeptionen der KPÖ für die Nachkriegszeit	321
Nachbemerkungen	323

6. Abschnitt: 1945 — 1955

Josef Ehmer/Rupert Herzog

Von der Befreiung bis zum Staatsvertrag

- Der Kampf um die gesellschaftliche Ordnung in Österreich nach der Befreiung vom Faschismus** 328
Ausgangsbedingungen *Die Stimmung der Massen/Internationale Faktoren/Regierungsbildung* (328) — Die antifaschistisch-demokratische Perspektive der KPÖ *Weltpolitische Veränderungen/Machtverschiebungen im Staatsapparat und in der Wirtschaft/Ansatzpunkte für neue Entwicklungsperspektiven* (333) — Widerstände und Gegenkräfte *Organisatorische Ausgangsbedingungen/Antikommunismus und Antisowjetismus/Konflikte in der provisorischen Regierung* (338) — Verschiebung der Kräfteverhältnisse *Von der Antihitlerkoalition zur Truman-Doktrin/Restaaurative Kräfte in der österreichischen Politik/Die Wahlen vom November 1945* (344) — Der 13. Parteitag (350) — Schritte zur endgültigen Restaurierung des Kapitalismus *Verstaatlichungsmaßnahmen/Die KPÖ zur Verstaatlichung/Arbeitsgesetze und Währungsreform* (352) — Soziale Gegensätze brechen auf *Erfolge der Kommunisten/Die Notwendigkeit einer neuen Orientierung* (356)
- 1948 — 1951: Kapitalistischer Wiederaufbau auf Kosten der Arbeiterklasse** 360
Beginn der Staatsvertragsverhandlungen und Kalter Krieg *Die Weltfriedensbewegung/Widersprüche in der kommunistischen Weltbewegung* (360) — Grundzüge der ökonomischen Entwicklung (367) — Grundzüge der politischen Entwicklung (371) — Zuspitzung der Klassenkämpfe. Die Rolle der Kommunisten im Betrieb *Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit/Der Oktoberstreik* (373) — Hauptprobleme der Parteiarbeit *Der 14. Parteitag/Das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht/Kampf gegen sektiererische Haltungen/Der 15. Parteitag* (382)
- Vom „Wiederaufbau“ zur Nachkriegskonjunktur** 393
Eine neue Entwicklungsphase (393) — Die Positionen der KPÖ *Theoretische Schwächen* (396) — Der Abschluß des Staatsvertrags (401)

7. Abschnitt: 1955 — 1984

Ernst Wimmer

Neue Kampfbedingungen — Ursachen, Verlauf und Überwindung der Parteikrise — Die KPÖ in den siebziger und achtziger Jahren

- Eine neue Entwicklungsphase — neue Fragen** 405
Umgruppierungen in den Großparteien (416)
- Zwei Pendelausschläge: 18. und 19. Parteitag** 418
Sozialpartnerschaft wird zur Herrschaftsform (421) — Wechselwirkungen von Dogmatismus und Revisionismus (423) — Diskussionen ohne Abschluß (426)
- „Ist der Marxismus eine Ideologie?“** 429
Träger des antifaschistischen Kampfes (435)
- Die Illusionen von einem „dritten Weg“** 437
Die verhängnisvolle „Wahlempfehlung“ (450) — Innerparteiliche Demokratie und Kampfkraft (453) — Politischer Kampf um Organisationsfragen (456)
- Der offene Ausbruch der Parteikrise** 459
Vorstoß für einen „Bruch“ (463)
- 20. Parteitag: Die Basis ergreift das Wort** 466
Die Notwendigkeit des Bruchs mit Opportunisten (471) — Das Ende der revisionistischen Fraktion (478)
- 21. Parteitag: Schlußfolgerungen aus der Krise** 483
Kommunistische Arbeit in den Betrieben (487)
- Eine Periode des Aufschwungs** 492
Theoretische Klärung neuer Probleme (498) — Die antimonopolistische Orientierung (502) — Der Schock der kapitalistischen Krise (505) — Die Episode des Eurokommunismus (510) — Klarstellungen in Bündnisfragen (513) — Widersprüche in der Sozialdemokratie (518)
- Die Herausforderung der „Neuen Sozialen Bewegungen“** 522
Friedensbewegung — ein neuer politischer Faktor (526) — Eine schwierige Übergangsphase (529) — Zusammenfassung von Erfahrungen und Erkenntnissen: Das neue Programm (532) — Geänderte Funktionen der Sozialpartnerschaft (534)
- Organisation als politisches Problem** 537
Für eine wirksame Arbeit der Partei (540)

Nachwort
Ernst Wimmer

544

Anmerkungen

551

Literaturverzeichnis

570

Vorwort

Die vorliegenden Beiträge zur Geschichte und Politik der Kommunistischen Partei Österreichs sind nicht nur das Ergebnis einer gründlichen Überarbeitung und größtenteils Neufassung des „Kurzen Abrisses“ der Geschichte der KPÖ, der vor zehn Jahren erschien. Vor allem — und das ist das wichtigste Neue — wurde diese Ausgabe durch einen Abschnitt erweitert, der die Entwicklung und den Kampf der Partei nach dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrags und der vom österreichischen Nationalrat aus freien Stücken beschlossenen Annahme des Status der immerwährenden Neutralität bis zum 25. Parteitag behandelt. Es wird zum erstenmal in dieser Form dargestellt, wie es zur Parteikrise kam, und wie sie überwunden werden konnte. Darauf eine Antwort zu geben, das ist nicht nur für die jüngere Generation in unserer Partei wichtig. Es ist dies auch ein Beitrag zur gründlicheren Einschätzung dieser Periode, der für die gesamte Partei wertvoll ist.

Zwei Dinge scheinen mir in Zusammenhang mit der Herausgabe dieser Beiträge besonders wichtig:

1. Wir schreiben und studieren die Geschichte nicht um der Geschichte willen, sondern um aus den Erfahrungen zu lernen — auch aus Fehlern —, für den heutigen und künftigen Kampf der Partei im Interesse der Arbeiterklasse und unseres Volkes. Eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist die Fähigkeit der Partei zur Kritik und Selbstkritik. Lenin schrieb: „Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei, für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen — das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“

2. Unsere Partei hat im Verlauf ihrer Geschichte nicht wenige Fehler gemacht. Doch gleichzeitig können wir Kommunisten stolz sein auf das noch ungleich Gewichtigere an Positivem, an Richtigem, das den Kampf unserer Partei ausgezeichnet hat: Die unheilbaren Gebrechen des Kapitalismus, die heute noch stärker zutage treten, beweisen, daß es richtig war, am Ende des ersten Weltkriegs und nach dem zweiten Weltkrieg für die Errichtung einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung einzutreten, in der die Wurzeln für Faschismus und Reaktion beseitigt sind. Unsere Partei ist in den vordersten Reihen gestanden im antifaschistischen Kampf gegen den grünen und später gegen den braunen Faschismus. Wir waren Pioniere bei

der Entwicklung des österreichischen Nationalbewußtseins. Die KPÖ hat die größten Opfer gebracht im antifaschistischen Widerstand gegen die hitlerfaschistische Diktatur und Fremdherrschaft, für die Wiederherstellung eines selbständigen demokratischen Österreich. Und auch in der Zweiten Republik, deren Mitbegründer die KPÖ ist, haben die Kommunisten einen wesentlichen Beitrag geleistet beim Wiederaufbau, im Kampf für die Hebung des Lebensstandards, für sozialpolitische Fortschritte, zum Abschluß des österreichischen Staatsvertrags, gegen die Versuche der Westmächte, unser Land in ihren Militärblock miteinzubeziehen, für die Verteidigung der immerwährenden Neutralität und Unabhängigkeit, für die volle Verwirklichung des antifaschistischen Auftrags der Verfassung, für internationale Entspannung, Abrüstung und Frieden.

Der Historischen Kommission beim Zentralkomitee und den Autoren unter Leitung von Ernst Wimmer ist Anerkennung und Dank auszusprechen für die zur Herausgabe des Buches geleistete umfassende Arbeit. Dieses Buch ist auch ein wertvoller Beitrag zum kommenden 70. Gründungstag unserer Partei, den wir im nächsten Jahr begehen werden. Sein Studium ist nicht nur für Kommunisten wichtig, sondern gewiß auch für fortschrittliche, demokratische und antifaschistisch gesinnte Menschen unseres Landes von Interesse.

Wien, im März 1987

Franz Muhri

Die Anfänge der Partei bis 1920

Hans Hautmann

Historische Ausgangsbedingungen

Die Traditionen von Hainfeld

Die Kommunistische Partei Österreichs ist aus der österreichischen Arbeiterbewegung erwachsen und Teil der österreichischen Arbeiterbewegung. Sie fußt auf den marxistischen Traditionen der in Hainfeld um die Jahreswende 1888/89 gebildeten österreichischen Sozialdemokratie.

Der auf Initiative des mit Friedrich Engels in Verbindung stehenden Wiener Arztes Victor Adler (der die Partei bis 1918 führte) einberufene Hainfelder Parteitag überwand die Zersplitterung und Ohnmacht, in der sich die Bewegung durch die Spaltung in „Gemäßigte“ und „Radikale“ befunden hatte, schuf eine einheitliche Sozialdemokratische Partei und stellte die Verbindung der österreichischen Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus her. Die Hainfelder Prinzipienklärung ging von der marxistischen Erkenntnis aus, daß die Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats den ökonomischen Verhältnissen, den Besitzverhältnissen, die in der Gesellschaft herrschen, entspringen. Sie kennzeichnete den Staat als Instrument der Klassenherrschaft des Kapitals, forderte die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und den „Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes“.¹

Klar und eindeutig formulierte das Hainfelder Programm die historisch notwendigen, entscheidenden Aufgaben, die vor der jungen Sozialdemokratischen Partei standen: „Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten“, „das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit (zu) vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von herrschenden Parteien energisch entgegen(zu)treten.“²

Auch in der Frage des Kampfes um Reformen bezog das Hainfelder Programm eine marxistische Position. Es hob die Bedeutung wirtschaftlicher

und politischer Reformen und insbesondere des allgemeinen Wahlrechts „als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation“ der Arbeiterklasse hervor, umriß aber auch die Grenzen der Reformtätigkeit und warnte in bezug auf das allgemeine Wahlrecht ausdrücklich davor, sich „über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen“.³

Die Hainfelder Prinzipienklärung war nicht frei von Fehlern und Mängeln. Ihre Schwächen waren aber zunächst von untergeordnetem Belang und änderten nichts an ihrem Wert als einer im wesentlichen marxistischen Programmorientierung.

Hainfeld schuf die Voraussetzung für einen mächtigen Aufschwung der österreichischen Arbeiterbewegung. Binnen weniger Jahre wuchs die Sozialdemokratie zu einer Massenpartei heran, deren Kampf gegen die sich hartnäckig behauptenden feudalen Relikte des habsburgischen Obrigkeitsstaates, den Militarismus, politischen Klerikalismus, Privilegiendünkel und fortschrittsfeindlichen Obskurantismus, für Frieden, Völkerverständigung, Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sphären, Aufklärung, Bildung und Wissen an den Enthusiasmus der besten Kräfte des österreichischen Volkes appellierte. Mit ihren Kampagnen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, den Achtstundentag, der grandiosen 1.-Mai-Bewegung, den Streikaktionen für höhere Löhne und verbesserten Arbeiterschutz führte sie das Klassenbewußtsein, die Initiative und Energie der Arbeiter in den neunziger Jahren zu einer Höhe, die international Bewunderung erregte.

Diese kämpferischen, marxistischen, dem Arrangement mit dem kapitalistischen System eine Absage erteilenden und auf seine Überwindung abzielenden Traditionen der einstigen Sozialdemokratie sind es, denen sich die KPÖ stets verbunden fühlte und fühlt und als deren Erbe sie sich betrachtet.

Der Beginn der Epoche des Imperialismus

Am Ende der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts wurden mit dem Eintreten des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium einschneidende Veränderungen und qualitativ neue Erscheinungen in der Entwicklung der fortgeschrittenen Industriestaaten der Welt sichtbar. An die Stelle der freien Konkurrenz trat das Monopol, dessen Herrschaft das hauptsächliche Wesensmerkmal des Imperialismus ist und das den Grundwiderspruch des Kapitalismus in bisher ungekanntem Maße verschärfte; die Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zum Finanzkapital führte zur Bildung mächtiger Finanzoligarchien; der Kapitalexport gewann gegenüber dem Warenexport vorrangige Bedeutung; die Aufteilung der Welt unter den Monopolgruppen ging ihrem Ende entgegen; zugleich entbrannte, infolge der ungleichmäßigen und sprunghaften Entwicklung des Imperialismus, zwi-

schen den Großmächten ein erbitterter Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Mit dem Übergang zum Imperialismus spitzten sich alle Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zu, insbesondere der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit.

Es gab aber auch Gegentendenzen zur Verschärfung der Widersprüche, mit deren Hilfe, ja bewußter Forcierung die Bourgeoisien der imperialistischen Hauptmächte ihre Klassenherrschaft zu erhalten und zu festigen suchten. Die staatlichen Repressivorgane wurden verstärkt, der bürokratische Apparat ausgebaut und perfektioniert. Die Rolle des Überbaus bei Regulierungsmaßnahmen der Wirtschaft wuchs. Durch Ausnutzung der Ergebnisse wissenschaftlich-technischer Neuerungen kam es zu einem stürmischen Wachstum der Produktivkräfte und einer schnellen Vergrößerung des Umfangs in der Industrieproduktion. Die Erzielung von Extraprofiten erlaubte es dem Monopolkapital häufiger als früher, der Methode der Gewalt die flexible Taktik des Lavierens und der sozialen Zugeständnisse zur Seite zu stellen. Das zog für einen Teil der Arbeiter, insbesondere für die qualifizierten, eine Verbesserung ihrer materiellen Lage nach sich. Sie ging Hand in Hand mit einer Verfeinerung der Methoden zur Manipulierung der Volksmassen. All das erweckte die Illusion, auch bei Fortbestand der kapitalistischen Ordnung könne sich die Lage des Proletariats grundlegend verändern, und bildete den Nährboden für verschiedene reformistische und opportunistische Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung.

Somit wurden die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse mit dem Anbruch der Ära des Imperialismus zusehends komplizierter. Sie erforderten von ihr und ihren Parteien eine neue Orientierung und die Antwort auf Fragen, die es früher, in der vormonopolistischen Etappe des Kapitalismus, nicht gegeben hatte. Aus der Tatsache, daß in der Epoche des Imperialismus durch die gewaltigen Ausmaße der Konzentration und der Vergesellschaftung der Produktion die materiellen Bedingungen für den Sozialismus heranreiften, erwuchs der internationalen Arbeiterbewegung die historische Aufgabe, ihre gesamte Tätigkeit auf eine qualitativ höhere Stufe zu heben und deren Formen umzugestalten und zu vervollkommen.

Die zu Anfang des 20. Jahrhunderts in der II. Internationale vereinten sozialdemokratischen Arbeiterparteien hielten jedoch auch unter den veränderten Bedingungen an den Kampfmethoden fest, die sich in der Zeit der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus bewährt hatten. Im Mittelpunkt stand der Kampf für die Wahrung und den Ausbau der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften, um das allgemeine Wahlrecht sowie für soziale Reformen im Interesse der Werktätigen. Die Arbeiterbewegung nützte bei ihren Aktivitäten vorwiegend legale, parlamentarische Formen und erzielte auf diesem Wege beachtliche Erfolge. Der Einfluß der meisten sozialdemokratischen Parteien hatte ebenso wie der Grad der Organisiertheit der Arbeiterklasse stark zugenommen.

Die Überschätzung und Verabsolutierung der auf diese Art errungenen positiven Ergebnisse mündete in der Vorstellung eines stetigen, unaufhaltsamen Aufstiegs, eines bruchlosen, glatten Hineinwachsens in den Sozialismus. Das mangelnde Verständnis dafür, daß die sich wandelnden objektiven Bedingungen die Arbeiterklasse in neue Kampfbereiche führten, ließ eine Tendenz aufkommen, die nach und nach bewirkte, daß die großen Parteien der II. Internationalen ihre kämpferischen, revolutionären Eigenschaften einbüßten. Die Prinzipien des Zentralismus, der ideologischen Einheit und Geschlossenheit wurden vernachlässigt. So war beispielsweise die österreichische Sozialdemokratie seit 1896/97 faktisch nur noch ein lockerer förderativer Verband, bestehend aus sechs weitgehend autonomen nationalen Gruppen; ihr Statut verlangte von den Parteimitgliedern bloß die Anerkennung der Grundsätze des Programms und keine entsprechend angeleitete und kontrollierte regelmäßige Mitarbeit. Gegenüber den Revisionisten, die unter Führung Eduard Bernsteins ab 1896 zum Generalangriff auf die grundlegenden Ergebnisse der Marxschen Analyse des Kapitalismus, insbesondere die Mehrwerttheorie, antraten und die sich hinter der Losung von der „Freiheit der Kritik“ verschanzten, verabsäumte man es, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen.

Ausgehend von den neuen Kampfbedingungen stellte sich mit dem Beginn der imperialistischen Epoche der internationalen Arbeiterbewegung und deren marxistischer Vorhut die Aufgabe, eine *proletarische Partei neuen Typs* zu schaffen, die fähig war, den Kampf gegen die Monopolbourgeoisie, die zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft einen weitverzweigten staatlichen Repressivapparat, eine mächtige Militärmaschinerie und ein ganzes Arsenal von ökonomischen, politischen und ideologischen Mitteln zur Entsolidarisierung, Zersplitterung und Entwaffnung der Werktätigen geschaffen hatte, zu leiten und zum Sieg zu führen. Die Arbeiterpartei neuen Typs mußte nicht nur zur Avantgarde, zum organisierten und bewußten Teil der Arbeiterklasse, sondern auch zur höchsten Form ihrer Organisation werden, die alle Formen des proletarischen Kampfes koordinierte. Sie war berufen, die Veränderungen der Gesellschaft mit marxistischen Methoden zu analysieren und auf dieser theoretischen Grundlage eine politische Linie auszuarbeiten, die in strategischer Hinsicht auf die sozialistische Revolution, auf die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat abzielte. Eine solche Zielsetzung erforderte im Interesse des Kampfes gegen einen hochorganisierten, zentralisierten Gegner die strikte Einhaltung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus, die Sorge für die Verbindlichkeit der Parteibeschlüsse, die Stärkung der bewußten Disziplin und die Gewährleistung der Einheit der Reihen der Partei.

Eine Partei neuen Typs wurde nur in Rußland geschaffen, wo sie in Form des Bolschewismus seit dem Jahr 1903 bestand. Dazu hatten sowohl objektive Voraussetzungen als auch das Vorhandensein subjektiver Faktoren,

unter denen die theoretische und praktische Tätigkeit Lenins und seiner Kampfgefährten der wichtigste war, beigetragen. Die allgemeine Lage in Rußland förderte, wie Lenin hervorhob, „keineswegs das Gedeihen des ‚sozialistischen‘ Opportunismus in den Arbeitermassen“.⁴ Anders sah es in den west- und mitteleuropäischen Ländern aus, wo die fortgeschrittenere Entwicklung bürgerlich-demokratischer Herrschaftsformen reformistische Illusionen erweckte und ein Teil der gewaltigen Extraprofite, die dem Monopolkapital aus der Ausbeutung fremder Völker zufließen, zur Einräumung politischer und sozialer Privilegien für die der jeweiligen „Herrennation“ angehörenden Arbeiter verwendet werden konnten. Das begünstigte die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie und -bürokratie, die zur sozialen Wurzel für die Verbreitung bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterklasse wurde.

Die Besonderheiten der Lage in Österreich-Ungarn

Auch in Österreich-Ungarn setzten sich um die Jahrhundertwende die Strukturveränderungen des Kapitalismus in Richtung Imperialismus durch. Zwei Besonderheiten bestimmten hier jedoch die Situation: die krasse Ungleichheit in der ökonomischen und sozialen Entwicklung der verschiedenen Teile des Habsburgerreiches und noch mehr die Existenz schärfster nationaler Widersprüche. Die Zugehörigkeit zum herrschenden Volk, zum „Staatsvolk“, und das höhere Lebensniveau der Werktätigen in den deutsch-österreichischen Gebieten stärkte in der imperialistischen Ära innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung die Tendenz zur Anpassung und Klassenversöhnung. Auf der anderen Seite erlaubte das Vorhandensein einer überlebten, von chronischen Krankheitssymptomen geschüttelten politischen Ordnung der österreichischen Sozialdemokratie, in bestimmten Fragen — wie etwa der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht — nach wie vor kämpferisch, radikal und massenmobilisierend aufzutreten. Auch das Fehlen reformwilliger Partner innerhalb der herrschenden Kreise, die die Taktik sozialen Lavierens nur in äußersten Notfällen benützten und vor 1914 niemals erwogen, die Sozialdemokratie in die Regierung einzubeziehen, ließ, wie Otto Bauer schrieb, „selbst Versuchungen zur Blockbildung und zum Ministerialismus nicht aufkommen“⁵, und machte das Beschreiten eines unverhüllt der Klassenzusammenarbeit verschriebenen Weges trotz der Bereitschaft einzelner rechter Parteiführer zum Paktieren unmöglich. Das erwies sich im Verhältnis zwischen Führung und Massen als integrativer Faktor, kam dem Streben der Austromarxisten nach Erhaltung der Parteinheit zugute und hemmte die Herausbildung eines marxistisch-revolutionären Flügels — Tatsachen, die für die Konstitutionsbedingungen der Kommunistischen Partei von entscheidender Bedeutung werden sollten.

Am offenkundigsten traten in der österreichischen Sozialdemokratie opportunistische Tendenzen vor dem ersten Weltkrieg in der *nationalen Frage* in Erscheinung. Das von Karl Renner und Otto Bauer entwickelte Programm der national-kulturellen Autonomie für die unterdrückten Völkerschaften des Habsburgerreiches ging von evolutionären Vorstellungen aus, vom Glauben, die nationalen Widersprüche im Kapitalismus durch friedliche „Entpolitisierung“ der nationalen Frage aussöhnen zu können. Die Auffassung der Austromarxisten von der Nation als einer „geistigen Wesenheit“ verkümmerte zur Schlußfolgerung, daß „geistig-kulturelle“ Faktoren zur Überwindung der nationalen Problematik genügen würden. Letztlich führte dieser Standpunkt zur Anerkennung der österreichischen „Reichsidee“, zum Grundsatz der Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie, zur Herauslösung der nationalen Frage aus der Verbindung mit den Aufgaben des Proletariats im Klassenkampf und zur nationalen Absonderung der Arbeiterschaft der österreichischen Länder.

In grundlegendem Gegensatz dazu wies Lenin nach, daß in der Epoche des Imperialismus der von der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern geführte Kampf für den Sozialismus mit der Bewegung der unterjochten Völker für ihre nationale Befreiung eine gemeinsame soziale und ökonomische Basis bekommt. Sie schafft die objektiven Voraussetzungen für die Verknüpfung der nationalen Frage mit den Aufgaben der proletarischen Revolution. Sein Programm der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bis zum Recht auf staatliche Lostrennung, der Einführung von Garantien für die völlige nationale Gleichberechtigung und der konsequenten Durchsetzung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, nach denen die Frage der nationalen Selbstbestimmung stets den Interessen des Kampfes für die soziale Befreiung unterzuordnen ist, machte die nationale Frage in Rußland zum sozialen Sprengstoff. Die Lösungsvorschläge der Austromarxisten untergruben hingegen die Einheit der Arbeiter der verschiedenen Nationen, erleichterten das Eindringen bürgerlich-nationalistischer Ideologie in das Bewußtsein der Werktätigen und ließen die nationale Frage in Österreich-Ungarn zum sozialen Kitt zwischen den regionalen Abteilungen des Proletariats und ihrer jeweiligen „eigenen“ Bourgeoisie werden.

Der Zusammenbruch der II. Internationale im August 1914

Der Imperialismus ist durch seinen aggressiven, expansionistischen Charakter gekennzeichnet, der aus dem Streben der Monopole und der imperialistischen Mächte nach neuen Rohstoffquellen, Absatzmärkten, Kapitalanlagemöglichkeiten, Einflußsphären und Militärstützpunkten erwächst. In den beiden letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des ersten Weltkriegs erreichte das

Wettrüsten nie gekannte Dimensionen, beschworen die in immer kürzeren Abständen auftretenden Krisen und Spannungen zwischen den Großmächten die Gefahr eines weltweiten kriegerischen Konflikts herauf. Für die internationale Arbeiterbewegung ergab sich die Notwendigkeit, über ihre Haltung zu Militarismus und Krieg Klarheit zu schaffen. Dabei konnte sie es nicht bei Protesten bewenden lassen. Sie mußte die Frage des Kampfes gegen den Krieg mit der Frage des Kampfes für die soziale Befreiung strategisch verknüpfen.

Die Beschlüsse der Kongresse der II. Internationale von Stuttgart (1907) und Basel (1912) hatten die Aufgaben der Arbeiterparteien für den Fall festgelegt, daß es nicht gelingen sollte, den Ausbruch eines imperialistischen Krieges zu verhindern. In ihnen war von der Pflicht die Rede, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die *durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.*“⁶

Die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern organisierten noch in den letzten Julitagen des Jahres 1914, als die friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zumindest möglich schien, große Kundgebungen gegen den drohenden Krieg. Als aber zwischen dem 1. und 4. August die Großmächte Deutschland, Frankreich, Rußland und Großbritannien in den Krieg eintraten, kam mit einem Schlag die Kehrtwendung der Führungen dieser Parteien. Alle, mit Ausnahme der russischen Bolschewiki und der serbischen Sozialdemokraten, schworen nun plötzlich, „in der Stunde der Gefahr ihr Vaterland nicht im Stich lassen zu wollen“ und stellten sich hinter die imperialistischen Kriegsziele ihrer Regierungen.

Die Führer der den Stuttgarter und Baseler Beschlüssen untreu gewordenen sozialdemokratischen Parteien leisteten „ihren“ Bourgeoisien den größten Dienst, indem sie den imperialistischen Charakter des Krieges verschwiegen, den Eroberungskrieg in einen Verteidigungskrieg umfälschten und den Kampf der Arbeiter gegen den Krieg lähmten. Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie stimmte am 4. August 1914 für die Kriegskredite, und ihre Führer (Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Karl Legien u. a.) sanken zu aktiven Handlangern des Eroberungskrieges herab.

Das Umschwenken im August 1914 geschah plötzlich, aber nicht ohne tiefere Ursachen. Der Opportunismus, der die sozialdemokratischen Führungen längst erfaßt hatte, der, wie Lenin sagte, „kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen, sondern das *soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche*“⁷ war und der sich vor 1914 in den revolutionären Schein, in die marxistische Phrase verhüllt hatte, kam nun zum Ausbruch.

So geschah es auch in Österreich. Schon am 25. Juli 1914, als das

absichtlich unannehmbar formulierte Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien der Öffentlichkeit bekannt wurde, drückte die „Arbeiter-Zeitung“ ihr Verständnis für die „berechtigten“ Forderungen der Habsburgermonarchie an die serbische Regierung aus. Danach vollzog sich in wenigen Tagen über Redewendungen wie: „Wir übernehmen keine Verantwortung... Nun schreitet über uns alle das Schicksal... Wir müssen für die Zeit *nach dem Kriege* gerüstet bleiben... Wir haben die Pflicht, unsere Organisation aufrechtzuerhalten“ die Eskalation bis zur begeisterten Gutheißung des Krieges. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. August 1914 feierte die Bewilligung der Kriegskredite in Deutschland in dem berühmt-berüchtigt gewordenen chauvinistischen Leitartikel „Der Tag der deutschen Nation“. Andere Artikel wie „Befreiung vom moskowitzischen Joche“, „Nach Paris!“ und „Sturm! Hurra! Vorwärts!“ beweisen, daß sich das Parteiorgan während der ersten Kriegsmomente bestenfalls in Nuancen vom Stil der kriegshetzerischen bürgerlichen Blätter unterschied. Die Reichsgewerkschaftskommission forderte am 8. August 1914 die Arbeiter auf, die behördlichen Verfügungen genauestens zu beachten und „Lohnbewegungen“ (sprich: Streiks) für die gesamte Dauer des Krieges zu unterlassen.

Um den mit dem habsburgischen Imperialismus geschlossenen „Burgfrieden“ zu bemänteln, strich die SP-Führung in ihrer Propaganda vor den Arbeitern besonders heraus, daß man Österreich-Ungarn unbedingt vor dem blutbefleckten Zarismus, dem „Todfeind der mitteleuropäischen Kultur“, verteidigen müsse. Auf diese Weise wurde dem Imperialismus der Mittelmächte, den man mit Phrasen wie „Träger sozialen Fortschritts und höherer sozialer Ordnung“ beschönigte, die Mauer gemacht.

Wichtig für die Zukunft der österreichischen Sozialdemokratie wurde, daß ihr im Unterschied zu anderen Parteien das offen staatsreue Bekenntnis in Form der Bewilligung der Kriegskredite erspart blieb. Der Reichsrat, das österreichische Parlament, war im März 1914 wieder einmal ausgeschaltet worden, was dem Ministerpräsidenten Karl Stürgkh die Handhabe bot, mit Notverordnungen auf Grund des „Diktaturparagraphen 14“ der Verfassung von 1867 zu regieren. Das ließ sich später vor den Arbeitern propagandistisch wirksam verwerten, obwohl Victor Adler im kleinen Kreis der höheren Parteifunktionäre des öfteren ausdrücklich erklärt hatte, daß seine Partei genauso wie alle anderen die Kriegskredite bewilligt hätte.

Der Unterstützung durch die sozialpatriotischen Führer gewiß, konnte die Regierung bei Kriegsausbruch eine Reihe einschneidender Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft durchsetzen. Alle kriegswichtigen Betriebe wurden militärischer Leitung unterstellt, ein Streikverbot verhängt, die Arbeitszeit offiziell bis zu 13 Stunden täglich verlängert, die Bestimmungen über Arbeitspausen und Sonntagsruhe außer Kraft gesetzt, der Lohn durch Verordnung festgelegt, die Arbeiter der militärischen Disziplinar- und Strafgewalt unterworfen. Gleichzeitig suspendierte Stürgkh die wichtigsten

Grund- und Freiheitsrechte der Staatsbürger wie die Freiheit der Person, das Briefgeheimnis, das Versammlungs- und Vereinsrecht sowie die Rede- und Pressefreiheit. Delikte wie Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufstand, Aufruhr, Sabotage usw. wurden von der zivilen auf die militärische Gerichtsbarkeit übertragen und die Geschworenengerichte für die gesamte österreichische Reichshälfte aufgehoben. Mit einem Wort: In Österreich herrschte nun eine unverhüllte Diktatur des Armeekommandos, die die Arbeiterschaft mit einer noch nicht dagewesenen Intensivierung von Zwang, Gewalt und Unterdrückung in allen Lebensbereichen konfrontierte.

Der Charakter des ersten Weltkriegs und die Aufgaben des Proletariats

Der August 1914, in dem die II. Internationale vor den Augen der Millionenmassen der Werktätigen aller Länder kläglich zusammenbrach, war einer der großen Wendepunkte der Geschichte. Mit ihm begann die „allgemeine Krise des Kapitalismus“, setzte jene Entwicklung ein, die von den vorerst schwachen revolutionären Oppositionsgruppen der Zimmerwalder Linken zur heute mächtigen kommunistischen Weltbewegung führte.

Der erste Weltkrieg war von Anfang an ein von allen Seiten ungerechter, imperialistischer Raubkrieg, ein Krieg der Bourgeoisien aller Großmächte um Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflußsphären, ein Krieg um die Neuaufteilung der Kolonien und die Beherrschung anderer Völker. Lenin charakterisierte die Position der „Sozialchauvinisten“ beziehungsweise „Sozialpatrioten“, das heißt ihre Anerkennung der Idee der Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg, die Rechtfertigung des Bündnisses der sozialdemokratischen Parteien mit den herrschenden Klassen der „eigenen“ Länder, den Verzicht auf die Propagierung und Unterstützung revolutionärer Aktionen gegen die „eigene“ Bourgeoisie, als „himmelschreienden Verrat“ an allen Prinzipien des Marxismus.⁸ Im Gegensatz zu den Beteuerungen der reformistischen Führer konnte das internationale Proletariat am Sieg dieser oder jener imperialistischen Kräftegruppierung nicht das geringste Interesse haben. Diesen Einsichten zum Durchbruch zu verhelfen, war in einer Situation, in der die proletarischen Massen von ihren Führungen im Stich gelassen worden waren und der Orgie des Chauvinismus, dem Druck des Kriegszustandes, der Ausnahme Gesetze und Militärensensur zersplittert und hilflos gegenüberstanden, eine unendlich mühsame Aufgabe.

Es konnte aber — wie Lenin nachwies — nur einen einzigen Ausweg aus der tiefen Krise der internationalen Arbeiterbewegung geben: Prinzipieller, vollständiger Bruch mit dem Opportunismus; Kampf für die Niederlage und den Sturz der „eigenen“ Regierung; Unterstützung revolutionärer Massenaktionen; Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg;

Schaffung von neuen, revolutionären Organisationen und Parteien, die die Arbeiterklasse nicht nur zu Erfolgen im Kampf für Teilforderungen und Tagesinteressen, sondern auch zum Kampf um die Macht, zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Befreiung, zum Sieg des Sozialismus zu führen vermögen.

Die Entwicklung im ersten Weltkrieg

Die „Linken“ und die Linksradikalen

Die österreichische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gerieten durch den Kriegsausbruch in eine schwere organisatorische Krise. Die Partei büßte zwischen Juli 1914 und Juni 1916 in Wien und Niederösterreich, also industriellen Schwerpunktgebieten, 65 Prozent ihrer Mitglieder, in anderen Gegenden sogar bis zu 80 Prozent ihrer Mitglieder ein. Die Auflage der Parteizeitungen sank von 1913 bis 1915 um 37 Prozent, die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in der österreichischen Reichshälfte von 415.195 im Jahr 1913 auf 166.937 im Jahr 1916. Ursache dafür waren die Einberufungen zum Kriegsdienst und die Angst vieler Arbeiter vor Drangsalierungen durch die Unternehmer und die militärischen Betriebsleiter. Aber auch die tiefe Enttäuschung und Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Politik der Anpassung an den Klassenfeind trug ihren Teil dazu bei. Das beweisen zwei Tatsachen: Erstens, daß 1917 und 1918, als sicherlich nicht weniger Arbeiter einberufen waren als 1914, ein starker Mitgliederzustrom in die Partei und die Gewerkschaften einsetzte, und zweitens die Diskussion der Parteigremien im Herbst 1914. Dabei wurde von Victor Adler die kriegsbegeisterte Schreibweise der „Arbeiter-Zeitung“ gerügt und von ihm empfohlen, daß die Sozialdemokratie in ihren offiziellen politischen Stellungnahmen künftig mehr Vorsicht walten lassen solle. In der Tat wurde der Ton der „Arbeiter-Zeitung“ ab Oktober/November 1914, als nach der Schlacht an der Marne und den Niederlagen der k. u. k. Armee auf dem serbischen und galizischen Kriegsschauplatz eine erste Ernüchterung eintrat, merklich „sachlicher“, ohne daß jedoch von Zeit zu Zeit erneute chauvinistische Ausbrüche unterblieben wären. Es ging hier der Parteiführung um eine rein taktische Frage, nämlich sich vor den Arbeitern durch hurra-patriotische Exzesse nicht allzusehr bloßzustellen.

Aber die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gingen bald über das Problem, welches Bild man vor der eigenen Anhängerschaft tragen sollte, hinaus. Die nach wie vor den imperialistischen Krieg bejahende Haltung der

Parteiführung stieß auf den Widerstand eines Teils der sozialdemokratischen Funktionäre, der sogenannten Linken. Zum Wortführer der oppositionellen „Linken“, die sich Ende 1914 formierte, wurde der Sohn Victor Adlers, Friedrich Adler; ihr gehörten auch Leopold Winarsky, Max Adler, Robert Danneberg, Therese Schlesinger, Gabriele Proft und andere an.

Die „Linke“ sah oft klar einzelne Aspekte des Kriegscharakters (zum Beispiel, daß er die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln, daß er von keiner Seite ein „Verteidigungskrieg“ war) und übte in manchen Fragen eine sogar vernichtende Kritik an der Politik des Parteivorstandes. Aus richtigen marxistischen Erkenntnissen in Teilfragen wurden aber keine revolutionären Schlußfolgerungen gezogen. So war man der Überzeugung, daß es völlig aussichtslos und sinnlos sei, Massenaktionen gegen den Krieg in die Wege zu leiten. Die „Linke“ vertrat einen internationalistisch und pazifistisch gefärbten Neutralismus, der den Sozialchauvinismus von einer inkonsequenten, vermittelnden Position her kritisierte. Sie blieb eine im Wesen „literarische“ Opposition voll von Widersprüchen und konnte aus diesem Grund von Victor Adler, Karl Renner, Engelbert Pernerstorfer, Karl Leuthner u. a. als eine Gruppe „intellektueller Querulanten“ verspottet werden. Mit einem Wort: Die „Linke“ begab sich freiwillig in eine politische Selbstisolierung, da sie auf eine revolutionäre Agitation unter den Arbeitermassen verzichtete und sich vor allem weigerte, die entscheidende organisatorische Konsequenz, den offenen Bruch mit der rechten, sozialpatriotischen Mehrheit, aus ihrer Kritik zu ziehen. Die „Einheit der Partei um jeden Preis“, jenes später noch wirksamere Kardinaldogma des Austromarxismus, ließ die „Linke“ immer wieder zu prinzipienlosen Kompromissen mit der Parteiführung bereitfinden. Sie trachtete nicht danach, die Massen für ihre politischen Vorstellungen zu gewinnen und beschränkte sich auf bloße Diskussionen eines kleinen Kreises von Intellektuellen. Illegale Arbeit, Agitation und Propaganda lehnte sie grundsätzlich ab. Damit machte sie sich weitgehend wirkungslos gegen jene, die den Krieg führten und bejahten.

Die Schwächen der „Linken“ wurden von der vorerst sehr kleinen Gruppe der Linksradikalen, die sich im Winter 1915/16 zu sammeln begann, erkannt. Die Linksradikalen, deren Führer Franz Koritschoner, Anna Strömer, Leopold Kulcsar, Max Lazarowitsch und Leo Pjatigorski waren, setzten sich aus Mitgliedern des „Verbandes jugendlicher Arbeiter“, der sozialdemokratischen Mittelschülerorganisation und der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ zusammen. Sie schlossen sich der im Bildungsverein „Karl Marx“ organisierten Linken an und versuchten dort, Friedrich Adler und seine Anhänger zu einer entschiedeneren Opposition, zu illegaler Arbeit und zur Kontaktaufnahme mit der Arbeiterschaft in den Betrieben zu bewegen. Franz Koritschoner stand seit der internationalen sozialistischen Konferenz von Kienthal 1916 mit Lenin im Briefwechsel und wurde in manchen Fragen von ihm beraten.

Das Haupthindernis für die Linksradikalen war, daß sie mit ihrer Arbeit buchstäblich bei Null beginnen mußten. Im Gegensatz zu Rußland, wo die Bolschewiki als eigenständige marxistische Strömung seit 1903 bestanden und in jahrelangen, scharfen Auseinandersetzungen mit den verschiedensten antirevolutionären Richtungen, im harten, opfervollen Kampf gegen den Zarismus und im Feuer der Revolution von 1905 so große Erfahrungen gesammelt hatten, daß sie schließlich imstande waren, die alte Ordnung aus den Angeln zu heben, und im Unterschied zu Deutschland, wo sich bereits vor dem ersten Weltkrieg eine konsequent marxistische Gruppierung herausgebildet hatte, die in Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und anderen noch dazu Persönlichkeiten besaß, die den Massen bekannt waren und großes Ansehen genossen, existierte in Österreich vor 1914 keine ausgeprägt linke oder gar revolutionäre Strömung. Das machte die Umsetzung der von Lenin umrissenen revolutionären Grundsätze in die konkrete politische Praxis ungemein schwierig und hinderte die Linksradikalen vorerst daran, aus ihrem Wirkungskreis, der sich auf einzelne Wiener Ortsgruppen der sozialdemokratischen Jugendorganisation und auf den Bildungsverein „Karl Marx“ beschränkte, herauszutreten.

Das Einsetzen der revolutionären Krise in Österreich

Der erste Weltkrieg zog für das Proletariat aller am Krieg beteiligten Staaten eine Verschlechterung seiner Lebensbedingungen nach sich. Gemessen am Lebensstandard der letzten Vorkriegsjahre war die Verelendung der Arbeiter der Mittelmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei) erheblich größer als die der Arbeiter in den Ländern der Entente (Großbritannien, Frankreich, Rußland, Italien und andere). Unter den Mittelmächten war es wiederum die Arbeiterschaft Österreich-Ungarns (und hier vor allem die der österreichischen Reichshälfte), die den absolut stärksten Abfall ihres materiellen Lebensniveaus hinnehmen mußte. Nicht nur die Teuerung, der sinkende Reallohn, die Verlängerung der Arbeitszeit, die verschärfte Arbeitshetze, die Vermehrung der Unfälle am Arbeitsplatz, der drückende Lebensmittelmangel und die Verschlechterung der Volksgesundheit quälte die Arbeitermassen. Ebenso aufreizend wirkten die unzähligen Übergriffe und Repressalien in den Betrieben, wo das Unternehmertum unter der Schirmherrschaft der militärischen Betriebsleiter, vor Arbeitseinstellungen und sonstigen „Widersetzlichkeiten“ der Belegschaft gefeit, einen ökonomischen Klassenkampf von oben entfachte, dessen Härte seinesgleichen suchte. Kapital, Staat und Militärapparat schlugen vereint auf die Arbeiterschaft ein, während sich die von der SP-Führung verlassene Arbeiterschaft in den beiden ersten Kriegsjahren kaum wehrte — das nannte man „Burgfrieden“. Zwischen Juli 1914 und Dezember 1916 fanden in Österreich

nur 25 Streiks mit 8931 Streikenden statt. Im Schnitt dauerten sie nur wenige Stunden, gingen über ökonomische Forderungen nicht hinaus und endeten fast durchwegs ohne Erfolg. Die Arbeiter ließen sich noch durch Drohungen der militärischen Betriebsleiter einschüchtern und wagten gegen Verhaftung oder „Einrückend-Machung“ ihrer Streikführer nicht zu protestieren.

Dieser Zustand endete um die Jahreswende 1916/17. Unter dem Eindruck des schrecklichen Hungerwinters (nach dem damaligen Hauptnahrungsmittel der Volksmassen „Steckrübenwinter“ genannt) wurden vielen bis dahin apathisch gebliebenen Arbeitern die Augen über die wahre Kriegssituation geöffnet. In einem weitgehend spontanen Prozeß gewann die österreichische Arbeiterklasse ihr politisches Selbstbewußtsein zurück, setzte lawinenartig eine Radikalisierung der Massen ein. Die Empörung über die katastrophale Versorgungslage paarte sich mit politischen Impulsen, die den Kampf der Arbeiter auf eine neue, höhere Stufe hoben. Dazu gehörte das Attentat Friedrich Adlers auf Ministerpräsident Stürgkh am 21. Oktober 1916 und die Fernwirkung des Sturzes des Zaren in Rußland im März 1917. Die Ereignisse in Rußland stellten die österreichischen Arbeiter unwillkürlich vor die Frage,

Lenin über das Attentat Friedrich Adlers

Was die politische Beurteilung der Tat betrifft, so bleiben wir natürlich bei unserer alten, durch jahrzehntelange Erfahrung bestätigten Überzeugung, daß individuelle terroristische Attentate *unzweckmäßige* Mittel des politischen Kampfes sind... Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden... Kein Terrorismus, aber systematische, ausdauernde, aufopfernde Arbeit der revolutionären Propaganda und Agitation, Demonstrationen usw. *gegen* die lakaienhafte opportunistische Partei, *gegen* die Imperialisten, *gegen* die eigene Regierung, *gegen* den Krieg — das ist nötig...

Er verzweifelte an der Partei, er konnte nicht ertragen, daß mit dieser Partei zu arbeiten unmöglich ist, daß mit Victor Adler zu arbeiten unmöglich ist, er konnte sich nicht mit der Idee der Spaltung versöhnen, die schwere Arbeit der Tätigkeit gegen die Partei auf sich nehmen. Und aus Verzweiflung — Attentat. Verzweiflungstat eines Kautskyaners...

Wir aber, die Revolutionäre, wir dürfen nicht verzweifeln. Wir fürchten nicht die Spaltung. Im Gegenteil: Wir erkennen die Notwendigkeit der Spaltung, wir erklären den Massen, warum Spaltung kommen muß und soll, wir rufen zur Arbeit gegen die alte Partei, zum revolutionären Massenkampfe.

W. I. Lenin: Brief an Franz Koritschoner vom 25. Oktober 1916, in: Briefe, Bd IV, S. 309 ff.

weshalb nicht auch in ihrem Land mehr getan wurde, als nur in Worten für den Frieden einzutreten. Erhebliche Wirkung erzielte das mutige Auftreten Friedrich Adlers vor dem Ausnahmegesicht im Mai 1917, das auf die Stimmung der Arbeiter größeren Einfluß als das Attentat selbst hatte.

Konzentrierter Ausdruck des Wiederauflebens des proletarischen Klassenbewußtseins war eine Streikwelle, die im Jänner 1917 in Neunkirchen und Ternitz einsetzte, im März das obersteirische Industriegebiet ergriff und im Mai im großen Ausmaß der Wiener Metallarbeiter mit 42.000 Streikenden gipfelte. Zwei Merkmale der Streikbewegung zeigten, daß sich die Situation gegenüber den Jahren vorher grundlegend gewandelt hatte: Zum ersten wurde in den meisten der bestreikten Betriebe beinahe zur gleichen Zeit und unabhängig voneinander, das heißt ohne zentrale Steuerung durch die Gewerkschaften oder die Partei, die Forderung erhoben, von den Belegschaften selbst gewählte Vertrauensmänner mit der Lebensmittelverteilung und deren Kontrolle zu betrauen. Hier handelte es sich um den ersten Versuch, den in Rußland praktizierten Rätegedanken — so wie ihn die Arbeiter mangels genauer Information und richtiger politischer Schulung verstanden — auf österreichische Verhältnisse zu übertragen und auf einem Teilgebiet, dem der Lebensmittelversorgung, die unfähigen staatlichen Organe durch Organe der Arbeiter zu ersetzen. Zum zweiten taten die streikenden Arbeiter ihren Unwillen über die Haltung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung offen kund, die mit allen Mitteln die Bewegung abzuwiegeln suchte und den Streikenden ihre Unterstützung versagte. Den in Wien zu den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit beigezogenen Spitzenfunktionären Franz Domes und August Siegl wurde „Verrat an der Sache der Arbeiterschaft“ vorgeworfen; zwischen der Parteibürokratie und den Massen, die sich im Stich gelassen fühlten, wurde eine tiefe Kluft sichtbar. All das zeigte, daß mit der Jahreswende 1916/17 in Österreich eine revolutionäre Krise eingesetzt hatte, die, mit Wellenbergen und -tälern, bis zum Spätsommer 1919 anhalten sollte.

Die Linksradikalen erkannten die neue Lage, verstärkten ihre Bemühungen, und es gelang ihnen, in Wien und in den Industriezentren Niederösterreichs Verbindungen zur Arbeiterschaft herzustellen. Gleichzeitig vereinigten sie sich im Sommer 1917 mit anderen revolutionären Gruppen (der Rothziegel- und Baral-Gruppe sowie den linken „Poale-Zionisten“ unter Michael Kohn-Eber). Bei einer geheimen Konferenz im September 1917 in Sankt Egyden im Föhrenwald, einer kleinen Bahnstation im Steinfeld zwischen Wiener Neustadt und Neunkirchen, wurde beschlossen, die Verbindung zu den Betrieben zu intensivieren und systematisch auf revolutionäre Massenaktionen, auf einen Generalstreik der Rüstungsarbeiter hinzuwirken. Auch zu revolutionären Soldaten (Egon Erwin Kisch, Johannes Wertheim, Leutnant Fränkel) wurde Kontakt aufgenommen und ein illegaler „Arbeiter- und Soldatenrat“ gebildet.

Die Antwort der Herrschenden auf die wachsende Unzufriedenheit unter den Massen

Das Eintreten einer revolutionären Krise ist, wie Lenin ausführte, stets mit den Phänomenen verbunden, daß die Volksmassen in Bewegung kommen und eine qualitative Vermehrung, Ausweitung, Steigerung ihrer Aktivität zu verzeichnen ist. So wie sie sich der Unmöglichkeit bewußt werden, in der alten Weise weiterzuleben, so können auch die Herrschenden nicht mehr mit den hergebrachten Mitteln regieren.

Auch in Österreich ließ sich die mit der Jahreswende 1916/17 hereingebrochene tiefe Systemkrise nicht mehr mit den herkömmlichen Scharfmachermethoden der Stürgkh-Ära bewältigen. Sie machte den Übergang zu neuen, elastischeren Formen der Herrschaftsausübung notwendig. Die österreichische Regierung sah sich gezwungen, den unheilvollen Einfluß des Armeeoberkommandos auf die Innenpolitik wesentlich abzuschwächen und durch Zugeständnisse auf ökonomischer, sozialer und politischer Ebene dem siedenden Dampfkessel Ablassventile einzubauen.

Zu den Lockerungen im sozialökonomischen Bereich gehörten: Die Erlaubnis der Abhaltung des „Arbeitertages“ am 5. November 1916 in Wien, auf dem mehr als 1000 Delegierte (Obmänner, Sekretäre und Vertrauensleute der Gewerkschaften sowie sozialdemokratische Funktionäre) vor den als Gäste geladenen Vertretern des Militärs und der kaiserlichen Ministerien heftige Kritik an den Zuständen in den militarisierten Betrieben übten und Vorschläge für die Neugestaltung des Arbeiterrechts erstatteten; die Gründung des „Amtes für Volksernährung“ am 1. Dezember 1916, in dessen Direktorium (einem „gutachtlichen und mitarbeitenden“ Organ) mit Karl Renner erstmals ein Sozialdemokrat in regierungsamtliche Funktionen berufen wurde; die Verordnung über den Mieterschutz vom 26. Jänner 1917; das Verbot der Nacharbeit im Bäckerhandwerk vom 8. Februar 1917; die Errichtung von „Beschwerdekommissionen“ in den militarisierten Betrieben vom 18. März 1917; und die Gründung eines eigenen „Ministeriums für soziale Fürsorge“ am 17. Dezember 1917.

Von den Zugeständnissen auf politischer Ebene sind zu nennen: Die in Zusammenhang mit dem Friedensangebot der Mittelmächte im Dezember 1916 der Sozialdemokratischen Partei gewährte Möglichkeit, erstmals im Krieg wieder frei zugängliche Versammlungen abzuhalten; Amnestien Kaiser Karls für Personen, die von Militärgerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren (Jänner und April 1917); die Einschränkung der Pressezensur; die Erlaubnis, den 1. Mai 1917 wieder durch Arbeitsruhe zu feiern (1915 und 1916 hatte die Sozialdemokratie, um die Kriegsproduktion „nicht zu stören“, auf Maifeiern freiwillig verzichtet und wollte es ursprünglich auch 1917 tun; erst als die kaiserlichen Behörden der Partei die Nützlichkeit einer Abhaltung des 1. Mai 1917 ganz offensichtlich nahegelegt hatten,

revidierte der Parteivorstand seinen Beschluß). Die wichtigste Konzession war die Wiedereinberufung des seit März 1914 ausgeschalteten Reichsrats am 30. Mai 1917, durch die der neue Kurs des „gemilderten Kriegsabsolutismus“ seine Krönung erfuhr. Das alles vollzog sich in der Atmosphäre einer offiziellen, von höchster Stelle lancierten Propagandawelle über die „baldige Herbeiführung eines allgemeinen Verständigungsfriedens“, mit der man sowohl dem eigenen Interesse, nämlich den Fortbestand der Monarchie durch Ausscheiden aus dem Krieg zu sichern, als auch der Friedenssehnsucht der Volksmassen Rechnung trug.

Die Versuche, die innere Lage durch einige Reformen zu konsolidieren, mußten angesichts der Unaufhaltsamkeit des Zusammenbruchs des morschen Habsburgerreiches scheitern. Sie waren aber in Verbindung mit der ab 1917 zwar modifizierten, im Kern aber unverändert monarchietreuen Politik der sozialdemokratischen Parteiführung dafür verantwortlich, daß der endgültige Zusammenbruch erst im Herbst 1918 eintrat.

Der Übergang der Sozialdemokratischen Partei auf die Positionen des Zentrismus

Die mit der Jahreswende 1916/17 eingeschlagene Taktik der Zugeständnisse hatte nicht zuletzt darauf abgezielt, die Lage der sozialdemokratischen Führung durch Einräumung von mehr Bewegungsfreiheit und größeren politischen Manövriermöglichkeiten zu erleichtern, um ihr — wie es in einem Bericht der Polizeidirektion Wien an das Ministerium des Inneren vom 23. März 1917 so plastisch hieß — die Gelegenheit zur Wiederentfaltung einer „auf die Massen wirkenden Tätigkeit“ zu geben. Wußte die kaiserliche Regierung doch ganz genau, daß nur bei ungeschwächtem Weiterbestehen des Einflusses der Reformisten auf die Arbeiter die Krise zu bändigen und revolutionäre Entwicklungen hintanzuhalten waren. Darüber hinaus vollzog sich mit dem Übergang auf flexiblere Methoden im Verhältnis zwischen den herrschenden Klassen und der Sozialdemokratie eine höchst bedeutsame Veränderung: Während vor 1914 die Tendenz dominiert hatte, in der marxistischen Arbeiterpartei einen außerhalb des Systems stehenden Gegner zu sehen, und von 1914 bis Ende 1916 die Stürgkh-Regierung, den selbstgewählten Burgfrieden der SP-Führer als selbstverständlich hinnehmend, auf eine weitergehende Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Funktionären noch verzichtet hatte, wurde die Sozialdemokratie seit Anfang 1917 ein aktiv mitagierender und zur Stützung des Systems unentbehrlich gewordener Bündnispartner. Damit wurden bereits im Krieg die Weichen für die Klassenzusammenarbeit in der Koalition der Jahre 1918 bis 1920 gestellt.

Die Antwort der Sozialdemokratischen Partei auf die politische Wendung der österreichischen Bourgeoisie ließ nicht lange auf sich warten. Ohne mit

den herrschenden Klassen in einen gravierenden Widerspruch zu geraten, paßte sich die Partei den neuen Verhältnissen an. Sie bezog eine Position, die ihr die Balance im Spannungsfeld zwischen der nun erfolgten engeren Integration in den Staat und seine Institutionen einerseits und der unbedingt erforderlichen Rücksichtnahme auf die Stimmung der Basis andererseits ermöglichen sollte. Sie kehrte sich von der offen sozialpatriotischen Haltung der ersten Kriegsjahre ab (Schlagwort des Parteivorstandes: „Bedauerliche Überspitzungen, die heute restlos überwunden sind“); sie verstärkte ihre pazifistische Propaganda (die trotz der Forderung nach einem Verzicht auf Annexionen und Kontributionen mit dem neuen Regierungskurs in Einklang stand); sie verschärfte die Kritik an bestimmten „Auswüchsen“ des Systems, die die Arbeiter besonders erregten (Willkürakte militärischer Betriebsleiter, Schlamperei und Unfähigkeit im Behördenapparat, durch Bekanntmachen von ungerechten Urteilen der Militärjustiz, durch Anprangerung von Schiebern und Kriegsgewinnlern usw.). Den Übergang auf eine radikalere Politik ablehnend und der Krone nach wie vor ihre Unterstützung leihend, mußte sich für die Parteiführung die Schwenkung nach „links“, zum Zentrismus hin, im Grunde genommen in Äußerlichkeiten, in einem radikaleren Vokabular erschöpfen. Ungeachtet dieses Dilemmas war aber die neuartige Pose des verbalradikal gefärbten Zentrismus und Pazifismus durchaus massenwirksam, was sich unter anderem in einem starken Zu- beziehungsweise Rückstrom der Arbeiter in die Organisationen äußerte. In der Hauptsache profitierten davon die Gewerkschaften, deren Mitgliederstand in Österreich von 108.739 im Jahr 1916 auf 213.321 im Jahr 1917 stieg und damit fast den Stand des letzten Vorkriegsjahres erreichte.

Ihre offizielle Grundlage erhielt der neue Kurs auf dem Wiener Parteitag im Oktober 1917. Dort brachte Otto Bauer, der eben erst aus der russischen Kriegsgefangenschaft heimgekehrt war und anstelle Friedrich Adlers die Führung der „Linken“ übernommen hatte, eine Erklärung ein, in der der Parteivorstand scharf kritisiert wurde.

Den radikalen Worten der Erklärung der „Linken“ folgte jedoch keine praktische Konsequenz. Die „Linke“ versicherte vielmehr, von der Losung der „Einheit“ wieder einmal unter Druck gesetzt, keine Spaltung anzustreben und nur innerhalb der Organisationen für ihre Auffassungen zu wirken. Victor Adler sprach den linken Delegierten „Dank und Anerkennung“ aus und wies darauf hin, daß die „Linke“ bloß „offene Türen einrenne“, da die Parteiführung ihre eigene Haltung ja schon längst geändert habe. Anschließend wurde mit den Stimmen der „Linken“ der gesamte alte Parteivorstand samt den Verfechtern jener Politik, die die „Linke“ so scharf verurteilt hatte, wiedergewählt.

Der Parteitag sollte, wie Otto Bauer im November 1917 in einem Artikel im „Kampf“ offenherzig eingestand, den Arbeitern zeigen, „daß sie die Befriedigung ihrer politischen Bedürfnisse nicht außerhalb der Partei suchen müs-

Aus der Erklärung der „Linken“

Die internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen haben erklärt, im Kriegsfall sei es die Pflicht der Sozialdemokratie, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksmassen und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen. *Dieser Pflicht hat die Politik des Parteivorstandes während des Krieges nicht entsprochen...* Er hat ganz im Gegenteil die Arbeitermassen in dem Glauben erzogen, daß der Krieg als ein Verteidigungskrieg der deutschen Nation auch im Interesse der deutschen Arbeiter, als ein Krieg gegen den Zarismus im Interesse der Demokratie geführt werde... Die Sozialdemokratie kann ihre geschichtliche Aufgabe *nur im Klassenkampf erfüllen...* Wir lehnen jedes dauerne Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, jede Blockpolitik, jede Bewilligung von Kriegskrediten, jede Teilnahme an bürgerlichen Regierungen unbeding ab.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten in Wien von 19. bis 24. Oktober 1917, Wien 1918, S. 115 f.

sen, sondern sie innerhalb der Partei finden können, indem sie sich um den marxistischen Flügel der Partei scharen“.¹⁰ Die von Otto Bauer geführte „Linke“ (der „marxistische Flügel der Partei“) erblickte also ihre Funktion darin, die mit der Politik der rechten, reformistischen Führer unzufriedenen Arbeiter wieder für die Partei zu gewinnen. Sie wurde damit zum Alibi für den „revolutionären“ Charakter der Partei und zur unentbehrlichen Stütze für die Erhaltung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie.

Der Übergang der Sozialdemokratischen Partei auf die Positionen des Zentrismus hatte in zweierlei Hinsicht historische, den Gang der weiteren Entwicklung bestimmende Bedeutung: Erstens erhielt die österreichische Sozialdemokratie im Laufe des Jahres 1917 definitiv jenes Gepräge, das sie bis zu ihrer Zerschlagung im Februar 1934 behalten sollte und durch das sie sich von den anderen sozialdemokratischen Parteien der Zwischenkriegszeit unterschied. Das in der Ersten Republik zu beobachtende charakteristische Auseinanderklaffen des Austromarxismus in linkes Wort und rechte Tat wurde hier exemplarisch vorgeführt. Zweitens wurde, indem sich die Parteiführung auf dem Parteitag 1917 in manchen Fragen der Linken anpaßte, die Einheit der österreichischen Sozialdemokratie erhalten — ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo 1917 eine Spaltung der Partei erfolgte. Versucht man die Frage zu beantworten, warum die KPÖ in der demokratischen Periode der Ersten Republik so schwach blieb (während die KPD in der

Weimarer Republik zur Massenpartei werden konnte), so sind gerade hier wichtige Ursachen zu suchen und zu finden.

Der Widerhall der Oktoberrevolution in Österreich

Am 7. November 1917 ergriffen in Rußland die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen im Bündnis mit der Masse der Bauernschaft unter Führung der bolschewistischen Partei die Macht. Noch am selben Tag verkündete der Sowjet der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten das „Dekret über den Grund und Boden“ und bot im „Dekret über den Frieden“ allen kriegführenden Mächten an, unverzüglich über einen gerechten, demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu verhandeln. „Friede den Völkern!“ — das war die große Losung der ersten siegreichen sozialistischen Revolution der Geschichte, die nicht nur die Völker Rußlands eroberte, sondern auch sofort in alle kriegführenden Länder hineinwirkte und revolutionäre Erschütterungen auslöste.

Die Wirkung der Oktoberrevolution war in Österreich-Ungarn besonders groß und nachhaltig. Die Soldaten an der Ostfront stellten die Kampfhandlungen ein und verbrüdereten sich. Die Erklärung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen sowie das Friedensangebot wirkten im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, wo es nationale Unterdrückung gab und ein feudalmilitaristisches Obrigkeitsregime herrschte, stärker als in anderen Ländern. Da der Haß gegen den Krieg in den Volksmassen tief verwurzelt war und den mobilisierendsten Faktor darstellte, genoß die Oktoberrevolution die Sympathien der arbeitenden Menschen in allen Teilen Österreichs. Sie waren nun bereit, im Kampf für den Frieden entschlossene Taten zu setzen.

Die Sozialdemokratie begrüßte in ihren Zeitungen und auf Massenversammlungen die Oktoberrevolution mit geradezu enthusiastischen Worten, womit sie der Stimmung der Massen Rechnung trug. Gleichzeitig fürchtete sie jedoch den revolutionären Kampf und erklärte, daß die Situation in Österreich noch nicht reif sei, völlig anders als in Rußland aussehe und das Proletariat jedes Landes den Klassenkampf nach seinen eigenen spezifischen Bedingungen führen müsse. Diese Binsenweisheit legte die Sozialdemokratie sowohl in dieser Situation als auch später immer wieder in dem Sinne aus, als ob es in Österreich niemals Bedingungen für eine konsequent revolutionäre Politik geben könne.

Ende November 1917 nahmen die Mittelmächte das Friedensangebot der Sowjetregierung an. Ihre diplomatischen Vertreter reisten zu den Verhandlungen nach Brest-Litowsk. Dort zeigte sich bald, daß sie nicht gewillt waren, auf die Vorschläge der Bolschewiki einzugehen. Mit der imperialistischen Staaten wesenseigenen Raubgier forderte das Deutsche Reich von Sowjetrußland riesige Gebietsabtretungen. Da sich die Verhandlungen in

Brest-Litowsk, die in der „Arbeiter-Zeitung“ im Wortlaut nachzulesen waren und die von den österreichischen Arbeitern mit größter Spannung verfolgt wurden, noch dazu unerwartet in die Länge zogen, stieg die Unruhe von Tag zu Tag. Die innere Krise in Österreich verschärfte sich im Dezember 1917 rapide und ging Ende des Monats in eine akut revolutionäre Situation über. Die sozialdemokratischen Friedensversammlungen wurden zum Schauplatz stürmischer Auseinandersetzungen. Wütende Zwischenrufe schlugen den Parteireferenten entgegen, in denen kritisiert wurde, daß die Führung trotz aller radikalen Worte nach wie vor die Regierungspolitik toleriere. Die Arbeiter begannen der Partei aus der Hand zu gleiten, die Taktik der Eindämmung der brodelnden Unzufriedenheit funktionierte nicht mehr.

Als am 12. Jänner 1918 nach einem erpresserischen Ultimatum des Vertreters der deutschen Obersten Heeresleitung die Sowjetdelegation aus Brest-Litowsk abreiste und am Morgen des 14. Jänner die österreichische Regierung eine einschneidende Kürzung der ohnehin bereits kümmerlichen Mehlration verfügte, kam es zur Explosion.

Der Jännerstreik 1918

Der Jännerstreik, die größte revolutionäre Streikaktion in der gesamten Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, setzte am 14. Jänner 1918 im Daimler-Motorenwerk in Wiener Neustadt ein. Er griff innerhalb weniger Tage auf alle großen Industriebetriebe Österreichs über und war von Anfang an nicht mehr nur eine Bewegung mit ökonomischen Zielen, sondern ein *politischer* Massenstreik, ein Streik für den Frieden. Am Höhepunkt des Ausstandes, am 19. Jänner, zählte man in Wien 113.000, in Niederösterreich 125.000 und in ganz Österreich-Ungarn 750.000 Streikende. Die Linksradikalen, die nun schon in den großen Rüstungswerken in Wiener Neustadt, Hirtenberg, Wöllersdorf, Blumau, Neunkirchen und Ternitz sowie in einigen Wiener Betrieben (Arsenal, Fiat-Werke Floridsdorf, Goerz-Favoriten, Flugzeugfabrik Warchalowski und Maschinenfabrik „Vulkan“ in Ottakring) unter der Belegschaft Vertrauensleute besaßen, hatten an der Auslösung und Vereinheitlichung des Ausstandes bedeutenden Anteil. Dazu kamen die von Leo Rothziegel und Franz Koritschoner verfaßten, illegal gedruckten und massenhaft verbreiteten Flugblätter, in denen den streikenden Arbeitern klare Losungen und Ziele gegeben wurden. Das am 16. Jänner 1918 erschienene Flugblatt „Das Volk steht auf!“ forderte einen sofortigen Waffenstillstand und die Wahl von Arbeiterräten nach russischem Vorbild.

Weitere Forderungen der Linksradikalen und der streikenden Arbeiter waren: Zulassung von Vertretern der Arbeiterschaft zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk; Abschluß eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungs-

Aus dem Flugblatt „Das Volk steht auf!“

1. Die Friedensdelegierten sind vom Volk zu wählen!
2. An allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen!
3. Kriegsleistungsgesetz und Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechts und der politischen Freiheit sind abzuschaffen!
4. Friedrich Adler und alle anderen politischen Gefangenen sind sofort freizulassen!

Mißtraut jenen patriotischen „Arbeiterführern“, die euch seit dem ersten Tage des Krieges verraten... Ihr anderen aber steht nicht länger abseits! Heraus aus allen Werkstätten! Dreht nicht länger mehr Mordgranaten...! Laßt alle Räder stillstehen...! Wählt Arbeiterräte, so wie in Rußland! — und der Massengewalt des Proletariats wird der Sieg gehören! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Rudolf Neck (Hrsg.): Arbeiterschaft und Staat im ersten Weltkrieg 1914—1918 (A. Quellen), I. Der Staat, 2. Band (1917—1918), Wien 1968, S. 311.

rechts der Völker; Aufhebung der Zensur; Einführung des Achtstundentages; Konfiskation der Lebensmittel und deren Verteilung durch Arbeiterkomitees.

Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung wurde von der Dynamik der mit rasender Schnelligkeit um sich greifenden Streikbewegung völlig überrumpelt und mußte den entsetzten kaiserlichen Ministern eingestehen, daß sie die Kontrolle über die Massen verloren habe. Sie fing sich jedoch rasch und begann Vorkehrungen zu treffen, „um die Bewegung zu erfassen, zu leiten und vor Mißdeutung wie vor Abirrungen zu schützen.“¹¹ Victor Adler, Karl Renner, Karl Seitz und Wilhelm Ellenbogen traten am Abend des 15. Jänner 1918 in geheime Verhandlungen mit Ministerpräsidenten Ernst Seidler ein, in denen das Verfahren für den Streikabbruch abgeprochen wurde. Es lief darauf hinaus, ein eigenes Vierpunkte-Forderungsprogramm aufzustellen, demgegenüber die Regierung demonstrative Kompromißbereitschaft bekunden sollte. Dabei schlugen die Unterhändler des Parteivorstandes den Ministern oft gleich wörtlich den Text jener Erklärungen vor, die sie zur Beruhigung der Arbeiter abzugeben hatten.

Das geheime Zusammenspiel mit der kaiserlichen Regierung konnte jedoch für die Absicht, den Streik möglichst rasch beizulegen, nicht genügen. Die Parteiführung benötigte einen auf die Basis wirkenden Transmissionsmechanismus, dem die Masse der Streikenden Vertrauen entgegenbrachte und der gleichzeitig imstande war, die Beschwichtigungslinie vor den Arbeitern

zu vertreten und zu decken. Als daher am 15. Jänner 1918 in Wiener Neustadt und Ternitz spontan die ersten *Arbeiterräte* entstanden waren, in denen noch dazu mit der linksradikalen Strömung sympathisierende Vertrauensleute Positionen besaßen, beschloß die Wiener Parteizentrale, die nicht mehr zu vermeidende Flucht nach vorne anzutreten. Sie übernahm am 16. Jänner die Parole der Bildung von Arbeiterräten. Die rechten Führer spekulierten — wie sich bald herausstellen sollte, nicht unbegründet — damit, dank ihrem nach wie vor perfekt funktionierenden Organisationsapparat auf den Wahlablauf entscheidend einwirken und den Einfluß der unerfahrenen und der Masse der Arbeiter kaum bekannten Linksradikalen zurückdrängen zu können. Als am 17. Jänner die Wahlen in den Arbeiterrat in den Wiener Betrieben durchgeführt wurden, erschienen alle nur irgendwie abkömmlichen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in den Versammlungen, um dort zu sprechen, den Wahlvorgang in ihrem Sinne zu regulieren und die Arbeiter auf das eigene Vierpunkteprogramm festzulegen. Damit nicht genug, wurden sogar in die Exekutiven der Bezirksarbeiterräte und des Wiener Gesamtarbeiterrats zahlreiche hohe Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre gewählt.

Auf diese Weise gelang es, die Rätebewegung in den Griff zu bekommen, ihre potentiell revolutionäre Stoßrichtung abzubiegen und sie in ein Instrument des Parteivorstandswillens zu verwandeln. Die notwendige „Arbeitsteilung“ war erreicht: Während man in den Ministerzimmern, vor der Öffentlichkeit verborgen, die Taktik für den Abbruch des Ausstandes festlegte, bekam der Arbeiterrat die Aufgabe, die Verhandlungsergebnisse vor der Masse der Streikenden zu vertreten und die Linie des Parteivorstandes zu decken. Von nun an konnten es sich die sozialdemokratischen Führer — was taktisch sehr wichtig war — leisten, hinter den Wiener Arbeiterrat zurückzutreten und gegenüber nach wie vor kampfwilligen Arbeitern zu argumentieren, daß nicht sie, die Führer, den Streikabbruch proklamiert hätten, sondern das von den Arbeitern selbst gewählte Organ, dessen Entscheidung man diszipliniert befolgen müsse.

Es steht außer Zweifel, daß im Jänner 1918 das überholte monarchische Regime und mit ihm das herrschende System in unserem Land am Rande des Abbruchs wandelte. Kaiser Karl sandte am 17. Jänner an Außenminister Ottokar Czernin nach Brest-Litowsk ein Telegramm, in dem es hieß: „Ich muß nochmals eindringlichst versichern, daß das ganze Schicksal der Monarchie und der Dynastie von dem möglichst baldigen Friedensschluß in Brest-Litowsk abhängt... Kommt der Friede nicht zustande, so ist hier die *Revolution*, auch wenn noch so viel zu essen ist. Dies ist eine ernste Warnung in ernster Zeit.“¹²

Im Jänner 1918 waren die objektiven Bedingungen für eine Revolution herangereift. Die innere und äußere Situation war günstig: vor allem, weil sich Österreich noch im Kriegszustand befand, und eine an die Macht gelangte Arbeiterregierung, die das Land aus dem Krieg herausgeführt, die

demokratische und soziale Errungenschaften durchgesetzt, die das Selbstbestimmungsrecht für die unterdrückten Völkerschaften des Habsburgerreiches verkündet hätte, der Unterstützung durch die Volksmassen ganz Österreich-Ungarns gewiß sein konnte. Es ging also im Jänner 1918 einzig und allein darum, ob man gewillt war, die Massen zu mobilisieren und den Kampf um die Staatsmacht zu führen. Die einzige Kraft, die dazu imstande gewesen wäre, war die Sozialdemokratie. Für sie stand aber diese Frage nicht einmal zur Diskussion — weder im Jänner 1918 noch später. Otto Bauer schrieb: „Wir hatten den Streik als eine große revolutionäre Demonstration gewollt. Die Steigerung des Streiks zur Revolution selbst konnten wir nicht wollen.“¹³

Als am 19. Jänner 1918 die Regierung versprach, alles zur Herbeiführung des Friedens zu unternehmen, einer Reorganisation der Lebensmittelversorgung zuzustimmen und „sich nicht der Erkenntnis zu verschließen“, die Militarisierung der Betriebe aufzuheben sowie das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Landtage und Gemeinderäte einzuführen (wovon kein einziger Punkt später erfüllt wurde), forderte die Partei über das Sprachrohr des Arbeiterrates die Streikenden auf, den Ausstand zu beenden. Zur gleichen Zeit gelang es der Polizei, die aktivsten Führer der Linksradikalen (Franz Koritschoner, Arnold Baral, Michael Kohn-Eber, Leo Pjatigorski, Johannes Wertheim, Friedrich Hexmann, Leopold Kulcsar, später auch Leo Rothziegel) zu verhaften.

Als die sozialdemokratischen Funktionäre am 20. Jänner in großen Streikversammlungen an die Arbeiter appellierten, in die Betriebe zurückzukehren, antwortete ihnen ein Sturm der Entrüstung. Die Redner wurden mit Rufen wie „Verräter!“, „Räuber!“ und „k. u. k. Vertrauensmänner!“ überschüttet und tätlich bedroht. Dennoch begann die Bewegung am 21. Jänner abzubrockeln. Am 24. Jänner wurde in ganz Österreich wieder gearbeitet.

Die Tatsache, daß es der SP-Führung im Jänner 1918 trotz Vorhandenseins einer revolutionären Situation gelang, die grandiose Kampffraktion der österreichischen Arbeiterklasse abzuwürgen und alle Widerstände aus dem eigenen Anhängerlager zu überwinden, wirft die Frage nach den Ursachen auf. Die den Kern des Problems treffende Antwort gab der damalige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, als er in einem Bericht nach Berlin es als „glücklichen Umstand“ bezeichnete, „daß der radikalen Richtung, die unter den Massen die Oberhand hat, die *notwendige Führung*“¹⁴, mit anderen Worten: die revolutionäre Organisation, fehlte.

Dazu kam, daß sich die Auflehnung der Arbeiter gegen die Fortsetzung des Krieges und ihre Protestbereitschaft gegen das Herrschaftssystem in einer revolutionären *Stimmung* niederschlug. Stimmungen der Unzufriedenheit, der Empörung und des Wunsches nach einer Änderung der Lage sind aber etwas anderes als das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit der revolutionären Machtergreifung. Eine solche Einsicht war nur bei einer sehr kleinen Minderheit der streikenden Arbeiter vorhanden. Nur eine revolutionäre

Aus dem Flugblatt „Verraten und verkauft!“

Der Kampf zur Erzwungung des sofortigen allgemeinen Friedens, den das Proletariat Niederösterreichs in so herrlicher Weise begonnen und dem sich die Arbeiter der anderen Kronländer und auch Ungarns angeschlossen hatten, ist vom Parteivorstand und einem sogenannten „Arbeiterrat“ in schmachlicher Weise an die Regierung des kapitalistischen Klassenstaates verraten worden... Die sich „Sozialdemokraten“ nennenden Führer haben nichts Besseres zu tun gewußt, als die Arbeiter wieder in das Joch der kapitalistischen Unterdrückung zu treiben... Von den heutigen „Arbeitervertretern“ ist nichts mehr zu erwarten! *Schließen wir uns selbst zu Gruppen des Kampfes zusammen!* Die Gruppen mögen unter sich die Fragen des Tages besprechen, mit den Genossen der anderen Gruppen in Verbindung treten, so daß eine neue Organisation des Kampfes und der Befreiung entstehe!

Rudolf Neck (Hrsg.): *Arbeiterschaft und Staat im ersten Weltkrieg 1914 — 1918 (A. Quellen), I. Der Staat, 2. Band (1917 — 1918), Wien 1968, S. 395 f.*

Partei hätte die Erkenntnis von der bewußten, organisierten Aktion mit dem Ziel, Österreich aus dem imperialistischen Krieg herauszuführen und die ersehnten demokratischen und sozialen Veränderungen auf revolutionärem Wege zu erreichen, den Massen vermitteln können. Da eine solche nicht existierte und die wenigen Linksradikalen eine solche nicht ersetzen konnten, erwies sich der Wille einer Handvoll sozialdemokratischer Spitzenfunktionäre als stärker als die Stimmung hunderttausender streikender Arbeiter.

Für die linksradikale Bewegung waren die Erfahrungen des Jänner 1918 der letzte Anstoß zur Erkenntnis, mit dem Reformismus prinzipiell zu brechen und die Schaffung einer neuen, revolutionären Organisation in Angriff zu nehmen. Damit kann der Jännerstreik als die eigentliche Geburtsstunde der KPÖ gelten. Am 22. Jänner erschien das von Leo Rothziegel verfaßte Flugblatt „Verraten und verkauft!“, in dem die Gründung einer neuen, revolutionären Partei verlangt wurde.

Vorübergehende revolutionäre Ebbe

Nach dem Ende des Jännerstreiks blieb die Situation für die Regierung noch einige Monate sehr gespannt. Am 22. Jänner begann im Marinearsenal

des Kriegshafens Pola (heute Pula) ein Streik, mit dem sich die Matrosen der vor der Reede liegenden Schiffe solidarisch erklärten, und am 1. Februar 1918 folgte der Aufstand der Matrosen von Cattaro (heute Kotor). Obwohl das Flottenkommando eine strikte Nachrichtensperre anordnete, hatte der Parteivorstand durch Julius Braunthal, der als Artillerieoffizier der Küstenwache im Kriegshafen von Cattaro stationiert war, von den Vorgängen Kenntnis. Er verschwieg jedoch den Aufstand von Cattaro vor der Öffentlichkeit, da er neuerliche Streikaktionen der österreichischen Arbeiter befürchtete.

Im Mai 1918 folgten weitere Unruhen: In Judenburg, Murau, Radkersburg, Rumburg, Pécs und Kragujevac meuterten Ersatztruppenkörper der k. u. k. Armee. Damit war ein wesentliches Element der sozialdemokratischen Argumentation im Jännerstreik, nämlich daß das Militär jede revolutionäre Bewegung blutig niederschlagen werde, widerlegt; die Armee konnte zu jener Zeit nicht mehr als ein absolut verlässliches Instrument in den Händen der Herrschenden angesehen werden.

Das Armeekommando verhängte erneut eine Nachrichtensperre und unterdrückte die Empörungen mit aller Härte. 87 Soldaten, fast durchwegs aus Rußland heimgekehrte ehemalige Kriegsgefangene und daher — wie es in einer der Urteilsbegründungen hieß — von den „bolschewikischen Ideen so besessen“, daß sie den „Seiner Majestät geleisteten Treueeid schmachlich vergaßen“¹⁸, wurden standrechtlich erschossen. Gegen 3000 Soldaten wurde ein militärgerichtliches Verfahren eingeleitet.

Im Juni 1918 kam es in Wiener Neustadt, Baden, Neunkirchen, Fohnsdorf und schließlich in Wien zu einer letzten Streikwelle der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben. Allerdings war die Bewegung nicht einheitlich und blieb auf ökonomische Forderungen beschränkt. Die Sozialdemokratie konnte sie mit Hilfe des von ihr beherrschten Arbeiterrats bald wieder beilegen.

Nach dem Junistreik trat im Sommer und Herbst 1918 eine vorübergehende Abschwächung der revolutionären Krise ein. Unter den Massen nahmen nach vier Jahren Krieg, Hunger, Not und kräfteverzehrenden Klassenkämpfen Symptome der Ermattung überhand, die sich in Stimmungen der Apathie und des Wartens auf ein Ende des Schreckens äußerten. Die sozialen Gegensätze wurden vom Problem des offen sichtbaren Zerfalls Österreich-Ungarns in nationale Einzelstaaten zeitweilig überdeckt. Gerade in dieser Frage vollzog die Sozialdemokratie im Sommer und Herbst 1918 jene Wende, die es ihr nicht nur ermöglichte, die Arbeiter wieder enger um ihr Programm zu scharen, sondern sie auch im November 1918 zur politischen Führungsposition im Staate befähigen sollte. Sie warf die großösterreichische Reichsidee über Bord und stellte sich auf den Boden des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, weil nur auf diese Weise ihr eigentliches Anliegen, der Anschluß der deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie an Deutschland, gerechtfertigt werden konnte.

Die Umorientierung in der nationalen Frage war kein bloßes Gedanken- spiel akademisch-theoretischer Natur. Sie zog zwingend die Einbettung in das gesellschaftliche Umfeld, die Erarbeitung eines Lösungsmodells zu grundlegenden innenpolitischen Fragen und eine gewisse Distanzierung vom monarchistischen Obrigkeitsstaat nach sich. Das verlieh der Sozialdemokratie in den letzten Kriegsmonaten wieder ein oppositionelles Image, das auf die Arbeitermassen nicht ohne Wirkung blieb. Als einzige unter den österreichischen Parteien klare Vorstellungen für den Fall der Niederlage und des Zusammenbruchs des habsburgischen Vielvölkerstaates besitzend, wurde die Sozialdemokratie im November 1918 zum Vollstrecker jener Umwälzung, auf die sie sich von vornherein beschränkte: der bürgerlich-demokratischen.

Die beiden letzten noch in Freiheit verbliebenen linksoppositionellen Gruppen (um Karl Steinhardt und Elfriede Eisler-Friedländer) waren in diesen Monaten — teils durch die Ungunst der Umstände, teils durch eigene Schuld — nicht imstande, die positiven Ansätze der revolutionären Tätigkeit der Linksradikalen fortzuführen und deren Kontakte zur Industriearbeiterschaft aufrechtzuerhalten.

Die Partei in der österreichischen Revolution 1918 bis 1920

Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns

Ende Oktober 1918, als die Habsburgermonarchie endgültig zu zerfallen begann, entschloß sich die Sozialdemokratie zur Übernahme der Regierungsverantwortung. Sie bildete mit den bürgerlichen, zuletzt 1911 gewählten, Reichsratsabgeordneten die provisorische deutsch-österreichische Nationalversammlung und den Staatsrat.

Die Tragweite dieser Entscheidung war enorm, denn sie wurde der SP-Führung nicht aufgezwungen, sondern von ihr freiwillig eingegangen. Mit Berufung auf das „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, das eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie beim Aufbau des neuen Staates notwendig mache, ließ die österreichische Sozialdemokratie davon ab, mit den besitzenden Klassen zu brechen und die alleinige Regierungsgewalt an sich zu reißen. Dabei war ihr völlig bewußt, daß die bürgerlichen Abgeordneten, die in ihrer großen Mehrheit geschworene Feinde der Arbeiterbewegung waren und blieben, die bis zuletzt für den Krieg und die Erhaltung der Monarchie eingetreten waren, längst nicht mehr als Repräsentanten des Volkswillens angesehen werden konnten. Die Arbeitermassen wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, die man im nachhinein als „einzig gangbaren Ausweg“

plausibel zu machen suchte, und der „österreichischen Revolution“ gleich am Anfang jene Richtung gegeben, die auf die Überbrückung der Krise der bürgerlichen Herrschaft durch Bereitstellung systemkonformer Reformen abzielte.

Mit der Bildung der provisorischen Koalitionsregierung unter Karl Renner bestätigte die Sozialdemokratie nicht nur ihre spätestens seit Kriegsausbruch ersichtliche Funktion als „staatsbejahende“ Kraft, sondern setzte auch ihre kurz zuvor erarbeiteten Maximen für den Fall der Selbständigkeit eines deutschösterreichischen Staates in die Tat um. Ihr politisches Programm in der Zeit des Umsturzes lautete:

1. Ausrufung der Republik auf bürgerlich-demokratischer Grundlage;
2. Bildung einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien Deutschösterreichs (den Christlichsozialen und den Großdeutschen);
3. Umwandlung des Mehrheitswahlrechts für den Reichsrat in das Verhältniswahlrecht für die künftige Nationalversammlung (einschließlich des Wahlrechts für Frauen);
4. Demokratisierung des Militärs (freiwillige Volkswehr, später Einführung des Milizsystems);
5. Abschaffung des Privilegienwahlrechts und Einführung des Wahlrechts nach dem Proportionalsystem für die Länder und Gemeinden;
6. Entschiedene Verbesserung und Erweiterung des Arbeits- und Sozialrechts;
7. Wiederherstellung und Garantie aller bürgerlichen Rechte (Presse-, Rede-, Versammlungsfreiheit usw.);
8. Anschluß des „lebensunfähigen“ Österreichs an Deutschland.

Dieses Programm, das über bürgerlich-demokratische Zielsetzungen nicht hinausging, wurde von der Partei 1918/19 mit Ausnahme des Punktes 8 verwirklicht.

Das Kernproblem für die Arbeiterbewegung und die revolutionären Kräfte bestand im November 1918 in folgendem: Während in Rußland das Ausscheiden aus dem imperialistischen Krieg und der Friede durch den revolutionären Sturz der eigenen bürgerlichen Regierung erzwungen wurde, wurde in Österreich der Krieg durch die militärische Niederlage der Mittelmächte beendet. Der alles überragende Wunsch der Massen nach Frieden konnte somit von den neuen Repräsentanten der Regierungsgewalt mit dem Abschluß des Waffenstillstandes von Padua am 3. November 1918 als erfüllt verbucht werden. Darüber hinaus brachte die Umwälzung gleich im ersten Anlauf eine derartige Fülle spürbarer Ergebnisse mit sich, daß das Denken und Handeln der Massen im November 1918 völlig in ihrem Banne stand. Die Habsburgerdynastie, Symbol jahrhundertalter Unerschütterlichkeit alles Bestehenden, war gestürzt. Fast alle politischen und sozialen Forderungen des Hainfelder Programms von 1889 waren mit einem Schlag Wirklichkeit geworden oder der Realisierung greifbar nahegerückt. Die kaiserliche Armee

als verlässliche Waffe in der Hand der Herrschenden war zerfallen. An ihre Stelle trat eine Volkswehr aus Freiwilligen, von denen viele die rote Farbe des Sozialismus auf ihren Kokarden trugen und die im Gegensatz zur deutschen Reichswehr nicht als Instrument der Konterrevolution benützt werden konnte. Polizei, Gendarmerie, Justiz und Behördenapparat, die einst so viele Arbeiterkundgebungen verboten, fortschrittliche Bewegungen unterdrückt und dem „gemeinen Volk“ ihre Machtstellung spüren hatten lassen, traten nun gegen die Werktätigen nicht in Erscheinung und wagten keinen Schritt ohne Zustimmung der Arbeiterfunktionäre. Die Arbeiter- und Soldatenräte, obgleich ohne „gesetzliche“ Grundlage entstanden, mußten von den Staatsorganen respektiert werden. Das Bürgertum, geschockt durch das plötzliche Verschwinden des monarchischen Obrigkeitsstaates, dem es seit 1848 stets in Unterwürfigkeit begegnet war, mußte das Gesetz des Handelns der Sozialdemokratischen Partei überlassen, ja sie sogar inständig bitten, das Ruder zu übernehmen und für sie zu retten, was zu retten war.

All das schlug sich bei den Arbeitermassen in einer Hochstimmung über den vermeintlich leichten Sieg über die Kräfte der alten Herrschaft nieder. Unter den Arbeitern dominierte das Gefühl, daß man ohnehin schon die Macht in Händen habe und mit der am 12. November 1918 ausgerufenen Republik der erträumte „Volksstaat“, den man vielfach auch noch mit dem Beiwort „sozialistisch“ schmückte, erkämpft sei.

Diese Illusion konnte wirken, weil es in Österreich keine organisierte Kraft gab, die theoretisch vorbereitet und praktisch imstande war, die Führung in der Revolution zu übernehmen.

Dennoch drängte die Arbeiterschaft zum Sozialismus. Dem begegnete die Sozialdemokratie mit folgenden Argumenten: Natürlich ist es uns jederzeit möglich, in Österreich die Macht zu übernehmen und eine Räterepublik zu errichten. Aber sie würde auf die Industriegebiete Wiens, Niederösterreichs und der Obersteiermark beschränkt bleiben. Die Bauernschaft der von den Christlichsozialen beherrschten anderen Bundesländer würde sich gegen uns wenden. Die Entente würde eine Hungerblockade verhängen, militärisch eingreifen und das ganze Land in Chaos und blutigem Bürgerkrieg versinken. Daher müsse so ein Experiment unvermeidlich mit einer Katastrophe für das Proletariat, mit einem Sieg des weißen Terrors enden.

Die Gefahren, die hier an die Wand gemalt wurden, konnten real werden. Falsch, statisch und undialektisch war aber das sozialdemokratische Denkmodell einer auf Österreich allein beschränkten Revolution, die, so verkündete man, hilflos und isoliert einer Phalanx von unbezwingbaren, gegen alle revolutionären Erschütterungen immun bleibenden Feinden gegenüberstehen würde. Revolutionen, das zeigt die Geschichte, entwickeln eine gewaltige Eigendynamik, verändern nicht nur grundlegend die gesamte gesellschaftliche Konstellation und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen im eigenen Land, sondern wirken als Beispiel über die Zäune von Staatsgrenzen unver-

meidlich hinaus, ergreifen dort Herzen und Gehirne von Millionen Menschen, führen zur Solidarisierung und Unterstützung durch die internationale Arbeiterbewegung, lassen die Truppen der Konterrevolution schwankend und unzuverlässig werden usw.

Gewiß hätte es, um damals einen Erfolg erringen zu können, wie in Rußland Kühnheit, revolutionären Willens, radikaler Maßnahmen zur Entmachtung der Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes, entschiedener Schritte zur Gewinnung der Masse der Bauernschaft und zu ihrer Loslösung aus der Umklammerung durch den politischen Klerikalismus und die Christlichsoziale Partei, der Niederwerfung konterrevolutionärer Emeuten und der bewaffneten Abwehr etwaiger ausländischer Interventionsversuche bedurft. Die sozialrevolutionären Errungenschaften wären nicht ohne Opfer zu verteidigen gewesen.

Die österreichische Sozialdemokratie ging statt dessen ein Bündnis mit dem politisch geschwächten, aber ökonomisch nach wie vor herrschenden Bürgertum ein und rettete, nachdem sie der Bourgeoisie einige Reformen abgezwungen hatte, die alten Machtstrukturen. Sie suchte 1918/19 eine Lösung der brennenden Probleme nicht auf sozialistischem, sondern auf kapitalistischem Weg. Ihr Verhalten rechtfertigte sie damit, daß sie auf diese Weise den Arbeitern nur unnötige Opfer erspare, weil auch der von ihr eingeschlagene leichtere Weg zum Sozialismus führe. Feststeht, daß sie damit, unabhängig von ihrem subjektiven Wollen, gleich am Anfang der Republik entscheidende Weichen für die späteren Niederlagen der österreichischen Arbeiterbewegung stellte.

Die Gründung der KPÖ

Am 3. November 1918 wurde in den Eichensälen in Wien-Favoriten die Kommunistische Partei Deutschösterreichs (so lautete bis 1920 ihr offizieller Name) gegründet. Der Gründung vorausgegangen waren Verhandlungen zwischen der Steinhardt- und der Friedländer-Gruppe sowie ein Angebot an den eben aus der Haft entlassenen Friedrich Adler, an die Spitze der Partei zu treten. Adler, der nach dem Attentat und seiner Verteidigungsrede vor Gericht unter den Arbeitern höchstes Ansehen genoß, lehnte dies mit der Begründung ab, daß die 1917/18 von der Sozialdemokratie vollzogene Wendung nach links nun auch „unzufriedenen Genossen“ die Möglichkeit biete, „innerhalb der Partei für das internationale revolutionäre Programm der Sozialdemokratie“ (!) zu wirken.¹⁶

Wegen persönlicher Differenzen und politischer Meinungsverschiedenheiten kam es am 3. November nicht zum Zusammenschluß aller linksoppositionellen Gruppen. Die Linksradiكالen unter Franz Koritschoner blieben der KPÖ ebenso fern wie Leo Rothziegel, Michael Kohn-Eber, Egon Erwin Kisch, Johannes Wertheim u. a., die sich in der „Föderation revolutionärer Sozialisten ‚Internationale‘“ (FRSI) vereinigten.

Historisch war die Zeit für die organisatorische Trennung vom Reformismus längst gekommen und die Schaffung einer revolutionären, kommunistischen Partei in Österreich überfällig. Die objektiven und subjektiven Bedingungen, unter denen die Gründung der KPÖ erfolgte, waren jedoch nicht so geartet, daß das, was historisch reif war, hinlänglich geplant und mit den besten Mitteln zum günstigsten Zeitpunkt geschah. Die Vereinigung der Steinhardt- und Friedländer-Gruppe, der am 3. November 1918 nur etwa 50 Personen folgten, vollzog sich ohne gründliche Diskussion über die Grundsätze einer marxistischen Arbeiterpartei und deren Aufgaben im Kampf um die sozialistische Revolution. Eine solche Auseinandersetzung wäre gerade in Österreich wichtig gewesen. Stand doch hier die Masse der radikal gestimmten Arbeiterschaft unter dem Einfluß der zentristischen Führer Otto Bauer und Friedrich Adler, die für die Einheit mit den rechten Reformisten eintraten. Man hätte daher zuerst den Kampf um die Wiederaufnahme aller Linksradikalen in die Sozialdemokratische Partei führen müssen, um dort die Entfernung aller im Krieg kompromittierten Opportunisten verlangen und daraus die Notwendigkeit des Bruches ableiten zu können. Dieser Kampf hätte nicht nur zur Klärung der Positionen und zum Aufbau einer Organisation der linken, revolutionären Kräfte beigetragen, sondern auch die Chancen für die Gewinnung zehntausender sozialdemokratischer Arbeiter begünstigt. So gesehen war die Gründung der KPÖ verfrüht, weil dadurch die Diskussion über die notwendige organisatorische Trennung vom Reformismus zu rasch zu einer Diskussion zwischen Parteien wurde, statt vorher bis zum Bruch in der Sozialdemokratie ausgetragen zu werden.

Diese objektiv ungünstigen Bedingungen paarten sich mit subjektiven Fehlern und Schwächen. Die vorerst an der Spitze der KPÖ stehenden Personen hatten weder klare theoretische und politische Vorstellungen noch praktische Kampferfahrungen. Sie vertraten mehrheitlich ultralinke Auffassungen, die sich in dem Glauben äußerten, durch spektakuläre Aktionen (zum Beispiel die Besetzung der Redaktionsräume der „Neuen Freien Presse“ am 12. November 1918) und durch zündende Losungen die Massen mit sich reißen zu können. Das Wirken der KPÖ reduzierte sich in der ersten Zeit ihres Bestehens auf die Propagierung von Grundsätzen des Marxismus und der proletarischen Revolution. Ihre einzige Antwort auf die brennenden Fragen war der Ruf nach der sofortigen Errichtung der Diktatur des Proletariats, die zwar historisch auf der Tagesordnung stand, die aber nur dann zu erreichen war, wenn man die Massen anhand ihrer eigenen Erfahrungen, durch Aufwerfen der akuten, ungelösten politischen und wirtschaftlichen Probleme zur Einsicht ihrer Notwendigkeit heranzuführen verstand.

Die ungünstigen Momente bei der Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs sollten sie zwar in der Phase des erneuten revolutionären Aufschwungs im Frühjahr 1919 nicht daran hindern, rasch zu wachsen und

zu einem gewichtigen innenpolitischen Faktor zu werden. Sie hatten aber auf längere Sicht tiefgehende negative Nachwirkungen, die erst Anfang der dreißiger Jahre überwunden werden konnten.

Der 1. Parteitag der KPÖ

Am 9. Februar 1919 fand in einem Gasthaus in Wien-Ottakring der 1. Parteitag der KPÖ statt. An ihm nahmen 42 Delegierte teil. Die Partei hatte in der Zwischenzeit eine Stärkung durch den Beitritt der Linksradikalen (Franz Koritschoner, Anna Strömer u. a.) und der aus Sowjetrußland heimgekehrten Kriegsgefangenen erfahren. (Zu letzteren gehörten Karl Toman, Heinrich Brodnig, Anna Grün, Leopold Forst, Gilbert Melcher, Gottlieb Fiala u. a.; Johann Kopenig, der ebenfalls in der russischen Kriegsgefangenschaft zum Kommunisten geworden war, kehrte erst im Sommer 1920 nach Österreich zurück.) In Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark gab es bereits Landesparteiaktionen, in Salzburg und Kärnten waren kommunistische Gruppen im Entstehen begriffen. In der Wiener Volkswehr hatte die KPÖ in Form des „Volkswehrebataillons 41“ (hervorgegangen aus der im November 1918 von Rothziegel und Kisch gegründeten „Roten Garde“) eine starke Position. Insgesamt zählte die Partei im Februar 1919 etwa 3000 Mitglieder. Auch eine Jugendorganisation, die in Wien in vier Ortsgruppen 400 Mitglieder umfaßte, existierte bereits. Das Zentralorgan der KPÖ, der „Weckruf“ (ab 15. Jänner 1919 in „Die Soziale Revolution“, ab 26. Juli 1919 in „Die Rote Fahne“ umbenannt), erschien dreimal wöchentlich in einer Auflage von 15.000 Exemplaren. In die Parteileitung wurden Karl Steinhardt, Karl Toman (andere Schreibweise: Tomann), Jakob Riehs, Franz Eichinger, Franz Koritschoner, Leopold Forst und Paul Friedländer gewählt.¹⁷

Im Mittelpunkt der Beratungen des 1. Parteitags standen organisatorische Fragen, Fragen des Parteiprogramms und der Parteipresse, die Haltung gegenüber den Arbeiterräten und die Entscheidung über die Beteiligung an den Wahlen in die Konstituierende Nationalversammlung, die für den 16. Februar 1919 angesetzt waren. Die KPÖ forderte die Reorganisation des Arbeiterrats, die Aufnahme der Kommunisten in dieses Gremium und die Abhaltung allgemeiner Urwahlen in die Orts- und Bezirksarbeiterräte. Die „Arbeiter- und Soldatenräte und Räte der armen Bauern“ wurden als allein anzustrebende gesetzgebende und vollziehende Körperschaft bezeichnet.

In der Frage der Wahl in die Nationalversammlung verabschiedete der Parteitag mit 28 Stimmen gegen 6 Stimmen eine von Karl Steinhardt vorgelegte Resolution, in der den Parteimitgliedern die Wahlenthaltung empfohlen wurde. Der Boykott wurde damit begründet, daß die Partei „eine Politik des Übermorgen, nicht des Morgen“ zu betreiben habe und der „Gedanke der Diktatur des Proletariats so umstoßend“ sei, daß man der

Nationalversammlung „keine überragende Bedeutung“ beizumessen brauche.¹⁸

Hier kam eine grundsätzliche Schwäche der Partei in der revolutionären Nachkriegskrise zum Ausdruck: der Glaube an die Unvermeidlichkeit des baldigen Sieges der sozialistischen Revolution und das mangelnde Vermögen, den Weg zum sozialistischen Ziel mit konkreten Aufgabenstellungen zu verbinden, die in Etappen zu lösen waren. Das bedeutet nicht, daß die KPÖ schlechthin „sektiererisch“ war. Sie nahm an den Klassenkämpfen der Jahre 1918 bis 1920 teil, erhob im Arbeiterrat eine Fülle von ökonomischen und sozialen Forderungen und war die Initiatorin vieler Streikaktionen und Demonstrationen. Aber selbst dann, wenn die Linie der Kommunistischen Partei damals völlig korrekt und richtig gewesen wäre, hätte das für den Sieg der proletarischen Revolution nicht genügt. Es wäre darüber hinaus die Fähigkeit erforderlich gewesen, die arbeitenden Massen anhand ihrer *eigenen* Erfahrungen und Einsichten von der Richtigkeit der Linie der Kommunisten zu überzeugen. Gerade an dieser Fähigkeit, vielleicht der schwierigsten Aufgabe, vor die sich damals die kommunistischen Parteien gestellt sahen, mangelte es.

Der Anteil der Partei an der Gründung der Kommunistischen Internationale

Der 1. Parteitag hatte sich für die Schaffung einer neuen, dritten, kommunistischen Internationale ausgesprochen und Karl Steinhardt als Delegierten für den Gründungskongreß in Moskau gewählt. Steinhardt traf nach einer 17tägigen abenteuerlichen Fahrt quer durch die Fronten des russischen Bürgerkrieges am 3. März 1919 in Moskau ein, wo die Beratungen von 52 Delegierten aus 21 Ländern Europas, Asiens und Amerikas bereits begonnen hatten. Sie verliefen nicht ohne Reibungen, weil der Vertreter der KPD, Hugo Eberlein, mit einem gebundenen Mandat Rosa Luxemburgs, der kurz zuvor ermordeten Führerin der KPD, ausgestattet, gegen die sofortige Gründung der Komintern votierte. Obwohl auch Rosa Luxemburg die III. Internationale für eine „bedingungslose Selbstverständlichkeit“ hielt, hatte sie es aus taktischen Gründen für angebracht gehalten, den Zeitpunkt des Gründungskongresses für einige Monate aufzuschieben. Es schien somit, als ob die Beratungen in Moskau nur den Charakter einer vorbereitenden Konferenz tragen würden.

Vor Beginn der entscheidenden Sitzung bat jedoch Lenin den österreichischen Delegierten zu einer Unterredung und ersuchte ihn, den Beschluß des 1. Parteitages der KPÖ noch einmal zur Sprache zu bringen. Gemeinsam arbeiteten Lenin und Steinhardt einen Antrag aus, der, von den Parteien Österreichs, Ungarns, Schwedens und der Balkanföderation unterzeichnet, die Konstituierung der III. Internationale ein unaufschiebbares und „unbedingtes geschichtliches Gebot“¹⁹ nannte. Zur Begründung des Antrags hielt

Steinhardt eine temperamentvolle Rede, die den Durchbruch brachte. Seine Resolution wurde bei Stimmenthaltung Eberleins einmütig angenommen. Unter begeisterter Akklamation wurde so am Abend des 5. März 1919 die Kommunistische Internationale ins Leben gerufen, wobei der Vertreter der KPÖ als der nach der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) und Kommunistischen Partei Finnlands drittältesten kommunistischen Partei der Welt für sich in Anspruch nehmen konnte, hierfür einen wichtigen Impuls gegeben zu haben.

Der I. Kongreß der Komintern war von außerordentlicher Bedeutung. Er legte, die ersten Schritte der kommunistischen Bewegung theoretisch verallgemeinernd, einen Grundstein für den ideologischen und organisatorischen Zusammenschluß der revolutionären Kräfte aller Länder unter dem Banner des Marxismus-Leninismus. Erstmals in der Geschichte vereinigten sich auf diesem Kongreß Proletarier Europas und Amerikas mit Werktätigen der kolonialen und abhängigen Länder. Die Kommunistische Internationale, die bis zum Jahr 1943 bestand, war Initiator und Ausgangspunkt für die kommunistische Weltbewegung der Gegenwart und stand fast ein Vierteljahrhundert an deren Spitze. Sie entstand als Ausdruck der zunehmenden Internationalisierung des Klassenkampfes unter der Bedingung der Spaltung der Welt in zwei Systeme — das sozialistische und das kapitalistische — und als Äußerung der historischen Notwendigkeit, Formen der Wechselbeziehungen und der gegenseitigen Hilfe zwischen den kommunistischen Parteien der verschiedenen nationalen Abteilungen des Proletariats zu finden.

Der Prozeß der Gründung, Formierung und Festigung von revolutionären Parteien neuen Typs, der eine ganze historische Periode einnahm, verlief keineswegs glatt, sondern war mit einer Reihe ernsthafter Schwierigkeiten verbunden. Es bedurfte dazu der kollektiven Anstrengungen der gesamten kommunistischen Bewegung, der Analyse vieler und vielschichtiger prinzipieller Fragen im Rahmen einer internationalen Organisation und unter deren Führung.

Der revolutionäre Aufschwung im Frühjahr 1919

Ab Februar/März 1919 begann sich die Situation für die Koalitionsregierung zuzuspitzen. Die wirtschaftliche Lage hatte sich seit dem Umsturz nicht gebessert. Sie wurde im Gegenteil immer schlechter. Die Industrieproduktion lag darnieder, die Geldentwertung schritt fort, die Zahl der Arbeitslosen war von 46.000 im Dezember 1918 auf 186.000 (131.000 davon allein in Wien) im Mai 1919 gestiegen. Die Arbeitslosenunterstützung betrug täglich 6 Kronen (plus einer Krone Familienzulage) bei offiziellen Lebensmittelpreisen wie 2,70 Kr für 1 kg Mehl, 1,20 Kr für 1 kg Brot, 4,70 Kr für 1 kg Zucker

und 2,24 Kr für 1 l Milch (ganz zu schweigen von den Schwarzmarktpreisen beziehungsweise den Preisen für hochwertige Nahrungsmittel wie Butter und Fleisch). Das Elend der zehntausenden Kriegsinvaliden und Heimkehrer war ungeheuer groß. Fast täglich kam es in den Städten zu Hungerdemonstrationen, die manchmal (zum Beispiel in Linz und Graz) mit Verzweiflungsausbrüchen, Plünderungen und blutigen Schießereien endeten. Die relative Ruhe und Disziplin, die das Verhalten der Arbeiterschaft in der ersten Phase der Revolution, die eine bürgerliche blieb, gekennzeichnet hatte, war dahin. Das Unvermögen, als bürgerlich-demokratische Umwälzung die anstehenden Probleme zu lösen, schlug sich in einer Radikalisierung der Massenstimmung, der Forderung nach der Sozialisierung der Betriebe und dem Ruf nach der Rätewacht nieder.

In dieser gespannten Situation erreichte Österreich am 21. März 1919 die Nachricht von der Ausrufung der Räterepublik in Ungarn, die in Europa wie eine Bombe einschlug. Die proletarische Revolution schob sich an diesem Tag bis unmittelbar vor die Tore Wiens und des Wiener-Neustädter Industriegebiets, da ja das Burgenland damals noch zu Ungarn gehörte. Auch die Art der Errichtung der Rätewacht — auf friedliche Weise, unblutig — konnte ihre Wirkung auf die österreichische Arbeiterbewegung nicht verfehlen. Dazu kam, daß es nicht bei der bloßen Proklamierung der Proletariatsmacht blieb, sondern ihre Verwirklichung in raschem Tempo erfolgte: Banken, Verkehrswesen, Industriebetriebe und Schulen wurden verstaatlicht, ebenso der Grund und Boden.

Die Ereignisse in Ungarn gaben der KPÖ enormen Auftrieb. Binnen weniger Wochen stieg die Zahl ihrer Mitglieder von 3000 im Februar 1919 auf 10.000 im März und 40.000 im Mai/Juni 1919. Allerdings waren die Grundorganisationen keineswegs gefestigt und die Partei nur in wenigen Großbetrieben verankert. In der Hauptsache rekrutierten sich ihre Anhänger aus Arbeitslosen, Kriegsinvaliden und Heimkehrern.

Der Massenaufschwung des Frühjahrs 1919 stellte die Sozialdemokratische Partei, die ebenso wie das bürgerliche Lager daran interessiert war, ein Übergreifen des sozialrevolutionären Prozesses auf Österreich unter keinen Umständen zuzulassen, vor das Problem, Mittel und Wege zur Stabilisierung der Lage ausfindig zu machen. Zu diesem Zweck verband sie zweierlei: Die Initiative zum Ausbau des Rätessystems, die den Massen eine Erhöhung ihrer Macht suggerierte, aber keine grundlegende Machtverschiebung brachte, mit Initiativen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, die den Eindruck erwecken sollten, daß die Macht ohnehin nicht gebraucht werden müsse.

Die Rätebewegung

Die im Jännerstreik 1919 entstandenen Arbeiterräte hatten als reine Parteiorganisation, die nur Mitgliedern der Sozialdemokratie, der Gewerkschaft und Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung“ zugänglich war, bis zum

November 1918 und über ihn hinaus ein Schattendasein geführt. Im Februar 1919 führte einerseits das Drängen der Arbeitermassen nach energischem Ausbau des Rätessystems und andererseits die Erkenntnis der SP-Führung, daß man die Radikalisierung der Massen durch eine Aufwertung basisorientierter Organisationen kanalisieren könne und müsse, zu einer Reform des Arbeiterrats.

In den Augen der sozialdemokratischen Führer waren die Arbeiter- und Soldatenräte niemals revolutionäre Kampf- und Machtorgane, sondern stets nur eine Art „Parlament der Arbeiterklasse“, das „innerproletarische Konflikte“ zwischen reformistischen und revolutionären Kräften sublimieren, von der Straße weg in ein Gremium „friedlichen Kräftemessens“ zwischen Majorität und Minorität verlegen sollte. In einer Situation bis zum äußersten zugespitzter Klassenauseinandersetzungen gab es keine bessere Gelegenheit, als auf diese Weise die reformistische Politik der Sozialdemokratie mit Berufung auf den „Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse“ nach außen hin zu legitimieren.

Anfang März 1919 wurde auf einer Reichskonferenz der Arbeiterräte beschlossen, das Organisationsstatut dahingehend zu ändern, daß nun alle, „die in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes erkennen, ihrer Berufsorganisation (Gewerkschaft) angehören und das 20. Lebensjahr überschritten haben“²⁰, in den Arbeiterrat wählbar wurden. Das bedeutete die Wahlberechtigung beziehungsweise Wählbarkeit auch für Mitglieder der KPÖ. Gleichzeitig wurde eine Bestimmung aufgenommen, durch die bis zu 20 Prozent zusätzlich zu den in Urwahlen gewählten Arbeiterratsmitgliedern als Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauen-, Jugend- und Bildungsorganisationen kooptiert werden konnten. Die Sozialdemokratie verschaffte sich damit zusätzliche Mandate zur Verstärkung ihrer Mehrheit in den Arbeiterräten.

Die SP-Führung versprach sich von der Reorganisation des Arbeiterrats zweierlei: Erstens den schnell wachsenden Einfluß der Kommunisten, die sie anfangs nicht ernst nahm, ignorierte und totzuschweigen suchte, in geordnete Bahnen zu lenken; zweitens gegenüber den bürgerlichen Parteien ein von den Massen getragenes Druckmittel zu schaffen, um jene sozialen Reformen durchsetzen zu können, die eine Eskalation der Konflikte im Kampf um die Macht vermeiden sollten.

Zweifellos war die Aufnahme der Kommunisten in den Arbeiterrat ein Wagnis. Auch in Rußland waren die Bolschewiki im Petrograder und Moskauer Sowjet zunächst nur eine Minderheit gewesen, und niemand konnte Anfang März 1919 mit Sicherheit die weitere revolutionäre Entwicklung in Österreich voraussagen und dafür garantieren, daß die sozialdemokratische Majorität im Arbeiterrat auch in der Folgezeit unangetastet bleiben würde. Die Austromarxisten rechneten jedoch mit der Treue der Arbeiterschaft zu

ihrer angestammten Partei und kalkulierten in ihre Überlegungen das Faktum ein, daß die Führer der KPÖ unerfahren und den Werktätigen weitgehend unbekannt waren. Nicht zuletzt deshalb stellte man mit dem hochangesehenen, „linken“ Friedrich Adler an die Spitze des Arbeiterrats jenen Mann, der besser als alle anderen sozialdemokratischen Führer den Einfluß der bremsenden Parteilinie auf die radikalisierten Massen zur Geltung bringen konnte.

In der Tat erhielt die KPÖ bei den im April 1919 durchgeführten Urwahlen in die Orts- und Bezirksarbeiterräte nur zirka fünf Prozent der Stimmen, und auch diese weniger in den Betrieben als vornehmlich in der Wählergruppe der Arbeitslosen. Mit einer ungefährdeten Mehrheit im Rücken konnte die Sozialdemokratie den Arbeiterrat fortan gefahrlos als „einzig entscheidungsbefugte Instanz in allen die Arbeiterklasse berührenden Fragen“ herausstellen, deren Autorität sich die revolutionären Kräfte zu beugen hätten. Auf die Antwort des Arbeiterrats vom 23. März 1919 verweisend, in der die Aufforderung Béla Kuns, dem ungarischen Beispiel zu folgen, abgelehnt wurde, konnte Otto Bauer später mit Stolz konstatieren, daß der erfolgreiche „Abwehrkampf gegen den Kommunismus auf dem Boden der Arbeiterräte geführt“ worden sei.²¹

Die politische Funktion der Räteorgane war also auf die Verhinderung einer sozialrevolutionären Umwälzung ausgerichtet. Das führte die KPÖ zu dem falschen Schluß, im Arbeiterrat ein reines „Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft“ und einen bloßen „Diskutierklub“ zu sehen, dem man die Kompetenz, den Willen der österreichischen Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen, absprach. Sie erkannte nicht beziehungsweise erst zu spät, daß die Räteorgane lediglich ein Spiegelbild der politischen Kräfteverhältnisse im Proletariat sein konnten und diejenige Arbeiterpartei, die in einem Land die führende war, auch zur führenden Kraft in den Arbeiterräten werden mußte. Gerade darin bestand der Sinn der von Lenin auf dem I. Weltkongreß der Komintern unmißverständlich formulierten Hauptaufgabe der *Eroberung einer kommunistischen Mehrheit* in den Räten.

Die österreichischen Arbeiterräte waren jedoch trotz mancher Halbheiten und Schwächen wirkliche Organe der Arbeiterklasse, die aus ordentlichen Urwahlen hervorgingen und deren innerer Aufbau und Zusammenfassung zum System den von der Rätetheorie gezeichneten Grundprinzipien im großen und ganzen entsprachen. Unter anderen Umständen und Kräfteverhältnissen wären sie zweifellos imstande gewesen, den revolutionären Anforderungen, die die Zeit an diese Massenbewegung neuen Typs stellte, Rechnung zu tragen. Die Wahlen im Frühjahr 1919 erfaßten in ganz Österreich, mit Ausnahme Tirols und des damals noch zu Ungarn gehörenden Burgenlandes, etwa 850.000 Werktätige. An die 15.000 gewählte Rätemandatäre, von Wien bis Bregenz, von Freistadt bis Villach, erfüllten das formale Organisationsgerüst wirklich mit Leben und eroberten auf dem Gebiet der

Nahrungsmittelversorgung, im Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesen wichtige Mitentscheidungskompetenzen, die sie im Interesse der unmittelbaren Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ausnützten. Wenn auch unter dem Einfluß der Reformisten die Notwendigkeit einer festen Etablierung von Machtpositionen für die Arbeiterräte unterschätzt wurde und ihre Wirkungsmöglichkeiten nach dem Ausklingen der revolutionären Welle sehr rasch verloren gingen, so steht doch fest, daß die nach gehorteten Lebensmitteln fahndenden, Wucher- und Schiebertum bekämpfenden, die Schleichhandelsbestände beschlagnehmenden und an die Notleidenden verteilenden, freien Wohnraum zur Anzeige bringenden, willkürliche Delogierungen durch die Hausherren verhindernden Räteorgane der österreichischen Revolution eine wahrlich einmalige Erscheinung in der Geschichte unseres Landes waren, die sich in die beste Tradition dessen einreihet, was man gesunde Initiative erwachter und selbstbewußter Arbeitermassen nennen kann.

Sozialpolitische Errungenschaften

Die Sozialdemokratische Partei wußte, daß in der Situation von 1918/19 sozialrevolutionäre Entwicklungen nur durch ein politisches und soziales Reformwerk hintanzuhalten waren. Diese Meinung vertraten auch jene bürgerlichen Politiker, die fähig waren, auf die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit einer gewissen Einsicht zu reagieren. Sie waren deshalb bereit, der Arbeiterklasse in Teilbereichen Zugeständnisse zu machen, um das „Ganze“, das heißt die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Ordnung, zu retten. Die Anerkennung der Notwendigkeit von Reformen war also nicht der springende Punkt, wohl aber, wie umfangreich sie sein und wie weit sie gehen sollten. Der Sozialdemokratie war bewußt, daß es im Frühjahr 1919 unter den Bedingungen der extrem zugespitzten inneren Situation und unter dem Einfluß der Räterepubliken in Rußland, Ungarn und München nicht mehr um irgendwelche beliebigen Allerwärtsreformen ging, sondern darum, die entsprechenden Maßnahmen möglichst rasch und mit einem die Arbeiter zufriedenstellenden, möglichst radikalen Inhalt durchsetzen zu müssen. Dabei kam ihr der Umstand entgegen, daß die österreichische Bourgeoisie nicht nur sehr geschwächt und daher gezwungen war, weitgehende Konzessionen zu machen, sondern daß das Bürgertum selbst aus ökonomischen und politischen Gründen, um bei den Massen Dampf abzulassen und ihre Aktivitäten zu bremsen, ein soziales Reformwerk für notwendig erachtete.

Die wesentlichen sozialpolitischen Errungenschaften der Jahre 1918 bis 1920 waren:

Die Verschärfung des Mieterschutzes (Oktober 1918) mit faktischem Kün-

digungsverbot und Mietzinsstopp, der — bei gleichzeitiger Geldentwertung — die Wohnungskosten für Arbeiterfamilien auf ein Minimum reduzierte und die Hausherrenrente zum Verschwinden brachte;

die staatliche Arbeitslosenunterstützung (November 1918);

das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag (Dezember 1919);

die Beseitigung der „Arbeitsbücher“ (Jänner 1919);

das Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung (März 1919 — unter „Sozialisierung“ verstand die Sozialdemokratie die Verstaatlichung einzelner Zweige von Großindustrie und Großhandel und deren Umwandlung in „gemeinwirtschaftliche Unternehmen“; die Sozialisierung ging 1918/19 mit Ausnahme des Betriebsrätegesetzes über das Stadium der Diskussion nicht hinaus);

die staatliche Entschädigung für Kriegsinvalide, -witwen und -waisen (April 1919);

das Betriebsrätegesetz (Mai 1919);

das Gesetz über den bezahlten Urlaub für Arbeiter (Juli 1919);

die Einführung der Einigungsämter und die Regelung des Kollektivvertragsrechts (Dezember 1919);

die Errichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte (Februar 1920).

Die Sozialgesetze ergänzten politische Akte, die den unter den Massen verbreiteten antimonarchistischen und antiaristokratischen Stimmungen Rechnung trugen. Nachdem Ex-Kaiser Karl am 24. März 1919 fluchtartig Österreich verlassen hatte, erließ die Regierung nach Beschluß des Parlaments am 3. April das Gesetz über die Landesverweisung des Hauses Habsburg-Lothringen, das alle Herrscherrechte für immerwährende Zeiten aufhob und den „hofärarischen“ Besitz in das Eigentum der Republik überführte. Am selben 3. April 1919 wurden die Vorrechte des Adels abgeschafft, die weltlichen Ritter- und Damenorden aufgehoben und die Führung von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden untersagt. Am 25. April 1919 wurde der 12. November „zum immerwährenden Gedenken an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich“ sowie der 1. Mai zu allgemeinen Ruhe- und Festtagen erklärt.

Das sozialpolitische Gesetzwerk Österreichs in der Ära des sozialdemokratischen Staatssekretärs Ferdinand Hanusch war umfangmäßig wie inhaltlich moderner und radikaler als in Deutschland, der Tschechoslowakei und anderen europäischen Industriestaaten. Die Durchsetzung bedeutender Errungenschaften in den Jahren 1918 und 1919 schuf in der Folgezeit die Grundlage für weitverbreitete reformistische Illusion in der Arbeiterbewegung.

Aus der Zeitung „Der Rote Soldat“

Es war ein Verzweiflungsausbruch verhungerner und belogener Proletarier... Wir Kommunisten sind gegen jeden Putsch, weil wir wissen, daß die Befreiung des Proletariats das Werk der gesamten klassenbewußten und kampfbereiten Arbeiterschaft sein muß. Schuld an den Vorkommnissen hat die reaktionäre Koalitionsregierung.

Der Rote Soldat, Organ des Revolutionären Soldatenkomitees, Nr. 14, Wien, 26. April 1919.

Der Gründonnerstag, 17. April 1919

Mitte April 1919 kam es auch in München zur Errichtung der Rätemacht. Damit setzte in Österreich der Höhepunkt der revolutionären Krise nach dem Kriegsende ein. Die Demonstrationen der Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrer gegen die Koalitionsregierung häuften sich, und die Partei veranstaltete große Kundgebungen, in denen die Ausrufung der Räterepublik in Österreich gefordert wurde. Ihr war inzwischen durch den geschlossenen Beitritt der Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“ ein weiterer Mitgliederzuwachs gelungen. Soldaten der Volkswehr und Freiwillige, insgesamt 1200 Mann, sammelten sich unter Führung von Leo Rothziegel, marschierten nach Ungarn und unterstützten dort mit der Waffe in der Hand das ungarische Proletariat in seinem Kampf gegen die innere und äußere Konterrevolution. Leo Rothziegel, ein hervorragender österreichischer Revolutionär und der beste Kopf der damaligen kommunistischen Bewegung, fiel, 27jährig, am 22. April 1919 bei einem Gefecht an der Front gegen die rumänischen Interventionstruppen.

Am 17. April kam es anlässlich eines von Arbeitslosenkomitees veranstalteten Demonstrationzuges in Wien zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei und zu einem Schußwechsel, der sechs Tote und 50 Verletzte forderte. Erst Bataillone der Volkswehr konnten am Abend die Ruhe wiederherstellen. Sofort danach begannen heftige Angriffe des Bürgertums und der Sozialdemokraten gegen die KPÖ, die beschuldigt wurde, einen Putsch versucht zu haben. Der „Rote Soldat“, das Organ der KPÖ in der Volkswehr, verurteilte in seiner Antwort darauf den Putschismus.

Die Aktion am Gründonnerstag war im Parteivorstand der KPÖ weder behandelt noch beschlossen worden. Einige Mitglieder des Parteivorstands waren aber an der Organisation des Demonstrationzuges beteiligt gewesen. So kam es innerhalb der KPÖ zu scharfen Auseinandersetzungen um die einzuschlagende politische Linie. Ein Teil wollte Kurs auf „direkte Aktionen“ der revolutionären Kräfte nehmen, während die andere Seite diese im

Wesen sektiererische und putschistische Theorie von der entscheidenden Rolle der „aktiven Minderheit“ ablehnte. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewinnung der maßgeblichen Schichten der Arbeiterklasse im Kampf gegen die scheinrevolutionäre Haltung der Zentristen in der SP hatte sich noch nicht durchgesetzt.

Der 15. Juni 1919

Der weitere Verlauf der revolutionären Ereignisse ließ die Meinungsverschiedenheiten, Konflikte und den beginnenden fraktionellen Kampf um Positionen in der Partei zunächst in den Hintergrund treten. Unter Leitung des ungarischen kommunistischen Emissärs Ernst Bettelheim wurde Ende Mai 1919 ein vierköpfiges Direktorium, bestehend aus Franz Koritschoner, Karl Toman, Johannes Wertheim und Gilbert Melcher, gebildet. Die Hauptstoßrichtung der KPÖ war nun darauf gerichtet, die Arbeiter- und Soldatenräte zur Ergreifung der Macht, zum gemeinsamen Kampf mit der ungarischen Räterepublik zu drängen.

Als Hebel dafür benützte das Direktorium den von der Entente ultimativ geforderten und von der Regierung vorbereiteten Abbau der sich immer mehr nach links entwickelnden Volkswehr, in der vom Bürgertum eine wachsende Gefahr für das bestehende System erblickt wurde. Die von der Entlassung bedrohten Volkswehrleute wollten die Waffen nicht aus der Hand geben, sie spürten, daß es sich um einen Vorstoß zur entscheidenden Schwächung der revolutionären Militärmacht handelte. Die Partei stellte sich an die Spitze der Bewegung. Der 15. Juni 1919 war zum Stichtag geworden, an dem die KPÖ hoffte, den Widerstand der Volkswehr zur direkten Aktion gegen die Koalitionsregierung steigern und dabei die linken Kräfte in der Sozialdemokratie mitreißen zu können. Das Direktorium sollte die Aktion leiten; der Parteivorstand, in dem weiter Meinungsverschiedenheiten herrschten, wurde ausgeschaltet.

Die Sozialdemokratie erkannte die Gefährlichkeit der Lage, erreichte von der Entente die Zurückziehung des Abbaubefehls und gewann damit ihren Einfluß auf die Volkswehr wieder zurück. Gleichzeitig wurde von den reaktionären Kräften im Staatsapparat, insbesondere vom Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober (dem der sozialdemokratische Staatssekretär des Inneren Matthias Eldersch bei seiner Provokation volle Rückendeckung gab) beschlossen, der revolutionären Arbeiterschaft und der KPÖ einen blutigen Denkmittel zu verabreichen. Am Vorabend des 15. Juni (die Partei hatte bereits öffentlich erklärt, daß die Demonstration friedlich verlaufen werde) wurden 130 führende Kommunisten schlagartig von der Polizei verhaftet. Am folgenden Tag waren die etwa 10.000 Demonstranten führerlos, und sie marschierten, empört über die Nachricht von der Verhaftung,

über die Ringstraße und den Platz vor der Votivkirche zum Polizeigeftangenenhaus auf der Elisabethpromenade (heute: Roßbauer Lände). Auf dem Weg dorthin wurden sie in der Hörlgasse von Polizei und Stadtschutzwache mit Gewehrfeuer empfangen. Das Ergebnis waren 17 Tote und 84 Schwerverletzte. Erst eine Stunde nach Beendigung des Blutbades wurden die verhafteten KPÖ-Führer wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Niederwerfung der ungarischen Räterepublik

Sofort nach den blutigen Ereignissen des 15. Juni 1919 begann eine Verleumdungskampagne der Regierungsparteien gegen die KPÖ, die man anklagte, einen Putsch inszeniert zu haben, und der man die alleinige Schuld an den Vorkommnissen zuschieben wollte. Diese Version wurde aber sogar von einem Teil der sozialdemokratischen Parteimitglieder nicht akzeptiert (und zwar von den Anhängern der „Neuen Linken“, zu denen Käthe Pick, Otto Leichter, Franz Rothe, Ernst Fabri und andere zählten). Sie forderten die Einsetzung einer Untersuchungskommission des Wiener Kreisarbeiterrats; diese stellte die „Mitschuld“ der Schober-Polizei fest, worauf die SP-Führer nun von einem „tragischen Mißverständnis“ und einer „unglücklichen Verkettung von Zufällen“ zu sprechen begannen. Gegen die Putschthese spricht auch die Tatsache, daß man es sorgfältig vermied, die KPÖ-Führer, denen — nahm man die Anschuldigung des versuchten Sturzes der herrschenden Ordnung buchstäblich — nach den Gesetzen der bürgerlich-demokratischen Republik eigentlich der Hochverratsprozeß hätte gemacht werden müssen, vor Gericht zu stellen. Beweise für einen „Putsch“ wie zum Beispiel die geplante Besetzung der öffentlichen Gebäude, Bahnhöfe, Postämter, die Zernierung der Polizei- und Volkswehrkasernen, die Verhaftung der Regierung usw. waren nämlich selbst bei sorgfältigster Manipulation nicht zu erbringen. Auch ein von der bürgerlichen Sensationspresse groß herausgebrachter kommunistischer „Aufstandsplan“ erwies sich bald als Mystifikation eines im ersten Weltkrieg vom Armeekommando erstellten Planes zur Niederschlagung von Arbeiterunruhen in Wien. Dennoch geistert die Legende vom „kommunistischen Juniputsch 1919“ durch die offiziellen Darstellungen und Schulbücher zur österreichischen Zeitgeschichte hartnäckig weiter.

Kurze Zeit später rief die Kommunistische Internationale das europäische Proletariat zu Solidaritätsaktionen für die schwer bedrängte ungarische Räterepublik auf. Nach heftigen Diskussionen im Wiener Arbeiterrat (die rechten Sozialdemokraten versuchten, die Aktion zu hintertreiben und ihre revolutionäre Zielstellung zu verwischen) mußte unter dem Druck der KPÖ und vieler linker sozialdemokratischer Arbeiter- und Soldatenräte die SP-Führung einlenken. Nach einer Kampfabstimmung im Wiener Kreisarbeiter-

rat wurde mit 142 gegen 104 Stimmen beschlossen, am Montag, den 21. Juli 1919 einen Solidaritätsstreik für Räteungarn zu veranstalten, der auch tatsächlich in voller Einheit in ganz Österreich durchgeführt wurde.

Der 21. Juli 1919 stellt den Endpunkt der revolutionären Nachkriegskrise in Österreich dar. Wenige Tage später, am 1. August, wurde die ungarische Räterepublik blutig niedergeworfen, was auch die Situation in Österreich grundlegend veränderte. Selbstverständlich wirkte auch nach dem Sturz der Rätewacht in Ungarn die Krise des Kapitalismus in Österreich weiter. Aber die unmittelbare Gefahr für die Herrschaft der Bourgeoisie war beseitigt. Schritt für Schritt wurde nun die revolutionäre Bewegung zurückgedrängt. Der erste Schlag der Regierung richtete sich gegen die kommunistische Bastion innerhalb der Volkswehr, gegen das Bataillon 41, das am 23. August 1919 unter Drohung der Waffengewalt aufgelöst wurde.

Auseinandersetzungen um die Parteilinie

Die KPÖ geriet nach dem 15. Juni und noch mehr nach dem Ende Räteungarns in eine komplizierte und die Einheit der Partei akut gefährdende Situation. Es begannen scharfe Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Politik des Direktoriums um die Ereignisse des 15. Juni, wobei auch Grundfragen der Strategie und Taktik einer kommunistischen Partei zur Sprache kommen mußten. Im Verlauf einer ausführlichen Diskussion während des Spätsommers und Herbstes 1919 gelang es, die drohende Spaltung der Partei zu verhindern und sich über wichtige Grundsätze zu einigen (allerdings, wie sich später zeigen sollte, nur in Form eines vorübergehenden Kompromisses). Diese Grundsätze waren:

1. Ablehnung der sektiererischen Theorie von der „aktiven Minderheit“, die immer wieder die Verwechslung zwischen revolutionärer Stimmung der Massen und bewußter, organisierter, revolutionärer Massenaktion bewirkt hatte;
2. Abkehr von der revolutionären Phraseologie und Hinwendung zur konkreten politischen Aufklärungsarbeit unter den Arbeitermassen, an der Basis, in den Betrieben;
3. Eroberung einer kommunistischen Mehrheit in den Arbeiter- und Soldatenräten als Vorbedingung der proletarischen Revolution;
4. Inangriffnahme der gewerkschaftlichen Arbeit mit dem Ziel nicht einer Spaltung, sondern einer Revolutionierung der Gewerkschaftsverbände.

In der wichtigen Frage der bürgerlichen parlamentarischen Vertretungskörper blieben allerdings ultralinke Auffassungen bestehen. Die Teilnahme der KPÖ an Wahlen in die Nationalversammlung, die Landtage und Gemeinderäte wurde grundsätzlich abgelehnt.

Der 3. Parteitag der KPÖ

Am 7. und 8. Dezember 1919 fand in Wien in der Gastwirtschaft Weigl im Dreherpark der 3. Parteitag der KPÖ statt. (Die „Reichsvertrauensmännerkonferenz“ vom 6. und 7. Juli 1919, von der kein Protokoll existiert und die in die Zeit des Direktoriums fiel, wurde später als der 2. Parteitag gezählt.) Auf ihm gelang es, allerdings nicht ohne Widerspruch und bei Weiterbestehen fraktioneller Gegensätze, die oben genannten Grundsätze als allgemeinverbindliche politische Leitlinien in das Aktionsprogramm der Partei zu verankern. Im Hauptreferat des Parteitages „Die allgemeinen Richtlinien der kommunistischen Politik“ wurde die bisherige Tätigkeit der Partei kritisch eingeschätzt, die Fehler der KPÖ, die sie seit ihrer Gründung begangen hatte, als Fehler der Unreife beziehungsweise Unerfahrenheit erklärt, die Auffassung, „daß es einer kleinen Anzahl beherzter und zielbewußter Männer möglich ist, die revolutionäre Massenaktion zu ersetzen“²², verurteilt und die Partei auf die strategische Leitlinie „Hin zu den Massen!“ orientiert.

Die KPÖ hatte aber inzwischen einen Großteil ihrer Mitglieder wieder verloren (Juni 1919 40.000, Dezember 1919 10.000), und bei der Erhaltung der „Roten Fahne“ als Tagblatt gab es große finanzielle Probleme. In den Parteivorstand wurden gewählt: Karl Toman (Internationale Angelegenheiten), Franz Koritschoner (Arbeiterräte), Leopold Maresch (Organisation), Johannes Wertheim (Presse und Propaganda), Leopold Forst (Finanzen), Karl Frank (Bildung), S. Gläß (Gewerkschaftsarbeit) und Josef Strasser (Chefredakteur der „Roten Fahne“).

Lenin hielt damals die „Wachstumskrankheiten“ der KPÖ für „noch nicht ganz überwunden“, sah aber Anzeichen für eine Aufwärtsentwicklung.

Krise und Bruch der Regierungskoalition

Im Herbst 1919 war in Österreich mit der Beseitigung der unmittelbaren Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Herrschaft der Weg für den Abschluß des Friedensvertrags von Saint-Germain frei geworden. Mit seiner Ratifizierung durch die Konstituierende Nationalversammlung am 17. Oktober 1919 begann die Periode der langsamen, aber stetigen Festigung der bürgerlichen Ordnung. Bereits zu diesem Zeitpunkt setzte die Krise der Koalitionsregierung zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten ein. Je stärker innerhalb der Koalition die Positionen der Bourgeoisie wurden, desto mehr lehnte sich die Arbeiterschaft gegen die Koalitionspolitik auf. Vor allem in den großen Versammlungen des Arbeiterrats wurde die SP-Führung wegen ihrer lahmen Haltung gegenüber dem erstarkenden und zur Gegenoffensive übergehenden Bürgertum von einem Teil ihrer eigenen linken Mitglieder (der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer

Lenin über die KPÖ

In Österreich hat der Kommunismus eine sehr schwere Zeit durchgemacht, die anscheinend noch nicht ganz überwunden ist: Wachstumskrankheiten, die Illusion, daß eine Gruppe, die sich zum Kommunismus bekennt, ohne ernstlichen Kampf um den Einfluß unter den Massen zu einer Macht werden könne, Fehlgriffe in der Wahl der Personen (Fehler, die zu Beginn jeder Revolution *unvermeidlich* sind und deren wir *eine ganze Reihe* begangen haben).

Die Tageszeitung der Kommunisten, „Die Rote Fahne“, die unter der Redaktion von Koritschoner und Tomann erscheint, ist ein Beweis dafür, daß die Bewegung einen ernstesten Weg einschlägt.

W. I. Lenin: Notizen eines Publizisten, in: Werke, Bd 30, S. 350.

Arbeiterräte“ unter Josef Frey, Josef Benisch, Franz Rothe, Ernst Fabri u. a.) zunehmend kritisiert. In dieser Situation, da bei Fortsetzung der Koalition der Abfall einer größeren Anzahl von radikal gestimmten sozialdemokratischen Arbeitern drohte, entschloß sich die SP-Führung zu einer Wendung ihrer Politik dahingehend, die Koalition, wenn nötig, platzen zu lassen.

Die Sprengung der Koalitionsregierung erfolgte am 10. Juni 1920 anläßlich einer Parlamentsdebatte über die Befugnisse der Soldatenräte. Man einigte sich über die Bildung einer Proporz- und Übergangsregierung (bestehend aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutschen) und die Ausschreibung von Neuwahlen in den Nationalrat für den Herbst 1920.

Das bürgerliche Lager war also seit der Jahreswende 1919/20 von der Defensive zur Offensive gegen die Arbeiterbewegung übergegangen. Ausdruck dieser neuen Entwicklung war die Tatsache, daß 1920 bei der endgültigen Formulierung verschiedener Sozialgesetze deren Inhalt verwässert oder verschlechtert wurde (zum Beispiel bei dem am 24. März 1920 erlassenen Arbeitslosenversicherungsgesetz, weiters durch die Nichtverlängerung der Verordnung über die zwangsweise Einstellung von Arbeitslosen in gewerblichen Betrieben und die völlige Kaltstellung der Sozialisierungspläne). Ein weiteres warnendes Zeichen war die Zusammenfassung und Konsolidierung der paramilitärischen Verbände, die vom aggressivsten Flügel der besitzenden Klassen ausgehalten wurden — der Heimwehren —, im Sommer 1920. Damals unterstellte sich der Tiroler und Salzburger Heimatschutz der bayrischen „Orgesch“, einer extrem reaktionären paramilitärischen Formation. Deren Agenten, darunter der Verantwortliche für den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Waldemar Pabst, begannen in Österreich eine lebhafte Tätigkeit zu entfalten.

Aus Lenins offenem Brief an die österreichischen Kommunisten

Solange irgendeine bedeutende Anzahl Arbeitender — nicht nur Proletarier, sondern auch Halbproletarier und Kleinbauern — den bürgerlich-demokratischen Mitteln des Betrugs der Bourgeoisie an den Arbeitern vertraut, müssen wir diesen Betrug entlarven, und zwar *eben von jener Tribüne herab*, die die zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter und insbesondere der nichtproletarischen werktätigen Massen als am meisten maßgebend und autoritativ betrachten... Solange im bürgerlichen Parlament die Arbeiter betrogen und Finanzdiebstähle wie allerhand andere Arten von Bestechung mit Phrasen über „Demokratie“ verhüllt werden..., bis dahin sind wir Kommunisten verpflichtet, eben in dieser Institution, die angeblich den *Willen des Volkes ausdrückt*, tatsächlich aber den *Betrug der Reichen am Volk* verhüllt, diesen Betrug unbedingt zu entlarven...

W. I. Lenin: Brief an die österreichischen Kommunisten, in: Werke, Bd 31, S. 256 ff.

Die KPÖ und die Wahlen des 17. Oktober 1920

Am 17. Oktober 1920 fanden die Neuwahlen in den Nationalrat statt. Die Sozialdemokratische Partei erlitt dabei eine schwere Niederlage, verlor 200.000 Stimmen und fiel von 72 auf 69 Mandate zurück. Die Christlichsozialen erhielten statt 69 nun 85 Mandate, die Großdeutschen stiegen von 27 auf 28 Sitze im Parlament. (Die Zahl der zu vergebenden Mandate hatte sich gegenüber 1919 von 170 auf 183 erhöht.)

Das Wahlergebnis war eine Widerspiegelung der innerhalb kurzer Zeit erheblich veränderten politischen Situation in Österreich, der Erstarkung der reaktionären Kräfte ebenso wie der durch die antirevolutionäre Politik der Sozialdemokratie hervorgerufenen Schwächung der Arbeiterbewegung. Die Bourgeoisie war nun stark genug, die Alleinregierung zu übernehmen, die sie bis zum Ende der demokratischen Periode der Ersten Republik 1933/34 nicht mehr abgeben sollte.

Für die KPÖ ergab sich erneut die Frage der Beteiligung an den Wahlen. Zunächst wurde mehrheitlich wieder beschlossen, die Wahlen zu boykottieren. Erst als Lenin in einem berühmt gewordenen Brief die österreichischen Kommunisten aufforderte, selbständig für die Parlamentswahlen zu kandidieren, beschloß eine erneute Parteikonferenz mit Mehrheit die Wahlbeteiligung.

Lenin hatte auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

im Sommer 1920 und in seinem Buch „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ eindringlich dargelegt, daß der Zweifrontenkampf gegen rechten Opportunismus und ultralinkes Sektierertum ein Wesensmerkmal kommunistischer Politik sein müsse, daß daher die kommunistischen Parteien verpflichtet sind, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie alle Möglichkeiten legaler Tätigkeit, und damit auch das Wirken auf der Tribüne des Parlaments, auszunützen.

Auf Grund der Fehler der Vergangenheit und der inneren Zerrissenheit erzielte die Partei aber keinen Erfolg. Sie erhielt in ganz Österreich nur 27.000 Stimmen und kein Mandat.

So hatte die österreichische Bourgeoisie, die im November 1918 völlig entmachtet schien, nur zwei Jahre später die Staatsmacht wieder fest in ihren Händen. Nur dank der Hilfe der sozialdemokratischen Führung, deren erklärtes Ziel eben nicht die soziale Revolution, sondern die Schaffung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung war, konnte ihr dies gelingen. Jene Teile der Mittelschichten, die, durch den Krieg und die revolutionären Ereignisse aufgewühlt und für sozialistische Ideen empfänglich, bei den Wahlen im Februar 1919 der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme gegeben hatten, hatten sich am 17. Oktober 1920 wieder nach rechts gewandt — ein gesetzmäßiger Vorgang, der immer wieder zu beobachten ist, wenn revolutionäre Gesellschaftskrisen nicht zu qualitativen Machtveränderungen führen.

All das war das Ergebnis der zweijährigen Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den Bürgerlichen. Die SP-Führung befand sich in einem schweren Irrtum, wenn sie hoffte, ihr würde ihre Haltung während der österreichischen Revolution dereinst dankbar „vergolten“ werden. Das Bürgertum konnte es ganz im Gegenteil niemals verzeihen, daß seine Existenz 1918/19 vollständig von den Austromarxisten abhängig gewesen war. Seine „Vergeltung“ in den zwanziger und dreißiger Jahren war eine im wahrsten Sinne des Wortes. Sie hieß Forträumen des „revolutionären Schutts“, Aushöhlung der Demokratie, faschistischer Terror, Klassenjustiz, blutige Niederwerfung, Entrechtung und Verfolgung der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei hatte in dieser Periode ihre Feuertaufe erhalten, erste Erfahrungen gesammelt und eine, wenn auch schwache, Organisation aufgebaut. Es war ihr nicht gelungen, dem Gang der Ereignisse eine andere Richtung zu geben, und vor ihr stand unerbittlich die Aufgabe der inneren ideologischen Klärung und organisatorischen Festigung.

2. Abschnitt

1921—1931

Winfried R. Garscha

Die neuen Bedingungen nach dem Scheitern der Revolution

Die Orientierung auf die „lange Perspektive“

1920 schuf der Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg gegen die Weißgardisten und ausländischen Interventionstruppen eine neue politische Situation von weltgeschichtlicher Bedeutung. Auf einem Sechstel der Erde hatte sich die Arbeitermacht durchgesetzt, war der Herrschaft des Kapitals unwiderprüflich ein Ende bereitet worden. Der Versuch des Imperialismus, die Revolution im Keim zu ersticken, war gescheitert; die sowjetischen Kommunisten konnten darangehen, die politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen.

In allen anderen Ländern Europas war — nach zum Teil blutigen Kämpfen — der Versuch zur Errichtung der Arbeitermacht fehlgeschlagen. Ein beträchtlicher Teil der revolutionären Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung wollte den radikalen Wandel der Kampfbedingungen nicht zur Kenntnis nehmen und hielt die sozialistische Revolution weiterhin für eine unmittelbare, kurzfristig zu verwirklichende Aufgabe. Man hoffte, einer aktiven Minderheit könne es gelingen, die revolutionäre Entwicklung wieder zu beschleunigen. Auf der anderen Seite machten sich auch Tendenzen der Resignation und Anpassung breit, wurde die Existenz von kommunistischen Parteien unter den Bedingungen einer nichtrevolutionären Situation überhaupt in Frage gestellt.

Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (KI, Komintern), der von 22. Juni bis 12. Juli 1921 in Moskau tagte, stellte sich zur Aufgabe, aus der neuen internationalen Situation die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Es war vor allem dem persönlichen Einsatz Lenins zu danken, daß der Kongreß — gegen den Widerstand einer Reihe von Delegierten, darunter der Abordnung der KPÖ — die internationale Arbeiterbewegung auf eine längere Übergangsperiode des Heranführens an die Revolution orientierte. Davon ausgehend, forderte die KI die Wendung der kommunistischen Parteien zur „Massenarbeit“, zur Verteidigung unmittelbarer Tagesinteressen

der Arbeiterklasse, was in der Losung „Heran an die Massen!“ zusammengefaßt wurde.

Im Jänner 1921 hatte sich die KPÖ mit einem Teil der linkssozialistischen Arbeiterräte unter Josef Frey und Franz Rothe vereinigt. Damit war zwar ein erster Schritt aus der Isolation geglückt, der auch eine bescheidene organisatorische Verstärkung der Partei brachte — die Mehrheitsverhältnisse in der österreichischen Arbeiterklasse veränderten sich dadurch kaum. Die KPÖ blieb eine Partei von wenigen tausend Mitgliedern, die nur in bestimmten Betrieben, einigen Arbeitersiedlungen und den — ständig an Einfluß verlierenden und 1924 überhaupt aufgelösten — Arbeiterräten über gewisse Positionen verfügte.

Obwohl die Partei die neue strategische Situation weder in ihrer theoretischen Arbeit noch in ihrer Propaganda richtig analysierte und auch auf dem III. Weltkongreß der Komintern sektiererische Positionen vertrat, begann sie sich in ihrer praktischen Politik bereits ab Ende 1920 auf die neuen Bedingungen einzustellen. An die Stelle der Agitation für die soziale Revolution trat mehr und mehr die Organisierung der Abwehr gegen den einsetzenden Gegenangriff der Bourgeoisie auf die sozialen Errungenschaften der Jahre 1918 bis 1920. Sichtbarster Ausdruck dafür war die Lohnsteuerkampagne an der Jahreswende 1920/21. Gegen den damals eingeführten automatischen Abzug der Lohnsteuer noch vor Auszahlung der Löhne führte die KPÖ in vielen Industrieorten Massenversammlungen durch, an denen sich bis zu mehreren tausend Menschen beteiligten. In Betrieben, in denen kommunistische Betriebsräte über Einfluß verfügten, wurden Protestresolutionen beschlossen.

Die beginnende Umstellung auf die „lange Perspektive“ kennzeichnete auch ein Programm für die Schulung von Vertrauensmännern (Funktionären), die erstmals im Winter 1921/22 durchgeführt wurde. In diesem am 31. Mai 1921 in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Schulungsprogramm fanden sich neben der marxistischen Theorie auch Lehrgegenstände wie „Die praktische Arbeit der Vertrauensmänner“, „Betriebslehre“ und „Wesen und Aufgaben der Gewerkschaften und Betriebsräte“.

Eine nicht unbedeutende Rolle bei dieser Umstellung spielte die Tatsache, daß die Wahl von Kommunisten in Gemeinderäte — 1921 waren es in ganz Österreich etwa zwei Dutzend Gemeinden, in denen Kommunisten vertreten waren — die Organisationen der Partei zwang, sich zunehmend mit Fragen des täglichen Lebens der Arbeiter und Arbeitslosen und Problemen wie der „produktiven Arbeitslosenfürsorge“, wie damals die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf kommunaler Ebene genannt wurde, zu beschäftigen.

Obwohl die Umstellung auf die „lange Perspektive“ der Partei noch lange Schwierigkeiten bereitete, bezog sie auf verschiedenen Gebieten, insbesondere in der Kommunalpolitik, realistische Positionen. So erarbeitete der spätere Vorsitzende des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller

Österreichs, Ernst Fabri, im Oktober 1924 „Richtlinien für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gemeindevertretungen“ (siehe Kasten Seite 86).

Die Haltung der Kommunisten zur bürgerlichen Republik

Die KPÖ war wenige Tage vor der Ausrufung der Republik gegründet worden, in der Hoffnung, dazu beitragen zu können, daß aus der zerfallenden Habsburger-Monarchie kein bürgerlicher, sondern ein proletarischer Staat hervorgehe. Das Scheitern des Kampfes um die Räterepublik bestimmte die Haltung der Kommunisten zur bürgerlichen Republik. Schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt jedoch begann die Partei die Ablehnung des bürgerlich-kapitalistischen Charakters der Republik mit der Hervorhebung ihrer Errungenschaften gegenüber reaktionären Regimen wie der Horthy-Diktatur in Ungarn oder gegenüber der drohenden Habsburger-Restauration zu verknüpfen. Nach einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Angehörigen der extrem reaktionären, monarchistischen Frontkämpfervereinigung am 16. Juli 1921 in Wien-Hernals veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen Aufruf, in dem es hieß: „Gegen Karl von Habsburg, gegen den weißen Schrecken muß jeder Kommunist, genauso wie jeder andere Arbeiter, auch diese Scheindemokratie mit allen Mitteln verteidigen.“¹

1920 bis 1922 erlebte Österreich insgesamt sechs Regierungswechsel. Vor allem die Wirtschaftspolitik dieser Regierungen war zeitweise dilettantisch und chaotisch. Das war Ausdruck der noch ungefestigten Machtverhältnisse, auch innerhalb der Bourgeoisie.

Die Hauptgefahr für die Arbeiterklasse ging vom Finanzkapital aus. Darunter waren in der Ersten Republik im wesentlichen die Wiener Großbanken mit ihren zum Teil ausgedehnten Industriekonzernen zu verstehen. Vor 1922 war die Gefahr der Liquidierung der sozialen und demokratischen Errungenschaften von 1918 bis 1920 noch mit der Wiederkehr der Habsburger verbunden. Eine Restauration der Monarchie, und sei es vorerst auch nur im benachbarten Ungarn, hätte die Position des Finanzkapitals, der ehemals wichtigsten Stütze des Herrscherhauses, beträchtlich gestärkt. Der erste Putschversuch Karl Habsburgs, zu Ostern 1921, scheiterte jedoch, da der ungarische Reichsverweser Miklós Horthy nicht bereit war, die Macht zu teilen. Bei ihrer Rückreise durch Österreich schlug Karl und Zita Habsburg eine derartig feindliche Stimmung entgegen, daß sich auch die monarchistischen Kreise innerhalb der herrschenden Klassen keine Illusionen mehr bezüglich der Verankerung des Monarchismus in der werktätigen Bevölkerung machen konnten. In einigen Orten war der Zug, der die Putschisten beförderte, am Weiterfahren gehindert worden, in Bruck an der Mur wäre es beinahe zu schweren Zusammenstößen gekommen. Nachdem im Herbst desselben Jahres, während der Burgenland-Krise, ein zweiter Versuch Karl

Habsburgs, in Ungarn wieder an die Macht zu gelangen, gescheitert war, hörte der Monarchismus auch in Österreich auf, in der Tagespolitik der herrschenden Klassen eine Rolle zu spielen. Er war aber, neben dem Antisemitismus, ein ideologisches Bindeglied für eine Reihe reaktionärer Verbände, die in Wien und Niederösterreich in diesen Jahren entstanden. Neben den erwähnten Frontkämpfern waren dies zum Teil obskure Geheimbünde wie die nach einer germanischen Lichtgöttin benannte extrem rassistische Ostara, auf deren Konto 1923 der erste Mord an einem Arbeiterfunktionär ging. Die Frontkämpfer fanden im Wiener Finanzkapital auch weiterhin bereitwillige Financiers.

Nach dem Scheitern des Monarchismus als Instrument zur Zerschlagung der Errungenschaften von 1918 bis 1920 übernahmen seine soziale Funktion ultrarechte Gruppierungen wie Frontkämpfer und Heimwehren, die sich dadurch in faschistische Organisationen im eigentlichen Sinne des Wortes verwandelten.

Die Haltung der Kommunistischen Partei zur bürgerlichen Republik kam nicht nur im kompromißlosen Kampf gegen diese gefährlichsten Feinde aller demokratischen Errungenschaften zum Ausdruck, sondern zeigte sich in besonders deutlicher Form während der sogenannten Burgenland-Krise im Herbst 1921.

Zur Zeit der Ungarischen Räterepublik hatten die Siegermächte des ersten Weltkrieges die Abtretung der deutschsprachigen Gebiete der ungarischen Komitate Pozsony, Moson, Sopron und Vas (Bratislava/Prefburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg — daher der Begriff Burgenland) an die (bürgerliche) Republik Österreich verfügt. Als in Ungarn die Arbeitermacht gestürzt war, hatten es die herrschenden Klassen Österreichs nicht mehr eilig mit der Angliederung des Burgenlandes. So konnten sich in den deutschsprachigen Gebieten Westungarns extrem reaktionäre nationalistische Freischärler in der Stärke von 30.000 Mann festsetzen, die die örtliche Bevölkerung terrorisierten und bewaffnete Vorstöße auf österreichisches Gebiet unternahmen. Auf dem 4. Parteitag, der sich erstmals mit der nationalen Frage beschäftigt und klargestellt hatte, daß die KPÖ die Agitation für den Anschluß an Deutschland ablehnte, war auch die Burgenland-Frage diskutiert worden. Der Parteitag sprach sich für den Anschluß des Burgenlandes an Österreich aus — nicht so sehr, weil dort eine deutschsprachige Bevölkerung wohnte, sondern in erster Linie im sozialen Interesse der Arbeiterschaft Westungarns, denen Österreich „eine größere Kampfmöglichkeit biete als das gegenwärtige System Ungarns“.²

Die KPÖ kritisierte auch die Halbherzigkeit des Versuchs der Bundesregierung im August 1921, durch schlecht ausgerüstete und zahlenmäßig weit unterlegene Gendarmerieeinheiten die ungarischen Freischaren aus dem Burgenland zu vertreiben. Die Burgenland-Krise wurde durch das Eingreifen der Entente, besonders Italiens, gelöst: Von 14. bis 16. Dezember 1921

fand in Sopron und einigen umliegenden Dörfern eine Volksabstimmung statt, die zugunsten Ungarns ausfiel, das dafür die übrigen Gebiete des Burgenlands räumte. Der Ausgang der Abstimmung war durch die italienischen Kontrollorgane vorprogrammiert, denen ein solches Resultat die beste Garantie zur Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten schien. Ein solcher Krieg hätte die Ambitionen des italienischen Imperialismus auf größeren Einfluß im Donaauraum, die nur über gute Beziehungen zu Wien und Budapest zu verwirklichen waren, empfindlich gestört.

Die Haltung der Partei zur Republik äußerte sich auch in der positiven Mitarbeit im Bundesheer, das ein Berufsheer war und in den ersten Jahren seines Bestehens ausgesprochen proletarischen Charakter trug. Die Umwandlung des Bundesheeres in ein Instrument der Reaktion, die Mitte der zwanziger Jahre vollzogen wurde, machte die kommunistischen Soldaten besonders hellhörig für die Pläne der Reaktion, die mit der republikanischen Staatsform verbundenen sozialen und politischen Errungenschaften zu beseitigen. Die Soldatengruppe der KPÖ erarbeitete Ende 1926 ein Programm unter dem Titel „Für den Schutz der Republik“, in dem eine wirkungsvollere Eingliederung des Ringens der sozialdemokratischen und kommunistischen Soldaten um ihre Rechte in der Armee in die sozialen und politischen Kämpfe der Gesamtarbeiterschaft verlangt wurde. Die Republik müsse geschützt werden, „weil diese Form des bürgerlichen Staates die beste Grundlage bietet für die Entfaltung und Organisierung der Klassenkraft des Proletariats“.³

Auch in dem 1923 geschaffenen Republikanischen Schutzbund waren bis Ende 1927, bis ihnen von der sozialdemokratischen Verbandsführung jede weitere Mitarbeit unmöglich gemacht wurde, Kommunisten aktiv.

Auf der anderen Seite konnten sich die herrschenden Klassen Österreichs mit der Republik nie wirklich abfinden. 1934, nach der Niederwerfung der Arbeiterklasse, verschwand die Bezeichnung Republik, das Land wurde fortan Bundesstaat Österreich bezeichnet. Der republikanische Adler mit Hammer und Sichel in den Fängen wurde durch einen an den Habsburger Doppeladler gemahnenden Vogel ersetzt, dessen zwei Köpfe statt der Mauerkrone nun Heiligenscheine trugen. Nur die Angst vor internationalen Verwicklungen hinderte die Austrofaschisten daran, auch formell die Monarchie wieder einzuführen.

Der 1. Dezember 1921

Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft führte in allen Ländern Europas zu schweren Krisenerscheinungen; in Österreich kamen Disproportionen in der Wirtschaftsstruktur hinzu, die durch das Auseinanderbrechen der Donaumonarchie entstanden waren.

Im Laufe des Jahres 1921 sank der ohnehin unter dem Vorkriegsniveau liegende Reallohn der Arbeiter und Angestellten wieder, gleichzeitig ermöglichte der Kursverfall der österreichischen Krone trotz der Inflation hohe Exportgewinne. Eine Schicht von Schiebern und Spekulanten trug inmitten des allgemeinen Elends ihren Reichtum zur Schau. Zum Inbegriff dieses Reichtums wurden, neben Luxusgeschäften, besonders die Kaffeehäuser der Wiener Innenstadt — für Arbeiter und Arbeitslose, die sich trotz Verbesserung der Ernährungssituation nicht einmal jeden Tag sattessen konnten, eine unerträgliche Provokation.

Ein Faktor, der nicht nur eine Explosion des Volkszorns verhinderte, sondern auch zur Sicherung der Profite beitrug, waren die Lebensmittelsubventionen. Die hohen staatlichen Stützungen für Mehl und Fett erlaubten es den Unternehmern, Hungerlöhne zu bezahlen und die Verantwortung für die Wiederherstellung der Arbeitskraft an den Staat abzuschieben. Als diese Subventionen aber das Budget unfinanzierbar zu machen drohten, wurde von der Reaktion eine Kampagne für ihre Abschaffung entfacht. Die Regierung begann tatsächlich, die Subventionen zu kürzen, woraufhin im Dezember 1921 der Brotpreis in die Höhe schnellte. Schon in den Jahren 1919 und 1920 hatten gewaltsame Hungerdemonstrationen in Innsbruck, Leoben, Graz, Linz und Wien 29 Tote und 86 zum Teil schwer Verletzte gefordert. Das Absinken der Reallöhne auf das Niveau von 1919 führte im Herbst 1921 zu einer Streikwelle, deren Auftakt ein hartnäckig geführter „wilder“ Eisenbahnerstreik im August und September war, in den sich die KPÖ aktiv einschaltete.

Als in Wien am 1. Dezember 1921 der Brotpreis verdoppelt wurde, kam es zu einem spontanen Ausbruch von gewaltigen Ausmaßen. Ausgehend von den großen metallverarbeitenden Betrieben auf dem linken Donauufer erfaßte die Protestbewegung die ganze Stadt. Die Floridsdorfer und Kagraner Arbeiter zogen, nach einer Protestversammlung im Floridsdorfer Arbeiterheim und der Mobilisierung der Belegschaften kleinerer Betriebe, ins Stadttinnere, um vor dem Parlament gegen den Abbau der Lebensmittelsubventionen zu demonstrieren. Unterwegs zerschlugen sie zahlreiche Kaffeehausfenster. Aus Ottakring kam die Belegschaft des mehrheitlich kommunistisch organisierten Metallbetriebs Warchalowski, nach und nach trafen auch Arbeiter und Arbeitslose aus anderen Bezirken ein, bis etwa 100.000 Demonstranten auf der Ringstraße versammelt waren. Vor dem Parlament versuchten sozialdemokratische Politiker, beruhigend auf die Menge einzuwirken, während kommunistische Redner auf das schreiende Mißverhältnis zwischen der allgemeinen Armut und dem Luxus einer kleinen Minderheit hinwiesen. Als sich die Demonstration in den Abendstunden auflöste, gingen im 1. Bezirk und in der Mariahilfer Straße noch hunderte Kaffeehaus- und Kaufhausfenster zu Bruch, in einigen Fällen kam es auch zu Plünderungen und Brandstiftungen.

Zu keinem Zeitpunkt waren ernsthafte Anstrengungen der sozialdemokratischen Partei- oder Gewerkschaftsführung zu erkennen, die Führung der Massen zu übernehmen, um den ohnmächtigen Wutausbruch in eine geordnete Demonstration zu verwandeln, die zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele beitragen hätte können.

Als die Beschwichtigungsversuche scheiterten, zogen sich die sozialdemokratischen Funktionäre zurück. Die KPÖ war zu klein und organisatorisch zu schwach, um an deren Stelle treten zu können.

Am 21. Dezember schaffte der Nationalrat zwar die Lebensmittelsubventionen ab, verpflichtete die Unternehmer aber zur Zahlung von Zuschlägen für die dadurch entstandenen Preissteigerungen und führte das System des Indexlohnes ein, wodurch in den ersten Monaten des Jahres 1922 die Reallöhne erstmals das Vorkriegsniveau erreichten. Die Unternehmer nahmen dieses Lohnsystem aber zum Anlaß für derart exorbitante Preissteigerungen, daß die Inflation völlig außer Kontrolle geriet, womit auch das System des Indexlohnes durchlöchert wurde, weil die Geldentwertung wesentlich rascher als die Lohnanpassung voranschritt.

Die Genfer Sanierung und das Entstehen des Faschismus in Österreich

„Den revolutionären Schutt wegräumen!“

Mit diesen Worten charakterisierte der Führer der Christlichsozialen Partei, Prälat Ignaz Seipel, das langfristige, strategische Ziel der österreichischen Bourgeoisie in der Ersten Republik. Auch wenn es den meisten Unternehmern gelang, auf der Lohnseite einen Gutteil dessen, was die sozialen Errungenschaften kosteten, wieder hereinzubringen und in vielen Gegenden vor allem West- und Südösterreichs diese Errungenschaften nur auf dem Papier bestanden und nicht einmal der Achtstundentag wirklich durchgesetzt war, so bedeutete das Reformwerk von 1918 bis 1920 doch eine Niederlage, die wettzumachen das Bürgertum bestrebt war. Die Führung in diesem Kampf übernahm das Finanzkapital, das sich allerdings erst innerhalb der bürgerlichen und kleinbürgerlichen sowie bäuerlichen Schichten durchsetzen mußte. Es verfügte mit Prälat Ignaz Seipel über einen Politiker, der imstande war, die divergierenden Kapitalinteressen auf einen Nenner zu bringen und ihnen eine Massenbasis zu sichern.

Ein erster entscheidender Schritt zur Vereinheitlichung der Strategie der Bourgeoisie war die Jahresversammlung des Hauptverbands der Industrie im Februar 1922. Bis zum Jahreswechsel war die Inflation in Österreich langsamer als der Kursverfall der Krone an den internationalen Börsen vorange-

schritten. Die sich daraus ergebenden Profite im Exportgeschäft hatten auch andere Sektoren der Wirtschaft belebt. Als jedoch die Inflation davonlief, hatte dies einen Einbruch bei den Gewinnen zur Folge, für den auf der Jahresversammlung die Sozialleistungen verantwortlich gemacht wurden. Der politische Sinn dieser Fehlinterpretation war, die gesamte Bourgeoisie auf den Kampf gegen die sozialen Errungenschaften von 1918 bis 1920 festzulegen, obwohl an ihnen — besonders am Mieterschutz — auch Teile der Bourgeoisie materiell interessiert waren.

Ein weiteres Problem stellte der sogenannte Beamtenabbau dar. Ein großer Teil des Staatsbudgets wurde durch ein völlig überdimensioniertes Beamtenheer verschlungen, das ein Ausdruck der Vorherrschaft der deutschsprachigen Bevölkerung in der Habsburger-Monarchie, für den Kleinstaat Österreich aber viel zu groß war. Die Regierung Schober bereitete im Frühjahr 1922 zwar eine Sanierung der Staatsfinanzen mit Hilfe ausländischer Kredite vor, war aber nicht in der Lage, die Lösung des Problems der Verkleinerung der Bürokratie ernsthaft in Angriff zu nehmen, da die Großdeutsche Volkspartei, die wichtigste politische Rückendeckung des parteilosen Johannes Schober, ihre hauptsächliche Anhängerschaft gerade unter den Beamten hatte. Johannes Schober wurde daher Ende Mai durch eine parlamentarische Intrige gestürzt. Seine Nachfolge trat Ignaz Seipel an. Seipel blieb, mit einer Unterbrechung 1924/25, bis 1929 österreichischer Bundeskanzler.

Die Taktik Ignaz Seipels bestand darin, vorerst der Beschleunigung der Inflation tatenlos zuzusehen, bis sie — im Sommer und Frühherbst 1922 — derartig katastrophale Ausmaße annahm, daß sich in all jenen Schichten, die das Finanzkapital hinter sich sammeln wollte, panische Weltuntergangsstimmung breit machte. In dieser Situation konnte der Bundeskanzler als gottgesandter Retter in der Not erscheinen. Unter Umgehung des Parlaments startete Ignaz Seipel eine ausgeklügelte Aktion, um durch einen riesigen, international abgesicherten Kredit die Währung zu stabilisieren. Die Einschaltung ausländischer Geldgeber hatte auch einen innenpolitischen Zweck: Da das Finanzkapital seine eigene Stärke realistisch kalkulierte, zog es vor, das Diktat der internationalen Banken vorzuschieben, um den Sozialabbau, den man allein durchzusetzen zu schwach war, vorantreiben zu können. Im Zug der Reduzierung des Beamtenüberschusses wurde gleich auch unter jenen Gruppen der Staatsbediensteten „aufgeräumt“, die nicht zur überflüssig gewordenen Bürokratie des untergegangenen Reichs zählten, sondern soziale Dienste für die Bevölkerung leisteten, wie Postbeamte, Beschäftigte in Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen und andere. Das durch die Genfer Sanierung herbeigeführte Elend, vor allem die Aufblähung des Arbeitslosenheers, schuf der Bourgeoisie die idealen Voraussetzungen, um nun wirklich ernsthaft an das „Aufräumen des revolutionären Schutts“ gehen zu können. Dabei verließ sich Ignaz Seipel nicht nur auf die Unterstützung durch das internationale Finanzkapital, sondern suchte auch Kontakt

zu bewaffneten reaktionären Verbänden wie den Heimwehren, um für den Fall, daß die Arbeiterklasse seinem Sanierungsprogramm ernsthaften Widerstand entgegensetzen sollte, gewissermaßen einen „Knüppel“ zur Hand haben.

Diese Entwicklung war keine österreichische Besonderheit. Auch in anderen Ländern Europas ging das Kapital mit brutalen Methoden wieder in die Offensive. Einen Sonderfall stellte Italien dar, wo genau zu dieser Zeit, im Oktober 1922, der Faschismus an die Macht gelangte. Auf dem IV. Weltkongreß der Komintern (November/Dezember 1922) stellte der führende KI-Funktionär Karl Radek den Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen her und charakterisierte den Sieg des italienischen Faschismus als Bestandteil einer teils bewußt geführten, teils sich spontan aus der politischen Lage ergebenden Politik der europäischen Konterrevolution.⁴

Noch vor dem Zusammentreten des KI-Kongresses fand eine Besprechung der Delegierten aus Österreich und jenen Staaten, die sich an der Seipel-Sanierung beteiligten, statt, um eine gemeinsame Vorgangsweise der kommunistischen Parteien zu beraten. Der Kongreß beschloß einen Aufruf gegen den Genfer Pakt, in dem die große Bedeutung, die die Weltreaktion trotz der Kleinheit dieses Landes der Unterjochung Österreichs beimesse, mit der relativen politischen Stärke des österreichischen Proletariats erklärt wird. „Die Bourgeoisie sah sich bis jetzt in Österreich noch immer genötigt, gewisse demokratische Freiheiten zu achten. Österreich ist auch das einzige Land, in dem die Wehrmacht einen proletarischen Charakter trägt und nicht gegen das Proletariat verwendet werden kann.“ Sollte der dem Genfer Pakt zugrundeliegende Plan gelingen, würden sehr bald auch die Arbeiter jener Länder, die sich an der Sanierung beteiligten, „an ihrem eigenen Leib zu spüren bekommen, daß sich die kapitalistische Reaktion in der ganzen Welt stärker und sicherer fühlt“.⁵

Die sozialen Folgen der Genfer Sanierung

Die galoppierende Inflation des Sommers 1922 ließ die Krone auf den internationalen Börsen ins Bodenlose fallen. Betrug der Gegenwert eines Dollars bei Seipels Amtsantritt noch 8000 Kronen, so mußten im Oktober, als die Sanierung in Angriff genommen wurde, für den Dollar bereits 72.000 Kronen bezahlt werden. Gleichzeitig versechsfachten sich die Lebenshaltungskosten. Das neuerliche Absinken des Reallohns provozierte zahlreiche Streiks und Protestaktionen, so bei den Eisenbahnern, Post-, Telephon- und Telegraphenbediensteten, den Wiener Straßenbahnern und anderen.

Anfang Oktober 1922 fuhr Seipel — nach Besuchen in Italien, Deutschland und der Tschechoslowakei — nach Genf, um gegenüber dem Völkerbund mit dem Anschluß an einen Nachbarstaat oder dem Zusammenbruch Österreichs für den Fall zu drohen, daß die von ihm geplante Kreditaktion zur Stützung

der österreichischen Währung nicht zustandekommen sollte. In den am 4. Oktober unterzeichneten Protokollen übernahmen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Tschechoslowakei und Italiens die Garantie für einen Kredit in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen, wobei Österreich die Verhandlungen mit den internationalen Banken allerdings selbst führen mußte. Österreich verpflichtete sich seinerseits, die Budgethoheit des Parlaments für zwei Jahre aufzuheben und sich den „Empfehlungen“ eines vom Völkerbund zu bestellenden Kommissärs in allen Fragen der Wirtschaftspolitik zu unterwerfen. Die Zölle und andere Staatseinnahmen wurden an die Kreditgeber verpfändet und dabei kräftig erhöht, zur Senkung der Staatsausgaben sollte in erster Linie ein rigoroser Beamtenabbau durchgeführt werden. 96.000 öffentliche Bedienstete, Eisenbahner und Beschäftigte bei staatlichen und kommunalen Betrieben wurden „eingespart“.

Isa Strasser, die damalige Leiterin der Frauenabteilung der KPÖ und spätere Mitarbeiterin der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau, beschrieb im Mai 1923 die Folgen dieser Maßnahmen, zu einer Zeit, als erst rund ein Viertel des geplanten Abbaus verwirklicht war: „Die Wirkungen... lassen sich studieren in den Telephon- und Telegraphenzentralen, wo die Beamtinnen infolge Überbürdung zusammenbrechen, in den Schulen auf dem flachen Land, wo siebzig Proletarierkinder infolge des Abbaus der Zahl der Lehrkräfte in einer Klasse zusammengepfercht werden, in den städtischen Spitälern, wo infolge des Abbaues ganzer Abteilungen die Kranken auf dem Steinboden liegen müssen, vor den gesperrten Kinderheimen und Fürsorgestellen, Lungenheilanstalten, denen der Staat aus ‚Ersparnisgründen‘ die Subvention entzogen hat, in den ‚Versorgungshäusern‘, in denen man den alten Proletariern die tägliche Brotration gekürzt hat...“⁶

Zum „Kriegsrat“ gegen den Genfer „Knechtungsvertrag“ erklärte Otto Bauer den sozialdemokratischen Parteitag Mitte Oktober 1922, ließ aber in seinem Referat gleichzeitig durchblicken, daß die Annahme der von Ignaz Seipel in Genf unterschriebenen Protokolle im Nationalrat unvermeidlich sein werde. Zwar veranstaltete die SDAP am 29. Oktober 1922 eine Großkundgebung in Wien gegen den Genfer Vertrag, an der sich die KPÖ mit eigenen Transparenten beteiligte, sie bremste jedoch ihren Widerstand ein, je näher der Tag der Behandlung der Protokolle durch den Nationalrat rückte. Statt zu versuchen, die ungeheuerlichen Sanierungsmaßnahmen durch den Einsatz aller Machtmittel des Proletariats, bis hin zum Generalstreik, zu Fall zu bringen (wie es die KPÖ forderte), gab sich die sozialdemokratische Parteiführung der Illusion hin, eine politische Konstellation herbeiführen zu können, durch die Seipel die Mehrheit im Parlament verlieren würde. Sie strich daher in ihrer Agitation das im Genfer Vertragswerk enthaltene Verbot des Anschlusses an Deutschland heraus, das vor allem von der Großdeutschen Volkspartei kritisiert wurde. Schon in seinem Referat auf dem Parteitag hatte Otto Bauer der SDAP zum Ziel gestellt, „die Menschen,

die in dieser Zeit der furchtbarsten Not nur an das bißchen Brot denken konnten, jetzt auf(zu)rütteln, an die Freiheit zu denken“.⁷ Diese parlamentarische Kombination auf nationalistischer Basis scheiterte aber, weil den bürgerlichen Parteien — auch den Großdeutschen — die soziale Funktion der Genfer Sanierung, nämlich die dadurch gewährleistete Schwächung der Arbeiterbewegung, wichtiger war als ihre Gegensätze in außenpolitischen Fragen.

Am 25. November, als über die Genfer Protokolle im Nationalrat abgestimmt wurde, veranstaltete die KPÖ eine Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude, an der sich auch tausende sozialdemokratische Arbeiter und Arbeitslose beteiligten. Als die Regierung feststellte, daß seitens der Sozialdemokratie kein ernsthafter Widerstand zu erwarten war, bot sie ihr einen Kompromiß an. Während Ignaz Seipel zuvor mit Führern der Heimwehren Absprachen getroffen hatte, um einen etwaigen Massenwiderstand der Arbeiterklasse gewaltsam niederwerfen zu können, schlug er nun der Sozialdemokratie die Schaffung eines Kabinettsrats unter Einschluß von SDAP-Abgeordneten als beratendes Organ der Bundesregierung bei der Verwirklichung der Sanierungsmaßnahmen vor. Da eine solche Einrichtung verfassungsändernden Charakter hatte, mußte sie mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Obwohl diesem Kabinettsrat keinerlei reale Bedeutung zukam, zumal die Wirtschaftspolitik ja ohnehin vom Völkerbundkommissar diktiert werden sollte, stimmte ihm die sozialdemokratische Nationalratsfraktion zu. Damit ermöglichte sie die Sanierung, auch wenn sie den übrigen Gesetzen, für die eine einfache Mehrheit ausreichte, ihre Zustimmung verweigerte.

Das Verhalten der SDAP-Führung hatte den Einsatz der Heimwehren überflüssig gemacht. Dennoch war für die verschiedenen ultrarechten Gruppierungen der Herbst 1922 eine „Sternstunde“. Nicht nur, daß ihre Gesinnungsgenossen im südlichen Nachbarland Österreichs die Macht übernommen hatten, auch in Österreich selbst hatten die herrschenden Klassen erstmals ihrer bedurft. Einige unter diesen Verbänden erhielten zum Teil beträchtliche Unterstützungen durch Unternehmerorganisationen. Vor allem in den westlichen Bundesländern bestanden auch enge Beziehungen zum Staatsapparat und zur Christlichsozialen Partei. Der Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle war gleichzeitig christlichsozialer Landeshauptmannstellvertreter.

Zwar hatte die Genfer Sanierung die Währung wieder in Ordnung gebracht (1924 wurden 10.000 Kronen gegen 1 Schilling eingetauscht, das entsprach etwa anderthalb Goldkronen), eine Sanierung der Wirtschaft fand jedoch nicht statt, und zwar nicht nur wegen der Steigerung der Arbeitslosenzahlen. 611 Millionen Goldkronen betrug der Nettoerlös, der — nach Abzug der Spesen — durch die Zeichnung der Anleihe-Tranchen in den verschiedenen Ländern zustandekam. 130 Millionen mußten laut Vertrag zur Tilgung

früherer Schulden verwendet werden. Doch auch die restlichen 581 Millionen wurden ausschließlich zur Budgetsanierung herangezogen. Die drastische Senkung der Staatsausgaben durch den Beamtenabbau und die Streichung fast aller Sozialausgaben führte dazu, daß die laufenden Ausgaben bereits 1924 beträchtlich durch die Einnahmen übertroffen wurden und im Jahre 1925 auch das Gesamtbudget mit einem Überschuß abschloß. Teilbeiträge des Kredits für produktive Investitionen auszugeben, war nicht vorgesehen. So mußten die Bundesbahnen zwei Jahre lang mit der Regierung feilschen, um einen vergleichsweise geringen Betrag für die Finanzierung ihres Elektrifizierungsprogramms zugestanden zu bekommen. Durch diese Politik war — nach Konsolidierung des Staatsbudgets — der noch vorhandene Rest der Anleihe (fast 50 Prozent!) überflüssig geworden. Der Völkerbundkommissär verfügte, daß das Geld bei ausländischen Banken deponiert werden mußte. Da es sich größtenteils um dieselben Banken handelte, die vorher das Geld an Österreich verborgt hatten, konnte sich das internationale Finanzkapital am Elend der österreichischen Arbeiterklasse zusätzlich bereichern. Anstatt die nicht verbrauchte Summe als vorzeitige Rückzahlung zu akzeptieren, behandelten die Banken sie als normale Geldeinlage und bezahlten dafür wesentlich niedrigere Zinsen als sie — vom selben Geld! — an Kreditzinsen kassierten.

Mit dem Aufhören der galoppierenden Inflation wurden Löhne und Gehälter eingefroren, in einigen Fällen sogar gesenkt, obwohl eine Reihe von Maßnahmen des Sanierungsprogramms — wie die Einführung der Warenumsatzsteuer und die Zollerhöhungen — Preissteigerungen zur Folge hatten. Diese Maßnahmen waren von einer bis dahin beispiellosen Offensive der Bourgeoisie begleitet, die auf Lohnsenkungen und Verlängerung der Regelarbeitszeit hinzielte. In vielen Betrieben wurden ungeachtet geltender Kollektivverträge von den Unternehmern neue Bestimmungen eingeführt, wogegen es zu einer Welle von Streiks und sonstigen Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft kam. Kommunisten waren von Kündigungen besonders stark betroffen, so daß zur Zeit des 6. Parteitags (März 1923) bereits 60 Prozent aller Parteimitglieder arbeitslos waren. Seit 1922 bestand in Wien das unter maßgeblicher Beteiligung von Kommunisten gegründete Zentrale Arbeitslosenkomitee (ZAK). Die arbeitslosen Genossen verlegten den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in dieses Komitee, das 1923 eindrucksvolle Aktionen zur Verbesserung der materiellen Lage dieser Bevölkerungsgruppe durchführte. Die hohe Arbeitslosigkeit wurde in Österreich zu einem Dauerproblem, das die Bourgeoisie bis 1938 nicht lösen konnte. Neben wirtschaftlichen Strukturschwächen lag dies vor allem daran, daß das Finanzkapital die Regierungen drängte, statt Geld für die Schaffung von Arbeitsplätzen auszugeben, möglichst große Devisenreserven anzulegen. Die Wiener Banken, die schon vor der Genfer Sanierung verhindert hatten, daß ihre eigenen Devisenbestände zur Deckung der Staatsschuld herangezogen wurden, scheuten vor

volkswirtschaftlich sinnvollen Investitionen in Österreich selbst zurück, während sie durch Kapitaltransfer in die sogenannten Nachfolgestaaten der Donaumonarchie ihre beherrschende Stellung im Donaauraum aufrechtzuerhalten trachteten.

Der Ausbruch der Fraktionskämpfe in der KPÖ

Die Frage, unter welcher Losung die KPÖ ihren Kampf gegen die Genfer Sanierung stellen sollte, bildete den Anlaß für das Aufbrechen von Fraktionskämpfen in der Partei. Die führenden Exponenten waren Josef Frey auf der einen und Karl Toman und Franz Koritschoner auf der anderen Seite. Obwohl Koritschoner nicht selten mit ultralinken Phrasen argumentierte, wechselten die ideologischen Standpunkte der Kontrahenten so oft, daß es nicht möglich ist, die eine Seite einer „Rechten“ und die andere einer „Linken“ in der Kommunistischen Partei zuzuordnen. Am ehesten sind die Fraktionskämpfe, die der Partei schweren Schaden zufügten und ihren Kampf gegen die Genfer Sanierung behinderten, mit den persönlichen Gegensätzen zwischen Josef Frey und Karl Toman zu erklären, die im nachhinein ideologisiert wurden. Kennzeichnend für die Verhältnisse in der Partei von Herbst 1922 bis Herbst 1924 wurde, daß sich beide Fraktionen auf gemeinsame politische Resolutionen einigten, bei der personellen Besetzung von Funktionen die Gegensätze aber jedesmal wieder aufbrachen.

Die Fraktionskämpfe waren nicht nur eine Folge der mangelnden politischen Erfahrung und organisatorischen Konsolidierung der KPÖ, sondern auch Ausdruck der Schwierigkeiten bei der Einschätzung der komplizierten internationalen Situation, Schwierigkeiten, vor denen die gesamte kommunistische Weltbewegung stand. Ein weiterer Faktor, der dazu beitrug, daß persönliche Differenzen in den Vordergrund treten konnten, war, daß die Parteiführung ideologischen Diskussionen auswich. Sie akzeptierte zwar formal Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, die der Politik der KPÖ zuwiderliefen, knüpfte daran aber keine kritische Einschätzung der bisherigen Politik.

Dies galt für die Beteiligung an den Wahlen von 1920 im Gefolge des II. Weltkongresses ebenso wie für die vom III. Weltkongreß der Komintern beschlossene Orientierung auf die „lange Perspektive“. Das war allerdings kein Mangel, der nur der KPÖ anhaftete. In seiner für den II. Weltkongreß geschriebenen Broschüre „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ hatte Lenin die Fähigkeit zur Selbstkritik als eines der Kennzeichen für die Ernsthaftigkeit einer kommunistischen Partei bezeichnet. Auf dem III. Weltkongreß forderte er erneut, „aus begangenen Fehlern zu lernen, wie man den Kampf besser organisiert. Wir dürfen unsere Fehler nicht verheimlichen, weil der Feind das ausnutzen könnte. Wer das fürchtet, ist kein Revolutionär. Im Gegenteil, wenn wir den Arbeitern offen sagen: ‚Ja,

wir haben Fehler gemacht', so bedeutet das, daß wir sie das nächste Mal nicht wiederholen...⁸

Doch auch auf organisatorischem Gebiet erwies sich der Parteivorstand als außerstande, die vom III. Weltkongreß gestellte Aufgabe der Festigung der eigenen Reihen zu erfassen. Anstatt Überlegungen anzustellen, wie die politisch-ideologische Qualifikation verbessert, die freiwillige Disziplin der Mitglieder gestärkt und die Fähigkeit der Leitungen, Politik zu machen, gehoben werden könnten, wurde dem 5. Parteitag (März 1922) ein Organisationsstatut vorgelegt, das alle diese Anliegen durch administrative Verordnungen erreichen wollte. Der Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) auf dem Parteitag kritisierte es als „schlimmer als ein militärisches Dienstreglement“.⁹

In der Vorbereitung des IV. Weltkongresses der KI war die Losung der „Arbeiterregierung“ erarbeitet worden — als einer Form des Heranführens an die sozialistische Revolution, die unter den Bedingungen einer zwar nicht mehr revolutionären, aber nach wie vor mächtigen Arbeiterklasse in mehreren Ländern Europas möglich schien.

Josef Frey verlangte im Oktober 1922 im Parteivorstand der KPÖ, die Losung „Sturz der Seipel-Regierung, Kampf um die Arbeiterregierung“ auszugeben, ohne diese strategische Losung der KI mit den realen Gegebenheiten in Österreich zu verbinden. Vertreter der Gruppe um Karl Toman hielten die Situation dafür noch nicht für reif und wollten sich auf den Kampf um einen Betriebsrätekongreß konzentrieren, von dem dann möglicherweise so eine Forderung aufgestellt werden könnte. Hinter diesem Einwand stand aber nicht eine Analyse, unter welchen Bedingungen die Losung „Arbeiterregierung“ auf Österreich angewandt beziehungsweise wie sie mit dem Kampf gegen die Genfer Sanierung verbunden werden könnte. Die Gruppe um Karl Toman stützte sich vor allem auf ihren Einfluß unter den kommunistischen Betriebsräten, deren Zusammenfassung zu einer eigenen kommunistischen Gewerkschaft sie trotz gegenteiliger Beschlüsse des Parteivorstands und auch der Komintern, die solche Bestrebungen als sektiererisch verurteilte, weiterhin anstrebte. Die von Karl Toman und Franz Koritschoner vorgeschlagene Orientierung sollte in erster Linie ihre Machtposition innerhalb der Partei absichern. Josef Frey reagierte darauf damit, daß er die Vorrangstellung der Partei gegenüber der Gewerkschaft hervorkehrte, wodurch ein solcher Gegensatz erst entstand und die kommunistischen Gewerkschafter in die Fraktionskämpfe hineingezerrt wurden.

Für März 1923 bereitete die KPÖ ihren 6. Parteitag vor. Die Diskussionsartikel in der „Roten Fahne“ arteten bereits Anfang Jänner zu persönlichen Angriffen aus. Am 14. Jänner befaßte sich erstmals die „Reichsvertretung“ (Zentralkomitee) mit den innerparteilichen Gegensätzen, über die schon in bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen Artikel erschienen. Besonders der Bezirkssekretär von Kapfenberg, Johann Kopenig, der zwei

Wochen darauf zum steirischen Landessekretär gewählt wurde, verurteilte scharf die persönlichen Streitereien in einer Zeit, da es darum ging, einen Angriff wie die Genfer Sanierung abzuwehren. Auch in den schriftlichen Diskussionsbeiträgen wurde wiederholt gegen die Auseinandersetzung zwischen Josef Frey und Karl Toman Stellung genommen.

Zwar kam es am Vorabend des Parteitags unter der Anleitung des Vertreters der Kommunistischen Internationale zu einer Einigung der beiden Fraktionen sogar über eine Resolution zur Gewerkschaftsfrage, doch schon während des Parteitages traten die Differenzen erneut zutage. Die Frey-Fraktion verlor in einer Kampf Abstimmung ihre bisherige Mehrheit. Die neue Parteiführung um Karl Toman und Franz Koritschoner ging nun ihrerseits mit den gleichen administrativen Mitteln wie vorher Josef Frey gegen die Minderheit vor und ließ sich daran auch durch die Komintern nicht hindern, die auf dem III. Erweiterten Plenum des EKKI (Juni 1923) eine eigene österreichische Kommission einsetzte.

Im Zeichen der Fraktionskämpfe wurde auch die Anschlußfrage neu aufgerollt. Da die neue Parteiführung von der Komintern die Herstellung einer engen Kampfgemeinschaft zwischen den kommunistischen Parteien der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie forderte, propagierte die Frey-Fraktion eine revolutionäre Variante der Losung des Anschlusses an Deutschland. (Erst auf dem 8. Parteitag, 1925, wurden beide Losungen als Ablenkung vom Klassenkampf in Österreich verworfen.)

Um die Fraktionskämpfe in der KPÖ zu liquidieren, entsandte das EKKI einen eigenen Vertreter nach Österreich, Alois Neurath, Funktionär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Dieser erreichte im November 1923, daß die bisherige Parteileitung zurücktrat, Toman und Frey Wien verließen und eine neue provisorische Leitung unter seiner persönlichen Führung gebildet wurde. Alois Neurath holte am 17. November 1923 telegraphisch Johann Kopenig ins Org-Sekretariat nach Wien und bestimmte am 24. November den keiner der beiden Fraktionen angehörenden Wiener Gewerkschafter Gottlieb Fiala zum neuen „Reichssekretär“. Es gelang Alois Neurath allerdings nicht, sich aus den Fraktionskämpfen völlig herauszuhalten. Da er nicht verhindern konnte, daß es auf dem 7. Parteitag (März 1924) zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fraktionen kam, wurde er vom EKKI abgezogen und durch den bulgarischen Revolutionär Georgi Dimitroff ersetzt.

Die Fraktionskämpfe hinderten die Partei in einer Zeit, da die ersten faschistischen Arbeitermorde Österreich erschütterten, ihre Aufgabe als Avantgarde zu erfüllen. Neben der Komintern, die sowohl personelle Hilfestellung leistete als auch in ihren Instruktionen eindringlich auf die Notwendigkeit hinwies, die internen Differenzen zurückzustellen, um die Abwehr gegen den Faschismus zu organisieren, waren es vor allem Parteifunktionäre aus den Bundesländern wie Johann Kopenig und Franz Honner (Bergarbei-

ter in Grünbach am Schneeberg) sowie die Wiener Gottlieb Fiala und Friedl Fürnberg (leitender Funktionär des Kommunistischen Jugendverbands), die sich um die Überwindung der Fraktionskämpfe Verdienste erwarben.

Die Gründung des Republikanischen Schutzbundes

Die Kommunisten sähen „weiße Mäuse“, hatte der Vorsitzende des Wiener Kreisarbeiterrats, Friedrich Adler, die ersten Warnungen der KPÖ vor der faschistischen Gefahr abgetan — ein Ausspruch, der in den politischen Auseinandersetzungen zwischen SDAP und KPÖ sowie innerhalb der Sozialdemokratie während der ganzen zwanziger Jahre eine Rolle spielte.

Realistischer sah der ehemalige Heeresminister Julius Deutsch die von den diversen rechtsextremen Splittergruppen ausgehende Gefahr. Bereits Anfang 1923 veröffentlichte er eine Broschüre über die „Faschistengefahr“, in der er die Finanzierung der österreichischen Heimwehren durch die Bourgeoisie nachwies. Trotzdem vertrat er die Theorie, der Faschismus sei in erster Linie ein Ausdruck rückständiger agrarischer Wirtschaftsstrukturen. Außerdem entwertete er seine Analyse, indem er den Faschismus als Erscheinung des „Totalitarismus“ charakterisierte: Obwohl er den Begriff selbst nicht gebrauchte, stellte er Kommunisten und Faschisten auf eine Stufe. Julius Deutsch meinte, die österreichische Arbeiterschaft sei „zu allen Zeiten der Demokratie treu“ geblieben¹⁰, weshalb in Österreich die Wahrscheinlichkeit einer faschistischen Diktatur gering sei. Nur dort, wo große Teile der Arbeiterklasse die Forderung nach Errichtung der Diktatur des Proletariats vertreten hätten — er nannte das den „Bolschewismus der Phrase“ —, bestünde die Gefahr, daß die Bourgeoisie darauf mit einem „Bolschewismus der Tat“, das heißt einem faschistischen Regime, antworte.¹¹

Ogleich weder die KPÖ noch die Kommunistische Internationale zu dieser Zeit eine umfassende Analyse des Faschismus vorzulegen imstande waren, erkannten sie den inneren Zusammenhang zwischen der in der Genfer Sanierung zum Ausdruck kommenden Generaloffensive der Bourgeoisie und dem Erstarken der rechtsradikalen Wehrverbände und damit die Notwendigkeit der Verknüpfung von ökonomischem und politischem Kampf. Demgegenüber entwickelte Julius Deutsch keine umfassende antifaschistische Strategie, sondern blieb bei technischen und pädagogischen Überlegungen zur „Wehrhaftigkeit“ der Arbeiterklasse stehen.

Proletarische Wehrhaftigkeit bedeutete nichts anderes, als das Monopol der herrschenden Klassen auf die Verfügung über die bewaffneten Organe des Staates in Frage zu stellen. Dieses Monopol war in Österreich 1918/19 verlorengegangen. Die Volkswehr — Vorläuferin des Bundesheeres — stand unter sozialdemokratischer Kontrolle, und auch nach dem Ausscheiden der SDAP aus der Regierung bestand die Armee aus politisch und gewerkschaftlich gut organisierten sozialdemokratischen und kommunistischen Soldaten.

Ihre Vorrangstellung im Bundesheer wurde erst ab 1922/23 durch ein neues Dienstreglement schrittweise gebrochen.

Die Heimwehren, Bürgermilizen und andere paramilitärische Organisationen der herrschenden Klassen, die seit Kriegsende aufgestellt worden waren, hatten nicht nur den Schutz des kapitalistischen Eigentums zum Zweck, sondern sollten vor allem ein Gegengewicht gegen die unter dem Einfluß der Arbeiterklasse stehende staatliche Armee schaffen.

Diesen paramilitärischen Organisationen auch nach dem Verlust der Verfügungsgewalt über die Armee begegnen zu können, war der Sinn der Wehrhaftmachung des Proletariats, die vom SDAP-Parteitag im Oktober 1922 beschlossen wurde.

Auch die KPÖ unterstützte das Konzept der proletarischen Wehrhaftigkeit und legte ihren männlichen Mitgliedern nahe, den Ordnerheiten der Arbeiterräte beziehungsweise ab 1923 dem Republikanischen Schutzbund beizutreten. Denn obwohl die Kontakte Ignaz Seipels zu den Heimwehren der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt waren, zeigten Ende 1922, Anfang 1923 einige alarmierende Vorfälle die Dringlichkeit des Ausbaues der verschiedenen Ordnerheiten der Arbeiterräte zu einer schlagkräftigen Selbstschutzorganisation der österreichischen Arbeiterklasse. In Judenburg hatte unter dem Kommando des antisemitischen Rechtsanwalts Walter Pfrimer eine von einem Großgrundbesitzer bewaffnete bürgerliche Truppe begonnen, die Arbeiterschaft durch sonntägige Aufmärsche zu provozieren. Die Judenburger Arbeiter nahmen im November 1922 in den Wohnungen einiger Anführer der Truppe eine Waffensuche vor, woraufhin der auf dem äußersten rechten Flügel der Christlichsozialen Partei stehende Landeshauptmann der Steiermark, Anton Rintelen, Pfrimers Truppe mobilisierte und die Judenburger SDAP-Führer durch die Gendarmerie verhaften ließ. Mit 6000 Bewaffneten erzwang Walter Pfrimer den Abbruch eines Proteststreiks der Arbeiter des Judenburger Gußstahlwerks. Der Vorfall imponierte der gesamten Reaktion in der Steiermark und bewirkte, daß sich alle paramilitärischen Formationen des Bürgertums dem Kommando Walter Pfrimers unterstellten. Der so entstandene Steirische Heimatschutz wurde zur reaktionärsten Abteilung der Heimwehrebewegung und unterhielt enge Kontakte zu anderen faschistischen Organisationen, besonders zur NSDAP. Mitte Jänner 1923 wollte in Wien die Frontkämpfervereinigung Mussolinis „Marsch auf Rom“ wiederholen, doch organisierte die Arbeiterschaft rechtzeitig Abwehrmaßnahmen, so daß die Polizei schließlich alle Kundgebungen verbot. 20.000 Ordner des Arbeiterrats standen in Bereitschaft, die sozialdemokratische Parteiführung beschloß, die seit Monaten geplante Zusammenfassung der Ordner zum Republikanischen Schutzbund durchzuführen, dessen formelle Gründung im Februar 1923 erfolgte.

Über Waffen verfügte — offiziell — auch der neue Republikanische Schutzbund nicht, doch lagerten in vielen von der Sozialdemokratie kontrol-

lierten Verstecken, vor allem im Wiener Arsenal, große Bestände an Waffen und Munition aus der Zeit des ersten Weltkriegs.

Aufbau und Ideologie der faschistischen Organisationen

Im Gegensatz zu den südlichen und westlichen Bundesländern, wo die Heimwehren, nicht zuletzt dank der Unterstützung durch die Landesverwaltungen, seit Anfang der zwanziger Jahre über nicht unbeträchtlichen Einfluß verfügten, war die äußerste Reaktion in den Industriegebieten Ostösterreichs in rivalisierende Verbände und Gruppen aufgesplittert. Deren gemeinsame ideologische Basis waren eine militant antidemokratische Haltung, ihr Haß auf die Arbeiterbewegung und jeden gesellschaftlichen Fortschritt und in den meisten Fällen auch der Antisemitismus, der sich mit pseudowissenschaftlichen Rasselehren verband. Ihre soziale Basis waren neben Offizieren und Unteroffizieren, die nach Kriegsende nicht mehr ins „bürgerliche“ Leben zurückgefunden hatten, vor allem kleinbürgerliche Schichten, die durch den Zusammenbruch der bisherigen Wertordnung mit dem Auseinanderfallen der Monarchie und durch das neugewonnene Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse zutiefst verunsichert und durch die Inflation der Nachkriegsjahre besonders stark betroffen waren. Die Klassifizierung aller dieser Organisationen als „faschistisch“ ist ab 1922/23 in erster Linie auf Grund ihrer während der Genfer Sanierung deutlich gewordenen sozialen Funktion als Stoßtrupp der herrschenden Klasse zur Unterwerfung der Arbeiterklasse gerechtfertigt.

Der frühe Faschismus war in Österreich, wie auch in anderen Ländern, keine einheitliche Bewegung. Die Unterschiede ergaben sich aus regionalen Besonderheiten, aus unterschiedlichen Interessen der die Verbände finanzierenden Gruppen innerhalb der herrschenden Klassen und aus dem persönlichen Charakter der „Führer“ der verschiedenen Organisationen. Die größte Abteilung des österreichischen Faschismus waren die Heimwehren. In der Steiermark und in Tirol boten sie am ehesten das Erscheinungsbild einer faschistischen Organisation, in Kärnten spielte — als Hinterlassenschaft der bewaffneten Auseinandersetzungen 1918 bis 1920 — der Deutschnationalismus eine überragende Rolle, in Oberösterreich wurde die Heimwehr durch einige adelige Großgrundbesitzer geprägt, in Vorarlberg und Niederösterreich verschmolzen die Heimwehren mit der Landesbürokratie und den bäuerlichen Berufsvereinigungen zu einer quasi-offiziellen Institution, wodurch sie ihre Militanz einbüßten und so „harmlos“ wirkten, daß sie kaum noch als faschistische Organisationen erkennbar waren.

In Wien, im Industriegebiet des Wiener Beckens und im Burgenland dominierte die vom Wiener Finanzkapital ausgehaltene und monarchistisch orientierte Frontkämpfervereinigung, die weit offener ultrareaktionäres Gedankengut vertrat als die meisten Heimwehren.

Parallel zu diesen „offiziellen“ Verbänden entstanden Anfang der zwanziger Jahre verschiedene nationalistische Geheimbünde, besonders in Ostösterreich, wo die revolutionären Ereignisse von 1918 bis 1920 tiefere Spuren hinterlassen hatten als in den westlichen Bundesländern. Die in diesen Geheimgesellschaften ausgebrüteten „nordischen“ Heilslehren, der in ihnen praktizierte Kult der Gewalt und ihr umstürzlerisches Gehabe fanden ihren konzentriertesten Ausdruck in der NSDAP, von der in Österreich mehrere Fraktionen existierten, deren größte sich 1926 zum Bestandteil der deutschen Nazi-Partei erklärte.

Auch fanden in Österreich Angehörige deutscher „Freikorps“, die in Deutschland wegen verschiedener Verbrechen gesucht wurden, Unterschlupf. Diese Freischärlerverbände waren in den Kämpfen um die deutschen Grenzen 1919/20 entstanden und zählten zu den wichtigsten Vorläufern des Faschismus. Der prominenteste dieser Emigranten aus Deutschland war Major Waldemar Pabst, Verantwortlicher für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Jänner 1919, der die Tiroler Heimwehr organisierte und Ende der zwanziger Jahre zum Stabschef aller österreichischen Heimwehren aufstieg.

Birnecker, Still, Kovarik, Müller — die vier ersten Opfer des Faschismus in Österreich

Die Umgliederung der Ordnereinheiten der Arbeiterräte zum Republikanischen Schutzbund hatte kaum begonnen, als eine faschistische Organisation, der von einer monarchistischen Splitterpartei als Saalschutz angeheuerte neuheidnische Untergrundorden Ostara, den ersten Arbeitermord verübte: Am 17. Februar 1923 wurde der 44jährige Betriebsrat bei Semperit und Funktionär der Chemiearbeitergewerkschaft Franz Birnecker aus Wien-Baumgarten (damals Teil des 13., heute des 14. Wiener Gemeindebezirks) Opfer von Schüssen der Ostara-Leute auf eine Gruppe von Arbeitern. Zwei weitere wurden verletzt. In einem Aufruf charakterisierte die KPÖ den Mord als Beweis dafür, „daß die Bourgeoisie Österreichs sich rüstet, das österreichische Proletariat mit denselben blutigen Methoden... niederzuschlagen... wie der Faschismus in Italien“. ¹² In einem weiteren Aufruf wurde den sozialdemokratischen Arbeitern vorgeschlagen, die Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände durch ein befristetes Ultimatum an die Regierung beziehungsweise bei dessen Ablehnung durch eine sukzessive Steigerung der außerparlamentarischen Kampfmaßnahmen zu erzwingen. Die Forderung der KPÖ fand so große Resonanz, daß sich die „Arbeiter-Zeitung“ am 20. Februar zu einer — gehässig formulierten — ablehnenden Stellungnahme veranlaßt sah. Bereits unmittelbar nach dem Mord war es in vielen Wiener Betrieben zu Protestversammlungen gekommen, in denen die

Auflösung der reaktionären paramilitärischen Organisationen gefordert wurde.

Am 19. Mai 1923 wurde das Urteil verkündet: Der Haupttäter erhielt zwei Jahre Kerker, seine Komplizen zwischen einer Woche und zwei Monaten Arrest. Am selben Tag erlag das nächste Opfer des faschistischen Terrors seinen Verletzungen, der am 4. Mai in Wien-Favoriten von zwei Nationalsozialisten (von denen einer auch Mitglied der Frontkämpfervereinigung war) aus nächster Nähe beschossene 26jährige Eisenbahnordner Karl Still. Obwohl Still, der mit der KPÖ sympathisierte, einen der beiden Todesschützen bei einer Gegenüberstellung im Krankenhaus einwandfrei wiedererkannte, wurden sie nach einem Jahr (!) zu einer Strafe von zehn beziehungsweise fünf Schilling verurteilt. Zwar verdoppelte das Höchstgericht die Strafen im Berufungsverfahren, das Urteil war dennoch eine Provokation: Wer im Winter vor seiner Haustür bei Glatteis nicht streute, mußte mit einer ähnlich „schweren“ Strafe rechnen. Die Empörung über den Justizskandal war um so größer, als in der Zwischenzeit ein weiterer Arbeiter Opfer herumschießender Nazis geworden war: Am 30. September 1923 hatte in Spillern bei Korneuburg ein Trupp von 30 Wiener Nationalsozialisten zuerst die Dorfbevölkerung terrorisiert und dann in der Dunkelheit auf dem Rückweg nach Wien den unbeteiligten 16jährigen Karl Kovarik erschossen. Auch in diesem Fall ergingen Freisprüche und Bagatelldstrafen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten. Bei fünf weiteren Gewalttaten wurden 1923 zehn Arbeiter schwer verletzt.

Bestialisch war der Mord am 36jährigen Mödlinger Gemeinderat Leopold Müller am 20. Mai 1925. Nach einer „Totenfeier“ für oberschlesische Freikorpskämpfer auf dem zwischen Mödling und Gumpoldskirchen gelegenen Eichkogel kam ein Teil der Faschisten — ein Lastauto voll „Rheinländer“ — in der Nacht nach Mödling, um Angehörige des Republikanischen Schutzbundes aus ihren Häusern herauszuprügeln. Der Wiener Wehrbund Rheinland war die Nachfolgeorganisation des behördlich aufgelösten Freikorps Roßbach und unterhielt enge Beziehungen zur NSDAP.

Leopold Müller war von Arbeitern der Schuhfabrik, in der er beschäftigt war, aus dem Bett geholt worden, als die Faschisten ins Arbeiterviertel östlich der Südbahn vordrangen. Als er sah, daß die „Rheinländer“ mit allen möglichen Waffen ausgerüstet waren, bewog er die ihn umringenden Arbeiter zur Umkehr. Die Faschisten nahmen aber mit lautem Hurragebrüll die Verfolgung auf, gaben aus ihren Pistolen etwa 50 Schüsse ab (wobei sie ihren eigenen Anführer verletzten) und holten schließlich Leopold Müller ein. Sie gingen mit Spaten, Stöcken und einem Messer auf ihn los und traten auch noch den auf dem Boden Liegenden mit Füßen, wobei sie ihm die Rippen brachen und tiefe Schnitt- und Stichwunden zufügten. Nach mehreren Operationen verstarb Leopold Müller am 22. Mai 1925 im Krankenhaus Mödling.

An der Kampagne der verschiedenen reaktionären Zeitungen, die den grauenhaften Mord in einen Angriff der Arbeiter auf die „Rheinländer“ umfälschten, beteiligte sich auch die Zeitung der Christlichsozialen Partei, „Reichspost“. Die KPÖ knüpfte in ihrem Flugblatt an die maßlose Empörung an, die sich in den Betrieben breitmachte, als nach und nach die Einzelheiten der Abschachtung des Mödlinger Arbeiterfunktionärs bekannt wurden, und forderte: „Entwaffnung und Beseitigung der faschistischen Mordverbände (Hakenkreuzler, Heimwehren, Roßbach usw.) durch die Betriebe und den Republikanischen Schutzbund, Beschlagnahme des Vereinsvermögens und Verwendung für die Hinterbliebenen der Opfer.“ Vor allem zwei Forderungen des Flugblatts rückten fortan in den Mittelpunkt der Agitation der KPÖ gegen die faschistische Gefahr: „Bewaffnung der Arbeiterschaft, Ausbau des Republikanischen Schutzbundes zwecks Erfassung aller wehrfähigen klassenbewußten Arbeiter.“¹³ Damit wurde das Anliegen ausgedrückt, die Betriebe zu den Zentren des antifaschistischen Kampfes zu machen. Aus einer Organisation, die mehr oder weniger eine Parteiarmee der SDAP darstellte, sollte der Republikanische Schutzbund zu einer Wehrorganisation der gesamten Arbeiterklasse werden; auch die Verfügung über die versteckten Waffen sollte den zu schaffenden Betriebsgruppen des Schutzbundes übertragen werden. Die Schutzbund-Führung lehnte alle Forderungen nach Umstellung der Organisation auf Betriebsgruppen ab, weil sie fürchtete, die Wehrorganisation könnte dadurch der Kontrolle durch den sozialdemokratischen Parteivorstand entgleiten.

Der Führer der „Rheinländer“ wurde zu einem Jahr Kerker verurteilt, aus gesundheitlichen Gründen jedoch auf freiem Fuß belassen, so daß er untertauchen konnte. Seine Mittäter erhielten Bagatelldstrafen oder wurden freigesprochen. Hingegen wurde ein Wiener Arbeitsloser aus dem lumpenproletarischen Milieu, der wenige Tage nach dem Mord an Leopold Müller den Sohn eines Kohलगroßhändlers, den 21jährigen Josef Mohapl, mit drei Messerstichen umgebracht hatte, zu zwölf Jahren Kerker verurteilt. Obwohl die Polizei bereits wenige Stunden nach der Tat den Zeitungen mitgeteilt hatte, daß der Täter ein unpolitischer Asozialer war, nahm die Reaktion die Tatsache, daß der Mord am Rand einer antifaschistischen Kundgebung verübt worden war, zum Anlaß für eine beispiellose Hetzkampagne gegen den Republikanischen Schutzbund. „Von Sozialisten hingeschlachtet!“ lautete die Schlagzeile der „Reichspost“. Das Begräbnis des Opfers wurde zu einem gewaltigen Aufmarsch, der von den Nationalsozialisten bis zu den Christlichsozialen die gesamte Reaktion vereinigte.

Der Kampf um Heer und Polizei

Wie erwähnt, trug das aus der Volkswehr hervorgegangene Bundesheer in den ersten Jahren der Republik ausgesprochen proletarischen Charakter.

Zum Zeitpunkt ihrer ersten Reichskonferenz (im Jänner 1921, vor dem 4. Parteitag der KPÖ) verfügte die Soldatengruppe der KPÖ über 2100 Mitglieder, das waren zehn Prozent der Mannschafsstärke des gesamten Bundesheeres. Von den in den Wiener Kasernen gewählten Vertrauensmännern gehörten 21 der KPÖ, 45 der SDAP und fünf sonstigen Linksgruppen an. Bei den Wahlen im Oktober 1922, bei denen die Anzahl der Mandate erhöht wurde, erhielten der „Militärverband“ — die sozialdemokratische Soldatengewerkschaft — 848 Mandate, die KPÖ 66 und der christlichsoziale „Wehrbund“ elf Mandate. Von den 66 kommunistischen Mandaten entfielen 47 auf Wien und 14 auf Niederösterreich, die restlichen fünf verteilten sich auf Kasernen in Oberösterreich und Kärnten.

Die Tatsache, daß das Bundesheer der Ersten Republik eine Berufsarmee mit sechsjähriger Dienstzeit war, erleichterte es der Reaktion, um die Mitte der zwanziger Jahre, als die Verträge der 1918/19 eingetretenen sozialdemokratischen und kommunistischen Soldaten ausliefen, den politischen Charakter der Armee grundlegend zu ändern. Der christlichsoziale Heeresminister Carl Vaugoin taufte diesen Vorgang „Entpolitisierung“ des Bundesheeres. Während die 1918/19 angeworbenen Soldaten republikanischer Gesinnung sein mußten, legten die Militärbehörden nun mehr Wert auf den Nachweis „christlicher“ Gesinnung durch eine entsprechende Bestätigung des Dorfpfarrers. Die Umpolitisierung des Bundesheeres ging weitgehend unbemerkt von der demokratischen Öffentlichkeit vor sich. Massenaufmärsche des Republikanischen Schutzbundes, der rein nominell dreimal so stark wie das Bundesheer war, vermittelten der Arbeiterklasse ein trügerisches Gefühl der Sicherheit. Es war das Verdienst der Kommunistischen Partei, bereits 1924/25 auf diese alarmierende Entwicklung aufmerksam gemacht zu haben. Dies gelang durch einen aufsehenerregenden Prozeß um ein Flugblatt, das die kommunistischen Soldaten anlässlich der Vergatterung von Bundesheerangehörigen zur Fronleichnamsprozession 1924 herausgebracht hatten. Gottlieb Fiala, zu dieser Zeit für die Militärpolitik im Zentralkomitee der KPÖ verantwortlich, und Guido Zamiš, Redakteur der „Roten Fahne“ und Herausgeber des „Roten Soldaten“, bekannten sich zu dem Flugblatt und brachten über den im Mai 1925 durchgeführten Prozeß eine Broschüre unter dem Titel „Soldatenschinderei in der Republik“ heraus, in der die entwürdigenden Schikanen angeprangert wurden, die republikanisch gesinnte Soldaten durch ihre reaktionären, oft monarchistischen oder faschistischen Vorgesetzten erdulden mußten. Diese Soldatenschinderei, die an die schlimmsten Erscheinungen der k. u. k. Armee erinnerte, hatte 1923/24 zu einer Häufung von Selbstmorden in den Kasernen geführt.

Erst diese Entwicklungen veranlaßten die KPÖ, ihre Haltung zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht zu überdenken. Hatte sich der 5. Parteitag (1922) noch aus taktischen Gründen für die Beibehaltung der Berufsarmee ausgesprochen, so wurde den Kommunisten nun mehr und mehr bewußt, welche

Gefahren eine solche leicht von der arbeitenden Bevölkerung zu isolierende Truppe in sich barg. Das von der Soldatengruppe der KPÖ Ende 1926 erarbeitete Programm („Für den Schutz der Republik“) stellte die Aufgabe, gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Militärverband den Kampf für ein Milizsystem aufzunehmen.

Auch über die Polizei des Roten Wien herrschten bis zum Blutbad des 15. Juli 1927 Illusionen. Die sozialdemokratische Propaganda strich zwar den überwältigenden Stimmenanteil der SDAP bei Personalvertretungswahlen heraus. Daß sich aber im Gegensatz zur Armee in der Polizei nach Ausrufung der Republik fast nichts geändert hatte, wurde verschwiegen. Da die Ordner der Arbeiterräte und später der Republikanische Schutzbund den störungsfreien Ablauf von Demonstrationen, die von der SDAP oder den Freien Gewerkschaften organisiert wurden, garantierten, machten sozialdemokratische Arbeiter seltener mit dem Polizeiknüppel Bekanntschaft als demonstrierende Kommunisten. Säbelschwingende Polizeireiter, die des öfteren Kundgebungen der KPÖ gewaltsam auflösten, kannten die sozialdemokratischen Arbeiter nur noch vom Hörensagen aus der Zeit der Monarchie. Erst das Wüten von Polizisten im Favoritner Arbeiterheim und den umliegenden Straßen nach einer Schießerei der Nazis am 4. Mai 1923, der Karl Still zum Opfer fiel, ließ in der Sozialdemokratie Stimmen laut werden, daß es an der Zeit wäre, die Wiener Polizei zu kommunalisieren, das heißt der Verfügungsgewalt des Bürgermeisters zu unterstellen. Die KPÖ griff diese Forderung auf und machte sie ab Ende 1926 zu ihrer zentralen Losung im Kampf gegen Willkürakte der Polizei, die sich Mitte der zwanziger Jahre häuften. Obwohl die Forderung auch in der Sozialdemokratie immer wieder erhoben wurde, lieferte die oberösterreichische SDAP Ende 1926 die bis dahin dem sozialdemokratischen Bürgermeister unterstehende Linzer Polizei an den Bund aus, was von der Bundesregierung zu einer politischen Säuberung, die sich in erster Linie gegen kommunistische Polizisten richtete, benützt wurde.

Um die politisch-organisatorische Festigung der Partei

Die relative Stabilisierung des Kapitalismus und die „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien

Im Herbst 1923 wurden in Sachsen und Thüringen Arbeiterregierungen gewaltsam abgesetzt, in Hamburg scheiterte ein Aufstand der Kommunistischen Partei Deutschlands unter der Führung Ernst Thälmanns. Die KPD wurde verboten. In Bulgarien wurde der erste Versuch, dem Vormarsch des

Faschismus bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, blutig unterdrückt, auch in Kraków (Krakau) wurde ein Aufstand niedergeschlagen. Mit diesen Ereignissen ging die durch die Oktoberrevolution eingeleitete revolutionäre Periode zu Ende. Der Kapitalismus hatte seine Herrschaft wieder stabilisiert. In den am weitesten entwickelten Industriestaaten setzte ein gewaltiger Konzentrationsprozeß des Kapitals ein, der zum Entstehen riesiger Monopole und Kartelle, besonders in der Schwer-, Chemie- und Elektroindustrie, führte.

Die Sozialdemokratie schätzte diesen Prozeß als den Beginn eines „organisierten Kapitalismus“ ein, womit es dem Kapitalismus gelungen sei, seine Krisenanfälligkeit zu überwinden. Demgegenüber betonte die Kommunistische Internationale den relativen Charakter dieser Stabilisierung, die die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche nicht aufheben könne. Die Komintern stellte den Mitgliedsparteien die Aufgabe, die „Pause“ in der revolutionären Entwicklung zur Festigung der eigenen Reihen zu nutzen, worunter auf organisatorischem Gebiet die Umstellung auf Betriebsorganisationen, auf ideologischem Gebiet die Aneignung des Marxismus-Leninismus verstanden wurde. Das Ziel dieser unter dem Begriff „Bolschewisierung“ zusammengefaßten Aufgabenstellungen sollte die festere Verankerung der kommunistischen Parteien in der Arbeiterklasse ihrer Länder sein, die Entwicklung der Fähigkeit, in die Tageskämpfe der Arbeiterklasse so einzugreifen, daß die teilweise noch recht kleinen Parteien sich zu Massenparteien des Proletariats entwickeln konnten.

Da vor allem die Werke Lenins zu dieser Zeit noch wenig bekannt waren, wurde die Verbesserung der ideologischen Arbeit in den kommunistischen Parteien mit der Aufgabe verbunden, Textausgaben der marxistisch-leninistischen Literatur herauszubringen. So gab ab Mai 1924 der „Verlag für Literatur und Politik“ in unregelmäßigen Abständen die auch unter linken Sozialdemokraten verbreitete umfangreiche Zeitschrift „Arbeiterliteratur“ heraus, die Übersetzungen von Aufsätzen und Artikeln Lenins und anderer führender Funktionäre der Kommunistischen Internationale sowie Beiträge deutscher Kommunisten zu theoretischen Fragen enthielt. Gleichzeitig wurde in der Partei die weitgehend zum Stillstand gekommene Schulungstätigkeit wiederbelebt.

Mit der „Bolschewisierung“ war die Herausbildung marxistisch-leninistischer Leitungskader verbunden, zu denen beispielsweise in Österreich die Gruppe um Johann Koplenig zählte.

Die Aufgabenstellung der „Bolschewisierung“ wurde vom V. Weltkongreß der Komintern (Juni/Juli 1924) erarbeitet, der die Sektionen (Mitgliedsparteien) der KI aufforderte, sich „alles das anzueignen, was am russischen Bolschewismus von internationaler Bedeutung ist“,¹⁴ wobei der Kongreß aber davor warnte, die russischen Erfahrungen schematisch zu übernehmen und die nationalen Bedingungen außer acht zu lassen.

Die „Bolschewisierung“ stieß auf eine Reihe subjektiver Schwierigkeiten. Dazu zählten vor allem die mangelnde Aneignung des Leninismus und daraus resultierende Vorstellungen im Führungskreis der Komintern selbst. Besonders der Vorsitzende der KI, Grigori Sinowjew, vertrat in Fragen der Aktionseinheit und Bündnispolitik sektiererische Positionen. Er identifizierte die vom IV. Weltkongreß ausgegangene Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ mit der Diktatur des Proletariats — womit er sie ihres spezifischen Inhalts als Etappe im Zuge des Heranführens an die Revolution entkleidete — und stellte ihre Errichtung auf die Tagesordnung, obwohl die relative Stabilisierung des Kapitalismus ganz andere Kampfformen erforderte. Grigori Sinowjew war auch der Erfinder der „Sozialfaschismus“-Theorie, die von der KI zwar ursprünglich verworfen, im September 1924 aber vom Generalsekretär der KPdSU, Josef Stalin, aufgegriffen wurde. Ausgehend von der Weigerung der meisten sozialdemokratischen Parteien, den Kampf gegen die faschistische Gefahr zu führen, kam Stalin zur Einschätzung, der Faschismus sei „eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus.“ Sozialdemokratie und Faschismus „schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder“. Die Tatsache, daß mit dem Abebben der revolutionären Nachkriegskrise auch der 1922/23 erstarkte Faschismus etwas in den Hintergrund trat, während sich der Einfluß sozialreformistischer Parteien verstärkte, erklärte Stalin mit einer angeblichen „Festigung des Faschismus...“, wobei sein gemäßigter, sozialdemokratischer Flügel in den Vordergrund geschoben“ werde.¹⁵

Diese Fehleinschätzung engte nicht nur die Bündnismöglichkeiten der Kommunisten im Kampf gegen die Reaktion ein. Vor allem wurde dadurch der von Lenin mehrmals hervorgehobene grundlegende Unterschied zwischen den zwei Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie — der verhüllten, parlamentarischen und der unverhüllten, diktatorischen — verwischt.

Dieser Kurs stieß schon auf dem V. Weltkongreß auf Widerstand, unter anderem seitens der deutschen Kommunistin Clara Zetkin. Doch war es gerade die Kommunistische Partei Deutschlands, deren damalige Führungsgruppe um die Österreicherin Elfriede Eisler-Friedländer (die in Deutschland unter dem Namen Ruth Fischer wirkte) und den aus Rußland gebürtigen Arcady Maslow mit dazu beitrug, sektiererische Auffassungen in der kommunistischen Weltbewegung durchzusetzen. Die KPÖ war davon insofern besonders betroffen, als nach dem Verbot der KPD ein Teil der Verfolgten in Österreich Zuflucht gefunden hatte. Die persönlich motivierten Fraktionskämpfe in der KPÖ wurden so durch die ideologischen Auseinandersetzungen in der KPD überlagert, was Josef Stalin in einer Polemik gegen Grigori Sinowjew einmal als „chaotische Einmischung“ in das innere Leben der KPÖ verurteilte.¹⁶ Das führte dazu, daß der bolschewistische Kern der Partei um

Aus den Kommunalpolitischen Thesen der KPÖ (1924)

VII. Gemeindeautonomie

Die kapitalistische Staatsgewalt sucht im Interesse der Besitzenden, die Selbstverwaltung der Gemeinden möglichst einzuschränken, wogegen die Kommunisten... den schärfsten Kampf um die Autonomie der Gemeinde gegenüber der kapitalistischen Staatsgewalt, insbesondere in Fragen der Steuerhoheit der Gemeinden, Schulfragen usw. zu führen haben...

IX. Kommunalisierung

...Die Kommunalisierung... muß die gemeinwirtschaftliche Führung, nicht aber einen Gemeindekapitalismus zum Ziel haben. Jedem Verkauf kommunaler Betriebe... sowie Verwandlung von kommunalen Betrieben in gemeinwirtschaftliche Betriebe ist erbitterter Widerstand entgegenzusetzen...

X. Gemeindebudget

...Die Beschaffung der Mittel ist für die Kommunisten ein stetes Kampffeld gegen die kapitalistische Staatsgewalt, auf dem die Kommunisten das kapitalschützende Wirken der bürgerlichen Demokratie aufzuzeigen haben.

XI. Wohnungswesen

...Überführung des Hausbesitzes in das Eigentum der Gemeinde, Kommunalisierung... der Industrie und des Handels mit Baumaterialien...

XVIII. Soziale Fürsorge

Die soziale Fürsorge ist vollständig von der sogenannten öffentlichen Wohltätigkeit loszulösen und der Gemeinwirtschaft einzugliedern. Die finanziellen Mittel zur Bestreitung der sozialen Fürsorgeeinrichtung sind den Gemeindeeinnahmen zu entnehmen.

Die soziale Fürsorge umfaßt:

1. Hinreichende Armen-, Witwen-, Alters- und Invalidenversorgung...;
2. Errichtung von Wöchnerinnenheimen... , Übernahme aller Entbindungskosten von nicht krankenversicherten Proletarierinnen.

... 8. I. Arbeitslosenfürsorge: Inangriffnahme von Arbeiten zur Eingliederung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß bei mindestens Kollektivlöhnen.

II. Abgabe verbilligter Lebens-, Heiz- und Bekleidungsmittel an Arbeitslose, Invalide und sonstige Opfer des Kapitalismus und Befreiung dieser Schichten von jeglichen kommunalen Gebühren, Steuern und Abgaben, Stundung der Gas- und Elektrizitätsrechnungen der Arbeitslosen.

Johann Kopleinig zwar den organisatorischen Zersetzungsprozeß der KPÖ, den die Fraktionskämpfe bewirkt hatten, aufhalten konnte, in ideologischen Fragen jedoch vorübergehend in ultralinkes Fahrwasser gedrängt wurde. Erst die Entfernung der Fischer-Maslow-Gruppe aus der KPD-Führung und die Bildung des Thälmannschen Zentralkomitees erleichterten auch in der KPÖ die Überwindung dieser Anfangsschwierigkeiten der „Bolschewisierung“. Besondere Bedeutung hatte hierfür das VII. Erweiterte Plenum des EKKI (November/Dezember 1926), das Grigori Sinowjew seiner Funktion als Vorsitzender der KI entthob und den Trennungsstrich gegenüber dem Trotzismus zog.

Der ideologischen Festigung der Partei diente die Herausgabe der ersten theoretischen Zeitung der österreichischen Kommunisten: „Der Bolschewik.“ Von ihr erschienen allerdings nur zwei Hefte, die Nr. 1 am 24. September und die Nr. 2/3 am 3. November 1924. Die zweite Nummer veröffentlichte in Form von zwanzig Thesen, gestützt auf Entwürfe zu Kommunalprogrammen der Kommunistischen Parteien Deutschlands und der Tschechoslowakei, „Richtlinien für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gemeindevertretungen“. Der Schwerpunkt des Inhalts der beiden Hefte lag in der Umstellung der Partei auf Betriebszellen, bei gleichzeitiger Auseinandersetzung mit syndikalistischen¹⁷ Vorstellungen in der Toman-Fraktion.

Johann Kopleinig und die Überwindung der Fraktionskämpfe in der KPÖ

Die Vorfälle auf dem 7. Parteitag bewogen die fünf in Wien tätigen KI-Funktionäre, am 11. März 1924 zu einer Krisensitzung zusammenzutreten, um Maßnahmen zur Überwindung der inneren Auseinandersetzungen in der KPÖ zu beraten.

Die Kommunistische Internationale war als Weltpartei konzipiert, innerhalb derer die Normen des demokratischen Zentralismus galten. Die nationalen Sektionen waren an der Erarbeitung der gemeinsamen politischen Linie beteiligt, in vielen Fällen auch in den leitenden Gremien mit prominenten Funktionären vertreten. Umgekehrt war den Anordnungen des EKKI Folge zu leisten, doch griff die Exekutive nur bei krisenhaften Erscheinungen direkt ein. Der Zentralismus bestand vor allem in einer einheitlichen Strategie, die die Sektionen entsprechend den nationalen Besonderheiten ihres Landes umzusetzen hatten. Die Erfahrungen bei der Umsetzung der Beschlüsse flossen wiederum ein in die Weiterentwicklung der Politik der gesamten Internationale, wobei ein umfangreiches Nachrichtenorgan, die „Internationale Pressekorrespondenz“ („Inprekorr“), für den nötigen Informationsaustausch sorgte. Die „Inprekorr“ wurde in Berlin beziehungsweise

während der Zeit des Verbots der KPD in Wien hergestellt. Mehrere österreichische Kommunisten zählten zu ihren ständigen Mitarbeitern. Nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland übernahm die Funktion der „Inprekorr“ die in Basel herausgegebene „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ („Basler Rundschau“).

Auf Betreiben der KI-Vertreter wurde die Leitung der KPÖ einem Geschäftsführenden Vollzugsausschuß übertragen, der ausschließlich aus Genossen bestand, die keiner der beiden Fraktionen angehörten, unter ihnen der bisherige Reichssekretär Gottlieb Fiala. Johann Kopenig wurde im April in diesen Ausschuß kooptiert. Den Vorsitz übernahm wieder Alois Neurath beziehungsweise nach seiner Rückberufung durch das EKKI Ende März Georgi Dimitroff, der bis zum Sommer „Vorsitzender der Zentrale der KPÖ“ blieb.

Ab April 1924 wurden Briefe des neu gebildeten Büros oder der „Zentrale“ an die Grundorganisationen entweder von „Oswald“ (Georgi Dimitroff), Johann Kopenig oder von beiden, in einigen Fällen auch von Johann Kopenig und Anna Grün unterzeichnet. Georgi Dimitroff hatte nach der Niederwerfung des Septemбераufstands 1923 aus Bulgarien flüchten müssen und hielt sich seit 1924 in Wien auf, von wo aus er im Auftrag der Komintern die Tätigkeit der illegalen kommunistischen Parteien in Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland (die die sogenannte kommunistische Balkanföderation bildeten) koordinierte. Von allen KI-Funktionären leistete er der KPÖ die hilfreichste Unterstützung, während ihn andererseits österreichische Kommunisten konspirativ abschirmten und ihm damit die schwierige, halblegale Tätigkeit in der Balkanföderation ermöglichten. Die Erfahrungen in der illegalen Arbeit, die die KPÖ dabei sammelte, kamen ihr später, als sie selbst unter den Bedingungen eines faschistischen Regimes kämpfen mußte, zustatten. Die Solidarität mit dem Kampf der Balkanvölker hatte aber noch einen weiteren Effekt: Viele bürgerliche Intellektuelle, vor allem humanistisch gesinnte Ärzte und Künstler, die bereit waren, sich gegen den Faschismus zu engagieren, kamen auf diese Weise mit der KPÖ in Kontakt, lernten den opfervollen Kampf der Kommunisten schätzen und trugen so — in bescheidenem Maß — bei, die Isolierung der Partei zu überwinden.

Georgi Dimitroff blieb bis 1926 in Österreich, widmete sich aber ab Mitte August 1924 wieder ausschließlich der Balkanföderation, seine Funktion in der KPÖ übernahm Karl Frank, ein deutscher Kommunist, der politisch Ruth Fischer nahestand und die „Sozialfaschismus“-Theorie in die KPÖ trug. Karl Frank — der sich später von der kommunistischen Bewegung trennte und unter dem Namen „Miles“ zu den Führern der linkssozialdemokratischen deutschen Exilorganisation „Neu Beginnen“ zählte — wurde vom EKKI mit der Vorbereitung einer außerordentlichen Reichskonferenz beauftragt, auf

der die Fraktionskämpfe endgültig überwunden werden sollten. Vorerst spitzten sich diese Kämpfe aber weiter zu.

Während des großen Metallarbeiterstreiks im September 1924 machte die Partei einen paralysierten Eindruck, wodurch sie die großen Möglichkeiten, die ihr dieser Streik bot, nur sehr unzureichend wahrnehmen konnte. Die Fraktionen hatten sich bereits Namen gegeben — „Tomanniten“ (Karl Toman hatte die Schreibweise „Tomann“ für seinen Namen durchgesetzt) und „Freyiten“. Letztere hielten sich im Herbst 1924 im Hintergrund, die Toman-Fraktion hingegen baute den von ihr kontrollierten „Gewerkschaftsrat“ zu einer Plattform aus, von der aus sie den Kampf gegen den Parteivorstand führte. Durch ihren so untermauerten demagogischen Anspruch, das „proletarische Element“ in der Partei darzustellen, gelang es ihr, eine Anzahl von Wiener Bezirksorganisationen auf ihre Seite zu bringen, die im September/Oktober 1924 ihre „Beziehungen zum Parteivorstand“ unterbrachen und die Ablieferung von Mitgliedsbeiträgen einstellten.

Allein die Existenz des „Gewerkschaftsrats“ bedeutete eine Abweichung der von der Komintern auf Grund internationaler Erfahrungen kollektiv erarbeiteten Gewerkschaftspolitik. In der Ersten Republik existierte in Österreich kein einheitlicher Gewerkschaftsbund mit politischen Fraktionen wie heute. Neben den Freien Gewerkschaftern, die unter sozialdemokratischer Führung standen und über achtzig Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten erfaßten, gab es Richtungsgewerkschaften der Christlichsozialen und Großdeutschen. Die KPÖ lehnte die Bildung kommunistischer Gewerkschaften ab und orientierte ihre Mitglieder darauf, innerhalb der Freien Gewerkschaften für eine konsequente Interessenspolitik für die Arbeiterklasse zu wirken. An die Stelle der Anleitung der in den Freien Gewerkschaften tätigen Kommunisten durch die zuständigen Parteiorgane setzte die Toman-Fraktion die Organisation oppositioneller Arbeiter in revolutionären „Blocks“, die in Form des „Gewerkschaftsrats“ ein eigenes Leitungsgremium erhielten, womit der erste Schritt zur Spaltung der Freien Gewerkschaften und der Organisation eigener kommunistischer Gewerkschaften vollzogen war. Im Zuge der Überwindung der Fraktionskämpfe und der „Bolschewisierung“ der Partei wurde diese Politik aufgegeben, wenngleich die Kommunisten selbstverständlich auch innerhalb der Freien Gewerkschaften die Politik ihrer Partei vertraten und bei Betriebsratswahlen weiterhin mit oppositionellen Listen autonom kandidierten.

Nachdem sich eine Reihe von Regionalkonferenzen der KPÖ mit großen Mehrheiten gegen beide Fraktionen ausgesprochen hatte, trat am 15. November 1924 in Wien die zweitägige außerordentliche Reichskonferenz zusammen, auf der Gottlieb Fiala über den V. Weltkongreß der KI und Johann Kopenig über die Lage der Partei referierten. Erstmals seit zwei Jahren

wurde wieder eine sachliche, wenngleich kontroverielle Diskussion geführt. Die Konferenz drückte ihre Anerkennung für die vorbildliche Haltung des Kommunistischen Jugendverbands aus, der sich — unter dem Einfluß Friedl Fürnbergs — nicht in die Fraktionskämpfe hineinziehen lassen und trotz der Krise der Partei beachtliche Erfolge erzielt hatte.

Der neue, mit überwältigender Mehrheit gewählte provisorische Parteivorstand setzte sich mehrheitlich aus Funktionären aus den Bundesländern zusammen, jedoch wurden auch loyale Vertreter der beiden Fraktionen in den Parteivorstand entsandt: für die Toman-Gruppe Franz Koritschoner und als ehemaliger Frey-Anhänger Friedrich Hexmann. Auf der ersten, am 17. November durchgeführten Plenartagung wurde zum nominellen Parteivorsitzenden auf Vorschlag Kopenigs Karl Frank gewählt, ferner wurden ein PolBüro unter der Leitung Gottlieb Fialas und ein OrgBüro unter der Leitung Johann Kopenigs gebildet. Das neue Sekretariat bestand aus Karl Frank (Politik), Gottlieb Fiala (Organisation) und Johann Kopenig (Gewerkschaft). Im Anschluß an das V. Erweiterte Plenum des EKKI (März/April 1925), das die Losung der „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien konkretisierte, wurden am 19. April 1925 weitere Schritte zur organisatorischen Festigung der Partei unternommen. Auf Vorschlag Johann Kopenigs wurde vom Parteivorstand ein neunköpfiges Präsidium gewählt, in dem unter anderen Kopenig für Gewerkschaftsfragen, Gottlieb Fiala für die organisatorische Umstellung der Partei auf Betriebszellen, Malke Schorr für Frauenfragen und die Arbeit der Kommunisten in der „Roten Hilfe“ sowie Friedrich Hexmann für die Kommunalpolitik und Franz Koritschoner für die Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften verantwortlich waren. Karl Frank wurde nicht mehr nominiert, auf die Funktion eines Parteivorsitzenden wurde überhaupt verzichtet. Faktisch repräsentierten Johann Kopenig und Gottlieb Fiala die Partei nach außen.

Die von Malke Schorr geleitete „Rote Hilfe Österreichs“ konstituierte sich Ende Mai 1925, zählte binnen kurzem 2400 Mitglieder in Wien und 1100 weitere in den Bundesländern. Leitende Funktionen bekleideten in den ersten Jahren neben Malke Schorr die bereits erwähnte Anna Grün sowie Heinrich Brodnig, ein Schriftsetzer aus Klagenfurt, der Ende 1918 die steirische Landesorganisation der KPÖ gegründet hatte und später Vorsitzender des Bundes der Freunde der Sowjetunion wurde. Die Organisation betreute in erster Linie Flüchtlinge aus Italien, Ungarn und den Balkanstaaten.

In der Vorbereitung des 8. Parteitags flackerten im Juli 1925 die alten fraktionellen Gegensätze erneut auf, die in breiten Kreisen der Mitgliedschaft auf derart erbitterten Widerstand stießen, daß sich die beiden Fraktionsführer Ende August gegen die Parteileitung um Johann Kopenig einigten. Dieses Manöver rief anfangs Verwirrung hervor, weil dadurch die

Einigung auf breitester Basis möglich schien. Josef Frey wurde auf dem Parteitag die Möglichkeit gegeben, das Hauptreferat Johann Kopenigs mit einem Koreferat zu beantworten.

Der 8. Parteitag fand von 12. bis 14. September 1925 in Wien statt und beendete die Fraktionskämpfe in der KPÖ. Der prinzipienlose Block der beiden Fraktionen blieb in der Minderheit und zog seine Gegenthesen gegen den Resolutionsentwurf des Präsidiums zurück. Der neue Parteivorstand umfaßte 23 Mitglieder, er wählte im Anschluß an den Parteitag ein PolBüro unter der Leitung Gottlieb Fialas und ein OrgBüro unter der Leitung Johann Kopenigs. Im November wurde das Präsidium neu gebildet, der Parteivorstand in „Zentralkomitee“ umbenannt.

Der 8. Parteitag konnte erste Erfolge bei der Konsolidierung der Partei feststellen. Sie zählte zu diesem Zeitpunkt 5500 Mitglieder, wovon bereits 2200 in mehr als hundert Betriebszellen — von denen allerdings viele erst auf dem Papier existierten — erfaßt waren. Im Referat Gottlieb Fialas zu den nächsten Aufgaben der KPÖ wurde eine Überwindung ultralinken Tendenzen erkennbar. Er stellte den Unterschied zwischen Diktatur des Proletariats und Arbeiter- und Bauernregierung klar und verurteilte die Beschränkung der Aktionseinheitspolitik auf die „Einheitsfront von unten“. Ausgehend von Fialas Ausführungen unterstrich der Parteitag die Notwendigkeit der Förderung von Einheitsfrontorganisationen wie antifaschistische Ausschüsse, Komitees für internationale Gewerkschaftseinheit, Arbeitslosenkomitees und ähnliche. Außerdem wurde die Diskussion über die Auflösung der Blocks in den Freien Gewerkschaften begonnen.

Zwar unternahmen die alten Fraktionsführer noch bis ins Jahr 1926 hinein Versuche, die Parteieinheit wieder in Frage zu stellen, Einfluß auf die Politik und das Erscheinungsbild der nun geschlossen auftretenden Kommunistischen Partei konnten sie keinen mehr nehmen. Als die Frey-Gruppe mit der Herausgabe einer oppositionellen Zeitschrift („Arbeiterstimme“) begann, wurden Anfang 1927 ihre Hauptakteure aus der Partei ausgeschlossen; etwa 200 Anhänger folgten ihnen nach. Der größte Teil der Toman-Gruppe verblieb in der KPÖ und arbeitete konstruktiv in den Grundorganisationen mit.

Johann Kopenig war in der Ersten Republik formell nie Vorsitzender der Partei. Er leitete das OrgBüro beziehungsweise — ab dem 9. Parteitag (1927) — das Reichssekretariat. Er war jedoch ab April 1924 faktisch der leitende Funktionär der Partei, was vor allem der Initiative Georgi Dimitroffs zuzuschreiben war. Diese Position festigte sich im Zuge der Vorbereitung der außerordentlichen Reichskonferenz im November 1924, auf der Johann Kopenig als die treibende Kraft des Konsolidierungsprozesses der Partei in Erscheinung trat. Johann Kopenig war zu diesem Zeitpunkt 33 Jahre alt. Er entstammte einer Kärntner Tagelöhnerfamilie, erlernte das Schusterhandwerk und baute nach einigen Jahren der Wanderschaft im steirischen

Knittelfeld eine Ortsgruppe der sozialdemokratischen Jugendorganisation Verband jugendlicher Arbeiter auf. Zu einem Schlüsselereignis wurde ihm die maßlose Enttäuschung über das Verhalten der sozialdemokratischen Parteiführung im August 1914. Nachdem er in russischer Kriegsgefangenschaft die Oktoberrevolution miterlebt hatte, schloß er sich den Bolschewiki an, war in den Organisationen der österreichischen Kriegsgefangenen in Rußland tätig und kehrte im Sommer 1920 nach Knittelfeld zurück. Das Angebot der örtlichen SDAP-Führung, eine führende Funktion zu übernehmen, schlug er aus, stattdessen gründete er eine Ortsgruppe der KPÖ. Im Februar 1923 wurde er, wie erwähnt, zum steirischen Landessekretär der Partei gewählt. Von 1928 bis 1943 gehörte er dem Exekutivkomitee der Komintern an. 1933 mußte Johann Koplenig in die Tschechoslowakei emigrieren, flüchtete 1938 von dort nach Frankreich und 1939 in die Sowjetunion. 1945 gehörte er zu den Mitunterzeichnern der österreichischen Unabhängigkeitserklärung vom 27. April. Der 13. Parteitag (1946) wählte ihn zum Vorsitzenden der KPÖ, eine Funktion, die er auf dem 19. Parteitag (1965) aus Gesundheitsgründen niederlegte. „Der Lebensweg Johann Koplenigs“, hieß es im Nachruf des ZK der KPÖ anlässlich seines Todes am 13. Dezember 1968, „umfaßt eine ganze Epoche der Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung.“¹⁸

An der Seite der „Sanierten“ — die KPÖ im sozialökonomischen Kampf

Die Genfer Sanierung stieß auf Widerstand. Da ihn die sozialdemokratische Führung aber nicht organisierte, ihn in kein strategisches Gesamtkonzept zur Abwehr des Generalangriffs der Bourgeoisie auf die sozialen und politischen Errungenschaften von 1918 bis 1920 einordnete, blieb er vereinzelt, beschränkte sich auf die innerbetriebliche oder branchenweise Abwehr von Vorstößen der Unternehmer, die unter dem Schutzschild der Sanierung soziale Rechte angriffen und die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu verhindern trachteten. Insbesondere häuften sich die Angriffe auf den Achtstundentag und die gesetzlichen Bestimmungen zur Eindämmung der Überstunden, vereinzelt wurde auch die Streichung der Überstundenzuschläge verlangt, während gleichzeitig bis über zweihunderttausend Menschen arbeitslos waren. Erstmals in der österreichischen Geschichte kam es auch zu größeren Arbeitskämpfen der Beamten, da die Regierung vor dem Hintergrund der Massenkündigungen eine Reihe soziale Schlechterstellungen (bei gleichzeitiger Erhöhung der Spitzengehälter) durchdrückte. Ein Eisenbahnerstreik im November 1924 wurde von Bundeskanzler Ignaz Seipel demagogisch als Anschlag auf sein Sanierungswerk dargestellt, den er mit seinem Rücktritt beantwortete. Dieser Rücktritt erfolgte zur rechten Zeit, damit der „Retter Österreichs“ nicht persönlich mit

der Kette von Korruptionsaffären, die nun Österreich zu erschüttern begannen, in Verbindung gebracht werden konnte. Der Hintergrund dieser Skandale waren Börsenspekulationen im Gefolge der Genfer Sanierung, die zu einer maßlosen Aufblähung des Bankenapparats geführt hatten. So wurden 1924 in der Wiener Mariahilfer Straße und ihren Nebengassen 78 Bankgeschäfte gezählt. An diesen Spekulationsgeschäften mit Aktien beteiligten sich — zum Teil mit staatlichen Geldern — auch führende Politiker der Christlichsozialen Partei. Eine anschließende Devisenspekulation bewirkte, daß die Republik rund 30 Prozent ihrer Devisenvorräte verlor, die sie durch den mit der Sanierung verbundenen Sozialabbau erwirtschaftet hatte. Schließlich gingen Dutzende der in den Spekulationsjahren gegründeten Banken pleite, was hunderte Firmen in den Ruin trieb. Einige der Schwindelgeschäfte flogen auf. Bevor die großen Skandale sichtbar wurden, hatte Ignaz Seipel die Kanzlerschaft jedoch bereits an den Salzburger Rechtsanwalt Rudolf Ramek abgegeben. Dieser besetzte das Finanzministerium mit einem unerfahrenen und unfähigen steirischen Biertischpolitiker aus dem Umkreis des ebenfalls in Korruptionsskandale verwickelten christlichsozialen Landeshauptmanns Anton Rintelen, Außenminister wurde der Wiener Rechtsanwalt Heinrich Mataja, ein prominenter Vertreter der monarchistischen Kräfte in der Christlichsozialen Partei, der sich im Zuge der Verwendung von Geld der Postsparkasse für Spekulationszwecke persönlich bereichert hatte. Heinrich Mataja mußte deshalb zwar Anfang 1926 zurücktreten, hatte in seiner kurzen Amtszeit aber bereits eine schwere diplomatische Krise zwischen Österreich und der Sowjetunion zustandegebracht, die erst unter dem Druck der am „Rußland-Geschäft“ interessierten Kreise der Bourgeoisie bereinigt worden war. Mataja hatte sich seit Anfang der zwanziger Jahre um engere Beziehungen der österreichischen Heimwehren zu den ultrareaktionären Wehrverbänden Bayerns und dem Horthy-Regime in Ungarn bemüht, auch nach seinem Rücktritt als Minister betätigte er sich wieder in diese Richtung und unternahm verschiedene Versuche, die zersplitterten faschistischen Organisationen im Osten Österreichs zur besseren Koordinierung ihres Kampfes gegen die Arbeiterklasse zu bewegen. Da in der Regierung Rudolf Rameks auch andere Förderer der Heimwehren Ministerposten bekleideten, interpretierte sie die KPÖ — unter dem Einfluß der im Herbst 1924 erstarkten ultralinken Tendenzen in der Partei — als Machtantritt des Faschismus in Österreich. Diese Fehleinschätzung, die im Laufe des Jahres 1925 im Zuge der teilweisen Überwindung des Sektierertums revidiert wurde, war auch darauf zurückzuführen, daß es damals noch kaum Erfahrungen mit faschistischen Regimes gab; bis 1924 hatte sogar der italienische Faschismus nach außen hin Reste parlamentarischer Formen beibehalten.

Der größte Streik gegen die Auswirkungen der Genfer Sanierung war der Streik von 100.000 Metallarbeitern von 11. bis 18. September 1924. Bereits in den Monaten zuvor hatte die Unternehmenseite auf eine Aufsplitterung der

Lohnverhandlungen hingearbeitet, da auf Grund der Krise nicht allen Betrieben die gleichen Belastungen zugemutet werden könnten. Die innerbetrieblichen Verhandlungen hatten aber in den meisten Fällen mit einem Mißerfolg der Arbeiter geendet. Die Gewerkschaft (Metallarbeiterverband) forderte daraufhin am 2. September 1924 eine kollektivvertragliche Erhöhung der Löhne um 15 Prozent.

Zur Unterstützung dieser Forderung kam es bereits tags darauf in einer Reihe von Wiener Betrieben zu spontanen Streiks, die sich rasch ausweiteten. Während der Metallarbeiterverband die Parole ausgab, erst die Antwort der Unternehmer abzuwarten, rief die KPÖ auf Plakaten, Flugblättern und auf Kundgebungen dazu auf, den Streik auf die gesamte österreichische Metallindustrie auszudehnen; die übrige Arbeiterschaft solle die Forderungen der Metaller durch einen Solidaritätsgeneralstreik unterstützen. Das Plakat mit der Generalstreiklosung konnte allerdings nicht affiziert werden, weil die Führung des Metallarbeiterverbands die Buchdruckergewerkschaft dazu bewegen konnte, die Herausgabe des KPÖ-Plakats zu verhindern und es einzustampfen, obwohl die Vorständekonferenz der Freien Gewerkschaften selbst mit einem „Kampf aller organisierten Arbeiter und Angestellten Österreichs“¹⁹ gedroht hatte.

Ab 11. September streikten — auf Beschluß der Obmännerkonferenz der Wiener Eisen- und Metallbetriebe — alle Wiener Metallarbeiter, am 15. September schlossen sich die Metallarbeiter im Wiener Becken, in Sankt Pölten, Graz und den oberösterreichischen Metallbetrieben an. Da sich die Unternehmer weiterhin weigerten, über einen Kollektivvertrag zu verhandeln, gab die Streikleitung am 16. September den Wiener E-Werk-Arbeitern, die einen Solidaritätsstreik angeboten hatten, die Empfehlung, die Innere Stadt vom Stromnetz abzuschalten. Als die Unternehmerseite daraufhin einschwenkte, gab sich der Metallarbeiterverband mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung zufrieden. Auf Grund ihrer inneren Schwierigkeiten waren die Kommunisten trotz ungebrochener Kampf Stimmung in den Betrieben nicht in der Lage, den Widerstand gegen diese Kapitulation zu organisieren. Kommunistische Demonstranten wurden von den als Ordner herangezogenen Schutzbündlern mit Holzknüppeln auseinandergesagt. Da sie sich dagegen zur Wehr setzten, wurden sie von der „Arbeiter-Zeitung“ unter Anspielung auf gerade laufende Indianerfilme als Apachen tituliert. Die „Apache-Kommunisten“ spielten in der sozialdemokratischen Agitation noch bis Ende der zwanziger Jahre eine Rolle. Verschiedene Ortsgruppen des Republikanischen Schutzbundes schlossen alle kommunistischen Mitglieder aus.

Von 14. bis 28. Jänner 1925 streikten die Arbeiter des Steinkohlenbergwerks in Grünbach am Schneeberg, das dem Schoeller-Bleckmann-Konzern gehörte und dessen Werkdirektor als Scharfmacher berüchtigt war. Da der Direktor sich weigerte, mit den Arbeitern, die eine 15prozentige Lohnerhöhung verlangten, überhaupt zu verhandeln, wurde er verprügelt, woraufhin

die Konzernleitung von den Behörden den Einsatz von Gendarmerie und Kriminalpolizei gegen die Streikenden und ihre Familien sowie die Verhaftung von Arbeitern erreichte. Die Verhafteten wurden mehrmals in Fesseln dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Angesichts der Übermacht der massiv aufgebotenen Staatsgewalt trat die Freie Gewerkschaft für die Beendigung des Streiks ein. Als sich die Bergarbeiter in der Urabstimmung für die Fortsetzung des Streiks aussprachen, stellte die Gewerkschaft die Unterstützungszahlungen ein und erzwang so den Streikabbruch. 60 Arbeiter und vier Betriebsräte — unter ihnen Franz Honner — wurden entlassen. Die „Rote Fahne“ hob die gesamtösterreichische Bedeutung der Vorfälle hervor und schrieb: „Grünbach — das war ein Probeangriff der Bourgeoisie mit faschistischen Methoden.“²⁰

Spontane Streiks in Betrieben, in denen nur ein geringer Prozentsatz der Belegschaft in den Freien Gewerkschaften organisiert war, wurden von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung kaum jemals unterstützt. Unter Berufung auf den geringen Organisationsgrad wurden die Erfolgsaussichten als zu gering eingeschätzt. Die KPÖ lehnte eine solche formalistische Weise des Herangehens ab, die auf eine Politik des erhobenen Zeigefingers hinauslief: „Wenn ihr euch das nächstmal in größerer Zahl den Freien Gewerkschaften angeschlossen habt, werdet ihr daraus Nutzen ziehen können.“ Die Kommunisten setzten auf die Erfahrungen, die die Arbeiter nur im Kampf selbst gewinnen konnten und forderten eine Unterstützung solcher Aktionen gerade im Interesse einer Stärkung der freigewerkschaftlichen Organisationen. Ein besonders augenfälliges Beispiel für diese unterschiedliche Herangehensweise an spontane Aktionen war der Streik der Donawitzer Alpine-Arbeiter von 21. September bis 16. Oktober 1925.

Im „Alpine-Reich“ war der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering. Dabei hatte die Arbeiterschaft dieser Betriebe am 7. April 1919 mit der Absetzung der Direktion und der „wilden“ Sozialisierung des Unternehmens für ganz Österreich ein Zeichen gesetzt. Doch schon im Sommer 1919 war der Konzern an eine italienische Finanzgruppe, 1921 von dieser an Hugo Stinnes, den ersten Financier der NSDAP, verkauft worden. Auch nach der Reorganisation des Stinnes-Konzerns im Jahr 1925 blieb der Konzern in deutscher Hand. In der Alpine waren die Arbeiter in stärkerem Maße als in anderen Großunternehmen innerbetrieblicher Willkür ausgesetzt. Da die Freie Gewerkschaft nicht in der Lage war, ihre Mitglieder davor zu schützen, traten die meisten Arbeiter wieder aus. Um einen Mindestlohn von 60 bis 70 Groschen in der Stunde zu erkämpfen, führten die Donawitzer Arbeiter nach Ablehnung der Forderung durch die Direktion am 21. September 1925 einen Demonstrationstreik durch. Als die Werkleitung mit Hilfe der Streikbrecherorganisation „Technische Nothilfe“ die Weiterarbeit erzwang, traten die Arbeiter in einen unbefristeten Streik. Erst der massive Einsatz der KPÖ zwang die Führung des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbandes,

auch ihrerseits aktiv zu werden. Eine besondere Rolle spielte hierbei der kommunistische Betriebsratsobmann des Warchalowski-Werks in Wien-Ottakring, Alfred Ziegler, der auf einer Obmännerkonferenz des Metallarbeiterverbandes eine Sammelaktion unter den Kollegen für die streikenden Alpine-Arbeiter vorschlug. Die „Österreichische Arbeiter-Hilfe“ (ÖAH), eine überparteiliche Organisation, die 1921 zur Organisierung der Hilfsaktion für die Dürreopfer in Sowjetrußland entstanden war, sammelte 15.000 Schilling und 18.000 kg Lebensmittel für die Streikenden, denen keine gewerkschaftliche Unterstützung ausbezahlt wurde. Das nicht verbrauchte Geld wurde einem neu geschaffenen „Widerstandsfonds“ der ÖAH zugeführt, aus dem 1926 ein achtwöchiger Streik der Arbeiter der Steyr-Werke unterstützt wurde.

Zwar führte das Eingreifen des Metallarbeiterverbandes nur zu einem Teilerfolg, der Streik hatte aber bewirkt, daß die Alpine-Direktion erstmals seit langer Zeit wieder gezwungen werden konnte, mit einer freigewerkschaftlichen Organisation zu verhandeln. Die KPÖ forderte die Donawitzer Arbeiter auf, dem Metallarbeiterverband beizutreten und in ihm für eine klassenkämpferische Politik tätig zu werden. Bei den Betriebsratswahlen im darauffolgenden März erhielten die Kommunisten auf Anhieb sieben Mandate (zehn gingen an die Sozialdemokraten und zwei an die Christlichsozialen).

Im Zusammenhang mit der Konzentration auf den sozialökonomischen Kampf und der Umstellung der Partei auf Betriebszellen entstand im Herbst 1924 eine neue Form der Öffentlichkeitsarbeit: die Betriebszeitungen. Die erste kommunistische Betriebszeitung in Österreich wurde im Oktober 1924 von Ottakringer Beschäftigten der Julius Meinl AG herausgegeben und hieß „Der rote Meinl-Arbeiter“. Ab 1925 gab auch der Kommunistische Jugendverband Betriebszeitungen heraus, zu den ersten zählte „Der junge Grubensklave“ für Lehrlinge und junge Arbeiter in der Alpine, den Erwin Zucker (-Schilling) von Wien aus redigierte.

Konzentration auf den sozialökonomischen Kampf bedeutete unter den damaligen Bedingungen auch politische Arbeit unter den Arbeitslosen. Das Wiener Zentrale Arbeitslosenkomitee berief im Dezember 1924 einen Reichskongreß der Arbeitslosen nach Wien ein, an dem 49 stimmberechtigte und 20 beratende Delegierte teilnahmen. Zum Auftakt fand auf dem Wiener Rathausplatz eine Kundgebung mit mehr als 1500 Teilnehmern statt. Der Kongreß stellte Forderungen auf, wie eine 20prozentige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und vor allem eine Weihnachtshilfe, besonders für Alte und Jugendliche. Sollte die Regierung diesen Forderungen nicht nachkommen, werde es „keine Ruhe zu Weihnachten“ geben. Die Gemeinde Wien setzte daraufhin eine Million Schilling für eine einmalige Aushilfe ins Budget. Der Kongreß wählte eine Reichsexekutive der Arbeitslosen mit Vertretern aus Wien, Wöllersdorf,

Wiener Neustadt, Neunkirchen, Sankt Pölten, Linz, Graz, Knittelfeld und Bruck an der Mur. Im April 1925 untersagte die Polizei die Tätigkeit der Arbeitslosenkomitees, da sie nicht als Vereine angemeldet waren. Die Behörden hatten die Komitees seit langem mit Mißtrauen beobachtet, die Mehrzahl der Arbeitslosendemonstrationen war von der Polizei mit brutaler Gewalt auseinandergejagt worden. Eine vereinsmäßige Konstituierung wurde von der Wiener Polizeidirektion als „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“²¹ verhindert. Gleichzeitig setzte ein leichter Aufschwung im Baugewerbe ein, der die Zahl der Arbeitslosen verringerte und damit der Bewegung einiges an Schwung nahm. Der Auflösung der Komitees und der Reichsexekutive waren am 7. April 1925 Kundgebungen in Wien, Linz, Graz und Neunkirchen vorangegangen, an denen sich mehrere tausend Arbeitslose beteiligt hatten. In Wien und Graz war es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Bei der Wiener Demonstration hatte außerdem eine Gruppe von 50 Nationalsozialisten versucht, sich der Kundgebung anzuschließen, was von den kommunistischen Ordnern verhindert worden war. Nach der Auflösung der Reichsexekutive der Arbeitslosen gab die KPÖ als Partei eine „Arbeitslosen-Zeitung“ heraus, die im Untertitel „Blatt der Sanierten“ hieß.

Angesichts der damals noch weitgehend agrarischen Struktur großer Teile Österreichs war für die Verankerung der Partei außerhalb der industriellen Zentren das Aufgreifen von Problemen der werktätigen Landbevölkerung von Bedeutung. Demonstrationen und „Rote Landsonntage“ bereiteten im Oktober 1924 einen ersten Kongreß der Landarbeiter und kleinen Bauern in Klagenfurt vor. Kärnten blieb, neben der Steiermark, auch in den darauffolgenden Jahren Zentrum der kommunistischen Dorfagitation. 1926 wurde eine Agrarabteilung des Zentralkomitees eingerichtet. Auf Grund der mangelnden Investitionstätigkeit des Finanzkapitals im industriellen Bereich bei gleichzeitigen Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft (was nichts anderes bedeutete als die Überwindung der zum Teil unvorstellbaren Rückständigkeit vieler agrarischer Gebiete Österreichs) kam die Führung der KPÖ aber zum Schluß, in Österreich vollziehe sich ein Prozeß der „Agrarisierung“ und „Entindustrialisierung“. Diese unrichtige Analyse wurde zwar in der Diskussion zum 9. Parteitag (1927) von mehreren Genossen widerlegt, wirkte aber noch längere Zeit fort.

Im Februar 1926 faßte das Zentralkomitee die Erfahrungen im sozialökonomischen Kampf der letzten Jahre in einem „12-Punkte-Programm“ zusammen. Darin forderte die Partei unter anderem: Friedensreallöhne, Erkämpfung der allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung, Steuererhöhung für Kirchengut, Enteignung des Großgrundbesitzes sowie Schaffung von Arbeitsplätzen durch Bund und Gemeinden („produktive Arbeitslosenfürsorge“).²² Der ersten Forderung lag die Tatsache zugrunde, daß die Reallöhne der übergroßen Mehrheit der österreichischen Arbeiter noch

immer unter denen von 1914 lagen. Nach intensiver innerparteilicher Diskussion wurde die Formulierung „Friedensreallöhne“ allerdings ab Mitte 1927 aufgegeben, da sie die ökonomischen Kämpfe eher einengte als zu ihrer Entfaltung beitrug. An ihre Stelle wurde die allgemeinere Formulierung der Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, das heißt der energische Kampf gegen die laufende, schleichende Lohnminderung, gesetzt.

Der Aufstellung des „12-Punkte-Programms“ der KPÖ war im Jänner 1926 ein „Wirtschaftsprogramm“ der SDAP vorangegangen. Zwar war die Aufstellung eines eigenen Programms, das unterstützenswerte Forderungen der Sozialdemokratie aufgriff, bereits ein Fortschritt gegenüber dem Standpunkt, es gelte vor allem, Druck auf die SDAP auszuüben, damit sie ihre eigenen Programme verwirkliche. Daß die KPÖ mit der Erarbeitung eines solchen Programms aber erst begann, als sie durch das sozialdemokratische auf die Notwendigkeit einer programmatischen Formulierung der Hauptinhalte ihres sozialökonomischen Kampfes aufmerksam gemacht worden war, zeigte, wie sehr sich die Partei noch immer an der Sozialdemokratie orientierte. Der Zeitpunkt der Erstellung des Programms war — neben der Formulierung „Friedensreallöhne“ — der Hauptkritikpunkt der in den Betrieben politisch tätigen Genossen.

Ideologische Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie

Die wichtigste Errungenschaft der „Bolschewisierung“ der KPÖ war, daß die Partei dadurch die Fähigkeit erlangte, selbständig Politik zu machen. Seit dem Abebben der revolutionären Welle hatte die KPÖ sehr oft nur auf spontan ausgebrochene oder von der Sozialdemokratie initiierte Massenaktionen — sei es durch sektiererische Überspitzungen oder rechtsopportunistisches „Anhängen“ — reagiert. Die Überwindung dieser von Johann Kopenig recht drastisch als „Schwanzpolitik“ kritisierten Schwäche wurde von der neuen Parteiführung bewußt mit der „Bolschewisierung“ verbunden: Disziplin, fachliches und theoretisches Wissen sowie enge Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben und mit den Arbeitslosen wurden als unerläßliche Voraussetzungen dafür erkannt, diese Fähigkeit, selbständig Politik zu machen, zu erlangen. Zur Überwindung der Isolierung der Partei von den Massen orientierte die Parteiführung darauf, Teilforderungen nicht in erster Linie aus propagandistischen Gründen aufzustellen, sondern „unmittelbar auf die Auslösung von Massenkämpfen um populäre und leicht zu popularisierende Teilforderungen“ hinzuwirken,²³ wie es in den Thesen des PolBüros für den 8. Parteitag hieß.

Das erdrückende Übergewicht der sozialdemokratischen Organisationen wirkte um so schwerer, als sie die SDAP in der Ersten Republik mit dem

„Austromarxismus“ ideologische Positionen vertrat, die den Anspruch erhoben, zwischen Reformismus und Bolschewismus zu stehen. Im Roten Wien erblickten hunderttausende Arbeiter ein österreichisches Gegenstück zum gewaltigen Experiment des Aufbaues einer neuen Gesellschaftsordnung, das in Rußland unternommen wurde. Die Kommunisten erkannten, daß die Politik der Sozialdemokratie auch in Österreich trotz aller radikalen Phrasologie auf Klassenzusammenarbeit hinzielte, waren aber lange Zeit nicht in der Lage, diese Politik einer fundierten marxistischen Kritik zu unterziehen. Sie artikulierten ihre Kritik daher nicht selten in einer Form, die von den angesprochenen sozialdemokratischen Arbeitern als beleidigend empfunden wurde.

Als sich die SDAP 1926 auf ihrem Linzer Parteitag ein Programm gab, lag ein Dokument vor, an dem die Kommunisten ihre grundsätzlichen Unterschiede zur Sozialdemokratie herausarbeiten konnten. Die KPÖ hob dabei vor allem hervor, daß die von der SDAP angekündigte proletarische Machteroberung mit dem Stimmzettel eine Illusion sei. Eine sozialdemokratische Regierung sei nicht Sozialismus, dieser erfordere das — im Programm der SDAP gar nicht vorgesehene — Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparats. Die KPÖ erfaßte damit den tagespolitischen Zweck des Linzer Programms — denn die SDAP erwartete für die 1927 fälligen Nationalratswahlen eine sozialdemokratische Mehrheit. Wenngleich der Parteitag die im Programmentwurf enthaltene verschleierte Absichtserklärung, im Fall eines sozialdemokratischen Wahlsiegs den Bürgerlichen eine Koalitionsregierung anzubieten, wieder strich, wurde es dadurch dennoch nicht revolutionärer. In mehreren Polemiken wies die KPÖ darauf hin, daß der in der bürgerlichen Presse zu einem Schreckgespenst aufgeblasene „Diktaturparagraph“ des Linzer Programms nichts anderes darstellte, als die in jeder bürgerlich-demokratischen Verfassung ebenso enthaltene „Notbremse“ gegen Putschgelüste einer Minderheit. Da allerdings die österreichische Bourgeoisie damals zur Klassenkollaboration nicht bereit war, wären für den Fall einer sozialdemokratischen Mehrheit tatsächlich faschistische Umsturzversuche zu erwarten gewesen. Die Frage einer sozialdemokratischen Alleinregierung spielte daher auch in den Diskussionen innerhalb der KPÖ eine Rolle. Während die Reste der Frey-Fraktion die opportunistische Losung ausgaben, die Partei müsse den Druck der Massen organisieren, um die SDAP in eine Alleinregierung zu drängen, erklärte die Parteiführung, es gehe hauptsächlich darum, die Illusion zu bekämpfen, wonach die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Sozialdemokratie eine „Machtübernahme“ des Proletariats bedeute. Hingegen wurde die Frage, was die Kommunisten dazu beitragen konnten, daß eine solche Regierung möglichst viel für die Arbeiterklasse brächte, in der Parteiführung intensiv diskutiert, was im März 1927 zur Formulierung des „Offenen Briefs“ an die SDAP führte.

Ausgehend von der Linie des IV. Weltkongresses der Komintern hatte die

KPÖ mehrere Versuche unternommen, eine einheitliche Kampffront mit den sozialdemokratischen Arbeitern bei der Abwehr der Vorstöße der Reaktion auf sozialem und politischem Gebiet zustandezubringen. Trotz einer Reihe von gemeinsamen Aktionen war es nicht gelungen, die Isolierung zu durchbrechen. Diese Situation begann sich Ende 1925/Anfang 1926 zu ändern. Der Ansatzpunkt dafür waren die auf Initiative der Kommunistischen Partei zustandegewonnenen Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion. Nachdem im Herbst 1925 bereits der KJV gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiterjugend und linkssozialistischen Jugendlichen die erste Arbeiterjugenddelegation aus einem kapitalistischen Land organisiert hatte, konnte die Partei im Dezember 1925 ein großes Vorbereitungskomitee für eine Arbeiterdelegation, dem vor allem Betriebsräte angehörten, auf die Füße stellen. Politisch setzte es sich aus 16 Sozialdemokraten, elf Kommunisten und fünf Parteiloosen zusammen. Die Bewegung wuchs derartig rasch in die Breite, daß sich Otto Bauer selbst zu einer Reaktion veranlaßt sah. Auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz der SDAP am 21. Dezember 1925 nahm er die Gründung des Vorbereitungskomitees zum Anlaß für eine Rede über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Sowjetrußland. Er revidierte darin seinen bisherigen Standpunkt, in Rußland sei der Aufbau des Sozialismus nicht möglich und brachte sich damit auch in Gegensatz zur Haltung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Otto Bauer bezeichnete es als „das größte Interesse des Sozialismus in der Welt, daß das gewaltige Experiment der russischen Revolution nicht durch feindliche Kapitalismächte gestört werde“, weshalb „die Arbeiterklasse aller Länder das stärkste Interesse daran hat, die Sowjetrepublik zu schützen“.²⁴

Die Arbeiterdelegation bestand aus neun Sozialdemokraten und vier Kommunisten, Delegationsleiter war ein sozialdemokratischer Bergarbeiter aus Neufeld an der Leitha, Delegationssekretär Franz Honner. Die Kosten für die Fahrt bis zur sowjetischen Grenze wurden durch Sammlungen in Österreich aufgebracht. Die Delegation war von 27. Jänner bis 3. April 1926 unterwegs, besuchte die RSFSR, die Ukrainische SSR und die transkaukasischen Sowjetrepubliken. Eine große Zahl Wienerinnen und Wiener hatte sich zu ihrem Empfang eingefunden, die Polizei ließ jedoch nur tausend Demonstranten zum Nordbahnhof durch, wo die Heimgekehrten ihren ersten Bericht gaben. Auf der ersten einer langen Reihe von Versammlungen, auf denen die Delegierten ihre Eindrücke und Erlebnisse schilderten, zählte die Polizei am 15. April in Wien-Meidling 2500 Teilnehmer. Zwei Tage später wurde eine Vertrauensmännerkonferenz der SDAP einberufen, der die sozialdemokratischen Delegationsmitglieder Bericht erstatteten. In der Debatte meldete sich auch Otto Bauer mit einem Referat zu Wort und befürwortete die internationale Gewerkschaftseinheit, die bisher fast ausschließlich von den Kommunisten vertreten worden war. Gleichzeitig sprach er sich aber gegen jede Art von Einheitskomitees aus.

Die Erfolge der KPÖ im Zuge der Auswertung der Delegation blieben rechten Sozialdemokraten nicht verborgen. Die sozialdemokratischen Delegationsmitglieder gerieten daher bald ins Schußfeld innerparteilicher Kritik, man warf ihnen vor, sie ließen sich als Werkzeuge der Kommunisten zur Zersetzung der Sozialdemokratie mißbrauchen.

In der Diskussion über die Berichte der Arbeiterdelegation kamen die Kommunisten mit tausenden sozialdemokratischen Arbeitern ins Gespräch, lernten deren Argumente kennen und ihren eigenen Standpunkt besser zu artikulieren. Zugleich bildeten diese Diskussionen für die gesamte Partei eine politisch-ideologische Schulung. An die Stelle abstrakter Sozialismus-Propaganda rückte die Auseinandersetzung mit der Realität der Sowjetunion, mit ihren Schwächen und ihren ungeheuren Potenzen.

Seipel läßt schießen

Die „zweite Sanierung“

Im Herbst 1926 hatte die Regierung der Korruptionisten um Rudolf Ramek abgewirtschaftet. Gleichzeitig hatte sich die Arbeiterbewegung nach den Schlägen der Genfer Sanierung etwas „erholt“, wovon auch der im Linzer Programm der SDAP zum Ausdruck kommende Optimismus zeugte, es stünde die Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie bevor. Die Aufbauerfolge des Roten Wiens waren der reale Hintergrund für diesen Optimismus.

Die KPÖ verlangte die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen, als sich eine neuerliche Kanzlerschaft Ignaz Seipels abzeichnen begann. Die SDAP-Presse hingegen bedachte Seipel mit Vorschußlorbeeren und drückte die Erwartung aus, er werde den Korruptionssumpf trockenlegen. Prälat Ignaz Seipel selbst, der am 20. Oktober 1926 eine Regierung aus Christlichsozialen und Großdeutschen bildete, kennzeichnete hingegen seine neuerliche Kanzlerschaft als „Verschärfung der Lage“.²⁵

Ende 1926 schaltete sich die Christlichsoziale Partei in die Einigungsbestrebungen des österreichischen Faschismus ein, die durch die Bildung des Verbands der alpenländischen Heimwehren im November 1926 Auftrieb erhalten hatten; nur die Heimwehren Wiens und Niederösterreichs blieben vorerst außerhalb dieses vom Tiroler Landeshauptmannstellvertreter Richard Steidle geführten Verbands. Die Absichten der Christlichsozialen gingen dahin, nicht nur die faschistischen Organisationen Ostösterreichs (einschließlich nationalsozialistischer Gruppen) mit dem Heimwehrverband zu vereinigen, sondern auch die Kooperation staatlicher und kommunaler

Einrichtungen (wie Bundesheer, Feuerwehr usw.) mit den Faschistenverbänden sicherzustellen, wobei auch andere militante bürgerliche Organisationen wie Turnvereine zur Mitarbeit eingeladen wurden. Gleichzeitig erlebte der Monarchismus einen neuerlichen Aufschwung und wurde in den Unternehmerverbänden immer lauter die Forderung vorgebracht, das 1918 bis 1920 geschaffene soziale Reformwerk zur Gänze zu „kippen“.

Die politische Reife, die die KPÖ seit 1924 erlangt hatte, äußerte sich unter anderem darin, daß sie — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — klar erkannte, worin das strategische Konzept Ignaz Seipels bestand. Es ging den herrschenden Klassen noch nicht unmittelbar um die faschistische Diktatur — darüber herrschten offenbar noch unterschiedliche Auffassungen —, wohl aber um eine abgestimmte Aktion zur Beseitigung des „Revolutionsschutts“, die weit über die ökonomischen Maßnahmen der Genfer Sanierung hinausgehen sollte. Die KPÖ charakterisierte diese Pläne als „zweite Sanierung“. Diese unterschied sich von der ersten vor allem durch das offene Bündnis der Christlichsozialen mit dem Faschismus und die kaum mehr verhüllte Infragestellung der Republik. Die Analyse der Kommunistischen Partei wurde im Jänner und Februar 1927 bestätigt, als Bundeskanzler Seipel in rascher Folge Vertreter der verschiedenen Interessensorganisationen der Bourgeoisie und der Großbauern empfing, ihnen einen einschneidenden Sozialabbau versprach, sie aber ihrerseits zu mehr Engagement in der Politik aufforderte. Was das heißen sollte, enthüllte das christlichsoziale Organ „Reichspost“: Es ging dem Kanzler um den schrittweisen Aufbau eines „Ständeparlaments“, das „auf den vorhandenen, bewährten Organisationen der wichtigsten Berufsklassen beruht und ohne langwierige Verfassungsänderungen in den Mechanismus der Gesetzgebung eingeschaltet werden kann“. Damit hoffte die Reaktion, der Sozialdemokratie den Kampfboden, den sie am besten beherrschte — das Parlament —, unter den Füßen wegziehen zu können. Die Abstimmung der Politik der Bundesregierung mit den bürgerlichen Interessenverbänden, die in den Vorsprachen bei Ignaz Seipel erkennbar wurde, sei ein erster Schritt, „die Kräfte des Wirtschaftslebens in das politische Leben einzuschalten“ — zu einem „Wirtschaftsparlament“ oder „Ständeparlament“ fehlten da „nur die Äußerlichkeiten“. ²⁶ Nur die „Rote Fahne“ berichtete in großer Aufmachung über diese Vorgänge im Lager der Reaktion. Erst als der Bundeskanzler im Wahlkampf für die auf den April 1927 vorverlegten Nationalratswahlen die „Wirtschaftsvertreter“ auf Spitzenplätze der christlichsozialen Kandidatenliste holte und sich gleichzeitig um ein Wahlbündnis mit den Nazis bemühte, fand auch die „Arbeiter-Zeitung“ eine treffende Charakteristik der von Ignaz Seipel geführten „antimarxistischen“ Einheitsfront: „Da ist jetzt alles beisammen, was wir hassen und wogegen wir kämpfen: Kapitalismus, Klerikalismus und Faschismus... Die Banken und Banden unter dem Kommando der Pfaffen!“ ²⁷

„Der Faschismus ist am Sprung“

Am 30. Jänner 1927 erschossen im burgenländischen Grenzort Schattendorf Angehörige der Frontkämpferversammlung einen Kriegsinvaliden und ein achtjähriges Kind. „Das Aufblitzen der Mordwaffe hat auch die reaktionären Pläne grell beleuchtet, die die Seipel-Regierung im Schilde führt“, ²⁸ warnte Friedrich Hexmann auf der Kundgebung der KPÖ am 3. Februar in der Volkshalle des Wiener Rathauses, und die „Rote Fahne“ forderte: „Weg mit der Frontkämpferregierung!“ und „sofortige Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Organisationen“. ²⁹

Am 2. März 1927 unternahm Heeresminister Carl Vaugoin eine militärische Aktion zur Entwaffnung der Arbeiterklasse: Mit Hilfe „verlässlicher“ Soldaten versuchte er am späten Abend, die Waffenverstecke im Wiener Arsenal auszuräumen. Die Nachricht verbreitete sich rasch, tausende Favoritner Arbeiter sammelten sich um das Arsenal, während die E-Werk-Arbeiter den Gebäudekomplex vom Stromnetz abschalteten. Um 1.30 Uhr mußte Vaugoin die Soldaten zurückziehen, die allerdings eine größere Anzahl von Waffenbestandteilen mitnahmen. Während die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung große Anstrengungen unternahm, um den Ausbruch eines Generalstreiks zu verhindern und die Bedeutung des Vorfalls herunterspielte, warnte die KPÖ: „Der Faschismus ist am Sprung!“ Im Aufruf des Zentralkomitees vom 3. März hieß es: „Die Regierung hat den Arbeitern mit unüberbietbarer Deutlichkeit vor Augen geführt, daß sie nicht ein Gegner der Faschisten, sondern ihr Helfer und Organisator ist... Aber die österreichische Arbeiterschaft ist noch stark genug, um mit den Faschisten gründlich aufzuräumen.“ ³⁰

Angesichts der am 2. März offenkundig gewordenen Gefahr eines Staatsstreiks beriet das Zentralkomitee über geeignete Schritte zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Die bevorstehende Nationalratswahl ermöglichte es, die SDAP-Führung unter Druck zu setzen. Johann Kopenig schlug vor, der Sozialdemokratie die Unterstützung im Wahlkampf anzubieten, dafür aber energische Maßnahmen gegen die faschistischen Banden und ihre Komplizen im Staatsapparat zu verlangen. Das Angebot sollte in einem Offenen Brief formuliert werden, in dem die Partei unterstrich, daß sie keinerlei Listenplätze oder andere „Gegenleistungen“ für ihre Unterstützung verlange, sondern es ihr einzig um die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse gehe. Da sich ein solcher Brief natürlich nicht nur an die Mitglieder der SDAP, sondern auch an die sozialdemokratische Parteiführung richten mußte, stellte er ein Abgehen von der Linie dar, die damals von der Kommunistischen Internationale vertreten wurde und die nur die „Einheitsfront von unten“ für zulässig erklärte. Eine starke Minderheit im Zentralkomitee lehnte deshalb Kopenigs Vorschlag ab. Daraufhin wurde eine Delegation nach Berlin zum dort eingerichteten Westeuropäischen Büro

der Komintern gesandt. Gleichzeitig berief das Zentralkomitee für den 6. März 1927 eine Reichskonferenz ein, auf der ein Vertreter des Westeuropäischen Büros die Haltung der Kommunistischen Internationale zur Frage des Offenen Briefs erläutern sollte. Bei Konferenzbeginn gab Gottlieb Fiala bekannt, das Westeuropäische Büro halte die Meinung der Minderheit des Zentralkomitees für richtig, weshalb die Parteiführung vorschläge, bei den Nationalratswahlen selbständig zu kandidieren.

Gegen dieses Einschwenken der Parteiführung auf den Standpunkt der Ultralinken formierte sich auf der Reichskonferenz eine Opposition, die nicht nur auf dem Offenen Brief beharrte, sondern auch verlangte, selbst im Fall einer Ablehnung des Angebots durch die SDAP auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Die Situation wurde durch ein Telegramm aus Moskau gerettet, wo sich das EKKI auf Grund eines Berichtes des Westeuropäischen Büros mit den Diskussionen in der KPÖ befaßt hatte. Im Telegramm wurde der Standpunkt der Mehrheit um Kopenig als richtig anerkannt. Der Verlauf der Reichskonferenz machte aber klar, wie zerbrechlich die Einheit der Partei noch war und welche Unsicherheiten innerhalb der Parteiführung über Kernfragen der Politik bestanden. Diese Schwächen verstärkten das Bestreben, Entscheidungen an übergeordnete Instanzen — wie es die Komintern-Leitungen damals waren — abzuschieben.

Der Offene Brief fand in der österreichischen Arbeiterschaft breites Echo. Die „Arbeiter-Zeitung“ beschäftigte sich mehrmals mit ihm, um das Angebot der KPÖ schließlich abzulehnen. Gleichzeitig warben sozialdemokratische

Der Offene Brief vom 6. März 1927

... Die Kommunistische Partei Österreichs wird, unter Wahrung völliger Selbständigkeit in ihrer Agitation und politischen Tätigkeit, ohne aber Mandate oder sonstige „Gegenleistungen“ zu verlangen, ihre Mitglieder und die mit der KP Sympathisierenden auffordern,

für die sozialdemokratische Liste zu stimmen.

Die Voraussetzung dafür ist, daß sich der Parteivorstand der SPÖ öffentlich und bindend verpflichtet, mindestens die nachstehenden lebenswichtigen Forderungen der werktätigen Massen unter Anwendung parlamentarischer und außerparlamentarischer Mittel sofort durchzuführen, wenn die Sozialdemokratische Partei die parlamentarische Mehrheit erlangt.

Entschlossener Kampf gegen den Faschismus.

Entwaffnung der Bourgeoisie. Sofortige Auflösung aller faschistischen und monarchistischen Organisationen. Sofortige Entfernung aller faschisti- ▶

schen und monarchistischen Elemente aus dem Staatsapparat, der Polizei und der Wehrmacht. Kommunalisierung der Polizei. Bewaffnung der Arbeiter in den Betrieben. Umwandlung des sozialdemokratischen Schutzbundes in eine bewaffnete Wehrorganisation aller klassenbewußten Arbeiter, sofortige Aufnahme der Kommunisten in den Schutzbund.

Gegen die Unternehmeroffensive und für die wirtschaftliche Besserstellung der Werktätigen.

Verteidigung des Achtstundentags gegen jedwede Durchbrechung. Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn als wirkungsvollstes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. (In beiden Fragen beispielgebendes Verhalten der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden.)...

Für eine brauchbare Alters- und Invaliditätsversicherung und für den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung...

Für die Forderungen der Arbeitslosen...

Abwälzung der Steuerlasten auf die Bourgeoisie.

Sofortige Abschaffung der Warenumsatz- und Lohnsteuer...

Sicherung und Ausbau des Mieterschutzes...

Für den Schutz der Landarbeiter und landarmen Bauern.

Sofortige Angleichung der Landarbeiter an die Industriearbeiter im bezug auf die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung. — Schutz der armen Bauern durch vollständige Steuerbefreiung, kostenlose Zuweisung von aufgeteiltem, entschädigungslos enteignetem Großgrundbesitz und durch Gewährung von staatlichen Krediten für Boden- und Arbeitsverbesserungen.

Gegen die Herrschaft der Pfaffen.

Sofortige Trennung von Kirche und Staat und von Kirche und Schule...

Wirtschaftliches und politisches Bündnis mit der Sowjetunion...

Sofortiger Schluß mit jedweder Koalitions politik...

Die Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei müssen von der Sozialdemokratischen Partei aber auch fordern, für die oben formulierten Punkte mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu kämpfen,

auch wenn sie die Mehrheit im Parlament nicht erlangt...

Das Wort hat nunmehr der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei...

Wahlredner, unter ihnen sogar der am rechten Parteiflügel stehende Karl Renner, um die kommunistischen Stimmen. Am 14. März beschloß die KPÖ auf einer neuerlichen Parteikonferenz, unter diesen Umständen selbständig zu kandidieren. Die Kommunistische Partei verlor bei der Nationalratswahl am 24. April 1927 6000 Stimmen. Die SDAP gewann fast 230.000 Stimmen dazu. Die bürgerliche Einheitsliste aus Großdeutschen und Christlichsozialen verlor zwar rund 160.000 Stimmen, doch konnte Ignaz Seipel den Landbund für Österreich, eine großdeutsch-antiklerikale Agrarpartei, die erstmals kandidiert hatte, zum Eintritt in sein Kabinett bewegen. Trotz ihres gewaltigen Erfolgs hatte die SDAP die Mehrheit verfehlt, während Ignaz Seipel trotz der Wahlschlappe seine Position weiter ausbauen konnte. Bald nach der Wahl begannen die Heimwehren eine Kampagne gegen den Republikanischen Schutzbund, der ein „Staat im Staat“ sei und dessen Methoden eine Art „roten Faschismus“ darstellten. Die christlichsoziale „Reichspost“ stellte ihre Spalten bereitwillig für derlei Angriffe zur Verfügung, die eine Einstimmung der Öffentlichkeit auf den für den Sommer zu erwartenden Prozeß gegen die Mörder von Schattendorf bildeten.

Die SDAP-Führung wollte den Zusammenhang zwischen dieser Kampagne und den Ereignissen rund um das Arsenal am 2. März 1927 nicht sehen und handelte im Mai mit der Regierung ein Geheimabkommen aus, wonach die Arsenal-Waffen — um sie vor der nach wie vor in Wien stationierten „Militärkommission“ der Entente zu verbergen — aus den von der Arbeiterschaft kontrollierten Verstecken entfernt und in den Wiener Kasernen deponiert werden sollten. Diese Depots sollten nur durch zwei Schlüssel zu öffnen sein, von denen je einer an Gewährsmänner der SDAP übergeben werden sollte. Unter Mithilfe von Einheiten des Republikanischen Schutzbundes begann in der Nacht zum 18. Mai die streng geheime Aktion, von der die KPÖ jedoch erfuhr. Der Republikanische Schutzbund wandte sich an die Kommunistische Partei und ersuchte, im staatspolitischen Interesse in der „Roten Fahne“ nicht darüber zu berichten. Eine Sondersitzung des Zentralkomitees entschied am 19. Mai, diesem Ersuchen nicht stattzugeben. Immer wieder waren in den vergangenen Jahren aus staatlichen Depots Waffen verschwunden, die dann bei den Faschisten auftauchten. Auch war nicht einzusehen, warum die Regierung auf einmal Interesse daran haben sollte, Waffen, über die sie gar nicht verfügte, vor den Offizieren der Entente, mit denen sie bestes Einvernehmen pflegte, zu verstecken. Vielmehr „roch“ die ganze Aktion nach einer Vorleistung der SDAP für eine große Koalition, wobei es die sozialdemokratische Parteiführung offenbar darauf anlegte, die Vorwürfe gegen den Schutzbund durch seine Entwaffnung zu entkräften. Die Nachricht über die Entwaffnungsaktion erschien am 20. Mai als Aufmacher. Die „Rote Fahne“ charakterisierte die Überlegungen im sozialdemokratischen Parteivorstand, die zu dieser selbstmörderischen Entscheidung geführt haben mochten: „Warum länger streiten? Das Kriegsbeil soll begrä-

ben sein! Oder — wie es im Fall des Arsenal eigentlich heißen müßte — das eingegrabene Kriegsbeil sei der Regierung geschenkt!“³¹

Auf der Reichskonferenz des Republikanischen Schutzbundes stellte der Obmann der Organisation, Julius Deutsch, das Verhalten der Kommunisten als nationalen Verrat hin, wobei ihm die Tatsache, daß der alliierten Militärkommission auch italienische Offiziere angehörten, als Vorwand für die Behauptung diente, die Kommunisten riefen „die faschistischen Offiziere Mussolinis zum Einschreiten gegen die Republik“.³² Die KPÖ wies demgegenüber in mehreren Informationsveranstaltungen über die Waffenaffäre darauf hin, daß es eine gefährliche Illusion sei, in der Seipel-Regierung einen Bündnispartner gegen die innere oder auch äußere Reaktion zu sehen. Schon im ersten Kommentar nach den Aprilwahlen hatte die „Rote Fahne“ zu bedenken gegeben, daß in den Klassenauseinandersetzungen nicht das statistische Stimmenverhältnis entscheide, „sondern ausschließlich die Kraft, mit der die Machtmittel gegeneinander eingesetzt werden. Und während die Sozialdemokratische Partei bei steigender Erfassung der Bevölkerung vom Einsatz der faktischen, das heißt außerparlamentarischen Machtmittel immer entschiedener abrückt, greift die Bourgeoisie immer entschlossener und zielbewußter zur . . . skrupellosen Organisierung des Faschismus“.³³

Der 9. Parteitag der KPÖ

Der 9. Parteitag (18. bis 20. Juni 1927) war durch eine sachliche und gründliche Erörterung aller Probleme, mit denen die Partei damals konfrontiert war, gekennzeichnet. Nur vereinzelt spielten Empfindlichkeiten aus der Zeit der Fraktionskämpfe noch eine Rolle. Dem Parteitag ging eine ausführliche schriftliche Diskussion in der „Roten Fahne“ voraus, die sich vor allem um gewerkschaftliche Probleme drehte.

Zwei Wochen vor dem Parteitag legte das Zentralkomitee einen Antrag über „Die Arbeit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften“³⁴ vor, der von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte ausging, um der sich international und in Österreich vollziehenden Konzentration des Kapitals begegnen zu können. Das hieß nicht nur Stärkung der Freien Gewerkschaften und ihre Umwandlung in wirksame Instrumente des Klassenkampfes, sondern auch, dafür zu wirken, daß sich die österreichischen Gewerkschaften für die internationale Gewerkschaftseinheit — also ein Zusammengehen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit der Roten Gewerkschaftsinternationale sowie eine Aufnahme der sowjetischen Gewerkschaften in die internationalen Fachverbände — einsetzten. Der Antrag enthielt auch Richtlinien für Kampfprogramme, die die Kommunisten in den Fachgewerkschaften durchzusetzen versuchen sollten.

Die Diskussion eröffnete Karl Toman. Sein umfangreicher Aufsatz war ein

etwas schönfärberischer Tätigkeitsbericht der von ihm geleiteten Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees, bot aber kaum Ansätze, wie die — teilweise von ihm selbst aufgezeigten — Schwächen der Gewerkschaftspolitik der Partei überwunden werden konnten. Nicht einmal die Hälfte der in einer Branche beschäftigten Parteimitglieder gehörte der kommunistischen Fraktion innerhalb der betreffenden Freien Gewerkschaft an. Diese „Komfraktionen“ waren im Lauf des Jahres 1926 entstanden, um auch nach Auflösung der oppositionellen „Blocks“ einen Zusammenhalt unter den in den Freien Gewerkschaften wirkenden Kommunisten sicherzustellen. Damit folgte die KPÖ dem Vorbild anderer kommunistischer Parteien, die diese Organisationsform seit Jahren erfolgreich anwandten. Doch obwohl der 8. Parteitag beschlossen hatte, die Partei müsse 90 Prozent ihrer Energie der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit widmen, blieben die erwarteten Erfolge aus. Karl Toman erklärte das in seinem Diskussionsbeitrag mit der mangelnden Umsetzung dieses Beschlusses. Eine Änderung versprach er sich von einer bürokratischen Maßnahme, die erkennen ließ, daß er sich damals noch nicht völlig von der sektiererischen Vorstellung eigener kommunistischer Gewerkschaften gelöst hatte. Bis hinunter auf Bezirksebene sollten bei den Parteileitungen Gewerkschaftsabteilungen eingerichtet werden, erste Schritte in diese Richtung waren bereits unternommen worden. Dadurch, so meinte Toman in seinem Diskussionsbeitrag, könnte die Partei „die Durchorganisierung ihrer Mitgliedschaft auf gewerkschaftlichem Gebiete“³⁵ erreichen. Franz Honner widersprach einer solchen Orientierung mit grundsätzlichen Überlegungen zu Organisationsfragen und zur Gewerkschaftspolitik der Partei. In seinem Diskussionsbeitrag schrieb er: „Wenn... Beschlüsse nicht oder nur mangelhaft durchgeführt wurden, so sind die Ursachen nicht so sehr in dem mangelnden Verständnis der Mitgliedschaft für die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit zu suchen, sondern vielmehr in der *mangelnden Organisation dieser Arbeit durch die Partei*.“ Die Idee, die Komfraktionen müßten wie Parteizellen funktionieren, sei die Hauptursache für das Versagen der Partei in der Gewerkschaftspolitik. „Ausbau der Komfraktionen ist gewiß wichtig. Aber Schaffung von Komfraktionen mit dem Hauptzweck, sie... periodisch zu Sitzungen und Besprechungen zusammenzurufen, bei denen die allgemeinen Gewerkschaftsprobleme behandelt werden, die Komfraktionen also als eine permanente Körperschaft zu betrachten, mit dieser Auffassung muß gebrochen werden... Statt dessen sind die Gewerkschaftsfraktionen kurz vor den Gewerkschaftsversammlungen und -konferenzen einzuberufen, um... die Taktik der kommunistischen Fraktion festzulegen, die zu stellenden Anträge zu formulieren und die Redner der Fraktion zu bestimmen... Unsere Gewerkschaftsfraktionen beschäftigen sich in unzähligen Sitzungen mit allen möglichen allgemein gewerkschaftlichen Problemen... Hingegen wird die Vorbereitung gewerkschaftlicher Versammlungen und Konferenzen in den meisten Fällen vernachlässigt.“³⁶ Karl Toman erwies

sich als unfähig, die Kritik an seiner Arbeit — die in der Diskussion allerdings mitunter überspitzt formuliert wurde — zu begreifen. Er ging auf die meisten der vorgebrachten Argumente gar nicht ein, sondern verschanzte sich, auch gegenüber Franz Honner, hinter Zitaten führender KI-Funktionäre. Letztendlich lief seine durch dogmatische Schriftgelehrsamkeit abgestützte Rechtfertigung darauf hinaus, den Genossen an der Basis mangelnde Aktivität vorzuwerfen. Obwohl in die Diskussion auf dem Parteitag auch Johann Koplenig eingriff und warnte, die Behebung der Mängel in der Gewerkschaftsarbeit als rein organisatorische Frage zu behandeln, gelang es vorläufig nicht, die von Franz Honner kritisierten Hindernisse für eine effektive Gewerkschaftsarbeit der KPÖ zu überwinden. Die ausführliche und kontroversielle Debatte machte allerdings das Problem der Mehrheit der Parteimitglieder bewußt und trug damit zu einer Verstärkung ihrer Anstrengungen bei.

Durch die Gewerkschaftsdiskussion wurde eine andere Frage etwas in den Hintergrund gedrängt, die — aus der historischen Perspektive — das zentrale Problem der innerparteilichen Diskussion rund um den 9. Parteitag war. In dem von Willy Schlamm — einem jungen Redakteur der „Roten Fahne“ mit einer brillanten Sprache — redigierten Resolutionsentwurf des ZK über die politische Lage und die Aufgaben der Partei wurde die Behauptung aufgestellt, „die Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft“ glaube „infolge der Kleinheit und Lebensunfähigkeit des Landes“ nicht an die „Möglichkeit revolutionärer Lösungen“. Die SDAP lebe „von der Lebensunfähigkeit Österreichs“. Der übermächtige Einfluß der Sozialdemokratie entspringe also „im Grunde genommen dem von ihr geförderten Ohnmachtsgefühl der österreichischen Arbeiterklasse“. Die Mehrheit der Arbeiter folge der Sozialdemokratie nicht, weil sie deren revolutionärer Phraseologie Glauben schenke. Der Grund dafür sei vielmehr „Kampfmüdigkeit und die aus dem stabilisierten Elend entspringende Hoffnungslosigkeit“.³⁷

In der Diskussion vor dem Parteitag war es vor allem Friedl Fürnberg, der der These vom „Ohnmachtsgefühl“ der österreichischen Arbeiter entgegentrat. Das genaue Gegenteil sei der Fall, schrieb er: „Die österreichische Arbeiterschaft glaubt sich viel mächtiger, als sie in Wirklichkeit ist“, und er warnte vor der „eminente(n) Gefahr“, die in diesem falschen Machtbewußtsein lag. Fürnberg erläuterte in seinem Diskussionsbeitrag, daß die Vorstöße der Reaktion, auf deren Gefahr der Resolutionsentwurf so eindringlich aufmerksam machte, Ausdruck eines veränderten Kräfteverhältnisses, einer neuen strategischen Situation waren. Das Proletariat befindet sich „in der Verteidigung“. Es sei keineswegs die Hauptaufgabe der Partei, das „Ohnmachtsgefühl“ des Proletariats zu „brechen“, wie es der Resolutionsentwurf verlangte, sondern „die Kraft der Arbeiterschaft auf den Kampf um die konkreten Tagesfragen zu richten“. Die KPÖ müsse den Arbeitern klarmachen

chen, „daß nur der unerbittliche Kampf die ständige Verminderung der Macht des Proletariats, die tatsächlich vor sich geht, verhindern kann“.³⁸

Auf einer ähnlichen Linie wie der Resolutionsentwurf lag ein umfangreicher Diskussionsbeitrag des Wiener Partei- und Gewerkschaftsfunktionärs Leopold Hornik. Daß die Mehrheit der Arbeiterklasse das Ziel der Diktatur des Proletariats als tagespolitische Losung ablehnte, hielt er nicht für eine Folge der objektiven Bedingungen, der Stabilisierung des Kapitalismus, sondern für eine Folge von Versäumnissen der KPÖ: „Es ist klar, daß wir keine entscheidenden Fortschritte machen können, wenn wir es nicht verstehen werden, die Frage der proletarischen Diktatur von den konkreten österreichischen Verhältnissen aus zu stellen.“ Diese „besonderen Verhältnisse“ seien die großen Gebietsverluste von 1918 — der übriggebliebene Rest sei zu klein, als daß sich eine Arbeiterregierung hier halten könne. Mit der Losung einer „donau-balkanländischen Sowjetföderation“, die er zur „Grundfrage der Partei“ erklärte, hoffte er, aus den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter das „Gift des Defaitismus, der Ohnmacht und Hilflosigkeit, des Unglaubens an den Sieg der proletarischen Revolution zu bannen, sie für die Revolution zu gewinnen“.³⁹

In der Diskussion wurde auf den nationalistischen Charakter dieser Losung hingewiesen, da sie den Arbeitern der „Nachfolgestaaten“ der Donaumonarchie von Wien aus ihre Politik vorschreibe. Auf dem Parteitag selbst setzte sich Friedl Fürnberg noch einmal mit den verschiedenen Varianten der These vom „Ohnmachtsgefühl“ auseinander und zeigte, daß ihnen eine falsche Einschätzung der strategischen Situation zugrundelag: Die Sozialdemokratie habe sich 1918/19, als die Errichtung der Diktatur des Proletariats möglich gewesen sei, auf den Kampf um Tagesfragen beschränkt. Jetzt, wo ihre Errichtung nicht mehr möglich sei, spreche die SP-Führung von der Diktatur. „Und manche unserer Genossen fallen hinein.“ Die Partei müsse die Massen über diese Demagogie der SDAP aufklären und klarmachen, „daß die Frage der Diktatur nicht aktuell vor uns steht“. Wenn man von einer „Grundfrage“ der Partei sprechen könne, so sei dies die Gewerkschaftsfrage.⁴⁰

Johann Kopenlig verwies in seinem Schlußwort auf dem Parteitag darauf, daß die Organisierung der praktischen Solidarität zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder Mitteleuropas im Kampf gegen die faschistische Gefahr vonnöten sei, nicht aber das Spintisieren über sozialistische Zukunftslösungen im Donaauraum. Und Gottlieb Fiala hob in seinem Referat über „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei“ hervor, daß die zum Teil eindrucksvollen Machtpositionen, die die SDAP im bürgerlichen Staat errungen habe, der österreichischen Arbeiterschaft ein völlig falsches Machtgefühl gäben, wonach „sie ein mächtiger Faktor ist, ohne den nichts geschehen kann... In Wirklichkeit ist freilich das Gegenteil wahr“.⁴¹

Diese Analyse, die sich auf dem Parteitag durchsetzte und wenige Wochen

später auf den Straßen Wiens ihre blutige Bestätigung fand, wurde allerdings mit einer unrichtigen Einschätzung der Vorgänge in der Sozialdemokratie gekoppelt. Die Tatsache, daß die enttäuschende innenpolitische Entwicklung seit dem grandiosen Wahlerfolg der SDAP vom 24. April 1927 so manchen sozialdemokratischen Funktionär ernüchert hatte und ihn am Erfolg des „parlamentarischen Wegs“ zum Sozialismus zweifeln ließ, wurde als generelle „Linksentwicklung“ in der SDAP interpretiert. Zwar war es richtig, wenn Johann Kopenlig feststellte, daß das Auseinanderklaffen von revolutionärer Phrase und opportunistischer Praxis in der SDAP zuerst den Schutzbündlern bewußt werde und sich die KPÖ daher bemühen müsse, die spontan auftretenden Linksströmungen „zusammenzufassen und in eine bestimmte Richtung zu leiten“,⁴² doch erzeugte diese Überschätzung des Differenzierungsprozesses innerhalb der Sozialdemokratie Erwartungen, die notwendig enttäuscht werden mußten.

Während die Taktik des Offenen Briefs in der schriftlichen Diskussion kaum in Frage gestellt worden war, klang auf dem Parteitag selbst in mehreren Beiträgen die Verunsicherung an, die das Angebot an die SDAP unter den Mitgliedern erzeugt hatte. Ein Delegierter stellte sogar die Vereinbarkeit von sozialer Reformpolitik und revolutionärem Programm überhaupt in Frage: „Wir sollten doch den Kapitalismus zerrütten und nicht seine Krise mildern.“⁴³ Er erntete für einen entsprechenden Antrag zwar Gelächter, eine prinzipielle Auseinandersetzung mit solchen Positionen erfolgte jedoch nicht. Die Antwort der Parteiführung auf die Kritik am Offenen Brief beschränkte sich auf die Erläuterung der taktischen Überlegungen, die zu dem Angebot an die SDAP geführt hatten. Daß dieser Taktik die Einsicht zugrunde lag, daß der Faschismus nicht von den Kommunisten allein bekämpft werden konnte, sondern es dazu eines breiteren Bündnisses bedurfte, wurde nicht ausgesprochen. Es zeigte sich, wie schon auf der Reichskonferenz am 6. März 1927, daß die Mehrheit der Parteiführung von der Richtigkeit dieses von ihr selbst vorgeschlagenen Kurses noch nicht völlig überzeugt war, weshalb sie einer offensiven Auseinandersetzung mit der ultralinken Kritik daran aus dem Wege ging. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß der Rückfall auf ultralinke Positionen nach dem 15. Juli 1927 kein radikaler „Kurswechsel“ war, der der Partei durch die Komintern „aufgezwungen“ wurde, sondern daß dafür in der KPÖ selbst die entsprechenden Voraussetzungen gegeben waren.

Trotz dieser Schwächen war der 9. Parteitag in mehrfacher Hinsicht ein Markstein in der Entwicklung der KPÖ. Er hatte den engen Zusammenhang zwischen einer exakten und umfassenden theoretischen Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeit und Erfolgen in der politischen Praxis der Partei verdeutlicht. Die Diskussion hatte nicht nur die noch vorhandenen Schwächen und Mängel in der Organisationsarbeit bewußt gemacht, sie war zugleich Ausdruck dafür, daß es — nach jahrelangen Fraktionskämpfen —

gelingen war, einen Diskussionsstil zu entwickeln, der die Austragung von Meinungsverschiedenheiten ermöglichte. Gewisse Impulse gingen vom Parteitag für die Verbesserung der Gewerkschaftspolitik aus. Auch über das Verhältnis zur Arbeiterjugend wurde ein (in der Folge allerdings nur unzulänglich verwirklichter) Beschluß gefaßt, der die kommunistischen Gewerkschafter verpflichtete, in Kollektivvertragsverhandlungen für die Annahme eines vom KJV zusammengestellten Forderungskatalogs einzutreten. In Betrieben und Orten, in denen keine KJV-Gruppe bestand, sollte ein jüngeres Parteimitglied mit der Vorbereitungsarbeit für die Gründung einer solchen beauftragt werden. Wo dies nicht gelang, wurde es zur Aufgabe der Parteiorganisationen erklärt, die Kampagnen des KJV zu unterstützen und die vom Jugendverband herausgegebenen Agitations- und Propagandamaterialien zu verbreiten.

Das neue Zentralkomitee wählte erstmals einen Parteivorsitzenden — Alfred Ziegler, Betriebsratsobmann des Warchalowski-Werks. Reichssekretär wurde Johann Kopenig.

Der 15. Juli 1927⁴⁴

Nach einem fast zweiwöchigen Prozeß wurden die Schattendorfer Mörder am 14. Juli 1927 von einem Wiener Geschworenengericht freigesprochen. Als erste erfuhren, noch in den Abendstunden, die Arbeiter der Wiener E-Werk-Zentrale im 9. Bezirk von dem Skandalurteil. Sie wollten durch eine Stromabschaltung am nächsten Morgen das Signal zum Generalstreik in ganz Wien geben, konnten jedoch durch die sozialdemokratischen Vertrauensmänner bewogen werden, eine Vorsprache der Betriebsräte in der Parteizentrale auf der Wienzeile abzuwarten. Die Delegation kam aber unverrichteter Dinge wieder zurück, weil sich die Parteiführung einer Entscheidung entzog. In der „Arbeiter-Zeitung“ erschien am Freitag, den 15. Juli zwar ein scharfer Leitartikel des Chefredakteurs Friedrich Austerlitz, Direktiven über die Form des Protests gegen das Urteil wurden jedoch keine gegeben. Nur Schutzbundobmann Julius Deutsch ließ, als er sich am Morgen des 15. Juli des Ausmaßes der nun spontan losbrechenden Protestbewegung bewußt wurde, anfragenden Betriebsräten mitteilen, sie sollten einen Protestmarsch zum Parlament veranstalten und dann wieder in die Fabriken zurückkehren.

Schon während des Prozesses hatte die „Rote Fahne“ auf den Zusammenhang zwischen den faschistischen Terroranschlägen, deren Höhepunkt die beiden Morde von Schattendorf waren, und der offiziellen Politik der Regierung Seipel hingewiesen. Klar war für die Kommunisten, daß der Protest gegen das „Schandurteil“ sich weniger gegen Richter und Geschworene, sondern gegen den Faschismus und seine Helfershelfer in Regierung und Staatsapparat richten mußte. Unklar waren die geeigneten Formen dieses Protests. Die Wiener Stadtleitung hatte für den Abend des 14. Juli eine

Konferenz der kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre einberufen, zu der achtzig Teilnehmer erschienen waren. Die Funktionäre diskutierten nach Bekanntwerden des Urteils, ob die KPÖ die Losung des Generalstreiks ausgeben könnte, was schließlich abgelehnt wurde. Die Konferenz beschloß, die kommunistischen Betriebsräte sollten alles unternehmen, um in ihren Betrieben Demonstrationen auf die Ringstraße durchzusetzen; die „Rote Fahne“ erschien mit einer entsprechenden Schlagzeile („Heraus zum Protest!“) und der Aufforderung, in den Betrieben zum Urteil Stellung zu nehmen, wobei die Diskussion auf den Kampf gegen den Faschismus zugespitzt und dabei die Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft in den Betrieben gestellt werden sollte.

Das Ergebnis der Beratung am 14. Juli bewies, daß die These vom angeblichen Ohnmachtsgefühl der österreichischen Arbeiter nicht zufällig im Resolutionsentwurf zum 9. Parteitag gestanden war. Sie entsprach einer weit verbreiteten Stimmung in der Kommunistischen Partei, die auch durch die Ablehnung der These auf dem Parteitag nicht aus der Welt geschafft war. Eine scheinbare Bestätigung fand dieser Unglauben an den Kampfeswillen der Arbeiter in den Morgenstunden des 15. Juli: Während die Kolonnen der Arbeiter aus allen Bezirken Wiens zum Ring marschierten, um vom Parlament eine Aufhebung des Urteils zu verlangen, versuchten einzelne kommunistische Betriebsräte, auf ihre Kollegen einzuwirken, nach der Kundgebung nicht in ihre Betriebe zurückzukehren, sondern in den Streik zu treten; sie stießen auf taube Ohren. Erst die kurz vor zehn Uhr einsetzenden Provokationen berittener oder mit Pistolen bewaffneter Polizisten brachten das Faß zum Überlaufen. Viele Demonstranten marschierten nicht zurück, sondern blieben auf der Ringstraße. Zwar wurden sie von der Polizei zum Schmerlingplatz zwischen Parlament und Justizpalast abgedrängt, doch hatten sie inzwischen gelernt, sich gegen die zahlenmäßig unterlegenen Polizeireiter zur Wehr zu setzen. Als ihre Zahl immer weiter answoll, begannen sie sich ihrer Macht bewußt zu werden. In der Lichtenfelsgasse wurde ein Wachzimmer gestürmt, und als zur gleichen Zeit — um etwa 10.30 Uhr — eine Gruppe von Polizisten, die in den Justizpalast geflüchtet war, von dort aus auf die Demonstranten zu schießen begann, wichen diese nicht zurück, sondern versuchten, das Gebäude zu stürmen.

Die Schießereien auf dem Schmerlingplatz und in der Lichtenfelsgasse waren Anlaß für den ersten Aufruf der KPÖ an diesem Tag. Er wurde von Johann Kopenig verfaßt und in den späten Vormittagsstunden durch zwei Druckereien in einer Auflage von 6000 Exemplaren gedruckt. Darin wurde der Zusammentritt einer Betriebsrätekonferenz gefordert. Als die Flugblätter verteilt wurden, war die Demonstration aber schon so desorganisiert, daß diese Forderung nicht mehr zu verwirklichen war. Um unter diesen Umständen auf die inzwischen auf fast 200.000 Demonstranten angeschwollene Menschenmenge einwirken zu können, hätte die Partei über einen wesentlich

Erstes KPÖ-Flugblatt am 15. Juli

Arbeiter! Arbeiterinnen!

...Die Polizei hat im Auftrag der Regierung gegen die Arbeiter brutale Waffengewalt verwendet und geschossen. Arbeiterblut fließt auf den Straßen Wiens!

Was soll nun geschehen?

Die Demonstration allein genügt nicht. Die Macht der österreichischen Arbeiterschaft ist groß genug, um die Selbsthilfe zu organisieren.

Holt alle Kollegen aus den Betrieben! Laßt Euch nicht mehr besänftigen, bis folgende Forderungen restlos erfüllt sind:

Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Organisationen! Weg mit Vaugoin, weg mit Schober! Kommunalisierung der Polizei!

...Der Faschismus ist bis an die Zähne bewaffnet, wird vom bewaffneten Staatsapparat und von der Schandjustiz unterstützt und bedroht das Leben der Arbeiter. Wenn die Arbeiterschaft nicht rechtzeitig den Faschismus niederschlägt, wird er sie niederschlagen!

Fordert und erzwingt die Bewaffnung der Arbeiterschaft in den Betrieben! Der Schutzbund muß sofort in Aktion treten; aber nicht zum Schutz der Polizei, sondern zum Schutz der Arbeiter!

Nur dazu ist er da!...

(Fordert) den sofortigen Zusammentritt einer Konferenz aller Betriebsräte Wiens!

Die Führung der Bewegung muß in den Händen der Arbeiter selbst bleiben!

Kommunistische Partei Österreichs

größeren Funktionärsapparat verfügen müssen. Es gelang ihr daher nur punktuell, in die sich nun rasch zuspitzenden Auseinandersetzungen einzugreifen.

Die sozialdemokratische Führung schaute der Entwicklung vorerst tatenlos zu. Wie Otto Bauer später indirekt zugab, verfolgte man damit die Absicht, der Regierung klarzumachen, was passierte, wenn die SDAP die Empörung der Massen nicht in „geordnete Bahnen“ lenkte.

Die Regierung hingegen beriet seit den Vormittagsstunden über eine gewaltsame Niederschlagung der Demonstration. Ein Streit zwischen dem Heeresminister und dem für Sicherheitsfragen zuständigen Vizekanzler über die Ausgabe von Militärkarabinern an die Wiener Polizei beweist, daß bereits Stunden vor dem Ausbruch des Justizpalastbrands der Plan bestand, die Gelegenheit zu einer blutigen Provokation zu nutzen, die der Arbeiterklasse zeigen sollte, wer der „Herr im Haus“ war. Die Verantwortung dafür hatte

Prälat Ignaz Seipel als Bundeskanzler, ausführendes Organ war der Wiener Polizeipräsident Johannes Schober.

Als Demonstranten um 12.30 Uhr in den Justizpalast eindringen, legten sie Feuer. Die Menschenmenge hinderte die Feuerwehr, den Brand zu löschen. Erst nach 14 Anläufen gelang es dem nun endlich als Ordner eingesetzten Republikanischen Schutzbund, den Beginn der Löscharbeiten zu ermöglichen. Da krachten die ersten Salven der Polizei. Mehrere hundert Polizisten schossen auf die Fliehenden, verfolgten sie in einigen Fällen bis in Krankenhäuser und auf Verbandsplätze, ermordeten unbeteiligte Passanten, schossen neugierige Halbwüchsige von Baugerüsten und veranstalteten in den Abendstunden regelrechte Streifzüge durch Arbeiterviertel, wobei sie gezielt auf Menschen schossen. Der Mordlust wurde von den Vorgesetzten keine Grenzen gesetzt. Als sich am Vormittag des 16. Juli in den westlichen Bezirken Wiens Jugendliche zu Protestkundgebungen formierten, ging die Jagd von neuem los. Ohne die in späteren Jahren ihren Verletzungen Erlegenen betrug die Zahl der Todesopfer 85 Demonstranten und vier Polizisten, von denen zwei irrtümlich von ihren eigenen Leuten erschossen worden waren.

Ab Freitag mittag arbeitete kaum mehr ein Betrieb in Wien. Am Abend sanktionierte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung diesen Zustand, indem sie einen auf 24 Stunden befristeten und auf Wien beschränkten Generalstreik verkündete. Alle Arbeiter des Transport- und Nachrichtenwesens in ganz Österreich sollten in einen unbefristeten „Verkehrsstreik“ treten. Auch dieser war bereits spontan losgebrochen: Auf den großen Wiener Bahnhöfen hatten die Eisenbahner in den frühen Nachmittagsstunden des 15. Juli die Arbeit eingestellt. Der Verkehrsstreik funktionierte fast in ganz Österreich, in einigen Gebieten, besonders in der Steiermark, weitete er sich zu einem Generalstreik aus.

Als das Gemetzel begann, verlangten tausende Schutzbündler nach Waffen, um der Abschachtung ihrer Genossen durch wildgewordene Polizisten Einhalt gebieten zu können. Die Antwort der Parteiführung war die Kasernierung aller Mitglieder des Schutzbundes.

Die KPÖ gab in der Nacht zum Sonntag eine Sonderausgabe der „Roten Fahne“ heraus, in der der österreichweite Generalstreik und die Bewaffnung der Arbeiter verlangt wurden. Ausgehend von der Kasernierung des Schutzbundes und der Tatsache, daß sich Arbeiter auf eigene Faust nach Waffen umzusehen begannen, rief die Partei zur Schaffung einer „wirklich brauchbaren“ Selbstschutzorganisation auf. Da die Kommunistische Partei einen Ausbruch von diesen Ausmaßen nicht erwartet hatte, war für den Freitagabend eine Protestversammlung angekündigt worden. Die Kundgebung fand in einem Saal in Wien-Ottakring statt und war schlecht besucht. Die Appelle der Redner, in den Bezirken Komitees zu bilden, um ein Zusammenbrechen der Streikfront zu verhindern, interessierten die Anwesenden nicht. Sie

waren gekommen, weil sie sich von der KPÖ die Ausgabe von Waffen erhofften. Doch die Partei konnte nicht dafür eintreten, wahllos Gewehre zu verteilen. Zu jeder Zeit war für sie die Bewaffnung nur über die Betriebe vorstellbar. Wichtiger als die Frage der Waffen war für die Parteiführung der Generalstreik. Nur wenn es gelang, ihn wirklich auf ganz Österreich auszuweiten, konnten Forderungen wie der Rücktritt der Regierung, die Bestrafung der Schuldigen am Polizeimassaker und die Entwaffnung der faschistischen Organisationen durchgesetzt werden. Deren Vorstoß in den Bundesländern rechtzeitig zu begegnen, wurde von der KPÖ für eine vordringliche Aufgabe gehalten, die durch die Ereignisse des Sonntags bestätigt wurde. In Tirol versuchten Bundesheer, Polizei und Heimwehren gemeinsam, den Verkehrsstreik zu brechen. Im steirischen Judenburg sammelte Walter Pfrimmer einige tausend „Heimatschützer“, um gegen Bruck an der Mur zu marschieren, wo unter dem Kommando des dortigen sozialdemokratischen Bezirkssekretärs Koloman Wallisch die Arbeiter den bürgerlichen Kräften den Generalstreik aufgezwungen hatten und dessen Einhaltung kontrollierten.

Unter Hinweis auf diese Ereignisse gelang es Otto Bauer auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz der SDAP am Sonntag, den 17. Juli, die sozialdemokratischen Funktionäre von einer Ausweitung der Aktionen abzuhalten und sie zu bewegen, dem Parteivorstand ein Mandat zum Abbruch des Verkehrsstreiks zu erteilen. Der bedingungslose Abbruch wurde am Montag verkündet, wobei als Begründung herhalten mußte, daß man den Zusammentritt des Parlaments ermöglichen wolle — als ob die Abgeordneten nicht trotz Verkehrsstreiks nach Wien befördert werden hätten können!

Die schrittweise Kapitulation der SDAP-Führung war von Geheimgesprächen mit Regierung und Polizeipräsidium begleitet, in denen die sozialdemokratischen Unterhändler aber nichts erreichten, außer der Gegenseite ihre eigene Kopflösigkeit zu demonstrieren, was die (gedruckt vorliegenden⁴⁵) Berichte des Bundeskanzlers an den Ministerrat über diese Verhandlungen eindrucksvoll belegen.

Die Regierung ließ in ganz Wien plakatiert, der „bekannte Kommunist Fiala“ habe den ersten Schuß abgegeben. Es handelte sich dabei nicht um Gottlieb Fiala, sondern um einen Redaktionsgehilfen beim linkssozialdemokratischen „Abend“ namens Franz Fiala, der nach mehreren Wochen Haft freigelassen werden mußte, weil die Polizei nicht den Schimmer eines Beweises gegen ihn vorlegen konnte. Zwei Jahre später „revanchierte“ sich die Wiener Polizei für diese Schlappe und prügelte den im Zug einer „Amtshandlung“ festgenommenen Franz Fiala halbtot. Am Samstagmorgen wurde der Sitz des Zentralkomitees (Alser Straße 69) von der Polizei besetzt und das völlig aus der Luft gegriffene Gerücht in Umlauf gesetzt, man habe in der Nacht 40 ausländische Kommunisten im ZK-Haus entdeckt, die dort den „Aufstand“ organisierten. Auf der Ringstraße seien Rubel-Scheine gefunden

KPÖ-Flugblatt am 16. Juli

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Die Regierung mordet weiter! ... Den Mördern geht es ums Ganze! Wenn die Arbeiter sich geschlagen geben, sich nicht mit allen Mitteln zur Wehr setzen, hat der Faschismus in Österreich gesiegt. Der Bürgerkrieg ist bereits da, aber er wird von der Mörderregierung allein geführt, während die Arbeiter noch wehrlos sind!

... Die tollgewordenen Mörder handeln nach einem wohlwogenen Plan der Regierung. Sie ist der Feind! *Weg mit der Frontkämpferregierung! Kämpft für die Arbeiter- und Bauernregierung! Entwaffnet die Faschistenorganisationen und die Mordpolizei! Bildet sofort Selbstschutztruppen!*

Die klassenbewußten Schutzbündler dürfen sich von ihrer Führung nicht länger mißbrauchen lassen!

Schutzbündler, schützt Euch und die Arbeiter! Straßenbahner! Beginnt nicht zu fahren! Man hat Eure Kameraden erschossen!

... *Wehrt Euch! Generalstreik bis zur Vernichtung des Faschismus! Bewaffnung!*

Kommunistische Partei Österreichs

worden, die russische Emissäre an die Demonstranten verteilt hätten, um sie für den Umsturz zu gewinnen. Erfinder dieser Geschichten war Johannes Schober, der nach dem 15. Juli mehrmals beteuerte, er habe nichts als seine Pflicht getan.

Obwohl für die Partei vorübergehend Bedingungen der Illegalität eintraten, konnte sie bereits in der Nacht zum Sonntag wieder ein Flugblatt verbreiten. „Wenn die Arbeiter sich geschlagen geben, sich nicht mit allen Mitteln zur Wehr setzen, hat der Faschismus in Österreich gesiegt“, hieß es in dem Aufruf. Angesichts der ungeheuren Erbitterung über die Untaten der Schober-Polizei war der Hinweis von Bedeutung, daß die Hauptverantwortung nicht die „tollen Polizeibestien“ traf, sondern die Regierung.⁴⁶ Am Sonntagmorgen versuchten Kommunisten vergeblich, die Betriebsaufnahme der Wiener Straßenbahn zu verhindern. Das Ende des Generalstreiks in Wien betrachtete die KPÖ als ersten Schritt zur Niederlage und als eine Unverantwortlichkeit gegenüber den Arbeitern in den Bundesländern: „Wenn die faschistischen Organisationen in den Provinzen die Gewißheit erhalten, daß die Arbeiter im roten Wien sich niederschlagen lassen, dann setzt mit voller Wucht der faschistische Vorstoß in den Ländern erst recht ein“, hieß es in einer Sonderausgabe der „Roten Fahne“ Montag früh.⁴⁷ Gleichzeitig begann

Johann Koplenig am Grab der Juli-Opfer

„Wir Kommunisten bekennen uns ohne Vorbehalt zum 15. und 16. Juli... Wir Kommunisten wollen nicht mehr, sondern weniger Blutvergießen, gerade deshalb forderten und fordern wir auch heute die Bewaffnung der Arbeiter.“

„Der Kampf der Wiener Arbeiter hat mit einer Niederlage geendet. Die Bourgeoisie triumphiert. Sie wird die Niederlage der Arbeiter zu einer vollständigen machen, wenn wir nicht die richtigen Lehren ziehen... Der Faschismus marschiert. Er rüstet, ermutigt durch die Juli-Niederlage der Arbeiterschaft, zu neuen Morden. Die österreichische Arbeiterschaft ist nicht geschlagen, wenn sie die richtigen Lehren zieht und ihren Weg ändert.“

(Aus der Rede Johann Koplenigs auf dem Wiener Zentralfriedhof am 20. Juli 1927)

die Partei eine Kampagne für die Proklamierung des Generalstreiks am Tag des Begräbnisses der Opfer, dem 20. Juli.

Angesichts der Stärkeverhältnisse in der österreichischen Arbeiterbewegung war nach der bedingungslosen Kapitulation des sozialdemokratischen Parteivorstands am Montag, den 18. Juli, eine Fortsetzung des Kampfes nicht mehr möglich. Obwohl sie nur in sehr beschränktem Maße auf die Ereignisse Einfluß nehmen hatte können, hatte die Kommunistische Partei ihre erste große Bewährungsprobe seit 1919 bestanden. Bereits am Vormittag des 15. Juli hatte sie die Fehleinschätzung vom Vorabend — die sie übrigens mit allen anderen politischen Faktoren Österreichs teilte — korrigiert und alles in ihrer Macht Stehende unternommen, um den spontanen Ausbruch in eine Richtung zu lenken, daß er die Machtverhältnisse in Österreich zugunsten der Arbeiterklasse verändern konnte. Die Partei scheiterte an ihrer organisatorischen Schwäche, die eine Umsetzung ihrer richtigen Politik verhinderte. Eindringlicher als jemals zuvor war damit bewiesen, daß das Herankommen an die Massen, die Verankerung unter der Arbeiterschaft *das* zentrale Problem war. Doch die Diskussionen über den 15. Juli nahmen eine Richtung, die der Lösung dieses Problems nicht förderlich waren, die Partei vielmehr neuerlich in die Isolation trieben.

Auch wenn die Auseinandersetzungen mit der Polizei zunehmend den Verlauf der Demonstration bestimmt hatten — ursprünglich hatte sich der spontane Massenausbruch gegen den Freispruch faschistischer Mörder gerichtet, trug also antifaschistischen Charakter. Kommunisten waren von der ersten Stunde an mit dabei, ab Mittag wurden ihre Losungen —

„Generalstreik“, „Bewaffnung“ — von tausenden Demonstranten aufgenommen. Diese Seite des 15. Juli, nämlich daß er de facto die erste von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam durchgeführte Massenmanifestation gegen den Faschismus in Österreich war, wurde von der KPÖ damals nicht erkannt, obwohl sogar die sozialdemokratische Führung dem Rechnung trug, indem sie für die am 20. Juli vorgesehene Trauerkundgebung auch einen Vertreter der KPÖ als Redner einlud. Auch in den Bundesländern war es zu gemeinsamen Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen, so in Bruck an der Mur und in Linz. Die antikommunistische Kampagne der sozialdemokratischen Presse zielte darauf ab, diese ersten Ansätze einer antifaschistischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse zunichte zu machen, damit die SDAP gegenüber potentiellen bürgerlichen Koalitionspartnern nicht in den Ruf kam, mit den Kommunisten zu „paktieren“.

Innerparteiliche Auseinandersetzungen um den Charakter der Juli-Ereignisse

1925/26 signalisierten verschiedene Ereignisse einen neuerlichen Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung. Die größte Beachtung fanden die nationale Revolution in China (Juli 1925), der mit einem mehrmonatigen Bergarbeiterstreik in Zusammenhang stehende einwöchige Generalstreik in Großbritannien (Mai 1926) sowie die breite, von Kommunisten und Sozialdemokraten getragene Volksbewegung zur entschädigungslosen Enteignung der 1918 abgesetzten deutschen Fürstenhäuser (14,5 Millionen Stimmen — 36,4% der Wahlberechtigten — im „Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung“ im Juni 1926). Andererseits häuften sich die Anzeichen, daß die internationale Entwicklung auf einen neuerlichen Krieg zusteuerte, wobei sich eine imperialistische Einheitsfront gegen die Sowjetunion anzubahnen schien: Im Mai 1926 putschte in Polen der extrem antisowjetische General Józef Pilsudski, um eine „Sanierung“ durchzusetzen. Im Dezember 1926 wurde in Litauen eine faschistische Diktatur errichtet. Im April 1927 erfolgte in China ein konterrevolutionärer Umsturz — mit Hilfe imperialistischer Mächte sprengte Jiang Jieshi (Tschiang Kai-schek) die nationale Einheitsfront und ließ allein in Shanghai 18.000 Arbeiter erschießen. Im darauffolgenden Monat brach Großbritannien die Beziehungen zur Sowjetunion ab. In mehreren Ländern wurde die antisowjetische Hetze verschärft. Gleichzeitig spitzten sich die innerimperialistischen Gegensätze zu, und auch rund um Österreich vollzogen sich bedenkliche Entwicklungen: Ungarn rüstete auf, zwischen Italien und Jugoslawien bahnte sich ein Konflikt an, in Deutschland machten sich Anzeichen für einen Übergang zu einer „offensiven“ Außenpolitik bemerkbar.

Das war der internationale Hintergrund, vor dem die Kommunisten den

Charakter der Wiener Ereignisse zu analysieren hatten. Innerhalb der Leitungsgremien der Kommunistischen Internationale wurden die Faktoren, die auf eine Beschleunigung der revolutionären Entwicklung hindeuteten, überschätzt, was nicht nur auf „revolutionäre Ungeduld“ zurückzuführen war: In wesentlichen Fragen traten zu jener Zeit Erkenntnisse, die die kommunistische Weltbewegung auf den vorangegangenen Kongressen bereits gewonnen hatte, in den Hintergrund. Das Wiedererstarben ultralinken Kräfte hing sowohl mit Vorgängen innerhalb der stärksten Partei der Komintern, der KPdSU, zusammen als auch mit der wachsenden Verbitterung der Kommunisten über die Rechtsentwicklung führender Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wie der SPD oder der britischen Labour Party. Da man sich gleichzeitig — nicht zuletzt auf Grund der erwähnten Erfolge der Jahre 1925/26 — der Selbsttäuschung von einer breiten Linksentwicklung innerhalb der sozialdemokratischen Parteien hingab, gelangte man zur Schlußfolgerung, die aktuelle Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien sei es, den wachsenden Gegensatz innerhalb der Sozialdemokratie für die revolutionären Kräfte nutzbar zu machen. Die praktische Schlußfolgerung daraus war, daß man das „Feuer“ auf die Führungen der sozialdemokratischen Parteien konzentrierte. Diese Orientierung mußte wirkungslos bleiben, weil sie einer unkorrekten Analyse der politischen Situation entsprang. Sie war darüber hinaus hinderlich im Kampf gegen den Faschismus, weil sie dazu beitrug, die Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und bürgerlich-reaktionären Kräften zu verwischen; 1929/30 setzte sich in der ganzen Kommunistischen Internationale die „Sozialfaschismus“-Theorie durch.

Zwar wurde die ultralinke Linie erst 1928 auf dem VI. Weltkongreß der Komintern beschlossen, den Auftakt für die Umorientierung bildeten jedoch die Auseinandersetzungen um die Wiener Juli-Ereignisse. Die Kommunistische Partei Österreichs hatte während der Ereignisse Forderungen aufgestellt, die dem Bewußtsein der Massen entsprachen, und große Anstrengungen unternommen, um in die spontanen Aktionen organisierend einzugreifen. Als erreichbares Ziel hatte sie die Zurückdrängung des Faschismus gesehen. Gleichzeitig hatte jedoch Willy Schlamm von Bratislava aus telephonisch Berichte an die Berliner Redaktion der „Inprekorr“ durchgegeben, die in völligem Widerspruch zu der von ihm noch wenige Wochen zuvor vertretenen These vom angeblichen „Ohnmachtsgefühl“ der österreichischen Arbeiter standen. Schlamm erfand eine Version der Kämpfe, wonach die Menschen vor den Gewehrsalven der Polizei nicht geflüchtet seien, sondern sogar noch standgehalten hätten, als Bundesheereinheiten mit Maschinengewehren gegen sie vorgegangen seien. (Das Bundesheer wurde erst am Abend des 15. Juli eingesetzt, und zwar ausschließlich zur Sicherung des Parlamentsgebäudes — die „Drecksarbeit“ erledigte die Polizei.) „Die gewaltige sozialdemokratische Arbeitermasse ist in diesen Tagen nicht mehr

sozialdemokratisch“,⁴⁸ schrieb er — und provozierte damit natürlich die Frage, warum es dann der KPÖ nicht gelungen war, sie hinter sich zu sammeln. Willy Schlamm nannte auch als erster die Ereignisse einen „Aufstand“, eine Bezeichnung, die nach längeren Diskussionen vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale übernommen wurde — allerdings erst, als sie auch die KPÖ in ihren offiziellen Dokumenten verwendete.

Am 18. Juli beschloß das EKKI einen Aufruf, betitelt „Das Juli-Gewitter über Österreich — ein neuer Abschnitt für die Arbeiterbewegung Europas“. Darin wurde zur Bildung von Arbeiterräten in Österreich aufgerufen — der Begriff „Aufstand“ kam noch nicht vor.⁴⁹ Die am darauffolgenden Tag herausgebrachte endgültige Version des Aufrufs schwächte die internationale Signalwirkung der Wiener Ereignisse etwas ab, der Titel des Dokuments lautete nun „Die Wiener Barrikaden — Vorzeichen neuer revolutionärer Stürme“. Es hieß darin: „Noch größeres Elend, noch größere Erniedrigung, ein politisches Sklavendasein, der Faschismus droht der österreichischen Arbeiterschaft. Das ist es, was dem Kampfe der österreichischen Arbeiter einen so revolutionären Schwung gibt... Der plötzliche Ausbruch der größten revolutionären Klassenkämpfe in Österreich ist aber gleichzeitig auch ein sprechendes Zeichen für die... schwankende Art der kapitalistischen Stabilisierung in ganz Europa. Er zeigt, daß diese jeden Augenblick in offene revolutionäre Kämpfe umschlagen kann.“ Die österreichischen Arbeiter wurden aufgefordert, im Kampf gegen den Faschismus nicht „auf halbem Wege“ stehenzubleiben. Denn „Schwanken, halbe Schritte, Ausweichen vor dem Kampfe — diese Momente wären selbstmörderisch. So wurde das italienische Proletariat geschlagen, weil es im Jahre 1920 nicht den Weg vom Beginn des revolutionären Aufstands zu seiner Vollendung fand. Der Kampf muß jetzt ausgekämpft werden, soll nicht Österreich völlig dem Faschismus und den imperialistischen Mächten anheimfallen.“ Die Losung der „Arbeiterräte“ wurde so gestellt, daß man die Räte als Instrumente zur Propagierung der Arbeiter- und Bauernregierung (und nicht als Machtorgane) auffassen konnte: „Bildung von Arbeiterräten in den Bezirken Wiens, in dem ganzen Lande zur Mobilisierung der Massen und Führung des Kampfes, Arbeiter- und Bauernregierung!“⁵⁰

In einem am Dienstag, den 19. Juli veröffentlichten Aufruf aus Anlaß des Abbruchs des Verkehrstreiks durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung charakterisierte die KPÖ die Ereignisse des Freitags als „heldenhafte(n) Aufstand“. Während die Partei bis zu diesem Zeitpunkt Forderungen aufgestellt hatte, deren Verwirklichung durch den Generalstreik erzwungen werden hätte können, propagierte sie nun den Kampf um die Diktatur des Proletariats: „Der Juli-Aufstand hat mit einer vorläufigen Niederlage geendet. Schafft die Voraussetzungen für den kommenden siegreichen Aufstand, für die siegreiche Revolution!“⁵¹ Welche Faktoren diesen Umschwung in der Parteiführung herbeigeführt haben, ist nicht bekannt.

Ihn mit den Gesprächen des Organisationssekretärs der KPD, Wilhelm Pieck, mit führenden Funktionären der KPÖ am Sonntag in Verbindung zu bringen, ist unrichtig. Wilhelm Pieck war in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Roten Hilfe Deutschlands am Sonntag um 1 Uhr, aus Bratislava kommend, in Wien eingetroffen, um eine internationale Hilfsaktion für die Verwundeten und Hinterbliebenen einzuleiten. (Diese Aktion nahm in den darauffolgenden Monaten große Ausmaße an, Kinder von Juli-Opfern kamen zur Erholung nach Deutschland, Verwundete konnten in sowjetische Sanatorien fahren.) Bereits am frühen Montagmorgen war Pieck von der Wiener Polizei verhaftet worden. Aus den bei ihm gefundenen Aufzeichnungen⁵² geht hervor, daß er am Sonntag zwar über die Frage der Bildung von Arbeiterräten mit den österreichischen Genossen diskutierte, der Begriff „Aufstand“ spielte jedoch keine Rolle. Ein Hinweis auf den Inhalt dieser Gespräche ist auch die Schreibweise in der Sondernummer der „Roten Fahne“ vom Montag: Die Losung der „Arbeiterräte“ wurde darin nicht vertreten, Wilhelm Pieck hatte sich an Ort und Stelle überzeugen können, daß eine solche Orientierung unrealistisch war und nicht dem Charakter der Straßenkämpfe entsprach. Als die Ereignisse in der „Roten Fahne“ zum erstenmal als „Aufstand“ bezeichnet wurden, saß Wilhelm Pieck schon seit mehr als 24 Stunden im Polizeigefängnis. Die entscheidenden Diskussionen in der Parteiführung fanden — am Montag — ohne ihn statt. Dabei bildete sich eine Mehrheit für die Klassifizierung der Ereignisse als „Aufstand“. Gleichzeitig wurde seine Niederschlagung als Beginn der faschistischen Diktatur gewertet: „Der kopflose Parteivorstand (der SDAP) setzt den Faschismus in den Sattel“⁵³ hieß es in dem erwähnten Aufruf des ZK, der am 19. Juli publiziert wurde. Auf der Linie dieser Beschlüsse lag auch die Rede Johann Koplenigs beim Begräbnis am 20. Juli, wegen der er verhaftet und des Hochverrats angeklagt wurde. Vor allem unter dem Einfluß Friedl Fürnbergs, der unmittelbar darauf eine umfangreiche Broschüre über die „Julikämpfe“⁵⁴ verfaßte, in der auch die Falschmeldungen Willy Schlamms richtiggestellt wurden, korrigierte die Parteiführung binnen kurzem diese Fehleinschätzung.

Am 22. Juli veröffentlichte die von Nikolai Bucharin redigierte Moskauer „Prawda“ einen Leitartikel, in dem es hieß: „Der Aufstand des Wiener Proletariats ist unterdrückt worden. Die Konterrevolution hat triumphiert, weil die Sozialdemokraten . . . der Bourgeoisie geholfen haben, . . . die revolutionäre Aktion des Proletariats mit Militärgewalt zu unterdrücken.“ Die kommunistischen Parteien wurden aufgefordert, „in ihrem Kampf für die Heranziehung der radikal werdenden Arbeiter auf die Seite der proletarischen Revolution . . . keinen Augenblick lang (zu) vergessen, daß die ‚linken‘ Sozialdemokraten die *gefährlichsten* Feinde des Kommunismus sind“.⁵⁵ Bucharin zeigte damit die politische Stoßrichtung, die er mit der Klassifizierung der Wiener Ereignisse als „Aufstand“ verband.

„Aufstand“ ist eine in der marxistischen Terminologie klar definierte

politische Kategorie. Von spontanen Massenaktionen unterscheidet sich der Aufstand dadurch, daß er Resultat der organisierenden Tätigkeit einer Partei oder einer anderen politischen Gruppe ist. Während über solche theoretische Fragen auch bei führenden Funktionären der KPÖ Unklarheiten bestanden, war den Mitgliedern des EKKI selbstverständlich bekannt, daß die marxistischen Klassiker den Aufstand, um die Wichtigkeit des organisierenden Faktors hervorzuheben, sogar als „Kunst“ bezeichnet hatten. Andererseits ging aber aus allen Berichten der spontane Charakter der Wiener Ereignisse deutlich hervor. Die ultralinken Kräfte in der Komintern-Führung, zu deren Sprecher sich der Vertreter der KPdSU im EKKI, Nikolai Bucharin, machte, umgingen diesen Widerspruch durch die Einführung einer neuen politischen Kategorie — des „spontanen Aufstands“. Deren einziger Wert war, daß mit ihrer Hilfe die Straßenkämpfe in Wien als Bestätigung für die unrichtige Analyse herangezogen werden konnten, wonach sich das Proletariat nicht in der Defensive, sondern in der Offensive befinde und eine neue Runde von Kriegen und Revolutionen bevorstehe. Aus der Klassifizierung der Wiener Ereignisse als „Aufstand“ folgte notwendigerweise eine grundsätzliche Kritik an der Politik der KPÖ, die weder die Losung der Bildung von Arbeiterräten ausgegeben noch die Machtfrage gestellt hatte.

Diese Kritik veranlaßte das Zentralkomitee der KPÖ, die Politik der Partei in den Julitagen zu analysieren. Das Ergebnis dieser intensiven Diskussionen war ein den Leitungsgremien der Komintern vorgelegtes Papier, in dem daran erinnert wurde, daß der II. Weltkongreß der KI eindeutig festgelegt hatte, unter welchen Bedingungen Kommunisten auf die Bildung von Arbeiterräten zur Eroberung der Macht drängen müßten. Diese Bedingungen seien in Wien aber nur zu einem kleinen Teil erfüllt gewesen. Da Johann Koplenig im Gefängnis saß, wurde der erst 25jährige Friedl Fürnberg, der zeitweise in Moskau in der Führung der Kommunistischen Jugendinternationale tätig war, damit beauftragt, die KPÖ in der vom EKKI am 6. August eingesetzten Kommission zu vertreten. Als die Kommission dem Präsidium des EKKI am 16. September im Ergebnis der Diskussionen einen Resolutionsentwurf vorlegte, erläuterte Friedl Fürnberg noch einmal seinen abweichenden Standpunkt. Nikolai Bucharin meinte, es sei eine „absolut falsche Einschätzung“⁵⁶ ein Aufstand müsse immer organisiert sein. Er räumte ein, daß in Wien nicht alle von der KI festgelegten Voraussetzungen für die Bildung von Arbeiterräten erfüllt gewesen seien, doch „das, was fehlt, . . . wird tausendmal kompensiert in der Tatsache des Aufstandes“.⁵⁷ Einzig der Wille zur Machtergreifung seitens der Kommunisten habe gefehlt. Fürnberg hielt eine derartige Verabsolutierung des spontanen Faktors für „eine Unterschätzung der Rolle der kommunistischen Partei“⁵⁸ außerdem liege dem eine Überschätzung der Wiener Ereignisse zugrunde. An der Sitzung des EKKI-Präsidiums beteiligten sich auch zwei führende Funktionäre der Kommunistischen Jugendinternationale, Generalsekretär Lasar Schatzkin und sein

engster Mitarbeiter, der Österreicher Richard Schüller (der nach seiner Rückkehr nach Österreich 1928 Chefredakteur der „Roten Fahne“ wurde). Schüller kritisierte ebenfalls die Politik der KPÖ-Führung in den Julitagen mit ultralinken Argumenten, unterstützte aber Fürnbergs Forderung, die Resolution müsse — angesichts der Bedeutung der bisherigen SP-Propaganda von einer unmittelbar bevorstehenden Machtübernahme — einen Passus über den Verzicht des Gedankens einer sozialdemokratischen Regierung durch die SDAP enthalten. Lasar Schatzkin vertrat die Auffassung, die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen würden jetzt in Österreich zu einer Radikalisierung des Proletariats führen. Friedl Fürnberg setzte ihm auseinander, daß man unterscheiden müsse zwischen den nun günstigeren Bedingungen der Gewinnung enttäuschter Sozialdemokraten für die KPÖ und den Kampfbedingungen für die Arbeiterbewegung insgesamt, die sich durch die Machtverschiebung zugunsten der Bourgeoisie verschlechtert hatten.

Im Ergebnis dieser Diskussion wurde die „Resolution des Präsidiums des EKKI über den Wiener Juli-Aufstand“ noch einmal gründlich überarbeitet. Am 23. September lag das Ergebnis vor, mit dem Friedl Fürnberg zurück nach Wien fuhr, um es dem ZK der KPÖ, das am 2. Oktober zu einer Plenartagung zusammentrat, zu unterbreiten. Das Zentralkomitee billigte die Resolution, die am 8. Oktober in der Wiener „Roten Fahne“ und am 14. Oktober in der „Inprekorr“ veröffentlicht wurde.

Die Resolution bezeichnete die „Behauptung einiger Genossen“, der 15. Juli sei „nur eine Massenerhebung, aber kein Aufstand“ gewesen, als „opportunistische(n) Fehler“: Der als spontane Massenbewegung begonnene Aufstand hätte „schließlich zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft und zur Diktatur des Proletariats“ führen können.⁶⁰ Das EKKI anerkannte, „daß die KPÖ sich in den Juli-Kämpfen gut gehalten hat“, und wies die Anschuldigungen einiger ultralinken Kritiker, wonach die Partei während der Ereignisse „nicht zu sehen war“, zurück, kritisierte aber die Losung der „Kommunalisierung der Polizei“ und vor allem die nicht erfolgte Ausgabe der Losung der Arbeiterräte.⁶⁰ Auch habe die KPÖ die Sozialdemokratie nicht schonungslos genug attackiert. Die Verschärfung der Agitation gegen die SDAP-Führung stellte das EKKI an die erste Stelle der nunmehrigen Hauptaufgaben der Partei, weiters wurden die österreichischen Kommunisten aufgefordert, in den Gewerkschaften einen „linken Flügel“ zu schaffen, „der alle mit der reformistischen Gewerkschaftspolitik unzufriedenen Arbeiter zusammenfaßt“; auch die „linken Arbeiter des Schutzbundes“ sollten zusammengefaßt und mit der Vorbereitung eines österreichischen Roten Frontkämpferbundes (nach dem Vorbild des deutschen RFB) begonnen werden.⁶¹

Der letzte Punkt berücksichtigte zu wenig, daß der österreichische Republikanische Schutzbund nicht — wie etwa das von der SPD mitgetragene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold — eine linksbürgerliche, sondern eine

proletarische Wehrformation war. Die Orientierung auf eine eigene, von den Kommunisten geführte Selbstschutzorganisation lag somit auf derselben Ebene wie der Aufbau eigener kommunistischer Gewerkschaften. Bis zum Erscheinen der EKKI-Resolution hatte im ZK der KPÖ die Orientierung auf eine Spaltung des Republikanischen Schutzbundes keine Mehrheit gefunden. Für den nun begonnenen Aufbau eines österreichischen RFB war aber auch die nach den Juli-Ereignissen eingeleitete Militarisierung des Republikanischen Schutzbundes verantwortlich. Diese lief auf eine Disziplinierung der Schutzbündler und ihre Degradierung zu einer Truppe des sozialdemokratischen Parteivorstands hinaus, eine Mitarbeit von Kommunisten war nicht mehr möglich. Am 28. Jänner 1928 fand die Gründungsversammlung des österreichischen RFB statt, als Redner hatte die KPÖ den Vorsitzenden des RFB Deutschlands, Ernst Thälmann, gewinnen können. Da die Vereinspolizei die Konstituierung untersagte, wurde der RFB als „Arbeiterwehr“ neu gegründet. Die Arbeiterwehr erfaßte bei ihrem Verbot 1933 rund 3000 Kommunisten und Parteilose, die sich, je nach den lokalen Gegebenheiten, teilweise in die Kämpfe des Februar 1934 einschalten konnten.

Nach ihrer Annahme durch das Zentralkomitee war die EKKI-Resolution auch Gegenstand von Sitzungen verschiedener Parteileitungen auf unterer Ebene sowie von Funktionärskonferenzen. Dabei unternahmen ultralinke Kräfte — so auf der Wiener Stadtdelegiertenkonferenz am 22./23. Oktober 1927 eine Gruppe um den Leiter der Arbeiterbuchhandlung Johannes Wertheim — den Versuch, der Partei unter Berufung auf die EKKI-Resolution die Orientierung auf die unmittelbare organisatorische Vorbereitung der Revolution in Österreich aufzuzwingen. Eine Reichskonferenz am 17. und 18. Dezember 1927 bestätigte aber die Linie des Zentralkomitees.

Noch vor der Rückkehr Friedl Fürnbergs nach Wien hatte Willy Schlamm für das ZK-Plenum am 2. Oktober einen Resolutionsentwurf vorgelegt. Darin wurde der 15. Juli als „eine aus der spontanen Protestaktion des Wiener Proletariats durch das Eingreifen des bewaffneten Staatsapparats entstandene Massenerhebung“ bezeichnet. Diese Massenerhebung sei zwar „ein Symptom für den wachsenden Widerstandsgeist der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Offensive“, es sei aber falsch, „die Massenerhebung als Beweis für eine am 15. Juli gegebene oder durch ihn herbeigeführte unmittelbar revolutionäre Situation anzusehen, die die Voraussetzung für den Kampf um die Diktatur, für den bewaffneten Aufstand bot“.⁶² Der Thesenentwurf Schlamms berücksichtigte bei der Einschätzung der SDAP auch, daß der Kurs Otto Bauers nicht nur auf Widerstand durch Arbeiter, die nach links gingen, stieß, sondern sich dagegen auch eine rechte Strömung um Karl Renner formierte (was kurze Zeit später auf dem SDAP-Parteitag bestätigt wurde). Gleichzeitig wärmte er aber die alte Theorie vom angeblichen „Ohnmachtsgefühl“ der österreichischen Arbeiter wieder auf: Die Nieder-

lage am 15. Juli habe zu „einer allgemeinen Depression“ im Proletariat geführt. Diese Einschätzung stand im Widerspruch zu solchen Tatsachen wie der verbreiteten Stimmung „Das nächste Mal mit der Waffe in der Hand!“ oder der Herausbildung einer Opposition in der SDAP um die Redakteurin Ilona Duczynska-Polányi. Auch die Kampagne von KPÖ und Roter Hilfe zur Freilassung der Verhafteten stieß auf Widerhall.

Obwohl die Thesen Schlamms, denen sich im weiteren Verlauf der Diskussion die Gründungsmitglieder der KPÖ Gustav Schönfelder und Jakob Riehs sowie der als Instruktor in die Obersteiermark entsandte Parteifunktionär Gustav Wegerer anschlossen, eine ganze Reihe richtiger Kritikpunkte enthielten, wurden sie von der übergroßen Mehrheit des Zentralkomitees abgelehnt. Das hatte mehrere Gründe. Zunächst wirkte der Verfasser der Thesen, Willy Schlamm, in höchstem Maße unglaubwürdig — es war erst ein halbes Jahr her, daß er der Partei die offenkundig falsche Theorie vom „Ohnmachtsgefühl“ der österreichischen Arbeiter aufdrängen hatte wollen; und die Bezeichnung „Aufstand“, gegen die er jetzt polemisierte, war von ihm selbst in die Welt gesetzt worden. Weiters existierte im Zentralkomitee, wie erwähnt, auch eine ultralinke Minderheit, die nicht ganz ohne Einfluß war, zumal sie sich auf einen international so bekannten österreichischen Kommunisten wie Richard Schüller stützen konnte. Der Hauptgrund lag aber in dem auf den vorangegangenen Seiten ausführlich dargestellten Entscheidungsprozeß, der zur Verabschiedung der EKKI-Resolution geführt hatte. Die mit der Annahme dieser Resolution durch das Zentralkomitee eingeleitete Wendung der KPÖ nach ultralinks war der Partei von der Komintern nicht aufgezwungen worden, sondern war Ergebnis eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses. Innerhalb der österreichischen Parteiführung gab es — wie der Aufruf des ZK vom 19. Juli bewies — keine eindeutige Mehrheit für eine bestimmte Einschätzung des 15. Juli. Damit war die übergeordnete Leitung — das EKKI — am Zug. Friedl Fürnberg war zwar mit einem Mandat des österreichischen Zentralkomitees ausgestattet, doch lagen dem Exekutivkomitee mit den Berichten Schlamms und dem erwähnten Aufruf des ZK auch andere Stellungnahmen der KPÖ vor; die beiden Österreicher, die an den Präsidiumssitzungen des EKKI teilnahmen, Friedl Fürnberg und Richard Schüller, vertraten in der entscheidenden Frage entgegengesetzte Standpunkte. Die vom Exekutivkomitee der Komintern getroffene Entscheidung war, wie sich im Laufe der weiteren Entwicklung herausstellte, in wesentlichen Punkten falsch. Sollte der demokratische Zentralismus innerhalb der Kommunistischen Internationale funktionieren, so mußte sie dennoch akzeptiert werden. Erst wenn sich in der politischen Praxis ihre Unrichtigkeit erwies, konnte sie neuerlich zur Diskussion gestellt werden. Es war daher für die meisten Mitglieder der KPÖ selbstverständliche Parteidisziplin, sich in der künftigen politischen Arbeit an den Richtlinien der EKKI-Resolution zu orientieren. Als sich die Minderheit des Zentralko-

mites im Laufe des Jahres 1928 dagegen als Opposition formierte, wurde in vielen Grundorganisationen ihr Ausschluß verlangt.

Die 1929/30 weiter verschärften ultralinken Momente in der Politik der Komintern behinderten die kommunistische Weltbewegung bei der Zusammenfassung aller fortschrittlichen Kräfte im Kampf gegen die Offensive des Kapitals und die Gefahr des Faschismus in einer Zeit, da hunderttausende Sozialdemokraten mit dem rechten Kurs ihrer Parteiführungen in Konflikt gerieten und ein beträchtlicher Prozentsatz unter ihnen den reformistischen Parteien den Rücken kehrte. Doch diese Politik war kein Resultat eines „Befehls aus Moskau“, sondern wurzelte letztlich in den noch nicht überwundenen Schwächen der nationalen kommunistischen Parteien selbst. Die politische Linie wurde vom EKKI erarbeitet — doch erfolgte der Meinungsbildungsprozeß unter direkter Beteiligung der meisten Sektionen der KI, darunter auch der KPÖ. Auf Grund der Signalwirkung des 15. Juli trugen die österreichischen Kommunisten eine besondere Mitverantwortung für diese Fehlentwicklung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung.

Der erste organisierte Vorstoß des Faschismus

Die Heimwehren nach dem 15. Juli

Das „erfolgreiche“ Auftreten der Heimwehren in Tirol und in der Steiermark machten den herrschenden Klassen Österreichs den Wert der Heimwehren klar. Die reaktionäre Propaganda vom „brandstiftenden Mob“ im Roten Wien erzeugte in breiten Kreisen kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten Ängste, die die Heimwehren für sich auszunützen verstanden. Den Faschisten strömten, wie sich ein ehemaliger Heimwehrlere erinnerte, nach der Niederlage der Arbeiterklasse am 15. Juli „Menschen, Sympathien und vor allem Geld zu“.⁶³

Um den Erwartungen gerecht zu werden, die die Herrschenden mit der Förderung der Heimwehren verbunden, war es nötig, die Zersplitterung innerhalb der faschistischen Organisationen zu überwinden. Die Vorreiterrolle hatte der Verband der alpenländischen Heimwehren, zum einen, weil er schon eine Dachorganisation darstellte, zum anderen, weil zwei „alpenländische“ Verbände, die Tiroler Heimwehr und der Steirische Heimatschutz, sich in den Julitagen besonders hervorgetan hatten. Auf einer Konferenz am 14. und 15. Oktober in Baden bei Wien, bei der auch führende Christlichsoziale, ferner Delegierte ultrarechter Verbände aus Deutschland und Ungarn sowie Gäste aus dem faschistischen Italien anwesend waren, schlossen sich die Heimwehren der drei östlichen Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie weitere faschistische Organisationen der vom Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle geleiteten „alpenländischen“ Dachorgani-

sation an und bildeten den Bund der österreichischen Selbstschutzverbände. In der Öffentlichkeit blieb jedoch weiterhin die Bezeichnung „Heimwehren“ üblich. Außerhalb des Bundes blieben die Frontkämpfer, die nun rasch an Bedeutung verloren, sowie die Nationalsozialisten. In der Steiermark gelang es jedoch Walter Pfrimer, die Grazer Frontkämpfervereinigung in den Steirischen Heimatschutz zu integrieren; auch zu den Nazis unterhielten einige Mitarbeiter Pfrimers enge Beziehungen. Abgesehen vom steirischen Sonderfall gab es ab nun zwei Richtungen des Faschismus in Österreich, denen sich die verschiedenen Splittergruppen nach und nach eingliederten: die Heimwehrbewegung und die NSDAP, die eine Unterabteilung der deutschen Nazi-Partei darstellte.

In der zweiten Oktoberhälfte 1927 schloß die Führung des Deutschen Turnerbundes, der mit 26.000 Mitgliedern eine respektable Kraft darstellte, mit den Heimwehren ein Abkommen über die Bewaffnung der Turner.

Richard Steidle ließ keinen Zweifel über den politischen Zweck des Zusammenschlusses: „... wir werden uns nicht scheuen, mit Gewalt alles niederzuringen, was uns entgegentritt, denn wir haben heute die Regierung hinter uns“,⁶⁴ erklärte er in Baden. Durch ein Abkommen mit der Gendarmrie sei der Kontakt zur staatlichen Exekutive gesichert — man habe auf beiden Seiten Vertrauenspersonen benannt. Über die Waffen der Faschisten wisse die Regierung Bescheid. Da die Heimwehrmänner noch Mängel in der Ausbildung aufwiesen, habe das Bundesheer Schießplätze zur Verfügung gestellt.

Bei allem Hang zu großsprecherischem Auftreten — diesmal übertrieb Steidle nicht. Wenige Tage später sprach der Bundeskanzler auf einem Festabend des „Canisius-Werks“, einer Institution zur Förderung des Priester Nachwuchses, benannt nach einem 1925 heiliggesprochenen Jesuitenpater, der sich zur Zeit der Gegenreformation als militanter Streiter für die katholische Kirche hervorgetan hatte. Ignaz Seipel verlieh dem Treiben der Heimwehren die Weihe eines apokalyptischen Endkampfes gegen den Antichrist: „Wenn sich die Geister in zwei Heerlager scheiden, in das Heerlager Christi und in das Heerlager der Widersacher Christi, dann gibt es einen Kampf...“ Er beschwor seine Zuhörer, sich nicht einschüchtern zu lassen, keinen „Frieden zu suchen, der diesen Namen nicht verdient“ und forderte sie demgegenüber auf, dem Volk die Entscheidungsfrage zu stellen, ob es für Christus oder für die Widersacher Christi sei. Die Religion dürfe keine Privatsache sein, die Fahne Christi müsse „auch im öffentlichen Leben“ aufgepflanzt werden. Und Seipel machte klar, daß er darunter nicht nur die Abhaltung von Bittgottesdiensten verstand: „Wenn wir die Widersacher Christi aufmarschieren sehen mit besser organisierten und bewaffneten Gruppen, dann müssen wir nun alles tun, um die Mängel unserer eigenen Ausrüstung und Organisation zu beheben.“⁶⁵

Die Juli-Prozesse

„Prälat ohne Milde“ wurde Bundeskanzler Ignaz Seipel genannt, nachdem er im Nationalrat in der Regierungserklärung zu den Ereignissen des 15. Juli jede Amnestieforderung zurückgewiesen hatte: „Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, was den Opfern und den Schuldigen an den Unglückstagen gegenüber milde erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik.“⁶⁶

„In der Tat: die Republik ist verwundet“, konterte die „Rote Fahne“, „aber nicht durch die kämpfenden Arbeiter, sondern durch die Salven der Polizei...“⁶⁷ Die „Arbeiter-Zeitung“ spielte auf Seipels Scheu an, bisher das Wort „Republik“ auch nur in den Mund zu nehmen: „Seitdem in der Republik geschossen wird, fängt sie an, ihm wert zu werden.“⁶⁸

„Keine Milde“ — das hieß in erster Linie Entfesselung einer Kampagne zur Denunziation vermeintlicher „Aufrührer“, überall schnüffelte die Polizei herum, um „Brandstifter“ zu suchen, mißgünstige Nachbarn verleumdeten Unschuldige, das Naderertum blühte. Beim Einsperren war die Polizei sehr schnell. Konnte man keine Anklage zurechtzimmern, so wurde (oft nach mehreren Wochen!) mit einem bedauernden Achselzucken die Gefängnistür wieder geöffnet, ohne daß die Betroffenen Anspruch auf Entschädigung hatten. Die blauen Flecken von den „Verhören“ waren zu diesem Zeitpunkt schon wieder verschwunden... (Fast 60% der mehr als 1300 Verhafteten mußten wieder freigelassen werden.) Diese Verhaftungswelle war für die Polizei ein willkommener Anlaß, gleich auch unter den Emigranten aus Italien, Ungarn und den Balkanländern „aufzuräumen“, die in den Baracken der Roten Hilfe in Grinzing und im Arsenal hausten.

Hauptangriffsziel des Verfolgungsfeldzugs war die Kommunistische Partei, deren Zentralorgan zuerst fast täglich, dann durchschnittlich einmal in der Woche beschlagnahmt, deren Mitgliederversammlungen und Sitzungen von der Polizei aufgelöst wurden. Am Tag nach dem Begräbnis wurde im Sekretariat der Partei in der Alser Straße eine neuerliche Hausdurchsuchung vorgenommen. Johann Kopenig wurde verhaftet und wegen der dort gefundenen Telegramme an die Bundesländerorganisationen, in denen zur Abwehr des „Provinzvorstoßes“ des Faschismus aufgefordert worden war, des Hochverrats sowie wegen seiner Rede an den Gräbern der Opfer wegen Aufwiegelung angeklagt. Außer Kopenig wurden zwei weitere Spitzenfunktionäre und 25 Wiener Bezirksfunktionäre verhaftet.

Nachdem eine englische Zeitung gemeldet hatte, die britische Regierung erwäge eine neue Anleihe an Österreich, falls man sich dort zu einem schärferen Vorgehen gegen die Kommunisten entschließe, apportierte konservative Blätter in Österreich sofort mit der Forderung nach einem Verbot der KPÖ.

Am 3. September begannen die Prozesse gegen die „Juli-Demonstranten“. In diesen Prozessen zeigte sich, wie berechtigt der Protest gegen die bürgerliche Klassenjustiz gewesen war. Selbst geringfügige Delikte der Demonstranten wurden mit einer drakonischen Härte geahndet, die in schreiendem Gegensatz zu den Freisprüchen und Bagatelldelikten für die Ermordung von Birnecker, Still, Kovarik, Müller und der beiden Schattendorfer Opfer standen. Der Charakter der Juli-Prozesse wird noch offenkundiger, wenn man berücksichtigt, daß die skandalösesten Urteile nicht von Laienrichtern, sondern von Berufsrichtern — als Vorsitzende von Schöffensenaten — gefällt wurden; vor Geschworenengerichten wurde nur gegen diejenigen verhandelt, die des „Aufbruchs“ und anderer Verbrechen gegen den Staat angeklagt waren. Diese Schwurgerichtsprozesse begannen Mitte November und fanden im Prozeß gegen den Reichssekretär der KPÖ, Johann Kopenig, am 9. Jänner 1928 ihren Höhepunkt.

Die Hochverratsanklage hatte sich nicht aufrechterhalten lassen, doch wurde Kopenig wegen des ersten Flugblatts der KPÖ zu Mittag des 15. Juli der Anstiftung zum Hochverrat („versuchte Verleitung zum Aufstand“) beschuldigt; die Rede auf dem Zentralfriedhof stellte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft eine „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ und eine „Verherrlichung gesetzlich verbotener Handlungen“ dar.

Kopenig drehte den Spieß um und beschuldigte die Seipel-Regierung des Hochverrats, weil sie mit ihren Plänen zur Einrichtung eines „Wirtschaftsparlaments“ das Parlament beseitigen wolle und beabsichtige, die Arbeiterschaft aus dem politischen Leben auszuschalten. Sie bediene sich dazu des Mittels der systematischen Provokation, „mit dem Ziel, im Moment, wo sich die Arbeiterschaft gegen diese Herausforderungen zur Wehr setzt, mit bewaffneter Gewalt die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Das ist das System des Faschismus“, meinte Kopenig. Das Verhalten von Regierung und Polizei am 15. Juli sei vorbedachter Mord gewesen — er klagte die Seipel-Regierung aber auch an „wegen Verherrlichung gesetzlich verbotener Handlungen, indem sie die Polizisten dekoriert, ihnen gedankt und Auszeichnungen gegeben hat. Das ist die Verherrlichung des Mordes.“⁶⁹

Kopenig, der den Geschworenen ausführlich die Politik der KPÖ in den Julitagen darlegte, wurde freigesprochen.

Der Hüttenberger Pakt

Am augenscheinlichsten war die Unterstützung der Faschisten durch das Großkapital im Bereich des in deutschem Besitz befindlichen Konzerns der Alpine-Montan-Gesellschaft, zu dem damals nicht nur die obersteirischen Berg- und Hüttenbetriebe, sondern auch Bergwerke in der Weststeiermark und in Kärnten gehörten. Hier erfolgte der erste massive Vorstoß der Reaktion nach der Niederlage der Arbeiterklasse am 15. Juli. Im Herbst 1927

verstärkten die Werkdirektionen der Alpine den Druck auf sozialistische und kommunistische Arbeiter. Unter Umgehung der staatlichen Arbeitsvermittlung (in einigen Fällen aber sogar in Abstimmung mit ihr!) wurden fast ausschließlich solche Arbeiter neu aufgenommen, die vorher der Heimwehr beigetreten waren. Innerhalb der Betriebe wurden die Heimwehrlere in jeder Hinsicht bevorzugt — sie bekamen Urlaub für ihre Aufmärsche und konnten in einigen Betrieben sogar Schießübungen abhalten. Die Freien Gewerkschaften erfaßten in der Alpine in kurzer Zeit nur noch rund 20 Prozent der Belegschaften. Für den 8. Jänner 1928 beriefen die freigewerkschaftlichen Verbände der Metall- und Bergarbeiter eine Konferenz nach Leoben ein, um Maßnahmen dagegen zu beraten. Die Leobner Konferenz beschloß die Gründung eines Interessenschutzverbands der Metall- und Bergarbeiter. Seine Aktivitäten sollten sich aber in der Agitation unter den Arbeitern gegen die Heimwehren und in der Aufklärung der Alpine-Gewaltigen und der Behörden beschränken, obwohl die Konferenz unzählige Beweise für das Zusammenwirken dieser Institutionen mit den Heimwehren erbracht hatte.

Ende Jänner richtete die Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPÖ an die obersteirischen Kommunisten auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz die Aufforderung, in den Betrieben, in den Freien Gewerkschaften, aber auch im Republikanischen Schutzbund für die Verwirklichung dieser Beschlüsse einzutreten, „den Proletariern das Vertrauen zu ihrer Kraft wiederzugeben“. Da sich der Stoß der Faschisten in erster Linie gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen richte, sei ihre Stärkung besonders vordringlich. „Die Kommunisten sind Mitglieder der Gewerkschaften nicht aus Sympathie zu den Gewerkschaftssekretären. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß mit der heutigen Taktik der Gewerkschaftsführung nur sehr wenig Erfolge für die Arbeiterschaft zu erzielen sind. Aber gerade deshalb, weil die Kommunisten die einzigen sind, die die Gewerkschaftsorganisationen zu Kampforganisationen umgestalten können . . . , müssen die Kommunisten ausnahmslos in die Gewerkschaften hinein. Die Kommunisten müssen die Möglichkeit haben, nicht nur von draußen, sondern in erster Linie innerhalb der Gewerkschaften für die Interessen der Proletarier eintreten zu können.“ Die Gewerkschaftsabteilung schlug vor, die Schaffung von Werbe- und Aktionskomitees in den Betrieben auf die Tagesordnung von Betriebsrats- und Gewerkschaftssitzungen zu stellen, um die Unorganisierten erfassen zu können. Diese Komitees sollten abteilungsweise organisiert werden, womit die Partei hoffte, den hemmenden Einfluß führender Gewerkschaftsfunktionäre ausschalten zu können. Sollten diese aber derartige Komitees ablehnen, müsse man damit in die Öffentlichkeit gehen. Wichtig sei die Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben, um ihnen klarzumachen, daß, „wenn sie nicht in die Gewerkschaft gehen, wenn die Arbeiter nicht selbst ihre Organisation stärken und ausbauen . . . , die Gewerkschaftsführer infolge ihrer Passivität die Zerschlagung der Gewerkschaften nicht aufhalten können“.⁷⁰

Der Leobner Bezirkssekretär der Partei, Gustav Wegerer, hatte Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Direktive. Die Mehrheit der obersteirischen Kommunisten war gewerkschaftlich nicht organisiert und weigerte sich, den Freien Gewerkschaften beizutreten. In Anlehnung an den von der Sozialdemokratie beschlossenen Interessenschutzverband wollte man — unter kommunistischer Führung — eigene Unterstützungsvereine für die Freien Gewerkschaften schaffen. Wegerer ließ derartige Stimmungen gewähren, gleichzeitig schrieb er ein Memorandum an die führenden Instanzen der Freien Gewerkschaften, in dem er sich über die antikommunistische Politik der Ortsgruppen des Metall- sowie des Berg- und Hüttenarbeiterverbands beklagte — ohne für dieses Memorandum in den Betrieben zu werben, im Gegenteil: Damit das Memorandum von der Gewerkschaftsführung besser aufgenommen würde, sorgte er dafür, daß die Genossen in den Betrieben Angriffe auf die Sozialdemokratie einstellten. Das Memorandum hatte keinerlei Wirkung, in sozialdemokratischen Versammlungen wurde weiterhin eine Zerschlagung der kommunistischen Zellen verlangt. Der Terror der Faschisten ging inzwischen weiter, in steigendem Maß traten nun auch sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, um Arbeit, Einkommen und Werkwohnung nicht zu verlieren, der Heimwehr bei. Der freigewerkschaftliche Interessenschutzverband stand auf dem Papier, die Kommunisten konnten — da sie mehrheitlich außerhalb der Gewerkschaften blieben — ebenfalls keine wirksamen gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen erzwingen.

Im März 1928 holte die Alpine-Direktion im Werk Seegraben (bei Leoben) zum großen Schlag aus: 125 Arbeiter wurden gekündigt, darunter 80 Kommunisten, zwei Drittel der Parteizelle im Betrieb. Das ZK verlangte die sofortige Auslösung eines Streiks gegen diese Willkürmaßnahme. Zwar hatten zwei von der KPÖ organisierte Belegschaftsversammlungen, zu denen insgesamt rund 700 (von 1700) Arbeiter erschienen waren, einen Streikbeschluß gefaßt, doch hielt die Bezirksleitung unter Gustav Wegerer eine erfolgreiche Führung des Kampfes ohne Unterstützung der Freien Gewerkschaft für nicht möglich: 40 im Betrieb verbliebene Kommunisten und knapp 250 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter standen rund 500 Faschisten gegenüber. Die Kommunisten empfahlen in den Belegschaftsversammlungen daher, der Direktion ein dreitägiges Ultimatum zu stellen, um Zeit für Verhandlungen mit dem freigewerkschaftlichen Berg- und Hüttenarbeiterverband zu gewinnen. Dieser lehnte jedoch ab und gab sogar ein Flugblatt gegen den Streik heraus. Bei der dritten Betriebsrätekonferenz, nach Ablauf des Ultimatums, erschienen nur noch 100 Arbeiter, woraufhin die Partei auf die selbständige Auslösung des Streiks verzichtete. Eine Betriebsrätekonferenz der Freien Gewerkschaften am 6. April in Leoben nahm den Vorfall zwar zum Anlaß, um neuerlich eine Resolution gegen den Vormarsch des

Der Hüttenberger Pakt

„In der Erkenntnis, daß das kameradschaftliche Zusammenarbeiten der Arbeiter im Betrieb eine wichtige Voraussetzung des Betriebserfolges ist, stimmen der Stahlwerksverband einerseits und der Österreichische Metallarbeiterverband und der Verband der Bergarbeiter andererseits darin überein, daß die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder einer Gewerkschaft weder einen Grund für die Verweigerung der Aufnahme eines Arbeiters in einen Betrieb oder für seine Entlassung aus einem Betrieb, noch für eine Benachteiligung eines Arbeiters durch den Unternehmer, seine Beamten oder die Arbeitskollegen anderer Richtung bilden darf. Das gleiche gilt von der Zugehörigkeit zu sonstigen Vereinigungen, welcher Einstellung oder Art immer.

Nach den bestehenden Gesetzen steht den Unternehmern das Recht der freien Arbeiteraufnahme zu; die Unternehmer sind jedoch bereit, sich auch der Arbeitsvermittlung des staatlichen Arbeitsnachweises zu bedienen.“

(Unterfertigt am 25. Mai 1928)

Faschismus in den Alpine-Betrieben zu beschließen, Maßnahmen wurden jedoch keine gesetzt.

Als aber fünf Wochen später im Kärntner Alpine-Betrieb Hüttenberg gekündigte Arbeiter aus den Werkwohnungen delogiert, zehn alte Arbeiter, die sich weigerten, der Heimwehr beizutreten, niedriger eingestuft und schließlich drei freigewerkschaftliche Betriebsräte gekündigt wurden, traten am 10. Mai 550 Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsführung in den Streik. Mitte Mai streikten Alpine-Arbeiter zwischen dem steirischen Erzberg und Bleiberg in Kärnten, meist in Form von Teilstreiks, da die Alpine-Direktion, die mit Aussperrung aller Arbeiter drohte, den Betrieb mit Streikbrechern aufrechterhielt. Die KPÖ forderte auf Flugblättern, den Streik lückenlos durchzuführen. Die Vorständekonferenz aller Freien Gewerkschaften ermächtigte die Führung, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Am 19. Mai trat eine Konferenz von Alpine-Betriebsräten und Metallarbeitergewerkschaftsfunktionären zusammen, die als wichtigste Forderungen die Einstellung der Agitation für den Heimatschutz und die Aufnahme von Arbeitern nur über die staatlichen Arbeitsvermittlungsstellen beschloß, um das Zusammenspiel von Konzernleitung und Heimatschutz zu durchkreuzen. Obwohl sich die Streikfront verbreiterte (so wurde zum Beispiel auf dem gesamten Erzberg gestreikt), schlossen Vertreter der Gewerkschaftsführung mit der Konzernleitung und dem Stahlwerkeverband am 24. Mai in Hüttenberg einen Kompromiß, in dem sich das Unterneh-

men verpflichtete, niemanden wegen seiner politischen Einstellung zu benachteiligen, während die Gewerkschaftsvertreter akzeptierten, daß die bestehenden Gesetze den Unternehmern das Recht der freien Arbeiteraufnahme zubilligen. Obwohl eine stürmische Belegschaftsversammlung zwei Tage später in Hüttenberg den Streikabbruch ebenso ablehnte wie eine am 3. Juni in Leoben tagende Bergarbeiterkonferenz, gelang es der Gewerkschaftsführung bis 9. Juni, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auf der Basis des Hüttenberger Pakts zu bewegen.

Im Zuge dieses Arbeitskampfes hatten die Faschisten ihre Betriebszellen in eine „gelbe“ (unternehmerhörige) Gewerkschaft umgewandelt, die sogenannte Unabhängige Gewerkschaft (UG). Trotz des Abkommens stellte die Alpine die Streikenden nur zum Teil wieder ein und benützte die Neuaufnahmen dazu, um nun im ganzen Konzern die UG zur stärksten Organisation zu machen, womit die Heimwehren in einem Kerngebiet der österreichischen Arbeiterbewegung über starke Positionen verfügten, die sie in den folgenden Jahren für gewalttätige Provokationen zu nutzen verstanden.

Die Signalwirkung des Hüttenberger Pakts zeigte sich schon im neunwöchigen Streik der Veitscher Magnesitarbeiter (Juni bis August 1928): Ohne irgendein Zugeständnis der Unternehmensleitung mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden. 150 Arbeiter wurden nicht wiederingestellt. Nach ihrem „Sieg“ in der Obersteiermark suchten die Heimwehren nun in einer weiteren Hochburg der Arbeiterbewegung, in der Industrieregion des Wiener Beckens, die Machtprobe.

7. Oktober 1928: Die Kraftprobe von Wiener Neustadt

Ein Marsch auf Wien, der verhaßten „roten“ Hauptstadt, schwebte vielen Heimwehrlern als geeignete Form der Machtergreifung nach italienischem Vorbild vor. Im Sommer 1928 begannen die Vorbereitungen darauf in Form provokatorischer Aufmärsche in niederösterreichischen Arbeiterzentren. Den Höhepunkt bildete eine gesamtösterreichische Demonstration in Wiener Neustadt am 7. Oktober 1928. Es ging den Faschisten dabei auch darum, in einem weiteren wichtigen Industriegebiet die Vormachtstellung der Sozialdemokratie zu brechen. Doch auch hier zog es die sozialdemokratische Führung vor, der Machtprobe auszuweichen. Sie mobilisierte zwar den Republikanischen Schutzbund zu einer Gegendemonstration, schlug aber gleichzeitig — in der Hoffnung, die Regierung werde ohnehin beide Aufmärsche verbieten — eine allgemeine „Abrüstung“ vor. Auf dem im September 1928 abgehaltenen Parteitag hatte die SDAP sogar die Bereitschaft zu erkennen gegeben, einer Lockerung des Mieterschutzes zuzustimmen, falls Bundeskanzler Seipel von seiner einseitigen Begünstigung der Heimwehren abgehe. Dahinter steckte die unausgesprochene Vorstellung, die bereits bei der Einschätzung der Juliereignisse eine Rolle gespielt hatte, wonach die

Staatsmacht mehr oder minder „neutral“ sei und die Faschisten ebenso um ihre Eroberung kämpften wie die Arbeiterklasse. Diese Vorstellung lag auch allen militärischen Konzepten des Schutzbundes zugrunde. Daß die Arbeiter gegen die bürgerliche Staatsmacht kämpfen müssen — wie im Februar 1934 —, war in der austromarxistischen Theorie nicht vorgesehen.

Die KPÖ mobilisierte so breit wie möglich gegen den Heimwehr-Aufmarsch, während die Faschisten in Niederösterreich begannen, Bürgerkriegsstimmung zu verbreiten. In der Kampagne gegen den geplanten Aufmarsch konnte die Partei wichtige Erfahrungen zur Herstellung der „Einheitsfront von unten“ sammeln, die Arbeiterwehr wuchs, verstärkt vor allem durch linke Sozialdemokraten, die von der „weichen“ Haltung ihrer Führung enttäuscht waren. Während die SDAP ihre Gegenkundgebung erst für einige Stunden nach dem Faschistenaufmarsch ansetzte, bereitete sich die KPÖ auf eine gewaltsame Konfrontation vor, organisiert durch ein sozialdemokratisch-kommunistisches Einheitskomitee. Dieses war am 30. September bei der niederösterreichischen Delegiertenkonferenz des Komitees zur Förderung der internationalen Gewerkschaftseinheit gebildet worden. Die Konferenz dieser Organisation war von 294 Delegierten (davon 40 Prozent Kommunisten) besucht worden und unter dem Vorsitz von Josef Pitzl gestanden, der auch dem Proletarischen Abwehrkomitee zur Verhinderung des Heimwehr-Aufmarsches angehörte. Die Bedeutung der Konferenz lag vor allem darin, daß zum erstenmal in organisierter Form die antifaschistische Aktionseinheit geschlossen wurde. Am 4. Oktober warnte die „Arbeiter-Zeitung“ vor den Einheitskomitees (die auch in anderen niederösterreichischen Orten entstanden waren). Sehr bald stellte sich heraus, daß der Versuch mißlungen war, über diese Komitees Druck auf die SDAP auszuüben. Einige sozialdemokratische Mitglieder zogen sich daraufhin zurück. Die Rechtsopposition im Zentralkomitee stellte sich auf den Standpunkt, unter diesen Bedingungen sei eine Konfrontation mit den Faschisten ein ultralinkes Abenteuer, das der KPÖ das Vertrauen sozialdemokratischer Arbeiter in ihre Politik kosten würde. Die Auseinandersetzung erübrigte sich zwar, weil die Polizei durch einen Spitzel die Zusammensetzung des Abwehrkomitees erfahren hatte und seine Mitglieder festnahm und gegen weitere Mitglieder der KPÖ-Führung Haftbefehle erließ. Sämtliche Flugblätter der Partei und des Abwehrkomitees sowie die Publikationen der KPÖ und der ihr nahestehenden Organisationen wurden beschlagnahmt. Die Diskussion trug aber zur Klärung der ideologischen Positionen in der Partei bei. War die Rechtsopposition mit einer nicht unrichtigen Kritik an der Komintern-Resolution zum 15. Juli 1927 angetreten, so hatte bereits die Politik Gustav Wegerers in der Obersteiermark gezeigt, wohin die Fixierung auf die SDAP und die Weigerung, als Kommunistische Partei selbständig Aktionen auszulösen, führte. Die Logik der rechtsoportunistischen Kritik an der Taktik der Parteiführung rund um den 7. Oktober lief darauf hinaus,

daß man überhaupt die Konfrontation mit dem Faschismus vermeiden müsse, wenn der gesamte Staatsapparat hinter ihm stehe.

Einer kleinen Gruppe von Kommunisten war es trotz der Absperrungen und trotz der Verhaftungen, die bis zum 7. Oktober andauerten, gelungen, sich nach Wiener Neustadt durchzuschlagen, wo sie in einer Nebenstraße eine Kundgebung abhielten, die von der Polizei nur mit Mühe auseinandergetrieben werden konnte.

Der 10. Parteitag und die Verhärtung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie

Der 10. Parteitag (16. bis 18. Februar 1929) leitete eine der kompliziertesten Perioden in der Geschichte der KPÖ ein. Sie war gekennzeichnet durch Fehleinschätzungen der innenpolitischen Situation, durch schwerwiegende Fehler in der Bündnispolitik und durch eine Agitation, die Mitglieder und Anhänger der Partei in ständiger Höchstspannung hielt und alle paar Monate den „Endkampf“ ankündigte, was schließlich zu Übermüdung, Passivität und Austritten aus der Partei führte. Die unheilvollste Überspitzung, die eine weitere Isolierung von der Masse der Arbeiter und einen drastischen Rückgang des Einflusses in den Betrieben zur Folge hatte, war die sogenannte „Sozialfaschismus“-Theorie. Sie ging, wie erwähnt, auf Grigori Sinowjew und Josef Stalin zurück, war aber in der kommunistischen Weltbewegung für mehrere Jahre völlig in den Hintergrund getreten; erst die mit dem VI. Weltkongreß vollzogene Wendung in der Bündnispolitik der Kommunistischen Internationale schuf die Voraussetzung dafür, daß sich diese falsche Theorie in fast allen Sektionen der Komintern durchsetzen konnte.

Das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten war in mehreren Ländern schwer belastet. In Deutschland war es ein sozialdemokratischer Minister — Gustav Noske — gewesen, der die Verantwortung für die blutige Niederschlagung der Revolution 1918/19 übernommen hatte, in Österreich war es der SDAP-Abgeordnete Matthias Eldersch, Staatssekretär für Inneres in der Regierung Renner, der für das Blutbad in der Hörlgasse am 15. Juni 1919 verantwortlich zeichnete. Doch auch in den „ruhigeren“ zwanziger Jahren waren sozialdemokratische Funktionäre nicht selten tätlich gegen Kommunisten vorgegangen, um ihnen bei Versammlungen in Betrieben und Gewerkschaften das Wort zu entziehen. Der sozialdemokratische Vizebürgermeister von Wiener Neustadt, Josef Püchler, hatte seinen Beinamen „Watschen-Püchler“ in erster Linie wegen seiner „schlagkräftigen Argumente“ gegenüber Kommunisten erhalten, und sogar vom Republikanischen Schutzbund hatten Kommunisten selbst zu Zeiten, da sie diesem noch offiziell angehörten, Prügel bezogen, wenn sie sich den Anweisungen sozialdemokratischer Parteinstanzen nicht fügten. Doch auch in ihrer Wortwahl waren sozialdemokratische Funktionäre nicht zimperlich und bewiesen immer wieder, daß sie die als „Geschrei“ abqualifizierten kommu-

nistischen Überspitzungen mit ihren eigenen Beleidigungen noch zu überbieten in der Lage waren. Besonders niederträchtig war die vor allem in niederösterreichischen SDAP-Organisationen sowie in einzelnen Gewerkschaften wie bei den Bauarbeitern verbreitete Benützung antisemitischen Vokabulars gegen die KPÖ. (Da die Kommunistische Partei die einzige politische Organisation in der Ersten Republik war, in der sich auch sogenannte „Ostjuden“ — das waren Zuwanderer aus den Gettos Galiziens und der Bukowina — gleichberechtigt und ohne auf Ressentiments zu stoßen entfalten konnten, war deren prozentualer Anteil in der KPÖ, insbesondere in einigen Bezirken Wiens, auffallend hoch.) Nicht zuletzt muß darauf hingewiesen werden, daß die Gleichsetzung von Bolschewismus und Faschismus nicht eine einmalige Entgleisung von Julius Deutsch in seiner Broschüre über die „Faschistengefahr“ (1923) war, sondern auch in späteren Jahren durch die sozialdemokratische Presse fortgesetzt wurde, obwohl sie in Österreich bei weitem nicht so verbreitet war wie beispielsweise in der SPD, wo vor allem Karl Kautsky eine frühe Variante der „Totalitarismus“-Doktrin verbreitete.

Wenngleich das „linke“ Erscheinungsbild des Austromarxismus die KPÖ lange davor abhielt, den Begriff „Sozialfaschismus“ zu verwenden, so trugen die besonderen Kräfteverhältnisse in der österreichischen Arbeiterbewegung andererseits dazu bei, daß in der KPÖ ein Teil des *Inhalts* der „Sozialfaschismus“-Theorie besonders populär war, nämlich die Einschätzung, daß „die Linken die Schlimmsten“ seien. Der revolutionären Phrasologie Otto Bauers gelang es immer wieder, hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter für eine Politik zu gewinnen, die sich nur in Nuancen von der deklariert rechtssozialdemokratischen Parteien unterschied. Die Übermacht, über die die Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung verfügte, wurde von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen mitunter auch dazu benützt, um die kommunistische Kritik mundtot zu machen. So übte die Freie Gewerkschaft der Drucker im Sommer 1930 auf die Beschäftigten der Firma, in der die „Rote Fahne“ hergestellt wurde, Druck aus, um das Erscheinen von Artikeln, die sich mit der Politik der Druckergewerkschaft auseinandersetzten, zu verhindern. Die „Rote Fahne“ mußte mit weißen Flecken erscheinen.

Die „Sozialfaschismus“-Theorie war aber keine Reaktion auf solche Entgleisungen der Sozialdemokratie — wenngleich diese natürlich den Boden für die Durchsetzung dieser Theorie in den kommunistischen Parteien bereiteten —, sondern entsprang einer fehlerhaften Analyse der internationalen Lage durch die Komintern. Beginnend mit der Fehleinschätzung der Wiener Juli-Ereignisse als „Aufstand“, erarbeitete die KI-Führung in Vorbereitung und Auswertung des VI. Weltkongresses (Juli/August 1928) eine politische Linie, der zwar die richtige Erkenntnis zugrunde lag, daß die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu Ende ging, die

daraus aber ableitete, die Arbeiterklasse könne international wieder in die Offensive gehen. Die faschistische Gefahr wurde zwar erkannt, doch konnten sich die führenden Theoretiker der Komintern zu dieser Zeit einen wirksamen antifaschistischen Kampf nur als Kampf für die proletarische Revolution vorstellen, wodurch alle Gegner der Diktatur des Proletariats — einschließlich der Sozialdemokratie — zu Gegnern auch im antifaschistischen Kampf wurden. Aus dem Zuendegehen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wurde abgeleitet, die bürgerliche Demokratie habe ebenso ausgedient wie die ihr entsprechende sozialdemokratische Politik und Ideologie, und es gebe nur noch die Alternative „Diktatur des Faschismus“ oder „Diktatur des Proletariats“. (Auch hierfür waren die österreichischen Ereignisse mitentscheidend gewesen — die Kommunisten hielten die Kapitulation der SDAP nach dem 15. Juli für den „Zusammenbruch des Austromarxismus“.) Diese unzutreffende Analyse führte zur Theorie „Klasse gegen Klasse“, wonach sich der Klassenkampf dermaßen zuspitzte, daß das Proletariat einer Einheitsfront aller übrigen Klassen und Schichten der Gesellschaft gegenüberstehe. Der Differenzierungsprozeß in vielen sozialdemokratischen Parteien wurde so eingeschätzt, daß die Basis nach links gehe, während die Führung und mit ihr der gesamte Funktionärsapparat mit dem Staat und dem faschistisch werdenden Bürgertum verschmelze. Die Konsequenz der Orientierung „Klasse gegen Klasse“ war die Annahme, daß die Kommunistische Partei allein die Arbeiterklasse repräsentiere, während Faschisten, bürgerliche Demokraten und „Sozialfaschisten“ einen mehr oder weniger einheitlichen reaktionären Block bildeten. Der gefährlichste Gegner waren dieser Logik zufolge jene Kräfte, die der Arbeiterklasse vorgaukelten, sie würden ihre Interessen wahrnehmen, und die damit die massive Hinwendung der Arbeiter zur Kommunistischen Partei behinderten — die linken Sozialdemokraten.

Diese Orientierung mußte in einem Land wie Österreich, in dem die Mitgliederstärke der Kommunistischen Partei zu jener Zeit auf ein halbes Prozent der Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei abgesunken war, die Glaubwürdigkeit der Kommunisten unter der Arbeiterschaft schwer erschüttern. Die KPÖ führte den Mißerfolg dieser Politik aber auf ihre noch ungenügende Abgrenzung von der Sozialdemokratie zurück und verschärfte den Kampf gegen die SDAP immer weiter, je mehr sie in die Isolation geriet. Eine der Ursachen dafür war, daß die Partei die schwersten Verluste (außerhalb Wiens) dort erlitten hatte, wo die deutlichsten rechtsopportunistischen Abweichungen sichtbar geworden waren — in Leoben, wo sich die Bezirksleitung unter Gustav Wegerer regelrecht an die Sozialdemokratie angebedert hatte.

Die Isolierung verstärkte das Bedürfnis nach Anlehnung an die KI. Das Bewußtsein der Stärke der kommunistischen Weltbewegung, der Stolz auf die Errungenschaften der Sowjetunion wirkten in dieser innerparteilichen

Situation nicht als Ansporn zur Erarbeitung einer eigenen, österreichspezifischen Politik im Rahmen der strategischen Orientierung der Komintern, sondern als „Trostpflaster“ angesichts der eigenen Schwäche. Während die Kommunistische Internationale früher derartigen Tendenzen entgegengetreten war (und auch später, im Rahmen der Vorbereitung des VII. Weltkongresses, größten Wert auf die Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten legte), förderte das EKKI Ende der zwanziger Jahre solche Stimmungen. Obwohl es richtig war, wenn das Exekutivkomitee damals darauf hinwies, daß Stärke und Einfluß einer kommunistischen Partei nicht mechanisch an Mitgliederzahlen gemessen werden können, so bedeutete es doch eine Vernachlässigung des Kampfes um die Mehrheit der Arbeiterklasse, wenn führende KI-Funktionäre Kritikern an der sektiererischen Linie des Komintern vorrechneten, „daß einige hundert Mitglieder der österreichischen Kommunistischen Partei nicht einfach einige hundert sind, sondern daß bei der Berechnung ihrer Kräfte auch die zum proletarischen Staat organisierte Mehrheit der Werktätigen in der Sowjetunion zu berücksichtigen ist“.⁷¹

Dem 10. Parteitag lag ein niederschmetternder Organisationsbericht vor: Die Partei hatte seit dem 15. Juli 1927 trotz einiger hundert Neubetritte große Verluste erlitten. Bei etwas mehr als 4000 eingeschriebenen Mitgliedern waren im Jahresdurchschnitt 1927 knapp 3500 Beitragsmarken pro Monat, im Jahresdurchschnitt 1928 nicht ganz 3200 pro Monat abgerechnet worden; der Großteil des Mitgliederverlusts entfiel auf Wien. Noch drastischer war der Rückgang der Betriebszellen: von 60 Wiener Betriebszellen im Jänner 1927 (mit rund 1050 Mitgliedern) auf 34 im Jänner 1929 (mit rund 450 Mitgliedern). Auch einige Betriebszeitungen waren eingegangen, doch erschienen immerhin noch 16 Zeitungen mit Auflagen von 100 bis 500 (in einem Fall — bei den Wiener Gaswerken — sogar 1000) Exemplaren mit einiger Regelmäßigkeit. In neun Gewerkschaften existierten — zumindest auf dem Papier — Komfraktionen.

Besonders in der Gewerkschaftsfrage zeigte sich in der Diskussion vor dem Parteitag, daß die Ultralinken Aufwind spürten. Franz Koritschoner trauerte unwidersprochen den revolutionären „Blocks“ nach; die vorsichtige Kritik Isa Strassers hingegen wurde von Richard Schüller mit rechtsopportunistischen Angriffen Gustav Schönfelders, der die Einstellung der Arbeit der Kommunisten unter gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern und die faktische Aufgabe einer eigenständigen kommunistischen Gewerkschaftspolitik verlangte, in einen Topf geworfen und mit dem Vorwurf, sie erhebe „sozialdemokratische Verleumdungen“ gegen die „neue Linie“ in der Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei, zurückgewiesen.⁷² Isa Strasser, die nach mehrjähriger Tätigkeit in der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau nach Österreich zurückgekehrt war, hatte die Frage gestellt, warum diese von der Partei selbst als „Wendung“ bezeichnete Umorientierung der Gewerkschaftspolitik der KI ohne vorherige Diskussion

nachvollzogen worden war. Vor allem hatte sie die Abkehr von der Losung „Zwingt die Bonzen!“ kritisiert: Es sei unrichtig zu glauben, eine solche Orientierung züchte Illusionen über die Kampfbereitschaft der Freien Gewerkschaften. „Die große Masse der österreichischen Arbeiter ... hat heute noch Illusionen über die Kampfbereitschaft ihrer Gewerkschaftsführer, glaubt, daß diese Leute die Sache der Arbeiter wirksam vertreten wollen und können. Diesen Glauben aber kann die glühendste Beredsamkeit den Arbeitern nicht *ausreden*, nur durch ihre eigene teuer erkaufte *Erfahrung* können die Arbeiter hier eines Besseren belehrt werden. Indem man auf die Losung ‚Zwingt die Bonzen!‘ oder, was ja dem Sinn nach dasselbe ist, auf die Losung ‚Die Gewerkschaftsführer *müssen* dies oder jenes tun‘ verzichtet, indem man vermeidet, Forderungen an die Gewerkschaftsführer zu richten, verrammelt man selbst den Weg, auf dem die Massen diese Erfahrung machen können.“⁷³ Nicht nur gegenüber Isa Strasser, die mit der trotzkistischen Opposition in der Sowjetunion sympathisierte, sondern auch gegenüber anderen Kritikern von „rechts“ wurde die Auseinandersetzung weniger mit sachlichen Argumenten als mit Unterstellungen und persönlichen Angriffen geführt, während die Ultralinken gleichzeitig anklingen ließen, daß es auch innerhalb der Mehrheit des Zentralkomitees Unklarheiten über die „richtige“ Linie gebe — eine Anspielung auf das Zögern Johann Kople-nigs, Friedl Fürnbergs, Franz Honners und anderer bei der Abkehr von der bisherigen Orientierung. Die schriftliche Diskussion vor dem Parteitag zeigte, daß die Fähigkeit zum Austragen von Meinungsverschiedenheiten, die sich die Partei bereits erarbeitet gehabt hatte, weitgehend wieder verlorengegangen war. Gründe dafür waren sowohl die Härte, mit der die Auseinandersetzungen in der Komintern und in der KPdSU geführt wurden, als auch die Vorstellung, unmittelbar vor entscheidenden revolutionären Ereignissen zu stehen, die unter allen Umständen die Geschlossenheit der Kommunistischen Partei erforderten. Diese Geschlossenheit stellten viele der rechten Kritiker an der Linie des ZK offen in Frage, allen voran Willy Schlamm, dem auf dem Parteitag noch einmal Gelegenheit gegeben wurde, in einem fast zweistündigen Koreferat zu erläutern, wie sich die „Rechten“ die Lösung der Probleme der Partei vorstellten. Schlamm polemisierte zwar gegen die KI, zum Kampf gegen den Faschismus in Österreich fiel ihm aber nichts ein. Die „Opposition“ hatte sich damit selbst gerichtet, verlor rasch an Einfluß und wurde im Juni 1929 aus der Partei ausgeschlossen.

Das entscheidende Ereignis bei der Durchsetzung der „Sozialfaschismus“-Theorie in der kommunistischen Weltbewegung war der 1. Mai 1929 in Berlin. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Karl Zörgiebel hatte ein Demonstrationsverbot erlassen, unter welches auch die Kundgebungen am 1. Mai fielen. Die KPD kündigte an, sie werde dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse den 1. Mai, den sie sogar gegen die kaiserliche Polizei durchgesetzt hatte, auch gegenüber einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ver-

teidigen werde. Selbst in der bürgerlichen Presse wurde vor einem Blutbad gewarnt, Zörgiebel beharrte aber auf seiner Entscheidung. Als am 1. Mai 200.000 Arbeiter unter den Fahnen der KPD aufmarschierten, wurden sie von der Polizei mit unerhörter Brutalität angegriffen. Zuerst nur mit Schlaginstrumenten, ab Mittag auch mit Schußwaffen. In den Abendstunden gingen mehrere hundert Demonstranten zur Gegenwehr über, in zwei Stadtbezirken wurden Barrikaden gebaut, vereinzelt gelang es Angehörigen des Roten Frontkämpferbunds, sich zu bewaffnen. Die Polizei schoß aus Maschinengewehren in die Häuser, tötete mehrere völlig Unbeteiligte und sperrte ganze Stadtviertel ab. Stellenweise dauerten die Kämpfe bis zum 3. Mai, 31 Arbeiter fielen ihnen zum Opfer.

Die KPÖ brachte am 2. Mai 1929 eine Sonderausgabe der „Roten Fahne“ in einer Auflage von 30.000 Exemplaren heraus. Das Ereignis wurde auch in Österreich lebhaft diskutiert. Die „Arbeiter-Zeitung“ distanzierte sich, obwohl sie die „Blutschuld“ der KPD zuschrieb, mehrmals von den SPD-Methoden.

Das Frühjahr 1929 wurde in Österreich durch die Auseinandersetzungen um die zumindest teilweise Abschaffung des Mieterschutzes geprägt. Ende April schloß die SDAP mit den bürgerlichen Parteien einen Kompromiß, der eine einschneidende Erhöhung der Mietzinse vorsah. Die erhöhten Einnahmen sollten die Hausbesitzer für Erhaltungsarbeiten an den teilweise schon recht desolaten Gebäuden nutzen, was aber in den wenigsten Fällen geschah. In der Agitation gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Führung in dieser Frage begann die KPÖ mit der Verwendung des Begriffs „Sozialfaschismus“. Johann Kople-nig gebrauchte ihn zum erstenmal in einer Rede vor Wiener Funktionären Ende Mai 1929. Nachdem auf einer von einem „Luftschutzverein“ in Klagenfurt veranstalteten Kundgebung Schutzbündler und Heimwehrlere gemeinsam für den Anschluß Österreichs an Deutschland demonstriert hatten, stellte er fest, auch in der österreichischen Sozialdemokratie träten „immer offener die Merkmale ihrer Entwicklung zum Sozialfaschismus auf“.⁷⁴ Diese Einschätzung wurde von der Komintern noch verschärft. Auf der X. Tagung des Exekutivkomitees (Juli 1929) bezeichnete Dimitri Manuilski, führender KPdSU-Vertreter im EKKI, in seinem Einleitungsreferat zum Tagesordnungspunkt „Die KI im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse“ den Austromarxismus als „die übelste und gefährlichste Abart des Sozialfaschismus“.⁷⁵ Das EKKI-Plenum charakterisierte die Sozialdemokratie als ein Werkzeug der Großbourgeoisie zur Errichtung der faschistischen Diktatur, wobei der Hauptstoß gegen den linken Flügel des „Sozialfaschismus“ geführt werden müsse.

Es wäre jedoch verfehlt, die Politik der Kommunistischen Internationale insgesamt sowie der KPÖ im besonderen in dieser Periode ausschließlich als eine Abfolge ultralinken Überspitzungen zu sehen. Mit Ausnahme einer kurzen Periode im Herbst 1929, in der die Ultralinken um Richard Schüller

die Linie des Zentralkomitees bestimmten, war gerade die Zeit nach dem 10. Parteitag durch erste Erfolge im Herankommen an die Massen gekennzeichnet. Am 21. April 1929 fand in Sankt Pölten der erste Antifaschistische Reichskongreß statt. Die 165 Delegierten (darunter 69 Sozialdemokraten und 23 Parteilose) waren in vierzig Orten gewählt worden. Der Kongreß empfahl die Bildung von Kampfkomitees in den Betrieben zur Abwehr faschistischer Provokationen, ausgehend von den Erfahrungen des 7. Oktober 1928 in Wiener Neustadt. Da sich im Sommer dieses Jahres eine unrichtige Einschätzung der innenpolitischen Situation innerhalb der Partei durchsetzte und der Versuch unternommen wurde, diese antifaschistischen Komitees in Kampforgane um die Macht umzuwandeln, ging die Basis für eine Weiterentwicklung der mit dem Sankt-Pöltner Kongreß eingeschlagenen Linie des antifaschistischen Kampfes wieder verloren. Ein anderer bedeutender Erfolg in der Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Arbeitern war die Konferenz vom 11. Juni 1929 gegen die Demontage des Mieterschutzes in Wien mit fünfhundert Delegierten aus Betrieben und Massenorganisationen.

Der Heimwehrüberfall von Sankt Lorenzen

Im Sommer 1929 entbrannten innerhalb der reaktionären Kräfte in Österreich Auseinandersetzungen um das Tempo der Faschisierung. Während die Regierung Druck auf die inländischen Geldgeber der Heimwehren ausübte, um einen Putsch zu verhindern, von dem sie ökonomisch Nachteile befürchtete, und dafür Konzessionen auf „legalem“ Weg versprach, drängten die ausländischen Geldgeber (Italien, Ungarn) auf rasche Aufrichtung der Diktatur. Am 18. August 1929 verpflichteten sich die österreichischen Faschistenführer Richard Steidle, Walter Pfrimer und Waldemar Pabst namens der Heimwehren schriftlich, „die entscheidende Aktion zur Änderung der österreichischen Staatsverfassung spätestens in dem Zeitraum zwischen 15. Februar und 15. März durchzuführen. Die Bundesführung wird aber mit allen Kräften trachten, die Aktion bereits im Herbst dieses Jahres zu unternehmen“. Als Belohnung dafür wurde aus Italien eine Spende in Millionenhöhe überwiesen.

Diese internen Auseinandersetzungen waren der Arbeiterschaft natürlich nicht bekannt. Die wachsende Aggressivität der Heimwehren bekam sie aber in Form blutiger Provokation zu spüren. Am 11. August wurden die Arbeiterheime in Purkersdorf und Hadersdorf-Weidlingau bei Wien überfallen, und am 18. August kam es zum bis dahin folgenschwersten Zusammenstoß überhaupt, dem Heimwehrüberfall in Sankt Lorenzen im Mürztal.

Vor einer Zehnjahresfeier der Sankt-Lorenzner SDAP-Organisation, zu der Landessekretär Koloman Wallisch als Redner erwartet wurde, kündigte die Heimwehr auf Flugblättern an, sie werde die Versammlung sprengen, die Arbeiterfrauen sollten ihre Männer und Kinder an der Teilnahme hindern.

Tatsächlich besetzte die Heimwehr die Festwiese, woraufhin die Veranstaltung auf den Hauptplatz verlegt wurde. Dort empfingen Heimwehrlere die Arbeiter mit Stahlruten und Gummiknütteln. Einige der als Versammlungsschutz eingesetzten Schutzbündler hatten trotz Verbots Pistolen eingesteckt, doch konnten sie wenig ausrichten, da die Heimwehrlere die Arbeiter mit Gewehren und einem Maschinengewehr attackierten. Drei tote Schutzbündler und dutzende Verletzte waren die Folge.

Am nächsten Tag gaben sowohl die SDAP als auch die KPÖ Extrablätter heraus. Erstere mahnte zur Ruhe und führte schließlich einige Proteststreiks und Versammlungen durch. Die KPÖ hingegen rief zur „Gegenoffensive gegen den Mordfaschismus“, was wortwörtlich gemeint war: Angesichts der faschistischen Putschgefahr, auf die die „Rote Fahne“ schon seit längerem hingewiesen hatte, glaubte die KPÖ, die Entscheidungsschlacht zwischen Faschismus und Arbeiterbewegung stehe unmittelbar bevor. Daß die Heimwehren putschen wollten, war bekannt. Und die militärische Besetzung der Stadt Judenburg durch 5000 bewaffnete Heimwehrmänner unter der Führung Walter Pfrimers erweckte den Anschein, als würden die Faschisten bereits zur Realisierung ihrer Pläne übergehen.

Sankt Lorenzen war nicht der einzige derartige Überfall, in den folgenden Monaten wurden noch mehrere Arbeiter von Heimwehrlern getötet oder verwundet; die historische Bedeutung des Heimwehrüberfalls von Sankt Lorenzen liegt in der Bürgerkriegsstimmung, die er auslöste.

Angesichts des drohenden faschistischen Putschs in Österreich veranstaltete das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale am 17. und 18. September 1929 in Konstanz am Bodensee eine internationale Konferenz der kommunistischen Parteien der österreichischen Nachbarländer, um Solidaritätsaktionen im Ausland und Abwehrmaßnahmen im Inland zu beraten. Die KPÖ wurde auf der Konferenz durch Otto Benedikt vertreten, ein aus Ungarn gebürtiger Ingenieur, der als hervorragender Redner geschätzt war und zu den engsten Mitarbeitern Johann Kopenigs zählte. Das Referat hielt — als Vertreter des Westeuropäischen Büros — der stellvertretende Chefredakteur der Berliner „Roten Fahne“, Heinz Neumann, einer der bekanntesten Exponenten eines ultralinken Kurses in der Führung der KPD, wobei Otto Benedikt Informationen über die aktuelle Lage in Österreich beisteuerte. Neumann definierte den Faschismus als „die besondere Herrschaftsform des Finanzkapitals in der Periode der sich immer mehr zuspitzenden Klassengegensätze“, womit er zwar eine zutreffende Analyse seiner Funktion gab, die faschistische Diktatur aber als unvermeidliche Entwicklungsform des Kapitalismus darstellte. Die Einschätzung, wonach der Faschismus eine notwendige historische Stufe beim Niedergang des Kapitalismus sei, die seinen Verfall beschleunige, war damals in der Komintern weit verbreitet; ihre Anhänger in der KPÖ gruppierten sich um Richard Schüller und andere Redakteure der „Roten Fahne“. Erst auf dem XI. Plenum des

EKKI (April 1931) wurde diese Faschismusauffassung zurückgewiesen, da sie — wie Dimitri Manuilski in seinem Referat anmerkte — letztlich darauf hinauslief, nach dem Motto „Je schlimmer, desto besser“ den Sieg des Faschismus geradezu herbeizuwünschen, da er den Sieg des Kommunismus vorbereite.⁷⁸

Bezüglich Österreichs schätzte Heinz Neumann ein, daß der Klassenkampf hier — wie die Schießerei in Sankt Lorenzen beweise — bereits die Form des Bürgerkriegs angenommen habe, wobei die SDAP auf seiten der Faschisten stehe. Faschismus und Sozialdemokratie seien nichts anderes als „die beiden Werkzeuge des Finanzkapitals, die miteinander im Konkurrenzkampf liegen, um zu beweisen, wer von ihnen zu zuverlässigere Stütze des Geldsacks ist“; in Österreich habe sich bereits der Faschismus durchgesetzt.⁷⁹ Dies bedeute nicht, daß der Austromarxismus vor dem Faschismus kapituliert habe. Der Austromarxismus habe sich vielmehr aus Angst vor einer „Aufstandsbewegung, wie sie am 15. Juli über ganz Österreich hinbrauste“; freiwillig „in die Arme des Faschismus“ begeben. Hauptaufgabe der KPÖ sei es, jetzt die Machtfrage zu stellen, da der Kampf gegen den Faschismus nicht zur „Verteidigung der Demokratie“ geführt werden könne. „Wir müssen sehen, daß hier die Konterrevolution, die versucht, die faschistische Herrschaft aufzurichten, unmittelbar die Revolution auslöst...“⁸⁰

Die Konferenz beschloß einen Aufruf, der mit den Worten schloß: „Der Entscheidungskampf gegen die faschistische Diktatur in Österreich hat begonnen. Die österreichische Arbeiterklasse muß den Faschismus im revolutionären Kampf niederringen. Die ganze internationale Arbeiterbewegung kämpft mit ihr. Nieder mit der faschistischen Diktatur! Nieder mit den sozialfaschistischen Helfern des Faschismus! Es lebe der revolutionäre Kampf und Sieg der österreichischen Arbeiterklasse! Es lebe die Diktatur des Proletariats!“ Der KPÖ wurde die Bildung von Arbeitermilizen, die Organisierung des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstands zur Aufgabe gestellt. Die Einheitsfront der Arbeiter müsse sich gegen „die Faschisten und deren sozialfaschistische Helfer“ richten.⁸¹ Auf einer erweiterten Plenartagung des Zentralkomitees wurden am 24. September der Aufruf und der Bericht Otto Benedikts diskutiert. Zwar rief die Einschätzung, in Österreich unmittelbar vor der Revolution zu stehen, bei einigen ZK-Mitgliedern Verwunderung hervor, doch hatte erst drei Tage zuvor Richard Steidle auf einer Großkundgebung der Heimwehren auf dem Wiener Heldenplatz die Ausrottung des „bolschewistischen Seuchenherdes“, den Österreich für ganz Mitteleuropa darstelle, angekündigt; die Häufung von Zusammenstößen zwischen Arbeitern (unter ihnen auch Angehörige der Sozialistischen Arbeiterjugend) und Faschisten in mehreren Bezirken Wiens sowie die tiefe Regierungskrise, von der Österreich in jenen Tagen geschüttelt wurde, sprachen aber für die Einschätzung der Konstanzer Konferenz. Das Zentralkomitee billigte daher diese Beschlüsse und erklärte, daß in Österreich die

Machtfrage auf der Tagesordnung stehe. Richard Schüller fand eine Mehrheit für einen Aufruf, den er schon am 15. September verfaßt hatte: „Nur Gewalt kann die heutige Situation lösen... Von der Geschichte selbst ist ehern die Frage auf die Tagesordnung gesetzt: Diktatur des Faschismus oder Diktatur des Proletariats. Nur einen Führer hat die österreichische Arbeiterklasse in der heutigen, furchtbar ernsten Lage — die Kommunistische Partei!“⁸²

Am Tag, als dieser Aufruf in der „Roten Fahne“ erschien, trat die Regierung zurück. Zum neuen Bundeskanzler wurde — auf Druck der Heimwehren — der „starke Mann“ des 15. Juli 1927 ernannt: Polizeipräsident Johannes Schober.

„Die Regierung Schober ist die faschistische Kampfregerung zur Errichtung der faschistischen Diktatur“, hieß es im ersten Aufruf der KPÖ zum Regierungswechsel.⁸³ Bereits am Abend des Amtsantritts der Schober-Regierung fand eine Konferenz revolutionärer Betriebsräte in Wien statt, die einen Aufruf zum Kampf für die Diktatur des Proletariats verabschiedete: „Ein Zurück zur ‚Demokratie‘ ist ausgeschlossen... Revolutionärer Kampf zur Niederschlagung des Faschismus heißt... unvermeidlich revolutionärer Kampf zum Sturz der faschistischen Bourgeoisie.“⁸⁴ Der Hauptgrund für die Regierungskrise waren die Putschgerüchte gewesen, die zu Kursstürzen des Schillings und Börsenverlusten österreichischer Aktien geführt haben. Den Auftakt für den lange geplanten „Marsch auf Wien“ sollten vier Massenkundgebungen der Faschisten am 29. September in Niederösterreich bilden. Die Aufmärsche fanden zwar statt, der Putsch wurde aber vertagt, weil sich der neue Bundeskanzler Schober bereit erklärte, die Heimwehrforderungen auf „legalem“ Weg zu erfüllen. Deren wichtigste war eine Verfassungsreform in faschistischem Sinn.

Die Ereignisse in Österreich fanden in der ganzen Kommunistischen Internationale große Beachtung, da es schien, als würde sich hier zum erstenmal die nach dem VI. Weltkongreß erarbeitete Orientierung der KI, wonach ein faschistischer Umsturz den Auftakt zur Revolution bilden könne, bewähren müssen. Das am 25. September erschienene Heft des theoretischen Organs der Komintern, „Kommunistische Internationale“, verlangte von der KPÖ, den sozialdemokratischen Arbeitern revolutionäre Methoden und Perspektiven des Kampfes gegen den Faschismus zu weisen; die österreichischen Kommunisten müßten die Arbeiter „zur Schaffung von Arbeiterräten in den Betrieben und zur Schaffung eines gesamtstädtischen Rates in Wien auffordern und diese während des Kampfes in Organe der proletarischen Diktatur verwandeln“.⁸⁵ In derselben Zeitschrift vertrat Richard Schüller die Auffassung, die Konferenz der revolutionären Betriebsräte am 26. September müsse man „im Grund als eine Vorstufe und als eine Keimform zu Arbeiterräten betrachten“.⁸⁶ Doch auch Schüller betrachtete die Regierung Schober als ein Instrument der herrschenden Klassen zur *Errichtung* der

Lenin zur Rolle der Kommunistischen Partei im Kampf um die Macht

„Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen nicht die Position eingenommen haben, daß sie die Avantgarde entweder direkt unterstützen oder zumindest wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben und dem Gegner der Avantgarde jederlei Unterstützung versagen, wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Unterdrückten zu dieser Position gelangen, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zuwenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen.“

W. I. Lenin: *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, in: *Werke*, Bd. 31, S. 80.

faschistischen Diktatur — im Westeuropäischen Büro wurde diese Einschätzung kritisiert und die faschistische Diktatur als bereits in der Schober-Regierung verwirklicht gesehen, was die Bildung von Arbeiterräten auf die Tagesordnung stellte.

Als Ende Oktober die Stockerauer Maschinenfabrik Heid unter Umgehung der Betriebsräte drei Heimwehrlern aufgenommen wurden, wurden sie von den Arbeitern des Betriebs, die sich weigerten, mit Faschisten zusammenzuarbeiten, hinausgeworfen. Daraufhin besetzte die Heimwehr die ganze Stadt. Das ZK schickte Franz Honner und Otto Benedikt nach Stockerau, um die Wahl eines Arbeiterrats zu organisieren. Die Heid-Arbeiter streikten zwar eine Woche lang, für die Bildung eines Arbeiterrats konnten sie jedoch kein Verständnis aufbringen. Unmittelbar darauf, am 2. und 3. November, fand eine außerordentliche Reichskonferenz der KPÖ statt, auf der diese Linie bestätigt wurde. Gottlieb Fiala, der dagegen auftrat, wurde aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Zu schwerwiegenden Differenzen kam es auch mit Alfred Ziegler, dem ehemaligen Parteivorsitzenden, und weiteren Betriebsräten des Warchalowski-Werks, die die Partei verließen und 1930 zur SDAP übertraten. Die KPÖ verlor damit ihre größte Betriebszelle.

Im Politischen Sekretariat des EKKI wurden die Auswirkungen des ultralinken Kurses des Westeuropäischen Büros der Komintern auf die Politik der österreichischen Kommunisten mit wachsender Sorge beobachtet. Am 20. November, am Tag vor dem Zusammentritt des Jubiläumspenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale (aus Anlaß des 10. Jahrestages der Umwandlung der Sozialistischen in die Kommunistische Jugendinternationale), an dem die Österreicher Friedl

Fürnberg und Fritz Lauscher teilnahmen, befaßte sich das Politsekretariat des EKKI mit der Lage in Österreich, der Dimitri Manuilski am nächsten Tag in seinem Eröffnungsreferat einen eigenen Abschnitt widmete. Das Politsekretariat bekräftigte zwar die allgemeine Orientierung, wonach es nur die Alternative zwischen der Diktatur des Faschismus und der Diktatur des Proletariats gäbe, wies aber darauf hin, daß in Österreich der bewaffnete Aufstand noch nicht auf der Tagesordnung stand. Von der KPÖ wurde ein Kurswechsel in der Frage der Einheitsfront gegen den Faschismus erwartet, der viel Kleinarbeit in den Betrieben und innerhalb der Mitglieder der SDAP verlange. Diese mühselige Arbeit habe man sich durch die Proklamierung einer unmittelbar revolutionären Situation erspart, kritisierte Manuilski in seinem Referat. „Die österreichischen Genossen sind nicht imstande, 2000 bis 3000 Arbeiter auf die Straße zu bringen, ein oder zwei von der gesamten Belegschaft des betreffenden Betriebes gewählte antifaschistische Komitees zu organisieren. Sie haben noch in keinem einzigen Betrieb eine proletarische Wehr des Selbstschutzes gegründet, reden aber dennoch von der Situation des Aufstandes... Die Komintern muß ihre Sektionen vor einem solchen ‚Übereifer‘ warnen.“⁸⁷

Das Politsekretariat kritisierte auch die Beschlüsse der Konstanzer Konferenz und übertrug die Verantwortung für das Westeuropäische Büro an Georgi Dimitroff, der sofort für eine Korrektur der schlimmsten ultralinken Überspitzungen eintrat. „Wir haben uns den Faschisierungsprozeß in Österreich ein bißchen zu einfach vorgestellt“, erklärte er auf einer Sitzung des Büros am 12. Dezember 1929 und unterstrich, daß „das Hauptgewicht der Tätigkeit der Partei auf die Entfaltung und Führung der Wirtschaftskämpfe und auf die Entwicklung dieser Wirtschaftskämpfe zu politischen Kämpfen gegen die österreichische Bourgeoisie und die drohende faschistische Gefahr gerichtet sein“ müsse; daher: „Weniger Schreien, weniger Buchstaben, mehr systematische konkrete Arbeit unter der Arbeiterschaft.“⁸⁸

Das war genau die Linie, die von Johann Kopenig — der mit Dimitroff engen Kontakt hielt — vertreten wurde, während sich Richard Schüller an den Ultralinken in der KPD um Heinz Neumann orientierte. Schon auf dem X. Plenum des EKKI hatte Kopenig (am 5. Juli 1929) bemerkt, die Ursachen für die Schwäche der KPÖ lägen — neben der Erstarrung der alten Kader, die, „in den jahrelangen Fraktionskämpfen verbraucht“, nicht imstande seien, den neuen Anforderungen gerecht zu werden — „in einer ungenügenden Verbindung des Kampfes gegen den Faschismus mit den wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterschaft“.⁸⁹

Bis sich dieser realistische Kurs in der KPÖ durchsetzen konnte, bedurfte es eines zähen Ringens gegen das tief im Parteikader verwurzelte Sektierertum, vor allem aber praktischer Erfahrungen, wie sie die Partei 1930 und 1931 im täglichen Kampf gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Österreich sammeln konnte.

Die Verfassungsreform von 1929

An die Ernsthaftigkeit des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den drohenden Faschismus zu glauben, fiel im Lauf des Jahres 1929 immer schwerer. Da die SDAP und die Freien Gewerkschaften jeder Konfrontation mit dem Faschismus auswichen, setzten sie dem Vorstoß der Heimwehren im Sommer 1929 nicht die Machtmittel der Arbeiterklasse — Streikaktionen beziehungsweise Einsatz des Republikanischen Schutzbundes — entgegen, sondern versuchten, diesen Stoß durch parlamentarisches Lavieren abzufangen. Eine Möglichkeit, um die Vorbereitungen der Heimwehren zum Staatsstreich zu unterlaufen, erblickte die sozialdemokratische Parteiführung darin, daß sie selbst Verhandlungen über eine Verfassungsreform anbot. In der Regierungskrise vom September erblickte Otto Bauer — in seinem Referat auf dem SDAP-Parteitag im Oktober 1929 — den Beweis dafür, daß „vernünftige“ Kräfte innerhalb der Bourgeoisie bei einem allzu sichtbaren Erstarken der Heimwehren um ihre Profite fürchteten. Da er den Faschismus für eine dritte Kraft, neben Bourgeoisie und Proletariat, hielt, kam er zum Schluß, das Bürgertum suche nun, da es selbst — in Form der Kursverluste an der Börse — die Folgen seiner Unterstützung für die Heimwehren zu spüren bekommen habe, „nach einem Ausweg, wie man zwar diese faschistischen Truppen benützen könnte gegen die Sozialdemokratie — ohne daß sie jedoch das Kapital in Österreich zufällig miterschlagen“. ⁹⁰ Noch weiter ging Karl Renner, der die Schwäche des österreichischen Bürgertums für die Hauptquelle der Macht der Heimwehren hielt, woraus er einen „staatsmännischen Zwang“ für die SDAP ableitete, mit der Bourgeoisie „Geduld“ zu haben — was nichts anderes hieß, als auf alles zu verzichten, was das Bürgertum weiter schwächen könnte. Otto Bauer trat einer derartigen selbstmörderischen Orientierung zwar entgegen und bezeichnete sogar jeden Gedanken an eine Verfassungsreform als „absurd“, trotzdem setzte er sich ausführlich gerade mit diesem Wunsch der Heimwehren auseinander und erreichte vom Parteitag ein Mandat für den Parteivorstand, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Obwohl Otto Bauer in seinem Parteitagsreferat ausdrücklich gewarnt hatte, die Faschisten würden nach der Verfassungsreform von neuem zu provozieren beginnen, bezeichnete er sie als „Marneschlacht des Faschismus“, von der sich die Heimwehren kaum wieder erholen würden. Tatsächlich hatte die Zustimmung der SDAP im Parlament Verschlechterungen der Verfassung für die demokratischen Kräfte ermöglicht. Vor allem wurde die rechtliche Stellung des Bundespräsidenten gegenüber dem Parlament gestärkt.

Daß die erste große Attacke des Faschismus in Österreich im Sand verlief, hatte seinen Grund nicht in einer richtigen Antwort der Arbeiterbewegung

auf diese Herausforderung, sondern in Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse selbst sowie im Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die die faschistische Gefahr zwar nicht verminderte, aber das Großkapital veranlaßte, die faschistischen Gruppen fester an sich zu binden.

Die Sozialdemokratie erzielte einen scheinbaren Erfolg mit ihrer Taktik, reaktionäre Vorstöße durch parlamentarische Manöver aufzufangen. Daß es dabei zu einem Zusammenspiel mit bürgerlichen Kräften kam, denen ein Heimwehrputsch zu dieser Zeit ungelegen kam, schien die Theorie zu bestätigen, wonach die Faschisten Arbeiterklasse und Bourgeoisie gleichermaßen bekämpften. Obwohl sich die herrschenden Klassen immer unübersehbarer auf den Faschismus orientierten, war die SDAP-Führung nicht bereit, ihre Politik zu ändern.

Die Einschätzung der KPÖ, daß die Krise des Spätsommers 1929 nur gewaltsam gelöst werden könne, hatte sich als falsch herausgestellt. Dennoch hatte die Kommunistische Partei — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — das wahre Ausmaß der Gefahr (das erst Jahrzehnte später mit der Veröffentlichung der Geheimdokumente der Heimwehren offenkundig wurde) erkannt. Sie hatte diese Erkenntnis in der Partei gegen den Widerstand der Rechtsopposition durchgesetzt. Unklarheiten bestanden — allerdings nicht nur in der KPÖ, sondern in der ganzen Internationale — über den erfolgversprechendsten Weg zur Abwehr der faschistischen Bedrohung. In der Analyse der Fehler der Partei im Zusammenhang mit der Regierungsübernahme Schobers und dem Streik bei Heid in Stockerau entwickelte die KPÖ mit Unterstützung führender Funktionäre der Kommunistischen Internationale wie Georgi Dimitroff und Dimitri Manuilski jene Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf, die schließlich die Herstellung der Einheitsfront sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus ermöglichte.

Aktionen gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Österreich

Am 6. Oktober 1929 krachte in Wien die Boden-Creditanstalt zusammen. Am 24. Oktober kam es an der New-Yorker Börse zu so großen Kurseinbrüchen, daß sie am 25. Oktober, dem Schwarzen Freitag, zusperren mußte. Österreich war damit von Anfang an in die Weltwirtschaftskrise einbezogen, wenn auch der Tiefpunkt der Krise in Österreich erst 1932 erreicht wurde. Die zusammengebrochene Boden-Creditanstalt wurde mit der (eng mit dem Bankhaus Rothschild verbundenen) Creditanstalt fusioniert. Anderthalb Jahre später konnte der Zusammenbruch der Creditanstalt, der die ganze österreichische Wirtschaft ruiniert hätte, nur durch riesige staatliche Zuschüsse verhindert werden, die von den Werktätigen finanziert wurden und in vielen Gegenden Österreichs das nackte Elend zur Folge hatten. Dies

waren die Bedingungen, unter denen innerhalb weniger Monate eine gründliche Umstellung der Agitation und Propaganda der Kommunistischen Partei erfolgte. Der 11. Parteitag verallgemeinerte im Juni 1931 die gewonnenen Erfahrungen und zog aus den ersten bescheidenen Ergebnissen die Schlußfolgerung einer Wende hin zur Massenarbeit.

Zu einem der Schwerpunkte der politischen Tätigkeit der Partei wurde in diesen Jahren die Arbeit unter den Arbeitslosen, ihre Organisierung in Komitees zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die Orientierung auf diese am schwersten von der Krise Betroffenen war allen kommunistischen Parteien in dieser Zeit gemeinsam. Für den 6. März 1930 rief die Komintern zu einem Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit auf. Die KPÖ organisierte in mehreren Orten Hungermärsche, die sich großen Zustroms erfreuten. Die neben den lokalen Arbeitslosenkomitees wichtigste Organisation in diesem Bereich war die österreichische Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe, die sich vor allem um die sozialen Probleme der Arbeitslosen annahm und 1930/31 rasch wuchs. Am 6. März übernahm die Arbeiterhilfe die Verpflegung der Teilnehmer an den Hungermärschen.

Die kommunistische Agitation unter den Arbeitslosen trug zur inneren Differenzierung in der Sozialdemokratie bei, da die Maßnahmen gegen die Arbeitslosen an der Basis von sogenannten „Industriellen Bezirkskommissionen“ durchgesetzt wurden, einer Vorform „sozialpartnerschaftlicher“ Gremien: Unter dem Vorsitz eines Beamten hatten Unternehmervetreter und Gewerkschaftsfunktionäre beispielsweise über die Kürzung von Notstandshilfen zu entscheiden, wogegen sich ab Ende 1930 Arbeitslose unter der Führung von Kommunisten in „revolutionären Aktionsausschüssen“ zusammenschlossen. Anfang 1931 bestanden bei allen größeren Arbeitsnachweisstellen in Wien Ausschüsse „revolutionärer Vertrauensmänner“ — 80 bei den Metallarbeitern, 70 bei den Bauarbeitern, 40 bei den Holzarbeitern, 35 bei den Lederarbeitern. 20 Prozent dieser „revolutionären Vertrauensleute“ waren Kommunisten. Die Koordinierungsstelle bildete das wiederbelebte Zentrale Arbeitslosenkomitee. Eine bundesweite Zusammenfassung gelang allerdings auch diesmal nicht. Die Mitwirkung örtlicher SDAP-Funktionäre bei behördlichen Maßnahmen gegen Arbeitslose einerseits und die Erfahrung mit der organisierenden Tätigkeit und Hilfe durch die kommunistischen Kollegen andererseits führten innerhalb vieler sozialdemokratischer Organisationen zu heftigen Diskussionen. Im Jänner 1931 gab die Kreisexekutive der Freien Gewerkschaften in Wiener Neustadt ein Flugblatt gegen die Aktionskomitees heraus, in dem die kommunistischen Arbeitslosen als „Gesindel“ und „Lumpen“ beschimpft wurden.⁹¹ Die Freien Gewerkschaften ihrerseits vernachlässigten die Tätigkeit unter den Arbeitslosen fast völlig, offenbar ratlos angesichts ihrer verzweifelten Radikalität, und wurden damit mitverantwortlich dafür, daß sich viele Arbeitslose den Faschisten zuwandten. Sie erblickten in den Arbeitslosen, besonders in den „Ausgesteu-

erten“ (Langzeitarbeitslose, die keine Unterstützung mehr bekamen), eine Reserve der Unternehmer für Streikbrecher.

Das rasch anschwellende Heer der Arbeitslosen in Österreich (1931 schon 300.000 unterstützte und 70.000 bis 100.000 ausgesteuerte) diente den Freien Gewerkschaften schließlich als Argument dafür, warum in der Wirtschaftskrise keine erfolgreichen Streikkämpfe zu führen seien. Spontane oder von Kommunisten organisierte Streiks wurden nach Möglichkeit abgewürgt, da sie ohnehin nicht zu gewinnen seien (weil die Maßnahmen der Unternehmer durch ökonomische Notwendigkeiten diktiert würden) und außerdem die faschistische Reaktion provozieren könnten. Vor allem die Jahre 1931 und 1932 lieferten eine Fülle trauriger Beispiele für diese selbstzerstörerische Politik der Führung der Freien Gewerkschaften. Innerhalb weniger Jahre verloren die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Hälfte ihrer Mitglieder. Wie der sichtbare Rückgang bereits von 1928 auf 1929 zeigte, waren die Mitgliederverluste nicht nur auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen. Auch die im Hüttenberger Pakt sichtbar gewordene Kapitulationspolitik gegenüber dem „Betriebsfaschismus“ trug das Ihre dazu bei.

Diese Entwicklung der Freien Gewerkschaften führte — im Verein mit der Verstärkung sektiererischer Haltungen auch in anderen Bereichen — dazu, daß sich in der Gewerkschaftspolitik der KPÖ neuerlich ultralinke Einflüsse auszuwirken begannen. Durch die Einbeziehung von unorganisierten Arbeitern waren die Komfraktionen in den Freien Gewerkschaften zur sogenannten Roten Gewerkschaftsopposition ausgebaut worden, die in einigen Betrieben fest verankert war. Die oppositionellen Gruppen hatten vor allem bei der selbständigen Führung von Streiks, wie sie die KPÖ nach ihrem 10. Parteitag in Angriff genommen hatte, Erfolge errungen und wichtige Erfahrungen im Klassenkampf sammeln sowie das Vertrauen vieler Arbeiter erwerben können. Andererseits verstärkte sich dadurch die Tendenz, die RGO-Gruppen zu einer eigenständigen, von den freigewerkschaftlichen Verbänden unabhängigen Gewerkschaft auszubauen. Genau diese Orientierung ging vom V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (August 1930) aus. Die KPÖ nahm nun Kurs auf den Ausbau des Funktionärsapparats der RGO mit dem Ziel, den sozialdemokratischen auch in Österreich revolutionäre Gewerkschaften entgegenzustellen. Diese Orientierung führte zwar zu einer stärkeren Beachtung der politischen Tätigkeit in den Betrieben durch die ganze Partei, behinderte aber die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern und schwächte den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Offensive des Kapitals in der Wirtschaftskrise.

Im Zuge des Nationalratswahlkampfes 1930 stellte die KPÖ ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, das etwaige kommunistische Abgeordnete im Parlament vertreten würden. Neben einer Erhöhung von Unterstützungen und Beihilfen, der Befreiung der Arbeitslosen von Mietzinszahlungen sowie Steuererleichterungen wurde darin unter anderem die Einführung des Sie-

benstundentags bei vollem Lohnausgleich, das Verbot von Überstunden und eine Lohnfortzahlung für drei Monate im Falle von Betriebsstillegungen gefordert. Das Programm wurde von Johann Koplenig auf einer Arbeitslosenversammlung in Wien am 31. Oktober 1930 vorgestellt.

Ein Punkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms betraf die Nöte der ländlichen Bevölkerung. Die KPÖ forderte die Annullierung von Hypothekenschulden der Kleinbauern, um ihre Höfe vor Versteigerungen zu bewahren, Steuerbefreiung für Kleinbauern und Steuerermäßigung für Mittelbauern. Auch mit der systematischen Agitation unter den Bauern betrat die Partei Neuland. Angesichts der oft direkt bauernfeindlichen Haltung der Austromarxisten erfüllte die KPÖ damit eine Pionierrolle für die gesamte österreichische Arbeiterbewegung. Zwar hatte die SDAP Mitte der zwanziger Jahre ein Agrarprogramm erarbeitet — doch dieses hatte nie praktische Auswirkungen auf die Politik der Sozialdemokratie auf dem Dorf gehabt; zwar hatte auch die KPÖ schon bisher des öfteren Flugblätter an die Landbevölkerung gerichtet — nun jedoch begann sie systematisch und konsequent, ihre Landagitation auf die spezifischen Interessenlage, auf die besonderen Traditionen und Gewohnheiten der bäuerlichen Massen einzustellen. Ende 1929 begannen die Vorbereitungen zur Organisation der Kleinbauern in Komitees. In öffentlichen Versammlungen wurden Delegierte zu einer Konferenz am 12. Jänner 1930 in Bruck an der Mur gewählt. Unter den Delegierten war vorerst ein einziger Kommunist — ein Bauer aus dem Burgenland —, die anderen waren parteilos, sozialdemokratisch oder Mitglieder des (großdeutsch orientierten) Landbunds für Österreich. Die Konferenz wählte eine fünfköpfige Delegation für den für Ende März 1930 nach Berlin einberufenen ersten europäischen „Kongreß werktätiger Bauern“, der unter maßgeblicher Beteiligung Georgi Dimitroffs vorbereitet wurde. Außerdem beschloß die Konferenz einen Aufruf gegen den Faschismus, der als Flugblatt verbreitet wurde. Auf dem Berliner Bauernkongreß saß auch ein Mitglied der österreichischen Delegation im Präsidium, ein weiteres sprach in der Diskussion. Ein „Reichskomitee werktätiger Bauern“ entfaltete in den folgenden Monaten in vielen österreichischen Dörfern eine rege Agitation. Sein Sekretär war der Kärntner KPÖ-Funktionär Gregor Kersche. Am 2. Dezember 1930 fand die erste Delegiertenkonferenz des Komitees in Deutschlandsberg in der Weststeiermark statt, 33 gewählte Bauernvertreter hatten sich trotz Drohungen der Heimwehr und Verbots der Versammlung durch die Behörden eingefunden. Kersche erläuterte die Vorstellungen der KPÖ über eine Arbeiter- und Bauernregierung und forderte ein Bündnis der Bauern mit der Arbeiterschaft. Zur 2. Tagung des auf dem Berliner Bauernkongreß im März gewählten Europäischen Bauernkomitees Anfang Dezember 1930 führen aus Österreich der Vorsitzende des Reichsaktionskomitees, eine Kärntner Bäuerin und der Redakteur einer steirischen Bauernzeitung. Im März 1931 berief das Bauernaktionskomitee

Bauerntage nach Graz und Klagenfurt ein, die von der Polizei schärfstens überwacht wurden. Am Grazer Bauerntag nahmen Delegierte aus mehr als zwanzig Dörfern teil und verabschiedeten eine Resolution gegen den Faschismus. Außerdem wurden drei Delegierte zu einer Studienreise in die Sowjetunion entsandt. Ab 1931 begann sich die verstärkte Agitation der Partei auf dem Dorf auch organisatorisch auszuwirken: In vielen Landgemeinden entstanden Zellen der KPÖ. Alle diese Maßnahmen waren die Voraussetzung dafür, daß es den Kommunisten gelingen konnte, im Hungerwinter 1932/33 aktiv in die Kämpfe der Bauern gegen die Zwangsversteigerungen einzugreifen und den Vormarsch der Nazis auf dem Lande etwas zu verlangsamen.

Die Wirtschaftskrise traf die Frauen besonders hart; von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen hatten sie wenig Unterstützung zu erwarten, da diese in ihrer Mehrheit Auffassungen vertraten, wonach in Zeiten der würgenden Arbeitslosigkeit das „Doppelverdienertum“ unsolidarisch sei und die Frauen in die Familie zurückkehren sollten. Das erhöhte die Verantwortung der KPÖ. Die Kommunistinnen vervielfachten in dieser Zeit ihre Aktivitäten. Ein Beispiel für ihre Rolle bot der Streik von mehr als fünfhundert Textilarbeiterinnen in der Pottendorfer Spinnerei von 13. Februar bis 14. März 1931, bei dem sich vor allem Genossinnen des kommunistischen Jugendverbands auszeichneten. Allerdings weigerte sich die Gewerkschaftsführung, die Streikleitung anzuerkennen, da in ihr auch Kommunistinnen vertreten waren, und konnte den Arbeitskampf schließlich abwürgen. Hingegen gelang, ebenfalls in Niederösterreich, im Juli 1931 einer kommunistisch geführten Streikleitung in Marktl im Traisental, den Ausstand von 400 Metallarbeiterinnen mit einem Teilerfolg abzuschließen.

Auch im Kampf gegen die Faschisten zeichneten sich Kommunistinnen aus. Beispiele persönlichen Muts lieferte vor allem Daisy Leitner, die schon bei den Zusammenstößen in Sankt Lorenzen eine Rolle gespielt hatte. Im März 1931 trat sie in Kapfenberg, unterstützt von einigen Genossen, in einer Naziversammlung als Diskussionsrednerin auf. Wegen Beleidigung Hitlers wurde ihr allerdings das Wort entzogen, woraufhin es zu einer Schlägerei kam, in die die anwesenden Gendarmen eingriffen. Ein Kommunist wurde schwer verletzt. Am Internationalen Frauentag 1931 konnte die KPÖ allein in Wien drei Lichtbildervorträge mit bis zu 200 Besucherinnen veranstalten. Im Mai 1931 wurde die Frauenabteilung des ZK (unter der Leitung von Anna Singer) reaktiviert.

Der Nationalratswahlkampf 1930

Das Jahr 1930 brachte eine gewisse „Pause“ in den faschistischen Vorstößen. Die Heimwehren nutzten diese „Pause“ zur Festigung ihrer Reihen: Am 18. Mai versammelten sich die Heimwehrführer in Korneuburg und beschlos-

sen ihr Programm, den sogenannten „Korneuburger Eid“, der sich ausdrücklich auf die „Grundsätze des Faschismus“ berief. Anstelle einer Hochverratsklage für die Ankündigung, nach der „Macht im Staate“ greifen zu wollen, erhielten die Heimwehren in der Folge die Versicherung, daß der „Korneuburger Eid“ mit der Zugehörigkeit zur Christlichsozialen Partei vereinbar sei. Dennoch wurden ab diesem Zeitpunkt die Differenzen zwischen Bundeskanzler Johannes Schober und den Heimwehren offensichtlich. Im Zusammenhang mit Schobers Rücktritt am 25. September 1930 entwickelte die „Rote Fahne“ Ansätze zu einer Analyse der Gegensätze innerhalb der herrschenden Klassen — Voraussetzung für eine präzisere Faschismusanalyse. Schobers Nachfolger wurde der Vorsitzende der Christlichsozialen Partei, Heeresminister Carl Vaugoin, der als Innen- und Justizminister erstmals Faschisten in die Bundesregierung aufnahm. Der zum Innenminister ernannte „Bundesführer“ der Heimwehren, Ernst Rüdiger Starhemberg, bekannte in seinen Memoiren, er sei mit der Absicht, „den Staatsstreich zu machen“,⁹² in die Regierung eingetreten. Leider habe er aber Vaugoin, dem weiterhin das Bundesheer unterstand, nicht dafür gewinnen können, und ohne Unterstützung des Heeres habe er nicht losschlagen wollen. Carl Vaugoin setzte auf Neuwahlen, die für den 9. November 1930 ausgeschrieben wurden. Obwohl ein sozialdemokratischer Sieg bei diesen Wahlen wenig wahrscheinlich war, kündigten die Heimwehren in einer von Walter Pfrimer und Ernst Rüdiger Starhemberg unterzeichneten Erklärung am 3. Oktober an, sie würden — egal, wie die Wahlen ausgingen — die Macht nicht mehr aus den Händen geben.

Der Wahlkampf für diese Wahlen wurde zum ersten, an dem sich die KPÖ massiv mit dem Ziel einer eigenen parlamentarischen Vertretung beteiligte. Im Zuge der Wahlagitation kam es zur Gründung von 20 neuen Ortsgruppen. In hunderten Versammlungen und Kundgebungen in ganz Österreich wurden tausende Menschen zum erstenmal von der Kommunistischen Partei angesprochen. Selbst der Polizeibericht vermerkte in der Zeit zwischen 10. Oktober und 7. November 14.000 Besucher bei den 110 Wählerversammlungen in Wien.⁹³

Im Wahlaufauf, den die „Rote Fahne“ am 12. Oktober veröffentlichte, wurde zwar die Klassifizierung der gerade im Amt befindlichen Regierung als „faschistisch“ wiederholt, gleichzeitig wurde aber eine Reihe von konkreten Kampfzielen genannt, die durch die Aktionseinheit sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter verwirklicht werden sollten: „Gegen die wirtschaftliche Hungeroffensive des Faschismus! Gegen die Zertrümmerung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung! Gegen die geplante Einführung der Arbeitsdienstpflicht!“

Die Bedeutung einer kommunistischen Vertretung im Nationalrat wurde verschiedentlich auch von linken Sozialdemokraten erkannt, die sich am Wahlkampf der KPÖ beteiligten. Andererseits ließ die Aktivität so mancher

Kommunisten zu wünschen übrig, die einen Einzug ins Parlament für eine Illusion hielten. Viele von ihnen bemäntelten ihren Defätismus mit ultralinken Argumenten und glaubten, vor parlamentarischen Illusionen warnen zu müssen, da doch die proletarische Revolution unmittelbar bevorstehe.

Im Zuge der Wahlagitation machte die KPÖ die Erfahrung, daß die nationale Frage durch die Wirtschaftskrise aktualisiert worden war. Die Losungen der Nazis, wonach das Ausmaß der Wirtschaftskrise in Deutschland und Österreich vor allem auf die drückenden Bedingungen der Friedensverträge von Saint-Germain und Versailles zurückzuführen seien, fanden großen Widerhall und trugen zu einem Wiederaufleben der Anschlußpropaganda bei. Die KPÖ verurteilte diese Propaganda als Schützenhilfe für den deutschen Imperialismus und versicherte, eine Lösung der nationalen Frage könne nur die proletarische Revolution bringen. Diese Lösung stellten sich die Kommunisten allerdings damals als einen Zusammenschluß eines Sowjetdeutschland mit einem Sowjetösterreich vor, wie in einem gemeinsamen Aufruf der Zentralkomitees von KPÖ und KPD am 7. November 1930 bekräftigt wurde.

Das Hauptaugenmerk des Wahlkampfes galt der Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter. In einer eigenen Wahlbroschüre mit dem Titel „Ein Wort an die sozialdemokratischen Wähler“ wurde der bevorstehende Urnengang als „Kampfwahlen gegen den Faschismus in Österreich“ bezeichnet.

Der offensive Charakter des Wahlkampfes der KPÖ kam auch in der Entwicklung einer neuen „Technik“ bei Kundgebungen zum Ausdruck. Neben größeren, polizeilich angemeldeten Veranstaltungen gewannen zunehmend sogenannte Blitzkundgebungen an Bedeutung. Die durch die Wirtschaftskrise verursachte Massenarbeitslosigkeit brachte es mit sich, daß die Straßen und Plätze von sehr vielen Menschen, die „nichts zu tun“ hatten, bevölkert wurden. Zur Vorbereitung einer Blitzkundgebung wurde beispielsweise in einem Gemeindebezirk Wiens eine Kerntruppe geschickter Agitatoren formiert, die auf dem Markt oder einem anderen zentralen Punkt des Bezirks mit lautstarken Diskussionen und Ansprachen begann. Die Aktion wurde im Schneeballsystem ausgebreitet, jedesmal, wenn die Polizei kam, waren die kommunistischen Agitatoren schon wieder woanders: Kurz vor dem Auftauchen der Polizei zerstreute man sich und sammelte sich sofort wieder an einem vorher festgelegten Punkt, wodurch es der Polizei oft erst in den späten Abendstunden gelang, die „Ruhe wiederherzustellen“. Diese Aktionsform wurde vor allem bei aktuellen Ereignissen angewandt — wie nach faschistischen Gewalttaten, nach dem Bekanntwerden neuer Anschläge der Regierung gegen die sozialen Rechte der Arbeitslosen und anderen politischen Entscheidungen, die die Arbeiter und Arbeitslosen unmittelbar berührten. Mit dieser Aktionsform brachte die Partei ihre Argumente an breite Kreise der Bevölkerung heran, gleichzeitig beeindruckte sie viele Sozialdemokraten, vor allem Schutzbündler, durch die beinahe militärisch

disziplinierte Abwicklung dieser Aktionen, bei denen es der Polizei in den seltensten Fällen gelang, des „harten Kerns“ der Agitatoren habhaft zu werden.

Die KPÖ gewann 5000 Stimmen dazu, verfehlte aber das Wahlziel, in den Nationalrat einzuziehen. Das rief in breiten Kreisen der Partei Enttäuschung und Niedergeschlagenheit hervor. Daß diese Enttäuschung nicht zur Resignation führte, sondern schließlich produktiv wurde und eine Wendung in der Politik der Partei mitverursachte, war nicht zum mindesten das persönliche Verdienst der Gruppe um Johann Kopenig im Zentralkomitee, die hierbei vom Westeuropäischen Büro der Komintern unterstützt wurde.

In einem Artikel in der „Kommunistischen Internationale“ berichtete Friedl Fürnberg, nach den Wahlen betrachte es die KPÖ nun als ihre Aufgabe, „das große Ziel der proletarischen Revolution vor Augen, eine zähe, tägliche, systematische Arbeit unter den Massen“ für ihre wirtschaftlichen Interessen und gegen die Offensive des Faschismus zu führen.⁹⁴ Auf der Wiener Parteiarbeiterkonferenz 14 Tage nach der Wahl erklärte Johann Kopenig, die Selbstkritik betreffe auch das ZK: Es bestehe ein „Knoten von Sektierertum und praktischem Opportunismus“.⁹⁵ Ultralinke Schlußfolgerungen aus dem Wahlausgang, wie sie von einigen Funktionären vorgeschlagen wurden, fanden nicht die Billigung der Konferenz. Die Abkehr vom linken Sektierertum kam auch in einem Kommentar der „Roten Fahne“ zum Ausgang der Gemeinderatswahl in Wiener Neustadt am 30. November zum Ausdruck, wo die Partei gegenüber der Nationalratswahl Stimmen verlor: Schuld an diesem Wahlergebnis sei sowohl die Unterschätzung der nationalsozialistischen Gefahr als auch die „Tendenz zum Sektierertum..., zur Abgrenzung von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft“.⁹⁶

Das Dezemberplenum 1930 des ZK bediente sich bei der Einschätzung des Wahlergebnisses zwar zum Teil noch ultralinken Formulierungen, kritisierte aber, daß die Losungen des Wahlaufrufs nicht eindeutig die Abwehr der faschistischen Angriffe auf Lohn, Sozialversicherung und Arbeitslosenunterstützung in den Mittelpunkt gestellt hatte. Das ZK habe „zuwenig getan, um die richtige Linie der Wendung zur Massenarbeit, gegen die Strömungen des ‚linken‘ Sektierertums und des praktischen Opportunismus, in die Praxis umzusetzen“.⁹⁷ Als Angelpunkt für die weitere Entwicklung wurde die organisatorische Stärkung der Partei erkannt, um sie in die Lage zu versetzen, tatsächlich den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren. Diese Erkenntnis vertrat Kopenig auch auf dem XI. Plenum des EKKI (März/April 1931), auf dem er übrigens zum Kandidaten des Präsidiums gewählt wurde: Es seien 1929 zwar „Elemente“ einer revolutionären Krise in Österreich vorhanden gewesen, man habe sich bei der Einschätzung aber zu sehr von der Spontaneität der Massen leiten lassen und den subjektiven Faktor, die Kommunistische Partei und ihren Einfluß auf die Massen, vernachlässigt.⁹⁸

Am 11. und 12. Jänner 1931 trat das ZK der KPÖ zu einer erweiterten Plenartagung zusammen, an der als Vertreter des Westeuropäischen Büros der Komintern auch Georgi Dimitroff teilnahm. Dimitroff trat für „eine beschleunigte und gründliche Wendung der gesamten Parteiarbeit“⁹⁹ ein und beteiligte sich an der Ausarbeitung der Resolution, in der das unbefriedigende Wahlergebnis unter anderem auf die ungenügende Aktivität der Partei in der Verteidigung der Tagesinteressen der Arbeiter und Mängel in der Einheitsfronttaktik zurückgeführt wurde. Das ZK erörterte auch die Einberufung des 11. Parteitags und beschloß, ihn unter die Losung der Wendung zur Massenarbeit zu stellen.

Die KPÖ auf dem Weg zu einer leninistischen Partei

1931 erreichte die KPÖ eine qualitativ neue Etappe ihrer Entwicklung. Davon zeugten nicht nur das rasche organisatorische Wachstum der Partei sowie die — im internationalen Vergleich — rasche Überwindung ultralinken Auffassungen, die mit einer tiefgreifenden Erneuerung des Parteikaders verbunden war; davon zeugte in erster Linie die beginnende Verankerung der Partei in breiten Massen der werktätigen Bevölkerung. Diese Wendung zu den Massen war mit dem 11. Parteitag im Juni dieses Jahres verbunden. Sie erfolgte in Form der nun endlich durchgeführten Verbindung des antifaschistischen mit dem sozialökonomischen Kampf, der Entkrampfung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie, was wiederum eine Folge des durch Fortschritte in der Verbindung der Partei mit den Massen gewachsenen Selbstbewußtseins der Kommunisten war. Die Wendung zu den Massen schlug sich auch in teilweise spektakulären Wahlerfolgen nieder.

Gleichzeitig rollte nicht nur — im Zusammenhang mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise — eine neuerliche faschistische Offensive an, sondern verstärkten auch die staatlichen Repressionsorgane, die immer offener mit den Faschisten kooperierten, den Druck auf die Kommunistische Partei. Ende 1931 wurde der Kommunistische Jugendverband verboten, die „Rote Fahne“, deren Auflage in die Höhe schnellte, wurde laufend beschlagnahmt, Kundgebungen wurden von der Polizei gewaltsam aufgelöst und die Sameltätigkeit von Arbeiterhilfe und Roter Hilfe in jeder erdenklichen Weise behindert. Nicht selten gingen den Behörden dabei sozialdemokratische Funktionäre zur Hand, dennoch setzte die KPÖ zunehmend an die Stelle des von den angesprochenen sozialdemokratischen Arbeitern durchwegs als beleidigend empfundenen Begriffs „Sozialfaschismus“ Formulierungen, die dem real vor sich gehenden Differenzierungsprozeß in der SDAP Rechnung trugen.

Das Abgehen von der mechanischen Gegenüberstellung „Klasse gegen Klasse“ in der praktischen Politik der KPÖ wurde durch Entwicklungen in der österreichischen Innenpolitik, die eine präzisere Einschätzung der Geg-

ner erlaubten, begünstigt. Vor allem der Zersetzungsprozeß innerhalb der Heimwehren und das 1931 einsetzende rasche Wachstum der NSDAP sowie die im Sommer 1932 (im Zusammenhang mit den Diskussionen rund um die „Lausanner Anleihe“) sichtbar werdenden Gegensätze innerhalb der herrschenden Klassen trugen dazu bei. Daß die theoretische Durchdringung dieser Probleme weit hinter der täglichen Politik der Kommunisten in den Betrieben, in antifaschistischen Komitees und bei gemeinsamen Aktionen mit sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zurückblieb, hatte nicht nur innerparteiliche Ursachen. Das XI. Plenum des EKKI (April 1931) schwächte zwar einige der schädlichsten sektiererischen Überspitzungen ab, bekräftigte aber die Einschätzung, daß die gesamte Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie seit dem ersten Weltkrieg „eine ununterbrochene Evolution zum Faschismus“ sei.

Gleichzeitig wurde die Prognose aufgestellt, der Kapitalismus könne seine aktuellen Widersprüche nicht lösen, so daß die Weltwirtschaftskrise „auf jeden Fall mit dem Sieg der proletarischen Revolution enden“¹⁰⁰ müsse, das heißt, die Arbeiterklasse befinde sich in der Offensive, Rückschläge seien ausschließlich auf subjektive Schwächen der kommunistischen Parteien zurückzuführen.

1932/33 eilte die KPÖ auf dem Gebiet der Bündnispolitik in einigen Fragen der KI-Führung voraus und trug damit ihrerseits — im Verein mit anderen kommunistischen Parteien — dazu bei, unrichtige Einschätzungen des VI. Weltkongresses und besonders des X. EKKI-Plenums in der kommunistischen Weltbewegung zu korrigieren.

Dem 1931 erreichten Entwicklungsstand der KPÖ, der sie zu einer ernst zu nehmenden Kraft innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung, aber auch anerkannten und geachteten Sektion der Komintern machte, war ein überaus komplizierter Reifungsprozeß vorangegangen, in dessen Verlauf die KPÖ zeitweise innerhalb der kommunistischen Weltbewegung in erster Linie als abschreckendes Beispiel genannt wurde, mit deren internen Problemen sich immer wieder leitende Gremien der Internationale befassen mußten. Bis 1926/27 brauchte die Partei, um sich eine korrekte Analyse der politischen Situation in Österreich zu erarbeiten. Ihre besonderen Entstehungsbedingungen waren mit ein Grund dafür, daß es erst durch das Eingreifen der KI gelang, persönliche Konflikte zurückzudrängen und einer fähigen und geschlossen handelnden Parteiführung Platz zu machen. Diese ersten Erfolge waren untrennbar verbunden mit der beginnenden Aneignung des Leninismus, der „Bolschewisierung“ der KPÖ. Da diese Aneignung aber vielfach zu schematisch und oberflächlich erfolgte und von keiner wirklich tiefgehenden theoretischen Diskussion in der Partei über die Politik nach dem Zuendegehen der revolutionären Periode begleitet war, gelang es nicht, den Marxismus-Leninismus in der KPÖ wirklich zu verankern, wie sich am Beispiel der nahezu bruchlosen Übernahme eines ultralinken Kurses in den Jahren nach

Lenin über die Aufgabe der Kommunisten in nichtrevolutionären Situationen

„Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen und entbrannt ist, wenn sich all und jeder der Revolution anschließt, aus einfacher Schwärmerei, aus Mode, mitunter sogar aus Gründen der persönlichen Karriere . . . Viel schwerer — und viel wertvoller — ist, daß man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf *noch nicht* vorhanden sind, daß man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nichtrevolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen. Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten, großen revolutionären Kampf *heranführt*, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen — das ist die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika.“

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Lenin-Werke, Bd. 31, S. 84.

1927 zeigte. Vor allem aber gelang es nicht, einen der schwerwiegendsten „Geburtsfehler“ der KPÖ, ihre mangelhafte Verankerung in der Arbeiterklasse, in den Betrieben, zu beheben. Ohne die enge Verbindung mit den Massen mußte aber die beste Theorie nicht nur wirkungslos, sondern sogar weitgehend unbekannt bleiben, da der erforderliche organisatorische Apparat fehlte, sie zu verbreiten.

Für die 1931 einsetzende Wende waren mehrere Faktoren ausschlaggebend. Zum ersten hatte die ultralinke Politik nach dem Juli 1927 zu so schweren organisatorischen und auf mehreren Gebieten auch politischen Rückschlägen geführt, daß ihre Überprüfung dringend erforderlich wurde. Zum zweiten hatte die Partei in der Auseinandersetzung mit der Rechtsopposition nicht nur eine nie zuvor gekannte innere Geschlossenheit und Einheitlichkeit im Auftreten nach außen erlangt, sondern sich auch endlich von der Sozialdemokratie „abgenabelt“. Damit wurde die Erarbeitung einer eigenständigen politischen Strategie, unabhängig von den jeweiligen taktischen Wendungen des Austromarxismus, erleichtert. Doch auch die Orientierung auf die selbständige Führung von Wirtschaftskämpfen, wie sie der 10. Parteitag endgültig beschlossen hatte, trug — obwohl sie tendenziell gewerkschaftsspalterisch wirkte — dazu bei, daß die Kommunisten praktische Erfahrungen im Klassenkampf sammeln konnten. In der Organisierung und Durchführung von zum Teil breiten Aktionen gegen die Wirtschaftskrise brach die KPÖ schrittweise aus ihrer Isolierung aus. Der 11. Parteitag zog eine erste Zwischenbilanz auf diesem Weg.

1931—1933

Winfried R. Garscha

Die Wendung der Partei zu den Massen

Neueinschätzung der politischen Lage und Selbstkritik

Der 11. Parteitag (27. bis 29. Juni 1931) war in jeder Hinsicht ein Wendepunkt in der Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. In den knapp zwei Jahren, die der Partei noch bis zu ihrem Verbot durch die Regierung Engelbert Dollfuß blieben, machte sie nicht nur gewaltige organisatorische Fortschritte und vergrößerte ihren politischen Einfluß (was in einer durchschnittlichen Verdopplung bis Verdreifachung der Stimmenanzahl bei Landtags- und Gemeinderatswahlen zum Ausdruck kam), vor allem ermöglichte die politische Neuorientierung des 11. Parteitags bedeutende Fortschritte in der Bündnispolitik, die sich in realen Erfolgen im antifaschistischen und im sozialökonomischen Kampf zu Buche schlugen.

Ogleich eine Reihe von Unklarheiten, besonders über das Wesen des Faschismus und die Unterschiede zwischen bürgerlich-demokratischen und faschistischen Herrschaftsmethoden des Monopolkapitals, bestehen blieb, erarbeitete sich die KPÖ in der Vorbereitung und Auswertung des 11. Parteitags eine Analyse der politischen Situation, die praktisch umsetzbar war und den Kommunisten half, die Isolierung zu durchbrechen. Die klaren Formulierungen Johann Kopenligns in seinem Referat auf dem Parteitag waren Resultat einer gründlichen innerparteilichen Diskussion. Deren Grundlage hatte ein dreiteiliger Artikel Kopenligns in der „Roten Fahne“ über die anstehenden Probleme einen Monat vor dem Parteitag gebildet; ein Zwischenergebnis der Diskussion war ein in wichtigen politischen Kernaussagen noch uneinheitlicher Thesenentwurf des Zentralkomitees gewesen, der eine Woche vor dem Parteitag veröffentlicht worden war. Kopenlig wies in seinem Referat immer wieder auf die Sanierung der Creditanstalt, der sogenannten „Rothschild-Bank“, hin: Um ihren Zusammenbruch zu verhindern, der unabsehbare Folgen für die ganze österreichische Wirtschaft gehabt hätte, hatte im Mai 1931 der Staat eingegriffen und eine Milliarde Schilling, die Hälfte des gesamten Budgets, dafür aufgewandt. Das Geld kam vor allem den ausländischen Gläubigern, daß heißt dem internationalen Finanzkapital, zugute; die österreichischen Arbeiter und Bauern stürzte die

„Rothschild-Sanierung“ ins Elend. Gleichzeitig begann sich jedoch der Widerstand gegen diese „Hungeroffensive“ und die halbkoloniale Versklavung Österreichs zu formieren. Im Zusammenhang damit sah die KPÖ die Voraussetzungen einer revolutionären Krise in Österreich heranreifen. Kopenlig betonte jedoch, daß dies nur möglich sei, „wenn die Kommunistische Partei die Massen zur Gegenoffensive mobilisiert und dem Kapitalismus den Ausweg versperrt, seine Schwierigkeiten auf Kosten der Massen zu überwinden“.¹ Das wirklich Neue an dieser Analyse war, daß die KPÖ damit endgültig die austromarxistischen Vorstellungen überwand, wonach der Kapitalismus letztlich von selber zusammenbrechen werde; sie waren in der Partei in ultralinkem Gewand verbreitet: Die Wirtschaftskrise und die aus ihr resultierende politische Krise *müsse* die proletarische Revolution hervorrufen.

Voraussetzung für diese Neueinschätzung war die kritische Überprüfung der Politik der vorangegangenen Jahre, vor allem während des Herbstes 1929. „Die Kommunistische Partei hat damals den Fehler gemacht, sich zu sehr auf die Spontanität“ der Arbeiter zu verlassen, meinte Kopenlig, die organisierende Rolle der Partei sei in den Hintergrund getreten. Die Folge war, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft festigte. „Dies zeigt uns, daß trotz Vorhandenseins einer großen Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft dies nicht zur revolutionären Krise und zum Sieg der Arbeiter führen muß, wenn die KP es nicht versteht . . . die Mehrheit der Arbeiter zu erobern. 1929 ging die Bourgeoisie den Weg der Anwendung faschistischer Methoden . . . Wir haben die damalige Lage im Wesen richtig kritisiert . . . Wir haben aber nicht den Prozeß der Entwicklung gesehen, nicht die Möglichkeiten einer Änderung der Methoden, nicht die Möglichkeit des Lavierens der Bourgeoisie.“²

„Die außerordentlich komplizierten politischen Verhältnisse in Österreich verlangten von der Partei hohes politisches Niveau und große Manövrierfähigkeit. Die Partei war diesen Aufgaben nicht immer gewachsen . . . Der entscheidende Fehler war, daß die Partei in der Situation des revolutionären Aufschwunges, wie 1929, die Bedeutung der revolutionären Massennarbeit als ausschlaggebenden Faktor unterschätzte.“³

Im Thesenentwurf des Zentralkomitees war in diesem Zusammenhang auch auf innerparteiliche Schwächen, auf eine mangelnde „bolschewistische Manövrierfähigkeit“, hingewiesen worden: „Ein besonderer Fehler der Partei und ihrer Führung zeigte sich in der wenig konkreten Anwendung und Durchführung allgemeiner Direktiven, in der ungenügend konkreten Analyse der Lage in einer bestimmten Situation. Dies führte manchmal einerseits zu gewissen Überspitzungen, andererseits zu einem Nachhinken in der Tätigkeit der Partei hinter den Ereignissen.“⁴

„Die damals von der Partei gezogenen Lehren müssen eine dauernde Warnung für die Zukunft sein“, hatte Kopenlig im ersten seiner drei

Einleitungsartikel für die Diskussion geschrieben. „Sie zeigen uns, daß auch bei Vorhandensein einer tiefen Erschütterung des kapitalistischen Systems dies nicht zur politischen-revolutionären Krise führen muß und niemals zum Sieg des Proletariats führen kann, wenn der subjektive Faktor, die Kommunistische Partei, es nicht versteht, die Massen zu gewinnen.“ Die Partei habe die Lage nicht immer richtig analysiert und die konkrete Analyse in den innerparteilichen Auseinandersetzungen oft durch allgemeine starre Formeln ersetzt.⁵ Im zweiten dieser Artikel hatte Kopenig eine Überprüfung des politischen Wirkens unter sozialdemokratischen Arbeitern verlangt; Agitation allein genüge nicht, nur die eigene Erfahrung könne sie von der Richtigkeit der Argumente der Kommunisten überzeugen.⁶

Der 11. Parteitag und die Frage der Erneuerung der Kader

Die Erkenntnis über die Bedeutung des subjektiven Faktors in der von der KPÖ erwarteten revolutionären Entwicklung fand ihren Niederschlag in der umfangreichsten Diskussion zu organisatorischen Fragen, die in der Partei bis dahin stattgefunden hatte. Vor dem eigentlichen Parteitag fand eine eigene „Org-Beratung“ statt, an der die mit organisatorischen Fragen befaßten Parteitagsdelegierten sowie die Org-Funktionäre der Wiener Grundorganisationen teilnahmen.

Auf einige der Hauptschwächen war Johann Kopenig schon in seinen Einleitungsartikeln eingegangen: Das weitere Abnehmen des Einflusses der KPÖ in den Betrieben, das Zurückbleiben der Wiener Organisation hinter der allgemeinen Aufwärtsentwicklung der Partei und die „sektiererische Vernachlässigung der Arbeit der Partei unter den werktätigen Frauen“.⁷ Zwar hatte die Partei seit dem 10. Parteitag ihre Mitgliederzahl verdoppeln können (wobei der Großteil der Neubeitritte in den Monaten vor dem Parteitag erfolgte) und seit dem Herbst 1930 vierzig neue Ortsgruppen gegründet, in den industriellen Zentren war jedoch ein Stagnieren festzustellen. In mehreren Betrieben gab es sogar Rückschläge. Johann Kopenig sah die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung dieses Zurückbleibens in einer Erneuerung des gesamten Parteikaders, wobei in erster Linie Arbeiter aus den Betrieben herangezogen werden sollten. „In nicht wenigen Fällen sind solche Bemühungen an dem Widerstand und der Unfähigkeit alter Funktionäre gescheitert.“ Um die „sektiererisch-opportunistische Unterschätzung der neuen Kräfte, die in der Partei vorhanden sind“, zu überwinden, schlug er eine Art „Roßkur“ vor: Bei allen Neuwahlen sollte als Richtschnur genommen werden, daß 50 Prozent der Leitungen aus den Reihen „der besten Arbeitermitglieder“, auch solcher, die erst seit kurzer Zeit Mitglied der Partei waren, gebildet würden. Im Zentralkomitee sollte dieser Prozentsatz sogar 70 Prozent betragen.⁸ Kopenig provozierte damit

eine äußerst heftige Diskussion auf allen Ebenen der Partei, die allen Genossen die Bedeutung dieser Frage bewußt machte, wie aus den Berichten in der „Roten Fahne“ hervorging, die neben (einigen wenigen) schriftlichen Diskussionsbeiträgen in erster Linie zusammenfassende Artikel über den Verlauf der Parteitagsdiskussion in den Grundorganisationen (mit teilweise längeren wörtlichen Zitaten) brachte. Die häufigsten Einwände gegen die von Kopenig vorgeschlagene Orientierung in der Kaderfrage faßte Otto Benedikt in einem Beitrag für die „Rote Fahne“ zusammen: Die Neuen seien oft unzuverlässig, ja inaktiv, außerdem mangle es ihnen an politischer Erfahrung und ideologischer Klarheit. Benedikt antwortete: „Man muß sich doch fragen, wie es kommt, daß Arbeiter, die doch gerade deshalb zu uns kommen, weil sie kämpfen wollen, dann bei uns passiv geworden sind!“ Als einen Grund dafür sah er die „Autorität“ an, mit der die „Alten“ die Neuen oft einschüchterten, manchmal auch offenes Mißtrauen seitens der alten Leitungen. Zur Hebung der Aktivität sei auch die Entwicklung neuer Methoden in der politischen Arbeit vonnöten, die dem Aktivitätsdrang der Neubeigetretene besser gerecht würden als die bisher angewandten. Die Partei müsse den in Bewegung geratenen sozialdemokratischen Arbeitern zeigen, daß es ihr ernst sei mit der Aufforderung: „Kommt zu uns, damit wir gemeinsam mit euch, die ihr oft unsere Fehler am besten kennt, und mit eurer Hilfe unsere Fehler überwinden, unsere Schlacken, die uns noch aus der Zeit der völligen Isolierung anhaften, abstreifen und es lernen, eine bolschewistische Massenpartei zu werden...“⁹

Für die Org-Beratung am 27. Juni legte das Zentralkomitee einen umfangreichen Beschlußentwurf in der „Roten Fahne“ vor, in dem es hieß: „Gerade heute, wo infolge der objektiven Situation und auf Grund der gestiegenen politischen Aktivität der Partei in den Tageskämpfen der Arbeiter die Sympathien zur Partei in den Massen steigen und die Partei auch organisatorisch wächst, gilt es, radikal den Bruch mit den Methoden von Agitationszirkeln, mit der sektiererischen Furcht gegenüber der Organisation der Massen zu vollziehen, gilt es, die Wendung zur Massenarbeit, die von der Partei begonnen wurde, energisch und konsequent durchzuführen.“ Dabei sei aber auch eine „Regulierung“ des Wachstums der Partei nötig, da es in erster Linie Arbeitslose waren, die der KPÖ beitraten, und außerdem eine beträchtliche Fluktuation herrschte, die durch sofortige Einbeziehung der neuen Genossen in die Tätigkeit der Partei, ihre Betrauung mit abrechenbaren Aufgaben sowie ihre Schulung durch Einführungskurse überwunden werden könnte. Um den „Stillstand“ in der Tätigkeit in den Betrieben zu überwinden, sei es in erster Linie notwendig, vom „Kampagnencharakter“ der Betriebsarbeit, wodurch geknüpft Verbindungen immer wieder abrisen, wegzukommen und verstärkt Betriebszeitungen einzusetzen. Die Einführung von Instrukto- ren für Betriebsarbeit bei den Leitungen sollte die Anleitung verbessern helfen.

Eine weitere wichtige Frage im Zusammenhang mit der Erneuerung der Organisation, die das ZK-Papier ansprach, war die Überwindung sozialdemokratischer Traditionen: „Das Leben einer ganzen Reihe von Organisationen vollzieht sich losgelöst von den Hauptaufgaben der Partei... Ihre Tätigkeit beschränkt sich in der Hauptsache auf ein mehr oder weniger regelmäßiges Zusammenkommen, auf ein abstraktes Herumreden über allgemeine Fragen und höchstens noch Veranstaltung öffentlicher Versammlungen.“ Diese „vereinsmäßige Tätigkeit“ müsse völlig umgekrempelt werden. Die Aufgabe der Grundorganisationen und ihrer Leitungen sei es, mit *allen* Mitgliedern individuell jeweils konkrete Arbeiten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, in Betrieben und überparteilichen Organisationen und Komitees, zu besprechen, so daß die Zellenleitungen zu Knotenpunkten „eines ganzen Netzes von Aktionshebeln und Verbindungskanälen zu den Massen“ würden.¹⁰

Noch pointierter formulierte Friedrich Hexmann, der Leiter der Wiener Organisation, das Problem in seinem Diskussionsbeitrag auf dem Parteitag, indem er von direkter Sabotage in der Kaderfrage sprach. „Vor uns steht auch das Problem, die große Masse der Mitgliedschaft zur Arbeit zu bringen. Die Zellenleitungen fühlen sich bis jetzt als Teil eines Vereins, der in seinen Versammlungen auf den Referenten wartet und sein Pensum erledigt.“¹¹

Neben der vor allem von Kopenig wiederholt angesprochenen Vernachlässigung der Gewinnung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen war es vor allem die Stagnation des KJV, die zu einem Hemmnis bei der Wahrnehmung der objektiven Möglichkeiten wurde. „Die breite Mitgliedschaft der Partei ist uninformiert über die Fragen des Kampfes der Jugend und daher außerstande, den Jugendverband konkret zu unterstützen“, wurde in der „Roten Fahne“ kritisiert.¹²

Auf dem Parteitag forderte Johann Kopenig die „Liquidierung des alten Trotts“ und „bolschewistische Arbeitsdisziplin“ und setzte sich vor allem mit dem Zurückbleiben der Wiener Organisation auseinander, das er für eine Folge des Schwächegefühls gegenüber der großen Sozialdemokratie hielt; eine weitere Ursache liege im Mangel an konkreter lokaler und kommunaler Politik, wie sie in vielen Ortsorganisationen in den Bundesländern längst selbstverständlich sei. Um die Kadererneuerung mit „dem Kurs der Partei auf die Betriebe“ zu verbinden, sei ständiger persönlicher Kontakt, nicht die Ausgabe von Direktiven nötig; das wiederum sei nur lösbar, indem die Betriebsarbeiter selbst als Leitungsmitglieder herangezogen würden.¹³ Im Schlußwort räumte er ein, daß die Kritik vieler Parteitagsdelegierter, daß vor allem die Parteiführung ihren Arbeitsstil ändern müsse, richtig sei und verwies auf die konkrete Form der Selbstkritik, die darin bestand, daß 70 Prozent der neuen ZK-Mitglieder Arbeiter seien.

Dank dieser vom 11. Parteitag ausgearbeiteten Linie in der Organisations- und Kaderfrage war es möglich, in den darauffolgenden Monaten die

Organisationsprobleme der Partei langsam in den Griff zu bekommen; die Verankerung in den Betrieben scheiterte in vielen Fällen allerdings daran, daß die laufenden Kündigungen immer wieder dazu führten, daß Positionen verloren gingen, weil die Kommunisten zuerst auf die Straße geworfen wurden.

Die von Friedrich Hexmann angesprochene „Sabotage“ in der Kadererneuerung ging in erster Linie von jenen Funktionären aus, die noch in der Tradition der innerparteilichen Fraktionskämpfe der frühen zwanziger Jahre verhaftet waren und ihre „Entmachtung“ nicht mit ihrem Unvermögen, den neuen Anforderungen gerecht zu werden, in Verbindung brachten, sondern als Angriff der Parteiführung auf ihre „Positionen“ werteten. Der Prominenteste unter ihnen war Karl Toman, an dessen Stelle schon vor dem 11. Parteitag Franz Honner die Leitung der Gewerkschaftsarbeit übernommen hatte. Von vielen Genossen, die in Betrieb und Gewerkschaft politisch tätig waren, war dieser Wechsel mit Erleichterung begrüßt worden. In all den Jahren seiner Leitungstätigkeit hatte Karl Toman große Wendigkeit bei der Anpassung an Kursänderungen gezeigt, die von „oben“, von der Führung der Komintern oder der Roten Gewerkschaftsinternationale kamen. Diese Anpassungsfähigkeit in ideologischen Fragen hatte er stets mit sturem Administrieren und unelastischem Herangehen an die Probleme der Arbeit an der Basis zu verbinden gewußt. Selbst wenn er — wie gegenüber dem Leobner Bezirkssekretär Gustav Wegerer in der Frage des Kampfes gegen den „Betriebsfaschismus“ — eine kluge, erfolgversprechende Linie vertrat, trug er durch seine persönlichen Schwächen viel dazu bei, daß die Partei in der Gewerkschaftspolitik einen Rückschlag nach dem anderen erlebte. Nachdem Toman seiner Funktionen entbunden worden war, ging er neuerlich daran, eine oppositionelle Fraktion gegen die Politik des Zentralkomitees zu organisieren. Er machte sich dabei Differenzen der burgenländischen Landesorganisation mit der Zentrale zunutze. Im September 1932 wurde er aus der KPÖ ausgeschlossen.

Während die politische Entwicklung Josef Freys in gewissem Sinne konsequent war und seine Gruppierung ab Ende der zwanziger Jahre eine Richtung des österreichischen Trotzismus repräsentierte, bewies Karl Toman, daß die von einigen seiner Anhänger schon 1925 getroffene Einschätzung, daß er ein prinzipienloser Opportunist sei, richtig war; damals hatte er alle Differenzen mit dem zuvor wütend bekämpften Frey über Bord geworfen, um einen Block gegen die neue Führung um Johann Kopenig bilden zu können. Toman versuchte nach seinem Ausschluß zuerst bei den Trotzisten Fuß zu fassen, trat nach 1934 den Revolutionären Sozialisten bei und suchte schließlich 1938 um Aufnahme in die NSDAP an, die ihm 1941 bewilligt wurde. Bis 1945 war er als Nazifunktionär in der Gemeinde Eichgraben im Wienerwald tätig. Nach der Befreiung Österreichs wurde er von den sowjetischen Truppen festgenommen. Über das Gerichtsverfahren gegen ihn ist nichts bekannt,

er wurde zuletzt Ende der vierziger Jahre in einem Moskauer Gefängnis-Krankenhaus gesehen.

„Rothschild saniert — das Volk krepirt!“

Als die „Rote Fahne“ am 14. Mai 1931 mit dieser Schlagzeile erschien, wurde sie wegen „Verbreitung beunruhigender Gerüchte“ beschlagnahmt; die KPÖ ersetzte daraufhin in der Agitation gegen die Lasten, die der arbeitenden Bevölkerung im Zusammenhang mit der Sanierung der Creditanstalt auferlegt wurden, diese Losung durch den Ausdruck „Rothschild saniert — das Volk hungert“, an dessen Wahrheitsgehalt auch die Staatsanwaltschaft nicht vorbeikam.

Der drohende Zusammenbruch der größten Bank Österreichs mit ihrem riesigen Industriekonzern, von dem wiederum hunderte Zulieferbetriebe direkt und indirekt abhängig waren, machte die Rolle Österreichs als halbkolonialer Spielball imperialistischer Mächte deutlich. Der CA-Krise war, im März 1931, der Versuch einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich vorangegangen. Um diese Pläne zu torpedieren, brachte das französische Finanzkapital die Wiener Creditanstalt in Schwierigkeiten; an der Sanierung verdienten in erster Linie ausländische Banken. Gleichzeitig geriet die österreichische Währung international unter so starken Druck, daß eine Berliner Zeitung, das SPD-Organ „Vorwärts“, schrieb: „Österreich hat für die Creditanstalt garantiert, aber wer garantiert für Österreich?“¹⁴ Diese Situation führte in Österreich zu einer Zuspitzung der nationalen Frage. Die Nationalsozialisten erhielten starken Zulauf mit ihren Phrasen, wonach die „jüdische Hochfinanz“ an allem schuld sei und ein Anschluß an Deutschland die Rettung darstelle. Die KPÖ übernahm daher von der KPD, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert war, die Idee eines Programms zur sozialen und nationalen Befreiung des Volkes, mit dessen Ausarbeitung in der Vorbereitung zum 11. Parteitag begonnen wurde. In dieser für eine massenwirksame Politik der Partei so wichtigen, zugleich aber in Österreich besonders komplizierten Frage (weil die nationale Eigenständigkeit der Österreicher damals noch nicht erkannt worden war) zeigte sich die Pionierrolle Johann Kopenigs im Zentralkomitee. Im Thesenentwurf des ZK war dieses Problem recht schematisch angegangen worden. Nur die proletarische Revolution könne zur Abschüttelung des Jochs des in- und ausländischen Finanzkapitals führen. Der Nazilosung vom Anschluß an Deutschland wurde die Losung „Anschluß Sowjetösterreichs an Sowjetdeutschland“ gegenübergestellt. Auf dem Parteitag setzte Kopenig den Schwerpunkt anders: Es gehe um eine Volksmobilisierung gegen die Rothschild-Sanierung. Diese Losung „ist verbunden mit der Frage des revolutionären Ausweges, den wir den Massen zeigen durch die Verkündung eines Programms der nationalen und

sozialen Befreiung des werktätigen Volkes vom Joch des Kapitalismus und der Sklaverei des in- und ausländischen Finanzkapitals“. Besonders hob er hervor, daß der Anschluß an ein kapitalistisches Deutschland „nur noch größere Versklavung“ bringe.¹⁵ Als in der Diskussion auf dem Parteitag mit ultralinken Argumenten gegen das Aufgreifen „nationaler“ Losungen polemisiert wurde,¹⁶ ging Kopenig im Schlußwort ausführlich auf die Bedeutung der nationalen Frage ein. Sie zu unterschätzen, bedeute ein „Nichtsehen der Durchdringung Österreichs“ durch das internationale Finanzkapital. Das Besondere an der CA-Sanierung sei ja gerade das Zusammentreffen von sozialer und nationaler Frage.¹⁷

Der Kampf gegen die Rothschild-Sanierung rückte in den Mittelpunkt aller sozialökonomischen Aktivitäten der Partei bis ins Jahr 1932 hinein. Einen ersten Entwurf des Programmanifests zur sozialen und nationalen Befreiung des österreichischen Volkes trug Johann Kopenig den Parteitage-delegierten vor, im Herbst wurde es als Broschüre unter dem Titel „Wo ist der Ausweg?“ veröffentlicht. Zur Konkretisierung folgte eine Reihe spezieller Programme, als erstes bereits am 15. August das Arbeitslosenhilfsprogramm.

Im Zusammenhang mit der Finanzhilfe des Staates für die Creditanstalt wurde in der Sozialdemokratie die Frage diskutiert, ob dieses Eingreifen des Staates in die kapitalistische Wirtschaft nicht ein Stück Sozialismus sei. Kopenig wandte sich scharf gegen solche Vorstellungen: „Die Verpfändung halb Österreichs ist für die Sozialdemokraten der Weg zur ‚Macht der Arbeiterklasse‘.“¹⁸

Verbindung von sozialökonomischem und antifaschistischem Kampf

Der Pfrimer-Putsch 1931

Mit der zunehmenden Vertiefung der Wirtschaftskrise verloren die Heimwehren rasch an Boden gegenüber den Nationalsozialisten. Letztere konnten sich dank einer geschickten sozialen Demagogie als Alternative zum „System“ aufspielen, während die Heimwehren von einer wachsenden Zahl der Opfer der Wirtschaftskrise mit den bankrotten „alten“ Parteien der Reaktion identifiziert wurden, woran auch taktische Schritte wie eigene Kandidaturen unter der Bezeichnung „Heimatblock“ nichts ändern konnten: Zu offenkundig war die bei Aufmärschen auch demonstrativ zur Schau getragene Verbindung der Heimwehren mit den lokalen Behörden, der Schwerindustrie, dem Großgrundbesitz und nicht zuletzt der katholischen Kirche. Dieser Rückgang des Einflusses, vor allem aber die Tatsache, daß die

erhoffte Machtergreifung immer weiter in die Ferne rückte, stürzten die Heimwehren 1931 in eine tiefe Krise.

Der Führer des Steirischen Heimatschutzes, Walter Pfrimer, wollte in dieser Situation das Gesetz des Handelns an sich reißen. Er bereitete anlässlich einer für den 13. September 1931 in Liezen im steirischen Ennstal angesetzten sozialdemokratischen Versammlung, zu der der Landessekretär der SDAP, Koloman Wallisch, als Referent erwartet wurde, den „Ausbruch von Unruhen“ vor. Offenbar in Sorge, der Putschplan könnte verraten worden sein, wurden die „Zusammenstöße“ vorverlegt: Schon am Abend des 12. September, bevor die Heimwehr Gelegenheit zum geplanten neuerlichen Arbeitermord gehabt hatte, ließ Pfrimer die Meldung verbreiten, im Ennstal sei es zu schweren Zwischenfällen gekommen, die ein Eingreifen des Heimatschutzes erforderten. Gleichzeitig sandte er durch Boten Briefe an die Heimwehrführer in den übrigen Bundesländern, in denen er um ihre Unterstützung bei der Niederwerfung der „Marxisten“ ersuchte. Sogar Flugblätter über die angeblichen Zusammenstöße während der Veranstaltung der SDAP wurden gedruckt.

Die Aktion, die in der Nacht zum 13. September anliefe, fand zwar Unterstützung oder zumindest wohlwollende Neutralität von seiten der örtlichen Exekutivorgane und Bezirkshauptmannschaften, doch die anderen Heimwehren schlossen sich nicht an. Auch der Bundesregierung kam die Aktion ungelegen, weshalb sie Bundesheer gegen die Putschisten in Marsch setzte — allerdings mit dem Auftrag, so langsam vorzurücken, daß die Heimwehrlere Zeit hatten, sich unbehelligt zurückzuziehen.

Auch wenn der Staatsstreichversuch Pfrimers oft als „Operettenputsch“ dargestellt wird — für die Arbeiterschaft in der Obersteiermark war er blutiger Ernst: Sozialdemokratische Bürgermeister wurden verhaftet, Gewerkschaftsfunktionäre als Geiseln genommen und Arbeiterhäuser beschossen. In Kapfenberg wurden vier Arbeiter schwer verletzt und zwei ermordet. Was der Arbeiterklasse bevorstand, falls der Putsch glücken sollte, war noch am 13. September an den Werktoeren der Alpine zu lesen:

„Über Ersuchen des Betriebsrates ist die Schichtenteilung ab Montag, den 14. September, 6 Uhr früh, in allen Betrieben nicht 8 Stunden, sondern 12 Stunden zur ungestörten Aufrechterhaltung des Betriebes während des Andauerns außergewöhnlicher Verhältnisse.“¹⁹ Gleichzeitig ließ Pfrimer verlautbaren, daß er die Arbeitslosigkeit durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht „abschaffen“ wolle, wodurch die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen überflüssig würde.

Obwohl die SDAP in Extraausgaben ihrer Parteiorgane die Arbeiterschaft zur „Ruhe“ und „Besonnenheit“ aufforderte und den Republikanischen Schutzbund kasernierte, da sie die Niederwerfung des Putsches den staatlichen Organen überlassen wollte, kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen. So wurden faschistische Patrouillen in Judenburg, Fohnsdorf, Pernegg,

Kirchdorf und Hönigsberg entwaffnet. In Leoben organisierte die KPÖ eine Massenversammlung auf dem Hauptplatz, vor der die Heimwehrlere Reißaus nahmen. Um die Agitation der KPÖ gegen den Heimwehrputsch in ganz Österreich zu behindern, wurden von der Wiener Polizei alle Ausgaben der „Roten Fahne“ bis zum 17. September beschlagnahmt.

Vor allem dank des persönlichen Eingreifens des christlichsozialen Landeshauptmannes Anton Rintelen blieben die Putschisten unbehelligt, einige wurden zwar angeklagt, im Dezember 1931 aber freigesprochen. Pfrimer schloß sich kurze Zeit später der NSDAP an, 1933 unterstellte sich der ganze Steirische Heimatschutz, nachdem er ein Abkommen mit den österreichischen Nazis geschlossen hatte, formell der deutschen NSDAP.

Organisierung der Arbeitslosen

Chronische Unterernährung von Arbeiterkindern, ein deutliches Ansteigen der Säuglingssterblichkeit, das waren die medizinisch meßbaren Folgen der Wirtschaftskrise. Schon vor Beginn der „Rothschild-Sanierung“, die das Elend vervielfachte, hatte die Krise tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung gezeitigt. In seinem Referat auf dem 11. Parteitag hatte Johann Koplenig die Zahlen für 1930 angeführt: Neben den 200.000 unterstützten gab es fast 100.000 nicht unterstützte Arbeitslose, darüber hinaus wurde damals — als die Wirtschaftskrise Österreich noch gar nicht voll erfaßt hatte — bereits in 40 Prozent der Betriebe kurzgearbeitet. 1930 war der Konsum von Lebensmitteln gegenüber 1929 beträchtlich zurückgegangen: um 30 Prozent bei Bier, um 25 Prozent bei Zucker, und sogar bei Brot um 15 Prozent. Daß der Rückgang bei Fleisch „nur“ 15 Prozent betrug, hatte seine Ursache im ohnehin sehr geringen Fleischkonsum der werktätigen Bevölkerung. 1931 vertiefte sich die Wirtschaftskrise und erreichte im Winter 1932/33 ihre verheerendsten Ausmaße. Zu Pfingsten 1932 wurde in Donawitz der letzte Hochofen ausgeblasen. Die offiziellen Zahlen wiesen für 1932 einen Jahresdurchschnitt von 468.000 Arbeitslosen aus, das waren Unterstützte und (vorgemerkte) Ausgesteuerte. Nicht erfaßt waren in dieser Zahl diejenigen, die die Arbeitsuche aufgegeben hatten, Jugendliche, die nie erfaßt worden waren, Hausgehilfinnen und Landarbeiter, für die es keine Arbeitslosenversicherung gab, sowie jene nach vielen Zehntausenden zählenden Frauen, die gezwungenermaßen „ins Familienleben zurückgekehrt“ waren. Im Jänner 1933 wurden 398.000 Unterstützte gezählt, die Zahl aller übrigen Arbeitslosen dürfte weit mehr als 100.000 betragen haben. Offiziell waren mehr als 25 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen arbeitslos, real war es wohl ein Drittel; und auch die übrigen zwei Drittel arbeiteten im Durchschnitt weit unter 40 Stunden in der Woche, was bei einer offiziellen 48-Stunden-Woche große Lohneinbußen

bedeutete. Von den größeren Industrieorten war die Situation am schlimmsten in Steyr, wo 53 Prozent der Bevölkerung von öffentlichen Unterstützungen lebten und 400 der 22.000 Einwohner überhaupt ohne jegliches Einkommen und somit aufs Betteln angewiesen waren.

Anstatt Aufklärungsarbeit in großem Stil unter den Arbeitslosen zu betreiben und durch eine konsequente Vertretung der Interessen von Arbeitenden und Beschäftigungslosen der Nazidemagogie den Boden zu entziehen, ließ die Führung der Freien Gewerkschaften zu, daß untergeordnete Gewerkschaftsleitungen und freigewerkschaftliche Betriebsräte an das gesamtgesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit geradezu zünftlerisch-borniert herangingen. Vor allem wurde von den Freien Gewerkschaften die Rolle von Arbeitslosen als Streikbrecher gewissermaßen als naturgegeben hingenommen.

Demgegenüber stellte die Org-Beratung vor dem 11. Parteitag der KPÖ jeder Ortsgruppe der Kommunistischen Partei die Aufgabe, in ihrem Bereich ein Arbeitslosenkomitee zu gründen, da die vorhandenen Komitees zu diesem Zeitpunkt erst einen Bruchteil der Arbeitslosen erfaßten.

Im Winter 1931/32 konnten diese Komitees erste Erfolge erzielen: In Wien erreichte das ZAK im Jänner 1932 die Ausgabe von Lebensmittelpaketen, in Mödling wurden nach einer Arbeitslosendemonstration von der Gemeinde nicht nur Lebensmittel verteilt, sondern auch Mietzinsbeihilfen ausbezahlt.

1932 häuften sich Delogierungen von ausgesteuerten Arbeitslosen, in einigen besonders krassen Fällen — so im Juni in Donawitz oder im Oktober in Schwaz in Tirol — gelang es der KPÖ oder den von ihr beeinflussten Komitees, eine Zurücknahme des Delogierungsbescheids zu erreichen. In Schwaz war eine Mutter mit drei Kindern davon betroffen. Der Erfolg stärkte das Ansehen der KPÖ-Ortsgruppe derart, daß die SDAP-Organisation mit den Kommunisten die Bildung eines Einheitskomitees vereinbarte.

Am 10. und 11. Dezember 1932 fand in Wien ein Reichskongreß der Arbeitslosen statt, an dem rund 300 Delegierte und Gäste teilnahmen. Von den Delegierten waren 114 Kommunisten, 62 parteilos und 48 Sozialdemokraten. Der Kongreß wählte ein zentrales Komitee, das im Jänner 1933 weitere Aktionen der Arbeitslosen organisierte und in vielen Ortschaften eine „Winterhilfe“ für die Arbeitslosen durchsetzte. Der Kongreß war durch eine Reihe von „Hungermärschen“ vorbereitet worden, der größte hatte am 16. November vom Ybbstal aus nach Amstetten geführt; 400 Teilnehmer hatte die Polizei gezählt. Als drei Tage später einige hundert Arbeitslose nach Linz marschiert waren, um der Landesregierung ihre Forderungen vorzutragen, hatte die Exekutive die Stadt in eine belagerte Festung verwandelt: Durch zwei Sperrlinien hatten Gendarmerie, Polizei und Bundesheer versucht, den Zuzug von Arbeitslosen aufzuhalten.

Die Komitees gaben in einigen Fällen auch Zeitschriften heraus, die meist mit einfachsten Mitteln hergestellt wurden, wie beispielsweise „Der Brotrin-

den-Rentner. Mitteilungsblatt des Revolutionären Arbeitslosenkomitees in Amstetten“ und ähnliche, manchmal sogar handgeschriebene Blätter. Zu den wichtigsten Forderungen der Arbeitslosenkomitees zählten im Winter 1932/33 die Auslösung der in den Monaten zuvor verpfändeten Wintermäntel der Ausgesteuerten durch die Gemeinden, die Ausgabe von richtigen Schuhen (da die Behelfsschuhe aus Bast, Reifenabfällen und ähnlichem im Schnee kaputtgingen) sowie die Einrichtung von Wärmestuben für diejenigen, die sich kein Heizmaterial mehr kaufen konnten.

Fußfassen auf dem Lande

Slowenische und deutschsprachige Kommunisten in Kärnten waren die Pioniere einer intensiveren Beschäftigung der Kommunistischen Partei mit den Nöten der Klein- und Mittelbauern gewesen. Mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise wurde es unabdingbar, daß die ganze Partei diesem Problem größeres Augenmerk widmete. Auch hier stellte der 11. Parteitag die Weichen zu einem richtigen Herangehen. Der Kärntner Landessekretär Gregor Kersche trat in seinem Diskussionsbeitrag den in der Partei weitverbreiteten Vorstellungen entgegen, zuerst müsse die KPÖ in den Betrieben verankert werden, dann erst könne man an die Organisierung der Bauern gehen. Der Radikalisierungsprozeß der Landbevölkerung warte nicht auf die taktischen Überlegungen der Kommunisten, meinte Kersche und wies auf die Gefahr hin, daß „die werktätige Landbevölkerung von den Krallen des Faschismus ergriffen wird“. Er forderte die Aufstellung eines Agrarprogramms durch die Partei und führte das Zurückbleiben der Arbeit auf dem Land auf rechts- und linksopportunistische Widerstände im Kader zurück: „Manche Genossen sehen die Kampfleitungen oder die Bauernkomitees als die Filialen der Partei an und nicht als Einheitsorgane; wieder andere verfallen in den umgekehrten Fehler, indem sie neben den bestehenden Kampfkomitees die Schaffung von Parteizellen vernachlässigen.“²⁰

Die von Kersche erwähnten Aktionskomitees waren teils spontane, teils auf Initiative der KPÖ zustandegekommene Ausschüsse zur Verhinderung drohender Exekutionen, das heißt, der Zwangsversteigerung von verschuldeten Bauernhöfen. Ein eigenes Agrarprogramm erarbeitete sich die Partei zwar nicht, doch entstand unter der maßgeblichen Beteiligung von Kommunisten ein Bauernhilfsprogramm, das vom „Reichsaktionskomitee der werktätigen Bauern Österreichs“ — eine Institution, die damals allerdings erst auf dem Papier bestand — im Jänner 1932 unter dem Titel „Der Bauer steht auf“ herausgegeben wurde. Die Broschüre diente zur Vorbereitung von „Bauerntagen“, die am 7. Februar 1932 in sechs österreichischen Ortschaften durchgeführt wurden. Das Forderungsprogramm enthielt Losungen wie die Steuerbefreiung für Klein- und Mittelbauern bei gleichzeitiger Streichung

der Subventionen für die Großagrarien, die Einführung der Alters- und Krankenfürsorge für Bauern, die ihre Höfe selbst bewirtschafteten, und ähnliche.

In einem Rundschreiben an alle Organisationen, in dem das Zentralkomitee im Sommer 1932 auf Probleme des antifaschistischen Kampfs einging, hieß es: „Der Vorstoß der Partei in dem Dorf ist gleichzeitig der beste Offensivkampf gegen den Faschismus.“²¹ Die Agrarkrise stieß die ärmsten Schichten auf dem Land ins nackte Elend. Einer wachsenden Zahl von Kleinbauern, die ihre in wirtschaftlich günstigeren Zeiten aufgenommenen Kredite nicht zurückzahlen konnten, wurden die Höfe weggenommen und zwangsversteigert. Aber auch die verschuldeten Großagrarien gerieten in Abhängigkeit vom Bankkapital. Ob diese Zersetzung der traditionellen Strukturen auf dem Land auch zu einer Zersetzung des bisher durch die Heimwehren repräsentierten Faschismus oder nur zu einer Umgruppierung im faschistischen Lager in Richtung einer Stärkung des Einflusses der Nationalsozialisten führe, hänge angesichts der Vernachlässigung der Bauernfrage durch die Sozialdemokratie insbesondere von den Kommunisten ab. „Eine Unterschätzung der Arbeit der Partei auf dem Land würde unweigerlich die werktätigen Bauern und Landarbeiter in die Arme des extremen faschistischen Flügels führen. Bei einer entschiedenen Wendung der Arbeit der Partei auf dem Land kann dies noch verhindert werden.“²²

Im Sommer 1932 begannen die von der KPÖ beeinflussten Bauernkomitees mit der Vorbereitung eines Reichsbauernkongresses, der durch eine „Rote Landwoche“ von 23. bis 30. Oktober vorbereitet werden sollte. Die Reichsführung des christlichsozialen Bauernbunds hielt die kommunistische Agitation in den Dörfern für eine so ernste Bedrohung der Stellung ihrer Organisation auf dem Land, daß sie selbst für November 1932 einen Bauerntag nach Wien einberief, um über die Abwehr der Folgen der Wirtschaftskrise zu beraten.

Der Kongreß fand am 13. November 1932 in Wien statt, mehr als die Hälfte der 74 gewählten Delegierten kam aus Kärnten, 18 unter ihnen waren Kommunisten. Zu den Bauerndelegierten sprachen Johann Koplenig und Gregor Kersche, weiters ein Betriebsrat und ein Arbeitsloser. Die kommunistischen Diskussionsredner versuchten, den Bauern den Zusammenhang zwischen der elenden Lage der Werktätigen in der Stadt und ihrer eigenen — durch die mangelnde Kaufkraft mitverursachten — Not klarzumachen. Die Kommunistische Partei prägte die in der Folge rasch popularisierte Losung „Arbeiternot — des Bauern Tod“. Unter den Diskussionsrednern war auch ein sozialdemokratischer Gemeinderat aus Arnoldstein. Der Kongreß ging mit der Wahl eines 17köpfigen Reichsbauernkomitees zu Ende.

Im Winter 1932/33, als sich die Zwangsversteigerungen häuften, geriet die Bauernschaft in Bewegung. Der Versuch einer Exekution in Vorau (Oststeiermark) im Jänner 1933 wurde von 1500 aufgebrachten Bauern verhindert.

Der betroffene Landwirt hatte die Krankenversicherung für seinen Knecht nicht zahlen können. Die Großagrarien versuchten, die Mittel- und Kleinbauern gegen die Landarbeiterversicherung aufzuwiegen. Der sozialdemokratischen Führung diente das als Beweis für den reaktionären Charakter der Bauernbewegung. Sie attackierte die KPÖ, den Faschisten Schützenhilfe zu leisten, wenn sie sich an solchen Bewegungen beteiligte. Gerade in den Wochen nach den Vorauer Ereignissen bewiesen die Kommunisten aber, daß es durch geduldige Aufklärungsarbeit möglich war, Teile der Dorfbevölkerung gegen die Demagogie der Großagrarien zu immunisieren und in den Kampf der Werktätigen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen einzubeziehen. Ein Aufruf der Bauern der Oststeiermark an die Bauern Österreichs am 12. Februar 1933, in dem eine Reihe konkreter wirtschaftlicher Forderungen erhoben wurde, fand die Unterstützung von neugebildeten Bauernkomitees in Unterkärnten, im Salzburger Pongau und im Burgenland.

Vor allem aber ging es darum, die Dorfbevölkerung in den Kampf gegen den Faschismus — das hieß auch: gegen die zunehmende Faschisierung des Staatsapparats — einzureihen. In einer Broschüre über die Vorauer Ereignisse wurde auf die Einquartierung von zweihundert schwerbewaffneten Soldaten im Vorauer Stift hingewiesen. „Bauern, das ist praktischer Anschauungsunterricht, erkennt euren Feind! Bisher haben die Bauern immer nur gehört vom Terror gegen die Arbeiter. Sie haben in der Zeitung gelesen, daß man gegen die Arbeitslosen die Gummiknüppel der Polizei und die Bajonette der Gendarmerie eingesetzt hat. Nun können sie aber sehen, daß der Terror der Staatsgewalt sich gegen alle Werktätigen richtet, wenn sie für ihre Forderungen kämpfen.“²³

Rote Einheitsfront und antifaschistische Aktion

Österreich wurde nicht mit einem Schlag faschistisch, sondern als Ergebnis eines längeren Faschisierungsprozesses. Obwohl dessen letzte Etappe erst im März 1933 einsetzte, waren seit 1927 und besonders seit dem Herbst 1929 die Faschisierungstendenzen im Staatsapparat unübersehbar. Ebenso deutlich waren aber Stockungen in diesem Prozeß erkennbar, wurden zeitweise die bürgerlich-demokratischen Normen wieder stärker berücksichtigt. So wurde der kommunistischen Presse 1930/31 ein größerer Freiraum zugestanden als im zweiten Halbjahr 1929, als allein die „Rote Fahne“ 28mal beschlagnahmt worden war.

Die SDAP überschätzte die verzögernden Momente beim Vormarsch des Faschismus und nahm die Einbeziehung der Organe des Staates in den Faschisierungsprozeß nicht zur Kenntnis, die Freien Gewerkschaften waren fassungslos angesichts des zunehmenden Eingreifens des Staatsapparats in

ökonomische Kämpfe und beschworen die Behörden, doch „Vernunft“ anzunehmen.

Die KPÖ leitete aus ihrer richtigen Erkenntnis, daß der Faschisierungsprozeß das gesamte politische System betraf, die falsche Schlußfolgerung ab, daß Österreich bereits in die faschistische Etappe eingetreten sei. Die wechselnde Intensität der Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung interpretierte Johann Koplenig in seinem Referat auf dem 11. Parteitag dahingehend, daß „die Bourgeoisie jederzeit imstande und bereit ist“, in der Ausübung ihrer in den ökonomischen Verhältnissen des Kapitalismus begründeten Diktatur „beide Methoden“ (nämlich die bürgerlich-demokratische und die faschistische) „geschickt zu verbinden“. Daher sei, meinte Koplenig, „eine Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie ... falsch und abzulehnen“.²⁴

Eine besondere Rolle auf dem 11. Parteitag spielte der Kampf gegen den Nationalsozialismus, der damals begann, auch in Österreich rasch an Boden zu gewinnen. Der Leobner Bezirkssekretär Josef Leeb berichtete in der Parteitagsdiskussion über Austritte aus der faschistischen „Unabhängigen Gewerkschaft“ (UG) und andere Zersetzungerscheinungen des Heimwehrfaschismus. „Es wäre aber vollständig falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß die faschistische Gefahr beseitigt sei. Eine große Gefahr für die Arbeiterschaft ist der Nationalsozialismus, der versucht, mit radikalen ‚antikapitalistischen‘ Phrasen, durch Vortäuschung eines Kampfes ‚gegen‘ die UG und die Heimwehr, die mit der UG und der Heimwehr unzufriedenen Arbeiter für sich zu gewinnen.“²⁵ Und Johann Koplenig mahnte im Schlußwort: „Nur dann, wenn die Massen unseren Kampf gegen die Nazis sehen, werden sie uns vertrauen und mit uns die Einheitsfront gegen den Faschismus schließen.“²⁶ Trotz dieser eindeutigen Aussagen dauerte es bis 1933, bis zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, bis die in der Partei weit verbreitete Gleichsetzung von „Sozialfaschismus“ und „Nationalfaschismus“ endgültig überwunden werden konnte und klar wurde, daß es einen prinzipiellen Unterschied geben mußte zwischen der notwendigen Zersetzungsarbeit innerhalb der proletarischen Anhängerschaft der NSDAP und der Bündnispolitik mit Mitgliedern der SDAP. So gab es noch bis ins Jahr 1933 hinein Diskussionen, ob man in die Arbeitslosenkomitees auch Nationalsozialisten aufnehmen sollte.

Am 16. und 17. Jänner 1932 tagte die Wiener Stadtdelegiertenkonferenz der KPÖ. Sie rief zur Bildung von Kampfausschüssen in den Betrieben und zur Wahl antifaschistischer Einheitskomitees auf. Von 31. Jänner bis Mitte April fanden — auf Initiative der Kommunistischen Partei, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und regionaler Arbeitslosenkomitees — Einheitskongresse statt, mit denen die Partei an die positiven Erfahrungen des Sankt-Pöltner Kongresses vom April 1929 anknüpfte.

Am 31. Jänner 1932 traten die Einheitskongresse in Wien, Linz, Leoben

und Klagenfurt zusammen. Die Wiener Veranstaltung wurde von der Polizei unter Berufung auf ein Versammlungsverbot gesprengt, eine Woche später aber — unter vermehrter Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter — an einem geheimen Ort fortgesetzt. Auf dem Wiener Einheitskongreß waren 504 Delegierte (davon 193 aus insgesamt 59 Betrieben) zugegen, ihrer Parteizugehörigkeit nach waren 256 Sozialdemokraten, 151 Kommunisten, zwei „revolutionäre Nationalsozialisten“, ein Heimwehler und ein Christlichsozialer sowie 93 Parteilose. Referent war Johann Koplenig, der als das Ziel der von den Kommunisten angestrebten „Roten Einheitsfront“ die Verbindung von sozialen Forderungen mit dem Kampf gegen den Faschismus umriß, da die Offensive der Bourgeoisie sowohl auf sozialem als auch auf politischem Gebiet erfolge. Der Linzer Kongreß versammelte 130 Delegierte und 40 Gäste, fast alle Betriebe der oberösterreichischen Landeshauptstadt waren vertreten. Der Leobner Kongreß, von dessen 204 Delegierten 25 der SDAP angehörten und sechs aus der Bauernschaft kamen, wurde mit einer Kundgebung in der Stadt abgeschlossen. Beachtlich war vor allem der Klagenfurter Kongreß: Die 274 Delegierten (zu denen noch 134 Gäste kamen) waren in 26 Versammlungen in ganz Kärnten gewählt worden; 96 waren Kommunisten, 29 Sozialdemokraten, vier Anarchisten, der Rest Parteilose. Alle vier Kongresse beschlossen einen Kampfpappell, der mit dem Aufruf schloß: „Es lebe die Rote Einheitsfront im Kampf für Arbeit und Brot, gegen die Hungerfront der Rothschild-Sanierer, gegen Hungerregierung und Faschismus, imperialistischen Krieg und Bedrohung der Sowjetunion!“ Eine Broschüre unter dem Titel „Die Rote Einheitsfront — eine unbezwingbare Macht“ informierte über diese ersten Kongresse.

Der Wiener Einheitsfrontkongreß hatte auch ein organisatorisches Resultat: die Bildung eines 66köpfigen Aktionsausschusses, der das gemeinsame Vorgehen im Kampf gegen den Faschismus koordinieren sollte. Erste Auswirkungen zeigten sich noch im Februar, als — angespornt durch das Beispiel dieses ersten organisierten Zusammengehens von Sozialdemokraten und Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus — in Hallein im Namen der „Roten Einheitsfront“ von Arbeitern fünf Lastautos voll Heimwehler aus der Stadt vertrieben wurden. Ab Ende Februar wurden die Kongresse fortgesetzt: am 28. Februar 1932 in Felixdorf bei Wiener Neustadt (188 Delegierte und 180 Gäste aus 37 Ortschaften, 69 Delegierte waren Sozialdemokraten) und Traisen (45 Delegierte und 85 Gäste), am 6. März für die Stadt Innsbruck sowie in Salzburg (75 Delegierte und 420 Gäste, Bildung eines 33köpfigen Aktionskomitees), am 3. April ein mit rund 400 Delegierten beschickter zweiter Kongreß in Wien und am 17. April in Innsbruck für ganz Tirol (155 Delegierte, davon 41 Sozialdemokraten und 81 Parteilose).

Am 28. Februar 1932 fand in Wien eine erste Einheitskonferenz werktätiger Frauen statt, zu der 157 Delegierte — auch aus den Bundesländern — sowie 125 Gäste kamen, die ein Arbeiterinnenschutzprogramm beschlossen.

Daß man einen eigenen Frauenkongreß veranstaltete, lag nicht nur an den spezifischen Problemen, die die Wirtschaftskrise für die Frauen brachte, sondern auch daran, daß die Partei immer wieder die Erfahrung machen mußte, daß Arbeiterfrauen ihre Männer am Engagement für die Sache des Fortschritts hindern wollten, da sie die Gefahren fürchteten, denen sie sich und ihre Familien damit aussetzten. Im September 1932 gingen Antifaschisten in einem Flugblatt auf die Scheu vieler Hausfrauen, sich mit Politik zu befassen, ein und prägten die Losung: „Arbeiterfrau! Über das Brot, das in der Küche fehlt, wird in der Küche nicht entschieden!“

Im Frühjahr 1932 häuften sich wieder faschistische Überfälle auf Arbeiter, eine zweite Terrorwelle setzte im Spätsommer dieses Jahres ein. Die Täter waren — neben Angehörigen des Steirischen Heimatschutzes — vor allem Nationalsozialisten. Die NSDAP war in mehreren Städten dazu übergegangen, regelrechte Kasernen einzurichten, in denen Arbeitslose zu SA-Gruppen zusammengefaßt und militärisch ausgebildet wurden. Die KPÖ begann mit der Organisierung von Abwehrkomitees, die — meist unter dem Namen „Antifaschistenkomitees“ — Kommunisten und Sozialdemokraten auf Betriebsebene vereinten. Nach dem Vorbild der von der KPD initiierten Antifaschistischen Aktion (deren Symbol zwei rote Fahnen waren, was die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten ausdrücken sollte) begann die KPÖ Mitte Juli 1932, die verschiedenen organisatorischen Formen der antifaschistischen Aktionseinheit in einer einheitlichen Bewegung, eben der Antifaschistischen Aktion („Antifa“), zusammenzuführen.

Trotz ihrer inneren Krisen gewannen die Heimwehren im Frühjahr 1932 wieder an Bedeutung, da sie mit dem Rückgang des Masseneinflusses der bürgerlich-parlamentarischen Parteien im Gefolge der Weltwirtschaftskrise zum „Zünglein an der Waage“ wurden. Besonders deutlich zeigte sich dies, als am 20. Mai 1932 der christlichsoziale Politiker Engelbert Dollfuß eine Koalition aus Christlichsozialer Partei, Österreichischem Landbund und Heimwehr bildete, die im Nationalrat über eine Mehrheit von nur einer Stimme gegenüber der Opposition von Großdeutscher Volkspartei und Sozialdemokratie verfügte.

Da Dollfuß seine politische Laufbahn im niederösterreichischen Bauernbund begonnen hatte, wurde er von vielen anfangs als „Linker“ innerhalb des christlichsozialen Lagers angesehen. Dem Bundesführer der Heimwehren, Ernst Rüdiger Starhemberg, verriet er allerdings schon im Zuge der Regierungsbildung im Mai 1932: „Ich betrachte meine Betrauung als Bundeskanzler nicht als ein vorübergehendes politisches Mandat, sondern als eine Sendung. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, in was für einer außerordentlich schwierigen Krise sich Österreich politisch und wirtschaftlich befindet. Aus dieser Krise müssen wir Österreich herausführen. Diese Aufgabe will ich um jeden Preis lösen. Zur Lösung dieser Aufgabe ist mir jeder Bundesgenosse und Mitarbeiter recht. . . . Ich sage Ihnen ganz offen, für die Aufgaben, die ich

mir gestellt habe, brauche ich Sie.“²⁷ Obwohl er ursprünglich für den Anschluß Österreichs an Deutschland eingetreten war, nahm Dollfuß als Bundeskanzler Kurs auf eine vom deutschen Imperialismus weitgehend unabhängige Mitteleuropa-Politik, die sich finanziell auf den französischen, politisch auf den italienischen Imperialismus stützte und ideologisch durch die Propaganda einer angeblichen „deutschen Sendung Österreichs im Donaauraum“ abgestützt wurde. Dieser Kurs widersprach den Interessen des deutschen Imperialismus, dessen Gegnerschaft sich Dollfuß daher zuzog.

Die KPÖ erkannte im Kurs der Dollfuß-Regierung Anzeichen für eine unmittelbar drohende faschistische Gefahr: „... das Finanzkapital . . . fürchtet den Abwehrwillen der Massen, die trotz der sozialdemokratischen Beschwichtigungsversuche den Angriffen der Bourgeoisie Widerstand leisten können. Dagegen genügen die Mittel des Betrugs, der parlamentarischen Verhüllung der Kapitalsdiktatur allein nicht mehr. Deshalb kombiniert die Bourgeoisie damit die Mittel der nackten Gewalt, des Terrors“, um ihre „Hungeroffensive“ durchsetzen zu können.²⁸

Diese Situation verlange, wie es in einem Rundschreiben der KPÖ vom Sommer 1932 zur Erläuterung der Ziele der Antifaschistischen Aktion hieß, die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern in den Stoß gegen den Faschismus einzuordnen: „Die Antifaschistische Aktion soll die Zusammenfassung aller Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse und der mit dem Proletariat verbundenen und von ihm geführten Werktätigen in Stadt und Land gegen die Bourgeoisie und ihre legalen und illegalen Formationen sein.“²⁹

Um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern schließen zu können, war nach den gemeinsamen Aktionen des Frühjahrs ein letzter Schritt erforderlich: die Überwindung der „Sozialfaschismus“-Theorie.

Seit Jahresanfang 1932 hatte die KPÖ wieder ein theoretisches Organ: „Der Kommunist“, redigiert von Arnold Reisberg, Mitglied der Wiener Stadtleitung und Leiter der Propagandaabteilung des Zentralkomitees. Wie sein Studienkollege Alfred Klahr, der nach zweijähriger Tätigkeit an der internationalen Lenin-Schule in Moskau 1932 nach Wien zurückkehrte und an Stelle von Richard Schüller die Leitung der „Roten Fahne“ übernahm, war Reisberg aus dem KJV Wien-Leopoldstadt hervorgegangen. In der Nummer 3-4/1932 versuchte Arnold Reisberg ein letztes Mal, in einem umfangreichen Aufsatz („Zwei Stützen des Kapitalismus — Sozialdemokraten und Nazi“) die politische, ja sogar „ideologische“ Übereinstimmung der beiden Parteien zu „beweisen“. Der Versuch mißlang. Die Argumentation war nicht einmal in sich logisch, schon gar nicht entsprach sie der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Bereits das nächste (und letzte) Heft des „Kommunist“ setzte sich ausführlich mit der faschistischen Gefahr auseinander und stand ganz im Zeichen der Antifaschistischen Aktion.

Der entscheidende Schritt in der Öffentlichkeit war eine Wiener Funktio-

närskonferenz der Partei am 8. August 1932. In seinem Referat ging Johann Kopleinig von der bisherigen Forderung, die Führung der Einheitsfront müsse in den Händen der Kommunistischen Partei liegen, die er noch auf dem Wiener Einheitskongreß am 31. Jänner vertreten hatte, ab: „Wir stellen keine Bedingung, außer der einen, daß der Kampf geführt wird.“³⁰ Hinter den Formulierungen Kopleinigs in seinem Referat am 8. August 1932 steckte eine beginnende Neueinschätzung der internationalen Lage und insbesondere der österreichischen Situation durch das Zentralkomitee. Ein erster Niederschlag dieses Umdenkens fand sich in einer Instruktion an die Grundorganisationen von Mitte Juli, in der die Aufstellung von Antifaschistenkomitees in den Betrieben als „dringende Notwendigkeit im proletarischen Abwehrkampf“³¹ bezeichnet wurde. Diese Neueinschätzung hing weniger mit der durch die Dollfuß-Regierung drohenden faschistischen Diktatur, sondern mit dem Anwachsen der Nazigefahr zusammen. In seinem Referat auf dem 11. Parteitag hatte Johann Kopleinig anschaulich den engen Zusammenhang zwischen der Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland und der Entwicklung in Österreich herausgearbeitet; letztlich war auch seine Einschätzung, daß es der österreichischen Bourgeoisie nicht möglich sein werde, die Krise zu lösen, zutreffend. Das zeigte sich nach der Aufrichtung der austrofaschistischen Diktatur, die im Gegensatz zum Hitler-Faschismus weder die Produktion ankurbeln noch andere wirksame Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit setzen konnte. Was die KPÖ damals, im Juni 1931, aber noch nicht sah, waren die Möglichkeiten, die ein faschistischer Ausweg aus der Krise dem deutschen Monopolkapital bot und die Rückwirkungen einer solchen Entwicklung auf Österreich. Auf der Grundlage der Analyse, daß die Bourgeoisie nicht imstande sei, die Probleme zu lösen, orientierte sich die Kommunistische Partei auch nach der Wendung des 11. Parteitags weiterhin darauf, daß der einzige Ausweg aus der Krise die Revolution sei. Diese Analyse wurde nun, im Sommer 1932, teilweise revidiert und der Hauptstoß gegen den Nationalsozialismus gerichtet.

Ein erster Erfolg dieser Politik stellte sich schon im September ein, als eine Großkundgebung der Antifaschistischen Aktion mit fast 10.000 Teilnehmern erreichte, daß Hitler seinen Besuch zum geplanten „Gautag“ der NSDAP in Wien absagen mußte. Praktische Solidarität im gemeinsamen Kampf gegen Nazis und Polizei übten Sozialdemokraten und Kommunisten am 16. Oktober 1932 in Wien-Simmering: Ein Naziüberfall auf das Arbeiterheim forderte vier Tote und 72 Verwundete. Anschließend verwüstete die Polizei das Arbeiterheim, wobei auch eine Büste des Parteigründers Victor Adler zer schlagen wurde.

Ausdruck dieser neuen bündnispolitischen Orientierung war auch eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zwischen Friedl Fürnberg und Ernst Fischer (damals Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“) in Wien, bei der Fürnberg forderte, die Einheitsfront müsse in erster Linie dem „praktischen

täglichen Kampf gegen den Faschismus“³² dienen. Mit dem vollständigen Abdruck des Referats von Ernst Fischer beschriftet auch die „Rote Fahne“ neue Wege. Die Polizeiberichte aus dieser Zeit stellen in fast allen Bundesländern Österreichs ein deutliches Anschwellen der Sympathien für die Kommunistische Partei in breiten Kreisen der Sozialdemokratie bei gleichzeitig wachsender Empörung über die Untätigkeit der eigenen Parteiführung fest. Otto Bauer versuchte auf dem Novemberparteitag 1932, den „Einheitsfrontgedanken“, der „mit elementarer Gewalt“ die Genossen erfaßt habe, noch einmal gegen die Kommunisten zu kehren und bestätigte damit Kopleinigs Feststellung auf dem 11. Parteitag der KPÖ, die Sozialdemokratie verwende das „Schlagwort ‚Einheit‘“ in erster Linie als Mittel des Kampfes gegen die Kommunisten. Gleichzeitig sah sich der SDAP-Parteivorstand veranlaßt, auch ideologisch-propagandistisch in die Offensive zu gehen. Während die KPÖ bis dahin meist ignoriert worden war, erschienen im Herbst 1932 gleich vier antikommunistische Broschüren: „Feind im Rücken. Bilder aus der Geschichte der KI“; „Proletarische Irrwege. Die Entwicklung der KPÖ“; „Wien und Moskau“; „Zwei Revolutionen. Kommunisten und Sozialdemokraten 1918 und 1919“.

Die Zunahme der Kriegsgefahr durch das internationale Erstarren des Faschismus führte erstmals bürgerlich-pazifistische und proletarisch-antimilitaristische Kräfte in der sogenannten Amsterdam-Pleyel-Bewegung (benannt nach den beiden Konferenzorten Amsterdam und dem Pleyel-Saal in Paris) zusammen. An der Vorbereitung des Amsterdamer Kongresses im August 1932 wirkte das Westeuropäische Büro der Komintern führend mit. Die KPÖ bemühte sich um eine breite österreichische Beteiligung, die dadurch erleichtert wurde, daß der internationale Appell zur Einberufung des Kongresses unter anderen von Karl Kraus, dem großen österreichischen humanistischen Dichter und Satiriker, unterschrieben worden war. Die von einem überparteilichen Vorbereitungskomitee zusammengestellte österreichische Delegation umfaßte 14 Personen. Neben prominenten Intellektuellen waren in ihr sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter vertreten. Der Amsterdamer Kongreß rief zur Sammlung aller revolutionären und demokratischen Kräfte auf, um den Ausbruch eines neuerlichen Weltkriegs zu verhindern. Im Jänner 1933 wurde auch in Österreich ein Komitee gegen den drohenden Krieg gegründet, das sich dem in Amsterdam gegründeten Weltkomitee anschloß. In ihm wirkten unter anderen der bürgerliche Schriftsteller und Kulturkritiker Egon Friedell und der Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud, mit.

Nach dem Machtantritt des Hitler-Faschismus in Deutschland am 30. Jänner 1933 verstärkte die KPÖ ihre Bemühungen um die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Am 11. Februar beteiligte sie sich an einer Demonstration auf der Wiener Ringstraße gegen die Nazigefahr, die von der SDAP organisiert wurde. In der parteiinternen

Koplenig zur antifaschistischen Aktionseinheit

„Ihre Herstellung ist nur möglich durch die Gewinnung der *sozialdemokratischen* Arbeiter für den gemeinsamen Kampf. Deshalb stellen wir noch stärker als je all das, was wir mit den sozialdemokratischen Arbeitern gemeinsam haben, in den Vordergrund...

Nach wie vor ist uns die Einheitsfronttaktik eine Methode der *Massenmobilisierung von unten*... Hierbei muß man sich vor zwei Fehlern hüten. Wir dürfen nicht *plump und schematisch* die Entlarvung der Sozialdemokratie allen anderen Fragen vorausstellen. Uns ist der Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus das Wichtigste. Bei aller Wahrung unseres prinzipiellen Standpunktes sagen wir das den sozialdemokratischen Arbeitern. Wir stellen keine Bedingung, außer der einen, daß der Kampf geführt wird. Wir sind zum gemeinsamen Kampf mit jeder wirklich ehrlich kampfgewillten Organisation bereit. Diese Bereitwilligkeit zum gemeinsamen Kampf darf jedoch nicht die Form von *offenen Briefen* an die sozialdemokratischen Leitungen *ohne* vorangegangene breiteste *Massenmobilisierung* annehmen...

Es kommt auch vor, daß die Genossen glauben, man müsse im Interesse der Einheitsfront die politischen *Differenzen* mit der SPÖ-Führung und auch mit den SPÖ-Arbeitern zurückstellen und auf eine Kritik der SPÖ-Führer verzichten. Von den SPÖ-Arbeitern, mit denen wir die Einheitsfront bilden, verlangen wir allerdings nur eines: den Willen zum Kampf — selbst über die Köpfe ihrer Führer hinweg. Wie aber wollen wir eben diesen Kampfwillen erreichen, wenn wir auf die Kritik der Führer verzichten?“

Johann Koplenig auf der Wiener Konferenz der KPÖ am 8. August 1932

Zeitschrift „Org-Nachrichten“ berichtete der Sekretär der Wiener Parteiorganisation, Friedrich Hexmann, über diese Kundgebung: „Was war früher die Wirkung der Teilnahme der Kommunisten an ähnlichen Demonstrationen? Geringschätzung, Zurückweisung, förmliche Ächtung, Protestrufe und später, bei den Wahlen 1930, zuwartendes Schweigen. Diesmal begeisterte Zurufe für die Kommunisten, Anerkennung der Kommunistischen Partei als treibende Kraft in der Einheitsfront, Verteidigung der Kommunisten gegen die Angriffe der Schutzbund-Führung.“³³ (Der Republikanische Schutzbund versah den Ordnerdienst.)

Gegen die Verfolgung der KPD durch die deutschen Faschisten wurden in mehreren Bundesländern gemeinsame Demonstrationen von Sozialdemokraten und Kommunisten veranstaltet, die unter der Losung standen: „Ein Feind — ein Kampf — ein Sieg!“

Die Wendung in der Gewerkschaftsarbeit

Vor dem 11. Parteitag hatte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) in einigen großen Streiks, so in der Pottendorfer Spinnerei und bei den Wiener Jutearbeitern, wertvolle Erfahrungen gesammelt. In ihrer Auswertung kam der Parteitag zum Schluß, daß zu einer Zeit, da die Leitungen der Freien Gewerkschaften erklärten, in der Krise könne man überhaupt keine erfolgreichen Streiks führen, der positive Ausgang eines Streiks unabdingbar die Bildung einer eigenen, von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten unabhängigen Streikleitung erforderte. Ebenso hatte es sich aber gezeigt, daß die RGO nur erfolgreich sein konnte, wenn sie *im* Betrieb verankert war und nicht von außen Forderungen an die Arbeiter herantrug. In einem Diskussionsartikel zur Vorbereitung des 11. Parteitags wandte sich Franz Honner scharf gegen die Tendenzen, aus den RGO-Gruppen eigene Gewerkschaften zu machen: Der Verzicht auf politische Arbeit innerhalb der Freien Gewerkschaften bedeute, vor den Gewerkschaftsführern die Flucht zu ergreifen. In diesem Artikel stellte Honner — als erster in der KPÖ — auch eindeutig klar, daß es galt, einen klaren Trennungsstrich zwischen der Arbeit in christlichen, „nationalen“, „völkischen“ und „gelben“ Unternehmergewerkschaften auf der einen und der Arbeit in den Freien Gewerkschaften auf der anderen Seite zu ziehen. Erstere seien „Söldnertruppen“ der Bourgeoisie, das heißt, die in ihnen anzuwendende Taktik konnte nur Unterwanderung und Zersetzung sein. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter hingegen mußten für den gemeinsamen Kampf *gewonnen* werden. Um sie zu gemeinsamen Streikkämpfen zu mobilisieren, sei „die richtige Aufstellung klarer, nicht überspitzter Losungen und den Arbeitern vollkommen verständlicher und auch als erreichbar erscheinender Forderungen“ entscheidend.³⁴ Es sei aber ein Fehler, meinte Honner in seinem Referat auf dem Parteitag, „wenn wir bei jeder Gelegenheit vom Streik sprechen: Generalstreik, Massenstreik, bei Lohnabbau Streik, bei Entlassung Streik, wie ein Automat. Das nimmt niemand ernst, wenn wir nicht konkret an bestimmte Fragen anknüpfen...“³⁵ Wichtig sei auch, falls sich Niederlagen abzeichneten, rechtzeitig den Rückzug zu organisieren.

Auf der Wiener Stadtdelegiertenkonferenz im Jänner 1932 wurde auch über den Zustand der RGO berichtet: In Wien gab es 33 RGO-Gruppen mit 671 Mitgliedern, in den Bundesländern 47 Gruppen mit 976 Mitgliedern. RGO-Zeitungen in den Fachgewerkschaften existierten 17, dazu kamen 21 Betriebszeitungen in Wien und elf in den Bundesländern. Fortschritte wurden 1932 bei Betriebsratswahlen gemacht. Die Zahl kommunistischer beziehungsweise RGO-Betriebsräte stieg von 60 im Jahr 1931 bis Mitte 1932 auf 107. Im September 1932 erreichte eine Rote Einheitsliste (RGO und oppositionelle sozialdemokratische Betriebsräte) in einem der größten

Betriebe Österreichs, der Gummifabrik in Wimpassing, auf Antrieb neun Mandate und wurde damit stärkste Fraktion, doch erzwang die Freie Gewerkschaft durch Druck auf die sozialdemokratischen Betriebsräte der Roten Einheitsliste und im Zusammenspiel mit der Unternehmensleitung eine Neuwahl noch im September, bei der immerhin fünf Mandate bei der nun separat kandidierenden RGO verblieben, die damit gleich stark war wie die SP-Fraktion. Erfolgreich war eine sozialistisch-kommunistische Einheitsliste hingegen bei den Wiener Taxifahrern, wo im Dezember 1932 der Einzug einer Naziliste in den Gehilfenausschuß verhindert werden konnte.

Im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck in den Betrieben, dem Einsatz von Polizei gegen Streikende und anderen alarmierenden Erscheinungen setzte in der Kommunistischen Partei eine Rückbesinnung auf Erkenntnisse ein, die die Partei schon in den frühen zwanziger Jahren, im Kampf gegen den entstehenden Faschismus und die Habsburger-Reaktion, gewonnen hatte, die in den Jahren der ultralinken Überspitzungen aber in Vergessenheit geraten waren. So rief die KPÖ am 6. Oktober 1932 die Arbeiterklasse auf, „sich zur Verteidigung des demokratischen Kampfbo-dens und der gewerkschaftlichen Rechte bereitzuhalten“.³⁶ Auf dieser Linie lag auch die von der Reichskonferenz der RGO am 30. Oktober 1932 erarbeitete Kampfplattform für die Tätigkeit in Betrieb und Gewerkschaft. Ende November beschäftigte sich eine Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ mit Gewerkschaftsfragen, verurteilte Bezeichnungen wie „Streik-bruchorganisationen“, „Instrumente des bürgerlichen Staates und der Kapi-talisten zur Knebelung der Arbeiter“ und ähnliche für die Freien Gewerk-schaften und verpflichtete noch einmal energisch alle Kommunisten und Anhänger der RGO, den Freien Gewerkschaften beizutreten. Das Zentralko-mitee erinnerte die Genossen daran, daß Diskussionen mit Sozialdemokraten kameradschaftlich zu führen seien und übte Selbstkritik wegen des Abrei-ßens der Einheitsfrontkongreßbewegung vom Jahresbeginn.

Die zwei hartnäckigsten Streiks, an deren Organisation die RGO 1932/33 Anteil hatte, waren der mehrmonatige Streik der Arbeiter der Wiener Seidenfärbereien und der Grünbacher Bergarbeiterstreik.

Anlaß des Färbereiarbeiterstreiks war eine willkürliche Lohnkürzung, die das Arbeitereinkommen unter das Existenzminimum drückte. Obwohl nur eine geringe Anzahl von Arbeitern zum Streikbruch bewegen werden konnte und die materielle Hilfe für die Streikenden trotz der langen Dauer des Ausstandes (Juli bis Dezember 1932) einigermaßen gut organisiert wurde, stellte sich die Gewerkschaftsführung auf den Standpunkt, „daß dieser Kampf nicht mehr gewonnen werden konnte, nicht etwa, weil es den Unternehmern gelungen wäre, die Seidenfärber niederzuringen, sondern weil Streikbrecher und Staatsgewalt in holder Eintracht den Unternehmern zu Hilfe gekommen waren.

Alle Feinde der Arbeiter, die Nazi, die Christlichsozialen, die Heimwehler,

haben sich... das schmutzige Geschäft, Streikbrecher in die Seidenfärbe-reien zu vermitteln, geteilt...

Freilich, alle Lumperei der Gelben hätte ihr erbärmliches Ziel nicht erreicht, wenn nicht der unerträglich schwere Druck wäre, der auf den ausgesteuerten Arbeitslosen lastet, die überhaupt keine Unterstützung mehr haben... Trotzdem wäre der Streikbruch unmöglich gewesen, wenn nicht die Staatsgewalt mit einer selbst bei der Wiener Polizei ungewohnten Brutalität und Einseitigkeit auf die Seite der Unternehmer getreten wäre... (Sie) focht... auf der Seite der Lohndrücker und Ausbeuter mit einem Elan, der wahrlich einer besseren Sache wert gewesen wäre.“ Vor dem Gedanken, einen Streikkampf auch gegen die Staatsmacht führen zu müssen, schreckte die Gewerkschaftsführung zurück. Das Vorgehen der Polizei gegen die Färbereiarbeiter wurde von ihr nicht zum Anlaß genommen, um Illusionen bei den Arbeitern zu zerstören, die Staatsmacht könne die Rolle eines über den Klassen stehenden Schiedsrichters spielen. Sie appellierte vielmehr umgekehrt an die Staatsmacht: „Aber die Herren in der Polizeidirektion mögen sich wohl überlegen, welche verhängnisvolle Politik sie da getrieben haben. Daß die Polizei dazu da ist, den von den Bürgerlichen regierten Staat zu schützen, mag vielleicht unvermeidlich sein, solange die Arbeiterklasse nicht im Besitz der politischen Macht ist. Aber daß die Polizei schlechthin den Unternehmer, den Kapitalisten schützt, daß die Arbeiter in der Polizei den Gegner im rein wirtschaftlichen Kampf sehen müssen, einen Gegner, der sich bedenken- und besinnungslos auf die Seite der Ausbeuter stellt — das ist eine Entwicklung, vor der auch der Polizei und selbst einer vernünftigen bürgerlichen Regierung angst und bang werden müßte.“³⁷

Unmittelbarer Anlaß des im Dezember 1932 ausgebrochenen Streiks im Steinkohlenbergwerk in Grünbach am Schneeberg war ein schweres Unglück, das auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen von seiten der Grubenleitung und auf die Arbeitshetze zurückzuführen war. Es war dies nicht der erste Streik in dem von den Beschäftigten oft „Todesbergwerk“ genannten Betrieb. Beim letzten großen Streik, im Jänner 1925, waren die Streikenden vom freigewerkschaftlichen Metall- und Bergarbeiterverband im Stich gelassen worden, 60 Bergarbeiter wurden damals entlassen, unter ihnen der Vorsitzende des Streikkomitees, Franz Honner.

Auf Grund der Erfahrungen von 1925 war das Vertrauen der Arbeiter in die Gewerkschaftsleitung nicht allzu groß, ihr gelang es nicht, die Führung des Streiks an sich zu reißen. Ein von ihr — neben dem schon bestehenden, kommunistisch beeinflussten — eingesetztes Streikkomitee konnte sich nicht durchsetzen. Die revolutionäre Streikleitung forderte eine Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung der Forderungen, die auf mehr Sicherheit unter Tag und soziale Besserstellung hinausliefen. Die sozialdemokratische Gewerk-schaftsführung hielt angesichts des herrschenden Elends unter der Arbeiter-schaft des ganzen Industriegebiets südlich von Wien eine derartige Streikak-

tion für aussichtslos. Doch die Streikenden verfügten nicht nur — viele Solidaritätsadressen aus ganz Österreich bewiesen das — über moralischen, sondern auch über einen materiellen Rückhalt: Nicht wenige Bergarbeiterfamilien lebten in den umliegenden Dörfern, hielten Hühner, Kaninchen, die eine oder andere sogar ein Schwein, und teilten mit ihren Kollegen — sie waren also nicht so leicht „auszuhungern“, wie dies bei anderen Streiks gelungen war. Dazu kamen die Solidaritätsaktionen, die die RGO und die Nachfolgeorganisation der verbotenen „Arbeiterhilfe“, der „Bund proletarischer Solidarität“, in vielen Betrieben Österreichs durchführten. Von Wien aus fuhren Lastautos mit Solidaritätsspenden nach Grünbach, die RGO richtete eine Küche für die Angehörigen der Streikenden ein. Rote Gewerkschaftsopposition und Bund proletarischer Solidarität sammelten bis Ende Jänner 1933 fast 9000 Schilling Unterstützungsgelder, was dem Gegenwert von etwa 6000 Mahlzeiten entsprach, die der revolutionären Gewerkschaftsleitung zur Verfügung gestellt wurden. Der Streik wurde von den Arbeitern mit Verbissenheit und lückenlos durchgeführt, da es ja in erster Linie darum ging, die Betriebsleitung zu zwingen, ein paar Schilling mehr für die Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter auszugeben. Alle Versuche der Direktion, durch Streikbrecher den Betrieb wieder in Gang zu bringen, scheiterten. Selbst als die Gendarmerie aufgeboten wurde, vermochte sie nicht mehr, als einem Häuflein auswärtig angeworbener Streikbrecher Zutritt zum Werk zu verschaffen.

Am 4. Jänner 1933 nahmen die Vertreter des Metall- und Bergarbeiterverbands mit der Firma und der Unternehmervereinigung Verhandlungen auf, wobei eine Plattform für den Abbruch des Streiks festgelegt wurde. Darin verpflichtete sich die Unternehmensleitung, die ausgesperrte Belegschaft wieder einzustellen, die Löhne nicht zu kürzen und außer einer Halbierung des Urlaubs auf drei Tage (bei Schichtarbeitern auf sechs Schichten) keine Verschlechterung bei den Sozialleistungen vorzunehmen. Bei der am nächsten Tag abgehaltenen Konferenz sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Vertrauensleute des Schneeberggebiets kam es zu stürmischen Diskussionen, da die Vereinbarung nicht nur die Forderungen der Streikenden ignorierte, sondern auch noch einen Anschlag auf den 1919 erkämpften Mindesturlaub bedeutete. Der Standpunkt der Gewerkschaftsführung setzte sich mit knapper Mehrheit durch; man beschloß, das Verhandlungsergebnis den Arbeitern zur Annahme zu empfehlen und darüber eine Urabstimmung durchzuführen. Der Gewerkschaftsführung gelang es durch einige Tricks, in der Belegschaftsversammlung am 6. Jänner 1933 den Streikabbruch durchzusetzen.

Bei der Arbeitsaufnahme stellte sich heraus, daß die Firmenleitung hundert der Ausgesperrten nicht wieder aufnahm. Zwar verzeichnete die RGO viele Neubetriebe, doch trug der Ausgang des Streiks dazu bei, daß sich der ohnehin schon niedrige Organisationsgrad der Grünbacher Bergarbeiter

weiter verringerte. Im Februar 1934 blieb es hier, einem traditionellen Zentrum der Arbeiterbewegung, „ruhig“.

Der organisatorische und politische Aufschwung der Partei

Die bereits mehrfach erwähnte Wiener Stadtdelegiertenkonferenz am 16. und 17. Jänner 1932 mußte die Feststellung des 11. Parteitags über das Zurückbleiben der Wiener Organisation gegenüber der Entwicklung der Partei im übrigen Bundesgebiet neuerlich bestätigen. In 54 Straßen- und 28 Betriebszellen gab es Ende November 1931 2650 kassierte Mitglieder, was gegenüber den 1439 Mitgliedern elf Monate zuvor zwar einen deutlichen Aufschwung bedeutete, mit der (mindestens) Verdoppelung der Mitgliederzahlen im übrigen Österreich aber nicht Schritt halten konnte. Dieses Zurückbleiben zeigte sich besonders kraß im Ergebnis der Werbekampagne für die „Rote Fahne“: 887 Wochenendabonnements in Wien standen 4643 in den Bundesländern gegenüber. Nur bei den lokalen Zeitungen lag Wien vorn: Während es nur in zehn Ortschaften in den Bundesländern Ortszeitungen gab, verfügte die Wiener Organisation über 22 Häuserblockzeitungen. Die Nähe der zentralen Parteinstanzen wirkte hemmend für die Entfaltung der Initiative an der Basis; kritisch wurde festgestellt, daß viele Wiener Zellen in jeder kleinen Angelegenheit im Zentralkomitee oder der Stadtleitung um Rat fragten. Als eine Maßnahme zur Festigung der Organisation wurde Ende 1931 mit der Herausgabe eines parteiinternen Mitteilungsblatts, der bereits erwähnten „Org-Nachrichten“, begonnen. Zur besseren theoretischen Schulung der Mitglieder, aber auch eines breiteren Kreises von Interessierten, wurde die Einrichtung einer Marxistischen Abendschule (nach dem deutschen Vorbild „MASCH“ abgekürzt) unter der Leitung von Arnold Reisberg beschlossen, die sich als überparteilicher Verein konstituierte und im Herbst des Jahres 1932 ihre Tätigkeit aufnahm.

Ein zweitägiges ZK-Plenum Ende Mai 1932 konnte zwar erste Erfolge bei der organisatorischen Festigung konstatieren, rügte aber die völlig ungenügende Aktivität der Grundorganisationen bei der Führung der sozialökonomischen Kämpfe, wobei die „zentrale Achse der Massenmobilisierung“ der Kampf gegen die „Rothschild-Sanierung“ sein müsse.

Im Herbst 1932 kam es zur Neugründung einer Reihe von Ortsgruppen, darunter erstmals auch im niederösterreichischen Waldviertel. Über die immer komplizierter werdenden Bedingungen, unter denen die Stärkung der Partei erfolgte, gibt folgende Übersicht über Polizeimaßnahmen gegen die KPÖ im September 1932 Aufschluß:³⁸

Beschlagnahmt wurden am 12. September ein Flugblatt der KPÖ und der RGO Textilarbeiter gegen den Streikabbruch im Färbereistreik, die „Rote Fahne“ am 13. September wegen der Berichte über die Antifaschistische

Aktion, am 16. September Aufrufe zum Roten Bummel gegen den Naziaufmarsch und ihren Stafettenlauf in Wien XVII. Ebenso ein Plakat und die „Rote Fahne“. Am 17. September wurde wieder die „Rote Fahne“ konfisziert, ferner in Wien XVII ein Antifa-Flugblatt, ebenso ein Antifa-Flugblatt gegen Lohndruck in Wien XVI, ferner die Zeitung „Kaisermühlner Prolet“ Nr. 9. Am 20. September ein Flugblatt der Roten Hilfe gegen den Prozeß gegen Arbeiter, die eine Delogierung verhindern wollten, und am 22. September ein Flugblatt des Zentralarbeitslosenkomitees zur Kundgebung am nächsten Tag. Am 25. September wurde die Straßenblockzeitung „Der rote Waldmüller-Block“ Nr. 1 konfisziert, am 30. September der „Rote Siemens-Arbeiter“ Nr. 6. Ebenso das Flugblatt der KPÖ zur Antifa-Woche.

Beachtlich waren die Wahlerfolge der KPÖ in dieser Zeit. Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen am 24. April 1932 konnte die Partei ihre Stimmenanzahl mehr als verdoppeln. In der Vorbereitung der Wiener Gemeinderatswahl hatte die Polizei ein deutliches Ansteigen der Besucher von Wählerversammlungen der KPÖ registriert. Die Partei entwickelte in der Wahlagitation ihre Position in der nationalen Frage gegenüber dem Programm zur sozialen und nationalen Befreiung von 1931 weiter, indem sie kaum noch vom Anschluß eines Sowjet-Österreich an ein Sowjet-Deutschland sprach, dafür den Kampf gegen die Versklavung Österreichs durch das Auslandskapital im Zuge der „Rothschild-Sanierung“ in den Mittelpunkt der Agitation rückte.

Der erste große Wahlerfolg war die Gemeinderatswahl in Sankt Pölten am 17. April 1932. Gegenüber 173 Stimmen bei der Nationalratswahl 1930 erreichte die KPÖ nun 627 Stimmen und ein Mandat. Bei den Wahlen am 24. April erreichte die Partei in ganz Österreich — obwohl sie in den meisten Gemeinden nicht kandidieren konnte — rund 40.000 Stimmen. In Wien verfehlte sie mit knapp 22.000 Stimmen (gegenüber 10.600 Stimmen bei der Nationalratswahl) das Mandat. In der Steiermark waren die Gewinne am größten in Leoben (von 48 auf 305), Donawitz (von 131 auf 527), Eisenerz (von 58 auf 213), Langenwang (von 37 auf 361, das hieß drei Gemeinderäte) und Mürrzuslag (von 46 auf 201). In Kärnten erreichte die Partei gegenüber den letzten Gemeinderatswahlen 1928 mehr als eine Verfünffachung. Sie stieg von 400 auf 2400 Stimmen. In Sankt Peter bei Klagenfurt wurde die KPÖ zur zweitstärksten Partei im Gemeinderat. Die Partei konnte bei dieser Wahlrunde einen großen Teil ihrer Gemeinderatsmandate, die in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre fast alle verlorengegangen waren, wiedererlangen. Der Erfolg setzte sich am 6. November 1932 bei der Vorarlberger Landtagswahl fort: 1928 hatte die KPÖ gar nicht kandidieren können, bei der Nationalratswahl 1930 hatte sie 180 Stimmen erreicht. Diesmal stimmten 2640 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger für die KPÖ, womit die Partei das Landtagsmandat nur um wenige hundert Stimmen verfehlte.

Die Wahlen des Jahres 1932 zeigten aber noch eine andere, sehr beunruhi-

gende Tendenz: Überall gelangen den Nationalsozialisten große Einbrüche in konservative Wählerschichten, aber auch in die Stammwählerschaft der Sozialdemokratischen Partei. Die SDAP berechnete, daß sie bei der Gemeinderatswahlrunde im April 11.000 Stimmen an die KPÖ, aber 17.000 Stimmen an die NSDAP verloren hatte. In Wien stiegen die Nazistimmen von 28.000 auf 200.000, in Niederösterreich von 34.000 auf 111.000. Es zeigte sich damit, daß es eine Illusion war, zu glauben, daß die Vertiefung der Wirtschaftskrise automatisch eine Radikalisierung nach links bringen werde. Diese Tendenz gab es, doch weit stärker wirkte die entgegengesetzte: Die verzweifelten Opfer der Krise gingen zu Zehntausenden den faschistischen Demagogen auf den Leim. Diese Entwicklung war mit ein Grund für die in jenen Monaten vollzogene Umstellung der Politik der KPÖ.

Die schrittweise Aufrichtung der faschistischen Diktatur

Vom Angriff auf das Streikrecht zur Ausschaltung des Parlaments³⁹

Nachdem im Februar 1933 sozialdemokratische Eisenbahner den Schmuggel italienischer Waffen durch Österreich nach Ungarn aufgedeckt und sich geweigert hatten, gegen eine größere „Spende“ der Regierung an die Freie Gewerkschaft Stillschweigen über die Affäre zu bewahren, schaltete die Bundesbahndirektion bei den laufenden Gehaltsverhandlungen auf stur. Sie kündigte an, auf Grund der angespannten Finanzlage Gehälter und Pensionen im März in drei Raten auszuzahlen. Alle drei Gewerkschaftsverbände der Eisenbahner, die freien ebenso wie die christlichsozialen und die deutschnationalen, kündigten dagegen einen zweistündigen Proteststreik am 1. März 1933 an. Die Bundesbahndirektion erklärte, sie könnte eventuell die Gehälter auf zwei Raten auszahlen, dafür müsse sie allerdings einen Kredit aufnehmen. Und das werde nur geschehen, wenn der Streikbeschluß zurückgenommen würde. Als christliche und sozialdemokratische Gewerkschafter Verhandlungsbereitschaft erkennen ließen, witterten die Nationalsozialisten, die in der Deutschen Verkehrsarbeitergewerkschaft dominierten, eine Chance, ihren geringen Einfluß unter den Eisenbahnern zu vergrößern, und gebärdeten sich besonders „hart“ zugunsten der Arbeiter. Damit sahen sich auch die beiden anderen Gewerkschaftsverbände zu einer unnachgiebigen Haltung genötigt.

Am 1. März traten 95 Prozent aller österreichischen Eisenbahner in den Streik. Die Regierung Dollfuß beschloß, ein Exempel zu statuieren. Sie wies

die Post an, Telephonate über den Streik zu unterbrechen und der Wiener Zentrale der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaft Gespräche in die Bundesländer unmöglich zu machen. Bekannte Funktionäre der Eisenbahnergewerkschaften wurden für die Dauer des Streiks in Haft genommen. Noch am 1. März suspendierte die Bundesbahndirektion höhere Beamte, die sich am Streik beteiligt hatten, vom Dienst und verfügte gemäß einer kaiserlichen Verordnung vom Juli 1914 ihre Entlassung. Fristlos entlassen wurden die sozialrechtlich kaum geschützten Hilfsbediensteten, die gestreikt hatten. Bediensteten der unteren Einkommensgruppen wurden vier Prozent vom Gehalt abgezogen, gegen „Anführer“ Disziplinarmaßnahmen eingeleitet; Dienststrafverfahren wurden gegen alle Bediensteten der mittleren Gehaltsgruppen, die sich am Streik beteiligt hatten, angekündigt. Für die Streikdauer wurden keine Bezüge ausgezahlt.

Am Nachmittag des 1. März sprach eine Delegation von Vertretern aller drei Eisenbahnergewerkschaften beim Handelsminister, in dessen Kompetenz die Bundesbahnen fielen, vor und protestierte gegen die Maßregelungen. Der Minister erklärte, die Bundesbahndirektion habe mit Billigung des Ministerrats gehandelt. Damit war klargeworden, daß die Regierung die lohnpolitische Auseinandersetzung innerhalb der Bundesbahnen zu einer Machtfrage gemacht hatte.

Der Angriff auf die Eisenbahner bezweckte die Brechung des Streikrechts. Die Eisenbahner gerieten nicht zufällig in das „Schußfeld“ jener Kräfte des Staatsapparats, die auf eine Faschisierung drängten. Was in anderen Ländern die Metallarbeiter darstellen, waren in Österreich die Eisenbahner: gewissermaßen die „Elite“ der Arbeiterklasse, ihre kämpferischste, bestorganisierte Abteilung. Die Überlegungen Dollfuß' mögen dahin gegangen sein, daß bei einem Erfolg der Regierung gegen die Eisenbahner auch die übrigen Gewerkschaften über kurz oder lang klein beigegeben würden. Die weitere Entwicklung gab ihm recht.

Die sozialdemokratische Führung sah auch in dieser Situation, in der es um das Streikrecht, ja um die Existenz der Gewerkschaften ging, das Parlament als den Ort der Auseinandersetzung mit der Regierung an. Die sozialdemokratische Fraktion erreichte eine Sondersitzung des Nationalrats am Samstag, den 4. März 1933 und bereitete dafür einen Entschließungsantrag vor, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Generaldirektion der Bundesbahnen die Bezüge dienstordnungsgemäß auszahle und alle Maßregelungen der Streikenden rückgängig mache. Ein ähnlicher Antrag wurde vom Parlamentsklub der Großdeutschen Volkspartei eingebracht. Innerhalb der christlichsozialen Fraktion war es Dollfuß nach heftigen Auseinandersetzungen gelungen, auch die katholischen Gewerkschaften auf seine Linie zu vergattern.

Am Samstag, den 4. März 1933 debattierte der Nationalrat über die Brechung des Eisenbahnerstreiks durch die Dollfuß-Regierung. Drei

Anträge standen zur Diskussion — neben dem sozialdemokratischen und großdeutschen einer der christlichsozialen Fraktion; letzterer bat die Regierung um „Milde“ gegenüber den Eisenbahnern.

Während der sozialdemokratische Antrag keine Mehrheit fand, wurde der ähnlich lautende großdeutsche Antrag angenommen, woraufhin Nationalratspräsident Karl Renner (SDAP) eine Abstimmung über den christlichsozialen Antrag für überflüssig erklärte, was eine heftige Geschäftsordnungsdebatte auslöste, in deren Verlauf alle drei Präsidenten des Nationalrats zurücktraten. Die Abgeordneten gingen ratlos auseinander, ohne daß die Sitzung formell beendet worden wäre.

Offenbar unterschätzte die SP-Führung die Entschlossenheit Dollfuß', die erstbeste Gelegenheit für die Durchsetzung eines „autoritären“ Regierungskurses zu ergreifen, und hielt baldige Neuwahlen für die einzig mögliche Konsequenz aus dem Verlust der Parlamentsmehrheit durch die Regierung. Doch Dollfuß dachte nicht an Neuwahlen, sondern inszenierte einen „Staatsstreik auf Raten“, wie es ein österreichischer Historiker genannt hat.⁴⁰

Bestärkt wurde der österreichische Bundeskanzler in seinem Vorhaben, keine Neuwahlen zuzulassen, durch das Wahlergebnis in Deutschland am 5. März. Dieses war für die christliche Zentrumsparterie niederschmetternd ausgefallen. Selbst wenn man den faschistischen Terror nach dem Reichstagsbrand (27. Februar), der der KPD in die Schuhe geschoben wurde, in Rechnung stellte, waren die Einbrüche des Nazismus ins katholische Lager, besonders in Süddeutschland, nicht zu übersehen. Dazu kam, daß die wirtschaftliche Lage der Bergbauern in den westlichen und südlichen Bundesländern, dem traditionellen Wählerreservoir der Christlichsozialen Partei, immer verzweifelter wurde, so daß auch hier die Nazidemagogie auf fruchtbaren Boden fiel.

Am 7. März erklärte Dollfuß, das Parlament habe sich selbst ausgeschaltet. Gleichzeitig verfügte die Regierung unter Berufung auf das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ — einen Diktaturparagrafen aus der Kaiserzeit — ein Versammlungsverbot und führte die Pressezensur ein.

Am 10. März tagten im Arbeiterheim des Gemeindebezirks Favoriten die Wiener Vertrauensmänner der Sozialdemokratie. Das Hauptreferat hielt Otto Bauer. Es trug dem festen Willen in der österreichischen Arbeiterschaft Rechnung, es nicht so weit kommen zu lassen wie in Deutschland, wo sich die faschistische Diktatur auch in einem Notverordnungsregime angekündigt habe. Genauso werde in Österreich, „wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, von der Verfassung der Republik nichts übrigbleiben als dieses Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“.⁴¹

Eine Strategie zur Verhinderung dieser Entwicklung bot Bauers „Freiheitsschwur“ nicht an. Er bot vielmehr jenen Kreisen des Großkapitals, die die Wirtschaftskrise ohne faschistische Diktatur meistern zu können glaubten, die Zusammenarbeit an. Da Bauer den Faschismus nicht als Diktatur des

Finanzkapitals, sondern als Rückfall ins Mittelalter ansah, an dem nur besonders rückständige Kapitalfraktionen interessiert sein könnten, war er überzeugt, die Sozialdemokratie könne die Mehrheit der Bourgeoisie vom faschistischen Kurs abbringen, wenn sie ihr nur weit genug entgegenkam.

Ein Versammlungsturm in den Freien Gewerkschaften stellte die Bereitschaft der österreichischen Arbeiter, ihre Freiheit zu verteidigen, unter Beweis. Für den 15. März war die große Konfrontation angesagt: Sozialdemokratische und großdeutsche Abgeordnete wollten eine Parlamentssitzung erzwingen, die Regierung verbot die „nicht angemeldete Versammlung im Parlamentsgebäude“.

Am Vorabend der entscheidenden Parlamentssitzung richtete die Kommunistische Partei „an die sozialdemokratische und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei sowie an den Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften Österreichs“ einen offenen Brief, der am 14. März in der Wiener „Roten Fahne“ veröffentlicht sowie als Flugblatt verbreitet wurde. Darin begründete die KPÖ die Notwendigkeit der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien, die in einigen Industriegebieten an der Basis bereits spontan zustande gekommen war.

Nach der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland bereite auch Dollfuß den entscheidenden Schritt zur Etablierung des Faschismus in Österreich vor und beginne mit einem brutalen Verfolgungszug gegen die Kommunisten, gegen revolutionäre Organisationen und Zeitungen. „Was sich heute gegen kommunistische Arbeiter richtet, wird sich morgen mit ebensolcher Brutalität gegen sozialdemokratische Arbeiter richten.“ Die Herstellung der „kämpfenden proletarischen Einheitsfront“ in Österreich sei aber auch eine internationale Verpflichtung: „Die österreichische Arbeiterschaft muß sich ihrer historischen Aufgabe bewußt sein. Sie ist dazu berufen, einen Gegenstoß gegen den Faschismus in Mitteleuropa zu führen.“

Ausführlich beschäftigte sich die KPÖ mit dem sozialdemokratischen Argument, angesichts der Verhältnisse der Mitgliederzahlen von etwa 1 : 100 könne es in Österreich gar keine „Einheitsfront“, sondern nur den Anschluß der KPÖ an die SDAP geben, in der die Einheit der Arbeiterklasse ja bereits verwirklicht sei. Entscheidend sei die Politik, die von den jeweiligen Arbeiterparteien betrieben werde: „Es handelt sich darum, die Entscheidung zu fällen, ob der Weg des entschlossenen Klassenkampfes oder der des ‚kleineren Übels‘ gegangen werden soll.“ Die Kommunisten spielten damit auf Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie an, die in der Tolerierung einer Dollfuß-Diktatur einen Schutz gegen das größere Übel des Nazifaschismus sahen. „Die Einigung auf das von uns vorgeschlagene Kampfprogramm wäre bereits ein moralischer und politischer Sieg der Arbeiterklasse, bevor der Kampf begonnen hat. Der tatsächliche Sieg würde unbedingt folgen. Sollte der

Partei Vorstand der SP Österreichs sich mit unserem Vorschlag in der Grundlage einverstanden erklären, so schlagen wir vor, während der Zeit des gemeinsamen Kampfes sich gegenseitig jederlei Angriffs zu enthalten... Die geschichtliche Situation, in der wir uns in Österreich befinden, hat uns viel gegeben, sie verlangt aber auch viel von uns. Die österreichische Arbeiterschaft kann durch ihren Gegenstoß ein leuchtendes Beispiel von internationaler Bedeutung schaffen. Jetzt gilt es wahrhaftig, das Klasseninteresse des österreichischen und internationalen Proletariats zu verteidigen.“⁴²

Ihr Ringen um die Herstellung der „Einheitsfront von unten“ ergänzte die Partei damit im Augenblick der höchsten Gefahr durch Anstrengungen, die auf das einheitliche Vorgehen auch mit den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsleitungen zielten.

Der SDAP-Vorstand hielt es nicht für notwendig, das kommunistische Einheitsfrontangebot zu beantworten.

Am 13. März hatte der sozialdemokratische Parteivorstand beschlossen, daß eine eventuelle Verhinderung der Nationalratssitzung am 15. März das Signal zum Generalstreik sei. Doch auf dieses Signal warteten die österreichischen Arbeiter umsonst. „In ihren Quartieren saßen sie“, erinnerte sich der sozialdemokratische Journalist Otto Leichter 1934 im Schweizer Exil, „und lauerten auf die befreiende Parole. In ihren Bereitschaftslokalen warteten die Schutzbündler; vollzählig, wie niemals wieder, waren sie gekommen und harrten in höchster Opferbereitschaft des Rufes: Jetzt gilt es, für die Freiheit einzustehen. Im letzten Winkel Österreichs horchte die Arbeiterschaft auf: Die Radfahrer und Motorradfahrer hockten auf ihren Rädern — jeden Augenblick kann der Befehl kommen, jetzt heißt es losfahren in den kalten Vorfrühlingstag hinein, um die Genossen im entlegensten Gebirgstal zu verständigen, denn auch sie warteten. Eine Armee — die wartete und wartete. Und noch vor 15 Uhr ging ins Land die Meldung hinaus: Alles gut ausgegangen, der Nationalrat hat getagt. Im ersten Augenblick vielleicht Genugtuung über den friedlichen Sieg, aber später namenlose Enttäuschung, Verzweiflung bei vielen Jungen, Mißtrauen bei anderen und beginnende Demoralisierung bei denen, die nur die außerordentliche Situation zu wirklicher Opferbereitschaft mitgerissen hatte.“⁴³

Am Vormittag des 15. März 1933 hielten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamentsgebäude eine Fraktionssitzung ab. Als man hörte, daß die Polizei den Befehl erhalten habe, den Sitzungssaal zu besetzen, wurde die Mobilisierung der Wiener Arbeiterschaft zu einer Demonstration vor dem Parlament während der für 15 Uhr angesetzten Sitzung erörtert. Beschluß wurde allerdings keiner gefaßt, und so diskutierten die sozialdemokratischen Abgeordneten nach der Mittagspause weiter; kurz nach 14 Uhr begaben sie sich in den Sitzungssaal, wo sich bereits einige Abgeordnete der Großdeutschen Volkspartei eingefunden hatten. Die Polizei drang inzwischen ins Parlament ein und riegelte die Eingänge zum Sitzungssaal ab. Um

14.30 Uhr nahm der großdeutsche 3. Nationalratspräsident Sepp Straffner das Wort und schloß formell die am 4. März unterbrochene Sitzung; da von der Regierungskoalition keine Abgeordneten erschienen waren, konnte kein neues Präsidium gewählt werden. Als wenige Minuten nach 14.30 Uhr die Polizei einschritt, war die „Sitzung“ schon beendet. Nach den Buchstaben der Geschäftsordnung hatte sie allerdings gar nicht stattgefunden, da sie ja für 15 Uhr angesetzt war — und um diese Zeit war der Sitzungssaal schon wieder leer. Die SP-Führung tritt mit Dollfuß noch tagelang, ob der Nationalrat nun getagt habe oder nicht. Der österreichischen Arbeiterschaft aber wurde rasch klar, daß das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten am 15. März eine Kapitulation darstellte.

Das Notverordnungsregime: Liquidierung der sozialen und politischen Errungenschaften von 1918 bis 1920

Durch den Erfolg vom 15. März sicher geworden, beschritt die Regierung Dollfuß in den nächsten Wochen zügig den Weg der Faschisierung des politischen Systems in Österreich. Dabei wurde sie ihrerseits getrieben von den Heimwehren und von der Großindustrie, die auf einen raschen Sozialabbau drängte.

Bereits am 10. März hatte der Präsident des Wiener Industriellenverbands eine Aussprache mit Dollfuß gehabt, am Tag darauf konferierte er mit Vertretern der Heimwehren. Die Vertreter der Großindustrie bemühten sich intensiv, sicherzustellen, daß sich die Notverordnungsdictatur „im Interesse der Industrie auswirke“, wie es in einem internen Schreiben des Hauptverbands der Industrie Österreichs hieß.⁴⁴

Wie sehr das Dollfuß-Regime diese Wünsche als sein eigenes Regierungsprogramm betrachtete, zeigte die Verordnungspraxis der nächsten Monate. Nur die wenigsten der unter Berufung auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz erlassenen Notverordnungen hatten einen sozialen Anstrich. Maßnahmen wie das Verbot des Versands von Schuhen, des Lebensmittelhandels in Großkaufhäusern und ähnliche richteten sich weniger gegen das Monopolkapital, sondern waren vielmehr als Mittel zur Gewinnung des Kleinbürgertums für den faschistischen Kurs gedacht. Die wichtigsten Verordnungen richteten sich direkt gegen die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse. Am 21. April 1933 wurden alle „politischen“ Streiks untersagt, wobei eine Kommission des Sozialministeriums entschied, ob ein Streik als „politisch“ einzustufen sei.

Bereits wenige Tage nach der Ausschaltung des Nationalrats hatte die Regierung in geltende Kollektivverträge eingegriffen und soziale Errungenschaften der Bankangestellten beseitigt, um die Banken zu „entlasten“. Diese mußten dafür die Darlehenszinsen herabsetzen, was wiederum das Indu-

striekapital „entlastete“. Von April bis Juni erließ die Regierung eine Reihe von Verordnungen, die besonders defizitäre Bereiche der staatlichen Sozialversicherung sowie öffentliche Unternehmen wie die Bundesbahnen auf Kosten der dort Beschäftigten „sanieren“ sollten. Im Juli kamen dann die Sozialhilfeempfänger selbst an die Reihe: Die Arbeitslosenunterstützung wurde nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Dauer (von 30 auf höchstens 20 Wochen) gekürzt; so sparte die Bundesregierung 1933 trotz Anwachsens der Zahl der Unterstützungsempfänger fünf Millionen Schilling an Ausgaben für Sozialversicherung und Altersvorsorge ein. Entscheidende sozialrechtliche Verschlechterungen waren ferner die Reduzierung des gesetzlich vorgeschriebenen Zuschlags auf Überstunden von 50 auf 25 Prozent, die Abschaffung der Vergünstigungen bezüglich der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche (der Frühschluß an Samstagen, das heißt die 44-Stunden-Woche) sowie die Änderung der Feiertagsordnung, die es Unternehmern ermöglichte, von ihren Arbeitern und Angestellten die unentgeltliche Einarbeitung kirchlicher Feiertage zu verlangen.

Parallel zum Angriff auf die sozialen Rechte der Arbeiterklasse erfolgte die Demontage ihrer politischen Organisationen. Die Schwäche der eigenen Position diktierte auch hier das Vorgehen der Reaktion: Die Arbeiterorganisationen wurden nicht mit einem Schlag verboten, sondern schrittweise, wobei die „gefährlichsten“ — die Kommunistische Partei und der Republikanische Schutzbund — zuerst an die Reihe kamen.

Schon am Tag nach der Verhinderung des Zusammentritts des Nationalrats lösten die Behörden den Republikanischen Schutzbund in Tirol auf, am 31. März folgte ein Betätigungsverbot für das gesamte Bundesgebiet. In fast allen Wiener Gemeindebezirken kam es zu spontanen Massenkundgebungen. Trotz ihres stellenweise brutalen Vorgehens gelang es der Polizei vor allem in den Arbeitervierteln nicht, die Demonstrationen aufzulösen.

Bereits am Nachmittag des 31. März gab der sozialdemokratische Parteivorstand ein Flugblatt heraus, das zur Besonnenheit mahnte. Kampfmaßnahmen gegen diese erste Auflösung einer sozialdemokratischen Organisation wurden abgelehnt. Im Flugblatt der KPÖ wurde hingegen die Beantwortung des Verbots durch die Ausrufung des Generalstreiks gefordert. Die neuerliche Kapitulation der SDAP-Führung trieb zwar viele Arbeiter in die Resignation, vor allem der Arbeitslosen aber, die nichts mehr zu verlieren hatten, bemächtigte sich wachsende Verbitterung. So kam es am 4. April in Wiener Neustadt zu einer Arbeitslosendemonstration, die die Polizei erst durch Anwendung von Gewalt auflösen konnte. Wo es zu solchen Aktionen kam, wurden sie meist von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam durchgeführt.

Die KPÖ sah den Kampf gegen das Dollfuß-Regime, obwohl er mit jedem neuen Zurückweichen der Sozialdemokratie schwieriger wurde, noch keineswegs als verloren an. Sie wiederholte daher Ende März ihr Einheitsfront-

angebot, schlug die Bildung von Einheitskomitees in Betrieben, Arbeiterwohnhäusern und in den Arbeitsvermittlungsstellen vor und warnte: „Jede Stunde Verzögerung der Abwehr des Proletariats ist eine Kapitulation vor dem Faschismus. In dieser Stunde richten wir nochmals vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit die Anfrage an den Parteivorstand der SPÖ: Will der Parteivorstand der SPÖ die proletarische Einheitsfront des Kampfes oder will er weiterhin der Bourgeoisie Verhandlungen vorschlagen und gleichzeitig alles hinnehmen, was die Regierung gegen die Arbeiterschaft unternimmt? Die Situation erfordert eine rasche Entscheidung.“⁴⁵

Am 5. April antwortete der sozialdemokratische Parteivorstand und veröffentlichte gleichzeitig den Brief an die KPÖ in der „Arbeiter-Zeitung“. Die SDAP berief sich auf die festgefahrenen Verhandlungen der Komintern und der sozialistischen Arbeiterinternationale und lud die kommunistischen Arbeiter ein, die selbstmörderische Politik der Sozialdemokratie mitzumachen: „Die österreichische Arbeiterschaft steht in diesem Augenblick im schwersten Abwehrkampf gegen den Faschismus. In diesem schweren Kampf ist Einheit der Parolen, Einheit der Führung, Einheit der Aktion unbedingte Notwendigkeit. Bei dem bekannten Größenverhältnis zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen in Österreich kann diese Führung nur in den Händen der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften liegen... Wenn sich die kommunistischen Arbeiter in Solidarität und Disziplin an den Kämpfen der großen sozialdemokratischen Arbeitermassen beteiligen, wird uns das immer willkommen sein.“⁴⁶

Zu Ostern 1933 hielt die Sozialdemokratie eine Reichskonferenz in Wien ab, die ganz im Zeichen ihrer Verhandlungsbereitschaft mit den nichtfaschistischen Fraktionen des Regierungslagers stand. Ein Zeichen dieser Verhandlungsbereitschaft war, daß nicht — wie vorgesehen — der den künftigen Verhandlungspartnern nicht zu Gesicht stehende Otto Bauer, sondern der weiter rechts stehende Robert Danneberg das Hauptreferat hielt. Er tröstete die Delegierten: „Wenn heute die Ungeduld vieler tausender Proletarier glaubt, daß wir entscheidende Stunden schon versäumt hätten, so sage ich darauf umgekehrt: Die Entscheidung wird erst kommen.“⁴⁷

In der Diskussion ergriff Otto Bauer das Wort und nahm zu den Klagen vieler Delegierter, „bisher kein Signal zu einer großen Schlacht erhalten zu haben“, Stellung: „Die Partei handelt nicht aus Angst, wenn sie nicht schon das Signal zur letzten Schlacht gegeben hat, sondern aus Verantwortungsbeußsein für das Land“, weil sie hoffe, daß sie ihm „diesen Kampf ersparen“ könne.⁴⁸

Obwohl einige Delegierte forderten, endlich zu Aktionen gegen die sich anbahnende faschistische Diktatur überzugehen, betonte die Parteiführung ihre Bereitschaft zu friedlicher „Entwischung des Verfassungskonflikts“ und appellierte „an alle verantwortungsbewußten Bürger dieses Staates“, sich an einer solchen Entwischung zu beteiligen, „ehe die anschwellende Massenerre-

gung zu den ernstesten Ereignissen führt“.⁴⁹ Mit anderen Worten: Nur die Sozialdemokratie sei noch imstande, die Arbeiterschaft „im Zaum zu halten“.

Das Verbot der KPÖ am 26. Mai 1933

Als das Dollfuß-Regime Ende April 1933 die traditionellen Maiaufmärsche verbot, forderte die SDAP die Wiener Arbeiter auf, statt der abgesagten Kundgebungen „Massenspaziergänge“ entlang der Drahtverhaue und MG-Stellungen der Polizei in der Innenstadt zu veranstalten und hielt am Nachmittag ein großes Fest im Wiener Stadion ab. Politische Maikundgebungen wurden nur von der KPÖ in einigen Wiener Arbeiterbezirken organisiert, allerdings nicht im Sinne einer abenteuerlichen Politik, unbedingt die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu suchen. Die KPÖ ließ sich von der prinzipiellen Überlegung leiten, daß sich die Arbeiterklasse gerade am 1. Mai nicht das Recht auf die Straße streitig machen lassen dürfe. Welche Niederlage die von der SP-Führung als Überlistung der Regierung gefeierte Verlegung der Maifeier von der Ringstraße in das Praterstadion bedeutete, machte der Wiener Heimwehrführer Fey einige Monate später in einer Rede in Graz deutlich: „Und wie wir in Wien den 1.-Mai-Aufmarsch verboten haben, da hat man auch gedroht. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler damals gesagt: ‚Probieren wir es einmal!‘ Wir haben es probiert, und Sie haben gesehen, nicht mit den Ohrwascheln hat einer gewackelt, sondern aus war's mit dem roten Zauber. So haben wir den Bolschewismus überall ... zurückgedrängt.“⁵⁰

Daß die KPÖ trotz der Verhaftung eines Großteils ihres Funktionärsapparats am 1. Mai 1933 so stark in Erscheinung getreten war, war für die Regierung ein Beweis, daß die bisherigen Repressionsmaßnahmen gegen die Partei nicht „ausreichten“: Am 26. Mai 1933 wurde per Notverordnung die Betätigung für die Kommunistische Partei untersagt.

Seit Ende der zwanziger Jahre hatte sich die KPÖ auf eine mögliche Illegalität der Partei vorbereitet. Ein Teil des Apparats wurde bereits unter den Bedingungen der Legalität in den „Untergrund“ verlegt, wobei der Partei die Erfahrungen zugute kamen, die sie bei der Betreuung antifaschistischer Emigranten aus den Balkanländern und aus Italien gewonnen hatte, die in Österreich der Überwachung der Staatspolizei entzogen sowie vor Anschlägen von Agenten der Regierungen ihrer Länder bewahrt werden mußten. Seit 1931 zirkulierten Listen mit Polizeikonfidenten in den Betrieben — zum Schutz der lokalen Parteiorganisationen und der Arbeiterkorrespondenten der „Roten Fahne“. Ein internes Mitteilungsblatt, „Der Wegbereiter“, warnte vor sorglosem Umgang mit vertraulichen Materialien und gab Ratschläge zur Enttarnung von Spitzeln. All das ermöglichte es der KPÖ,

unter relativ geringen Opfern den Übergang in die Illegalität zu vollziehen und trotz der verschärften Bedingungen weiter für die Einheit im Kampf gegen das Dollfuß-Regime zu wirken.

Die meisten Parteizellen reagierten sofort auf das Verbot. Vor den Betrieben wurden Flugblätter verteilt, in den Arbeitervierteln die Straßen mit Parolen bemalt. In zwei Wiener Arbeiterbezirken, Leopoldstadt und Favoriten, organisierte die KPÖ noch am Nachmittag des 26. Mai Straßenkundgebungen.

Die Wiener Stadtleitung der KPÖ richtete einen offenen Brief an die Wiener Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Partei am 27. Mai, in dem sie vorschlug, in allen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaftsgruppen und in den Betrieben, Protestbeschlüsse zu fassen, die Aufhebung des Verbots der KPÖ und aller bisherigen Notverordnungen gegen die politischen Freiheiten der Arbeiterklasse zu fordern und Abordnungen ins Bundeskanzleramt zu schicken, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ausgehend von dieser einheitlichen Protestaktion sollten gemeinsam Massendemonstrationen und politische Streiks vorbereitet werden. Ein solcher gemeinsamer Kampf gegen die Notverordnungsdictatur in Österreich sei zugleich auch die beste internationale Solidaritätsaktion für das geknebelte deutsche Proletariat.⁵¹

Am Tag der Konferenz war in der „Arbeiter-Zeitung“ ein Leitartikel — vermutlich aus der Feder Otto Bauers — erschienen, in dem die SP-Führung erstmals die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Kommunisten gegen die faschistische Diktatur andeutete: In den vergangenen Jahren habe die Sozialdemokratie den Kommunismus viel wirksamer — nämlich mit „geistigen“ Waffen — bekämpft, als es jetzt die Regierung versuche. „Und dennoch sind wir heute mit den kommunistischen Arbeitern eins im Protest gegen die Auflösung der Kommunistischen Partei. ... Die Kommunisten haben viel und oft geirrt; aber wenn sie irrende Brüder waren, so waren und sind die kommunistischen Arbeiter doch Klassengenossen jener überwiegenden Mehrheit der Arbeiter, die in unseren Reihen steht ... Im Protest gegen die Auflösung der Kommunistischen Partei stehen wir, die wir die Freiheit der Gesinnung als das höchste Gut des freien Mannes betrachten, in einer Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern.“⁵² In der Rede auf der Jahreskonferenz der Wiener Organisation erklärte Bauer hingegen: „Wir bekämpfen die Auflösung der Kommunistischen Partei aus demselben Grund, aus dem wir Gegner des Bolschewismus sind. Wir bekämpfen sie aus unserer Schätzung des unersetzlichen Wertes der geistigen Freiheit.“⁵³ Das war die Position des bürgerlichen Demokratismus — von proletarischer Klassensolidarität wurde nicht mehr gesprochen.

Dem entsprach es auch, daß die Delegation, die den offenen Brief der Kommunistischen Partei an die Sozialdemokratie überbringen wollte, gar nicht vorgelassen, der Inhalt des Briefs vom Präsidium der Konferenz nicht

bekanntgegeben wurde. Der formelle einstimmige Beschluß der Konferenz, in einer Resolution gegen das KPÖ-Verbot zu protestieren, war der Initiative eines Delegierten zu verdanken. Und obwohl in einigen Wiener Bezirken Zusammenkünfte linksoppositioneller Sozialdemokraten und Kommunisten stattfanden, die sich für einheitliche Protestaktionen aussprachen, wurde von der SP-Führung dort, wo ihr Einfluß ungebrochen war, sogar die Behandlung von Protestresolutionen verhindert, so in der Wiener Arbeiterkammer.

Gegen den Kapitulationskurs des sozialdemokratischen Parteivorstands

Während sich die Sozialdemokratische Partei auf einmal vor ein bisher nie gekanntes Problem — einen rasanten Mitgliederschwund — gestellt sah, konnte die illegale KPÖ ihre Basis in der Arbeiterklasse verbreitern. Die „Rote Fahne“ erreichte in der Illegalität eine höhere Auflage als die legale Ausgabe der Zeitung vor dem Parteiverbot, manche Grundorganisationen der SDAP bezogen Dutzende Exemplare, sozialdemokratische Arbeiter ließen die Zeitung in den Betrieben zirkulieren und sammelten für den kommunistischen Pressefonds.

Um die Bedeutung dieser Entwicklung zu ermessen, muß man daran erinnern, daß in den Jahren zuvor Kolporteurs der „Roten Fahne“ mit oft brutalen Methoden aus den Gemeindebauten vertrieben worden waren und die Kommunisten ihrerseits nur allzuoft, wie es Kopenig einmal ausdrückte, den Kampf statt um die sozialdemokratischen Arbeiter gegen sie führten. Die Betriebszellen der illegalen KPÖ gaben eigene, maschinenschriftlich vervielfältigte Zeitungen in einer Auflage von 200 bis 500 Exemplaren heraus, vereinzelt erschienen auch von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam herausgegebene Untergrundzeitschriften, so im VIII. Wiener Gemeindebezirk „Die Rote Einheitsfront“. Sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben schützten die kommunistischen Zeitungsverteiler vor Spitzeln und dem Zugriff der Polizei.

Zwischen linksoppositionellen Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei wurden erste Kontakte geknüpft. So organisierten linke Sozialdemokraten und Kommunisten im Juli 1933 in Linz eine gemeinsame Kundgebung gegen die Diktatur, bei der es zu ersten Zusammenstößen der 4000 Demonstranten mit der Polizei kam. All dies waren Anzeichen einer beginnenden Umgruppierung in der österreichischen Arbeiterbewegung. Je deutlicher sichtbar die schrittweise Entwicklung des Dollfuß-Regimes zur offenen faschistischen Diktatur wurde, desto weniger waren revolutionäre Arbeiter bereit, die Taktik der sozialdemokratischen Führung zu akzeptieren. Einige linke Gruppen gingen auch daran, sich auf den Übergang in die Illegalität vorzubereiten. Als Vorbild diente ihnen die

Kommunistische Partei, deren illegaler Kampf ihr Ansehen bei den Arbeitermassen so sehr erhöhte, daß sogar Otto Bauer empfahl, die Sozialdemokraten sollten von den Kommunisten illegal arbeiten lernen. Die Regierung war daher nicht daran interessiert, daß die Zeitungen allzuviel über die Verfolgung der Kommunisten verlauten ließen. Um so ausführlicher berichteten die Regierungszeitungen über Dollfuß' Kampf gegen die Nationalsozialisten. „Da wird jede Anhaltung eines Nazis, jede Maßregelung eines mit den Nazis sympathisierenden Beamten in großer Aufmachung der Öffentlichkeit mitgeteilt. In aller Stille werden aber daneben kommunistische Arbeiter verhaftet, von der Polizei mit Arreststrafen belegt, die zugleich Hungerstrafen für die Familien sind, da für die im Arrest verbrachten Tage die Arbeitslosenunterstützung oder der Lohn entfällt, und zum Teil werden sie noch wegen ‚Verdacht des Hochverrats‘ den Gerichten übergeben. Wenn auch Verhandlungen in der geringsten Zahl der Fälle stattfinden, so ersetzt doch ausgiebige Untersuchungshaft die Strafe.“⁵⁴

Angesichts der Bedrohung durch den deutschen Faschismus und seine Agenten in Österreich scheute die sozialdemokratische Führung vor einer Konfrontation mit dem Dollfuß-Regime zurück. Statt die Komplizenschaft der beiden konkurrierenden faschistischen Richtungen aufzuzeigen, betrieb sie eine Politik, die auf eine Tolerierung des Austrofaschismus als des „kleineren Übels“ hinauslief — auch wenn dies nur von einigen rechten SP-Funktionären offen in dieser Schärfe gefordert wurde.

Gegen die Mehrheit der Parteiführung formierten sich sowohl die Rechten als auch die linken Kritiker in diesen Monaten zu zwei relativ geschlossen auftretenden oppositionellen Gruppen. Die Rechten scharten sich um die niederösterreichische Landesparteiexekutive. Diese forderte im Juni 1933 in einem Memorandum die Einbeziehung der Christlichsozialen in die Stadtverwaltung des Roten Wien, um der Ersetzung des sozialdemokratischen Bürgermeisters durch einen Regierungskommissär zuvorzukommen. Weiter sollte sich die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Schreibweise mäßigen und der Parteivorstand eine ablehnende Stellungnahme „zu der zersetzenden Arbeit der sogenannten Linken innerhalb der Partei“ abgeben, da „es für die Partei besser sei, wenn diese Gruppe die Partei verlasse, anstatt alle Bemühungen, im Staat wieder zur Geltung zu kommen, durch Reden und in der Presse bereits im Keim zu ersticken“.⁵⁵

Die Linken gruppieren sich um einige Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“, unter ihnen Ernst Fischer, sowie Bezirksfunktionäre der Partei und des illegalen Republikanischen Schutzbunds; besonders stark waren sie in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen verankert. Ab September gaben sie illegal eine eigene Zeitschrift — „Der freie Arbeiter“ — heraus, in der sie nicht nur die Parteirechte, sondern auch die „Zentristen“ um Otto Bauer scharf kritisierten.

Am 18. September 1933 brachte die „Arbeiter-Zeitung“ auf der Titelseite

die fettgedruckte Mitteilung, wonach am Vortag der Parteivorstand der SDAP und der Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften „ernste Beschlüsse“ gefaßt hätten. In einer internen Weisung forderten die Vorstände von Partei und Gewerkschaft ihre Mitglieder auf, selbständig und ohne Weisungen abzuwarten den Kampf zu beginnen, sollte einer der folgenden vier Fälle eintreten: Auflösung der Partei; Auflösung der Freien Gewerkschaften oder ihre Unterstellung unter einen Regierungskommissär; Besetzung des Wiener Rathauses oder Absetzung des sozialdemokratischen Bürgermeisters; Verkündung einer faschistischen Verfassung. Die „vier Punkte“ zeigten der Regierung, wie weit sie gehen konnte, ohne daß sie einen spontanen Aufstand der Arbeiterklasse fürchten mußte. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei riefen die Beschlüsse des 17. September jedoch eine gewisse Aufbruchsstimmung, eine letzte Euphorie hervor. Als die „vier Punkte“ der Arbeiterschaft bekannt wurden, begannen die Schutzbündler, sich darum zu kümmern, wo die Waffen versteckt waren. Neue, bessere Waffen wurden besorgt, meist geschmuggelt auf Donauschiffen aus der ČSR. Unabhängig von der Führung wurde im Wiener Republikanischen Schutzbund als Signal für den Ernstfall eine totale Stromabschaltung vereinbart. Schutzbündler erkundeten gemeinsam mit Kanalarbeitern mögliche unterirdische Verbindungs- und Fluchtwege.

In einigen Wiener Bezirksorganisationen der Sozialdemokratischen Partei erlangten die Linken die Mehrheit. Am 1. Oktober trafen einander 60 Vertreter linker Gruppierungen aus allen Bundesländern, wählten ein eigenes Zentralkomitee und berieten ihr Auftreten auf dem bevorstehenden Parteitag.

Ein besonders eindrucksvolles Zeugnis der neuen Stimmung in der Sozialdemokratischen Partei legte der Streik der 700 Papierarbeiter von Niklasdorf (Obersteiermark) ab. Sie traten gegen eine Lohnkürzung in den Ausstand, geführt vom sozialdemokratischen Betriebsrat — der mit der illegalen RGO in Verbindung stand —, und organisierten eine Betriebsrätekonferenz der wichtigsten steirischen Papier- und Chemiebetriebe. Obwohl der Anschluß weiterer Betriebe an die Streikbewegung schon sicher schien, beendeten die Niklasdorfer Arbeiter auf Druck der Gewerkschaftsspitze ihren Streik schließlich zu Bedingungen, die ihnen das Unternehmen diktierte.

In der SDAP wuchs der Widerstand gegen die Kapitulationspolitik des Parteivorstands. Ein eindrucksvolles Bild der revolutionären Energien innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gaben Anträge verschiedener Grundorganisationen für den Außerordentlichen Parteitag, der von 14. bis 16. Oktober 1933 in Wien stattfand. Es wurde ein energisches Vorgehen gegen das Notverordnungsregime, die Vorbereitung des Generalstreiks, aber auch die Organisation von Streikaktionen gegen soziale Schlechterstellun-

gen verlangt, um eine Streikbewegung „unter Beteiligung aller Formationen der Arbeiterklasse“⁵⁶ zu entfachen, die schließlich zum Generalstreik führe.

Die Taktik der linken Opposition auf dem Parteitag war von Vertretern der Linken mit der Führung der illegalen KPÖ eingehend besprochen worden. Noch sahen die Kommunisten eine Möglichkeit, den Faschismus zu schlagen — wenn die Sozialdemokratie anstelle ihrer „vier Punkte“, die auf weiteres Abwarten hinausliefen, die Arbeiterklasse zum Kampf mobilisieren würde. Voraussetzung dafür war, daß sich die Linken auf dem Parteitag durchsetzten.

Obwohl sie zum Teil klar erkannten, daß eine Fortsetzung der Politik Otto Bauers zur Katastrophe führen mußte, waren die Linken aber noch zu sehr in den austromarxistischen Schablonen verhaftet, als daß sie die Einheit der Partei in Frage zu stellen gewagt hätten. Selbst in der bedrohlichen Situation des Herbstes 1933 ließen sich die Linken von Warnungen vor „kommunistischer Zellenbildung“ einschüchtern, zogen ihren Resolutionsentwurf für den Parteitag zurück und stimmten den „vier Punkten“ zu.

Ein organisierter Widerstand gegen den Kapitulationskurs war damit nicht mehr möglich, die linken Kräfte in der SDAP blieben zersplittert und isoliert, womit die Niederlage des Februars 1934 vorprogrammiert wurde. Vereinzelt gelang es, enge Kontakte zwischen diesen Linken und der illegalen KPÖ zu knüpfen, vor allem dort, wo sich sozialdemokratische Partei- und Jugendfunktionäre der Kommunistischen Partei angeschlossen hatten, ohne ihre SDAP-Mitgliedschaft aufzugeben. Das hatte nichts mit einer „Unterwanderungsstrategie“ der KPÖ zu tun — der Partei ging es ausschließlich um die effizienteste Form der Organisation des antifaschistischen Abwehrkampfes —, sondern wurde von den Betroffenen meist als eine persönliche Vorwegnahme der unerläßlichen Einheit der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus angesehen. Es war kein Zufall, daß dort, wo es solche Fälle gab — in einigen Orten Oberösterreichs und in mehreren Bezirken Wiens — der bewaffnete Widerstand gegen den Faschismus im Februar 1934 am erbittertesten war.

1934—1938

Winfried R. Garscha/Hans Hautmann/Willi Weinert

Vorbemerkung

Der antifaschistische Widerstandskampf der österreichischen Kommunisten zählt zweifellos zu den herausragendsten Leistungen ihrer Geschichte. Damals zeigte sich besonders anschaulich die Notwendigkeit einer revolutionären Partei, die imstande ist, den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, des ganzen Volks zu organisieren und zu führen.

Es ist im Rahmen dieser Darstellung der Geschichte der KPÖ nicht möglich, diesem bedeutenden historischen Abschnitt auch nur ansatzweise gebührend gerecht zu werden. Das liegt nicht nur am begrenzten Umfang des vorliegenden Buches, sondern vor allem an der Tatsache, daß in der Erforschung des Widerstandskampfes der österreichischen Kommunisten gegen den grünen und braunen Faschismus¹ entscheidende Lücken bestehen, die noch durch Detailarbeiten geschlossen werden müssen.

Das, was im folgenden zu dieser Zeitspanne niedergeschrieben wurde, kann weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Ausgewogenheit erheben. Aus den angeführten Gründen konnte vieles nicht ausgeführt werden; viele, ja die meisten Namen mußten ungenannt bleiben. Wenn nur die Namen weniger Genossen erwähnt werden, so soll damit keineswegs der Beitrag der ungenannt Gebliebenen gering geachtet werden. Um auch deren Leistungen zu würdigen, wurde bewußt die Form der exemplarischen Darstellung gewählt, die jeweils ein Beispiel für viele anführt.

Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß die KPÖ nach dem Ende der Nazidiktatur — zum Teil aus objektiven Gründen — nicht in der Lage war, mit der Dokumentation ihres Kampfes für ein freies, unabhängiges Österreich zu beginnen. Je mehr Zeit verstrichen war, um so kleiner wurde der Kreis derer, die in der Lage waren, Informationen weiterzugeben. Einer der Gründe dafür lag bei den Betroffenen selbst: Gefängnis, Lager, Deportation, Exil und die Härten des illegalen Kampfes hatten in den meisten Fällen tiefe seelische Wunden hinterlassen, weshalb diese Genossen zuerst einmal schwiegen. Das spiegelt sich auch in den Zeitungen und Zeitschriften der Partei wider, wo sich in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 weniger Artikel über den antifaschistischen Widerstandskampf finden als im folgenden Zeitabschnitt.

Daß es seit den sechziger Jahren auch seitens der Historiker an den Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen immer öfter Arbeiten gibt, die sich mit einzelnen Aspekten des kommunistischen Widerstands auseinandersetzen, ist Ausdruck eines veränderten Bewußtseins in der österreichischen Geschichtsschreibung, die die Arbeiterbewegung als Thema der wissenschaftlichen Forschung entdeckt hat. Dabei wurden auch Leistung und Umfang des kommunistischen Widerstands erkannt und anerkannt. Viele dieser Arbeiten wurden von Nichtkommunisten geschrieben. Auch sie stellen eine wertvolle Basis dar, die zu nützen und von unserer Seite zu ergänzen eine wichtige Aufgabe für die Zukunft ist. Besondere Bedeutung kommt, wegen ihres dokumentarischen Charakters, den vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands herausgegeben Reihen „Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern“² und „Österreicher im Exil 1934—1945“³ zu.

Sowohl zum Zeitraum 1934 bis 1938 als auch 1938 bis 1945 liegt inzwischen auch eine Reihe von Dissertationen⁴ vor. Außerdem gibt es Veröffentlichungen zu Spezialproblemen wie der Gewerkschaftsfrage⁵ oder dem Verhältnis von Kommunisten und Revolutionären Sozialisten zur Zeit der austrofaschistischen Diktatur.⁶ Eine Einordnung des Widerstandskampfs der Kommunisten in das Gesamtspektrum des österreichischen Widerstands 1938 bis 1945 versucht die zwar übersichtliche, in vielen Punkten aber fragwürdige und fehlerhafte Darstellung von Radomír Luža.⁷ Am plastischsten sind natürlich persönliche Erinnerungen, von denen in den letzten Jahren erfreulicherweise eine wachsende Zahl publiziert wurde.⁸

Grundlinien der Politik der KPÖ 1933/34 bis 1938

Zwischen 1933 und 1938 lassen sich in der Geschichte Österreichs deutlich drei Etappen unterscheiden. Die erste reichte von der Ausschaltung des Parlaments am 15. März 1933 bis zum 12. Februar 1934. Sie war durch die schrittweise Konsolidierung des Austrofaschismus gekennzeichnet, dessen Machtübernahme allerdings erst mit der Niederlage der Arbeiterklasse in den Februarkämpfen besiegelt war. In der zweiten Etappe, zwischen dem 12. Februar 1934 und dem 11. Juli 1936 („Juliabkommen“ mit Deutschland), konnte sich das austrofaschistische Regime — trotz der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß im Zuge eines gescheiterten nationalsozialistischen Putschversuchs am 25. Juli 1934 — gegen die Konkurrenz der (seit 1933 verbotenen) Nazis und gegen den Druck Hitler-Deutschlands auf Österreich behaupten. Die dritte Etappe, bis zur Okkupation im März 1938, war durch ein schrittweises Nachgeben angesichts der wachsenden Aggressivität des Hitler-Faschismus gekennzeichnet, nachdem die bisherige „Schutzmacht“

des Austrofaschismus, das faschistische Italien, mit dem Deutschen Reich ein Bündnis eingegangen war.

Diese Geschehnisse bestimmten auch die Politik der KPÖ, die von der Regierung Dollfuß am 26. Mai 1933 formell verboten wurde. Bereits vor ihrem Verbot, verstärkt aber ab dem Herbst 1933, stellte die KPÖ in den Mittelpunkt ihrer Politik die Agitation für den Generalstreik zum Sturz der „Notverordnungsdiktatur“. Während rechte SP-Führer wie Karl Renner sich mit dem Regime zu arrangieren begannen, hegten linke Sozialdemokraten, vor allem im illegalen Republikanischen Schutzbund, die Erwartung, über kurz oder lang müsse es zur Entscheidungsschlacht gegen den Faschismus kommen, auch wenn die günstigste Möglichkeit dazu am 15. März 1933 versäumt worden war. An diese Erwartungshaltung knüpften Parteiführer wie Otto Bauer an, wenn sie davor warnten, sich in kleinen Auseinandersetzungen mit den Faschisten oder ökonomischen Streiks zu „verzetteln“. Die KPÖ wies demgegenüber wiederholt darauf hin, daß — zumal unter den Bedingungen teilweiser Illegalität für die Arbeiterbewegung — der entscheidende Kampf nicht einfach proklamiert werden konnte. Er konnte nur Resultat einer Reihe von Teilkämpfen sein, die in einen Generalstreik — der Grundvoraussetzung für den Erfolg der Arbeiterklasse bei einer bewaffneten Auseinandersetzung — einmünden mußten.

Die erste Etappe des Austrofaschismus war nicht nur durch die schrittweise Aufrichtung der Diktatur gekennzeichnet, sondern auch durch scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Cliquen um die Macht. Bereits auf ihrem ersten ZK-Plenum nach dem Übergang in die Illegalität im Juni 1933 warnte die KPÖ vor der Gefahr einer „faschistischen Konzentration“, das heißt des Zusammengehens von Heimwehr- und Nazifaschismus. Da eine solche Koalition, auch wenn sie unter der Führung der Austrofaschisten stünde, „eine brutale Steigerung der Unterdrückungsmethoden gegen das Proletariat bedeuten würde“, lenkte das Zentralkomitee „besondere Aufmerksamkeit... auf einen verstärkten Kampf gegen die Nazis“.⁹ Diese Befürchtung hatte durchaus reale Grundlagen: Trotz der terroristischen Anschläge österreichischer Nationalsozialisten verhandelten Vertreter des Regimes bis in den Jänner 1934 hinein mit deutschen und österreichischen Nazi-Führern.

Johann Kopenig definierte auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) im Dezember 1933 die Dollfuß-Diktatur als „Versuch, die innerlich zerrissenen Kräfte der Bourgeoisie zu einigen, die Schlüsselstellung zwischen den imperialistischen Einflußsphären in Mitteleuropa aufrechtzuerhalten und gleichzeitig durch die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse die Krise im Inneren auf Kosten der werktätigen Massen zu überwinden“. Dollfuß verstehe es gut, „unter dem Deckmantel der Abwehr des Hitler-Faschismus den Hauptschlag gegen die Arbeiterklasse zu führen“, in Wirklichkeit gehe sein Bestreben „dahin, auf

dem Wege über Italien zu einer baldigen Verständigung mit Hitler-Deutschland zu kommen“. Die ganze Politik des Dollfuß-Regimes sei „darauf gerichtet, einerseits die Sozialdemokratie aus ihren Positionen zu verdrängen und gleichzeitig eine Verständigung mit den Nazis herbeizuführen, um so alle faschistischen Kräfte zum Kampf gegen die Arbeiterklasse ... zu einigen“. Den vom Exekutivkomitee der Komintern festgestellten Zerfallsprozeß der internationalen Sozialdemokratie fand Kopenig auch in Österreich bestätigt: „Die österreichische Sozialdemokratie geht den gleichen Weg wie die Sozialdemokratie in Deutschland. Dort, wo die Arbeiterschaft sich zum Kampfe erhebt, würgt sie diese Kämpfe ab. Dies alles geschieht auf der Grundlage der betonten Wahrung der ‚Gesetzmäßigkeit‘ und der Gegenüberstellung des Dollfuß-Faschismus als ‚kleineres‘ Übel gegen den Hitler-Faschismus.“¹⁰

Obwohl sich im Mai 1933 eine Wiener Konferenz der SDAP mit der in die Illegalität gedrängten Kommunistischen Partei solidarisiert und gegen ihr Verbot protestiert hatte, kam es zu keiner Annäherung der beiden Arbeiterparteien. Die Hauptursache dafür war der Kapitulationskurs der SPÖ-Führung. In den Aktionen der KPÖ gegen das faschistische Regime, die von einem zunehmenden Teil der sozialdemokratischen Anhängerschaft nicht nur mit Respekt beobachtet, sondern gedeckt und mitunter sogar unterstützt wurden, sah die Parteiführung völlig zu Recht eine Gefährdung ihrer eigenen Politik.

Besonders nach der Herausbildung einer organisierten linken Opposition in der SDAP im Herbst 1933 intensivierten die KPÖ ihre Kontakte zu linken Sozialdemokraten. In Gesprächen zwischen Friedl Fürnberg und dem Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Ernst Fischer wurde ein Auftreten der Linken auf dem sozialdemokratischen Parteitag Mitte Oktober vereinbart, das einen Kurswechsel der SDAP, die Organisation antifaschistischer Massenaktionen sichern sollte. Die Linken ließen sich aber durch Warnungen vor „kommunistischen Zellenbildungen“ einschüchtern, zogen ihren Resolutionsentwurf zurück und stimmten den von der Parteiführung bereits im September beschlossenen „Vier Punkten“ zu: Ohne Weisungen von oben abzuwarten, sollten die Mitglieder der SDAP und der Freien Gewerkschaften selbständig den Kampf beginnen, wenn 1. die Partei oder 2. die Gewerkschaften aufgelöst, 3. der Wiener Bürgermeister abgesetzt oder 4. eine faschistische Verfassung verkündet würde. Das war genau der Kurs des Zuwartens, bis der „Tag der Entscheidung“ komme, wobei die Parteiführung sogar die Führung dieses Kampfes von vornherein aus der Hand gab und in die Verantwortung ihrer Mitglieder legte. Daß die Linken in der SDAP diesem von ihnen selbst als verhängnisvoll und selbstmörderisch erkannten Kurs zustimmten, führte innerhalb der KPÖ zu einem Wiederaufleben überwundener ultralinken Vorstellungen wie der, daß die gefährlichsten, am meisten zu bekämpfenden Sozialdemokraten gerade die linken seien.

Es gab allerdings eine Kampagne, die (wie in vielen anderen Ländern) auch in Österreich Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenführte: die Solidarität mit Georgi Dimitroff und den übrigen Angeklagten im „Reichstagsbrandprozeß“ im Herbst und Winter 1933: Nachdem die Nazis am 27. Februar 1933 selbst das Reichstagsgebäude in Berlin in Brand gesteckt hatten, um sich unmittelbar vor den Reichstagswahlen einen Vorwand für eine Verhaftungswelle und antikommunistische Terrormaßnahmen zu schaffen, stellten sie den Vorsitzenden der kommunistischen Reichstagsfraktion, Ernst Torgler, und drei bulgarische Kommunisten, unter ihnen Georgi Dimitroff, sowie einen Holländer, der tatsächlich mit der Brandstiftung zu tun hatte, in Leipzig vor Gericht. In seinen Verteidigungsreden vor Gericht rechnete Dimitroff mit der Nazibarbarei ab und entwickelte Überlegungen für eine neue Bündnispolitik der Kommunisten. Für die Antifaschisten der ganzen Welt wurde er durch sein mutiges Auftreten zum Symbol und zum Ansporn für den eigenen Kampf gegen den Faschismus. In Österreich stützte sich die Solidaritätsbewegung vor allem auf die Betriebe. Dem Druck aus den Betrieben war es auch zu verdanken, daß die Versuche der SDAP-Führung, innerhalb der Solidaritätskampagne die Abgrenzung von der KPÖ aufrechtzuerhalten, scheiterten. Diese gemeinsame Aktion sicherte eine Gesprächsbasis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und war somit nicht unwesentlich bei der Vorbereitung des 12. Februar 1934, was auch in dem Schreiben der Schutzbündler des Karl-Marx-Hofes an Georgi Dimitroff, das den Anlaß für seinen bekannten „Brief an die österreichischen Arbeiter“ bildete, zum Ausdruck kam (siehe Kasten Seite 219).

Die Kämpfe des Februars 1934 waren ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und besonders der KPÖ. Der Übertritt tausender Sozialdemokraten zur Kommunistischen Partei, die faktische Selbstaflösung der SDAP und die Herausbildung einer neuen sozialistischen Partei im Untergrund, der Revolutionären Sozialisten, änderten die Kräfteverhältnisse innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung grundlegend. Bis zum Herbst 1934 stand für die KPÖ die Frage der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage im Mittelpunkt ihrer Politik. Bis Mai/Juni hieß das: Beitritt aller in der Illegalität entstehenden linkssozialistischen Gruppierungen zur KPÖ; nach Herausbildung und Konsolidierung der Revolutionären Sozialisten war die KPÖ bestrebt, mit diesen Abkommen zu schließen, die schließlich zu einer Vereinigung der beiden Parteien führen sollten. Die ideologische Grundlage dafür war die der gesamten Arbeiterbewegung gemeinsame Erwartung, dem „blutigen Februar“ werde bald ein „roter Oktober“ folgen. Es bedurfte eines langen Diskussionsprozesses innerhalb der KPÖ, in den auch die Komintern helfend eingriff, bis diese „kurze Perspektive“ überwunden wurde und die KPÖ — auf ihrem 12. Parteitag, der im September 1934 in Prag abgehalten wurde — die Arbeiterbewegung auf einen langwierigen Kampf gegen das

austrofaschistische Regime orientierte. Entscheidende Bedeutung kam dabei der Gewerkschaftsfrage sowie dem Eindringen in die faschistischen Massenorganisationen (und hier wiederum in erster Linie in die „Einheitsgewerkschaft“ der Austrofaschisten) zu. Da sich in diesen Fragen die Meinungsverschiedenheiten mit den Revolutionären Sozialisten häuften, trat der Gedanke der Herstellung der organisatorischen Einheit der beiden Arbeiterparteien in den Hintergrund — vor allem, nachdem im Februar 1935 der Kärntner Joseph Buttinger, der einen antikommunistischen Kurs steuerte, die Führung der Revolutionären Sozialisten übernommen hatte.

Wie die ganze kommunistische Weltbewegung, wurde auch die KPÖ von der politischen Neuorientierung, die der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Juli/August 1935) brachte, zutiefst bewegt. Ausgehend von der Linie der VII. Weltkongresses entwickelte die KPÖ ihr Konzept einer Volksfront in Österreich, deren politisches Hauptanliegen die Erhaltung der vom deutschen Faschismus bedrohten österreichischen Unabhängigkeit sein sollte. Für die innenpolitischen Vorstellungen, die die Partei mit der neuen Bündnispolitik verfolgte, prägte sie den Begriff der „Demokratischen Republik“. Obwohl dieser Kurs bei den Revolutionären Sozialisten auf Ablehnung stieß, unterbreiteten sie im Herbst 1935 den Vorschlag für ein Aktionseinheitsabkommen, der von der KPÖ sofort aufgegriffen wurde. Das Abkommen, das im März 1936 von Joseph Buttinger und Johann Kopenig unterschrieben wurde, leitete aber keine neue Etappe im Zusammenwirken der beiden Parteien ein. Zum einen stellte sich die Revolutionäre-Sozialisten-Führung gegen alle Formen der Zusammenarbeit unterhalb der zentralen Ebene, aus Angst, von der organisatorisch stärkeren KPÖ „geschluckt“ zu werden, zum anderen führten weltpolitische Entwicklungen sowie die Diskussion über die nationale Frage zu einer derartigen Vertiefung der ideologischen Gegensätze zwischen den beiden Parteien, daß der Zusammenarbeit daraus beinahe unüberbrückbare Hindernisse erwuchsen.

Dennoch funktionierte auf den unteren Ebenen, angesichts der gemeinsamen Betroffenheit durch die faschistische Unterdrückung, das gelegentliche Zusammenwirken von Sozialisten und Kommunisten beim Transport illegaler Literatur aus der Tschechoslowakei nach Österreich, bei der Fluchthilfe und auch bei der gemeinsamen Begehung von Jahrestagen, vor allem der Februarkämpfe und des 15. Juli 1927. Ein besonders wichtiger Bereich der Aktionseinheit war die Organisierung der Solidarität für die von putschenden Generalen gefährdete spanische Republik ab Juli 1936, die Beteiligung an den Internationalen Brigaden, die im Rahmen des Republikanischen Heeres im Spanischen Bürgerkrieg kämpften. Wohl weit mehr als 1700 Österreicher und Österreicherinnen (von 1610 sind die Namen bekannt) gingen als Freiwillige nach Spanien, Sozialisten und Kommunisten bauten dazu einen eigenen illegalen Transportdienst auf. Rund 300 „Spanienkämp-

fer“ fielen im Kampf gegen den Faschismus oder kamen in deutschen Konzentrationslagern ums Leben.

Der Abschluß des deutsch-österreichischen Abkommens am 11. Juli 1936 machte das Ausmaß der Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs deutlich und war für die KPÖ der letzte Anlaß, ihre Stellung zur nationalen Frage zu klären. Ihre Analyse, daß es sich bei den Österreichern um eine eigene Nation handelt, bildete die Grundlage für eine entscheidende Weiterentwicklung der Bündnispolitik der KPÖ. Die Partei erkannte, daß nur unter Einbeziehung der katholischen Schichten, vor allem der Landbevölkerung, die zur Massenbasis der austrofaschistischen Diktatur zählten, die Schaffung einer nationalen Unabhängigkeitsfront möglich war. Die Diskussion über diese Fragen wurde im Frühjahr und Sommer 1937, im Anschluß an eine Artikelserie Alfred Klahrs in „Weg und Ziel“, geführt und auf der Reichskonferenz der Partei im August dieses Jahres abgeschlossen. Die verbleibende Zeit war aber zu kurz, um dieses Konzept in die politische Realität umzusetzen. Auch wirkten sich das Fortleben der großdeutschen Ideologie und eines kurzsichtigen Antiklerikalismus vor allem bei den Revolutionären Sozialisten hinderlich aus. Vor allem aber war das Regime selbst zu keinerlei Konzessionen bereit und zog am 11. März 1938 die Kapitulation vor Hitler dem bewaffneten Kampf um die österreichische Unabhängigkeit vor.

Die Struktur der Parteiorganisation in der Zeit des Austrofaschismus

Die folgenden Kapitel stellen keine chronologische Abfolge der Entwicklung der Kommunistischen Partei zwischen 1933/34 und 1938 dar, sondern behandeln schwerpunktmäßig die Hauptfragen der Politik der KPÖ in jener Zeit: Das Verhältnis zu den Revolutionären Sozialisten, die Bemühungen um eine österreichische Volksfront, die Stellung der Sowjetunion, das Aufrollen der nationalen Frage, die Solidarität mit den Opfern des faschistischen Regimes, die Gewerkschaftspolitik der Partei und schließlich die letzten Bemühungen um die Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit.

Die organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung dieser Politik unterschieden sich wesentlich von jenen zur Zeit der Legalität, weshalb darauf kurz eingegangen werden soll.

Das Betätigungsverbot, das die Partei im Mai 1933 traf, führte trotz der schon seit längerer Zeit laufenden Vorbereitung auf die Illegalität zu einschneidenden Veränderungen. Ab Sommer 1933 befanden sich die an der Spitze stehenden Genossen um Johann Kopenig in Prag und leiteten von dort aus die Arbeit in Österreich an. Da nicht alle führenden Genossen das Land verlassen konnten, waren einige gezwungen, sich zu „illegalisieren“: Sie verließen ihren eigenen Wohnsitz und tauchten in konspirativen Wohnungen unter — oft mit falschen Papieren. Die in Österreich tätige Leitung, für die verschiedentlich auch die Bezeichnung „Sekretariat“ gebraucht

wurde, hatte die Aufgabe, nach Verhaftungen wieder eine Organisation aufzubauen, die neue kontinuierliche Arbeit ermöglichte und in der Lage war, die auf gesamtnationalen Konferenzen — dem 12. Parteitag, den Plenartagungen des Zentralkomitees (Juni 1935, Jänner 1936) und der Reichskonferenz im August 1937 — erarbeitete Politik umzusetzen.

Es liegt in den Kampfbedingungen begründet, wenn es kaum möglich ist, die jeweilig an der Spitze stehenden Genossen und den Zeitraum ihres Wirkens im nachhinein exakt festzustellen. Machte doch der Schutz der Kader einen oftmaligen Wechsel der Leitungen erforderlich. Theoretisch gliederte sich die Inlandsleitung in einen Pol- und einen Org-Leiter, in Verantwortliche für Jugend- und Frauenarbeit, für die Arbeit in den Massenorganisationen (zeitweilig gab es auch einen eigenen „Katholikenmann“) und die Leiter der „Provinzkommission“ („Proko“), von denen vor allem Anton Reisinger genannt werden soll, unter dessen Ägide es rege Kontakte zwischen Wien und den Bundesländern gab, was in der ersten Jahreshälfte 1937 zu einem neuen Aufschwung der „Provinzarbeit“ führte. Nach dem Parteiverbot waren es die Genossen Friedrich Hexmann, Friedl Fürnberg, Franz Freihaut, Dr. Franz David und die Deutsche Johanna Sandtner, in der Folge dann Franz West, Hans Pointner, Hermann Lichtenegger und andere, die leitende Funktionen innehatten. Leiter des zentralen Agitbüros, das die Herstellung der illegalen Literatur sicherte, war bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1935 Dr. Friedrich Setz, der zu fünf Jahren Kerker verurteilt und erst als Todkranker in ein Spital gebracht wurde, in dem er 1937 an Tuberkulose starb. Sein Nachfolger war Rudi Auerhahn, der vor 1933 als Redakteur der „Roten Fahne“ tätig war und nach seiner Verhaftung im Jahr 1936 zwei Jahre im Lager Wöllersdorf interniert war. Nach seiner Haftentlassung ging er sofort nach Spanien, wo er in der Schlacht am Ebro ums Leben kam.

Die illegale Arbeit umfaßte ein breites Feld von Aufgaben. Zu den Grundvoraussetzungen zählten so banale Aufgaben wie die Absicherung der Tätigkeit der zentralen Parteinstanzen, was in erster Linie die Beschaffung konspirativer Wohnungen erforderlich machte, aber auch die Tätigkeit sogenannter „Künstler“ einschloß, die die notwendigen falschen Papiere und Pässe herzustellen in der Lage waren. Denn der Kontakt mit der Parteiführung in Prag erforderte oftmalige Grenzübertritte, einen Kurierdienst und sogenannte „Anlaufstellen“ für die ins Land geschickten Kader.

Ein zentrales Anliegen der illegalen Tätigkeit war die Verbreitung von Nachrichten — die durch die herrschenden Medien unterdrückt wurden — sowohl über Aktionen von Antifaschisten in Betrieben als auch über internationale Ereignisse. Dazu wurden illegal Zeitungen und Flugblätter hergestellt. Bis ins Frühjahr 1935 wurde auch das Zentralorgan „Die Rote Fahne“ in Österreich selbst gedruckt, später erfolgte dies in einer Druckerei in Reichenberg (Liberec) in Nordböhmen. Neben der „Roten Fahne“, die etwa

fünfzehnmal im Jahr erschien, gab es weit mehr als zweihundert lokale Zeitungen, die hektographiert und in unterschiedlicher Auflagenhöhe verarbeitet wurden. Zu den Zeitungen in Betrieben, Ortschaften und Gemeindebezirken kamen auch regionale Organe wie der „Rote Obersteirer“ oder der „Kärntner Bolschewik“. Daneben wurden ein Funktionärsorgan, eine Soldatenzeitung, eine Studentenzeitung und ähnliche Zeitschriften herausgebracht. Auch der Kommunistische Jugendverband besaß neben seinem (gedruckten) Zentralorgan „Proletarierjugend“ eine Reihe von Lokalzeitungen. Die Produktion all dieser Materialien erforderte eine effiziente Organisation, die auf der einen Seite Manuskripte schreiben, Matrizen tippen, Farbe und Papier beschaffen mußte, um dann so, daß niemand auf die Aktivitäten aufmerksam wurde, in Wohnungen, Gartenhäuschen oder Bauernhöfen die Zeitungen abzu ziehen; schließlich mußte die „Literatur“ auch verbreitet werden.

Das alles macht verständlich, daß die Partei sehr darauf bedacht war, daß der sogenannte Lit-Apparat streng von der Parteiorganisation getrennt war, um durch etwaige Verbindungen nicht die Aufdeckung der ganzen Organisation zu begünstigen.

Neben den schriftlichen Agitationsmitteln gab es noch eine breite Palette anderer Aktivitäten, mit denen die Genossinnen und Genossen an die Öffentlichkeit traten. Dazu boten Jahrestage, besonders aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, reichlich Gelegenheit.

Mit einer speziellen Vorrichtung war es möglich, eine lange — natürlich rote — Fahne über die Drähte der Straßenbahnen oder der Straßenbeleuchtung zu werfen und dort zum Entrollen zu bringen. Einfache Konstruktionen auf Hausdächern ermöglichten es, daß — mit einer zeitlichen Verzögerung, die dem Betreffenden ermöglichte, sich rechtzeitig zu entfernen — Streuzettel mit Parolen gegen die Regierung oder für die Freilassung politischer Gefangener auf die Straße flatterten.

Rasch abgeführte „Blitzkundgebungen“, auf denen ein Redner auf stark frequentierten Plätzen auf die Schultern von Genossen gehoben wurde, um von hier aus eine politische Rede zu halten, verfehlten nie ihre Wirkung. So schnell wie sich die Genossen gesammelt hatten, waren sie auch schon wieder im Straßenleben untergetaucht.

Aber auch in dem damals noch technischen Neuland des Radiowesens war man tätig. Der Partei gelang es nach 1934 immer wieder, Sender in Wien in Betrieb zu nehmen, die abends in den damals noch üblichen Sendepausen minutenlange Meldungen in den Äther absetzten. Dies löste bei den Behörden eine verständliche Unruhe aus, noch dazu, wo es ihnen nicht gelang, dieser sehr mobilen Sender habhaft zu werden. Im Mai 1935 stellte man behördlicherseits fest: „In der letzten Zeit wurde in Wien tatsächlich in den Abendstunden, während der Pause des Wiener Rundfunks, die Betätigung eines kommunistischen Schwarzsenders wahrgenommen.“¹¹

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diese umfangreiche illegale Tätigkeit der Partei durch die mit der Gestapo nicht vergleichbaren Vorgangsweise der österreichischen Staatspolizei begünstigt wurde. Dies sollte aber nicht zu dem voreiligen Schluß führen, daß die illegale Arbeit in der Zeit der „schlampigen Diktatur“, wie der Austrofaschismus auch gern genannt wird, für die von ihr Verfolgten harmlos war. Es gab ja nicht nur die Hingerichteten infolge der Februarkämpfe, es gab weitere Tote bei Demonstrationen und als Opfer der Haftbedingungen. Es gab tausende politische Gefangene, von denen viele über Jahre hinweg eingesperrt waren, wie zum Beispiel Friedrich Hexmann im „Anhaltelager“ Wöllersdorf. War das Leben in der Illegalität schon mit kaum vorstellbaren Schwierigkeiten verbunden, so brachte die Verhaftung und Verurteilung meist einen wirtschaftlichen Niedergang für die betroffene Familie, den das Werk der Roten Hilfe nur sehr begrenzt lindern konnte. Und daß es bei den Verhörmethoden schon Gesta-poähnlichkeiten gab, bezeugen nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch die Tatsache, daß führende Polizeibeamte, die oft schon damals illegale Nazis waren, nahtlos von den NS-Behörden übernommen wurden und steile Karrieren machten. Trotz allem war die Partei in dieser Zeit in der Lage, nicht nur den Sturm neuer Parteimitglieder in die Organisation zu integrieren, sondern auch fähig, auf die neuen politischen Fragen die notwendigen Antworten zu suchen und zu finden, wie die Beschäftigung mit der nationalen Frage anschaulich unter Beweis stellt.

Der Februar 1934

Die Beschleunigung der faschistischen Offensive Anfang 1934

Um die Jahreswende 1933/34 trat der von der Front der Reaktion verfolgte Kurs auf Schwächung, Zurückdrängung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung in sein letztes, entscheidendes Stadium. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Dollfuß-Regierung folgten nun, ohne die noch 1933 üblichen längeren oder kürzeren Atempausen, Schlag auf Schlag und wurden von Tag zu Tag verschärft. Am 1. Jänner 1934 wurden die Kammern für Arbeiter und Angestellte durch eine Notverordnung der Bundesregierung „gleichgeschaltet“, das heißt, die bisherigen Arbeiterkammerräte, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus sozialdemokratischen Freigewerkschaftern bestanden, durch ernannte Verwaltungskommissäre ersetzt. Vizekanzler Emil Fey als Chef des Sicherheitswesens ließ das Freiwillige Schutzkorps, eine mit hilfspolizeilichen Funktionen ausgestattete Heimwehrtruppe, aufstocken und verlegte Anfang 1934 starke Abteilungen in alle Industriegemeinden. Die Heimwehrleute benahmen sich der Arbeiterbevölkerung gegenüber „ungemein provokatorisch“ und „hausten wie fremde Eroberer in einem besetzten Gebiet“.¹²

Eine weitere Beschleunigung erfuhr der Faschisierungskurs mit dem 18. Jänner 1934. An diesem Tag traf der italienische Unterstaatssekretär des Äußeren, Fulvio Suvich, in Wien ein. Er überbrachte Dollfuß das Verlangen Mussolinis nach energischem „Kampf gegen den Marxismus“, der „Reform der Verfassung in einem antiparlamentarischen und korporativen Sinn“, der „Beseitigung der Parteien“ und „schließlich, daß der Augenblick, um dieses entschiedene Werk in Angriff zu nehmen, nicht weiter hinausgeschoben werden könne“.¹³ Daraus die Konsequenz ziehend, traten die Heimwehren in den Bundesländern zur Offensive mit dem Ziel an, die gewählten Verwaltungsorgane zu beseitigen und den Landesregierungen einen Ausschuß, bestehend aus Mitgliedern faschistischer Verbände, mit bestimmendem Einfluß „zur Seite zu stellen“. Am 1. Februar mobilisierte die Tiroler Heimwehr 8000 schwerbewaffnete Anhänger, die alle strategisch wichtigen Punkte besetzten. Drei Tage später erklärte sich der christlichsoziale Landeshauptmann Stumpf mit der Bildung des von den Heimwehren ultimativ geforderten „Landesausschusses“ einverstanden, womit in Tirol die verfassungsmäßig gewählte Landesregierung faktisch durch eine autoritär-faschistische ersetzt war. Gleichartige Aktionen fanden am 6. Februar in Oberösterreich, am 7. in der Steiermark und im Burgenland, am 8. in Salzburg und Kärnten und am 9. Februar in Niederösterreich und Vorarlberg statt. Sie machten die Faschisierung der Verwaltungsinstanzen in den (mit Ausnahme Wiens) traditionell bürgerlich, christlichsozial dominierten Bundesländern bereits vor der bewaffneten Auseinandersetzung so gut wie perfekt.

Hand in Hand mit diesen Maßnahmen, die die Machtverhältnisse unmittelbar vor dem Kampf noch einmal beträchtlich zugunsten der Regierung verschoben, gingen fortwährende Polizeirazzien in Arbeiterheimen, Aushebungen von Waffendepots des Schutzbunds sowie Massenverhaftungen von Schutzbundführern einher. Am 3. Februar 1934 wurden Major Alexander Eifler, Stabschef des seit 31. März 1933 behördlich aufgelösten, als „Ordnerschaft“ aber fortexistierenden Republikanischen Schutzbunds, und Hauptmann Rudolf Löw, Adjutant des Schutzbundobmanns Julius Deutsch, festgenommen. In den Tagen danach verhaftete man alle Kreisführer und fast sämtliche Wiener Bezirksführer der sozialdemokratischen Wehrformation. Die Festnahmen hatten auf Grund der Organisations- und Befehlsstruktur des Schutzbunds, nach der nur die höheren Kommandoinhaber Kenntnis von den Waffenverstecken besaßen, äußerst negative Auswirkungen auf den Kampfverlauf.

Die sozialdemokratische Parteiführung sah den demoralisierenden Schlägen der Dollfuß-Regierung gegen die österreichische Arbeiterklasse so wie bisher tatenlos zu. Unfähig, den Attacken eines Feindes, der ihr den „normalen“ Boden der bürgerlichen Demokratie sukzessive unter den Füßen fortzog, wirkungsvolle Abwehrmethoden entgegenzusetzen, und außerstande, ange-

sichts der nun täglich zu erwartenden Vernichtung ihrer Organisation die Linie streng „legalistischer“ Passivität zu verlassen, zeitigte die sozialdemokratische Defensivpolitik kurz vor dem Februar 1934 ihre bis dahin schlimmsten Auswüchse. Vorschläge wie die Karl Renners, dem Kanzler eine Generalvollmacht zur Fortsetzung des Notverordnungskurses zu erteilen, die Artikelserie Otto Bauers im „Kampf“, in der er dem Ständegedanken positive Seiten abzugewinnen begann, und die zahllosen Beschwichtigungsangebote des von den Niederösterreichern repräsentierten rechten Flügels der Partei (Helmer, Schneidmadl, Schneeberger, Popp und andere) beweisen, daß sich die sozialdemokratischen Führer Anfang 1934 von der Position der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie bereits wegbewegten und bereit waren, sich dem autoritären Kurs letztlich doch widerstandslos anzupassen. Wäre es also allein nach ihren Wünschen gegangen, dann hätte ein 12. Februar 1934, ein bewaffneter Abwehrkampf der Arbeiter gegen die endgültige Faschisierung Österreichs, nie stattgefunden.

Die Auswirkungen der Rückzugspolitik des Parteivorstands auf die Basis waren verheerend. Der Mitgliederschwund, der sich bis Ende 1932 in engen Grenzen gehalten hatte, nahm in den Monaten um die Jahreswende 1933/34 die Ausmaße einer regelrechten Massenflucht an. Manche Ortsgruppen der Partei und des Schutzbunds schrumpften auf ein Drittel zusammen; große Teile der Arbeiterschaft verfielen in Resignation und Passivität. Am Vorabend des 12. Februar 1934 bot die österreichische Sozialdemokratie, die, bezogen auf die Einwohnerzahl des Landes, einst die größte und die bestorganisierte Arbeiterpartei der kapitalistischen Welt gewesen war, ein deprimierendes Bild innerer Zersetzung, Handlungsunfähigkeit und Perspektivlosigkeit.

Der Februar 1934 kann daher keineswegs — wie es Otto Bauer in seiner kurz nach den Ereignissen verfaßten Broschüre „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“ versuchte und es die offiziöse Parteigeschichtsschreibung der SPÖ bis heute suggeriert — als korporative Abwehraktion „der“ Sozialdemokratischen Partei angesehen werden. Daß es zu ihm kam, war einzig das Verdienst jenes klassenbewußten Kerns der österreichischen Arbeiter, der den durch die dauernden Defensivmanöver der Parteispitze hervorgerufenen und unter den Werktätigen immer mehr um sich greifenden Stimmungen der Mutlosigkeit widerstand. Er gelangte schließlich zur Einsicht, daß ein wirklicher Kampf gegen die verfassungsbrechende und demokratieaushöhlende Staatsmacht nur dann möglich sein würde, wenn man die Fesseln einer selbstzerstörerisch gewordenen Parteidisziplin abwarf. Zu einem der Wortführer der sozialdemokratischen Linksoption wurde der oberösterreichische Landespartei sekretär und Schutzbundobmann Richard Bernaschek. Er war es, der am 11. Februar 1934 in einem Brief an Otto Bauer ankündigte, bei der nächsten Waffensuche der Polizei das Signal zum Kampf zu setzen.

Die Februarkämpfe in Österreich sind daher nicht nur als heroische antifaschistische Abwehraktion, sondern ebenso sehr als Auflehnung klassenbewußter sozialdemokratischer Arbeiter gegen die demoralisierende Abwartetaktik ihrer eigenen Parteiführung zu sehen, als Akt der Selbstbefreiung von einer reformistischen Politik, die die historische Prüfung in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht bestanden und die Arbeiterklasse ins Verderben geführt hatte. Auf dem Weg zu dieser Erkenntnis spielten die Warnungen der Kommunistischen Partei vor dem herannahenden Angriff der Reaktion und ihre eindringliche Darlegung der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen aller antifaschistischen Arbeiter eine bedeutende Rolle.

Bemühungen der Kommunistischen Partei um antifaschistische Aktionseinheit

Der Einfluß der illegalen KPÖ war bereits im letzten Vierteljahr vor dem Februar 1934 gewachsen. Dazu trug in erster Linie die große Ausstrahlung des Reichstagsbrandprozesses bei. Die von Dimitroff in seinem Schlußplädoyer entworfene Richtschnur für die internationale kommunistische Bewegung, nämlich „Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteurer“, wurde auch für die KPÖ zum Kompaß ihrer Tätigkeit. In Graz und Eisenstadt kam es zu Einheitsfrontvereinbarungen mit Sozialdemokraten. An der oberösterreichischen Landeskonferenz der KPÖ nahm bereits eine relativ starke Gruppe von Genossen teil, die kurz zuvor noch Sozialdemokraten gewesen waren. In Graz und Wien-Favoriten traten Gruppen von SAJ-Mitgliedern und Wehrsportlern zum Kommunistischen Jugendverband über. Das am 20. und 21. Jänner 1934 illegal tagende Plenum des Zentralkomitees stellte der Partei die Aufgabe, „alles zu tun, um die Massen in der Richtung des Generalstreiks in Bewegung zu setzen und bereit zu sein, sich an die Spitze des Massenkampfs gegen den Faschismus zu stellen“.¹⁴ Die KPÖ machte die Arbeiter auf die tödliche Bedrohung von Freiheit und Demokratie aufmerksam und rief auf, gegen diese Gefahr zu kämpfen, bevor es zu spät sei. Anfang Februar gab die Partei in Antwort auf die Heimwehraktionen in Tirol und den anderen Bundesländern mehrere Sondernummern der „Roten Fahne“ heraus, in denen die Auflösung der faschistischen Organisationen, die Wiederherstellung der Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit sowie die Aufhebung des Verbots der KPÖ gefordert und auf die Gefahren der Hitler-Diktatur für Österreich verwiesen wurde. Am 7. Februar 1934 legte Leopold Hornik im Auftrag des ZK einen von ihm und Franz Honner verfaßten „Aufruf zum Generalstreik“ dem Sekretär der Gewerkschaftskommission, Johann Schorsch, vor und machte den Vorschlag, ihn gemeinsam mit den Freien Gewerkschaften und der

Sozialdemokratischen Partei herauszugeben. Schorsch antwortete, er sei für einen Streik bereits wiederholt eingetreten, doch niemals damit durchgedrungen; er allein habe außerdem kein Entscheidungsrecht. Daraufhin verbreitete die KPÖ am 10. Februar 1934 den Aufruf in ihrem Namen in den Betrieben. Es hieß darin: „Schlagt den Faschismus, ehe er euch niederschlägt! Legt sofort die Arbeit nieder! Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus! Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!“¹⁵

Die Kommunistische Partei trug durch ihr konsequentes Eintreten für den entschlossenen Kampf gegen die Vorstöße des Faschismus, durch ihre ständigen Warnungen vor der Katastrophe, in die der Weg der Sozialdemokratie die österreichische Arbeiterklasse führen mußte, und durch ihr Ringen um die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront dazu bei, daß der Widerstand der Arbeiter in den Februartagen eine — angesichts der vorangegangenen Repression seitens der Regierung und Desorientierung seitens der sozialdemokratischen Parteiführung — kaum mehr erwartete Dimension erreichte. Manche sozialdemokratischen Funktionäre handelten in den Februartagen, ohne vorerst Kommunisten zu sein, als Kommunisten. Zu ihnen gehörten der Betriebsratsobmann der Steyr-Werke, Gustl Moser, der durchsetzte, daß das Signal zum Kampf, den Richard Bernaschek in seinem Brief an Otto Bauer vom 11. Februar angekündigt hatte, unabhängig von der Entscheidung des Wiener Parteivorstands gegeben werden müsse; Franz Schuster, der mit einer entschlossenen Gruppe von Arbeitern gegen den Widerstand der Leitung des Wiener Elektrizitätswerks am Vormittag des 12. Februar die Aggregate der Stromabgabe für ganz Wien abschaltete und auf diese Weise die Schutzbündler alarmierte; und der Sankt-Pöltner Vizebürgermeister Ferdinand Strasser, dessen Energie es zu verdanken war, daß sich entgegen dem Befehl der Kreisführung des Schutzbunds die Arbeiter in Sankt Pölten sowie im Traisental als dem einzigen Gebiet in Niederösterreich bewaffneten und den Kampf aufnahmen. Alle drei Genannten wurden nach dem Februar 1934 führende Funktionäre der KPÖ. Schuster und Strasser fielen als Mitglieder des Zentralkomitees in der NS-Zeit dem Gestapopoterror zum Opfer.

Von diesen Beispielen abgesehen muß jedoch konstatiert werden, daß sich die Übertrittsbewegung linker Sozialdemokraten zur KPÖ vor dem 12. Februar in engen Grenzen hielt und die Partei zu schwach blieb, um die Führung der österreichischen Arbeiterschaft in den Februarkämpfen übernehmen und der Auseinandersetzung eine andere Richtung geben zu können. Hier zeigte sich, wie mächtig das austromarxistische Dogma der „Einheit um jeden Preis“ selbst bei linksoppositionellen Mitgliedern bis zuletzt wirkte. Obwohl Kommunisten — soweit sie die Möglichkeit dazu fanden — in einer Reihe mit ihren sozialdemokratischen Klassengenossen kämpften, waren die

Hauptträger des bewaffneten Widerstands in den Februartagen linke sozialdemokratische Arbeiter und Schutzbündler. Anders konnte es auch gar nicht sein, weil die Kommunisten in den geheimen Entschluß der oberösterreichischen „Rebellen“, die Initiative zum Kampf notfalls auch gegen den Willen der Wiener Parteizentrale zu ergreifen, nicht eingeweiht waren, keinen Zugang zu den Waffenbeständen des Schutzbundes hatten und am 12. Februar 1934, wenn sie sich an den Sammelpunkten einfanden, darauf angewiesen waren, Gewehre vom Schutzbund ausgefolgt zu bekommen.

Erst die zweifachen Erfahrungen der Februartage, auf der einen Seite die Erkenntnis, wie berechtigt die Warnungen der KPÖ vor dem Vormarsch der Reaktion und wie richtig die von ihr vorgeschlagenen Kampfmaßnahmen waren, auf der anderen Seite die schockierende Desillusionierung durch Fälle von Feigheit, offenem Verrat und moralischen Zusammenbrüchen der eigenen Spitzenfunktionäre sowie über das Versagen jener als „Kampfleitung“ auftretenden Parteiführer (Otto Bauer und Julius Deutsch), die sich, wenn auch halbherzig und wirkungslos, immerhin in die Widerstandsfront integrierten, führten im Bewußtsein der Februarkämpfer zu einem grundlegenden Umschwung. Als logische Folge dieser Entwicklung traten nach dem Februar 1934 der KPÖ, die ungefähr 4000 Mitglieder zählte, in wenigen Wochen und Monaten etwa 12.000 ehemalige Sozialdemokraten bei. Die KPÖ wurde damit unter den Bedingungen der Illegalität mit einem Schlag zur Massenpartei — ein Phänomen, das in dieser Form in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einzig dasteht.

Die Februarkämpfe

Am frühen Morgen des Montag, 12. Februar 1934, stellten sich in Linz Schutzbündler einer Waffensuche der Polizei in der Landesparteizentrale bewaffnet entgegen. Ein vier Tage währender blutiger Bürgerkrieg begann.

Obwohl der Kampf durch die Schuld der sozialdemokratischen Parteiführung von Anfang an unter äußerst ungünstigen Vorzeichen stand (viele geheime Waffendepots blieben unzugänglich; der vorgesehene Generalstreik kam nicht oder nur höchst lückenhaft zustande; die Exekutive konnte über die Eisenbahn ihre Truppen ungehindert in die Kampfzentren verlegen; die von Otto Bauer und Julius Deutsch in einem Wiener Gemeindebau eingerichtete „Kampfleitung“ gab dem Schutzbund den Befehl, Offensivaktionen zu unterlassen und sich nur zu verteidigen, falls er angegriffen würde), lieferten die Arbeiter den an Zahl und Ausrüstung überlegenen Regierungstreitkräften erbitterten Widerstand. Brennpunkte der Kampfhandlungen waren die Arbeiterbezirke Wiens, weiters in Oberösterreich Linz, Steyr und das Kohlenrevier des Hausruckviertels, in der Steiermark die Vororte von Graz sowie das obersteirische Industriegebiet mit Bruck an der Mur. Kleinere bewaff-

nete Auseinandersetzungen fanden auch in Wörgl in Tirol und im Sankt-Pöltner Gebiet in Niederösterreich statt.

Die übrigen Bundesländer blieben zum Großteil ruhig. In Vorarlberg und Kärnten versicherte die Landesparteführung der austrofaschistischen Regierung sogar ausdrücklich ihre Loyalität. Einer Katastrophe glich der Ausfall Niederösterreichs, wo die Sozialdemokratie in den Industrieregionen seit Jahrzehnten Hochburgen ihrer Organisation besaß. Hier kam es nur lokal zu Kampfhandlungen, die auf den Gesamtverlauf der Februarkämpfe ohne Einfluß blieben. Von der defätistischen Haltung der niederösterreichischen Partei- und Schutzbundführung zeugt die Tatsache, daß man sich Waffenverteilungen strikt widersetzte. Josef Püchler, der führende SPÖ-Funktionär in Wiener Neustadt, ließ sich zum Beispiel mit voller Absicht rechtzeitig von der Polizei verhaften.

Diesen Beispielen an Mutlosigkeit, Versagen und Unfähigkeit standen aber unzählige Beispiele des Heldentums, der Überzeugungstreue und Aufopferung gegenüber. Ihren Höhepunkt erreichten die Kämpfe am 12. Februar in Bruck an der Mur, dem einzigen Ort, wo an der Spitze der bewaffneten Arbeiter mit Koloman Wallisch ein führender Funktionär der Sozialdemokratischen Partei stand, und am 13. Februar in Wien-Floridsdorf, wo die Schutzbündler im Unterschied zu anderen Kampfgebieten offensiv vorgingen und damit die Truppen der Exekutive in erhebliche Bedrängnis brachten. Was hier an diesen beiden Tagen geschah, gehört zu den hervorragendsten Beispielen in der Geschichte der bewaffneten Insurrektionen des internationalen Proletariats.

Bundesheer, Polizei, Gendarmerie und die als Hilfstruppe eingesetzten faschistischen Heimwehren gingen gegen die Arbeiter mit äußerster Härte und Brutalität vor. Die Regierung setzte Artillerie, Minenwerfer, Panzerautos, schwere Maschinengewehrabteilungen und Panzerzüge ein. Die Arbeiterwohnungen und Parteihäuser in Wien, Linz, Steyr, Graz-Eggenberg und Bruck an der Mur standen unter stunden-, oft tagelangem Beschuß aus Kanonen und Haubitzen, der Frauen und Kinder in Mitleidenschaft zog. Allein auf die Wiener Gemeindebauten Karl-Marx-Hof, Schlingerhof, FAC-Hof, Goethehof, Högerhof sowie auf das Ottakringer Arbeiterheim wurden im Verlauf der Kämpfe insgesamt 613 Granaten und Minen abgefeuert, die schwere Zerstörungen anrichteten. In Holzleithen im oberösterreichischen Hausruckgebiet wurden fünf an den Auseinandersetzungen unbeteiligte Arbeitersanitäter auf die Bühne des Arbeiterheims getrieben und von einem Peloton des Bundesheers niedergemäht; gefallene Schutzbündler ließ man zur Abschreckung in den Straßen liegen; gefangengenommene Arbeiter wurden von den Heimwehrlern und Polizisten oft halbtot geprügelt. Im standrechtlichen Verfahren wurden von 14. bis 21. Februar 24 Todesurteile verhängt und an neun Personen vollstreckt. Unter ihnen befanden sich die Februarhelden Koloman Wallisch, der den Kampf in Bruck an der Mur

geleitet hatte, der Floridsdorfer Feuerwehrkommandant Ingenieur Georg Weissel, dem man vorwarf, Waffen ausgegeben zu haben, und der Hietzinger Schutzbündler Karl Münichreiter, der, der Exekutive schwerverletzt in die Hände gefallen, auf einer Tragbahre zum Galgen geschleppt und gehenkt wurde. Der Bürgerkrieg forderte auf beiden Seiten mehrere hundert Tote; mehr als 10.000 Februarkämpfer, Schutzbündler und Arbeiterfunktionäre wurden verhaftet, von denen man 1202 Personen zu Kerkerstrafen in der Höhe von 1410 Jahren verurteilte.¹⁶

Am Abend des 15. Februar 1934, als die letzten Schüsse verhallten, lag das einst stolze Gebäude der österreichischen Sozialdemokratie in Trümmern. Insgesamt 1500 Arbeiterorganisationen und Vereine, von der Sozialdemokratischen Partei über den Arbeiterbund für Sport und Körperkultur (ASKÖ), den Touristenverein „Die Naturfreunde“, den Mieterschutzverband, den Arbeiter-Samariter-Bund usw. bis hinunter zum Arbeiter-Abstinenten-Bund, Arbeiter-Schach-Bund und den Arbeitergesangvereinen, wurden verboten, ihr Vermögen ebenso wie das der Arbeiterbank beschlagnahmt, die Konsumgenossenschaft „gleichgeschaltet“, alle sozialdemokratischen Mandate in den verschiedenen Körperschaften kassiert und die gewählten freigewerkschaftlichen oder marxistisch eingestellten Betriebsräte ihrer Funktionen enthoben. In Österreich wurde ein autoritärer „Ständestaat“, eine faschistische Diktatur errichtet, die die demokratischen und sozialpolitischen Errungenschaften von 1918/19 vernichtete, Sozialdemokraten und Kommunisten verfolgte und in Anhaltelager steckte, die freien Gewerkschaften auflöste, mit einem Wort: eine ganze Gesellschaftsklasse entrechtete und unterdrückte.

Die Ursachen der Niederlage

Die Niederlage der österreichischen Arbeiter im Februar 1934 hatte organisatorische, militärische und politische Ursachen.

In der sozialdemokratischen Führung gab es im wesentlichen zwei Auffassungen über die Rolle des Schutzbundes bei einer bewaffneten Auseinandersetzung. Die eine, die zur offiziellen Doktrin wurde, wollte im Schutzbund eine rein militärische Organisation sehen. Das war in zweierlei Hinsicht falsch und verderblich: Erstens trennte man damit den Schutzbund von den Massen und raubte ihm die Basis, auf der allein sein Kampf hätte erfolgreich sein können; zweitens erzeugte man damit bei den Massen die Vorstellung, daß es nicht auf die Kampfbereitschaft jedes einzelnen Arbeiters ankomme, sondern daß man sich passiv auf die Aktionen des Schutzbundes verlassen könne. Exponent dieser Auffassung, die vom Schutzbundobmann Julius Deutsch und vom gesamten Parteivorstand voll unterstützt wurde, war Stabschef Alexander Eifler.

Im Gegensatz dazu forderte General Theodor Körner, ein Mitbegründer des Schutzbundes, unter Berufung auf Clausewitz, Marx, Engels und Lenin sowie auf die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917, den Schutzbund als bewaffneten Vortrupp so eng wie möglich mit der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, ja mit den breitesten Massen des Volkes zu verbinden. Er empfahl eine guerillaähnliche Zermürbungstaktik, wie sie später in der Widerstandsbewegung und im antiimperialistischen Partisanenkrieg mit Erfolg angewendet wurde. Eine Ausbildung der Schutzbündler nach den Methoden des regulären Militärs lehnte Körner ab, da man seiner Meinung nach ja doch nicht mit der besseren Bewaffnung und Führungsorganisation der staatlichen Exekutivtruppen konkurrieren konnte, was wiederum im Schutzbund Minderwertigkeits- und Unterlegenheitsgefühle, bei den Arbeitern aber Angst hervorzurufen drohte. Körner betonte die Notwendigkeit, in die bewaffneten Staatsorgane politisch hineinzuwirken, um die Streitkräfte der Reaktion wenn schon nicht zu neutralisieren, so doch wenigstens zu verwirren, zu zersetzen und zu unterminieren. Die sozialdemokratische Parteiführung lehnte Körners Anschauungen ab. Er trat deshalb im Februar 1930 aus der Leitung des Schutzbundes aus.

Körners Überlegungen krankten trotz vieler richtiger Ansichten in Einzelfragen an einem Grundfehler. Er erwartete von der SP-Führung etwas, „was diese zu geben weder gewillt noch imstande war: revolutionäre Zielsetzung und revolutionären Kampfgeist“.¹⁷ Die österreichische Sozialdemokratie war trotz ihres verbalradikalen Gebarens eine reformistische Partei, die die Voraussetzungen für eine revolutionäre Vorwärtsstrategie und einen offensiven Kampf einfach nicht mitbrachte. Sie war dazu unter keinen Umständen, auch nicht den günstigsten (man denke an die Jahre 1918 und 1919) bereit. Sie hat daher auch nie ernsthaft eine bewaffnete Offensivaktion des Schutzbundes ins Kalkül gezogen. Der Schutzbund war für sie immer nur ein politisches Druckmittel. Aus diesem Grunde waren das Abwürgen jeder Initiative von unten und die Forderung nach sturem Abwarten der Befehle von oben für die SP-Führung unbedingt notwendig, um die vom Austromarxismus praktizierte Politik des Gewehr-bei-Fuß-Stehens durchzusetzen.

Körners zweite Schwäche war, daß er im Unterschied zur militärpolitischen Auffassung des Leninismus den Faktor der Organisiertheit unterschätzte. Die Bolschewiki hatten sowohl in der Revolution von 1905 als auch in der Oktoberrevolution straff organisierte bewaffnete Kräfte geschaffen, die den Kampf der Massen nicht ersetzten, ihm aber die militärische Stütze gaben, wobei die Partei die einheitliche politische Führung sicherte. Man konnte und kann daher die Tatsache, daß der Schutzbund mit militärischer Disziplin ausgebildet wurde, nicht als Fehler oder gar als Ursache der Niederlage der Arbeiter im Februar 1934 ansehen. Die Ursache für die Niederlage ist vielmehr darin zu suchen, daß die militärisch geschul-

Kräfte losgelöst von der Aktivität der Massen und ohne richtige politische Führung handelten.

In militärtaktischer Hinsicht bestand der entscheidende Fehler in der Befolgung des Befehls, sich an den Sammelpunkten zwar zu bewaffnen, von den Waffen aber erst Gebrauch zu machen, wenn die Exekutivtruppen angreifen sollten. Diese dem Gegner die Initiative überlassende Orientierung stand in eklatantem Widerspruch zu den von den marxistischen Klassikern entwickelten Grundsätzen über die Kunst des bewaffneten Aufstands, nach denen die Defensive den Tod des Aufstands bedeutet. Georgi Dimitroff schrieb darüber in seinem bekannten Brief an die österreichischen Arbeiter vom März 1934:

Dimitroff an die österreichischen Arbeiter

Die Hauptschwäche des Februarkampfs der österreichischen Arbeiter bestand darin, daß sie infolge des schädlichen Einflusses der Sozialdemokratie nicht begriffen, daß es nicht genügt, sich gegen den Angriff des Faschismus zu verteidigen... Der bewaffnete Widerstand des österreichischen Proletariats gegen den Faschismus ging nicht in einen tatsächlichen bewaffneten Aufstand über. Darin bestand der Hauptfehler.

Georgi Dimitroff: Brief an die österreichischen Arbeiter, Zürich 1934, S. 12.

Ein weiterer entscheidender Grund für die Niederlage war das Fehlen einer einheitlichen Kampfleitung, die die vereinzeltten Erfolge zu einem koordinierten Vorgehen zusammenfassen hätte können. Es gelang den kämpfenden Arbeitern nirgends, größere geschlossene Verbände zum Angriff zu führen. Gerade auf dem Funktionieren der zentralen Kampfleitung war aber der Aktionsplan des Schutzbundes aufgebaut. Die Verhaftung der höheren Schutzbundkommandanten Anfang Februar 1934 zählte daher zu den wirksamsten Präventivschlägen der Dollfuß-Regierung, hatten es diese doch verabsäumt, die Schutzbundangehörigen zu selbständigem Handeln zu erziehen, was in einer proletarischen Wehrorganisation stets das notwendige Korrelat zur militärischen Befehlsdisziplin sein mußte.

Damit eng verbunden war eine legalistische Einstellung, auf Grund derer die Schutzbündler selbst die notwendigsten kampfbegleitenden Maßnahmen unterließen. Während die Exekutivtruppen ohne Scheu Kriegslisten und unbarmherzige Gewaltmethoden anwandten, wurden von den Schutzbündlern fast nirgends Zufahrtswege, Brücken und Eisenbahngleise unterbrochen, obwohl der Schutzbund mit modernsten Sprengmitteln hervorragend ausgerüstet war, oder Persönlichkeiten des Gegners als Geiseln genommen. Ein Beispiel war der Mühlviertler Heimwehführer Graf Peter Revertera, der

am 12. Februar 1934 Schutzbündlern in Linz-Urfahr durch Zufall in die Hände fiel. Revertera wurde bei guter Behandlung einen Tag festgehalten und am 13. Februar bedingungslos wieder freigelassen. Man verzichtete sogar darauf, Lebensmittel auf „ungesetzliche Weise“ zu requirieren und ließ lieber vor Erschöpfung die Waffen sinken.

Der Hauptgrund für die Niederlage war jedoch das Ausbleiben des Generalstreiks zur Unterstützung der bewaffneten Kämpfe. Hier lag die Schuld nicht bei den Massen und nicht primär in der Furcht der Arbeiter vor Entlassung und Erwerbslosigkeit, obwohl dies gewiß viele von einer aktiven Teilnahme abhielt, sondern in der von der sozialdemokratischen Führung jahrelang betriebenen Kapitulationspolitik, die die Kampfmoral breiter Kreise der Arbeiterklasse so minderte, daß sie im Februar 1934 nicht mehr in Aktion treten konnte. Die Austromarxisten hatten immer auf den großen Tag vertröstet, an dem sie den Generalstreik sozusagen auf Knopfdruck auslösen würden, und darauf verzichtet, diesen Streik durch Teilkämpfe vorzubereiten, für ihn rechtzeitig in Agitation zu betreiben und auch die politisch weniger bewußten Schichten des Proletariats dafür zu gewinnen.

Schließlich und endlich gingen die Februarkämpfe deshalb verloren, weil die österreichische Arbeiterklasse gespalten war. Jahrzehntlang hatte die Sozialdemokratie den Arbeitern eingeredet, daß die Einheit der Arbeiterklasse in ihren Reihen verwirklicht sei und eine Einheitsfront, wie sie die Kommunisten vorschlugen, nicht notwendig wäre. In der Stunde der großen Prüfung erwies sich diese „Einheit“ als eine Hülle ohne Inhalt. Die großen Gegensätze, die in der Partei bestanden, wurden sichtbar: der Gegensatz zwischen Führung und Massen, zwischen den Rechten, die für eine Klassenzusammenarbeit mit den Bürgerlichen eintraten, und den klassenbewußten Sozialisten, die durch ihre Illusionen von der Einheit mit den Rechten bis zuletzt an einer tatkräftigen Politik gehindert worden waren. Die Februarereignisse bewiesen daher erneut die Unersetzbarkeit einer marxistisch-leninistischen Partei.

Die internationale Bedeutung der Februarkämpfe

Der Februar 1934 in Österreich nahm und nimmt im Rahmen des historischen Ringens zwischen Demokratie und Faschismus einen besonderen Platz dadurch ein, daß er in der denkbar schärfsten Form, als bewaffneter Kampf, als Bürgerkrieg, ausgetragen wurde. Erstmals seit dem bulgarischen Septemberaufstand von 1923 stellten sich Arbeiter mit der Waffe in der Hand dem Vormarsch der Reaktion entgegen. Das gewaltige Echo, das der Februarkampf unter der internationalen Arbeiterschaft und den Antifaschisten vieler Länder fand, und die Welle brüderlicher Sympathie und tätiger

Solidarität, die den österreichischen Arbeitern entgegenschlug, waren das Ergebnis der damaligen historischen Situation.

Die Februarereignisse fielen in eine Zeit, in der, ermutigt durch den Sieg der Hitler-Faschisten in Deutschland, das Großkapital in einer Reihe kapitalistischer Länder seine Angriffe gegen die ökonomischen, sozialen und politischen Errungenschaften der Werktätigen ebenso wie gegen die bürgerlich-demokratische Ordnung verschärfte und sich, gestützt auf verschiedene faschistische Organisationen, für einen Staatsstreich rüstete. In besonders bedrohlichem Ausmaß wuchs nach dem 30. Jänner 1933 die faschistische Gefahr in Frankreich und Österreich. Die furchtbare Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 schien die von rechten Opportunisten und kleinmütigen bürgerlichen Demokraten vertretene Auffassung zu bestätigen, daß der Faschismus als ein unabwendbares Faktum in Europa nicht mehr aufzuhalten sei, daß ein Zeitalter der Konterrevolution angefangen habe. Stimmungen der Resignation, Demoralisierung und Passivität griffen unter den Volksmassen um sich.

Zugleich reifte aber in den klassenbewußten Teilen des Proletariats der Wille, der Errichtung weiterer faschistischer Diktaturen entschlossen entgegenzutreten. Diese Kräfte waren es, die sich im Februar 1934 der von der Front der Reaktion in Frankreich und Österreich provozierten Kraftprobe stellten und damit eine Wende im antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse herbeiführten. Obwohl das Ergebnis unterschiedlich war und die Auseinandersetzung in Frankreich im Gegensatz zu Österreich mit einem Sieg der Volksmassen endete, war die Bedeutung der Februarkämpfe in Österreich nicht weniger groß. Gerade dadurch, daß die Februarereignisse bewiesen, daß es eine Alternative zur kampflosen Kapitulation vor dem Faschismus gibt, wurde in Österreich und weit über Österreich hinaus neuer Mut in die Reihen der Arbeiterklasse getragen und ihre Entschlossenheit zur antifaschistischen Gegenoffensive gestärkt. Der berühmte französische Schriftsteller Romain Rolland schrieb damals im Vorwort des Buches „Österreich — Brandherd Europas“, daß der Februar 1934 den europäischen Arbeitern die Illusion zerstreut habe, „daß es möglich sei, die soziale Macht mühelos, schrittweise und mit geistigen Waffen zu erringen“, und er ihnen wieder die Tugenden des Kampfes gelehrt habe.¹⁸

Die Erfahrungen des Februar 1934 flossen in die strategische Neuorientierung der kommunistischen Parteien ein, die im Sommer 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale systematisiert wurde. In diesem Sinne war der Februar 1934 in Österreich ein Vorbote des nationalrevolutionären Kriegs in Spanien 1936 bis 1939 und der Widerstandsbewegung der Völker gegen die faschistische Barbarei im zweiten Weltkrieg, ein Ereignis, das für immer zu den besten revolutionärdemokratischen Traditionen des österreichischen Volkes gehört.

Das Ringen um die Einheit der Arbeiterbewegung

Erste Etappe: Für eine einheitliche revolutionäre Massenpartei

Die wichtigste Erfahrung des 12. Februar 1934, die in den Diskussionen um die Neuorientierung der Politik der kommunistischen Weltbewegung eine Rolle spielte, betraf das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten. Der massenhafte Übertritt linker Sozialdemokraten zur Kommunistischen Partei bewies, daß die bisherige Einschätzung unrichtig war, wonach gerade die sozialdemokratische Linke eine Revolutionierung der Arbeitermassen verhindere. Als erster forderte Georgi Dimitroff, der sich, wie erwähnt, sehr intensiv mit den österreichischen Februarkämpfen beschäftigte, ein radikales Umdenken in dieser Frage.

Nach seiner Freilassung durch die deutschen Faschisten Ende Februar 1934 hatte Georgi Dimitroff Aufnahme in der Sowjetunion gefunden. Er beteiligte sich maßgeblich an der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und führte eine Reihe von Diskussionen, vor allem mit dem Generalsekretär der KPdSU, Josef Stalin, über die Frage der Einheitsfront. Das Ergebnis dieser Diskussionen faßte er am 1. Juli 1934 in einem Brief an das Exekutivkomitee der Komintern zusammen. „Ist es richtig“, fragte er darin rhetorisch, „alle linken sozialdemokratischen Gruppierungen in allen Fällen als Hauptgefahr zu betrachten?“ Und er forderte, mit der Orientierung, „daß die Einheitsfront nur von unten geschaffen werden kann“, Schluß zu machen.¹⁹

Letztendlicher Zweck aller Bemühungen der kommunistischen Parteien um die Einheitsfront war die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage. In der politischen Situation der zwanziger Jahre konnte das nur bedeuten: Ausschaltung des Masseneinflusses der reformistischen Führer, Herüberziehen der sozialdemokratischen Arbeiter auf kommunistische Positionen, also — „Einheitsfront von unten“. Im Abwehrkampf gegen den Faschismus war aber auch die „Einheitsfront von oben“ nötig, möglich und erfolgreich, wie das französische Beispiel, auf welches sich hier Dimitroff ganz offensichtlich bezog, zeigte: Er wandte sich dagegen, den „Appell an die Führung der Sozialdemokratischen Partei als Opportunismus“ zu betrachten.²⁰ Die österreichischen Erfahrungen des Jahres 1934 gingen einen Schritt weiter. Die völlige Veränderung des Kräfteverhältnisses in der österreichischen Arbeiterbewegung in den Wochen nach den Februarkämpfen wies der Kommunistischen Partei mit einemmal eine führende Position zu. Die erste Schlußfolgerung der österreichischen Kommunisten daraus war die Aufforderung an die sozialdemokratischen Arbeiter, die Einheitsfront in der KPÖ zu verwirklichen. „Revolutionäre Sammlung und Einigung zum Kampf gegen den Faschismus, für die Diktatur des Proleta-

riats“ war ein im Juni oder Juli 1934 erschienenenes Flugblatt betitelt, in dem es hieß: „Nachdem im Feuer der Februarkämpfe das Vertrauen der Arbeiterschaft zur sozialdemokratischen Führung in Brüche gegangen ist, existiert die sozialdemokratische Partei politisch nicht mehr. Und dennoch braucht das österreichische Proletariat mehr denn je eine einheitliche, führende Massenpartei... Die Vereinigung der revolutionären Kräfte kann und wird sich nur auf dem Boden des Kommunismus vollziehen... Vorwärts zur Aufrichtung der revolutionären kommunistischen Massenpartei!“²¹

Diese Politik war zum einen bestimmt durch das Erleben tausender Sozialdemokraten, die den Übergang zur KPÖ vollzogen hatten und sich scharf gegen alle Versuche einer Wiederbelebung der sozialdemokratischen Partei unter neuem, „revolutionärem“ Vorzeichen wandten. Zum anderen war sie Ausdruck der strategischen Analyse des XIII. EKKI-Plenums, wonach eine „neue Runde von Kriegen und Revolutionen“ bevorstehe. Gerade die Kämpfer des 12. Februar sahen sich — was ihnen auch der Aufruf des EKKI vom 3. März 1934 bestätigte — als Vorhut für neue Klassenschlachten, die den baldigen Sieg des Proletariats bringen würden. Im erwähnten Flugblatt wurde daher als Aufgabe der zu schaffenden kommunistischen Massenpartei die Vorbereitung der „großen Entscheidungsschlacht zwischen Faschismus und Proletariat“ gesehen, dem bevorstehenden Parteitag der KPÖ wurde die Aufgabe der „Organisierung des einheitlichen Kampfes für den Sturz des Faschismus, für die Diktatur des Proletariats“²² zugewiesen. Tatsächlich war es aber gerade der 12. Parteitag der KPÖ, der die Überwindung dieser „kurzen Perspektive“ (wie die Hoffnung auf den baldigen Sturz des Faschismus durch die proletarische Revolution auch bezeichnet wurde) einleitete.

Die „kurze Perspektive“ war am klarsten in der bereits wenige Tage nach den Februarkämpfen erschienenen Sonderausgabe der „Roten Fahne“ formuliert worden: „Vorwärts vom Februaraufstand zum roten Oktober!“ Auch wenn diese Losung nicht wörtlich gemeint war und sich natürlich nicht auf den Oktober 1934 bezog, so erfüllte sie doch die wichtige Funktion, das Aufkommen einer Niederlagenstimmung zu verhindern. Die darin zum Ausdruck kommende Erwartung, vor einem „revolutionären Massenaufstand des österreichischen Proletariats“²³ zu stehen, der mit der Errichtung der Arbeitermacht enden werde, ließ aber alle Versuche, sich der Einigung in der KPÖ zu entziehen, als konterrevolutionär erscheinen. Die Kommunisten beobachteten den Prozeß der Herausbildung der Partei der Revolutionären Sozialisten daher mit Mißtrauen, zumal der Beitritt einer Reihe linkssozialistischer Gruppierungen zur KPÖ im Laufe des Frühjahrs 1934 die Perspektive einer kommunistischen Einheitspartei als durchaus realistisch erscheinen ließ: In wenigen Wochen hatte die Partei ihre Mitgliederzahlen — unter den Bedingungen der Illegalität! — vervierfacht. Die größte dieser Gruppen

war die von Franz Schuster geführte Rote Front, die sich der Partei auf der Mitte Juni 1934 durchgeführten Wiener Konferenz der KPÖ anschloß.

Die Herausbildung der RS

Die in die Tschechoslowakei geflüchteten Führer der SDAP richteten dort keine Exilparteileitung ein und anerkannten damit den Zerfall der von ihnen geführten Partei. Otto Bauer und andere gründeten in Brünn (Brno) das Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie (ALÖS), dessen Hauptaufgabe in der Herausgabe einer monatlichen und einer vierzehntägigen Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ bestand. Erstere wurde in hoher Auflage in einer Dünndruckausgabe nach Österreich geschmuggelt. Gleichzeitig propagierte Otto Bauer aber ein „neues Hainfeld“ — einen Zusammenschluß der verschiedenen linkssozialistischen Gruppierungen, die sich regional gebildet hatten, unter Ausschluß der KPÖ. Otto Bauers Erwartungen erfüllten sich zwar nicht, doch gelang es der um die seit Mai 1934 herausgegebene Zeitschrift „Revolution“ gescharten Gruppierung der Revolutionären Sozialisten innerhalb kurzer Zeit, sich zur führenden Kraft innerhalb des sozialistischen Untergrunds zu entwickeln.

Ideologisch waren in dieser Zeit kaum Unterschiede zwischen Revolutionären Sozialisten und Kommunisten zu bemerken, da sich beide auf die „kurze Perspektive“ orientierten. Die Revolutionären Sozialisten hielten aber an der Zugehörigkeit zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale fest und lehnten alle Aufforderungen der KPÖ, der III. Internationale beizutreten, ab.

Bereits im Juli begann sich in der KPÖ die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Phase der Neuverteilung des Kräfteverhältnisses innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung abgeschlossen war. Nicht nur die Herausbildung der Revolutionären Sozialisten, auch die hohe Auflage der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ und der damit einhergehende Einfluß des ALÖS bewiesen die Beständigkeit des sozialdemokratischen Milieus in Österreich, selbst über eine solche politische, ideologische und organisatorische Katastrophe wie den 12. Februar hinweg. Um aber dennoch die Einheitlichkeit im Kampf gegen die faschistische Diktatur sicherzustellen, bemühte sich die KPÖ erfolgreich um die Herstellung der Aktionseinheit: Im Juli 1934 wurde die erste Einheitsfrontvereinbarung geschlossen. In diesem Abkommen waren bereits Verhandlungen über die Herstellung einer Einheitspartei vorgesehen. Der Unterschied zur Phase vorher bestand darin, daß es jetzt nicht mehr um den Beitritt von Sozialisten zur KPÖ, sondern um die Vereinigung zweier selbständiger Parteien ging. Die ideologischen Gemeinsamkeiten ebenso wie die Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes schienen eine solche Perspektive nahezulegen. Diesen Wunsch drückte auch eine Resolution aus, die die im September in der Nähe von Brünn durchgeführte Wiener Konferenz

der Revolutionären Sozialisten beschloß und die größere Hindernisse für die Vereinigung der beiden Parteien nur in der Zugehörigkeit zu zwei verschie-

Der 12. Parteitag der KPÖ

Niemals zuvor hatte die KPÖ unter so schwierigen Bedingungen einen Parteitag vorzubereiten. Der 12. Parteitag, der erste in der Illegalität, fand in den letzten Septembertagen 1934 in Prag statt und wurde aus konspirativen Gründen als Salzburger Parteitag bezeichnet. Rund zehntausend Mitglieder waren in die Vorbereitung miteinbezogen und wählten an die 750 Delegierte zu Regionalkonferenzen, die ihrerseits die 70 Delegierten für den Parteitag nominierten. Zwei Drittel der Delegierten waren erst nach dem 12. Februar der KPÖ beigetreten, auch mehr als die Hälfte des neugewählten Zentralkomitees bestand aus „neuen“ Mitgliedern. Dieses Zentralkomitee hatte die Partei mehr als ein Jahrzehnt zu führen, da es erst nach der Befreiung, 1946, wieder möglich war, einen Parteitag abzuhalten. Zwölf Mitglieder dieses Zentralkomitees wurden Opfer des Kampfs gegen den Faschismus.

Zwei Fragen standen im Mittelpunkt des Parteitags: die Rolle der illegalen Massenorganisationen im Kampf gegen den Faschismus und die Frage der Einheitsfront. Ersteres betraf vor allem die Freien Gewerkschaften und den Autonomen Schutzbund, der nun Sozialisten und Kommunisten in seinen Reihen vereinigte und vor allem in Wien eher die Politik der KPÖ als jene der Revolutionären Sozialisten unterstützte.

„Für uns ist die Einheitsfront kein politisches Manöver, sondern eine notwendige Bedingung des proletarischen Klassenkampfes“²⁴, stellte Johann Kopleinig in seinem Referat fest. Den zahlreichen Berichten aus den Organisationen über gehässige Angriffe und Verleumdungen durch sozialdemokratische Funktionäre und über die zweideutige Haltung von RS-Leitungen bei Verhandlungen hielt der Delegierte der Komintern die eindringliche Mahnung entgegen: „Der Hauptfeind ist nicht die Sozialdemokratie, der Hauptfeind ist der Kapitalismus, der Faschismus.“²⁵

Der Parteitag verpflichtete die Organisationen, die Einheitsfrontvereinbarungen an der Spitze durch innigen, freundschaftlichen Kontakt an der Basis mit Leben zu erfüllen und stellte fest: „... obwohl wir nach wie vor die organisatorische Einigung der Arbeiterklasse in einer auf dem Boden des Kommunismus stehenden Partei anstreben, dürfen wir nicht ungeduldig die Klassenkämpfer zurückstoßen, die sich zu einer anderen Partei bekennen oder die heute den Anschluß an eine Partei ablehnen. Wir werden unermüdetlich daran arbeiten, die Arbeiter von der Richtigkeit des Kommunismus zu überzeugen, aber wir werden mit jeder Partei, mit jeder Gruppe, mit jeder Organisation zusammenarbeiten, die bereit ist, mit uns gemeinsam Aktionen gegen den Faschismus durchzuführen.“²⁶

Trotz der weitgehenden Überwindung der „kurzen Perspektive“ und ersten Hinweisen auf die Notwendigkeit der Arbeit innerhalb der faschistischen Massenorganisationen gelang es dem Parteitag allerdings noch nicht, eine realistische Perspektive des antifaschistischen Kampfes zu erarbeiten. Er orientierte die österreichische Arbeiterbewegung auf die Vorbereitung einer Massenerhebung gegen das Regime zur Aufrichtung eines „Sowjet-österreich“. Erst in der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wurden deutlich andere Akzente gesetzt. Doch das zusammenfassende schriftliche Material, das nach dem Parteitag an die Grundorganisationen hinausging, behandelte vor allem die Organisierung der Tageskämpfe der Werktätigen und sah darin die wichtigste Schlußfolgerung, die die Organisationen aus dem Parteitag ziehen sollten.

Aufkündigung der Einheitsfrontvereinbarung durch die RS

Die gemeinsamen Aktionen am ersten Jahrestag der Februarkämpfe bildeten den Höhepunkt des Zusammenwirkens von Sozialisten und Kommunisten im illegalen Kampf. Flugblattaktionen, kleine Kundgebungen, Hissen von Fahnen und Transparenten, Abbrennen von Feuern in Form von Sowjetsternen — die Aktionsformen waren mannigfaltig und füllen ganze Seiten in den Polizeiberichten der einzelnen Bundesländer an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Zur Vorbereitung dieser Aktionen war ein zentrales Komitee mit Vertretern von KPÖ, RS und Autonomem Schutzbund gebildet worden, das im Jänner 1935 ein Rundschreiben mit einem detaillierten Aktionsplan verbreitete. Der Aktionsplan war kein Aufstandsplan. Im Laufe der vorangegangenen Monate hatte sich in beiden Arbeiterparteien die Erkenntnis von der Langwierigkeit des Kampfes gegen den Faschismus durchgesetzt. Auf ihrer zum Jahreswechsel 1934/35 in Brünn durchgeführten Reichskonferenz hatten die Revolutionären Sozialisten diese Abkehr von der „kurzen Perspektive“ auch explizit vollzogen und gleichzeitig die Kampfgemeinschaft mit der KPÖ bekräftigt.

Ausgehend von diesen Erfahrungen richtete das Zentralkomitee der KPÖ am 24. Februar 1935 einen Brief an das Zentralkomitee und die Organisationen der Revolutionären Sozialisten, in dem ebenfalls der „Illusion“ entgegengetreten wurde, „das Regime werde über Nacht zusammenbrechen, der österreichische Faschismus sei nur ein flüchtiges Zwischenspiel“. Damit Sozialisten und Kommunisten „gemeinsam der österreichischen Arbeiterklasse in ihren Freiheitskämpfen voranschreiten“ könnten, sei es nötig, die bisher nur bei einzelnen Aktionen verwirklichte Einheitsfront „in Permanenz“ zu erklären, „die Zusammenfassung aller proletarischen Kampfenergien dauernd sicherzustellen“. Da das Zentrum des Klassenkampfes die Betriebe seien, gelte es, vor allem hier die Einheit von kommunistischen, sozialistischen und parteilosen Arbeitern herzustellen. „Ihr hattet bisher

Bedenken gegen einen engen Kontakt in den unteren Organisationen, in den Bezirken und Betrieben; wir glauben, die letzten Ereignisse und vor allem die Erfahrungen der Februarkampagne müssen diese Bedenken zerstreuen und euch beweisen, wie wichtig es ist, eine feste Kampfgemeinschaft in den unteren Organisationen und besonders in den Betrieben herzustellen...; wir werden die Arbeiterklasse dadurch zu neuen Erfolgen befähigen!“²⁷ Besonderer Nachdruck wurde auf die endliche Herstellung der Einheit in der illegalen Gewerkschaftsbewegung gelegt, außerdem regte die KPÖ gemeinsame Initiativen zur Annäherung der beiden Internationalen an.

Doch zur selben Zeit vollzog sich bei den Revolutionären Sozialisten eine tiefgreifende organisatorische und politische Veränderung: Der bisherige Bundesländerverantwortliche, Joseph Buttinger, übernahm die Leitung der Partei. Seine erste politische Handlung war die Zerschlagung des einheitlichen Autonomen Schutzbunds durch Abziehen der RS-Mitglieder. Der Brief des ZK der KPÖ wurde in einem inoffiziellen Schreiben ausweichend beantwortet, während man in den Organisationen der Revolutionären Sozialisten versuchte, eine scharfe Abgrenzung von den Kommunisten durchzusetzen.

Im April 1935 veröffentlichte das RS-Organ „Revolution“ neue „Richtlinien zur Einheitsfrontpolitik“, die auf eine weitgehende Aufkündigung der Einheitsfront hinausliefen. Als Begründungen mußten angebliche Mängel in der Konspiration, die Abhängigkeit der KPÖ von der Komintern und ähnliche Vorwände herhalten.

Die KPÖ antwortete mit einem scharfen Artikel von Erwin Zucker-Schilling in der Basler „Rundschau“, dem auch nach Österreich geschmuggelten internationalen Presseorgan der Komintern. Der Artikel arbeitete den grundsätzlichen Unterschied in der Haltung der beiden Parteien zur Einheitsfront heraus: Während die KPÖ darin eine Voraussetzung für das Funktionieren des antifaschistischen Kampfes sah und eine Klärung, möglicherweise sogar Annäherung der unterschiedlichen Positionen in prinzipiellen Fragen durch das Zusammenwirken in der Aktion erwartete, handhabte die neue RS-Führung die Einheitsfront als beliebig einzusetzendes taktisches Instrument, dessen man sich nur bediente, wenn es aus propagandistischen Gründen nützlich war. Vordringlich war Buttinger die politische Profilierung seiner Partei. Und da in innenpolitischen Fragen zu dieser Zeit noch weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden Arbeiterparteien bestand, konnte dies nur auf internationalem Gebiet erfolgen — durch eine schärfere Abgrenzung von der Kommunistischen Internationale und von der Sowjetunion. Die beginnende Umorientierung der Komintern im Vorfeld des VII. Weltkongresses und der außenpolitische Kurswechsel der UdSSR, der im Beitritt zum Völkerbund und dem Abschluß von Verträgen mit der Tschechoslowakei und Frankreich zum Ausdruck kam, waren hierfür ein willkommener Anlaß. Die Erfordernisse des Kampfes gegen den Faschismus — in

Österreich wie international — traten gegenüber diesen parteitaktischen Überlegungen in den Hintergrund.

Recht schwach verankert waren die Revolutionären Sozialisten in den Betrieben. Das war eine Folge der Vernachlässigung der Massenarbeit, zuerst beim Aufbau der illegalen Gewerkschaften und dann beim Eindringen in die faschistische „Einheitsgewerkschaft“. Die Folge davon war aber, daß es trotz des politischen Schwenks der neuen Führung der Revolutionären Sozialisten im Frühjahr 1935 gelang, endlich die Gewerkschaftseinheit herzustellen.

Der Einheitsfrontpakt

Vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (25. Juli bis 20. August 1935) ging ein gewaltiger Impuls für die Herstellung der Arbeitereinheit aus, die gewissermaßen das Zentrum der von den Kommunisten erstrebten antifaschistischen Volksfront sein sollte.

Die Führung der Revolutionären Sozialisten begab sich in die Position eines unbeteiligten Beobachters. Anstatt auf die Initiativen der Komintern zu reagieren, kommentierte sie die „Wendung“ des VII. Weltkongresses als Ausfluß der „Wendung der Außenpolitik der Sowjetunion“ und verurteilte organisationsinterne Kritik an dieser Haltung als „Opportunismus“ und „extreme Empfindlichkeit gegenüber dem leisesten Versuch, kritisch zur kommunistischen Politik und ihrer historischen und theoretischen Rechtfertigung und Begründung Stellung zu nehmen“.²⁸ Demgegenüber mahnte Otto Bauer eindringlich, das kommunistische Angebot aufzugreifen, da die weltpolitische Lage sowie „die Ungeheuerlichkeit der aus ihr entspringenden Gefahren... gebieterisch die Kooperation aller proletarischen Kräfte“ forderten — „zur Verhütung des Weltkriegs, zur Verteidigung der Resultate der russischen Revolution, zum Kampfe gegen jeden Angriff des deutschen Nationalfaschismus auf den Weltfrieden“.²⁹

Der Druck aus den Organisationen der eigenen Partei sowie seitens des sozialdemokratischen Exils bewog die Führung der Revolutionären Sozialisten schon nach wenigen Wochen zu einer Kurskorrektur. Noch im September legte sie ihren Mitgliedern den Entwurf eines Bündnisanspruchs an die KPÖ vor, der schließlich Anfang Oktober 1935 dem ZK der KPÖ übergeben wurde.

Die illegalen Zeitungen der Kommunistischen Partei veröffentlichten zur selben Zeit einen zentralen Artikel über den VII. Weltkongreß, in dem der Überzeugung Ausdruck verliehen wurde, „daß all das, was der Kongreß ausgesprochen und beschlossen hat, eine Plattform darstellt, die geeignet ist, die bisherigen Bedenken der Revolutionären Sozialisten zu zerstreuen, ihr Zaudern zu überwinden, sie restlos, nicht nur im Programm, sondern auch *in der Tat* für die rasche, rückhaltlose Verwirklichung der *permanenten Aktionseinheit* und damit für die *Vorbereitung der Vereinigung beider*

Parteien zu gewinnen“.³⁰ Als „entscheidenden Schritt“ in Richtung Aktions-einheit der Arbeiterbewegung bezeichnete der Artikel die Herstellung der Gewerkschaftseinheit wenige Monate zuvor.

Der Bündnisantrag der Revolutionären Sozialisten erschien in hoher Auflage als Tarnbroschüre („Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte“) und wurde von der Kommunistischen Partei auf allen Ebenen der Organisation ernsthaft diskutiert. Als Resultat monatelanger Verhandlungen wurde schließlich im März 1936 in Prag von den beiden Parteiführern Johann Koplenig und Joseph Buttinger ein „Übereinkommen zwischen den Revolutionären Sozialisten und der Kommunistischen Partei Österreichs“ unterschrieben, in dem unter anderem die Schaffung eines aus vier Mitgliedern bestehenden Verbindungskomitees festgelegt wurde. Dieses sollte gemeinsame Aktionen der beiden Parteien vorbereiten und gemeinsame Richtlinien für die Arbeit in gegnerischen Organisationen erarbeiten. Außerdem wurde jeweils ein ZK-Mitglied als Kontaktperson bei der anderen Partei nominiert.

Die Delegation der Erarbeitung von Richtlinien für die Arbeit in den Massenorganisationen des Regimes (gemeint war in erster Linie die faschistische „Einheitsgewerkschaft“) an das Verbindungskomitee war ein Zeichen für tiefgehende Meinungsunterschiede in zentralen Fragen. Während die KPÖ ihre politische Linie den sich wandelnden Bedingungen anpaßte, hielten die Revolutionären Sozialisten an der einmal beschlossenen Boykottparole fest. Nach dem Aufrollen der nationalen Frage durch die KPÖ im Jahre 1937 zeigte sich, wie weit die politischen Positionen der beiden Parteien sich inzwischen auseinanderentwickelt hatten.

Im Jänner 1935 war eine Besprechung sozialistischer und kommunistischer Spitzenfunktionäre zur Vorbereitung der Aktionswoche zum Jahrestag der Februarkämpfe durch Verrat aufgefliegen. Als die Verhafteten — unter ihnen Franz Honner und Friedl Fürnberg von der KPÖ sowie die Spitzenfunktionäre der Revolutionären Sozialisten Karl Hans Sailer, Roman Felleis und Bruno Kreisky — Ende März 1936 endlich ihren Prozeß erzwangen, erlebte die Aktionseinheit von Sozialisten und Kommunisten in der Solidarität mit den Angeklagten einen neuen Aufschwung.

Es zeigte sich aber bald, daß die Führung der Revolutionären Sozialisten an einer engeren Verbindung der Parteiorganisationen auf unterer Ebene nicht interessiert war. Gemeinsame Aktionen wurden seltener, sieht man von der Organisation der Solidarität mit der spanischen Republik ab, dafür häuften sich die wechselseitigen Polemiken. Als im August 1936 in Moskau der ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, Grigori Sinowjew, und 15 weitere Angeklagte zum Tode verurteilt wurden, brachten die Revolutionären Sozialisten eine Sondernummer der „Revolution“ heraus, die eine Reihe von Angriffen auf die KPdSU enthielt. Während sich Otto Bauer in einem kritischen Artikel in der theoretischen Monatsschrift „Der Kampf“, die im tschechoslowakischen Exil herausgegeben wurde, vom

Trotzkismus distanzierte, den er „für sektiererisch, manche seiner wesentlichsten Züge für reaktionär“³¹ hielt, verstärkten sich innerhalb der Revolutionären Sozialisten ultralinke, dem Trotzkismus verwandte Tendenzen. Die Vorgänge in der Sowjetunion wurden in den Publikationen der Revolutionären Sozialisten von einem moralisierenden Standpunkt aus gewertet. Die Revolutionären Sozialisten boten deshalb für die KPÖ mehr und mehr das Bild einer Organisation, in der der Trotzkismus an Einfluß gewann. Dadurch wurde es auch für die Kommunisten immer schwieriger, an der Einheitsfront festzuhalten. Allerdings waren es letztlich nicht diese Auseinandersetzungen, die die vertraglich festgelegte Aktionseinheit zwischen den beiden Parteien zu einer leeren Hülse werden ließen, sondern das Unverständnis der Sozialdemokratie für die von der KPÖ 1937 erarbeitete Politik des nationalen Freiheitskampfes.

Bemühungen um die Volksfront in Österreich

Neue Erkenntnisse — im Kampf um den Frieden

Zwei Themen behandelte die erweiterte Plenartagung des ZK der KPÖ, die am 22. und 23. Juni 1935 abgehalten wurde:

- Kampf um Frieden und Freiheit;
- Vereinigung der Freien Gewerkschaften.

Daß die Frage der Erhaltung des Friedens auf der Tagesordnung noch vor der für die österreichische Arbeiterbewegung so bedeutungsvolle, historische Einigung der Gewerkschaftsbewegung rangierte, zeigt, wie ernst die KPÖ die weltpolitischen Veränderungen der ersten Jahreshälfte 1935 nahm. Die zentrale Rolle spielte dabei Hitler-Deutschland, das sich zu Jahresbeginn das Saarland einverleibt hatte und nach seinem Austritt aus dem Völkerbund nun daranging, hemmungslos aufzurüsten. Das Ziel dieser Rüstung wurde klar ausgesprochen: Sie war in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet. Doch nicht nur die Politik Hitlers bedeutete eine Gefahr für den Weltfrieden. Mussolini schickte Truppen zur Vorbereitung eines Überfalls nach Abessinien (Äthiopien), Japan war gerade dabei, große Teile Chinas an sich zu reißen und bedrohte die sowjetische Ostgrenze. In dieser Situation käme es darauf an, so schätzten die 34 Genossen, die sich zur erweiterten Plenartagung zusammengefunden hatten, ein, daß das Proletariat im Kampf um den Frieden „breiteste Volksmassen“ um sich sammle. Die Resolution beinhaltete noch Einschätzungen wie die, daß es darum gehe, Bedingungen zu schaffen, die es ermöglichten, den Ausbruch eines imperialistischen Krieges durch die Revolution zuvorkommen „oder den imperialistischen Krieg zum Sturz der Bourgeoisie auszunützen“.³² Das heißt, die Partei sah die internationalen Beziehungen damals noch ausschließlich unter dem Aspekt

imperialistischer Gegensätze und erkannte noch nicht das neue Moment, das durch das Eingreifen der Sowjetunion in die Weltpolitik entstand.

Doch im konkreten Fall der Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit durch die aggressive Politik des deutschen Faschismus, der Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa erarbeitete sich die KPÖ auf dem Juni-Plenum des ZK neue Erkenntnisse. In seinem Referat wies Johann Koplenig darauf hin, daß der Kampf um den Frieden jenes Kettenglied darstellte, „das wir erfassen müssen, um dadurch auch alle anderen Fragen unseres Kampfes und unserer Bewegung lösen zu können“.³³ Die Erfolge auf allen anderen Gebieten würden, so Koplenig, davon abhängen, ob es die Kommunisten verstehen würden, sich in diesem Kampf „an die Spitze der Werktätigen, an die Spitze des Volkes zu stellen“.³⁴ Die vom ZK verabschiedete Resolution verband den Kampf gegen den Austrofaschismus und die Bedrohung durch den Nazifaschismus mit der Aufgabe der „Sicherung des Friedens, der staatlichen Unabhängigkeit, der nationalen Selbständigkeit“ und klagte die österreichische faschistische Führung an, die Unabhängigkeit Österreichs zu gefährden.³⁵ Und der Aufruf des ZK „Für Freiheit und Frieden!“ zum bevorstehenden Antikriegstag (1. August), der entweder auf dem Juni-Plenum oder kurz danach beschlossen wurde, ging von der Feststellung aus, der deutsche Faschismus sei „heute die größte Gefahr für den Weltfrieden“ und klagte die herrschende Clique in Österreich an, das Land zuerst an Italien verschachert zu haben; unter geänderten Verhältnissen seien sie bereit, „das österreichische Volk an Hitler-Deutschland zu verschachern! . . . Nur die Arbeiterschaft im Bündnis mit den friedliebenden Volksmassen ist fähig und willens, den Frieden, die nationale Selbstbestimmung — die wirkliche Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen“. Abschließend forderte der Aufruf die Erweiterung der Einheitsfront „zu einer Front der Volksmassen gegen die faschistischen Kriegsherren“, die Organisation von Kundgebungen in den Betrieben „für ein freies Sowjet-Österreich“ sowie eine „Arbeiter- und Bauernregierung, die das freie, unabhängige Österreich mit der Friedensfront vereinigt“.³⁶ Als ein Schlüsselproblem in diesem Kampf wurde die Einbeziehung der Bauern gesehen, ein Problem, das auf der Tagung breiten Raum einnahm. Im Kampf um den Frieden mußten darüber hinaus Intellektuelle, städtische Mittelschichten und andere Verbündete gewonnen werden.

Den Aussagen der Schuschnigg-Regierung, man würde den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs verteidigen, wurde entgegengehalten: „Die Sicherung des Friedens, der staatlichen Unabhängigkeit, der nationalen Selbständigkeit erfordert die Erkämpfung der Freiheitsrechte des arbeitenden Volkes, die Niederkämpfung des braunen und des schwarz-grünen Faschismus, den Sturz der faschistischen Diktatur.“³⁷

Zwar hatte die Partei auch schon früher auf die Gefahr einer deutschen Intervention hingewiesen, doch die Überlegungen des Juni-Plenums führten einen wesentlichen Schritt weiter, besonders hinsichtlich der Ausweitung

der Kampfbasis. Hatte die KPÖ im Herbst 1933, als die deutsche Bedrohung zum erstenmal akut wurde, noch eine rein proletarische Abwehrfront, die „Bildung von eigenen, selbständigen Klassenkampfformationen aus Arbeitern und werktätigen Bauern in den Grenzgebieten“³⁸ gefordert, so gelangte sie jetzt zur Erkenntnis, daß es darum gehe, eine „breite antifaschistische Volksfront zu gestalten“,³⁹ um die Unabhängigkeit wirksam verteidigen zu können.

Daß die Partei großen Wert auf die Verbreitung dieser Erkenntnisse legte, geht daraus hervor, daß diese neuen Momente, die am Juni-Plenum besprochen wurden, sofort im „Presse-Dienst“⁴⁰ zu finden waren. Sie waren auch das Thema eines zweiseitigen Flugblattes „Für Freiheit und Frieden. An das arbeitende Volk Österreichs“ und einer hektographierten Nummer der „Roten Fahne“⁴¹ unter dem Titel „Vorwärts im Kampf für Frieden und Freiheit!“, die aus Anlaß des 21. Jahrestages des Kriegsausbruches zur Verteilung gelangte. Desgleichen erschien im „Expreß-Presse-Dienst“ Ende August eine Zusammenfassung mit den entscheidenden Passagen. „Diskutiert und popularisiert den Inhalt“ wurden die Leser einleitend aufgefordert.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

Die Orientierung auf die Erweiterung der Arbeitereinheit zur Volksfront, die vom VII. Weltkongreß der Komintern ausging, war ein Resultat der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale. Das XIII. Plenum des EKKI hatte im Dezember 1933 den Faschismus („an der Macht“ ergänzte Georgi Dimitroff in seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß) als die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals charakterisiert. Das schloß implizit die Möglichkeit von Bündnissen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus mit Teilen der Bourgeoisie mit ein — eine Möglichkeit, die von Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß auch ausgesprochen und als Aufgabe der Kommunisten bezeichnet wurde.

Wichtige Erfahrungen bei der Herstellung solcher Bündnisse hatte der internationalen Arbeiterbewegung vor allem die Kommunistische Partei Frankreichs vermittelt, der im Februar 1934, gemeinsam mit den Sozialisten, die Abwehr des faschistischen Vorstoßes gelungen war und die im Sommer desselben Jahres die Aktionseinheit mit der Sozialistischen Partei hergestellt hatte.

In seinem Referat über die Möglichkeit einer Volksfront in Österreich wies Johann Kopleinig auf dem VII. Weltkongreß darauf hin, daß die österreichische Arbeiterbewegung noch nicht jenen Stand von über das Proletariat hinausgehenden Beziehungen erreicht hatte wie er in Frankreich damals Wirklichkeit wurde. Vor allem die Verbindungen zur Bauernschaft waren

mangelhaft — ein Faktor, der die Entfaltung einer antifaschistischen Volksfront hemmte.

„Welche Front brauchen die Werktätigen Österreichs, welche Volksfront zu organisieren ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei?“ fragte Kopleinig und stellte klar, daß die wichtigste Voraussetzung für die Gewinnung von Bauern und Mittelschichten die Einheit der Arbeiterklasse ist. „Wir glauben, daß die Möglichkeit besteht, auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront in Österreich eine breite Volksbewegung für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte der Werktätigen, für den Frieden, für die Unabhängigkeit des österreichischen Volkes zu schaffen. Aber vorläufig sind nur die Elemente einer solchen Bewegung vorhanden, sie haben noch keine feste Gestalt angenommen.“⁴² Sollte die von der KPÖ erstrebte Vereinigung mit den Revolutionären Sozialisten zustandekommen, „würde die einheitliche revolutionäre Massenpartei zu einem Kraftzentrum für alle Unzufriedenen, für alle Oppositionellen, für alle Freiheitswill[ig]en Österreichs werden lassen und die Anziehungskraft der Arbeiterklasse für alle Volksschichten bedeutend erhöhen“.⁴³

Bündnispartner für eine solche Volksfront sah Kopleinig in regimetreuen bäuerlichen und Arbeiterorganisationen, auf die vor allem von Nazi-freundlichen Heimwehrrfaschisten Druck ausgeübt wurde. Angesichts der Verstärkung des Nazieinflusses würde ein totalitäres Heimwehrrsystem, gegen das sich diese meist katholisch gefärbten Verbände verbissen wehrten, „die Gefahr einer Gleichschaltung mit dem Hitler-Faschismus verstärken.“

In diesem Prozeß kann die proletarische Einheitsfront alle Kräfte, die gegen die Totalitätsbestrebungen des Heimwehrrfaschismus, gegen die Gleichschaltung Österreichs mit dem Hitler-Faschismus kämpfen, zu Verbündeten der Arbeiterklasse im Kampf für Freiheit, Frieden und Unabhängigkeit gewinnen. Auf dieser Grundlage kann sich in Österreich eine Volksfront entwickeln.

Die Volksfront in Österreich wird unter diesen Umständen zur Freiheits- und Friedensfront, zur Verteidigerin der Unabhängigkeit Österreichs gegen den Hitler-Faschismus und seine Schrittmacher im Lager des österreichischen Faschismus. Die Herstellung einer breiten Friedensfront ist die besondere Volksfrontpolitik in Österreich.“⁴⁴

Die besondere Dringlichkeit der Herstellung der Einheit mit den Revolutionären Sozialisten als der Voraussetzung für den Erfolg von Bemühungen zur Herstellung der Volksfront in Österreich ergab sich aus der aktuellen politischen Situation: „... heute ist der Machtkampf innerhalb des faschistischen Lagers nicht entschieden, Finanzkapital und Kleinbürgertum stehen einander Auge in Auge gegenüber. Heute ist auch die räuberischste, brutalste, gefährlichste Form des Faschismus — der Nationalsozialismus — in Österreich noch außerhalb der Macht.“⁴⁵

Die Revolutionären Sozialisten lehnten diese Überlegungen ab, da sie es

für illusorisch hielten, im faschistischen Österreich außerhalb der Arbeiterklasse Bündnispartner für den antifaschistischen Kampf zu suchen.

Das Jännerplenium 1936

Im Mittelpunkt der Plenartagung des Zentralkomitees, die im Jänner 1936 in einer Hütte in den steirischen Alpen stattfand, standen Fragen der Einheits- und Volksfront und der Arbeit in den legalen Organisationen.

Aus den Schwierigkeiten in den sich endlos hinziehenden Verhandlungen mit den Revolutionären Sozialisten zog das Zentralkomitee die Schlußfolgerung, daß die KPÖ in der Vergangenheit zu sehr die Einigung ins Zentrum der Agitation gestellt hatte, ohne die eigenen Positionen mit genügendem Nachdruck vertreten zu haben. Ähnliche Erfahrungen mußte man auch mit der im Sommer 1935 erzielten Einigung in der illegalen Gewerkschaft machen. Auch hier, so stellte das Plenum fest, hatte man es verabsäumt, die Einigung von der oberen Ebene hinunter in die Teilorganisationen zu tragen. Das hatte zur Folge, daß die reformistischen Kreise, jene, denen die Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht paßte, ihre Positionen stärken konnten.

Ferner mußte festgestellt werden, daß manche Genossen aus der Tatsache der schwachen Massenbasis des österreichischen Faschismus und seiner Labilität zur Unterschätzung seiner Macht neigten. Diese Einschätzung wurde gefördert durch Aktionen wie die der Weihnachtsamnestie 1935, bei der Februarkämpfer freiließen, oder das Versprechen der freien Wahl von Vertrauensleuten in den Betrieben. So sehr das Ausdruck einer Schwäche, eines Versuchs war, mehr Einfluß in der Arbeiterschaft zu gewinnen, barg dieses Unterfangen auch den Versuch einer Spaltung der Arbeiterschaft in sich. „Jetzt, wo der Faschismus aufs neue die größten Anstrengungen macht, um mit neuen Methoden seine Isolierung von den Massen zu durchbrechen, hängt es entscheidend davon ab, ob unsere Partei imstande sein wird, der gesamten illegalen Bewegung und der Arbeiterschaft eine solche taktische Orientierung zu geben, die es ermöglicht, alle Versöhnungsmanöver des Faschismus zu durchkreuzen und seine wachsenden Schwierigkeiten zu einem Vorstoß der Arbeiterklasse auszunützen. Die Situation, in der wir uns befinden, bietet für den Kampf der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksmassen in Österreich günstige Möglichkeiten. Dies erfordert aber von der Partei den Übergang von der allgemeinen Agitation und Propaganda zu einer konkreten Kampfmobilisierung der Massen für ihre elementarsten Klassenforderungen.“⁴⁶

Wie sollten nun diese günstigeren Möglichkeiten ausgenützt werden? Neben der nun gänzlichen Beseitigung der Boykottlösung für die „Einheitsgewerkschaft“ der Austrofaschisten verpflichtete das ZK-Plenum die Kommunisten zur Aufnahme und Intensivierung der Arbeit auch in anderen legalen Massenorganisationen. Das Spektrum umfaßte Genossenschaften,

Sportorganisationen, Bauernorganisationen, Mietervereinigungen, Elternvereine, Konsumvereine usw. Das Ziel dieser Arbeit in den angesprochenen Organisationen war klar umrissen. Es sollten durch sie neue Kräfte im Kampf gegen die faschistische Diktatur aktiviert und eine viel engere Verbindung der Partei mit breiten Schichten der Werktätigen erzielt werden.⁴⁷

Diese Orientierung war nicht völlig neu. Schon Ende 1934 hatte die Polizei in einem Lagebericht festgestellt: „Nicht unerwähnt kann bleiben, daß nach verlässlichen Informationen Kommunisten und ehemalige Sozialdemokraten den Wehrverbänden beitreten . . . So soll dem Heimatschutz und den Ostmärkischen Sturmcharen im 21. Bezirk sowie dem Freiheitsbund in einzelnen Bundesländern eine erhebliche Zahl von Kommunisten und Sozialdemokraten angehören.“⁴⁸

Neu war die Intensität, mit der das Eindringen in die faschistischen Organisationen erfolgte. Neu war aber auch die Zielsetzung. War es bei den oben erwähnten Wehrverbänden, anfangs aber auch bei der Einheitsgewerkschaft, vor allem um Zersetzungsarbeit gegangen, so orientierte die Partei ihre Mitglieder nun darauf, Kontakte zu nützen, um schrittweise den Charakter der unterwanderten Organisationen zu ändern. Resultate dieser Taktik zeigten sich in den Wochen vor der Okkupation, als nicht nur Betriebsvertrauensleute, sondern auch Funktionäre der „Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaften“ („SAG“) innerhalb der faschistischen Vaterländischen Front das Bündnis mit der Arbeiterbewegung im Ringen um die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit suchten. Der wichtigste Erfolg des Eindringens in die legalen Organisationen waren aber zweifellos die Positionen, die die illegale Arbeiterbewegung bei den „Werkgemeinschaftswahlen“ 1936 erringen konnte.

Zur Herausbildung einer Volksfront kam es in Österreich nicht. Die, wenn auch bescheidenen, Erfolge bei der Konkretisierung des Volksfrontgedankens durch die KPÖ in Form ihrer Politik in der nationalen Frage bewiesen aber, besonders im antifaschistischen Widerstandskampf zwischen 1943 und 1945, die Gültigkeit dieser von der Komintern erarbeiteten Strategie auch für Österreich.

Die österreichische Arbeiterbewegung und die Sowjetunion in den dreißiger Jahren

Der Sieg des Sozialismus in der UdSSR

Eine bedeutende moralische Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung in ihrem Ringen mit dem Faschismus waren die Erfolge des

sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. Während die Weltwirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern Millionen ins Elend gestürzt hatte, war in der Sowjetunion mit dem ersten Fünfjahrplan (1929 bis 1932/33) und der Kollektivierung der Landwirtschaft ein gewaltiges Experiment in Angriff genommen worden, dessen Verlauf von Freund und Feind mit Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Besonderen Eindruck hatten die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Aufbau einer Hüttenindustrie und anderer Großbetriebe gemacht — in einer Zeit, da in Österreich der letzte Hochofen abgeblasen worden war und alle Teile der Arbeiterklasse von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen waren.

Die Industrialisierung des riesigen Landes war nicht ohne ernste Schwierigkeiten, Rückschläge und Fehler vor sich gegangen. Zur Zeit der Oktoberrevolution war Rußland die in ökonomischer Hinsicht am weitesten zurückgebliebene Großmacht gewesen, in der, wie Lenin feststellte, „der moderne kapitalistische Imperialismus sozusagen mit einem besonders dichten Netz vorkapitalistischer Verhältnisse überzogen“⁴⁹ war, ein Land, in dem sich neben dem rückständigsten Grundbesitz das entwickeltste Finanzkapital etabliert hatte. Diese Widersprüche, die das Heranreifen der Revolution begünstigt hatten, waren ein Hemmnis beim Aufbau des Sozialismus. Trotz großer Anstrengungen zur Beseitigung des Analphabetismus und zur Zurückdrängung des ideologischen Einflusses von orthodoxer Kirche und Islam wirkten rückschrittliche Traditionen weiter. In den Dörfern herrschten vielfach noch Unwissenheit und Aberglaube. Die Überwindung der feudalen Überreste war nur als Ergebnis eines längerfristigen sozialen Prozesses möglich, der die Entwicklung der maschinellen Großindustrie zur Grundlage hatte und die nach Millionen zählenden Kleinbauern in die Lage versetzte, ihre anachronistischen Wirtschaftsmethoden zu modernisieren. Auf Grund der angespannten ökonomischen Situation am Ende des Bürgerkriegs mußte die KPdSU das Schwergewicht ihrer Wirtschaftspolitik auf Maßnahmen zur raschen Ankurbelung der Nahrungs- und Konsumgüterproduktion legen. Die noch von Lenin konzipierte „neue ökonomische Politik“ (russ. NEP) förderte Gewerbetreibende und Kleinunternehmer, während gleichzeitig mit Verbesserungen der ökonomischen Infrastruktur wie dem Beginn der Elektrifizierung des Landes die Voraussetzungen für eine planmäßige Industrialisierung geschaffen wurden. Die nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes weiter erstarkten, „Kulaken“ genannten Großbauern gewährleisteten die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, stellten sich aber in der Mehrzahl dem sozialen und kulturellen Fortschritt entgegen, der ihre herrschende Stellung im Dorf untergrub. Sie wurden dadurch — angesichts des noch immer weitgehend agrarischen Charakters der Sowjetunion zu jener Zeit — zur Gefahr für die Arbeitermacht. Die Zuspitzung der sozialen Gegensätze auf dem Land zwang die KPdSU dazu, die Lösung dieses Problems rasch in Angriff zu nehmen. Ab 1929/30 begannen die sowjetischen

Kommunisten mit der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes: Die 1917/18 parzellierten Grundstücke wurden kollektiviert und zu landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolchosen) zusammengefaßt, moderne Produktions- und Verarbeitungstechniken eingeführt und ein kultureller Aufschwung eingeleitet. Die Kulaken und der von ihnen beeinflusste Teil der Landbevölkerung sabotierten diese zum Teil ungenügend vorbereiteten und überstürzt durchgeführten Maßnahmen durch Aktionen wie Massenschlachtungen und Brandstiftungen. Um ihren Widerstand zu brechen, bediente sich die Partei auch problematischer Methoden wie der Deportation. Andererseits verschaffte die durch die Enteignung der Kulaken erreichte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Arbeiterklasse der sozialistischen Staatsmacht dringend benötigte Mittel zur Finanzierung des Industrialisierungsprogramms der dreißiger Jahre. Das gewaltige Aufbauwerk der ersten Fünfjahrpläne konnte dadurch verwirklicht werden, ohne daß sich die Sowjetunion in Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital begeben mußte.

Mitte der dreißiger Jahre wurde bereits sichtbar, daß der sowjetischen Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei eine ökonomische und soziale Umwälzung gelungen war, durch die die Weiterentwicklung der Gesellschaft auf völlig neuer, auf sozialistischer Grundlage möglich wurde.

Der Sieg des Sozialismus in der UdSSR war ein Ereignis, das die internationale Arbeiterbewegung, nicht nur die Kommunisten, tief bewegte. „... so furchtbar die Opfer waren, mit denen der große Industrialisierungs- und Kollektivierungsprozeß erkaufte werden mußte, so berauschend groß sind seine Erfolge“, schrieb beispielsweise Otto Bauer 1936. „Diese zwar noch nicht vollendete, aber werdende sozialistische Gesellschaft erweist ihre Überlegenheit über den Kapitalismus in dem grandiosen Tempo ihrer Entwicklung.“⁵⁰ Aus dieser Überlegenheit schöpften die Kommunisten die Kraft, der faschistischen Diktatur zu widerstehen. „Die Sowjetunion“, schrieb die „Rote Fahne“ zum 19. Jahrestag der Oktoberrevolution, „gibt uns allen die absolute Sicherheit für den Sieg der Freiheit, für den Sieg des Sozialismus über den mit allen Mitteln der Verzweiflung gegen seinen sicheren Untergang kämpfenden Faschismus.“⁵¹

Die Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik 1934/35

Doch auch die sowjetische Außenpolitik beeinflusste die internationale Arbeiterbewegung. Im Mai 1935 schloß die UdSSR mit Frankreich und der ČSR Bündnisse ab, bereits 1934 war sie dem Völkerbund — von den Kommunisten bis dahin als Instrument des britischen und französischen Imperialismus bekämpft — beigetreten. Die Sowjetunion reagierte mit

diesen ersten Schritten in Richtung einer Perspektive der „kollektiven Sicherheit“ in Europa auf die Verschärfung der internationalen Spannungen nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland und die sich daraus ergebenden Gefahren.

Auch in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale rief die Aggressivität des Hitler-Faschismus zunehmende Beunruhigung hervor. Eine kleine linke Minderheit in den Leitungsgremien der sozialdemokratischen Internationale um Otto Bauer, den Exilrussen Theodor Dan und den Franzosen Jean Zyromski zog daraus neue Schlußfolgerungen hinsichtlich des Verhältnisses der Sozialdemokraten zu den Kommunisten und zur Sowjetunion. In einem Manifest, das im Juli 1935 unter dem Titel „Die Internationale und der Krieg“ erschien, drückten sie die Erwartung aus, die sozialdemokratischen Parteien würden im Fall eines neuen Weltkriegs nach folgenden drei Gesichtspunkten handeln: „Das Interesse des Weltproletariats erfordert, daß der deutsche Faschismus geschlagen werde. Das Interesse des Weltproletariats erfordert, daß die Sowjetunion siege. Das Interesse des Weltproletariats erfordert, daß in allen kapitalistischen Ländern der Krieg ausgenützt werde zur Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und damit zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“⁵²

Die erwähnten diplomatischen Schritte der Sowjetunion gründeten sich auf realistischere Analysen der strategischen Situation, in der sich die internationale Arbeiterbewegung befand. Es ging im Augenblick zweifellos nicht um die Vorbereitung der Revolution. Das Proletariat war international in der Defensive. Die Abwehr der vom Faschismus drohenden Kriegsgefahr erforderte eine radikale Verbreiterung der Bündnisse der Arbeiterbewegung, auch des Sowjetstaats. Diese Erkenntnis setzte sich in der kommunistischen Bewegung aber erst schrittweise durch. Das XIII. EKKI-Plenum (Dezember 1933) hatte noch die Zunahme der Kriegsgefahr als Anzeichen dafür interpretiert, daß eine neue revolutionäre Periode wie jene zwischen 1917 und 1923 bevorstehe. Die Februarkämpfe in Österreich wurden, wie erwähnt, anfangs als Beweis für die Richtigkeit dieser Analyse gewertet. Gerade die kontroversielle Diskussion über die Bedeutung der Ereignisse des Februar 1934 in Österreich und Frankreich führte die internationale kommunistische Bewegung aber zur Erkenntnis, daß sich die strategische Situation gewandelt hatte und es um die Organisation eines weltweiten Abwehrkampfes gegen den Faschismus ging.

Diese Erkenntnis bestimmte ab 1934/35 die Politik der KPdSU auf internationaler Ebene. Weder klafften hier die „Realpolitik“ des sowjetischen Staates und der revolutionäre Kurs der Kommunistischen Partei auseinander, noch war es so, daß einzig der neue außenpolitische Kurs der Sowjetunion die Neuorientierung der Kommunistischen Internationale auf ihrem VII. Weltkongreß verursachte. Im Gegenteil — die von der Sowjetunion abgeschlossenen Bündnisse und ihre Politik im Völkerbund ließen sich

durchaus auch mit der unrealistisch gewordenen These vereinbaren, nur die proletarische Revolution könne den Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges verhindern. Der vom ZK der KPÖ zur Unterstützung der illegalen Zeitungen herausgegebene „Pressedienst der Roten Fahne“ lag genau auf dieser Linie, wenn er forderte, die durch die Erfolge der sowjetischen Außenpolitik gewonnene „Atempause des Friedens“ zur Vorbereitung der Revolution zu nützen.⁵³ Auch die Grundorganisationen im Lande teilten diese Einschätzung, wie aus den Berichten an das ZK-Plenum im Juni 1935 hervorging.⁵⁴

Zwar beeinflusste die Sorge um das Schicksal der Sowjetunion und damit indirekt die sowjetische Außenpolitik die Tätigkeit der KPÖ, doch waren es die Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes in Österreich selbst, die Diskussionen über den geeigneten Weg der Abwehr der Bedrohung durch Hitler-Deutschland, die — wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt — auch in der KPÖ jene Neuorientierung vorbereiteten, die wenige Wochen später, auf dem VII. Weltkongreß, zur allgemeinen Linie der Kommunistischen Internationale wurde. Beispielgebend wirkte auch die Volksfrontpolitik der französischen KP, wie Johann Koplenig in seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hervorhob.

Die außenpolitische Neuorientierung der Sowjetunion und die Kursänderung der Kommunistischen Internationale gingen Hand in Hand und waren beide Resultat intensiver Beratungen in den Leitungsgremien der kommunistischen Weltbewegung im Jahre 1934 über die dramatischen Änderungen der internationalen Lage. Sie waren auch Thema erregter Debatten und politischer Kontroversen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in vielen Ländern, darunter in Österreich.

Ursachen und Folgen des Personenkults um Josef Stalin

Zu den Diskussionen über Probleme und Perspektiven des sozialistischen Aufbaus und über die Änderungen in der Außenpolitik der UdSSR kam ab 1936/37 ein weiteres Thema, das zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen Revolutionären Sozialisten und KPÖ wurde: der Personenkult um Josef Stalin — die auffälligste der Verletzungen der Normen der innerparteilichen Demokratie in der Sowjetunion —, besonders aber Repressionsmaßnahmen wie Prozesse gegen langjährige Funktionäre der KPdSU und der Kommunistischen Internationale, die als „Spione und Verräter“ hingerichtet wurden.

Diese Fehlentwicklungen, die nicht nur der KPdSU selbst, sondern der ganzen internationalen Arbeiterbewegung schweren Schaden zufügten, hatten vielschichtige Ursachen.

Durch das Scheitern der Revolution in Mitteleuropa geriet die Sowjetunion Anfang der zwanziger Jahre in die Isolierung. Die Aufgabe, die Revolution weiterzuführen und die sozialökonomischen Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus zu schaffen, erfolgte nicht, wie von den marxistischen Klassikern vorgesehen und von der KPdSU erstrebt, im Verein mit einer Gruppe industriell und kulturell hochentwickelter Länder. Diese Aufgabe stellte sich der Arbeiterklasse eines einzelnen, noch dazu schwach entwickelten Landes, das — bei immenser territorialer Ausdehnung — gekennzeichnet war durch weitgehenden Mangel an Verkehrswegen und Nachrichtenverbindungen, durch Analphabetismus, Hunger und Seuchen. Zu den aktuellen politischen Problemen wie der Wirtschaftsblockade und der ständigen Interventionsdrohung durch den Imperialismus, der Subversion und Wühlarbeit aus- und inländischer konterrevolutionärer Kräfte, kamen die erwähnten, vom Zarismus geerbten ökonomischen Disproportionen, die unermesslichen Schwierigkeiten, die sich aus dem niedrigen Kulturniveau breiter Massen ergaben und ein ernst zu nehmendes Hindernis bei der Inangriffnahme der historischen Aufgabe darstellten, als erstes Land in der Geschichte den Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Zwar verfügte die sowjetische Arbeiterklasse über die Erfahrung dreier Revolutionen (1905, Februar und Oktober 1917), doch hatte die politische und sozialökonomische Entwicklung in den Jahrhunderten zuvor die Ausbildung von Traditionen des Austragens politischer Konflikte, des organisierten Geltendmachens sozialer Interessen in den Volksmassen gehemmt. Das Fortleben des Feudalismus in weiten Teilen des Landes bis ins 20. Jahrhundert hinein, das Weiterbestehen von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen auch dort, wo der Kapitalismus längst die unpersönlichen, sachlichen an ihre Stelle gesetzt hatte — all das förderte „Personalisierungen“ auch in der politischen Auseinandersetzung.

In der Kommunistischen Partei wirkten einerseits die Verhaltensnormen des jahrzehntelangen illegalen Kampfes nach, andererseits bewirkte die permanente Ausnahmesituation, die sich nach der Vervielfachung der Gefahren durch die Machtübernahme des Faschismus in Deutschland noch verschärfte, daß sich außerordentliche Maßnahmen als alltäglich einbürgern konnten. Die Bereitschaft, Tendenzen zur Verselbständigung der Staatssicherheitsorgane — gleich dem lähmenden Bürokratismus ebenfalls ein Erbe der zaristischen Vergangenheit — zu tolerieren, war groß; sie entsprang der realen Bedrohung und der durch diese erzeugten „Festungsmentalität“. Letztere hemmte die für das Funktionieren der Partei unerläßliche offene und kameradschaftliche Austragung von Meinungsverschiedenheiten.

Unter solchen drückenden objektiven Bedingungen ist die Wahrscheinlichkeit von Fehlentwicklungen groß, wie sich inzwischen auch in anderen Ländern mit in bestimmten Zügen vergleichbaren Ausgangsbedingungen

gezeigt hat. In der Sowjetunion kam dazu die Tatsache, daß völliges Neuland beschritten wurde, daß die sowjetischen Kommunisten an keinerlei Erfahrungen anknüpfen konnten.

Die personelle Zusammensetzung der leitenden Organe der KPdSU bot keine Garantie gegen solche Fehlentwicklungen. Denn innerhalb der Parteiführung waren nach Lenins Tod (1924) unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen in ganz entscheidenden Fragen erkennbar geworden — so der Einschätzung der Perspektive des Aufbaues des Sozialismus in *einem* Land beziehungsweise der Möglichkeit des „Exports“ der Revolution, weiters der Gewerkschafts- und Bauernpolitik. Die Bedeutung Josef Stalins bestand darin, daß er in diesen Lebensfragen der Revolution einen Kurs steuerte, der den Bestand und die Weiterentwicklung der Arbeitermacht sicherte. Doch als Generalsekretär der Partei zog Stalin, gestützt auf die so erworbene Autorität, immer mehr Entscheidungen an sich, schränkte die Kollektivität der Leitung ein, entzog wichtige Bereiche einer zentralen Kontrolle durch die Partei und benützte schließlich in den dreißiger Jahren Polizei und Justiz, um unter Hinweis auf die Gefährlichkeit der Situation Gegner und auch Kritiker der politischen Linie der Partei auszuschalten.

Eine Welle von Unterdrückungsmaßnahmen traf Feinde des Sozialismus genauso wie eine große Zahl aufrechter Kommunisten. Sie stand in krassem Gegensatz zu der in der Verfassung von 1936 festgehaltenen Möglichkeit zur Abschaffung von Einschränkungen demokratischer Rechte, wie sie in den ersten Jahren der Sowjetmacht notwendig gewesen waren. Inzwischen hatte sich nämlich die Arbeitermacht ökonomisch und politisch konsolidiert. Stalin erklärte diesen Widerspruch mit seiner falschen Theorie, der innere Klassenkampf spitze sich immer mehr zu, je mehr sich der Sozialismus festige. Das Übergewicht der traditionell schwerfälligen Administration wurde dadurch noch drückender, die durch die Begeisterung der ersten Fünfjahrpläne erreichte Mobilisierung der Massen wieder gehemmt. Die Angst vor Verfolgung behinderte die Kritik und förderte Tendenzen zur Bürokratisierung von Partei und Massenorganisationen.

Daß Stalin trotz dieser mit seinem Namen verbundenen Erscheinungen keinem ernsthaften Widerstand begegnete, sondern unbestrittener Führer der KPdSU und des Landes blieb, hatte innerparteiliche und gesamtgesellschaftliche Ursachen. Seine ungeheure Autorität, auch in anderen kommunistischen Parteien, war eng verbunden mit den großen Hoffnungen, die die internationale Arbeiterbewegung mit der Sowjetunion verband. Sein früher und rigoroser Kampf gegen die Fraktionsbestrebungen der Anhänger Leo Trotzki hatte der Partei die gefürchtete Spaltung, vor der Lenin in seinen letzten Briefen wiederholt gewarnt hatte, erspart. Stalins Autorität war weiter gewachsen, als sich sowohl sein innen- als auch sein außenpolitischer Kurs in den wesentlichen Fragen als richtig erwiesen hatten. Vor allem aber

war es sein Verdienst, daß er die Partei auf die gigantischen sozialökonomischen Umwälzungen ab Ende der zwanziger Jahre orientiert hatte.

Bereits vor Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland hatte Stalin erkannt, daß nur eine forcierte Industrialisierung der Sowjetunion die Chance bot, einer immer wahrscheinlicher werdenden militärischen Konfrontation mit dem Imperialismus standzuhalten. Ein oft zitierter Ausspruch Stalins aus dem Jahr 1931 lautete: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Strecke in zehn Jahren durchlaufen. Entweder wir bringen das zustande, oder wir werden zermalmt.“⁵⁵

Ohne die unter großen Opfern erzwungene Industrialisierung wäre es der Sowjetunion nicht möglich gewesen, dem faschistischen Angriff 1941 standzuhalten. Die Industrie, die den Nachschub für die Rote Armee lieferte, war größtenteils erst in den dreißiger Jahren entstanden; die Millionen ehemaliger Bauern, die im Krieg moderne Waffen bedienen mußten, waren erst durch den Industrialisierungsprozeß dazu befähigt worden.

In den dreißiger Jahren verdreifachte sich die sowjetische Arbeiterklasse. Die aus den ländlichen Gebieten auf die Großbaustellen und in die neuen Fabriken strömenden Arbeiter blieben vielfach ihren bäuerlichen Traditionen und Wertvorstellungen verhaftet. Aber auch die neuen Leitungskader in Wirtschaft und Partei, die die Industrialisierung hervorbrachte, suchten nach einem Halt, nach möglichst einfachen und klaren Richtlinien zur Bewältigung der ihnen zugefallenen Aufgaben. Auf diesen ehemaligen Arbeitern lastete mit einem Male die Verantwortung für Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Die Unsicherheit angesichts einer radikalen Veränderung ihrer Lebensumstände machte Dutzende Millionen Menschen, die in den Industrialisierungsprozeß einbezogen wurden, empfänglich für die unrichtige Personifizierung gesellschaftlicher Leistungen. Sie verstärkte die der erwähnten mangelnden demokratischen Praxis der Volksmassen entspringende Bereitschaft, ungerechtfertigte Willkürakte staatlicher Organe hinzunehmen, zumal in einer Ausnahmesituation wie jener der dreißiger Jahre, als die Sowjetunion von aggressiven, teils faschistischen Staaten umgeben war.

Im Bewußtsein des sowjetischen Volkes, aber auch der internationalen Arbeiterbewegung zählte vor allem eines: Das historisch einmalige Aufbauwerk der ersten Fünfjahrpläne, der Elan und die Begeisterung, mit denen sich hunderttausende Kommunisten diesem Aufbau widmeten, der ja nicht nur die Errichtung riesiger Produktionskomplexe bedeutete — damit einher gingen eine nie dagewesene Kulturrevolution, die Überwindung feudaler Überreste, die Schaffung zehntausender medizinischer und sozialer Einrichtungen, die vor allem den Frauen erstmals ein menschenwürdiges Dasein eröffneten, und vieles andere mehr.

Die österreichischen Schutzbündler in der Sowjetunion

Auch auf die in die Tschechoslowakei emigrierten Schutzbündler übten diese Leistungen große Anziehungskraft aus. Zwar hatten die österreichischen Flüchtlinge, unterstützt durch Hilfsorganisationen der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung, Unterkunft in Lagern gefunden. Die Aufnahme einer geregelten Arbeit war aber den wenigsten unter ihnen möglich; die tschechoslowakische Regierung befürchtete Auswirkungen auf den eigenen, ohnehin angespannten Arbeitsmarkt. Zwischen 700 und 900 Schutzbündler — die genauen Zahlen sind nicht bekannt — entschieden sich, ein sowjetisches Angebot, am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, anzunehmen. Die meisten der sozialdemokratischen Lagerverwaltungen legten ihnen zwar zuerst alle erdenklichen Hindernisse in den Weg, versuchten aber dann, ihren Weggang durch kleinliche Schikanen wie die Abmeldung von der Verpflegung zu beschleunigen.

Viele Schutzbündler leisteten als Facharbeiter in den neuen Großbetrieben der Sowjetunion wertvolle Arbeit und halfen bei der Qualifizierung der sowjetischen Kollegen. Rund zweihundert in der UdSSR lebenden Schutzbündler meldete sich nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges als Teilnehmer an den Internationalen Brigaden, über ein Drittel von ihnen fiel oder kam später in Konzentrationslagern ums Leben. Nach dem deutschen Überfall vom Juni 1941 reihten sich die meisten Schutzbündlermigranten in den Kampf des sowjetischen Volkes gegen den faschistischen Aggressor ein. Dutzende waren auch hinter den deutschen Linien als Partisanen im Einsatz.

Ein geringer Prozentsatz derer, die sich an die Verhältnisse in der UdSSR nicht gewöhnen konnten, kehrte wieder nach Österreich zurück. Einige wenige ließen sich dann sogar von der faschistischen Propaganda mißbrauchen, indem sie für eine antisowjetische Broschüre der Austrofaschisten „Erlebnisberichte“ lieferten.

Von den erwähnten Gesetzesverletzungen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurden auch in der UdSSR tätige ausländische Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen, darunter nicht wenige der in die Sowjetunion emigrierten Schutzbündler. Die Festgenommenen wurden in den meisten Fällen nicht in Gefängnisse, sondern in Arbeitslager eingewiesen, in denen ein Teil von ihnen ums Leben kam. Mehrere Verhaftete wurden nach den Verhören wieder freigelassen, was bei vielen österreichischen Emigranten den Eindruck erweckte, die übrigen würden zu Recht festgehalten. Öffentliche Geständnisse von Schutzbündlern, mit den faschistischen Behörden in Österreich in Kontakt zu stehen, verstärkten diesen Eindruck.

Die Repressionen betrafen auch Funktionäre der Komintern und kommunistischer Parteien aus faschistischen Staaten, die in der Sowjetunion Zuflucht gefunden hatten, darunter auch der KPÖ. Besonders bitter war das

Schicksal von Franz Koritschoner, Mitbegründer der KPÖ, der in Moskau als Funktionär der Roten Gewerkschaftsinternationale wirkte. In den Monaten nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts (23. August 1939) wurden einige der in Lagern festgehaltenen Emigranten aus Deutschland den deutschen Organen übergeben. Diese Maßnahme traf auch Franz Koritschoner, der nach seiner Übernahme durch die „Feldgendarmarie“ bei Brest nach Wien gebracht wurde. Im Polizeigefängnis versicherte er Mithäftlingen seine unerschütterliche Treue zur Sowjetunion und drückte die Zuversicht aus, nach dem Krieg werde ein Parteitag der KPdSU die tragischen Irrtümer aufklären und die zu Unrecht Verurteilten rehabilitieren. Wenig später wurde er ins KZ Auschwitz gebracht und dort sofort nach seiner Ankunft ermordet.

Durch Interventionen der KPÖ bei sowjetischen Stellen kamen einige der ungerechtfertigt Festgenommenen frei, so Richard Schüller, der sich 1931/32 mit ultralinken Argumenten dem von Johann Kopenig vertretenen Kurs des antifaschistischen Kampfes in der Parteiführung widersetzt hatte. Schüller wurde Opfer der Verhaftungswelle in der Redaktion der Moskauer „Deutschen Zentralzeitung“, dank des persönlichen Einsatzes von Johann Kopenig aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Die meisten kehrten aber erst 1956, nach dem XX. Parteitag der KPdSU, aus den Lagern zurück. Der Großteil wurde — gleich tausenden sowjetischen Kommunisten — strafrechtlich und politisch rehabilitiert, viele erhielten Entschädigungszahlungen. Manche blieben, da sie Familien gegründet hatten, in der Sowjetunion.

Die Überwindung der negativen, mit dem Namen Stalin verbundenen, Erscheinungen in der Sowjetunion erfolgte als Ergebnis jener Entwicklung, zu der unter seiner Führung erste Schritte getan worden waren: die Schaffung der Grundlagen und der Aufbau des Sozialismus, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leistungen der ersten Fünfjahrpläne, die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und des internationalen Gewichts der UdSSR. Die Weiterentwicklung dieser Errungenschaften erforderte eine Wende zu den Normen der kollektiven Führung, der demokratischen Mitbestimmung und der schonungslosen Selbstkritik, wie sie von der KPdSU selbst in den fünfziger Jahren eingeleitet wurde.

Das Aufrollen der nationalen Frage durch die KPÖ

Der Austrofaschismus und die Unabhängigkeit Österreichs

Die nationale Frage zählte zu den schwierigsten Problemen der Ersten Republik. Die Bourgeoisie war, nach dem Zusammenbruch der Habsburger-

monarchie, in dieser Frage tief gespalten: Während ein Teil der Industriellen die Wiederherstellung der einstigen Vormachtstellung im Donaauraum von einem Anschluß an Deutschland erwartete, strebten der größte Teil des Wiener Bankkapitals sowie der verarbeitenden Industrie eine „größtösterreichische“ Lösung an: Diese Kreise erhofften sich von einer Donaukonföderation — ein Konzept, das vom französischen Imperialismus unterstützt wurde — die Lösung der ökonomischen Probleme des Kleinstaates und das Wiedererlangen einer führenden Rolle der österreichischen Bourgeoisie in Mitteleuropa. Große Teile des Kleinbürgertums sowie eine kleine, antiklerikale Gruppierung in der Bauernschaft unterstützten die großdeutsche Richtung, während die Masse der katholischen Bauern „österreichisch“ eingestellt war.

In der Arbeiterbewegung hatte das Großdeutschtum eine lange, von den deutschen Einigungsbestrebungen in der Revolution von 1848 herrührende Tradition. Otto Bauer hatte 1918/19 als Außenminister große Anstrengungen unternommen, um den „Anschluß“ zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie war während der zwanziger Jahre in der Anschlußbewegung aktiv und trieb — im Verein mit deutschnationalen Reaktionären — Propaganda für einen Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland. Erst auf dem Parteitag im Oktober 1933 hatte sie den „Anschlußparagraphen“ aus ihrem Parteiprogramm gestrichen.

Die KPÖ hatte, wie erwähnt, zum erstenmal 1921, auf ihrem 4. Parteitag, die Anschlußpropaganda verurteilt — allerdings, wie ihre Stellungnahme zur Burgenland-Frage zeigte, nicht aus nationalen, sondern aus sozialen Überlegungen. Am „deutschen“ Charakter der Österreicher hegten auch die Kommunisten keinen Zweifel. Noch nach den Februarkämpfen drückte die KPÖ auf Flugblättern die Erwartung aus, nach dem Sturz des Faschismus werde sich ein freies Sowjetösterreich mit einem Sowjetdeutschland vereinigen. Dabei war sich die Partei aber über die Brisanz der nationalen Frage im klaren. So wies Johann Kopenig in seinem Referat auf dem 12. Parteitag darauf hin, daß es in anderen Ländern dem Faschismus durch die Entfaltung der nationalen Demagogie gelungen sei, alle Kräfte der Bourgeoisie „zusammenzuballen und zu konzentrieren. In Österreich jedoch hat gerade die *nationale Frage zu einer Schwächung des faschistischen Systems* geführt. In Österreich hat der Versuch des Heimwehrafaschismus, unter dem Vorwand der Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs eine spezielle *österreichisch-faschistische* Ideologie in den Volksmassen zu züchten, die Gegensätze zwischen den zwei faschistischen Lagern erst recht vertieft und aufgerissen.“⁵⁶ Allerdings erblickte Johann Kopenig als „einzigem Ausweg“ vor einer Unterjochung durch den deutschen oder — unter dem Vorwand der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit — italienischen Faschismus die proletarische Revolution in Österreich.

Mehrere Faktoren waren es, die in der ersten Jahreshälfte 1935 eine genauere Analyse der Möglichkeiten zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs erforderten. Am 13. Jänner 1935 hatten mehr als 90 Prozent der Bevölkerung des Saarlandes für einen Anschluß an Deutschland gestimmt; der Wiederangliederung dieses bis dahin vom Völkerbund (das heißt de facto von Frankreich) verwalteten Gebiets an Deutschland war eine beispiellose nationalistische Kampagne vorangegangen, wodurch endgültig klar wurde, daß sich der Deutschnationalismus zum wirksamsten Instrument des faschistischen deutschen Imperialismus verwandelt hatte.

Das austrofaschistische Regime spielte immer offener mit dem Gedanken einer Restauration der Habsburger-Dynastie, was die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung um Österreich (mit der Möglichkeit eines Sieges der deutschen Wehrmacht) beträchtlich erhöhte.

Die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs lag im unmittelbaren Interesse der Arbeiterbewegung, da sie — angesichts der Schwäche und Labilität des austrofaschistischen Regimes — auch die Erhaltung günstigerer Kampfbedingungen im Vergleich zur weitaus brutaleren Nazidiktatur bedeutete.

KPÖ und nationale Frage zur Zeit des VII. Weltkongresses der Komintern

Vor dem 1. Mai 1935 wurde, ausgehend von einigen Betrieben, in denen die KPÖ besonders stark verankert war, ein „Freiheitsprogramm der Betriebe“ erarbeitet, das in der Folge von Dutzenden von Belegschaftsversammlungen beschlossen wurde. Darin hieß es: „Wir lieben Österreich und kämpfen für seine Unabhängigkeit. Aber die Voraussetzung des Friedens und der Unabhängigkeit ist die Freiheit des Volkes in Österreich, denn nur ein freies Österreich... ist imstande, ... die inneren und äußeren Gleichschaltungspläne Hitlers zu vereiteln.“⁵⁷

Innerhalb der KPÖ kam es zu dieser Zeit zu einer schwankenden Verwendung des Begriffs „national“. Dieser wurde im allgemeinen Sprachgebrauch in Österreich damals ausschließlich auf die deutsche Nation bezogen, unter „nationalen Interessen“ verstand man solche der „deutschen“ Österreicher, unter „nationales Selbstbestimmungsrecht“ oder „nationale Unabhängigkeit“ die Befreiung Österreichs von der Vormundschaft der Westmächte oder des italienischen Faschismus und das Recht auf Zusammenschluß mit Deutschland. Demgegenüber bezog der Chefredakteur der „Roten Fahne“, Erwin Zucker-Schilling, den Begriff „nationale Befreiung“ des „österreichischen Volkes“ auch auf die Unabhängigkeit von Deutschland, ohne allerdings ausdrücklich von einer österreichischen Nation zu sprechen.⁵⁸ Auch Johann Kopenig nannte in seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß die

Durchkreuzung der nationalen Demagogie der Nazis als Hauptaufgabe einer breiten Volksbewegung „für die Unabhängigkeit des österreichischen Volkes“.⁵⁹

Demgegenüber vertrat ein anderer österreichischer Delegierter auf dem KI-Kongreß, Hermann Köhler, in seinem Beitrag den Standpunkt, „daß unsere Stellungnahme in der Frage der Unabhängigkeit Österreichs nicht das mindeste gemein hat mit der Ideologie des österreichischen Patriotismus und seinem Schlagwort vom ‚österreichischen Menschen‘“. Er unterstrich: „Das österreichische Volk ist ein Teil des großen deutschen Volkes. Die proletarische Revolution wird die Vereinigung Österreichs mit dem deutschen Sowjetstaat verwirklichen. Aber heute sind wir Kommunisten die entschiedensten Kämpfer gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland, weil wir das deutsche Volk in Österreich bewahren wollen vor noch größerer Versklavung, vor noch größerem Terror...“⁶⁰

Diese terminologische Unsicherheit verlangte nach einer Klärung. Es war Georgi Dimitroff, der in einem Gespräch mit Johann Kopenig und Friedl Fürnberg in Moskau empfahl, die Möglichkeit einer Verknüpfung der nationalen Frage mit dem Kampf um die Volksfront zu untersuchen; für ihn selbst sei während seiner Aufenthalte in Berlin und Wien klargeworden, daß es sich bei Deutschen und Österreichern wohl kaum um eine einheitliche Nation handle.

Verknüpfung des Kampfes um die „Demokratische Republik“ mit der nationalen Frage

Im Juli 1936 fand ein Plenum des erweiterten Politischen Büros der KPÖ statt, auf dem die Ausformulierung des Kampfes für eine „Demokratische Republik“ erfolgte.

Die im ersten Halbjahr vor sich gegangenen politischen Veränderungen in Österreich und in der Welt erforderten eine Aufarbeitung durch die Partei. Die Entwicklung des „Abessinien-Krieges“, der nach dem Überfall Italiens auf Äthiopien im Herbst 1935 entbrannt war, und die damit verbundene zunehmende internationale Isolierung des italienischen Faschismus machte eine Annäherung der beiden faschistischen Mächte Deutschland und Italien immer wahrscheinlicher; damit fiel aber auch der bisherige „Schutz“ für die österreichische Unabhängigkeit weg. Das „Juliabkommen“ zwischen Österreich und Deutschland besiegelte diese Entwicklung und leitete die Auslieferung Österreichs an den Hitler-Faschismus ein.

Bereits am 11. Mai 1936 hatte sich das Sekretariat des EKKI mit den Problemen der österreichischen Unabhängigkeit und dem Kampf um Demokratie in Österreich befaßt. Georgi Dimitroff meinte, wenn einige Kommuni-

sten und Linksozialisten so „radikal“ seien, daß sie an der Losung der Diktatur des Proletariats im antifaschistischen Kampf festhalten und „die Losung des Kampfes für die demokratische Republik nicht wollen, so heißt das, daß man die elementarsten Sachen nicht versteht und nicht verstehen will“. Besonders wichtig sei es in Österreich, damit den Kampf für die nationale Selbständigkeit und gegen die Gefahr des „Anschlusses“ zu verbinden.⁶¹

Das Politische Büro ging in seiner Analyse von dieser Gefahr aus: Hitler lasse keinen Zweifel daran, daß er Aggressionskriege führen wolle. Seine Absicht bestünde darin, „große Teile Kontinentaleuropas unter seine Botmäßigkeit zu bringen“, wodurch vor allen den an Deutschland grenzenden Kleinstaaten Gefahr drohe, „in erster Linie Österreich“. Aber auch die Gefahr für die CSR wird angesprochen. „Wenn er all diese Staaten unterjocht haben wird, das heißt gleichgeschaltet oder zumindest wirtschaftlich und militärpolitisch eingegliedert, dann will er zu seinem großen Schlag gegen die Sowjetunion, zur Losreißung der Ukraine ausholen.“ In der Analyse wird dann auch noch auf die Losung „ein Volk, ein Reich“, in der Österreich als Bestandteil Deutschlands aufschien, hingewiesen, daß die Deutschsprachigkeit Österreichs „für Hitler den Vorwand“ bietet, „die österreichische Frage als eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes zu behandeln“. Da sich gleichzeitig eine Annäherung Mussolinis an Hitler abzeichnete, ergab sich der Schluß: „Aus all diesen Gründen bleibt die Gefahr des Hitler-Faschismus als eine ständige Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs und des Friedens in Europa unvermindert bestehen.“⁶² Die Partei müsse daher in ihrer Agitation die Tatsache hervorheben, „daß die Bestrebungen im österreichischen Volk zur Wahrung seiner Eigenstaatlichkeit immer sehr stark waren“.⁶³ Es könne heute der Arbeiterschaft nicht mehr die „trotzige Ablehnung aller Anbiederungsversuche“ der Austrofaschisten genügen oder den Kampf auf die Freiheitsforderungen allein zu beschränken. „Indem die Arbeiter für ihre eigene Freiheit kämpfen, führen sie auch den Kampf für die Freiheit des ganzen Volkes, für das Recht auf Selbstbestimmung und für die Unabhängigkeit des Landes. Gegen den Faschismus, gegen Hitler und gegen Habsburg müssen die Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei heute die Volksmassen mobilisieren unter den Losungen des Kampfes für die Demokratie, für die demokratische Republik.“⁶⁴ „Demokratie im Inneren — Verteidigung des Friedens und der Unabhängigkeit nach außen — für die demokratische Republik! — Das sind Losungen, die wir den Nazis und den Habsburgern gegenüberstellen und unter denen es gilt, die Massen des Volkes im Kampfe gegen seine faschistischen Unterdrücker und Peiniger zu vereinen. Das ist heute das Programm der Arbeiter und das unmittelbare Kampfziel unserer Partei.“⁶⁵

Die RS wandten sich sowohl gegen die Volksfront-Parole als auch gegen die Losung des Kampfes für die Demokratische Republik. Für die von den

Kommunisten angestrebte Volksfront sahen sie in Österreich keine kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Schichten mit demokratischen Traditionen, mit denen eine Zusammenarbeit möglich wäre. Für sie handelte es sich nur um eine „reaktionäre Masse“, mit der es keine Möglichkeiten gäbe, als sozialistischer Revolutionär Bündnisse zu schließen. Von dieser linkssektiererischen Position aus wurde der KPÖ „neoreformistische Politik“ und das Abgehen beziehungsweise Verdecken sozialistischer Klassenziele vorgeworfen.⁶⁶

Daß 1936, mitten in der Zeit einer Diktatur, von der Erhaltung der Unabhängigkeit zu sprechen und zum Kampf um die Demokratische Republik aufzurufen keine einfache Angelegenheit war, steht außer Frage. Hatte doch gerade jene Arbeiterschaft, die nun von der Notwendigkeit dieser Politik zu überzeugen war, am eigenen Leib verspürt, daß es gerade die bürgerliche Republik war, die die Ausschaltung des Parlaments und letztlich die Unterdrückung der Arbeiterschaft ermöglichte. Die Niederringung des an der Macht befindlichen Faschismus erforderte aber den Zusammenschluß aller von ihm Enttäuschten und Unzufriedenen, die aber noch weit davon entfernt waren, „mit der Arbeiterklasse zusammen um die Ziele der proletarischen Revolution, für die Sowjetmacht zu kämpfen, aber sie werden immer mehr bereit sein, mit den Arbeitern gegen den Faschismus, für ein demokratisches Regime zu kämpfen“.⁶⁷

„Sicherlich kann jemand den Einwand erheben, daß die Losung der Demokratischen Republik an die trüben Erfahrungen der Vergangenheit erinnere. Darauf antworten wir: Die Demokratische Republik, für die wir kämpfen, hat nichts gemeinsam mit jener Politik der Klassenzusammenarbeit, der Parteienkoalition und des Paktierens mit der Bourgeoisie in der Vergangenheit, und mit jenem Notverordnungsregime vor dem Februar, das schon nichts mehr mit Demokratie zu tun hatte. Die Demokratische Republik, für die zu kämpfen wir heute die Massen aufrufen, wird, bereichert durch die 15jährigen Erfahrungen des Volkes in der Vergangenheit, ein anderes Gesicht haben. Sie wird die Lehren ziehen aus den Erfahrungen in Frankreich und in Spanien. Sie wird die Freiheit des Volkes auf die Volksfront und auf die Regierung der Volksfront aufbauen. Sie wird demokratisch sein für das Volk, aber hart und unbeugsam gegen alle Volksfeinde und gegen die Agenten des Faschismus, denen sie nicht erlauben wird, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu gefährden. Wir kämpfen in der gegenwärtigen Lage für die Demokratische Republik, weil diese klare Losung jeden Kompromiß und jedes Kokettieren sowohl mit dem unter der Maske der Ständedemokratie getarnten faschistischen Regime wie auch mit einer demokratisch getarnten Monarchie oder mit dem in Österreich zeitweise demokratisch getarnten Nationalsozialismus ausschließt. Die Losung Demokratische Republik gibt heute den Massen ein klares Kampfziel und läßt keine Verständigung mit dem Gedanken einer sogenannten Ständedemokratie, mit Habsburg oder dem Hitler-Faschismus zu.

Wir Kommunisten werden ein solches demokratisches Regime unterstützen, aber wir bleiben weiter die konsequentesten Anhänger des Kampfes für die Sowjetdemokratie, für die Sowjetmacht, die allein den Sozialismus verwirklichen kann. Nichts wäre unrichtiger, als unseren Kampf für die Demokratie unserem Ziel der proletarischen Revolution und unserem Kampf um die Sowjetmacht gegenüberzustellen.“⁶⁸

Die Artikelserie von Alfred Klahr in „Weg und Ziel“

Bundeskanzler Kurt Schuschnigg sah im Abkommen vom 11. Juli 1936 eine Sicherung der österreichischen Eigenstaatlichkeit. Österreich wurde darin zwar als „deutscher Staat“ bezeichnet, der seine Außenpolitik mit der des Deutschen Reiches abstimmen werde, doch anerkannte Hitler-Deutschland formell die österreichische Unabhängigkeit und verpflichtete sich zur Nichteinmischung.

Es wurde jedoch sehr schnell offensichtlich, daß das genaue Gegenteil der Fall war: Als Konsequenz des Pakts mit Hitler erfolgte eine Amnestie, die nicht nur inhaftierte Arbeiterfunktionäre, sondern vor allem die wegen terroristischer Akte eingesperrten Nazis betraf. Von noch größerer Bedeutung war die Regierungsumbildung. Durch sie kamen Personen, die ihre Aufgabe in der Umsetzung der Politik Hitler-Deutschlands in Österreich erblickten, an die Schalthebeln der Macht und konnten so die Annexion „friedlich“ vorbereiten. Gleichzeitig schritt die Durchdringung der Exekutive mit illegalen Nazis voran, so daß die deutschen Faschisten nach der Annexion diesen Sektor des Staatsapparats ohne tiefe Schnitte übernehmen konnten.

Anfang 1937 stellte die KPÖ erneut fest: „Nur die Demokratisierung kann Österreich retten!“ Gleichzeitig forderte sie ein Ende des Geredes von Österreich als „zweitem deutschen Staat“: „Wir sind Österreicher und wollen ein staatlich und national selbständiges, unabhängiges Österreich!“⁶⁹

Diese Forderung war bereits Resultat eines eingehenden Diskussionsprozesses zur nationalen Frage, der im Juli 1936 eingesetzt hatte. Die Diskussionen bis dahin hatten gezeigt, daß es notwendig war, über diese Frage sowohl theoretisch als auch historisch Klarheit zu gewinnen, da nur auf einem wissenschaftlich gesicherten Fundament eine erfolversprechende Strategie auch in dieser Frage ausgearbeitet werden konnte. Das Politische Büro beauftragte daher Dr. Alfred Klahr, der vor Erwin Zucker-Schilling Chefredakteur der „Roten Fahne“ gewesen und anschließend als Lehrer an der österreichischen Sektion der Moskauer „Lenin-Schule“ tätig war, mit der wissenschaftlichen Analyse des Problems. Unter dem Namen „Rudolf“ veröffentlichte Alfred Klahr das Ergebnis seiner Untersuchungen in einem zweiteiligen Aufsatz („Zur nationalen Frage in Österreich“) im März- und Aprilheft 1937 von „Weg und Ziel“.

Die von ihm durchgeführte theoretische und historische Untersuchung der nationalen Frage in Österreich beweise, so Klahr, „daß die Scheidung des österreichischen Volkes vom übrigen Deutschland, die in der ganzen Periode seiner kapitalistischen Entwicklung bestand, und das Eigenleben unter besonderen Verhältnissen, ohne daß es unter der Herrschaft einer anderen Nation lebte, seine Entwicklung zu einer besonderen Nation hervorrief.“⁷⁰

Das theoretische Instrumentarium seiner Analyse entnahm Alfred Klahr der von Josef Stalin 1912 in Wien verfaßten Broschüre „Marxismus und nationale Frage“. Auch wenn die darin enthaltene Definition der Nation als „historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“⁷¹ der ganzen Komplexität der nationalen Beziehungen nicht gerecht wurde, so bedeutete sie einen enormen Fortschritt gegenüber anderen als „marxistisch“ bezeichneten Nationsauffassungen. So leitete Karl Kautsky die nationale Zugehörigkeit einzig von der Sprache ab, die auch in der Nationsdefinition von Otto Bauer die entscheidende Rolle spielte. Aus der Sprach- und teilweisen Kulturgemeinschaft von Deutschen und Österreichern wurde damals die Zugehörigkeit der Österreicher zur deutschen Nation begründet. Alfred Klahr stellte dem die Tatsache gegenüber, daß auch Amerikaner und Engländer, Serben und Kroaten, Dänen und Norweger usw. dieselbe Sprache sprechen und trotzdem jeweils verschiedene Nationen darstellen.

Der für die Diskussion der nationalen Frage in Österreich produktivste Hinweis Stalins war, daß er — im Gegensatz zu Otto Bauer, der sich ebenfalls auf die marxistischen Klassiker berief — den schon im „Kommunistischen Manifest“ angesprochenen Zusammenhang zwischen der Durchsetzung des Kapitalismus und der Entstehung der (bürgerlichen) Nationen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellte. Gerade seit dieser Zeit, also ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, hatte es nämlich keine staatliche Einheit von Österreichern und Deutschen mehr gegeben, die Herausbildung der deutschen Nation war unter Ausschluß der Österreicher erfolgt.

Die Entwicklung in Österreich selbst hielt Alfred Klahr für noch nicht abgeschlossen, da ein Großteil der Österreicher sich ihrer nationalen Identität noch nicht bewußt war. Damit stellte sich die Frage, ob die KPÖ diesen Prozeß beschleunigen sollte — angesichts der vielen reaktionären Züge der österreichischen Kultur. Unter den damaligen politischen Verhältnissen herrschte Übereinstimmung unter allen fortschrittlichen Kräften, daß die staatliche Unabhängigkeit Österreichs im Interesse des Friedens in Europa unbedingt erhalten werden mußte. Doch mußte man deshalb auch für die *nationale* Unabhängigkeit Österreichs eintreten? Es sei „ganz falsch, weil ganz formalistisch“, schrieb Klahr, „diese zwei Begriffe, die inhaltlich aufs engste miteinander verquickt sind, einander gegenüberzustellen“. Nicht nur

Die Entstehung der österreichischen Nation

Die Deutschen lebten auf einem gemeinsamen Territorium und sprachen dieselbe Sprache, aber wirtschaftlich rückständig und politisch zersplittert, wie sie waren, bildeten sie bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts „streng genommen keine einheitliche Nation“ ...

Erst die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus drängte dazu, Deutschland „zu einem Ganzen zusammenzufügen“, drängte zur Herstellung der „Einheit der Nation“. Der Kampf um die Einheit der Nation steht im Mittelpunkt der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts bis 1871. *Eine einheitliche deutsche Nation, die auch den deutschen Stamm in Österreich mit eingeschlossen hat, hat es aber — „streng genommen“ — bisher in der Geschichte nie gegeben.* Als sich die deutschen Stämme nach 1866 zur einheitlichen deutschen Nation zusammengeschlossen haben, oder richtiger gesagt, als 1871 durch Bildung des Deutschen Reiches endlich die Voraussetzungen für das Aufgehen der verschiedenen deutschen Stämme in einer einheitlichen Nation geschaffen wurden, da blieb der deutsche Stamm in Österreich, kraft der historischen Verhältnisse, außerhalb dieser Gemeinschaft beziehungsweise wurde er aus dieser Gemeinschaft endgültig hinausgedrängt ...

Eine Einheit der deutschen Nation, in der auch die Österreicher miteinbezogen sind, hat es bisher nie gegeben und gibt es auch heute nicht. Das österreichische Volk hat unter anderen wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen gelebt als die übrigen Deutschen im Reich und daher eine andere nationale Entwicklung genommen ...

Die Eigenart dieser nationalen Entwicklung besteht aber in jenem historischen Widerstreit zweier nationaler Richtungen, der österreichischen und der deutschen Orientierung, im österreichischen Volk. Dadurch ist die Herausbildung einer eigenen von der deutschen Nation verschiedenen österreichischen Nation nicht eindeutig das ganze Volk umfassend zu Ende gegangen ...

Aus der Artikelserie Klahrs „Zur nationalen Frage in Österreich“

der Kampf um die Erringung, auch der Kampf um die Aufrechterhaltung der politischen Unabhängigkeit sei ein nationaler Kampf. Das Bestreben der Österreicher, ihre staatliche Unabhängigkeit nicht zu verlieren, gründe sich ja gerade auf ihre eigenständige politische und wirtschaftliche Entwicklung seit vielen Jahrzehnten. Daher sei dieser Kampf „ein nationaler Kampf, ein Kampf für die nationale Selbstbestimmung des österreichischen Volkes. Und die Aufgabe des revolutionären Proletariats und seiner Kommunistischen Partei ist es, in diesem Kampf an der Spitze des österreichischen Volkes zu stehen.“⁷²

Den Einwänden, die KPÖ würde mit einer derartigen Orientierung die

Geschäfte der Austrofaschisten besorgen, hielt Alfred Klahr entgegen: „Die aufgezeigte Linie in der nationalen Frage ist eine scharfe Waffe gegen die reaktionäre Schuschnigg-Diktatur. Im Interesse ihrer Herrschaft über das österreichische Volk treiben die reaktionären Cliques um Schuschnigg jeden beliebigen Schacher mit dem nationalen Geschick des Landes. Wir zeigen, daß ihre *Politik des Ausgleiches mit dem Nationalsozialismus Verrat an der nationalen Unabhängigkeit des Landes* ist, daß sie nicht die Beschützer, sondern die Totengräber dieser Unabhängigkeit sind. Wir machen so die national österreichischen Gefühle in breiten, insbesondere katholischen Volkskreisen zu einer Waffe gegen die herrschende Diktatur.“⁷³

Die Reichskonferenz im August 1937

Was es den Fortschritt Kräften in Österreich erschwerte, unvoreingenommen an die Analyse der nationalen Frage heranzugehen, war, daß der Gedanke einer eigenständigen „österreichischen Nation“ Anfang der dreißiger Jahre von monarchistischen Kräften ausging und vom französischen Imperialismus propagiert wurde. Der Begriff der „österreichischen Nation“ wurde außerdem nicht wissenschaftlich untermauert, sondern mit nebulösen Phrasen von einem besonderen „österreichischen Menschen“, der eine eigene „Rasse“ (!) darstelle, begründet. Andere konservative Theoretiker sahen im „österreichischen Menschen“ einfach einen „besseren“ Deutschen. Zwar hatte sich Alfred Klahr von allen diesen Vorstellungen energisch distanziert, trotzdem spielten sie in der nun einsetzenden Diskussion eine Rolle. Diese Diskussion wurde nicht nur in der KPÖ, sondern in der ganzen illegalen Arbeiterbewegung geführt. Führende Funktionäre der KPÖ nahmen im Sinne der Ausführungen Klahrs in „Weg und Ziel“ dazu Stellung, im Mai 1937 griff — mit einer Rede vor der Reichskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes — Johann Kopleng in die Diskussion ein. Er verwies auf die verstärkten Bemühungen des austrofaschistischen Regimes, „in der Jugend reaktionäre Traditionen aus der österreichischen Vergangenheit wachzurufen“. Um diesen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten zu können, sei es nötig, aus der Geschichte der „nationalen Entwicklung des österreichischen Volkes“ Waffen für den Kampf gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus zu schmieden. Da sich „das nationale österreichische Bewußtsein zu entwickeln“ beginne,⁷⁴ sei es leichter geworden, die nationale Demagogie des Hitler-Faschismus zu entlarven. Um das Kampfziel der Kommunistischen Jugend, den Sozialismus, erreichen zu können, sei es vorerst nötig, „alle Kräfte zu konzentrieren, um den Faschismus zu schlagen.“⁷⁵ Johann Kopleng unterstützte damit die in der Artikelserie Alfred Klahrs vorgeschlagene Taktik der Zusammenfassung aller pro-österreichischen Kräfte zur Abwehr der von Hitler-Deutschland ausgehenden Bedrohung.

Auch auf der Reichskonferenz der Kommunistischen Partei, mit der Ende August 1937 die Diskussion abgeschlossen wurde, machte Koplenig klar, daß die Parteiführung hinter Klahrs Analyse stand: Die aggressive, imperialistische Politik des Hitler-Faschismus, erklärte er in seiner Begrüßungsansprache, gebe dem Kampf des österreichischen Volkes um die Unabhängigkeit des Landes „die Richtung eines fortschrittlichen und nationalen Befreiungskampfes“. Er ging auf die Diskussionen ein, die Alfred Klahrs Artikelserie ausgelöst hatte und wandte sich gegen die Vorstellung, da es bisher als selbstverständlich gegolten habe, daß die Österreicher Teil der deutschen Nation seien, könne es auch gegenwärtig und zukünftig keine „nationale Frage“ in Österreich geben. Denn der Kampf um die „Verteidigung der Unabhängigkeit rollt für das österreichische Volk auch die Frage seiner nationalen Selbstbestimmung in einer neuen Form auf, und zwar nicht in der Form des Anschlusses, sondern in der Form der völligen politischen und nationalen Unabhängigkeit des Landes“.

Wenn sich die Kommunisten zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Volkes bekennen, so bedeute das, daß dem Unabhängigkeitswillen des Volkes ein demokratischer Inhalt und eine fortschrittliche Perspektive gegeben werden muß. Der Kampf um ein unabhängiges Österreich sei aufs engste zu verbinden mit dem Kampf für die Freiheit und für die demokratische Selbstbestimmung des Volkes. Das bedeute, „daß wir die Spitze des Kampfes gegen den Hitler-Faschismus richten müssen, gegen seine Agenten und unmittelbaren Verbündeten in Österreich, aber auch gegen diejenigen, die den Unabhängigkeitswillen des Volkes für reaktionäre Ziele auszunutzen versuchen, gegen das autoritäre Diktaturregime, das die Interessen des Landes und des Volkes den imperialistischen Machtinteressen des deutschen und des italienischen Faschismus unterordnet. Damit dienen wir den wahren Interessen des österreichischen Volkes, aber auch dem Frieden und dem Fortschritt in Europa.“⁷⁶

Das Hauptreferat auf der Reichskonferenz hielt Erwin Zucker-Schilling. Er wies darauf hin, daß auch der Kampf um die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung Österreichs ein Faktor sei, der die Beschleunigung der nationalen Entwicklung in Österreich fördere. „Je bewußter und je intensiver dieser Kampf vom österreichischen Volk geführt wird, desto enger werden alle geistigen, kulturellen und ökonomischen Bande, die alle Österreicher bei der Erfüllung einer geschichtlichen Aufgabe vereinen. Durch die kriegerische Politik, durch sein blutiges Terrorregime, das jede Freiheit und jeden Fortschritt unterdrückt und die großen Errungenschaften deutscher Kultur mit Füßen tritt, hat Hitler zwischen Deutschland und Österreich eine Mauer aufgerichtet, die für das demokratisch denkende österreichische Volk trennender wirkt als hohe Gebirge oder weite Ozeane.“

Ein solcher Kampf ist ein nationaler Kampf — eine solche Entwicklung ist

nationsformend. *Dies besonders durch den Umstand, daß die historische Entwicklung Österreichs dazu die Grundlage geliefert hat.*“⁷⁷

Besondere Bedeutung maß die Reichskonferenz der Abgrenzung von der „Österreich“-Ideologie der Austrofaschisten bei. Der Grund dafür waren nicht nur Unklarheiten in den eigenen Reihen, sondern vor allem Angriffe seitens der RS, die der KPÖ vorwarfen, sich auf eine Stufe mit den reaktionären Kreisen in Österreich zu stellen. „Der Inhalt des Unabhängigkeitskampfes ist also, besonders seiner Zielsetzung nach, offensichtlich ein revolutionär-demokratischer, er ist in seinem ganzen Wesen kein nationalistisch-chauvinistisch-kriegerischer, er ist ein dem Frieden, der Völkerverständigung, dem Fortschritt und der Demokratie dienender Kampf, der das österreichische Volks aufs engste mit den fortschrittlichen Volksmassen aller Länder verbindet. Er ist ein Teil der allgemeinen, demokratischen Weltbewegung, ein Teil des allgemeinen Weltkampfes um den Frieden.“⁷⁸

Sollte der Unabhängigkeitskampf erfolgreich sein, rückte damit auch die Wahrscheinlichkeit des Sturzes des austrofaschistischen Regimes in greifbare Nähe. Damit stand vor der Partei die Aufgabe, ihre Vorstellungen über die „Demokratische Republik“ weiter zu konkretisieren. Sie ging dabei davon aus, daß das herrschende Regime mit Demokratie unvereinbar war. Wenn die Arbeiterschaft auch „auf dem Boden des heute herrschenden Systems und unter Benützung seiner Einrichtungen für mehr Rechte und mehr Freiheit“ kämpfe, so nicht, „um sich in dieses System einzubauen, sondern um mit jedem Stück Freiheit und mit jedem Stück Recht, das der herrschenden Diktatur abgerungen wird, den Weg zu bereiten zur Liquidierung und zur Zerschlagung der Diktatur, zur Schaffung einer *demokratischen Republik*“. Diese werde eine Republik „mit parlamentarisch-demokratischen Formen“ sein, „mit freien, allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen, erfüllt vom kämpferischen, fortschrittlichen und antifaschistischen Geist, gestützt auf die Volksfront. *Nicht die alte Republik, nicht die alte Demokratie der Vorfebruarzeit, einer neuen Republik, einer neuen Demokratie gilt unser Kampf*“.⁷⁹

Die Rote Hilfe — Organisation der proletarischen Solidarität

Die Rote Hilfe Österreichs (RH) entstand in Anlehnung an die Internationale Rote Hilfe, die im März 1923 zur Unterstützung der Flüchtlinge aus dem faschistischen Italien gegründet wurde. Die österreichische RH war Teil dieser rasch wachsenden Solidaritätsorganisation und widmete sich in den zwanziger Jahren in erster Linie der Betreuung der politischen Flüchtlinge der Balkanstaaten, die in Österreich Asyl suchten. Mit den verschiedensten Aktivitäten unterstützte die RH internationale Solidaritätsbewegungen und

versuchte, in Österreich eine breite Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu interessieren. Man veranstaltete Sammlungen, übernahm Patenschaften über politische Gefangene und organisierte kulturelle Veranstaltungen, wo zum Beispiel politisches Kabarett von Laiengruppen dargeboten wurde, oder zum Beispiel der international bekannte „Rote Geiger“ Julius Eduard Soermus auftrat.

Untrennbar ist die RH mit den Namen Malke Schorr, die an ihrer Spitze stand, und Dr. Egon Schönhof, der als ihr juristischer Berater unzähligen politisch Verfolgten bei Gericht beistand, verbunden.

Mit dem 15. Juli 1927 änderte sich der Schwerpunkt der Aktivitäten der RH, die sich nun mit voller Kraft den Opfern der Julikämpfe und ihren Angehörigen widmete. Umfangreiche Geld- und Sachspenden, Ferienaktionen für die Kinder in Heimen der internationalen Roten Hilfe sollten die Leiden der Opfer lindern helfen.

Die Juliereignisse führten zweifellos zu einem Aufschwung der RH, die verstärkt — unter anderem mit künstlerischen Veranstaltungen, auf denen Karl Kraus Lesungen hielt — die Menschen zur Solidarität mobilisierte. Von großer Bedeutung war damals die Herausgabe des sogenannten Rotbuches als Entgegnung gegen das behördlich verbreitete Weißbuch, in dem von der Polizei versucht wurde, letztlich den 90 Opfern die Schuld an den Ereignissen zu geben. Das Rotbuch zeigte hingegen, wer die wahren Schuldigen waren. Vom langjährigen Sekretär Heinrich Brodnig, Malke Schorr und den Rechtsanwälten Egon Schönhof und Dr. Isidor Wachs zusammengestellt, stellte das Rotbuch eine moralische Verurteilung der Wiener Polizei unter der Führung Johannes Schobers dar.⁸⁰

Am 2. Juni 1933 wurde, nach der KPÖ, auch die RH illegalisiert,⁸¹ doch tat das ihren Aktivitäten keinen Abbruch. Die Februarkämpfe und die danach einsetzenden Hilfsmaßnahmen zeigten erneut die Stärke dieser Organisation. Es war Malke Schorr, die großen Anteil an der Organisation der internationalen Hilfsmaßnahmen hatte. Groß war die weltweite Solidarität für die Opfer der Februarkämpfe. Es kamen nicht nur Geldspenden nach Österreich, sondern die RH war es auch, die mehr als 700 österreichischen Schutzbündlern, die aus Österreich geflüchtet waren, in der Sowjetunion Arbeitsplätze verschaffte.

In Österreich baute die RH in der Illegalität ein breites Organisationsnetz auf, das sie in die Lage versetzte, nicht nur weiterhin Geld- und Sachspenden zu sammeln (so für ihre „Winterhilfen“), sondern auch eine breite schriftliche Agitation zu führen. Das in den zwanziger Jahren herausgegebene Organ der RH (es hieß zuerst „Kerker und Flüchtling“ und wurde dann in „Rote Hilfe“ unbenannt) erschien auch in der Illegalität und hieß „Tribunal“. Im „Tribunal“, aber auch in den anderen, lokalen Schriften beschäftigte man sich mit den politisch Verfolgten und der Entfaltung der Solidaritätskampagnen.

Im Juli 1934 berichtete das „Tribunal“, daß die RH 1919 Familien seit dem

Februar laufend unterstützt hatte, 141.000 Schilling Unterstützungsgelder ausbezahlt wurden, man 600 Angeklagten Anwälte beistellte und 102 Kinder im Ausland unterbringen konnte.⁸²

Eine ganze Nummer galt dem sogenannten Sozialistenprozeß 1936, bei dem auch die Genossen Friedl Fürnberg und Franz Honner angeklagt und verurteilt wurden. In der Zeitung wurden ihre Verteidigungsreden vor Gericht wiedergegeben und die Leser aufgefordert, für die Freilassung der Verurteilten einzutreten. Postkartenaktionen an die österreichischen Justizbehörden, in denen die Freilassung von politischen Gefangenen gefordert wurde, hatten nicht nur österreichische Absender, sondern kamen auch aus entfernten europäischen Ländern. Solidaritätspostkarten mit den Photos der hingerichteten Weissl, Wallisch und Münchreiter, Spendenmarken mit den Justifizierten, Flugblätter und Streuzettel wurden produziert und stellten einen wichtigen Teil der Aktivitäten der RH dar.

Die RH war österreichweit tätig und hatte in ihren Reihen nicht nur Kommunisten. Auch viele Sozialisten waren, trotz der von der Sozialdemokratie nach 1934 als Konkurrenz zur RH gegründeten „Sozialistischen Arbeiter Hilfe“ (SAH), aktive Mitglieder und unterstützten auch in diesem Bereich das Streben nach Einheitsfront der Arbeiterklasse.

Trotz Verfolgung, Verhaftung und Verurteilung von RH-Aktivisten gelang es der Organisation zu Pfingsten 1935 und im Oktober 1936, zwei landesweite Reichskonferenzen abzuhalten. Ihre Stärke ermöglichte es auch, Kontakt zu den Gefangenen aufrechtzuerhalten und deren Berichte über die Haftbedingungen in Gefängnissen und Lagern wie Wöllersdorf publizistisch auszuwerten. Zu diesen Aktivitäten hieß es in einem Bericht der Polizei im Dezember 1936:

„Vertraulich wird mitgeteilt: Die Gefängnishilfe der ‚Roten Hilfe‘ ist wohlorganisiert. Es werden Nachrichten sowohl in die Polizei- als auch in die Gerichtsgefängnisse und von diesen wieder nach außen befördert. Man bedient sich hierbei verschiedener Mittel. So werden in der letzten Zeit in Dörppflaumen auf sogenanntem japanischem Klosettpapier Nachrichten befördert. In Dörppflaumen werden auch zur Sichtbarmachung von mit unsichtbarer Tinte (Blutlaugensalz) geschriebenen Nachrichten notwendiges Blutlaugensalz sowie Eisenchloridwatte geschmuggelt. Die Papiersäcke, in denen zum Beispiel in Wöllersdorf Teigwaren abgeliefert werden, enthalten zumeist Nachrichten, die mit Blutlaugensalz, also unsichtbar, geschrieben sind. Auf diese Weise erhalten beispielsweise Friedrich Hexmann und Rudolf Auerhahn in Wöllersdorf regelmäßig Nachrichten... Nachrichten- und Materialverbindungen bestehen sowohl beim Landesgericht für Strafsachen Wien I als auch beim Landesgericht für Strafsachen Wien II. Beim Landesgericht Wien I besteht eine gute Verbindung über die Frauen. Beim Landesgericht II geht die Verbindung über einen Justizwachebeamten. Beim Bezirksgericht Floridsdorf besteht gleichfalls eine gute Nachrichtenverbin-

dung. In Wöllersdorf geht die Verbindung über Hexmann und Auerhahn; im Polizeigefangenenhaus über die Kommunistinnen Johanna Sandtner und Tilly Spiegel. Die Verbindung im Notarrest Hermannsgasse ging über Max Krachler.⁸³

Die Rote Hilfe hörte nach der Annexion Österreichs nicht zu bestehen auf. In der Verfolgung ihrer Aktivisten gingen die Nazis mit der gleichen Härte wie gegen die anderen Vertreter des organisierten Widerstands vor. Die Urteilsbegründungen zeigen, welche Gefährdung sie in den Aktivitäten der RH sahen: „Spendensammlungen für die Angehörigen festgenommener Marxisten dienen nicht nur wohltätigen, sondern darüber hinaus auch hochverräterischen Zwecken... Durch solche Unterstützungsaktionen sollen die Anhänger vor Entmutigung geschützt, das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt und damit die revolutionäre Stoßkraft gefestigt werden.“⁸⁴

Partei und Gewerkschaftsbewegung nach den Februarkämpfen

Boycott der EG — Wiederaufbau der FG im Untergrund

Nachdem die in einer kurzen Phase der Unklarheit nach den Februarkämpfen propagierte Losung „Bildet rote Gewerkschaften“ von der Partei als sektiererisch erkannt und überwunden worden war, orientierte die KPÖ ihre Gewerkschaftsarbeit einerseits auf die Wiedererrichtung der verbotenen Freien Gewerkschaften (FG), andererseits auf den Boycott der von Dollfuß installierten Einheitsgewerkschaft (EG).

In den Märzwochen 1934 gab die Partei die Losung aus: „In den Betrieben... müssen die Zentren des proletarischen Widerstands gegen die Angriffe des Kapitals geschaffen werden. Die faschistischen Gewerkschaften können das nicht sein... Das können aber auch nicht die freien Gewerkschaften sein, die an ihrem Reformismus... zugrunde gegangen sind. Das können nur revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen, nur rote Klassengewerkschaften sein, die auf dem Boden des revolutionären Marxismus stehen... Rote Klassengewerkschaften zu schaffen ist das Ziel der revolutionären Arbeiter.“⁸⁵ Diese Losung, so wurde im Mai 1934 festgestellt, hätte zwar „den traditionellen sektiererischen Neigungen einiger Kommunisten entsprochen“, wäre aber nicht geeignet gewesen, das Vertrauen breiter, nichtkommunistischer Arbeiterschichten zu wecken. Damit hätte nur ein enger Personenkreis angesprochen werden können. Die Konsequenz daraus war die Orientierung auf die Fortführung der freigewerkschaftlichen Organisationen, die aber „wirkliche Klassenorganisationen“ werden müßten, „sowohl ihrer Zusammensetzung und ihrer Führung als auch ihrer Politik nach“.⁸⁶

Die Boykottparole, die sich gegen die am 2. März 1934 errichtete EG wandte, hatte in dieser Zeit nach wie vor Gültigkeit: „Arbeiter!... Verweigert geschlossen den Beitritt zu den faschistischen Gewerkschaften... Laßt eure bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen von den Faschisten nicht zerschlagen, führt sie illegal weiter! Aber nicht wie bisher als reformistische Organisation der Zusammenarbeit und Packerlei mit dem Unternehmer, sondern als revolutionäre Organisationen des Klassenkampfes gegen Unternehmer und Faschisten in den Betrieben. Stellt revolutionäre Arbeiter an die Spitze eurer Gewerkschaftsorganisationen.“⁸⁷

Mit dieser Politik gelang es der Partei, den alten, ehemals freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine Perspektive zu geben. Sie war ihnen nach der Februarniederlage und dem Gewerkschaftsverbot verlorengegangen. Eine neue Perspektive mußte aber notwendigerweise beinhalten, Konsequenzen aus der reformistischen Politik der Sozialdemokratie, in die die FG stark eingebunden war, zu ziehen.

Die Orientierung auf die Wiedererrichtung der FG war um so wichtiger, als die Sozialdemokraten damals in der Brünner „Arbeiter-Zeitung“ den Standpunkt vertraten, daß die FG erst nach dem Sturz des Faschismus wieder errichtet werden könnten. Ihre Position änderte sich erst, als sich die Illusion der im sogenannten „Siebenerkomitee“ zusammengeschlossenen alten Gewerkschaftsführer zerschlagen hatte, in Verhandlungen mit der Dollfuß-Regierung wieder legale Positionen erringen zu können.

Zur Verwirklichung der Parole der illegalen Weiterführung der Gewerkschaften unterstützte die Partei tatkräftig das Wirken der „Kommission zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften“ (kurz Wiederaufbaukommission — WAK — genannt), die nicht einmal zwei Wochen nach den Kämpfen, am 25. Februar 1934, in einem Strebersdorfer Gasthaus ihre Geburtsstunde hatte. Dort trafen sich Arbeiter und Betriebsfunktionäre, vor allem aus den Floridsdorfer Betrieben, zusammen, die darüber beratschlagten, wie man unter den neuen Bedingungen einen Wiederaufbau der Gewerkschaften organisieren könne. Über den Boycott der EG war man sich klar. Die österreichische Arbeiterschaft wollte mit dieser „gelben“ Gewerkschaft nichts zu tun haben, gleichzeitig sollte die Losung aber auch verhindern, daß Arbeiter den Werbungsversuchen der EG erlagen.

Eindringen in die EG

So sehr die Boykottparole der Stimmung unter den Arbeitermassen entsprach, wurde sie nach dem ersten Halbjahr 1934 zu eng. In der Realität wurden unzählige alte Freigewerkschafter gezwungen, in die neue EG einzutreten, was ein Umdenken erforderlich machte.

Im Oktober hieß es dazu in einer Resolution des EKKI an die KPÖ: „Dort,

wo erhebliche Arbeiterschichten den faschistischen Gewerkschaften beigetreten sind ..., gilt es, unverzüglich die Arbeit in diesen Gewerkschaften aufzunehmen und die durch sie gebotenen legalen Möglichkeiten auszunützen, die sich in den verschiedenen faschistischen, gleichgeschalteten Organisationen bieten.“⁸⁸

Die KPÖ und die WAK differenzierten nun ihre Haltung in der Richtung, daß man für jene Branchen oder Firmen, wo die Arbeiter zum Eintritt in die EG gezwungen wurden, daranging, Positionen in der EG zu erlangen und in ihrem Rahmen die Forderungen des Selbstbestimmungsrechts aufzustellen. Man setzte sich die Aufgabe, aus der EG, die von ihrer sozialen Basis her eine „Klassenorganisation“ war, eine „Klassenkampforganisation“ zu machen.⁸⁹

Diese richtige Strategie schlug sich letztendlich im Einfluß der WAK nieder, die breiteste Gewerkschaftskreise erreichte.

Juni 1935: Herstellung der Gewerkschaftseinheit in der Illegalität

Die illegale Gewerkschaft hatte zweifellos Massencharakter. Dies nicht zuletzt durch den Umstand, daß es im Sommer 1935 gelang, ein Zusammengehen auf breiter Basis zwischen der WAK und dem Siebenerkomitee zu erreichen. Diese Gewerkschaftseinheit, für die die WAK bereit war, unabhängig ihrer starken Position und ihres tatsächlichen Einflusses, bei der Besetzung der gemeinsamen Leitung große Konzessionen an das Siebenerkomitee zu machen, wurde seitens der Partei umfassend unterstützt. Ihr war einerseits bewußt, daß der Kampf gegen „die täglichen Angriffe der faschistischen Unternehmer auf Löhne und Arbeitsbedingungen, die Angriffe der Regierung, Verschlechterung der Sozialversicherung usw.“ die österreichische Arbeiterschaft dazu zwang, eine „Organisation zu schaffen, die alle vereint, die bereit sind, gegen diese Angriffe zu kämpfen ... Solche Kämpfe können erfolgreich nicht durch die Partei allein organisiert werden, dazu brauchen wir gewerkschaftliche Organisationen, die tatsächlich die Massen erfassen“.⁹⁰

Der Kritik der RS, daß durch die Taktik der Mitarbeit in der faschistischen Einheitsgewerkschaft bei den Arbeitern Illusionen über den tatsächlichen Charakter der EG entstehen würden, entgegnete man seitens der KPÖ, daß „ja die Forderungen der Arbeiter im schroffen Gegensatz zu den Handlungen der faschistischen Kommissare stehe und es nicht schwer fallen wird, ihre soziale Demagogie zu entlarven“.⁹¹ Die Partei verwies auf die Notwendigkeit der richtigen Verbindung zwischen der Ausnützung vorhandener Möglichkeiten und der Stärkung der illegalen Massenorganisationen. Ohne Ausbau der illegalen Gewerkschaften würde es kein Voranschreiten in den wirtschaftlichen Kämpfen geben, ohne Ausnützung der legalen Möglichkeiten würde der Einfluß der illegalen Gewerkschaft nicht gestärkt werden können.

Der Kampf um Gewerkschaftsdemokratie in der EG

Auf dem Jännerplenum des ZK der KPÖ 1936 wurde die Gewerkschaftspolitik einer Analyse unterzogen. Ausgangspunkt dazu war einerseits die durch den 7. Weltkongreß als notwendig erachtete Ausweitung der Kampffront gegen die Nazis, indem die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen verstärkt wurde, andererseits die Tatsache, daß zusehends mehr Arbeiter und Angestellte Mitglieder der Einheitsgewerkschaften wurden. In so wichtigen Bereichen wie der Metallindustrie gehörten in den großen Wiener Betrieben an die 70 Prozent der Belegschaft der EG an. Da dies aber nicht bedeutete, daß sie ihre antifaschistische Gesinnung abgelegt hatten, machte dies eine Überprüfung der Stellung zur EG unabdingbar, um sich nicht von diesen breiten Kreisen zu isolieren. Da trotz einiger Fortschritte die Massenbasis der illegalen Gewerkschaften noch recht schmal war, sah die Partei es als notwendig an, auf breiter Basis in den EG tätig zu werden. Im Gegensatz zur RS, deren einziges Zugeständnis nach der Überwindung des totalen Boykotts die Arbeit einzelner ausgewählter Funktionäre in der EG war, wandten sich die Kommunisten gegen diese Form der Arbeit, die letztlich mit dem Ziel der Zersetzung der EG betrieben wurde.

Die Arbeit in der EG, meinte Koplénig in seinem Referat, sei eine revolutionäre und hätte nichts mit der Politik der Versöhnler zu tun. Auch hätten die Kommunisten keinerlei Illusionen, den Faschismus von innen heraus zu reformieren. Es ginge darum, in der EG und den anderen Massenorganisationen die Interessen der Mitglieder zu vertreten, die Arbeiter zum Kampf für ihre Forderungen zu mobilisieren. Am Plenum wurden auch die Schwächen nach der Vereinigung im Sommer 1935 angesprochen, die darin bestanden, daß nicht intensiv genug daran gearbeitet wurde, die Einheit an der Spitze auch an der Basis umzusetzen. Dadurch würden einige alte FGler, Leute des Siebenerkomitees, auf unteren Ebenen die Einheit sabotieren können.

Kritik wurde auch auf der Augustkonferenz des ZK 1937 geübt, wo Koplénig in seinem Schlußreferat auf jene Elemente in der Bundesleitung der FG hinwies, die nach wie vor den Boykott der EG propagierten und damit die dort tätigen Vertrauensmänner verunsicherten. Bei 400.000 in der EG organisierten Arbeiter und Angestellten könne der Kampf um die Gewerkschaftsdemokratie und um die Gewerkschaftsfreiheit nur auf dem Boden und innerhalb der EG geführt werden. Hinderlich für diese Politik war auch die Haltung der RS, für die jeder Mißerfolg ein Teil der „Entlarvung der EG“ war. Diese eingehende Auseinandersetzung der Partei mit der Gewerkschaft resultierte aus ihrer Überzeugung: „Die Gewerkschaftsfrage ist und bleibt weiter die wichtigste Ausgangsstelle im Freiheitskampf des österreichischen Proletariats. Deshalb ist es notwendig, dieser Frage unsere ganze Aufmerksamkeit zu schenken und unsere Hauptkräfte auf die Arbeit in den Betrieben und in der EG zu konzentrieren.“⁹²

Das Memorandum der 70.000

An den Herrn Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg!

... Der Kampf um die Erhaltung eines freien, selbständigen und unabhängigen Österreich ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Gefahren, die Österreich bedrohen, sind bedenklich angewachsen.

Aber die Unabhängigkeit Österreichs kann auf die Dauer nicht durch außenpolitische Garantien *allein* geschützt werden, am allerwenigsten durch eine außenpolitische Orientierung, die Österreich letzten Endes den Machtinteressen der faschistischen Großmächte überantwortet.

Deutlicher denn je zeigt sich die Notwendigkeit, im Lande selbst die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß sich das österreichische Volk in seiner Mehrheit zu dem einheitlichen Willen zusammenschließt, die Unabhängigkeit seines Vaterlandes gegen jedermann und mit allen Mitteln zu verteidigen.

Aber die organisatorischen und politischen Voraussetzungen dafür bestehen heute nicht. Nur Organisationen, in denen die Arbeiter wirklich frei und unabhängig sind, in denen sie ihr Schicksal selbst bestimmen können, in denen sie ihre Meinung frei bekunden und für ihre Auffassung werben können, in denen sie ihre Vertrauensmänner selbst wählen und kontrollieren, können eine wirksame aktive Abwehr gegen den Nationalsozialismus führen, der heute die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs am stärksten bedroht.

Jeder andere Versuch zur Rettung Österreichs als das Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft muß nach unserer Meinung scheitern, insbesondere der Versuch, Österreich durch die Restauration der Habsburger zu retten. Denn ein solcher Versuch würde die außenpolitischen Gefahren verstärken und die inneren Schwierigkeiten steigern. Die Arbeiter und Angestellten können nur dann in die Reihen der Verteidiger Österreichs wirksam eingegliedert werden, wenn ihnen in allen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen volles Selbstbestimmungsrecht gewährt wird. Mit der Durchführung der Vertrauensmännerwahl ist erst ein bescheidener Anfang gemacht worden. Wir fordern aber die volle Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten in ihren ureigensten Organisationen, den Gewerkschaften, worunter wir vor allem volle Unabhängigkeit von den Unternehmern und der Regierung, freie Wahlen aller Instanzen bis zur Spitze, freie Kandidatenaufstellung, freie Wahlagitation und volle Bewegungsfreiheit der Organisationen verstehen.

Die volle Selbstverwaltung ist auch unerläßlich, wenn die Interessenvertretung wirksam werden soll. Die österreichischen Arbeiter und Angestellten haben in den letzten Jahren viele, fast untragbare Opfer auf sich nehmen müssen, weil sie über keine Interessenvertretung verfügten. Der Klassenkampf ist nur für die Arbeiter und Angestellten abgeschafft, die Unternehmer führen ihn uneingeschränkt und bedenkenlos weiter. Von berufsständi- ▶

scher Solidarität und Entproletarisierung des Proletariats wird nur gesprochen, wenn Arbeiter und Angestellte weitere Opfer bringen sollen.

Darum ist die Bilanz der letzten Jahre für die Arbeiter und Angestellten sehr traurig: Verschlechterung der Sozialgesetzgebung, Herabsetzung des Lohnniveaus, Steigerung der Lebenshaltungskosten, Weiterdauern der Massenarbeitslosigkeit, Mißachtung aller sozialen Rechte durch die Unternehmer. Auf diesem gefährlichen Weg darf nicht weitergegangen werden. Die Arbeiter und Angestellten werden mit der größten Entschlossenheit bereit sein, Österreichs Freiheit zu verteidigen, wenn sie damit auch ihre persönliche Freiheit und Menschenwürde, ihr soziales und politisches Mitbestimmungsrecht, ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen haben.

Die nachstehend unterzeichneten, gewählten Vertrauensmänner der Arbeiter und Angestellten erwarten, daß ihr Ruf nicht ungehört verhallt...

Die Vertrauensmännerwahlen 1936

Die von Oktober bis Dezember 1936 durchgeführten Vertrauensmännerwahlen in der EG zeigten die Richtigkeit der von der Partei propagierten Politik. Die FG rief die Arbeiterschaft auf, nur jene zu wählen, die ihrer „freigewerkschaftlichen Gesinnung“ treu geblieben sind. Das Ergebnis der Wahlen bedeutete eine deutliche Niederlage für die Kandidaten der EG. Obwohl keine exakten Zahlen und Zuordnungen möglich sind, lassen die in der illegalen Gewerkschaftspresse veröffentlichten Artikel darauf schließen, daß nahezu zwei Drittel aller gewählten Funktionäre der illegalen Gewerkschaftsbewegung verbunden waren. Ein vertraulicher Polizeibericht vermeldete: „Wie bekannt, erreichten die Roten bei dieser Gelegenheit eine überwältigende Majorität, indem ihre Delegierten gewählt wurden.“⁹³

Bis hin zur Annexion 1938 gelang es der illegalen FG, zahlreiche Aktionen anzuleiten. Erwähnt sei jene Arbeiterdelegation (sie wurde auf der Betriebsrätekonferenz vom 30. April 1936 bestimmt, an der auch der Präsident der EG, Johann Staud, teilnahm), die am 7. Mai 1936 Bundeskanzler Schuschnigg ein Memorandum überreichte, in dem die Arbeiterschaft die Freiheit ihrer Organisationen forderte und für ein unabhängiges Österreich eintrat. Die Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Lage führte im Frühjahr 1937 zur „Denkschrift“-Aktion, bei der eine mit 70.000 Unterschriften untermauerte Denkschrift der Regierung Schuschnigg überreicht wurde. Neben der freien Wahl der Gewerkschaft wurde eine eigene Presse, die eigene Verwaltung derselben, ein sozialer Kurs, Frieden und internationale Solidarität sowie ein freies, unabhängiges Österreich gefordert.

Der dahinterstehende Druck wird dadurch verdeutlicht, daß der Präsident der regierungsabhängigen EG, Johann Staud, genötigt war, eine Delegation der illegalen Gewerkschaft zu empfangen. Dieser starke Faktor kam dann

auch in der letzten Phase von Österreichs Eigenstaatlichkeit zum Ausdruck, als nach der Besprechung Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden (12. Februar 1938) der illegalen Arbeiterbewegung breite Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden mußten. Mit dem Einzug von pronazistischen Mitgliedern in die Regierung, als Folge von Berchtesgaden, wuchs die Unruhe unter der Arbeiterschaft. Ein Komitee aus Vertrauensmännern, unter ihnen Theodor Hainisch von der KPÖ, hatten mehrere Aussprachen mit Vertretern der Regierung, wobei es um die Frage der österreichischen Selbständigkeit ging. Mit der Losung: „Wir lassen uns nicht an Hitler verkaufen“, sammelten die Betriebsvertrauensmänner innerhalb weniger Tage eine Million Unterschriften, die zeigten, wie breit die Basis jener war, die bereit waren, alle erdenklichen Maßnahmen gegen die Gefahr einer Annexion durch Hitler-Deutschland zu ergreifen.

Organisierung der Abwehr gegen die drohende Annexion

Die Ergebnisse des Gesprächs von Schuschnigg mit Hitler am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden gaben der steigenden Abwehrbereitschaft der Arbeiterschaft zusätzlichen Auftrieb. Bereits am 14. Februar fanden aus diesem Anlaß in einigen Wiener Großbetrieben Proteststreiks statt. Die erste sichtbare Folge des Gesprächs mit Hitler war der Einzug von den Nazis nahestehenden Ministern in die Regierung Schuschnigg. Der Druck Deutschlands auf Österreich führte zu steigender Mobilisierung, die sich in zahlreichen Protestkundgebungen manifestierte. Zehntausende demonstrierten am 24. Februar vor dem Parlament, in dem Schuschnigg eine Rede hielt, gleiches spielte sich auch in Graz ab, wo Tausende für die Selbständigkeit Österreichs auf die Straße gingen.

Am 3. März empfing Schuschnigg Betriebsvertrauensleute, denen unter anderen auch Genosse Theodor Heinisch angehörte. Das Gespräch drehte sich um die Frage, wie die Gefahr einer Annexion Österreichs abgewehrt werden könnte. Die Stellungnahme Heinischs zeigt, worum es in diesem Augenblick ging. Er sagte damals zu Schuschnigg: „Uns trennen die offenen Gräben des Februar 1934. Aber wir wohnen im selben Haus. Und dieses Haus brennt. Wenn wir den Brand — heute — gemeinsam löschen, werden wir uns

morgen darüber unterhalten, wie es nunmehr eingerichtet werden soll... Wenn das Haus Österreich zerstört ist, ist alles zu Ende.“⁹⁴

Die Arbeiterschaft war bereit, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um in diesem Sinn zu wirken. Aus diesem Grund wurde es ihr auch ermöglicht, eine gesamtösterreichische Vertrauensmännerkonferenz einzuberufen. Trotz der Tatsache, daß die Regierung Schuschnigg nicht bereit war, die Forderung nach Wiederherstellung der Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu erfüllen, waren die mehr als 300 Delegierten nach langen und lebhaften Diskussionen bereit, die Arbeiterschaft aufzurufen, mit allen Kräften den Kampf Österreichs gegen die drohende Aggression Hitler-Deutschlands zu unterstützen. Gleichzeitig waren sich die Delegierten bei dieser Konferenz am 7. März im Floridsdorfer Arbeiterheim einig, daß es ebenso um die eigene Freiheit, um die Zusicherung von Mindestrechten für die Arbeiter gehe.

Nachdem am 9. März Schuschnigg von seiner Absicht informierte, am 13. März eine Volksabstimmung für „ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“ abzuhalten, trafen einander in der Nacht zum 11. März zum letztenmal vor der Annexion führende Vertreter von RS, FG und KPÖ im Café Meteor (3. Wiener Gemeindebezirk), um die Situation zu besprechen. Trotz mancher Stimmen, die eine Bewaffnung der Arbeiterschaft (dies war auch der Inhalt eines Gesprächs von Genossen Hermann Köhler mit dem Leiter der Staatspolizei, Hofrat Weiser) und eine Großdemonstration forderten, wurde davon Abstand genommen, weil von Seiten Weisers die Versicherung abgegeben wurde, auch die angekündigte Nazikundgebung zu unterbinden.

In diesem Zeitraum verstärkte die Partei ihre Bemühungen zur Verbreitung der zur Abwehr der Hitler-Aggression bereiten Kreise. Eindringlich warnte sie im Flugblatt „Arbeiter, Bauern, Volk von Österreich“: „Österreich ist in höchster Gefahr, es geht um das Schicksal, um die Unabhängigkeit unseres Landes...“ Noch einmal wurde auf die Entschlossenheit der Arbeiterschaft zur Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit verwiesen, auf die Notwendigkeit, „ohne Unterschied der Partei“ mit allen, „die ihr Österreich liebt und entschlossen seid, für seine Freiheit und Unabhängigkeit mutig, kompromißlos und mit aller Konsequenz einzutreten und zu kämpfen“.⁹⁵ Voll Optimismus sah man in einer demokratischen, antifaschistischen Front eine unbezwingbare Kraft, die gegen Hitlers Drohungen Erfolg bringen könnte.

Doch bis zuletzt weigerte sich das Regime, durch die Legalisierung der verbotenen Organisationen der Arbeiterschaft jene Voraussetzungen zu schaffen, die ein konsequentes Vorgehen gegen die nahende Annexion ermöglicht hätte.

Nichtsdestoweniger vertrat die Partei den Standpunkt, daß es dennoch notwendig ist, in dieser schwierigen Situation für ein Ja bei der geplanten Volksabstimmung Schuschniggs aufzurufen. Diese Überzeugung setzte sich dann in den letzten Stunden vor der Annexion auch bei den RS durch, die bis zuletzt als ersten Schritt die Legalisierung der verbotenen Arbeiterbewegung verlangt hatten.

1938—1945

Willi Weinert

Die Annexion Österreichs

Sonderfall „Otto“

Mitte 1937 erarbeiteten Hitlers Militärs den sogenannten Sonderfall „Otto“, der die Besetzung Österreichs im Fall des Versuchs einer habsburgischen Restauration vorsah. Diese Annahme war aber nur die Verschleierung der dahinterliegenden Absicht, Österreich dem Deutschen Reich anzugliedern. Als Hitler Anfang November 1937 die Spitzen des Heeres zu einer Besprechung in die Reichskanzlei lud, sprach er es ohne Umschweife aus: Die Lösung der deutschen Frage als „europäisches Raum- und Ernährungsproblem“ könne nur auf dem Wege der Gewalt erfolgen. Vor allem müßte als erstes Ziel die Niederwerfung Österreichs und der Tschechoslowakei angestrebt werden.¹

Nachdem sich Hitler mit Mussolini verständigt hatte — nicht zuletzt im Zuge des massiven Engagements beider auf Seiten der gegen die spanische Republik kämpfenden Franco-Faschisten —, verlor Österreich seine bisherige Schutzmacht Italien, mit der es seit 1934 durch die „Römischen Protokolle“, die die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Italien, Ungarn und Österreich fixierten, verbunden war. Da Hitler aber auch mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen konnte, daß Großbritannien sich kaum anders als beim Einmarsch der deutschen Truppen in der entmilitarisierten Rheinzone 1936 verhalten, das heißt, sich mit verbalen Protestnoten begnügen würde, konnte er in der Nacht zum 10. März 1938 von seinen Militärs mit einiger Ruhe die sofortige „Lösung der deutschen Frage“, das heißt die Annexion Österreichs verlangen.

Der „Anschluß“

In Österreich überbrachten am Vormittag des 11. März die Naziminister Edmund Glaise-Horstenau und Arthur Seyß-Inquart dem Bundeskanzler Hitlers Ultimatum, die Volksabstimmung binnen einer Stunde abzusetzen. Kurt Schuschnigg gehorchte. Knapp vor Mittag verlangte Hermann Göring von Schuschnigg, zugunsten Seyß-Inquarts zurückzutreten. Um 18 Uhr

übermittelte der deutsche Militärattaché ein bis 19.30 Uhr befristetes Ultimatum. In Wien gab es Demonstrationen für und gegen Hitler. 19.25 Uhr: Schuschnigg trat zurück und erklärte im Rundfunk, daß man der Gewalt weiche und das Bundesheer den Auftrag habe, für den Fall, daß der Einmarsch durchgeführt würde, sich zurückzuziehen. Ohne einen Schuß abgeben zu müssen, besetzten deutsche Truppen Österreich.

Wäre ein Widerstand möglich gewesen?

Die kampflose Kapitulation Schuschniggs, die Ablehnung eines, wie er es bezeichnete, „Bruderkampfes“ führt zur Frage, ob militärischer Widerstand möglich gewesen wäre. Nicht nur Schuschnigg selbst spricht in seinen Erinnerungen von der, wenn auch als kurz eingeschätzten Möglichkeit eines Widerstandes.² Es ist auch bekannt, daß der damalige Chef des Generalstabs im österreichischen Bundesheer, Feldmarschalleutnant Alfred Jansa, in den Jahren vor 1938 nicht nur die Möglichkeit eines deutschen Einmarsches in Österreich erkannte, sondern auch entsprechende Maßnahmen dagegen setzte. Seine Aktivitäten, wie Waffenbeschaffung und Grenzbefestigung, blieben den deutschen Faschisten nicht verborgen. Sie unterstützten kräftig die Absetzung Jansas, die im Februar 1938 erfolgte. Was die Sinnhaftigkeit eines militärischen Widerstands ebenso unterstreicht, ist die Tatsache, daß in den damals von deutschen Militärs erstellten Unterlagen für einen Überfall auf Österreich deutlich auf die zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen wurde.

Es steht außer Frage: Auch wenn der militärische Widerstand nur von kurzer Dauer gewesen wäre (und unter Vernachlässigung der Frage, wie bei dieser Konstellation die Westmächte reagiert hätten), hätte er die Absicht Österreichs zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit dokumentiert. Dieser militärische Widerstand hätte aber auch die Haltung jener unterstützt, die sich Anfang 1938 immer massiver für die Unabhängigkeit Österreichs aussprachen, und wäre zweifellos auch eine nicht zu unterschätzende mobilisierende Kraft für den sich entwickelnden Widerstandskampf geworden. Das Argument, daß dieser viele Opfer forderte und daher sinnlos war, verliert angesichts jener hunderttausenden Österreicherinnen und Österreicher, die in den folgenden Jahren auf den Schlachtfeldern für Hitlers Kriegsziele starben oder deren Opfer wurden, an Bedeutung.

Österreich wird zur Ostmark

Die Regierung Seyß-Inquart beschloß am 13. März das Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.

Dieses wurde zum Artikel 1 des am selben Tag in Deutschland verkündeten „Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Im Verlauf des März wurden alle österreichischen Beamten, so sie nicht durch die nun auch in Österreich zur Anwendung gelangten „Nürnberger Rassengesetze“ daran gehindert wurden, auf Hitler vereidigt. Im Zuge der Durchführung der „Verordnung über das Berufsbeamtentum“ wurden bis zum Frühsommer 1938 sowohl Juden als auch für die Nazis politisch untragbare Personen (in erster Linie die Exponenten des Austrofaschismus, aber auch die noch vereinzelt im Beamtenapparat befindlichen Sozialisten) von ihren Stellen entfernt.

Bundeskanzler Seyß-Inquart wurde nun zum „Reichsstatthalter“ ernannt und stand in dieser Funktion der noch bis Mai 1940 einige Bereiche verwaltenden österreichischen Ministerien vor. Im April wurden aus den neun Bundesländern sieben „Gae“ gebildet, wobei es zu erheblichen territorialen Veränderungen bis hin zur Aufteilung des Burgenlands auf die Gae Niederdonau und Steiermark und zur Vereinigung Vorarlbergs mit Tirol kam. Es galt, den Namen Österreich zum Verschwinden zu bringen. Österreich wurde zur „Ostmark“.

Die Volksabstimmung

Die von Hitler für den 10. April 1938 angesetzte Volksabstimmung war von einer massiven, den großdeutschen Chauvinismus und deutschen Nationalismus mobilisierenden Propaganda begleitet. Sie sollte auch für die Menschen im Deutschen Reich, die ebenfalls über den „Anschluß“ abstimmten, den Wiederaufstieg Deutschlands nach der Niederlage im ersten Weltkrieg symbolisieren. Trotzdem überließ die NSDAP die Wahl nicht dem Zufall und ergänzte die umfassende Propaganda noch mit massivem Druck und Wahlbeeinflussung. So befanden sich auf dem Stimmzettel zwei Kreise, von denen der für das JA vorgesehene wesentlich größer war als der für das NEIN zur „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Auch durften die meisten Wahlberechtigten nicht die vorhandenen Wahlzellen benutzen, sondern mußten vor dem Wahlkomitee offen den Stimmzettel ausfüllen. Eine 99,75prozentige Bejahung (in Österreich, in Deutschland votierten 99 Prozent für den Anschluß) des Anschlusses war das Ergebnis.

Woran hatte das Deutsche Reich Interesse?

Seit 1936 beschäftigten sich verschiedene Planungsstellen der Wirtschaft und der Wehrmacht mit der Bedeutung Österreichs für das Deutsche Reich.

Die folgende Zusammenstellung zeigt eindrucksvoll die Wichtigkeit, die der Einverleibung Österreichs beigemessen wurde.

„Der Gebiets- und Menschenzuwachs würde Deutschland zum größten und mächtigsten Staat in Europa außer der Sowjetunion machen.

Die Tschechoslowakei würde militärisch-strategisch in eine Situation hoffnungsloser Umklammerung durch das Deutsche Reich geraten.

Die steirischen und kärntnerischen Eisenerze würden die prekäre Lage in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie fühlbar entlasten und könnten bei weiterem Ausbau die devisa-intensiven Eisenerzeinfuhr um fast die Hälfte herabsetzen.

Kleinere andere österreichische Erzvorkommen (Mangan, Wolfram, Blei, Zink, Antimon, Kupfer) würden eine zusätzliche Ersparnis auf dem Devisensektor bringen.

Die damals zweitgrößten Magnesit- und Graphitlager der Welt in Österreich würden nicht nur den gesamtdeutschen Bedarf decken, sondern noch hohe Exporterlöse in Devisen ermöglichen.

Die neuerschlossenen Erdölfelder im Weinviertel würden bei forciertem Ausbau das größte deutsche Rohölvorkommen und damit einen besonderen Wert darstellen.

Außerordentlich wichtig für die deutsche Energieversorgung würde ein großzügiger Ausbau der österreichischen Wasserkraft, vor allem von alpinen Speicherwerken und von Flußkraftwerken sein.

Außerordentlich hilfreich würde auch die Eingliederung von rund einer halben Million österreichischer Arbeitsloser in die bereits unter schwerem Arbeitskräftemangel leidende deutsche Wirtschaft sein, wobei zehntausenden hochqualifizierten Ingenieuren und Facharbeitern eine besondere Bedeutung für die Rüstungsindustrie zukommen würde.“³

Seit dem Juliabkommen 1936 sahen deutsche Wirtschaftskreise die Chance, wieder stärkeren Einfluß auf die österreichische Wirtschaft zu erlangen. Zwar war die deutsche Mercur-Bank zur zweitgrößten Bank Österreichs aufgestiegen, doch hatte das austrofaschistische Regime sogar in der wichtigsten Position des deutschen Kapitals in Österreich, der Alpine-Montan-Gesellschaft, den deutschen Einfluß zurückgedrängt.

Österreich wird ausgebeutet

Als die deutschen Okkupanten bereits in den ersten Wochen nicht nur eine große Anzahl wertvoller Kunstschätze aus den österreichischen Museen nach Deutschland brachten (darunter die mit großem Symbolgehalt behaftete deutsche Kaiserkrone und die Reichsinsignien, die in der Schatzkammer aufbewahrt waren und nun nach Nürnberg verschleppt wurden), sondern auch die Valuten- und Devisenbestände im Umfang von 90 Tonnen Gold nach

Berlin transportierten, waren dies recht spektakuläre Maßnahmen. Doch das massive Eindringen deutschen Kapitals in die österreichische Wirtschaft hatte zumindest den gleichen Stellenwert. Mit der Verschleppung der österreichischen Goldreserven wurden auch die österreichischen Wertpapiere nach Berlin transportiert. Darunter die der Creditanstalt, an der der österreichische Staat die Aktienmajorität besaß und somit auch Besitz an den großen, zur CA gehörenden Firmen hatte. Auf diese Weise gingen die größten Firmen der Schwer- und Metallverarbeitungsindustrie, Chemieindustrie sowie Textilindustrie in den Besitz deutscher Großkonzerne über. Die Alpine-Montan-Gesellschaft und die Steyr-Daimler-Puch AG kamen zu den Hermann-Göring-Werken, die Montan-Union-Gesellschaft ging an den deutschen Großindustriellen Stinnes, die österreichische Dynamit-Nobel AG gelangte mit anderen Firmen der chemischen Industrie an die IG-Farben usw.⁴

Ergänzt wurden diese Raubzüge durch die „Arisierungen“, bei denen jüdischer Besitz durch „arische“ Interessenten „erworben“ wurde.

Die wirtschaftliche Ausplünderung, die nach der Annexion einsetzte, wird am Raubbau der heimischen Bodenschätze verdeutlicht. Setzt man den Durchschnittswert von 1936 bis 1939 in Beziehung zu dem von 1941 bis 1943, so ergeben sich in den Bereichen Eisenerz, Magnesit, Kohle, Graphit, Erdöl und Holz Steigerungen zwischen 26 bis 2531 Prozent. Baute zum Beispiel die Alpine-Montan-Gesellschaft 1937 nicht ganz 1,9 Millionen Tonnen Erz ab, waren es 1939 im Schnitt drei Millionen Tonnen.⁵

Die Stellungnahmen zur Annexion in Österreich

In Österreich gab es außer den Kommunisten keine gesellschaftspolitische Kraft, die zur Annexion unmittelbar Stellung bezogen hat. Die Reaktion der KPÖ war klar und eindeutig. Ihre theoretischen Analysen der vergangenen Jahre hatten es ihr ermöglicht, bereits in der Nacht der Annexion den Aufruf des Zentralkomitees zu verfassen. Als Ziel des Kampfes gegen Hitler-Deutschland wurde die Beseitigung der deutschen Fremdherrschaft und die Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen Österreich propagiert.

Der Aufruf wurde von der Leitung der KPÖ in Prag erstellt und im Brüderorgan der KPTsch veröffentlicht. Gleichzeitig gelangte er nach Österreich und wurde illegal verbreitet. Dieses bedeutende Dokument der KPÖ, und man kann ohne Einschränkung auch sagen, der österreichischen Geschichte, kann in seiner vollen Dimension erfaßt werden, wenn man weiß, daß keine andere gesellschaftlich-politische Kraft in Österreich in der Lage war, zur Annexion durch Hitler-Deutschland solch ein aufrüttelndes, motivierendes Schriftstück zu verfassen.

**Aufruf des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei Österreichs
zur Annexion**

Volk von Österreich! An alle Völker Europas und der Welt!
Hitler hat mit militärischer Gewalt Österreich unter sein Joch gebracht. Hitler ist dabei, den Freiheitswillen des österreichischen Volks durch die Stiefel seiner Soldateska niederzutreten. Er ist daran, in Österreich seine Fremdherrschaft aufzurichten. Drei Tage vor dem Volksentscheid, nach dem seine Agenten jahrelang riefen, hat er losgeschlagen aus Angst vor dem Willen des österreichischen Volks, aus Angst vor dem Ereignis der Volksabstimmung, die mit dem Bekenntnis der überwältigenden Mehrheit zur Freiheit und Unabhängigkeit geendet hätte, aus Angst vor der Niederlage, die er am 13. erlebt hätte.

Berchtesgaden hatte den Widerstand des Volks ver Hundertfacht. Alle Kräfte des Volks begannen sich zu vereinen zur Verteidigung der Heimat gegen die Barbarei des Faschismus.

Gegen diese geeinte Front des österreichischen Volks hat Hitler seine Kanonen, seine Tanks und Flugzeuge eingesetzt.

Volk von Österreich! Wehre Dich, leiste Widerstand den fremden Eindringlingen und ihren Agenten. Schließt Euch zusammen, Katholiken und Sozialisten, Arbeiter und Bauern! Schließt Euch zusammen, nun erst recht, zur Front aller Österreicher. Alle Unterschiede der Weltanschauung, alle Parteiunterschiede treten zurück vor der heiligen Aufgabe, die heute dem österreichischen Volke gestellt ist! Zusammenstehen gegen Hitler, zusammenstehen, um Hitlers Soldaten aus Österreich wieder hinauszujagen!

Arbeiter, bleibt fest! Seid einig und bleibt treu den stolzen Traditionen der österreichischen Arbeiterklasse. Laßt Euch nicht beugen, trotz dem Terror! Macht die Betriebe zu Zentren des Widerstands! Laßt Euch den Gewerkschaftsbund nicht zerstören!

Soldaten, Offiziere, Angehörige der Exekutive, die ihr der österreichischen Heimat die Treue haltet, schließt Euch zusammen mit dem Volk, reiht Euch ein in die Front des erbitterten Widerstands gegen Hitler und seine Agenten!

Volk von Österreich! Wehre Dich! Mach die Losung zur Tat: Rot-Weiß-Rot bis in den Tod! ▶

Mögen es die deutschen Faschisten wissen, möge es die ganze zivilisierte Welt hören, das österreichische Volk wird nie und nimmer diese Fremdherrschaft, aufgerichtet unter den Bajonetten und dem Terror, anerkennen. Das österreichische Volk steht mit tödlichem Haß den faschistischen Tyrannen gegenüber.

Mögen auch am 11. März die Hitlerschen Kanonen triumphiert haben. Am 11. März hat der letzte Befreiungskampf des österreichischen Volks begonnen, und er wird enden mit der Abschüttelung der Diktatur der Bajonette Hitlers.

Völker Europas! Völker der Welt! Hört die Stimme Österreichs! Hört die Stimme eines Volks, das seine Freiheit und Unabhängigkeit über alles liebt, eines Volkes, dessen Kultur die ganze Welt liebt und das niemandem feind ist. Hört seine Stimme und helft, helft, helft!

Duldet nicht, daß dieses Volk seiner Selbständigkeit, seiner herrlichen Kultur und seiner Freiheit beraubt wird! Es geht nicht nur um den Bestand dieses Landes, nicht nur um den Frieden an der Donau, sondern um den Frieden Europas. Es geht um die braunen Piraten und Kriegsbrandstifter, die morgen ebenso gegen ein anderes Volk losschlagen.

Lernt aus dem Beispiel Österreichs. Jedes Zurückweichen, jede Kapitulation vor den Kriegsbrandstiftern ermuntert den Hitlerfaschismus zu neuen Angriffen. Hitler will keinen Frieden, er läßt seine Bajonette marschieren. Hitler haßt die Front der friedlichen Völker, er will über die Völker herrschen.

Völker Europas! Lernt endlich am Beispiel Österreichs! Erkennt, daß die Stärke Hitlers nur in der Unentschlossenheit der westlichen Demokratien und der Kräfte des Friedens liegt. Leistet Solidarität und aktive Hilfe dem österreichischen Volk, das heldenhaft kämpft gegen eine militärische Übermacht. Laßt dieses Volk nicht untergehen. Die Politik faschistischer Barbarei darf in Europa nicht triumphieren.

Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden, aber sein Glauben und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wiedererstehen.

Feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe zum „Anschluß“

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938

Im krassen Gegensatz dazu standen die bekannten Erklärungen der österreichischen Bischöfe und die des ersten Staatskanzlers der Republik Österreich, Karl Renner, die diese zur Volksabstimmung abgaben. Sowohl die Bischöfe als auch Karl Renner schätzten die Annexion Österreichs positiv ein und forderten die Österreicher auf, bei der Volksabstimmung mit Ja zu stimmen.

Diese Haltung entsprang nicht nur einem anbietenden Opportunismus, sondern hatte geschichtliche Wurzeln. War es für Renner die Verwirklichung der Ziele der „Anschlußbewegung“ aus der Ersten Republik, gesellte sich bei der Kirche noch ein militanter Antimarxismus dazu. Der Klerus sah im Hitler-Faschismus einen Bündnispartner in seinem Kampf gegen „die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus“, wie es in der „Feierlichen Erklärung“ der österreichischen Bischöfe hieß.

Gab es in breiten Teilen der Arbeiterschaft, aber auch in konservativen und monarchistischen Kreisen — wenn auch jeweils unter anderer Voraussetzung — eine ablehnende Haltung, fand die Annexion bei zahlreichen Österreichern durchwegs positive Aufnahme. Dies konnte jeweils unterschiedliche Gründe haben, stand aber in vielen Fällen in engem Zusammenhang mit der

Karl Renner zum „Anschluß“

... „Ich habe als Präsident der Friedensdelegation zu St-Germain durch viele Monate um den Anschluß gerungen — die Not im Lande und die feindliche Besetzung der Grenzen haben die Nationalversammlung und so auch mich genötigt, der Demütigung des Friedensvertrages und dem bedingten Anschlußverbot uns zu unterwerfen. Trotzdem habe ich seit 1919 in zahllosen Schriften und ungezählten Versammlungen im Land und im Reiche den Kampf um den Anschluß weitergeführt. Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigung von 1918 und 1919, für St-Germain und Versailles. Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der Deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte.“ ...

Wie werden also Sie und Ihre Gesinnungsgenossen stimmen?

„Ich habe keinen Auftrag, für die letzteren zu sprechen, kann aber erklären: Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St-Germain werde ich mit Ja stimmen.“

„Neues Wiener Tagblatt“, 3. April 1938

Hoffnung auf Verbesserung der Lebensbedingungen der rund eine halbe Million zählenden arbeitslosen Österreicher(innen), denen vom Hitler-Faschismus nun Arbeit versprochen wurde.

Die Stellungnahmen zur Annexion im Ausland

Hitler hatte sich mit seiner Annahme nicht geirrt. Die Westmächte fanden sich erneut mit den gewaltsamen Veränderungen ab und sahen die Annexion als innere Angelegenheit Deutschlands an.

Lediglich zwei Staaten, die Sowjetunion und Mexiko, nahmen unmittelbar zur Annexion Stellung. Mexiko, zwar mehrere tausend Kilometer von Europa entfernt und in keiner unmittelbaren politischen Verbindung zu

Österreich stehend, zeigte insofern am Kampf gegen den Faschismus Interesse, als die von fortschrittlichen Kräften unterstützte Regierung gleichfalls im Kampf gegen die eigene faschistische Reaktion stand. Die Moskauer „Prawda“ schrieb am 14. März 1938 zur Annexion Österreichs: „... Das faschistische Deutschland handelt natürlich in der Erwägung seiner Straflosigkeit. Kein geringer Teil der Verantwortlichkeit für diese Ereignisse fällt direkt auf die englische Außenpolitik und ihre Schöpfer, welche durch ihr Verhalten das faschistische Deutschland zu diesem Schritt anspornten. Paris hat auch diesmal Londons Stellungnahme wiederholt. Die endlosen Zugeständnisse an die Aggressoren verwandeln sich, wie am Beispiel Österreichs zu sehen ist, in direkte Vorschubleistung und treiben die Kriegsbrandstifter an. Diese Politik ist in ihren unausbleiblichen Folgen katastrophal. Diejenigen, welche diese Politik durchführen, können die Verantwortung für die Verstärkung der Kriegsdrohung nicht von sich wälzen.“⁶

Die Haltung der Sowjetunion war die Weiterführung ihrer seit Jahren verfolgten Politik der friedlichen Koexistenz und ihres Bemühens um die Eindämmung der faschistischen Gefahr in Europa. Dies ließ sie auch 1934 dem Völkerbund beitreten und Beistandspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakei schließen. In ihrer Reaktion auf den Überfall auf Österreich wurde dieser als weiterer Schritt in Hitlers Kriegsvorbereitung gesehen, der sich dazu anschickte, die ČSR und andere Länder zu annektieren, ohne auf den Widerstand der westlichen Demokratien zu stoßen. Noch im September desselben Jahres ebneten die Westmächte als Mitunterzeichner des „Münchener Abkommens“ die von Deutschland bereits angekündigte Zerstückelung und die darauf folgende Vernichtung der ČSR. Die Sowjetunion war somit die einzige Großmacht, die den „Anschluß“ als Akt der Aggression verurteilte.⁷

Die internationale Arbeiterbewegung

Sowohl die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) als auch der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) lehnten in einer gemeinsamen Sitzung am 15. und 16. März 1938 in Paris die Annexion ab. Ebenso verhielten sich andere sozialdemokratische Parteien. Ihnen gemeinsam war aber doch der Gedanke, daß sich mit der Annexion jener Zusammenschluß der deutschen Nation vollzogen hat, den auch die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten angestrebt hatten, nur mit der Einschränkung, daß die Art und Weise für sie nicht tolerierbar sein konnte. Dieser Gedankengang findet sich nicht nur in Renners Aufruf zur Volksabstimmung, sondern auch beim führenden Theoretiker der 1934 ins tschechische Exil gegangenen österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, der im theoretischen Organ der österreichischen Sozialdemokraten, „Der Kampf“, dazu Stellung bezog. In

Fortsetzung der vor 1938 erfolgten Ablehnung der Konzeption einer österreichischen Nation und dem sich daraus ableitenden Kampf für ein freies, unabhängiges Österreich schätzte er es als „kindisches Spiel“ ein, würde man die Wiederherstellung Österreichs versuchen. Da die deutsche Niederlage infolge eines Krieges zwangsläufig zur Revolution führen würde, wäre der Kampf der österreichischen Arbeiterklasse für einen österreichischen Separatismus reaktionär, meinte O. Bauer.⁸

In zahlreichen Ländern kam es nach der Annexion Österreichs zu Solidaritätsaktionen. In London demonstrierten 25.000 Menschen bei einer von der Labour Party und der KP Großbritanniens organisierten Veranstaltung, ebensolche Manifestationen fanden in Kopenhagen, Oslo, New York und anderen Städten statt.

Von zahlreichen kommunistischen Parteien Europas wurde die Annexion verurteilt, die Wiederherstellung Österreichs gefordert und auf die zum Krieg führenden Aggressionen Hitlers verwiesen.

Erwähnt sei vor allem die Haltung der KPD, die in einem Aufruf nach der Annexion u. a. schrieb: „Die KPD ruft das deutsche Volk zum einheitlichen Kampf gegen die Verbrechen der Nazipartei auf: Sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Terrorbanden aus Österreich. Völlige Unabhängigkeit Österreichs. Freiheit und wirkliches Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes. Internationale Hilfskampagnen für das österreichische Volk. Schaffung internationaler Garantien gegen die fortgesetzten Kriegsprovokationen Hitlers.“⁹

Auch in einem zur selben Zeit erfolgten Briefwechsel zwischen den beiden Zentralkomitees wurde der Gewaltakt gegen Österreich verurteilt und der Kampf um ein freies und unabhängiges Österreich und Deutschland betont. Die KPD wandte sich gegen die Vorstellung, daß die Annexion letztendlich die Erfüllung eines alten Traums, nämlich jenes vom großdeutschen Gedanken, sei.

In diesen Stellungnahmen der KPD kam deutlich die seitens der KPÖ erarbeitete Theorie zum Tragen, daß sich in Österreich eine eigene Nation herausgebildet hat.

Die sozialpolitischen Veränderungen nach der Annexion

Die soziale Demagogie der Nazis — kurzfristige Verbesserungen

Neben der nationalsozialistischen Demagogie, mit der die Nazis in Österreich größere Teile der Bevölkerung anzusprechen in der Lage waren,

operierten sie auch erfolgreich mit sozialer Demagogie. Sie propagierten die Abschaffung des („jüdischen“) Kapitals und präsentierten sich als Kampfgenossen des kleinen Mannes, des Ausgebeuteten und Arbeitslosen. Für viele Österreicher mußte sich dies zu dem Zeitpunkt als richtig erweisen, als die Arbeitslosenzahl nach der Annexion, die um die Jahreswende 1937/38 400.000 betragen hatte, bis September 1938 auf 100.000 abgesunken war. Auch wenn es bis Jänner 1939 wieder 150.000 Arbeitslose gab, mußten viele Menschen den Eindruck haben, daß der Nationalsozialismus tatsächlich in der Lage war, den Menschen Arbeit und Brot zu geben. Dem einzelnen war es letztlich — vorerst zumindest — egal, daß seine Arbeitskraft im Zuge des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ zum Ausbau der Kriegsindustrie und in der Kriegsproduktion mit ihrer notwendigen Infrastruktur, wie Autobahnen, Kraftwerke, gesteigerter Ausbeutung der Rohstoffe usw., eingesetzt wurde. Die Beschäftigung expandierte (sie stieg von 1938 auf 1939 um nahezu acht Prozent), die Masseneinkommen nahmen ebenso zu wie der durchschnittliche Stundenlohn.¹⁰

Verschlechterung der sozialen Lage

Es dauerte aber nicht lange, bis die Erhöhung des Lebensstandards durch Maßnahmen wie die der Einführung der Reichsmark-Währung (1 RM wurde gegen 1.50 öS getauscht) und der Lohnsteuer eine, wie ein Stimmungsbericht der NSDAP betonte, „fühlbare Verschlechterung der Gehälter“ nach sich zog. Fortgesetzt wurde diese Verschlechterung der sozialen Lage durch die im Februar 1939 erlassene Verordnung zur „Sicherstellung von Arbeitskräften“, die es erlaubte, auf Grund „staatspolitischer Bedeutung“ Arbeitskräfte mittels „Dienstverpflichtung“ in jeder Gegend des Deutschen Reichs einzusetzen.

Durch die Tarifverordnung, in der die Entlohnung nach der geographischen Lage des Arbeitsplatzes abgestuft war, und die Erlässe über Lohnstopp konnten den Dienstverpflichteten massive Lohneinbußen erwachsen. Der Ausbruch des Kriegs brachte dann die „Kriegswirtschaftsordnung“ (eingeführt am 5. September 1939), deren Aufgabe es war, allen, ohne Ausnahme, klarzumachen, daß es im „Kampf Deutschlands um seine Lebensrechte“ Opfer zu bringen gilt, wie es offiziell hieß.

Im Verlauf des Kriegs wurde auch noch ein „Kriegszuschlag zur Einkommensteuer“ eingeführt, der bis zu 15 Prozent des Einkommens betragen konnte, hingegen die Zuschläge für Mehrarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit und für die Nacharbeit abgeschafft.

Dies und die gleichzeitig damit einhergehende Verschlechterung der Ernährungsbasis, des zunehmenden Einsatzes von Ersatzstoffen, der teilweisen Substitution von Eiweißstoffen durch Kohlehydrate („Kohl statt

Fleisch“) boten der Kommunistischen Partei vielfältige Ansatzpunkte für den sozialpolitischen Aspekt ihres Widerstandskampfs.

Die schlechte Lage blieb natürlich den diversen mit Polizeifunktionen versehenen Organisationen der Nazis, die von Berufs wegen die Stimmung unter der Bevölkerung genau beobachten mußten, nicht verborgen. Im Jänner 1939 stellt die Gestapo in einem Bericht an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin fest:

„Nach wie vor konzentriert sich gemäß den von der KP an ihre Untergruppen ausgegebenen Anweisungen die illegale Propagandatätigkeit auf die Betriebe, da dort einerseits die Propaganda mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Ermittlung von Agitatoren am leichtesten durchführbar ist, andererseits gewisse Vorkommnisse in den Betrieben einen günstigen Nährboden dafür bilden. So hat und bietet auch heute noch die im Jänner 1939 eingeführte Lohnsteuer den Kommunisten einen willkommenen Anlaß, die unter einem Großteil der Betriebsarbeiterschaft ohnehin bestehende Unzufriedenheit noch erheblich zu steigern, ... wird bei dieser Art agitatorischer Beeinflussung der Arbeiterschaft eine Taktik angewendet, die es in den meisten Fällen nicht oder nur sehr schwer ermöglicht, die Inspiratoren und Hintermänner zu erfassen.“¹¹

Die Ursachen der schlechten Stimmung unter der Arbeiterschaft, „soweit sie für die Ostmark (Wien-Niederdonau) kennzeichnend sind“, wurden in einem Gestapo-Bericht als durch vier Hauptgründe bestimmt angesehen:

1. Die unbestrittenerweise eingetretene bedeutsame Steigerung der Lebenshaltungskosten.
2. Die Nichtangleichung der Löhne im Sinne der Lohnstoppverordnung, dem erhöhten Lebensaufwand entsprechend.
3. Die sich aus der Intensivierung der Arbeit ergebende psychische und physische Mehrbelastung.
4. Die besonderen Umstände, die sich daraus ergeben, daß die Ostmark nach acht Jahren schwerster Krise und kaum anderthalbjährigem Wirtschaftsaufschwung nach dem Anschluß den besonderen Anforderungen des Kriegs in Erzeugung und Verbrauch ausgesetzt ist.

Nüchtern stellt dieser Bericht fest, daß „trotz aller Schönfärberei verschiedenster Stellen, trotz aller Bemühungen von Persönlichkeiten des Staates und der Partei“ die Steigerungen der Lebenshaltungskosten die Relation von 1 RM=1.50 öS auf 1 : 1 fallen ließ, was eine Verminderung der Kaufkraft um 33 Prozent entspräche. Auf der anderen Seite sind aber zahlreiche lebensnotwendige Verbrauchsgüter im Preis um 100 bis 150 Prozent gestiegen. In der Folge wird von einer Untersuchung einer Dienststelle berichtet, die ergab, daß „selbst zur Bestreitung der zum Leben nicht ausreichenden, durch die Verbraucherkarten bewirtschafteten Lebensgüter ein Einkommen notwendig ist, das von zahlreichen Arbeitern für sich und ihren Familienstand nicht erarbeitet wird. Die Frage, wie denn tatsächlich ein Großteil der Arbeiter-

schaft lebt, kann für den gegenwärtigen Zeitpunkt nur als des nationalsozialistischen Deutschland unwürdig beantwortet werden.“¹²

Das Leben der Menschen verschlechterte sich dann im Laufe des Kriegs kontinuierlich, was sich, wie aus diesem Lagebericht der Nazis im Oktober 1940 hervorgeht, auf die Stimmung der Arbeiterschaft niederschlug.

„Hier wirkt die ungünstige soziale Lage seit langem stimmungsverschlechternd; in der letzten Zeit haben sich diese Dinge aber weiterhin ganz erheblich zugespitzt. Schuld daran ist, worauf schon immer hingewiesen wurde, einerseits die Teuerung, andererseits das zum großen Teil unglaublich niedrige Lohnniveau und starke Wegsteuerung. All diese Komponenten zusammengenommen ergeben für einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung ein Realeinkommen, das unerhört niedrig ist (mit den Verhältnissen im Altreich nicht zu vergleichen).“¹³

Der sozialpolitische Kampf der KPÖ

Wenn Arbeiter in einem Betrieb beim erstmals erfolgten Abzug der Lohnsteuer im Sprechchor skandierten: „Wir danken unserem Führer“¹⁴, so entsprach das genau jener Forderung der Partei an die Widerstandskämpfer, die Nazis bei ihren Versprechungen, bei den eigenen Worten zu nehmen. Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft oder die der Hausfrauen auf dem Markt, wenn sie nichts bekamen oder aber in langen Schlangen Minderwertiges erstehen mußten, wurde dabei ausgenutzt. Losungen wie: „Acht Stunden sind genug geschunden“, „Für höhere Löhne und volle Bezahlung aller Zuschläge“ trafen genau die Punkte der Unzufriedenheit bei den Menschen.

Bei der Einführung der Reichsmark hieß es in einem Flugblatt der KPÖ: „Mark ist gleich Schilling, daher ist Dein Lohn nur zwei Drittel Deines früheren Lohnes. Jetzt kommen noch die wahnwitzigen Abzüge. Schau Deine Lohntüte am Samstag an. Wozu braucht der Hitler-Faschismus Dein Geld, diese Hunderte von Millionen?“

Zur Aufrüstung! Faschismus ist Krieg, den Hitler und seine Konsorten fieberhaft vorbereiten...

Österreich ist eine ausgebeutete Kolonie des Hitler-Faschismus geworden, welche in einem neuen Krieg doppelt alle Lasten an ‚Gut und Blut‘ zu tragen haben wird. Kämpft für den Frieden, indem ihr für ein befreites Österreich kämpft. Österreich den Österreichern.“¹⁵

Von großer Bedeutung war in der illegalen Propaganda die Entlarvung des scheinantikapitalistischen Kurses des NS-Regimes. Viele Arbeiter hatten ja seit vielen Jahren wieder eine geregelte Arbeit. Die Einsicht, daß der plötzlich wieder vorhandene Arbeitsplatz durch die Rüstung für einen neuen Krieg möglich wurde, mußte vielen erst klargemacht werden.

Als sich die Annexion Österreichs zum erstenmal jährte, fand sich ein Flugblatt mit folgendem Text:

„Die österreichische Arbeiterschaft gab die Parole des Kampfes um Lohn-erhöhung heraus und führte diesen Kampf hartnäckig fort. Um von diesem Kampf abzulenken, beginnt Gauleiter Bürckel seinen Schwindel der Preissenkung... Unsere Parolen bleiben: Kampf um Lohnerhöhung und gegen den Schwindel der Preissenkung, Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung, Kampf gegen die hohen Lohnabzüge, Kampf gegen die Aufrüstung mit allen legalen und illegalen Mitteln. Sabotiert die Sammeltage, demonstriert gegen die Lebensmittelrationierung...“¹⁶

Die Einführung der Lebensmittelkarten im September 1939 war sofort Inhalt der Flugblätter, die diesen Schritt als „System der organisierten Unterernährung“ geißelten.

„Bei der Karteneinführung hieß es, daß genügend Vorräte vorhanden wären. Doch schon im September traten wesentliche Verschlechterungen bei Butter, Milch und Fleisch auf. Die Kriegswirtschaftsverordnung hat ein wahres Sklavenregime geschaffen. Der 10-Stunden-Tag ist das Minimum. Verringerung des Arbeitseinkommens, Zusatzsteuer auf Bier, Tabak und Einkommen über 200 Reichsmark... Die totale Kriegswirtschaft ist die totale Ausplünderung der Massen des werktätigen österreichischen Volkes zugunsten eines Häufleins deutscher und österreichischer kapitalistischer Kriegsschuldiger und Kriegsgewinnler.“¹⁷

In Spottgedichten fanden diese schlechten Zustände auf dem Ernährungssektor ihren Niederschlag. Ein Text mit der Melodie des „Horst-Wessel-Liedes“ lautete:

„Die Preise hoch, die Läden fest geschlossen.
Der Magen kracht bei jedem Schritt und Tritt.
Kameraden, Göring, Goebbels und Genossen
hungern im Geist in unseren Reihen mit.“¹⁸

Der nazistische Terrorapparat im vollen Einsatz gegen die Widerstandskämpfer

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen kamen gleichzeitig die Angehörigen der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und des Sicherheitsdienstes (SD) der Schutzstaffel (SS). Im großen und ganzen waren sie bereits genau über die gegnerischen Kräfte in Österreich informiert. In der Verfolgung deutscher Antifaschisten hatten sie bereits mit den österreichischen Polizeistellen kooperiert, die einen hohen Anteil an Nazis in ihren Reihen aufwiesen. Mittels der von den Austrofaschisten angelegten Karteien ihrer Gegner

erfolgten in den ersten Tagen nach der Annexion umfangreichste Verhaftungen und Überstellungen in die deutschen Konzentrationslager. Berechnungen zeigen, daß in diesem Zeitraum zirka 70.000 Österreicher von den verschiedensten Nazistellen verhaftet und ein großer Teil in KZ eingeliefert wurde. Doch nicht nur gegen Kommunisten und Sozialisten, sondern auch gegen die von den Nazis gehaßten Austrofaschisten richteten sich die Verfolgungen. In erster Linie waren führende Exponenten, die in den Jahren davor als Polizisten und Juristen Nazis eingesperrt und verurteilt hatten, davon betroffen.

Gesetzliche und institutionelle Maßnahmen

Das geschah bereits vor der am 18. März 1938 erlassenen Verordnung, die vorsah, daß der „Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren... die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit

Hochverrats-Gesetz

§ 80: Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt das Reichsgebiet ganz oder teilweise einem fremden Staat einzuverleiben oder ein zum Reich gehöriges Gebiet vom Reiche loszureißen, wird mit dem Tode bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Verfassung des Reichs zu ändern.

§ 82: Wer ein hochverräterisches Unternehmen (§§ 80, 81) mit einem anderen verabredet, wird mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren... bestraft...

§ 83: ...Auf Todesstrafe oder auf lebenslängliches Zuchthaus oder auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren ist zu erkennen, wenn die Tat
1. darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrechtzuerhalten, oder
2. darauf gerichtet war, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht untauglich zu machen, das Deutsche Reich gegen Angriffe auf seinen äußeren oder inneren Bestand zu schützen, oder
3. auf Beeinflussung der Massen durch Herstellung oder Verbreitung von Schriften, Schallplatten oder bildlichen Darstellungen oder durch Verwendung von Einrichtungen der Funktelegraphie oder Funktelephonie gerichtet war...

Aus dem Reichsstrafgesetzbuch (2. Teil, 1. Abschnitt), das am 1. Juli 1938 in Österreich in Kraft trat.

und Ordnung notwendigen Maßnahmen auch außerhalb der sonst hiefür bestimmten gesetzlichen Grenzen treffen (kann)".¹⁹ Im Zuge der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich wurden im Juni 1938 die Bestimmungen über „Hoch- und Landesverrat“ eingeführt. Diese enthielten die wichtigsten Grundlagen für die Verfolgung der Kritiker an Staat und Partei (NSDAP).

Im wesentlichen übernahmen folgende Institutionen die Verfolgung der Nazigeegner in Österreich:

1. der „Volksgerichtshof“ (VGH) in Berlin, vor dem Prozesse gegen führende Kämpfer des organisierten Widerstandes gestellt wurden;
2. die „Fliegenden Senate“ des VGH, die nach Österreich kamen und hier in der Verfolgung des organisierten Widerstandes zum Einsatz kamen;
3. der „Besondere Senat“ beim Oberlandesgericht Wien, der ebenso in den Bundesländern agierte und ein Hilfsgericht des VGH Berlin war. Von ihm wurden die den zuvor genannten Instanzen zu wenig wichtig erscheinenden Fälle verfolgt;
4. die Sondergerichte bei den einzelnen Landesgerichten, die in erster Linie Formen des individuellen Widerstands ahndeten;
5. SS- und Polizeigerichte sowie die Militärgerichtsbarkeit.

Bis Ende Dezember 1938 wurden — nach einer Statistik der Gestapo von Anfang 1944 — nahezu 750 Kommunisten „beamtshandelt“. 1939 stieg diese Zahl auf mehr als 1100, sank 1940 auf mehr als 800, um 1941 mehr als 1500 zu erreichen. Diese aus dem Rhythmus des Organisationsaufbaues und der folgenden Aufdeckung resultierende, signifikante Wellenbewegung setzte sich 1942 fort, als die Zahl auf das Niveau von 1940 absank, um 1943 nahezu 1200 zu erreichen.

Verstärkter Terror nach Kriegsbeginn

Der Terror gegen die Antifaschisten erfuhr durch den Ausbruch des Krieges, Anfang September 1939, und später nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 dramatische Steigerungen. Durch den Zusammenbruch der Blitzkriegsstrategie und die Niederlagen der faschistischen Wehrmacht vor Moskau und Stalingrad wurden die Repressionen durch Maßnahmen wie die Kriegssonderstrafrechtsverordnung und die Verordnung zur Sicherung des totalen Krieges (Mai und August 1944) drastisch verschärft. Je länger der Krieg dauerte, um so öfter wurden von den Gerichten wegen immer geringerer Vergehen die Todesstrafe verhängt. Um die Abschreckung noch zu unterstreichen, wurden die Todesurteile auf (blut)roten Plakaten gedruckt und öffentlich affiziert.

Nach Berechnungen der Partei wurden mehr als 2000 österreichische Kommunistinnen und Kommunisten Opfer des Hitler-Faschismus, darunter die zwölf Mitglieder des Zentralkomitees: Willy Frank, Leo Gabler, Oskar

Grossmann, Alfred Klahr, Hermann Köhler, Erwin Puschmann, Anton Reisinger, Franz Schuster, Franz Šebek, Ferdinand Strasser, Sepp (Josef) Teufl und Hedy (Hedwig) Urach. Der Woge der Vernichtung durch den Krieg entsprach die forcierte Vernichtung all jener, die gegen dieses Regime Widerstand übten. Die Urteilsbegründungen nach dem Überfall auf die Sowjetunion enthielten nahezu immer die gleiche „rechtliche Würdigung“, die darauf hinwies, daß die KPÖ die „gewaltsame Beseitigung der in der Ostmark bestehenden staatlichen Ordnung zum Ziel“ hatte. „Daneben verfolgte die KPÖ noch das... besondere Ziel..., die Ostmark wieder vom Deutschen Reich loszureißen und mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern.“

Veränderungen der Formen der Konspiration

Hinein in die Massenorganisationen

Mit der Besetzung Österreichs änderten sich die Kampfbedingungen für die Partei. Die einsetzende Jagd auf Kommunisten zeigt die Vordringlichkeit notwendiger Veränderungen in den Organisationsstrukturen, den Formen der Konspiration und vor allem der personellen Zusammensetzung der Kader. Die Parteiführung in Prag wies die Genossen in Österreich an, alle den Behörden bekannten sowie jüdischen Genossen durch unbelastete Kader zu ersetzen.

Über die neuen Arbeitsmethoden informierte die „Rote Fahne“, die auf die Gefährlichkeit der Nichtbeachtung der Einhaltung strengster Konspiration hinwies. „Die Geschehnisse in den fünf Jahren Hitler-Herrschaft in Deutschland zeigen uns, daß die Nazifaschisten vor keiner Gewalttat zurückschrecken, wenn es darum geht, ihnen gefährliche Gegner unschädlich zu machen.“²⁰ Wichtig erschien der Partei das Eindringen in die Massenorganisationen, in denen die Arbeiterschaft und andere breite Schichten des Volks zwangsorganisiert waren. Die Überlegung, daß die Gestapo „uns weniger oder nichts anhaben (wird) können, wenn wir innerhalb der breiten Massen wirken und jeder einzelne von uns mit diesen Massen auf das engste verbunden (ist)“, ²¹ war eine der Realität nicht entsprechende Vereinfachung und Fehleinschätzung des Terrorapparats der Nazis. Trotzdem enthielt diese Aussage den richtigen Gedanken, daß in den Massenorganisationen die besten Wirkungsmöglichkeiten bestanden. Die Zukunft sollte zeigen, daß nicht wenige der verhafteten Kommunisten höhere Funktionen in der DAF, SA oder der HJ einnehmen konnten und hier den sozialen Kampf führten. Die Partei wies darauf hin, daß nun jeder einzelne Parteifunktionär, jedes einfache Mitglied sich als Partei zu betrachten habe. Der Satz „Du bist die Partei“ faßte diesen Gedankengang zusammen, der jeden einzelnen ver-

pflichtete, in jeder Situation selbständig handeln zu lernen, „auch ohne Direktiven von oben“. So sehr die Partei bemüht war, Leitungsstrukturen aufzubauen, so klar war ihr auch, daß hiebei die größtmögliche Dezentralisierung eingehalten werden mußte. Verbindungen sollten auf ein Minimum beschränkt werden, wobei der Leiter einer Zelle nur Kontakt zur jeweiligen höheren Einheit, nie aber Querverbindungen zu anderen Gruppen haben sollte.

Die Leitungen in Wien und in der Provinz werden reorganisiert

Zum Zeitpunkt der Annexion bildeten Bruno Dubber (er war seitens der KPD in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zur Unterstützung der Arbeit des KJV nach Österreich abgestellt und unter seinem Decknamen „Walter“ ein beliebter und geschätzter Organisator geworden), Hans Pointner aus dem Burgenland und Franz West die Leitung der Partei. Mitte April 1938 mußten sie aus Sicherheitsgründen nach Prag gehen.

Willy Frank, der im Auftrag des ZK den Umbau der Partei in Wien leitete, setzte Josef Csarmann als Leiter der Wiener Organisation ein. Bis Ende Mai war diese Rekonstruktionsphase abgeschlossen. Gemeinsam mit Hermine Klapper, Michael Haas, Willi Wehofer und Leo Kuhn wurde die Tätigkeit der Partei fortgesetzt.

Die Funktion von Willy Frank wurde nach dessen Abzug im Mai 1938 von Karl Zwiefelhofer, der seinerzeit führend im KJV tätig war, übernommen. Auch er blieb aus Gründen der Sicherheit nur wenige Wochen und übergab seine Arbeit an den im Juli wieder nach Österreich zurückgekehrten Bruno Dubber.

Die Leitung in Österreich stellte nicht nur schriftliche Materialien her, die sie in Wien zur Verteilung brachte, sondern versuchte auch zu anderen Antifaschisten Kontakte zu knüpfen. Obzwar es keine organisierten RS gab, konnten Verbindungen zu RS-Genossen aufgenommen werden. In diesem Zusammenhang konnte auch der ehemalige Nationalrat der SDAP Laurenz Genner für die Arbeit der Partei gewonnen werden. Auch zu katholischen Kreisen konnte man über Franz Kalteis Verbindung aufnehmen. In der Folge hat die Partei immer wieder mit katholisch-konservativen Kreisen zusammengearbeitet. Es sei hier auf die Widerstandsgruppe des von den Nazis 1938 enthobenen Universitätsprofessors der Hochschule für Welthandel Karl Meithner hingewiesen, zu dem Genosse Paul Antl Verbindung hatte. Antls Aussage vor Gericht rettete Meithner vor dem Todesurteil, von dem Antl selbst getroffen worden war. Meithner starb in der Haft.

Das Zentralkomitee verließ im Herbst 1938 Prag und nahm seinen Sitz in Paris. War die Kontaktnahme von der ČSR unkompliziert, erforderte die größere Entfernung Stützpunkte um Österreich. Diese entstanden in Zürich und Marburg (Maribor). Über die dort installierten Genossen wurden Informationen und Personen nach Österreich weitergeleitet.

Die Schwerpunkte des Widerstands waren in der Regel dort, wo gewachsene industrielle Ballungszentren bestanden: zum Beispiel in der Obersteiermark, im Wiener-Neustädter Becken oder im Raum Sankt Pölten. Trotzdem stellte Wien nicht nur wegen seiner Größe, sondern auch als Zentrum großer Industrieanlagen, nicht zuletzt wegen der hier mehrheitlich sozialistisch eingestellten Bevölkerung, den Kristallisationspunkt des österreichischen Widerstands dar. Auch erleichterten die Anonymität und die schwerer durchschaubaren Strukturen der Großstadt die illegale Arbeit.

Im November 1938 verhaftete die Gestapo nach mehrwöchiger Überwachung Dutzende führende Genossen. Auch Ernst Burger, der im Mai 1938 Österreich verlassen hatte, aber mit einem falschen Paß im November wieder eingereist war, fiel dieser Verhaftungswelle zum Opfer. Obwohl dieser erste Schlag der Partei schwere Verluste zugefügt hat, gelang es anderen Genossen, die Tätigkeit fortzuführen. Anfang 1939 wurde erneut Willy Frank ins Land geschickt. Auch Anton Reisinger, der bereits 1937 der Parteiverantwortliche für die Koordinierung der Provinzarbeit war, kam erneut mit Josef Angermann von Frankreich nach Österreich. Im August reiste dann ebenfalls aus Frankreich Ludwig Schmidt ein, um Willy Frank abzulösen.

Im Juli 1939 hatte in Paris eine Tagung des ZK stattgefunden, die sich mit der veränderten Situation seit der Annexion befaßt hat. Aus Gründen der Tarnung wurde von einem ZK-Plenum in Amsterdam gesprochen. Die für die Partei verlustreichen Aktionen der Gestapo wurden analysiert, die Fehler herausgearbeitet und Möglichkeiten der Veränderungen besprochen.

Daß man oftmals noch die Organisationspraxis der Schuschnigg-Zeit anwende, war ein Punkt der Kritik. Ebenso gefährde ein leichtfertiger Umgang mit der Konspiration die Kader mit der physischen Ausrottung durch die Gestapo. Es wäre auch untragbar geworden, kleine Straßen- und Betriebszellen, Zellen in kleinen Vereinen und unter den Bauern, so wie man sie in der Schuschnigg-Zeit besaß, aufrechtzuerhalten. Mit diesen veralteten Arbeitsmethoden sei zu brechen. Es gehe jetzt einzig und allein um die Konzentration auf die Betriebe, wo es gelte, sich mehr denn je auf sie zu stützen, wurde bei der ZK-Tagung gesagt.

Eine der Ursachen für die umfangreichen Verhaftungswellen war die Tätigkeit von Spitzeln, die von der Gestapo in die Parteiorganisation eingeschleust werden konnten. In erster Linie handelte es sich dabei um Kurt Koppel und seine Frau sowie Karl Zwiefelhofer. Koppel, der schon vor 1938 in der Partei tätig war, gelang es, durch seine genauen Kenntnisse der Partei und ihrer Kader nach 1938, über die ČSR im illegalen Apparat der KPÖ Fuß zu fassen.

Kurt Koppel, mit dem Decknamen „Ossi“, dessen Weg über den KJV führte, der später bei den Internationalen Brigaden war, wurde schon unter dem Austrofaschismus von der österreichischen Polizei dafür gewonnen, in

Spanien Informationen zu sammeln. Im März 1938 übernahm ihn die Gestapo als Agent und baute ihn als Kurier zwischen den KPÖ-Leitungen ein. Durch seine alten Kontakte und Kenntnisse, begünstigt auch durch menschliche Schwächen, gelang es ihm, das Vertrauen wichtiger Personen zu erlangen. Seine Tätigkeit, bei der auch seine Frau mitwirkte, sollte in der Folge noch zu einem weiteren Verrat führen. Karl Zwiefelhofer, ein alter KJVler, den die Gestapo im März 1941 verhaftete, wurde unter dem Druck der Gestapo zu ihrem Agenten. Auch seine Tätigkeit kostete zahlreichen Genossen das Leben.

In dieser Zeit des verschärften Terrors gegen die Partei erhöht sich das Gewicht jedes einzelnen Genossen. Parteiarbeit könne auch dann geleistet werden, wenn es keine Verbindung mit dem illegalen Organisationsapparat der Partei gibt. „Die Partei betrachtet heute, unter den schweren Bedingungen der Illegalität, jeden Arbeiter, jeden Kämpfer gegen den Faschismus und gegen die Nazifremdherrschaft, jeden, der sich zur Politik der Partei bekennt, als einen Kommunisten... Die Partei, das ist jeder einzelne Kommunist, wo immer er steht.“²²

L. Schmidt hatte die Aufgabe, diese Überlegungen in Österreich umzusetzen. Er hatte großen Anteil an der Dezentralisierung der Organisationsstruktur und trug somit entscheidend zur Absicherung der illegalen Arbeit der Partei bei.

Nach Kriegsausbruch 1939 begann die Gestapo mit einer neuerlichen Aktion gegen die Partei, bei der auch L. Schmidt verhaftet wurde. Der bis August dauernden Verhaftungswelle fielen mehr als 100 Genossen zum Opfer.

Der Widerstandskampf ist ein nationaler Freiheitskampf

In Fortsetzung ihrer Strategie des Kampfes für ein freies, unabhängiges Österreich betonte die Partei die Tatsache der nationalen Unterdrückung Österreichs infolge der Annexion. In der ZK-Resolution „Der Kampf um die Befreiung Österreichs von der Fremdherrschaft“ (sie wurde von der ZK-Tagung Anfang August 1938 verfaßt und als achtseitige Broschüre auf Dünndruckpapier gedruckt nach Österreich geschmuggelt und auch in Form einer Tarnbroschüre mit dem Titel „Schmücke dein Heim“ verbreitet) wird auf die Hintergründe des Überfalls eingegangen. Nicht eine „nationale Befreiung“, wie es die demagogische Propaganda der Nazis behauptete, war der „Anschluß“, sondern eine Eroberung, wobei Österreich nur ein weiterer Schritt „der imperialistischen Raubpläne des deutschen Finanzkapitals“ bedeutete. „Der Kampf des österreichischen Volkes gegen den Hitler-Faschismus trägt daher den Charakter eines nationalen Freiheitskampfes gegen die imperialistische Fremdherrschaft und für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit.“

Als die Hauptaufgaben, die vor dem österreichischen Volk, der österreichischen Arbeiterklasse und der KPÖ stehen würden, nannte die Partei den Kampf gegen die Fremdherrschaft, die wirtschaftliche Ausplünderung, die Kriegspolitik, die Kulturbarbarei und den Antisemitismus.

Die fünf Forderungen lauteten:

1. Kampf gegen die Fremdherrschaft und für die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des österreichischen Volkes.
2. Kampf für die demokratischen Rechte des Volkes durch die Wahl von Betriebsvertrauensleuten, von Bauernvertretern, Forderung nach Kontrolle und Selbstbestimmung der Massen.
3. Kampf gegen die wirtschaftliche Ausplünderung des Landes, gegen die Verschlechterung der Lebenslage, die Zwangswirtschaft und den wirtschaftlichen Raub an Österreich.
4. Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Faschismus. Aufklärung der Volksmassen über seine Kriegspläne und Kriegsziele. Keine Konzessionen in der nationalen Frage, Aufklärung, daß der Hitler-Faschismus das österreichische und deutsche Volk nicht einer schöneren Zukunft, sondern einer Kriegskatastrophe entgegenführt.
5. Kampf gegen die Kulturbarbarei und den Antisemitismus, gegen die Lügenpropaganda in Rundfunk und Presse, gegen die nationalsozialistische Verhetzung, Verrohung und Verdummung. Die breiten Volksmassen sind davon zu überzeugen, daß der Schutz der jüdischen Mitbürger ein unbedingt notwendiger Bestandteil des antifaschistischen Kampfes ist.

Entsprach der Großteil der Forderungen den unmittelbaren Kampfbedingungen, zeigt die Forderung nach Ausbau der demokratischen Rechte des Volkes (wie Wahl der Betriebsvertrauensleute, Bauernvertreter und Kontrolle und Selbstbestimmung der Massen) eine Überschätzung der Durchführbarkeit demokratischer Veränderungen im NS-Staat.

Weiters wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, diesen Kampf auf die breitestmögliche Basis zu stellen. Der von den Nationalsozialisten geübten Methode der Aufspaltung der Bevölkerung sei die verstärkte Zusammenarbeit mit den verschiedenen antifaschistischen Gruppen entgegenzustellen. Es gehe um die Schaffung einer breiten österreichischen Freiheitsfront gegen den Hitler-Faschismus.

Die internationale Lage

Das Münchner Abkommen

Im Vordergrund der politischen Aufklärung der Partei stand die Bedrohung der staatlichen Existenz der Tschechoslowakei. Nach dem „Anschluß“ Österreichs ließ Hitler keinerlei Zweifel darüber, daß er die „tschechische

Frage“ einer Klärung zuführen werde. Im Münchner Abkommen, das im September 1938 von Deutschland und Italien auf der einen Seite und Großbritannien und Frankreich auf der anderen Seite unterzeichnet worden war, anerkannten die Westmächte die Ansprüche Hitlers auf weite Teile der ČSR.

Im Münchner Abkommen sanktionierten die Westmächte die Okkupation böhmischer und mährischer Grenzgebiete zu Deutschland („Sudetengebiete“). Zwischen 1. und 10. Oktober 1938 wurden diese Gebiete von deutschen Truppen besetzt. Zum selben Zeitpunkt erzwang auch die polnische Regierung die Abtretung von Grenzgebieten bei Mährisch-Ostrau. Wenige Wochen später, am 2. November 1938, wurde durch das Diktat des 1. Wiener „Schiedsspruchs“ Ungarn die Okkupation der Südslowakei ermöglicht.

Trotz des Hinweises der Westmächte, daß man dadurch Hitlers Aggressionspläne eingegrenzt („befriedet“) hätte, stellte das Abkommen zweifellos den letzten Höhepunkt ihrer Politik dar, Hitlers Aggressionsgelüste gegen die Sowjetunion zu kanalisieren. Hingegen warnte die Sowjetunion, daß diese Politik nicht einen Krieg verhindern helfe, sondern, im Gegenteil, die Welt einem neuerlichen Weltbrand näherbringt.

Auf drei Seiten nahm die KPÖ in ihrem Flugblatt „An das Volk von Österreich! Arbeiter, Bauern und Bürger“ zum Münchner Abkommen Stellung. Sie warf der englischen und französischen Regierung Verrat am Frieden in Europa und Kapitulation vor den faschistischen Kriegsplänen vor.

Die ČSR verlor durch diese westliche Kapitulationspolitik nicht nur ein Drittel ihres Territoriums mit lebenswichtigen Industriegebieten, sondern auch seine befestigten Grenzzonen. Hitler-Deutschland konnte erneut seine Rohstoff- und Produktionsmittelbasis ausbauen. Das sowjetische Angebot einer Militärhilfe wurde vom tschechoslowakischen Präsidenten Eduard Beneš abgelehnt. Der erste Schritt zur vollständigen Vernichtung der selbständigen ČSR, die im März 1939 erfolgte, war gesetzt.

Mit der Annexion Österreichs und der ČSR hatte sich Hitler den Weg nach Osten geebnet.

In einem gemeinsamen Flugblatt der KPÖ, KPD, RS und des Arbeitsausschusses deutscher Sozialisten („An die Arbeiter Deutschlands und Österreichs“) wurde die imperialistische Eroberungs- und Kriegspolitik der Nazis angeprangert und zur Solidarität aufgerufen. „In dieser Lage, in der jeder weitere Schritt unmittelbar über Krieg und Frieden, über das Schicksal von Millionen Menschen entscheidet, sind deutsche und österreichische Sozialisten und Kommunisten, Vertreter der illegal kämpfenden Arbeiterbewegung zusammengetreten, um gemeinsam im Namen des deutschen und österreichischen Volkes gegen die Annexion der Tschechoslowakei zu protestieren und durch diesen gemeinsamen Schritt den Kampf gegen den gemeinsamen



Im April 1939 von einer Baumgartner KJV-Gruppe verteilt (siehe Urteil gegen Erich Felbermayer und Genossen, DÖW/A 7761).

„Der Nationalsozialismus ist die Pest unserer Zeit“ ist diese Photomontage übertitelt, die den politischen Bewußtseinsstand der Antifaschisten, der der Arbeiterbewegung im besonderen, mit klarer Eindeutigkeit vor Augen führt. Die Photomontage, die mit jenen von John Heartfield in den dreißiger Jahren ihren Höhepunkt erlebt hatte, findet hier in der illegalen Flugblattpropaganda ihre Fortsetzung. Die Annexion der ČSR, die diese Montage wiedergibt, bedeutete auch das Erscheinungsende der „AIZ“ („Arbeiter-Illustrierte Zeitung“), die auch in der Zeit des Austrofaschismus den Weg zu ihren Lesern in Österreich fand. Der unbekannte Schöpfer dieser Postkarte war bestimmt einer von ihnen. Hitler, von der deutschen Rüstungsindustrie und dem Ruhrkapital gestützt, zertritt gerade die „Völkerfreiheit“ und das „Selbstbestimmungsrecht“ der ČSR. Es ist Frühjahr 1939, doch Hitlers Schatten legt sich bereits über Polen, seine Hand greift schon über die Grenzen der Sowjetunion. In kaum zu steigernder Dichte werden dem Adressaten Hintergrund, Basis und Ziele des Nazifaschismus und die Tatsache vor Augen geführt: Hitler bedeutet Krieg.

faschistischen Feind zu fördern.“ Der Aufruf, der mit der Losung „Es lebe der Freiheitskampf des deutschen und österreichischen Volkes!“ endete, stellte fest: „In diesem Kampf sind die Völker der unterdrückten Länder und die Arbeiter der ganzen Welt die natürlichen Verbündeten des deutschen Volkes. In diesem Kampf können wir auf die Hilfe der Sowjetunion rechnen. Allein

das Zusammenwirken dieser Kräfte wird nach dem Sturz der faschistischen Diktaturen ein freies und friedliches Nebeneinander der Völker Europas und der ganzen Welt sichern.“²³

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Im August 1939 zwang die Weigerung der Westmächte, mit der Sowjetunion einen Beistandspakt gegen die drohende faschistische Aggression abzuschließen, die sowjetische Führung zu einem Nichtangriffsvertrag mit Hitler-Deutschland. Kritiker, die diesen Vertrag — nicht zu Unrecht — als widernatürlich bezeichneten, verschwiegen oder entstellten die politische Entwicklung, die zu dieser Wende geführt hatte.

Seit Beginn der zwanziger Jahre, als der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, an dem unter anderen die USA, Großbritannien und Frankreich beteiligt waren, am Widerstand der Roten Armee, der Völker der Sowjetunion gescheitert war, gab es in maßgeblichen Kreisen der Westmächte immer wieder Überlegungen und Bemühungen, das ursprüngliche Ziel — die Vernichtung des ersten sozialistischen Staats — auf anderen Wegen zu erreichen. Eine große Rolle in diesen Überlegungen spielten immer Hoffnungen auf einen deutsch-sowjetischen Krieg, Bemühungen, eine solche Konfrontation auf die eine oder andere Weise zustande zu bringen. Die Sowjetunion setzte dem ihr Konzept eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa entgegen. Sie ging davon aus, daß die Gefahr eines neuen Krieges vor allem vom Faschismus, von Hitler-Deutschland drohte.

Allerdings vollzogen sich auch an ihrer Ostgrenze bedrohliche Entwicklungen. Der expansionistische japanische Militarismus war seit 1936 mit Hitler-Deutschland und seit 1937 mit Mussolini-Italien im sogenannten Anti-Komintern-Pakt verbündet. Im Jänner 1938 führten japanische Vorstöße zu Kämpfen auf sowjetischem Territorium am Chassansee.

Im Sommer 1939 mußte die Rote Armee neuerlich japanische Angriffe auf das Gebiet der Mongolischen Volksrepublik, am Chalhyn gol, abwehren, da die Sowjetunion in einem Beistandspakt mit der MVR verpflichtet war, mit den Truppen der Roten Armee die Grenze der MVR zu schützen.

Zu dieser Zeit entstand durch das Münchner Abkommen, in dem England und Frankreich der Vergewaltigung der ČSR durch Hitler-Deutschland ihren Segen gaben, eine akute Bedrohung der UdSSR im Westen. Das Abkommen unterstützte den Drang des Hitler-Faschismus nach dem Osten. Ihn hatte Hitler in seinem Werk „Mein Kampf“ ausführlich beschrieben, als er von der Notwendigkeit der Vernichtung der Sowjetunion sprach. Hitler-Deutschland begann im Sommer eine intensive Kampagne gegen Polen, verlangte die bedingungslose Übergabe von Danzig und drohte unverhüllt mit militärischen „Lösungen“. Dies und die offen propagierte Forderung des

deutschen Imperialismus, den „Lebensraum der Deutschen“ auf Kosten der Sowjetunion zu erweitern, stellte eine unmittelbare Bedrohung des einzigen sozialistischen Staates dar. Die Sowjetunion stand vor der Notwendigkeit, die Gefahr eines Zweifrontenkrieges abzuwenden. Zu diesem Zweck führte sie seit dem Frühjahr 1939 Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich, deren Ziel der Abschluß eines militärischen Abkommens für den Fall einer faschistischen Aggression gegen einen der Vertragspartner war.

Die Verhandlungen zogen sich in die Länge und dauerten bis in den Sommer 1939. Die Sowjetunion mußte zu diesem Zeitpunkt aber erkennen, daß die von Großbritannien und Frankreich delegierten Unterhändler keinerlei weitreichende Verhandlungs- und Entscheidungsbefugnisse hatten, gleichzeitig aber Großbritannien und Frankreich mit Hitler-Deutschland Gespräche führten.²³ Zwar waren, wie der damalige sowjetische Botschafter in London, Iwan Michailowitsch Maiski, in seinen Erinnerungen schrieb, damals die Details der Verhandlungen nicht bekannt, doch ließen durchgesickerte Informationen auf die Richtung der Gespräche schließen.

Nach dem Krieg wurde dann bekannt, daß bei diesen Gesprächen die Absicht war, Übereinkommen bei der Aufteilung der Einflußsphären, der Teilnahme Deutschlands bei der Ausbeutung der Kolonien, gegenseitige finanzielle Unterstützung, den internationalen Handel usw., zu erzielen.²⁴ In dieser Situation nützte die Sowjetunion ihrerseits die komplizierte Lage Deutschlands, das ebenfalls darauf Bedacht nehmen mußte, nicht in einen Zweifrontenkrieg verstrickt zu werden, und schloß am 23. August 1939 mit Deutschland einen Nichtangriffsvertrag. „Doppelspiel“ und „Heuchelei“ wäre das, meinte man seitens Großbritanniens und Frankreichs, und wollte von der Tatsache der eigenen Schuld an dieser politischen Entwicklung ablenken. Es steht außer Frage, daß diese diplomatischen Schritte der Sowjetunion auch für die Kommunisten Anlaß zu kontroversiellen Diskussionen waren. Doch der Überfall auf Polen und der Ausbruch des Krieges im Westen beschleunigten den Klärungsprozeß. Man verstand nun leichter, daß diese diplomatischen Schritte der Sowjetunion einem unbestreitbaren Schutzbedürfnis entsprangen. Keinerlei Illusionen hatte die Sowjetunion darüber, daß Hitler trotz dieses Vertrages bei der nächsten günstigen Gelegenheit zu einem Schlag gegen sie ausholen werde. Diesen Zeitraum soweit wie möglich auszudehnen, um alle Kräfte zur Abwehr mobilisieren und Maßnahmen dagegen in Angriff nehmen zu können, stand hinter dieser Politik. Heftige Angriffe wurden nun gegen die Sowjetunion gestartet. Der Vertrag war für die einen Beweis für die Richtigkeit der Gleichsetzung von Faschisten und Kommunisten, für die anderen ein Ereignis, „das sich für die Proletarier in den faschistischen Ländern, in den faschistischen Kerkern... entsetzlicher auswirken wird als das Münchner Abkommen“.²⁵

Ein anderer Autor warf der Sowjetunion den „Ausbau eines sowjet-russischen Kontinentalimperialismus“ vor,²⁶ und O. Leichter meinte 1940

noch immer, daß „die Sowjetunion im Frühjahr und im Sommer 1939 die Wahl (hatte), ihre Politik gemeinsam mit den westlichen Demokratien, den Ländern des alten Kapitalismus zu führen oder jenes widernatürliche Bündnis mit dem Dritten Reich zu schließen“.²⁷ Erst der Überfall auf die Sowjetunion führte dann auch im sozialdemokratischen Lager zu einer verständnisvolleren Interpretation der sowjetischen Politik. Einem Flugblatt der RS ist zu entnehmen: „...noch größer waren die Opfer der Sowjetunion. Sie hat Ungeheures in Kauf genommen, die weitestgehenden Zugeständnisse an die kapitalistischen Mächte gemacht, um den Weltkrieg zu vermeiden. Wir hielten die Politik für falsch, aber wir müssen zugeben, daß es die Sorge vor dem größeren Unglück des Weltkrieges war, die ihr Verhalten bestimmte.“²⁸

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt mußte notwendigerweise unter Kommunisten zunächst Unsicherheit, ja eine gewisse Verwirrung hervorrufen. In relativ kurzer Zeit wurde jedoch die Folgerichtigkeit der sowjetischen Außenpolitik erkannt und diese Erkenntnis auch von der KPÖ in der Illegalität verbreitet. In zeitgeschichtlichen Abhandlungen wird behauptet, die KPÖ hätte in diesem Zeitraum nicht gewußt, ob Hitler-Deutschland ihr Feind bleibe oder der Kampf gegen die Hitler-Faschisten sich nun erübrige, ja sogar, daß sie nach Unterzeichnung des Paktes den „offenen Kampf“²⁹ aufgegeben habe. Wie eine in die tiefste Illegalität gedrängte Partei unter den gegebenen Bedingungen einen „offenen Kampf“ hätte führen können, bleibt ein Geheimnis. Tatsache ist, daß es trotz Unsicherheit hinsichtlich der Einschätzung des Charakters des Krieges, von Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage, Einmütigkeit in dem entscheidenden Punkt gab: daß der Kampf gegen den Hitler-Faschismus unvermindert weitergeführt werden müsse, mit den unter den gegebenen Bedingungen möglichen Mitteln.

Zur Diskreditierung des illegalen Kampfes der KPÖ wird eine „spezifisch österreichische Version der Komintern-Linie“ erfunden³⁰ und behauptet, die Parteilinie hätte sich innerhalb weniger Tage geändert. Die Komintern schätzte damals insgesamt noch die erste Phase des zweiten Weltkrieges als imperialistischen Krieg ein, wobei sie berücksichtigte, daß England und Frankreich nach wie vor darum bemüht waren, ihren „seltsamen Krieg“ gegen Hitler-Deutschland, der ohne jeglichen Nachdruck geführt wurde, in eine gemeinsame antibolschewistische Front umzuwandeln. Zu kurz kam in dieser Komintern-Einschätzung die Tatsache, daß zweifellos das polnische Volk gegen den Hitler-Faschismus einen gerechten Verteidigungskrieg führte. Die Dokumente der Kommunistischen Partei Österreichs dieser Zeit lassen keinen Zweifel darüber, daß die Partei ohne irgendwelche Schwankungen an dem nationalen Freiheitskampf gegen den Hitler-Faschismus festhielt und sehr wohl zwischen dieser Generallinie und bestimmten Zügen der sowjetischen Außenpolitik zu unterscheiden wußte. Anfang November 1939 berichtete der Inspekteur des Sicherheitsdienstes (der SS) an Gauleiter

Bürckel: „Die Kommunisten stellen das Verhalten der Sowjetunion immer nur als aus rein taktischen Erwägungen entspringend hin und erhoffen einen zukünftigen Sieg des Bolschewismus . . . In Wien wurde ein kommunistischer Kettenbrief erfaßt. In diesem Brief wird der Versuch gemacht, das Bündnis Reich-UdSSR als Maßnahme Stalins gegen die Ausdehnung Deutschlands nach Osten darzustellen. Als Abschluß dieses Briefes heißt es: ‚Zwei Punkte müssen wir in Zukunft streng im Auge behalten: 1. ein klares Ziel und richtige Beurteilung der Ereignisse um uns. 2. ein ehrliches und starkes Vertrauen zur Sowjetunion‘.“³¹

Der Ausbruch des zweiten Weltkriegs³²

Der „Seltsame Krieg“

Am 1. September 1939 begann durch den Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen der zweite Weltkrieg. Die durch Beistandsverträge mit Polen verbundenen Länder Frankreich und Großbritannien setzten aber keinerlei Maßnahmen zur Unterstützung des bedrängten Verbündeten, obwohl sie Deutschland den Krieg erklärt hatten. Diese Konstellation erhielt die Bezeichnung „Seltsamer Krieg“. Alles fragte sich, weshalb es zu keinen größeren militärischen Auseinandersetzungen mit der Hitler-Wehrmacht kam. Nicht nur für die Sowjetunion war die dahinterliegende Strategie der Westmächte offensichtlich. Sie lief darauf hinaus, in keinen ernstern Konflikt mit Hitler-Deutschland zu geraten, vielmehr zu trachten, diesen gegen die Sowjetunion zu lenken. Dazu diente auch, die auf Konfrontation mit der Sowjetunion gehende reaktionäre finnische Regierung zu unterstützen. Nicht nur, daß Großbritannien mit Hitler-Deutschland von September 1939 bis März 1940 Geheimverhandlungen, die sich gegen die Sowjetunion richteten, führte, gab es seitens Großbritanniens und Frankreichs Pläne zur Entsendung eines Expeditionsheeres zur Unterstützung der finnischen Armee als auch konkrete Pläne zu einem Überfall auf die sowjetischen Erdölfelder von Baku, Grosny und Batumi durch anglofranzösische Truppen.

Maßnahmen der Sowjetunion zum Schutz ihres Territoriums

Mitte September, als die Deutsche Wehrmacht bereits große Teile Polens besetzt hatte und die polnische Regierung nach Rumänien geflohen war, überschritten die Truppen der Roten Armee die polnische Grenze. Im Zuge dieser Schutzmaßnahme rückten die sowjetischen Truppen in jene Gebiete

der Westukraine und Westbelorußlands ein, die Polen im Zuge des gegen die Sowjetunion geführten Interventionskriegs seit 1920 annektiert hatte.

Eine weitere Maßnahme, die die Sowjetunion als für ihren Schutz notwendig erachtete, waren Gebietsforderungen an Finnland. Man wollte im Austausch gegen andere Grenzgebiete die militärische Lage Leningrads verbessern, da die Grenze zu Finnland in unmittelbarer Nähe der Millionenstadt verlief. Ermuntert von der sowjetfeindlichen Politik Frankreichs und Großbritanniens zeigte Finnland keinerlei Verhandlungsbereitschaft, worauf die Sowjetunion den Weg der militärischen Lösung dieser für sie sicherheitspolitisch wichtigen Frage ging. Im sogenannten Winterkrieg 1939/40 besetzte die Rote Armee die Karelische Landenge und erhielt in einem Friedensvertrag mit Finnland auf der Insel Hangö eine Militärbasis zur Pacht.

Wogen des Antikommunismus und Antisowjetismus

Die Kompliziertheit dieser Zeitspanne des „Seltsamen Kriegs“, sie dauerte bis April 1940, der Besetzung von Dänemark und Norwegen durch Hitler-Deutschland, und die Verwirrung über die sich innerhalb von 20 Monaten überstürzenden Ereignisse war groß. Neben der außenpolitischen Front gegen die Sowjetunion, die im Dezember 1939 zu ihrem Ausschluß aus dem Völkerbund führte, erreichten auch die Maßnahmen gegen die Kommunisten in den einzelnen Ländern einen neuen Höhepunkt. Man verbot die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei, löste nicht nur die KPF und in der Folge die Gewerkschaften in Frankreich auf und verwies die Abgeordneten der KPF aus dem Parlament, sondern unterband auch die Presse der Kommunisten und verhaftete mehr als 3000 ihrer führenden Funktionäre. Die Reaktion diffamierte die Kommunisten als antinationale Kräfte, die als Handlanger Moskaus den Frieden gefährden würden. Man ging sogar so weit, die Essensrationen in den Lagern, in denen die Interbrigadisten in Frankreich interniert waren, zu kürzen.³³

Gab es seit jeher unterschiedliche Haltungen der Sozialdemokraten zur Sowjetunion, wobei bei den Linken, wie zum Beispiel Otto Bauer, letztendlich immer die Wichtigkeit der Existenz der Sowjetunion hervorgehoben wurde, führten die Ereignisse vor und nach dem Kriegsbeginn zu einer radikalen Änderung. Die von Kautsky vertretene Gleichsetzung der Kommunisten mit den Faschisten wurde verstärkt verwendet und der Sowjetunion ob ihrer Maßnahmen zur Grenzsicherung Imperialismus vorgeworfen.

Doch es waren gerade die SAI und die in ihr organisierten Sozialdemokraten, die eine große Schuld an dieser Entwicklung traf.³⁴ Auch wenn es Linke wie Otto Bauer, Theodor Dan, Jean Zyromski oder Pietro Nenni gab, war das Bild doch geprägt von den Rechtsopportunisten, die sich bedenkenlos hinter die Außenpolitik ihrer Bourgeoisie stellten, wie die west- und nordeuropäi-

schen Sozialdemokraten, oder die, wie Leo Blum in Frankreich, in der Regierung maßgeblich an der Verhinderung des Kampfes gegen den Faschismus in Spanien beteiligt waren und so dessen Vormarsch begünstigten. Die Agonie, in der sich die SAI ab Mitte der dreißiger Jahre befand, wird daran sichtbar, daß sie nicht in der Lage war, Richtlinien für den voraussehbaren Kriegsfall auszuarbeiten oder entsprechende politische Orientierungen zu vermitteln. Ihre Reaktion auf den Überfall Chinas durch Japan ließ ein halbes Jahr auf sich warten, die auf die Annexion Österreichs enthielt keinerlei Forderung nach Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit, die französischen Sozialisten unterstützten das Münchner Abkommen, und die englische Labour Party schloß ein Stillhalteabkommen mit den Konservativen.

Die Position der Kommunisten

In dieser Phase richteten die Kommunisten vehemente Angriffe vor allem gegen Großbritannien, gegen die „englischen Imperialisten“, in denen sie nun die größte Gefahr für den Frieden sahen. Der Überfall auf Polen war für die KI Bestätigung dessen, was der VII. Weltkongreß analysiert hatte: der offene Ausbruch eines imperialistischen Kriegs. Mit den Überfällen auf China, Abessinien und Spanien hatte er begonnen und wurde nun von den imperialistischen Blöcken mitten in Europa ausgetragen, wobei Polen als Vasall Großbritanniens in einem ungerechten Krieg gegen Deutschland kämpfte, meinte die KI, die sah, daß die Westmächte die imperialistischen Widersprüche auf Kosten der Sowjetunion lösen wollten und einen aktiven Kampf gegen den Hitler-Faschismus vermieden. Entsprach die Charakterisierung als imperialistischer Krieg auch den Gegebenheiten, mangelte es den zentralen Stellungnahmen der KI an der Differenzierung zwischen den imperialistischen Staaten Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite und dem mit höchster Brutalität im Inneren und Äußeren die Weltherrschaft anstrebenden Hitler-Deutschland auf der anderen Seite. Die Erkenntnis, daß dieser Krieg von Anbeginn an auch schon den Charakter eines antifaschistischen Befreiungskampfs in sich trug, konnte sich in der KI erst im Laufe des Frühjahrs 1940 durchsetzen. Parallel dazu gab es aber die Empfehlungen der KI an einige kommunistische Parteien, in denen die Aufgabe der Kommunisten in der Abwehr der faschistischen Bedrohung und im Kampf ihrer Völker um nationale Befreiung betont wurde. Entsprach die Einschätzung der KI in diesem kurzen Zeitraum nicht zur Gänze den Gegebenheiten, so entsprach die Forderung, daß es „im Interesse des Weltproletariats“ liegen müsse, den Krieg zu lokalisieren, den Frieden dort wieder herzustellen, wo „heute der imperialistische Krieg wütet“, den realen Bedürfnissen der Völker. Eine für die Haltung zum Krieg wichtige Einschät-

Die KPÖ zum Kriegsausbruch

Arbeiter! Bauern! Intellektuelle! Frauen! Mütter!
Es lebe der Friede! Es lebe Österreich!

Die fluchbeladenen Herren der alten, kapitalistischen Welt haben ihren bisherigen Verbrechen das verabscheuungswürdigste angereicht, ... den Krieg. Für die Profitgier einer Handvoll reicher Parasiten führen Hitler, Chamberlain und Daladier ihre Völker auf die Schlachtfelder. Junge Menschen, Familienväter, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle sollen sich gegenseitig verstümmeln und abschlachten. Frauen und Kinder sollen von Bomben zerrissen oder vom Hunger erwürgt werden. Die wilde Jagd des Krieges soll über Fluren und Felder hinwegjagen, alles vernichten, was da von menschlicher Kultur und Zivilisation zeugt.

Wir sagen nein! Wir wollen den Frieden!

Hitler versuchte krampfhaft, seine Blutschuld abzuleugnen, doch kann der Schlächter Polens das Volk nicht mehr täuschen, das deutsche Volk und besonders das von der preußischen Fremdherrschaft geknebelte österreichische Volk erkennen: *Der Feind steht im eigenen Land!*

Erst mit der Vernichtung dieses Feinds werden die Freiheit Österreichs und der Friede gesichert sein. Warum winselt Hitler heute um Friede? Ist aus der Bestie ein Friedensengel geworden? Wir wissen, daß nur das machtvolle Einschreiten der Sowjetunion für den Völkerfrieden, daß nur der Anblick der vormarschierenden Roten Armee, der Wille des deutschen, österreichischen und tschechischen Volks ihm diese seltsamen Töne entlocken. An uns allen aber liegt es auch zu verhindern, daß Hitler unter der Maske des Friedensengels neue Überfälle auf andere Völker vorbereitet. Die Sowjetunion, das Land des Sozialismus, hat vor aller Welt die Fahne des Friedens erhoben. Um sie scharen sich heute alle fortschrittlichen Menschen. Die Politik der Sowjets begeistert und stärkt alle Unterdrückten in ihrem Streben nach Frieden. In diesem Augenblick erheben sich in allen Ländern die Fäuste der Arbeiter und Bauern gegen die Kriegsbrandstifter. So wie die Werktätigen in England und Frankreich, geführt von ihren kommunistischen Parteien, heute trotz Kerker und Verfolgung den Kampf gegen die Kriegstreiber in ihren Ländern aufgenommen haben, so sammelt auch das österreichische Volk seine Kräfte im Kampf gegen den bluttriefenden Hitlerfaschismus, für die Freiheit Österreichs, für den Frieden.

Arbeiter! Bauern! Intellektuelle! Frauen! Mütter! Vor allem ihr jungen Menschen Österreichs! Stört die Kriegsmaschine mit allen Mitteln, im Betrieb, in den Organisationen des Faschismus, im Heer, wo ihr nur könnt! Soldaten! Denkt daran, daß auf der anderen Seite auch Brüder stehen, Arbeiter, Bauern, so wie ihr! Vergeßt nie: *Der Feind steht im eigenen Land!* Nieder mit Hitler, dem Trabanten der Großkapitalisten, der für die Kriegsgewinne der Krupps, Thyssen, Göring, Vögeler, Siemens & Co. die Völker ins Verderben führt! Nieder mit dem zweiten imperialistischen Krieg. Es lebe der Friede! Es lebe die Sowjetunion, das Bollwerk des Friedens und der Freiheit!

Die Kommunistische Partei Österreichs
Der Kommunistische Jugendverband Österreichs

zung hatte die KPÖ auf ihrem Amsterdamer Plenum getroffen. Die Partei zeigte die Notwendigkeit auf, den Menschen als Alternative zur Kriegspolitik Hitlers einen konsequenten, tagtäglichen Kampf um die Erhaltung des Friedens entgegenzustellen. Den Massen müsse erklärt werden, daß jeder Krieg der angegriffenen Völker gegen den faschistischen Überfall ein fortschrittlicher und gerechter Krieg ist, stellte das Plenum fest. „Dabei dürfen die Kommunisten nicht aus dem Auge verlieren und müssen den Volksmassen erklären, daß die reaktionären Kreise der sogenannten demokratischen Großmächte nicht darauf verzichten — und sogar während eines solchen Abwehrkriegs der Völker nicht darauf verzichten werden — zu versuchen, sich mit den Hitler-Faschisten zu verständigen, um auf Kosten der Völker die faschistische Aggression gegen die Sowjetunion zu lenken.“³⁵

Der Kampf um den Frieden, den die Partei ins Zentrum ihrer Aktivitäten gestellt hat, machte es auch notwendig, daß all das, was diesem förderlich schien, Unterstützung fand. An erster Stelle stand hier die Verteidigung der Sowjetunion und ihrer Schritte zur Abwendung eines Kriegs. Der Nichtangriffsvertrag der Sowjetunion mit Deutschland war, wie die Partei feststellte, auch ein Teil dieser Aktivitäten. In ihrem Flugblatt „Der Kampf um den Frieden“ heißt es dazu: „Alle wahrhaft fortschrittlichen Menschen müssen ein Interesse daran haben, daß die Sowjetunion nicht in den Krieg verwickelt werde, daß die Sowjetunion ihre Grenzen... sichere, daß die Sowjetunion immer mächtiger und stärker werde.“³⁶

In den von der KPÖ verbreiteten Schriften wurde auf den imperialistischen Charakter des Kriegs hingewiesen und kein Unterschied zwischen Deutschland und den beiden Großmächten Frankreich und Großbritannien gemacht. Es würde darum gehen, wie „Weg und Ziel“³⁷ schrieb, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg, in eine Revolution umzuwandeln. Das Kriegsende müsse die Niederlage aller imperialistischen Staaten und den Sieg der revolutionären Klasse bringen.

In „Weg und Ziel“ vom Jänner 1941 wurde betont, daß die KPÖ weder Interesse am Sieg Deutschlands noch am Sieg der englischen Imperialisten hätte, sondern nur am Sieg der vom Imperialismus unterdrückten Völker.

Mag es in dieser Zeitspanne oft nicht leicht gewesen sein, aus der Illegalität heraus völlig widerspruchsfrei, in allen Facetten stimmige Stellungnahmen und Analysen zu liefern, so kann auf Grund der überlieferten Schriften festgehalten werden, daß die KPÖ in ihrer illegalen Propaganda es verstanden hat, die damalige Entwicklung und die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu erfassen und zu analysieren. So heißt es in den Flugblättern „Der 2. imperialistische Weltkrieg und die Stellung der Sowjetunion“, das beim später hingerichteten Lothar Dirmhirn, der zu den führenden Organisatoren des Widerstands in Wien zählte und der in den Wasserwerken eine illegale Zelle organisierte: „Es bedurfte der Realität in Form des Überfalls auf die

Sowjetunion, daß auch zögernden und kritisch eingestellten Menschen der Kern der Sowjetpolitik klar wurde.“³⁸

Erst der Kampf der Sowjetunion gegen Hitler-Deutschland, der dann zur Anti-Hitler-Koalition mit den USA und Großbritannien führte, brachte auch eine Änderung des Kriegscharakters. Die antisowjetische Haltung der Westmächte und Amerikas änderte sich nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler-Deutschland schon weite Teile Europas unterjocht und griff nach den Kolonien und Einflußsphären von Großbritannien und den USA. Während der Schlacht vor Moskau, im Herbst 1941, trafen einander erstmals Vertreter der UdSSR, USA und Großbritanniens in Moskau, um über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Hitler-Faschismus zu sprechen. Am 1. Oktober 1941 wurde bereits jenes Protokoll unterzeichnet, in dem Umfang und Art der gegenseitigen Waffen- und Materiallieferungen fixiert wurden. Die Konstituierung der Anti-Hitler-Koalition erfolgte am 1. Jänner 1942 in Washington. Diese „Deklaration der Vereinten Nationen“ war von 26 kriegführenden Staaten unterfertigt.

Überwog in der Anfangsphase sein imperialistischer Charakter, veränderte sich dieser nach dem Überfall auf Frankreich und der Unterjochung zahlreicher kleinerer europäischer Staaten zu einem nationalen Befreiungskampf. Die Kommunisten stellten sich dabei an die Spitze des antifaschistischen Kampfes und bemühten sich um breite nationale Fronten der Hitler-Gegner. Dieser wachsende Widerstand der Volksmassen war es auch, der einen bedeutenden Anteil an dieser Veränderung hatte.³⁹

Der Widerstandskampf der KPÖ

Rekonstruktion der illegalen Führung

Erwin Puschmann, der sich nach der Auflösung des Sitzes des ZK in Paris im September 1939 nach Jugoslawien begab, hielt sich dort zwischen Dezember 1939 und März 1940 auf und unterhielt bereits Verbindung mit Österreich. Über Preßburg (Bratislava), einem wichtigen Zentrum der Partei als Anlaufstelle für die Verbindung nach Österreich, reiste er im Oktober 1940 ins Land ein. Anton Reisinger, der mit ihm in Richtung Österreich unterwegs war, wurde während ihres Aufenthalts in der Slowakei von der Gestapo verhaftet. Puschmann gelang es bis Anfang 1941, in Wien wieder abgerissene Verbindungen herzustellen. Zu denen, die nun Leitungstätigkeiten ausübten, gehörten Franz Šebek, Ferdinand Strasser, Hedy Urach, Robert Fischer und Stefanie Engler, die die Kontakte in die Provinz organisierten, Mathias Pista, Karl Hodac, Leopold Fritzsche, Alois Houdek und andere. Auch in Graz und anderen Städten der Steiermark konnten Genossen den Widerstandskampf neuerlich organisieren. Zu ihnen zählte der aus der Türkei ins Land gekommene Architekt Herbert Eichholzer, der Schauspieler

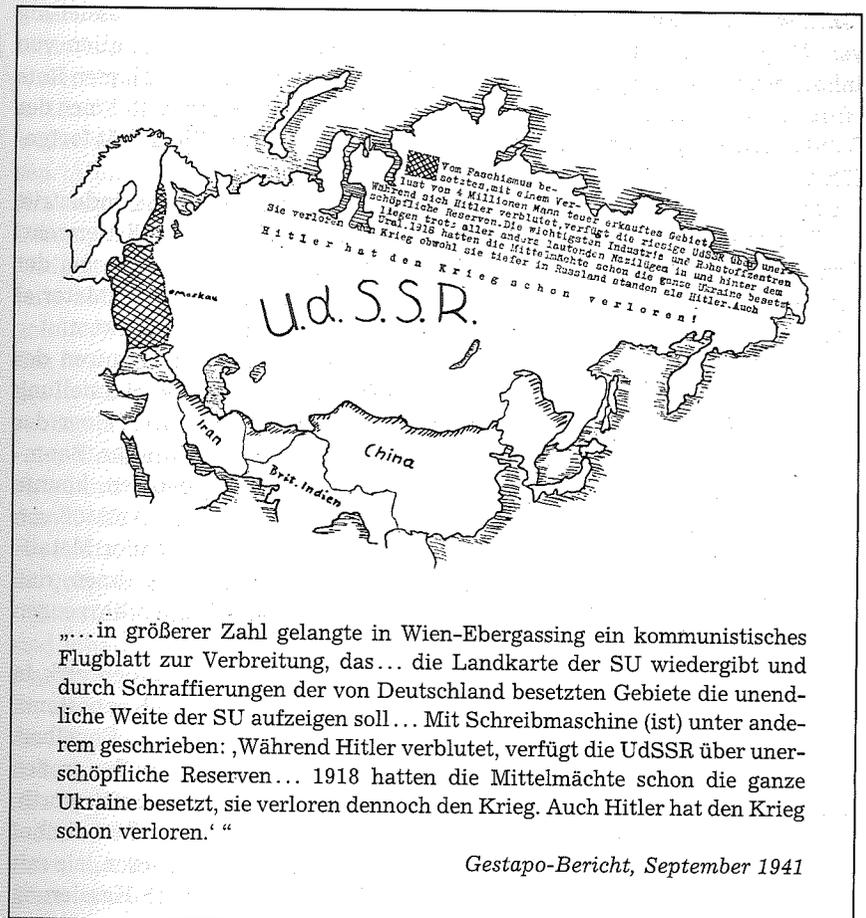
und Regisseur Karl Drews, der Buchdrucker Josef Neuhold, Gertrude Hainzel, der Grazer Archivar Franz Weiss (diese Gruppe verfaßte das Manifest „Österreich wird wiedererstehen“), nicht zuletzt der Lehrer und Dichter Richard Zach, der die hektographierte Zeitung „Der Rote Stoßtrupp“ hergestellt und verbreitet hat. Im Jänner 1941 wurde E. Puschmann im Zuge einer mehrmonatigen, umfassenden Gestapo-Aktion mit mehr als 500 anderen Kommunisten verhaftet. Auch dieser schwere Schlag gegen die Partei, der Dutzenden Genossen das Leben kostete, ist auf die Einschleusung des Spitzels Koppel in die Organisation zurückzuführen. Als der Parteizentrale diese Vorgänge bekannt wurden, fuhr Heini Gabler im Mai 1941 von Moskau über Sofia und Jugoslawien nach Österreich. Noch während seiner Anreise brach der Krieg gegen die Sowjetunion aus.

Gabler, der mit Friedrich Hedrich, Hedy Urach, Leopoldine Kovarik, Julius Kornweitz u. a. zusammenarbeitete, bemühte sich um die Weiterführung der Betriebsaktivitäten der Partei.

Im Oktober 1941 wurde er aber ebenfalls verhaftet, zum Tode verurteilt und 1944 hingerichtet.

Das auf Seite 301 abgebildete Flugblatt war Teil einer umfangreichen Tätigkeit von jungen Kommunisten, die im KJV organisiert waren und sich mit der „Soldatenarbeit“ beschäftigten. Von Leo Gabler dazu inspiriert und angeleitet, sammelte die Gruppe von Fronturlaubern Feldpostnummern, an die sie nicht nur dieses Flugblatt sandten, sondern auch die von ihnen verfaßte Schrift „Soldatenrat“. Diese Gruppe Soldatenrat, die einen großen Frauenanteil aufwies, hielt im September 1942 im Lainzer Tiergarten in Wien eine Konferenz ab, an der zirka 20 Personen teilnahmen. Man diskutierte ein vorgelegtes „Fünf-Thesen-Papier“, das auf Grund des raschen Vormarsches der Deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion zur Schlußfolgerung kam, daß ein baldiges Kriegsende und eine längere faschistische Phase in Deutschland zu erwarten sei. Doch die Diskussion und die Abstimmung danach zeigten, daß man mehrheitlich dieses pessimistische Papier ablehnte, das in seiner Konsequenz die Einstellung des Widerstands forderte. Im Gegenteil dazu zog man aus den Kämpfen vor Moskau den Schluß, daß sich hier bereits eine Wende hin zur Niederlage Hitler-Deutschlands abzeichne. Dieser Überzeugung verlieh man auch in dem Flugblatt Ausdruck, das hier abgebildet ist und das das Ergebnis einer Besprechung von Fritz Hedrich und Walter Burstein im Oktober 1942 war. Eine große Zahl derer, die daran beteiligt waren, wurden nach ihrer Verhaftung hingerichtet. Darunter Elfriede Hartmann, Leopoldine Kovarik, Rudi Mašl, Anni Gräf, Franz Reingruber und andere.

Ein weiterer Aspekt ihres Widerstandskampfes war die Planung von Sabotageanschlägen. Damit eng verbunden ist der Name von Walter Kämpf, der als Schüler der chemischen Lehranstalt sich mit der Herstellung von leicht entflammaren „Brandplättchen“ aus Filmresten beschäftigte.



Schwerpunkt des Widerstands in den Betrieben

Mit den veränderten Bedingungen des Widerstandskampfes nach dem März 1938 verlagerte sich dessen Schwerpunkt in die Betriebe. Auch wenn tausende ehemals sozialdemokratisch eingestellte Arbeiter zu Anhängern Hitlers wurden, war die Kernschicht der Arbeiterklasse nach wie vor sozialistisch eingestellt, ergaben sich in den Betrieben die besten Voraussetzungen für den illegalen Kampf.⁴⁰ Hier konnte nicht nur illegale Literatur weitergegeben und über politische Fragen diskutiert werden, hier war es auch möglich, mit Sabotageaktionen die Rüstungsindustrie zu behindern.

Ein wichtiger Aspekt der Betriebszellenarbeit bestand in der Kassierung von Mitgliedsbeiträgen und Unterstützungsgeldern für die Familien von Inhaftierten oder Hingerichteten. Diese Tätigkeit, die unter dem Namen Rote Hilfe seit der Mitte der zwanziger Jahre einen wichtigen Platz im Rahmen der Solidaritätsaktivitäten der Partei hatte, wurde auch in der Illegalität fortgeführt.

Schwerpunkte der Aktivitäten waren die Zentren der Rüstungsindustrie, in Wien zusätzlich die Bereiche der Gemeindeverwaltung, wie Feuerwehr, Straßenbahn und auch die Polizei, und überregional die Gruppen bei der Eisenbahn, denen eine wichtige Funktion bei der Weiterleitung von Material und Informationen, aber auch bei innerbetrieblicher Sabotage zukam.

In Wien befanden sich in Simmering und Floridsdorf die Zentren des Widerstands. Die Saurer-Werke in Simmering, die sich mit der Herstellung von Spezialfahrzeugen für die Wehrmacht beschäftigten, waren einer der Orte effizienter Sabotageaktionen. Die Gruppe, der Franz Giptner, Baumgartner, Josef Decker, Eduard Rabofsky und andere angehörten, konnte durch verschiedenste Eingriffe in den Produktionsprozeß den Ausstoß von Fahrzeugen nachhaltig hemmen. Durch Verwendung unpassender Metalllegierungen bei Zahnrädern für Fahrzeuggetriebe gelang es ihnen, daß zeitweise der Hof der Firma mit 180 fahruntüchtigen Raupenfahrzeugen verstellt war.⁴¹

Umfangreich war auch die Organisation im 21. Wiener Gemeindebezirk, in dem weit in die Kriegszeit hinein ein breites Netz von Betriebszellen bestand. Den Bezirksleitern Ernst Spatz, Otto Steiger, Mathias Pista, Engelbert Magrutsch, Johann Morth und Josef Hammerschmid gelang es, in den großen Betrieben des Bezirkes (Lokomotivfabrik, Lohner-Werke, Shuttleworth, Waagner & Biró, Fiat-Werk, im Gaswerk Leopoldau, im Straßenbahnhof Floridsdorf und anderen mehr) zahlreiche Zellen zu organisieren, sie mit zentralen Flugblättern und Broschüren zu versorgen und durch Kassierung einen ständigen Kontakt aufrechtzuerhalten. Die Gerichtsakten sprechen von durchschnittlich 500 RM, die monatlich bei den Bezirksleitern von den Zellen zusammenliefen. Bei einer Beitragshöhe von 1 RM waren das somit zirka 500 Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der Zeit des schärfsten Terrors bereit waren, sich sogar durch Beitragszahlungen zur Partei zu bekennen. In einigen dieser Betriebe waren auch in großem Umfang die sogenannten „Fremdarbeiter“ beschäftigt. Es waren dies Arbeitskräfte aus den von Hitler-Deutschland besetzten Territorien, die in den meisten Fällen nicht freiwillig ihre Heimat verließen. Die Mehrzahl von ihnen stammte aus der Sowjetunion und aus Frankreich. Gerade diese Personengruppe unterlag einer gesteigerten Ausbeutung, die durch die menschenunwürdigen Lebensbedingungen, unter denen sie hier lebten, noch verschärft wurde. Nachweislich wurde zu diesen Gruppen Kontakt gehalten, solidarisierte man sich mit ihnen und ließ ihnen zusätzliches Essen oder Kleidung zukommen.

In Oberösterreich gab es in den Steyr-Werken Betriebszellen, die bis 1942 aktiv waren. „Unter den ersten Todesopfern des Kampfes in diesem Betrieb waren Alois Gisely und Hans Brandtner, die schon im Jahr 1939 — nach den ersten Widerstandsaktionen im Werk — verhaftet wurden. Die Gestapo wollte von ihnen durch Folterungen Angaben über die Organisation erpressen. Alois Gisely starb unter der Folter in Wien und Hans Brandtner im Konzentrationslager Mauthausen. Im Jahr 1942 wurden Hans Palme, Anton Ulram, Hans Riepl, Toni Koller und Josef Petinger, die einer größeren Widerstandsgruppe in der Waffenabteilung angehörten, verhaftet, abgeurteilt und hingerichtet. Konrad Bertl wurde bereits beim Verhör zu Tode gefoltert. Im Zusammenhang mit der Arbeit unter den von den Deutschen aus den besetzten Gebieten verschleppten Zwangsarbeitern des Werkes wurde die Rotkreuzschwester Herta Schweiger verhaftet und im Gefängnis totgeschlagen.

Im Dezember 1944 gelang es drei anderen zum Tod verurteilten Steyr-Arbeitern, vier Tage vor dem bereits angesetzten Hinrichtungstermin aus dem Gefängnis München-Stadelheim zu flüchten. Zwei kamen durch, doch der dritte, Karl Punzer, wurde noch am selben Tag ergriffen, in die Todeszelle zurückgebracht und vier Tage später, am 5. Dezember 1944, enthauptet.

Ebenfalls im Jahr 1944 wurden in Steyr Ferdinand Sigmund, Otto Pensl und Johann Buchholzer verhaftet und in den letzten Tagen vor dem Ende der Naziherrschaft von der SS in den Gaskammern des Konzentrationslagers Mauthausen ermordet. Ein gegen Ende des Jahres 1944 verhaftetes Mitglied der Organisation Steyr, Fritz Derflinger, wurde noch am 19. April 1945 in Linz zum Tod verurteilt und am 1. Mai 1945, vier Tage vor der Befreiung der Stadt, hingerichtet.⁴²

Ein anderes Beispiel des von den Kommunisten organisierten Widerstandes in den Betrieben war der Raum Sankt Pölten, wo vor allem innerhalb der Eisenbahn eine umfangreiche Organisation bestand. Zwei Jahre, von Anfang 1940 an, gelang es ihr, eine rege Tätigkeit zu entfalten. Die Gruppe wurde von Zugführer August Steindl aufgebaut. Die Gruppe stellte auf einem Abziehapparat, der bei einem Kleinbauern in Sichelbach stand, verschiedene illegale Materialien her. So zum Beispiel „Weg und Ziel“, „Bauernbrief“ und Flugblätter, die mit „Gefreiter Franz Waber“ unterzeichnet waren.

Ab dem Beginn des Jahres 1941 wurde von der Gestapo die Gruppe aufgerollt. Mitte 1942 verurteilte man die elf Angeklagten in einem Prozeß zum Tode.⁴³

Weitere Versuche einer Koordination des Widerstandes

Nach der Verhaftungswelle im Jahre 1941 begannen die Kommunisten erneut mit der Koordinierung ihres Widerstands. Zahlreiche Materialien

Rundmachung.

Franz Schmaldienst

aus St. Pölten, 43 Jahre alt,

Franz Pötsch

aus St. Pölten, 43 Jahre alt,

Anton Großauer

aus St. Pölten, 39 Jahre alt,

Alfred Stein

aus St. Pölten, 37 Jahre alt,

Karl Mraz

aus Wilhelmsburg, 28 Jahre alt, und

Josef Matfischek

aus Wilhelmsburg, 29 Jahre alt,

die der Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Landesverrats zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt hat, sind heute hingerichtet worden.

Berlin, den 15. Jänner 1943.

**Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof.**

Diese Kundmachung wurde im Jänner 1943 in Sankt Pölten und Wilhelmsburg öffentlich angeschlagen. Sie verkündete, daß sechs österreichische Kommunisten für die Freiheit unseres Landes gefallen waren.

wurden damals von Dr. Albert Springer, der als Stabsarzt in Wien tätig war, verfaßt. Bei Springer fanden auch öfters Sitzungen statt, an denen führende Genossen aus Wien, wie Franz Däninger, Anton Gajda, Franz Jirak und Adolf Neustadt, teilnahmen, die auch Flugblattaktionen organisierten.

In diesen Flugblättern ging es in erster Linie um den Krieg gegen die Sowjetunion und dessen Auswirkungen auf die Bevölkerung. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wurden darin aufgefordert, die Kriegsproduktion Hitlers zu sabotieren. („...beschädigt die Maschinen, wo ihr nur könnt. Hört den Moskauer Sender! Österreichische Mütter und Frauen! Schreibt euren

Söhnen und Männern, sie sollen sich in die russische Kriegsgefangenschaft begeben... Krieg dem Kriege!“)

Springer hatte nicht nur regen Anteil an der Literaturproduktion, sondern konnte auch Fachkollegen für die Mitarbeit gewinnen. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag in der glaubhaften Bestätigung von Krankheiten bei Antifaschisten, die dadurch nicht an die Front mußten und damit weiterhin dem Widerstand zur Verfügung standen.

Bei der Wiener Feuerwehr war es Hermann Plackholm, der mit Johann Zak, Franz Pascher, Johann Perthold, Oskar Schlaf und anderen eine mehrere Dutzend Personen umfassende Zelle aufbaute. Ein Großteil wurde nach ihrer Verhaftung vom obersten SS- und Polizeigericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Für die Hinrichtung von Plackholm, Zak, Perthold, Schlaf und Pascher ließen sich die Nazis etwas „Besonderes“ einfallen. Da sie ein abschreckendes Exempel statuieren wollten, mußten 600 Feuerwehrmänner auf der Schießstätte in Wien-Kagran (heute Teil des Wiener Donauparks) antreten. Nach dem Verlesen des Todesurteils wurde geschossen. Nur Plackholm und Zak fielen, die anderen erfuhren erst in diesem Augenblick, daß sie begnadigt worden waren. In der Polizei organisierten Hermann Schneider, Lorenz Kuscher, Alois Theyrer, Karl Kerner, Franz Däninger und Josef Berger den Widerstand. Alle wurden ebenfalls vom SS-Gericht in München-Stadelheim zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der Gestapo, die in den Kommunisten zu Recht ihre erbittertsten Feinde sah und dementsprechend alles unternahm, ihren Widerstand zu brechen, gelang es Anfang der vierziger Jahre, Widerstandskämpfer zu verhaften, die, mit Fallschirm und Funkgeräten ausgerüstet, über Österreich absprangen. Dabei konnte sie mit Hilfe der unter Druck gesetzten Personen Funkkontakt mit der Moskauer KPÖ-Zentrale aufnehmen. Sie erfuhr so von neuen Ankünften. Hermann Köhler, der im Februar 1943 im Burgenland mit der Funkerin Emilie Baretzky absprang, war vom Zeitpunkt seiner Landung an unter Gestapo-Beobachtung. Seiner Verhaftung folgten fürchterliche Folterungen, um Informationen von ihm zu erlangen. Neben Köhler waren auch noch Robert Güssinger, Johann Brunner und seine Tochter, Gregor Kersche, Albert Huttary, Dr. Glauber, Fritz Jellinek, Hermann Melzer, Heinrich Widmayer u. a. unbeschreiblichen Torturen ausgesetzt. Wurden auch zahlreiche Genossinnen und Genossen verhaftet, so gibt es Beispiele dafür, daß „Fallschirmspringer“ unentdeckt blieben und wertvolle Informationen in die Sowjetunion funken konnten. Erwiesenermaßen gelang es auch einem Funker, der von der Gestapo für die „Funkspiele“ mit der Moskauer Zentrale benützt wurde, einen vereinbarten Geheimcode in das Funkspiel einzubauen, so daß die Parteileitung von der Situation bald in Kenntnis gesetzt werden konnte.

Die französischen „Fremdarbeiter“

Die Partei hatte in Frankreich eine starke Exilgruppe. 1942 beschloß man, Genossinnen und Genossen, als französische Fremdarbeiter getarnt, nach Österreich zur illegalen Arbeit zu entsenden. Die erste Gruppe traf im Oktober 1942 in Wien ein. Mit falschen Papieren, die sie zu Franzosen machten, ausgestattet, nahmen sie die verschiedensten Arbeiten an. Anfang 1943 war ein Literaturapparat aufgebaut, der umfangreiche Materialien produzierte. Die Gruppe, der u. a. Ludwig Beer, Walter Greif, Gottfried Kubasta, Julius Günser, Frieda Günzburg, Gerti Schindel, Lisa Gavrić angehörten, hatte auch enge Kontakte zu Zellen in Rüstungsbetrieben. Sie stellten wichtiges Agit-Prop-Material in tausenden Stücken her und brachten es zur Verteilung. Einige Titel der illegalen Flugblätter waren:

„Stalingrad — Tunesien“, „Zwei Jahre Krieg gegen die Sowjetunion“, „Bomben auf Wiener Neustadt“, „An die österreichischen Soldaten an der Ostfront“.

Die 24 nach Österreich entsandten Genossen konnten bis Herbst 1943 ihre Aktivitäten aufrechterhalten. Neun von ihnen wurden in der Folge von den Nazis umgebracht.⁴⁴

Widerstand in Gefängnissen und Lagern⁴⁵

Eine logische Konsequenz des Widerstands gegen den Hitler-Faschismus war die Fortsetzung desselben in jenen Orten, die zur besonderen Isolierung politisch und rassistisch Verfolgter von den Nazis eingerichtet worden waren. Aus der Zeit des Austrofaschismus ist die rege politische Schulung im Lager Wöllersdorf überliefert, die von führenden Genossen geleitet wurde und manchen der dort inhaftierten Genossen erstmals mit den theoretischen Grundbegriffen des Marxismus-Leninismus bekannt gemacht hat. Der Widerstand in Gefängnissen und Lagern ähnelt dem, der außerhalb der Kerkermauern praktiziert wurde, mußte aber unter bedeutend schwierigeren Bedingungen stattfinden. Das Verbot des Besitzes von Bleistift und Papier, die reduzierte Kommunikation bis hin zu den nicht vorhandenen „normalen“ Informationsmöglichkeiten forderte von den Genossen die vielfältigsten Gegenmaßnahmen. Generell standen auch in den Lagern und Gefängnissen die Beschaffung und Weitergabe von Informationen, die politische Schulung und die Solidarität mit den Mitgefangenen im Mittelpunkt. Obwohl sich in den Kerkern und Lagern zahlreiche Menschen auf engstem Raum befanden, war die Kommunikation ständig durch die Überwachung seitens der Nazis, der kriminellen Kapos oder von Spitzeln bedroht. Unterstützend wirkte hingegen die Tatsache, daß die Nazis auf die Mitarbeit von Häftlingen bei der Verwaltung angewiesen waren. So gelangten aus den Schreibstuben Informationen über einlangende Transporte, Häftlingsverle-

gungen und dergleichen sowie von den als Handwerkern eingesetzten Häftlingen die verschiedensten Materialien in die Hände der Widerstandskämpfer. Beispielsweise konnten Genossen im KZ Dachau einen Radioempfänger herstellen, mit dem sie die ausländischen Nachrichten abhörten und somit über den Kriegsverlauf auf neuestem Stand waren. Obwohl die SS von der Existenz dieses Geräts wußte, gelang es ihr nicht, seiner habhaft zu werden. (Das Modell befindet sich nun in der ständigen Ausstellung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands in Wien.) Von Bruno Dubber ist bekannt, daß er während seiner Haftzeit im Wiener Landesgericht sechs Schulungsbriefe verfaßt hat, die von Zelle zu Zelle gingen. In dem Anfang September 1940 verfaßten Text behandelte er den Versailler Vertrag, dessen imperialistischen Charakter er herausarbeitete und als logische Konsequenz des imperialistischen Charakters des ersten Weltkriegs sah. In einem anderen Text stand die Frage von Wirtschaft und Politik in Deutschland im Mittelpunkt. Schulungen wurden auch in KZ's abgehalten. Auch hier kam der Diskussion zur österreichischen Nation eine zentrale Bedeutung zu: Es ist bekannt, daß sich Leo Gabler in Mauthausen in Schulungskursen dieser Thematik annahm und im Frauen-KZ Ravensbrück ebenfalls die nationale Frage im Vordergrund stand. Wie im Exil ging es auch hier um die nationale Eigenständigkeit gegenüber den deutschen Widerstandskämpfern, denen die eindeutige Unterstützung dieser Linie durch die KPD ebensolche Schwierigkeiten bereitete wie die Diskussionen des Jahres 1937 manchen österreichischen Genossen. Von entscheidender Bedeutung im KZ war die Erringung von Positionen im Verwaltungsapparat. Oft erst nach langen, zähen Kämpfen gegen die von den Nazis bevorzugten Kriminellen konnten die Politischen deren Einfluß reduzieren und ausschalten. Als Lager-, Block- oder Stubenälteste oder in anderen Schlüsselpositionen hatten die Genossen die Möglichkeit, anderen zur Flucht zu verhelfen, sie durch Namensänderung und Verlegung in Außenkommandos vor dem Zugriff der SS zu schützen. In den Lagern vermittelte die Partei das Zusammengehörigkeitsgefühl. Wenn Neuzugänge ins Lager kamen und man hier bereits über ihre Ankunft Bescheid gewußt und entsprechende Maßnahmen zu ihrem Schutz gesetzt hatte, spürte der einzelne die Hilfe des Kollektivs, was ihm die Kraft zu leben und zu überleben gab. Neben diesen psychischen Momenten waren auch die konkreten Unterstützungen mit Lebensmitteln oder Arzneien von großer Wichtigkeit. Die aus den französischen Lagern 1940 nach Deutschland überstellten Spanien-Kämpfer erhielten zum Beispiel nach ihrer Ankunft in Dachau für einen gewissen Zeitraum mehr Erdäpfel. Man sammelte auch Geld für sie, mit dem sie sich, was damals noch möglich war, in der Lagerkantine zusätzliche Nahrungsmittel kaufen konnten. Für manche bedeutete die Teilnahme am Widerstand im Lager den Tod. So wurden Ernst Burger, der Mitglied der in Auschwitz aufgestellten Kampfgruppe war, der Spanien-Kämpfer Rudolf Friemel und Ludwig Vesely am 30. Dezember 1944 vor den

Die Moskauer Deklaration

Von 19. bis 30. Oktober 1943 tagte in Moskau eine Konferenz der Außenminister G. Hull (USA), A. Eden (Großbritannien) und W. M. Molotow (UdSSR). In völliger Einmütigkeit wurden die Maßnahmen besprochen, die ergriffen werden sollen, um den Krieg gegen Deutschland und seine Trabanten in Europa abzukürzen. Zu diesem Zweck wurden, unter Mitwirkung der Kriegssachverständigen der Generalstäbe der drei Mächte, Beschlüsse gefaßt über bereits in Vorbereitung befindliche Kriegsoperationen. Die Konferenz veröffentlichte unter anderem folgendes Dokument:

Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kamen darin überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß.

Sie betrachten den Anschluß, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig.

Sie betrachten sich in keiner Weise gebunden durch irgendwelche Veränderungen, die nach diesem Zeitpunkt in Österreich vorgenommen wurden. Sie geben ihrem Wunsch Ausdruck, ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst, ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.

Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es für die Beteiligung am Krieg auf Seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und daß bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.

auf dem Appellplatz angetretenen Häftlingen dafür gehängt, daß sie einen Ausbruchversuch organisiert hatten. Anderen, wie Sepp Plieseis oder Josef Lauscher, gelang die Flucht aus dem KZ, und sie überlebten, Alfred Klahr konnte zwar aus Auschwitz fliehen, wurde aber dann auf der weiteren Flucht erschossen.

Zum Widerstand in den KZ gehörte auch die Bildung von Lagerkomitees, die international zusammengesetzt waren und bei denen österreichische Kommunisten, wie Heinz Dürmayer im KZ Mauthausen, führend tätig waren.

Die Moskauer Deklaration über Österreich und ihre Auswirkung auf den österreichischen Widerstand

Im November 1941 hatte eine Delegation der KPÖ mit Vertretern der KPdSU eine Besprechung über die sowjetische Unterstützung des Kampfs

der Partei für ein freies, unabhängiges Österreich. Einen Monat später, im Dezember 1941, weilte der britische Außenminister Anthony Eden in Moskau, um mit Stalin einen Meinungs austausch über die europäische Nachkriegsordnung zu führen. In ihren Konzepten sah die Sowjetunion die Wiederherstellung Österreichs als unabhängigen Staat innerhalb seiner Vorkriegsgrenzen vor. Im Gegensatz dazu entwickelte Großbritanniens Regierungschef Winston Churchill ein Projekt, das Österreich als Bestandteil einer Donaustaatenkonföderation vorsah, in der Wien die Hauptstadt sein sollte. Als Ende Oktober 1943 in Moskau die alliierten Außenminister zusammenkamen, setzte sich in der schriftlichen „Deklaration zu Österreich“ der bereits seit 1941 vertretene Standpunkt der Sowjetunion durch. Die Alliierten gaben darin ihrem Wunsch Ausdruck, daß Österreich als freier, unabhängiger Staat wiederhergestellt werden soll, forderten aber gleichzeitig von Österreich, den Widerstandskampf voranzutreiben, weil dies bei der endgültigen Nachkriegsregelung Berücksichtigung finden werde. Die Moskauer Deklaration bestärkte die KPÖ in dem von ihr geführten Widerstandskampf, der seit 1942, durch die Bildung von Partisanenverbänden, eine Ausweitung erfahren hatte.

Die Partisanentätigkeit⁴⁶

Gegen Ende 1942 wurde über den Moskauer Sender „Freies Österreich“ die Bildung einer „Österreichischen Freiheitsfront“ (ÖFF) mitgeteilt. In den Materialien der Partei nach der Annexion 1938 wurde auf die Notwendigkeit der Bildung einer breiten, antifaschistischen Front zur Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen Österreich hingewiesen. In dieser Front sollten sich all jene finden, die für ein freies Österreich und gegen die österreichische Annexion waren, egal ob Katholiken, Sozialisten, Kommunisten, Arbeiter, Bauern oder Intellektuelle. In dem in Österreich auch schriftlich verbreiteten Aufruf der ÖFF hieß es unter anderem:

„Wir Teilnehmer an der Grundsteinlegung der Österreichischen Freiheitsfront haben geschworen, keine Mühen und Opfer zu scheuen, Leib und Leben einzusetzen im Kampf für ein freies, unabhängiges Österreich! Die Österreichische Freiheitsfront kämpft für ein Österreich, das niemand anderem gehört als den Österreichern selbst... Österreich den Österreichern! Auf zum Volkskampf gegen Hitler und seinen Krieg und für ein freies und unabhängiges Österreich.“⁴⁷

Der Moskauer Sender propagierte die Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich und rief zum bewaffneten Widerstand gegen die Deutschen auf. Diese Zielsetzung, die durch die Moskauer Deklaration im Oktober 1943 noch an Bedeutung gewann, war ein wichtiger Faktor nicht nur in den Organisationsbestrebungen des Widerstandskampfes in Österreich, sondern

Aufruf des 1. Österreichischen Freiheitsbataillons

Österreicher! Landsleute!

Wir Kämpfer des österreichischen Bataillons in der Volksarmee Jugoslawiens wenden uns an euch am Jahrestage des Verlustes unserer Unabhängigkeit, der gewaltsamen Besetzung Österreichs durch die deutsche Wehrmacht.

Sieben Jahre schon dauert die Fremdherrschaft des deutschen Faschismus in Österreich. In diesen sieben Jahren haben unser Land und unser Volk viel gelitten und viel verloren. Viele unserer Städte sind zerstört, hunderttausende Österreicher haben ihr Leben gelassen für fremde, unserem Lande und unserem Volke feindliche Interessen. Heute sind die verderblichen Folgen der deutschen Okkupanten für unser Land so offenkundig, daß sie jeder Österreicher täglich fühlt und erkennt. Aber vergessen wir nicht, daß wir selber einen großen Teil Schuld tragen an dem Schicksal, das uns ereilte. Nicht nur, daß wir sieben Jahre lang geduldig und ergeben für Hitler arbeiteten und bluteten — wir haben in den entscheidenden Märztagen des Jahres 1938, als Österreich das erste Opfer der deutschen Aggression wurde, versäumt, mit der Waffe in der Hand um unsere Freiheit zu kämpfen. Aber auch für uns gilt die alte Wahrheit: Ein Volk, das nicht um seine Freiheit kämpft, kann die Freiheit niemals erringen.

Österreicher! Gerade jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir zeigen können, daß wir die Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben und bereit sind, mitzukämpfen für die Erringung der Freiheit für unser Land und unser Volk. Die Befreierarmeen der Verbündeten stehen an den Grenzen Österreichs!...

In unserem Bataillon sind alle Schichten des österreichischen Volkes vereinigt, und alle politischen Richtungen kämpfen in einer Front — in der österreichischen Freiheitsfront! Wir haben durch die Tat das Bündnis mit den freiheitsliebenden Völkern und vor allem mit unseren slavischen Nachbarvölkern verwirklicht. Wir rufen alle Österreicher auf, unserem Beispiel zu folgen.

Unterstützt mit allen Mitteln die herannahende Rote Armee! Laßt Euch nicht gegen sie verhetzen, sie ist die Armee der Befreiung, die uns Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit bringt. Österreichische Soldaten! Verlaßt die todgeweihte Hitler-Armee und geht auf die Seite der Verbündeten über. Österreicher! Laßt Euch auf keinen Fall und unter keinem Vorwand aus Österreich verschleppen, klammert euch an unseren heimatlichen Boden. Bildet bewaffnete Kampfformationen, stärkt die Reihen der österreichischen Partisanen. Tretet den deutschen Okkupanten mit der Waffe in der Hand entgegen, verhindert die Zerstörung, die sie auf unserem Heimatboden anrichten wollen, helft mit, die zurückflutende deutsche Armee zu entwaffnen und endgültig und für immer aus dem Felde zu schlagen.

Es lebe das freie, unabhängige und freie Österreich! ▶

Es lebe der gemeinsame Kampf der freiheitsliebenden Völker!
Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volke!

Das erste österreichische Bataillon
im Verbands der Volksarmee Jugoslawiens
März 1945

In der Bataillonsversammlung vom 4. 3. 1945 im Kampfabschnitt der
XV. Division des I. Österr. Bat.
einstimmig angenommen

Polit. Kommissar d. Bat.:
Füchsel Roman

Der Kommandant d. Bat.:
Stanzel Leopold

auch bei der Entstehung der Partisaneneinheiten, die zwar von Kommunisten organisiert und geführt wurden, an denen aber auch Sozialisten und Parteilose mitwirkten. Im Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ vom Juni 1944 hieß es dann: „Ein Volk, das wirklich frei sein will, das sich selber achtet und die Achtung anderer Völker beansprucht, kann die Freiheit nicht als Geschenk von außen abwarten, sondern muß sich entschließen, mit ganzer Kraft für seine Befreiung zu kämpfen. Die reale Möglichkeit für unseren eigenen Freiheitskampf ist gegeben... Der Widerstand des Volkes wächst. Dennoch ist Österreich bisher im Freiheitskampf hinter anderen Völkern zurückgeblieben. Wir Kommunisten halten die Zeit für gekommen, auch in Österreich die bewaffnete Volkserhebung, den nationalen Volkskrieg gegen die deutschen Unterdrücker und Massenmörder vorzubereiten.“⁴⁸

Die österreichischen Bataillone

Seit 1942 kämpften in den jugoslawischen Partisanenverbänden auch Österreicher. Im Sommer 1944 kamen Franz Honner, Friedl Fürnberg und Franz David aus Moskau mit dem Ziel, eine österreichische Einheit aufzustellen. Im Oktober kamen weitere 20 Österreicher (ein Großteil von ihnen waren Spanien-Kämpfer) per Flugzeug und sammelten sich in Črnemelj.

Drei Bataillone wurden aufgestellt, zwei weitere waren bei Kriegsende im Stadium der Vorbereitung. Die Einheiten bestanden nicht nur aus Österreichern, sie wurden auch von Österreichern kommandiert. Als Kommissare und Polit-Kommissare standen ihnen Max Bair, Roman Füchsel, Leopold Stauch, Franz Gebhart, Peter Hofer, Leopold Spitaler, Lorenz Hiebl, Max

Goldberger, Paul Herrmstadt, Otto Spitz und Alfred Wiesinger vor. Symbolhaft trugen sie am linken Oberarm ihrer Uniform ein rot-weiß-rotes Wapenschild.

Das Operationsgebiet befand sich zwischen Kočevje und Novo Mesto in Unterkrain. In diesem Gebiet der Bela Krajina hatte sich bereits eine demokratische slowenische Zivil- und Militärverwaltung gebildet. Aus dem Versuch der kroatischen und deutschen Faschisten, in diesen Gebieten wieder Fuß zu fassen, entwickelten sich heftige Kämpfe, in die auch die Österreicher verwickelt wurden. Die Österreicher hatten mehrere Opfer zu beklagen. Unter ihnen das ZK-Mitglied Willy Frank.

Kampfgruppe Steiermark

Ihr Ausgangspunkt war ebenfalls Črnomelj, wo der Sitz des Stabes der Partisanen Sloweniens war. Die Gruppe mit 24 Mann wurde im Sommer 1944 von Honner verabschiedet und bewegte sich in Richtung Sau- und Koralpe. Auch sie trugen das rot-weiß-rote Wappen, auf das die Buchstaben ÖFF (Österreichische Freiheitsfront) gestickt waren. Ihre Zielsetzung war die Aufklärung über das Wiedererstehen Österreichs, die Information der Bevölkerung über den Frontverlauf, der Aufruf zum Widerstand und die Schwächung des faschistischen Kriegspotentials. Sie hatte Kämpfe im Gebiet mit den deutschen Besatzern. Zeitweise kämpfte sie gemeinsam mit slowenischen Partisanen im Grenzgebiet zwischen Österreich und Slowenien.

Zwar verringerten um die Jahreswende 1944/45 Verluste die Einheit auf 17 Mann, so waren Karl Sattler und Leo Engelmann gefallen, doch je näher das Ende des Krieges rückte, um so mehr stießen Deserteure und andere Kampfwillige zur Gruppe, die im April 1945 zirka 500 Mann umfaßte. Auch bei dieser Gruppe, die am 7. und 8. Mai Schwanberg und Deutschlandsberg befreite, stellten die Kommunisten den Kern dar. Es waren dies Walter Wachs, Hans Steiner, Toni Sandmann, Fritz Trenkler, Hans Scheichenberger, Hans Griebaum und andere.

Partisanen in der Obersteiermark

Um die Jahreswende 1942/43 wurden in der Obersteiermark Versuche unternommen, die im Untergrund tätigen Kommunisten zusammenzufassen. Sie waren in der Umgebung von Leoben aktiv, wo sie Stützpunkte im Gebirge und Kontakte unter der Bevölkerung ausbauten, die sogenannte Bodenorganisation. Zu ihren Organisatoren zählten der getötete Silvester Heider, weiter Sepp Filz, Max Muchitsch, Anton Wagner („Tic“) und andere. Sie bekannten sich zu einem unabhängigen, demokratischen und antifaschisti-

schen Österreich. Ab Herbst 1943 nannten sie sich „Österreichische Freiheitsfront“ (vorher: Österreichische Unabhängigkeitsbewegung) und begannen im Frühjahr 1944 mit Partisanenaktionen, die zu massiven Einsätzen von Militär und SA gegen sie führten. Als Gegenmaßnahme teilte sich die Gruppe, doch als im Dezember 1944 ihr Versteck entdeckt und verraten wurde, führte dies neuerlich zu Kampfhandlungen, denen sich dann die Partisanen durch Flucht entzogen. Weit größeren Schaden konnte ein Spitzel anrichten, der von der Gestapo aus der Gruppe angeworben wurde und dem ein Großteil der Mitglieder zum Opfer fiel.

Die Partisanen hatten über ihre Bodenorganisation feste Verbindung zu den Parteiorganisationen in Leoben, Donawitz, Sankt Michael, Trofaiach und Vordernberg. Es gelang ihnen auch, vor allem über Frauen, Verbindung in das Wehrkreiskommando Leoben herzustellen. Zwölf Mitglieder starben bei Kampfhandlungen oder im KZ.

Widerstandsgruppe im Salzkammergut

Im Salzkammergut, dem Gebiet zwischen Oberösterreich und der Steiermark, sammelten sich nach der Flucht von Sepp Pliesseis und Fritz Gitzoller aus dem Außenlager Hallein des KZ Dachau 50 Widerstandskämpfer zur Gruppe „Willy“. Ihr Operationsgebiet war das Tote Gebirge, sie konnten sich aber auf gute Kontakte nach Goisern, Aussee, Mitterndorf, Obertraun, Ebensee, Gmunden und Liezen stützen. Obwohl die Gruppe keine bewaffneten Aktionen durchführte, hatten die Nazis von ihr Kenntnis und starteten im Herbst 1944 auch eine Aktion gegen sie.

In Erscheinung traten die Partisanen bei Kriegsende, als der oberösterreichische Gauleiter August Eigruber die Vernichtung der im Ausseer Salzbergwerk gehorteten Kunstschatze (sie waren in ganz Europa von den Nazis gestohlen und hierher gebracht worden) anordnete. Durch ihre Kontakte zu den Salinenarbeitern gelang es, die geplante Vernichtung unschätzbaren Kulturgutes zu verhindern.

Partisanenaktivitäten in Südkärnten

Die Ausrottungspolitik „fremdrassiger“ Minderheiten durch die Nazis betraf auch die Slowenen Kärntens, die darauf mit Widerstand reagierten. Um das Gebiet von Zell-Pfarr und Vellach fanden sich Ende 1941 Kommunisten und slowenische Patrioten zusammen und versuchten mit Flugblättern, auf die Bevölkerung einzuwirken.

Als im Frühjahr 1942 die Nazis mit ihren Vernichtungsplänen gegen die Kärntner Slowenen begannen, gelang der Partisanenbewegung ein Auf-

schwung. Auch in dieser Gruppe konnte die Gestapo durch die Einschleusung von zwei Agenten zahlreicher Widerstandskämpfer habhaft werden. Im April wurden 13 von ihnen zum Tode verurteilt.

Im Urteil hieß es:

„Thomas Olip, Jakob Orasche, Johann Doujak, Franz Gregoritsch, Franz Pristovnik, Florian Kelich, Bartholomäus Orasche, Johann Orasche, Ulrich Kelich, Franz Weinzierl, Georg Pasterk, Michael Schupanz und Maria Olip haben im Kriege im deutschen Kärntnergau terroristischen kommunistisch eingestellten bewaffneten Banden angehört, die die deutsche und überhaupt die reichstreue Bevölkerung terrorisierten, Deutsche ermordeten und Gehöfte plünderten, und Teile des Reiches von ihm losreißen wollten. Sie haben damit im Kriege den Feind des Reiches begünstigt und werden deshalb mit dem Tode bestraft. Sie sind für immer ehrlos.“

Doch der Widerstand ging weiter. Die Nazis gingen mit äußerster Brutalität dagegen vor. Höhepunkt dabei war die Vernichtungsaktion am Perschmannhof in Unterpetzen (jetzt ein Museum), wo in einer Vergeltungsaktion 13 Menschen, vom Bauern, seiner Frau, der Magd bis zu Kindern, von der SS getötet wurden.

Welchen Stellenwert die österreichischen Kommunisten diesem Kampf beimaßen, geht aus dem Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ hervor, wo es dazu heißt:

„Wir Kommunisten erblicken daher in den österreichischen Partisanen Abteilungen, die in Kärnten Schulter an Schulter mit der slowenischen Volksarmee gegen die Hitler-Truppen kämpfen, die bisher wichtigsten Träger des österreichischen Freiheitskampfes ... Das unmittelbare Ziel muß sein, den Partisanenkampf auf ganz Kärnten auszudehnen und die Voraussetzung zu schaffen, daß er nach Tirol und vor allem nach Obersteiermark übergreift.“⁴⁹

Doch dazu ist es nicht gekommen.

So wie der allgemeine Widerstand gegen die Nazis über ein begrenztes Maß nicht hinausging, erreichte auch die Partisanentätigkeit nicht jenes Ausmaß, das sie in anderen, von Hitler-Deutschland annektierten Ländern hatte. Trotz allen Preußenhasses wirkte das nach, was auch bei Schuschnigg 1938 zum Tragen kam, nämlich die tief verwurzelte Vorstellung, daß Österreich letztlich ein deutscher Staat sei. Obwohl sich bei vielen Österreichern diesbezüglich diese Geisteshaltung verändert hatte, schlug dies nicht um in Form aktiven Widerstandes gegen die Nazis.

Die österreichischen Kommunisten im Exil

Egon Erwin Kisch, aus dem mexikanischen Exil zurückgekehrt, meinte in einem Interview auf die Frage eines österreichischen Reporters, was er den Lesern mitteilen könne:

„Sag ihnen vor allem, daß ihre Landsleute eine gute antifaschistische Arbeit in Mexiko geleistet haben. Sie haben österreichische Nazispione entlarvt, sie haben Lateinamerika über das Wesen des Nazitums aufgeklärt, sie haben Kulturarbeit gemacht und sind noch heute das beste ausländische Kulturzentrum im Lande (...) Von bekannten Leuten wirken in Mexiko Bruno Frei, der eben ein Buch über den Weg des Preußentums zum Nazismus verfaßt hat; der Schriftsteller Leo Katz, dessen Buch ‚Die Totenjäger‘ bereits in vier Sprachen ein großer Erfolg ist, und viele andere. Der Führer der modernen Musik in Mexiko ist gleichfalls ein Wiener, Doktor Marcel Rubin, dessen alter Vater, einst Hofrat im österreichischen Finanzministerium, einer der aktivsten antifaschistischen Kämpfer wurde. Frau Dr. Marie Frischauf-Pappenheim wirkt als Kritikerin und Lyrikerin in der spanisch-österreichischen Zeitung ‚Austria libre‘ ...“⁵⁰

Es wurde bereits dargelegt, daß viele Genossen 1938 aus „rassischen“ oder aus politischen Gründen Österreich verlassen mußten. Doch waren davor schon die Februarkämpfe der erste Anlaß, der mehr als tausend Österreicher(innen) zwang, ins Ausland (ČSR und Sowjetunion) zu gehen.

Ungleich mehr folgten ihnen dann nach der Annexion. Zentren des österreichischen Exils (der Österreicher im Exil) waren Frankreich, Großbritannien, Belgien, Schweiz, die skandinavischen Länder Norwegen und Schweden, Türkei, USA, Mexiko, verschiedene Staaten in Südamerika. Bis hin nach China und Australien wurden Österreicher(innen) verschlagen, gab es aktive Exilgruppen, in denen die österreichischen Kommunisten eine maßgebliche Rolle spielten.

Eine Sonderstellung als Exilland nahm die Sowjetunion ein, weil hier, im Gegensatz zu den anderen Exilländern, die kommunistischen Emigranten in ein prinzipiell freundschaftlich gesinntes Land kamen. Hier wurde den Emigranten, die zum Großteil schon seit 1934 hier waren (manche kamen als Facharbeiter bereits in den zwanziger Jahren hierher, um der Sowjetunion beim Aufbau der Wirtschaft und der Realisierung des ersten Fünfjahrplans zu helfen), die Möglichkeit geboten, zu arbeiten und ein dem Land angepaßtes Leben zu führen.

Die Okkupation Hollands und Belgiens führte dazu, daß die Führung der KPÖ im Oktober 1939 Paris verlassen mußte. Mit veränderten Identitäten fuhren Koplenig, Honner, Zucker-Schilling und Puschmann nach Moskau. Friedl Fürnberg, Ernst Fischer und Leo Gabler befanden sich schon seit einiger Zeit dort.

Die Verbindung der Parteispitze von Moskau nach Österreich wurde stets komplizierter. Anfänglich bestand Kontakt über Kurzwellensender, den sogenannten „Klavierspielern“, die Informationen in die Sowjetunion funkten. Mit der Fortdauer des Kriegs und dem sich steigernden Terror der Nazis verlor dieser Kontakt an Bedeutung. Im Gegensatz dazu kam den deutschsprachigen Sendungen aus Moskau große Bedeutung zu.

In sehr vielen Fällen mußten die Exilanten Österreich entweder mit gefälschten Papieren oder illegal über die grüne Grenze verlassen. Sie gingen immer einer ungewissen Zukunft entgegen, kamen in Internierungslager, mußten sich oft ohne Arbeitsgenehmigung durchschlagen, waren der Gefahr des Abschiebens ausgesetzt (so übergab die Schweiz unter anderen Alfred Klahr und Mela Ernst den Nazis, was in der Folge ihren Tod bedeutete) und waren durch sprachliche und kulturelle Unterschiede stets Außenstehende im „Gastland“.

Die Aktivitäten in den Exilländern waren vielfältig. Zentrale Momente bei den österreichischen Kommunisten war die Propagierung der von der Partei entwickelten Theorie einer österreichischen Nation und das daraus folgernde Eintreten für die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen Österreich. Entgegen der Behauptung, daß als Folge des Nichtangriffsvertrags zwischen Deutschland und der Sowjetunion die KPÖ von dieser Forderung abgegangen wäre, beweisen die Fakten eine ungebrochene Kontinuität. Sowohl in Frankreich und Großbritannien als auch in der Sowjetunion hielten die Kommunisten an dieser Konzeption fest. So waren es auch in Schweden die Kommunisten, unter ihnen Gustl Moser, Ludwig Berg, Oskar Deubler und andere, die an die sozialistische Emigration unter Bruno Kreisky herantraten, um eine Sammlung aller Österreicher in Schweden zur Propagierung eines freien und unabhängigen Österreich zu erreichen.⁵¹

Wichtig war auch die Verbreitung von Informationen über Österreich sowie die Aufklärungsarbeit gegen die NS-Propaganda. Damit wurde nicht nur innerhalb der „unpolitischen“ Emigration agiert, sondern darüber hinaus auf verschiedensten Ebenen Einfluß auf die Gastländer betrieben, denen die österreichischen Anliegen nähergebracht werden sollten. Das Einschwenken der britischen Außenpolitik auf die Haltung der Sowjetunion zur Frage der Wiederherstellung eines selbständigen Österreich kann durchaus auch als Ergebnis der entsprechenden Arbeit der österreichischen Emigration in Großbritannien gesehen werden.⁵²

Möglichkeiten der Propaganda nach Österreich bot der Rundfunk. 1938/39 gab es im Rahmen des Moskauer Senders bereits eine von deutschen Emigranten gestaltete deutschsprachige Sendung. Ab Sommer 1939 wurde der Arzt und Spanien-Kämpfer Walter Fischer beauftragt, eine eigene Österreich-Sendung aufzubauen. Doch zur Realisierung dieser Absichten kam es erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als man den „Sender Freies Österreich“ installierte, der am 19. November 1941 das erstmalig sendete und von Erwin Zucker-Schilling als Chefredakteur geleitet wurde.⁵³

Die Inhalte der Sendungen bestanden aus Nachrichten und Kommentaren über das militärische Geschehen, die Lage in Österreich und in der Welt. Über diesen Sender wurde von der Gründung der Österreichischen Freiheitsfront (Oktober 1942) und der Moskauer Deklaration (Oktober 1943) ebenso nach Österreich berichtet, wie antinazistische Propaganda in Form von

politischen Spottgedichten betrieben. Diese stammten von Ernst Fischer, der den sogenannten Miesmacher (eine Wiener Type, die raunzend ironisch die Zustände charakterisierte) zu den verschiedensten Themen Stellung nehmen ließ.

Die Funktion der Lächerlichmachung der Nazis hatte auch die sogenannte Geisterstimme, die in Pausen von Sendungen des deutschen Rundfunks oder während der Reden von Nazipolitikern plötzlich im Radio mit Randbemerkungen für die deutschen Hörer zu vernehmen war. Ermöglicht wurde dieser Effekt durch das Senden auf derselben Wellenlänge.

Besondere Bedeutung erlangte die Arbeit der Genossen unter den Kriegsgefangenen, vor allem in der Sowjetunion. Im März 1942 berichtete die „Prawda“ von der Ersten Konferenz kriegsgefangener Österreicher, die einen Aufruf „An das österreichische Volk! An die österreichischen Soldaten der Wehrmacht!“ gerichtet hatte.

Im Sinne der Konzeption der Österreichischen Freiheitsfront, in der alle Antifaschisten zusammengefaßt werden sollten, wurde auch bei dieser Konferenz die breite Basis der 89 Delegierten betont.⁵⁴

Ziel dieser Aktivitäten war ganz allgemein eine antifaschistische „Umerziehung“, wobei es bei den Österreichern auch um die Frage der eigenständigen österreichischen Nation ging. Das war damals für viele Gefangene völlig neu, wobei der Widerstand dagegen bei den Kriegsgefangenen mit höheren Dienstgraden besonders markant war.

Nach der Moskauer Deklaration konnte die KPÖ von der Politischen Verwaltung der Sowjetarmee erreichen, daß die kriegsgefangenen Österreicher gesondert zusammengefaßt werden konnten. Es wurde das Antifaschistische Büro österreichischer Kriegsgefangener (ABÖK) gegründet, das im November 1944 seine Arbeit aufnahm und eine von Friedrich Hexmann redigierte Zeitung mit dem Titel „Mitteilungen des ABÖK“ herausbrachte. Das ABÖK hatte die Aufgabe, die Österreicher in den verschiedensten Lagern, soweit es möglich war, von den Deutschen zu trennen und ihnen in Gesprächen, Vorträgen und Schulungen die Unterschiede zu Deutschland, die Eigenständigkeit Österreichs, die Herausbildung der österreichischen Nation vor Augen zu führen. Seit April 1943 gab es in der Antifa-Schule im Kriegsgefangenenlager Krasnojarsk bei Moskau eine eigene österreichische Sektion. Ihre Aufgabe bestand darin, den Hitler-Gegnern unter den Kriegsgefangenen eine entsprechende Schulung angedeihen zu lassen, um sie dann selbst in der Arbeit mit Kriegsgefangenen einsetzen zu können. Unterrichtsinhalte waren: Geschichte der KPdSU, Dialektischer Materialismus, Historischer Materialismus, Politische Ökonomie und Landesgeschichte des eigenen Landes. Neben Otto Fischer, Genia Quittner, Alexander Vajda und Hugo Huppert, die die einzelnen Jahrgänge (die bis Sommer 1947 geführt wurden) leiteten, beteiligten sich auch Kopenig, Fürnberg, Hexmann, Fischer, Honner, Frank und Zucker-Schilling als Vortragende an den Kursen.

Unmittelbar an der Front wurde ebenfalls antifaschistische Arbeit geleistet. In der sogenannten Frontpropaganda versuchte man mit Flugzettel, Funkgerät, Lautsprecherwagen und Megaphon die österreichischen Soldaten zum Überlaufen zu überreden, sie von der Sinnlosigkeit des Kampfes zu überzeugen. Leo Stern, Hugo Huppert und Ruth Fischer waren auf diesem Gebiet tätig.

Von Moskau aus wurde auch die Gründung der österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien in Angriff genommen. Nach Kriegsende galt das Bemühen der in der Sowjetunion verbliebenen Genossen der Rückführung der österreichischen Kriegsgefangenen.

Österreichische Kommunisten kämpften im Exil aber auch in Partisaneneinheiten, wie zum Beispiel in Frankreich, Italien, Rumänien und der Sowjetunion, gegen den Hitler-Faschismus. Ebenso taten sie dies im Rahmen der alliierten Armeen. Diese Beispiele zeigen, daß die Emigration einen untrennbaren Teil des gesamten österreichischen Widerstands darstellte.

Die größten Exilgruppen befanden sich in Frankreich und dann, nach dem deutschen Einmarsch, in Großbritannien. Stellvertretend soll hier am Beispiel Frankreich die Tätigkeit im Exil dargestellt werden.

Frankreich⁵⁵

Frankreich war das erste, von vielen Österreichern gewählte Exilland. Die Führung der KPÖ im Ausland übersiedelte im November 1938 von Prag nach Paris. Ihre Aufgabe bestand in der Organisierung des Widerstands in Österreich, unter anderem in der Entsendung von Funktionären, der Herstellung von Kontakten sowie der Herausgabe verschiedenster Materialien — zum Beispiel der „Roten Fahne“ —, die nach Österreich transportiert wurden.

Erste wichtige Aufgabe in Paris war die Organisierung und Durchführung des „Amsterdamer Plenums“ im Juli 1939, einer erweiterten Tagung des Zentralkomitees der KPÖ in der Nähe von Paris. Daran nahmen nicht nur die in Paris lebenden Genossen teil, sondern auch Delegierte, die aus Österreich angereist waren, sowie Interbrigadisten, von denen einer, Heinrich Fritz, als Anerkennung und Würdigung des Kampfes der österreichischen Kommunisten in Spanien, in das ZK aufgenommen wurde.

Neben dem illegalen Bereich gab es die legalen Tätigkeiten der Genossen. Man organisierte auch hier eine „Rote Hilfe“, kümmerte sich um Arbeitsgenehmigungen, notwendige Papiere und Dokumente. Auch kulturelle Zirkel und Aktivitäten wurden unter Mithilfe der Genossen geführt. So der „Circle culturel autrichien“, an dessen Schaffung Arpad Haas beteiligt war, oder die seit Februar 1939 erschienenen und von E. Zucker-Schilling als Chefredakteur geleiteten „Nouvelles d'Autriche — Österreichische Nachrichten“, die

ein breites Forum für die österreichischen Exilanten in Frankreich darstellten. Die politische Arbeit der Kommunisten gestaltete sich keineswegs reibungsfrei. Auch hier waren die Genossen bestrebt, gerade wegen des starken Anteils konservativ-monarchistischer Kreise, ihre seit 1935 praktizierte Volksfrontpolitik fortzuführen. Das aber löste bei den österreichischen Sozialdemokraten heftigste Angriffe aus. Sie sahen weiterhin keinerlei Möglichkeiten, mit diesen, ebenfalls vom Faschismus betroffenen und vor ihm geflohenen Kreisen zusammenzuarbeiten. Die schon in der Illegalität im Austrofaschismus begonnene Diskussion zur Frage der österreichischen Nation setzte sich hier fort. In dieser Frage zeigte sich bei den Sozialdemokraten und den RS auch nach der Annexion Österreichs keinerlei Veränderung. Ihrer Vorstellung einer gesamtdeutschen Revolution (in der Folge der Niederlage des Hitler-Faschismus) setzten die österreichischen Kommunisten ihre Konzeption entgegen. Ein Sammelband mit verschiedensten Artikeln zu diesem Fragenkomplex sollte in dieser Auseinandersetzung sowohl gegenüber den Vorstellungen der konservativ-monarchistischen Kreise als auch gegen die der Sozialisten die Haltung der Kommunisten unterstützen.⁵⁶

Einen großen Einschnitt bedeutete der Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Ab diesem Zeitpunkt waren die Kommunisten nahezu isoliert. Ihre Volksfrontbestrebungen wurden dadurch unreal, die Versuche der Annäherung an die sozialistische Emigration war vorerst beendet. Der Kriegsausbruch verschärfte die Situation und führte zu vehementen Angriffen der Kommunisten auf die Westmächte.

Diese Haltung der Kommunisten, die in linksradikalen Losungen, wie sie den RS eigen waren, ihren Ausdruck fand, war ein Ergebnis dieser Entwicklung.⁵⁷ Viele Genossen waren im spanischen Bürgerkrieg, wo sie unmittelbar mit der „Nichteinmischungspolitik“ der Westmächte konfrontiert waren, die zur Niederlage der Republik führte. Sie erlebten nach dem Grenzübertritt nach Frankreich die Verfolgungen durch die französische Polizei und die Internierung in Lagern. Sie waren Zeugen des Münchner Abkommens und der Weigerung der Westmächte, ein System der kollektiven Sicherheit gegen den Hitler-Faschismus zu schaffen. Gleichzeitig wuchs die Kriegsgefahr und führte dazu, daß breite Teile der Arbeiterbewegung von der Unabwendbarkeit eines Krieges überzeugt waren.⁵⁸

Aus dieser Situation heraus wird es verständlich, wenn die Kommunisten nicht nur den Nichtangriffsvertrag als Abwehrmaßnahme der Sowjetunion voll unterstützten, sondern auch in einem bestimmten Zeitraum in zu wenig differenzierten Stellungnahmen die Westmächte auf eine Ebene mit Hitler-Deutschland stellten.

Mit dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht und der Teilung Frankreichs in eine besetzte Zone im Norden und einer unbesetzten Zone im Süden, das sogenannte Vichy-Gebiet (in der Stadt Vichy befand sich der Sitz der Regierung unter Pierre Laval, ab Juli 1940 gefolgt von Philippe Pétain),

lösten sich sowohl die konservative als auch die sozialistische Emigration auf.

Bereits vor dem deutschen Überfall auf Holland und Belgien internierte die französische Regierung tausende Exilanten, darunter auch die Österreicher. Viele, die der Internierung entgingen, versuchten Frankreich zu verlassen, was aber sowohl eine Frage des Geldes als auch der dafür notwendigen Visa war. Auch für die im Vichy-Gebiet verbliebenen Flüchtlinge blieb die Lage weiterhin bedrohlich, da in dem mit Nazideutschland abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen die Auslieferung von politischen Emigranten an die Deutschen vorgesehen war.

In der totalen Illegalität lebten natürlich die Genossinnen und Genossen im besetzten Teil Frankreichs, in dem ab Juni 1940 der Sicherheitsdienst und die Gestapo Jagd auf die Kommunisten machten. Zu den ersten Opfern zählte der als Journalist tätige Hans Glaubauf (er wurde nach einem Prozeß 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet) sowie Arpad Haas und Johannes Wertheim. Der sich in Frankreich entwickelnde Widerstand war von der KPF getragen, die 1939, im Zuge der antikommunistischen Maßnahmen, verboten worden war. Die österreichischen Kommunisten gliederten sich in den von der KPF organisierten Widerstand ein.

Die Leitung der KPÖ in Frankreich lag in den Händen von Othmar Strobel und Franz Marek. Nach der vollständigen Besetzung Frankreichs im November 1942 bildete sich im Süden eine Leitung unter O. Grossmann, Paul Kessler und Jan Gredler.

Eine wichtige Arbeit, zu der gerade die deutschsprechenden Genossen in Frankreich prädestiniert waren, bestand in der antifaschistischen Aufklärung unter den Soldaten. Dieser Sektor des Widerstands war die sogenannte „Travail Allemand“ (TA: Deutsche Arbeit), welche zum Ziel hatte, mit schriftlicher und mündlicher Agitation innerhalb der faschistischen Kriegsmaschinerie gegen den Nazifaschismus zu arbeiten. Neben Flugblättern wurden zu diesem Zweck auch die Zeitungen „Der Soldat am Mittelmeer“ und „Soldat im Westen“ herausgegeben. Hans Zipper und Oskar Grossmann hatten als leitende Redakteure großen Anteil am Entstehen dieser Agitationsmaterialien. Zur Aufklärungsarbeit zählten auch die Aktivitäten der sogenannten „Mädelgruppen“. Ihre Aufgabe war es, Gespräche mit deutschen und österreichischen Soldaten anzuknüpfen und so Möglichkeiten der Beeinflussung zu schaffen. Im Norden leiteten diese Arbeit unter anderen Gerti Schindel und Lisa Gavrić, in Lyon Anna Grün. Betreut wurden diese Gruppen von den sogenannten Instruktoren, die die Verbindung zwischen den regionalen Parteileitern und ihnen aufrechterhielten. Die Instruktoren hielten auch Kontakt zu jenen Genossen, die gezielt in verschiedenste Dienststellen der deutschen Besatzung eingebaut worden waren, wo sie zum Beispiel als Dolmetscher wichtige Informationen für den Widerstand sammeln und weitergeben konnten.

Teil des Widerstands österreichischer Kommunisten waren auch Partisanenaktionen, bei denen die Zerstörung und Lahmlegung von Rüstungsbetrieben und militärischen Einrichtungen im Mittelpunkt standen.

An anderer Stelle wurde bereits auf die Organisation von Einsätzen nach Österreich eingegangen. Aber nicht nur nach Österreich, sondern auch nach Jugoslawien wurden mehrere Dutzend Widerstandskämpfer gesandt, wo sie sich in die dort gegründeten Freiheitsbataillone einreihen und für die Freiheit Österreichs kämpften.

Der Widerstandskampf der Österreicher in Frankreich forderte zahlreiche Opfer. Zu seiner Bekämpfung entsandte die Gestapo eine eigene Sondertruppe aus Wien, der erst nach längerer Anlaufzeit ein Eindringen in die Organisation gelang. Die gegen die Genossinnen und Genossen angewandten Folterungen waren nahezu grenzenlos. Von „einfachen“ Faustschlägen reichte die Skala hin bis zu Scheinerschießungen. An die 50 Kommunistinnen und Kommunisten der Österreichischen Freiheitsfront in Frankreich kamen in der Résistance ums Leben. Unter ihnen Grossmann, Jula Günser, der Schriftsteller Otto Heller, Anni Petschenig, Gustav Teply und Hans Zipper.

Die Konzeptionen der KPÖ für die Nachkriegszeit

„Für ein freies, unabhängiges Österreich“ hieß die von der ÖFF 1943 herausgegebene Broschüre, in der ein Überblick über die „nationalen Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen in Österreich“ gegeben wurde. Lag hier noch der Schwerpunkt auf der Mobilisierung der Unentschlossenen und Zögernden, fand sich in der 1944 entstandenen Broschüre der KPÖ „Auf zum Kampf für die Freiheit und Wiedergeburt Österreichs“ eine detailreiche Auseinandersetzung mit der Entwicklung nach dem Krieg, mit den notwendigen Veränderungen und angestrebten Zielen.

Im ersten Teil wurde die Notwendigkeit der Wiedergeburt Österreichs unterstrichen. Die Partei stellte sich voll hinter die Moskauer Deklaration und forderte die Verstärkung des eigenen Freiheitskampfes, der bereits in der Moskauer Deklaration von den Alliierten angesprochen wurde. Die Partei sah in dieser Zeit eine bewaffnete nationale Volkserhebung als notwendig an. Aus diesem Grund propagierte und förderte sie den in Österreich sich entwickelnden Partisanenkampf.

Im zweiten Abschnitt des Dokuments bezeichnete es die KPÖ „im Interesse der Vereinigung aller Volkskräfte zum Kampf für ein freies, unabhängiges, in seiner demokratischen Entwicklung gesichertes Österreich“ als notwendig, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, das heißt, die Ursachen der „über uns hereingebrochenen Katastrophe aufzudecken“.

Der dritte Teil ging auf die „Wiedergeburt Österreichs“ ein. Im wiedererstandenen Österreich werde sich eine provisorische Regierung bilden, die auf breiter demokratischer Grundlage stehen werde. Ihre Aufgabe werde es sein, den faschistischen Machtapparat zu liquidieren und die Freiheitsrechte des Volkes zu sichern.

In bezug auf das politische Leben wurde vom Wiedererstehen beziehungsweise von der Neubildung politischer Parteien gesprochen, wobei festgehalten wurde, daß nur demokratische Parteien dieses Recht beanspruchen werden können. Seitens der Kommunisten wollte man den anderen Parteien die Bildung eines „Volksblocks“ vorschlagen, der mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm an den Wiederaufbau Österreichs gehen sollte. Dies wurde als Voraussetzung für die Festigung der „Einheit des Volkes“ angesehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet stand eine Verstaatlichung der deutschen Monopole und Großbetriebe ebenso außer Frage wie die weitere Existenz der Gewerbetreibenden und der Kleinunternehmer. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Lebensfähigkeit Österreichs, genauso wie die anderer Kleinstaaten, durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern gesichert ist, wobei in Zukunft der Schwerpunkt dieser Beziehungen im Osten und Südosten liegen wird müssen.

Die Ausführungen zur innenpolitischen Entwicklung zeigen, daß die Partei die Resultate des antifaschistischen Freiheitskampfes sehr hoch einschätzte und ihn als wichtigen Faktor zur notwendigen Veränderung der alten Gesellschaftsverhältnisse sah. „Im nationalen und antifaschistischen Freiheitskampf lernen die Bauern, die Intellektuellen und Mittelständler immer besser verstehen, daß sie nur in brüderlicher Kampfgemeinschaft mit der Arbeiterklasse imstande sind, die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Selbsterhaltung, ihrer persönlichen Freiheit und ihrer Menschenwürde gegen die Mächte der Zersetzung und Zerstörung zu schützen.“⁵⁹

Der Arbeiterklasse wurde dabei die führende Rolle zuerkannt, wobei die einheitliche Gewerkschaft sowie der Zusammenschluß der Arbeiter in einer einheitlichen Partei von den Kommunisten angestrebtes Ziel war.

Die Partei erwartete, daß sie nach dem Ende des Faschismus zahlreiche neue Kader gewinnen werde. „Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die durch die harte Schule des nationalen Freiheitskampfes gegen den tierischen deutschen Faschismus gegangen sind und sich als treue, entschlossene, beispielgebende Kämpfer für ein freies, unabhängiges Österreich bewährt haben.“⁶⁰

Was die nach dem Krieg anzustrebende Gesellschaftsordnung betraf, wird aus den Ausführungen klar, daß die Partei überzeugt war, daß ein unmittelbarer Übergang zum Sozialismus nicht auf der Tagesordnung stehen würde.

Die Behandlung der verschiedenen Aspekte für die Nachkriegszeit lassen den Schluß zu, daß man, gerade weil man sich der Schwäche des antifaschistischen Freiheitskampfes bewußt war und gleichzeitig die Stärke der

Gegenkräfte nicht unterschätzte, weitreichende Forderungen in Richtung Sozialismus ausklammerte. Das betraf die Landwirtschaft, das Gewerbe, den Handel und die (Klein)Unternehmer. So sollte die „bauernfeindliche Zwangswirtschaft“ der Nazis aufgehoben werden, „das rechtmäßig erworbene Privateigentum der Bauern, Gewerbetreibenden, Kaufleute und Unternehmer usw.“ geschützt werden und „ihre wirtschaftliche Privatinitiative“ gefördert werden.

Dieses von den Kommunisten 1944 vorgelegte Manifest ist eindeutig als Grundlage für die ersten Schritte nach dem Hitler-Faschismus zu verstehen, es sollte und konnte nicht den Charakter eines Parteiprogramms haben. Mit diesem Manifest zeigte die KPÖ (lange bevor es andere politische Kräfte Österreichs taten) den Österreicherinnen und Österreichern, wie sich die Kommunisten die Nachkriegszeit vorstellen, was zur Überwindung der deutschen Annexion und ihrer Folgen als unabdingbar angesehen wurde.

Nachbemerkungen

In der Geschichte der Arbeiterbewegung gab es immer wieder Perioden, in denen sie den Kampf um ihre Rechte und Freiheiten im geheimen, von den Herrschenden verboten, ja vielfach sogar unter extremsten Verfolgungen führen mußte.

Dies gilt im besonderen für die Kommunisten. Es gibt keinen Zeitabschnitt seit ihrer Existenz, in dem nicht irgendwo auf der Erde mit allen Mitteln, von denen des bürgerlichen Staats bis hin zur äußersten Gewaltanwendung der faschistischen Diktatur, gegen sie vorgegangen wurde. Für die Kommunisten stand nie die Frage, ob ein Verbot ihrer Organisation gleichzeitig auch das Ende ihrer Tätigkeit sei. Die Geschichte der kommunistischen Bewegung zeigt, daß sie in allen Phasen versucht haben, für ihre Ziele tätig zu sein, sich nie in eine Abwarteposition zurückzogen, um günstigere Bedingungen abzuwarten.

Als die „Arbeiter-Zeitung“ zu Beginn des Jahres 1936 einen Artikel veröffentlichte, in dem die Rede war, daß man darauf warten solle, bis die Geschichte selbst das Zeichen zum Handeln gibt, antworteten die Kommunisten in der „Roten Fahne“:

„Nein, mit solch einer Taktik können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir wollen nicht... Beobachter und Registratoren der heranziehenden Wogen am Ufer bleiben und auf gut Wetter warten, sondern durch aktives Eingreifen den Gang der Ereignisse bestimmen. Die scheinbar revolutionäre Auffassung vom baldigen Zusammenbruch des Faschismus, von der Konservierung der Gesinnung, bis die Geschichte selbst ruft, ist praktisch nur eine Erscheinungsform des Reformismus.“⁶¹

Gab es in der illegalen österreichischen Arbeiterbewegung (Kommunisten, Schutzbund, Revolutionäre Sozialisten und illegale Gewerkschaften) während des Austrofaschismus keine grundsätzlichen Unterschiede, was die Frage der Notwendigkeit des aktiven Widerstands betraf, änderte sich das Bild mit der Annexion Österreichs.

Während die RS zwischen 1934 und 1938 einen organisierten Widerstand leisteten, führte die Annexion zur restlosen Aufgabe desselben. Die RS-Führung zweifelte an einer sinnvollen politischen Tätigkeit und strebte schon vor dem März 1938 eine Auflösung an.⁶² Ohne Organisation blieben auch die letzten Reste des sozialdemokratischen Widerstands punktuell. Infolge des Fehlens politisch-ideologischer Zielsetzungen mangelte es an jenem Kristallisationspunkt, an dem Motivation und Perspektive sich hätte aufbauen können. Im Gegensatz dazu führten die Kommunisten sowohl vor als auch nach 1938 einen organisierten, das Ziel der Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen Österreich anstrebenden Widerstandskampf. Dazu gab es weder prinzipiell noch nach der Art und Weise des Kampfs eine Alternative. Die Richtigkeit zeigte sich nicht zuletzt am Zustrom tausender Antifaschisten nach 1934 zur Kommunistischen Partei, die gerade wegen dieser Politik in der Illegalität zur Massenpartei wurde.

Den Kommunisten werden immer wieder in historischen Abhandlungen Vorwürfe gemacht, daß ihr Widerstand zahlreichen Menschen das Leben gekostet hat. Man wirft ihnen vor, daß die Versuche, diesen Widerstand zu organisieren, ihn zu leiten — manche meinen allen Ernstes, daß es ein Fehler war, illegale Materialien herzustellen —, Ursache dieser vielen Opfer war. Man ging sogar soweit, ihnen überhaupt ihren Widerstandskampf vorzuwerfen, weil dieser Opfer forderte. Jene, die scheinbar den Widerstand anerkennen — nur nicht in dieser, von den Kommunisten geleisteten Form —, vergessen dabei ganz, daß in der Geschichte des Klassenkampfes, im Kampf der versklavten, unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, immer die physische Vernichtung als Mittel gegen die Revoltierenden eingesetzt wurde. Wenn ein Politiker die Erkenntnis hat, „daß es nützlicher und wichtiger ist, statt für eine Idee zu sterben, für sie zu leben“,⁶³ so zeigt dies nicht nur die Ferne zu den Realitäten des Klassenkampfes, sondern führt auch zu der Frage nach dem Verbleib der Solidarität.

Der Schutzbund, zum Beispiel, entstand mit der konkreten Überlegung, der Arbeiterschaft, der Partei physischen Schutz gegen die gezielten Angriffe der reaktionären bewaffneten Verbände zu geben. Die Waffen- und Schießübungen erfolgten zur Perfektionierung im Hinblick auf Konfrontationen mit den faschistischen Heimwehren. Die erschossenen Demonstranten vom 15. Juli 1927 und die Schutzbund-Kämpfer, die in den Februarkämpfen des Jahres 1934 fielen oder danach hingerichtet wurden, hatten genauso wenig

die Wahl zwischen Leben und Tod wie die Widerstandskämpfer gegen Hitler. Ob es sich um einen Kommunisten oder um einen Geistlichen gehandelt hat, sie lebten und handelten für eine Idee, und ihre Gegner verfolgten und ermordeten sie deswegen. Mit welchem Recht glaubt man, auf andere nicht nur die Aufgabe der eigenen Befreiung zu überwälzen, sondern ebenso auch die damit einhergehenden Gefahren und Opfer?

Von einem geradezu erschütternden Zynismus zeugt der „Rat“, man hätte besser getan, die Befreiung durch die Alliierten abzuwarten. Es zeigte nicht zuletzt der Krieg, in dem die Sowjetunion, an der Spitze der Anti-Hitler-Koalition stehend, mehr als 20 Millionen Opfer zu beklagen hatte, daß es zum Kampf gegen den Hitler-Faschismus keine lebensschonende Alternative gab.

Die wechselnden Formen des Widerstandes sind Beweis dafür, wie sehr die Partei die sich verändernden Kampfbedingungen ins Kalkül zog. Die Widerstandskämpfer waren keine Selbstmörder. Es ist müßig, in der Hinterdreinsicht fehlerhaftes Verhalten, zu spätes Reagieren auf Veränderungen usw. als Qualifikation des Widerstandes heranzuziehen.

Wo dies geschieht, erfolgt es — bewußt oder unbewußt —, um entweder den gesamten Widerstand oder aber in erster Linie den herausragenden Anteil der Kommunisten daran zu schmälern respektive zu diskreditieren. Tatsache bleibt, daß der organisierte Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu vier Fünftel von den Kommunisten getragen wurde. Die österreichischen Kommunisten waren das Rückgrat des Widerstands. Sie trugen dazu bei, den Forderungen der Alliierten in der Moskauer Deklaration, in der der geleistete Widerstand als wichtiger Faktor für die Nachkriegsgestaltung Österreichs bezeichnet wurde, gerecht zu werden.

Die KPÖ bemühte sich, den illegalen Kampf zu organisieren, ihn zu einem nationalen Freiheitskampf zu machen. Ihr Streben, den Widerstand über ihre eigenen Reihen hinauszutragen, um ihn mit anderen weltanschaulichen Gruppen auf eine breitere Basis zu stellen, waren nur zum Teil erfolgreich. Dort, wo es gelang, wie zum Beispiel in den Konzentrationslagern, aber auch im österreichischen Widerstand, zeigte sich für die anderen, mit welchem Einsatz die österreichischen Kommunisten den Kampf für ein freies, unabhängiges Österreich führten.

Als sich gegen Ende 1944 das baldige Ende der Hitler-Diktatur abzeichnete, begannen erneut junge Kommunisten, sich in der sogenannten illegalen Gruppe KJV Wien 44 zu sammeln, um sich Schritte und Maßnahmen für das Ende und die Befreiung zu überlegen. Sie versuchten, Verbindung zu verschiedenen Widerstandsgruppen herzustellen, organisierten die Herstellung illegaler Flugblätter usw. Während der Befreiung Wiens von der Roten Armee stellten sie sich der Roten Armee zur Verfügung und konnten durch ihr Einwirken auf die Bevölkerung positiv agieren. Ihre Aktivitäten waren

Aufruf des KJV 44 an die Wiener Bevölkerung

Die siegreiche Rote Armee hat unser altes rotes Wien von der Nazityrannei befreit.

Die vorbildliche Haltung der Wiener Arbeiterschaft hat in vielen Bezirken den Einmarsch der Roten Armee erleichtert.

In Ottakring und Hernals ist es durch das rasche Einschreiten des KJV und der Arbeiterschaft gelungen, das deutsche Militär und die SS zu entwaffnen und so in diesen Bezirken den Widerstand zu brechen. Die beiden Bezirke wurden durch diese entscheidende Tat von dem furchtbaren Kriegsgeschehen verschont.

Bevölkerung Wiens!

Helft mit, unsere Stadt vor einem Chaos zu bewahren, denn wir helfen damit der Roten Armee und unserer Stadt.

Verhindert jede Plünderung!

Geschäftsleute!

Organisiert eine gerechte Verteilung der Lebensmittel!

Hausgemeinschaften!

Nehmt alle euch bekannten Naziverbrecher, SS-Leute und versprengte Soldaten in sicheren Gewahrsam.

Arbeiter!

Geht in den befreiten Gebieten an eure Arbeitsplätze, verhindert Sabotage!

Bildet Arbeiterräte!

Wiener Bevölkerung! Helft mit, diese Arbeit zu erleichtern und zu unterstützen. Ihr helft damit, Wien in eine bessere Zukunft zu führen.

Kämpft mit dem Kommunistischen Jugendverband, in der Österreichischen Freiheitsfront, für ein

freies Österreich!

Österreichische Freiheitsfront
Kommunistischer Jugendverband
Wien 44

ein Teil jener Bemühungen, wie sie auch von den Widerstandskämpfern im Militär verfolgt wurden, die durch die Kontaktaufnahme mit der Roten Armee unnötige Zerstörungen in Wien verhindern halfen.

Es waren auch Kommunisten, die nach der Befreiung Österreichs durch die Alliierten sich sofort in den Dienst der Allgemeinheit stellten. Vieles erfolgte damals spontan, ohne Anleitung zentraler Parteistellen, die erst sukzessive, nach der Rückkehr von Koplenig, Fischer und Honner, zu wirken begannen.

Vergeblich forderten die österreichischen Kommunisten gleich nach Kriegsende die Ehrung der österreichischen Widerstandskämpfer(innen)

durch eine entsprechende Auszeichnung. Statt Anerkennung ihrer Leistungen mußten sich überlebende Opfer des Hitler-Faschismus gegen die Diffamierungen als Landesverräter zur Wehr setzen. Erst in den siebziger Jahren wurde durch die Verleihung einer Befreiungsmedaille an die Widerstandskämpfer(innen) ihr Beitrag zur Wiederherstellung eines freien, unabhängigen Österreich offiziell gewürdigt.

1945—1955

Josef Ehmer/Rupert Herzog

Der Kampf um die gesellschaftliche Ordnung in Österreich nach der Befreiung vom Faschismus

Ausgangsbedingungen

Der Sieg über den Faschismus brachte eine tiefe Erschütterung des gesamten kapitalistischen Systems in Europa mit sich. Das Monopolkapital war auf Grund seiner Kollaboration mit den Faschisten kompromittiert, das politische, militärische und moralische Gewicht der Sowjetunion gewaltig gestiegen. In vielen europäischen Ländern hatten sich breite antifaschistische Bündnisse gebildet. All das schuf in Europa neue Perspektiven des sozialen Fortschritts, einer Entwicklung in Richtung Sozialismus.

Zugleich war klar, daß eine sozialistische Umwälzung nirgendwo bruchlos aus der Befreiung vom Faschismus hervorgehen konnte. Dies lag zum einen am breiten, politisch und sozial weitgefächerten Charakter der antifaschistischen Bündnisse selbst, zum zweiten daran, daß mit dem Kriegsende auch die USA, die zur führenden Macht des Imperialismus geworden waren, über zentralen Einfluß in Europa verfügten. Vor den kommunistischen Parteien stand die Herausforderung, in dieser komplizierten Situation eine Strategie des Heranführens an den Sozialismus zu entwickeln. Dabei spielte natürlich die Stärke der kommunistischen Parteien, die Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse und der Massen, eine entscheidende Rolle.

Auch in Österreich war die Befreiung von Hitler-Faschismus und deutscher Okkupation durch die Rote Armee und ihre westlichen Verbündeten mit tiefgreifenden sozialökonomischen Erschütterungen verbunden. Der nationalsozialistische Staatsapparat zerfiel, und tausende Betriebe wurden von ihren Eigentümern und Direktoren fluchtartig verlassen.

„Wiederaufbau Österreichs“ — das konnte damit nicht nur die Beseitigung von Schutt und Trümmern, die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Lebens und der materiellen Versorgung bedeuten, sondern vor allem die Entscheidung darüber, in welchen politischen und ökonomischen Strukturen all dies erfolgen sollte: als Restauration kapitalistischer Produktionsver-

hältnisse und einer bürgerlichen Demokratie oder als Aufbau einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, die mit dem Faschismus zugleich auch seine sozialökonomischen Wurzeln beseitigte. Die gesellschaftliche Situation, die durch die Niederlage des deutschen Faschismus in Österreich im April 1945 entstanden war, war offen für beide Entwicklungsrichtungen. Sie wurde allerdings wesentlich von der konkreten Form bestimmt, in der sich die Befreiung vollzogen hatte. Dabei kam drei Faktoren eine entscheidende Bedeutung zu, die in ihrer Kombination die spezifische, von allen anderen europäischen Ländern unterschiedliche Situation Österreichs ergaben: eine der politischen Neuordnung gegenüber passive, abwartende Haltung der Massen; die Viermächtebesetzung; und die Tatsache, daß sich bereits vor der vollständigen Befreiung Österreichs eine eigenständige zivile Staatsverwaltung konstituiert hatte.

Die Stimmung der Massen

Zum ersten: Der Faschismus war in Österreich nicht von einer kämpferischen Massenbewegung mit antifaschistischen Zielvorstellungen geschlagen worden. Die große Mehrheit der Bevölkerung hatte zwar das Ende der Nazi-herrschaft herbeigesehnt, am aktiven Widerstand war aber nur eine Minderheit beteiligt. In der Arbeiterschaft herrschte eine radikale Grundstimmung über die historische Schuld des Kapitalismus an Faschismus und Krieg vor, die Traditionen zielgerichteten kollektiven Handelns im Rahmen der organisierten Arbeiterbewegung waren jedoch durch mehr als zehn Jahre unterbrochen gewesen. Der Wunsch nach einem neuen, „revolutionären“ Österreich reichte bis weit in das bürgerliche Lager hinein, ohne daß jedoch auch nur annähernde Klarheit und Übereinstimmung bestanden hätte, was damit im einzelnen gemeint sei. Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß der Faschismus auch über eine beträchtliche Verankerung in der Bevölkerung verfügte. An die 700.000 Österreicher waren Mitglieder der NSDAP, hunderttausende waren — mehr oder weniger gezwungen — als Soldaten an den Raubkriegen der Deutschen Wehrmacht beteiligt, und über Jahre hatte sich in den Köpfen vieler Menschen faschistische Propaganda festgesetzt.

Für die große Mehrheit war in den Tagen der Befreiung eine Stimmung charakteristisch, die von der Bereitschaft geprägt war, zur Beseitigung der Kriegsschäden die Ärmel aufzukrempeln und zur Sicherung der wichtigsten Bedürfnisse Hand anzulegen, ebenso aber auch von einer unsicheren, passiven und abwartenden Haltung gegenüber den politischen Perspektiven. Nicht wenige sahen allerdings, auf Grund tatsächlicher Schuld oder von der Nazi-propaganda verhetzt, den einmarschierenden Truppen der Alliierten mit Angst entgegen.

Daß Österreich von den alliierten Armeen befreit worden war, bedeutete — zum zweiten — natürlich zugleich, daß die vier Siegermächte wesentlichen Einfluß auf den Wiederaufbau des Landes nahmen. Auf eine einheitliche Haltung gegenüber Österreich hatten sich die Außenminister der SU, Großbritanniens und der USA auf ihrer Beratung in Moskau im Oktober 1943 festgelegt. Bis dahin war von den USA kaum Interesse an Österreich gezeigt worden, während in Großbritannien verschiedene Konzeptionen, wie etwa die Einbeziehung Österreichs in einen süddeutschen Staat oder die Bildung einer Donauföderation, erwogen worden waren. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz setzte sich die UdSSR mit ihren langjährigen Bemühungen durch, die Wiederherstellung eines unabhängigen und einheitlichen Österreichs zu einem Kriegsziel der Alliierten zu machen. In der dabei verabschiedeten „Deklaration über Österreich“ heißt es, „daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist, von deutscher Herrschaft befreit werden soll . . . Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht enttrinnen kann, und daß anlässlich der endgültigen Abrechnung die Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“⁴¹

Damit nahm Österreich für die Alliierten eine Zwischenstellung ein, die auch auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 deutlich wurde. Wenn Österreich auch nicht als besiegtes Land gelten sollte, so wurden von den Alliierten doch die gemeinsame Besetzung und die Errichtung von vier Besetzungszonen vereinbart, bis eine österreichische Regierung gebildet und Österreichs Unabhängigkeit, Entnazifizierung und Loslösung von Deutschland gewährleistet sei. Damit war entschieden, daß bei der Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen Österreichs die Politik der alliierten Mächte eine entscheidende Rolle spielen und internationale Faktoren einen zentralen Stellenwert für die weitere Entwicklung des Landes einnehmen würden.

Die in den Kriegsjahren abgehaltenen Konferenzen der Alliierten, die sich mit der Nachkriegsentwicklung Europas beschäftigten, hatten sicherlich — wenn auch nirgends präzise festgelegt — außenpolitische Sicherheits- und Einflußzonen zum Gegenstand, sie bestimmten aber in keiner Weise über die Gesellschaftsordnung, die politischen Strukturen oder die Teilnahme konservativer oder revolutionärer Kräfte an den Regierungen der befreiten Länder. Schon zum Jahreswechsel 1944/45 zeichnete sich allerdings ein Abrücken der Westmächte von dieser Politik ab. England führte zu dieser Zeit bereits einen heißen Krieg gegen die antifaschistischen Kräfte in Griechenland. Mit Harry S. Truman wurde am 12. April 1945 ein Mann Präsident der USA, der am 23. Juni 1941 — am Tag nach Hitlers Überfall auf

die Sowjetunion — erklärt hatte: „Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sie wechselseitig so viele wie möglich umbringen.“⁴² Und bereits am 8. Mai 1945 — dem Tag der Kapitulation der faschistischen Wehrmacht — sperrte die US-Regierung die Leih-Pacht-Lieferungen an die SU in der Hoffnung, durch wirtschaftlichen Druck politische Konzessionen erpressen zu können. Die ersten Konturen der von den Westmächten betriebenen Politik des „Kalten Krieges“ wurden sichtbar.

Regierungsbildung

Der dritte Faktor, der von weitreichender Bedeutung für die weitere Entwicklung Österreichs war, war die Entstehung eigenständiger staatlicher Strukturen noch in den Tagen der Befreiung. Die Bildung einer provisorischen österreichischen Regierung erfolgte unerwartet schnell. Zu Beginn des Kampfs um Wien, am 9. April 1945, hatte die Regierung der UdSSR nochmals ihre Politik gegenüber Österreich erklärt: „Die Sowjetregierung hat nicht das Ziel, sich irgendeinen Teil des österreichischen Territoriums anzueignen oder die gesellschaftliche Ordnung Österreichs zu ändern. Die Sowjetregierung steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der verbündeten Mächte über die Unabhängigkeit Österreichs. Sie wird diese Deklaration in die Wirklichkeit umsetzen. Sie wird die Liquidierung des Regimes der deutsch-faschistischen Okkupanten und die Wiederherstellung demokratischer Zustände und Einrichtungen in Österreich unterstützen. Das Oberkommando der Roten Armee gab den Sowjettruppen den Befehl, die Bevölkerung Österreichs bei diesem Werk zu unterstützen.“⁴³

Schon einige Tage vorher hatte in Gloggnitz Dr. Karl Renner mit der sowjetischen Kommandantur Kontakt aufgenommen. Als ehemaliger Staatskanzler und letzter österreichischer Nationalratspräsident hielt er sich für befugt, am Wiederaufbau der Republik an führender Stelle mitzuwirken und bot seine entsprechenden Dienste an. Daraufhin gab die Regierung der UdSSR den sowjetischen Militärbehörden in Österreich den Auftrag, Renner ihr Vertrauen zu erweisen und seine Bemühungen, eine Regierung zu bilden, zu unterstützen. In einem Dankschreiben an den „sehr geehrten Genossen“ Stalin legte Renner am 15. April seine Vorstellung von der weiteren Entwicklung Österreichs dar: „... Ohne die Rote Armee wäre keiner meiner Schritte möglich gewesen, und dafür bleibe nicht nur ich, dafür bleiben die künftige ‚Zweite Republik Österreich‘ und ihre Arbeiterklasse Ihnen, Herr Marschall, und Ihrer siegreichen Armee für alle Zukunft zum Danke verpflichtet . . . Es kann nicht in der Absicht der Sieger liegen, uns hilflos verkommen zu lassen. Der Westen aber kennt, wie 1919 gezeigt, unsere Verhältnisse zuwenig und bringt uns nicht genug Interesse entgegen, um uns

die Voraussetzungen der Selbständigkeit zu sichern... Dank Rußlands erstaunlicher Machtentfaltung hat unser ganzes Volk die Verlogenheit zwanzigjähriger nationalsozialistischer Propaganda völlig durchschaut und ist voll Bewunderung für die gewaltige Leistung der Sowjets. Das Vertrauen der österreichischen Arbeiterklasse insbesondere in die Sowjetrepublik ist grenzenlos geworden. Die österreichischen Sozialdemokraten werden sich mit der KP brüderlich auseinandersetzen und bei der Neugründung der Republik auf gleichem Fuß zusammenarbeiten. Daß die Zukunft des Landes dem Sozialismus gehört, ist unfraglich und bedarf keiner Betonung.“⁴

In Wien hatten unmittelbar nach der Befreiung am 13. April drei demokratische Parteien ihre legale Tätigkeit aufgenommen: die SPÖ, die von Vertretern der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei und der Revolutionären Sozialisten gegründet worden war; die ÖVP, vor allem von früheren christlichsozialen Funktionären ins Leben gerufen; und die Kommunistische Partei Österreichs. Renner nahm Gespräche mit den Vertretern der drei antifaschistischen Parteien auf, die schließlich am 27. April zur Proklamation der österreichischen Unabhängigkeit und zur Bildung einer provisorischen Staatsregierung führten. Die Unabhängigkeitserklärung als Rechtsgrundlage der Zweiten Republik wurde von Karl Renner, Adolf Schärf für die SPÖ, Leopold Kunschak für die ÖVP und Johann Kopenig für die KPÖ unterzeichnet. Ihre ersten drei Artikel lauten: „Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten. Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig. Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.“⁵

Der provisorischen Regierung gehörten zehn Sozialisten, neun Mitglieder der ÖVP, sieben Kommunisten und drei Parteilose an. Die KPÖ stellte mit Johann Kopenig einen Vizekanzler, Franz Honner leitete das Staatsamt für Inneres, Ernst Fischer das Staatsamt für Unterricht und Volksaufklärung.

Daß die sowjetischen Behörden Karl Renner bei der Bildung einer provisorischen Regierung unterstützten, kam für die österreichischen Kommunisten überraschend. Renner war vor 1933 ein Exponent des rechten Flügels der Sozialdemokratie gewesen. In der von Hitler nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich 1938 durchgeführten „Volksabstimmung“ hatte Renner mit den Worten „Ich stimme mit Ja“⁶ empfohlen, für den Anschluß Österreichs an Nazideutschland zu votieren und damit bei vielen Antifaschisten jeglichen moralischen Kredit verloren. Trotz tiefer Bedenken gegen die Person Renners erklärten sich die Kommunisten bereit, im Interesse der raschen Bildung einer einheitlichen österreichischen Regierung aktiv an der provisorischen Regierung mitzuarbeiten. Knapp ein Jahr später wurde dies im Bericht des Zentralkomitees an den 13. Parteitag wie folgt

begründet: „1. wollten wir damit dokumentieren, daß wir für eine breite nationale demokratische Front in Österreich sind;

2. weil wir vor dem Inland und vor dem Ausland zeigen wollten, daß wir in der Tat für ein unabhängiges Österreich sind, und weil wir auf Grund der Erklärung Renners annehmen konnten, daß die provisorische Regierung eine solche Politik führt, daß Österreich nicht wieder Spielball in der Hand der Imperialisten wird;

3. weil eine provisorische Regierung unter dem Vorsitz Renners unter den damals gegebenen Umständen eine Vereinheitlichung Österreichs unter einer zentralen Regierung erleichtern konnte, und schließlich

4. weil wir es für möglich hielten, daß sogar ein so eingefleischter Opportunist wie Renner in den fürchterlichen und schweren Jahren des Faschismus und aus den Erfahrungen Österreichs und der ganzen Welt gelernt haben kann und bereit ist, so wie es in anderen Ländern in ähnlichen Fällen der Fall war, vorwärtszugehen zu einer neuen gefestigten starken Demokratie.

Das waren die Gründe dafür, warum unsere Partei sich damals einverstanden erklärte damit, daß Renner, von dem wir wußten, welche Erklärung er im April 1938 für den Faschismus abgegeben hat, zum Chef der Regierung ernannt wurde. Wir haben, im Gegensatz zu anderen, unsere Politik den Interessen Österreichs untergeordnet.“⁷

Daß sich in Österreich, noch während in einigen Landesteilen gekämpft wurde, eine demokratische Regierung gebildet hatte, die sich auf alle antifaschistischen Kräfte stützte und — auch wenn sie zunächst nur von der sowjetischen Besatzungsmacht anerkannt wurde — politische Autorität für das ganze Land beanspruchte, war ohne jeden Zweifel von größter Bedeutung für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Einheit. Darin lag das historische Verdienst der provisorischen Regierung unter Renner, an dem die Kommunisten durch ihre Regierungsbeteiligung Anteil hatten und den die KPÖ im nachhinein stets würdigte. In allen konkreten Fragen der Regierungsarbeit hatte die Partei bewiesen, daß die Wiederherstellung der einheitlichen Staatlichkeit Österreichs für sie ein Ziel war, das sie durch nichts in Frage stellen oder gefährden wollte.

Die rasche Regierungsbildung hat aber andererseits die Entwicklung einer breiten Diskussion über die Überwindung faschistischer Strukturen und die Neuordnung Österreichs sicherlich nicht gefördert und das unhinterfragte Anknüpfen an bürgerlichen politischen Traditionen erleichtert.

Die antifaschistisch-demokratische Perspektive der KPÖ

Grundlegend für die Regierungsbeteiligung der Kommunisten war, daß die Bildung einer provisorischen Regierung durch alle demokratischen Parteien ihren programmatischen Vorstellungen über die Neugestaltung Österreichs

entsprach. Im Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ hatte die Partei schon im Juni 1944 ihre politische Konzeption für den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung festgelegt. Einen zentralen Stellenwert nahm darin die Zerschlagung der staatlichen Herrschaft des Nationalsozialismus ein, die eine provisorische Regierung vor die Aufgabe stellen müsse, „aus den Reihen der im Kampf erprobten Patrioten und Antifaschisten aller Volksschichten auf breiter Grundlage einen neuen Staatsapparat aufzubauen...“⁸ Als Träger dieser Umwälzung schlug die KPÖ die Bildung eines „Volksblocks“ aller demokratischen Parteien auf der Grundlage eines gemeinsamen Aktionsprogramms vor.

Eine Umwälzung der sozialökonomischen Verhältnisse sollte durch die Verstaatlichung der deutschen Monopole und Großbetriebe, durch die Enteignung der „monopolistischen deutschen Kriegsschmarotzer und ihrer österreichischen Spießgesellen“⁹ angebahnt werden. Darin sah die Partei das Zusammenfallen des nationalen Kampfes gegen die deutsche Fremdherrschaft mit dem Klassenkampf gegen deutsche Trusts und Monopole. Das bedeutete aber noch keine völlige Aufhebung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Vielmehr formulierte das Manifest als Aufgabe einer provisorischen Regierung, „das rechtmäßig erworbene Privateigentum der Bauern, Gewerbetreibenden, Kaufleute, Unternehmer usw. zu schützen und ihre wirtschaftliche Privatinitiative zu ermuntern“.¹⁰

In dieser Orientierung kommt die Auffassung zum Ausdruck, daß auf Grund der nationalen und internationalen Bedingungen die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus nicht vorhanden waren. Die Partei sah sich vielmehr der Aufgabe gegenüber, einen Prozeß des Heranführens an den Sozialismus einzuleiten. Die Ausrottung der Wurzeln des Faschismus, die Entmachtung des deutschen und einheimischen Großkapitals erschienen dabei als die ersten entscheidenden Schritte, die Mobilisierung der Massen, ihre Einbeziehung in alle Ebenen des politischen Lebens sowie die Bildung von sozial und politisch breiten Bündnissen als die grundlegenden Elemente dieses Prozesses. Für die Staatsform, in der sich die politischen und sozialökonomischen Veränderungen niederschlagen und weitere vollziehen sollten, bürgerte sich der Begriff der „Volksdemokratie“ ein.

Mit dieser Orientierung beteiligte sich die KPÖ an der Wiederherstellung staatlicher Strukturen in Österreich. Neben der provisorischen Regierung nahmen Kommunisten auch an verschiedenen Landesregierungen teil, die sich während des Mai konstituierten, wie in Wien, Niederösterreich und der Steiermark. In ganz Österreich arbeiteten Genossen in unzähligen Bezirks- und Gemeindegremien mit, zum Teil in führender Stellung. Die Strategie der Partei konkretisierte Koplenig in seinem Referat auf der ersten Wiener Parteikonferenz am 13. Mai 1945: Das Ziel der Kommunisten bestehe in der Errichtung einer „wahren Volksdemokratie“, die — mangels anderer Formen

demokratischer Willensbildung — durch die langfristige und stabile Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien auf allen Ebenen verwirklicht werden sollte.¹¹

Weltpolitische Veränderungen

Die Hoffnung der KPÖ, im befreiten Österreich eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung einleiten zu können, erschien im Frühjahr 1945 als durchaus realistisch. Bei der Bestimmung einer langfristigen Strategie ging die Partei von den weltpolitischen Veränderungen aus, die sich als Ergebnis des zweiten Weltkriegs vollzogen hatten, vor allem von der Tatsache, daß die Sowjetunion zur politischen, ökonomischen und militärischen Weltmacht geworden war. Der Partei erschien es als keineswegs unmöglich, daß die Form der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den führenden imperialistischen Staaten, die sich in der Anti-Hitler-Koalition herausgebildet hatte, auch nach dem Krieg Bestand haben könne. In einem Interview formulierte Ernst Fischer Anfang August 1945 als Grundlage einer langfristigen Strategie der Partei die Erwartung, daß die Nachkriegsordnung Europas von einem stabilen, friedlichen, auf ökonomischer Zusammenarbeit basierenden Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den Westmächten bestimmt sein werde. In dieser Konstellation würde sich für kleine Länder wie Österreich ein großer Spielraum für unabhängige Entwicklungen ergeben.¹² Freilich zeigte schon die damalige Weltpolitik — wie etwa die US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki —, wie problematisch solche Erwartungen waren.

Als wesentlichen Faktor der innenpolitischen Situation schätzte die Partei die Diskreditierung und den Zerfall des nationalsozialistischen Staatsapparats ein. Völlig zu Recht wurde die tiefgreifende Erschütterung der politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in Rechnung gestellt, die die Niederlage des Faschismus mit sich gebracht hatte. Dieser Zerfall des Staatsapparats führte allerdings auch zu völlig überzogenen Erwartungen und Einschätzungen, wie etwa die, daß allein dadurch bereits die kapitalistischen Machtstrukturen beseitigt und zerschlagen wären.

Machtverschiebungen im Staatsapparat und in der Wirtschaft

Solche Vorstellungen wurden nicht zuletzt durch tatsächliche Machtverschiebungen im Staatsapparat begünstigt. So hatten sich etwa die meisten nationalsozialistischen Beamten im Polizeiapparat vor der Roten Armee abgesetzt. Die sowjetischen Kommandanturen begannen aus antifaschistischen Österreichern einen neuen polizeilichen Hilfsdienst aufzubauen. Nach der Wiedererrichtung einer verfassungsmäßigen österreichischen Polizei durch das Verfassungsüberleitungsgesetz vom 13. Mai 1945 nahmen neben anderen antifaschistischen Kräften auch Kommunisten im Polizeidienst

wichtige Positionen ein, wie zum Beispiel in der Wiener Polizeidirektion die Führung der staatspolizeilichen und der administrativpolizeilichen Abteilungen. Angesichts der Tradition der österreichischen Polizei, die in ihrer Geschichte stets ein gegen die Arbeiterbewegung gerichtetes Instrument der Herrschenden gewesen war, stellte dies einen enormen Fortschritt dar. Franz Honner sagte dazu im Sommer 1945: „Wir werden die restlose Säuberung der Polizei und Gendarmerie von nazistischen, faschistischen, aber auch von allen antidemokratischen Elementen durchführen . . . Wir wollen dafür Sorge tragen, daß unsere staatliche Exekutive nie mehr wieder ein Werkzeug zur Zertrümmerung der Demokratie werden kann, so wie es im März 1933 geschehen ist, wo mit Hilfe der Polizei die parlamentarische Republik und die Demokratie zerschlagen wurden . . . Wir werden dafür sorgen, daß, solange Kommunisten das Staatsamt für Inneres in der Hand haben, die Polizei nie wieder Gelegenheit haben wird, auf Arbeiter zu schießen.“¹³

Auch in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen hatte die Befreiung vom Faschismus einen grundlegenden Wandel eingeleitet. Schon vor 1938 war die österreichische Industrie stark von deutschem Kapital beeinflußt gewesen, und nach der Okkupation waren die wichtigsten Betriebe der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus, der chemischen und Elektroindustrie sowie des Bergbaus dem Großkapital des „Altreichs“ eingegliedert worden. Unternehmen, die in jüdischem Besitz gewesen waren, wurden von den Nazis „arisiert“, d. h. den alten Besitzern weggenommen und neuen Besitzern — bewährten Faschisten oder beutegierigen Mitläufern — übereignet. Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde die Grundstoff-, Produktionsmittel- und Rüstungsindustrie in Österreich weiter ausgebaut. Zu Kriegsende befand sich demnach der wichtigste Teil der österreichischen Groß- und Schwerindustrie in deutschem Besitz, zahlreiche Betriebe aller Sparten gehörten aktiven Nazis. Vor der heranziehenden Roten Armee setzte eine ungeheure Fluchtbewegung deutscher oder faschistischer Eigentümer und Direktoren ein. In vielen Betrieben wurden unmittelbar nach der Befreiung Betriebsräte gewählt, die die Leitung der Unternehmen in die Hand nahmen und die Produktion wieder in Gang brachten. Mitte Mai setzte die Regierung für fast 6000 nunmehr „herrenlose“ Betriebe öffentliche Verwalter ein, die zum Teil gut mit den Betriebsräten zusammenarbeiteten.

Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse waren damit grundlegend erschüttert, vor allem hatte das Großkapital seine wirtschaftlichen Machtpositionen eingebüßt.

Ansatzpunkte für neue Entwicklungsperspektiven

Die Befreiung vom Hitler-Faschismus hatte also günstige Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Neuorientierung geschaffen. Das programmatische Ziel der Partei, diese Neuorientierung mittels der Zusammenarbeit der drei

demokratischen Parteien einzuleiten, konnte sich ebenfalls auf positive Erfahrungen stützen. Schon am 13. April, noch während der letzten Kämpfe in Wien, wurde der einheitliche Österreichische Gewerkschaftsbund von Vertretern aller demokratischer Parteirichtungen gegründet. Zum Präsidenten wurde der Sozialdemokrat Johann Böhm, zu Vizepräsidenten der Kommunist Gottlieb Fiala und der christliche Gewerkschafter Lois Weinberger bestimmt. Am 1. Mai 1945 wurden an vielen Orten gemeinsame Maiaufmärsche durchgeführt.

Auch der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse schien zu unmittelbaren Erfolgen zu führen. Auf lokaler Ebene hatten sich Kontakt- und Einheitskomitees zwischen Sozialisten und Kommunisten konstituiert, und im Juli 1945 hatte sogar der Parteivorstand der SPÖ unter dem Druck zahlreicher Bezirksorganisationen und von Angehörigen der Revolutionären Sozialisten im Gremium selbst die Bildung eines Aktionskomitees mit der KPÖ beschlossen, dem diese sofort ihre Zustimmung gab. Daß schon damals Teile der SPÖ-Führung vehement antikommunistische Positionen bezogen und sogar Druck auf die ÖVP ausübten, etwa bei der Zusammensetzung des Wiener Stadtsenats mehr Ressorts auf Kosten der KPÖ zu verlangen und keinesfalls an der Gründung von überparteilichen Organisationen teilzunehmen, war in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt.

Die provisorische Regierung selbst bot viele Beispiele konstruktiver Zusammenarbeit in den einzelnen Ressorts, die jeweils von einem Staatssekretär und zwei Unterstaatssekretären drittelparitätisch geleitet wurden. Der christlichsoziale Gewerkschafter Lois Weinberger etwa erinnert sich an das Staatsamt für soziale Verwaltung, in dem er mit Böhm (SPÖ) und Dr. David (KPÖ) „die Arbeit vollkommen friedlich aufgeteilt und vorbildlich zusammengearbeitet“ habe, ohne deswegen darauf zu verzichten, „über manches Pro und Kontra Kommunismus“ zu diskutieren.¹⁴ Vor allem bei denjenigen Sozialisten und Christlichsozialen, die in den Konzentrationslagern Erfahrungen im gemeinsamen Widerstand gesammelt hatten, war die Bereitschaft zu einer vertrauensvollen, gleichberechtigten Zusammenarbeit mit Kommunisten groß.

Auf alle diese Erscheinungen baute die KPÖ ihre politischen Konzeptionen auf. Einen konkreten Ausdruck fanden sie in dem „Sofortprogramm“, das in der Nr. 1 der „Volksstimme“ am 5. August 1945 veröffentlicht wurde, und das die beiden anderen Parteien zu „größerer Zielklarheit und Entschlossenheit“ aufrief. Das Sofortprogramm zielte auf unmittelbar notwendige Maßnahmen zur materiellen Versorgung und zur politischen Aktivierung der Bevölkerung sowie auf die Stabilisierung der Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien. All dies stand im Kontext einer antifaschistisch-demokratischen Perspektive:

„Wir brauchen ein wirklich demokratisches Österreich! Daher: Radikale Säuberung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur von allen Überresten

des Faschismus. Entschiedene Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens, aller staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen. Restlose Vernichtung der Machtpositionen des kriegshetzerischen und kriegsschuldigen deutschen Großkapitals in Österreich, Verstaatlichung seines in unserem Land zusammengerafften und zusammengeraubten Besitzes. Das bedeutet: Schaffung eines Gesetzes, das für die Dauer eines Jahres die bestehenden Bestimmungen über Aufnahme und Beförderung von Beamten aufhebt und die Möglichkeit schafft, neue Kräfte aus der Mitte des Volkes in die Beamten-schaft aufzunehmen und leitende Stellen mit wirklich demokratischen Beamten zu besetzen.“¹⁵

Die langfristige Strategie der Partei war von der Erwartung geprägt, daß die Errichtung einer „wahren Volksdemokratie“ günstige Bedingungen für die Weiterentwicklung zum Sozialismus schaffen würde. Angesichts der gravierenden Veränderung der internationalen wie auch der innenpolitischen Kräfteverhältnisse im Gefolge des zweiten Weltkriegs erschien es als möglich, über eine volksdemokratische Etappe „neue Wege zu einem sozialistischen Österreich“ zu erschließen. Dies bedeutete, daß die Partei eine eigenständige, aus den konkreten nationalen Bedingungen abgeleitete Konzeption des Heranführens an den Sozialismus zu entwickeln hatte und beinhaltete die Abwendung von verkürzten und schematischen Revolutionsauffassungen, die in der Kommunistischen Internationale in den zwanziger und dreißiger Jahren anzutreffen waren. Die Grundgedanken dieser Konzeption wurden auf dem 13. Parteitag folgendermaßen formuliert: „Der Sieg des Sozialismus ist unaufhaltsam. Dieser Sieg ist möglich ohne die Schrecken eines Bürgerkrieges, wenn die fortschrittlichen Kräfte sich vereinigen, um eine wirkliche Volksdemokratie zu errichten... Wir kämpfen für ein demokratisches Österreich, aus dem in demokratischer Entwicklung ein sozialistisches Österreich hervorgeht.“¹⁶

Widerstände und Gegenkräfte

Die antifaschistisch-demokratische Perspektive der KPÖ war eine der aktuellen gesellschaftlichen Situation nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus angemessene Orientierung. Ob sie realisiert werden würde, das konnte sich natürlich nur im Ergebnis konkreter politischer und sozialer Auseinandersetzungen entscheiden. Von Anfang an war klar, daß jede gesellschaftsverändernde Perspektive, die über die Restauration des Kapitalismus in der staatlichen Form der bürgerlichen Demokratie hinausgehen wollte, auf vielfältigen Widerstand stoßen würde.

Die Zerschlagung der Naziherrschaft hatte das Großkapital ökonomisch entmachtet und die Bourgeoisie insgesamt geschwächt, aber keineswegs als Klasse beseitigt. Der bürgerliche Staatsapparat war erschüttert, zugleich

aber von institutionellen und personellen Kontinuitäten geprägt. Die beiden Parteien, die gemeinsam mit den Kommunisten die staatlichen Strukturen der Zweiten Republik begründeten und in der Konzeption der KPÖ die wesentlichen politischen Bündnispartner bildeten, waren in sich selbst widerspruchsvolle Bündnisse. In der neugegründeten ÖVP waren sehr verschiedenartige sozialökonomische Interessen und politische Traditionen zusammengefaßt. Neben christlichen Gewerkschaftern und Vertretern der Bauernschaft standen Funktionäre des Wirtschaftsbundes, in dem sich das österreichische Kapital organisierte. Neben eindeutigen Antifaschisten standen Politiker, die ihre Heimat im austrofaschistischen Ständestaat sahen.

Auch die SPÖ war von tiefen politischen Widersprüchen durchzogen. Während die „Revolutionären Sozialisten“ prinzipiell an dem Ziel einer sozialistischen Entwicklung festhielten, wurden die „Sozialdemokraten“ von denjenigen Funktionären der alten SDAP repräsentiert, die schon vor 1934 an Stelle eines offensiven antifaschistischen Kampfes die Zusammenarbeit mit der Reaktion angestrebt hatten. Dieser rechte Flügel der alten Sozialdemokratie war nicht im Widerstand aktiv gewesen, hatte das Scheitern der SDAP und den Sieg des Faschismus nicht analysiert, und war seiner antirevolutionären und antikommunistischen Grundhaltung treu geblieben.

Die Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien, die sich in den Wochen nach der Befreiung herausgebildet hatte, war von allem Anfang an weder widerspruchsvoll noch konfliktfrei. Sowohl innerhalb der SPÖ wie auch der ÖVP bestanden Strömungen, die für die Aktionseinheit und den antifaschistischen Konsens eintraten, den politischen Vorstellungen der Kommunisten diskussionsbereit gegenüberstanden und die Zusammenarbeit mit ihnen ernst nahmen. Zugleich gab es in beiden Parteien starke politische Kräfte, die eine grundlegend andere Perspektive verfolgten. Für sie bedeutete der Wiederaufbau Österreichs die Fortsetzung der politischen Verhältnisse, wie sie vor dem Faschismus — oder sogar während des Austrofaschismus — bestanden hatten und die Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Gegenüber jeglichen Veränderungsversuchen strebten sie eine größtmögliche Kontinuität der politischen und ökonomischen Strukturen an. Konsequenz dieses Bestrebens war es, den Einfluß der Kommunisten so rasch als möglich zurückzudrängen. Als Exponenten dieser Linie traten frühzeitig in der ÖVP Julius Raab, der Führer ihres im Wirtschaftsbund organisierten Unternehmerflügels, und in der SPÖ die Vertreter der alten sozialdemokratischen Rechten, Adolf Schärf und Oskar Helmer, in den Vordergrund.

Organisatorische Ausgangsbedingungen

Die Möglichkeit der Durchsetzung einer antifaschistisch-demokratischen Perspektive hing also davon ab, wie sich die gegensätzlichen sozialöko-

nomischen und politischen Kräfte formieren und welche Strömungen jeweils die Dominanz erlangen würden. Von besonderer Bedeutung dabei war, ob es gelingen würde, die Masse der Bevölkerung politisch zu aktivieren, oder ob ihre passive, abwartende Haltung zur Basis restaurativer Politik werden würde. Für all dies war entscheidend, welchen Einfluß die KPÖ als die einzige politische Kraft, die über eine antifaschistisch-demokratische Programmatik verfügte, bei der Neuformierung der politischen Kräfteverhältnisse erlangen konnte.

Die Ausgangsbedingungen der KPÖ im April 1945 unterschieden sich dabei wesentlich von denen der anderen Parteien. Wie bereits in früheren Abschnitten dargestellt wurde, war der politische Einfluß der Kommunisten bis 1933 schwach gewesen. Masseneinfluß gewann die Partei nach dem Februar 1934 unter den Bedingungen der Illegalität, das heißt ohne Möglichkeit, ihn in legaler politischer Tätigkeit auszudehnen und zu festigen. Die führende Rolle der Kommunisten im Widerstand gegen das Naziregime hatte ihr Prestige vor allem in der Arbeiterschaft weiter erhöht, hatte aber auch vielen gerade der politisch bewußtesten, mutigsten und opferbereitesten Genossen das Leben gekostet. Die führenden Genossen befanden sich 1945 im Exil, im Konzentrationslager oder in den Reihen der österreichischen Freiheitsbataillone.

Im Unterschied dazu gab es in den beiden anderen Parteien auf allen Ebenen — von den Vertrauensleuten an der Basis bis zu führenden Persönlichkeiten — Gruppen von Funktionären, die keinen Beitrag zur Zerschlagung des Hitler-Faschismus geleistet hatten, sich am Widerstand nicht beteiligten und keine politischen Risiken eingegangen waren. Sie hatten eine unauffällige, bürgerliche Existenz geführt und dabei informelle Kontakte mit Gesinnungsfreunden aufrechterhalten. Im April 1945 standen sie zumeist in voller physischer und psychischer Stärke bereit, um politische Funktionen zu übernehmen, organisatorische Strukturen zu schaffen, kurz, dort wieder anzuknüpfen, wo sie 1934 oder 1938 aufgehört hatten.

Die Kommunisten verfügten dagegen in den Tagen der Befreiung über keinerlei Ansätze einer einheitlichen Organisation oder über eine zentrale Leitung in Österreich. Die kommunistischen Zellen, die in tiefster Illegalität antifaschistischen Widerstand geleistet hatten, mußten überhaupt erst voneinander Kenntnis erlangen. So berichtet etwa der Sozialist Karl Mark, der von der Roten Armee als Bürgermeister von Döbling eingesetzt worden war, daß in der ersten Woche nach der Befreiung fünf verschiedene kommunistische Bezirkskomitees zu ihm gekommen seien, von denen keines — wie dies unter den Bedingungen der Illegalität notwendig war — von der Existenz des anderen gewußt hatte.¹⁷ Die führenden Genossen der Partei trafen erst nach der Befreiung in Wien ein: am 13. April Koplénig und Fischer aus Moskau, eine Woche später Honner und Fürnberg aus Jugoslawien. Auch ohne einheitliche Organisation nahmen allerdings die Kommunisten von der

ersten Stunde an aktiv am Aufbau demokratischer Verwaltungen und an der Schaffung antifaschistischer Sicherheitsorgane teil.

Antikommunismus und Antisowjetismus

Ein besonderes Problem, mit dem die KPÖ zu kämpfen hatte, waren Antikommunismus und Antisowjetismus. Beides hatte im Arsenal der faschistischen Propaganda eine zentrale Stelle eingenommen und in der österreichischen Bevölkerung Wurzeln geschlagen. Der antifaschistische Widerstand war nicht breit genug gewesen, um antikommunistische Vorurteile in der Praxis massenhaft zu korrigieren. Mißtrauen und Vorbehalte bestanden auch bei vielen, die die Leistungen der Kommunisten anerkannten und die Zusammenarbeit mit ihnen praktizierten.

Der Einmarsch der Roten Armee und die Etablierung der Sowjetunion als Besatzungsmacht verliehen dem Problem des Antikommunismus und Antisowjetismus einen besonderen Akzent. Die Rote Armee hatte bei der Befreiung Österreichs und bei den ersten Wiederaufbaumaßnahmen große Leistungen vollbracht. Mehr als 20.000 sowjetische Soldaten hatten auf österreichischem Boden ihr Leben für die Vernichtung des Hitler-Faschismus gegeben. Nach der Befreiung begann die Rote Armee die ersten konkreten Schritte zur Wiederherstellung einer Infrastruktur, und ihre Lebensmittellieferungen bewahrten Wien vor dem Verhungern. Österreich hatte allen Anlaß zur Dankbarkeit, und diese wurde auch von den Vertretern aller politischen Kräfte zum Ausdruck gebracht. In den Erklärungen und Reden der führenden Funktionäre von SPÖ und ÖVP im April und Mai 1945 wurde immer wieder der „siegreichen Roten Armee im Namen aller aufrechten Österreicher von ganzem Herzen“ gedankt.¹⁸

Die Rote Armee war allerdings in der letzten Phase eines mörderischen, schon mehrere Jahre dauernden Krieges nach Österreich gekommen, der der Sowjetunion ungeheure Blutopfer gekostet hatte. Ihre Soldaten trugen das Bewußtsein der unvorstellbaren Grausamkeiten mit sich, die von der Deutschen Wehrmacht in ihrer Heimat verübt worden waren, und wenn sie auch den Krieg weder gewollt noch begonnen hatten, so war seine Unmenschlichkeit auch an ihnen nicht spurlos vorbeigegangen. So maßten sich manche sowjetische Soldaten bei ihrem Einmarsch in ein deutschsprachiges und für ihre Begriffe unversehrtes Land Rechte eines Siegers an, wurden Frauen vergewaltigt und Gebrauchsgegenstände angeeignet. Diese Übergriffe waren für die Betroffenen zweifellos schmerzlich. Es handelte sich um Einzelfälle, die den Absichten und der Politik der sowjetischen Armeeführung völlig widersprachen und von ihr selbst vehement verfolgt wurden.

Die Übergriffe sowjetischer Soldaten erlangten allerdings eine bewußtseinsmäßige Bedeutung, die zu ihrer realen in keinem Verhältnis stand. Die gesamte Geringschätzung gegenüber Menschen aus „dem Osten“, die „Rus-senhetze“ und die antikommunistische Propaganda, die in der österrei-

schen Politik eine lange Tradition aufweist und unter dem Naziregime auf die Spitze getrieben worden war, stellten ein Interpretationsmuster bereit, das einzelne Erscheinungen als allgemeine Verhaltensweisen und Charaktereigenschaften „der Russen“ erscheinen ließ, und Vorurteilsstrukturen, in denen sich Angst und rassistische Überheblichkeit mischten, stabilisierte. Den sowjetischen Besatzungstruppen wurden bald alle möglichen Verbrechen und Gesetzesverletzungen zugeschoben. Die Medien — allen voran Oscar Pollak in der „Arbeiter-Zeitung“ — übten dabei eine besonders gehässige und verleumderische Funktion aus.

Ein Element dieser Vorurteilsstrukturen war die bruchlose Übertragung antisowjetischer Ressentiments auf die KPÖ, wodurch ein untrennbares Gemenge von Antisowjetismus und Antikommunismus entstand.

Eine zentrale Aufgabe einer antifaschistisch-demokratischen Orientierung bestand im ideologischen Bereich demnach darin, im Zusammenhang eines umfassenden Abbaus nazistischen Gedankenguts auch seine antikommunistischen und antisowjetischen Komponenten zu beseitigen. Umgekehrt zeigt sich jedoch bald, daß für die restaurativen politischen Kräfte der alte Antibolschewismus eine willkommene ideologische Stütze bot. Kampf gegen den faschistischen Ungeist in allen seinen Facetten oder Bewahrung seiner antikommunistischen und antisowjetischen Elemente als weiterhin verfügbare massenpsychologische Waffen — darin bestand ein zentraler Gegensatz unter den vielfältigen, am Wiederaufbau Österreichs beteiligten Kräften.

Konflikte in der provisorischen Regierung

Die vorhandenen Widersprüche brachen schon in den ersten Tagen der Arbeit der provisorischen Regierung auf. Sie äußerten sich zunächst in der Diskussion um die Verfassung der Zweiten Republik. Während es in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April heißt, daß die Republik Österreich „im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten“ sei, setzten Vertreter der SPÖ und der ÖVP durch, daß rückwirkend mit 1. Mai die Bundesverfassung in der Fassung des Jahres 1929 in Kraft gesetzt wurde. Diese Fassung war seinerzeit unter dem Druck der reaktionären Kräfte zustande gekommen und versah den Präsidenten der Republik mit autoritären Rechten, die 1920 nicht vorgesehen gewesen waren. Vor allem wurde aber durch eine rasche Übernahme der alten Verfassung verhindert, daß sich eine breite Diskussion über neue, demokratische Verfassungsinhalte — etwa auch über eine Demokratisierung der Wirtschaft — hätte entwickeln können. Nach heftigen Auseinandersetzungen, die hart an die Grenze des Bruchs führten, stimmten die kommunistischen Regierungsmitglieder schließlich einem Kompromiß zu, der die Verfassung von 1929 für die Zweite Republik nur als „vorläufige“ definierte. Sie sollte nur bis zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Kraft bleiben — wurde aber tatsächlich nicht mehr in Frage gestellt.

Die vorläufige Verfassung übertrug der provisorischen Regierung alle wesentlichen politischen Vollmachten, unter anderem alle jene, die dem Nationalrat, Bundesrat, den Landtagen und Volksabstimmungen zukamen. Dies ergab eine ungeheure Machtfülle, die von Kanzler Renner zielstrebig ausgenützt wurde. Es gab keine Form einer parlamentarischen Vertretung, die die Regierung hätte kontrollieren und in der eine öffentliche Diskussion von Meinungsverschiedenheiten hätte stattfinden können. Von den Kommunisten wurde der Regierungsstil Renners kritisiert und mit einer Präsidialdiktatur verglichen. Die Vorschläge der KPÖ, eine provisorische parlamentarische Vertretung aus Vertretern der Gemeinden und gesellschaftlichen Organisationen zu bilden, wurde von den beiden anderen Parteien abgelehnt.

In enger Verbindung zu den Verfassungsfragen kam es auch zu ernststen Differenzen über das sogenannte Beamtenüberleitungsgesetz. Wie bereits dargestellt wurde, betrachtete es die KPÖ als notwendig, um den Staatsapparat von faschistischen Beamten zu säubern, an ihre Stelle überzeugte Antifaschisten und Demokraten zu setzen, auch wenn diese — aus der Arbeiter- und Bauernschaft kommend — zunächst noch nicht über die gesetzlich vorgeschriebene Schulbildung verfügten. Die Volkspartei widersetzte sich diesem Vorschlag, weil sie damit rechnete, daß die alten österreichischen Beamten größtenteils in ihrem Lager stünden. Aber auch die SP-Führung leistete — unter dem Einfluß von Schärf und Helmer — Widerstand und wandte sich dagegen, daß einfache Arbeiter im Staatsapparat in leitende Funktionen kommen sollten. Schließlich kam das Beamtenüberleitungsgesetz in der Form zustande, daß den neu in den Staatsdienst tretenden Beamten entweder gewisse Prüfungen nachgesehen wurden oder sie diese — in einer angemessenen Zeitspanne — nachholen konnten. Die Durchführung des Gesetzes wurde jedoch lange Zeit verzögert und systematisch sabotiert.

In engem Zusammenhang mit dem Beamtenüberleitungsgesetz steht generell die Frage der Beseitigung der Überreste des Faschismus, der „Entnazifizierung“. Die Nazierrschaft hatte in Österreich tiefe Spuren hinterlassen. Jahrelang war Österreich von der faschistischen Propaganda überschwemmt worden, an die 700.000 Österreicher waren Mitglied der NSDAP. Österreich war zwar einerseits vom faschistischen Deutschland okkupiert gewesen, andererseits aber hatten sich Österreicher an der Unterdrückung anderer Völker beteiligt. Die österreichischen Antifaschisten leiteten daraus den Standpunkt ab, daß eine echte Entnazifizierung sowohl eine breite politische Diskussion und Aufklärung über den Faschismus wie auch das administrative Vorgehen gegen die verantwortlichen Nazifunktionäre erforderte. Entnazifizierung sollte sich auf den staatlich-politischen und auf den wirtschaftlichen Bereich erstrecken.

1945 und 1946 wurde eine Reihe wichtiger antifaschistischer Gesetze (NS-Verbotsgesetz vom Mai 1945, das Beamtenüberleitungsgesetz vom August 1945, das Kriegsverbrechergesetz vom Juni 1946, das „Nationalsozialisten-

gesetz“ vom Juli 1946 und Februar 1947) beschlossen, die bis heute Grundlage und zentraler Bestandteil der antifaschistischen Verfassungsordnung Österreichs sind. Diese Gesetze fanden aber kaum Anwendung, da weder ÖVP noch SPÖ noch die westlichen Alliierten Interesse an ihrer vollständigen Durchsetzung hatten. ÖVP und SPÖ legten das Hauptgewicht auf die formale „Registrierung“ der NSDAP-Mitglieder und auf deren Ausschluß vom Wahlrecht bei der ersten Nationalratswahl im November 1945. Eine breite politische Analyse und Aufklärung über Wesen, Erscheinungsformen, Geschichte und Gegenwart des Faschismus fand nicht statt. Die wichtigsten verantwortlichen Nazifunktionäre waren bereits im Frühjahr 1945 geflohen und genossen längst die Sicherheit der Westmächte. Und während die Behörden gegen die verantwortlichen Nazis und Kriegsverbrecher nicht vorgingen, wurden viele „kleine Nazis“ und opportunistische Mitläufer schikaniert. All das heißt, daß es in Österreich nur eine rein administrative Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten gab, und selbst dieses administrative Vorgehen nur sehr lückenhaft — und keineswegs auf die tatsächlich Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft konzentriert — durchgeführt wurde. Schon ab 1947 begannen ÖVP und SPÖ um die Stimmen der „ehemaligen Nazis“ zu buhlen, es setzte eine regelrechte Ent-Entnazifizierung ein, selbst führende Nationalsozialisten wurden wieder rehabilitiert und in das politische und wirtschaftliche System in Österreich einbezogen.

Verschiebung der Kräfteverhältnisse

Von grundlegender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte war die Viermächtebesetzung Österreichs. Diese war von den Alliierten Anfang Juli 1945 in einem Kontrollabkommen geregelt worden, das vier Besatzungszonen festlegte: Die französische Zone umfaßte Vorarlberg und Nordtirol, die englische Kärnten, Osttirol und die Steiermark, die amerikanische Salzburg und Oberösterreich südlich der Donau und die sowjetische Niederösterreich, das Burgenland und das oberösterreichische Mühlviertel. Wien wurde in vier Sektoren aufgeteilt.

Von den vier Besatzungsmächten hatte nur die Sowjetunion rasche Schritte zur Herstellung einer österreichischen zivilen Verwaltung, zur Schaffung politischer Parteien und Organisationen unterstützt und die Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien als wesentlichen Träger dieses Prozesses akzeptiert. Die Westmächte zeigten dagegen wenig Interesse an einer unabhängigen österreichischen Verwaltung, und sie zögerten damit, den politischen Parteien, dem ÖGB usw. legale Tätigkeit zu ermöglichen. Im Sommer 1945 konnten demnach die Parteien noch nicht im gesamtösterreichischen Rahmen agieren. Für die ÖVP stand bis in den September hinein

nicht einmal fest, ob sich die westösterreichischen Christlichsozialen ihr überhaupt anschließen würden. Die Praxis einer demokratischen Zusammenarbeit konnte sich damit in den westlichen Zonen nur sehr schwer entwickeln.

Von der Antihitlerkoalition zur Truman-Doktrin

Neben diesen unterschiedlichen Konzeptionen bezüglich der Wiederherstellung politischer Strukturen in Österreich begannen sich schon frühzeitig globale Differenzen zwischen den Siegermächten abzuzeichnen.

Schon seit Beginn der vierziger Jahre wurden in den USA verschiedene Nachkriegskonzeptionen erstellt und diskutiert. Alle diese Konzeptionen orientierten darauf, daß es nach dem zweiten Weltkrieg „eine Welt“ geben müsse, in der allein die USA die Bedingungen der internationalen Beziehungen bestimmen und diktieren könnten.

Demgegenüber orientierte die Sowjetunion auf die Aufrechterhaltung der Anti-Hitler-Koalition auch nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus, auf eine Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und auf ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Nach dem Sieg über den Faschismus, den gemeinsamen Feind, wurden diese unterschiedlichen Konzeptionen deutlich sichtbar und Gegenstand der politischen, ökonomischen und letztendlich auch militärischen Auseinandersetzung. Es war übrigens Otto Bauer, der diese Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den imperialistischen Großmächten schon 1936 vorausgesagt hatte: „Denn nichts ist gewisser, als daß sich die Kapitalistenklasse der mit der Sowjetunion verbündeten Länder am Tag nach dem errungenen Sieg gegen die Sowjetunion wenden muß, weil ihr Sieg zur Lebensgefahr für die Kapitalherrschaft in der ganzen Welt wird.“¹⁹ Und er betonte, freilich ganz im Gegensatz zur realen Politik der SPÖ nach 1945, die sich aber nicht davon abhalten ließ, sich auf das „Erbe“ Otto Bauers zu berufen: „Nichts ist gewisser, als daß sich das Proletariat dieser Wendung gegen den Bundesgenossen von gestern mit seiner ganzen Kraft widersetzen, sich mit der Sowjetunion gegen die Kapitalistenklasse seines Landes wird verbünden müssen.“²⁰

Die US-Administration ging im Frühjahr 1945 vor allem von drei Faktoren aus, die ihr das Konzept der „einen Welt“, des „Diktierens“ in allen internationalen Fragen, als plausibel und durchsetzbar erscheinen ließen: Da war erstens die gewaltige amerikanische Wirtschaftsmacht, die — im Gegensatz zu den Zerstörungen in der Sowjetunion — kaum von Kriegshandlungen betroffen war. Da war zweitens die nach wie vor in Europa präsente militärische Macht der Westmächte (mehr als drei Millionen Soldaten). Und da war drittens die Aussicht auf die Atombombe.

Die US-Regierung wollte den atomaren „Knüppel“ bereits während der

Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) zur Durchsetzung ihrer Konzeptionen „einsetzen“. J. R. Oppenheimer, Direktor des US-Atomlaboratoriums, berichtete später: „Wir standen unter unglaublichem Druck, um damit vor der Konferenz von Potsdam fertig zu werden.“²¹ Der Imperialismus zeigte bald darauf, zu welchen Verbrechen an der Menschheit er bereit war, um seine Profite weltweit zu sichern: Am 6. und 8. August wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki bombardiert. Hunderttausende Tote waren die Folge. Dabei waren diese Atombombenabwürfe keine militärische Notwendigkeit. Schon vorher waren japanische Friedensangebote unterbreitet worden, und die Amerikaner, die die japanischen Codes frühzeitig entschlüsselt hatten, waren über die aussichtslose Lage Japans genau informiert. Die Vernichtung der beiden japanischen Städte sollte vielmehr der UdSSR die militärische Überlegenheit und Stärke der USA „dokumentieren“, als Warnung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen in Europa fungieren und eine politische Einflußnahme der Sowjetunion in Ostasien verhindern. Damit gaben sich die Westmächte aber keineswegs zufrieden. Am 5. März 1946 erklärte Churchill in einer Rede in Fulton, daß nunmehr „die alte Doktrin des Gleichgewichts der Mächte etwas Ungesundes“ sei. „Wir können es uns nicht leisten, mit einer knappen Überlegenheit an Macht zufrieden zu sein.“²² Die Westmächte entwickelten Schritt für Schritt ihre Politik der „Eindämmung“, des „Zurückrollens“ des Kommunismus. Am 12. März 1947 verkündete schließlich US-Präsident Truman offiziell die Entschlossenheit der US-Regierung, durch eine konfrontative Politik das Ziel der Zerschlagung des Sozialismus erreichen zu wollen. Jahrelange Strategiediskussionen der imperialistischen Mächte kulminierten so in dieser „Truman-Doktrin“. Sie führte zu einer weltweiten Hochrüstung, die in der Gefahr der atomaren Vernichtung der gesamten Menschheit gipfelte. Zugleich hatte diese Strategie weitreichende Auswirkungen auf die Entwicklung in den imperialistischen Hauptmächten selbst. Ausgehend von den USA entstand der „militärisch-industrielle Komplex“, eine enge Verflechtung, ja Verschmelzung zwischen imperialistischem Staat, Rüstungsindustrie und Militärs. Um die unmittelbar nach dem Sieg über den Faschismus vorherrschende freundschaftliche und positive Haltung der Völker gegenüber der Sowjetunion zurückzudrängen und den Antikommunismus und den Antisowjetismus als dominierende Staatsdoktrin zu verankern, entstand ein vielschichtiges Instrumentarium der Meinungsmache und Meinungsmanipulation.

Die Strategie, militärische Überlegenheit zur Grundlage und zum Hauptinstrument der Außenpolitik der Westmächte zu machen, hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die Moskauer Außenministerkonferenz, die zwei Tage vorher (10. März 1947) begonnen hatte und bei der unter anderem der „österreichische Staatsvertrag“ behandelt wurde. Eine weitere direkte Folge der Verkündung der Truman-Doktrin war die — international koordinierte — Beseitigung kommunistischer Minister aus westeuropäischen Regierun-

gen (etwa in Frankreich am 4. Mai, in Italien am 12. Mai 1947). In Österreich waren die Anfänge dieser Strategie der westlichen Hauptmächte schon 1945 wirksam geworden. Die westlichen Besatzungsmächte verweigerten bis in den Oktober 1945 der Regierung Renner ihre Anerkennung. Ein bilaterales Wirtschaftsabkommen zwischen der Sowjetunion und Österreich konnte infolge des Drucks von Seiten Großbritanniens nicht unterzeichnet werden.

Restaurative Kräfte in der österreichischen Politik

Eine gegen gesellschaftliche Veränderungen gerichtete antikommunistische und antisowjetische Politik hatte jedoch in den westlichen Bundesländern auch eine starke eigenständige Grundlage. Die Arbeiterbewegung war hier traditionell schwächer und auch stärker reformistisch orientiert gewesen als in Ostösterreich, vor allem in Wien, und der Austrofaschismus hatte hier seine stärksten Positionen gehabt. Die gesellschaftlichen Erschütterungen mit dem Zusammenbruch des Faschismus waren in den Besatzungszonen der Westmächte geringer gewesen. Viele Unternehmer, die sich vor der Roten Armee abgesetzt hatten, begannen ihre Betriebe nun in der amerikanischen Zone aufzubauen. Der Westen Österreichs war auch von den Kriegshandlungen wesentlich weniger in Mitleidenschaft gezogen worden als der Osten.

Die führenden Politiker der westlichen Bundesländer, vor allem aus dem christlichsozialen Lager, hatten in ihrer Mehrheit ein echtes Interesse am Wiedererstehen eines einheitlichen, unabhängigen Österreich, und sie verstanden gut, daß mit der Regierung Renner eine wichtige Voraussetzung dafür entstanden war. Allerdings wandten sie sich vehement gegen den starken Einfluß der Arbeiterbewegung insgesamt und besonders der Kommunisten in dieser Regierung und gegen die Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien. Auf Konferenzen der westlichen Bundesländer Ende August legten sie die Strategie fest, ihre Beteiligung an der Regierung Renner an eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu knüpfen. In den Worten des Tiroler Landeshauptmanns und späteren Außenministers Gruber ging es darum, „die Wiener Regierung durch eine kraftvolle Aktion aus den Fesseln des Kommunismus zu befreien“ und den „kommunistischen Griff nach der Regierungsgewalt zu lockern“.²³

Eine Länderkonferenz am 24./25. September führte zur Teilnahme der westlichen Bundesländer an der provisorischen Regierung. Die „Westler“ hatten dabei ihre Forderungen zum personellen Umbau der Regierung nur zum Teil durchgesetzt, aber einen wesentlichen politischen Sieg insofern errungen, als gegen den Widerstand der SPÖ und der KPÖ ein äußerst kurzfristiger Termin für die Abhaltung gesamtösterreichischer Wahlen, nämlich der 25. November, festgelegt wurde. Die Umbildung der provisorischen Regierung und ihr bevorstehendes Ende durch die Wahlen veranlaßte dann auch die westlichen Besatzungsmächte am 20. Oktober zu ihrer Aner-

kennung. Hier wurde zum erstenmal die wechselseitige Zusammenarbeit zwischen den westlichen Alliierten und restaurativen österreichischen Politikern in ÖVP und SPÖ sichtbar.

Die Wahlen vom November 1945

Die KPÖ hatte sich gegen den frühen Wahltermin gewandt und schließlich nur deswegen zugestimmt, um alles zu vermeiden, was die Herstellung der staatlichen Einheit Österreichs gefährden könne. Gegen einen Wahltermin schon wenige Monate nach der Befreiung sprach nach Ansicht der Kommunisten, daß noch fast nichts geschehen war, um faschistoide Anschauungen, die tief ins Volk eingedrungen waren, zu überwinden. Demokratische, auf antifaschistischer Zusammenarbeit beruhende Formen des politischen Lebens hatten sich in der Praxis erst wenig entwickeln können. Und außerdem war sich die KPÖ völlig im klaren, daß ihr organisatorischer Zustand noch weit hinter dem der anderen Parteien zurücklag. Zwar hatte in den Tagen nach der Befreiung ein Massenzustrom zur Partei eingesetzt, aber von der organisatorischen Erfassung, geschweige denn der politischen Schulung der neuen Mitglieder konnte noch keine Rede sein. Parteileben und Auftreten in der Öffentlichkeit konnte die Partei nur in wenigen Zentren entwickeln, während in großen Teilen des Landes die KPÖ nach wie vor nur über die faschistische Propaganda bekannt war. Dazu kam, daß die Wahlen nach den alten Wahlgesetzen der Ersten Republik durchgeführt werden sollten, die den Stimmen aus ländlichen, traditionell konservativen Gebieten ein wesentlich höheres Gewicht verliehen als jenen aus den Zentren der Arbeiterbewegung.

Schon der Wahlkampf allein stand der Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Zusammenarbeit diametral entgegen. Er blockierte die Differenzierungen *innerhalb* der Parteien und begünstigte die Gegner einer demokratischen Zusammenarbeit. In der SPÖ beschleunigte der Wahlkampf die Durchsetzung des rechten, auf die Schwächung der Kommunisten orientierten Flügels. Die Bezeichnung „Revolutionäre Sozialisten und Sozialdemokraten“ im Parteinamen der SPÖ wurde stillschweigend weggelassen, das Kontaktkomitee zwischen SPÖ und KPÖ ausgesetzt — es sollte nie mehr wieder zusammentreten. Vor allem wurden im Wahlkampf antisowjetische und antikommunistische Stimmungen, die in der Bevölkerung latent vorhanden waren, ins politische Kalkül gezogen und bewußt als Mittel der Politik eingesetzt. Die ersten Plakate, die an die „Russenhetze“ anknüpften, erschienen. Vor einer Verstärkung der antinazistischen Aufklärung scheuten ÖVP und SPÖ dagegen zurück, nur die Kommunisten machten die „endgültige Entfernung der Faschisten aus Behörden und wirtschaftlichen Machtpositionen“ zu einer zentralen Losung ihres Wahlaufrufs.²⁴

Die KPÖ war sich bewußt, daß die Wahlen zu einem für sie ungünstigen

Zeitpunkt angesetzt worden waren. Trotzdem begannen sich hochgespannte Erwartungen auszubreiten. Von September bis November hatte eine Runde von Betriebsratswahlen stattgefunden, die kommunistische Mehrheiten in den steirischen Großbetrieben, in den Bezirken Hallein und Villach, in vielen Wiener und niederösterreichischen Betrieben gebracht hatte. Im Wahlkampf weckten überfüllte Versammlungslokale und die vielfach begeisterte Aufnahme kommunistischer Redner Illusionen. Das Wahlergebnis des 25. November 1945 brachte Enttäuschung und Ernüchterung: Die Partei erhielt in ganz Österreich 174.257 Stimmen oder fünf Prozent. Die stärksten Positionen hatten die Kommunisten im niederösterreichischen Industriegebiet mit knapp neun und im Nordosten Wiens mit knapp elf Prozent, in ganz Wien wurden acht Prozent erreicht, ebensoviel in Kärnten. Infolge des Wahlgesetzes fielen der KPÖ nur vier Mandate zu — was nach der Geschäftsordnung des Nationalrats weder das Stellen von Anträgen noch von Anfragen gestattete. Die kommunistischen Mandate wurden von Koplenig, Honner, Fischer und dem steirischen Genossen Viktor Elser wahrgenommen.

Gemeinsam mit der Wahl zum Nationalrat waren auch die Landtagsvertretungen gewählt worden. Die KPÖ war im Wiener Landtag mit sechs, in Kärnten mit drei, in der Steiermark und Niederösterreich mit zwei, im Burgenland und in Salzburg mit je einem Abgeordneten vertreten. Viktor Matejka vertrat die Partei im Wiener Stadtrat, Laurenz Genner in der niederösterreichischen Landesregierung.

Sieger der Nationalratswahl wurde die ÖVP, die knapp die Hälfte der Stimmen und eine absolute Mehrheit der Mandate erhielt. Schon vor der Wahl hatte es geheime Koalitionsabmachungen zwischen SPÖ und ÖVP gegeben, und nun bildete Leopold Figl, der Vorsitzende der ÖVP, eine Regierung aus Vertretern beider Parteien. Figl bot auch der KPÖ einen Ministerposten an, nämlich das neugeschaffene Ressort für Energiewirtschaft und Elektrifizierung. Eine Konferenz des ZK nahm die Einladung zur Teilnahme an einer Konzentrationsregierung an und delegierte Dr. Karl Altmann in die Regierung Figl. Damit brachte die KPÖ ihren Willen zur weiteren Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien im nationalen Interesse Österreichs zum Ausdruck und sicherte sich eine — wenn auch kleine — Kontrollmöglichkeit über die Regierungspolitik.

Trotz der Regierungsbeteiligung war allerdings klar, daß das Wahlergebnis der Perspektive der KPÖ, in Österreich eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung einzuleiten, einen schweren Rückschlag versetzt hatte. Die Kraft der Kommunisten, diese Orientierung durchzusetzen, hatte sich als geringer erwiesen, als die Partei selbst und ihre politischen Gegner vermutet hatten. Das Wahlergebnis beflügelte daher in beiden anderen Parteien jene Kräfte, die von Anfang an in der Zusammenarbeit mit der KPÖ ein bestenfalls taktisches Zugeständnis gesehen hatten, und deren Ziel die Restabilisierung des Kapitalismus in der Form einer bürgerlichen Demokratie war. War

im April 1945 die Errichtung einer Volksdemokratie, die günstige Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus schaffen sollte, als unmittelbare Tagesaufgabe erschienen, so konnte es sich Anfang des nächsten Jahres dabei nur noch um eine langfristige Aufgabe handeln. Die Einheit der Arbeiterklasse und ein breites demokratisches Bündnis als die Voraussetzungen des Aufbaus der Volksdemokratie waren ihrerseits zu Kampfzielen geworden, denen nur in langwierigen politischen Auseinandersetzungen, in denen die Massen selbst aktiv werden und Erfahrungen sammeln konnten, näher zu kommen war.

Der 13. Parteitag

Das erste Jahr nach der Befreiung war von ungeheuer schnellen und vielfältigen politischen Prozessen geprägt. Es waren wesentliche Weichenstellungen in Richtung auf die Restauration kapitalistischer Verhältnisse erfolgt, doch waren die Klassenkräfte noch immer in Bewegung, die politischen Fronten nicht umfassend und endgültig formiert. Ein Jahr nach der Befreiung, am 20. April 1946, wurde der 13. Parteitag der KPÖ im Wiener Konzerthaus eröffnet, der zum erstenmal versuchte, eine umfassende Bilanz dieser Entwicklung zu ziehen. Er war von zwei Tendenzen gekennzeichnet. Die Darstellung der aktuellen Situation war von großem Realismus geprägt. Der politische Bericht des Genossen Kopenig brachte deutlich die Pläne der reaktionären Kräfte in Österreich zur Sprache, Verstaatlichung und Bodenreform zu verhindern, den Staatsapparat mit den eigenen Leuten zu besetzen, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und Österreich dem westlichen Kapital zu öffnen. Kopenig zeigte, in wie starkem Ausmaß nach den Wahlen reaktionäre Kräfte innerhalb der ÖVP, die aus der Heimwehrbewegung kamen und unmittelbare Unternehmerinteressen vertraten, wieder politische Plätze einnahmen. In den Forderungen: Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken, Bodenreform, Demokratisierung des Staatsapparats, Beseitigung aller Überreste des Faschismus, sah die Partei die zentralen Kampfaufgaben, mit denen die Vorstöße der Reaktion zurückgewiesen werden könnten.

Zum anderen läßt der Parteitag eine bestimmte Scheu erkennen, die Auswirkungen der offensichtlichen reaktionären Vorstöße auf die Entwicklungsperspektiven Österreichs zu analysieren und Konsequenzen für die langfristige Strategie der Partei zu diskutieren. Die Orientierung auf eine „echte Volksdemokratie“ wurde beibehalten, ohne zu präzisieren, wie sich die 4-Mächte-Besatzung und das Abgehen von ÖVP und SPÖ von einer antifaschistischen Politik auf die Strategie und Taktik der Partei auswirken mußten, ohne darzulegen, welche vermittelnden Schritte angesichts der neuen Situation, der Veränderungen des letzten Jahres, an eine Entwicklung

zur Volksdemokratie heranzuführen könnten. Die Partei vernachlässigte die Analyse der konkreten Auswirkungen der geänderten sozialen und politischen Kräfteverhältnisse auf ihre unmittelbaren Kampfbedingungen. Unter den gegebenen Bedingungen entsprach die Orientierung auf die „nationale Einheit des österreichischen Volkes“, auf den „antifaschistischen Block der drei demokratischen Parteien“ immer weniger den realen Kräftekonstellationen. Der außerparlamentarische Druck, die Mobilisierung der werktätigen Massen erhielten dagegen immer größere Bedeutung für die weitere Entwicklung der Kräfteverhältnisse, für die Durchsetzung der auf dem Parteitag erarbeiteten Forderungen. Diese zentrale Bedeutung des außerparlamentarischen Massenkampfes wurde von der Partei nicht in ausreichendem Maße erkannt und vor allem in ihrer politischen Praxis zuwenig berücksichtigt. Ein besonderer Mangel kennzeichnete in diesem Zusammenhang die Analyse der SPÖ, deren widersprüchliche innere Kräfte nicht ausreichend erfaßt wurden. Insgesamt war für die Partei in dieser Periode auch eine undifferenzierte Verwendung des Begriffs der Demokratie charakteristisch. Hatte im antifaschistischen Kampf ein einheitlicher Demokratiebegriff genügt, der vor allem einen Bruch mit dem Faschismus verlangte, so wurde nun sichtbar, daß sich hinter dieser Form entgegengesetzte soziale Inhalte verbargen: Demokratie im bürgerlich-parlamentarischen Sinn als eine unter den gegebenen Bedingungen zweckmäßige Herrschaftsform zur Sicherung kapitalistischer Produktionsverhältnisse oder Demokratie im Sinn der Arbeiterklasse als Mittel zur Zurückdrängung der politischen und ökonomischen Macht des Kapitals. Auf dem Parteitag, aber auch in der theoretischen Diskussion des folgenden Jahres, wich die Partei der Frage aus, welche dieser beiden Formen der Demokratie in Österreich im Aufbau begriffen war. Die Unsicherheit in dieser Frage verstärkte den Eindruck, daß auf dem Parteitag die Diskussion der langfristigen Perspektive abgehoben von dem realistischen Blick auf die konkrete Situation und die unmittelbaren Tagesaufgaben geführt wurde. Manchem Genossen mochte die Präsenz der Roten Armee als so gewichtiger Faktor für eine letztlich sozialistische Entwicklung in Österreich erscheinen, daß die Ausarbeitung einer eigenen langfristigen Strategie, die den geänderten Kräfteverhältnissen Rechnung trug, nicht als zwingende Notwendigkeit empfunden wurde.

Neben der Bestimmung der politischen Strategie und Taktik zog der Parteitag zum erstenmal auch vor der Öffentlichkeit Bilanz über den organisatorischen Zustand der Partei. Die KPÖ hatte 132.268 Mitglieder, gegenüber etwa 25.000 im April 1945. Im Bericht des Genossen Altmann wurde jedoch geschätzt, daß nur etwa 10 bis 15 Prozent der Mitglieder auch tatsächlich als Aktivisten der Partei aufträten. Besonderes Gewicht legte die Partei auf Betriebszellen als ihre wichtigste organisatorische Grundeinheit. Etwa 19.000 Kommunisten waren im Frühjahr 1946 in Betriebszellen organisiert. Der starke Zustrom zur Partei im Jahre 1945 hatte dazu beigetragen,

daß sie insgesamt eine sehr junge Bewegung war. Mehr als die Hälfte der Delegierten zum Parteitag war unter vierzig Jahre alt, und nur etwa ein Sechstel von ihnen war schon vor 1934 Parteimitglied gewesen. All dies ließ die Hoffnung als durchaus berechtigt erscheinen, daß die Partei trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses ihre Kraft und ihren Einfluß weiter ausdehnen würde können.

Schritte zur endgültigen Restaurierung des Kapitalismus

Unter den neuen politischen Kräfteverhältnissen, wie sie im Ergebnis der Novemberwahl 1945 entstanden waren, und den Verschiebungen in den Konzeptionen der Westmächte, erfolgten wesentliche Schritte zur Restaurierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Schon im Jänner 1946 wurden von der Regierung Betriebe, die nach der Befreiung unter öffentliche Verwaltung gestellt worden waren, wieder an private Kapitalgruppen zurückgegeben. Von zentraler Bedeutung für die Struktur der österreichischen Wirtschaft war deshalb die Frage der Verstaatlichung. Die KPÖ hatte die Verstaatlichung der Großindustrie schon in ihrem Manifest von 1944 gefordert, und während des Jahres 1945 verlangte die Arbeiterschaft in einer Vielzahl von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen weitreichende Verstaatlichungsmaßnahmen. Die Haltung der österreichischen Bourgeoisie und der mit ihr verbundenen politischen Kräfte in dieser Frage war ambivalent: Dem prinzipiellen Kampf um die Wiederherstellung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktion stand die Einsicht gegenüber, daß die von den deutschen Faschisten zurückgelassene und zum Teil kriegsbeschädigte Großindustrie nur von der öffentlichen Hand wieder in Gang gebracht werden könnte. So waren Verstaatlichungsmaßnahmen im Regierungsprogramm der Konzentrationsregierung Figl vorgesehen, ohne daß jedoch die Regierung tatsächliche Initiativen zu ihrer Realisierung ergriffen hätte. Die KPÖ drängte im Parlament, in Landtagen und in Parteienverhandlungen auf rasche Verstaatlichung, blieb aber ohne Erfolg.

Verstaatlichungsmaßnahmen

Erst im Juni 1946 einigten sich plötzlich die Führungen von SPÖ und ÖVP in Geheimverhandlungen, rasch eng begrenzte Verstaatlichungsmaßnahmen durchzuziehen. Der Grund dafür lag in der Frage des sogenannten „Deutschen Eigentums“. Im Potsdamer Abkommen der Alliierten vom August 1945 war festgelegt worden, daß Deutschland als teilweise materielle Wiedergutmachung für die durch den imperialistischen Krieg verursachten Schäden Reparationen an die überfallenen Staaten abzuliefern hätte. Teil dieser Reparationen waren auch die zum Zeitpunkt der Befreiung in deutschem

Eigentum befindlichen Güter, Anlagen, Unternehmen usw. im Ausland, also auch das deutsche Eigentum in Österreich. Auf dieser Rechtsgrundlage erhob die Sowjetunion Anspruch auf eine Reihe von in ihrer Besatzungszone liegenden Wirtschaftsunternehmen. Ihre konkreten Vorschläge gingen dahin, diese Unternehmen in Form von gemischten österreichisch-sowjetischen Kapitalgesellschaften mit jeweils fünfzigprozentiger Beteiligung zu führen.

Ein erster entsprechender Vorschlag war von der Sowjetunion schon im August 1945 vorgelegt worden. Er sah die Gründung einer österreichisch-sowjetischen Gesellschaft für den Ausbau der Förderung und Verarbeitung des niederösterreichischen Erdöls vor. Die Regierung Renner stand diesem Angebot in ihrer Mehrheit zustimmend gegenüber und war bereit, mit der Sowjetunion das sogenannte Naphtalin-Abkommen zu schließen. Durch den Einspruch Großbritanniens wurde das Abkommen jedoch verhindert, und in der österreichischen Regierung wurde Schärf zu einem heftigen Opponenten gegen derartige Wirtschaftsvereinbarungen mit der UdSSR. Er setzte sich schließlich auch in der SPÖ mit seinen Auffassungen durch.

Die österreichischen Kommunisten hielten die sowjetischen Vorschläge dagegen für auch im Interesse Österreichs gelegen. Vor allem die Abgeordneten der KPÖ drängten im Parlament und in der Öffentlichkeit die Regierung immer wieder dazu, in dieser Frage Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen, um zu einer für beide Seiten vorteilhaften Lösung zu gelangen. Die Regierung zeigte allerdings daran keinerlei Interesse, und die wenigen Verhandlungen, die tatsächlich geführt wurden, scheiterten schnell. In dieser Haltung kam der Einfluß der Westmächte zum Ausdruck, die ihre eigenen ökonomischen Interessen in Österreich durch intensive Wirtschaftsbeziehungen zwischen der SU und Österreich gefährdet sahen, ebenso aber auch ein politisches Interesse führender Kräfte in Österreich selbst, die Konfliktfelder mit der sowjetischen Besatzung suchten, um eine friedliche, in beiderseitigem Interesse gelegene Zusammenarbeit zu verhindern.

Nachdem sich Verhandlungen über die Bildung gemischter Gesellschaften zerschlagen hatten, bereitete die Sowjetunion die Beschlagnahme der in ehemals deutschem Eigentum befindlichen Unternehmen vor, um sie eigenständig zu verwalten. In dieser Situation erschien die Verstaatlichung des deutschen Eigentums der österreichischen Regierung als ein geeignetes Mittel, entgegen den Potsdamer Beschlüssen österreichische Alleinansprüche aufrechtzuerhalten und zugleich damit eine politische Konfrontationslinie mit der Sowjetunion zu schaffen. In einer geheimen Parteienverhandlung zwischen ÖVP und SPÖ vorbereitet, wurde das erste Verstaatlichungsgesetz am 26. Juni 1946 einstimmig vom Nationalrat verabschiedet. Es übertrug die Kapitalanteile von drei Banken und 70 Industrieunternehmen der öffentlichen Hand, von denen rund 60 Prozent sowjetischen Ansprüchen unterlagen.

Die Sowjetunion erkannte diese Maßnahme nicht an und verfügte mit dem Befehl Nummer 17 des sowjetischen Hochkommissärs, datiert mit 27. Juni 1946, die Beschlagnahme des deutschen Eigentums in ihrer Besatzungszone. Die meisten der betroffenen Unternehmen wurden unter eine zentrale Industrieverwaltung gestellt — die USIA, wie die Abkürzung der russischen Bezeichnung für die Verwaltung sowjetischer Güter in Österreich lautete. Weitere Wirtschaftskörper bildeten die SMV (Sowjetische Mineralölverwaltung) und die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft.

Die KPÖ zur Verstaatlichung

Die KPÖ hatte gravierende Einwände gegen die konkrete Form des Verstaatlichungsgesetzes, stimmte aber trotzdem seiner Verabschiedung zu. In einem offenen Brief an SPÖ und ÖVP vom 24. Juni 1946 wurde diese Haltung ausführlich begründet: „Zweifelloos ist es eine Forderung der werktätigen Bevölkerung Österreichs, so rasch wie möglich eine wirkliche Verstaatlichung durchzuführen. Diese Forderung der Massen ist der Anlaß, daß die beiden anderen Parteien sich nach zehnmonatiger Verzögerung endlich entschlossen haben, irgendeinen Beschluß über die Verstaatlichung zu fassen. Die Kommunistische Partei, die, wie allgemein bekannt, die Vorkämpferin der Verstaatlichung ist, wird keinem Beschluß über die Verstaatlichung hinderlich sein, selbst wenn er, so wie das zwischen den beiden anderen Parteien vereinbarte Abkommen, nicht den Notwendigkeiten der österreichischen Wirtschaft und den berechtigten Forderungen der werktätigen Bevölkerung entspricht, sondern sich mit allgemeinen und durchaus ungenügenden Bestimmungen begnügt. Die Kommunistische Partei wird den Kampf um eine wirkliche Verstaatlichung in Österreich, wie sie den Interessen unseres Volkes entspricht, weiterführen, stimmt jedoch den zwischen den beiden anderen Parteien festgelegten Vereinbarungen zu.“²⁵

Die Vorbehalte der KPÖ richteten sich auf die folgenden drei Punkte: Erstens waren die Verstaatlichungsgesetze unzureichend, da sie eine Reihe entscheidender Großunternehmen nicht einbezogen und insbesondere „sorgfältig die Interessen des ausländischen Monopolkapitals geschont“ wurden. Eine wirksame Verstaatlichung hätte nach Ansicht der KPÖ dagegen vorausgesetzt, „daß bestimmte, für Österreich entscheidende Wirtschaftszweige zur Gänze vom Staat übernommen werden. Dazu gehören insbesondere: der gesamte Bergbau, einschließlich Magnesitförderung, die Hüttenindustrie, die eisenerzeugende Industrie, die Metallwalzwerke, die aluminiumerzeugende Industrie, die Starkstromindustrie, der Lokomotiv- und Waggonbau, die Erdölindustrie, die Zündholzindustrie und die Flußschiffahrtsgesellschaften.“²⁶

Zweitens sah das Gesetz keinerlei Garantien vor, daß verstaatlichte Unternehmen oder Unternehmensanteile im nachhinein nicht wieder in die Hände

oder unter den Einfluß von Kapitalvertretern kommen könnten, und ebenso keinerlei Bestimmungen, die den Arbeitern und Angestellten Einfluß auf die Führung der verstaatlichten Betriebe sichern würden. Drittens schließlich verlangten die Kommunisten, daß auch die Verwendung des Gewinns verstaatlichter Betriebe gesetzlich geregelt werden müsse und dieser ausschließlich sozialen Zwecken zukommen dürfe.

Die weitere Entwicklung hat sowohl die grundsätzliche Zustimmung der Kommunisten zur Verstaatlichten als auch ihre Bedenken gegen ihre ungenügende Form bestätigt. Die verstaatlichten Betriebe schufen Voraussetzungen für eine höhere soziale Sicherheit und bessere Kampfbedingungen für die Beschäftigten, als sie in der Privatindustrie bestanden. Zugleich bedeutete aber die konkrete, beschränkte Form der Verstaatlichung in Österreich kein wirkliches Durchbrechen kapitalistischer Strukturen, sondern vielmehr eine ökonomische und politische Stützung privatwirtschaftlicher Verhältnisse. Die verstaatlichte Industrie wurde nach privatwirtschaftlichen Prinzipien geführt und fungierte vor allem als Lieferant billiger Rohstoffe und Halbfertigprodukte. Darüber hinaus war mit der Verstaatlichten (vor allem den Banken) ein weitverzweigter Mechanismus staatsmonopolistischer Einflußnahme auf die österreichische Wirtschaft entstanden.

Arbeitsgesetze und Währungsreform

Ein weiterer Bereich, auf dem die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse voranschritt, war die Arbeitsgesetzgebung. Im Mittelpunkt der Diskussion standen von Jänner 1946 bis Februar beziehungsweise März 1947 das Kollektivvertragsgesetz und das Betriebsrätegesetz. Bei beiden ging es darum, ob die bis dahin de facto ausgeübten Rechte der Arbeiterschaft in den Betrieben gesetzlich fixiert und weiter ausgebaut oder ob diese Rechte eingeschränkt würden. Besonders um das Betriebsrätegesetz führten die Kommunisten eine intensive Kampagne im Parlament und in den Betrieben, konnten sich aber schließlich gegen ÖVP und SPÖ nicht durchsetzen. Die kommunistischen Abgeordneten stimmten deshalb am 28. März 1947 gegen das Betriebsrätegesetz: Es sah keinerlei Mitbestimmungsrechte bei der Führung und Verwaltung der Betriebe vor; es gewährte den Betriebsräten keinen Einfluß auf Aufnahme und Entlassungen und bot ihnen selbst keinen ausreichenden Kündigungsschutz. Zusammenfassend argumentierten die Kommunisten, daß das Gesetz in keiner Weise über das von 1919 hinausgehe und hinter real bestehende Rechte zurückfalle.

Mit dem „Kollektivvertragsgesetz“ und dem „Betriebsrätegesetz“ wurden die bis dahin de facto ausgeübten weitreichenden Rechte der Arbeiterschaft empfindlich eingeschränkt und (vor allem durch die Aufwertung der Handelskammern) wichtige Grundlagen für die Verlagerung wirtschaftspolitischer Entscheidungen aus den Betrieben in gesetzlich genau geregelte

„partnerschaftlich“ zusammengesetzte Gremien und Institutionen geschaffen.

Als letzter Schritt zur Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in den Jahren 1946/47 ist die Währungsreform — das sogenannte Währungsschutzgesetz vom November 1947 — zu nennen. Der Umtausch der alten in die neuen Schillinge im Verhältnis eins zu drei entwertete die Konten der kleinen Sparer, ohne das in Anlagen oder Sachwerten steckende Vermögen der Unternehmer und der Kriegsgewinnler anzutasten. Er schöpfte einen bestehenden Geldüberhang ab und diente ganz allgemein zur „Normalisierung der Marktwirtschaft“.

Für die Bevölkerung war die Periode der schrittweisen Restaurierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit härtesten Entbehrungen verbunden. So erfolgreich Regierungs- und Parlamentsmehrheit bei der Durchsetzung ihrer restaurativen gesellschaftspolitischen Orientierung war, so wenig Erfolge konnte sie bei der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln, bei der Verhinderung von Schleichhandel und Spekulation vorweisen. Im Frühjahr 1946 griff eine Hungersnot um sich, die täglichen Lebensmittelrationen für Normalverbraucher wurden auf 700 Kalorien festgelegt. Im Winter 1946/47 weiteten sich die Mangelerscheinungen zu einer tiefen Wirtschaftskrise aus: Zum Hunger kam die Kälte infolge Kohlemangels, im März 1947 erfolgte ein völliger Zusammenbruch der Energieversorgung.

Soziale Gegensätze brechen auf

Am Hunger und an der Erbitterung über Schwarzmarkt und Schleichhandel zerbrach die soziale Ruhe, die für das Jahr 1945 charakteristisch gewesen war. Vom Februar 1946 an häuften sich Streiks gegen die mangelhafte Lebensmittelversorgung in allen Teilen des Landes — zum Beispiel im Bergbau in Fohnsdorf, in der Jutefabrik in Neufeld, in zahlreichen Favoritner und Floridsdorfer Betrieben. Obwohl der ÖGB gegen diese „Kalorienstreiks“ polemisierte, riß die Streikwelle im Sommer und Herbst nicht ab. Das Angriffsziel der Aktionen war die Regierung, der die Arbeiter die Verantwortung für den Lebensmittelmangel bei gleichzeitigem Florieren der Spekulation anlasteten. Neben den Streiks griffen Hungerdemonstrationen um sich, die vor allem von Frauen getragen und zum Teil äußerst militant geführt wurden. Am 24. Oktober 1946 demonstrierten zum Beispiel 4000 Frauen in Wiener Neustadt, am 13. November 6000 Frauen in Graz.

Die KPÖ legte im April 1946 ein „10-Punkte-Programm“ zur Ernährungslage vor, das eine Bewältigung des Problems von zwei Seiten her vorschlug: zum einen durch eine stärkere Zentralisierung, durch eine einheitliche Leitung der Lebensmittelversorgung durch demokratische Ausschüsse,

durch Preisstopp und Lohnausgleich; zum anderen sollten „Volksinitiativen“ von unten ermuntert werden: Zur Umgehung des Schleichhandels wurden direkte Kontakte zwischen den Belegschaften der einzelnen Betriebe und Bauern propagiert.

Den Höhepunkt erreichten die Hungerdemonstrationen am 5. Mai 1947 in Wien. Auf die Nachricht von der Nichterfüllung der vorgesehenen Kalorienmenge traten spontan zehntausende Wiener Arbeiter in den Streik, und ein riesiger Protestzug marschierte zum Bundeskanzleramt, das von Sicherheitswache und alliierter Militärpolizei abgesichert wurde. Die Demonstranten verlangten den Rücktritt der Regierung und vom ÖGB die Ausrufung eines Generalstreiks.

Vom Herbst 1946 an begannen sich die Kommunisten an der Hungerbewegung zu beteiligen und sich an die Spitze lokaler Bewegungen zu stellen. Auch an der Wiener Demonstration vom Mai 1947 waren Kommunisten führend beteiligt, prominente kommunistische Funktionäre, wie Franz Honner, Gottlieb Fiala oder der Wiener Gemeinderat Josef Lauscher, hielten Ansprachen an die Demonstranten. Daraufhin entfalteten bürgerliche und sozialdemokratische Blätter eine wütende Kommunistenhetze. Greuelmeldungen über angebliche Brutalitäten von seiten der Demonstranten wurden verbreitet, „internationale Agenten“ als Anführer beschworen. Nicht zuletzt wurde im Mai 1947 ein Interpretationsmuster geboren, das in den folgenden Jahren jede größere und härtere Klassenauseinandersetzung treffen sollte: ihre Denunzierung als „kommunistischer Putsch“, als „Plan eines gewaltsamen Umsturzes der Regierung“.

Erfolge der Kommunisten

Diese Form der Propaganda verfehlte allerdings ihren Zweck. Ganz im Gegenteil hatte die aktive Rolle der Kommunisten in den Streiks und Demonstrationenbewegungen 1946/47 ihren Einfluß in der Arbeiterschaft erhöht. Betriebsratswahlen im Herbst und Winter 1946/47 brachten starke kommunistische Zuwächse mit sich und Mehrheiten in wichtigen Betrieben, wie zum Beispiel Alpine Donawitz, Siemens Wien, Bergbau Fohnsdorf, Papierfabrik Hallein. Die Wahlrunde im Herbst 1947 setzte diesen Trend fort.²⁷

Die sozialen Kämpfe hatten sichtbar gemacht, daß zwischen Regierung und Arbeiterklasse tiefe Widersprüche bestanden und daß die Kommunisten vor allem in den Industriebetrieben ihre Positionen beachtlich ausbauen konnten. Vor der Partei stand das Problem, vor diesem Hintergrund ihre eigene Teilnahme an der Regierung einzuschätzen und zu überlegen, welche zentrale Stoßrichtung der Bewegung in den Betrieben und Gemeinden gegeben werden könne. Ein Plenum des Zentralkomitees im Jänner 1947 diskutierte die Regierungsbeteiligung und lehnte den Gang in die Opposition

ab. Als die zentrale politische Forderung erschien vielmehr der Kampf um Neuwahlen, auf den sich die Partei schon vom November 1946 an orientierte. Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen hatten die Partei in der Meinung bestärkt, daß das Wahlergebnis vom November 1945 schon der Vergangenheit angehöre und daß auch bei politischen Wahlen zumindest ein Viertel der Arbeiterschaft für die KPÖ stimmen würde. Dies würde ihren politischen Einfluß auch bei der Neubildung einer Regierung beträchtlich erhöhen.

Diese Orientierung drückte eine bestimmte Zwiespältigkeit und Unsicherheit der politischen Perspektive aus. Im aktuellen Tageskampf war für die Partei klar, daß die führenden Politiker von ÖVP und SPÖ Schritt für Schritt die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse durchsetzten. Ebenso war offensichtlich, daß innerhalb der SPÖ die Linkskräfte ständig zurückgedrängt wurden. Entgegen allen Tendenzen in der SPÖ, ein Aktionsbündnis mit den Kommunisten einzugehen, hatte Schärf schon im November 1945 zum Wahlausgang erklärt, daß die Kommunisten schuld an dem Zurückbleiben der SPÖ hinter der Volkspartei seien und selbst eine „Splitterpartei“ geblieben wären, die auf ihre Machtansprüche zu verzichten hätte. Im Mai 1946 wurden von der SPÖ-Führung gemeinsame Feiern verhindert.

Sie scheute 1946 zwar noch eine offene Konfrontation mit den Linken in der eigenen Partei und bereitete zum Beispiel deren Anträgen an den Parteitag ein „Begräbnis 1. Klasse“ — sie wurden an den Parteivorstand verwiesen. 1947 nahm dagegen der Druck gegen die Linken innerhalb der SPÖ beträchtlich zu. In der Auseinandersetzung innerhalb der eigenen Partei wie auch im Kampf gegen die Kommunisten gewann der Antikommunismus für die SPÖ-Spitze einen rasch steigenden Stellenwert. Er wurde ferner zur ideologischen Rechtfertigung benützt, um Kommunisten aus Positionen im Staatsapparat wieder hinauszudrängen, die sie nach der Befreiung eingenommen hatten. Im März 1947 begann der sozialistische Innenminister Helmer eine großangelegte Säuberung der Polizei von Kommunisten.

Trotz dieser Erscheinungen bestand die Auffassung der KPÖ über eine potentielle positive Funktion einer Dreiparteienregierung als Träger volksdemokratischer Reformen weiter und daraus abgeleitet die Hoffnung, über eine Stärkung der kommunistischen Vertretung einen prinzipiellen Kurswechsel einer Konzentrationsregierung einleiten zu können. Politische Unklarheiten herrschten auch in bezug auf die Massenbewegungen: Bei der großen Demonstration im Mai 1947 hatte die Partei nicht vermocht, eine Stoßrichtung, die Teilerfolge möglich gemacht hätte, zu formulieren, und eher besänftigend auf die zornigen Arbeiter eingewirkt. Unsicherheit in der politischen Orientierung kam auch in einer bestimmten Neigung zum Ausdruck, eine Änderung der Kräfteverhältnisse nicht durch Druck von unten, sondern durch politische Abmachungen in den obersten Parteigremien zu erwarten. Anlaß für ein derartiges Taktieren um politischen Einfluß bot sich im Mai und Juni 1947, als die wirtschaftlichen Probleme und die Zuspitzung

der Klassenauseinandersetzung Teile der ÖVP-Führung um Leopold Figl bewogen, verschiedene Krisenlösungsmöglichkeiten in Erwägung zu ziehen. Sie nahmen deswegen auch Kontakt mit Ernst Fischer auf, der — von der Parteiführung autorisiert — mit einigen Spitzenpolitikern der ÖVP Gespräche über eine Änderung der Regierungspolitik und eine mögliche breitere Beteiligung der Kommunisten führte. Am Widerstand der Mehrheit der ÖVP-Führung und der SPÖ — nachdem diese Gespräche bekannt geworden waren — scheiterte diese sogenannte Figl-Fischerei allerdings schnell.

Die Notwendigkeit einer neuen Orientierung

In diesen Unsicherheiten kommt zum Ausdruck, daß die allgemeine Orientierung, die sich die Partei 1944/45 erarbeitet hatte und die über eine breite nationale Einheit eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung einleiten sollte, der realen Entwicklung nicht mehr entsprach, die Partei aber davor zurückschreckte, sie endgültig aufzugeben und eine neue Perspektive zu entwickeln. Die Orientierung auf eine Volksdemokratie wurde damit zusehends von den aktuellen politischen Verhältnissen abgehoben. Schon auf dem 13. Parteitag im April 1946 war ein bestimmter Widerspruch zwischen einem realistischen Blick für die aktuellen Entwicklungen und einer strategisch langfristigen, aber in den tatsächlichen Kräfteverhältnissen nicht fundierten volksdemokratischen Perspektive erkennbar geworden, vor allem das Fehlen von vermittelnden Schritten zwischen Tagesaufgabe und Strategie. Dasselbe wird sichtbar in einigen theoretischen Arbeiten zum Thema Volksdemokratie, die ihre spezifischen Eigenschaften und ihre Realisierungsbedingungen im Nachkriegseuropa genau beschrieben, aber offenließen, wieweit die österreichischen Verhältnisse noch diesen Bedingungen entsprachen.²⁸

Die Bereitschaft zur Abkehr von der einer zunehmend unrealistischer werdenden Strategie, zum Ziehen theoretischer Konsequenzen, setzte sich in der KPÖ erst langsam durch. Für die Partei war das Währungsschutzgesetz vom November 1947 der letzte Anstoß zum Ausscheiden aus der Regierung. Die Argumentation dazu stützte sich in erster Linie auf innenpolitische Erwägungen, wie Friedl Fűrberg in einem Artikel im „WuZ“ im Dezember 1947 ausführlich darlegte. In der Begründung hieß es, „daß die Kommunisten einer Regierung nicht angehören können, die ein solches Raubgesetz — und zwar ganz offenkundig über Auftrag des ausländischen Kapitals — beschließt. Die Annahme dieses Gesetzes ist also die Ursache für den Austritt der Kommunisten aus der Regierung. Allerdings ist das Zustandekommen des Gesetzes selbst kein Zufall, sondern nur die logische Fortsetzung der Politik Figl-Gruber-Schärf-Helmer, die seit langem darauf gerichtet ist, Österreich völlig dem amerikanischen Imperialismus unterzuordnen. In diesem Sinne haben wir es mit einer — Schritt für Schritt vorbereitenden —

ab. Als die zentrale politische Forderung erschien vielmehr der Kampf um Neuwahlen, auf den sich die Partei schon vom November 1946 an orientierte. Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen hatten die Partei in der Meinung bestärkt, daß das Wahlergebnis vom November 1945 schon der Vergangenheit angehöre und daß auch bei politischen Wahlen zumindest ein Viertel der Arbeiterschaft für die KPÖ stimmen würde. Dies würde ihren politischen Einfluß auch bei der Neubildung einer Regierung beträchtlich erhöhen.

Diese Orientierung drückte eine bestimmte Zwiespältigkeit und Unsicherheit der politischen Perspektive aus. Im aktuellen Tageskampf war für die Partei klar, daß die führenden Politiker von ÖVP und SPÖ Schritt für Schritt die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse durchsetzten. Ebenso war offensichtlich, daß innerhalb der SPÖ die Linkskräfte ständig zurückgedrängt wurden. Entgegen allen Tendenzen in der SPÖ, ein Aktionsbündnis mit den Kommunisten einzugehen, hatte Schärf schon im November 1945 zum Wahlausgang erklärt, daß die Kommunisten schuld an dem Zurückbleiben der SPÖ hinter der Volkspartei seien und selbst eine „Splitterpartei“ geblieben wären, die auf ihre Machtansprüche zu verzichten hätte. Im Mai 1946 wurden von der SPÖ-Führung gemeinsame Feiern verhindert.

Sie scheute 1946 zwar noch eine offene Konfrontation mit den Linken in der eigenen Partei und bereitete zum Beispiel deren Anträgen an den Parteitag ein „Begräbnis 1. Klasse“ — sie wurden an den Parteivorstand verwiesen. 1947 nahm dagegen der Druck gegen die Linken innerhalb der SPÖ beträchtlich zu. In der Auseinandersetzung innerhalb der eigenen Partei wie auch im Kampf gegen die Kommunisten gewann der Antikommunismus für die SPÖ-Spitze einen rasch steigenden Stellenwert. Er wurde ferner zur ideologischen Rechtfertigung benützt, um Kommunisten aus Positionen im Staatsapparat wieder hinauszudrängen, die sie nach der Befreiung eingenommen hatten. Im März 1947 begann der sozialistische Innenminister Helmer eine großangelegte Säuberung der Polizei von Kommunisten.

Trotz dieser Erscheinungen bestand die Auffassung der KPÖ über eine potentielle positive Funktion einer Dreiparteienregierung als Träger volksdemokratischer Reformen weiter und daraus abgeleitet die Hoffnung, über eine Stärkung der kommunistischen Vertretung einen prinzipiellen Kurswechsel einer Konzentrationsregierung einleiten zu können. Politische Unklarheiten herrschten auch in bezug auf die Massenbewegungen: Bei der großen Demonstration im Mai 1947 hatte die Partei nicht vermocht, eine Stoßrichtung, die Teilerfolge möglich gemacht hätte, zu formulieren, und eher besänftigend auf die zornigen Arbeiter eingewirkt. Unsicherheit in der politischen Orientierung kam auch in einer bestimmten Neigung zum Ausdruck, eine Änderung der Kräfteverhältnisse nicht durch Druck von unten, sondern durch politische Abmachungen in den obersten Parteigremien zu erwarten. Anlaß für ein derartiges Taktieren um politischen Einfluß bot sich im Mai und Juni 1947, als die wirtschaftlichen Probleme und die Zuspitzung

der Klassenauseinandersetzung Teile der ÖVP-Führung um Leopold Figl bewogen, verschiedene Krisenlösungsmöglichkeiten in Erwägung zu ziehen. Sie nahmen deswegen auch Kontakt mit Ernst Fischer auf, der — von der Parteiführung autorisiert — mit einigen Spitzenpolitikern der ÖVP Gespräche über eine Änderung der Regierungspolitik und eine mögliche breitere Beteiligung der Kommunisten führte. Am Widerstand der Mehrheit der ÖVP-Führung und der SPÖ — nachdem diese Gespräche bekannt geworden waren — scheiterte diese sogenannte Figl-Fischerei allerdings schnell.

Die Notwendigkeit einer neuen Orientierung

In diesen Unsicherheiten kommt zum Ausdruck, daß die allgemeine Orientierung, die sich die Partei 1944/45 erarbeitet hatte und die über eine breite nationale Einheit eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung einleiten sollte, der realen Entwicklung nicht mehr entsprach, die Partei aber davor zurückschreckte, sie endgültig aufzugeben und eine neue Perspektive zu entwickeln. Die Orientierung auf eine Volksdemokratie wurde damit zusehends von den aktuellen politischen Verhältnissen abgehoben. Schon auf dem 13. Parteitag im April 1946 war ein bestimmter Widerspruch zwischen einem realistischen Blick für die aktuellen Entwicklungen und einer strategisch langfristigen, aber in den tatsächlichen Kräfteverhältnissen nicht fundierten volksdemokratischen Perspektive erkennbar geworden, vor allem das Fehlen von vermittelnden Schritten zwischen Tagesaufgabe und Strategie. Dasselbe wird sichtbar in einigen theoretischen Arbeiten zum Thema Volksdemokratie, die ihre spezifischen Eigenschaften und ihre Realisierungsbedingungen im Nachkriegseuropa genau beschrieben, aber offenließen, wieweit die österreichischen Verhältnisse noch diesen Bedingungen entsprachen.²⁸

Die Bereitschaft zur Abkehr von der einer zunehmend unrealistischer werdenden Strategie, zum Ziehen theoretischer Konsequenzen, setzte sich in der KPÖ erst langsam durch. Für die Partei war das Währungsschutzgesetz vom November 1947 der letzte Anstoß zum Ausscheiden aus der Regierung. Die Argumentation dazu stützte sich in erster Linie auf innenpolitische Erwägungen, wie Friedl Fűrberg in einem Artikel im „WuZ“ im Dezember 1947 ausführlich darlegte. In der Begründung hieß es, „daß die Kommunisten einer Regierung nicht angehören können, die ein solches Raubgesetz — und zwar ganz offenkundig über Auftrag des ausländischen Kapitals — beschließt. Die Annahme dieses Gesetzes ist also die Ursache für den Austritt der Kommunisten aus der Regierung. Allerdings ist das Zustandekommen des Gesetzes selbst kein Zufall, sondern nur die logische Fortsetzung der Politik Figl-Gruber-Schärf-Helmer, die seit langem darauf gerichtet ist, Österreich völlig dem amerikanischen Imperialismus unterzuordnen. In diesem Sinne haben wir es mit einer — Schritt für Schritt vorbereitenden —

Entwicklung zu tun, die schließlich zu einem solchen Gesetz und zum Ende der sogenannten Konzentrationsregierung führen mußte...“ Damit hätte sich „die politische Lage in Österreich grundlegend verändert“.²⁹

Allerdings vergaß Fürnberg nicht, auf die Zusammenhänge zur internationalen Lage hinzuweisen, die durch die Herausbildung „zweier großer Lager“ charakterisiert sei. Der Titel von Fürnbergs Beitrag lautete: „Klare Fronten.“ Mit dem Ausbruch des Kalten Krieges schienen die Schritte der Restaurierung endgültig zu werden, und die „Zwei-Lager-Theorie“ bot einen theoretischen Rahmen, um die widerspruchsvoll gewordenen antifaschistisch-demokratischen Perspektiven der nationalen Einheit zu verwerfen.

1948—1951: Kapitalistischer Wiederaufbau auf Kosten der Arbeiterklasse

Beginn der Staatsvertragsverhandlungen und Kalter Krieg

Im Dezember 1946 einigten sich der amerikanische Außenminister Byrnes und der sowjetische Außenminister Molotow, daß auf der nächsten Beratung der Außenminister der „Österreich-Vertrag“ behandelt werden sollte. Daraufhin begannen Sonderbeauftragte der Alliierten mit der Erstellung eines Vertragsentwurfs. Während der Beratungen des Rats der Außenminister (im März/April 1947 in Moskau) wurde über einen Großteil der Artikel Übereinstimmung erzielt. Zunächst warfen vor allem die Frage des „Deutschen Eigentums“ und die Gebietsansprüche Jugoslawiens — die von allen Parteien in Österreich abgelehnt wurden — Probleme auf. Ein rascher Vertragsabschluß schien aber möglich und in greifbarer Nähe.

In diese Situation platzte die Verkündung der „Truman-Doktrin“, die zum endgültigen Bruch der Anti-Hitler-Koalition führte und offiziell auf die Politik des Kalten Krieges setzte. Die US-Regierung und die anderen imperialistischen Mächte hofften, mit dieser Strategie verschiedene Ziele zu erreichen: Sie wollten den gewachsenen Einfluß der Sowjetunion zurückdrängen und die sozialistische Ordnung in der Sowjetunion zerschlagen. Sie wollten die Volksdemokratien in Osteuropa beseitigen und die antifaschistischen Käfte in Westeuropa zurückdrängen, um die Hegemonie der bürgerlichen Kräfte zu stabilisieren. Sie wollten den politischen, ökonomischen und militärischen Zusammenschluß der kapitalistischen Länder — unter Vorrherrschaft der USA — absichern. Und sie wollten den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems und den Vormarsch der nationalen Befreiungsbewegungen verhindern.

Diese strategische Orientierung der Westmächte hatte natürlich entscheidende Auswirkungen auf deren Österreich-Politik. Die Geschichte des

Staatsvertrags ist im wesentlichen eine Geschichte des Kalten Krieges und der jahrelangen Unterordnung der österreichischen Regierung unter diese Politik der Westmächte.

Im März/April 1947, als ein rascher Abschluß des Staatsvertrags möglich schien, wollten die Westmächte die weitere Entwicklung der Kräfteverhältnisse abwarten. Sie verzögerten die Verhandlungen über den Staatsvertrag, um zu einem Abschluß unter für sie günstigeren Bedingungen zu gelangen. Und während drei Jahrzehnte später der damalige Außenminister Gruber (ÖVP) in seinen Memoiren festhielt, daß „sich für uns der Westen als das Haupthindernis zum Abschluß eines österreichischen Staatsvertrags darstellte“. Allen voran die Vereinigten Staaten selbst³⁰, wurde damals, 1947, die Lügenwalze vom angeblichen sowjetischen „Njet“, das den Vertragsabschluß behindere, von eben diesen Spitzenpolitikern in der ÖVP wie in der SPÖ in Bewegung gesetzt.

In den folgenden Monaten und Jahren verfolgten die Westmächte konsequent ihre Politik der „Eindämmung“ und des „Zurückrollens“ des Kommunismus. Eine Politik, die schließlich zur Spaltung Europas in zwei Militärblöcke führte: Im Juni 1947 verkündete George C. Marshall die Leitgedanken des „Marshall-Plans“, der die Ausweitung der Truman-Doktrin auf den wirtschaftlichen Bereich bedeutete und zu einer wirtschaftlichen Abkapselung Österreichs von seinen östlichen Nachbarn führte. Im Juni 1948 führten die Westmächte auf dem Gebiet ihrer deutschen Besatzungszonen eine separate Währungsreform durch, die die Spaltung Deutschlands endgültig besiegelte. Im April 1949 wurde die NATO gegründet.

Diese Politik barg auch die Gefahr der Spaltung unseres Landes in sich: Vor allem von seiten der US-Militärs und des US-Verteidigungsministeriums wurde wiederholt klargelegt, daß ein Vertragsabschluß mit Österreich, der einen Abzug der US-Truppen beinhalte und damit die „Preisgabe“ der Landbrücke zwischen den deutschen Besatzungszonen der Westmächte und Italien, unerwünscht sei. General Mark Clark, US-Hochkommissar in Österreich, erklärte im Mai 1947, daß die amerikanischen Besatzungstruppen so lange in Österreich verbleiben würden, bis „die Russen“ die amerikanische Position akzeptiert hätten. Der amerikanische Oberkommandierende in Österreich, General Keyes, verkündete im Mai 1949, daß „der Kampf gegen den Kommunismus und das sowjetische aggressive wirtschaftliche und politische Eindringen in Westeuropa“ der „vorrangige Zweck“ der Präsenz der US-Truppen in Österreich sei.³¹

Die westlichen Besatzungstruppen in Österreich seien „im Kriegsfall“ dem NATO-Kommando zu unterstellen, und von seiten der NATO seien dem österreichischen Bundeskanzler Vorschläge „hinsichtlich der wirksamsten Verwendung des österreichischen Wehrpotentials“ zu machen, „wenn eine Kriegsgefahr vor Zustandekommen des Staatsvertrages ausbrechen sollte“.³²

Wie die österreichische Regierung auf diese „Angebote“ der kalten Krieger

reagierte, ist im Detail nicht bekannt. Offensichtlich wird aber, mit welcher Selbstverständlichkeit das NATO-Kommando mit der absoluten Loyalität der österreichischen Regierung rechnete. Die Ursachen für diese Selbstsicherheit sind uns bekannt: So wußte der US-Gesandte Erhardt im Juni 1948 über Gruber und die führenden Persönlichkeiten der ÖVP zu berichten, daß diese die „realistische Linie“ verfolgen, „daß Österreichs Sicherheit von der möglichst engen politischen und militärischen Verbindung mit Westeuropa abhängt.“³³ Zur Haltung des SPÖ-Vorsitzenden Schärf meinte Erhardt, daß diesem vollständig bewußt sei, daß zukünftige wirtschaftliche und militärische Unterstützung vom Westen kommen müsse. Er (Schärf) betone, daß keine Änderung in der grundlegenden Außenpolitik der Sozialisten ohne Konsultationen mit den Vereinigten Staaten erfolgen würde. Schon Ende 1945 bezeichnete Schärf die USA als den „natürlichen Bundesgenossen der Sozialisten“.³⁴ Ende Dezember 1949 schrieb er: „Wir wissen, daß wir die Einordnung in ein größeres politisches und vermutlich auch militärisches System brauchen; aber ich glaube, es wäre unmöglich, in einem Zustand der Vier-Mächte-Besatzung etwa öffentlich zu erklären, wir wollen dem Atlantikpakt beitreten, wenn wir frei sind.“³⁵

Hier wird deutlich: Obwohl die Interessen der Sowjetunion im allgemeinen (Politik der friedlichen Koexistenz, politische und ökonomische Zusammenarbeit, Orientierung auf ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem) und in bezug auf Österreich im besonderen (Loslösung Österreichs von Deutschland, ökonomische und politische Kontakte Österreichs mit Ost und West, Nichtbeitritt Österreichs zur NATO oder zu einem anderen militärischen Pakt und damit die Erhaltung der Einheit des Landes) mit den nationalen Interessen Österreichs übereinstimmten, unterstützten die führenden Vertreter von ÖVP und SPÖ (und ab 1949 vom VdU) über Jahre hinweg bedingungslos die Politik der Westmächte, ja ordneten sich dieser Politik unter. Damit tragen diese Politiker eine wesentliche Verantwortung dafür, daß der österreichische Staatsvertrag erst zehn Jahre nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus unterzeichnet werden konnte.

Der Politik des Kalten Krieges und in Verbindung damit der Verhinderung beziehungsweise der Verzögerung des Abschlusses des Staatsvertrags wirkten auch in Österreich wichtige Kräfte entgegen. Die KPÖ setzte nach der Befreiung konsequent ihren Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs fort und forderte von Beginn an den Abzug aller ausländischen Truppen aus Österreich und den raschen Abschluß des Staatsvertrags. Genosse Kopenig unterzeichnete für die KPÖ die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, die „erste Verfassung“ der Zweiten Republik. Im Aktionsprogramm der KPÖ vom August 1945 forderte die Partei ein „ungeteiltes und unabhängiges Österreich“ und eine „Außenpolitik, die freundschaftliche Beziehungen zu allen freiheitsliebenden Völkern, vor allem zu den demokratischen Großmächten und zu unseren Nachbarstaaten, sichert“.³⁶ Der 14. Parteitag

(Ende 1948) trat für den Abzug aller Truppen und für einen raschen Abschluß des Staatsvertrags ein. Im Wahlprogramm des „Linksblocks“, der gemeinsamen Liste von Kommunisten und Linksozialisten für die Nationalratswahl 1949, wurde als „gemeinsamer Grundsatz“ die „strengste Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs“³⁷ formuliert. Im Jänner 1950 forderten die Abgeordneten des „Linksblocks“, daß sich Österreich an keinem Kriegspakt beteiligen und „keinerlei militärische Verpflichtung“, auch nicht nach Abschluß des Staatsvertrags, übernehmen dürfe. Seit Beginn der fünfziger Jahre verknüpfte die Partei den Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs mit der Forderung nach der Neutralität des Landes. Im Wahlprogramm der Wahlgemeinschaft „Österreichische Volksopposition“ vom November 1952, in der die KPÖ gemeinsam mit den Linksozialisten und kleineren bürgerlichen Gruppen kandidierte, wurde ein „unabhängiges und neutrales“ Österreich als Ziel festgehalten. In einem Antrag forderten die Abgeordneten der Volksopposition im Parlament im April 1953 die Regierung auf, „den Großmächten unmißverständlich klarzumachen, daß Österreich entschlossen ist, eine Politik der strikten Neutralität durchzuführen“.³⁸ Der Antrag wurde von den anderen im Parlament vertretenen Parteien geschlossen abgelehnt.

Die Weltfriedensbewegung

Darüber hinaus unterstützte die KPÖ als einzige politische Partei in Österreich die Weltfriedensbewegung, in der sich Ende der vierziger Jahre Millionen Menschen aller weltanschaulichen Richtungen zum Kampf gegen die Atombombe, gegen „Kalte Kriege“ und die „heißen“ Kriege in Indochina, Korea usw. zusammengeschlossen hatten. Ende April 1949 tagte in Paris der erste Weltfriedenskongreß, an dem 2000 Delegierte aus 72 Ländern teilnahmen. Auf diesem Kongreß wurde der Beschluß gefaßt, zur Koordinierung und Anleitung der weltweiten Friedensbewegung ein „ständiges Komitee des Weltfriedenskongresses“, das später in den Weltfriedensrat umgewandelt wurde, einzurichten. Von diesem Weltfriedensrat, in den alle wichtigen weltanschaulichen Strömungen Vertreter entsandten, gingen in den folgenden Jahren wichtige Impulse für den Friedenskampf aus. Am 28. November 1949 wurde auch ein österreichischer Friedensrat konstituiert.

Von 15. bis 19. März 1950 fand die dritte Tagung des ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses in Stockholm statt. Auf dieser Tagung wurde der „Stockholmer Appell“ verabschiedet. Eine weltweite Unterschriftensammlung unter diesen Appell wurde gestartet, an der sich auch die österreichischen Friedenskräfte aktiv beteiligten. Inzwischen waren in Österreich in allen Bundesländern, in vielen Wiener Bezirken und in zahlreichen Großbetrieben eigene Friedenskomitees entstanden. Bei der Verbreiterung und Stärkung der österreichischen Friedensbewegung spielte die Frauenbewe-

gung eine herausragende Rolle. In Wien fand am 26. März 1950 eine gewaltige Frauendemonstration unter den Losungen „Für die Beendigung des Wettrüstens, für die Vernichtung der Atombombe, für das Verbot der Kriegsvorbereitung und der Kriegshetze und für den Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte“ statt. Die Forderung nach einem raschen Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte nahm im weiteren Kampf der Friedensbewegung einen zentralen Stellenwert ein, eine eigene Unterschriftensammlung für diese Forderung wurde durchgeführt. Am 10. und 11. Juni 1950 tagte der österreichische Friedenskongreß in Wien, an dessen Abschlußkundgebung hunderttausende Menschen teilnahmen. Weltweit wurden unter dem Stockholmer Appell fast 500 Millionen Unterschriften gesammelt. In Österreich unterzeichneten etwa 955.000 Menschen diesen Appell zur Ächtung der Atombombe.

Wie wir heute wissen, entwickelten die US-Führer nach 1945 zahlreiche Pläne für den Einsatz der Atombombe gegen die Sowjetunion. Nach diesen Plänen gingen die USA davon aus, daß die Sowjetunion erst Mitte der fünfziger Jahre über eigene Atomwaffen verfügen werde, die USA also rund zehn Jahre über das Atombombenmonopol verfügen könne. Aber schon Ende der vierziger Jahre zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe und durchkreuzte damit diese Kriegspläne. Bis dahin verfügten die USA nämlich nur über eine begrenzte Anzahl von Atomwaffen und Trägermitteln. US-Angaben zufolge hätten diese keineswegs ausgereicht, um der Sowjetunion eine „endgültige militärische Niederlage“ beizubringen. Während also die USA über zuwenig atomares Zerstörungspotential für den Einsatz gegen die Sowjetunion verfügten, war dieses Potential zweifelsohne für lokale Konflikte ausreichend. So wurde zum Beispiel während des Korea-Krieges (1950 bis 1953) wiederholt von seiten der USA der Einsatz der Atombombe erwogen. Westdeutsche Wissenschaftler kommen heute zu der Einschätzung, „daß während des Korea-Krieges die Schwelle atomarer Kriegsführung so weit wie bei keiner anderen internationalen Krise der fünfziger Jahre gesenkt wurde“.³⁹ Daß es im Korea-Krieg schließlich doch nicht zum Einsatz der Atombombe kam, dafür ist ganz wesentlich die weltweite Ablehnung der Atombombe — als Resultat der Aktivitäten der Friedensbewegung und des Stockholmer Appells — verantwortlich.

Diese gewaltige Massenbewegung wurde ein wichtiges Hindernis für die Realisierung der Politik der militärischen Konfrontation. Deren Vertreter ließen nichts unversucht, um die Friedensbewegung aufzuspalten, zu schwächen und zu zerschlagen. Sie wurde von Beginn an als „kommunistische Aktion“ diffamiert und immer wieder mit bürokratischen Schikanen belegt. So konnten zum Beispiel zahlreiche Delegationen — unter ihnen auch die österreichische — nicht am Pariser Weltfriedenskongreß teilnehmen, weil ihnen von den französischen Konsulaten keine Einreisebewilligung erteilt wurde.

Auch die österreichische Bundesregierung folgte strikt dieser Diffamierungspolitik. Kundgebungen der österreichischen Friedensbewegung wurden häufig verboten, Ausstellungen untersagt, verschiedenste Aktivitäten behindert. Diese Politik gipfelte in der Ausweisung des Weltfriedensrates aus Österreich im November 1951.

Widersprüche in der kommunistischen Weltbewegung

Die wachsende Kriegsgefahr und die aggressive Politik der Westmächte hatten auch weitreichende Auswirkungen auf die kommunistische Weltbewegung und auf die Entwicklung in den volksdemokratischen Ländern. Auf die Kampfansage der Truman-Doktrin reagierten die Volksdemokratien mit Veränderungen der inneren Kräfteverhältnisse. Die Strategie eines umsichtigen, langfristigen „Heranführens“ an den Sozialismus wich der Notwendigkeit der raschen Klärung der Machtverhältnisse, des Aufbaus und der Festigung der sozialistischen Ordnung. Weitgehende Verstaatlichungsmaßnahmen wurden rasch durchgezogen, die Wirkungsmöglichkeiten bürgerlicher Parteien beschränkt. Diese Entwicklung vollzog sich auf Kosten der bis dahin bestehenden breiten sozialen und politischen Bündnisse und war von sektiererischen Fehlern begleitet.

Für die kommunistischen Parteien (vor allem der volksdemokratischen Länder) wurde ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch immer dringender. Generell wurde für die kommunistische Bewegung eine bessere Koordinierung vor allem der internationalen Aktivitäten und des Kampfes für die Erhaltung des Friedens notwendig. Ende September 1947 kamen bei Warschau die Vertreter von neun kommunistischen und Arbeiterparteien zusammen. Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, einen besseren und regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu organisieren und „nötigenfalls die Tätigkeit der kommunistischen Parteien auf der Grundlage gegenseitigen Einverständnisses zu koordinieren“.⁴⁰ Zu diesem Zweck wurde ein eigenes „Informationsbüro“, die „Kominform“ (1947 bis 1956), eingerichtet und eine Halbmonatsschrift (später Wochenschrift) gegründet.

Diese notwendigen und richtigen Maßnahmen als Reaktion auf die Politik der imperialistischen Mächte waren aber begleitet von zahlreichen Fehleinschätzungen und Überspitzungen. In der Deklaration der Warschauer Konferenz findet sich die These von den „zwei Lagern“, die infolge des zweiten Weltkriegs entstanden seien: „das imperialistische, antidemokratische Lager, dessen Hauptziel die Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus und die Zerschlagung der Demokratie ist, und das antiimperialistische und demokratische Lager, dessen Hauptziel die Untergrabung des Imperialismus, die Festigung der Demokratie und die Liquidierung der Überreste des Faschismus ist“.⁴¹ Diese „2-Lager-Theorie“, die zweifellos wichtigen Erscheinungen in der Entwicklung seit 1945 Rechnung trug, verwischte

zugleich vorhandene Differenzen innerhalb der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Parteien, berücksichtigte Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern zuwenig, ließ wenig Raum für eine konkrete Einschätzung vorhandener Widersprüche und erschwerte somit das Erkennen und Nützen wichtiger Bündnismöglichkeiten.

Die Situation in der internationalen Arbeiterbewegung komplizierte sich zusätzlich, als zwischen der jugoslawischen Partei und den anderen acht Mitgliedern des Informationsbüros tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten aufbrachen. In wichtigen Fragen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und der Einschätzung der internationalen Situation herrschten unterschiedliche Auffassungen. Im Juni 1948 wurde auf einer Beratung des Informationsbüros die Politik der jugoslawischen Parteiführung diskutiert und eine ausführliche Resolution „über die Lage der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ verabschiedet. In dieser Resolution wurde die jugoslawische Parteiführung scharf kritisiert, da diese die Rolle der Partei unterschätze, „die Partei faktisch in der parteilosen Volksfront“, in der sich „ein Kunterbunt politischer Gruppen einschließlich einiger bürgerlicher Parteien“⁴² vereinige, aufgehen lasse. Darüber hinaus wurde an der jugoslawischen Parteiführung kritisiert, daß sie „die nationalen Kräfte und Möglichkeiten Jugoslawiens“ überschätze, „sich an der internationalen Lage schlecht orientiere und durch die erpresserischen Drohungen der Imperialisten eingeschüchtert“ sei.⁴³ Die internationale Bedrohung und Gefahr werde unterschätzt.

Pauschal hieß es in der Resolution des Informationsbüros, „daß die Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sich von den internationalen Traditionen der jugoslawischen Kommunistischen Partei getrennt und sich auf den Weg des Nationalismus begeben hat“.⁴⁴ Die Kritik richtete sich gegen einige tatsächlich bedenkliche Erscheinungen in der Politik der KPJ. Aber diese Kritik war verknüpft mit Überspitzungen und auch ungerechtfertigten Vorwürfen. So hieß es in der Resolution, daß die jugoslawische Parteiführung innerhalb der KPJ ein „schandhaftes, geradezu tückisches terroristisches Regime“ aufgebaut habe.⁴⁵

Die KPÖ schätzte die Resolution des Informationsbüros als „von richtunggebender Bedeutung auch für den Kampf und die Tätigkeit der KPÖ“ ein⁴⁶, eine Sondernummer von „Weg und Ziel“ zur Erläuterung der Resolution erschien.

Die jugoslawische Partei wies diese Resolution zurück, und die Meinungsverschiedenheiten wurden nun auch auf staatlicher Ebene ausgetragen. Zwischen und innerhalb der kommunistischen Parteien kam es zu gegenseitigen pauschalen Beschuldigungen und administrativen Maßnahmen, die in einzelnen Ländern in Verhaftungen und Prozessen gipfelten. Auch in der KPÖ breitete sich ein Klima des Mißtrauens und der Verdächtigungen, zum Teil sogar eine hysterische Angst vor „titoistischen Agenten“ aus, die zu

einzelnen Parteiausschlüssen führte. Am negativsten wirkte sich der Konflikt zwischen Kominform und KPJ für die Partei allerdings in Kärnten aus. Die Überspitzungen und Ungerechtigkeiten der Polemik machten es slowenischen Genossen schwer, einen gerechtfertigten Kern in den Auseinandersetzungen zu verstehen. Ein großer Teil der slowenischen Genossen trat aus der KPÖ aus. Wie schwer für die Partei dieser Verlust wog, wurde schon bei der Nationalratswahl 1949 sichtbar. Die Zahl der kommunistischen Stimmen sank gegenüber 1945 absolut um ein Drittel, relativ sogar um die Hälfte, von acht auf vier Prozent.

Höhepunkt dieser Auseinandersetzung und zugleich ein schwerwiegender Fehler war die im Juni 1949 verabschiedete Resolution des Informationsbüros, in der der jugoslawischen Parteiführung der Übergang „vom bürgerlichen Nationalismus zum Faschismus und zum direkten Verrat an den nationalen Interessen Jugoslawiens“⁴⁷ vorgeworfen wurde. Das Informationsbüro war damit zur offenen Diffamierung einer Partei übergegangen, die im antifaschistischen Befreiungskampf eine wichtige Rolle gespielt hatte und im jugoslawischen Volk allgemein Anerkennung und Hochachtung genoß.

Jahre später, im Juni 1956, wurde in einer Resolution des ZK der KPdSU diese Vorgangsweise des Informationsbüros scharf kritisiert, als ungerechtfertigt und als „grobe Willkür“ bezeichnet, die nur mit schwerwiegenden Fehlern in der Leitung der Außenpolitik der Sowjetunion infolge des „Personenkults“ zu erklären sei.⁴⁸ Ein Jahr zuvor waren die Beziehungen zwischen den einzelnen kommunistischen Parteien und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens wiederhergestellt worden, wenn auch nach wie vor Meinungsverschiedenheiten in der Einschätzung grundlegender Fragen, wie sie in der ersten Resolution des Kominform angeschnitten worden waren, weiterbestanden.

Grundzüge der ökonomischen Entwicklung

Für die wirtschaftliche Entwicklung waren nach dem Ende des zweiten Weltkriegs in den USA und im kriegszerstörten Europa völlig unterschiedliche Ausgangsbestimmungen gegeben. In den USA überstieg die Produktion insbesondere nach der Umstellung der Kriegswirtschaft bei weitem die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes. In Europa hingegen gab es keine „Absatzprobleme“. Hier fehlte es immer noch an den notwendigsten Dingen, es waren kaum Mittel vorhanden, um die Produktion entsprechend anzukurbeln. Es drohte eine Verschärfung der sozialen Konflikte infolge der zugespitzten wirtschaftlichen Situation. Hinzu kam, daß Europa kaum über Dollars verfügte, um als zahlungsfähiger Handelspartner der USA auftreten zu können.

Von diesen Bedingungen ausgehend, entwickelte die US-Regierung 1947/48 ihre wirtschaftspolitischen Zielsetzungen gegenüber Europa. Eine Politik, die zur „teilweise völligen Identifizierung der Politik der britischen und amerikanischen Regierungen mit den Interessen weniger Großkonzerne“⁴⁹ führte. Die Sicherung der Profitinteressen des Kapitals entwickelte sich zum Dreh- und Angelpunkt der US-Politik. Es galt, in Europa einerseits einen kontrollierten wirtschaftlichen Wiederaufbau auf privatkapitalistischer Basis abzusichern und zugleich dem US-Kapital den Zugang zum und die weitgehende Kontrolle über den europäischen Markt zu ermöglichen.

Am 5. Juni 1947 begründete der US-Staatssekretär G. Marshall in einer Rede an der Harvarduniversität das „European Recovery Programm (ERP)“, auch „Marshall-Plan“ genannt, die Flankierung der Truman-Doktrin im wirtschaftlichen Bereich. Entsprechend diesem Plan wurden statt der bisher praktizierten Kreditvergabe verschiedene Waren als Geschenke oder als Anleihen nach Europa exportiert. Der Erlös durch den Verkauf dieser Waren wurde in den beteiligten europäischen Ländern auf eigene „Sonderkonten“ eingezahlt. Über das Geld auf diesen Sonderkonten konnte nur nach Absprache und im Einvernehmen mit entsprechenden US-Stellen verfügt werden. Mit diesem Geld wurden verschiedenste Investitionen in Europa finanziert.

Die amerikanische Wirtschaftspolitik, die mit dem Marshall-Plan Gestalt annahm, erfüllte eine Reihe von ökonomischen und auch politischen Zielsetzungen der USA: Ökonomische Sofortmaßnahmen (meistens Lebensmittellieferungen) entschärften kurzfristig die sozialen Spannungen in Europa. Die USA, die mit dem Hunger Politik machten, präsentierten sich als „Freund und Helfer“. Durch die Einflußnahme über die Sonderkonten gelang es den USA, eine Steuerungsfunktion auf die nationalen Industrien auszuüben, der europäische Markt wurde für das US-Kapital geöffnet, die drohende Überproduktionskrise in den USA durch massive Exporte verzögert und abgeschwächt. Die kapitalistische Restauration Westeuropas, seine Einbeziehung in den kapitalistischen Weltmarkt und in einen antikommunistischen Block wurde ermöglicht. Westeuropa wurde auch ökonomisch von der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern abgekoppelt. Das „wirtschaftliche Hilfsprogramm“ der USA war von vornherein so konzipiert, daß eine Teilnahme der Sowjetunion unmöglich gemacht wurde. Die sowjetischen Vorschläge (bilaterale Hilfsprogramme für die einzelnen europäischen Staaten) wurden von den Westmächten abgelehnt. Nach der Konstituierung der ERP-Teilnehmerstaaten zu einer festen Organisation begannen auch die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder mit dem Aufbau eigener zwischenstaatlicher Handelssysteme.

Die Verkündung der Truman-Doktrin und das Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen auf der Moskauer Konferenz (März/April 1947) waren für die österreichische Bourgeoisie ein Signal zum raschen Ausbau der ökonomischen Basis des Kapitalismus. Sie orientierte sich an den Plänen der

US-Regierung über die enge Eingliederung Österreichs in den kapitalistischen Markt. Es wurde begonnen, die materiellen Grundlagen für eine rasche Kapitalakkumulation zu legen. Dieser Prozeß wies in den meisten westeuropäischen Ländern ähnliche Züge auf. Der Einsatz eines wesentlichen Teils des Sozialprodukts für Investitionen war mit Einschränkungen der Sozial- und Wohnbauprogramme verbunden, setzte die Niedrighaltung der Löhne und der Massenkaufkraft voraus und beinhaltete die Zunahme des amerikanischen Einflusses auf die nationalen Ökonomien. Währungsreform, Marshall-Plan, Ausgleich der Staatsfinanzen und Abbau der Nachkriegsbewirtschaftung zugunsten freier Marktmechanismen waren die wesentlichen Meilensteine beschleunigter Kapitalakkumulation ab 1947.

In Österreich bildete sich ein spezieller Regelmechanismus heraus, die sogenannten Lohn-Preis-Abkommen (LPA). Es handelte sich dabei um umfassende Wirtschaftsvereinbarungen, die von Spitzenvertretern der Regierung, des ÖGB und der Unternehmerorganisationen ausgehandelt und in Form von Kollektivverträgen zwischen ÖGB und Bundeswirtschaftskammer abgeschlossen wurden. Diese Abkommen wurden in einer eigenen „Wirtschaftskommission“, die erstmals in ihrer Zusammensetzung spätere sozialpartnerschaftliche Gremien vorwegnahm, erarbeitet und diskutiert. Zwischen 1947 und 1951 wurde jährlich ein Lohn-Preis-Abkommen geschlossen, jedes von ihnen in kritischen Phasen der ökonomischen Entwicklung. Das erste LPA im Juli 1947 wurde knapp vor der Währungsreform ausgehandelt, das zweite vom Oktober 1948 folgte auf die Annahme des ERP, das dritte vom Mai 1949 sollte das drohende Budgetdefizit dieses Jahres abbauen, und das vierte vom September 1950 bildete eine Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen der internationalen Militarisierung und des Booms im Gefolge der Korea-Krise.

Der Inhalt der Abkommen betraf das Verhältnis der Löhne zu den steigenden Preisen, vor allem den Agrarpreisen, und zu Steuer- und Tariferhöhungen sowie den Abbau der Lebensmittelsubventionen zum Zweck der Budgetentlastung. Die ökonomische Wirkung der Abkommen bestand in der Niedrighaltung des öffentlichen und privaten Konsums zugunsten einer sprunghaften Steigerung der Investitionen.

Für die Arbeiter bedeuteten diese Abkommen Reallohnverluste. Das führte schon damals zu einem wesentlichen Charakteristikum sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen: Sie fanden unter äußerster Geheimhaltung statt. In einigen Fällen wurde nicht einmal im Bundesvorstand des ÖGB über die Aufnahme der Lohn-Preis-Verhandlungen informiert beziehungsweise über die Ziele diskutiert, da man fürchtete, daß die kommunistischen Bundesvorstandsmitglieder ihren Widerstand an die Öffentlichkeit tragen würden. „Die Verhandlungen liefen an, ohne daß die Masse der Mitglieder etwas erfuhr und ohne daß sie die Möglichkeit zur Stellungnahme gehabt hätte. Die Forderungen wurden weder von den Mitgliedern aufgestellt, noch

wurden sie um ihre Billigung gefragt“, wie Fritz Klenner ohne Beschönigung die offizielle Vorgangsweise beschreibt.⁵⁰

Die Lohn-Preis-Abkommen führten zur Unterordnung der Interessen der Arbeiterschaft unter die der Kapitalakkumulation. Die Einkommen hinkten weit hinter den Lebenskosten nach. Die Preise stiegen seit 1945 stärker als die Löhne und dies, obwohl seit 1947 und vor allem ab 1948 die Industrieproduktion gewachsen war. Die Arbeitslosigkeit stieg kontinuierlich an: selbst nach offiziellen Zahlen von 2,3% (1948) auf 6% (1950), um schließlich mit 8,7% (1953) ihren Höhepunkt zu erreichen; die Arbeitszeit nahm bis in die fünfziger Jahre zu.

Gerade in Österreich war der Marshall-Plan wesentlicher Bestandteil der Kapitalakkumulation. Österreich erhielt die höchsten „Pro-Kopf-Quoten“ von allen europäischen Ländern. Am 1. April 1948 trat das ERP in Kraft. Am 30. Juni 1948 wurde im österreichischen Parlament ohne vorherige Ankündigung und ohne jegliche schriftliche Information der Punkt „Marshall-Hilfe“ überfallsartig auf die Tagesordnung gesetzt. Nur auf Grund eines mündlichen Berichts des Außenministers wurde das Abkommen über die Marshall-Hilfe vom Hauptausschuß „zur Kenntnis genommen“. Zwei Tage später schloß Österreich mit den USA ein „Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit“. In diesem Abkommen wurde die konkrete Abwicklung des ERP mit Österreich vereinbart. Die österreichische Regierung verpflichtete sich, „Geschäftspraktiken oder geschäftliche Abmachungen zu verhindern, die die Konkurrenz einschränken, den Zugang zu Märkten beschränken oder monopolistische Kontrollen begünstigen“.⁵¹ Die US-Zuwendungen sollten zum Bezug von Gütern der „westlichen Hemisphäre“ verwendet werden. Die Verwendung der Geldmittel des Sonderkontos war von der Zustimmung und der Entscheidung der USA abhängig. Außerdem wurde Österreich verpflichtet, über all jene Projekte, die mit ERP-Mitteln finanziert werden sollten, detaillierte Unterlagen weiterzuleiten und in der Öffentlichkeit für die Ziele und Erfolge des ERP zu werben. Österreich erhielt — als besonders von der „kommunistischen Gefahr bedrohtes Land“ — sämtliche ERP-Mittel als „Geschenk“. Insgesamt erfolgten von 1948 bis 1953 im Rahmen des ERP Lieferungen im Wert von mehr als 900 Millionen Dollar.

Die KPÖ stellte sich — nach Prüfung der zugänglichen Unterlagen über Ziele und Funktionsweise des ERP — vehement gegen dieses Programm und erarbeitete einen eigenen „Dreijahresplan“ für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Interesse der werktätigen Bevölkerung. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees für den 14. Parteitag (1948) betonte Genosse Kopenig, daß in keinem Land „die einheimischen Kapitalisten allein imstande (sind), ihre Positionen aufrechtzuerhalten. Sie brauchen die Unterstützung der Wallstreet, um die Lasten des Krieges und des Wiederaufbaus durch Lohndruck, Preiserhöhungen, Währungsmaßnahmen usw. auf die Schultern der Massen abzuwälzen“.⁵² „Marshallisierung, das

bedeutet nicht nur Preisgabe der nationalen Souveränität, ... vollständige politische, militärische und wirtschaftliche Kontrolle durch die amerikanischen Imperialisten — Marshallisierung bedeutet auch Senkung des Lebensstandards der breiten Massen, Senkung des Reallohns der Arbeiterschaft, Verelendung der werktätigen Schichten.“⁵³ Die Partei orientierte auf die breite Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die konkreten Auswirkungen der „Marshall-Plan-Politik“.

Aber schon in dieser Analyse des Marshall-Plans waren Fehleinschätzungen, was die weiteren Perspektiven der ökonomischen Entwicklung Österreichs betrifft, enthalten. Die langfristigen Auswirkungen des ERP auf die österreichische Wirtschaft (Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, Beschleunigung der Kapitalakkumulation, Strukturwandel, der die Investitionsgüterindustrie und die Konsumgüter forcierte) wurden nicht analysiert, vorhandene Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus nicht erkannt oder unterschätzt.

Grundzüge der politischen Entwicklung

In den Jahren 1947 und 1948 verschärfen sich in ganz Europa die Auseinandersetzungen zwischen linken, antifaschistischen und rechten Kräften innerhalb der sozialistischen Parteien. In Österreich konzentrierten sich die Angriffe der rechten Kräfte um Scharf und Helmer vor allem auf den Zentralsekretär der SPÖ, Erwin Scharf. Schon auf dem SP-Parteitag 1947 wurde Scharf nicht mehr zum Zentralsekretär bestellt, nachdem er im Namen von mehr als 40 Parteitagsdelegierten eine Resolution eingebracht hatte, in der ein klarer Trennungsstrich der SPÖ zur ÖVP und die Rückkehr der SPÖ „zu den großen Traditionen des österreichischen Sozialismus und der glanzvollen kämpferischen Haltung“ gefordert wurde.⁵⁴ Es folgte eine Diffamierungskampagne gegen Scharf, die von verschiedenen administrativen Maßnahmen begleitet wurde. Diese Kampagne führte im Sommer 1948 zu einem Auftritts-, Rede- und Publikationsverbot für Scharf.

Am 28. Oktober reagierte Scharf auf diese Maßnahmen mit der Veröffentlichung seiner Broschüre „Ich darf nicht schweigen. Drei Jahre Politik des Parteivorstands der SPÖ — von innen gesehen“, einer Abrechnung mit der Politik der Parteiführung von 1945 bis 1948. Die Broschüre wurde zu einem „Bestseller“ und erlebte drei Auflagen. Bereits am Tag nach der Veröffentlichung der Broschüre wurde Scharf in einem Schnellverfahren, ohne seine Anhörung, aus der SPÖ ausgeschlossen. Mit dem Ausschluß Scharfs, der massiven ideologischen Kampagne und dem administrativen Vorgehen der Parteiführung gegen linkssozialistische Kräfte wurden diese innerhalb kürzester Zeit in den Hintergrund gedrängt.

Die SPÖ entwickelte sich innerhalb weniger Jahre zu einer wichtigen

Trägerin der kapitalistischen Restauration. Die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung beziehungsweise der Arbeiterparteien wurde verhindert, einheitliche Massenorganisationen (der Jugend, der Frauen und andere) wurden gespalten. Eine neue antifaschistisch-demokratische Verfassung und der Aufbau antifaschistisch-demokratischer staatlicher Strukturen wurden durch die Übernahme der Verfassung von 1929 und andere Maßnahmen abgeblockt, eine breite Verstaatlichung sowie eine echte Agrarreform vereitelt und die Mobilisierung der werktätigen Massen der Zusammenarbeit mit der ÖVP und den Westmächten untergeordnet.

Kurz nach dem 14. Parteitag der KPÖ setzte die Diskussion über die für den Herbst 1949 fällige Nationalratswahl ein. Während die Kommunistische Partei Kontakte zu Erwin Scharf aufnahm, um linke Kräfte zu vereinen, gingen die „Überlegungen“ der Parteistrategen der ÖVP und der SPÖ in eine ganz andere Richtung: Nach dem Wahlverbot 1945 waren bei der Nationalratswahl 1949 erstmals hunderttausende ehemalige Mitglieder der Nazipartei wahlberechtigt. Das „würdelose Buhlen“ der beiden Regierungsparteien um die „nationalen Stimmen“ setzte voll ein. Am 28. Mai 1949 trafen einander führende Mitglieder der ÖVP (unter ihnen Julius Raab) und bekannte Nationalsozialisten (darunter hohe SS-Funktionäre). Die ÖVPLer hatten die Absicht, Nazis aus der ehemaligen NSDAP-Führung in die Spitzengremien ihrer Partei aufzunehmen. Dieses Vorhaben gelang aber nicht in dem von der ÖVP-Spitze gewünschten Ausmaß. Eine Ursache dafür war der breite antifaschistische Protest, der sich nach Bekanntwerden dieser „Oberweiser-Gespräche“ in der Öffentlichkeit entfaltete. Eine andere Ursache war die, daß zum Zeitpunkt dieser Gespräche bereits die Gründung einer vierten Partei, des „Verbands der Unabhängigen (VdU)“, erfolgt war. Dieser Gründung gingen intensive Kontakte der SPÖ-Führung mit rechtsextremen und faschistischen Kräften voraus. Die SPÖ-Führung erwartete sich von der Gründung einer vierten Partei, eines legalen „Sammelbeckens“ für „Nationale“ und Nationalsozialisten, die Spaltung des bürgerlichen Lagers, die Brechung der absoluten Mehrheit der ÖVP und damit eine Stärkung der SPÖ. Die SPÖ-Führung orientierte sich zunächst auf — nach der Nationalratswahl — eine Dreierkoalition derjenigen Parteien, „die den Marshall-Plan bejahten“. Dem VdU wurde in einem Gespräch mit Parteivorsitzendem Schärf das Unterrichtsministerium versprochen. „Damit war das Eis gebrochen, und weitere Verhandlungen und Hilfeleistungen (!) an die neue Partei setzten diesen vorläufig geheimgehaltenen Kontakt fort.“⁵⁵ Der „antifaschistische Konsens“ der so oft beschworenen Lagergemeinschaft der österreichischen Antifaschisten war längst dem „antikommunistischen Konsens“ gewichen.

Dies fand auch in den sogenannten „1945er-Prozessen“ seinen Ausdruck. Anstatt gegen verantwortliche Nazis und Kriegsverbrecher vorzugehen, stellte die österreichische Klassenjustiz bei diesen Prozessen Patrioten, die

1945 im Rahmen des antifaschistischen Kampfes gegen Nazis vorgegangen waren, unter Anklage, obwohl nach österreichischem Gesetz solche Kampfhandlungen ausdrücklich als straffrei erklärt wurden. Der „Volksstimme“, die diesen Skandal der „1945er-Prozesse“ wiederholt an die Öffentlichkeit brachte, trug dies wegen „Eingriffs in ein schwebendes Verfahren“ zahlreiche Beschlagnahmen ein.

Die Nationalratswahl am 9. Oktober 1949 zerstörte freilich die hochgesteckten Erwartungen der SPÖ-Führung. Zwar verlor die ÖVP die absolute Mehrheit, die „Wahlpartei der Unabhängigen“ erreichte mehr als 489.000 Stimmen und 16 Mandate, was die nach wie vor beträchtliche Stärke des rechtsextremen und faschistischen Potentials in Österreich aufzeigte. Aber diese Gewinne der VdU gingen sowohl auf Kosten der ÖVP (von 85 auf 77 Mandate) als auch auf Kosten der SPÖ (von 76 auf 67 Mandate). Auf dem kurz nach der Nationalratswahl stattgefundenen Parteitag der SPÖ wurde zwar die weitere Koalition mit der ÖVP befürwortet, aber eine Koalition mit dem VdU abgelehnt. So wurde nach der Nationalratswahl 1949 ein weiteres Koalitionsabkommen zwischen der ÖVP und der SPÖ vereinbart, das der SPÖ-Führung vor allem im Wirtschaftsbereich mehr Kompetenzen einräumte.

Zuspitzung der Klassenkämpfe • Die Rolle der Kommunisten im Betrieb

Den Belastungen durch den kapitalistischen Wiederaufbau setzte die österreichische Arbeiterklasse heftigen Widerstand entgegen. Die Jahre 1948 bis 1950 waren von erbitterten Klassenkämpfen geprägt, mit ihrer Vielzahl von Streiks und militanten Demonstrationen zählen sie zu den Perioden intensivster Klassenauseinandersetzungen in der Geschichte der österreichischen Arbeiterschaft. Durch besondere Härte und Dauer zeichnete sich der Streik der Schuharbeiter im März und April 1948 aus, den rund 50.000 Arbeiter 62 Tage lang durchstanden, weiters der Bäckerstreik vom September 1948 oder ein dreiwöchiger Streik von 20.000 Forstarbeitern im Jahr 1950. Viele Streikkämpfe blieben nicht nur auf die Betriebe beschränkt, sondern setzten sich in Straßendemonstrationen fort. In Graz demonstrierten im Dezember 1949 10.000 Bauarbeiter, gegen die die Polizei mobilisiert wurde; in Voitsberg blockierten die Demonstranten Eisenbahn- und Straßenverbindungen, die Regierung verlegte eine Gendarmerieabteilung in diesen Ort.

Die umfassendsten, regional und branchenmäßig breitesten Bewegungen entstanden zur Abwehr der Lohn-Preis-Abkommen. Gegen das zweite LPA wandten sich Massenstreiks im September 1948, die in erbitterte Demonstrationen übergingen: In Linz versammelten sich 20.000 Arbeiter auf dem Hauptplatz, das Rathaus wurde gestürmt. Gegen das dritte Lohn-Preis-

Abkommen richtete sich eine Welle von Arbeitskämpfen im Mai 1949, in deren Verlauf es zu einer Demonstration von mehr als 100.000 Arbeitern aus allen Wiener Betrieben auf dem Rathausplatz kam. Ihren Höhepunkt erreichten die Klassenauseinandersetzungen der Wiederaufbauperiode im Kampf gegen das vierte Lohn-Preis-Abkommen im September und Oktober 1950, der weiter unten ausführlich dargestellt wird.

Die Ursachen und Ziele der Arbeitskämpfe waren vor allem wirtschaftlicher Art. Sie richteten sich gegen das rapide Auseinanderklaffen von Löhnen und Preisen und forderten massive Lohnerhöhungen oder Überbrückungsbeihilfen gegen die Teuerung. Die spezifische Form des kapitalistischen Wiederaufbaus in Österreich, die tragende Rolle des Staates und der Gewerkschaft in diesem Prozeß verliehen den wirtschaftlichen Kämpfen aber unmittelbar einen politischen Charakter und richteten sich gegen Regierung und Gewerkschaftsführung.

In diesem Konflikt kommt die geänderte Stellung der österreichischen Gewerkschaften zum Ausdruck, die sich — im Unterschied zur Ersten Republik — immer weniger als Vertretung spezifischer Arbeiterinteressen und immer mehr als Träger „gesamtwirtschaftlicher Verantwortung“ verstanden. Die Gewerkschaften wurden eng in die staatliche Wirtschaftspolitik einbezogen und an der Regelung der kapitalistischen Nachkriegsakkumulation beteiligt: Das Sozialministerium wurde stets von einem führenden Gewerkschafter besetzt; an den staatlichen Bewirtschaftungs- und Ernährungskommissionen nahmen leitende Sekretäre des ÖGB teil, ebenso in der von 1946 bis 1950 bestehenden „Zentrallohnkommission“, in der unter dem Vorsitz des Sozialministers Arbeiter- und Unternehmervertreter über die Berechtigung gewerkschaftlicher Forderungen entschieden. Einen wichtigen Schritt zur Einbindung der Gewerkschaften in die staatliche Wirtschaftspolitik stellten die Verhandlungen um den Marshall-Plan dar, in denen die US-Administration den ÖGB nicht nur als Verhandlungspartner verlangte, sondern in mehreren internationalen Konferenzen im Lauf des Jahres 1948 in die Durchsetzung einer höheren Arbeitsproduktivität einzuspannen versuchte. In den fünf zwischen 1947 und 1951 getroffenen Lohn-Preis-Abkommen, die von den Spitzen der Regierung, des ÖGB und der Unternehmerorganisationen ausgehandelt und in Form von Kollektivverträgen zwischen ÖGB und Bundeswirtschaftskammer abgeschlossen wurden, kam die Einbindung der Gewerkschaften am deutlichsten und für die Massen am spürbarsten zum Ausdruck.

Die Arbeitskämpfe jener Periode waren überwiegend spontane Streiks, die von der Gewerkschaftsführung nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar bekämpft wurden, und umgekehrt richtete sich die Erbitterung der streikenden und demonstrierenden Arbeiter unmittelbar gegen Regierung und Gewerkschaftsführung. Innerhalb dieser intensiven, spontanen Klassenauseinandersetzungen fiel den Kommunisten eine bedeutende Rolle als oft

auslösendes, stets organisierendes Element zu. In den Betrieben unterstützte die Partei die Bildung von „Aktionskomitees“, die — da die Gewerkschaftsführung den Arbeitskämpfen feindlich gegenüberstand — die Aktionen organisierten, die Forderungen der Belegschaften gegenüber Unternehmern und Regierung vertraten und eine überbetriebliche Koordinierung der Kämpfe versuchten. Auf der gesamtstaatlichen Ebene waren die Kommunisten die einzige politische Kraft, die die Forderungen der kämpfenden Arbeiter in der Öffentlichkeit, in der Presse und im Parlament vertraten. Auf vielen Massenkundgebungen und Demonstrationen traten führende Funktionäre der Partei als Hauptredner auf.

Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Unter diesen Bedingungen kam der Betriebsarbeit der Partei eine große Bedeutung zu. Zuerst ging es darum, die Partei selbst in den Betrieben zu verankern und die berufstätigen Mitglieder in Betriebsorganisationen zusammenzufassen. Dieses kommunistische Organisationsprinzip war allerdings nach der Befreiung in der österreichischen Arbeiterbewegung erst wenig bekannt. Der Aufbau von Betriebsorganisationen stieß 1945 und 1946 bei manchen Parteimitgliedern auf Unverständnis, vor allem bei solchen, die aus den organisatorischen Traditionen der Sozialdemokratie kamen und erst vor kurzem zur KPÖ gestoßen waren. Die Sozialdemokratie der Ersten Republik hatte sich — ihrer vorrangig an Wahlen orientierten Politik folgend — in Wohngebieten organisiert und die Politik im Betrieb den Gewerkschaften und Betriebsräten überlassen. Das erste Parteistatut der KPÖ von 1946 läßt ebenfalls eine Unsicherheit deutlich werden, indem es zwar die BO als unterste Zelle der Partei anerkennt, aber den untersten Gebietsorganisationen unterstellt. Der 14. Parteitag (1948) korrigierte dies in einer Statutenänderung, die Betriebsorganisationen die gleichen Rechte wie Wohnorganisationen einräumte und beide den Bezirksleitungen unterstellte.

Auch weiterhin war jedoch zähe organisatorische Arbeit erforderlich, um das Prinzip der politischen Organisation am Arbeitsplatz durchzusetzen. Diese Anstrengungen blieben nicht ohne Erfolg. 1946 waren rund 19.000, 1948 rund 36.000 und 1951 etwa 48.000 Kommunisten in Betriebsorganisationen zusammengefaßt. Dabei kam den Großbetrieben eine besondere Rolle zu. Allein in 16 Betrieben mit mehr als 2000 Beschäftigten waren 1948 4500 Parteimitglieder organisiert, vielfach aufgeteilt in Abteilungs- beziehungsweise Schichtorganisationen. Der Aufbau der BO in den Klein- und Mittelbetrieben blieb dagegen eine große Schwachstelle. Dies findet darin seinen Ausdruck, daß zwischen 1946 und 1951 zwar der Anteil der Parteimitglieder, die in Betriebsorganisationen tätig waren, bis auf 35 Prozent anstieg, die Anzahl der Betriebsorganisationen selbst aber mit etwa 800 gleichgeblieben war.

Auf der Ebene der Gewerkschaft und der Betriebsräte orientierte die Partei auf die Bildung von Einheitslisten. Dies richtete sich gegen die Politik der Fraktionierung, die von der sozialistischen Gewerkschaftsführung seit 1945 betrieben wurde, um den überparteilichen und einheitlichen Charakter des 1945 gegründeten ÖGB zu unterlaufen. Für die Gewerkschaftsführung bestand der Zweck der Fraktionen darin, die absoluten sozialistischen Mehrheiten in allen Führungsgremien politisch effektiv und ohne Reibungsverluste umsetzen zu können: Auffassungsunterschiede in den eigenen Reihen wurden vor der Gewerkschaftsöffentlichkeit abgeschirmt, abweichende Meinungen in fraktionellen Vorbesprechungen der zentralen Linie untergeordnet, um damit der innergewerkschaftlichen Opposition gegen Beschlüsse der Führung möglichst wenig Ansatzpunkte zu bieten. In dem Maß, in dem auf staatlicher Ebene die Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ ausgebaut wurde, setzten sich auch im ÖGB neben den Fraktionen informelle Kontakte zwischen ÖVP- und SPÖ-Fraktion als Entscheidungskreis durch. Zur Politik des ÖGB wurde das, „was in der zentralen sozialistischen Fraktion wie im SPÖ-Parteivorstand beschlossen, dann der christlichen Fraktion im ÖGB inoffiziell mitgeteilt, und womit schließlich die kommunistische Fraktion in der eigentlichen offiziellen Bundesvorstandssitzung konfrontiert wurde“.⁵⁶ Mit der Bildung von Arbeiter- oder Einheitslisten an der Basis versuchten die Kommunisten dieser faktischen Spaltung des ÖGB und seiner Unterordnung unter die SPÖ-Politik entgegenzuwirken.

Da sich die Kommunisten in den konkreten Arbeitskämpfen als entschiedene Vertreter der Arbeiterschaft profilieren konnten und auch ihre Politik der Gewerkschaftseinheit auf breite Zustimmung stieß, wurde der Kampf gegen die KPÖ zu einem immer wichtigeren Mittel der sozialistischen Führung, um ihre Politik in der Arbeiterschaft durchsetzen zu können. Dieser Kampf wurde auf verschiedenen Ebenen geführt. Ab 1948 wurden immer mehr kommunistische Funktionäre ihrer gewerkschaftlichen Funktionen enthoben oder sogar aus dem ÖGB ausgeschlossen. Dies traf Gewerkschafter, die sich — gegen einen Beschluß des ÖGB-Vorstands — an betrieblichen Aktionskomitees beteiligten, vor allem aber jene Funktionäre, die in Streiks besonderes Ansehen erworben hatten. Der kommunistische Gewerkschaftssekretär des Bezirks Leoben wurde Anfang 1948 gekündigt, der kommunistische Zentralsekretär der Textil- und Lederarbeiter im Mai desselben Jahres, wenige Tage nach dem Ende des Schularbeiterstreiks, vom Dienst suspendiert. Darüber hinaus wurde versucht, den Gewerkschaftsapparat stärker zu zentralisieren und dem Bundesvorstand unterzuordnen. Auf dem ersten ÖGB-Kongreß 1948 wurden alle Sekretäre verpflichtet, „für die Beschlüsse des Bundesvorstands in der Öffentlichkeit einzutreten“⁵⁷, der zweite Kongreß 1951 änderte die Statuten dahingehend, daß nur noch der Bundesvorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften Anträge an den Kongreß stellen konnten. Kommunisten wurden aus den Führungsgre-

mien des ÖGB systematisch hinausgedrängt. Die sozialistischen Gewerkschafter bemühten sich darum, die Disziplin in ihrer Fraktion zu stärken: Schon im Juli 1947 untersagte ein Beschluß des SPÖ-Vorstands den Sozialisten, an gewerkschaftlichen Einheitslisten teilzunehmen. Der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie wurde vom ersten Bundeskongreß an zu einem wesentlichen Teil kommunistischer Gewerkschaftspolitik, der in den ersten Jahren auch starken Widerhall bei unteren sozialistischen Funktionären fand.

Auf ideologischer Ebene wurden diese administrativen Maßnahmen durch einen immer rigideren Antikommunismus ergänzt. „Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß von 1947 an der Antikommunismus als zweckrationale politische Waffe zur Durchsetzung der sozialpartnerschaftlichen Linie der sozialistischen und Gewerkschaftsführung eingesetzt wurde.“⁵⁸ Ein wesentliches Element dieser antikommunistischen Strategie bestand darin, spontane Arbeitskämpfe als Putschversuche zu denunzieren, die von der KPÖ auf Anweisung der Sowjetunion oder der Kominform inszeniert würden. Dabei schreckten die sozialistische und die bürgerliche Presse nicht vor den dümmsten Lügen zurück. „Putschgerüchte“ wurden im September 1948 eingesetzt, um die breite Bewegung gegen das zweite Lohn-Preis-Abkommen zu spalten und wurden bei Bedarf immer wieder aufgewärmt, um im Oktoberstreik 1950 einen traurigen Höhepunkt zu erreichen. In der Gewerkschaft wurde der Antikommunismus durch intensive Kontakte zu den amerikanischen Gewerkschaften und den US-Behörden gefördert.

Im Zuge dieser massiven antikommunistischen Kampagne wurden zwar der Gewerkschaftsapparat und die Arbeiterkammern sukzessive von Kommunisten „gesäubert“, die Verankerung der Partei in der Arbeiterschaft aber nicht erschüttert. Ganz im Gegenteil konnte die KPÖ in den Jahren 1948 bis 1950 ihre Positionen in den Betrieben ausbauen und stabilisieren. Schon 1947 hatten Kommunisten in vielen wichtigen Betrieben deutliche Erfolge aufzuweisen, einen Gesamtüberblick über die Kräfteverhältnisse in der Arbeiterschaft ermöglicht aber erst die Betriebsratswahlrunde des Winters 1947/48. Die genaueste Statistik liegt für die Steiermark vor. Demnach erreichten kommunistische Listen oder Einheitslisten, an denen sich Kommunisten beteiligten, in Gewerbe und Industrie insgesamt rund 20 Prozent der Stimmen, in den industriellen Großbetrieben durchschnittlich zwischen 30 und 35 Prozent, während hier auf die SPÖ zwischen 40 und 45 Prozent entfielen. In den wichtigsten Industriebezirken ganz Österreichs, zum Beispiel in Leoben oder Wien-Floridsdorf, wählten rund 40 Prozent der Arbeiter kommunistische Betriebsräte, in vielen Großbetrieben bestanden kommunistische Mehrheiten.⁵⁹ Diese starke Verankerung in der Industriearbeiterschaft ist in ganz Österreich und unabhängig von der jeweiligen Besatzungsmacht festzustellen. In den unter sowjetischer Verwaltung stehenden Betrieben, in denen die Betriebsleitungen sich nicht nur nicht an der antikommuni-

stischen Kampagne in privater und verstaatlichter Industrie beteiligten, sondern den Genossen den Rücken stärkten, waren allerdings besonders gute Ergebnisse zu verzeichnen: Im Zistersdorfer Erdölgebiet wurden knapp 70 Prozent der Betriebsräte auf Einheitslisten gewählt. In der Gesamtschätzung der Wahlrunde kam die Partei zum Schluß, daß sich ein Drittel der Arbeiter zur Arbeitereinheit und gegen die „Spalterparole des SPÖ-Vorstands“⁶⁰ gewandt hatte und die Betriebsratswahlen ein starkes Wachstum des Einflusses der KPÖ in der Arbeiter- und Angestelltenschaft ausdrückten.

Diese Tendenz setzte sich auch in den beiden nächsten Jahren fort. Die Betriebsratswahlrunde 1949/50 brachte eine weitere Ausweitung kommunistischer Stimmenanteile, allerdings insgesamt nur noch um wenige Prozent. Die Ergebnisse der ersten Arbeiterkammerwahlen im Jahr 1949 verweisen jedoch auf ein strukturelles Problem, das bereits im Zusammenhang mit der Betriebsarbeit der Partei angesprochen wurde: Die KPÖ erreichte hier knapp zehn Prozent, also um einiges weniger als in den Großbetrieben und Industriebezirken. Der große Einfluß der Kommunisten in den Kernschichten der Industriearbeiterschaft erstreckte sich nicht gleichmäßig und flächendeckend auf die Gesamtheit der Arbeiterklasse. Vor allem kam hier aber zum Ausdruck, daß die persönliche Verankerung vieler kommunistischer Betriebsräte als treibende Kraft im sozialökonomischen Interessenskampf und die politisch-ideologische Ausstrahlungskraft der Partei und ihrer Weltanschauung weit auseinanderklafften. Die Partei verstand es zu wenig, den tagtäglichen Kampf in den Betrieben mit einer umfassenden Kapitalismuskritik und dem politisch-ideologischen Kampf zu verbinden.

Die Klassenauseinandersetzungen der Jahre 1948 bis 1950 waren von zwei Tendenzen geprägt. Auf der einen Seite stand die volle Einbindung der SPÖ und der Gewerkschaftsführung in die Politik der kapitalistischen Restauration, die mit der Zurückdrängung der Gewerkschaftsdemokratie, der Maßregelung Widerstand leistender Funktionäre, der Diffamierung der Arbeitskämpfe und wüster antikommunistischer Propaganda einherging. Auf der anderen Seite stand eine unzufriedene und kampfbereite Arbeiterschaft, die zumindest in den Großbetrieben und Industriezentren ihre Interessen in einer Welle von Streiks und Demonstrationen vertrat. Als konsequente und organisierende Arbeitervertreter bauten die Kommunisten in diesen Klassenkämpfen ihren Einfluß aus und stabilisierten ihn trotz eines immer stärker werdenden administrativen und ideologischen Drucks.

Der Oktoberstreik

In der zugespitztesten Form kam dieser Gegensatz im Oktoberstreik des Jahres 1950 zum Ausdruck, der damit zu einer entscheidenden gesellschaftlichen Kraftprobe wurde. Schon im August und September 1950 breitete sich in den Betrieben eine starke Unzufriedenheit aus, und in allen Branchen

wurden Lohnforderungen erhoben. In diese Situation platzte die Bekanntgabe des Abschlusses des vierten Lohn-Preis-Abkommens am 25. September, das auf eine neuerliche Reallohnsenkung hinauslief. Am selben Tag traten aus Protest spontan die wichtigsten Betriebe Oberösterreichs in den Streik, am nächsten Tag folgten Wien und die niederösterreichischen Industriegebiete, dann auch die Steiermark. Überall waren die Streiks mit Massendemonstrationen verbunden, an denen Arbeiter aller Parteirichtungen — zum Teil bis in die höheren lokalen Funktionärebene — teilnahmen. Die oberste Gewerkschaftsführung erklärte jedoch die Streiks für illegal, und auch die Regierung nahm eine unnachgiebige Haltung ein und lehnte jegliche Verhandlungen mit Streikenden oder Demonstranten ab. Damit fiel wiederum den Kommunisten als einziger gesamtösterreichisch organisierter Kraft, die sich geschlossen hinter den Streik stellte, ein wesentlicher Teil der politischen und organisatorischen Verantwortung für die Bewegung zu — eine Bewegung allerdings, die nach der Zahl, der politischen und regionalen Breite sowie der Erbitterung der Beteiligten alle bisherigen Klassenkämpfe der Zweiten Republik in den Schatten stellte.

Die KPÖ befand sich damit in einer äußerst schwierigen Situation, die im Rechenschaftsbericht des 15. Parteitags, ein Jahr nach dem großen Streik, folgendermaßen charakterisiert wurde: „Zum erstenmal seit Jahrzehnten nahmen so große Massen sozialistischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter an einem Kampf teil, der sie in Gegensatz zum Staatsapparat und zu den Regierungsparteien, zum SPÖ-Vorstand und zur Gewerkschaftsbürokratie brachte. Zum erstenmal in ihrer Geschichte stand unsere Partei an der Spitze einer so gewaltigen Bewegung als Leiterin, Führerin und konsequente Verteidigerin der elementaren Bedürfnisse und des Streikrechts der österreichischen Arbeiterklasse.“⁶¹

Vor der Partei stand die Aufgabe, innerhalb der Massenbewegung die unmittelbaren ökonomischen Forderungen mit der konkreten politischen Zielsetzung der Veränderung der Funktion und der Struktur des ÖGB hin zu einem klassenkämpferischen Instrument der Arbeiterbewegung zu verbinden und diese Aufgabenstellung in das Zentrum der Auseinandersetzung zu rücken. Es galt, die spontan im Kampf entstandene Einheit der Arbeiter zu festigen, ein demokratisch legitimes Organ der kämpfenden Arbeiter, das die Koordinierung und Leitung der Streikaktivitäten übernahm, zu schaffen. Wie sich herausstellte, war die Partei nicht in der Lage, der Massenbewegung in der erforderlichen Schnelligkeit eine derartige Stoßrichtung zu vermitteln. Statt dessen empfahl das Politische Büro, den Streik für einige Tage zu unterbrechen, um einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz Gelegenheit zu geben, ein Forderungs- und Aktionsprogramm aufzustellen. Diese Betriebsrätekonferenz trat in Wien zusammen, richtete ihre Forderungen an die Regierung und beschloß, im Falle ihrer Nichterfüllung am 4. Oktober den Generalstreik auszurufen.

Diese Unterbrechung gab der Regierung und der ÖGB-Führung eine Woche Zeit zu Gegenmaßnahmen auf allen Ebenen: massiver Druck auf sozialistische Gewerkschafter und Betriebsräte, Verhaftungen kommunistischer Vertrauensleute, die Mobilisierung der Gendarmerie gegen besetzte Betriebe, vor allem aber eine von den Massenmedien mitgetragene und bis zur Hysterie gesteigerte Denunzierung des Streiks als kommunistischen Putschversuch. Als am 4. Oktober der Streik wiederaufgenommen werden sollte, war die breite Bewegung des Beginns bereits zerbrochen. Ein Teil der Streikenden reagierte darauf mit wachsender Aggressivität und versuchte, nicht mehr beteiligte Belegschaften zur neuerlichen Teilnahme zu zwingen. Auf der anderen Seite gingen vom Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft, Olah, aufgestellte — und, wie sich später herausstellte, von der CIA finanzierte — Einsatzkommandos gewalttätig gegen Streikende und Demonstranten vor. Die Steyr-Werke, eines der konsequentesten Zentren des Streiks, wurden von der Gendarmerie besetzt, und auch nach Donawitz wurden zusätzliche Gendarmereieinheiten verlegt. Am 5. Oktober beschloß die Betriebsrätekonferenz den Streikabbruch.

Im Rechenschaftsbericht des 15. Parteitags beschäftigte sich Genosse Kopenig mit dem Ausgang des Streiks. Er ließ keinen Zweifel daran, wo die Verantwortlichen für diese Niederlage zu suchen sind: „Die Verantwortung dafür, daß dieser große Streikkampf der Arbeiter nicht zum Erfolg führte, fällt auf die verräterischen rechten SPÖ- und Gewerkschaftsführer, die sich als Streikbrecher und Organisatoren von Schlägerbanden, als Provokateure betätigten.“⁶² Der Rechenschaftsbericht nahm aber auch die Partei nicht aus ihrer Verantwortung aus: „Selbstkritisch müssen wir aber auch eine Reihe von Schwächen feststellen, um daraus die notwendigen Lehren zu ziehen. Wir haben in der ersten Woche, in der ersten Phase der Bewegung die Kraft der Partei und vor allem die Kampfbereitschaft der Massen unterschätzt. Wir empfahlen in der ersten Woche, zu einer Zeit, da sich die Empörung der Massen in Arbeitsniederlegungen Luft machte und die reale Möglichkeit bestand, die Bewegung weiter auszudehnen und zu verbreitern, den Abbruch der Bewegung und die Beschlüsse der großen gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz in Floridsdorf abzuwarten. Dieser unser Fehler hat zweifellos der Massenbewegung einen Teil ihres Schwungs genommen.“⁶³ Vor allem war es der Partei nicht gelungen, für diese Massenbewegung eine klare, politisch durchsetzbare Stoßrichtung zu entwickeln.

Dieser Ausgang des Oktoberstreiks hatte weitreichende Folgen. Die Führung des ÖGB nahm ihn zum Anlaß, die wichtigsten Gewerkschaftsgremien endgültig von Kommunisten zu „säubern“. Unmittelbar nach dem Streik wurden 85 führende kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre aus dem ÖGB ausgeschlossen, unter ihnen Gottlieb Fiala, Gründungsmitglied und Vizepräsident seit 1945. In zahlreichen Betrieben wurden Kommunisten, Streikführer und andere am Streik maßgeblich beteiligte Arbeiter massen-

weise entlassen, allein in der VOEST Linz 400, in den Steyr-Werken 300. Der Vorstand des ÖGB verurteilte den Streik als „landesverräterisch“ und „gewerkschaftsschädlich“ und billigte ausdrücklich die Entlassung von Streikführern in den Betrieben. Auch der Staatsapparat wurde eingeschaltet, es gab Verhaftungen und Prozesse.

Die Auswirkungen der Niederlage im Oktober 1950 waren widersprüchlich. Die KPÖ büßte in der Gewerkschaft und in großen Betrieben wichtige Positionen ein, festigte aber zumindest in den radikalen Teilen der Arbeiterklasse ihr Ansehen. Gottlieb Fiala, der wenige Monate nach seinem Ausschluß aus dem ÖGB als kommunistischer Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl antrat, erhielt im Mai 1951 rund 220.000 Stimmen, mehr als die Partei bei der Nationalratswahl 1949 erreicht hatte. Auch Betriebs- und Personalvertretungswahlen zu Ende 1950 und 1951 setzten für die Partei die Erfolge der vergangenen Jahre fort, bei den Betriebsratswahlen im Herbst 1951 kandidierten in mehr Betrieben Einheitslisten als zwei Jahre zuvor, und sie erhielten auch mehr Mandate. Die Partei begann sich darauf zu orientieren, diese Einheit auch langfristig organisatorisch abzusichern und innergewerkschaftlich wirksam werden zu lassen. Überlegungen zur Organisierung der Einheitslisten in einer „Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit“ — die dann 1952 offiziell gegründet wurde — wurden verfolgt. Damit sollten auch die in der Gewerkschaft tätigen Kommunisten veranlaßt werden, angesichts des Verlusts wichtiger Positionen nicht zu resignieren, sondern mit verstärkten Aktivitäten an der Basis der Gewerkschaft, in Zahlstellen und Sektionen, zu antworten.

Trotzdem ist anzunehmen, daß für die breite Masse der Arbeiterschaft die Niederlage zu Entmutigung und geringerer Kampfbereitschaft führte. Massenstreiks und Massendemonstrationen gingen ab 1951 zurück. Dabei spielte allerdings eine Rolle, daß auch die Gegner der Arbeitskämpfe aus den sozialen Erschütterungen des Oktober 1950 gelernt hatten. Insbesondere die Gewerkschaftsführung wurde nun zu einer flexibleren Taktik gezwungen. Im Frühjahr 1951 wurde von der Beschränkung auf ein generelles Lohn-Preis-Abkommen abgegangen und den Einzelgewerkschaften ein größerer Spielraum in der Tarifpolitik eingeräumt. Die Lohnquote blieb in den beiden Jahren nach dem Oktoberstreik gleich, daß heißt die Arbeiter und Angestellten konnten ihren Anteil am Volkseinkommen zumindest behaupten. Das letzte Lohn-Preis-Abkommen 1951 wurde propagandistisch sorgfältig vorbereitet und provozierte — im Unterschied zu allen vorhergegangenen — nur wenig Widerstand. Das Ende der Rekonstruktionsphase und der beginnende wirtschaftliche Aufschwung brachten in den nächsten Jahren dann überhaupt neue Rahmenbedingungen des Klassenkampfes, auf die im nächsten Kapitel einzugehen ist.

Hauptprobleme der Parteiarbeit

Die Verankerung der Kommunisten in der Industriearbeiterschaft und die unbestreitbaren Erfolge bei Betriebsratswahlen ließen in der Partei große Hoffnungen auf eine Ausdehnung des Einflusses auch auf der gesamtstaatlich-politischen Ebene entstehen. Als Resümee der Betriebsratswahlen wurde der Schluß gezogen, „daß die unermüdlich wiedergekaute Phrase von der Zwergpartei, die nur ein Zehntel der Stimmenanzahl der SPÖ auf sich vereinigte, nun endgültig als Lüge entlarvt wurde“.⁶⁴ Wenn auch „ungeduldige Genossen“ davor gewarnt wurden, nun einen automatischen „erdrutschartigen Stimmungswechsel“⁶⁵ zu erwarten, so herrschte doch die Erwartung vor, daß die Partei auch bei politischen Wahlen einen ähnlichen Stimmenzuwachs erreichen könnte, wie dies in den Betrieben der Fall war. Ein ZK-Plenum hielt im Februar 1949 ein Ergebnis von 450.000 bis 600.000 kommunistischen Stimmen bei der nächsten Nationalratswahl für möglich. Außerdem wurden Kontakte zu Erwin Scharf und der im März 1949 von ihm gegründeten „Vereinigung Fortschrittlicher Sozialisten“ (VFS) aufgenommen, um zu einer gemeinsamen Kandidatur zu kommen und um fortschrittliche, linke Kräfte für die bevorstehende Wahlbewegung zu vereinigen. Tatsächlich wurde mit dem „Linksblock“ eine gemeinsame Wahlliste der KPÖ und der VFS geschaffen, von der eine starke Ausstrahlung in die sozialistischen Wählerschichten hinein erwartet wurde. Eine der Parolen vor den Wahlen vom Herbst 1949 lautete: „Für den Sieg des Linksblocks.“

Das Ergebnis der Wahlen brachte Ernüchterung. Der Linksblock erreichte mit 213.066 Stimmen einen Zuwachs gegenüber 1945 (als die Partei 174.257 Stimmen erreicht hatte) und gewann ein fünftes Mandat im Nationalrat, das von Erwin Scharf eingenommen wurde. Gemeinsam mit der Wahl zum Nationalrat hatten auch Landtagswahlen stattgefunden. Der Linksblock konnte dabei in Wien ein siebtes, in Niederösterreich ein drittes Mandat dazugewinnen. In Prozentzahlen ausgedrückt, blieb das Ergebnis der Wahlen ungefähr auf der gleichen Höhe wie 1945: in ganz Österreich knapp über fünf Prozent, in Wien bei acht, in Niederösterreich bei sechs, in der Steiermark bei fünf und in den übrigen Bundesländern bei drei bis vier Prozent. Eine wirkliche Ausdehnung des kommunistischen Wählerpotentials hatte es damit nicht gegeben, wohl aber eine Stabilisierung der Positionen.

Insgesamt signalisierte die Nationalratswahl von 1949, daß die Diskrepanz zwischen betrieblichem und politischem Einfluß der Partei bestehen blieb und die Umsetzung der Erfolge in der unmittelbaren Interessenvertretung in den Betrieben auf eine allgemeine politische Ebene nicht erfolgreich gewesen war. Diese Diskrepanz gilt es zu erklären.

Ein Faktor, der nicht geringgeschätzt werden darf, ist der in der Periode des Kalten Kriegs eskalierende Antikommunismus und Antisowjetismus. Die Kommunisten sahen sich in ihrer politischen Arbeit einer immer dichter

werdenden Wand von Vorurteilen, Lügen und Verdächtigungen gegenüber. Diese Wand ließ sich am ehesten dort durchbrechen, wo sich die Arbeiter in der Praxis ein Bild vom Einsatz der Kommunisten machen und sich persönlich von ihren Ansichten überzeugen konnten. Je weniger das Bild der Partei aber aus der direkten Anschauung geformt wurde, sondern nur noch in der Vermittlung durch Radio und Presse, um so schwerer wurde dies.

So sehr der Antikommunismus in Rechnung zu stellen ist, so wenig wäre es ausreichend, die Probleme der Partei beim Ausbau ihres politischen Einflusses ausschließlich daraus zu erklären. So schwer es ist, den faktischen Einfluß der verschiedenen Faktoren zu gewichten, so ist für die Geschichte der Partei die Frage, welche Widersprüche im Inneren die Bewältigung dieses Problems erschwerten, die wichtigere.

Der 14. Parteitag

Auf einige dieser Widersprüche machte der 14. Parteitag aufmerksam, der von 29. Oktober bis 1. November 1949 in Wien stattfand. Es war der erste Parteitag der KPÖ, auf dem sich die Partei mit dem grundlegenden Wandel der Nachkriegspolitik, mit dem Kalten Krieg, mit der Restauration kapitalistischer Verhältnisse und einer Verschärfung der Klassenkämpfe in Österreich auseinandersetzen hatte. Der Parteitag war von einer selbstkritischen Analyse der Tätigkeit der Partei seit dem 13. Parteitag geprägt. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees heißt es: „Wir haben die Konsequenzen der veränderten Lage in der Welt und in Österreich nicht rechtzeitig gezogen und zu lange an Begriffen festgehalten, die in der neuen Situation keine Geltung mehr hatten. So haben wir noch zu einem Zeitpunkt von der demokratischen Einigung auf dem Wege der Zusammenarbeit mit den Spitzen der beiden anderen Parteien gesprochen, wo die für Österreich notwendige Zusammenfassung der demokratischen Kräfte nur noch im Kampf gegen die mit dem amerikanischen Kapital verschworenen Spitzen der VP und SP möglich war . . . Wir haben vom Wiederaufbau der Wirtschaft gesprochen, ohne die Bestrebungen zum Wiederaufbau des Kapitalismus klar und rechtzeitig zu entlarven.“⁶⁶

Der Parteitag rückte Fragen der Massenarbeit, der Verbindung des außerparlamentarischen Kampfes mit der Tätigkeit der Abgeordneten der Partei im Parlament in den Mittelpunkt und orientierte die Partei auf die breite Entfaltung des täglichen Kampfes um die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Zugleich wurden aber nicht alle notwendigen Konsequenzen aus dieser selbstkritischen Einschätzung und der Orientierung auf den Tageskampf gezogen. Die Partei hielt am Ziel der Volksdemokratie fest. Ob, beziehungsweise über welche Schritte und Etappen dieses Ziel unter den gegebenen Bedingungen zu erreichen sei, wurde nicht diskutiert. Die sich seit dem 13. Parteitag wesentlich geänderten Kräfteverhältnisse und die Auswir-

kungen dieser Verschiebungen auf die Realisierbarkeit der Konzeptionen der Partei wurden kaum thematisiert beziehungsweise analysiert. Vor allem fehlte eine differenzierte, objektive Einschätzung aller Klassenkräfte und die Stellung dieser Kräfte zum und im Staat.

Die Auswirkungen der politischen und ökonomischen Veränderungen auf die Entwicklungsbedingungen in Österreich und damit auf die Schwerpunkte der Politik der Partei und auf zu entwickelnde, erreichbare Etappenziele wurden nicht präzisiert. Wichtige Fragen, die geklärt und konkretisiert hätten werden müssen, harrten einer Lösung. So kam es auf dem 14. Parteitag zwar zu wichtigen taktischen Anpassungen, eine neue Orientierung entsprechend den geänderten Bedingungen wurde jedoch nicht erarbeitet.

Allerdings konnte auf dem Parteitag auch die Bilanz gezogen werden, daß es gelungen war, den Tageskampf besser und schlagkräftiger zu führen und sich als Opposition zu profilieren. Dies hatte auch positive Auswirkungen auf die Organisationsstruktur. Die Partei hatte nun mehr als 150.000 Mitglieder, von denen rund 36.000 (24 Prozent) in Betriebsorganisationen erfaßt waren. Das organisatorische Netz der Partei in ganz Österreich hatte sich fast verdoppelt, in rund 1000 Orten gab es neue Stützpunkte und Verbindungen. Vor allem in den größeren Städten orientierte die Partei auf die Schaffung kleinerer, beweglicher Einheiten der Organisation, um neue Kader zu gewinnen und das Selbstbewußtsein und Verantwortungsbewußtsein der Mitglieder zu heben. Dies war verbunden mit einer Neufassung des § 2 des Statuts, in dem nun für jedes Mitglied die aktive Mitarbeit, die Teilnahme an der Arbeit einer Parteiorganisation gefordert wurde. Auf dem 13. Parteitag war dies nach einer eingehenden Diskussion noch abgelehnt worden, um die Partei für die Massen zu öffnen.

Auch auf dem 14. Parteitag war allerdings klar, daß die aktive Teilnahme der Mitglieder nicht ein automatisches Ergebnis einer Statutenänderung sein konnte, sondern im wesentlichen von der Arbeit der Leitungen abhing. Nach wie vor wurde festgehalten, daß „ein bedeutender Teil unserer Parteimitglieder“ an der tagtäglichen Arbeit der Partei keinen Anteil nahm. Genosse Kopenig führte dazu im Rechenschaftsbericht des ZK aus: „Man kann es auf Grund aller Erfahrungen unserer Partei und auch auf Grund der Erfahrungen, die wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben, als eine Regel betrachten, daß überall dort, wo in den Leitungen und Organisationen der Partei an Stelle von Kritik und Selbstkritik eine überhebliche Selbstzufriedenheit tritt, wo man anstatt die Schwächen und Mängel offen aufzudecken und zu überwinden, diese Mängel zu vertuschen und zu rechtfertigen versucht, daß überall dort auch die Aktivität der Parteimitgliedschaft eine sehr geringe ist.“ Umgekehrt zeige die Erfahrung: „Überall dort, wo die Partei dazu übergeht, offen und mutig die Wurzeln der Passivität aufzudecken, wo sie die Ursachen dieser Passivität nicht bei den Mitgliedern sucht, sondern die Arbeit der Leitungen und der führenden Funktionäre kritisch zu

überprüfen beginnt, wo Kritik und Selbstkritik nicht als einfaches Lippenbekenntnis, sondern als der entscheidende Motor für die Vorwärtsentwicklung der Partei betrachtet wird, überall dort wird auch die Anteilnahme der Parteimitglieder an der Arbeit und dem Kampf der Partei steigen und werden wir imstande sein, unsere Aufgaben zu erfüllen.“⁶⁷

Das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht

Ein schwerwiegendes Problem für die KPÖ war ihr Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht. Die Partei fühlte sich mit der Sowjetunion eng verbunden. Die für die kommunistische Bewegung insgesamt seit ihrer Entstehung wesentliche Solidarität mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt war durch die Leistungen der Sowjetunion im antifaschistischen Kampf weiter gefestigt worden. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges, in dem Antikommunismus und Antisowjetismus eine untrennbare Symbiose eingingen, wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt.

Tatsächlich war die Präsenz sowjetischer Truppen im Nachkriegsösterreich mit Vorteilen für die österreichische Arbeiterklasse verbunden, indem sie die völlige Eingliederung des Landes in das westliche militärische und wirtschaftliche System verhinderte und schließlich den Weg zu einem neutralen Österreich freimachte. Auf der anderen Seite brachte es große Probleme mit sich, daß die Mehrzahl der Österreicher ihre ersten Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in der Form einer Besatzungsmacht gewann, und sich für die gegnerische Propaganda der günstige Ansatzpunkt bot, die KPÖ zum Ausführungsorgan dieser Besatzungsmacht zu stempeln. Diese Propaganda hätte sich in jedem Fall gegen die Kommunisten gerichtet, lagen ihre Ursachen doch nicht in realen Verhältnissen, sondern in den Bedürfnissen des ideologischen Kampfes begründet. Daß aber diese Propaganda einen so umfassenden Eingang in das Bild der Österreicher von der KPÖ finden konnte, verweist darauf, daß hier tatsächliche Probleme bestanden. Die im Wesen richtige Haltung der Partei zur Sowjetunion nahm dort schädliche Züge an, wo prinzipielle Solidarität verwechselt wurde mit der Identifikation in jeder tagespolitischen Detailfrage, wo sich die Partei bemüßigte, auch solche Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht in der Öffentlichkeit zu vertreten und zu rechtfertigen, von deren Richtigkeit sie selbst nicht überzeugt war. Diese Haltung hat verschiedene Wurzeln. Viele Genossen auf allen Funktionärsebenen waren so sehr von Bewunderung und Respekt für die Leistungen der SU erfüllt, daß sie beim Auftreten verschiedener Meinungen zu gern bereit waren, die eigene hintanzustellen. Weiters ist das allgemeine Verhältnis zwischen den Parteien zu beachten. Spätestens seit der Auflösung der Kommunistischen Internationale stand jede kommunistische Partei vor der Verpflichtung, ihre Politik im eigenen historischen Rahmen zu entscheiden, gab es keine Unterordnung unter ein Zentrum der Weltbewe-

gung. Die Bedingungen der Besetzung waren allerdings wenig geeignet, in der KPÖ das Gefühl durchzusetzen, ausschließlich auf den eigenen Füßen zu stehen und umgekehrt den führenden Genossen der Besatzungstruppen die KPÖ als gleichberechtigten Partner erscheinen zu lassen.

Den wichtigsten konkreten Ausdruck fanden diese Probleme in den USIA-Betrieben. Für die österreichische Arbeiterklasse insgesamt spielten die unter sowjetischer Verwaltung stehenden Betriebe eine positive Rolle. Sie waren Vorreiter in vielen sozialökonomischen Fragen und waren wesentlich früher geneigt, allgemeine Forderungen nach sozialer Absicherung, Lohnanpassungen oder Überbrückungshilfen zu erfüllen als die privaten oder verstaatlichten Betriebe. Dazu kommt, daß in den USIA-Betrieben keinerlei Druck auf radikale, kampfbereite Arbeiter ausgeübt wurde. Obwohl sowjetische Direktoren nicht immer glücklich waren, wenn ihre Belegschaften an den allgemeinen Streik- und Demonstrationenbewegungen dieser Periode teilnahmen und damit vielleicht die Planerfüllung gefährdeten, so wurde von ihnen doch nie der Versuch unternommen, die Arbeiter an der Teilnahme zu hindern. Dies war der Grund, daß in Ostösterreich USIA-Arbeiter in vielen Fällen an der vordersten Front der Arbeitskämpfe standen. Erwähnenswert ist weiter, daß in vielen USIA-Betrieben Initiativen zur Entwicklung eines in der österreichischen Arbeiterbewegung völlig neuen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Bauern gesetzt wurden: Einzelne Betriebe übernahmen Patenschaften für landwirtschaftliche Genossenschaften, spendeten Maschinen oder leisteten Reparaturhilfe bei Unwetterschäden. Die USIA-Betriebe hatten allerdings mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Von der privaten und verstaatlichten Industrie sowie den westeuropäischen Ländern wurden sie boykottiert. Ihre Lieferungen gingen vor allem in die Sowjetunion, Löhne mußten aber in dem mit den westlichen Währungen kompatiblen Schilling bezahlt werden. Aus diesen Gründen blieben die USIA-Betriebe zu Anfang der fünfziger Jahre technologisch immer mehr hinter der übrigen — durch den Marshall-Plan geförderten — österreichischen Industrie zurück und verloren damit an Ansehen in der Arbeiterschaft.

Für die Kommunisten war die Existenz der USIA mit großen Widersprüchen verbunden. Sie bot einerseits politischen Rückhalt, andererseits schuf sie jedoch Möglichkeiten für Karrierismus und Korruption von Genossen. Beim Aufbau der Betriebsverwaltungen hatte die sowjetische Besatzung mit großen Kaderschwierigkeiten zu kämpfen und neigte dazu, Kommunisten — denen sie am ehesten vertrauen zu können glaubte — an wichtige Leitungspositionen zu stellen. Die KPÖ repräsentierte sich den USIA-Arbeitern deshalb nicht nur als sozial gleichgestellte Kollegen, sondern auch als Personalchefs, Direktoren, Vorgesetzte usw. Leitungen und Funktionäre widerstanden nicht immer der Versuchung, politische Arbeit durch Personal- oder Kaderpolitik zu ersetzen. Auch kommunistische Arbeiter wurden

durch die Machtverhältnisse in den USIA-Betrieben dazu verführt, Nichtkommunisten mit Überheblichkeit zu begegnen, politische Meinungsverschiedenheiten nicht mit geduldiger Überzeugungsarbeit, sondern mit dem Auspielen von Machtpositionen im Betrieb zu überwinden. Diese Probleme waren der Partei natürlich bekannt und waren Gegenstand der innerparteilichen Kritik. Auf dem 16. Parteitag (1954) sagte etwa der Bezirkssekretär von Wien-Stadlau: „Genosse Kopleng hat auf unserer Bezirkskonferenz die Frage gestellt, ob wir tatsächlich alle Möglichkeiten zur Schaffung von Aktionseinheiten in den USIA-Betrieben genutzt haben. Wir müssen feststellen, daß dies bisher in unzureichendem Maß geschehen ist. Insbesondere in jenen Betrieben, in denen wir die Mehrheit haben, haben wir uns viel zu wenig bemüht, die SP-Fraktionen und die Außenstehenden zur Mitarbeit heranzuziehen. Zum Beispiel sind unsere Genossen bei Waagner-Biró, A-Werk, sowie in anderen Betrieben immer schon mit einer fertigen Meinung, mit der detaillierten Marschroute, die in einer Fraktionsbesprechung festgelegt wurde, in den Betriebsrat gegangen. Das bewirkte, daß die Kollegen der sozialistischen Fraktion sich zurückgesetzt fühlten und zur Auffassung kamen, daß ihre Meinung uns überhaupt nicht interessiere und daß wir diktieren, weil wir die Mehrheit haben.“⁶⁸

Daraus ergab sich als wichtige politische Erfahrung, daß auch dort, wo die Partei Positionen erringen konnte, die politische Verbindung mit den Massen entscheidend ist. Obwohl dieses Problem klar gesehen wurde, gelang es der Partei nicht, es bis zur Auflösung der USIA im Zuge des Staatsvertrags zu beseitigen. Die Folgen derartiger Fehlhaltungen wurden nach 1955 schnell sichtbar. In den ehemaligen USIA-Betrieben, in denen die Kommunisten ihre günstigen Möglichkeiten zum verstärkten Einsatz für soziale Rechte der Belegschaften und zum Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu ihren nichtkommunistischen Kollegen genutzt hatten, blieb ihr Einfluß — oft ihre Mehrheit — weiter erhalten, häufig bis in die Gegenwart. Wo aber der Kampf um politischen Einfluß mit dem Auspielen von Machtpositionen verwechselt wurde, gab es nach dem Verlust dieser Positionen empfindliche Niederlagen.

Kampf gegen sektiererische Haltungen

Ein sehr schwieriges Problem, mit dem sich die Partei in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren auseinanderzusetzen hatte, war die Überwindung sektiererischer Haltungen, die es erschwerten, die Erfolge der Aktions- und Einheitspolitik in Betrieben und bei Arbeitskämpfen weiter auszubauen, zu stabilisieren und auch auf der politischen Ebene umzusetzen. Die gesellschaftlichen Bedingungen in der Periode des entfalteten Kalten Krieges und der zugespitzten Klassenkämpfe begünstigten die Entstehung sektiererischer Auffassungen. In einem sehr kurzen Zeitraum war die KPÖ

von einem Bestandteil einer breiten antifaschistischen Einheit, der sich um eine konstruktive Teilnahme am Wiederaufbau eines demokratischen und sozial fortschrittlichen Österreich bemühte, zur einzigen grundsätzlichen Opposition gegenüber dem herrschenden System geworden und stand nun in radikalem Gegensatz zum Staat und zu den Regierungsparteien. Vor der Partei insgesamt, wie vor jedem einzelnen Mitglied, stand das Problem, diese diametral geänderte Stellung der Kommunisten in der österreichischen Gesellschaft nachzuvollziehen, theoretisch und im praktischen Handeln zu verarbeiten — ohne dabei allerdings in sektiererische Positionen zu verfallen.

Dies war ein sehr schwieriger Prozeß, der zudem auch durch das theoretische Instrumentarium, dessen sich die gesamte kommunistische Weltbewegung gegen Ende der vierziger Jahre bediente, nicht erleichtert wurde. Die „Zwei-Lager-Theorie“ bot den theoretischen Rahmen, um das Zerfallen der antifaschistischen Einheit und den Übergang in eine prinzipielle Opposition zu erklären. Indem sie aber alle gesellschaftlichen Erscheinungen dieser Periode dem Hauptwiderspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus unterordnete, lenkte sie von der Aufgabe ab, die Vielzahl der konkreten sozialökonomischen und politischen Widersprüche, die sich in jedem einzelnen Land bei der Restauration kapitalistischer oder beim Aufbau sozialistischer Verhältnisse stellten, theoretisch zu analysieren, und schuf damit Raum für widersprüchliche, handwerklerische Lösungen in der praktischen Politik.

Die Problematik des raschen Wandels der gesellschaftlichen Position der Kommunisten und der Schwächen der dominierenden Theorie kommt in Österreich am deutlichsten in Unsicherheiten und Schwankungen in der Einheitspolitik zum Ausdruck. Dies betrifft als Wichtigstes die Haltung zur SPÖ. Bis zu Beginn des Jahres 1947 übte die Partei eine große Zurückhaltung gegenüber der SPÖ und führte in der Öffentlichkeit kaum eine kritische Auseinandersetzung. Diese setzte erst im Frühjahr 1947 ein. Es wurde konstatiert, daß die Politik der SPÖ-Führung „in der Praxis ein klarer Kurs auf die Wiederherstellung des Kapitalismus“⁶⁸ ist, wodurch die Kommunisten in wachsenden Gegensatz zur führenden Gruppe innerhalb der SPÖ gerieten, nicht aber in einen prinzipiellen Gegensatz zur Masse der sozialistischen Mitglieder und Funktionäre.

1948 verschärfte sich die Auseinandersetzung mit der SPÖ wesentlich. Dies war ohne Zweifel eine notwendige Reaktion auf die nun offensichtliche Rolle der Führung von Sozialistischer Partei und Gewerkschaft bei der Restauration kapitalistischer Verhältnisse. Die Enttäuschung über die Entwicklung der SPÖ und das Schwarz-Weiß-Schema der Zwei-Lager-Theorie verführten manche Genossen dazu, die differenzierte Analyse der Widersprüche innerhalb von SPÖ und Gewerkschaften durch einen pauschalisierenden Verbalradikalismus zu ersetzen, der die SPÖ-Führung als „Agenten

und Spione in der Arbeiterbewegung“, als Weggefährten der Faschisten denunzierte und in den Massen der sozialistischen Arbeiter keinerlei Ansatzpunkte für revolutionäre Veränderungen mehr sah. In einem Artikel in „Weg und Ziel“ hieß es: „Von allem, was in der österreichischen Arbeiterbewegung gesund und stark war und nützlich für den Kampf um den Sozialismus, kann auch der wohlwollendste Beobachter keinen Deut mehr in der SPÖ finden. Die Trägerin aller gesunden und klassenbewußten Traditionen und Überlieferungen von Österreichs Arbeiterschaft ist längst die KPÖ geworden! In ihr, und nur in ihr sind die Kampftraditionen des österreichischen Proletariats lebendig.“⁷⁰ Der Entwicklung einer politisch tragfähigen Einheitspolitik, wie sie in vielen Betrieben effektiv praktiziert wurde, war diese Haltung nicht förderlich. Sie widersprach diametral der Erkenntnis, die ebenfalls in der Partei lebendig war und bei vielen Gelegenheiten betont wurde, daß Einheitspolitik nur auf Grund einer korrekten Haltung gegenüber den sozialistischen Arbeitern und Vertrauensmännern erfolgreich sein konnte.

Ähnliche Widersprüche werden auch in der Bildungsarbeit der Partei sichtbar. Die Notwendigkeit einer intensiven Schulung der Mitglieder und Funktionäre ergab sich zum einen aus der komplizierten, sich rasch verändernden welt- und innenpolitischen Situation, zum anderen aber auch aus der Tatsache, daß der größte Teil der Parteiaktivisten sehr jung war, in der Illegalität oder nach der Befreiung zur Partei gestoßen war und noch keine Gelegenheit zu einer grundlegenden marxistischen Bildung gefunden hatte. Die große Mehrheit der Delegierten zum 15. Parteitag (1951) war zum Beispiel jünger als 40 Jahre und erst nach 1945 in die KPÖ eingetreten. Die Partei reagierte auf diese Bedürfnisse relativ spät. Im Oktober 1948 wurde ein Seminar „Alfred Klahr“ als marxistisch-leninistisches Lehrzentrum errichtet, und erst vom Herbst 1949 an wurde eine systematische Schulungstätigkeit aufgebaut, nun aber in umfangreicher, differenzierter und vielfältiger Form. Kern der Schulungen waren die monatlichen Mitgliederversammlungen, die tagespolitischen Themen gewidmet waren, und die „Tage der Partei“, die sich vor allem an die Funktionäre richteten und, gestützt auf vorher zu lesende Materialien, prinzipielle politische oder theoretische Probleme behandelten. Für eine umfassende theoretische Bildung wurden Abendkurse eingerichtet, und es wurden Anstrengungen unternommen, alle Funktionäre zu einem systematischen Selbststudium zu motivieren. Die Entfaltung dieser breiten Schulungstätigkeit war sicherlich einer der Gründe dafür, der Partei in einer komplizierten politischen Situation und unter härtestem antikommunistischem Druck ein einheitliches und geschlossenes Auftreten nach außen zu sichern.

Eine besondere Stellung innerhalb des vielfältigen Schulungsmaterials wurde dem Buch „Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang“ zugemessen. Es wurde in Vortragszyklen über die Partei hinaus popularisiert und wurde auch als Grundlage für das Selbststudium herangezogen. Der „Kurze

Lehrgang“ war dazu bestimmt, am russischen Beispiel die Herausbildung einer revolutionären Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei zu begründen und die theoretische und praktische Kritik der Kommunisten an der „alten“, sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu vermitteln. Diese Bestrebungen sind allerdings im „Kurzen Lehrgang“ mit Mängeln und Fehlern vermengt, die sich aus seinen Entstehungsbedingungen ergaben. Herausgegeben 1938, kurz nach den Moskauer Prozessen gegen die Gruppe führender Bolschewiki, die zu Stalin und der Parteilinie in Opposition standen, ist er geprägt von dem Bemühen, die Führungsgruppe um Stalin historisch zu legitimieren und spiegelt zugleich mechanistische Entstellungen in der Theorie jener Periode wider. Bezogen auf die theoretischen Fragen, die sich den österreichischen Kommunisten Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre stellten, förderte der „Kurze Lehrgang“ in drei Punkten fehlerhafte Orientierungen: Bei der Einschätzung der Entwicklung des Kapitalismus ging er von einer seit dem ersten Weltkrieg kontinuierlich andauernden revolutionären Periode aus, in der die „direkte Vorbereitung zur Ergreifung der Macht durch das Proletariat“ die erste Aufgabe der Arbeiterbewegung sei. Für die längere Aufschwungsperiode und Stabilisierung des Kapitalismus, wie sie sich zu Anfang der fünfziger Jahre ankündigte, konnte daraus keine Strategie abgeleitet werden. Zweitens ist der Lehrgang von vergrößernden Auffassungen über die Entstehung verschiedener Strömungen in der Arbeiterbewegung, insbesondere der Herausbildung des Opportunismus, geprägt und sieht dementsprechend deren „Vernichtung“ als vorrangiges Ziel an. Es versteht sich, daß dies keine Grundlage für eine differenzierte Einheitspolitik bieten kann. Noch schematischer behandelt er drittens Widersprüche in der kommunistischen Partei und im Sozialismus selbst, die im wesentlichen nur als von außen hineingetragen, als das Werk von Agenten und Spionen erklärt werden. Den Anstrengungen, die die KPÖ beim organisatorischen Aufbau nach 1945 unternahm, um in der Partei einen offenen und lebendigen Meinungsaustausch zu verwirklichen und die Normen des demokratischen Zentralismus durchzusetzen, war diese Sichtweise abträglich.

Natürlich sind die konkreten Auswirkungen solcher Fehleinschätzungen auf die Politik der Partei schwer abzuschätzen. Vieles wurde von der Praxis korrigiert und in ihr überwunden. Sektiererische Haltungen konnten hier aber eine theoretische Rechtfertigung finden.

Der 15. Parteitag

Welche große Bedeutung die Partei dem Kampf gegen sektiererische Auffassungen beimaß — ohne sie aber völlig überwinden zu können —, zeigt der 15. Parteitag, der Anfang November 1951 stattfand. Im Rechenschaftsbericht des ZK nahm die Frage, wie die Aktionseinheit zu einer dauerhaften

Arbeitereinheit gemacht werden könnte, einen großen Raum ein. Genosse Kopenig stellte im Rechenschaftsbericht fest: „Aber, Genossen, die erzielten Erfolge im Kampf um die Arbeitereinheit stehen in keinem Verhältnis zu den Erfordernissen der Situation und den vorhandenen Möglichkeiten. Eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Verwirklichung der Arbeitereinheit ist die Überwindung des in unseren Reihen noch immer vorhandenen starken Sektierertums im Verhalten zu den sozialistischen Arbeitern... Es ist Tatsache, daß unsere Genossen sehr häufig in ihren Gesprächen und Auseinandersetzungen mit sozialistischen Arbeitern, wenn diese falsche Ansichten vertreten, die Geduld verlieren und erklären: Mit denen sei nichts zu machen, und aufhören, mit ihnen zu diskutieren. Mißachtung der Meinungen und Ansichten der sozialistischen Arbeiter ist bei uns weit verbreitet, und das versperrt uns den Weg zu ihnen. Die Kommunisten müssen sich zu den Äußerungen und Anschauungen der sozialistischen Arbeiter, mögen diese Ansichten auch unrichtig sein, sehr ernst verhalten und sie an Hand von Argumenten und Tatsachen zu widerlegen versuchen. Das erfordert sehr viel Geduld, Taktgefühl und Überzeugungskraft.“⁷¹ Kopenig stellte einige konkrete Beispiele des Sektierertums dar und fuhr fort: „Alle diese Beispiele zeigen, daß wir noch so manche sektiererischen Hindernisse in unseren Reihen wegräumen müssen, um die sozialistischen Arbeiter für die Einheitsfront zu gewinnen. Die Feststellung des 14. Parteitags, daß die Arbeitereinheit in Österreich nur im Kampf gegen die verräterische Führung der SPÖ errungen werden kann, ist heute, da die rechtssozialistischen Führer zu Einpeitschern des imperialistischen Aggressionskrieges und zu Organisatoren des Streikbruchs entartet sind, aktueller denn je. Man kann den Kampf um die Gewinnung der sozialistischen Arbeiter nicht von der gleichzeitigen systematischen Arbeit für die Entlarvung der rechten SPÖ-Führer trennen. Diese Entlarvung kann aber nicht erreicht werden durch Kraftausdrücke und Beschimpfungen, sondern nur im gemeinsamen Kampf für die Forderungen der Massen, wobei die Aufgabe der Kommunisten darin besteht, die Massen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen vom Verrat der rechten SPÖ-Führer und von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen.“⁷²

In dieser Frage unterschätzte die Partei allerdings, daß die Schwierigkeiten der Verbindung einer konsequenten Auseinandersetzung mit der rechten SPÖ-Führung und dem Kampf um die Gewinnung sozialistischer Arbeiter nicht nur durch guten Willen allein gelöst werden konnten, sondern auch eine theoretische Fundierung erforderten. Solange es aber nicht gelang, die Rolle der sozialistischen Führung aus ihrer Funktion im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu erfassen, und statt dessen zu Begriffen wie „Verrat“ Zuflucht gesucht werden mußte, ließen sich die vorhandenen Tendenzen, „Kraftausdrücke und Beschimpfungen“ für die erforderliche grundsätzliche Kritik zu halten, nicht dauerhaft verhindern.

Neben den Fragen des Sektierertums beschäftigte sich der 15. Parteitag

natürlich mit einer Reihe weiterer internationaler und nationaler Fragen. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees wurden die „tiefgreifenden und einschneidenden Veränderungen in der internationalen Lage“ festgehalten. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China ausgerufen. Die Volkdemokratien im Osten Europas konnten sich politisch und ökonomisch konsolidieren. Die Sowjetunion, die nicht nur ihre Kriegsschäden weitgehend beseitigt, sondern auch den ersten Nachkriegsfünfjahrplan vorfristig erfüllt hatte, zündete Ende der vierziger Jahre ihre erste Atombombe und brach damit das Atombombenmonopol der USA. Eine breite Friedensbewegung, die Millionen Menschen in Ost und West und aller weltanschaulichen Strömungen erfaßte, war entstanden.

Zugleich wurde auf dem Parteitag betont, daß „die amerikanischen Imperialisten ihre Pläne zur Eroberung und Unterwerfung der ganzen Welt nicht aufgegeben (haben). Sie haben im Gegenteil das Tempo und den Umfang der Kriegsrüstungen und Kriegsvorbereitungen verstärkt.“⁷³ Entsprechend dieser Einschätzung wurde in der Resolution des 15. Parteitags „der Kampf um die Erhaltung des Friedens“ als „die Hauptaufgabe aller Kommunisten“ betont. Die Partei orientierte auf die Bildung einer „Friedens- und Freiheitsfront des österreichischen Volkes“, die „Österreich Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit sichern soll“.⁷⁴

Gerade aber die Orientierung, die in dieser Losung zum Ausdruck kam, zeigte Unzulänglichkeiten in der Strategie der Partei. Der Parteitag fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Restauration kapitalistischer Strukturen in Österreich voranschritt, eine Wende dieser Entwicklung zumindest mittelfristig nicht möglich schien, die Arbeiterbewegung zunehmend in diesen Prozeß integriert wurde und sich eine ökonomische Stabilisierung abzeichnete. In dieser Situation wurden von der Partei — wie schon in den ersten Jahren nach der Befreiung — konkrete Widersprüche im nationalen Rahmen zuwenig berücksichtigt und zugleich die Möglichkeiten der nationalen Einigung („Front des österreichischen Volkes“) überbewertet. Während auf dem Parteitag festgehalten wurde, „daß wir zwar immer besser verstehen, die Arbeiter im Kampf für die konkreten Tagesforderungen zu mobilisieren, daß wir es aber noch nicht verstanden haben, die Organisierung der Kämpfe und Aktionen für die Tagesforderung mit einer breiten Aufklärungsarbeit über die Zusammenhänge der ökonomischen und politischen Fragen und über die Aufgabe des Proletariats zu verbinden“⁷⁵, wurden die Voraussetzungen, um dieser Aufgabenstellung gerecht werden zu können — nämlich die klassenmäßige Analyse der politischen und ökonomischen Strukturen in Österreich, der Wechselbeziehungen zwischen internationalen und nationalen Faktoren und die Formulierung realistischer Etappenziele der Partei —, nicht geschaffen, die ökonomische Entwicklung (einsetzende Stabilisierung) unrichtig eingeschätzt und damit die Fehler des 14. Parteitags prolongiert.

Vom „Wiederaufbau“ zur Nachkriegskonjunktur

Eine neue Entwicklungsphase

Die Jahre 1952 und 1953 waren von grundlegenden Veränderungen der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft sowie der internationalen politischen Lage geprägt. In ökonomischer Hinsicht bildeten sie den Übergang von der Periode des Wiederaufbaus, einer fieberhaften, krisenanfälligen Phase sprunghafter Kapitalakkumulation, zu einer langen, stabilen Periode der Nachkriegskonjunktur, die ab 1954 für zwei Jahrzehnte die österreichische Wirtschaft bestimmte. Dieser Übergang war aus verschiedenen Gründen notwendig und möglich geworden.

Die hohen Inflationsraten, die in der vorhergegangenen Phase die Unternehmergewinne in die Höhe schnellen ließen und Lohn- und Gehaltseinkommen ständig entwertet hatten, begannen nun die für große Investitionen erforderliche langfristige Kapitalbildung selbst zu beeinträchtigen. Das Niedrighalten der Massenkaukraft, des privaten Konsums wie der öffentlichen Ausgaben, das in den Jahren 1946 bis 1951 enorm hohe Steigerungsraten des Bruttonationalprodukts überwiegend in Kapitalanlagen gelenkt hatte, begann sich nun als Beeinträchtigung des Inlandsmarkts und damit als Hemmnis für die weitere Entwicklung herauszustellen. Diese Faktoren wogen um so schwerer, als der Marshall-Plan, der überwiegend der Investitionsfinanzierung diente, mit 1953 auslief und die österreichische Wirtschaft nunmehr in höherem Maß auf eigene Ressourcen angewiesen war.

Trotz aller Propaganda, den großen Oktoberstreik des Jahres 1950 als rein politischen darzustellen, hatte er in der Praxis als wirtschafts- und sozialpolitischer Schock gewirkt. Er hatte deutlich die Grenzen angezeigt, bis zu denen die österreichische Arbeiterklasse weitere Belastungen hinzunehmen bereit war.

Dies alles schuf das Bedürfnis nach einer neuen Wirtschaftspolitik. Unter den österreichischen Bedingungen einer ökonomisch schwachen, aber hochorganisierten Bourgeoisie und einer gewerkschaftlich ebenso hochorganisierten, sozialdemokratisch dominierten Arbeiterschaft mußte dies zusammenfallen mit dem Bedürfnis nach einem Ausbau sozialpartnerschaftlicher Entscheidungsstrukturen, die in den Lohn-Preis-Abkommen bereits punktuell Gestalt angenommen hatten. Die Gründung des „Wirtschaftsdirektoriums“ im April 1951, in dem neben den Mitgliedern der Bundesregierung die Präsidenten der Österreichischen Nationalbank, der Bundeswirtschaftskammer, des ÖGB sowie Vertreter der Arbeiterkammer und der Landwirtschaftskammer saßen, bildete einen ersten Versuch, diese Strukturen zu institutionalisieren. Dies stand in keiner Weise in Widerspruch zu der Tatsache, daß Unternehmerinteressen auf höchster politischer Ebene nun

stärker zur Geltung kamen: Nach der Nationalratswahl vom Februar 1953 wurde mit Julius Raab der Präsident der Bundeswirtschaftskammer Bundeskanzler, und Reinhard Kamitz, sein langjähriger Mitarbeiter in der Kammer, der in der Arbeiterschaft den Ruf eines Exponenten der reaktionärsten Unternehmergruppen genoß, wurde Finanzminister.

1952 wurden die ersten Anzeichen einer neuen ökonomischen Phase sichtbar. Dieses Jahr brachte das Ende der Inflation und der fieberhaften Investitionstätigkeit des Wiederaufbaus. Erkauft wurde diese „Stabilisierung“ durch die bis dahin höchste Arbeitslosigkeit der Zweiten Republik: Im Februar 1953 waren 300.000, im Jahresdurchschnitt 1953 knapp neun Prozent der Unselbständigen ohne Beschäftigung.

Für die Mehrheit derjenigen Arbeiter allerdings, die ihren Arbeitsplatz behalten hatten, machte sich der wirtschaftliche Übergang im Alltagsleben positiv bemerkbar. Die Lebensmittelkarten, die den Mangel der Kriegs- und Nachkriegsjahre symbolisierten, wurden am 1. Mai 1953 endgültig eingestellt, und eine außergewöhnlich gute Ernte befriedigte den Markt. Neben dem Wunsch, sich satt zu essen, vielleicht auch ein neues Kleidungsstück zu erwerben, traten die ersten Bedürfnisse nach langlebigen Konsumgütern, wie Möbel, Radio, da und dort auch schon nach einem Motorroller. 1953 setzten die Anzeichen des „Wirtschaftswunders“ mit seiner verstärkten Konsumorientierung der Arbeiterschaft ein, und insbesondere 1954 erfolgte eine sichtbare Steigerung des privaten Konsums. Die Arbeiterlöhne und Beamtengehälter zogen an, auch Rentner erhielten nun einen 13. Monatsbezug, und eine Steuerreform brachte vor allem für arme Familien mit Kindern Erleichterungen.

Bei all dem handelte es sich um Forderungen, die von der KPÖ vehement, und zeitweilig allein, vertreten worden waren und für die die Kommunisten in den politischen und gewerkschaftlichen Gremien einen hartnäckigen Kampf geführt hatten. Daß sie nun aber erfüllt wurden, war weniger das Ergebnis massiver Bewegungen der Arbeiterklasse als vielmehr Ausdruck einer veränderten wirtschaftlichen Situation. Ab 1950 war die Streiktätigkeit sogar zurückgegangen, sowohl als Ergebnis der massiven Repression nach dem Oktoberstreik als auch einer flexibleren Taktik der Gewerkschaften. Während in der Periode der Lohn-Preis-Pakte Arbeitskämpfe notwendigerweise zur Konfrontation mit Regierung und Gewerkschaftsführung führten und damit einen zentralen und politischen Charakter erhielten, blieben sie nun dezentralisiert und auf ökonomische Fragen beschränkt. Daß sich wirtschaftliche Verbesserungen ausgerechnet unter diesen Bedingungen einstellten, trug sicherlich dazu bei, sie als Geschenke von oben, als Ergebnis von Verhandlungen in höchsten Gremien zu interpretieren. Gegenüber dem Zwang zum kollektiven Kampf um die elementarsten Lebensbedürfnisse schien nun für Teile der Arbeiterschaft in der Konsumorientierung eine individuelle Lebensperspektive zu liegen. Als Ausdruck dieser Prozesse mag

gelten, daß bei Betriebsrats- und Personalvertretungswahlen im Jahr 1954 die ÖVP erstmals größere Einbrüche in die Arbeiterschaft erzielte.

Auch im innenpolitischen Klima waren in dieser Periode Änderungen festzustellen. Der Antikommunismus mit seinen einfachen Schablonen von Gut und Böse, Hell und Dunkel, blieb zwar die herrschende gesellschaftliche Ideologie, und die österreichischen Medien belegten auch weiterhin jeden Kontakt mit Kommunisten, mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien mit völliger Ächtung. Amerikanische Untersuchungskommissionen waren noch im April 1953 dabei, aus den Bibliotheken der Amerika-Häuser die Werke von Künstlern und Wissenschaftern zu entfernen, die sich nicht in die angestrebte Zweiteilung der Welt und in bedingungslosen Antikommunismus einfügten, wie zum Beispiel Albert Einstein, Leonard Bernstein oder Ernest Hemingway. Trotzdem begann jedoch die wüsteste antikommunistische Hysterie und die Welle der Repression gegen Kommunisten, die nach dem Oktoberstreik eingesetzt hatte, abzuflauen.

Dafür waren mehrere Faktoren ausschlaggebend. Der Partei gelang es, sich in die tagespolitischen Kämpfe einzuschalten. Bei zahlreichen Streiks, Demonstrationen und anderen Aktionen spielte sie eine aktive, vorantreibende Rolle. Darüber hinaus hatte die Entscheidung, im zweiten Wahlgang der Bundespräsidentenwahlen 1951 den kommunistischen Wählern die Wahl des SPÖ-Kandidaten Körner, eines ehrlichen Linken in seiner Partei, zu empfehlen und diesem damit zu einem knappen Sieg zu verhelfen, das Gesprächsklima mit sozialistischen Arbeitern verbessert. Mit der Bildung der „Volksopposition“ als Wahlgemeinschaft war es gelungen, ein breites Wahlbündnis für die Nationalratswahl 1953 herzustellen. An der „Volksopposition“ nahmen neben den Linkssozialisten um Erwin Scharf auch kleinere bürgerliche Gruppen teil, die in Fragen der Sicherung der Selbständigkeit Österreichs und des Friedenskampfes mit den Kommunisten übereinstimmten.

Das Abflauen der rabiatesten Formen des Antikommunismus kann jedoch auch als Ausdruck dafür gelten, daß er sich als allgemeine Massenideologie durchgesetzt und stabilisiert hatte, praktisch selbstverständlich geworden war. Gerade in einer Periode sich ausdehnenden Konsums bekam die Warenwelt des amerikanischen Imperialismus einen breitgefächerten Einfluß auf die Vorstellungen und Bedürfnisse der Massen. Hausfrauen fanden ihr Identifikationsobjekt in der amerikanischen Küche, aufsässige Jugendliche in Blue jeans und Coca-Cola. Dem Bedürfnis nach aktiver Freizeitgestaltung und Kulturkonsum, das nach den Entbehrungen der Nachkriegsjahre rapide zunahm, begegnete mit amerikanischen Filmen, Schallplatten und Comics ein zugkräftiges Angebot. Neben den brutalen und offenen Formen des Antikommunismus und Antisowjetismus kam nun einer subtilen, über Konsum, Kultur und Lebensweise vermittelten Integration in das System steigende Bedeutung zu.

Wesentliche Veränderungen zeichneten sich in dieser Periode auch im weltpolitischen Rahmen ab. 1953 wurden im imperialistischen Lager jene Tendenzen stärker, die weltpolitische Konflikte nicht nur durch militärische Konfrontation, sondern auch durch Verhandlungen lösen wollten. In Genf begannen Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Korea, und nach dem Sieg der Viet-Minh auch über die politische Zukunft Indochinas. Ende 1953 wurde zum erstenmal seit 1949 eine Konferenz der Außenminister der vier Alliierten vereinbart, die im Jänner und Februar 1954 in Berlin tagte und sich auch mit einem österreichischen Staatsvertrag befaßte. Hier zeichnete sich eine Politik der „Entspannung“ ab, die allerdings nicht widerspruchsfrei verlief. Sie war begleitet von dem Bestreben der USA, ihre militärischen Positionen in Europa zu stärken, wozu vor allem die Remilitarisierung der BRD und ihre Integration in das westliche Militärbündnis dienen sollte.

Auch in der sowjetischen Gesellschaft bahnte sich um diese Zeit ein grundlegender Wandel an. Der Tod Stalins im März 1953 — der auch die österreichischen Kommunisten zutiefst erschüttert hatte — leitete die ersten Schritte zur Wiederherstellung der sozialistischen Gesetzlichkeit ein. Der Sturz des Innenministers Berija im Juli desselben Jahres beseitigte einen der Hauptverantwortlichen für die politische Repression der vergangenen Jahre und ermöglichte die Überwindung der Verselbständigung des Sicherheitsapparats gegenüber Partei, Staat und Gesellschaft.

Die Positionen der KPÖ

In den Jahren 1952 bis 1954 vollzogen sich also in der ökonomischen und politischen Entwicklung Österreichs, in der internationalen Lage und in der kommunistischen Weltbewegung gravierende Veränderungen. Für die Partei stellte sich die Aufgabe, diese Prozesse zu analysieren, eine den neuen Verhältnissen adäquate Strategie und Taktik zu entwickeln. Dabei schien es zunächst, als ob die Partei die Phase des ärgsten Antikommunismus wie auch den Übergang zur Entspannung und Konjunktur gut bewältigt und ihre Position in der österreichischen Arbeiterklasse zwar nicht wesentlich, aber doch ein weiteres Stückchen ausgebaut hätte. Der kommunistische Bundespräsidentenskandidat Gottlieb Fiala hatte im Mai 1951 rund 220.000, die „Volksopposition“ bei der Nationalratswahl im Februar 1953 228.000 Stimmen (5,3 Prozent) erhalten — die höchste Stimmenanzahl, die eine kommunistische Liste bei politischen Wahlen in Österreich jemals errang.

1952 wurde die „Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB“ gegründet. Damit wurde die Zusammenarbeit von kommunistischen und unabhängigen Arbeitern, die schon bisher vielfältigen Einheitslisten bei Betriebsratswahlen zugrunde gelegen war, stabilisiert und institutionalisiert.

Die GE konnte einige wichtige Anfangserfolge erringen. 1954 erreichte sie bei den Arbeiterkammerwahlen eine leichte Steigerung auf zehn Prozent (in Wien 13, in Niederösterreich 16 Prozent). Auch bei der Personalvertretung der Gemeinde Wien, einem besonders stark von der SPÖ kontrollierten Betrieb, gab es 1954 einen Erfolg für die GE und einen Anteil von zwölf Prozent.

Faßt man alle diese Ergebnisse zusammen, so zeigt sich, daß die Partei in der Periode des Wiederaufbaus mit seinen erbitterten Klassenkämpfen und unter den Bedingungen stärksten antikommunistischen Drucks im Kalten Krieg ein bestimmtes Einflußpotential aufgebaut hatte. Es umfaßte bei politischen Wahlen in ganz Österreich mehr als 200.000 Wähler (mehr als fünf Prozent), in der gesamten Arbeiterklasse (ausgedrückt in den Ergebnissen der AK-Wahlen) etwa zehn Prozent und von den Kernschichten der Arbeiterklasse in den industriellen Großbetrieben etwa ein Drittel. Dieses Potential erschien bis etwa 1953/54 als relativ stabil. Trotzdem begannen in diesen Jahren einzelne Wahlergebnisse zu signalisieren, daß es sich dabei um kein ein für allemal vorhandenes Erbgut handelte. Vom Herbst 1953 bis zum Herbst 1954 waren in größerem Ausmaß auch Stimmenverluste bei Landtags- und Gemeinderatswahlen sowie in wichtigen Industriebetrieben zu registrieren. Auch die Zahl der Parteimitglieder ging zurück. Es zeigte sich, daß auch Arbeiter, die entgegen härtestem Druck zur KPÖ gehalten hatten, solange ihnen ihre Politik plausibel und zielführend erschien, sehr sensibel darauf reagierten, wie die Partei eine veränderte Lage einschätzte.

In dieser Situation trat am 13. Mai 1954 der 16. Parteitag der KPÖ zusammen. Vorausgegangen war ihm eine intensive Diskussion innerhalb der Partei, die sich — an Thesen des Polbüros anknüpfend — mit ernststen Mängeln der Parteiarbeit und insbesondere der zentralen Leitungen beschäftigte. Dabei kam deutlich zum Ausdruck, daß der ungeheure Druck, mit dem die Kommunisten auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges konfrontiert gewesen waren, daß die gegnerischen Versuche, die KPÖ in ein politisches Getto zu drängen, nicht spurlos an der Partei vorübergegangen waren und nicht immer mit der nötigen Flexibilität erwidert wurden. Im Rechenschaftsbericht des ZK, gehalten von Genossen Johann Koplenig, wurde klar ausgesprochen, daß sich gegenüber sozialistischen Arbeitern sektiererisches, überhebliches Verhalten breitgemacht habe und daß sich die oberen Parteileitungen gegenüber den unteren verselbständigten. Koplenig stellte fest: „Noch immer ist die Tätigkeit der Partei viel zuviel nach innen gerichtet, noch immer wissen unsere Parteileitungen viel zuwenig darüber, was in den Betrieben und Gewerkschaften, in den Organisationen der SPÖ usw. vor sich geht. Noch immer nehmen viel zu viele Sitzungen die Zeit und Energie der leitenden Funktionäre in Anspruch, und noch immer beschäftigen wir uns viel zuwenig mit den brennenden Problemen, die die Bevölkerung bewegen. Um eine wirkliche Wendung und einen wirklichen Umschwung in der

gesamten Tätigkeit der Partei zu erreichen, ist es notwendig, die ganze Kraft aller Parteiorganisationen und aller Kommunisten auf die Aktivität nach außen, auf die Arbeit unter den Massen zu konzentrieren.“⁷⁶

Daraus leitete Koplenig als die Hauptaufgabe der Partei die systematische Beschäftigung mit den aktuellen Problemen in den Betrieben und Gemeinden ab und das Aufgreifen dieser konkreten Probleme in dezentralen Formen der Agitation. Der Parteitag war von einer offenen Diskussion über die Mängel der Parteiarbeit geprägt, an der sich vor allem Kommunisten aus den Betrieben intensiv beteiligten, und ebenso von dem Bestreben, aus den erkannten Mängeln Konsequenzen zu ziehen. Völlig zu Recht versuchte also die Partei, auf die neuen Bedingungen politischer Entspannung und ökonomischer Konjunktur mit einer verstärkten Aktivität nach außen, mit dem Aufgreifen konkreter Probleme und einer unschematischen Agitation zu reagieren.

Die Voraussetzungen dafür waren günstig. Der einhellige Tenor der vielen Diskussionsbeiträge von Genossen aus den Betrieben ging dahin, daß sich das Verhältnis zu sozialistischen Kollegen entspannt habe und Diskussionen leichter möglich seien. Mit der Gründung der „Gewerkschaftlichen Einheit“ hatte allerdings eine Akzentverschiebung in der Betriebsarbeit der Partei eingesetzt. Sie wurde auf dem 16. Parteitag vor allem als Problem gewerkschaftlicher Arbeit diskutiert, während die eigenständige Funktion der Betriebsorganisationen als politische Zellen der Partei in den Betrieben, die auf früheren Parteitagen eine große Rolle spielte, nun in den Hintergrund trat.

Theoretische Schwächen

Die Bemühungen um eine Verbesserung der Parteiarbeit waren auf dem 16. Parteitag jedoch begleitet von ernststen Schwächen auf einem anderen Gebiet. Die Aufgabe, die aktuellen Veränderungen der österreichischen Gesellschaft, die neuen Entwicklungsperspektiven des Kapitalismus und der internationalen Beziehungen zu analysieren und daraus eine realistische politische Strategie zu entwickeln, wurde auf dem Parteitag nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil ließ er Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und Fehleinschätzungen in wichtigen Punkten erkennen.

Auffallend war, daß die innere ökonomische und politische Entwicklung Österreichs einen äußerst geringen Stellenwert im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und in der Diskussion einnahmen. Von den vielfältigen ökonomischen Prozessen dieser Jahre nahm die Partei vor allem die hohe Arbeitslosigkeit der kurzen Stabilisierungskrise wahr; sie wurde als Anzeichen einer umfassenden, vom Westen her drohenden Wirtschaftskrise interpretiert. Der Parteitag wurde vielmehr von einem außenpolitischen Schwerpunkt beherrscht. Die internationale Entspannung, die 1953 eingesetzt hatte,

wurde von der Partei konstatiert, aber nur als kurze Atempause betrachtet — als jene Zeit, die die USA brauchen würden, um den Kriegsschauplatz von Ostasien nach Europa zu verlegen. Als Konsequenz der Entspannung erwartete die KPÖ eine wesentliche Verschärfung der politischen und militärischen Konfrontation in Europa.

Daraus wurde als zentrale Aufgabe der Kampf gegen den deutschen Militarismus abgeleitet. Dieser erschien als tödliche Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs, da er seine Bestrebungen darauf richten würde, Österreich an Westdeutschland anzuschließen, um es als ökonomische und strategische Basis bei der Entfesselung eines dritten Weltkrieges benützen zu können. In der Drohung eines neuerlichen Anschlusses sah die Partei also die alles entscheidende Frage der Jahre 1953/54, und sie registrierte vielfältige Erscheinungen zur Vorbereitung des Anschlusses: die zunehmende ökonomische Abhängigkeit von Westdeutschland; die ideologische Wirkung der wachsenden Aktivitäten von Kameradschafts- und Soldatenbünden; die Amerikanisierung der Kultur. Die Tätigkeit der beiden Regierungsparteien zu allen diesen Fragen unterstützte und förderte nach Ansicht der Partei die Vorbereitung eines neuen Anschlusses.

Aus diesen Auffassungen heraus ergab sich für die weitere Entwicklung Österreichs die Einschätzung, daß man vom Abschluß eines Staatsvertrages und dem Abzug der Besatzungsmächte weiter entfernt sei als jemals zuvor. Das Ziel der Neutralität Österreichs, das lange Zeit nur von den Kommunisten und den mit ihnen in der „Volksopposition“ verbündeten Kräften angestrebt worden war, schien „angesichts der wachsenden Bedrohung Österreichs durch den deutschen Militarismus nicht mehr (zu) genügen.“⁷⁷ Im Bericht des Zentralkomitees hieß es: „Die Losung Neutralität entspricht nicht in einer Situation, in der nur im Kampf gegen den deutschen Militarismus der Weg zur Unabhängigkeit freigelegt werden kann. . . Mit der Losung Neutralität sind wir nicht imstande, die Massen zum Widerstand gegen die Gefahr eines neuen Anschlusses zu mobilisieren, können wir diese Gefahr nicht abwehren.“⁷⁸

Die Besorgnis der Partei über die deutsche Remilitarisierung und die Zunahme militaristischer und nazistischer, als Traditions- oder Sportpflege getarnter Aktivitäten in Österreich war ohne Zweifel berechtigt. Ebenso notwendig war es, auf tatsächlich vorhandene Anschlußkonzeptionen in politischen Kreisen Westdeutschlands und der USA hinzuweisen. Der große Fehler bestand jedoch darin, diese Erscheinungen als die in der konkreten Situation bestimmenden und auch die weitere Entwicklung beherrschenden anzusehen. Die Linie der Partei kam hier in Widerspruch zu den tatsächlichen politischen Verhältnissen und zu den Erfahrungen der Massen. Das — kurzfristige — Abrücken von der Neutralitätsforderung erfolgte zu einem Zeitpunkt, in dem Teile der österreichischen Bourgeoisie selbst begannen,

ernsthaft über die Perspektive der Neutralität nachzudenken. Die Prognose der drohenden Wirtschaftskrise wurde von der Partei aufgestellt, als für die Massen eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards spürbar wurde. Die berechtigten Warnungen vor der Amerikanisierung der Kultur erfolgten, ohne massenhaft wirksame Alternativen im kulturellen Bereich zu entwickeln und anzubieten. Diese Warnungen fielen in eine Periode, in der zunehmend Teilen der Jugend traditionelle, volkstümliche Elemente der österreichischen Kultur als konservativ zu erscheinen begannen und sie neue Identifikationsobjekte in der kommerzialisierten Massenkultur des Imperialismus, vor allem in Musik und Film, fanden. Auf dem Gebiet des Theaters unterstützte die Partei allerdings mit dem 1948 gegründeten Wiener „Neuen Theater in der Scala“ ein bis heute richtungweisendes kulturpolitisches Modell, in dem eine fortschrittliche Spielplangestaltung, demokratische Organisationsstrukturen und ein institutionalisierter Kontakt zwischen Künstlern und Arbeiterpublikum zu Aufführungen von höchstem Niveau führten. Auch dieses Modell unterlag jedoch 1956 der Aushungerung, dem politischen und administrativen Druck durch die offizielle Kulturpolitik.

Die Remilitarisierung Westdeutschlands war natürlich Ausdruck und Ergebnis der aggressiven Politik der kalten Krieger. Es war notwendig, gegen die Remilitarisierung aufzutreten. Zugleich war aber die von der Partei fälschlicherweise in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gerückte „Anschlußgefahr“ für die meisten Österreicher nicht plausibel. Der Vorarlberger Landesobmann wies in der Diskussion auf dem 16. Parteitag auf die Auswirkungen der rasch wachsenden Zahl westdeutscher Touristen hin und auf die Tatsache, daß Österreicher in grenznahen Gebieten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs massenhaft billiger in Westdeutschland kauften.⁷⁹ Die BRD erschien ihnen weniger als politische Bedrohung, sondern als Beispiel einer höheren, im eigenen Land noch nicht erreichten Wirtschaftsentwicklung. Häufig wurde in der Diskussion auf dem Parteitag festgestellt, daß die Arbeiter die Gefahr des Anschlusses nicht sähen und den Regierungsparteien in dieser Frage nicht mißtrauten.

In der Einschätzung der ökonomischen und politischen Entwicklung zeichnete sich ein Widerspruch zwischen der Linie der Partei und den Erfahrungen der Arbeiterklasse ab. All dies wirkte sich auf die Glaubwürdigkeit und die Verankerung der Partei innerhalb der Arbeiterklasse negativ aus und schwächte das Vertrauen vieler Arbeiter in die Partei.

Fragt man nach den Ursachen, weshalb die Partei bei der Analyse neuer Erscheinungen so große Schwierigkeiten hatte, so sind mehrere Faktoren zu berücksichtigen. Ein wesentlicher Faktor ist eine Verflachung des dialektischen Denkens. Mit monokausalen, teils mechanistischen Vorstellungen von geradlinigen, widerspruchsfreien Entwicklungen, die von einer ständigen Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche und einer kontinuierlichen Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus — ebenso wie von

einer ungebrochenen und widerspruchsfreien Aufwärtsentwicklung des Sozialismus — ausgingen, waren die Veränderungen der Jahre 1953/54 nicht zu erfassen.

Ohne eine realistische, glaubwürdige Gesamtperspektive konnten sich die vielfältigen Aktivitäten der Kommunisten an der Basis nicht in gesamtpolitische Erfolge umsetzen, ohne verschiedene Etappen einer langfristigen Strategie zu entwickeln, konnte das Streben nach Verbesserung der Parteiarbeit nicht wirksam werden. Die vielen Erfolge, die die Kommunisten gerade in dieser Periode bei der Durchsetzung von Forderungen politischer, sozialer und ökonomischer Art hatten, führten damit letztlich nicht zur Stärkung der Partei.

Der Abschluß des Staatsvertrags

Zwischen 1947 und dem Frühjahr 1953 gab es bei den Staatsvertragsverhandlungen keine wesentlichen Fortschritte. Zwischen 1950 und dem Frühjahr 1953 lagen sämtliche Verhandlungen über den Staatsvertrag praktisch still, sieht man von dem 1952 von den Westmächten vorgelegten „Kurzvertrag“ ab. Die sowjetische Regierung erklärte aber von Beginn an, daß für sie dieser acht Artikel umfassende Vertragsentwurf keine Verhandlungsgrundlage darstelle. An diesem „Kurzvertrag“ war auch lediglich das interessant, was — im Vergleich zum bis dahin einvernehmlich erarbeiteten Entwurf — alles nicht enthalten war: Der Kurzvertrag sah keinerlei Bestimmungen vor, die zur Wiederherstellung eines tatsächlich unabhängigen und demokratischen Österreich hätten beitragen können. Es fanden sich in diesem Entwurf keine antifaschistischen Bestimmungen, auch keine Artikel zum Schutz der Minderheiten. „Kurz“: Ein Vertragsentwurf, der alle wichtigen antifaschistischen und demokratischen Artikel des heutigen Staatsvertrags beseitigt hätte. Ein Vertragsentwurf, der die Politik der Westmächte getreu widerspiegelte.

Erst Ende 1952 kam wieder Bewegung in die Staatsvertragsverhandlungen: Die NATO-freundliche Haltung maßgebender österreichischer Politiker, die „Kalte-Kriegs-Politik“ der Westmächte und die Blockierung vertraglich fixierter Bestimmungen durch die Westmächte (etwa die Errichtung des im italienischen Friedensvertrag vorgesehenen Freistaates Triest) hatten die sowjetische Regierung befürchten lassen, daß Österreich nach Abschluß des Staatsvertrags in die NATO eintreten könnte. Seit der Gründung der NATO hatte sich die Österreich-Politik der Sowjetunion darauf konzentriert, die Einbeziehung unseres Landes in den Atlantikpakt zu verhindern.

Im Herbst 1952 stellten nun sowjetische Vertreter klar, daß eine eindeutige Erklärung Österreichs, sich auch nach Abschluß des Staatsvertrags weder der NATO noch einem anderen militärischen Bündnis anzuschließen, den Abschluß des Staatsvertrags ermöglichen würde. Hinzu kam, daß ab etwa

1953 die österreichische Bourgeoisie eine deutliche Wende vollzog. Die Konsolidierung der politischen und ökonomischen Strukturen Österreichs und die damit einhergehende Stabilisierung ihrer Herrschaft führten zu einer gewissen Abkoppelung von Teilen der Bourgeoisie von der Politik der Westmächte und zu verstärkten Bestrebungen, den Einfluß im Donauraum auszubauen (Ingenieur Raab, der wichtigste Exponent dieser Orientierung, wurde im April 1953 Bundeskanzler). Immer deutlicher wurde auch, daß es den USA nicht gelingen würde, eine Position der „absoluten Überlegenheit“ im internationalen Maßstab zu erlangen. Es setzte eine gewisse Emanzipation der Politik der Bourgeoisie und ihrer Repräsentanten von der vorhergehenden engen Bindung und teilweisen Unterordnung unter die Politik der Westmächte ein.

Zugleich ging das mehrjährige Ringen um die Gestaltung Nachkriegseuropas zu Ende. Die Aufteilung Europas in Militärblöcke war nicht mehr zu verhindern. Im Oktober 1954 unterzeichnete die BRD die „Pariser Verträge“, die ihre Aufnahme in die NATO fixierten, die sozialistischen Länder faßten als Antwort ihrerseits ihre Streitkräfte im Warschauer Vertrag zusammen. Die Bemühungen der Sowjetunion um ein kollektives Sicherheitssystem (so versuchte die Sowjetunion sogar, Mitglied in der NATO zu werden) waren gescheitert. Die USA, und mit ihr viele österreichische Spitzenpolitiker, mußten zur Kenntnis nehmen, daß ihre durch den Kalten Krieg verfolgten Ziele nicht (oder nur zum Teil) erreichbar waren.

Im Februar 1955 erklärte die sowjetische Regierung, daß noch vor Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland ein Truppenabzug aus Österreich als möglich erachtet würde. Auf Vorschlag der sowjetischen Regierung kam es im April 1955 in Moskau zu Gesprächen zwischen der österreichischen und der sowjetischen Regierung. In den stenographischen Notizen Adolf Schärfs, ergänzt durch Einfügungen von Dr. Kreisky, über diese Moskau-Reise heißt es: „Schon in der ersten Besprechung hat der sowjetische Außenminister Molotow klar und deutlich zu verstehen gegeben, daß die Frage der Neutralität nach dem Modell der Schweiz die zentrale Frage für die Verhandlungen ist. Erst wenn hier und diesbezüglich eine befriedigende Antwort österreichischerseits gegeben werde, könne man über alle anderen Fragen zu einer Einigung gelangen.“⁸⁰

In der historischen Literatur wird immer wieder betont, daß sowohl von seiten der ÖVP wie auch der SPÖ nach 1945 Erklärungen für die Neutralität Österreichs abgegeben wurden. Richtig ist, daß es solche Stellungnahmen gab. Richtig ist aber auch, daß solche Erklärungen stets „Einzellerscheinungen“ blieben, nie zum Allgemeingut dieser Parteien wurden und (zumindest bis 1953) nicht die tatsächliche Haltung und Politik dieser Parteien widerspiegelten. Selbst noch in Moskau stellten sich die sozialistischen Delegationsmitglieder zunächst gegen die Annahme des Neutralitätsstatus. In Schärfs Notizen wird ein Gespräch zwischen Raab und Kreisky wiedergege-

ben. Raab: „Herr Staatssekretär, warum san Sie eigentlich so gegen das Wort Neutralität? Dös spielt ja gar ka Rolle, wia ma dös nennen. Tan ma dös glei annehmen.“ Kreisky: „Ich denke hier vor allem an die Westmächte, die wir doch davon überzeugen müssen, daß wir uns jedenfalls bemüht haben, eine derartige weitgehende Festlegung nicht von vornherein anzunehmen.“⁸¹

Im Ergebnis der Gespräche in Moskau wurde am 15. April 1955 das „Moskauer Memorandum“ unterzeichnet, in dem die immerwährende Neutralität als Weg der Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs festgehalten wurde. Am 17. April veröffentlichte das ZK der KPÖ eine Erklärung, in der es hieß: „Der Weg zum Staatsvertrag ist frei. Die Reise nach Moskau hat gebracht, was die verhängnisvolle Politik des Kalten Krieges, der Gebundenheit an Amerika, der antisowjetischen Spekulationen nie zu bringen vermochte. Die Jahre, in denen die österreichische Regierung alles von der amerikanischen ‚Politik der Stärke‘ erwartete, waren für Österreich verlorene Jahre. Die Abkehr von einer verfehlten und gefährlichen Außenpolitik, die Wendung zu freundschaftlichen Verhandlungen mit der Sowjetunion hat in wenigen Tagen erzielt, was in vielen Jahren nicht zu erreichen war. Das Ergebnis der Moskauer Beratungen ist eine feste Grundlage für die Sicherung unserer Unabhängigkeit.“⁸²

30 Jahre später rang sich selbst Bruno Kreisky auf die Frage „Wem verdankt Österreich den Staatsvertrag?“ zur Antwort durch: „Man muß dazu wissen, daß der Westen eigentlich damals von der österreichischen Neutralität nicht sehr begeistert war. Damals war das westliche Militärbündnis in Entwicklung, und die amerikanischen Militärs wollten eigentlich die österreichische Landbrücke nicht hergeben.“⁸³ Und weiter: „Also so überraschend es klingt, aber ich bin heute der Überzeugung, daß der eigentliche Vater des Staatsvertrags Chruschtschow ist.“⁸⁴ Über die damalige Position und Rolle seiner Partei und der österreichischen Regierung schweigt freilich Kreisky auch heute noch.

Auf der Grundlage des Moskauer Memorandums konnte schließlich am 15. Mai 1955 der österreichische „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“ unterzeichnet werden. Um die anfänglichen Widerstände der Westmächte gegen den Staatsvertrag zu umgehen, hatte es nicht zuletzt vorher des „Wiener Memorandums“ vom 10. Mai 1955 bedurft, das die entschädigungslose Rückgabe wichtiger Erdölfirmen an amerikanische und britische Kapitalgruppen beinhaltete, obwohl diese Erdölfirmen seinerzeit gegen volle Bezahlung an das Deutsche Reich verkauft worden waren.

Am 26. Oktober 1955 beschloß der österreichische Nationalrat (gegen die Stimmen des VdU) die immerwährende Neutralität. Am 14. Dezember 1955 wurde Österreich in die UNO aufgenommen.

Damit ging der ein Jahrzehnt dauernde Kampf um ein unabhängiges, demokratisches und einheitliches Österreich zu Ende. Die Unabhängigkeits-

erklärung (1945), der Staatsvertrag (1955) und das Neutralitätsgesetz (1955) bilden seither mit ihren auf staatliche Unabhängigkeit, Neutralität, Demokratie, Antimilitarismus und Antifaschismus beruhenden Grundsätzen wesentliche Säulen des staatsrechtlichen Fundaments der Zweiten Republik. Österreich verfügt damit über eine demokratische, antifaschistische Verfassungsordnung. Für unser Land wie für unsere Partei begann eine neue Entwicklungsetappe.

1955 bis 1984

Ernst Wimmer

Eine neue Entwicklungsphase — neue Fragen

Mitte der fünfziger Jahre begann infolge der zeitlichen Verknüpfung und Wechselwirkung verschiedener Faktoren eine neue Phase der Entwicklung für die Kommunistische Partei Österreichs, aber auch für viele andere kommunistischen Parteien Europas. In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war ein tiefer Einschnitt in der ökonomischen Entwicklung der meisten hochindustrialisierten kapitalistischen Länder erfolgt, der in der zweiten Hälfte bereits politisch-bewußtseinsmäßig in den Massen wirksam wurde und sich in den folgenden Jahren noch stärker ausprägte: Der Übergang zu einer scheinbar schrankenlosen Konjunktur, zwar von Land zu Land sehr verschieden, insgesamt aber wirksam als längste Periode des Aufblühens kapitalistischer Geschäfte, ungewöhnlich hoher Wachstumsraten der Wirtschaft und üppiger Illusionen. Die objektive Basis dafür: Von 1950 bis zur Krise 1975 stieg in Österreich im Jahresdurchschnitt die industrielle Produktion um 6,2 Prozent. Dieser Wert wurde in diesem Zeitraum in der kapitalistischen Welt nur von der BRD und Japan übertroffen.

Das Schicksal revolutionärer Parteien ist gewiß nicht vom Auf oder Ab im Kapitalismus, von seinen Wechselfällen abhängig. Aber diese bestimmen doch für lange Zeit Bedingungen, unter denen revolutionäre Parteien zu wirken haben. Es kann nicht folgenlos bleiben, scheint es vielen, als wäre der Kapitalismus auf einmal eine Gesellschaft geworden, in der man sich häuslich geborgen einrichten könne, mit der Aussicht auf stetige, wenn auch bescheidene Besserung. Jahrelange Hochkonjunktur suggeriert: Wozu einen beschwerlichen Weg gehen, wenn das Resultat unsicher ist? Ist's nicht besser, auf einem bequemeren Weg zwar keine Wunder zu erreichen, aber bei Bescheidenheit doch Grund zu einiger Zufriedenheit? Unter solchen objektiven Bedingungen sind Enttäuschungen und Rückschläge für revolutionäre Parteien unvermeidlich. Wie weit sie geschwächt, zurückgeworfen werden, ob sie außer Tritt geraten, ob sie mehr verlieren, als objektiv bedingt, das liegt an ihnen.

Die „Wende“ in den ökonomischen Geschicken des Kapitalismus traf die meisten kommunistischen Parteien, auch die Österreichs, unvorbereitet. Schuld daran war vor allem ein Defizit der Theorie, die es ermöglichen soll,

sich trotz aller Veränderungen in der Wirklichkeit zurechtzufinden. Genauer gesagt, eine ungenügende theoretische Aufarbeitung neuer Entwicklungstendenzen im Kapitalismus, des Übergangs zum staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der ganzen Linie in den hochentwickelten Ländern. Das Kapitalismusverständnis vieler kommunistischer Funktionäre war damals geprägt von Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus“. Darin charakterisierte er — wie Lenin — den Imperialismus als parasitär. Er hob jedoch — zum Unterschied von Lenin, der auch im parasitären Imperialismus Aufschwünge keineswegs ausschloß — als Haupttendenz die Stagnation hervor. Dies war eines von vielen Beispielen für eine Verarmung, eine Verflachung dialektischen Denkens durch Jahrzehnte in der kommunistischen Weltbewegung, für Betrachtungsweisen, die mehr mit gradlinigen, einfach klassifizierbaren Entwicklungen rechneten als mit jähen Sprüngen, komplizierten Widersprüchen.

Dazu kam, daß viele Kommunisten, die die Weltwirtschaftskrise, die Stagnation und das Massenelend der dreißiger Jahre in Österreich erlebt hatten, die neue Entwicklung vor allem im Licht alter Erfahrungen sahen. Auch richtige Erfahrungen können, werden sie nicht rechtzeitig angepaßt, korrigiert, lange über ihre Gültigkeit hinaus wirken — bis zur Irreführung. In Reden und Artikeln der Parteiführung wurde damals die Auffassung vertreten, daß es im Kapitalismus unaufhaltsam „immer schlechter“ werden müsse. Und das just in einer Zeit, wo sich die Lebenshaltung eines großen Teils der Bevölkerung nach langen Jahren harter Entbehrungen merklich zu bessern begann. Durch die Reduzierung des Marxismus auf Formeln entfernte sich die Partei von der Wirklichkeit, geriet sie mit Aussagen in Widerspruch zu unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiterklasse.

Eine weitere Folge war die krasse Unterschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus. Abzulesen ist dies vor allem den Parteitag der KPÖ in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Gleichsam als Sühne für diesen Fehler der Unterschätzung kam es in den sechziger Jahren zu einer krassen Überschätzung der Dynamik des Kapitalismus, bis zur schon opportunistischen These von der angeblichen Fähigkeit, Krisen zu meistern, ja zu verhüten. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre waren in Österreich schon gewaltige soziale Verschiebungen im Gange: Vom Land in die Stadt, vom Kleingewerbe in die Industrie strömten Zehntausende mit dem Bewußtsein von Kleinbesitzern in die Arbeiterklasse ein, in der sich zugleich der Anteil der Angestellten rasant erhöhte. Begleitet wurde dies von tiefgreifenden Änderungen in den Strukturen der Alltagsbedürfnisse und der Möglichkeiten ihrer Befriedigung als Folge eines Industrialisierungsschubs, einer rapid wachsenden Produktivität und neuer Technologien. Wird weithin Vergleichbares konsumiert, wo dies früher nicht der Fall war, erscheint dies oberflächlich als ein „Gleicherwerden“, auch dann, wenn zugleich die kaum sichtbare Kapitalakkumulation stürmisch davoneilt. Nach Jahren bitterer Entbehrun-

gen in Krieg und Nachkrieg war der Hang besonders stark, die Lebenshaltung vor allem an Dingen zu messen, statt an dem für die Gesellschaft schon Möglichen.

Unter diesen Bedingungen, wo nichts unwahrscheinlicher war als eine Revolution, wo „gesellschaftliche Erneuerung“ durch „allmähliche Umwandlung“ als glaubhaft, ja verbürgt erschien, stand die Partei vor der Notwendigkeit einer Umorientierung ihrer Strategie und Taktik, einer Umstellung auf wesentlich längere, differenziertere Perspektiven, auf einen jahrzehntelangen „Stellungskrieg“, bevor es möglich wurde, zu einem „Bewegungskrieg“ überzugehen. Diese Notwendigkeit war um so gebieterischer, als die Partei schon früher fällige Anpassungen und Korrekturen versäumt hatte: 1947 bei dem Übergang in die Opposition. Später infolge einer Unterschätzung der Folgen der Viermächtebesetzung und der Herausbildung einer Dauerkoalition der mit dem Kapitalismus verbundenen großen Parteien. Der Kapitalismus hatte sich mittlerweile relativ stabilisiert, und das unter den Bedingungen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Seit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland und in Österreich hatte dies nicht nur Otto Bauer, sondern auch mancher Kommunist für eine historische „Unmöglichkeit“ gehalten, die Zeit der bürgerlichen Demokratie als ein für allemal abgeschlossen betrachtet.

Die Orientierung der Partei auf Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung konnte nicht verwirklicht werden. Und so mußte die Benutzung von Losungen, Vorstellungen, Formeln für Bündnisse, von Maßstäben für die Einschätzung von Parteien, Strömungen über die Situation ihrer Angemessenheit hinaus zur Fehlerquelle werden. Als Selbstverständlichkeit galt 1945, daß ein Demokrat ein überzeugter Antifaschist sein müsse. Der typische Repräsentant der bürgerlichen Demokratie von 1955 hingegen war bedacht darauf, rechtsextreme und auch faschistische Kräfte im Namen des gemeinsamen Antikommunismus auf seine Seite zu ziehen. Mit den Vorstellungen und Begriffen der unmittelbaren Nachkriegssituation konnte man die neuen politischen Realitäten nicht mehr in den Griff bekommen.

Der objektive Zwang zur Umorientierung ergab sich just in einer Situation, in der viele Kommunisten nicht nur in manchem unsicher geworden waren, das jahrelang als allzu sicher, als unanfechtbar gegolten hatte, sondern auch dort, wo man sich auf festem Boden bewegen konnte. Die notwendigen Anstrengungen des XX. Parteitags der KPdSU zur Überwindung der negativen Erscheinungen, die mit dem Begriff „Personenkult“ verknüpft wurden, konfrontierten nicht nur mit alten, aber nun erst bekannt gewordenen, erschütternden Fakten. Sie stellten vor eine Fülle neuer Fragen. Nicht wenige wurden verunsichert, empfanden diese Enthüllungen als moralische Belastung. Hatten sie sich doch aus voller Überzeugung mit der Sowjetunion identifiziert, dem wichtigsten Rückhalt der internationalen Arbeiterbewegung, die sich als entscheidende Kraft im Sieg über den Faschismus erwies.

Zusätzliche Komplikationen schuf die Art, in der zunächst die Überwindung dieser negativen Züge der Vergangenheit angegangen wurde. Waren früher sämtliche Verdienste, Vorzüge und Leistungen vor allem der Person Stalins zugeschrieben worden, so galt dies nun umgekehrt für Verfehlungen, Verletzungen sozialistischer Gesetzmäßigkeit, für Fehleinschätzungen. Den Parteiorganisationen in der KPÖ wurde der interne Bericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU für geheim erklärt. In gegnerischen Zeitungen konnte man den Wortlaut lesen. Zwar entwickelte der Beschluß des ZK der KPdSU vom 15. Juni eine ausgewogenere Darstellung der Vergangenheit. In der Praxis jedoch wirkten der Subjektivismus, das krasse Simplifizieren Chruschtschows weiter.

Mit der unumgänglichen Kritik an der Vergangenheit, mit der Rückbesinnung auf Lenins Lehre von der Verschiedenartigkeit der Wege zum Sozialismus entsprechend den nationalen Gegebenheiten und Traditionen, drängten sich unweigerlich viele Fragen auf: Kann ein friedlicher Weg zum Sozialismus ein parlamentarischer sein? Was ist die Diktatur des Proletariats? „Entartung“ oder historische Notwendigkeit, die nicht zwangsläufig Verfehlungen, wie die aufgedeckten, nach sich zieht? Ist nur ein atomarer Weltkrieg vermeidbar? Oder gilt dies nun für alle Kriege? Wie verhalten sich Klassenkampf im internationalen Maßstab und friedliche Koexistenz zwischen den entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen zueinander? Schon damals wurde die später in einigen kommunistischen Parteien Westeuropas umstrittene Frage gestellt: Ist es möglich, im Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie, durch eine Art „historischer Versöhnung“, eine gesellschaftliche Wende herbeizuführen?

Die Kommunistische Weltbewegung sah sich insgesamt einer ungeheuren Herausforderung gegenüber. Eine der tiefsten Ursachen der späteren Parteikrise lag darin, daß manche dieser Fragen aus ihren Zusammenhängen gerissen, verabsolutiert, verzerrt oder verdrängt wurden und so zuweilen viele Jahre offen blieben, als Quelle von Schwankungen und Zwist. Bitter rächte sich, daß weithin die Auffassung verbreitet war, schon im Besitz letzter Erkenntnisse zu sein, während die Partei ideologisch-theoretisch hinter der Entwicklung zurückblieb. So geriet die dringend gebotene Suche nach zeitgemäßen Lösungen zuweilen in den Verdacht einer Geringschätzung vergangener Leistungen, stießen bohrende Fragen aus besten Motiven auf Argwohn oder Entmutigung. So konnte — noch schlimmer — der fatale Eindruck entstehen, als könne man Neues nur frontal gegen alle Traditionen, gegen kostspielig erworbene Erkenntnisse, durchsetzen.

Auch die Entwicklung im nationalen Rahmen war in dieser Zeitspanne durch tiefe Einschnitte markiert. Der Abschluß des Staatsvertrags brachte die uneingeschränkte Verantwortlichkeit der Regierung, die Neutralität eine neue Grundlage für die Außenpolitik. Auch diese Zäsur zwang zu einer Umstellung auf eine lange Perspektive. In der Geschichte gibt es nicht wenig

Paradoxes. So auch hier: Die Kommunistische Partei, die für den Staatsvertrag gekämpft hatte, wurde zunächst durch die neuen Bedingungen geschwächt. Weil an einen Staatsvertrag fälschlich geknüpfte Hoffnungen auf tiefgreifende gesellschaftliche Änderungen nicht in Erfüllung gingen, wurde sein Abschluß von nicht wenigen als Niederlage empfunden. Das Abspringen von Karrieristen war gewiß keine Schwächung. Wohl aber die Entlassung vieler Kommunisten in Betrieben und der Austritt nicht weniger Arbeiter aus Angst vor Repressionen, aus Sorge um den Arbeitsplatz. Freilich gab es hier gravierende Unterschiede, konnten Kommunisten, wo sie politisch starke Kollektive bildeten, jahrelange Überzeugungsarbeit geleistet hatten, wichtige Positionen — wie etwa im Bereich der Mineralölverwaltung — gegen starken Druck behaupten. Insgesamt erlitt die Partei in dieser Periode der Verunsicherung die schwersten Mitgliederverluste in der Geschichte der Zweiten Republik. Dennoch war bedeutsam: Ein beträchtlicher Teil derer, die es nicht mehr wagten, sich zur Partei zu bekennen, die sie verlassen hatten, wählten sie dennoch in geheimer Abstimmung.

In diese Zeit fielen qualitativ neue Entwicklungen in den Funktions- und Herrschaftsmechanismen des Kapitalismus in Österreich. Nach ersten Ansätzen Ende der vierziger Jahre wurde am 12. März 1957 die Sozialpartnerschaft mit der Bildung der „Paritätischen Kommission“ für Lohn- und Preisfragen institutionalisiert. Noch nicht als umfassendes Regulierungssystem, das sich schon wenige Jahre später herausbildete. Aber bereits als wichtigstes Instrument der Herrschaftsausübung, als Mittel der Konfliktverhütung, der „Ruhigstellung“ der Arbeiterklasse, zunächst durch beachtliche Konzessionen, die freilich weit hinter dem Erreichbaren zurückblieben. Einige der wichtigsten Änderungen, die sich damals vollzogen, wurden mehr als ein Jahrzehnt später im Zusammenhang mit der Diskussion über die Notwendigkeit einer „Reideologisierung“ in der SPÖ aus der Hinterdreinsicht charakterisiert: Als schrittweiser Übergang zu einer „globalwirtschaftlichen“ Steuerung, zu längerfristigen Programmierungen der Wirtschaft, als Herausbildung eines „vielschichtigen Krisenmanagements“ mit der Paritätischen Kommission als wichtiges Element, mit dem ÖGB als „Ordnungsfaktor“ und der Verankerung eines „Konsens“ über eine Modernisierung und damit verbunden Rationalisierung der Gesellschaft.

In dieser Zeit vollzog sich auch die Verflechtung der Macht des Staats mit der Macht des Großkapitals, entfaltete sich der staatsmonopolistische Kapitalismus, dessen erste Ansätze freilich schon in die Erste Republik zurückkreichen. Auch hier ergaben sich rasch Wirkungen weit über die Ökonomie hinaus, für Funktionen und Charakter der Parteien. Diese staatsmonopolistische Verflochtenheit von Staat, Verbänden, Parteien stellte vor eine komplizierte Herrschaftsstruktur, die man in der Ersten Republik und auch in den ersten Jahren der Restauration des Kapitalismus nach der Befreiung noch nicht gekannt hatte. Eine ganze Generation von Antifaschisten, die zur

konsequentesten antifaschistischen Kraft, der Kommunistischen Partei, gefunden hatten, war gewohnt, an klaren, übersehbaren Fronten den Kampf mit allen eines Revolutionärs würdigen Mitteln bis zur Selbstaufopferung zu führen. Plötzlich sahen sie sich zwar noch den traditionellen Parteien, aber einem viel weniger greifbaren, schwer benennbaren Gegner gegenüber.

Der Versuch einer Konterrevolution im benachbarten Ungarn im Jahr 1956 traf die Kommunistische Partei Österreichs wie ein Schock. Hatte doch die Wunschvorstellung vorgeherrscht, daß sich nach dem entscheidenden Sieg über Kapital und verbündete Reaktion der Aufbau des Sozialismus als ununterbrochene, unaufhaltsame, im Grunde widerspruchslose Aufwärtsentwicklung vollziehen werde. Nach den ersten großen Siegen der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, in den folgenden Jahren der lebensgefährlichen Bedrohung vor dem zweiten Weltkrieg und erst recht in der Periode des Kalten Krieges hatte in der Kommunistischen Bewegung eine undialektische Betrachtungsweise überhand genommen, die Schwierigkeiten, Rückschläge, Konflikte mehr oder weniger ausschließlich mit dem Wirken äußerer und innerer Feinde erklären mußte, weil sie die Existenz noch ungelöster oder neu entstandener Widersprüche neuer Art in der sozialistischen Gesellschaft nicht wahrhaben wollte. Eine Theoretisierung erlebte sie in Stalins verhängnisvoller These von der angeblichen Gesetzmäßigkeit, daß sich mit den Fortschritten des Sozialismus, mit seinen Erfolgen, der Klassenkampf verschärfen müsse. Bei dieser Sicht ging verloren, daß die im Sozialismus mögliche Lösung erkannter Widersprüche die wichtigste Form und Triebkraft seiner historischen Entwicklung ist. Der Welle von Flüchtlingen aus Ungarn ging eine Woge des Antikommunismus voraus. Zur moralischen Erschütterung kam die berechtigte politische Frage: Wie konnten uns die Ereignisse so überraschen?

Noch vor dem Versuch, den Sozialismus in Ungarn zu stürzen, hatte das Zentralkomitee mit einer Selbstkritik zum Teil Antwort auf diese Frage gegeben: „Es war ein großer Fehler, daß die Parteiführung in den Jahren des Kalten Krieges die außerordentlichen Schwierigkeiten den Mitgliedern nicht genügend vor Augen geführt, häufig die Situation zu optimistisch dargestellt hat, statt sie mit schonungsloser Offenheit aufzuzeigen.“¹ Doch die Korrektur dieses Fehlers blieb in Anfängen stecken. Die Bestürzung über die versuchte Konterrevolution im Nachbarland, der rabiate Ansturm der Gegner, die hemmungslose Hetze gegen Kommunisten — die „Arbeiter-Zeitung“ rief dazu auf, keinem Kommunisten die Hand zu geben — die allerdringlichsten Aufgaben politischer Notwehr erleichterten es, in alte, im Prinzip schon verurteilte Fehler zurückzufallen. Die intensive Diskussion über die vom XX. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Probleme wurde gebremst und schließlich entmutigt. Unter Hinweis auf Gefahren für die Partei, die jeder Kommunist tatsächlich zu spüren bekam, wurden heikle, problem- und emotionsgeladene Fragen beiseite geschoben, auch gegen da oder dort

wiederholt und nachdrücklich geäußerte Forderungen nach Klarstellung. Der Partei gelang es, ihre Einheit in dieser äußerst schwierigen Situation trotz vehementester Angriffe der Gegner zu wahren. Die Geschichte der folgenden Jahre stellte außer Zweifel: Es ist untragbar, daß eine Partei nur diskutiert. Es ist unerlässlich, sich aufs Vordringlichste zu konzentrieren, Kraft und Einheit zu offensiver Agitation, zum Handeln aufzubringen. Allerdings erwies sich auch: Unterbleibt die Klärung grundsätzlicher Fragen, kann Einheitlichkeit des Denkens, Fühlens und Handelns nicht gesichert werden, dann droht jede offene Frage von Bedeutung zur Ursache von Schwankungen, zu einem Ansatzpunkt, zu einem Einfallstor für Gegner zu werden.

Die ersten Worte im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, den Johann Koplenig auf dem 17. Parteitag (28. bis 31. März 1957), dem ersten nach Abschluß des Staatsvertrags und unmittelbar nach Niederschlagung der Konterrevolution in Ungarn, erstattete, galten der neuen Situation im Land: Österreich habe durch den Staatsvertrag die Möglichkeit erhalten, seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit auf festen Grundlagen zu errichten, vorausgesetzt, daß Österreich jedem imperialistischen Druck Widerstand leiste und dazu beitrage, den Frieden in Europa zu erhalten und zu sichern. Koplenig unterstrich, daß die Haltung der österreichischen Regierung nicht dem Geist der Neutralität entsprach. Er verwies auf Gefahren für die junge Unabhängigkeit im Zusammenhang mit der Absicht, Österreich der „Montanunion“ und dem „Europäischen Markt“ anzuschließen. Der Rechenschaftsbericht vermerkte die ungewöhnlichen Produktionszuwächse in den vergangenen Jahren, verwies auf die Steigerung der Industrieproduktion in einzelnen Jahren um 14, ja sogar um 16 Prozent. Korrigiert wurde damit die frühere Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Von dem krassen Mißverhältnis zwischen wachsenden Profiten und Lebenshaltung wurde die berechtigte Forderung nach einem „Anteil der Arbeiterklasse an der Konjunktur“ abgeleitet. Gegen mechanische Vergleiche mit der Lebenshaltung der Vorkriegszeit wurde geltend gemacht, daß die Arbeiterklasse Anspruch auf Teilnahme an Errungenschaften der modernen Technik hat. Am Rande setzte sich der Rechenschaftsbericht schon mit Auffassungen auseinander, daß sich die Klassenfronten „verwischten“, daß der Staat nicht mehr Instrument der herrschenden Klasse sei.

Ein Beispiel für die kaum zu überschätzende Bedeutung von Massenbewegungen gab der Rechenschaftsbericht zu dem Ergebnis der Nationalratswahl vom Mai 1956. Die Partei erhielt insgesamt 179.000 Stimmen und drei Parlamentssitze. Verlusten in acht Bundesländern stand die höchste Stimmzahl gegenüber, die die Partei je in Wien erreichen konnte: 96.500. Ein halbes Jahr vorher, im November und Dezember 1955, hatten die Wiener Straßenbahner trotz massivem Druck der SP-Führung erfolgreich einen Streik durchgeführt. Seine treibende Kraft waren Kommunisten gewesen,

die ihn zielbewußt vorbereitet hatten. Anfang 1955 hatte der Unmut unter den Straßenbahnern und Autobusbediensteten über ein Zurückbleiben ihrer Löhne hinter der Entwicklung die Gewerkschaftsführung dahin gebracht, ein neues Gehaltsschema zu fordern. Aber diese einigte sich „parteiintern“ mit der SP-Führung in der Gemeinde Wien, diese Forderung „aufs Eis zu legen“. Ende Oktober kam es zu den ersten Proteststreiks in Werkstätten und Bahnhöfen. Drei Tage später stand der Autobusverkehr für einige Stunden still. Als die Gemeinde Wien bei ihrem Nein zu den Forderungen blieb, etliche Zeitungen gleichzeitig eine „kommunistische Verschwörung“ entdeckten, wählten die Bediensteten ein zentrales Streikkomitee und beschlossen am 2. Dezember, bis 9 Uhr die Arbeit einzustellen. Drohungen der Gemeinde, die Polizei einzusetzen, konnten nicht beeindrucken. War doch erst durch die Gewährung früher angeblich „unerfüllbarer“ Forderungen eine „passive Resistenz“ im Polizeidienst abgewendet worden. Der Streik am 2. Dezember war lückenlos, sieht man von zwei Stadtbahnzügen ab, die zwar ausgefahren waren, aber nicht verkehrten. Aufklärende Flugblätter wurden in den Haltestellen verteilt, mit dem Hinweis, daß der Streik für Forderungen geführt wird, die die Gewerkschaft selbst beschlossen hatte, mit dem Appell: „Lassen wir uns nicht in Gegensatz bringen. Unser Kampf ist auch euer Kampf.“ Auf wunderbare Weise lebten die Verhandlungen mit der Gemeinde wieder auf. Als die Gemeinde es bei vagen Zusagen bewenden lassen wollte, antworteten die Bediensteten: „Wird nicht abgeschlossen, streiken wir am Goldenen Sonntag.“ Wenige Tage später war das neue Gehaltsschema verwirklicht.

Nur bescheidenen Raum widmete der Rechenschaftsbericht den Problemen, die die Kommunisten zutiefst aufgewühlt hatten. Kopenig würdigte die Verdienste des XX. Parteitags der KPdSU, die Aufdeckung von Erscheinungen des Dogmatismus, die Überwindung erstarrter und überlebter Formen aus eigenem Antrieb in Angriff genommen zu haben. Er unterstrich Übereinstimmung darüber, „daß Personenkult... dem Wesen des Marxismus-Leninismus fremd ist... zu schweren Fehlern und Irrtümern geführt hat“, die aber „nicht im Wesen der Diktatur des Proletariats liegen“.² Ernste Schwankungen, die es nicht insgesamt, wohl aber in Teilen des Kaders, auch in führenden, in Zusammenhang mit den Ungarn-Ereignissen gab, widerspiegelten sich im Rechenschaftsbericht lediglich in der Feststellung, daß „da und dort revisionistische Gedankengänge und Auffassungen“³ vertreten wurden. Freilich hieß es warnend in dem Bericht: Jeder Versuch der Distanzierung von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern „führt unvermeidlich — ob man will oder nicht — in den Sumpf des Revisionismus“.⁴ Eine der größten Stärken Kopenigs lag in der Direktheit und Leidenschaftlichkeit, mit der er Probleme anpackte. Der eher diplomatisch ausgewogene Charakter des Referats sprach deutlich dafür, daß die

Parteiführung sich geeinigt hatte, zunächst für eine „Beruhigung“ in der Partei zu sorgen.

Schon unmittelbar nach Abschluß des Staatsvertrags hatte das Politbüro die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Einschätzung der neuen Lage festgehalten. Auf dem 17. Parteitag berichtet Friedl Fűrberg über die schon vor dem Parteitag in Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen behandelten Leitsätze „Der Weg Österreichs zum Sozialismus“, die zunächst der „Selbstverständigung“ dienen sollten. In ihrem Mittelpunkt stand die Feststellung, daß es sich bei dem Kampf um den Sozialismus um eine langfristige Aufgabe handle und ein friedlicher Weg zum Sozialismus in Österreich möglich sei. Verwiesen wurde auf Besonderheiten Österreichs, die beim Übergang zum Sozialismus berücksichtigt werden müßten: auf die relativ hoch entwickelte Industrialisierung, die Größe des verstaatlichten Sektors, den hohen Entwicklungsstand der Landwirtschaft und die Einheitlichkeit des Gewerkschaftsbundes. Für die Zukunft wurden zwei Entwicklungsvarianten ins Auge gefaßt: entweder „Unterhöhung und schrittweise Abschaffung der sozialen und demokratischen Rechte“, die Schaffung eines Polizei- und Militärapparats, den die Bourgeoisie in Bewegung setzen kann. Oder „Festigung und Ausbau aller demokratischen Errungenschaften, möglichst feste Verbindung der Polizei und des Bundesheeres mit der Arbeiterklasse, dem Volk“.⁵ Die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs wurde vor allem an die Verwirklichung der zweiten Variante und die Perspektive eines „Einholens und Überholens“ des Kapitalismus durch den Sozialismus geknüpft, nicht an eine einschneidende Änderung der inneren Kräfteverhältnisse durch die Formierung qualitativ neuer Bündnisse.

Schon in der Diskussion vor und auf dem Parteitag gab es Einwände, etwa den, daß mit der Bildung einer Armee, von reaktionären Staatsapparaten — zum Teil noch während der Besatzungszeit — eigentlich Entscheidungen in dieser Hinsicht schon gefallen seien. Das Schlüsselproblem „Wie kommt man an die Macht?“ blieb ausgeklammert, ungeklärt. Und damit blieben auch die Zweifel an der Möglichkeit eines Wegs zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg. Die Leitsätze hielten lediglich fest, daß der Übergang zum Sozialismus eine revolutionäre Staatsmacht erfordere — die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bunde mit den anderen werktätigen Volksschichten, die vom Marxismus-Leninismus als Diktatur des Proletariats bezeichnet werde. Die immer wieder erörterte Frage: inwiefern hat sich der Kapitalismus geändert? Was hat er in den letzten Jahrzehnten dazugelernt?, bezeichnete Friedl Fűrberg in seinem Referat als Kernfrage — allerdings mit der Schlußfolgerung: „Der Kapitalismus ist im Wesen das geblieben, was er war.“⁶ Eine zielführende Strategie ist jedoch nicht allein aus dem Wesen abzuleiten, sondern insbesondere auch aus konkreten Erscheinungsformen, den jeweiligen Entwicklungsstufen, Funktions- und Herrschaftsmechanismen einer Gesellschaft. Auf diese Problematik ging das Dokument nicht ein. Betont wurde die Bedeutung

eines Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Die Intelligenz kam als Bündnispartner nicht vor.

Zu unterschiedlichen Einschätzungen der Sozialdemokratie bemerkte Fürnberg: Es handle sich um eine „Partei der kleinbürgerlichen Demokratie mit all ihren Illusionen, Halbheiten und Schwankungen... So wie jede kleinbürgerliche Partei gibt sie immer dem Druck des jeweils Stärkeren nach“.⁷ Als entscheidende Frage einer sozialistischen Umwälzung stellte er in diesem Sinn — auch bezogen auf die Situation von 1945 — die Spaltung der „kleinbürgerlichen Demokratie“ dar. In diesem Rahmen hielten sich auch die taktischen Überlegungen Fürnbergs: „In der Zeit, in der wir den Kampf gegen den kleinbürgerlichen Reformismus zuspitzen müssen, begehen wir häufig den Fehler, diesen scharfen Kampf auf die SP überhaupt auszudehnen... In der Zeit, in der die SP gezwungen ist, einen wenn auch sehr zögernden Kampf gegen Kapital und Reaktion zu führen... machen wir uns oft Illusionen über die Möglichkeit einer raschen Entwicklung der Einheit der Arbeiterklasse... Wenn wir dann noch hinzufügen, daß es oft lange dauert, bis wir die notwendigen Schlußfolgerungen aus Änderungen in der Lage ziehen, so haben wir die Hauptwurzeln unserer Fehler im Kampf um die Einheit der Arbeiterschaft aufgedeckt.“⁸

In diesem Zusammenhang erwähnte Fürnberg zum erstenmal in der Parteiöffentlichkeit eine vom ZK nach dem Staatsvertrag im Juli 1956 beschlossene „Änderung in unserem Kampf um die Einheit“. Spätere Fehlhaltungen gegenüber der SP sind schon im Keim in diesem Beschluß zu erkennen. So wird darin — wenige Monate vor dem Versuch einer Konterrevolution im benachbarten Ungarn — an die Beseitigung früherer Fehler in den sozialistischen Ländern die Erwartung geknüpft, „daß Sozialisten und Kommunisten in wachsendem Maß gemeinsam den Sozialismus propagieren. Für die österreichische Arbeiterschaft“ — hieß es dort — „wäre es ein großer Gewinn, wenn die Sozialistische Partei Österreichs wieder auf den Boden des Marxismus zurückfinden würde“.⁹

Fürnberg vertrat unter Berufung auf diesen Beschluß die Auffassung, daß eine Entwicklung begonnen habe, in der die Stellung der SP im politischen Leben sich langsam ändere, die SP-Führung sich dagegen verzweifelt wehre, aber schließlich sei die Entwicklung der Klassenkräfte dabei ausschlaggebend. Diese Theorie einer scheinbar zwangsläufigen Linksverschiebung der SP, eines Verschwindes der objektiven Basis für den Opportunismus sollte in den kommenden Jahren bei der Einschätzung der innenpolitischen Entwicklung und in der folgenden Parteikrise noch eine wichtige Rolle spielen.

Die Grundlage „Der Weg Österreichs zum Sozialismus“ wurde vom Parteitag gutgeheißen und am 20. Februar 1958 von einer Parteikonferenz beschlossen.

Schon auf dem 17. Parteitag war über diese Leitsätze zusammenfassend erklärt worden: in der mit dem Staatsvertrag begonnenen Epoche gehe es

darum, „die Offensive des Kapitals auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse und des Volkes erfolgreich zurückzuschlagen... Damit halten wir aber auch den Weg eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus offen für die Zeit einer neuen großen wirtschaftlichen und politischen Krise des Kapitals, die dem Wesen des Kapitalismus nach unausweichlich ist.“¹⁰ Gerade in den folgenden Jahren — faktisch bis zur Krise 1974/75 — verfolgte das Kapital indessen mit Hilfe des Ausbaus der Sozialpartnerschaft das strategische Ziel, durch Konzessionen mannigfaltiger Art und durch Korruption, durch „Integration“ die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu lähmen, aus traditionellen Kampforganisationen Stützen des Systems zu machen.

Die Verknüpfung einer langfristigen Perspektive mit einer ökonomischen und politischen Krise löste unter dem Titel „Neue Elemente im Kapitalismus“ eine Diskussion im theoretischen Organ aus („Weg und Ziel“ 1957/58). Aufschlußreicher Ausgangspunkt war eine Formulierung des später auf offen revisionistische Positionen übergegangenen Teddy Prager, daß der Kapitalismus sich Krisen nicht mehr leisten könne.¹¹ Positionen, die dem Kapitalismus schon halb zutrauten, seiner explosiven Widersprüche Herr werden zu können, standen Auffassungen gegenüber, die auf die Selbstberuhigung hinauslief: Alles nicht neu, alles schon dagewesen.

Den „Leitsätzen“ folgten in wenigen Jahren weitere Grundsatzdokumente. Auch sie wurden nicht zum Gedankengut der Partei. Der Hauptgrund lag darin, daß Antworten auf die vielen offenen Fragen zum Teil aus taktischen Erwägungen gegeben wurden, die sich nicht auf eine nüchterne, gründliche Analyse vor allem der neuen Erscheinungen in Österreich stützten.

Bei den Nationalratswahlen am 10. Mai 1959 konnte die KPÖ in keinem Wahlkreis ein Grundmandat gewinnen. Sie schied somit auf Grund des geltenden undemokratischen Wahlrechts aus dem Parlament aus. 142.570 Stimmen blieben unberücksichtigt, während etwa die SPÖ für ein Grundmandat lediglich rund 27.000 Stimmen benötigte. Dies war ein schwerer Rückschlag für die Partei und darüber hinaus eine empfindliche Verschlechterung ihrer Kampfbedingungen. Versteht sich auch die Kommunistische Partei als eine revolutionäre, deren Tätigkeitsschwerpunkt, wie stark auch immer die parlamentarische Vertretung sein mag, außerhalb des Parlaments liegt, so brachte der Verlust der Vertretung im Parlament eine weitgehende Einengung der Möglichkeiten mit sich, über die Massenmedien die Öffentlichkeit zu erreichen. Verloren ging auch die Möglichkeit, das Spiel von demagogischer Konfrontation in drittrangigen Fragen und verstohlenem Konsens im Wesentlichen zwischen den etablierten Parteien in der Nationalversammlung selbst aufzudecken. Vor allem büßte die Partei die parlamentarische Möglichkeit ein, in günstigen Augenblicken durch Zuspitzung auf Fragen, in denen der Druck der öffentlichen Meinung wirksam wird, dieses Spiel zu durchkreuzen und Verbesserungen im Interesse der Arbeitenden durchzusetzen. Eine Vertretung im Parlament, ja nicht einmal eine absolute

Mehrheit ist je eine Garantie für einen Übergang zum Sozialismus. Doch das Fehlen einer parlamentarischen Vertretung ist in bürgerlich-parlamentarischen Staaten meist Indiz dafür, wieviel noch fehlt, damit der Kampf um den Sozialismus zu einem die Nation bewegenden wird.

Umgruppierungen in den Großparteien

In der innenpolitischen Situation, in den Konstellationen zwischen und innerhalb der etablierten Parteien gab es Ende der fünfziger Jahre, Anfang der sechziger Jahre nach einer längeren Zeit der „gleichen Gesichter“, des „ewig Gleichen“ Veränderungen, deren richtige Einschätzungen ausschlaggebend werden mußte für eine richtige Orientierung in der Innenpolitik. Zwar hatte nach den Maiwahlen 1959, trotz ÖVP-Verlusten, Julius Raab zum drittenmal als Kanzler eine Koalition mit der SPÖ gebildet. Doch kaum mehr als ein halbes Jahr später mußte er den Parteivorsitz an den allgemein als konservativ eingeschätzten Alfons Gorbach abgeben, zog der von antifaschistischer Vergangenheit völlig „unbelastete“ Hermann Withalm in das Generalsekretariat der ÖVP ein. Nach dem Tod des Bundespräsidenten Theodor Körner waren FPÖ und ÖVP ein Bündnis eingegangen, um bei den Bundespräsidentenwahlen einen Kandidaten dieses „Bürgerblocks“ durchzubringen. Gewählt wurde schließlich Adolf Schärf, nicht zuletzt dank einer Wahlempfehlung der Kommunistischen Partei. Den Parteivorsitz übernahm an seiner Stelle Bruno Pittermann.

Vom Hofratsstil Schärf's, der seine gewichtigsten Argumente in der Schreibtischlade besaß, in der Form stets griffbereiter Personalakte, hob Pittermann sich schon dadurch ab, daß er sich nicht schämte, gelegentlich Töne eines mittlerweile fast ausgestorbenen, ja verpönten Austromarxismus anklingen zu lassen. Er entsann sich sogar gelegentlich der Existenz solcher das Weltbild allgemeiner „Versöhnung“ störender Gebilde wie kapitalistischer Monopole. Nicht minder bedeutsam war freilich der Wechsel in der Führung des mittlerweile fest in die „Partnerschaft“ mit dem Kapital eingebundenen Gewerkschaftsbunds zu Franz Olah. Den Weg dahin hatten ihm Nähe zum amerikanischen Geheimdienst, notorische Skrupellosigkeit in seinen politischen Methoden und seine „Verdienste“ als Streikbrecher im größten Kampf der Arbeiterschaft der Zweiten Republik, im Oktoberstreik, gebnet.

In weniger als drei Monaten seiner Amtszeit brachte er es fertig, Millionen-gelder des ÖGB für die Gründung der reaktionärsten Massenzeitung der Zweiten Republik, der „Kronen-Zeitung“, flüssig zu machen. Die tatsächliche Entwicklung konnte also, berücksichtigt man überdies den schrittweisen Ausbau der Sozialpartnerschaft, keineswegs irgendwie die Theorie abdecken, daß die Sozialdemokratie schon in einen unentrinnbaren Prozeß der Linksentwicklung verstrickt sei, dem sich die Parteiführung zwar verzwei-

felt, aber letztlich aussichtslos widersetzte. Unverkennbar war vielmehr eine fortschreitende Verbürgerlichung der führenden Funktionärsschichten.

Die ökonomische Situation war durch eine Fortdauer der Hochkonjunktur gekennzeichnet. Die Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus äußerte sich sichtbar vor allem in der zunehmenden Verflechtung des österreichischen Kapitals, vor allem des Finanzkapitals mit ausländischen, insbesondere westdeutschen Monopolen, deren Positionen durch die Rückgabe früheren deutschen Eigentums gestärkt worden waren. Die gleichzeitig vor sich gehende Verfilzung zwischen dem Monopolkapital und Organen sowie vorgeschobenen Institutionen des Staats blieb — auch in der Kommunistischen Partei — weithin unbeachtet.

Zwischen den Regierungsparteien wurde einige Jahre hindurch eine zum Teil erbitterte Auseinandersetzung um die künftigen außenwirtschaftlichen Bindungen Österreichs geführt. Da eine direkte Bindung an die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ von der Sowjetunion für unvereinbar mit der Neutralität erklärt wurde, konnte sich der Standpunkt der Sozialdemokratie durchsetzen, der Europäischen Freihandelszone (EFTA) beizutreten, in deren Mitgliedsstaaten vor allem sozialdemokratische Parteien den Ton angaben. In der Volkspartei behielten jene die Oberhand, die immer wieder Vorstöße in Richtung einer engeren Bindung an die EWG unternahmen, sei es, weil sie Rückhalt bei der konservativen EWG suchten, sei es wegen eigener Bindungen an westdeutsche Monopole oder ihrer Interessen auf dem westdeutschen Markt.

Innerhalb der Koalitionsregierung zwischen ÖVP und SPÖ traten in zunehmendem Maß Spannungen auf. Das „Proporzsystem“ des „Koalitionspakts“ hatte in der Öffentlichkeit merklich an Ansehen und Rückhalt verloren. Die Erstarrung des politischen Systems, die Abwertung öffentlicher Körperschaften, die proporzmäßige Verteilung von Ämtern und Funktionen waren nicht länger zu übersehen. Seit Verkündung einer Amnestie für Naziverbrechen bald nach dem Staatsvertrag traten zu dieser Zeit neuformierte faschistische oder rechtsextreme Organisationen in Erscheinung.

Das widersprüchliche, leicht mißdeutbare Bild der Entwicklung hatte seine wichtigste Ursache in der Gleichzeitigkeit und scheinbaren Gegensätzlichkeit von zwei Prozessen: Den Rivalitäten zwischen den beiden großen Parteien, ihrem Geraufe um „Kommandohöhen“, Posten und Pfründen, um parteimäßig verwertbare Stützpunkte. Innerhalb der engen Spielregeln des „Koalitionspakts“ mußten sich — zum Verdruß beider — immer wieder Pattstellungen, Situationen wechselseitiger Durchkreuzung der Parteiinteressen ergeben. Die Zunahme des Gewichts des Kapitals — zu dem die Sozialdemokratie beigetragen hatte — drängte zu entsprechender politischer Honorierung. Der Unmut, den dies in der Öffentlichkeit erweckte, wurde vor allem auf den „Proporz“ abgelenkt, also gegen ein bloßes Mittel, eine Methode. Dieser Prozeß wurde beachtet, ausgiebigst interpretiert und kom-

mentiert. Die gleichzeitig wenig sichtbare, fortschreitende Verfilzung des Staats mit Teilen des politischen Systems, der Verbände und auch der Parteien, kurz die Herausbildung einer neuen „Qualität“ des Kapitalismus, staatsmonopolistischer Mechanismen, blieb weiter unbeachtet, undurchsicht.

Zwei Pendelausschläge: 18. und 19. Parteitag

Die zentrale Losung des 18. Parteitags, der vom 1. bis 3. April 1961 tagte, ergab sich aus dem Verlust der parlamentarischen Vertretung: „Kommunisten wieder ins Parlament.“ Eine Ermutigung dafür war der Einzug der Kommunisten in den Steirischen Landtag einen Monat zuvor, war der Bericht an den Parteitag, daß in wenigen Monaten 4000 neue Mitglieder geworben werden konnten. In Kärnten, wo die SPÖ seit 1945 die Mehrheit hatte, konnte die Partei schon kurz nach der NR-Wahl-Niederlage 1959 im März 1960 ihre Landtagsposition behaupten, bei der NR-Wahl 1962 ihre Stimmenzahl sogar wieder um ein Drittel erhöhen. Die Parteitagsresolution begrüßte dies mit der pauschalen Feststellung: „Die Kommunistische Partei hat die wütende antikommunistische Offensive zurückgeschlagen, ihre Reihen gefestigt, und ihre politische Kraft nimmt, zum Vorteil der Arbeiterklasse, wieder zu.“¹²

Schon der Verlauf des Parteitags ließ dies als Wunschdenken erscheinen, auch wenn dieser Parteitag einige für die Orientierung der Partei sehr wichtige Klarstellungen treffen konnte. Im Zusammenhang mit den Versuchen, die junge Neutralität möglichst einzuengen, ja Österreich über den Weg in die EWG von der Neutralität abzudrängen, erklärte Koplenig: „Die Politik der Neutralität umfaßt in der heutigen Zeit notwendigerweise die gesamte Außenpolitik . . . und nicht nur das militärische Gebiet.“¹³ Die Verantwortung und die Möglichkeiten Österreichs unterstrich er mit der Feststellung, „daß die Zeiten vorbei sind, wo kleine Länder einfach nur Werkzeuge und Spielbälle in den Händen imperialistischer Großmächte waren. Heute nimmt das Gewicht der neutralen Staaten, auch kleiner Länder, immer mehr zu, und sie sind imstande, Einfluß auf die Weltpolitik zu nehmen“.¹⁴

Der Bericht an den Parteitag konnte auf die Ergebnisse einer 1960 durchgeführten Konferenz über die verstaatlichte Industrie verweisen, die — sich mit verschiedenen Einschätzungen auseinandersetzend — zu der Schlußfolgerung gelangt war, daß es sich bei der „Verstaatlichten“ zwar keineswegs um Inseln des Sozialismus, wohl aber um wichtige Kampfpositionen für die Arbeiterschaft handle. Diese Akzentverschiebung — Ergebnis gründlicher Untersuchungen und Erfahrungen — bestimmte im wesentlichen die Haltung der Partei zur verstaatlichten Industrie und das folgende

Forderungsprogramm, das die Grundlage für zum Teil erfolgreiche Kämpfe um verstaatlichte Betriebe bildete. Sie war schon auf dem 17. Parteitag vorbereitet worden, in dessen Rechenschaftsbericht es hieß: „Wir haben in der Vergangenheit mit Recht gegen falsche Theorien angekämpft, daß die Verstaatlichung im kapitalistischen Staat schon ein Stück Sozialismus ist. Dabei haben wir aber die Dinge manchmal zu einseitig und dogmatisch betrachtet. Wir haben nur die negative Seite betont und nicht genügend berücksichtigt, daß die Verstaatlichten für den Kampf der Arbeiter auch größere Möglichkeiten bietet, wenn die Arbeiterklasse es versteht, diese Möglichkeiten zu nützen.“¹⁵ Unbeleuchtet blieb bis in die siebziger Jahre, bis zur Anwendung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Stellenwert der Verstaatlichten in der jeweiligen Strategie privater Monopolinteressen, ihre jeweilige Anpassung an die sich ändernden Bedürfnisse privater Profitmaximierung.

Der Parteitag orientierte angesichts der gewaltigen Steigerung der Produktion und der Produktivität auf eine langfristige Kampagne für Arbeitszeitverkürzung, für die vorfristige Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und den Ausbau der Sozialversicherung und des Sozialrechts. Großen Raum im Rechenschaftsbericht und in der Hauptresolution des Parteitags nahmen Überlegungen zu einem „Programm der demokratischen Erneuerung“ ein, die an Entdemokratisierungserscheinungen auf verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens anknüpften. Genosse Koplenig machte für die Notwendigkeit einer solchen programmatischen Orientierung geltend, daß der Kampf um Tagesforderungen unbedingt in den Rahmen größerer Zielsetzungen, eines Kampfes für grundlegende demokratische Reformen und Umgestaltungen eingeordnet werden müsse. Dieses Konzept, das eine demokratische Agrarreform, eine Verteidigung und Erweiterung der verstaatlichten Industrie, eine Demokratisierung des Schulwesens, der Massenmedien forderte, mündete in das Verlangen nach einer „Regierung der demokratischen Erneuerung“. Nach einer Regierung, „die den Kampf gegen das in- und ausländische Monopolkapital führt . . ., sich bei der Durchführung tief einschneidender Reformen auf die großen Massenorganisationen“ stützt. Eine solche Regierung könne „auch die Form einer Koalition zweier oder mehrerer Parteien haben“.¹⁶

In der Resolution wurde dazu versichert: „Die gegenwärtige politische Lage . . . gibt alle Möglichkeiten dafür, daß die Arbeiterklasse einen ganz anderen politischen Kurs (als den gegenwärtigen, Anm. d. Vf.) einschlägt.“ Alle Voraussetzungen seien gegeben, „daß das arbeitende Volk . . . die Macht des in- und ausländischen Monopolkapitals in Wirtschaft und Politik weiter einschränkt“.¹⁷ Wieder wurde ein langfristig realistisches Ziel als ein kurzfristiges dargestellt, wurde nicht einmal die Aufgabe thematisiert, den Gewerkschaftsbund aus der Partnerschaft mit dem Kapital herauszubrechen, um die Kräfteverhältnisse einschneidend zu ändern, ja die nötigen langen Kämpfe

überhaupt erfolgreich führen zu können. Das Konzept spielte in der Diskussion auf dem Parteitag so gut wie keine Rolle.

Im Mittelpunkt stand vielmehr das Verhältnis zur Sozialistischen Partei, standen eigentlich Grundfragen der Einheitspolitik und der Rolle der Kommunistischen Partei. Schon geraume Zeit vor dem Parteitag hatte Paul Frischauer, Sekretär der zahlenmäßig stärksten Bezirksorganisation, der Organisation Favoriten, in einem umfangreichen Elaborat eine völlige Neuorientierung auf diesem Gebiet gefordert. In diesem Papier, das in der Partei weithin kursierte, ging Frischauer eingeständenermaßen von *taktischen* Überlegungen aus, nicht von einer Analyse der Gesamtsituation, ihrer Widersprüche und Tendenzen. An eine Neuorientierung knüpfte er die Hoffnung, „aus der Isolierung herauszutreten“, indem die Kommunisten „die Stimmung der breiten Massen in bezug auf eine SP-Mehrheit unterstützen“.¹⁸ Er unterstellte der Partei die These, daß die Kommunistische Partei ausschließlich dann stärker werden könne, wenn die Sozialistische Partei schwächer werde, um zur Behauptung zu gelangen: Ausschlaggebend sei es, die ÖVP zu schlagen. Und dies sei nur durch eine Stärkung der SPÖ möglich. Sie würde auch dann einen Gewinn für die Arbeiterschaft bedeuten, wenn die SPÖ an ihrem antikommunistischen Kurs festhalte. Unbedacht blieb die Erfahrung, daß jeder solche Erfolg der SPÖ bei einem Kurs der Zusammenarbeit mit dem Kapital unweigerlich als Bestätigung eben dieses Kurses ausgelegt werden würde.

Frischauers Thesen entsprachen gewiß nicht der Ansicht der Mehrheit der Parteimitglieder. Doch sie sprachen, anknüpfend an die Fragwürdigkeit mancher früherer Positionen und Formulierungen der Partei, ein echtes Bedürfnis an: nämlich möglichst rasch einen Ausweg aus der Situation der Rückschläge und der Enttäuschungen zu finden. Seine „Neuorientierung“ verband er mit der zweifellos berechtigten Kritik, daß die ideologischen, politischen und innerparteilichen Probleme in der Vergangenheit zuwenig beachtet worden seien. Opportunistische Konzepte blieben weithin wirkungslos, würden sie nicht, wenn auch meist oberflächlich, auf eklektische Weise an tatsächlich bestehende Probleme anknüpfen. Wird deren Existenz ängstlich oder entrüstet gelehnet, deren Bedeutung verniedlicht, dann wird es nicht wenigen schwergemacht, die Unrichtigkeit dieser Konzepte zu durchschauen, ergibt sich daraus ihre Verfänglichkeit.

Noch vor dem Parteitag beschäftigte sich das Politbüro mehrmals mit diesem Papier, wobei Franz Marek bemüht war, die Kritik an der darin enthaltenen kapitulationistischen Haltung möglichst abzuschwächen. Das Politbüro beschloß, im Rechenschaftsbericht sich direkt mit diesen revisionistischen Auffassungen auseinanderzusetzen, was ein Grund dafür war, daß Franz Marek dem Parteitag fernblieb. Die Auseinandersetzung auf dem Parteitag wurde freilich nur mit Paul Frischauer geführt — offensichtlich auch diesmal im Bemühen um „Ruhe in der Partei“.

Koplenig charakterisierte im Rechenschaftsbericht als Wurzel der falschen, revisionistischen Auffassungen den „tiefen Unglauben, daß es möglich ist, die Arbeiterklasse von den Fesseln der Sozialpartnerschaft und des Reformismus zu befreien“, den „Unglauben an die Kraft der Partei und an ihre Möglichkeit, vorwärtszukommen. Dieser Unglaube und diese Auffassungen... untergraben das Vertrauen zur Partei und zur Parteiführung und erschweren es der Partei, alle Kräfte auf die Durchsetzung ihrer Politik in den Massen zu konzentrieren. Wir sind der Meinung, daß man mit diesem Zustand Schluß machen muß.“¹⁹ Im Schlußwort betonte Koplenig, es handle sich nicht nur um Frischauer, „es handelt sich um revisionistische Tendenzen überhaupt... Eine Partei kann sich nicht festigen, kann ihre Aufgaben nicht erfolgreich erfüllen, wenn voneinander grundsätzlich verschiedene Auffassungen in entscheidenden Fragen innerhalb der Partei bestehen und Auffassungen vertreten werden, die die Politik und Aktivität der Partei lähmen und untergraben.“²⁰ Doch die Träger und Verfechter dieser schädlichen, revisionistischen Tendenzen blieben — Frischauer ausgenommen — ungenannt. In der Diskussion hatte der Obmann der Wiener Landesorganisation Josef Lauscher seine Kritik in den Worten zusammengefaßt: „Frischauer spricht nur die letzte Konsequenz nicht aus. Nämlich bei der kommenden Wahl die SPÖ zu wählen. Davor kneift er aus. Das ändert aber nichts daran, welche Wahltaktik unsere Partei auf Grund seiner Vorschläge durchführen müßte und welche katastrophalen Folgen das für unsere Partei hätte.“²¹ Eben diese Taktik wurde einige Jahre später vom Politbüro der widerstrebenden Partei aufgenötigt — mit katastrophalen Folgen. Wieso wurde dies möglich? Die Ursachen der Parteikrise sind nicht aufzudecken, ohne auf diese Frage Antwort zu geben.

Sozialpartnerschaft wird zur Herrschaftsform

In den Jahren von 1962 bis 1965 mehrten sich politische Ereignisse, die nicht mehr in den Rahmen der alten, gängigen, in langen Jahren des „Proporz“ zu Klischees erstarrten Bilder paßten. Durch ihr Zusammenwirken hatten die zwei großen Parteien den Kapitalismus stabilisiert. Um so stärker wurden die Auseinandersetzungen um die Aufteilung der Beute. Es kündigte sich der Zerfall des „Koalitionspakts“ zwischen SPÖ und ÖVP an, des Proporzsystems, das durch fast zwei Jahrzehnte als unentbehrliche „Stütze der Republik“ gegolten hatte. Der ÖVP war es gelungen, bei der Nationalratswahl im November 1962 ihren Vorsprung gegenüber der SPÖ auf fünf Mandate zu erhöhen. Die zunehmenden Reibungen in der Koalition, ihr Wahlerfolg waren für sie Anlaß, Kurs auf die absolute Mehrheit, auf die Alleinregierung zu nehmen. In relativ kurzer Zeit schied Raabs Nachfolger, Alfons Gorbach, als Kanzler aus, trat an dessen Stelle der von rechten

Strömungen in der ÖVP geförderte Josef Klaus. Die alte antifaschistische Garde der ÖVP — zu der Gorbach nicht gehört hatte — wurde, sofern noch am Leben, aus Schlüsselpositionen verdrängt. Vorstöße gegen die verstaatlichte Industrie, für eine Bindung an die EWG, Konflikte über Budgetfragen akzentuierten die Rechtsverschiebung in der ÖVP.

Die SPÖ reagierte defensiv, auf „Stabilität und Ruhe“, auf Erhaltung der Koalition bedacht. Die Zusammenarbeit in der Koalition, so lautete eines ihrer wichtigsten Argumente, sei der einzige Schutz gegen soziale und politische Reaktion. Das Ende der Koalition wäre auch das Ende des „sozialen Friedens“. Im Einklang mit sozialdemokratischen Traditionen schloß dieses Zurückweichen vor dem Druck der ÖVP zuweilen „harte Töne“ nicht aus. So wandte sich Pittermann in dieser Zeit gegen die damals geplante Rückkehr Otto Habsburgs, die zu heftigen Protesten in der Arbeiterschaft geführt hatte, verbreitete er sich über Gefahren, die von der Reaktion ausgehen, freilich nur um die Koalition als verlässliches Gegenmittel zu preisen. Er warnte zugleich vor einer Überfremdung Österreichs in Zusammenhang mit einer möglichen engeren Verbindung mit der EWG. Der Hauptgrund für die Zahmheit, die defensive Haltung der SPÖ-Führung lag in ihrer langfristigen Orientierung auf unverbrüchliche Zusammenarbeit mit den entscheidenden Kräften des Kapitals.

Ein weiterer Grund lag in einem innerparteilichen Konflikt, dem schwersten seit vielen Jahren. Der ehrgeizige, ja machthungrige ÖGB-Präsident Olah, der später ins Innenministerium ging, versuchte in der Partei die Führung an sich zu reißen, mit ähnlich anrühigen Methoden, deren er sich schon in der Vergangenheit gegen Arbeiter im Oktoberstreik bedient hatte. Den Vorstößen der Volkspartei versuchte er durch Gespräche über eine mögliche Koalition der SPÖ mit der FPÖ zu begegnen. So konnte Olahs Sturz den Eindruck einer Linksverschiebung in der SPÖ erwecken.

Doch gerade in dieser Zeit vollzog sich eine Wandlung von größter Bedeutung für das politische, ja gesellschaftliche Leben in Österreich: die Entwicklung der Sozialpartnerschaft zur Herrschaftsform des Kapitals. Im Jänner 1962 beschlossen der damalige Kanzler Raab und ÖGB-Präsident Olah nach vertraulichen Verhandlungen ein Abkommen über eine wesentliche Funktionserweiterung der Paritätischen Kommission. In relativ kurzer Zeit entstanden Unterausschüsse der Paritätischen Kommission, im Oktober 1963 als „Braintrust“ der Sozialpartnerschaft der „Wirtschafts- und Sozialbeirat“ und nach und nach ein ganzes Dickicht von nirgends gewählten Gremien. Als eine Stütze des Systems bildete sich eine Hochbürokratie neuen Typs heraus, die Technokratie der Sozialpartnerschaft, die sich vor allem aus den großen Parteien und den Verbänden rekrutierte. Jahrelang hatte der ÖGB eine „Programmierung der Wirtschaft“ gefordert. Nun wurde ein Regulierungssystem ins Leben gerufen, freilich mit der Funktion, auf allen wichtigen Lebensbereichen die Interessen des Kapitals mit Zustimmung und

Hilfe des Gewerkschaftsbundes durchzusetzen. Das Parlament, bis dahin durch den Koalitionspakt zur Schwerfälligkeit verurteilt, ja teilweise gelähmt, wurde in allen wesentlichen Fragen zu einem Nachvollzugsorgan sozialpartnerschaftlicher Beschlüsse degradiert.

Faktisch trat damit noch vor dem Ende der großen Koalition der Parteien an deren Stelle die stille, außerparlamentarische Koalition der Sozialpartnerschaft auf der Ebene der Verbände. Fragen der parlamentarischen Mehrheit, der Regierungszusammensetzung wurden somit in *gesellschaftspolitischer* Hinsicht zweitrangig, wenn auch keineswegs für die jeweils betroffenen Parteien. Die alte „Stütze“ wurde noch vor ihrer Abtragung durch ein neues, weit gespanntes „Sicherheitsnetz“ ersetzt, das zugleich vielfältige Regulierungsfunktionen übernahm. Nicht einmal in den Führungen der großen Parteien wurde die Tragweite dieser Entwicklung gleich erkannt. So wollte Kreisky, Jahre später, fast um jeden Preis die Koalition retten, um eine angeblich drohende „Katastrophe“, einen „Rückfall“ in den Klassenkampf, in die Verhältnisse der Ersten Republik, zu verhindern.

Wechselwirkungen von Dogmatismus und Revisionismus

Die Aufmerksamkeit der Kommunistischen Partei konzentrierte sich auch in dieser Situation fast ausschließlich auf die Vorgänge in den großen Parteien. Die Entstehung neuer, zusätzlicher Strukturen der Herrschaftssicherung wurde nicht einmal registriert, geschweige denn analysiert. Unter diesem Blickwinkel wurde innerhalb kurzer Zeit in Artikeln des Zentralorgans und von „Weg und Ziel“ die unleugbare Rechtsverschiebung innerhalb der ÖVP zu einer „Machtergreifung der Rechtsextremisten“ dramatisiert. Die wichtige Tatsache, daß sozialpolitische und ökonomische Forderungen der Kommunisten in breiten Kreisen der sozialistischen und parteilosen Arbeiterschaft stärkeren Widerhall fanden, daß es in diesen Jahren die größten Streiks seit dem Oktober 1950 gab, wurde wunschgemäß dahin gedeutet, daß die Arbeiterbewegung vor einem neuen Aufschwung stehe, daß es nun gelingen könne, die SPÖ „nach links zu drücken“. So konnte die noch vom 18. Parteitag als verhängnisvoll zurückgewiesene Orientierung, die ÖVP durch bedingungslose Unterstützung der SPÖ zu schlagen, für nicht wenige kurze Zeit später als plausibel erscheinen.

Die in entscheidenden Punkten unrichtige Einschätzung der Haupttendenzen der Innenpolitik hatte eine Reihe von Ursachen. Zunächst wurde der Wunsch nach Ausbruch aus der Isolierung zum Vater des Gedankens. Noch schwerer fiel ins Gewicht, daß zwar die Sozialpartnerschaft schon von ihren ersten Anfängen als Verneinung der Kampftradition der Arbeiterklasse, als Schwächung ihrer Kräfte vorbehaltlos abgelehnt und bekämpft wurde. Aber sie wurde stets lediglich als „Ideologie der Klassenversöhnung“ erfaßt,

als besonders schädliche Variante opportunistischer Politik. Nicht aber als besonderer, österreich-spezifischer Ausdruck der organisatorischen und politischen Formierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zur Entfaltung eines engmaschigen, umfassenden Subsystems mit dem Ziel der Profitmaximierung und Systemerhaltung, der Sicherung der Hegemonie bürgerlichen, sozialpartnerschaftlichen Denkens, durch einen „korporatistischen Komplex“, einen Filz von Staat, etablierten Großparteien und Verbänden. Die Angst einer durch Erschütterungen klug gewordenen Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse, die Nähe der sozialistischen Welt, die Bereitschaft der Führungen von SPÖ und ÖGB, sich innigst, untrennbar mit dem Kapital zu verbinden, die Kleinheit des Landes, der hohe Organisationsgrad von Parteien und Verbänden, und dies alles auf der Basis eines langfristigen, außergewöhnlichen Wirtschaftswachstums, hatten insgesamt die Herausbildung eines politischen Herrschaftssystems ermöglicht, das hinsichtlich Abgefemtheit, Umfang und Grad seiner Wirkung eine Spitzenleistung im Kapitalismus darstellt.

Um so folgenschwerer mußte das Versäumnis der Partei sein, die dadurch wesentlich geprägten Kampfbedingungen zu analysieren, zu erfassen. Die Wurzeln dieses Versäumnisses reichen tief in die Geschichte der Partei, ja der internationalen Bewegung zurück. Zu dieser Zeit und auch schon beträchtlich früher, waren in der Partei vor allem zwei entgegengesetzte Haltungen, insbesondere in der Führung, stark ausgeprägt. Vereinfacht lief die eine Haltung auf die Annahme hinaus, daß alte, bewährte Erkenntnisse durchaus ausreichten, um auch unter neuen Bedingungen bestehen zu können, zumal diese „qualitativ nichts Neues“ gebracht hätten. Die zweite Haltung war faktisch eine Umstülpung der ersten und auch als Reaktion darauf entstanden. Sie verstieg sich zur Ansicht, daß der Kapitalismus eine „völlig neue Qualität“ angenommen habe, daß alte Erkenntnisse eigentlich samt und sonders hinderlich, untauglich geworden, zum alten Eisen gehörten. Die erste Haltung war Ausdruck eines Dogmatismus, der in Dutzenden Parteidokumenten durch Jahrzehnte immer wieder konstatiert und kritisiert wurde, ohne daß je konkretisiert worden wäre, wie man ihm zu Leibe rücken könnte. Die zweite, im Grunde revisionistische Haltung war eine verzerrte, oberflächliche Widerspiegelung der Kompliziertheit der Kampfbedingungen, des massiven Drucks der Hochkonjunktur, der damit verbundenen Illusionen und der relativ stärksten sozialdemokratischen Partei der kapitalistischen Welt, des Zweifels an allem und jedem, nachdem sich so manches als unrichtig erwiesen hatte, das nie bezweifelt worden war. Vor allem war sie ein Ausdruck der Verzagttheit, des Unglaubens, in einer Zeit der „Ruhigstellung“ der Arbeiterklasse je wieder zum entschiedenen Kampf gegen das Kapital zu kommen, je eine revolutionäre Situation zu erleben, also der Kurzatmigkeit, des Zurückschreckens vor der Ungeheuerlichkeit der Aufgabe, der illusionistischen Hoffnung auf bequemere fiktive „dritte Wege“.

Diese zwei Haltungen umfaßten keineswegs die gesamte Partei. Sie schlossen nicht die Erarbeitung einer Fülle konkreter, weiterführender Lösungsvorschläge zu aktuellen politischen Problemen durch die Partei und schon gar nicht den selbstlosen Einsatz tausender Kommunistinnen und Kommunisten im Kampf für berechtigte Forderungen, gegen Mißstände in der Gesellschaft aus. Aber beide waren durch ihre Gegensätzlichkeit stark genug, zu blockieren, daß einerseits mit der Verarmung des Marxismus-Leninismus zum Dogma, zum „letzten Wort“, und andererseits mit der Tendenz seiner Preisgabe, seiner „Bereicherung“ oder Ersetzung durch die jeweils „neuesten Worte“ modischer, letzten Endes bürgerlicher Denkströmungen gebrochen wurde.

Noch vor der unverblühten Formierung der revisionistischen Fraktion kam es zur Abspaltung einer kleinen linksradikal sektiererischen Gruppe von der Partei. Anlaß waren die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen der KP Chinas und der KPdSU, die sich 1961 in heftigen Angriffen des albanischen Parteiführers Envar Hodscha auf den Kurs der KPdSU seit dem 20. Parteitag und in einer vehementen Replik Chruschtschows angekündigt hatten. Schon 1961 schied Franz Strobl als verantwortlicher Redakteur von „Weg und Ziel“ aus Protest gegen die Veröffentlichung eines kritischen Artikels des KPÖ-Delegierten zum albanischen Parteitag aus seinen Funktionen aus. Zwei Jahre später, als die Differenzen zwischen der KPdSU und der KP Chinas in offener Polemik ausgetragen wurden, gab Strobl als Leitungsmitglied einer neugebildeten Gruppe „Antirevisionistische Kommunisten Österreichs“ eine „Rote Fahne“ heraus. Ein Aufruf in der ersten Nummer mündete in den lapidaren Satz „Macht Schluß mit den verräterischen Thesen des 20. Parteitags der KPdSU“. In einem offenen Brief beklagte er, der 20. Parteitag habe „die Atmosphäre der Unsicherheit, des Zweifels und der Zersetzung“ auch „auf das Gebiet der Ideologie übertragen“. Es gehe „um das einfache, klare Ziel, die Rückkehr unserer Partei zu den revolutionären Traditionen zu erzwingen“ und so „den Weg nach vorwärts wieder freizulegen“.²²

Ließen Revisionisten nur „neue Fragen“ unter Mißachtung bewährter Erkenntnisse gelten, so verhiess dieses „Programm“ das Heil von der Rückkehr zu „Gewißheiten“ früherer Zeiten, von denen manche die Bewährungsprobe durch die Geschichte nicht bestanden hatten oder zumindest einer Korrektur bedurften. Emotionell konnte es bei manchen Anklang finden. Gab es ja unter nicht wenigen Mitgliedern Unmut über die Art der „Entstalinisierung“. Es gab Heimweh nach der Zeit einer Selbstsicherheit, die sich nicht von Zweifeln, zuweilen auch nicht von Fakten anfechten ließ. Es gab die begreifliche Sehnsucht nach Gewißheit. Und es erweckte Verdacht, daß Revisionisten sich immer wieder just auf „Chruschtschows Enthüllungen“, auf ihre Auslegungen von Aussagen des 20. Parteitags beriefen. So interpretierten sie die friedliche Koexistenz als Verpflichtung, im Interesse der

Erhaltung des Friedens Klassenkämpfe, Befreiungskämpfe abzuschwächen, „einzufrieren“. Dennoch blieb diese Abspaltung eine Episode am Rand der Parteigeschichte. Das lag am Antisowjetismus, dem sich diese Gruppe verschrieb und an ihrer Tätigkeit, als Gründer einer eigenen „Partei“, als Spalter. Sie zeichnete sich keineswegs im Kampf gegen revisionistische Strömungen und Erscheinungen in der Partei aus. Sie absentierte sich von ihm, indem sie den leichteren Weg der Trennung wählte.

Jede siegreiche Revolution hat die Tendenz — ob sie es will oder nicht —, irgendwie als Modell für andere zu wirken. Verfestigte sich zu dieser Zeit auf der einen Seite dieses Modelldenken in Begriffen, Formeln, Schablonen der Vergangenheit, bei Vernachlässigung einer gründlichen Analyse der eigenen Kampfbedingungen, so trat ihm immer deutlicher ein umgestülpter Dogmatismus entgegen: ein fieberhaftes Suchen nach „neuen Modellen“, nach Visionen, nach Phantasielösungen, nach irgendwelchen neuen Vorbildern, italienischen oder französischen, ein Denken in Analogien, das an der österreichischen Wirklichkeit ebenso vorbeiführen wie von zur Wissenschaft verdichteten Einsichten der kommunistischen Bewegung wegführen mußte. Das Ergebnis dieser Widersprüche war, daß trotz verschiedener Anläufe die notwendige Klarstellung der eigenen Perspektive, der notwendig zu durchlaufenden Stufen, der Voraussetzungen dafür in Veränderungen der Kräfteverhältnisse bis zum Kampf um die Macht nicht erfolgte, vielmehr Verwirrung sich verbreitete. Wo Allgemeines, Prinzipielles, unbegriffen bleibt, wird man immer wieder über Einzelnes stolpern. So war es nahezu unausbleiblich, daß in der Führung immer wieder taktische Erwägungen, jeweils auf die allernächsten Schritte bezogen, der Strategie übergeordnet wurden, ja sie verdrängten.

Diskussionen ohne Abschluß

Im Mai 1964 stellte das Politbüro einen in seinem Namen veröffentlichten Artikel in „Weg und Ziel“ zur Diskussion, mit der Begründung, dieser sollte es erleichtern, Thesen zum nächsten, dem 19. Parteitag vorzubereiten. Der kaum vier Seiten lange Artikel begann mit dem Satz: „Wie stellen wir uns eigentlich die Zukunft vor, nicht die ferne, sondern die nächsten Jahre?“²² Er enthielt keine neuen Ergebnisse von Analysen. Dennoch brachte er gegenüber der eindeutigen Verurteilung des Revisionismus auf dem 18. Parteitag zwei wichtige Akzentverschiebungen. Seine Darlegung des Verhältnisses zur SPÖ mündete in den Satz: „Wir halten es für durchaus möglich, daß die SPÖ in einer Koalitionsregierung eine Politik betreibt, die wir Kommunisten unterstützen können.“²⁴ Die Orientierung auf den friedlichen Weg zum Sozialismus — hieß es weiter — könne inhaltlich „in der Ausrichtung zusammengefaßt werden: Erneuerung und Erweiterung der Demokratie“.²⁵

Entscheidend dafür seien zwei Kampfebene: Verstaatlichung und Mitbestimmung.

Diese gelenkte Diskussion sollte offensichtlich in der Führung schon vorgenommene Akzentverschiebungen auch in der Partei „verankern“ und Spielraum für eine „Wende“ auf dem kommenden Parteitag schaffen. Bereits der erste Diskussionsbeitrag verkündete im Sinne der neuen Akzentsetzung: „Unsere Aufgabenstellung, die SPÖ nach links zu drängen . . ., sieht heute schon viel realer aus.“²⁶ Etliche Beiträge kritisierten mehr oder weniger heftig die Vorgangsweise der burgenländischen Landesorganisation, die, anknüpfend an den verbreiteten Wunsch nach einem SP-Landeshauptmann, der SPÖ ein Unterstützungsangebot gemacht, aber nach dessen brücker Zurückweisung selber kandidiert hatte. „Jede Bedingung, die man an ein solches Angebot knüpft, ist nur eine Neuauflage der alten stalinistischen Entlarvungstaktik“,²⁷ hieß es tadelnd, etikettierend. Andere verwarfen jede Kandidatur unter allen Bedingungen, wo die Erringung eines Mandats nicht halbwegs gewiß sei. Dieses erste unverhüllte Auftreten eines Kapitulationismus rief eine Vielzahl von Erwidierungen hervor. Einige Stellungnahmen gingen weiter und stellten die Richtigkeit der Diskussionsgrundlage selber in Frage. Sie verlangten Auskunft, wie es möglich sein sollte, von Einzelfragen ganz abgesehen, die Politik der SPÖ in einer Koalitionsregierung zu unterstützen, sofern nicht eine Verschärfung des Klassenkampfes, eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses für hinlängliche Änderungen dieser Politik sorgten. Läßt man sich da nicht von einem Wunschbild leiten, wurde gefragt. Von dem einer sich nach links orientierenden SPÖ, mit der sich letzten Endes die KPÖ auf „halbem Weg“ treffen kann?

Die Diskussion brachte zutage, daß eine Erscheinung Teile der Partei bedrückte, die in der Diskussionsgrundlage der Parteiführung gar nicht angeschnitten worden war: die verbreitete Handwerkerlei, der Taktizismus, der sich mit hohem Anspruch den Turban einer „Strategie“ aufsetzt. So hieß es in einem Beitrag: „Wir stellen zwar immer das auf die Tagesordnung, was jeweils am morgigen Tag das Wichtigste ist, müssen aber nach jahrelanger Praxis, die zum Praktizismus wurde, eine Art Aufweichung unseres ideologischen Rückgrats feststellen. Die Folge dieses Umstandes hat eine Ähnlichkeit mit dessen Ursache: das ‚Hängenbleiben‘ in der Tagespolitik.“²⁸ Verzetteln wir nicht unsere Kräfte, wurde gefragt, im Bemühen, überall, in allen Fragen irgendwie dabeizusein, ohne hinlänglich zu klären, wo wir dabei sein müssen, wo von uns weit mehr zu verlangen ist? Ein weiterer, berechtigter Vorwurf in der Diskussion ging dahin: Die Partei beschäftigt sich zwar intensiv mit Vorgängen in den Parteien. Warum beschäftigt sie sich so wenig mit *Klassen*, mit Verschiebungen, die in der Sozialstruktur, innerhalb der Klassen, zwischen ihnen vor sich gehen? Was nützt es, wenn man sich zur Langfristigkeit der Perspektive bekennt, in der Praxis aber alles aufs nächstliegende, auf kurzfristige Erfolge abstellt?

Diese Diskussion offenbarte tiefes Unbehagen der Bewußtesten — denn es war fast ausschließlich eine „Kaderdiskussion“ — über die „ideologische Aufweichung“, einschließlich nicht weniger, die einen neuen Verhältnissen angemessenen neuen Kurs erhofften, freilich nicht als Ergebnis bloß taktisch neuer Akzente.

Wie gefährlich ein Festhalten an veralteten Arbeitsweisen in der Praxis, verbunden mit dem Anspruch, völlig neue Lösungen zu bieten, werden kann, zeichnete sich in der Diskussion über innerparteiliche Fragen ab. Das harte Aufeinanderprallen gegensätzlicher Positionen in dieser Frage hätte in der Parteiführung alarmierend wirken müssen. Zum Ausbruch kam erstmals Mißmut darüber, daß Methoden der Parteiführung, akzeptabel unter Bedingungen des Krieges, sei es des heißen oder des kalten, neuen Verhältnissen nicht angepaßt, daß neue Kriterien entweder nicht entwickelt oder nicht angewandt wurden. So wurde geltend gemacht: Wird mehr administriert als politisiert, wird erforderliche Disziplin überstrapaziert, wird sie unzulänglich motiviert, dann schlägt das leicht ins Gegenteil um, dann wird ihre Bedeutung unterschätzt, ja sogar ihre Notwendigkeit angezweifelt. Unbehagen kam in der Diskussion fast destruktiv zum Vorschein. Gerade weil manche der Diszipliniertesten sich Kritik an seinen Ursachen, die sie wohl erkannten, selbst verboten, aber sehr früh andere ohne Bedenken ganz andere Akzente verantwortungslos in die Diskussion trugen. Als erste stellte Franz Mareks Lebensgefährtin die Notwendigkeit eines „Apparats“ von Berufsrevolutionären, von Menschen, die ihre gesamte Arbeitsfähigkeit der Sache der Revolution widmen, pauschal, in beleidigender Weise in Frage.²⁹ Das Echo ihrer provokanten Forderung nach „Liquidierung des Apparats“ bewies, wie weit eine Minderheit der Partei sich bereits von den leninschen Vorstellungen einer Partei neuen Typs entfernt hatte. Freilich belegte es zugleich, wie wenig die Parteiführung unternommen hatte, um die Unerläßlichkeit einer Partei neuen Typs unter den Bedingungen eines noch unvergleichlich höher, straffer organisierten und zentralisierten Gegners zu begründen und die Partei selbst nach neuen Kriterien neuen Bedingungen anzupassen.

Eine besonders unerquickliche Note wurde in die Auseinandersetzung durch einzelne Revisionisten getragen, die die kommunistische Bewegung des Antisemitismus bezichtigten, weil sie Ziele und Methoden des Zionismus mißbilligte oder Diffamierungen der kommunistischen Bewegung als „antisemitisch“ entgegentrat. Ein Anlaß dazu war eine Wandlung in der objektiven Rolle Israels: der Übergang von einem Kampf für Selbstbehauptung zu einer expansionistischen Eroberungspolitik, im Zusammenspiel mit dem amerikanischen Imperialismus. Auch hier wollten diese Revisionisten die neue Wirklichkeit einfach nicht wahrhaben. Sie unterstellten — ganz „Humanisten“ — jeder Kritik an der erzreaktionären, annexionistischen, gegen die arabischen Befreiungsbewegungen gerichteten Politik bedenken-

los gleich „rassistische“ Motive und gerieten so in eine Einheitsfront mit dem aggressiven Zionismus. Schlagartig offenbarte sich an vielen Punkten, wie weit die Meinungen in der Partei bereits auseinandergingen, weil die Parteiführung — seit geraumer Zeit in prinzipiellen Fragen gespalten — außerstande war, fundierte, das Wesen wie die neuen Züge und Widersprüche des Kapitalismus erfassende Perspektiven auszuarbeiten. Ein einziges Mitglied der engeren Parteiführung, Friedrich Hexmann, stellte sich in dieser „Grundsatzdiskussion“. Er gab zu bedenken, wohin es führen kann, wenn schon die Abschaffung des demokratischen Zentralismus verlangt worden war, ein „Recht“ für Minderheiten, sich als Fraktion zu konstituieren, ihre eigenen Organe zur Kontroverse herauszubringen und noch besondere „Diskussionsforen“ außerhalb aller Pflichten des Statuts der Partei, ja losgelöst von ihren Organisationen, zu bilden.³⁰ Die Parteiführung unterließ es, Schlußfolgerungen aus dieser Diskussion zu ziehen. Jedem blieb es überlassen, auch jedem Funktionär der Partei, sich auszusuchen, was ihm gefiel. Dieser Verzicht sowohl auf eine Zurückweisung schon kapitulationistischer Tendenzen als auf Überprüfung und Überwindung überlebter Haltungen und Methoden überließ faktisch den Nimbus des „Erneuerertums“ mehr oder weniger ausgeprägten revisionistischen Tendenzen, ohne daß diese auch nur eine einzige taugliche Antwort auf Fragen gegeben hätten, die die österreichische Realität stellte.

„Ist der Marxismus eine Ideologie?“

Unmittelbar nach dieser bitteren Kontroverse über „Perspektiven“ entbrannte eine neue, noch leidenschaftlichere Diskussion. Anlaß dazu war ein von Ernst Fischer auf Einladung der italienischen KP-Zeitschrift „Rinascita“ geschriebener Artikel „Marxismus und Ideologie“, der im Mai 1965 in „Weg und Ziel“ nachgedruckt wurde. Er enthielt einen konzentrischen Angriff auf den Marxismus, unter dem Vorwand, ihn von der angeblich unnötigen Ideologie zu befreien. Fischers wichtigste Thesen: „Der Marxismus ist keine Ideologie. Wenn aber seine Idee die Massen ergreift und vor allem wenn die revolutionäre Bewegung zur Staatsmacht wird, ist die Versuchung, den Marxismus in eine Ideologie zu verwandeln, äußerst groß, nahezu unabweisbar... Wir müssen ideologisch koexistieren... Kehren wir zu den einfachen Kategorien ‚richtig‘ und ‚falsch‘ zurück, denn es gibt keine ‚bürgerlichen‘ oder ‚proletarischen‘, ‚kapitalistischen‘ oder ‚sozialistischen‘, sondern nur richtige oder falsche... Ergebnisse der Wissenschaft.“³¹ Die Heftigkeit, mit der die folgende Auseinandersetzung geführt wurde, bewies: Hier hatte das arrogant selbsternannte „Neue Zentrum“ an einen Lebensnerv der Partei gerührt.

Seit den Schocks des 20. Parteitags, des konterrevolutionären Aufstands in Ungarn, der gleichzeitigen Erschütterungen in Polen wurde in der Partei weithin die dringliche Notwendigkeit empfunden, negative Erscheinungen, die unter den Bedingungen der unmittelbaren Bedrohung der Existenz der Sowjetunion und später des kalten Kriegs aufgekommen waren und um sich gegriffen hatten, bis in die Wurzeln auszuräumen, weil sie die Weiterentwicklung der Bewegung hemmten, ja ihre Bewegungsfähigkeit selbst mitunter in Frage stellten: die Kanonisierung von Beschlüssen, auch wenn spätere Entwicklung sie als fragwürdig, ja falsch erscheinen ließ; die Tabuisierung heikler Probleme; die Berufung auf Autoritäten anstelle einer fundierten Entkräftigung und Widerlegung gegnerischer Positionen, Einwände und Vorbehalte; die pauschale Etikettierung Andersgesinnter als „unverbesserliche Gegner“ anstelle des sachlichen Nachweises der Schädlichkeit ihrer Positionen für die Mehrheit der Gesellschaft. Mit „Festungsmentalität“ umschrieb all das Ernst Fischer leichtfertig, unpräzise in seinem Artikel. Wie andere Nörgler übersah er geflissentlich eine „Kleinigkeit“: Die Sowjetunion war viele Jahre hindurch tatsächlich eine belagerte Festung. Von deren erfolgreicher Verteidigung hing weltweit die Erhaltung dessen ab, was irgendwie die Bezeichnung „Humanität“ verdient. Und nach der Niederlage des Faschismus — auch eine Niederlage des Kapitalismus — wurden die Sowjetunion und die neu entstandenen sozialistischen Staaten, ja die gesamte revolutionäre Bewegung erst recht vom Imperialismus belagert, bedrängt, der aus seinem Ziel — der „Zurückrollung des Kommunismus“, der sozialen Revanche Konservativer und Rechtsextremer, gar kein Hehl machte, ja sogar Faschisten und deren Kriegsverbrecher für diese „erhabene Sache“ rehabilitierte und rekrutierte.

Sogar unter Bedingungen der unerbittlichsten Belagerung ist es unbedingt geboten, Verstöße gegen die eigene Gesetzmäßigkeit zu verhüten. Entstehen Möglichkeiten, diese Belagerung zu durchbrechen — und das war auf Grund des Aushaltens, des Aufbaus des Sozialismus unter widrigsten Verhältnissen der Fall —, dann wird ein Fortleben von Verzerrungen, Verkrampfungen, von überholten Haltungen doppelt schädlich. Und doch: Solange es einen mächtigen, stets auf soziale Revanche erpichten Imperialismus gibt, erübrigt sich nicht die Notwendigkeit festungsähnlicher Stellungen als Rückhalt. Die Revisionisten, namentlich Ernst Fischer, brachten es fertig, nachträglich die größten Verdienste der sozialistischen Länder — nämlich standgehalten zu haben — gegen sie zu kehren, ihnen nicht nur vorzurechnen, was sie unnötig dafür bezahlt hatten, sondern auch das, was ein Standhalten unbedingt kosten mußte.

In der Parteiführung überwog damals die Tendenz, die neuen Anforderungen einer neuen Situation zwar in Worten anzuerkennen, aber alte, umstrittene Probleme, die die Wirklichkeit mit ihrer unbelehrbaren Beharrlichkeit immer wieder stellte, irgendwie an den Rand zu rücken, unter Berufung auf

tatsächlich heroischen Leistungen der Partei in der Vergangenheit im Kampf gegen den Faschismus, für nationale Unabhängigkeit. So blieb ein recht weites Betätigungsfeld jenen, die zwar vorgaben, den Marxismus verjüngen, läutern zu wollen, die aber selber entmutigt, ohne Zuversicht an die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, bereit waren, unabdingbare Elemente des Marxismus als „lästigen Ballast“ abzuwerfen.

Die negative Bedeutung Ernst Fischers in dieser Phase bestand darin, daß er — seit etlichen Jahren aus gesundheitlichen Gründen, auf seinen Wunsch aus dem Politbüro ausgeschieden — sich zum Sprecher jener Verzagtheit machte, die sich nur von einem „Bruch“ mit der eigenen Vergangenheit und von Kompromissen mit Gegnern eine Zukunft versprach. Es gab zu dieser Zeit bereits eine wie selbstverständlich funktionierende Arbeitsteilung. Ernst Fischer sorgte jeweils für die politischen Provokationen, Franz Marek und andere für ihre Verbreitung in der Partei und zugleich dafür, daß die Parteiführung sie — angeblich im Parteiinteresse — in der Parteioffentlichkeit unwidersprochen hinnahm. So wurde durch Jahre verhindert, daß aus zahllosen Kontroversen, Debatten, Diskussionen irgendwelche Konsequenzen gezogen wurden, die den Intentionen der Revisionisten zuwidergelaufen wären, die ihre Positionen erschüttert hätten. Dergleichen war freilich nur möglich, weil das ZK von seinen Rechten als oberstes Organ der Partei zwischen den Parteitag kaum Gebrauch machte, ja sich dieser Rechte kaum bewußt war, weil das Politbüro grundsätzliche Differenzen nicht dem ZK zur Entscheidung vorlegte, sondern aus falscher Körperschaftsloyalität eine „interne Bereinigung“ durch Kompromisse im Grundsätzlichen vorzog. Infolge eines verhängnisvollen „Paternalismus“ der Parteiführung, ihrer Sorge um Ruhe in der Partei blieb das Ausmaß, ja sogar der grundsätzliche Charakter der Differenzen lange von dem Großteil der Parteimitglieder verborgen. Keine Partei kann auf der Höhe ihrer Aufgaben sein, wenn die Führung keine Autorität besitzt. Doch zu dieser Zeit herrschte noch in einem beträchtlichen Teil des Funktionärskaders eine Autoritätsgläubigkeit, die sogar Zwielfichtigem, Falschem zugute kam, die Anfechtbares, ja sogar Schädliches außer Diskussion stellte.

Zweifellos stand damals vor der Partei die Aufgabe, sich vor einer bedrohlichen Erstarrung in der vor allem objektiv bedingten Isolierung zu befreien. Versäumnisse, taktische Ausweichmanöver der Parteiführung nützlich, trat in dieser Situation Ernst Fischer mit der ebenso simplen wie falschen These auf: Von Erstarrung kann sich nur befreien, wer sich von Ideologie lossagt. Zugleich verunglimpfte er sie als „Mischung von Religion und versimpelter Wissenschaft“.³² Die Anmaßung, das Elitäre, ja Utopische seines Anspruchs stechen ins Auge: Um den fast sicheren „Sündenfall“ zur Ideologie zu verhindern, gilt es nach seiner Darstellung, unbedingt zu verhindern, daß die Idee des Marxismus die Massen ergreift! Also gilt es vor allem — nach seiner Logik — zu verhüten, daß die revolutionäre Bewegung die Macht ergreift.

Denn dann würden ja ihre Apparate und Institutionen die Wirklichkeit verzerren. Sein „Konzept der Erneuerung“ durch Befreiung von jeglicher Ideologie entsprach durchaus nicht zufällig der gleichzeitigen bürgerlichen Mode, die Wurzeln aller erdenklichen Übel in Ideologie, in „falschem Bewußtsein“, zu suchen, Ideologie in diffamierendem Gegensatz zu einer angeblich wertfreien „Anerkennung von Sachzwängen“ zu bringen. Ironie und Logik der Geschichte wollen es, daß kaum ein Jahrzehnt später die SPÖ eine Kampagne für „Reideologisierung“ und sogar die ÖVP eine „Ideologiediskussion“ führen mußten. Entgangen war Ernst Fischer das wertvolle Neue am Ideologiebegriff auch schon des jungen Marx, nämlich die Dialektik. Schon in der ersten Phase der Ausarbeitung seiner Konzeption bedeutete bei Marx Ideologie keineswegs „falsches Bewußtsein“ schlechthin. Festgehalten wird, daß ideologische Formen von materiellen Lebensprozessen abhängen, daß sie vom Standpunkt eines besonderen sozialen Interesses aus formuliert werden. Das schließt ein, daß Ideologie Elemente von Wahrheit enthalten kann, wenn auch oft in entstellter, entfremdender Form. Schon diese Konzeption des frühen Marx ermöglichte es, unter Ideologie weit mehr als „gesellschaftlich notwendigen Schein“, mehr als Selbsttäuschung oder Betrug zu erkennen, also historisch Ideologien gerecht zu werden, wo sie unter konkreten Bedingungen auch relative Wahrheiten erfaßten, ihnen nahe kamen.

Unter Ideologie versteht der Marxismus-Leninismus, völlig im Einklang mit der fundamentalen Zusammenfassung seiner Ansichten durch den späten Marx (Vorwort zur „Kritik der Politischen Ökonomie“), die Gesamtheit der gesellschaftlichen Ansichten, die Interessen, Vorstellungen und Bedürfnisse, die Stellung von Klassen und Schichten in einer Gesellschaft zum Ausdruck und zur Geltung bringen. Befreiung von Ideologie als Programm kann also nur heißen: Preisgabe oder Verleugnung von Klassenmäßigem, Klassenbedingtem.

Ernst Fischer hat dies mit einer für den internationalen Revisionismus einmaligen Unumwundenheit ausgesprochen. „Der Marxismus ist Philosophie und Wissenschaft“³³, dekretierte er. Auf der Strecke blieb da schon die Weltanschauung, die umfassender ist als jede Philosophie. Als überflüssig erschien da eine vom Klassenstandpunkt aus betriebene politische Ökonomie und erst recht die „ideologisch vernebelte“ Revolutions- und Parteitheorie. Verlorengingen da die Lehren der Klassenkämpfe, sämtliche Bestandteile und damit auch der Charakter des Marxismus als Ideologie der revolutionärsten Klasse. Gelegnet wurde auch seine Wissenschaftlichkeit.

Doch mit einer so bescheidenen „Befreiung“ gaben sich die revisionistischen Kräfte nicht zufrieden. Sie fragten, wie Ernst Fischer — und später Franz Marek — besorgt: Wird nicht der Marxismus zum Katechismus, wenn er in die Massen dringt? Unter ihrer revidierenden Hand wurde aus dem marxistischen Humanismus der Arbeiterklasse, die, um sich zu befreien, alle

Verhältnisse umwälzen muß, ein „rein menschlicher“, alle umschlingender Humanismus. Besonders auserlesene, völlig ideologiefreie Intellektuelle avancierten zu seinen Gralshütern, zu Verfechtern einer von jeglicher Ideologie unbefleckten „reinen Wissenschaftlichkeit“.

Schwere Fehler der Bewegung in der Vergangenheit feindselig ausnützend, an die schädliche Ablehnung von Wissenschaften wie Kybernetik, Genetik als „feindlich“ nachträglich anknüpfend, tatsächlich falsche „Ideologisierungen“ von Wissenschaftszweigen verabsolutierend, forderte Ernst Fischer die „Rückkehr zu den einfachen Kategorien richtig und falsch“. Gelegnet wurde damit jede Bedeutung des Klassenstandpunkts bei der Wahrheitsfindung, in der Geschichte wie in der Gesellschaft. Natürlich hat es nie einen Klassenstandpunkt gegeben, der die Richtigkeit von Einsichten verbürgt. Aber stets hat dieser Standpunkt etwas damit zu tun, auf welche Wahrheiten man stößt. Und noch weit mehr damit, welche man gelten läßt. Wahr können Aussagen nur insofern sein, als sie mit der angesprochenen Wirklichkeit übereinstimmen. Aber welche bürgerliche Gesellschaftswissenschaft wird anerkennen, daß jede bürgerliche Gesellschaft eine der Ausbeutung ist, mag es dafür noch so viele Beweise geben? Festzustellen, ob und in welchem Ausmaß Übereinstimmung vorliegt, das ist fraglos Aufgabe der Wissenschaften. Ganze Wissenschaftszweige samt und sonders als feindlich zu etikettieren, als „gegnerische Ideologie“ abzuqualifizieren, weil ihre Ergebnisse auch im Klassenkampf instrumentalisiert werden können, das hat sich als verhängnisvolle Entstellung des Marxismus-Leninismus erwiesen, als abträglich für die Wahrheitsfindung, also auch für die Arbeiterbewegung. Doch unvergleichlich verhängnisvoller ist der Fehler, um jeder Ideologisierung zu entgehen, die Ideologie überhaupt zu verwerfen, die Klassenbedingtheit von Ideen, von verallgemeinerten Deutungen wissenschaftlicher Erkenntnisse in Klassengesellschaften zu leugnen.

Soll man sich etwa in der Frage, ob es eine gesetzmäßige Abfolge von Gesellschaftsformationen gibt, beginnend bei der Stammesgesellschaft, die den Kapitalismus als eine von vielen, als vergänglich erweist, um Auskunft an die bürgerliche Geschichtswissenschaft wenden? In der Diskussion gab damals Ernst Wimmer zu bedenken: „Zu den einfachen Kriterien (richtig und falsch — d. Vf.) kann man . . . nur um den Preis zurückkehren, daß man hinter die Ideologie des Marxismus zurückgeht.“³⁴ In einer Stellungnahme bekannte Ernst Fischer schließlich unumwunden, daß es ihm vor allem um die „unabweisbare Aufgabe“ ging, die „Dimension der Unendlichkeit, die Leuchtkraft der Utopie aus dogmatischer Verschüttung zu befreien“. Das „Einzigartige am Marxismus“ konnte er nur noch in einer „wissenschaftlichen Untermauerung der Utopie“ erblicken.³⁵

Auch diese Hinwendung zu einem romantischen Utopismus blieb von der Parteiführung in der Parteiöffentlichkeit unwidersprochen. Wiederum gab es weder eine abschließende Einschätzung der Diskussion noch irgendwelche

Schlußfolgerungen. Der faktische Verzicht auf die ideologische Einheit der Partei hätte nicht deutlicher demonstriert werden können als mit diesem Hinnehmen eines weltanschaulichen „Pluralismus“, eines Neben- und Gegeneinander von auf die Dauer unvereinbaren Positionen. So waren die wichtigsten Ausgangsstellungen für die Auseinandersetzungen in der folgenden Parteikrise zu diesem Zeitpunkt zwar noch taktisch verhüllt, aber schon vor dem 19. Parteitag bezogen. Die Gefährdung der organisatorischen Einheit der Partei konnte nach dem Verlust der ideologischen nur noch eine Frage der Zeit und des auslösenden Anlasses sein.

Ermutigung ist in besonders schwierigen Situationen am nötigsten. Werden diese Schwierigkeiten jedoch beschönigt oder bestritten, folgt Entmutigung auf dem Fuß. Die Parteiführung war wiederholt in den folgenschweren Fehler verfallen, den sie 1955, bezogen auf eine frühere Etappe, selbstkritisch festgehalten hatte. Fast jedes Jahr gab es einen „neuen Weg“, eine „neue Alternative“ zur Regierung, wurden Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende „Wende“, für ein „Zerbröckeln der eingefrorenen Fronten“ entdeckt.

Innenpolitisch gab es Mitte der sechziger Jahre Veränderungen, die taktisch unbedingt berücksichtigt werden mußten. Zu neuen Prognosen einer Wende konnten sie jedoch nur verleiten, sofern man nicht die langfristigen Bedingungen nüchtern analysierte, in deren Rahmen sich diese Veränderungen vollzogen, neue Akzente gesetzt wurden. Die Orientierung des 18. Parteitags, nicht vor der nächsten, noch gar nicht fälligen Wirtschaftskrise zu warnen, sondern zum Kampf für einen Anteil der Arbeitenden an der Konjunktur aufzurufen, hatte sich als eine wichtige und richtige Korrektur früherer Fehleinschätzungen erwiesen. Auch die Konzentration auf sozialpolitische Fragen unter Bedingungen einer sich entfaltenden Sozialpartnerschaft hatte für die arbeitende Bevölkerung Vorteile, zum Teil neue Errungenschaften gebracht: etwa einen dreiwöchigen Mindesturlaub, eine Dynamisierung der Pensionen, die durch geraume Zeit von Sozialdemokraten für undurchsetzbar erklärt worden waren. Die vehementesten Angriffe der neuen führenden ÖVP-Garnitur auf verstaatlichte Betriebe konnten abgewehrt, zumindest abgeschwächt werden: durch Verhinderung der Schließung von Kohlegruben; durch zumindest zeitweilige Garantien für ihren Absatz — was schon damals bewies, daß die Kommunistische Partei ein realistisches, an nationalen Interessen orientiertes Energiekonzept zum Unterschied von den regierenden Parteien besaß.

Der Verkauf der Mehrheit des verstaatlichten Siemens-Konzerns an westdeutsches Kapital, zu dem die SPÖ durchaus bereit war, konnte durch ein „kommunistisches Sperrfeuer“³⁶ vereitelt werden. Nicht zuletzt vermochte eine breite Aktionseinheit die Reprivatisierung der beiden Vertriebsgesellschaften ÖROP und Martha zu verhindern, eine Angliederung an die staatliche Erd- und Mineralölverwaltung durchzusetzen. In all diesen Kämpfen

kam positiv die Neueinschätzung der Rolle der verstaatlichten Industrie zum Tragen, die der 17. und der 18. Parteitag vorgenommen hatten.

Hinsichtlich der Sozialpartnerschaft machte sich mit deren Entfaltung die Zwiespältigkeit in der Haltung der Partei — einerseits grundsätzliche Ablehnung, andererseits Nichterfassen ihres Wesens — noch stärker bemerkbar. Im Zusammenhang mit der Zunahme der Unzufriedenheit in Teilen der Arbeiterschaft und der Zahl der Streiks Anfang der sechziger Jahre wurde in allgemeiner Form — nicht als Aktionslosung — die Beseitigung der Paritätischen Kommission verlangt, mit der Begründung, daß durch sie die Handlungsfreiheit des ÖGB in bezug auf seine Hauptaufgabe, nämlich die Lohnpolitik, sehr wesentlich eingeschränkt wurde. Zugleich wurde der Forderung des ÖGB zugestimmt nach „Schaffung einer gemeinsamen Institution der Kammern und des Gewerkschaftsbundes . . . zur Ausarbeitung von Vorschlägen und Beratungen der öffentlichen Körperschaften in Wirtschaftsfragen“. Daran wurde von seiten der Partei die Forderung geknüpft, daß „die Wirtschaftskommission zu einer Form der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in Wirtschaftsfragen, zum Beispiel in der Preispolitik, in bezug auf die Wirtschaftsplanung und anderes ausgebaut wird“.³⁷ Von einer solchen Position konnte freilich kaum ein konsequenter Kampf gegen das umfassende System der Sozialpartnerschaft geführt werden.

Träger des antifaschistischen Kampfes

Ein für das Selbstbewußtsein der Partei und weit darüber hinaus für die politische „Atmosphäre“ in Österreich wichtiger Faktor war der Widerstand gegen das Aufleben neofaschistischer, großdeutscher Umtriebe. Dieser Widerstand kam nicht spontan zustande. Seit Jahren hatten Kommunisten jede faschistische, großdeutsche Provokation zum Anlaß genommen, um der Öffentlichkeit die damit verbundenen Gefahren bewußt zu machen. Schon bald nach dem Staatsvertrag kam es zu einem Aufleben faschistischer Tätigkeiten in richtiger Einschätzung der Prinzipienlosigkeit in den Großparteien, ihrer Abgeneigtheit, es sich mit Rechtslastigen dadurch zu verderben, daß sie gegen Rechtsextreme und Neofaschisten auch nur ein wenig von dem unternehmen, was die Verfassung verlangt. Ermutigt von ihrem Verhalten kündigten für Mitte Oktober die im „Ring volkstreuere Verbände“ vereinten Deutschnationalen und Neofaschisten unter dem Vorwand einer „Schiller-Feier“ einen Marsch über die Wiener Ringstraße an. Dem sofortigen Protest der kommunistischen Gemeinderäte schlossen sich breite Kreise, darunter der Bundesjugendring, mit der Forderung an die Behörden an, diese Herausforderung zu verbieten. SPÖ-Innenminister Helmer, der schon bei der Gründung des „Verbands der Unabhängigen“ seine besondere Gunst für Rechtsextreme bewiesen hatte, lehnte ein Verbot ab und schrieb lediglich

eine andere Route vor — vom Rathaus zum Heldenplatz statt über den Ring. Unter massivem, auch prügelndem Polizeischutz wurden die mit Nazizeichen „geschmückten“ Marschierer auf dem ganzen Weg von tausenden antifaschistischen Demonstranten begleitet. „Schiller liebte die Freiheit“, stand auf ihren Flugzetteln, „die Nazis ersticken sie im Blut.“

Es war das erstmal seit dem Staatsvertrag, daß die Behörden unter Berufung auf das verfassungsmäßige Recht der Meinungsäußerung sich über das ausdrückliche, im Staatsvertrag und in Verfassungsgesetzen verankerte Verbot faschistischer Betätigung hinwegsetzten. Die Kommunisten ließen sich von ihrer antifaschistischen Aufklärung auch nicht durch Beschimpfungen des SPÖ-Zentralorgans als „Krawallmacher“ abhalten. Ein Ergebnis dieser zähen Bemühungen, vor allem einer von der wirtschaftlichen Konjunktur begünstigten Erstarkung des Nationalbewußtseins, war am Jahrestag der österreichischen Unabhängigkeitsproklamation, am 27. April 1964, eine gemeinsame Erklärung der antifaschistischen Verbände der drei republikgründenden Parteien. Dort wurde unmißverständlich konstatiert: „Ein ehrliches Bekenntnis zu Österreich heißt, daß wir die Lüge von der Verteidigung Österreichs durch die Deutsche Wehrmacht im Hitler-Krieg ablehnen... Aus unserem klaren Bekenntnis zu Österreich ergibt sich von selbst die Ablehnung aller Spielarten des Deutschnationalismus... Wir warnen vor jenen Kreisen, die Europa sagen, aber Großdeutschland meinen...“³⁸

Die geänderten Stimmungen und Haltungen in breiten Teilen der Öffentlichkeit wurden sichtbar, als durch Studenten, später auch durch die Massenmedien bekannt wurde, daß an der damaligen Hochschule für Welthandel der verkehrt „nationale“ Professor Taras Borodajkewycz Vorlesungen gegen das „Geflunker von der österreichischen Nation“ hielt und sie mit antisemitischen Bemerkungen „würzte“. Ein rasch gebildetes antifaschistisches Studentenkomitee rief gemeinsam mit der Widerstandsbewegung und anderen Organisationen zu Protestdemonstrationen gegen diesen Mißbrauch von Universitäten für die Verbreitung faschistischen Ungeists auf. Bei einer dieser Demonstrationen, am 31. März, wurde der 65jährige Kommunist und ehemalige KZler Ernst Kirchwegger von einem Neofaschisten niedergeschlagen. Wenige Tage später erlag er seinen schweren Verletzungen. Der Täter wurde zu einer Bagatellstrafe mit der Begründung verurteilt, daß auch das Opfer schuld gewesen sei. Dieser erste politische Totschlag in der Zweiten Republik hatte Folgen, die kurzfristig alte Trennungslinien zu verwischen schienen. Der ÖGB beschloß zum Gedenken an Ernst Kirchwegger für alle Bundesländer eine Arbeitsruhe von fünf Minuten Dauer. Beim Begräbnis Kirchweggers marschierten 25.000 Menschen hinter dem Sarg über die Ringstraße. An der Spitze ging nicht nur die SPÖ-Führung, sondern auch eine Delegation der ÖVP.

Es zeigte sich: Der Antifaschismus als aktiv massiv demonstrierte Gesinnung kann auch Vertreter der großen Parteien, die in ihrer Geschichte

skrupellos um Stimmen von Faschisten geworben haben, zu Haltungen veranlassen, die gar nicht in ihre Konzepte passen. So konnte damals der Eindruck entstehen, als wäre die antifaschistische Einheit von einst in einer völlig anders gearteten Wirklichkeit wiedererstanden, als hätte die SPÖ-Führung sich endlich wieder des antifaschistischen Auftrags besonnen, der aus ihrer wechselnden Programmatik doch stets abzuleiten gewesen wäre. In diesem Eindruck konnte die Tatsache bestärken, daß die SPÖ-Führung, namentlich Pittermann, zu dieser Zeit auf die für die gängigen „Totalitarismustheorien“ charakteristische und verleumderische Gleichstellung von Kommunisten und Faschisten verzichtete. Der SPÖ-Vorsitzende kritisierte sogar die Tendenz, all jene, die in Opposition zur Regierungspolitik stehen, kollektiv als antiösterreichisch und antidemokratisch hinzustellen.

Dazu kamen merkbliche Akzentverschiebungen in der Haltung der SPÖ-Führung zur Neutralität und zu den sozialistischen Ländern. Blieb auch der Antikommunismus die Grundhaltung — besonders ausgeprägt im Verhältnis zur DDR, zur sogenannten deutschen Frage —, so gab es doch ein deutliches Abrücken von der Beschränkung der Neutralität auf eine militärische, von Bemühungen um eine engere Bindung an die EWG. Freilich fielen dafür einige Gründe ins Gewicht: die wachsende Bedeutung der sozialistischen Staaten in der Welt, die Regelung offener zwischenstaatlicher Beziehungen durch Vereinbarungen; die beträchtliche Erweiterung des Handels mit den sozialistischen Ländern. Die Ausfuhren in diesen Raum waren zu dieser Zeit bereits auf ein Sechstel des Gesamtexports Österreichs gestiegen, mit einem besonders hohen Anteil der verstaatlichten Industrie. Angesichts greifbarer Vorteile der Neutralität war das einstige gemeinsame Schlagwort von ÖVP und SPÖ vom „Verhungern in der Neutralität“ verstummt.

Die Illusion von einem „dritten Weg“

Zur gleichen Zeit vollzog sich — parallel zur Eskalierung des schmutzigen Kriegs der USA in Vietnam — eine Differenzierung, eine Arbeitsteilung in der Außenpolitik des Imperialismus: die gleichzeitige Orientierung auf „selektive Koexistenz“, das heißt des unterschiedlichen „harten“ oder „weichen“ Verhältnisses zu sozialistischen Ländern, auf Versuche der Aufweichung, der Erosion, des Gegeneinanderausspielens mit begleitenden, darauf abgestimmten ideologischen Kampagnen. Politologie und Soziologie lieferten prompt zu dieser neuen „kombinierten Strategie“ der USA die passende Theorie von einer Annäherung, einer „Konvergenz der Systeme“, einer unaufhaltsamen, wenn auch widerstrebenden Anpassung des Sozialismus an den Kapitalismus.

Die Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung — einer der

wichtigsten Gründe für die Differenzierung der Außenpolitik des Imperialismus — wurden damals einer breiten Öffentlichkeit bewußt. Vor allem durch das sogenannte Togliatti-Memorandum, das im August 1964 von der Italienischen Kommunistischen Partei veröffentlicht worden war. Darin wurde das Konzept einer kommunistischen Weltbewegung mit mehreren Zentren, der sogenannte Polyzentrismus, vertreten, insbesondere aber ein „Neubeginnen“ propagiert, eine „neue Strategie“ der kommunistischen Parteien Westeuropas, allerdings ohne eine Einschätzung der neuen Züge und Herrschaftsmethoden des Kapitalismus.³⁹

So drängte zur gleichen Zeit eine Reihe von Faktoren — internationale, nationale, innerparteiliche — die Parteiführung dazu, eine „neue Wende“ zu versuchen. Verschiedene Bemühungen darum hatten das Aufbrechen von Differenzen und Gegensätzen in der Partei nicht verhindern können, zumal sowohl eine selbstkritische Aufarbeitung der Vergangenheit wie eine Analyse und Einordnung neuer Züge des Kapitalismus, seiner Mechanismen und Herrschaftsmethoden unterblieben waren. In der Partei breitete sich Unbehagen aus, Mißtrauen gegenüber der Parteiführung, Unmut über jähe, ungenügend argumentierte und diskutierte Kursänderungen, über ein Zickzack.

Dieser Zustand der Partei war Ursache eines Widerspruchs, der immer deutlicher wurde: Auf der einen Seite wuchs in der Öffentlichkeit das Mißvergnügen über das Proporzsystem, das alles von oben diktierte, fanden Forderungen, Losungen und Argumente der Kommunisten wesentlich stärkeren Widerhall. Auf der anderen Seite gingen die Stimmen für die Partei nicht nur bei der Nationalratswahl 1962 zurück, sondern in den folgenden Jahren Mandate in Großbetrieben und Gemeinderäten wichtiger Industriezentren verloren, ja überdies die Zahl der Aktivisten, der Mitglieder und die Aktivitäten zurück.

Franz Honner, durch Jahrzehnte als Vizevorsitzender und Sekretär eine der „proletarischen Säulen“ der Partei, war Anfang 1964 gestorben. Johann Kopenig, 74 Jahre alt, schwerkrank, hatte schon geraume Zeit vor dem 19. Parteitag darum gebeten, ihn von der Verantwortung der Parteiführung zu befreien. Friedl Fürnberg, der jahrzehntelang als der führende Sekretär des ZK mit seinen ungewöhnlichen organisatorischen Fähigkeiten, seiner Wendigkeit weitgehend die „Tagespolitik“ der Partei geprägt hatte, scheute angesichts der sich formierenden rechten Gruppierung in der Parteiführung, der offenen Meinungsverschiedenheiten in der Weltbewegung, vor einer prinzipiellen Klärung zurück, die auch entsprechende Analysen und Vorarbeiten erfordert hätte. Sein Ansehen in der Partei war eine Voraussetzung für den Versuch, einerseits durch Auseinandersetzung, andererseits durch Zugeständnisse an die rechte Strömung eine Plattform zu finden, in der Hoffnung, sie schließlich zu einer für die gesamte Partei machen zu können.

Unter Berufung auf die neuen Akzente in der Innenpolitik erklärte Fürn-

berg auf dem 25. Plenum des Zentralkomitees: „Die einheitliche Front gegen uns ist zerrissen. Wir werden verhindern, daß sie sich wieder bildet.“ Er konstatierte „eine Verspätung der Neuorientierung“.⁴⁰ Und er übernahm es, sowohl im ZK als auch auf dem 19. Parteitag zu begründen, warum die Diktatur des Proletariats, die er noch auf dem 17. Parteitag gegenüber den ersten revisionistischen Angriffen verteidigt hatte, bloß eine historische Notwendigkeit für die Vergangenheit gewesen, nun aber unter den neuen Bedingungen überflüssig sei. Das Schwergewicht seiner Argumentation legte er auf die Mißverständlichkeit der Bezeichnung. Darauf, daß die Volksmassen nach den unseligen Erfahrungen mit dem Faschismus „nicht von den Feinheiten der Theorie ausgehen, die feststellt, daß die Diktatur des Proletariats als Demokratie für das Volk gedacht ist“.⁴¹ Ihre angebliche Überholtheit leitete er nicht so sehr aus irgendwelchen tiefreichenden Veränderungen im bürgerlichen Staat, in seiner zentralen Funktion als organisierte Gewalt der Herrschenden ab, als vielmehr aus internationalen Faktoren. Insbesondere daraus, daß der Sozialismus zur bestimmenden Kraft in der Welt geworden sei, daß seine „Erfahrungen und seine praktische Hilfe vom ersten Moment an“ zur Verfügung stünden. Vorbauend unterstrich Fürnberg, daß freilich auch unter neuen Bedingungen für eine Übergangszeit der neue Staat seine Zwangsmittel einsetzen müsse — etwa gegen Versuche der enteigneten Kapitalisten, den Aufbau des Sozialismus zu verhindern.

Schon binnen kürzester Zeit erwies sich diese taktische „Auffangstellung“ in einer Grundsatzirrage ersten Ranges als unhaltbar.

Noch auf demselben ZK-Plenum zur Vorbereitung des 19. Parteitags hatte Theodor Prager, als Wirtschaftsexperte der Partei einer jener Intellektuellen, die aus Enttäuschungen dahin gelangen, den Wert des Zweifels höher zu veranschlagen als den der Erkenntnis, die Absichten der revisionistischen Strömungen deutlich gemacht: Unter Berufung auf einen „organisierten Kapitalismus“, der unter Zwang sich Krisen und schwere Erschütterungen „abgewöhnt“ habe, den Kurs einer über viele Stufen und Etappen führenden allmählichen Umwandlung der Gesellschaft, der Strukturreformen und einer „demokratischen Erneuerung“ zu verfolgen. Ungeklärt blieb freilich die Frage, wie diese stufenweise „Transformation“ bewerkstelligt werden könne, ohne die hinderliche staatliche und ökonomische Macht des Kapitals einmal zu brechen. Mit dem Bekenntnis zu einem friedlichen Weg, „zu dem es keine Alternative gibt“, mit dem Verzicht auf die Diktatur des Proletariats — so wurde in diesen Kreisen angenommen — könnten die wichtigsten Hindernisse zur historischen Versöhnung mit der Sozialdemokratie weggeräumt werden. Zur Beschleunigung dieser Annäherung sollten zwei Forderungen zum Um und Auf der Strategie der Partei werden: „mehr Demokratie“ und „echte Mitbestimmung“.⁴² Schon nach Manier des Sozialdemokratismus wurden die dafür nötigen Voraussetzungen in den Kräfteverhältnissen und im Klassencharakter des Staats einfach „vergessen“.

An die Stelle der fehlenden langfristigen Strategie, die entsprechend sich ändernden Bedingungen immer wieder konkreter die Frage beantwortet, wie im Kampf für Reformen, gegen die dem Monopolkapitalismus innewohnende Entdemokratisierung die Massen an die Revolution herangeführt werden können, sollte eine reformistische Strategie treten, die sich taktisch, rhetorisch noch zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse bekannte.

Diese revisionistische Linie kennzeichnete im wesentlichen die vom 19. Parteitag beschlossenen „Thesen der Perspektiven“. Der Rechenschaftsbericht des ZK an den 19. Parteitag (27. bis 30. Mai 1965), den nach der Eröffnung durch Kopenig erstmals Franz Muhri erstattete, stellte als „entscheidende Aufgabe“ für die nächste Zeit „die Herstellung einer neuen politischen und ideologischen Einheit der Partei“⁴³ fest. Es war schon unmöglich geworden, Gefahren zu ignorieren, die der Partei durch das Auseinanderstreben von Auffassungen, durch die Bildung von Fronten und Gruppen drohten. Doch diese wurden im Bericht an den Parteitag weder beim Namen genannt noch an Hand ihrer Positionen und Erscheinungsformen definiert. Der beunruhigende Zustand wurde im Grund damit erklärt, daß eine Neuorientierung, eine neue Perspektive zwar schon zumindest in Elementen erarbeitet worden sei, aber von einem beträchtlichen Teil der Partei noch nicht verstanden oder nicht akzeptiert werde. Die Ursache der Uneinigkeit in der Partei wurde somit auf die „Zurückgebliebenheit“ eines Großteils der Mitglieder und der Kader reduziert.

Bei einer von den Umständen erzwungenen jähen Wendung ist ein „Zurückbleiben von Kadern“, die mit den entscheidenden Triebkräften und Tendenzen der Gesellschaft ungenügend vertraut sind (was selbstverständlich wiederum der Parteiführung anzulasten ist), nicht nur denkbar. In der Geschichte der Arbeiterbewegung ist dergleichen wiederholt mit ernststen negativen Folgen eingetreten. Doch schon die Charakterisierung der „Neuorientierung“ bewies: Hier waren andere Ursachen wirksam. So hieß es in dem Rechenschaftsbericht der Parteiführung: „Heute verbinden wir unsere Perspektiven daher nicht mehr mit der Vorstellung von der Unvermeidbarkeit einer Wirtschaftskrise nach dem Muster der dreißiger Jahre, eines neuen katastrophalen Zusammenbruchs. Wir orientieren uns vielmehr auf die neuen Möglichkeiten, durch den Klassenkampf, durch Massenbewegungen eine Änderung der Einkommensverteilung, die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, eine ständige Ausweitung öffentlicher produktiver und sozialer Investitionen, strukturelle Reformen und eine demokratische Wirtschaftsplanung durchzusetzen. Das ist der konkrete Weg, auf dem heute die Arbeiterklasse der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus entgegenwirken, die Entfaltung der ... Produktivkräfte fördern und die Vollbeschäftigung sichern kann.“⁴⁴

Selbst wenn es zugetroffen hätte, daß sich die Partei in der Vergangenheit je auf einen „katastrophalen Zusammenbruch“ des Kapitalismus orientierte,

so bliebe doch nicht mehr als die Korrektur eines Fehlers, indem man in sein entgegengesetztes Extrem verfällt. In der Vergangenheit hatte eine krasse Vergrößerung der Marxschen Theorie über die Akkumulation des Kapitals eine ständige, unaufhaltsame, unwiderstehliche Tendenz zur absoluten Verelendung der Arbeitenden unterstellt, und so den Blick für die Widersprüche im Kapitalismus getrübt: Etwa für den Widerspruch, daß der Kapitalismus durchaus imstande ist, die Lage von Teilen „seiner“ Arbeiterklasse auf Kosten nicht nur der Arbeiterklasse, sondern breiter Massen anderer Völker fühlbar zu bessern, auch wenn der Anteil der Arbeiterklasse der höchstentwickelten Länder an dem gesellschaftlichen Reichtum insgesamt niedriger wird. Nun wurde Versimpelungen, die der Vielseitigkeit des Imperialismus nicht gerecht wurden, als „sozialistische Alternative“ ein Bild gegenübergestellt, das auf die Illusion hinauslief, die tiefsten Widersprüche im Kapitalismus noch vor seiner Überwindung stilllegen, seine üblen Folgen beseitigen zu können ohne die üblen Ursachen aus der Welt zu schaffen.

Die kontroverielle Diskussion auf dem Parteitag machte klar: Eine neue politisch-ideologische Einheit war auf der Grundlage dieser einseitigen, in hohem Maß von Illusionen geprägten Plattform nicht zu erreichen. Fürnbergs Abrücken von der Diktatur des Proletariats war Anlaß für Ernst Fischer, sofort auch rückwirkend für die Vergangenheit die Diktatur des Proletariats als „Verirrung“, als „Einschränkung der Demokratie“ und bürgerlich-parlamentarische Demokratie als Vorbild hinzustellen.⁴⁵ Franz Marek sprach in einer pathetischen Rede Funktionären die Fähigkeit ab, als Kommunisten zu wirken, die sich nicht durch Verletzungen des Gerechtigkeitsgefühls in der Vergangenheit im Namen und Rahmen der Partei „gedemütigt fühlen“, denen „nicht eine Saite im Herzen gerissen ist, die niemals wieder klingen wird“.⁴⁶ Nicht vereinzelt wurden Forderungen laut, endlich mit den „Resten des Stalinismus“ in der Partei aufzuräumen, wobei kein Zweifel darüber blieb: Gemeint waren ausnahmslos alle, die nicht bereit waren, theoretische Schaumgeburten des Revisionismus als solide neue Strategie zu akzeptieren.

Auch auf dem Parteitag gab es Angriffe auf den demokratischen Zentralismus als Norm des Parteilebens. Aber es gab auch nüchterne Warnungen. So vor dem Wunschdenken, vor der Theorie einer „objektiv unaufhaltsamen Linkswendung“ der Sozialdemokratie. Der damalige Landessekretär von Kärnten, Hans Kalt, wandte dagegen ein: „Wenn man hier schon mehr sehen will, als tatsächlich da ist, dann ist das weder eine Hilfe im Kampf gegen das Sektierertum in der Partei noch eine Hilfe für die Sozialisten, die in ihrer Partei gegen diese Sozialpartnerschaftspolitik kämpfen.“⁴⁷

Ernst Bedenken äußerten Vertreter von Betriebsorganisationen gegen das Konzept einer „umfassenden Mitbestimmung“ als eine von „vielen Etappen“ auf dem Weg zum Sozialismus. Sie sprachen die Befürchtung aus, eine so undifferenzierte Forderung könnte am ehesten dazu dienen, in der Arbeiter-

schaft die Illusion zu wecken, als wäre sie nicht mehr Klassengegner des Kapitals, sondern zum gleichberechtigten Partner aufgestiegen. Der Obmann der Landesorganisation Salzburg, Sepp Wodrazka, erklärte unumwunden: „Spricht man über die Rolle unserer Partei nicht, aus Rücksicht auf jene Genossen, denen dies zu abgedroschen, zu nichtssagend oder auch zu erschreckend für die Umwelt vorkommt, dann verbreiten sich eben solche Auffassungen, daß die Rolle unserer Partei darin besteht, die SPÖ zu unterstützen, sie ‚nach links zu drängen‘ ... Wird an manchen Stellen durch sektiererisches Verhalten und dogmatisches Denken und Handeln die Arbeit erschwert, so dürfen wir unsere Augen vor den stärker gewordenen Versuchen des Revisionismus und des — wenn auch in vielen Fällen unbewußten — Liquidatorentums nicht verschließen.“⁴⁸

Angesichts dieser Gegensätze appellierte Franz Muhri in seinem Schlußwort im Interesse der Einheit, von „Jagden“ auf „Sektierer“ oder auf „Revisionisten“ abzusehen. Er distanzierte sich von weitgehenden „Säuberungsforderungen“ der sogenannten „Erneuerer“. Allerdings nur mit der Feststellung, man dürfe nicht allen gleich einen Vorwurf machen, „die mit der Neuorientierung nicht ganz einverstanden sind“.⁴⁹ Die Wahl des neuen Zentralkomitees entsprach weitgehend dem Versuch der Parteiführung, durch einen ideologischen Kompromiß eine neue Einheit zu erreichen. Das alte Politbüro machte nach der Einigung über diesen Kompromiß von allen im Rahmen des Statuts erdenklichen Möglichkeiten Gebrauch, um eine entsprechende Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees zu sichern. Monatelang wurden darüber zum Teil sehr heftige Verhandlungen mit Bezirksorganisationen geführt. Zum erstenmal wurde eine Altersklausel angewandt und als Mittel der politischen Auswahl eingesetzt. Das Ergebnis: Von insgesamt 87 Mitgliedern des Zentralkomitees schieden 34 aus, die durch 33 neue ersetzt wurden. Betroffen waren nicht wenige Mitglieder des Zentralkomitees, die zwar auch noch keine neuen Antworten auf die neuen Fragen parat hatten, wohl aber genügend Erfahrung in langen Klassenkämpfen, um einer taktischen „Neuorientierung“ zu mißtrauen, die Grundsätzlichem abträglich sein mußte.

Der 19. Parteitag beschloß, Franz Muhri zum neuen Vorsitzenden, Johann Kopenig zum Ehrenvorsitzenden der Partei zu wählen. Eine gewisse Tragik liegt darin, daß Johann Kopenig, der mehr als 40 Jahre zuvor als wenig bekannter Funktionär an die Spitze der Partei berufen worden war, um mit dem Streit von verfeindeten Fraktionen, die zusammen eine Mehrheit bildeten, endlich Schluß zu machen, aus dieser Funktion zu einem Zeitpunkt schied, als unübersehbar geworden war, daß die Fraktion einer Minderheit nicht nur die Geschichte, die Traditionen, sondern auch den Charakter, die Funktionen der Partei in Frage stellen wollte. Franz Muhri, als junger Mensch proletarischer Herkunft in der Widerstandsbewegung wirkend, später als Bezirkssekretär, unter anderem im Erdölgebiet, als Landessekre-

tär in der Steiermark, als Verantwortlicher für Schulung im ZK, übernahm als der jüngste Vorsitzende einer kommunistischen Partei diese Funktion in einer schon krisenhaften Situation, zu einer Zeit, da ein kleinmütig gewordener Teil der Führung im Begriff war, ein großes Erbe zu vergeuden.

Die vom Parteitag beschlossenen „Thesen“ konnten weder der unmittelbaren Aufgabe — Herstellung einer neuen politisch-ideologischen Einheit — gerecht werden noch eine längerfristige politische Perspektive bieten. Sie waren vor allem Ergebnis von Unklarheiten über wesentliche Charakterzüge der Gesellschaft, von taktischen Überlegungen als Ersatz dafür und von Zweifeln an der historischen Mission der Arbeiterklasse, an der Unerläßlichkeit einer Partei neuen Typs, an ihrer führenden Rolle in revolutionären Prozessen. Getragen war diese „Neuorientierung“ vom Wunsch, irgendwie durch „neue Schritte“ Isolierung und Stagnation zu durchbrechen, sich in ein neues Verhältnis zur Sozialdemokratie einzukaufen, sich dem konzentrierten Feuer des Antikommunismus, insbesondere des Antisowjetismus, irgendwie zu entziehen.

Kurzlebigkeit ist solchen Geschöpfen der Taktik angeboren. Weil diese „Thesen“ nicht aus der kritischen Verarbeitung der Vergangenheit und einer nüchternen Einschätzung der Gegenwart hervorgingen, weil sie sich von Illusionen nährten, wie der von einem „krisenfest“ gewordenen Kapitalismus, von einer Öffnung, ja Ebnung des Weges zum Sozialismus durch ständige, fortschreitende Demokratisierung *innerhalb* des staatsmonopolistischen Kapitalismus mußten sie in relativ kurzer Zeit in eklatanten Widerspruch zur Wirklichkeit geraten.

Zwar wurde in den „Thesen“ größerer Nachdruck als in den früheren Parteidokumenten auf den Kampf gegen das Monopolkapital gelegt. Ihre Formulierungen ließen indes den falschen Schluß zu, daß es sich beim Monopolkapital so gut wie ausschließlich um Auslandskapital handle, zumal verbreitete Auffassungen, daß es in Österreich wegen der „besonderen Schwäche der Bourgeoisie“ gar kein Monopolkapital, auch kein Finanzkapital gäbe, nicht — wie durchaus möglich — anhand der Fakten, der Entwicklung widerlegt wurden.

Krasse Schwächen der theoretischen Arbeit der Partei äußerten sich darin, daß mittlerweile vorliegende internationale Untersuchungen über die Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitals — also die widersprüchliche Verflechtung der Macht von Staat und Monopolen — völlig unberücksichtigt blieben. Typisch dafür ist die Aussage der Thesen: Die wachsende Bedeutung staatlicher Eingriffe bezeuge, „daß der Kapitalist überflüssig geworden ist“.⁵⁰ Verkannt wurde das Wesentliche: Daß gerade wegen der historischen Überlebtheit des Kapitalismus der Übergang zum *staatsmonopolistischen* Kapitalismus erfolgte, zu ständigen staatlichen Eingriffen, zu neuen Instrumenten und Mechanismen für die Stabilisierung des Systems und die Profitmaximierung.

Besonders kraß äußerte sich diese Verkennung des Wesentlichen in der „Mitbestimmungsresolution“ des 19. Parteitags. An eine Erhöhung der Aufwendungen des Staats für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung, die dort mit Recht gefordert wurde, wurde die leichtgläubige Erwartung geknüpft, daß der Staat mit der Übernahme der sichtbaren Verantwortung „für die geistige und die materielle Gestaltung der Zukunft“ zugleich „dem freien Unternehmertum den Nimbus nimmt, Träger der schöpferischen Kräfte der Gesellschaft zu sein“.⁵¹ Hier hatte man es schon mit der These vom „klassenneutralen“ Staat zu tun. Noch mehr: Mit einer Ausprägung jener Technokratenmentalität, die für jene Träger der Sozialpartnerschaft, des Systems, typisch ist, die versichern, daß der Staat im Interesse der Arbeitenden „modernisiert“ und rationalisiert. Eine objektive Funktion des Revisionismus in der Partei bestand zu dieser Zeit in der Vermittlung des Einflusses dieser bürgerlichen Ideologie auf die Partei, durch ihre Einkleidung als „schöpferische Erneuerung des Marxismus“ als „konstruktive Alternative“.

Theoretische Fehleinschätzungen in Fragen von solchem Gewicht werden unweigerlich zu Fehlerquellen der praktischen Politik. Wird die Verquickung von Staat und Monopolen nicht beachtet, erscheint jede Erweiterung staatlicher Eingriffe, ja ausnahmslos jede gesetzlich fixierte Reform schon wie selbstverständlich als „Fortschritt“, auch wenn sie letztlich Bedürfnissen des Monopolkapitals dienen. Dabei rutscht man ab auf reformistische Positionen, verliert man das Bewußtsein für die Zweischneidigkeit fast aller Reformen im Kapitalismus. Blockiert wird dadurch auch das Vermögen, zwischen sozialdemokratischen Gegenreformern im Dienst des staatsmonopolistischen Kapitalismus und „klassischen Reformisten“ der Arbeiterbewegung zu unterscheiden, die sogar in scharfen Gegensatz zueinander geraten können.

Aus all diesen Gründen ergaben die „Thesen“ keineswegs eine antimonopolistische Orientierung. Von einer solchen kann nur die Rede sein, wo man den Gegner — die Vereinigung von Staat und Monopolen — als System begreift, ihn in seiner Gesamtheit, also einschließlich seiner Helfer, seines interessengebundenen Gefolges erfaßt und sich entschieden auf alle objektiv dem System entgegengesetzten Interessen und ihnen entsprechenden Bündnisse orientiert. Zwar wiesen die „Thesen“ auf die Sozialpartnerschaft als Haupthindernis für eine Entmachtung des Monopolkapitals hin. Aber wieder wurde diese Partnerschaft lediglich als „Form des Opportunismus in der Arbeiterklasse“⁵² charakterisiert. Ihre mittlerweile erfolgte Erweiterung zu einem alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche schon durchdringenden System, ihre Fast-Allgegenwart, wurde ignoriert. So kamen die konkreten Existenzbedingungen des Kapitalismus in Österreich kaum in den Gesichtskreis, seine konkrete Herrschaftsform, mit ihrer gerade für die Arbeiterbewegung folgenschweren, unmittelbaren und zeitweilig mittelbaren Einbin-

dung von Teilen der Arbeiterbewegung, vor allem des Gewerkschaftsbundes in Institutionen und Funktionen der Sicherung des Systems.

Die Proklamierung einer „umfassenden Mitbestimmung“ als Zwischenetappe auf dem Weg zum Sozialismus konnte, fern von den „sozialpartnerschaftlichen“ Realitäten, nichts als eine Gedankenkonstruktion sein. Wie weit sich die „Thesen“ von der Wirklichkeit des Kapitalismus, von bewährten, bewahrheiteten Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus entfernten, machten ihre Aussagen über „Sozialismus und Demokratie“ besonders deutlich. Dort hieß es: „In Österreich wird der Sozialismus zu den bereits bestehenden Freiheiten und Freizügigkeiten die neuen *hinzufügen*, die nur durch die Ausschaltung des Kapitals möglich sind.“⁵³ Diese Formulierung barg, wie sich in Bälde in folgenden Auseinandersetzungen erwies, eine grundfalsche Konzeption, die mit revolutionären Positionen unvereinbar ist.

Jeder Kommunist hat die moralische Pflicht, aus Verletzungen von Rechten und Gesetzen in sozialistischen Ländern, zu denen es in der Vergangenheit gekommen ist, Konsequenzen zu ziehen. Es trifft durchaus zu: Der Aufbau des Sozialismus unter neuen, international gewandelten Bedingungen kann keine bloße Wiederholung früherer, alter Erfahrungen sein, auch wenn hartnäckige Gesetzmäßigkeiten des Übergangs zu einer neuen Gesellschaft, ihres Aufbaus, unbedingt berücksichtigt werden müssen. Das Schädliche dieser in den „Thesen“ bezogenen Position bestand darin: Sie geriet in Widerspruch sowohl zu neuen Errungenschaften der sozialistischen Demokratie wie zu Erfordernissen des Kampfs für Demokratie im späten Monopolkapitalismus. Denn sie verwischten den qualitativen Unterschied zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie. Sie deuteten sozialistische Demokratie letztlich als bloße Verlängerung und Erweiterung der bürgerlichen Demokratie durch „Hinzufügung“ neuer Rechte. „Vergessen“ wurde dabei: Demokratie, im Klassenkampf geboren, bleibt in Klassengesellschaften eine Form der Klassenherrschaft, eine Waffe des Klassenkampfes. Auch *bürgerliche* Demokratie ist jenseits aller historischen Erweiterungen durch die Arbeiterbewegung nicht zuletzt eine Herrschaftsform der *bürgerlichen* Gesellschaft, und das besonders deutlich dort, wo die Arbeiterklasse das Kapital mit konsequentem Demokratismus bekämpft.

Der Kampf für Demokratie ist, wie Lenin immer wieder zu bedenken gab, unerläßlich für ein Heranführen von Massen an eine sozialistische Umwälzung. Eben weil diese — auch in der „besten“ bürgerlichen Demokratie — in ihren Rechten verkürzt, belogen, geprellt, betrogen, ja auf mannigfaltige Weise vergewaltigt werden. Erscheint sozialistische Demokratie — wie in den „Thesen“ — lediglich als Fortsetzung und Verlängerung bürgerlicher Demokratie, geht das Entscheidende verloren: daß Monopolkapitalismus — und noch mehr staatsmonopolistischer Kapitalismus — stets die Tendenz zur Entdemokratisierung in sich trägt; daß Rechte, Ansprüche gegen dieses System immer wieder geltend gemacht werden müssen, bis zu dem Punkt, wo

es gilt, einer qualitativ neuen Demokratie zuliebe das gesamte System zu überwinden. Revisionisten, die für die falschen Aussagen der „Thesen“ gesorgt hatten, waren weit von einem solchen antikapitalistisch-demokratischen Konzept entfernt. Kaum ein Jahr nach Veröffentlichung der „Thesen“ hielten sie schon den „Pluralismus“ der verlogenen zwieschlächtigen bürgerlichen Demokratie dem Sozialismus als nachzuahmendes Vorbild vor. Objektiv wurden sie damit sogar zu Hindernissen für einen konsequenten Kampf gegen die Entdemokratisierung im Kapitalismus.

Das Vorherrschen von Taktizismus in den „Thesen“ äußerte sich schließlich in der Behauptung: „In Österreich sind die objektiven Voraussetzungen günstig, um ... Etappenziele auf dem Weg zum Sozialismus, Nahziele der demokratischen Erneuerung zu verwirklichen.“⁵⁴ Es war eine platte Wiederholung des alten, schon vor Jahren vom ZK selbstkritisch festgehaltenen Fehlers, Fernziele als schon unmittelbar greifbare auszugeben.

Gleichsam als Nachspiel zum 19. Parteitag machte der revisionistische Flügel unmißverständlich klar, daß es ihm um weit mehr ging als um das von Friedl Fürnberg und dem neuen Vorsitzenden Franz Muhri angestrebte Bemühen um ein „Neubeginnen“. Wieder war es Ernst Fischer, der, längst gewohnt, ohne irgendwelche Konsequenzen für ihn, sich bei Auftritten in Medien des Gegners über Beschlüsse der Partei hinwegzusetzen, am 21. Juli 1966 in einer Sendung des westdeutschen Fernsehens mit dem Titel „Volksfront“ eine Polemik gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eröffnete. Er verfocht darin seine schon bekannte Auffassung, daß Wahrheitsfindung mit Klassenstandpunkt nichts zu tun habe. Er unterstellte der SED, weil sie es auch in dieser Frage mit dem Marxismus hielt, „sturen Dogmatismus“⁵⁵. Als jüngstes Ergebnis seiner „Weiterentwicklung“ verkündete er die Einsicht, daß die Zukunft in den Händen der Intelligenz schlechthin liege. Dieser Angriff auf eine Bruderpartei, der ganz ins antikommunistische Konzept der „ideologischen Aushöhlung“ paßte, rief im Zentralkomitee der Partei eine erregte Diskussion hervor. Der Berichterstatter des Politbüros, Alfred Ruschitzka, begnügte sich mit der Klarstellung, daß es verfehlt wäre, die Intellektuellen als einheitliche, über den Klassen stehende Schicht aufzufassen. Im übrigen sei das Politbüro aber der Meinung, daß sich „die Frage einer Klassenwahrheit nicht mit einer Ja-Nein-Gegenüberstellung beantworten“⁵⁶ ließe. Das Politbüro stellte sich damit das Zeugnis aus, in prinzipiellen Fragen schon unfähig zu Entscheidungen und folgerichtigem Handeln zu sein. Lediglich Genosse Scharf distanzierte sich davon. In einem Brief an das Politische Büro verwies er auf die Zusammenhänge von Klasseninteressen, Erkenntnis und Wahrheit. Er übernahm seine Argumentation in die 1968 erschienene Broschüre „Lob der Ideologie“. Dort wurden, gegen Auffassungen Ernst Fischers polemisierend, auch die Thematik: friedliche Koexistenz und „ideologische Koexistenz“, sowie Probleme der verschiedenen Inhalte des Begriffs Demokratie behandelt. Auf ihre Weise konsequent,

trachteten die Revisionisten, sogar diesen Vorfall für die angestrebte Distanzierung von den sozialistischen Ländern zu nutzen. Als die SED auf die öffentlichen Angriffe Ernst Fischers, für die er das westdeutsche Fernsehen benutzt hatte, ebenfalls öffentlich — in einem Artikel im „Neuen Deutschland“ am 23. Juli 1966 — antwortete, entrüsteten sich seine Freunde über eine „Einmischung der SED“.

Welche Mobilisierungskraft Kommunisten bei der Verfolgung klar erkannter Ziele aufbringen können, bewies zur Zeit der fortschreitenden Zerrüttung in der Parteiführung der Abwehrkampf der Arbeiter und Angestellten des verstaatlichten Raxwerkes Wiener Neustadt im Dezember 1965. Dieser Betrieb mit einer großen kämpferischen Tradition der Arbeiterbewegung — von ihm nahm der große, gegen den imperialistischen Krieg gerichtete Jännerstreik 1918 seinen Ausgang, ebenso der Oktoberstreik 1950 im niederösterreichischen Raum — war der Reaktion, den „Sozialpartnern“ stets ein Dorn im Auge. Galt er ja als „kommunistische Hochburg“. Als ehemaliger deutscher Rüstungsbetrieb — unter anderem war dort die „Wunderwaffe“ V 2 erzeugt worden — standen die Raxwerke jahrelang unter sowjetischer Verwaltung. Mit der Übernahme durch die staatlichen Simmering-Graz-Pauker-Werke im Jahr 1955 sollte die erste Abrechnung erfolgen. Doch die geplante Streichung der höheren Löhne und sozialen Leistungen konnte durch einheitliche Streiks ebenso abgewehrt werden wie drei Jahre später die geplante Kündigung von 200 Arbeitern. Die Entstaatlicher der ÖVP — mit ausdrücklicher Zustimmung der SPÖ im zuständigen „15er-Ausschuß“ — wendeten Jahre auf, um die Raxwerke „sturmreif“ zu machen. Durch Verweigerung von Aufträgen, durch zusätzliche Belastungen des Betriebs, durch finanzielles Aushungern, bis schließlich die Freigabe zum Verkauf des verstaatlichten Betriebs an einen privaten, von der ÖVP begünstigten Kugellagerfabrikanten erfolgte. Mit seltener Entschlossenheit und selten angewandten Kampfmethoden — einer mehr als eine Woche währenden ständigen Betriebsbesetzung durch die gesamte Belegschaft, durch Hungerstreik, durch einen Marsch der Kinder und der Frauen der Streikenden in das schon weihnachtlich geschmückte Wiener Neustadt — gelang es, eine Solidarisierung des Gemeinderats, des Bezirksausschusses des Gewerkschaftsbundes zu erreichen. Einheitlich wurde der Kampf vor Weihnachten unterbrochen — nach Zusage eines außerordentlichen bezahlten Urlaubs. Und wieder — wie beim Oktoberstreik — erwies sich das letzten Endes als ausschlaggebend für den Verlauf des Kampfes. Der Verkauf kam nicht zustande. Das Werk wurde geschlossen. „Wer steckt schließlich schon hart erarbeitetes Kapital in Unternehmen, in denen nicht der Direktor, sondern der Mann an der Drehbank bestimmt, was zu geschehen hat?“ schrieb unverblümt das Industriellenorgan „Die Presse“⁵⁷. Jahrzehntlang blieben die Werkhallen — sie gehörten zu den größten Mitteleuropas — still, verlassen. Als Symbol eines „Sieges“ von Entstaatlichern.

Die Verstaatlichte

	1946 bis 1956 (I. Verstaatlichungsgesetz vom 26. 7. 1946/BGBl. 168/1946)	1956 bis 1959 (Bundesgesetz vom 11. 7. 1956/BGBl. 134/1956)	1959 bis 1967 (Bundesgesetz vom 22. 7. 1959/BGBl. 173/1959)
Eigentumsverhältnis	Betriebe, Unternehmen sowie Anteilsrechte im Eigentum der Republik Österreich	Anteilsrechte gehen an IBV (Industrie- und Bergbau-Verwaltungs-GmbH, gegr. 2. 8. 1956) über	Auflösung der IBV, Anteilsrechte zurück an Republik
Ausübung der Eigentumsrechte	Verwaltung durch Ministerium: 1946 bis Nov. 1949: Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung; Nov. 1949 bis 1956 (Bundesgesetz vom 16. 12. 1949/BGBl. 24/1950): Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe (Banken gehen an Finanzministerium)	Aufgaben auf Grund des 1. Vstg. werden auf Bundesregierung übertragen, die den Bund in der Generalversammlung des IBV vertritt	Aufgaben auf Grund des 1. Vstg. gehen an Bundeskanzleramt über (Sektion IV), nach der Nationalratswahl 1966 für kurze Zeit auf das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmen
Aufgabenstellung für die Verstaatlichte	Ministerium hat „unter dem Gesichtspunkt der zusammenfassenden Wirtschaftsplanung und -lenkung Anteilsrechte auszuüben und die Unternehmen und Betriebe zu verwalten“ (1. Vstg.) — (ab 1949 nicht mehr für Banken)	Keine eigenen Bestimmungen über die Aufgaben	Wie von 1949 bis 1956
Möglichkeiten der Reprivatisierung	Veräußerung durch Ministerium möglich mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats, „sofern es mit dem Staatsinteresse vereinbar ist“ (1. Vstg.)	Veräußerung: IBV-Generalversammlung stellt Antrag an Hauptausschuß des Nationalrats	Beschluß über Veräußerung einer Konzernunternehmung oder Zweigniederlassung der v. U. bedarf Genehmigung durch Bundesregierung. Dasselbe gilt auch für andere Beschlüsse der Organe der v. U. (z. B. Verschmelzung, Satzungsänderungen, Wahl und Abberufung eines Aufsichtsrates einer AG usw.)
Verwendung der Erträge	Eingänge aus verstaatlichten Unternehmen (im folgenden: v. U.) sind – soweit sie nicht für Entschädigungen verwendet werden – einem <i>Investitionsfonds</i> für v. U. zuzuweisen, der vom Ministerium zu verwalten ist (1. Vstg.)	Über Gewinnverteilung und Kapitalerhöhung entscheidet der Aufsichtsrat (aus Regierungsmitgliedern bzw. deren Vertretern zusammengesetzt) der IBV	Beim Bundeskanzleramt wird ein Investitionsfonds errichtet: 75% der Ausschüttungen fließen ihm zu, 25% dem Finanzministerium für allgemeine Haushaltsaufgaben
Bestellung der Unternehmensleitung		Bestellung von Organen der IBV: Kräfteverhältnis und Vorschläge der im Nationalrat vertretenen Parteien berücksichtigen	
Rechte der ÖIG, ÖIAG, ÖIAG-Holding			

Industrie Österreichs

1967 bis 1969 (ÖIG-Gesetz vom 16. 12. 1966/BGBl. 23/1967)	1970 bis 1986 (ÖIG-Gesetznovelle vom 21. 1. 1970/BGBl. 47/1970)	Ab 1986 (ÖIAG-Gesetz vom 4. 4. 1986/BGBl. 204/1986)
ÖIG (Österreichische Industrieverwaltungs-GmbH, gegr. 31. 3. 1967) übt treuhändig Anteilsrechte des Bundes aus	Anteilsrechte gehen an ÖIAG über, die sie treuhändig verwaltet	Die ÖIAG wird in „Österreichische Industrieholding AG“ umbenannt, diese ist Eigentümerin der Anteilsrechte an v. U.
Bund ist in Generalversammlung der ÖIG durch Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmen vertreten	Bund ist in Hauptversammlung der ÖIAG durch Bundeskanzler vertreten, ab 1. 1. 1985 durch Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	Bund als Aktionär in HV vertreten durch Min. f. öffentl. Wirtschaft und Verkehr (nach Aktiengesetz)
Anteilsrechte sind so auszuüben, wie es das „Wohl dieser Gesellschaften (= die Verstaatlichte), unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter und der Arbeitnehmer dieser Gesellschaften sowie der gesamten Volkswirtschaft erfordert. Bund hat auch Koordinierungsauftrag	Wie 1967 bis 1969 (ÖIG-Gesetz)	Kein eigener Auftrag, Aktiengesetz gültig
Generalversammlung der ÖIG stellt Anträge über Veräußerung der v. U. an Hauptausschuß des Nationalrats. Konzernunternehmen und Zweigniederlassungen der v. U. können mit Zustimmung der ÖIG veräußert werden	Veräußerung von v. U. bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des NR, über Antrag des Bundes als Aktionär in der Hauptversammlung. Bei Veräußerungen von Konzernunternehmen der v. U. ist Zustimmung des Hauptausschusses nötig, wenn staatl. Anteil unter 51% sinkt	„Anteile am Grundkapital der ÖIAG bleiben dem Bund vorbehalten“, Rechte des Hauptausschusses des Nationalrats bleiben
Gewinnverteilung der v. U. wird mit einfacher Aufsichtsratsmehrheit der ÖIG beschlossen	Gewinnverteilung der v. U.: einfache Aufsichtsratsmehrheit der ÖIAG	Aktienrecht
Bestellung d. ÖIG-Organen: für Aufsichtsrat ist vorherige Zustimmung der Bundesregierung erforderlich. Zustimmung zur ÖIG-Geschäftsführung durch Bundesreg. erforderlich; Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder: Kräfteverhältnis und Vorschläge der im Nationalrat vertretenen Parteien sind zu berücksichtigen	Wie 1967 bis 1969 (ÖIG-Gesetz), außer: Zustimmung zur ÖIAG-Geschäftsführung durch Bundesregierung nicht mehr erforderlich (ÖIAG-Geschäftsführung wird von ÖIAG-Aufsichtsrat bestellt)	Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder durch zuständigen Minister (außer zwei Belegschaftsvertreter, die vom Österreichischen Arbeiterkammertag ernannt werden); Regierung und Hauptausschuß nehmen „zur Kenntnis“; Proporzberücksichtigung fällt
ÖIG bestimmt teilweise Geschäftspolitik und Organe der v. U.	ÖIAG bestimmt teilweise Geschäftspolitik und Organe der v. U.	ÖIAG und v. U. werden Konzern. ÖIAG bestimmt in v. U. nach Aktienrecht (Weisungsrecht)

Die verhängnisvolle „Wahlempfehlung“

Die Nationalratswahl vom März 1966 brachte der Volkspartei die absolute Mehrheit und im Gefolge das Ende der langwährenden „großen Koalition“. In der Folgezeit bewies die Volkspartei durch die Beschließung oder Novellierung von Gesetzen ihre enge Verbundenheit mit Kapital, Aktien- und Zinshausbesitzern, ihr gespanntes Verhältnis zur verstaatlichten Industrie. Doch die später folgende lange Periode einer Alleinregierung der SP bietet so manches an Steuer-, Aktien-, Bank- und Mietrechtsgesetzen, vom Ausbau einer Kaderarmee gar nicht zu reden, das Interessen der Bevölkerung nicht weniger betrifft. Freilich entsprach all das nicht den Absichten, Wünschen oder Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die diese SP-Regierung gewählt hatte, sondern Interessen der Kapitalisten oder sogar nur Fraktionen von ihnen.

Die VP-Alleinregierung brachte neue Akzente, aber keinen radikalen Rechtsruck, wie fälschlich vorausgesagt worden war. Wohl aber zogen die Empfehlung der Kommunistischen Partei, für die SPÖ zu stimmen, und der Verzicht auf die Eigenkandidatur mit Ausnahme des Wahlkreises IV (Floridsdorf, Brigittenau, Leopoldstadt) den schwersten Rückschlag bei den Wählern für die Partei, den Verlust zehntausender Parteilooser, Sympathisanten und oppositioneller Sozialisten als Wähler nach sich. Aus der Empfehlung, zur „Abwehr der Reaktion“, eines „radikalen Rechtsrucks“, die SPÖ zu unterstützen, wurde für lange Zeit ein Argument für die SPÖ, um von oppositionell Gesinnten wenigstens die Stimme, wenn auch nicht Zustimmung zu bekommen.

Es besteht die irrige Meinung, die Partei hätte ihre schwersten Wählerverluste nach der Krise in der ČSSR erlitten. Der tiefste, schmerzlichste Einschnitt erfolgte indessen schon früher. Noch lange vor diesen Ereignissen unmittelbar im Gefolge der „Wahlempfehlung“, büßte die Kommunistische Partei bei der Gemeinderatswahl in Klagenfurt und bei der Landtagswahl in Oberösterreich (beide im Oktober 1967) 41 beziehungsweise 57% ihrer Stimmen ein, bei der Landtagswahl im Burgenland im März 1968 42% der Stimmen.

Der Verzicht darauf, in einer Situation des Zerfalls der „großen Koalition“ mit alternativen Positionen aufzutreten, war nur eine logische Schlußfolgerung aus der „Neuorientierung“ des 19. Parteitags. Freilich läßt diese Logik sich weiter zurückverfolgen: bis zu den vom 18. Parteitag als „katastrophal“ verurteilten Frischauer-Thesen, daß es vor allem gelte, die ÖVP zu schlagen und dafür auch die Unterstützung einer antikommunistischen SP notwendig ja nützlich sei. Die Einschätzung der Mehrheit des Politbüros, daß in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in der ÖVP eine „Machtergreifung der Rechtsextremisten“ erfolgt sei, daß in der Sozialistischen Partei hingegen eine unaufhaltsame Linksentwicklung vor sich gehe, die beschleunigt wer-

den könne, die gefördert werden müsse — sie wirkte dahin, ein Alternativschema als plausibel erscheinen zu lassen: Entweder Unterstützung der SPÖ zur Erhaltung der „großen Koalition“, in der der rechte Flügel der ÖVP gezähmt, ja vielleicht sogar isoliert werden könne. Oder ein unvergleichlich größeres Übel — Rechtsextremismus an der Macht.

Als Ende Oktober 1965 die brüchig gewordene Koalition zerfiel, als die Regierung wegen nicht rechtzeitiger Verabschiedung des Budgets 1966 demissionierte, unternahm der revisionistische Flügel Vorstöße im Politbüro, um einen totalen Kandidaturverzicht der Partei bei den Neuwahlen zu erreichen. Einerseits wurden aus den Forderungen der ÖVP nach neuen Formen des Regierens Gefahren eines „drastischen Rechtsrucks“ abgeleitet und dramatisiert. Andererseits wurden kurzfristige taktische Verhaltensweisen der SP-Spitze weit überschätzt, so daß die SP als grundverschiedene Alternative zur VP, ja eine Beibehaltung der VP-SP-Koalition als „bessere Lösung“ gegenüber einem „Bürgerblock“ erscheinen mußte („Wir glauben, daß die Lösung der politischen Krise nicht in der Beseitigung der großen Koalition als Form des Regierens liegt...“).⁵⁸

In Hinblick auf den in der Partei zu erwartenden heftigen Widerstand wurden den Plenartagungen des Zentralkomitees 1965 zwei Varianten vorgelegt: Verzicht auf eine Kandidatur mit Ausnahme des Wahlkreises IV oder Verzicht in sämtlichen Wahlkreisen. Dennoch stimmten sechs Mitglieder des ZK für eine Kandidatur in *allen* Wahlkreisen. Im Schlußwort vertrat Friedl Fürberg die Auffassung, daß die Orientierung auf Unterstützung der Sozialistischen Partei bei gleichzeitiger Kandidatur der KPÖ in bloß einem Wahlkreis im politischen Effekt auf das gleiche hinauslaufe wie ein Gesamtverzicht, was hinsichtlich der später eingetretenen negativen Folgen nicht zu bestreiten ist.

Bis zur folgenden Parteikonferenz am 9. Jänner 1966 agitierten „Volksstimme“ und „Weg und Ziel“ vehement, um eine Annahme des Kompromisses zu sichern. Vor allem mit den Argumenten, eine Wahlempfehlung für die SPÖ würde einen „qualitativ neuen Schritt“ im Verhältnis zu ihr bedeuten, mit der Wahlempfehlung für sie würde man von „bloßer Wahlagitation“ dazu übergehen, „bei Wahlen Politik zu machen“. Begleitet wurde dies von düsteren Prognosen einer „reaktionären Offensive“ im Fall einer ÖVP-Mehrheit. Die Parteikonferenz akzeptierte schließlich mit 752 Stimmen bei 31 Gegenstimmen und zehn Enthaltungen die Wahlempfehlung für die SPÖ, nachdem auch der Ehrenvorsitzende Kopenig dafür eingetreten war. Die Diskussion hatte freilich keine Zweifel über die Tiefe des Unbehagens, über die Entschiedenheit der Vorbehalte in einem Großteil der Partei gelassen.

Die Folgen des Verzichts waren — wie auf dem 18. Parteitag vorausgesehen — verhängnisvoll. Weder konnte die absolute Mehrheit der ÖVP verhindert werden (85 Mandate der ÖVP, 74 der SPÖ, 6 der FPÖ). Noch gingen die Erwartungen in Erfüllung, die Empfehlung für die SPÖ würde von den

Sozialisten „honoriert“ werden und der Partei zur Erringung eines Grundmandats im Wahlkreis IV, also wieder zum Einzug ins Parlament, verhelfen. Von der SP-Führung wurde diese Unterstützung quittiert: hinterdrein mit dem Argument, daß eine Partei, die bei einer Nationalratswahl nicht kandidiere, nicht an ihre eigene Existenzberechtigung glaube.

Bitterer als dieser Hohn war der politische Schaden. Jahrzehntlang, unter ungünstigen Verhältnissen, hatten sich zehntausende Aktivisten und Aktivistinnen bemüht, Parteilose, Sozialisten davon zu überzeugen, daß keine Stimme für Kommunisten verloren sei; daß die Stärkung der einzigen konsequent oppositionellen Kraft und gesellschaftspolitischen Alternative immer ihren Sinn für jene haben muß, deren Interessen auf Widerstand gegen die Herrschenden angewiesen sind. Mit einem Schlag verlor die Kommunistische Partei einen beträchtlichen Teil ihrer Stammwähler, weil sie selbst die Sozialistische Partei fälschlich als „die Alternative“ dargestellt hatte.

Schon im Februar 1967, nach der Wahlniederlage der SPÖ, wurde Pittermann als Parteivorsitzender von Bruno Kreisky abgelöst, der bis zuletzt so gut wie bedingungslos eine Koalition mit der Volkspartei gesucht hatte, um eine angeblich drohende „Überbelastung“, eine befürchtete Erschütterung des Systems, einen „Rückfall in die Wirren“ der Ersten Republik zu vermeiden. Wenige Jahre später folgte seine „Eisenstädter Erklärung“ im Namen der Sozialistischen Partei, die verleumderisch, wider besseres, mit Blut erworbenes Wissen Kommunisten und Faschisten gleichstellt und jede Zusammenarbeit mit Kommunisten unter Androhung von Sanktionen verbietet.

So mußte schon innerhalb kürzester Zeit diese politische Niederlage der Partei, die unvergleichlich ernster als irgendein schwerer Rückschlag bei Wahlen war, in der Partei weithin eine Diskreditierung der „Neuorientierung“ des 19. Parteitags zur Folge haben. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung stellt sich die Frage: Ist ein Kandidaturverzicht grundsätzlich falsch? Wenn nicht, warum war es gerade dieser? Es gibt keinen Grundsatz, der unter allen Umständen eine Kandidatur der Partei vorschreibt. Schon deshalb nicht, weil es unmöglich ist, die Mannigfaltigkeit aller erdenklichen und tatsächlichen politischen Konstellationen vorauszusehen, all den Möglichkeiten und Erfordernissen von Bündnissen, eines Einwirkens auf das politische Geschehen mit einem einzigen Grundsatz gerecht zu werden. Unabdingbar bei allen Erwägungen über Eigenkandidaturen, Wahlbündnisse oder Wahlempfehlungen ist nur eines: Sie müssen aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit, aus ihren Widersprüchen, nicht aus irgendwelchen taktischen „Finessen“ abgeleitet werden. Sie dürfen nicht dem grundsätzlichen Ziel zuwiderlaufen, auf lange Sicht politische Bündnisse für gemeinsame Forderungen, schließlich für tiefgreifende Änderungen bis zur Umwälzung der Gesellschaft aufzubauen.

Die „Wahlempfehlung“ war grundsätzlich falsch, weil sie von der

Annahme ausging, ja suggerierte, es käme darauf an, bei der Sozialistischen Partei „anzuschieben“, als ob die Richtung, in der sie ging, schon die richtige gewesen wäre. Diese Empfehlung war grundsätzlich falsch, weil ihr eine wirklichkeitsferne Einschätzung der innenpolitischen Realitäten zugrundelag. Die Entfremdung, der Zwist zwischen den Parteien der „großen Koalition“ war selbstverständlich real, aber bloß ein Teil der Wirklichkeit. Dem Auseinanderstreben auf der Ebene der Parteien, der Zersetzung, dem Zerfall der Koalition stand ein entgegengesetzter Prozeß gegenüber: das Zusammenrücken, das Zusammenwirken auf der Ebene der Verbände, deren „stille Koalition“ im Rahmen der „Sozialpartnerschaft“. Die beabsichtigte Unterstützung erfolgte faktisch für eine SP, die zur Absicherung der „stillen Koalition“, der Partnerschaft mit dem Kapital, fast bedingungslos die „große Koalition“ in der Regierung wünschte, ja — so wie Kreisky geraume Zeit — für unentbehrlich hielt.

Innerparteiliche Demokratie und Kampfkraft

Der Beschluß für die Wahlempfehlung erfolgte nicht durch das Zentralkomitee, sondern angesichts der Meinungsverschiedenheiten durch eine Delegiertenkonferenz der Partei. Gerade deshalb rollt er auch Fragen der Meinungsbildung innerhalb der Partei auf.

Was immer Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung ihr seit ihrer Entstehung unterstellen, es gibt triftige, nur bei höchsten Strafen zu ignorierende Gründe für eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, stets unvergleichlich demokratischer zu sein als jede andere des politischen Systems bürgerlicher Staaten. Der Kampf für demokratische Rechte in der Gesellschaft entscheidet in beträchtlichem Maß über Gunst oder Ungunst der Kampfbedingungen. Entdemokratisierung in unzähligen Varianten ist eine der wichtigsten Waffen des Gegners. Ein zweiter Grund: Eine revolutionäre Partei, stets von Gegnern bedrängt, ist unweigerlich mehr denn jede andere auf Einsatz, auf Risiko- und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, die ihrerseits vom Grad der Überzeugtheit abhängen, ja immer von neuem ein Überzeugtwerden verlangen. Ohne die Bereitschaft Tausender, Äußerstes zu wagen, hätte die KPÖ in der „Zeit ohne Gnade“ nie das unbeugsame Rückgrat der Widerstandsbewegung sein können. Doch schon der Übergang zur Legalität mit der Befreiung vom Faschismus brachte komplizierte Probleme mit sich. Wer sich unter Bedingungen der Gestapo-Verfolgung an die Buchstaben des Statuts gehalten hätte, der hätte sich noch verwundbarer gemacht, hätte noch dem Todfeind einen Dienst erwiesen. Die Anpassung an neue Verhältnisse, die nötige Neugewichtung der Beziehungen im „demokratischen Zentralismus“ zwischen demokratischem Prinzip und Zentralismus wurden 1945 in der KPÖ, aber auch in den folgenden Jahren erschwert:

Einerseits durch die Dezimierung erfahrener Kader im illegalen, im bewaffneten Kampf. Andererseits durch den Zustrom Zehntausender, die noch nicht erkannt hatten, was eine kommunistische Partei an demokratischer Meinungsbildung braucht, um ihr Bestes geben zu können.

In den Jahren des kalten Kriegs, der Diffamierung der österreichischen Kommunisten als „Usiaten“, als „Agenten“, der täglichen Beschimpfung und Repressalien, wurde oft die Geduld von Genossen, zuweilen auch das Vermögen, zwischen feindlichen Positionen und bloßen Vorurteilen zu unterscheiden, überfordert. Rabiaten Versuchen zur Verleumdung des realen Sozialismus im kalten Krieg begegneten Kommunisten mit leidenschaftlicher Solidarisierung, ja zuweilen mit einer Identifizierung — auch mit Fehlern und Mißständen, zumal die Auffassung vorherrschte, der Aufstieg des neuen Sozialismus werde schnurgerade, unbeirrbar durch eigene Irrtümer erfolgen. Umringt, bestürmt von Gegnern in vielen Farben, kam es dazu, daß auch Probleme, von Feinden aufgerollt, zuweilen selber als „feindlich“ betrachtet wurden. Unter Bedingungen der Isolierung, einer gehässigen Umwelt wurde mitunter schon ein Geltendmachen objektiver Widersprüche, ein gebotener Verweis auf bestimmte unerfreuliche Züge der Realität, auch im Sozialismus als grundsätzlicher Widerspruch, als „Abweichung“ oder gar Verrat mißverstanden.

Wie überall in der Geschichte gibt es auch in der Geschichte von Parteien zwar durch vorgegebene Verhältnisse bedingte, aber keineswegs unvermeidlich vorherbestimmte Fehler. Wären Fehler nicht bloß bedingt, sondern unausweichlich verursacht, dann ließe sich nichts aus ihnen lernen. Negativ auf die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie wirkten nicht irgendwelche Vorsätze, sie einzuschränken. Schädlich war die „Festungsmentalität“, die dadurch geförderte falsche Selbstdisziplinierung, berechnete Fragen überhaupt nicht zu stellen. Noch folgenschwerer war ein „Paternalismus“ der Parteiführung, eine „Väterlichkeit“, die sich in einer Unterschätzung der Urteilskraft von Mitgliedern äußerte, in der Angst, sie mit der ungeschminkten Wahrheit über die Schwierigkeit der Situation, über die Länge der Perspektiven zu erschrecken, zu verstören. Die ständige Sorge um die Einheit der Partei war angesichts der unablässigen Bemühungen der Gegner, in sie hineinzuwirken, sie zu schwächen und womöglich zu spalten, durchaus berechtigt. Im Verein mit diesem „Paternalismus“ bewirkte sie jedoch, daß die oberste Parteiführung interne Differenzen sogar vor dem Zentralkomitee verheimlichte oder in diplomatische, kaum zu entschlüsselnde Formulierungen verpackte. Das hatte zum Beispiel zur Folge, daß 1970 in der Auseinandersetzung über den Ausschluß Ernst Fischers nicht einmal viele Funktionäre wußten, daß er schon 1956 im Verlauf der Ungarn-Krise nicht bloß geschwankt, sondern auch Beschlüsse und Normen der Partei verletzt hatte.

Eng verknüpft mit diesen Sorgen, mit verkrampften Haltungen aus der

Periode des „Personenkults“ war die Abneigung, bei schwierigen Entscheidungen die Kader, die Organisationen zugleich mit dem „Für“ auch mit den wichtigsten Gründen für ein mögliches „Anders“ vertraut zu machen. Natürlich würde eine Parteiführung faktisch abdanken, die die Verantwortung für Entscheidungen auf andere Foren abwälzt, die darauf verzichtet, einer von möglichen Varianten den Vorzug, also eine Orientierung, zu geben. Aber auch die beste und richtigste Entscheidung kann nicht sämtliche Momente der Lage, ihrer Änderung, sei es durch den Gegner, sei es durch die eigene Aktion, erfassen. Folglich hängt die Möglichkeit, Fehlerhaftes an im Grunde richtigen Entscheidungen zu korrigieren und Richtiges an im Grunde Falschem in Rechnung zu stellen, nicht zuletzt davon ab, was an Argumenten, an Gesichtspunkten zu einer optimalen Erfassung der Wirklichkeit eingebracht wird. Erlangt Taktik Vorrang vor Grundsätzlichem, dann muß unweigerlich die Erfassung auch nur der wesentlichen Momente der Wirklichkeit schon zu kurz kommen.

Ein Beispiel dafür bot der 19. Parteitag. In den Thesen wurde peinlich vermieden, von einer führenden Rolle der Partei auf dem Weg zum Sozialismus zu sprechen. Zunächst, weil die Revisionisten sie wirklich für überflüssig hielten. Aber auch, weil andere davor zurückscheuten, in dieser „unpopulären“ Frage eine Auseinandersetzung zu führen, die Dinge beim Namen zu nennen. So ist in den Thesen des 19. Parteitags lediglich noch von der „Führung durch ein Bündnis“ die Rede. Nun zeigt aber die Geschichte — auch die Österreichs — sehr eindringlich, daß ohne führende Rolle einer revolutionären Partei Revolutionen sogar dort mißlingen oder unterbleiben, wo — wie 1918, 1919 — „die Macht auf der Straße liegt“. Der entgegengesetzte Fehler besteht darin, sich eine Führungsrolle anzumaßen, ohne sie erfüllen, ohne andere überzeugen oder mitreißen zu können. Ohne diese Fähigkeit bleibt jeder Führungsanspruch eine hohle Floskel, auch wenn dieses Prinzip seine unabdingbare Berechtigung hat. Es gibt keine Führungsrolle „an sich“. Aber ohne führende Kraft kann keine an sich uneinheitliche Bewegung je zu dem möglichen Ziel gelangen.

Zu behaupten, daß in einem Bündnis von Gleichberechtigten eine Führung unzulässig oder überflüssig sei, ist so absurd wie die Meinung, daß die Führung einer Partei nicht führen müsse, ja es gar nicht dürfe. Weiter sehen, die ausschlaggebenden, in die Zukunft weisenden Zusammenhänge tiefer zu erfassen als andere, zielstrebig, disziplinierter, energischer als andere dank einer fundierten Strategie zu handeln als andere — das sind Grundvoraussetzungen dafür, um unter Bedingungen der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung führen zu können. Niemand kann von allen Mitgliedern verlangen, daß sie all die Informationen kennen, verarbeiten, selber die Analysen vornehmen, die für die Partei unentbehrlich sind, um auch nur annähernd die wichtigsten richtungweisenden Triebkräfte der Gesellschaft zu erfassen, sie zu einer Strategie zu verarbeiten. Aber jede revolutionäre

Strategie, mag sie die allgemeinen Züge der Gesellschaft noch so richtig erfassen, wird gesellschaftspolitisch unwirksam bleiben, solange sie nicht durch Diskussion und Aktion, durch Erfahrung und Überzeugung zur Richtschnur fürs Denken und Handeln von Massen wird, nicht ihren Reichtum an Erfahrungen, Einfällen, Einsichten und Bedürfnissen einbezieht.

Im Fall der Wahlempfehlung war die Einschätzung der wichtigsten Entwicklungstendenzen der Gesellschaft falsch gewesen. Bedenken wurden auf dem Weg der Überredung, nicht der Überzeugung überwunden, mit Argumenten, die sich schließlich als einseitig, als falsch erwiesen; durch den massiven Einsatz der Autorität der Parteiführung. Darum wurde sie in der Folge empfindlich geschmälert.

Politischer Kampf um Organisationsfragen

Rechtsopportunistischen Auffassungen auf organisatorisch-politischem Gebiet wurden erst relativ später offen vertreten, dann aber umso heftiger, etwa in der These, der demokratische Zentralismus habe sich überlebt. Doch sie hatten schon vorher ernste Auswirkungen. Zunächst in einer Abwertung der Grundorganisationen. Später zielten sie sogar auf deren Liquidierung. Begünstigt wurde die fehlerhafte Entwicklung durch etliche Faktoren: 1945 stellte der Zustrom Tausender zur Partei vor die Notwendigkeit, sich über Charakter und Organisationssystem der Partei klar zu werden. Anstelle einer prinzipiellen Lösung erfolgte eine pragmatische. Hinsichtlich der Alternativen des Orgsystems — Zellensystem oder Sektionssystem — fiel die Entscheidung zugunsten der Sektion, um an Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung anzuknüpfen. Von Anfang an gab es Widerstände gegen die Betriebsorganisationen, die in der sozialdemokratischen Tradition keine Entsprechung hatten. In einer marxistisch-leninistischen Partei ist das Netz der Grundorganisationen die entscheidende Basis für den Kampf, für die Massenverbindungen der Partei. Nur über sie kann die Partei eine Vielzahl von Kontakten auf breiter Basis herstellen und ständig aufrechterhalten. Aktive, das Parteilieben bestimmende Grundorganisationen sind in hohem Maß bestimmend für die innerparteiliche Demokratie. Nur über sie können viele Mitglieder die Politik der Gesamtpartei beeinflussen, mitentscheiden durch Einbringung ihrer Erfahrungen. Andererseits gibt es nur über aktive Grundorganisationen die Möglichkeit, der Verpflichtung zur aktiven Teilnahme möglichst jedes Mitglieds am Kampf, zur Weiterentwicklung des politischen Wissens nachzukommen. Die besondere Bedeutung der Grundorganisation der Partei in den Betrieben ergibt sich neben dem schon Angeführten daraus, daß nur die Existenz aktiver Parteigruppen der angesichts der Stärke der Sozialdemokratie besonders großen Gefahr entgegenwirken kann, sich in der praktischen Tätigkeit auf ökonomische Forderungen zu beschränken, im Ökonomismus zu versacken.

Kennzeichnend für alle rechtsopportunistischen Angriffe — die Zeit der akuten Parteikrise ausgenommen — gegen die Grundorganisationen waren Berufungen auf die „objektive Lage“, auf die unleugbar großen Schwierigkeiten, Grundorganisationen in Betrieben wie in Wohngebieten zu sichern, die auch nur annähernd den Erfordernissen einer Partei neuen Typs entsprechen. Nun verlor die Partei auf Grund der politischen Entwicklung von Mitte der fünfziger Jahre bis Mitte der sechziger Jahre und ihrer Fehler nicht nur beträchtlich an politischem Einfluß, sondern auch eine verhältnismäßig große Zahl von Mitgliedern. Dazu kam die zu dieser Zeit wirksam werdende Überalterung der Kernschichten, die meist nach 1934 als relativ junge, höchst aktive, einsatz- und opferbereite Menschen zur Partei gestoßen waren. Besonders nachteilig wirkten sich in einer Reihe von Betrieben die Verfolgungen, die Entlassungen, die Einschüchterungen von Kommunisten aus. Die Repressalien beschränkten sich keineswegs auf die beiden großen Wellen nach Oktoberstreik und Staatsvertrag. In privaten, aber noch mehr in verstaatlichten Betrieben ohne starke Verankerung von Kommunisten wurde systematisch — brutal oder abgefeimt, verschlagen — Kurs auf Ausschaltung jener genommen, von denen eine Störung des Sozialpartnerschaftsklimas zu befürchten war. In dieser gegebenen politischen Situation wurde es tatsächlich schwerer, die erforderliche Zahl von Genossinnen und Genossen für aktive Leitungsarbeit zu gewinnen, um das politische Leben der Grundorganisationen zu sichern. Eine Umstrukturierung von Wohnorganisationen — der Übergang von Sektionen zu Gebieten — in Wien und einigen größeren Städten hatte vorwiegend negative Auswirkungen. Zwar ging die Zahl der für die Leitungen erforderlichen Mitglieder zurück, aber im Gefolge noch stärker die Zahl der Aktivisten und die Verbindung mit der Masse der Mitglieder. Es entwickelten sich Tendenzen, die Aktivisten auch aus den Gebieten herauszulösen. In einer späteren Phase hörten vielfach die Bemühungen auf, selbst für Gebiete aktive Leitungen zu finden, wurden in einigen Bezirken Wiens die Mitglieder aller Gebiete um die Bezirksleitungen zusammengefaßt und Aktionen und Aktivitäten nur noch von der Bezirksleitung aus mit einer — gemessen an der Gesamtmitgliederzahl — sehr kleinen Zahl von Aktivisten getragen. Dieser Schrumpfungsprozeß wurde auch „theoretisch“ begründet: Damit, daß es „verlorene Zeit“ sei, in die „überalterten Gebiete“ zu gehen; mit der fehlerhaften Begründung, die wissenschaftlich-technische Revolution habe grundlegend die Rolle der Einzelperson, des subjektiven Faktors und der Partei gewandelt; nötig seien Fachleute — Teams als „integraler Bestandteil der politischen Führung“, als „Träger der Agitation und Aufklärung“.

Die Theorie der Überalterung konnte natürlich überhaupt nicht auf die Betriebsorganisationen angewandt werden. Die Angriffe auf sie wurden damit begründet, daß „Gewerkschaftliche Einheit“ und BOs nicht nebeneinander bestehen könnten, daß Parteiorganisationen die Tätigkeit eines über-

parteilichen Zusammenschlusses stören müßten. Auf dem 19. Parteitag wurde festgestellt, daß im letzten Berichtsjahr (1964) in 64 Prozent aller BOs kein einziges Mitglied mehr geworben worden war. Die drastische Reduzierung, faktische Liquidierung des politischen Lebens in vielen Grundorganisationen, die den Revisionisten als „hoffnungslos dogmatisch“ erschienen, hatte besonders negative Auswirkungen auf jene Tätigkeiten, die eigentlich tagtäglich geführt werden müßten: Vor allem auf das Ringen um die Gewinnung neuer Mitglieder. Zu den großen objektiven Schwierigkeiten dieser Periode kamen in die Irre führende Schlußfolgerungen aus der Fehleinschätzung der Sozialdemokratie. Sie äußerten sich in der „Theorie“, möglichst keine Mitglieder der SP zu werben, um die Linke in der SP nicht zu schwächen. Dies mußte um so verheerender wirken, als es eine Rechtfertigung dafür bot, diese schwierige Aufgabe erst gar nicht in Angriff zu nehmen. Dazu kam schließlich, daß die Vernachlässigung des politischen Lebens in Grundorganisationen, daß die Hinlenkung von im Betrieb stehenden Kommunisten fast ausschließlich auf ökonomische, auf sozialpolitische Fragen die Zahl der für aktive, weltanschauliche Werbung in Frage kommenden Genossinnen und Genossen bedeutend reduzierte.

Vor dem offenen Ausbruch der Parteikrise erfolgten bereits direkte Angriffe auf die zentrale Organisationsabteilung der Partei. Sie gingen bis zur Forderung nach Auflösung dieser Abteilung, in der Genossen für die Aufrechterhaltung der traditionellen Prinzipien einer kommunistischen Partei eintraten. Kaum hatten die erschütternden Ergebnisse der „Wahlempfehlung“ die „Neuorientierung des 19. Parteitags“ kompromittiert, wurde zur Durchsetzung dieses umstrittenen Kurses eine neue Diskussion von oben angesetzt, diesmal unter dem Titel „Demokratie und Sozialismus“.⁵⁹ Sie brachte inhaltlich nichts Neues, sieht man von der Vorstellung ab, daß auch im Sozialismus eine Regierung, die nicht mehr das Vertrauen eines Parlaments mit einer antisozialistischen Opposition genießt, sich von dieser abwählen lassen müsse. Als einziges Argument wurden dafür nicht irgendwelche konkrete Erfahrungen, sondern höchst abstrakte Überlegungen der Italienischen Kommunistischen Partei angeführt. Friedl Fürnberg griff in diese Diskussion nochmals ein, diesmal, um die Diktatur des Proletariats als Notwendigkeit in der Vergangenheit zu verteidigen, aber sie für die Gegenwart als schädlichen Anachronismus darzustellen. Zur Begründung führte er die Kraft des realen Sozialismus, „schon Richtung und Hauptinhalt der Entwicklung in der Welt zu bestimmen“, an und Wandlungen, denen sich der Kapitalismus widerwillig unterziehen müsse.

Der offene Ausbruch der Parteikrise

Von Gegnern wird hartnäckig die Legende verbreitet, die Wurzeln der Krise der KPÖ seien in der krisenhaften Entwicklung in der Tschechoslowakei zu finden. Doch schon Jahre vorher ließen die ideologischen Auseinandersetzungen auseinanderstrebende, in der Perspektive einander ausschließende Positionen erkennen. Diese jahrelange Auseinandersetzung wurde durch die Beschlüsse des 19. Parteitags nur scheinbar unterbrochen. Doch unmittelbar danach flammte sie verstärkt wieder auf. Die Krise in der Tschechoslowakei war nachweislich nicht die Ursache der Parteikrise der KPÖ. Sie war lediglich Anlaß für den kaum noch verhüllten Wunsch der bereits formierten revisionistischen Fraktion in der Führung, eine „endgültige Entscheidung“ zu ihren Gunsten herbeizuführen, die Linie des 19. Parteitags auszubauen zu einem Kurs auf Abkehr vom Marxismus-Leninismus, auf Distanzierung von den sozialistischen Ländern bis zu einem Bruch, auf einen „dritten Weg“. Mit dieser Absicht reduzierten sie die komplizierte Entwicklung in und um die ČSSR auf die simple, grundfalsche Formel, die sozialistischen Länder des Warschauer Pakts hätten aus Sorge um ihre eigene „innere Stabilität“, befangen in „Erstarrung“, jeden Prozeß einer Demokratisierung, einer Korrektur früherer Fehler und Versäumnisse in der ČSSR unterbinden wollen.

Die Vorgeschichte der Krise in der ČSSR bezeugt: Solch agitatorische, ja demagogische Formeln verfälschen die Realität. Schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war auf Grund der beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der ČSSR errungenen Erfolge eine neue Weichenstellung nötig. Doch gerade die Erfolge verleiteten zu einer falschen Einschätzung der noch bestehenden und der neu entstehenden Probleme, zu einem Verkennen der im Sozialismus wirksamen Widersprüche. Besonders verhängnisvoll erwies sich die Wunschvorstellung, daß die sozialistischen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse gleichsam zwangsläufig angemessene Bewußtseinswandlungen nach sich ziehen müßten, die falsche These von einer „Vollendung“ der Kulturrevolution, obgleich deren Permanenz Voraussetzung für die Höherentwicklung des Sozialismus, seine Vervollkommnung, für einen Übergang zum Kommunismus ist.

Verbunden damit war eine arge Vernachlässigung der ideologischen Arbeit. Und das just in einer Situation, wo die internationale Entwicklung, die offenen Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung und nicht zuletzt die „Aushöhlungsstrategie“ des Imperialismus vor einer Fülle neuer ideologischer und theoretischer Probleme stellten. Eine Unterschätzung der alten und neuen Intelligenz als Bündnispartner erleichterte es revisionistischen und antisozialistischen Tendenzen gerade im Bereich der Kultur, der Massenmedien, der Gesellschaftswissenschaften an Boden zu gewinnen.

Ähnlich wie in der KPÖ stellten sich als Reaktion auf die Vernachlässigung von Problemen der geistig Arbeitenden wirre und verwirrende Theorien von „der“ Intelligenz als „Verkörperung des kritischen Geistes“, als Träger allgemein humaner, „übergeordneter“ Interessen ein. „Der Umstand, daß über eine ganze Reihe von Fragen des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens der Gesellschaft Entscheidungen getroffen wurden, ohne die objektive Lage, die Kompliziertheit der Probleme und die realen Möglichkeiten für ihre Lösung zu berücksichtigen, machte in immer größerem Maße eine kollektive Beurteilung der Erfordernisse und Aufgaben unmöglich, erschwerte die Kritik und das Abstellen von Mängeln. So mußte es gesetzmäßig zu Improvisationen und zu pragmatischem Handeln kommen“, heißt es darüber im „Grundriß der Geschichte der KPČ“. ⁶⁰ Die voluntaristische Auffassung, schon an der Schwelle zum Kommunismus zu stehen, brachte in schroffen Gegensatz zu den anstehenden Aufgaben des Übergangs von der extensiven zur intensiven Entwicklung der Wirtschaft, der Verlagerung des Schwergewichts auf die qualitative Seite der Produktion, der zielstrebigsten Nutzung der Vorzüge des Sozialismus für ein Vorantreiben der wissenschaftlich-technischen Revolution. Uneinigkeit in der Führung der KPČ bewirkten trotz verschiedener Anläufe für Korrekturen schon 1967 eine krisenhafte Entwicklung in Partei und Gesellschaft. Ein Alarmsignal war der IV. Kongreß der tschechoslowakischen Schriftsteller. Gefördert durch Führungsschwächen, wurde dort die führende Rolle der Partei überhaupt abgelehnt und — zunächst noch verblümt — eine Rückkehr zum bürgerlichen „Pluralismus“, eine Änderung der Außen- und Bündnispolitik gefordert. Die Ablösung von Novotny als Generalsekretär durch Alexander Dubcek auf dem Jännerplenium 1968 bezeugte, daß in der Partei weithin Einigkeit über die Unerläßlichkeit einer Neuorientierung bestand. Doch der Rahmen dieser Erneuerung wurde nicht festgelegt. Auf eine Klärung der komplizierten klassenmäßigen und politischen Fronten wurde verzichtet.

Durch die Unsicherheit der Perspektiven, die Unklarheit der Fronten, durch das Umsichgreifen von Passivität in der Partei erhielt die schon zu diesem Zeitpunkt existierende fraktionsmäßig organisierte Rechte Auftrieb. Sie verfolgte, bereits auf Gewinnung bürgerlicher Stützen bedacht, ihre eigenen kleinmütigen Ziele: Statt der tatsächlich notwendigen Erweiterung der sozialistischen Demokratisierung schrittweise zu Formen bürgerlicher Demokratie zurückzukehren; statt der dringend gebotenen Erweiterung und Vervollkommnung der Planung, auch durch Ausbau auf lokaler und regionaler Ebene, durch Einbeziehung der Massen, auf Prinzipien, Mechanismen, Krücken und Prothesen bürgerlicher Marktwirtschaft zurückzugreifen.

Noch auf dem Maiplenium 1968, unter dem neuen Generalsekretär Dubcek, charakterisierte das ZK den Rechtsopportunismus als Hauptgefahr für die Weiterentwicklung. Doch das „Aktionsprogramm“, einen Monat später beschlossen, übernahm, wenn auch verhüllt, die Plattform des Schriftstel-

lerkongresses, des Verzichts auf die führende Rolle der Partei, der Orientierung auf ein „Pluralistisches politisches System“. Mit zunehmendem Tempo wurden die Rechten, die auf Grund der ideologischen Abrüstung in der Partei an Boden gewannen, aggressiver, nahmen Kurs auf Legalisierung ihrer Fraktion, auf Diffamierung und Ausschaltung der konsequentesten Marxisten-Leninisten aus der Parteiführung, auf die Neugründung antisozialistischer Organisationen als Verbündete, nicht zuletzt auf Auflösung der Volksmilizen als wesentliches Organ der Arbeitermacht, also auf schrittweise Demontage des Sozialismus.

Nicht weniger bedenklich waren die internationalen Aspekte dieser Entwicklung. In Asien verfolgte der amerikanische Imperialismus einen offenen Aggressionskurs, führte er seinen schmutzigen Krieg in Vietnam. In Europa mußte er sich zu einer anderen Strategie bequemen. Weil es anders nicht ging, hatte er aus der Niederlage der Konterrevolution in Ungarn gelernt, daß man vorsichtiger, umsichtiger vorgehen müsse, um nicht selber seine Absichten zu durchkreuzen. Eine Fülle von Publikationen in den USA, in der BRD beschäftigte sich mit dieser „neuen Strategie“. So der damals führende Theoretiker des Antikommunismus in den USA, Zgbiniew Brzezinsky, in seiner „Alternative zur Teilung“, Franz Josef Strauß in seinem „Entwurf zu Europa“, Rainer Barzel in seinem Buch „Gesichtspunkte eines Deutschen“. Trotz verschiedener Beweggründe handelte es sich letztlich um gleiche Konzept: Durch Kombination verschiedenster Mittel, vorwiegend ökonomischer und ideologischer, auf Osteuropa mit dem Ziel einzuwirken, „schwache Punkte“ aufzuweichen, die DDR zu isolieren und so Voraussetzungen für weitere Destabilisierungen und Vorstöße zu schaffen. Ein Eingreifen der Warschauer-Pakt-Staaten für die Erhaltung des Sozialismus wurde unausweichlich, als kein Zweifel darüber mehr möglich war, daß die Führung der KPČ ihre verbindlichen Zusagen, antisozialistischen Kräften Einhalt zu gebieten, nicht erfüllen wollte oder konnte. Kurz nach dem militärischen Eingreifen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der schon unmittelbar gefährdeten sozialistischen Republik schrieb das Leibblatt von Franz Josef Strauß, der „Bayern-Kurier“, zutiefst bekümmert: „Wäre der Tschechoslowakei der Ausbruch gelungen, so wären nicht nur die militärischen, sondern, was viel gravierender ist, die europäischen Machtverhältnisse entscheidend geändert worden.“ ⁶¹ Bei diesem schmerzlichen Eingriff, den erst eine Serie von Fehlern und Versäumnissen unvermeidbar machte, ging es darum, ein für den Sozialismus folgenschweres „Umkippen“ der Kräfteverhältnisse in der Tschechoslowakei, eine verhängnisvolle Kräfteverlagerung in ganz Europa zu verhindern, die den Imperialismus zu einer Fortsetzung, zu einer Forcierung seiner Politik der „Erosion“, der Nichtanerkennung der Gegebenheiten in Deutschland, des Übergangs zur Konfrontation ermutigt hätte. Es fehlte nicht an Hinweisen darauf, daß die sogenannten „Progressiven Kommunisten“ oder „Reformer“ in der ČSSR längst Kontakte mit der

internationalen Sozialdemokratie, auch der SPÖ, aufgenommen hatten, die damals noch im Fahrwasser der USA nachschaukelten. Diese „Erneuerer“ hatten anderes als eine „Weiterentwicklung des Sozialismus“ im Sinn: Seine Demontage für westliche „Gegenleistungen“; eine fiktive „dritte Welt“ außerhalb des Sozialismus, die, wie der zeitweilige Vizepremier Ota Sik später formulierte, das Beste aus Kapitalismus und Sozialismus vereint.

Eingriffe von außen allein können gesellschaftliche Krisen auch dann nicht lösen, wenn sie durch klassenmäßig Verbündete erfolgen. Sie können lediglich reale Möglichkeiten dafür schaffen, die es sonst nicht gäbe. Die Wende der inneren Entwicklung in der Tschechoslowakei erfolgte erst im April 1969, mit der Wahl Gustav Husaks zum 1. Sekretär, mit Veränderungen im Parteipräsidium, im Zentralkomitee, mit der folgenden Ausarbeitung einer Generallinie der Partei unter Berücksichtigung der vorgegebenen Bedingungen und der schmerzlichen Erfahrung, daß Versäumnisse, neuen Anforderungen rechtzeitig Rechnung zu tragen, dem Opportunismus, ja dem Antisozialismus den Boden bereiten. Der 19. Parteitag der KPÖ war Ergebnis einer Fehlentwicklung, die — trotz völlig anders gearteter Bedingungen — doch in manchen wichtigen Zügen mit der Entwicklung vergleichbar ist, die in der Tschechoslowakei zur Krise führte. Am Anfang stand das Unvermögen, aus neuen Bedingungen angemessene Anforderungen und Zielsetzungen abzuleiten. In relativ kurzer Zeit wurde daraus trotz heftigem Widerstand der Parteibasis, unter dem Druck der Gegner, unter der Last einer objektiv ungünstigen Situation ein Ansturm gegen den Marxismus, mit Rücksicht auf seine Stärke unter Berufung auf tatsächliche oder angebliche Fehleinschätzungen in der Bewegung, unter dem Vorwand seiner „Erneuerung“, mittels modischer Neueinkleidung alter reformistischer Ideen, die in allen erdenklichen Spielarten als Ausweg aus der „Krise des Marxismus“ angeboten wurden. Was man so nannte, war gerade Ausdruck mangelnder Fähigkeit, sei es aus welchen Gründen auch immer, bei der Analyse von Bedingungen und Perspektiven des Kampfs den rechten Gebrauch vom Marxismus-Leninismus zu machen, ihn schöpferisch weiterzuentwickeln.

Die revisionistische Strömung in der KPÖ identifizierte sich völlig mit dem revisionistischen Kurs in der KP der Tschechoslowakei. Ständig zitierte sie den „Prager Frühling“ als „Beweis“ für die Richtigkeit ihrer Orientierung, für ihr Versprechen eines „völlig neuen Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Das Zentralorgan, schon in der Hand von Revisionisten, verdrängte, vertuschte nach Tunlichkeit Tatsachen der Entwicklung im Nachbarland, die beunruhigen mußten. Eine nüchterne Einschätzung des Kurses des „Prager Frühlings“ — als Abweichen vom sozialistischen Weg, nicht von irgendeinem „Modell“ — mußte der Parteiführung schwerfallen, weil auch die Beschlüsse des 19. Parteitags schwerwiegende Elemente eines Abgehens vom Marxismus-Leninismus enthielten. Ein Eingeständnis der in der ČSSR für den Sozialismus entstandenen Gefahr hätte unweigerlich zur Frage

gedrängt, ob nicht auch die „Neuorientierung“ des 19. Parteitags ernste Gefahren mit sich bringt, ob nicht eine kritische Überprüfung der eigenen Positionen längst fällig sei.

Vorstoß für einen „Bruch“

Ziel der Revisionisten mußte es in dieser Lage sein, die Partei möglichst unwiderruflich auf diese Positionen festzulegen, ja noch über diese hinauszudrängen. Noch am Tag des Einmarsches der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten veröffentlichte das Politbüro eine Erklärung der „Mißbilligung“. Darin hieß es: „Es sind uns keine Tatsachen bekannt, die darauf hinweisen, daß die KPČ nicht in der Lage wäre, die Grundlagen des Sozialismus zu schützen. Daher sehen wir auch keinerlei Berechtigung für die militärische Intervention“.⁶²

Als am folgenden Tag des ZK zusammentrat, galt die Hauptsorge der meisten bestürzten Mitglieder der Erhaltung einer Einheit der Partei, die zu dieser Zeit ideologisch nicht mehr existierte. Am gleichen Tag hatte das Zentralorgan der Sozialistischen Partei, die „Arbeiter-Zeitung“, zur Spaltung mit den Worten aufgerufen: „Jetzt ist für die ehrlichen Reformkommunisten... die Stunde der Entscheidung gekommen“ und dies mit dem Appell verbunden, „das Lager Moskaus zu verlassen“,⁶³ den es tags darauf wiederholte. Im Einleitungsreferat erklärte Franz Muhri im Plenum: „Ich bin der Meinung, daß die fünf Parteien und Länder zweifellos in bester Absicht gehandelt haben... daß es sich aber auf Grund der Informationen, die wir haben, um eine Fehleinschätzung handelt, die von schwerwiegender Tragweite ist“.⁶⁴ Für die Erhaltung der Einheit der Partei — betonte er — sei die Erkenntnis wichtig, „daß unsere Kritik nicht die Preisgabe unserer Solidarität und Verbundenheit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern bedeutet.“⁶⁵ Ernst Fischer lizitierte sogleich den Preis für die Wahrung auch nur eines Scheins von Einheit: „Wir müssen also verurteilen, und ich würde es für unwürdig halten, irgendeiner mildereren Formulierung zuzustimmen“.⁶⁶

Das Referat Muhris wurde nach intensiver Debatte schließlich einstimmig angenommen. Gegen sechs Stimmen wurde eine Resolution verabschiedet, in der — wie von Revisionisten gefordert — die vom Politbüro ausgesprochene Mißbilligung zu einer „Verurteilung“ zugespitzt wurde. Für die revisionistische Fraktion war dies eine Ermutigung ihrer Taktik, durch Zuspitzung bis zur Verleumdung der kommunistischen Parteien sozialistischer Länder eine Kluft aufzureißen, eine „unumkehrbare Situation“ zu schaffen, um selbstherrlich den Kurs der Partei bestimmen zu können.

Die Leitung der Gewerkschaftlichen Einheit und der FÖJ, in denen Revisionisten dominierten, versandten zuvorkommend an die Öffentlichkeit

Erklärungen, aus denen jede Spur von Solidarität mit den Parteien der sozialistischen Länder, ja sogar jeder qualitative Unterschied zu der vehementen sozialdemokratischen Kampagne verschwunden war. „Selektiv“ richteten sie sich vor allem gegen die Sowjetunion und die DDR. Auf diese Weise verwirklichten sie wenigstens in einem Punkt die von ihnen ersehnte Einheit mit der Sozialdemokratie. Unbeschwert von Fakten wurde da versichert, daß es in der ČSSR niemand gäbe, der eine Rückkehr zum Kapitalismus wolle, und folglich auch keine Gefahr für den Sozialismus. Der Beirat der Zeitschrift „Tagebuch“, in dem Franz Marek den Vorsitz führte, schickte an alle Abonnenten eine Erklärung⁶⁷ aus, die das mittlerweile zwischen dem Staatspräsidenten der ČSSR, Svoboda, und der KPdSU erzielte Abkommen über die weitere Entwicklung als „Erpressung“, als „Diktat“ diffamierte.

Ein überheblicher Aufruf zu einem „Neubeginn der gesamten kommunistischen Bewegung“ wurde mit der absurden Behauptung begründet, die Führung der KPdSU habe aufgehört, ihre Politik auf marxistischen Grundsätzen aufzubauen. Die blitzschnelle Ablehnung des Abkommens zwischen Sowjetunion und ČSSR zeugte indessen davon: die Revisionisten wünschten statt einer politischen Lösung einen politischen Bruch. Obgleich dieser Konfrontationskurs eindeutig dem ZK-Beschluß widersprach, schlossen sich fünf ZK-Mitglieder dieser provokatorischen „Tagebuch“-Erklärung an. Die revisionistische Fraktion wurde nach Kontakten mit Vertretern der Italienischen Kommunistischen Partei initiativ — mit Zustimmung des Politbüros — für eine Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas, die allerdings — vor allem wegen ihrer Ablehnung durch die KP Frankreichs — nicht zustandekam.

Einen Gipfel erreichte die fraktionelle innerparteiliche Kampagne in einer Stellungnahme Ernst Fischers fürs Fernsehen, auf Einladung des Generalintendanten Bacher. Darin entdeckte Fischer „antisozialistische Elemente“ nicht in der ČSSR, sondern in der Führung der KPdSU. Er stimmte völlig überein mit den Aufrufen der SPÖ, es wäre an der Zeit, „mit der jetzigen Parteiführung zu brechen“ und forderte selbst die Einstellung aller Beziehungen zu ihr. Schließlich verkündete er seine Überzeugung, daß eine „neue Linke“ notwendig sei, daß sich eine „neue Bewegung“ herausbilden werde, „um die großen Ideen des positiven Humanismus zur Verwirklichung zu bringen“.⁶⁸ Nicht einmal ein Jahr später wurde Ernst Fischer für sein „mutiges“ publizistisches Auftreten, für „nonkonformistische“ Auffassungen in Kunst, Politik und Literatur, wobei seine Stellungnahmen zu den Ereignissen in der ČSSR besonders hervorgehoben wurden, der Karl-Renner-Preis verliehen — zugleich mit Alfons Dalma, dem einstigen Propagandasprecher kroatischer Faschisten und Organisator der verlogenen-feindseligen ORF-Berichterstattung über die „Augustereignisse“ in der ČSSR.

Für eine Parteigeschichte ist dieses Beispiel des traurigen Abstiegs eines

Kommunisten zu einem von Antikommunisten ausgezeichneten „Nonkonformisten“ lediglich von Bedeutung als Bekräftigung einer ungemein wichtigen Erfahrung: Wer die Überzeugung von der historischen Mission der Arbeiterklasse, mit Verbündeten eine neue Gesellschaft, sei es auch mit noch so vielen Mühen, Rückschlägen und auch Irrtümern, erkämpfen zu können, einbüßt, wer sich von anderen gesellschaftlichen Kräften oder einem abstrakten Humanismus wunderbare Wandlungen verspricht, der wird zuerst seine revolutionäre Gesinnung, früher oder später jeden politischen Halt und schließlich jede progressive Funktion verlieren. Wer auch immer Schwärmerei der Klarheit vorzieht, wer einem Hang zum Idealisieren frönt, wird ins Rutschen kommen. Wo man sich vom realen Sozialismus distanziert und einen „idealen“ erfindet, gerät man unweigerlich in Gegensatz zum realen Sozialismus und zur Realität. Verklärt man die beschränkte bürgerliche Demokratie, läßt man sie besser erscheinen, als sie je sein kann, setzt man sich sogar außerstande, demokratische Rechte wirksam gegen die verkommene Bürgerwelt zu verteidigen.

Übersieht eine Parteiführung Ansätze zu einer solchen Entwicklung oder ermutigt sie gar, werden ins Grundsätzliche reichende Differenzen nicht freimütig, entschieden ausgetragen, sondern taktisch verdunkelt, dann werden schließlich nicht wenige zu Recht Fragende verunsichert, verwirrt, an der Sache und ihrer Partei irre. Begegnet eine Parteiführung nicht entschieden der Entstehung des Eindrucks (für den schon der Gegner sorgen möchte), daß sie alten Dogmen, Gewohnheiten und Leitungsmethoden ohne Rücksicht auf neue Gegebenheiten verhaftet sei, dann werden früher oder später sich Kräfte als „Erneuerer“ der Partei anbieten, sich diesen „Nimbus“ holen wollen, auch wenn sie nicht einmal mehr auf dem Boden der Partei stehen.

Damals, angesichts unverkennbarer Gehässigkeiten, eitler Ausfälle und Schlenker gegen die Partei in Stellungnahmen Ernst Fischers, wenig später auch Franz Mareks, fragten nicht wenige: Waren die beiden, die einst Marxismus-Leninismus lehrten, je Marxisten-Leninisten? Betroffenheit hat immer das Recht auf Antworten. Beide fanden zur kommunistischen Bewegung angesichts der faschistischen Bedrohung. Beide bejahten die Diktatur des Proletariats als damals vermeintlich einzige Alternative zur barbarischen Diktatur des Faschismus. Beide zeichneten sich aus durch Überschwang, der zuweilen der Bewegung sogar zusätzlichen Schwung verleihen kann. Freilich nur solange es ohne schwere Rückschläge abgeht, solange man nicht gezwungen ist, mühselige, wenig „heroische“ Kleinarbeit auf sich zu nehmen, solange man nicht gezwungen ist, lange auch um wenige, zaghafte Verbündete zu ringen und auf jede Anerkennung der eigenen Bedeutung zu verzichten. Nach den Erschütterungen, die sie aus der Bahn warfen, verurteilten sie vehement, gleichsam zur Sühne vor dem Gegner, was sie selbst in der Partei weiterhin besonders ausgeprägt verkörpert hatten: einen mit jeder Kritik kurzangebundenen Dogmatismus. So bleibt eine Bestätigung einer

traurigen Erfahrung: wenn Heilsgläubigkeit, Dogmatismus — von unvorhergesehenen Veränderungen gestoßen — umkippen, entsteht oft Opportunismus bis zu kläglichem Apassertum, bis zu Haschen nach modischen Effekten, nach billigem, lange entbehrtem und entehrendem Applaus des Gegners. Das denkbar beste für eine revolutionäre Bewegung wird stets die Vereinigung nüchternster Sachlichkeit, großer Begeigerungsfähigkeit mit der Einsicht sein, durch alle Wechselfälle eine bessere Gesellschaft nur gemeinsam mit den arbeitenden Menschen — vor allem, aber nie allein mit dem Proletariat erkämpfen zu können. Geht auch nur eines dieser Elemente verloren, kann, ja muß man zuweilen auf die Seite von Gegnern geraten, deren Lob dann verrät, wohin man verkommen ist.

Im Mittelpunkt des 33. ZK-Plenums, das am 12. und 13. September 1968 tagte, standen nicht mehr die Ereignisse in der ČSSR, sondern Ernst Fischers Attacken auf die Partei, auf ihre besten Traditionen, auf ihr Selbstverständnis als revolutionäre Partei. In der Diskussion wurde wiederholt zu bedenken gegeben: Auch jene ZK-Mitglieder, die mit dem „Verurteilungsbeschuß“ gar nicht einverstanden waren, haben sich dennoch bei ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit daran gehalten. Doch jene, die als „Erneuerer“ gelten wollten, setzten sich bedenkenlos über jede Disziplin hinweg. Sie wandten sich auch in Medien des Gegners gegen Parteibeschlüsse und Bruderparteien, ja benutzten diese Auftritte, um noch in der Partei Stimmung für solches Verhalten zu machen. So verteidigte Franz Marek Ernst Fischers Ausfall mit der Behauptung, die Sowjetunion habe selbst „Elemente des Bruches“ gesetzt.⁶⁹

Ein Ergebnis dieser unerquicklichen Diskussion war ein Auftrag des Zentralkomitees an das Politbüro, dafür zu sorgen, daß das „Tagebuch“ keine innerparteiliche Polemik öffentlich führt, und seinem Auftrag gerecht wird, die Politik der Partei der fortschrittlichen Intelligenz nahezubringen. Und schließlich die Verurteilung eines ZK-Mitglieds — von fünf — wegen seiner Unterstützung der provokatorischen „Tagebuch“-Erklärung. Und das alles intern, streng vertraulich. Zu dem öffentlichen Angriff Ernst Fischers nahm die Parteiführung weder öffentlich Stellung noch kam sie intern zu einem Beschluß.

20. Parteitag: Die Basis ergreift das Wort

Dem 20. Parteitag (3. bis 6. Jänner 1969) ging eine ungewöhnlich umfangreiche, kontroversielle schriftliche Diskussion voraus. Gestützt auf jüngste Erfahrungen wurde geltend gemacht: Meinungsverschiedenheiten sind

unvermeidlich, ja Ausdruck des politischen Lebens. Aber ohne gemeinsame prinzipielle Grundlage kann es weder politische noch auf die Dauer organisatorische Einheit geben. Deshalb wäre es fatal, die Augen davor zu schließen, daß schon Grundsätze in Frage gestellt wurden, die das Wesen einer revolutionären Partei ausmachen.

Weil weithin die Zusammensetzung der künftigen Führung als Schlüsselfrage für die Zukunft der Partei erkannt wurde, aber Fraktionismus schon in viele Leitungen und Organisationen eingedrungen war, kam es auf Bezirkskonferenzen zur Vorbereitung des Parteitags oft zu stürmischen Auseinandersetzungen bei der Wahl der Delegierten und über Vorschläge für das neue ZK. Tausende Mitglieder hatten jahrelang unzählige Tätigkeiten auf sich genommen, die schon das bloße Standhalten einer revolutionären Partei, ihr Anspruch, grundsätzlich anders zu sein als die anderen, auch unter den günstigsten Bedingungen und erst recht unter widrigen verlangt. Eben darum wollten sie nicht hinnehmen, daß die Partei — mit einer Herausforderung an die Herrschenden in die Welt getreten — an Pragmatismus, Anpassungsfähigkeit und Perspektivlosigkeit vergleichbar werde mit dem, was für eine doppelbödige bürgerliche Demokratie noch genügen kann. Was es in der Partei an ungebrochenen Ansprüchen, an unverzagten Sehnsüchten nach einer besseren Gesellschaft gab, an Entschlossenheit, es sich mit den Herrschenden um keinen Preis zu richten, all das stellte sich, Autoritätsgläubigkeit brüsk beiseiteschiebend, dieser Auseinandersetzung, im Bewußtsein, daß es nun galt, über den Lebenssinn von Lebenden wie Gefallenen zu entscheiden. Von den vielen Beweisen für den unvergleichlichen Charakter einer kommunistischen Partei sind diese Stunden des Aufbegehrens, gegen Versuche, einen leichteren, bequemeren Weg der faulen Kompromisse populär zu machen, ist die Entschlossenheit, sich den Kampf für eine grundsätzliche andere, menschlichere Gesellschaft weder abkaufen noch abgewöhnen zu lassen, auch wenn man selber eine Weile vielleicht damit besser fahren könnte, einer der gewichtigsten. Diese Entschlossenheit wurde zu einer Kraft, die für Änderungen, die diesen Namen wirklich verdienen, unentbehrlich ist.

Umfang, Ton, Schärfe der schriftlichen Diskussion, eine Flut von 140 Anträgen an den Parteitag ließen keinen Zweifel: Diesmal war die aufgewühlte Parteibasis entschlossen, anstelle der zerissenen, aktionsunfähigen Parteiführung selber das entscheidende Wort zu sprechen. Die Anträge reichten von dem Verlangen, bei den nächsten Nationalratswahlen unbedingt zu kandidieren — unter Hinweis auf die negativen Folgen der „Wahlempfehlung“ —, über Forderungen nach Selbstkritik der Parteiführung wegen ihrer Fehleinschätzung der Gesamtrolle der SPÖ und deren Entwicklungstendenzen bis zu vehementer Kritik daran, daß das Zentralorgan anstelle der Parteibeschlüsse eine eigene „Linie“ propagieren konnte. Bis zur Forderung nach Einstellung der FÖJ-Zeitschrift („Jugend 69“), weil sie mit

gegnerischen Zeitschriften in Antisowjetismus und böswilliger Darstellung der sozialistischen Länder konkurrierte.

Dem standen Anträge der Revisionisten gegenüber: von der Forderung nach Mißbilligung des von Franz Muhri unterzeichneten gemeinsamen Kommuniqués der KPdSU und der KPÖ bis zur Abschaffung des demokratischen Zentralismus als Norm innerparteilichen Lebens. Dieser Antrag wurde heuchlerisch damit begründet, daß die Mitwirkung der Parteimitglieder an der Verwirklichung von Beschlüssen eine Voraussetzung für den demokratischen Zentralismus, diese aber wegen der Passivität vieler Mitglieder nicht mehr gegeben sei.

Die „Kompromißlinie“ für den Parteitag, auf die sich das zerstrittene Politbüro noch einigen konnte, war von den Stimmungen und Kräfteverhältnissen innerhalb der Partei weit entfernt. Offenkundig wurde dies im Rechenschaftsbericht des ZK, den Franz Muhri dem 20. Parteitag in der Wiener Stadthalle gab. Die Niederlagen für die Partei wurden darin auf „ungenügende Anwendung“ der Beschlüsse des 19. Parteitags zurückgeführt. Die notwendige Einheit, hieß es dort, müsse in der Bekräftigung dieser Orientierung gefunden werden. Das Debakel der Wahlempfehlung wurde ausgespart. Es wurde lediglich eingeräumt, daß nach der Niederlage der SPÖ bei den Nationalratswahlen 1966, nach einer internen Auseinandersetzung und der Wahl Kreiskys zum neuen Vorsitzenden (statt der erwarteten „Linksentwicklung“) eine Rechtsentwicklung eingetreten sei. Die Selbstkritik der Parteiführung beschränkte sich auf die Feststellung, daß von ihr nur wenige Impulse für die ideologische Auseinandersetzung ausgegangen seien und in der Partei weithin noch Handwerkelei als Arbeitsstil vorherrsche.

Aufgebracht schob die Basis „Taktisches“ beiseite, und konzentrierte sich auf Prinzipielles, wo der Charakter der Partei zur Entscheidung stand. Gefragt wurde: Wie kommt es, daß wir immer nur über Erfahrungen, Probleme anderer Länder diskutieren und die Probleme, die Aufgaben unserer Bewegung völlig in den Hintergrund treten, da wir doch weder italienische noch französische, sondern österreichische Bedingungen haben? Wo hat eigentlich die Parteiführung Auseinandersetzungen mit prinzipiell falschen Auffassungen geführt, die mißbräuchlich in ihrem Namen innerhalb der Partei verbreitet wurden?

Wie stellt man sich eine Einheit der Partei vor, wenn zu Fürsprechern bürgerlicher Ideologien gewordene Funktionäre der Parteiführung deshalb weiter angehören sollen, weil sie einst in der Arbeiterbewegung einen Namen mit Klang besaßen? Ein Delegierter, Partisan im nazibesetzten Österreich, erklärte zu den utopischen Höhenflügen Ernst Fischers für einen „Sozialismus ohne Mißbrauchbarkeit der Macht“ und ohne „bedrückende Organisation“: „Wir wollen weder liberale Kommunisten noch kommunistische Liberale werden. Wir wollen weder revolutionäre Romantiker noch romanti-

sche Revolutionäre sein. Was wir jedoch sein wollen und auch bleiben werden: schlicht und einfach nur eines, Kommunisten.“⁷⁰

Auch die Orientierung des 19. Parteitags wurde auf dem 20. Parteitag schon unmißverständlich in Frage gestellt. Mit dem Einwurf: War es nicht oberflächlich, sich für diese Orientierung zu entscheiden, ohne die bürgerliche Demokratie in ihrer Verkommenheit in allen Erscheinungsformen zu analysieren, an deren negativen Zügen die „Neue Linke“ Anstoß nimmt? Angesprochen wurde damit ein ungemein wichtiges Moment: die Revisionisten, taktisch bedacht auf ein Bündnis mit neuen oppositionellen Kräften, ließen völlig außer acht, was diese Kräfte in heftige Opposition zum „Establishment“ gebracht hatte: die Verschlagenheit, die Tücke bürgerlicher Demokratie. Gerade zu dem Zeitpunkt, da nicht wenige dieser neuen Linken die Sprengkraft im Marxismus, die historische Bedeutung der Arbeiterklasse entdeckten, proklamierten Revisionisten eine „Kritik des Marxismus“, „die“ Demokratie als Vorbild, ein „großes Umdenken“ und „die“ Intelligenz als neues, gestaltendes Subjekt der Geschichte.

Ein anderer Delegierter warf ein: Behandelt man Fehler und Mängel der sozialistischen Länder so, als wären sie das Ausschlaggebende, übt aber zugleich keine oder unzulängliche Kritik am Kapitalismus, an den abstoßenden Seiten der bürgerlichen Demokratie, dann müssen Unsicherheit, Aktionsunfähigkeit in unseren Reihen die Folgen sein. Nie zuvor war auf einem Parteitag die Parteiführung so hart, in einer solchen Vielzahl von Fragen kritisiert worden. Ein Grazer Betriebsrat sagte unverblümt: „Diskussionen sind kein Selbstzweck, sondern das Mittel zur Erreichung eines Ziels. Das Ziel heißt: Die Wiederherstellung einer KPÖ, die imstande ist, den Arbeitern und Angestellten in Österreich eine marxistisch-leninistische Orientierung bei ihren täglichen Kämpfen und beim Kampf um den Sozialismus zu geben. Eine Parteiführung, die ausstrahlen und führen kann. Eine ideologisch uneinige Parteiführung kann das nicht, auch wenn man in ihr noch so oft ‚Einheit‘, ‚Einheit‘, ‚Einheit‘ sagt.“⁷¹

Ein besonders aufreizendes Beispiel für die Versuche, dem Parteitag zu allen erdenklichen Problemen revisionistische Fragestellungen aufzuzwingen, war ein von Fred Margulies redigiertes Material „Österreich und die wissenschaftlich-technische Revolution“, das unter Ausschaltung eines dafür eingesetzten Arbeitskreises fertiggestellt worden war. Kennzeichnend dafür war, daß daraus die Marxschen Gesellschaftsformationen verschwunden waren. Die Geschichte wurde — im Einklang mit bürgerlichen Modeideologien — eingeteilt in eine „vorindustrielle“, eine „industrielle“ und eine „nachindustrielle“ Epoche. Die Rolle des Klassenkampfes, des subjektiven Faktors, der revolutionären Partei wurde übergangen („Technik und Wissenschaft haben die Weichen bereits für das Jahr 2000 gestellt“), kategorisch hieß es darin: „Allgemeine Formeln wie ‚führende Rolle der Arbeiterklasse‘, ‚führende Rolle der Partei‘ und ‚demokratischer Zentralismus‘ bringen uns

keinen Schritt weiter.⁷² Unverhüllt wurde hier die Frage gestellt, die sich aus einer Identifizierung mit den Modernisierungsstrategien des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergibt: Welche Funktionen bleiben überhaupt noch für eine kommunistische Partei? Professor Dr. Thomas Schönfeld hielt dem entgegen, daß im Monopolkapitalismus gerade unter Bedingungen einer wissenschaftlich-technischen Revolution neue Widersprüche aufbrechen, die deutlich machen, daß dieses Gesellschaftssystem überholt ist.

Der Parteitag stimmte entsprechend den schmerzlichen Erfahrungen der vergangenen Jahre ab. Das Resultat bewies: Die Mehrheit hatte sich schon zur Erkenntnis durchgerungen, daß die revisionistische Fraktion systematisch eine Sozialdemokratisierung der Partei betreiben wollte. Franz Marek, Egon Kodicek, der Vorsitzende der „Gewerkschaftlichen Einheit“, der im sozialpartnerschaftlichen ÖGB „keine Opposition“ sein wollte, Teddy Prager, Theoretiker der „Krisenfreiheit“ des „organisierten Kapitalismus“, sowie Fred Margulies wurden nicht mehr ins ZK gewählt. Mit der Verlautbarung dieses Resultats endete der zweite Sitzungstag. Den dritten Tag des Parteitags — der Saal war nur bis Mittag gemietet worden — eröffnete Franz Muhri mit einer Erklärung im Namen des mittlerweile zusammengetretenen Präsidiums, daß eine Korrektur dieser geheimen Wahl nötig sei, weil sich sonst die Krise der Partei bis zur Spaltung vertiefen würde. Er schlug vor, auf Grund einer Empfehlung des Präsidiums (bei drei Gegenstimmen) Kodicek und Marek ins ZK zu wählen und erklärte, daß er nicht dabei sein werde, falls es zu einer Spaltung der Partei käme.

Franz Marek demonstrierte gleich als nächster Redner, was er von der Souveränität eines Parteitags hielt, der nicht in seinem Sinn entscheidet. Er verlangte die Suspendierung des Parteitags, die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung seiner Vorbereitung und — ganz bescheiden — daß alle alten Leitungen unverändert in ihren Funktionen blieben. Zugleich rief er Gewerkschafter und Jugendorganisationen auf, „autonom gegenüber der Partei zu bleiben“.⁷³

Sofern es zu dieser Zeit noch Zweifel über die Existenz einer revisionistischen Fraktion geben konnte, so wurden sie durch diesen Ablauf der Ereignisse widerlegt. Als Ergebnis der nächtlichen Unterbrechung des Parteitags wurde mitgeteilt, daß eine Reihe von GE-Funktionären „spontan“ übereingekommen sei, keine Mitgliedschaft im ZK anzunehmen, falls es bei den Ergebnissen der geheimen Wahl bleibe. Vertreter von FÖJ und VDS gaben „spontan“ Erklärungen im gleichen Sinn ab.

Angesichts dieser Vorstöße machte Franz Muhri, in der Meinung, daß in diesem Moment nur so eine Spaltung zu vermeiden sei, einen weitreichenden Vorschlag, diesmal in eigenem Namen, nicht mehr im Auftrag des Präsidiums, nämlich den ursprünglich vorgelegten Vorschlag für die Wahl des ZK in offener En-bloc-Abstimmung zu bestätigen. Damit könnten, wie er sagte, die Wiedergewählten zeigen, wie sie zu den Beschlüssen des Parteitags

stehen. Nach Appellen von Friedl Fűrberg für „Toleranz nach allen Seiten“ wurde schließlich dieser Vorschlag mit Mehrheit akzeptiert. Unter größtem Zeitdruck wurde bei einer einzigen Stimmenthaltung eine Neufassung des Parteistatuts angenommen, die vierte seit 1945, die den Kernsatz enthielt: „Die KPÖ ist auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut.“⁷⁴

In der Schlußresolution des Parteitags wurde präzisiert: „Es ist unerlässlich, in den politischen und ideologischen Diskussionen die extremen Auffassungen von beiden Seiten, Dogmatismus und Revisionismus entschieden zu bekämpfen... Eine besondere Verantwortung tragen in dem ideologischen Kampf das ZK und das Polbüro des ZK. Sie müssen rascher als bisher zu den durch die Entwicklung aufgerollten Fragen sowie auch zu unrichtigen Auffassungen, die in der Partei vertreten werden, in den Parteiversammlungen und öffentlich Stellung nehmen. Parteimitglieder haben nicht das Recht, öffentlich gegen die Politik und die Beschlüsse der Partei aufzutreten. Das ZK muß auf die strikte Einhaltung dieser Regel achten.“⁷⁵

Die Mehrheit der Delegierten verließ mit bitteren Gefühlen diesen Parteitags. Die Entwicklung gab ihr recht. Zwar schied Franz Marek aus dem Politbüro aus, nachdem er seine höchst umstrittene, autoritär gehandhabte Stellung als Chefredakteur von „Weg und Ziel“ zurücklegen mußte. Doch die Mehrheitsverhältnisse im Politbüro blieben labil, unberechenbar, je nach den Fragen, die zur Entscheidung standen. Was die Parteibasis nachdrücklich verlangt hatte, eine Führung, die eine auf nüchterner, gründlicher marxistisch-leninistischer Analyse beruhende Linie vorgeben kann, das war auf Grund dieser Zusammensetzung bis auf weiteres ausgeschlossen. So blieb die wichtigste Aufgabe ungelöst, die faktische Handlungsunfähigkeit der Führung erhalten.

Die Notwendigkeit des Bruchs mit Opportunisten

Sogar allgemeine Wahrheiten können, bleiben sie ganz allgemein, bei der Lösung konkreter Fragen hinderlich werden. In den folgenden Monaten einer weiteren Vertiefung der Parteikrise galt dies für die von Franz Muhri und Friedl Fűrberg vertretene, in der Schlußresolution des Parteitags enthaltene Formulierung von den „zwei Extremen“, die es in der Partei zu bekämpfen gelte. Zweifellos behält die von Lenin unermüdlich bekräftigte Erfahrung ihre Gültigkeit, daß eine revolutionäre Partei nur im Kampf gegen zwei Richtungen groß werden und erstarken kann: gegen rechte und linke Abweichungen; gegen die Versteinerung von Erkenntnissen zu Dogmen, gegen die Erstarrung von Methoden der Agitation und Leitung einerseits. Und gegen Prinzipienlosigkeit in Grundsatz- wie Organisationsfragen andererseits.

Eine der wichtigsten Ursachen der Parteikrise lag nun darin, daß schon Jahre vorher, aus einer Vielzahl von Gründen, beide Strömungen, ohne die Partei auszumachen, so ausgeprägt waren, daß sie eine realistische, marxistische Bestimmung des Kurses blockierten. Aber eben diese Versäumnisse, die sich einstellenden Schwankungen und Fehltritte, hatten schließlich eine qualitativ neue Situation geschaffen, in der eine zentrale Aufgabe zeitweilig alle anderen verdrängen mußte: zunächst die Partei vor faktischer Liquidierung durch den Revisionismus, vor Sozialdemokratisierung zu retten. Die Beschwörung der an sich richtigen Formel im Kampf gegen zwei Extreme schloß in dieser Lage eine subjektiv erklärbare, aber objektiv gefährliche Illusion ein: noch jene zur Umkehr bewegen, für eine gemeinsame Sache gewinnen zu können, die den Boden der Partei faktisch schon verlassen, mit dieser Sache innerlich gebrochen hatten. Für eine Gleichsetzung von schädlichem Dogmatismus und selbstmörderischem Liquidatorentum in dieser Lage konnten viele Parteimitglieder kein Verständnis aufbringen, die erkannt hatten und spürten: Es ging um die Erhaltung der Partei.

Bei großen Erschütterungen in revolutionären Parteien — auch in Ungarn 1956, in der ČSSR 1968/69 — gab es in den „antidogmatischen Fronten“, die sich bildeten, früher oder später tiefe Differenzierungen, schließlich Risse, sofern sie zu Entscheidungen gezwungen wurden: Zwischen jenen, die mit Recht beklemmende Erstarrung überwinden wollten, und anderen, die dahin kamen, unter „richtiger Freiheit“ nicht bloß die Befreiung von Mängeln, Unzulänglichkeiten, Fehlern, unnötigen Verkrampfungen und Beschränkungen, sondern von kollektiver Disziplin, vom Marxismus-Leninismus, ja schließlich von der Partei zu verstehen. Wo diese Trennungslinie schließlich verläuft, das hängt unter allen Bedingungen — wie die Erfahrung zeigt — weitgehend davon ab, wie entschieden diese Grenze gegenüber jenen gezogen wird, die schon darauf aus sind, die Partei im Namen ihrer „Erneuerung“ zu liquidieren. Also gegenüber parteischädlichen und schon feindlichen Positionen.

Der Verlauf des 20. Parteitags hatte die Hoffnungen der revisionistischen Fraktion, die Partei in die Hand zu bekommen, jäh zerstört. Sie war genötigt, ihre Taktik zu ändern. Dabei stellte sich binnen kurzem eine neue Arbeitsteilung ein: Ernst Fischer und nur wenig später auch Franz Marek riefen unverhüllt zur Spaltung auf, zu einem „Losreißen von der Partei“ dessen, was sie noch als „gesund“ gelten ließen. Kodicek, Franz West und andere in der Partei- und GE-Führung verankerte Revisionisten gingen dazu über, durch Erpressung mit falschen Versprechungen einer „Einheit“, einer „loyalen Mitarbeit“ ihre Positionen zu behaupten, den Kurs der Partei soweit wie noch möglich zu bestimmen. Dabei solidarisierten sie sich zugleich — stets mit dem beschwörenden Wort Einheit im Mund — auch mit jenen, die wie Ernst Fischer schon ungeniert die Spaltung als Ziel proklamierten.

Aus echter Sorge um die Einheit, noch immer dieses intrigante Zusammen-

spiel verkennend, suchte ein Teil der Parteiführung nach wie vor einen Konsens mit jenen, die sich schon schützend vor Spalter stellten. Die Durchbrechung dieser widersinnigen Front war zur unumgänglichen Voraussetzung für einen Ausweg aus der Krise geworden.

Einen Tag nach dem 20. Parteitag erfolgte ein neuer Angriff Ernst Fischers auf die Partei — in Bachers erzkonservativem amerikanisiertem Fernsehen —, natürlich im Namen eines „humanistischen Sozialismus“. Den Delegierten des 20. Parteitags hatte Ernst Fischer geschrieben, daß ihn sein schlechter Gesundheitszustand hindere, an den Beratungen teilzunehmen und versichert: „Ich bin dafür, daß wir Alten abtreten, ohne Ausnahme...“⁷⁶ Am Tag nach dem Parteitag erklärte er jedoch zu seinem Ausscheiden aus dem ZK: „Es war keineswegs ein freiwilliger Verzicht.“⁷⁷ Getreu seiner Gegenüberstellung von „diktatorischem Kommunismus“ und „humanistischem Sozialismus“ lieferte er prompt dem reaktionären Rundfunk die Stichworte, die dieser als Bestätigung für seine eigenen Lügen brauchte: „Auf der einen Seite Panzerkommunismus, rücksichtslose Machtpolitik, Diktatur der Apparate, auf der anderen Seite Bekenntnis zu einem humanistischen Sozialismus, zur Freiheit eines jeden einzelnen in einer freien Gesellschaft. Das ist ein internationaler Kampf, den wir austragen.“⁷⁸

Schon die erste konstituierende Sitzung des neuen ZK hatte sich mit diesem Liebesdienst für die Antikommunisten aller Schattierungen zu beschäftigen. Mit Mehrheit, gegen die Stimmen der meisten Revisionisten, überwies es diese unerquickliche Angelegenheit der Schiedskommission, so wie es das neue Statut verlangte, das die Schiedskommission für autonom erklärte. Wenig später bezeichneten Franz West und andere es als „Fehler“, die Bestimmungen des Statuts geachtet zu haben. Sie hätten es vorgezogen, diesen Fall im ZK zu behandeln, wo sie sich von ihrer Erpressungstaktik größere Wirkung versprachen.

Über sein Einverständnis mit dem Auftreten Ernst Fischers ließ Franz Marek keine Zweifel, als er in einer Geburtstagsrede für Ernst Fischer zu dessen Mißachtung der Parteinormen theatralisch-hochmütig bemerkte: „Und in unserer Zeit des großen Umdenkens und der geistigen Krise sind doch Statuten erratische Blöcke verflossener geologischer Perioden.“⁷⁹ Zugleich sprach er — auch hier schon im Einklang mit rabiaten Antikommunisten — den sozialistischen Staaten den sozialistischen Charakter mit den Worten ab: Das sowjetische Modell sei nicht nur keines für Westeuropa, sondern überhaupt kein sozialistisches Modell, auch nicht für die Sowjetunion.

Bei der Gemeinderatswahl in Wien (27. April 1969) fiel der Anteil der KPÖ von 52.000 auf 27.000 Stimmen. Das ZK erklärte dieses Ergebnis vor allem mit dem Zustand der inneren Zerrissenheit der Partei, der schon seit langem bestehe und durch die Ereignisse in der ČSSR nur noch verschärft worden sei. Es verwies auf die Feststellung des 20. Parteitags, daß die Partei

Meinungsverschiedenheiten ideologisch nicht verarbeitet und geklärt hat, die infolge der komplizierten Veränderungen und durch Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung in Österreich und im Weltmaßstab auftraten.

Die Revisionisten hatten ganz andere Sorgen als die Ursachen solcher Niederlagen aufzuspüren und auszumerzen. Sie wetteiferten bereits darin, sich als Gegner des realen Sozialismus, als „neue Kraft“, zu profilieren. So stellte Fritz Zapf den provokatorisch formulierten Antrag, zu verurteilen, daß „die fortdauernde Anwesenheit sowjetischer Truppen in der ČSSR die Bemühungen erschwert, die Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen“,⁸⁰ was vom ZK abgelehnt wurde. Als auf dem Maipenum der Entwurf des Hauptdokuments für die internationale Konferenz kommunistischer Parteien, die im Juni 1969 stattfinden sollte, zur Beratung stand, wandten sich Franz Marek und andere gegen die darin enthaltene Bekräftigung der Gleichberechtigung der Parteien mit der Begründung, daß dies eine Unaufrichtigkeit sei. Mit Recht wurde im Plenum gefordert, daß diese „Kritiker“ einmal unumwunden aussprechen sollten, was sie eigentlich wollten, was sie überhaupt noch von den sozialistischen Ländern hielten, deren Existenz — wie sie früher versichert hatten — der entscheidende Grund für die Möglichkeit eines ganz und gar friedlichen Wegs zum Sozialismus sei. Die so Angesprochenen flüchteten ins Schweigen. Mit 46 gegen 26 Stimmen wurde der Entwurf des Hauptdokuments für die internationale Beratung gebilligt, den Franz Muhri begründet hatte.

Die Lähmung der Parteiführung widerspiegelte sich zu dieser Zeit besonders deutlich in den Medien der Partei. Das Zentralorgan unter dem Chefredakteur Franz West setzte — im wesentlichen unangefochten vom Politbüro — den Kurs der Nadelstiche gegen sozialistische Länder, der Distanzierung von ihnen bis zur Verunglimpfung, der Anbiederung an die SP fort, so als ob es die massive Kritik an all dem auf dem 20. Parteitag nicht gegeben hätte. Das „Tagebuch“ unter Leitung von Franz Marek war mittlerweile dahin gelangt, die Partei mit einer „hohlen Nuß“ zu vergleichen. Schon im Dezember 1968 erschien als Antwort auf das faktische Medien- und Publikationsmonopol der Revisionisten die erste Nummer einer von Hermann Mitterracker herausgegebenen Zeitschrift „Standpunkte und Dokumente“. Die sechs Nummern, die in unregelmäßiger Folge bis April 1970 erschienen, waren vor allem einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit Positionen Ernst Fischers und Franz Mareks gewidmet.

Im Mai 1970 informierte Ernst Wimmer in einem von 18 ZK-Mitgliedern unterzeichneten Brief Franz Muhri, daß nach dieser Information, so wie sie das neue Statut verlange, eine Zeitschrift „Neue Politik“ erscheinen werde. Zwei Gründe wurden dafür geltend gemacht: daß der Beschluß, das „Tagebuch“ anzuhalten, seiner Aufgabe, fortschrittliche Intellektuelle der Partei näherzubringen, nicht erfüllt wurde, daß dieses Organ vielmehr bei Angriffen auf die Partei fälschlich vorgab, im Namen aller ihrer Intellektuellen zu

sprechen. Ferner, daß auch der Beschluß des 20. Parteitags, daß ZK und Politbüro sich in der Partei und auch öffentlich mit falschen Auffassungen auseinanderzusetzen haben, wirkungslos geblieben sei, diese Auseinandersetzung aber im Interesse der Partei geführt werden müsse. Die erste Nummer dieses Organs erschien im Juni mit einem Artikel zum Geleit von Erwin Scharf, Sekretär des ZK.

Um diese Zeitschrift, deren sofortige Einstellung das Politbüro verlangte, obgleich das Statut dafür keine Handhabe bot, entbrannte eine monatelange Auseinandersetzung, die wesentlich zu Kräfteverschiebungen im ZK beitrug. Im Grund ging es darum, ob nur eine Meinung, just die einer Minderheit, in den Organen der Partei das Wort führen dürfe. Das Politbüro war genötigt, seine Haltung wiederholt zu ändern: von der einseitigen Forderung nach Einstellung der „Neuen Politik“ bis zu einer nachdrücklicheren Kritik am „Tagebuch“ und schließlich dem Vorschlag, einen Teil der „Neuen Politik“ dem „Tagebuch“ einzugliedern — allerdings unter Leitung von Franz Marek. In dieser Phase unterstützten bereits 41 Mitglieder, die Mehrheit des ZK, die „Neue Politik“ als Kampfansage an das revisionistische Meinungs- und Medienmonopol in der Partei. Als es auf dem Septemberplenum im ZK zur Entscheidung kam, blieb das Politbüro erstmals mit einem Antrag im ZK in der Minderheit. Mit der Konsequenz, daß bei der gleich darauf folgenden Abstimmung über einen weiteren Antrag zur bedingungslosen Verurteilung der parteifeindlichen Schreibweise des „Tagebuch“ ein Teil des Politbüros mit der Mehrheit des ZK stimmte.

Da zu dieser Zeit das Bestehen einer Fraktion der Revisionisten schon unübersehbar war, wurde zur Rechtfertigung behauptet, daß auch die „andere Seite“ fraktioniere. Beweise dafür mußte man schuldig bleiben, weil es keine gab. Gewiß hielten es da oder dort Genossinnen und Genossen mit der Logik: Wie Du mir, so ich Dir. Doch dies bestimmte nicht die Methoden des Kampfs gegen den Revisionismus. Verlangte dieser die Verankerung eines „Fraktionsrechts“, so forderte „die Gegenseite“ das Verbot und die Ahndung fraktioneller Tätigkeit. Liefen jene Sturm gegen das Parteistatut, bestanden diese auf seiner Durchsetzung — ohne Ansehen der Person. Freilich verlangte dieser Widerstand auch Organisierung, Koordinierung, aber eben im Rahmen der Normen der Partei. Verzicht auf Widerstand wäre einer Zustimmung zur Liquidierung der Partei gleichgekommen. Aber eine Geringschätzung oder Mißachtung selbstaufgelegter Normen hätte es ungemein erschwert, ja vielleicht unmöglich gemacht, die breitestmögliche Unterstützung für eine wirkliche Erneuerung der Partei zu gewinnen.

Auch in der Diskussion über die Zukunft der Jugendarbeit der Partei und der Jugendorganisationen gerieten die Revisionisten zusehends in Bedrängnis. Schon seit Jahren hatte die Jugendorganisation der Partei, FÖJ, kaum mehr als die Bezeichnung und einige zweifellos wertvolle Traditionen mit jener Organisation gleichen Namens gemeinsam, die 1945 als überpartei-

cher, umfassender, demokratischer, antifaschistischer Jugendverband ins Leben getreten war. Noch 1945 gründeten zur Spaltung Sozialistische Partei und Volkspartei eigene, an ihre Parteien gebundene Jugendorganisationen.

Im Verlauf von mehr als zwanzig Jahren hatten sich die politischen Verhältnisse völlig gewandelt. Auch hier wurde verabsäumt, aus diesen Änderungen rechtzeitig neue Aufgaben und Zielstellungen für die Jugendorganisationen abzuleiten. Die argen ideologischen Schwächen in der Partei wirkten sich besonders nachteilig auf die ideologische Betreuung der Jugend aus, im weitem auch auf ihre Beziehungen zur Partei. Diese litten darunter, daß in der Partei die zum Teil tiefgreifenden Veränderungen in der sozialen Lage beträchtlicher Teile der Jugend, in dem Milieu des Alltagslebens, in den Stimmungen und Haltungen, in Kulturgewohnheiten nicht systematisch untersucht wurden. Die wichtigsten Wandlungen erfolgten in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre durch Entstehung neuer Gruppen mit linkem, oppositionellem Anspruch, durch Entfaltung einer radikalen Studentenbewegung mit neuen Zügen. Das in nicht wenigen Leitungen verbreitete Mißtrauen gegenüber neuen Formen der Tätigkeit, der Agitation, der Geselligkeit, ohne die keine junge Generation auskommen kann, Argwohn und Ungeduld gegenüber neuen Fragen, erleichterten es revisionistischen Kräften, so einzuwirken, daß in zunehmendem Maß Spannungen in den Beziehungen zur Partei entstanden. Ungenügendem Verständnis für die Unentbehrlichkeit einer Autonomie der Jugendorganisationen bei der Wahl ihrer spezifischen Arbeitsmethoden wurden bald Forderungen nach „völliger Autonomie“, auch in der „weltanschaulichen Programmatik“, entgegengesetzt. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entstand daraus faktisch der Anspruch, selbst als eine „Sammlung von Linken“ zu agieren. Nicht einmal mehr als Bündnispartner der Partei, sondern als „Organisation eines Bündnisses“, unter Umständen auch gegen die Partei.

Diesem Kurs der Distanzierung von der Partei, vor allem vom realen Sozialismus, war allerdings auch nicht der geringste Erfolg bei der Arbeit nach außen beschieden. Nicht zuletzt, weil unter dem Einfluß der revisionistischen Kräfte unbeachtet blieb, daß die neuen oppositionellen Strömungen in der Jugend selbst auf Distanz zum etablierten System, zur Unaufrichtigkeit und Selbstzufriedenheit der bürgerlichen Demokratie gingen.

Gab in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre das revisionistische Fraktionsorgan „Tagebuch“ vor, im Namen „der“ linken Intellektuellen zu sprechen, so beanspruchte die FÖJ-Leitung, „die“ Stimme der linken Jugend zu sein. Doch schon im Sommer 1968 begann sich in der FÖJ Widerstand gegen den Kurs zu regen, der nicht nur jugendspezifische Bedürfnisse übergibt, sondern immer deutlicher darauf hinauslief, vehement in innere Auseinandersetzungen der Partei einzugreifen, von der man zugleich „total autonom“ sein wollte.

Angesichts dieser Lage konnte eine Diskussion über die Zukunft der

Jugendarbeit und der Jugendorganisationen nicht länger verzögert werden. Im Mai 1969 schlug eine Jugendkommission des Zentralkomitees in einer Diskussionsgrundlage der Parteiführung die Bildung einer „kommunistischen Jugendbewegung“ an Stelle der längst von der gesellschaftlichen Entwicklung überholten Konstruktion der FÖJ vor — allerdings gegen den Einspruch der FÖJ-Leitung. Als am 27. Oktober 1969 das ZK die Fragen der Jugendorganisationen behandelte, lagen ihm zwei gegensätzliche Materialien vor: ein Konzept „völliger Autonomie“, das den „Generationskonflikt“ zu einem „Element des Klassenkampfes“ erhob, und der Vorschlag einer Gruppe junger Kommunisten für Autonomie in den Formen der Jugendarbeit auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit mit der Partei. Schon auf der Plenartagung im Juli hatte Franz Muhri die Sorge geäußert, daß eine Jugendbewegung, wie sie Franz Marek propagierte, „nicht nur eine unrichtige Stellung zur KPÖ haben würde, sondern auch eine unrichtige Stellung zur Sowjetunion und zu den sozialistischen Ländern, indem unter Umständen Prinzipien des Internationalismus und der Solidarität preisgegeben werden, die auch für eine neue revolutionäre Jugendbewegung von fundamentaler Bedeutung sind“.⁸¹ Das ZK beschloß mit 45 gegen 25 Stimmen, „daß unmittelbar mit dem Aufbau einer kommunistischen Jugendbewegung begonnen werden soll, die an Stelle der FÖJ und der ‚KPÖ — Bewegung der Jungen‘ treten soll“.⁸²

Die Schiedskommission, nach dem Statut autonom, hatte entsprechend dem Beschluß des ZK Ernst Fischer eingeladen, sein Auftreten im Fernsehen gegen die Partei vor ihr zu begründen. Nachdem er dies abgelehnt hatte, entschied die Kommission mit 6 zu 1 Stimmen, aus seinem Verhalten könne nur geschlossen werden, „daß er bewußt gegen die Partei, ihre Beschlüsse und ihre Instanzen aufgetreten ist. Da Ernst Fischer nicht bereit ist, sich Parteionormen unterzuordnen, entscheidet die Kommission für seinen Parteiausschluß.“⁸³ Drei Wochen später, am 29. Mai, faßte das ZK, nachdem Franz Muhri und Friedl Fürnberg nochmals appelliert hatten, jede „Polarisierung“ in der Partei zu vermeiden, mit der knappen Mehrheit von 31 zu 21 Stimmen bei drei Enthaltungen den Beschluß: „Ohne das Verhalten und die Auffassung des Genossen Ernst Fischer zu billigen oder zu entschuldigen, betrachtet das ZK den Beschluß der Schiedskommission als unrichtig und empfiehlt der Kommission, diesen Beschluß aufzuheben.“⁸⁴

Drei Wochen später folgte prompt die nächste Provokation — als Quittung für die halbe Pardonierung. Am 18. Juli veröffentlichte die bürgerliche Hamburger „Zeit“ unter dem Titel „Die alte und die neue Linke“ einen Artikel Ernst Fischers, in dem er schrieb: „Die Taktik der Linken muß daher äußerst flexibel sein... bis zu dem Versuch, versteinerte Parteien zu sprengen, von ihnen das loszureißen, was noch lebt.“⁸⁵ Die Zerreißung der Partei, die Auflösung eines Teils der Partei in der „Neuen Linken“, die kurz darauf selber in verschiedene Richtungen zerstob — das war die letzte Weisheit des

Revisionismus, der Metamorphose vom revolutionären Humanismus zum utopischen, romantischen Idealismus.

Nochmals zu einer Begründung und Erklärung aufgefordert, erwiderte Ernst Fischer, das Verlangen nach Achtung von Beschlüssen komme einem „Verbot von Meinungsverschiedenheiten“⁸⁶ gleich. Er habe früher mit der Partei geirrt. Er nehme für sich das Recht in Anspruch, auch gegen die Partei zu irren. Und er fügte hinzu, daß er nicht bereit sei, die gesamte Resolution der internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien gutzuheißen. Eine neuerliche Sitzung der Schiedskommission am 13. Oktober beschloß angesichts des Sachverhalts mit 6 zu 4 Stimmen den Ausschluß nicht aufzuheben, sondern zu bestätigen. Auch die Mitglieder der Kommission, die Gegenstimmen abgaben, legten Wert darauf, dies lediglich mit Bedenken hinsichtlich der Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme zu begründen, stimmten aber der Verurteilung des Verhaltens von Ernst Fischer als parteischädigend zu.

Schon wenige Stunden später informierten gegnerische Medien über diesen Beschluß. Übereinstimmender Grundton der gegnerischen Kommentare, vom „Volksblatt“ der ÖVP über „Kurier“ bis „AZ“: Mit dem Ausschluß des „humanistischen Ernst Fischer“ sei der Beweis erbracht, daß eine Demokratisierung der Kommunistischen Partei unmöglich sei. Und schon tags darauf konnten diese gegnerischen Medien eine Erklärung gegen diesen Beschluß von 27 ZK-Mitgliedern, darunter den Politbüromitgliedern Kodicek und Urban, verbreiten, die ihnen zu diesem Zweck anvertraut worden war. Wohlkoordiniert richtete auch eine Gruppe von Redakteuren des Zentralorgans einen Brief im gleichen Sinn an das Politbüro.

Das Ende der revisionistischen Fraktion

Das folgende ZK-Plenum hatte am 27. Oktober, dem ersten Sitzungstag, schon eine Entscheidung über die künftige Orientierung der Jugendarbeit getroffen. Noch vor Beginn der Sitzung am nächsten Tag ließ Franz West einen bereits im Politbüro abgelehnten Antrag kursieren, das ZK möge den Bescheid der Schiedskommission zurückweisen und in diesem Sinne einen „demonstrativen Schritt“⁸⁷ für Ernst Fischer tun. Der Zynismus dieses Antrags war kaum überbietbar. Er lief auf einen Freibrief für jene hinaus, die sich gegen die Partei stellten, auf die Einführung von zweierlei Maß: von einem für „besondere“ Mitglieder, für die keine Normen gelten sollten, und einem anderen für die „einfachen“, für einfältig gehaltenen Genossen. In der stürmischen Diskussion wurde sichtbar, daß die meisten der 27, obgleich sie Ernst Fischers Verhalten für unklug und unentschuldig hielten, dennoch — aus Fraktionsrason — entschlossen waren, mit allen Mitteln zu verhindern, daß daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen wurden. Sie äußerten die Befürchtung, daß dies nur der „Anfang eines Kurswechsels“ wäre, der

auch andere Konsequenzen haben werde, der, wie es einer von ihnen formulierte, „Demokratie, Autonomie und Menschenwürde zuwiderlaufen würde“.

Ihrem Aufschrei über einen „Schlag gegen die Demokratie“, ihrer scheinheiligen Klage, daß administriert statt diskutiert werde, hielt Friedl Fürnberg sachlich entgegen: „Die ideologischen Diskussionen gehen ja schon lange, aber gerade was die falschen, gegen die Partei gerichteten Auffassungen von Ernst Fischer betrifft, so haben wir, bevor der Artikel von Erwin Scharf veröffentlicht werden konnte, wochenlang im Polbüro darüber diskutieren müssen, ob so etwas veröffentlicht wird. Und schließlich war es nur möglich mit einem Mehrheitsbeschluß.“ Fürnberg unterstrich, daß die Meinung unrichtig sei, es handle sich „da und dort um falsche Meinungen bei Ernst Fischer.“⁸⁸ In Wirklichkeit handle es sich „um eine ganze Konzeption, die in sich geschlossen ist und die längst jenseits des Kommunismus steht. Er tritt faktisch in der Öffentlichkeit als Feind der kommunistischen Weltbewegung auf, als ein Mann, der unsere Kommunistische Partei Österreichs verächtlich macht. Er hat dabei die Unterstützung der bürgerlichen Massenmedien und nützt sie auch skrupellos aus.“⁸⁹

Symptomatisch für die Orientierung der Revisionisten auf bürgerliche Vorbilder war die Begründung Egon Kodiceks,⁹⁰ warum er als Politbüromitglied die Erklärung der 27 unterzeichnet hatte. Er stellte in Frage, daß das wenige Monate zuvor einstimmig beschlossene Statut noch der heutigen Situation entspricht und meinte, es sei notwendig, beim demokratischen Zentralismus der Partei auch „Normen der Demokratie zu berücksichtigen“. Der steirische Landessekretär Willi Gaisch⁹¹ hielt den Unterzeichnern des Protests entgegen, daß sie selbst undemokratisch handeln, „weil jedes Nachaußen-Tragen der innerparteilichen Diskussion die Klärung der Fragen behindert“. „Es ist wahrhaft bedenklich“, sagte Walter Hollitscher am Ende der Debatte, „wenn Mitglieder des Zentralkomitees, darunter drei Mitglieder des Politbüros, dem Aufruf Fischers zur Spaltung nicht nur nicht entgegengetreten, sondern sich unter Verletzung elementarer Parteinormen an die bürgerliche Öffentlichkeit... wenden, um zu verhindern, daß die Partei die unvermeidliche und unaufschiebbare Konsequenz aus dem Aufruf, sie zu spalten, zieht... Es ist an der Zeit, daß der nötigen Selbstreinigung... keine weiteren Hindernisse in den Weg gelegt werden.“⁹²

In der Abstimmung wurde der Antrag von Franz West auf Zurückweisung des Beschlusses des Schiedsgerichts abgelehnt, obgleich der Wiener Landesobmann Josef Lauscher ihn dahingehend abgeändert hatte, daß dies weder eine Billigung noch eine Entschuldigung der Auffassungen von Ernst Fischer bedeute. Angenommen wurde mit 44 gegen 27 Stimmen bei einer Enthaltung ein Antrag Fürnbergs, den Beschluß der Schiedskommission zur Kenntnis zu nehmen, die 27 aufzufordern, ihr Verhalten zu überdenken und festzustellen,

daß es das Recht jedes Genossen sei, den Ausschluß für richtig oder unrichtig zu halten und einen entsprechenden Standpunkt in der Partei zu vertreten.

Noch vor der Entscheidung hatte Franz Marek die mit einem Ausschluß nicht einverstandenem ZK-Mitglieder aufgerufen, nach der Sitzung im Saal zu bleiben, um das weitere Vorgehen zu beraten. Die Fraktion hatte sich in aller Form deklariert. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten. Hatte die revisionistische Gruppe sich früher mit Stellungnahmen in ihrem Fraktionsorgan „Tagebuch“ begnügt, so wandte sie sich nun zum zweitenmal binnen kurzer Zeit hilfeschend direkt an den Gegner. In einer zweiten öffentlichen Erklärung beklagten sie, daß die Minderheit durch Mehrheitsbeschlüsse vor die Alternative gestellt werde, sich unterzuordnen oder aus den Leitungen der Partei ausgeschaltet zu werden. Unter Androhung einer Einstellung jeder Mitarbeit maßte sich die Minderheit das Recht an, der Mehrheit zu diktieren. Ultimativ forderte sie die „Freigabe“ der Parteipresse für Kontroversen — mit einem unverkennbaren Revisionisten als Chefredakteur —, die Aufhebung des ZK-Beschlusses über die Jugendarbeit und die Einsetzung eines Parteisekretariats in einer ihnen passenden Zusammensetzung.

Dieser Versuch, auch mit Hilfe der antikommunistischen Medien, die Partei unter Druck zu setzen, war ein deutliches Zeichen für die Zersetzung, für das Verkommen, für die Verzweiflung der revisionistischen Fraktion. In dem Maß, als sie durch ihre immer deutlicher ausgeprägte Feindseligkeit, ihre Obstruktion nicht in einzelnen, sondern in allen Fragen an Boden verlor, versuchte sie durch marktschreierische Akte der Auflehnung den in ihren Reihen schon Zögernden und Schwankenden den Rücken zu stärken.

Und doch schien es noch einmal, als würde die Mehrheit des Politbüros dieser Erpressung nachgeben. Im Namen der Politbüromehrheit schlug Franz Muhri Zugeständnisse vor: die Öffnung von „Volksstimme“ und „Weg und Ziel“ für parteiinterne Kontroversen, ein „zeitweiliges Nebeneinander“ von Kommunistischer Jugendbewegung und FÖJ, falls letztere ein konstruktives Verhältnis anstrebe, und, falls man darin zu einer Einigung gelange, eine Fortsetzung der Diskussionen über die Bildung eines Parteisekretariats. Diesmal traten die 27 ungeniert als Fraktion auf. Sie verlangten für ihren Sprecher Gustl Zickler eine verlängerte Redezeit, die ihm zugestanden wurde. „Die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im ZK und in den meisten Parteiorganisationen sind klar“, erklärte er. Weil die Mehrheit also ihre Beschlüsse gegen die Minderheit durchsetzen könne, forderte er Zusicherungen auf lange Sicht, daß „niemand aus seinen Funktionen gedrängt wird“. Muhris Zugeständnisse wies er unter diesen Gesichtspunkten als „unzureichend“⁹⁹ zurück.

Das ZK faßte zwei Beschlüsse, die einander widersprachen. Einerseits eine Resolution im Sinn der Ausführungen Muhris, die — trotz Kritik — faktisch die Existenz einer Fraktion und ihre Forderungen, unter anderem nach

„gemischten Leitungen“ zur Kenntnis nahm. Und zugleich einen Antrag Fürnbergs, daß Gruppenzusammenschlüsse unzulässig seien und das Politbüro künftig keine Gruppenerklärungen mehr akzeptieren werde.

Aus dieser Situation wurde das Zentralkomitee durch einen Antrag des niederösterreichischen Landessekretärs Karl Zenker befreit, der zur bestürzenden, nicht länger tragbaren Realität in der Partei zurückführte. Mit Hinweis auf die Weigerung des Vertreters der Jugendorganisation im Politbüro, Fritz Zapf, den ZK-Beschluß über sein eigenes Arbeitsgebiet zu befolgen, forderte er dessen Ausscheiden aus dem Politbüro. Dies wurde mit 37 gegen 34 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Vier Mitglieder des Politbüros, Fürnberg, Scharf, Kalt und Wachs stimmten für den Ausschluß. Der Versuch, durch ein Ultimatum eine Legalisierung der Fraktion zu erpressen, war gescheitert. Egon Kodicek, Maria Urban und Franz West legten ihre Funktion im Politbüro nieder, letzterer auch seine Funktion als Chefredakteur. Etwa 15 ZK-Mitglieder verließen den Saal, kehrten dem ZK und auch der Partei den Rücken, weil sich diese ihren Kurs nicht von einer Minderheit vorschreiben ließ. Es war klar, daß nun die auf dem 20. Parteitag offengebliebene Aufgabe, der Partei wieder eine aktionsfähige Führung zu geben, von einem vorzeitig einberufenen Parteitag erfüllt werden mußte.

Warum war die letzte, unvermeidliche Trennung so spät erfolgt, warum die Entscheidung so lange hinausgezögert worden? Mit dem traurigen Ergebnis, daß mancher verlorenging, der durch rechtzeitiges Eingreifen und Klarstellen der prinzipiellen Punkte, wo ein Kompromiß unmöglich war, vor einem Irrweg bewahrt hätte werden können. Ein Grund war die Sorge um den Zusammenhalt einer kleinen Partei in einer feindlichen Umwelt, unter ungünstigen Kampfbedingungen. Da spielte die „Festungsmentalität“ mit, für die man in kalten und heißen Kriegen anfällig wird. Die Entwöhnung von einem freimütigen Austragen grundsätzlicher Differenzen im Rahmen der Normen, in der Öffentlichkeit der Partei, die oft mehr und früher von gegnerischen Massenmedien „informiert“ wurde als von Leitungen der Partei. Da war das begreifliche Sträuben gegen die bittere Wahrheit, daß Kampfgefährten, nicht ohne Verdienste in der Vergangenheit, in schwierigem Terrain den Weg oder den Mut verlieren, auf die Seite des Gegners geraten und ihm dienstbar werden. Und da war nicht zuletzt bei manchen der verfehlt Ehrgeiz, Charakter statt durch eine Korrektur von Fehlern durch Konsequenz beim Festhalten an ihnen zu beweisen.

Noch vor ihrem Auszug aus dem ZK hatten die Revisionisten versucht, die fällige Wiener Landeskonferenz mit Hinweis auf die für März 1970 angesetzte Nationalratswahl hinauszuschieben. Als dies nicht gegen den Willen der Organisationen durchzusetzen war, als eine gewählte Wahlvorschlagskommission eine Liste unterbreitete, die aus den jüngsten Auseinandersetzungen, aus Solidarisierung mit Spaltern Konsequenzen zog, wandten sie ein altes fraktionelles Mittel an: Sie drohten, niemand von ihrer Richtung werde

kandidieren, würden nicht jene nominiert, auf deren Kandidatur sie besonderen Wert legten. Sie wollten nicht bloß „gemischte Leitungen“. Sie wollten als schrumpfende Minderheit selbst die „Mischung“ bestimmen. Josef Lauscher, der langjährige Obmann der Wiener Landesorganisation, der keineswegs die Positionen der Fraktionisten teilte, aber auch dort noch Versöhnung suchte, wo sie unmöglich geworden war, verzichtete auf eine Kandidatur mit der Begründung, daß eine einvernehmliche Lösung nicht zu finden war. Er verband das mit der Versicherung, daß er für neue Aufgaben der Partei mit voller Kraft tätig sein werde.

Die Delegierten hatten kein Verständnis für Erpressungsmanöver auf Kosten der Partei, wie sie die Revisionisten zu ihrer Lieblingsmethode bei der „Erneuerung der Partei“ erhoben hatten. Entschiedene Kritik wurde nicht nur an den ideologischen Positionen der Revisionisten geübt, sondern auch an einer besonders schädlichen Theorie und Praxis der Organisation: an der faktischen Auflösung zahlreicher Grundorganisationen, ihrer Zusammenlegung oder Ersetzung durch Aktive in Bezirksleitungen. Mit mehr als 80 Prozent der Stimmen wurde eine neue Stadtleitung gewählt, von der man Arbeitsfähigkeit erwarten konnte. Sie wählte Franz Karger zum neuen Landesobmann der Wiener Organisation.

Angesichts des Bruchs der Mehrheit der FÖJ-Leitung mit der Partei begannen im November 1969 mit der ersten bundesweiten Beratung junger Kommunisten die organisierten Bemühungen um die Bildung einer kommunistischen Jugendbewegung. In dem Diskussionsentwurf für die Plattform der KJÖ, einige Monate später veröffentlicht, wurde das Verhältnis zur KPÖ mit den Worten umrissen: „Die KJÖ ist eine selbständige Organisation, die mit und in der Jugend tätig ist. Sie hat eine gemeinsame politisch-ideologische Basis mit der KPÖ... Sie arbeitet im Interesse einer möglichst wirksamen gesellschaftsverändernden Praxis auf allen Ebenen, auf allen Gebieten des politischen Kampfs mit der Partei zusammen. Die gemeinsame politisch-ideologische Basis mit der KPÖ und der selbständige Charakter der Organisation auf allen Gebieten der Tätigkeit für und unter jungen Menschen eröffnen der KJÖ Möglichkeiten für alle Initiativen, die im Interesse des Kampfes für Demokratie, Sozialismus, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Jugend notwendig sind.“⁹⁴ Am 10. Mai, knapp vor dem 21. Parteitag der KPÖ, beschlossen 160 Delegierte aus Gruppen in allen Bundesländern die Gründung der KJÖ. Zum ersten Vorsitzenden wurde Otto Podolsky gewählt, der schon in der FÖJ den Widerstand gegen die revisionistische Linie organisiert hatte.

Im Jänner 1970 erschien die „Neue Politik“ zum letztenmal mit der Begründung, daß „ein Festhalten an Methoden, die Ausdruck einer anomalen Lage waren und sein mußten, die positive Entwicklung beeinträchtigen könnte, zu der die ‚Neue Politik‘ gewiß beigetragen hat“.⁹⁵ Ihre Einstellung war deutlich gegen Meinungen gerichtet, daß es nun Zeit sei, „reinen Tisch“

zu machen, worunter nicht nur die notwendige Trennung von Revisionisten verstanden wurde, die sich politisch-ideologisch schon lange von der Partei entfernt hatten, sondern darüber hinaus die „Säuberung“ von allem, was jemals geschwankt hatte.

21. Parteitag: Schlußfolgerungen aus der Krise

Die Nationalratswahl vom März 1970 brachte der SPÖ zum erstenmal eine relative Mehrheit und der Kommunistischen Partei, wie nach der verhängnisvollen Wahlempfehlung für die SPÖ von 1966 und der folgenden akuten Parteikrise nicht anders zu erwarten war, mit insgesamt 46.693 Stimmen ein unbefriedigendes Wahlergebnis. Vor dem 21. Parteitag, der auf Grund der außerordentlichen Situation als Folge der Parteikrise vorzeitig für den 28. Mai 1970 einberufen wurde, standen vordringlich zwei Aufgaben: die Einschätzung der neuen innenpolitischen Situation, der Ablösung einer ÖVP-Regierung durch die Minderheitsregierung der SPÖ, die sich auf die noch rechts von der ÖVP stehende Freiheitliche Partei stützte. Und die Aufgabe, die wichtigsten Schlußfolgerungen aus dem Kampf einer Fraktion gegen die Partei zu ziehen, dieser eine Leitung zu geben, die arbeitsfähig und imstande wäre, sich auf die lange vernachlässigten Aufgaben des Klassenkampfes im eigenen Land zu konzentrieren.

Schon in der Diskussionsgrundlage für den 21. Parteitag wurde festgestellt: „Die Parteikrise hat ihren Ausgangspunkt in der Führung, im ZK und im Politischen Büro des ZK genommen. Ihre Überwindung muß deshalb ebenfalls bei der Führung beginnen. Die Partei muß dies unbedingt auch bei der Wahl der leitenden Organe berücksichtigen. Die Zusammensetzung dieser Organe muß sichern, daß eine feste marxistisch-leninistische Politik auf der Grundlage unserer prinzipiellen Parteibeschlüsse gewährleistet ist.“⁹⁶

Der Rechenschaftsbericht des ZK, den Franz Muhri erstattete, brachte in vielen Bereichen nach geraumer Zeit erstmals wieder klare Orientierungen und Akzente. Sein erster Gruß galt dem heroischen Volk Vietnams, den Völkern Indochinas, ihrem Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung gegen den amerikanischen Imperialismus. Zur neuen innenpolitischen Situation bemerkte Muhri: „Wir wollen keineswegs ÖVP-Regierung mit SPÖ-Regierung gleichsetzen. Der Wechsel von einer Regierungspartei zur anderen ist aber keineswegs ein Machtwechsel von einer Klasse zur anderen. Ob die Sozialistische Partei in einer Koalitionsregierung saß oder sich in Opposition befand, die Politik der Sozialpartnerschaft, die das Großkapital stärkt, wurde immer beibehalten... und die Sozialpartnerschaft wird auch die Grundlage der Politik der SPÖ-Regierung sein.“⁹⁷

Er verwies auf einige positive Reformansätze in Kreiskys Regierungserklä-

rung, was auch als Erfolg des Kampfs der Kommunisten gewertet werden könne. Zugleich unterstrich er, daß auch Reformtätigkeit der SPÖ auf dem Boden der Sozialpartnerschaft der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft dient, eine wesentliche Funktion der Kommunistischen Partei jedoch gerade darin besteht, den Kampf um wirtschaftliche und soziale Besserstellung als Teil einer Orientierung bewußt zu machen, die auf Einengung und schließlich Beseitigung der Macht des Großkapitals, auf den Sozialismus zielt.

Zu den Ursachen der Parteikrise sagte Muhri, „daß schon seit langem in einigen ideologischen Grundfragen keine Einheit mehr besteht und infolge ernster Schwächen in der ideologischen Arbeit eine Reihe neuer Probleme und Aufgaben, vor die die Partei seit Mitte der fünfziger Jahre gestellt wurde, nicht bewältigt worden ist“.⁹⁸

Als unbewältigt führte Muhri drei Problemkomplexe an: wirksame Kritik am Kapitalismus in seinen neuen Erscheinungsformen; die Probleme des Wegs Österreichs zum Sozialismus und die Probleme der sozialistischen Länder und die Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung. Zum ersten vermerkte er im Namen des ZK selbstkritisch: „Wir haben uns lange Strecken hindurch fast ausschließlich mit den wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen, mit dem Kampf um einen höheren Anteil der arbeitenden Menschen an der Konjunktur beschäftigt, was sehr wichtig ist, aber nicht die einzige Aufgabe einer revolutionären Partei sein kann.“⁹⁹ Eine der ersten wichtigen Schlußfolgerungen dieses Parteitags ging dahin, daß eine den jüngsten Bedingungen entsprechende Kapitalismuskritik eine entscheidende Aufgabe der täglichen Arbeit der Partei sein muß, die nicht geleistet werden kann, ohne die Analyse des Kapitalismus zu vertiefen, die Methoden der Propaganda und der Agitation zu verfeinern und sich von jeglichem Wunschdenken zu befreien.

Im Zusammenhang mit dem dritten Fragenkomplex, dem Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und ihren Problemen, wandte sich Muhri dagegen, daß „führende Funktionäre vom Extrem der Schönfärberei und völlig unkritischer Zustimmung, ja sogar Verherrlichung aller Aspekte der Partei- und Staatspolitik der Sowjetunion . . . in den letzten Jahren in zunehmendem Maß in das andere Extrem einer fast nur noch negativen Beurteilung der Sowjetunion fallen“.¹⁰⁰ Nötig sei die Erarbeitung eines selbständigen Urteils, ohne sich zum Richter oder Ratgeber aufzuwerfen. Nicht vergessen werden dürfe, daß „die Errungenschaften und die welthistorische internationale Bedeutung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten hundertmal schwerer wiegen als die Probleme, Fehler und Schwierigkeiten, die wir weder leugnen noch unterschätzen wollen“.¹⁰¹ Eine weitere wichtige Schlußfolgerung des Parteitags ging dahin: Weil die tiefsten Wurzeln der Parteikrise in ideologischen Schwächen lagen, im Unvermögen, in Generationen währenden Kämpfen erworbene Erkenntnisse auf neue Bedingungen

anzuwenden, den Marxismus-Leninismus schöpferisch zu handhaben, mußte bei der Herstellung einer qualitativ neuen Einheit entscheidende Bedeutung der ideologischen Arbeit zukommen. Daß die Befreiung von dem ewigen Wenn und Aber des Revisionismus eine Kampfpartei stärkt, auch wenn sie mit zahlenmäßigen Verlusten verbunden ist, konstatierte Muhri im Rechenschaftsbericht im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von mehr als einem Dutzend Redakteuren aus dem Zentralorgan „Volksstimme“. Sie hatten die Zeitung aus „Gewissensgründen“ verlassen — mitten im Wahlkampf gegen die etablierten korrumpierten Parteien. Spätestens hier drängte sich für viele Funktionäre der Partei unbezweifelbar die Erkenntnis auf: Gehen die Wege in der Ideologie so weit auseinander, daß in der Gesellschaft die eine Seite Partei gegen die andere ergreift, ist ein organisatorischer Bruch unvermeidbar, will man Programmatik und Einheit für den Kampf um eine neue Gesellschaft wahren. Dank diesem Bruch wurde nicht nur ein Weitererscheinen des Zentralorgans gesichert, wie Muhri vermerkte, sondern auch eine inhaltliche Verbesserung, vor allem eine intensivere Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie erreicht.

In der Diskussion dieses Parteitags schwang noch die Erregung, die Empörung darüber mit, daß führende Funktionäre, denen die Basis jahrelang vertraut hatte, die Partei im Stich gelassen hatten, ja ihr sogar in den Rücken gefallen waren. Schon der erste Redner aus Eisenerz, wo kurz zuvor bei Betriebsratswahlen Erfolge errungen worden waren, sprach über politisches Anpassertum aus, was viele dachten: „Es gibt tausende Genossen unserer Partei, die samt ihren Familien täglich psychischem und wirtschaftlichem Druck ausgesetzt sind. An Hand zahlreicher Beispiele hätte man hier reichlich Möglichkeiten vorgefunden, die Notwendigkeit der Sicherung und Erweiterung der Demokratie im eigenen Land aufzuzeigen, was uns eine Hilfe hätte sein können.“¹⁰²

Peter Zottl, einer der wenigen rechten Mitglieder des ZK, die an dem Parteitag teilnahmen — die meisten hatten darauf verzichtet, von diesem Recht Gebrauch zu machen, um sich der Rechenschaft zu entziehen —, fälschte ausgerechnet den Ausschluß Ernst Fischers in einen „Beweis“ dafür um, daß „ideologische Meinungsverschiedenheiten durch administrative Maßnahmen bekämpft werden“.¹⁰³ Er plädierte dafür, auch frühere Mitglieder, die mittlerweile selbst höchst nachdrücklich erklärt hatten, daß sie nicht gedenken, sich an ZK-Beschlüsse zu halten, wieder ins ZK zu wählen.

Josef Lauscher, langjähriger Wiener Obmann, begründete seine Bemühungen, mit den Revisionisten zumindest einen letzten Punkt der Übereinstimmung, der minimalen Einheit zu finden, damit, daß er es für falsch halte, Dogmatismus als weniger gefährlich denn Revisionismus hinzustellen. Ihm gab Ernst Wimmer zu bedenken: „Wo liegt in einer Situation, in der infolge früherer Versäumnisse und Fehler schon die Frage stand: für oder gegen die Partei? die goldene Mitte? Wesenszug des Opportunismus ist die Anpassung

an das Bestehende, unter dessen Druck; Wesenszug sektiererischer Einstellung die Abkapselung. In dieser Situation ist die Hauptgefahr vom Opportunismus ausgegangen. Hätte er sich durchgesetzt, gäbe es keine revolutionäre Partei mehr in Österreich. Unter den gegebenen Umständen muß die Hauptorientierung der Partei auf die Aktion gerichtet sein. Einerseits ist sie Kampf gegen die Anpassung, also gegen den Opportunismus. Und zugleich bringt sie neue Kriterien, neue Anforderungen, die dazu zwingen, sich konkret, in der Praxis mit hemmenden sektiererischen Auffassungen auseinanderzusetzen.“¹⁰⁴

Auch Egon Kodicek meldete sich auf diesem Parteitag noch einmal zu Wort, mit dem demagogischen Vorwurf, daß die Partei Probleme vom Tisch wischen, vor Diskussionen in Mehrheitsbeschlüsse flüchten wolle, auch in Fragen, wo es gar keine Beschlüsse geben könne. Ihm entgegnete Fürnberg: „Wenn man niemand findet, der entscheiden kann über unsere Probleme und der die Diskussion zu einem wenigstens zeitweisen Abschluß bringen kann, dann frage ich mich, wozu beschließen kommunistische und Arbeiterparteien Programme? ... Aber dann, wenn eine Mehrheit sich nicht ihrer Meinung anschließt, dann heißt es, solche Fragen können nicht entschieden werden.“ Die Konsequenz ist eindeutig: „Sie führt dazu, daß man die Partei selbst negiert ... Dann kommt man auch zu der Konsequenz, zu der Marek gekommen ist: Wozu braucht man überhaupt ein Statut? ... Weil es bürokratische Erscheinungen gibt, die man bekämpfen muß, zur Schlußfolgerung zu kommen, man brauche kein Statut, keine Normen der Partei und keine Disziplin, das heißt die Partei negieren.“¹⁰⁵

Die Taktik der wenigen Revisionisten, die die Courage aufgebracht hatten, sich dem Parteitag zu stellen, war unverkennbar darauf angelegt, jede Konsequenz aus negativen Erfahrungen mit Funktionären als „undemokratische Abrechnung“ hinzustellen und zugleich die erregten Delegierten zu Handlungen zu provozieren, die diesen Vorwurf hätten plausibel erscheinen lassen. Ein Delegierter warnte deshalb eindringlich: „Wir sollen uns davor hüten, jeden Genossen, der ein kritisches Wort äußert, gleich als Revisionisten abzustempeln. Keinen besseren Dienst können wir damit den wirklichen Revisionisten erweisen.“¹⁰⁶ Noch ein wichtiger Gesichtspunkt wurde in die Diskussion eingebracht: daß eine der Ursachen der Krise in dem zu geringen Vertrauen der Parteiführung in die Urteilsfähigkeit der Basis, in der Vortäuschung einer längst nicht mehr vorhandenen Einheit der Parteiführung zu finden ist.

Dominierten auf diesem Parteitag begreiflicherweise innerparteiliche Probleme, fanden doch auch bedenkliche Vorgänge in der verstaatlichten Industrie Niederschlag in den Beschlüssen. Im Zusammenhang mit einem rasanten Eindringen von ausländischem, namentlich westdeutschen Kapital wurde die Gefahr einer Untergrabung der Verstaatlichten aufgezeigt: vor allem durch die Bindung zukunftssträchtiger Zweige an Auslandskapital und

durch finanzielle Aushungerung staatlicher Betriebe. Als ein Mittel dazu wurde die ÖIG-Novelle gekennzeichnet, die einer „Verselbständigung“ staatlicher Betriebe gegenüber staatlichen Weisungen und Kontrollen diene, also einer Erleichterung der Wahrnehmung der Interessen des in- und ausländischen Monopolkapitals. Die ÖIG bekam freie Hand, vorsätzliche verarmte Unternehmen mit unzulänglichem Eigenkapital, belastet von bedrückenden Kreditzinsen, für unrentabel zu erklären, mit anderen Betrieben zusammenzulegen oder zu sperren. Nur ein entschiedener Kampf der Kommunisten trug dazu bei, daß bei dieser ÖIG-Novelle ein Rest parlamentarischer Kontrolle blieb, nämlich die Bestimmung, daß im Fall einer Veräußerung von Anteilsrechten der Republik von mehr als 51 Prozent die Zustimmung des Hauptausschusses des Parlaments erforderlich ist.

Muhri betonte in seinem Schlußwort die Notwendigkeit, der Partei eine aktionsfähige Führung zu geben, damit eine neue Phase der Entwicklung der Partei beginnen könne. In geheimer Abstimmung wählte der Parteitag ein neues ZK. Im Ergebnis schieden 32 Mitglieder des alten ZK aus, weniger als auf dem 19. Parteitag, als mit Hilfe einer „Altersklausel“ Entscheidungen getroffen wurden, die politisch zu begründen man sich scheute. Die Partei hatte wieder ein ZK, das zur Einheit in den Grundfragen und folglich auch zur Einheit in der Aktion fähig war. Die Parteibasis, auf ihre Weise täglich konfrontiert mit den Versuchungen, Lügen und Zwängen des Kapitalismus, hatte einen Sieg errungen über jene, die dem Druck des Gegners nicht standgehalten, klein beigegeben hatten.

Schon auf dem 21. Parteitag war ausgesprochen worden: Das Schwerste kommt erst. Jeder Versuch, in den drei unbewältigten Fragenkomplexen eine fertige Linie vorzugeben, wäre eine Fortsetzung des Fehlers gewesen, übereilte, taktische Beschlüsse an die Stelle von Schlußfolgerungen aus gründlichen Analysen zu setzen. Nach dem 21. Parteitag standen also drei unterschiedliche, sehr verschiedene Anstrengungen erfordernde Aufgaben im Vordergrund: Die Wiederherstellung der Beziehungen zu Massenorganisationen, die unter dem Einfluß von Revisionisten empfindlich gestört worden waren — eine relativ kurzfristige Aufgabe; die Korrektur von Versäumnissen oder Fehlern in organisatorischen Fragen, die sich aus einem Verkennen wichtiger Faktoren der innenpolitischen Situation ergeben hatten. Und schließlich die Fundierung einer langfristigen Orientierung mittels einer realistischen Einschätzung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seiner Herrschaftsformen, seiner „Bündnisse“, seiner Widersprüche und Interessensgegensätze als Grundlage des Kampfes für eine Änderung der Kräfteverhältnisse und schließlich der Gesellschaft.

Kommunistische Arbeit in den Betrieben

Für eine Partei der Arbeiterklasse mußte es vordringlich sein, die beeinträchtigte Zusammenarbeit mit der Fraktion der Gewerkschaftlichen Ein-

heit wiederherzustellen, sie auf klare Positionen zu gründen. Die Gewerkschaftliche Einheit war 1952 als oppositionelle Sammelbewegung im Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen worden, noch unter dem Eindruck des Oktoberstreiks, in dem 200.000 Arbeiter und Angestellte über weltanschauliche Differenzen hinweg sich zu einer gemeinsamen Willensäußerung, zur gemeinsamen Aktion zusammengefunden hatten. Damals konnte es scheinen, als stünde eine Periode erbitterter Klassenkämpfe unmittelbar bevor.

Der tatsächliche Übergang zu einer langwährenden Periode der Hochkonjunktur stellte vor komplizierte Probleme. Dazu kamen binnen kurzer Zeit: Die Einbindung der ÖGB-Spitze in die neu geschaffenen Institutionen der „Partnerschaft“ mit dem Kapital; die infolge dieser verstärkten Bindung an das System rasch voranschreitende „Durchstaatlichung“ der Gewerkschaften, ihre Übernahme wichtiger, stabilisierender Funktionen innerhalb des sich rasch entfaltenden Regulierungssystems des staatsmonopolistischen Kapitalismus; ihre Gleichschaltung — von der Lohn- und Sozialpolitik — bis zur Wirtschaftspolitik durch den „Konsens“ in der Sozialpartnerschaft. All das verlangte eine entsprechende Entdemokratisierung in den Gewerkschaften, damit oben erzielte Kompromisse auch gegen den Willen der Basis „durchgezogen“ werden konnten.

Mit der ins Unüberschaubare wachsenden Fülle von Funktionen und Eingriffen des Staats, mit der Verflechtung des Staats und seiner Apparate mit Verbänden, einschließlich des Gewerkschaftsbundes, dehnte sich der Bereich gewerkschaftlicher Tätigkeiten weit über das noch kurz vorher Übliche aus. Schon mit dem objektiven Zwang zur Entwicklung einer „Gewerkschaftsstrategie“ ergab sich potentiell die Möglichkeit von Spannungen, von Konflikten mit der Partei, deren Aufgabe es ist, über alle Teilinteressen, über zünftlerische Gesichtspunkte hinweg eine Gesamtstrategie des Kampfes für eine neue Gesellschaft zu entwickeln. Mit der Bildung der Gewerkschaftlichen Einheit ging in der Praxis vorwiegend an sie die Anleitung sowohl der Betriebsräte als auch der Betriebsorganisationen der Partei über, die vorher von der Partei ausgeübt worden war. Parteibeschlüsse des 17. Parteitags und spätere knüpften an das Aktionsprogramm des ÖGB an, was unumgänglich ist, will man nicht in Sektierertum verfallen. Doch in zunehmendem Maß geschah dies auf eine Weise, die den ÖGB als etwas erscheinen ließ, das er gar nicht war: Als Kampfinstrument, obgleich er damals schon zum Vollzugsorgan der Partnerschaft mit dem Kapital gekommen war. Um den Widerspruch zwischen den Beschlüssen und Verheißungen des ÖGB und seiner tatsächlichen Rolle in der „Sozialpartnerschaft“ irgendwie zu erklären, verfiel man auf die trügerische Formel vom „schlafenden Riesen“, obgleich sich ÖGB-Führer beim Abwiegen, Bremsen, Entsolidarisieren und Auseinanderdividieren als hellwach erwiesen.

Das Unvermögen, die tatsächlichen Funktionen der ÖGB-Führung hin-

länglich zu erfassen, begünstigte in der GE-Führung die Tendenz zu einer Trennung von ökonomischem und politischem Kampf. Überziehungen in Lohnforderungen verbanden sich mit Unterlassungen notwendiger Kritik der ökonomischen und sozialen Problematik in der Gesellschaft. Auch hier wurde versäumt, aus neuen Bedingungen rechtzeitig angemessene Konsequenzen zu ziehen. Erstmals angepackt wurde diese Problematik in der ersten Jahreshälfte 1960 vom Politbüro, als es die Aufgabe stellte, die 1959 bei Betriebsratswahlen errungenen beachtlichen Erfolge zu festigen, politisch zu untermauern. In einer Diskussionsgrundlage für Politbüro und ZK wurde eine wichtige Schlußfolgerung gezogen: Wenn unter den gegebenen Bedingungen die Zweckmäßigkeit der Gewerkschaftsfraktion außer Frage steht, dann folgt: Je breiter die Zusammenarbeit der Fraktion mit Parteilosen und Sozialisten, desto enger muß das Verhältnis der gewerkschaftlich tätigen Kommunisten, des Kerns der Fraktion, zu den zuständigen Organen und Leitungen der Partei sein. Warnend hieß es in dieser Diskussionsgrundlage: „Ohne Stärkung der Betriebsorganisationen und ohne Schaffung eines Kerns von klassenbewußten Arbeitern und Angestellten entsteht die ernste Gefahr von Rückschlägen.“ Zwei Jahre später, im Juni 1962, mußte das ZK konstatieren, „daß das Problem der systematischen Anleitung der Betriebsräte und Betriebsaktivs nicht gelöst ist.“¹⁰⁷ Auf einer Konferenz mit Vertretern aus 180 großen Betrieben im „Schwechaterhof“ am 20. Juni 1963 in Wien bezeichnete Johann Koplenig es als alarmierend, daß in mehr als 100 Betriebsorganisationen in dem letzten Jahre kein einziges Mitglied geworben worden war. „Unsere Hauptschwäche in den Betrieben“ — sagte er — „besteht darin, daß das Gewicht der Partei nicht genügend zur Geltung kommt. Die Kommunisten unterstützen mit allen Kräften die Tätigkeit der Gewerkschaftlichen Einheit, aber die kommunistische Organisation im Betrieb kann sich nicht darauf beschränken. Ihre Aufgaben sind weitgesteckt.“¹⁰⁸

Eine Reihe von Faktoren erschwerten, ja blockierten schließlich eine Lösung auch nur der vordringlichsten Probleme: Die schon in der Parteiführung bestehenden Differenzen und Ansätze zur Frontenbildung; die angesichts eines massiven ökonomischen und politischen Drucks in den Betrieben gewaltigen objektiven Schwierigkeiten eines offensiven politischen Auftretens, eines parteilichen Agitierens und Werbens; die Illusion in der GE-Führung, mit der ÖGB-Führung zumindest in der Forderung nach einer „Programmierung der Wirtschaft“ eine „gemeinsame Sprache“ finden zu können. Wie in allen komplizierten Situationen stellte sich auch hier eine Theorie ein, die einen leichteren Weg verhieß: Die Auffassung, daß „unter den heutigen Bedingungen“ mühselige Politisierung in den Betrieben überflüssig sei, weil ohnedies jede ökonomische Frage in Kürze zu einer politischen Kampffrage werde. Die ökonomischen Funktionen des Staats, seine Eingriffe auf allen Gebieten, bieten selbstverständlich größere Möglichkeiten, ihn bei seiner Verantwortung zu packen. Jedoch die Theorie, daß

ökonomische Probleme gleichsam von selbst, durch die Umstände zu politischen werden, war nur eine Variante des von Lenin vehement kritisierten „Tradeunionismus“, des „Nur — oder vor allem — Gewerkschaftertums“, das mehr oder weniger gute Gewerkschaftsarbeit mit revolutionärer Politik gleichsetzt oder gar an ihre Stelle setzt.

Mit der Zuspitzung der Differenzen in der Parteiführung wurde auch früher sorgfältig Umschriebenes offener ausgedrückt. So entdeckte der GE-Verantwortliche Egon Kodicek, daß die Tätigkeit, ja sogar die Existenz von Parteiorganisationen in den Betrieben mit „Gewerkschaftsautonomie“ unvereinbar sei. Er kam sogar zu der „Erkenntnis“, daß ein Werben für die Partei den Möglichkeiten von Aktionseinheit abträglich sei. Teile der GE-Führung vertraten die Auffassung, daß bei gleichzeitiger „prinzipieller“ Ablehnung der Sozialpartnerschaft die GE „keine Opposition im ÖGB“ sein dürfe, obgleich dessen Spitze als Säule der „Sozialpartnerschaft“ fungierte.

1966 hatte der Leiter der Organisationsabteilung der Partei, Rudolf Richter, in einem Bericht auf schwerwiegende Strukturängel aufmerksam gemacht: Daß die Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung der Partei weitgehend mit dem Büro der Gewerkschaftlichen Einheit identisch war, also die Partei ihre Funktionen weitgehend der gewerkschaftlichen Fraktion abgetreten hatte. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Zustand unter verschiedenen Gesichtspunkten der Sache der Kommunisten abträglich war. Einerseits wurden dabei Aufgaben der Parteiarbeit in den Betrieben unzulänglich erfüllt, sogar wo es ein denkbar gutes Einvernehmen zwischen Partei- und GE-Leitung gab, bloß weil diese auf Grund ihrer begrenzten Aufgaben andere Schwerpunkte setzt. Zugleich wurde die Aufgabe der GE erschwert, sofern sie die Aufgabenstellungen für die Partei beachtete, einer möglichst breiten Sammlung der kritischsten, klassenbewußtesten, aktivsten Kräfte innerhalb der Gewerkschaft jenseits ihrer weltanschaulichen Standpunkte zu dienen.

Auch in dieser für eine Arbeiterpartei eminent wichtigen Frage erwies sich die Parteiführung schon geraume Zeit vor der offenen Parteikrise als handlungsunfähig. Nach Ausbruch der Krise agierten einige Mitglieder der GE-Leitung als besonders bedenkenlose Verfechter der revisionistischen Linie. Sie kamen dahin, die Losung einer Gewerkschaftsautonomie der Zusammenarbeit mit der Partei entgegenzusetzen. Ja sie stellten sogar die immer wieder in Beschlüssen auch des ZK bekräftigte Verpflichtung kommunistischer GE-Mitglieder in Frage, sich an Beschlüsse der Partei zu halten. Und dies, obgleich in keiner Phase die gewerkschaftliche Autonomie der GE von irgendwelchen Parteiorganen in Frage gestellt worden war. Geltend gemacht wurden von der Partei lediglich zwei Selbstverständlichkeiten: Zusammenarbeit verlangt von beiden Seiten, in wichtigen Fragen ein Einvernehmen zu suchen. Es kann keine Ausnahme von der Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen für Parteimitglieder geben, die unerläßlich ist, um das Zusammen-

wirken von Partei und Fraktion zu gewährleisten, und um so wichtiger, je mehr Nichtkommunisten die beste Vertretung ihrer Interessen bei dieser Fraktion suchen.

Kurz nachdem Kodicek seine Funktionen in der Partei niedergelegt hatte, entschieden seine Freunde — ohne Beschluß in der Bundesleitung —, den ÖGB-Vorsitzenden Anton Benya um die Ernennung Kodiceks zu einem der Sekretäre des ÖGB zu ersuchen — im Namen der Gewerkschaftlichen Einheit! Als die Mehrheit der GE-Leitung für Oktober 1970 eine Bundeskonferenz einberief, hoffte sie, die Fraktion auf den Weg der Spaltung der Partei, des Arrangements mit der SP, der Anerkennung als freundschaftlicher linker Ratgeber führen zu können. Auch sie hatte sich gründlich verrechnet. Die GE-Bundeskonferenz bekräftigte mit den Stimmen von mehr als 95 Prozent der Delegierten das Kampfbündnis mit der Kommunistischen Partei und wählte Anton Hofer zum neuen Vorsitzenden. (Der revisionistische Rest ließ sich bei den zuvorkommenden Behörden als „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit“ registrieren. Er machte bei Eisenbahnerwahlen im Dezember 1973 und vor den Arbeiterkammerwahlen 1974, der behördlichen Unterstützung gewiß, der Gewerkschaftlichen Einheit ihre Listenbezeichnung streitig. Seither nennt die GE sich „Gewerkschaftlicher Linksblock“.) Auf einer Parteikonferenz am 3. April 1971 wurde in einem Referat von Walter Wachs, Sekretär des ZK, die langfristige Aufgabe gestellt, den Prozeß des jahrelangen Abbaus von Positionen der Partei in den Betrieben umzukehren. Das ZK beschloß 1972 die Bildung einer Abteilung mit einem Vertreter im Politbüro, um eine systematische Arbeit auf dem für die Partei lebenswichtigen Gebiet entfalten zu können. Auf lange Sicht orientiert die Partei, wie in verschiedenen Stellungnahmen festgehalten, auf eine Überwindung des Fraktionensystems im Gewerkschaftsbund. Selbstverständlich hofft sie dabei auf keinen „Beschluß von oben“. Eine solche Überwindung kann nur Ergebnis eines komplizierten, mühseligen Prozesses der Demokratisierung, der Meinungsbildung von unten sein, mittels eines Körpers von Vertrauensleuten und Aktivisten, durch geheime Wahlen, durch Urabstimmung. Unter keinen Bedingungen darf die Partei — wie die Erfahrung zeigt — darauf verzichten, als Partei ihre Mitglieder in den Betrieben zu betreuen, ihnen jede notwendige Hilfe bei der Erfüllung der Aufgabe zu leisten, starke Kerne von Kommunisten zu schaffen, Kader zu entwickeln, die auch den kompliziertesten Situationen gewachsen sind, die sozialistisches Bewußtsein verbreiten, die für die Partei, ihre Ideen werben und die Parteiorganisation zu einer Kraftquelle machen können. Selbstverständlich verlangt das die engste Zusammenarbeit von Kommunisten mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock.

Eine Periode des Aufschwungs

Mit der Beendigung der Parteikrise begann ein beachtlicher Aufschwung der Partei, der bis 1974 währte. Bei den Nationalratswahlen 1971 konnte die Partei gegenüber den Wahlen im Vorjahr einen Stimmenzuwachs von 38 Prozent, bei Betriebsratswahlen, einschließlich der Personalvertretungswahlen der Eisenbahner und der Öffentlich Bediensteten, einen Stimmengewinn von 41 Prozent erringen. Bei Gemeinderatswahlen in Kärnten erreichte die Partei 1973 dort die höchste Zahl gewählter kommunistischer Gemeinderäte mit Ausnahme der Wahl von 1950; auch das Mandat in der Landeshauptstadt Klagenfurt wurde zurückgewonnen. Zwischen 21. und 22. Parteitag gewann die Partei mehr als 2000 neue Mitglieder, darunter 1000 junge Menschen. Ermöglicht wurde dieser Aufschwung durch das Zusammenwirken objektiver und subjektiver Faktoren. Die Ablösung der VP-Alleinregierung, in deren Lebenszeit die erste spürbare Unterbrechung der langwährenden Konjunktur, verbunden mit zeitweiligen Reallohnverlusten, fiel, durch die SPÖ, zunächst mit einer relativen, seit den Wahlen 1971 mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet, hatte weithin Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Besonders unter jenen, welchen an tiefgreifenden Änderungen der Gesellschaft lag, trat bald eine Ernüchterung ein. Offenkundig wurde, daß die Modernisierungsreformen der SP-Regierung eine bessere Funktionsfähigkeit, eine Verringerung der Reibungen im Interesse einer Erhaltung des Systems anstrebten, keineswegs aber eine „Überschreitung seiner Grenzen“. Augenscheinlich wurde für die Bewußtesten, Kritischsten, daß die SP-Führung nicht einmal daran dachte, von der absoluten Mehrheit im Parlament, von welcher sie so viel versprochen hatte, in entscheidenden Fragen Gebrauch zu machen. Beflissen befolgte sie genau die sozialpartnerschaftlichen Spielregeln, denen zufolge die „großen Probleme“ in den Schoß der Sozialpartnerschaft zu legen und Entscheidungen nur im Falle eines Konsens auf der Ebene der Verbände zulässig sind.

Schon 1969 hatte die SP-Führung zur Absicherung dieses Kurses in der „Eisenstädter Erklärung“ Sozialisten jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten verboten. Kreiskys These, daß ein „unversöhnlicher Widerspruch“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bestehe, entsprach der Absicht, möglichst zu verhindern, daß Kommunisten und Sozialisten zusammenfinden, die beide objektiv, durch einen unversöhnlichen Widerspruch von jenen Sozialdemokraten getrennt sind, die mit dem Kapital gemeinsame Sache machen. Enttäuschung darüber, daß kein grundsätzlicher Unterschied gegenüber der vorangegangenen VP-Regierung und der ersten, ausschließlich von der SPÖ gestellten Regierung zu merken war, widerspiegelte sich in der ersten oppositionellen Plattform innerhalb der SP, in der von hunderten

Funktionären unterzeichneten Schrift „Für eine sozialistische Politik in der SPÖ“.

In den Betrieben kam es zu den größten innerbetrieblichen Bewegungen seit einem Jahrzehnt, auch zu Streiks, deren wichtigster die Böhlerwerke Ybbstal zweieinhalb Wochen lang stilllegte. Von der Bewegung erfaßt wurden auch andere Großbetriebe, wie das Aluminiumwerk Ranshofen, Alpine-Montan Donawitz, Elin Weiz, Glanzstoff Sankt Pölten, das Stahlwerk Traisen und die Puch-Werke Graz. Mit einer einzigen Ausnahme wurde die Arbeit durchwegs niedergelegt, um höhere Löhne durchzusetzen. Die SP-Regierung hatte ja „Aufstieg und Europalöhne“ versprochen. Ausnahmslos wurden die Streiks gegen den Willen der Führungen von SPÖ und ÖGB beschlossen.

Der „Böhler-Streik“ war unter zwei Gesichtspunkten bedeutsam. Als Ausdruck einer Kampfbereitschaft in Kernschichten der Arbeiterklasse in dieser Periode; als Beispiel dafür, was Sozialpartnerschaft im Betrieb bedeutet an Erschwernissen und Risiken bei der Vertretung berechtigter Interessen. In der Zeit der sowjetischen Verwaltung hatten die Arbeiter der drei Werke des Ybbstalkonzerns beträchtlich überdurchschnittliche Löhne erreicht. Fünfzehn Jahre später lagen in diesem verstaatlichten Betrieb die Löhne unter dem Durchschnitt vergleichbarer Betriebe. Die Arbeiter hatten für die Sozialpartnerschaft bezahlen müssen: für das Zusammenspiel zwischen SP-Firmenleitung und SP-Betriebsratsobmännern, die sich, ohne die Belegschaft auch nur zu informieren oder zu befragen, jeweils über die Lohnabschlüsse einigten. 1970 kam es zum erstenmal aus Protest gegen diese Einheit zur Arbeitsniederlegung. Am 26. Juni 1973, als wiederum ein von Firmenleitung und Betriebsratsobmännern gemeinsam verschnürtes Paket vorgelegt wurde, kam es zu einem Proteststurm, zu einer Urabstimmung, in der mit überwältigender Mehrheit neue Forderungen und eine unbefristete Arbeitsniederlegung beschlossen wurden. Fast einmütig wurde ein Streikkomitee gewählt. Binnen kurzem standen die 1300 Arbeiter der drei Werke im Streik. Die Antwort der Direktion des verstaatlichten Betriebs proklamierte — wiederum in Eintracht mit den SP-Betriebsratsspitzen — die „Unmöglichkeit“ einer Erfüllung dieser Forderungen und deutete die Möglichkeit an, Streikende von der Sozialversicherung abzumelden, also auszusperrn. Dennoch wurde am 3. Juli — wiederum einmütig — die Fortsetzung des Streiks beschlossen, obgleich die Betriebsratsspitzen ihn in einem Flugblatt, das niemand verteilen wollte, als „politisch eingefädelt“ denunziert hatten.

Nach fast zweiwöchiger Streikdauer erschien zum erstenmal der Zentrale Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Sepp Wille, um — im Einklang mit der Direktion — eine Unerfüllbarkeit der Forderungen zu behaupten und mitzuteilen, daß die Gewerkschaft die Anerkennung des Streiks ablehnt. Als auch das lediglich im Werk Bruckbach eine knappe Mehrheitsentscheidung für die Wiederaufnahme der Arbeit brachte, kündigte am 10. Juli die

Direktion, der Unterstützung durch die Gewerkschaft sicher, die Abmeldung aller Streikenden von der Sozialversicherung an. Erst die Drohung der Aussperrung — in einem verstaatlichten Betrieb! —, die Einheitsfront zwischen Konzernleitung und Gewerkschaftsspitzen brachten es zuwege, daß das Streikkomitee die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß. Der Streik hatte dennoch etwas gebracht: Lohnerhöhungen, die in den benachbarten Betrieben gewährt wurden — mit Zustimmung der „Sozialpartner“ —, um eine Ausweitung des Streiks zu verhindern! Die Ernüchterung über die Rolle der Gewerkschaftsführung und von Betriebsräten, die sich statt als Organe einer Kontrolle der Unternehmer durch die Arbeiter als Kontrollorgane für die Unternehmer betätigten, schlug in Erbitterung um. Den Arbeitern, die dazu aufriefen, die Gewerkschaftsbücher wegzuworfen, sagten die Kommunisten: Verlaßt diese Sozialistische Partei, nicht die Gewerkschaft.

Für beträchtliche Erregung unter Arbeitern und Angestellten sorgte zu dieser Zeit die strategische Orientierung der SP-Regierung, vor allem ihres hochgelobten Finanzministers Hannes Androsch, einen immer größeren Teil der Staatsausgaben aus Massensteuern, namentlich durch progressive Belastung von Löhnen und Gehältern aufzubringen. Auch dort, wo die staatsmonopolistischen Mechanismen der Umverteilung zugunsten des Kapitals nicht durchschaut wurden, herrschte Unmut darüber, daß ein beträchtlicher Teil der teuerungsbedingten Lohn- und Gehaltserhöhungen dem Finanzministerium zugutekam. Auf Initiative eines Komitees, dem führende Vertreter der Kommunistischen Partei und des Gewerkschaftlichen Linksblocks angehörten, wurden im Frühjahr 1972, begleitet von tausenden aufklärenden Gesprächen, vor allem in Betrieben und Büros mehr als 84.000 Unterschriften für eine große Lohnsteuerreform gesammelt. Erreicht wurde durch diesen Druck — im Oktober gab es eine Vielzahl von Protestresolutionen und spontane Arbeitsniederlegungen bei den Straßenbahnern in Wien, bei den Eisenbahnern in Wien, Linz, Knittelfeld — eine einmalige Steuerrückvergütung und in der „Androsch-Reform“ für 1973 eine Milderung der von der Regierung geplanten Verschlechterungen. Dieser Druck reichte nicht, um eine Erhöhung der Steuerprogression bei durchschnittlichen Einkommen zu verhindern, um die Regierung von dem Kurs der Kapitalbegünstigung abzubringen. Ein Jahr nach dieser „großen Reform“ konnte der Finanzminister zufrieden Lohnsteuermehreinnahmen von drei Milliarden registrieren, protestierten im Februar 1974 dreißig Großbetriebe mit Betriebsratsbeschlüssen gegen den systematischen Lohnsteuerraub, darunter Alpine-Donawitz, Böhler-Ybbstal, Steyr-Daimler-Puch und die Jenbacher Röhrenwerke.

Nachhaltigen Einfluß auf die politische Entwicklung hatten internationale Faktoren: vor allem die weitere Verschärfung der allgemeinen ökonomischen, politischen und moralischen Krise des Kapitalismus, obgleich sie in

Österreich weit weniger spürbar war als in der Mehrzahl der meisten hochentwickelten kapitalistischen Länder.

Zur Politisierung von Teilen der Jugend trug wesentlich der schmutzige Krieg bei, den die USA in Vietnam führten und Stufe um Stufe eskalierten, um dem Volk die Freiheit vorzuenthalten, die es gegen den japanischen, später gegen den französischen Imperialismus, auf bewundernswerte Weise erkämpft hatte. Der Versuch der USA, ein unbeugsames Volk in die Steinzeit zurückzubomben, zerstörte für viele Menschen, vor allem junge, das Trugbild vom „freien Westen“, von der „Gewaltlosigkeit“ bürgerlicher Demokratie. Die Solidarität der SPÖ-Regierung — nicht mit den Freiheitskämpfern, sondern den Aggressoren —, ihr Schweigen zum Morden, zum Napalm-Brennen rief weithin Unmut hervor.

Solidarität mit dem Volk Vietnams — das wurde als der von der Stunde gebotene Kampf für Selbstbestimmung, für Demokratie, für Frieden verstanden, die Haltung dazu als Prüfstein. Die denkwürdigste von vielen Demonstrationen und Aktionen fand zu Pfingsten 1972 in Salzburg statt. Zu ihr hatten anlässlich eines Salzburg-Besuchs des US-Präsidenten Nixon kommunistische, sozialistische, katholische und antiimperialistische Organisationen, zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aufgerufen. Auch die FPÖ stellte sich mit einem Aufruf ein: allerdings für einen „Streifendienst von Freiwilligen“ zur Unterstützung des nach Tausenden zählenden Polizeiaufgebots. Mehr als dreitausend Demonstranten, unter ihnen Franz Muhri und Mitglieder des Politbüros, zogen mit Transparenten — „Nixon mordet, Kreisky schweigt“ — vom Volkshaus zum Alten Markt. Eine Rede des Botschafters der provisorischen revolutionären Regierung Südvietnams in Budapest mußte verlesen werden. Die Regierung hatte ihm die Einreise verweigert. Gruppen der Demonstranten gelang es durch Umgehung der Polizeisperrn zum Flugplatz vorzudringen. Dort ging die Polizei brutal auch noch auf Liegende einschlagend vor, nach den Weisungen von FBI-Agenten, die das Kommando übernommen hatten. Über das Fernsehen in Europa und Amerika konnten hunderte Millionen sehen und hören, wie der Flugplatz für die Landung Nixons geräumt wurde, sich davon überzeugen, welche Botschaft ihm mitgegeben wurde: Hinaus aus Vietnam und ganz Indochina. Am folgenden Tag verteilte die KJÖ in Arbeitervierteln Salzburgs Flugblätter, unternahmen andere Gruppen „optische Aktionen“, um über den Sinn der Anti-Nixon-Demonstration und die Gründe für Amerikas schmutzigen Krieg aufzuklären.

Die wirtschaftlichen Erschütterungen in einigen kapitalistischen Zentren ließen zu dieser Zeit das Ende der langen, außerordentlichen Konjunkturperiode bereits ahnen. Aber schon vorher hatte die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wichtige Verschiebungen und Veränderungen bewirkt. Die Tendenz zur Zusammenballung wichtiger Entscheidungen in wenigen Händen, zur reaktionären, wenn nicht gar autoritären Zentralisa-

tion, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert, ruft notwendigerweise Gegenbewegung hervor, mit radikaldemokratischen, antiautoritären und zuweilen auch anarchistisch-chaotischen Zügen. Diese Bewegungen waren Ausdruck der Tatsache, daß die bürgerliche Demokratie selber zusehends in Mißkredit geriet — als korrupt, voller Hinterhalte, versteckter Zwänge, als scheinheilig und verlogen.

Erste Geburtsstätten dieser Strömungen waren in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Universitäten. Nicht allein, weil die Studenten — wie Lenin bemerkte — mit ihren politischen Strömungen so gut wie alle sozialen Gruppierungen der Gesellschaft widerspiegeln und besonders rasch, feinfühlig auf Veränderungen in der Gesellschaft reagieren. Wichtige objektive Gründe dafür gab es auch als Folgen der Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der wissenschaftlich-technischen Revolution unter seinen Bedingungen: beachtliche Verschiebungen in der sozialen Zusammensetzung der Studenten, die sozialen Fragen für viele größeres Gewicht verliehen, und wesentliche Veränderungen in den Berufsaussichten. Mit dem Übergang zur „Massenuniversität“ hörte für viele akademische Bildung auf, Garantie für Privilegien zu sein, ja kamen Studieninteressen zu Schaden an dem Widerspruch zwischen „Massenuniversität“ und überlebten Hierarchien, an der Tendenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus, auch bei der Bildung, bei der Qualifikation von Arbeitskräften sich nach Kapitalwünschen zu richten.

Diese Strömungen verlangten von der Partei, sobald sie ihre Handlungsfähigkeit wiedergewonnen hatte, eine rasche Zurückdrängung der beiden Fehlhaltungen in der Vergangenheit: Unterschätzung der gesellschaftlichen Rolle der Intelligenz und deren Überschätzung bis zur Verherrlichung. Diese Situation erforderte auch weiterreichende Überlegungen zur Bündnispolitik, ihre Einordnung in eine strategische Linie und nicht zuletzt zielstrebige Hilfe bei der Bildung einer mit der Partei eng verbundenen Studentenorganisation.

Die alte Führung der Vereinigung Demokratischer Studenten, eingeschworen auf den revisionistischen Kurs, auf die Theoriegebilde Ernst Fischers und Franz Mareks, hatte das politische Kunststück fertiggebracht, zugleich sowohl in Opposition zur Kommunistischen Partei zu gelangen wie zu den neuen Strömungen, auf deren Hilfe sie im Kampf gegen die Partei spekuliert hatte. Nahmen diese Anstoß an den augenfällig gewordenen chronischen Gebrechen der bürgerlichen Demokratie, verkündete die VDS-Führung eine Ausweitung „der“ Demokratie, bei der die Intelligenz zeitweilig wegbereitend, „stellvertretend für andere Klassen“ handeln könne.

Erleichtert wurde die Bildung einer neuen, mit der Partei verbündeten Studentenorganisation dadurch, daß zu dieser Zeit nicht wenige Studenten in der revolutionären Partei einen Verbündeten suchten. Erschwert wurde sie durch anarchistische, organisationsfeindliche Tendenzen, vor allem aber

durch den Linksradikalismus eines Teils, der selbst bald den Anspruch erhob, die einzige „wirklich revolutionäre“ Kraft zu sein. Ausschlaggebend für die Klärung der Fronten und die folgende Entscheidung war eine intensive, monatelange Auseinandersetzung über das Verhältnis zur Partei, war die Durchsetzung der Einsicht, daß es sich bei den Studentenbewegungen um Widerstände gegen Folgen des staatsmonopolistischen Kapitalismus handelt, also das Bündnis mit der Arbeiterklasse in eine revolutionäre, antimonopolistische Strategie einzuordnen ist und dies auch eine konsequente Vertretung der Interessen der Studenten an sozialer Sicherung und gesellschaftsgemäßer Ausbildung verlangt.

Im Oktober 1972 wurde der Kommunistische Studentenverband gegründet. Sein Programm legte den Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage fest. Zum ersten Vorsitzenden wurde Michael Graber gewählt. Bei den nächsten Hochschulwahlen errang der KSV erstmals eine Vertretung im Zentralausschuß, dem Studentenparlament und im Hauptausschuß der Wiener Universität.

Eine wichtige Frage der Taktik von Einheits- und Bündnispolitik wurde geklärt im Zusammenhang mit Bemühungen der damals relativ starken maoistischen und trotzkistischen Gruppen, Demonstrationen und anderen Aktionen ihren Stempel aufzuprägen, ihnen eine antikommunistische und antisowjetische Stoßrichtung zu verleihen und überdies die Öffentlichkeit zu „schockieren“. Das Politbüro beschloß eine Linie, die auf folgenden Überlegungen beruhte: Kommunisten streben Aktionseinheit im Sinn des Zusammenwirkens von Organisationen verschiedener politischer Richtung, der wichtigsten weltanschaulichen Strömungen an, vor allem mit Sozialisten und Christen. Kommunisten werden sich von gemeinsamen Aktionen mit diesen Strömungen nicht absentieren, nicht abhalten lassen, weil sich Chaoten oder Spalter anhängen. Kommunisten trachten in der Aktionseinheit mit Sozialisten und Christen, mit anderen bündnisfähigen Strömungen und Organisationen, Spalter- und Splittergruppen wegen und an Hand ihrer Störfunktionen zu isolieren. Gemeinsame Aktionen mit Spalterorganisationen allein sind unzulässig, weil sie desorientieren, der Sache und den Möglichkeiten breiter, stabiler Bündnisse schaden.

Der Hauptgrund dafür, daß die Partei Veränderungen in der objektiven Situation zu einem Aufschwung nutzen konnte, war die Korrektur der Generallinie, die Herstellung einer ideologischen Einheit im Wichtigsten als eine Voraussetzung für die organisatorische Einheit und Handlungsfähigkeit der Leitungen. Mit dem Kurs des Internationalismus, des konsequenten Kampfes gegen den Kapitalismus entsprechend den Bedingungen Österreichs konnten sich die Mitglieder wieder identifizieren, die der Kommunistischen Partei beigetreten waren, um einer revolutionären Partei anzugehören, nicht um in den Nachtrab der SPÖ zu geraten. Neuen Schwung erhielten viele mit dem Bewußtsein, daß es sich lohnt, seine Kräfte für die Partei, für

ihre Ziele einzusetzen, statt sie in innerparteilichem Kampf und Krampf zu verschleißen. Nicht zuletzt erhöhten der Mut der Partei zur Selbstkritik, zur Korrektur von Fehlern und ihre wiedergefundene kämpferische Linie ihre Anziehungskraft, namentlich unter jungen Menschen.

Mit der Überwindung der Parteikrise waren selbstverständlich keineswegs alle negativen Folgen verschwunden. War auch im wesentlichen eine politische Einheit erreicht, galt es doch, die jahrzehntelangen Rückstände auf ideologisch-theoretischem Gebiet aufzuarbeiten, auf Grund einer Analyse der Kampfbedingungen im eigenen Land Antworten auf Fragen zu geben, die lange offengeblieben, die unzulänglich oder gar unrichtig beantwortet worden waren. Schon die Auseinandersetzung während der Parteikrise hatte viele Schwächen, ungelöste Probleme, Versäumnisse sichtbar werden lassen und so wertvolle Ansätze für neue Überlegungen ergeben. Die Vergangenheit war zugleich auch Warnung davor, übereilt, aus taktischen Gründen, eine neue Linie zusammenzubasteln. Ihrer gründlichen Erarbeitung diene zunächst eine Reihe theoretischer Konferenzen.

Theoretische Klärung neuer Probleme

Die erste dieser Konferenzen (April 1970) galt im Zusammenhang mit der Erringung einer SPÖ-Mehrheit einem relativ eng begrenzten Thema: der Regierungsbeteiligung der sozialdemokratischen Partei.¹⁰⁹ Erwin Scharf, der das Hauptreferat hielt, charakterisierte den Weg der Sozialdemokratie von der revolutionären Phrase in der Ersten Republik über die Unfähigkeit, die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, bis zu ihrer Verbürgerlichung in der Zweiten Republik, bis zu dem Punkt, wo sogar marxistische Begriffe wie Klassenkampf, Ausbeutung, Kapitalismus durch die vornehmeren „Sozialpartner“, „sozialer Friede“, „Industriegesellschaft“, „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ verdrängt werden. Kritik verdiene die SPÖ vor allem, weil sie, ob in einer Koalition, in der Opposition oder allein an der Regierung, stets eine Politik der Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital betreibt, die eine sozialistische Perspektive ausschließt.

Die Diskussion ergab zwei für die ideologische Weiterarbeit wichtige Gesichtspunkte. Zweifellos gibt es einen Klassengegensatz, zwei, freilich sehr unterschiedlich ausgeprägte, Klassenlinien innerhalb der SPÖ — als Folge der Integration eines Teils der Sozialdemokratie in den staatsmonopolistischen Kapitalismus. Folglich ist innerhalb der SPÖ, ja sogar in der ÖVP danach zu differenzieren, wo diese verschiedenen Klassenlinien sichtbar werden, sich aneinander reiben oder aufeinanderstoßen. Ferner: Eine von Sozialdemokraten gebildete Regierung ist empfindlicher für Druck von unten als eine offen bürgerliche Regierung. Aber es kommt auf den Druck von unten an. Fehlt er, kann eine sozialdemokratische Regierung Maßnahmen durchführen, zu der eine beargwöhnte bürgerliche Regierung außerstande wäre.

Aufgabe der schulpolitischen Konferenz der Partei im Februar 1971¹¹⁰ war es, anknüpfend an frühere sozialdemokratische Reformbestrebungen nachdrücklich an die erste SPÖ-Regierung die Forderung nach einer Schulreform, insbesondere nach einer einheitlichen Gesamtschule zu richten und darüber hinaus größere Klarheit über die wachsende Bedeutung von Bildungsfragen, ja von Kulturfragen im weiteren Sinn unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu gewinnen. Ausgehend vom Wort Wilhelm Liebknechts, daß der Klassenstaat auch die Schule zu einem Mittel der Klassenherrschaft macht, verwies Ernst Wimmer im Hauptreferat darauf, daß die wissenschaftlich-technische Revolution Massenbildung erfordert, aber das Kapital gebildete Massen fürchtet. Hinsichtlich der Verwirklichung des Rechts auf Bildung ergibt sich eine Reihe von Widersprüchen: Objektive Gründe wie das Bedürfnis an qualifizierten Kräften drängen zu einer Bildungsreform. Das Kapital möchte sich die Ergebnisse öffentlicher Erziehung, öffentlicher Ausgaben, die Arbeitskräfte zur privaten Verwertung aneignen. Andererseits möchte das Kapital möglichst wenig dafür bezahlen, möchten die etablierten Parteien möglichst wenig jene Privilegierten vergrämen, auf deren politische Dienste sie angewiesen sind. Zwar liegt dem Kapital an der Qualifikation eines Teils der Arbeitskräfte, aber nichts an einer Qualifikation vieler für den Kampf zur Befreiung der Arbeit. Die konkreten Ergebnisse dieser Widersprüche sind offen. Sie hängen davon ab, in welchem Maß die Arbeiterklasse, die breite Öffentlichkeit in diese Entscheidungen eingreift. Um die Positionen ökonomisch Privilegierter, des Kapitals einmal brechen zu können, muß die Arbeiterklasse auch Privilegien der Bildung, der Kultur angreifen. Einer ernstesten, grundsätzlichen Behandlung lange vernachlässigter oder nur pragmatisch gefaßter Probleme diene die Konferenz „Für eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik“ (15. Mai 1971), auf der Leopold Hornik referierte.¹¹¹

Die theoretische Konferenz „Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich“¹¹² (Ende Jänner 1972) brachte eine wichtige Klarstellung: Bis kurz davor hatte es im Parteimaßstab kaum eine Beschäftigung mit der jüngsten Entwicklungsphase des Kapitalismus gegeben, geschweige denn eine Untersuchung seiner Erscheinungsformen unter den Bedingungen Österreichs. In seinem Referat analysierte Hans Kalt die „strategische Linie der österreichischen Bourgeoisie, die vor allem die Sicherung der Machtausübung ohne große innere Kämpfe ermöglichen sollte“, ferner die „Unterstützung dieser Linie durch die österreichische Sozialdemokratie, die — auf dem Boden der Ideologie der Klassenharmonie, in der heutigen Form der angeblichen Sozialpartnerschaft stehend — ebenfalls zutiefst an der Vermeidung aller größeren Klassenkämpfe interessiert war“ und bezeichnete dies als Hintergrund der „spezifischen Form der staatsmonopolistischen Herrschaftsausübung in Österreich“. Er verwies darauf, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in breitem Maßstab dazu übergeht, eine Planung der

Wirtschaft zu versuchen, und dafür das Eingreifen des Staates unerlässlich ist.

Wer vermeint, daß der Staat vor allem übergeordnete „Gesamtinteressen“ vertritt, wird erst spät merken, daß seine Interessen von Institutionen des Staates im Interesse des Monopolkapitals verletzt, mißachtet werden. Das Finanzkapital setzt den Staat für seine Interessen ein, für Vorhaben, die mit hohem Kapitalaufwand und Risiko verbunden sind. Beginnt die profitable Phase, werden die Gewinne in private Taschen mit mannigfaltigen Methoden umgeleitet.

In der Diskussion wurde geltend gemacht: Die Wurzeln der Parteikrise reichen zeitmäßig bis zum Beginn der rapiden Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zurück. Offensichtlich liegen Ursachen früherer Fehleinschätzungen in einem Ignorieren seiner Existenz und seines Wirkens. Wenn das Großkapital organisiert mit Hilfe des Staates auf so gut wie allen Feldern des öffentlichen Lebens seinen Klassenkampf führt, folgt, daß auch die Arbeiterklasse auf so gut wie allen Gebieten diesen Kampf aufnehmen und schließlich offensiv führen muß, um siegen zu können. Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus wegen seiner Organisiertheit nicht in einer „einzigsten Schlacht“ zu schlagen ist, wenn es um ihn — wegen alter und neuer Widersprüche — im Grunde schlechter steht als je zuvor, aber er sich eben deshalb besser organisiert als je zuvor, muß wohl das Gebot gelten, alle Möglichkeiten vorübergehender wie langfristiger Bündnisse im antimonopolistischen Kampf zu nützen, ergeben sich daraus auch neue, höhere Anforderungen an die revolutionäre Partei.

Zweck der Konferenz „Zur Lage der Arbeiterklasse in Österreich“¹¹³ war es, zum erstenmal seit langem die wichtigsten Struktur- und Funktionsveränderungen in der Arbeiterklasse, neue Ausbeutungsformen, Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu untersuchen und die in unzähligen Varianten verbreiteten Theorien von einer „nachindustriellen Gesellschaft“, in der die Arbeiterklasse oder zumindest die Klassengegensätze verschwinden, zu widerlegen. Auch bei diesen Theorien, sagte Ernst Wimmer im Referat, wird wie im Kapitalismus bei anderen Artikeln üblich, eine Auswahl in fast gleichem Gebot: Daß es keine Arbeiterklasse gibt; daß es zwar eine Arbeiterklasse, aber keine Ausbeutung gibt; daß es noch Ausbeutung gibt, aber beileibe nicht im Betrieb, sondern nur auf dem Markt. Alle diese Theorien kennen keine Ausbeutung im Produktionsprozeß, keine Mehrwertschöpfung durch die Arbeiterklasse, keine Aneignung unbezahlter Arbeit durch das Kapital. Alle lassen bloß mehr oder weniger „ernste soziale Probleme“, „Ungerechtigkeiten“ in der Einkommensverteilung gelten. Die sogenannten sozialen Fragen erhalten indes ihre volle Sprengkraft erst im Rahmen der Theorie, die die Ausbeutung im Kapitalismus in allen Erscheinungsformen nachweist und bewußt macht.

Die Haupttendenz der Veränderungen der Sozialstruktur besteht in der Polarisierung der Gesellschaft. Nicht alle Lohnarbeiter gehören zur Arbeiterklasse. Aber innerhalb der wachsenden Zahlen der Lohnabhängigen wächst auch die Zahl jener, die zur Arbeiterklasse zu zählen sind: die keine Produktionsmittel besitzen; die ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft gegen Lohn und Gehalt leben; die unbezahlte Mehrarbeit leisten, die direkt oder indirekt von individuellen oder kollektiven Kapitalisten (vom Staat) angeeignet, zur Quelle von Profiten wird; die im Arbeitsprozeß Funktionen ausüben, die in der Regel den Übergang zur Bourgeoisie ausschließen. Das bedeutet, daß die Angestellten in unteren oder mittleren Funktionen in ihrer großen Mehrheit zur Arbeiterklasse zählen oder tendenziell mit ihr verschmelzen. Die Tendenz zur Polarisierung bei gleichzeitiger Differenzierung in der Arbeiterklasse ist von zentraler Bedeutung zur Einschätzung jener Kräfte, die zu einer Umwälzung der Gesellschaft vorwärtstreiben können oder dafür zu gewinnen sind. Für die Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gilt erst recht: Gemessen am gesellschaftlichen Reichtum, an den Möglichkeiten, die steigende Produktivität, Fortschritte der Wissenschaft und Technik erschließen, gemessen an der Wirklichkeit der privaten Aneignung verschlechtert sich die Position der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, was immer ihre Bezahlung, hoch oder niedrig. Bedürfnisse sind nicht am Vergangenen zu messen, sondern an dem heute schon Möglichen, dem für die Erhaltung der Arbeitskraft Nötigen.

Schon im März 1971 hatte das Zentralkomitee, entsprechend dem Auftrag des 21. Parteitags, nach Besuch einer Parteidelegation in der ČSSR festgestellt, daß einige wesentliche Formulierungen der seinerzeitigen „Verurteilungsresolution“ und auch späterer Beschlüsse nicht richtig waren. Hauptgrund dafür war das Bemühen revisionistischer Kräfte, die Partei voll auf ihren Kurs zu bringen. Unter ihrem Einfluß wurden wichtige Ursachen und Züge der Krise in der ČSSR geflissentlich übersehen, die sich daraus ergebenden ernststen Gefahren für den Sozialismus wurden in der ČSSR einfach bestritten. Das ZK kam nach Prüfungen der tatsächlichen Entwicklung in der ČSSR zu dem Beschluß: „Die große Mehrheit unserer Partei und das ZK ist der Ansicht, daß das Eingreifen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 eine bittere Notwendigkeit war. Es liegt im Interesse der Einheit der Partei, diese Tatsache anzuerkennen und auch jene Genossen voll zu respektieren, die zwar ebenfalls auf dem Standpunkt stehen, daß das Eingreifen der Warschauer-Pakt-Staaten aus Sorge um das Schicksal der sozialistischen ČSSR erfolgte, die aber in dieser Frage kritische Vorbehalte haben. Entsprechend den Beschlüssen des 21. Parteitags und dem seither eingeschlagenen Weg wird unsere Partei ihre ganze Kraft auf die Lösung der vor ihr stehenden Aufgaben konzentrieren.“¹¹⁴ In derselben Sitzung erteilte das Zentralkomitee den Auftrag, die Ursachen der Partei-

krise und der revisionistischen Fehlentwicklung der Vergangenheit zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Analyse wurden bei der Ausarbeitung der „politisch-ideologischen Leitsätze“ verwertet.

Die antimonopolistische Orientierung

Wichtigste Aufgabe des 22. Parteitags (18. bis 20. Jänner 1974) war es, durch Billigung der „politisch-ideologischen Leitsätze“ der Partei eine weiterführende Linie bis zur Ausarbeitung eines Programms zu geben. Aus den zum Teil einander widersprechenden, ja unvereinbaren Beschlüssen des 19., 20. und 21. Parteitags wäre unmöglich eine klare Orientierung abzuleiten gewesen. Auf organisatorischem Gebiet ging es zunächst um eine Bestandsaufnahme und erste Schlußfolgerungen aus der Entwicklung in den Jahren seit Bereinigung der Parteikrise. Die „Leitsätze“ wurden zum ersten programmatischen Dokument, das einem entscheidenden Zug der Wirklichkeit Rechnung trug: der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur „gewöhnlichen Form“ des hochentwickelten Kapitalismus.

Klargestellt wurde, daß trotz aller Regulierungs- und Programmierungsmaßnahmen und Absichten der Kapitalismus nicht nur krisenanfällig bleibt, sondern seine Labilität zunimmt. An Stelle einer Vielzahl fiktiver „Zwischenetappen“ wie einer „Mitbestimmungsgesellschaft“ wurde aus den sozialen Widersprüchen geschlossen, daß auf dem Weg zum Sozialismus die Etappe einer Entmachtung der Monopole möglich, ja wahrscheinlich, wenn auch nicht historisch unumgänglich ist. Die Einschätzung der drei Parlamentsparteien im Rahmen des staatsmonopolistischen Systems führte zur klassenmäßigen Bewertung der Sozialistischen Partei, zu dem Schluß, daß sie nicht schlechthin „kleinbürgerlich-demokratisch“ sei, sondern einer ideologisch und durch Privilegien in das System integrierten Funktionärschicht hunderttausende SPÖ-Mitglieder und Wähler gegenüberstehen, die keine Privilegien besitzen, sondern zu den Ausgebeuteten, zur Arbeiterklasse oder zu den Ausgeplünderten, Bedrückten gehören.

Erstmals wurde die schon anderthalb Jahrzehnte lang existierende Sozialpartnerschaft charakterisiert als ein Regulierungssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das zugleich eine Wurzel der um sich greifenden Entdemokratisierung ist, auch und nicht zuletzt innerhalb der Gewerkschaften. Unmißverständlich wurde festgehalten: Es gibt kein Modell des Sozialismus, also auch kein „österreichisches Modell“. Die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung folgt Gesetzmäßigkeiten, die schöpferisch, den nationalen Bedingungen unseres Landes entsprechend aufzuarbeiten sind und nur in nationaler Form verwirklicht werden können.

Zu den Gesetzmäßigkeiten zählten die „Leitsätze“ die in allen bisherigen Revolutionen erhärtete Tatsache, daß die sozialistische Macht der Arbeiter und ihrer Verbündeter, um die Diktatur des Kapitals in allen Erscheinungs-

formen brechen zu können, die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausüben muß, wobei zweitrangig ist, ob man sie so oder aus Rücksicht auf mögliche Mißverständnisse anders nennt.

Auf Grund der nachhaltigen Erfahrung, daß sich hinter Losungen von „Zwischenetappen“ Revisionismus, ja sogar Liquidationismus eine zeitlang verstecken kann, allerdings auch auf Grund einer Unterschätzung der Kompliziertheit einer Umwälzung in einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft, vor allem aus Unglauben an die Möglichkeit von festen Bündnissen, gab es vor dem Parteitag in den Diskussionen über die „Leitsätze“ noch Vorbehalt, ja Mißtrauen. Dem wurde auf dem Parteitag entgegengehalten: Ausschließlich von der unbestreitbar historischen Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zu reden, heißt schuldig bleiben, was heute von Kommunisten zu verlangen ist: brauchbare Antworten auf die Fragen: Wie ist es möglich, von gegebenen Kräfteverhältnissen zu höheren Formen der Klassenkämpfe, der Organisiertheit, der Bewußtheit der Aktionseinheit, der Bündnisse aufzusteigen, bis die Voraussetzungen für Entscheidungen geschaffen sind? Unabdingbar ist, in Denken und Handeln der Erfahrung Rechnung zu tragen: Ohne Bündnisse gibt es keinen wie immer gearteten Weg zum Sozialismus. Ohne Änderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse gibt es keine stabilen Bündnisse und ohne Änderung der Funktionen der Gewerkschaften unter den Bedingungen Österreichs keine qualitative Änderung der Kräfteverhältnisse.

Im Rechenschaftsbericht des ZK an den Parteitag konnte Franz Muhri auf zwei wichtige positive internationale Veränderungen hinweisen: auf den Sieg des vietnamesischen Volks in seinem Freiheitskampf über die stärkste imperialistische Macht, den US-Imperialismus; auf eine Wende vom kalten Krieg zur Entspannung in Europa, deren sichtbarster Ausdruck die völkerrechtliche Anerkennung der DDR war. Gegen die damals modische ultralinke These, daß Kampf für Entspannung und Unterstützung von Befreiungskämpfen unvereinbar seien, machte Muhri geltend: Bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion handelt es sich nicht um eine „Einigung der beiden Supermächte“ auf Kosten dritter, auf Kosten kleiner Völker. Die USA waren vielmehr dazu genötigt, die friedliche Koexistenz als Grundlage für ihre Beziehungen anzuerkennen. (Der wichtigste, wenn auch nicht alleinige, Grund für diese Nötigung zu einem friedlichen Verhalten war die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts, die der Sowjetunion Anfang der siebziger Jahre gelang, weshalb wenige Jahre später in den USA erneut die Jagd nach einer militärischen Überlegenheit begann.)

Als kennzeichnend für die österreichische Außenpolitik vermerkte Muhri, daß sie immer „am Schwanz der weltpolitischen Entwicklung“ zu finden war, daß die KPÖ immer für Entspannung, Koexistenz gekämpft hat, aber

maßgebende Führer der ÖVP und der SPÖ bis zuletzt auf der Seite der kalten Krieger standen.

In der innenpolitischen Situation konnte der Rechenschaftsbericht des ZK einen wesentlichen Fortschritt festhalten: Trotz „Eisenstädter Erklärung“ war es in der Berichtsperiode gelungen, einheitliche Aktionen in Betrieben, wie beim Böhler-Streik, und in Gemeinden zu erreichen, auch eine antifaschistische „Solidaritätsfront“ für Chile zustandezubringen, in der Kommunisten, Sozialisten und Katholiken zusammenwirken.

Muhri verwies darauf, daß die überwältigende Mehrheit des Volks die immerwährende Neutralität bejaht, aber der 1972 abgeschlossene Vertrag zwischen Österreich und EWG dazu in Widerspruch steht.

Zur innerparteilichen Situation berichtete er, daß im Zug gemeinsamer Arbeit nicht wenige Genossen, die es mit der Sache der Arbeiterklasse ernst meinen, mit denen es in der Zeit der Krise Meinungsverschiedenheiten gab, überzeugt und zurückgewonnen werden konnten, daß es auf Grund der Lehren und Erfahrungen der Vergangenheit der Partei gelungen ist, wieder Erfolge zu erzielen und erste Schritte vorwärts zu machen. Zugleich gab er zu bedenken, daß Erfolge bei Betriebsratswahlen nicht organisatorisch abgesichert sind, daß die Betriebskommission beim Politbüro wegen Überlastung mit anderen Aufgaben nicht wirksam wurde und nach wie vor die größte Schwäche der Betriebsarbeit darin besteht, daß die politische Arbeit hinter der gewerkschaftlichen und tagespolitischen Tätigkeit zurückbleibt.

Die Diskussion des Parteitags widerspiegelte zum Teil die verstärkte Orientierung der Tätigkeiten nach außen. Karl Rußheim aus Donawitz verwies darauf, daß die Angriffe auf die verstaatlichte Industrie seit einiger Zeit nicht mit dem Ziel ihrer unmittelbaren Liquidierung, sondern ihrer Unterordnung unter ausländisches Monopolkapital geführt werden. Die Notwendigkeit einer verstärkten Arbeit unter den Frauen leitete eine Delegierte aus konkreten Erfahrungen ab: Während des Streiks bei Böhler-Ybbstal gingen SP-Funktionäre zu den Frauen der Streikenden, um über sie Druck auf ihre Männer auszuüben, den Streik abzubrechen. Niedriges politisches Bewußtsein von Frauen wurde so zur Entsolidarisierung mit ihren Männern als Waffe im Klassenkampf ausgenutzt.

Eine wesentliche Erfahrung wurde auf dem 22. Parteitag geltend gemacht: daß nicht die Proklamierung einer Führungsrolle der Partei, sondern erst die marxistische Bereinigung der Krise, die Rückkehr zu einem kämpferisch-antikapitalistischen Kurs in den letzten Jahren eine Reihe von Intellektuellen, vornehmlich von Künstlern und Schriftstellern, veranlaßt hat, Schritte zur revolutionären Arbeiterbewegung zu tun.

In der Diskussion wurde der Finger auf eine ungelöste Frage gelegt. Ein Delegierter meinte mit Recht, wenn auch übertreibend: Die Kluft zwischen den ideologischen „Leitsätzen“ und dem politisch-ideologischen Niveau der Grundorganisationen muß verschwinden. Organisation und Arbeitsstil müs-

sen so verbessert werden, daß die Anforderungen, die sich aus den „Leitsätzen“ ergeben, auch erfüllt werden können.

Die Phase des Aufschwungs, deutlicher Erfolge auf breiter Front, der Ermutigung der Partei durch Interesse, ja Zustimmung über die Kreise der Partei hinaus, hätte die günstige Gelegenheit geboten, nach Wiederherstellung der ideologischen Einheit im allerwichtigsten auch ein ungelöstes, komplexes Problem anzugehen: die Beseitigung der Verkrustungen, Verzerrungen, die sich in vielen Jahren der Mißerfolge, des innerparteilichen Zwists herausgebildet hatten, die Überwindung hemmender Haltungen des „Aufgewohnte-Weise-Weitermachens“, eines — meist gewissenhaften — „Verwaltens des Verbliebenen“, eines Aufgehens und Versackens in inneren Aufgaben statt diese dem Ziel einzuordnen und unterzuordnen, optimal nach außen zu wirken. Diese günstige Situation wurde versäumt. Wohl auch, weil Erleichterung über neue Erfolge es weniger notwendig erscheinen ließ, diesen schwierigen Weg der Durchsetzung von neuen Kriterien unter Gleichgesinnten zu wählen. So traf bald darauf eine objektive Wende, der Ausbruch der Krise, der jähe Zusammenprall mit dem „normalen“, nämlich krisenhaften Kapitalismus, die Partei stärker als nötig gewesen wäre. Es vergingen Jahre, bis — vor allem auf dem 25. Parteitag — aus objektiv widrigen Bedingungen, die Rückschläge unvermeidlich machten, subjektive Schwächen als Ursache für durchaus vermeidbare Rückschläge, für das Versäumen von Gelegenheiten, herausgefiltert werden konnten. Nachträglich erwies sich die Gültigkeit der alten Regel: Für Revolutionäre rächt es sich immer, zuviel Geduld und Nachsicht mit eigenen Schwächen und Unzulänglichkeiten zu haben, mögen sie auch in der eigenen Vergangenheit wurzeln, auf die man einigen Grund hat, stolz zu sein.

Der Schock der kapitalistischen Krise

In den Jahren 1974 und 1975 erfolgte ein Bruch in der ökonomischen Entwicklung, der binnen kurzem merkliche politische Veränderungen mit sich brachte. Zu dieser Zeit erfaßte die heftigste zyklische Krise der Nachkriegsjahre, verflochten mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus, annähernd gleichzeitig fast alle seine Länder. Mit den klassischen Äußerungen der Krise — Massenarbeitslosigkeit, Einkommensverluste für die Arbeitenden — verflochten sich Krisen der Währungen, der Finanzierung der staatlichen Tätigkeiten, überlebter Strukturen der Industrie. Zugleich vertiefte sich die Kluft zwischen hochentwickelten Staaten des Kapitalismus und den Entwicklungsländern, deren Verschuldung, Ausbeutung und Elend. Der dramatische Auftritt des normalen Kapitalismus nach einer anomal langen Konjunkturperiode traf — obgleich in Österreich abgeschwächt — weite Teile der Bevölkerung völlig unvorbereitet, wie ein Schock. Vorher, durch lange Zeit, konnte die Losung der Sozialdemokratie — „es ist uns nie zuvor so gut

gegangen“ — mit dem suggerierten Versprechen — „es wird auch noch besser gehen“ — weithin als glaubwürdig erscheinen. Hatte es von 1971 bis 1974 zahlreiche innerbetriebliche Bewegungen, vor allem für Lohnerhöhungen, gegeben, so riß diese Tendenz abrupt ab. Diese ökonomische Wende hatte zunächst der Arbeiterschaft den Atem verschlagen.

Hatte die Partei in den vorangegangenen Jahren beachtliche Wahlerfolge erzielt, erlitt sie nun Rückschläge, ja mitunter schwere Verluste. Wieder erwiesen sich die Kurzsichtigkeit der Annahme, daß eine Krise „automatisch“ der Linken zugute kommen müsse, die Torheit und Schädlichkeit der Auffassung: „Je schlechter, desto besser.“

Die politischen Schwierigkeiten wurden durch zwei Momente verstärkt: Auf Grund seiner langjährigen Sonderstellung im Kapitalismus — bedingt durch seine Lage an der Grenze zwischen den Systemen, durch die Vorzüge der Neutralität, die Größe des verstaatlichten Sektors und die Kleinheit des Landes, in der ein hochentwickeltes Regulierungssystem an Wirksamkeit gewinnt — wurde Österreich von der Krise nicht so schwer getroffen wie die meisten kapitalistischen Länder. Die SP-Regierung machte daraus einen „Beweis“, daß es ihr Verdienst sei, Ärgeres verhütet zu haben. Ja sie konnte sogar, ohne arges Frisieren von Statistiken, vorrechnen, wie Österreich im Vergleich mit diesem oder jenem hochentwickelten kapitalistischen Land, auf diesem oder jenem Gebiet weniger schlecht abschnitt. Sie konnte daraus noch für viele glaubhaft ableiten, um wieviel besser eine SP-Regierung nicht bloß als eine konservative, sondern sogar als andere sozialdemokratische Regierungen sei, wie segensreich die „Sozialpartnerschaft“ wirke. Aus der durch viele Faktoren begründeten Sonderstellung Österreichs wurde unter der Hand ein gängiges Argument für besondere Vorzüge eines „österreichischen Weges“. Also wieder eine Quelle von Illusionen, ein Mittel zur Vertröstung unter Bedingungen, wo es nicht wenigen schon schlechter ging, sich die Perspektiven des Kapitalismus verdüsterten. Jede dieser Illusionen erschwerte es der Partei, Klarheit über die wirkliche Lage, über Alternativen und Perspektiven zu schaffen. Und das um so mehr, als diese in ihrer Komplexität, ihrer Ungewohntheit nur von einem Teil der Partei verstanden wurden. Zugleich konnte die Regierung unter Verweisen auf den „Ernst der Lage“ gemeinsam mit den „Sozialpartnern“ — den Unternehmern und der Gewerkschaftsspitze — bei der Einschüchterung eine besondere Wirkung erzielen, die Angst um den Arbeitsplatz politisch verwertend viele Belastungen als unumgänglich erscheinen lassen, um die Krise „durchtauchen“ zu können. Vordringlich für die Partei mußte es deshalb sein, der angeblich unerläßlichen Politik der Opfer, der Belastungen, der Umverteilung zum Kapital realistische Alternativen entgegenzusetzen.

Im Auftrag des ZK unterbreitete Franz Muhri dem 23. Parteitag (8. bis 11. Dezember 1977) ein „Zehnpunkteprogramm der Alternativen“ — mit der Forderung nach grundlegenden Änderungen der Wirtschaftspolitik. Er ver-

wies auf den Widersinn, daß Österreich viele Produkte aus EG-Ländern importiert, die es selbst erzeugen kann, daß es 30% seines Bedarfs an Stahl und Eisen aus der EG bezieht, während die heimische verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie auf Kurzarbeit übergeht; daß mehr als zwei Drittel der Produktion Österreichs auf dem Binnenmarkt abgesetzt werden müssen und folglich jede Schwächung der Massenkaufkraft krisenverschärfend wirkt. Auf dem Parteitag betonte Muhri: „Wir Kommunisten spekulieren nicht auf die Krise. Wir kämpfen dagegen. Die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze stellt ein Hauptziel unserer gesamten Tätigkeit dar. Aber wir sagen genauso offen, daß bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik die Gefahr besteht, daß wir eines Tages nicht nur die zahlreichen Belastungen haben, sondern auch noch hunderttausende und mehr Arbeitslose bekommen.“¹¹⁵ Eine Voraussage, die sich mittlerweile bewahrheitet hat.

Die wichtigsten Punkte dieses Alternativprogramms waren: Ausbau hochintensiver Fertigungsindustrien im verstaatlichten Sektor, unter Berücksichtigung industriell zurückgebliebener Gebiete; forciertes Ausbau der Infrastruktur, insbesondere Verwirklichung eines großen Wohnbau-, Altstadtsanierungs- und Umweltschutzprogramms. Und schließlich Hebung statt Senkung der Massenkaufkraft auf Kosten der durch Jahrzehnte gestiegenen Profite.

Stand auch der objektive Zusammenhang zwischen dem Umschwung in der ökonomischen Situation und Rückschlägen der Partei nach einer Serie von Erfolgen außer Frage, so konnte sich die Partei selbstverständlich nicht mit objektiven Faktoren als hinlänglicher Erklärung begnügen. Schon auf der 12. Plenartagung des ZK wurden subjektive Fehler als mitverantwortlich für die Verluste bei den Wahlen von 1975 genannt: die alte Schwäche, daß es zuwenig gelang, in dieser Situation einer Wende die großen Zusammenhänge zu enthüllen, deren Begreifen ein Umdenken, eine bewußte Wahl erst möglich machen. Ferner: daß Kritik an der SP-Regierung zuwenig im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Großkapital geführt wurde. Damit war eine zentrale Frage der Gesamtpolitik angesprochen. Aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt als falsche Antwort auf Sünden der Revisionisten, war in der Partei, trotz neuer, differenzierterer Einschätzungen, noch die Haltung verbreitet, die SP als einheitliches Ganzes zu nehmen, sie als Regierungspartei für den Hauptfeind zu halten. Mittlerweile hatte die Partei längst klargestellt: Hauptfeind ist das Kapital. Kritik an der SP ist damit zu begründen, wie ihre Führung dem Kapital hilft, es entschuldigt, beschönigt, zum „Partner“ erhebt, ja sich schützend davorstellt, seine Geschäfte besorgt. Der Kampf für den Sozialismus verlangt vor allem den Sieg über das Kapital und deshalb auch über seine Partner und Beschützer. Diese repräsentieren aber keineswegs die Interessen, ja nicht einmal die Wünsche der Masse der Sozialisten, sondern geben sie preis. Das 12. Plenum vermerkte dazu selbstkritisch: Oft treten wir Kommunisten jahrelang für Forderungen auf, aber in

dem Augenblick, wo andere unter Druck sie widerstrebend aufgreifen müssen, gehen wir sofort zu neuen Forderungen über oder kritisieren bei Teilerfolgen lediglich das Nichterreichte, statt hervorzukehren: Mehr wäre zu erreichen gewesen, hätten sich mehr dafür in Bewegung gesetzt.

Im Rechenschaftsbericht an den 23. Parteitag unterstrich Franz Muhri sinngemäß, daß die Partei die positive Rolle von Kommunistinnen und Kommunisten in der Vertretung von Interessen zuwenig systematisch und beharrlich bewußtgemacht hat. Er erinnerte an Beispiele, wo durch die Tätigkeit unserer Betriebsräte und Gemeinderäte für die arbeitenden Menschen Verbesserungen erreicht werden konnten, an die Organisierung von Bewegungen, an die Durchkreuzung der Pläne, die Schmiedhütte in Krems, die Hochöfen in Donawitz stillzulegen, den Erzberg einzumotten, an die Teilerfolge bei der Angleichung der Rechte der Arbeiter an die der Angestellten, bei der Verbesserung des Urlaubsgesetzes, bei der bezahlten Freistellung im Krankenfall des Kindes.

Das 14. Plenum des ZK beschäftigte sich nochmals mit subjektiven Schwächen und konstatierte in einem Beschluß ein Zurückbleiben der Organisationsarbeit hinter den Möglichkeiten und den erhöhten Anforderungen an die Partei. Als bedenklich wurde gewertet, daß Unzulänglichkeiten in der Anleitung und in den Arbeitsmethoden der Leitungen es behindern, die Schwerpunkte der Beschlüsse der Partei auf dem Weg politischer Überzeugung durchzusetzen, auf ihre Verwirklichung die Kräfte der Partei zu konzentrieren. In einer organisationspolitischen Resolution, einer ersten Zusammenfassung dieser kritischen Erwägungen hielt der 23. Parteitag fest, daß eine richtige politische Linie nicht genügt. Ihre Verwirklichung hänge in hohem Maß von der Fähigkeit der Leitungen ab, gemeinsame Aktionen und Bewegungen zustande zu bringen, vom Zustand und der Stärke der Organisationen. Als Schlüsselfrage bezeichnete das Dokument die Gewinnung einer noch größeren Zahl junger Menschen, ihre Einbeziehung in die Organisationen, ihre Erziehung zu Funktionären.

Mit der Kritik, daß das systematische politische Gespräch der Mitglieder als wichtigste Form der Agitation, der Werbung für Standpunkte und Grundsätze der Partei zu kurz komme, wurde freilich zunächst nur indirekt eine Kernfrage angetippt: Auf Grund der objektiven Entwicklung, die tiefe Spuren im Bewußtsein hinterläßt, waren Haltungen der Niedergeschlagenheit, des Pessimismus, ja des Fatalismus in der Partei weit verbreitet. Nicht selten konnte man auf die Auffassung stoßen, daß nur eine „Zusammenbruchssituation“ die Massen aufrütteln könne, daß diese vorher so gut wie „unbelehrbar“ seien, daß ein Sieg des Sozialismus gar nicht durch innere Kräfte, auf Grund innerer Widersprüche erkämpft werden könne, sondern äußere Kräfte, Umbrüche im internationalen Kräfteverhältnis ausschlaggebende Voraussetzung dafür, ja auch schon für wesentliche Fortschritte seien. Der „Attentismus“, das Warten auf die „großen Tage“, das in Verbindung mit

der revolutionären Phrase weithin den Austromarxismus der Ersten Republik gekennzeichnet hatte, war infolge widriger Verhältnisse, des Fehlens großer Massenkämpfe durch lange Zeit, eines Alterns von Teilen der Partei, unabhängig vom Geburtsschein, zum Hemmnis für eine stärkere Ausstrahlung, zum Ersatz für offensives, zuversichtliches Auftreten geworden. Mit der Entfaltung neuer Bewegungen antifaschistischen, antiimperialistischen, radikaldemokratischen Charakters wurden solche Haltungen zum Erschwernis für die Herstellung von Aktionseinheiten, zu einem Hindernis für eine Vergrößerung der Partei, eine Erweiterung ihres Einflusses.

Der 23. Parteitag korrigierte einen schwerwiegenden Fehler der Vergangenheit: In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatten die revisionistischen Führer der Jugendorganisationen sich einfallslos an den Kampf ehrlicher Pazifisten für eine Abschaffung des Bundesheeres ganz einfach angehängt, weil sie selber außerstande waren, Erfahrungen marxistisch zu verarbeiten, zu verwerten. Wem man ein Heer überläßt, das ist keine belanglose Frage. Wer über das Heer bedingungslos verfügen kann, der wird bei Bedarf von ihm Gebrauch machen. Nicht selten gibt in Revolutionen die Fähigkeit den Ausschlag, den Gegner daran zu hindern. In der politischen Resolution des Parteitags wurde anstelle der einstigen unrealistischen Forderung nach völliger Auflösung des Bundesheeres Erkämpfbares verlangt: die Senkung der Heeresausgaben, die Auflösung der reaktionären Kaderarmee, der als politische Einschüchterungs- und Unterdrückungskommandos konzipierten Objektschutzeinheiten, die Beendigung des neutralitätswidrigen Zusammenspiels mit der NATO, vor allem aber die Durchsetzung verbriefter, demokratischer Bürgerrechte innerhalb der Armee.

Der Rechenschaftsbericht des ZK schnitt ein zweites, für die demokratische Entwicklung Österreichs wichtiges Problem an: das der Achtung der Rechte nationaler Minderheiten. Schon der 22. Parteitag hatte sarkastisch vermerkt, daß die österreichische Regierung sich international für „menschliche Kontakte“¹¹⁶ engagiert, aber nichts unternimmt, um ein menschlicheres, demokratisches Verhältnis zu den Minderheiten im eigenen Land, vor allem der slowenischen in Kärnten, zu sichern. Der 23. Parteitag konnte vermerken, daß die sogenannte „Sprachenerhebung“ in Kärnten, mit dem Ziel, die Slowenen als „belanglose Minderheit“ aufscheinen zu lassen, mit einem Fiasko geendet hatte. Gemeinsame Aktionen von Kommunisten, Sozialisten und Christen hatten einen Boykott dieser „Erhebung“ durch die Mehrheit der deutschsprachigen Österreicher bewirkt.

Unzweideutig hielt der Rechenschaftsbericht des ZK fest: Das sogenannte „Volksgruppengesetz“ (für Kärnten) stellt keineswegs die Verwirklichung der Minderheitenrechte dar, sondern vielmehr eine Einschränkung des Staatsvertrags, der vorbehaltlos gleiche Rechte zusichert. Die Nichteinlösung dieser Verpflichtung schafft langfristig zusätzlichen Nährboden für Deutschnationalismus, für reaktionäre, faschistische, für antiösterreichi-

sche Kräfte. Auch diese Feststellung ist mittlerweile durch die Entwicklung bewahrheitet worden. Die Unfähigkeit, eine nationale Minderheit durch Gleichberechtigung, ohne Zwänge in die Republik einzugliedern, leistet jenen Vorschub, die nach wie vor, unbelehrbar, die Existenz einer österreichischen Nation leugnen, den Feinden der Eigenstaatlichkeit und Souveränität der Republik.

Die Episode des Eurokommunismus

Wo immer Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterbewegung entstehen, werden Gegner danach trachten, sie anzuheizen, sie auszunützen. Allein die Schwierigkeiten einer Umwälzung der Gesellschaft in hochentwickelten kapitalistischen Staaten mit einer Vielzahl von Auffangstellungen, Bollwerken vor der zentralen Festung, bringen immer wieder Versuchungen zu „leichteren Wegen“, zu „dritten Wegen“ mit sich, von Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Unterschiedlichkeit von Kampfbedingungen ergeben können, ganz abgesehen. Verspricht man einen „idealen Sozialismus“, den es freilich nur in einer „Idealwelt“ geben kann, um sich dem brutalen oder subtilen Druck von Gegnern, ihren Verleumdungen, Verdächtigungen und Unterstellungen zu entziehen, haben diese schon Wesentliches erreicht: daß die Bewegung sich in Gegensatz zu all dem bringt, was vom Sozialismus unter realen, vorgegebenen, nicht selbst „gewählten“ Bedingungen verwirklicht wird. Noch mehr: Solchem Druck Nachgebende geraten auch in Widerspruch zu allen Anforderungen, die sich aus der Hartnäckigkeit, der „Unbelehrbarkeit“ wirklicher Kampfbedingungen ergeben. Verharrt man in diesem Fehler, läßt man sich zu irgendeiner Beschönigung der tückischen bürgerlichen Wirklichkeit verleiten, muß man schon dazu beitragen, sich selber international und im nationalen Rahmen zu isolieren, von all dem, das Hoffnungen in einen radikalen Wandel setzt, weil es ihn dringend braucht.

Der offene Ausbruch der Krise des Kapitalismus verwies die klügeren, wendigeren Verteidiger des Kapitalismus auf eine taktische Notwendigkeit: Gegen die „Gefahr“ einer Radikalisierung, einer Umwälzung alles auszuspielen, um zu erpressen oder zu verführen, was in der langen Periode der Blüte kapitalistischer Geschäfte, der Hochkonjunktur, des „Wohlfahrtsstaates“, in der Einsicht in den Klassencharakter des Staats schwankend wurde, was sich daran gewöhnte, die Widersprüche des Kapitalismus, ihre Unversöhnlichkeit, seine Verwundbarkeit zu unterschätzen, was Zweifeln verfallen war oder bloß, sei's auch mit den besten Vorsätzen, vor der Ungeheuerlichkeit der eigenen Zwecke zurückschreckte. Eine Ermutigung für diese besonders abgefeimten Verteidiger des Kapitalismus war die Entwicklung des „Eurokommunismus“. Charakteristisch für ihn waren dort, wo er sich überhaupt programmatisch artikuliert, nicht bloß darauf vertröstete, er

werde irgendwann einmal einen „dritten Weg“ markieren, eben diese Schwächen, einschließlich einer bestimmten Erpreßbarkeit. Er hielt es, um sich zu profilieren, für angebracht, der international weitgehend abgestreiftten Fixierung auf ein „sowjetisches Modell“ nachträglich demonstrativ die Erfindung eines „eurokommunistischen Modells“ entgegenzusetzen. Solch ausgeklügelte „Gegenmodelle“ können in keiner Weise der Wirklichkeit standhalten. Nie können sie Besseres sein als untaugliche Versuche, schwerwiegende Unterschiede in den Kampfbedingungen, von Portugal und Spanien, über Frankreich bis zu Griechenland, vom sozialpartnerschaftlichen Österreich gar nicht zu reden, über einen Kamm zu scheren. Theoretische Eintopfgerichte müssen auf Dauer auch den robustesten politischen Magen verderben.

Ein zweiter Fehler eines solchen Modelldenkens — gleichfalls unter gegnerischem Druck begangen — besteht in der Illusion, eben diesem Druck ausweichen zu können, etwa durch „gleiche Distanz“ zu Imperialismus und realem Sozialismus, ohne an seinem politischen Charakter Schaden zu nehmen. Ein drittes Merkmal verschiedener Varianten des Eurokommunismus ergab sich wiederum aus einem Wunschdenken: aus der Weigerung, die Unerbittlichkeit der Realität zur Kenntnis zu nehmen. Aus der kaum bestreitbaren Notwendigkeit, gegen einen hochorganisierten Gegner all das entgegenzusetzen zu können, was schließlich Voraussetzungen schafft, die eine Entscheidung möglich machen, wurde unter seiner Hand ein „Gradualismus“, eine Stetigkeit und Allmählichkeit, die angeblich jede Entscheidung erspare, ja wegen „Internationalisierung des Kapitals“ im nationalen Rahmen unmöglich mache.

Verfechter des Eurokommunismus verstrickten sich dabei in unlösbare Widersprüche. Die behutsame Allmählichkeit des Übergangs zu einer neuen Gesellschaft ohne jede Notwendigkeit eines qualitativen Sprungs, einer Umwälzung versprochen sie von einer „inneren Wandlung“ des Kapitalismus. Sie hatte — so wurde behauptet — die Funktion des Staats, die Herrschaft der Herrschenden auch mit Gewalt zu erhalten, durch eine Fülle neuer, vor allem ökonomischer Funktionen ganz und gar aus der Welt geschafft. Für diese These gibt es keinen einzigen Beweis in der modernen Geschichte. Zum zweiten wurde dieser „Gradualismus“ abgeleitet aus dem Gewicht des realen Sozialismus, das dem Imperialismus die Fähigkeit nehme, sein Gewicht niederdrückend in diesem oder jenem Land einzusetzen, so daß Entscheidungen letzten Endes „der“ Demokratie anheimfielen. Dagegen zeugen historische Beispiele: Tragödien, von Chile bis Grenada, dem wehrlosen Inselministaat, dem relativ kleine amerikanische Invasionseinheiten für eine Weile den Willen des fernen Washingtons aufzuzwingen. Dieses Gewicht des Imperialismus kann noch in beträchtlichen Teilen der Welt bedrückend, ja für nicht wenige lebensgefährlich sein.

Das Gewicht der sozialistischen Länder ist gewiß groß, aber von unter-

schiedlicher Wirkung, je nach geographischer Lage eines Staats, seinen innenpolitischen Kräfteverhältnissen. Auch hier leiden diverse Varianten des Eurokommunismus an einem durch ihre Theorie nie aufzulösenden Widerspruch: Einerseits versprechen sie einen Weg zum Sozialismus, eine „Erneuerung der Gesellschaft“ ohne Entscheidungskampf vom internationalen Gewicht sozialistischer Staaten. Andererseits stellen sie deren sozialistischen Charakter, deren innere Dynamik, deren Fähigkeit, dem Kapitalismus auch auf dem Gebiet der Produktivität Paroli zu bieten, in Frage. Als Lösung bietet sich dann der Kurzschluß an, daß eine Reformierung das Höchste sei, was man im Kapitalismus versuchen dürfe, was als logische Konsequenz die Selbstverstümmelung zu einer bloßen „Reformpartei“ verlangt.

Die Annahme einer allmählichen, gleichsam unaufhaltsamen Umwandlung des Kapitalismus widerspricht sämtlichen historischen Erfahrungen. Übrigens auch den Einsichten Antonio Gramscis, des Gründers und später hervorragenden Führers der Kommunistischen Partei Italiens: Bürgerliche Herrschaft stützt sich — zufolge den Analysen Lenins, aber auch Gramscis' — wo immer sie kann auf zwei „Beine“, um fester zu stehen, um nicht zum Kippen gebracht zu werden: sowohl auf „Hegemonie“, auf die Vorherrschaft bürgerlicher Ideen wie auf „gepanzerten Zwang“, auf die Exekutiv- und Repressionsgewalt, die man verbrämt, versteckt, solange man sie nicht in ihrer ganzen kompromittierenden Gewalttätigkeit braucht. Wo immer die Bourgeoisie die Vorherrschaft ihrer Ideen an die Arbeiterklasse und deren Verbündete verliert, wird sie danach trachten, ihre Herrschaft durch Einsatz ihrer staatlichen Zwangsapparate im Staat, ihrer „Panzer“, ihrer „eisernen Ferse“, vielfältiger Einschüchterungs-, Entsolidarisierungs-, Verführungs- und Unterdrückungsmittel, in der von ihr noch beherrschten Ökonomie, in Betrieben, in der Verwaltung, öffentlichen Diensten, in den Medien zu behaupten.

Kaum hatten sich Strömungen des „Eurokommunismus“ formiert und programmatisch deklariert, entdeckten schon Sozialdemokraten, die längst mit dem Kapital ihren Frieden gemacht hatten, die willkommene Chance, unzufriedene, erbitterte Oppositionelle, die wirklich Sozialismus wünschen, am Beispiel des Eurokommunismus zu beweisen, daß jede Umwälzung der Verhältnisse überflüssig, ja schädlich sei. Bruno Kreisky riet in einem „Spiegel“-Interview¹¹⁷ zur Taktik, „Eurokommunisten“ eine Gretchenfrage nach der anderen zu stellen: nach der Diktatur des Proletariats, nach dem Verhältnis zu den sozialistischen Ländern, bis nur noch Sozialdemokraten mit einer etwas revolutionärerem Sprache übrigblieben.

Auf dem 23. Parteitag erklärte dazu Franz Muhri: „Wenn man uns empfiehlt, daß die KPÖ eine sogenannte eurokommunistische Partei werden sollte, antworten wir: nein, diesen Weg der Preisgabe unserer revolutionären Gesinnung und Prinzipien werden wir nicht gehen.“¹¹⁸ Auf der 3. Plenarta-

gung nach dem 23. Parteitag, die sich mit dieser Problematik beschäftigte, erklärte Ernst Wimmer: „Wir befinden uns auf Grund objektiver Bedingungen noch auf einer relativ niedrigen Stufe des Klassenkampfes. Wir orientieren uns auf die Zusammenarbeit mit allen antiimperialistischen Kräften Westeuropas, unter denen die kommunistischen Parteien, was immer es an Differenzen geben mag, die konsequentesten sind. Aber wir werden uns nicht von unserem Weg dadurch abbringen lassen, daß man uns gefälschte oder entstellte Bilder oder Vorbilder vorhält.“¹¹⁹

Klarstellungen in Bündnisfragen

Auch nach Annahme der „Politisch-ideologischen Leitsätze“ wurde die Serie theoretischer Konferenzen fortgesetzt, vor allem im Hinblick auf Erfordernisse der Bündnispolitik, der notwendigen Aufarbeitung lang aufgestauter Rückstände, auf eine noch umfassendere Fundierung der Programmatik. Die Bedeutung der Frauenkonferenz der KPÖ (November 1974) lag darin, daß sie Ausdruck einer gewissen Neuorientierung auf diesem Gebiet war, und neue Impulse in dieser Richtung gab. Die seit etlichen Jahren zu verzeichnende, rasch zunehmende Belebung gesellschaftlicher und politischer Tätigkeiten von Frauen hatte mehrere Ursachen: die Einbeziehung eines wachsenden Teils der Frauen ins Berufsleben, die steigende Bildung und Qualifikation von Frauen, die die lohnpolitische und sozialrechtliche Benachteiligung erst recht spüren ließen, die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, deren Folgen auf dem Weg des geringsten Widerstands wieder auf Frauen abgewälzt wurden; die wissenschaftlich-technische Revolution, die unter kapitalistischen Bedingungen vieles vorenthält, was sie an Erleichterungen für das Leben von Frauen bringen könnte; die „sexuelle Revolution“ im Gefolge der „Pille“, die die Wirkung alter, wenn auch nicht ehrwürdiger, überkommener Rollenbilder wesentlich abschwächte.

Mit der „antiautoritären“ Bewegung Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre hatten nicht wenige junge Frauen den ersten Schritt in die Politik getan. Mit Opposition gegen das „Establishment“, gegen Übersatte, Selbstgerechte, Präpotente, verbanden sich oft naive Vorstellungen, daß „die“ Männer allmächtige und selbstherrliche Urheber aller sozialen Zustände und Einrichtungen seien, also die eigentliche Wurzel aller Diskriminierungen und Mißstände. So wie Anarchisten die Wurzel allen Übels nicht im Kapital, im Privateigentum an den Produktionsmitteln erblicken, sondern im Staat, der über dieses „Heiligtum“ wacht, wähten manche Feministinnen, die Quelle aller Demütigungen und Benachteiligungen von Frauen endlich in einer „Männerherrschaft“ geortet zu haben.

In der Kommunistischen Partei war seit langem der Grundsatz fest

verankert, daß die Frau ihre volle Gleichberechtigung erst im Sozialismus erringen kann. Zu wenig bedacht wurde dessen Umkehrung: daß das Proletariat sich nicht endgültig befreien kann, ohne für die volle Befreiung der Frau bewußt aktiv einzutreten. Organisationsfeindliche Züge radikalfeministischer Strömungen bestärkten nicht wenige sektiererische Vorbehalte gegenüber einer Aufklärungsarbeit auch unter jenen Frauen, die noch lange nicht die Bedeutung des Klassenkampfes, oft noch nicht einmal seine Existenz und schon gar nicht die Bedeutung des Sozialismus als Voraussetzung für die Befreiung der Frau, wohl aber deren Benachteiligung erkannt hatten.

Eine Neuorientierung verlangte zunächst die Überwindung der Haltung, daß Arbeit unter Frauen ausschließlich Arbeit spezialisierter Frauen sei. Franz Muhri bemerkte dazu auf dieser Konferenz: „Eine entscheidende Schwäche in unserer Frauenarbeit besteht darin, daß sie zu sehr Angelegenheit des Bundes Demokratischer Frauen und der Gewerkschaftsorganisationen ist... Die ganze Partei, die Gewerkschaftsfraktion, vor allem unsere Betriebsorganisationen und Betriebsräte müssen die Probleme und Anliegen der berufstätigen Frau wesentlich stärker als bisher zu einem Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit machen.“¹²⁰

Eben weil die Möglichkeiten, unter Frauen, die in die Politik gedrängt wurden, Bündnisse aufzubauen und dadurch in Bereiche vorzudringen, wo die Partei noch nicht verankert war, häufig unterschätzt wurden, fehlte es oft an Unterstützung und Hilfe der Leitungen der Partei für Genossinnen, die bereit waren, sich in der Frauenbewegung zu engagieren. Die Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen, Irma Schwager, wies in der Konferenz nach: es gibt so gut wie keine wichtige Lebensfrage, die nicht mit Problemen der Stellung der Frau in der Gesellschaft verbunden ist. Aus der Stellung der Frau sind sehr verlässliche Schlüsse auf Charakter und Entwicklungsstufe der Gesellschaft zu ziehen. Mit zielstrebigem Bemühen um die gemeinsame Vertretung berechtigter Interessen der Frauen muß die Auseinandersetzung mit Auffassungen verbunden werden, die die Frauenbewegung vom Klassenkampf abtrennen und unlösbare Widersprüche zwischen den Geschlechtern konstruieren wollen.

Die Konferenz beschloß ein Forderungsprogramm, das davon ausging, daß die gesellschaftliche Rolle der Frau keine „natürliche“, sondern historisch-gesellschaftlich bedingt und darum auch veränderbar ist. Die Langfristigkeit der Aufgabenstellung schloß die Verpflichtung für die Partei ein, die Unfreiheit im Kapitalismus auch an den Unfreiheiten der Frau nachzuweisen. Zu Recht wurde auf der Konferenz darauf hingewiesen: der wirksame Kampf für die Gleichberechtigung der Frau verlangt die Überwindung veralteter, erstarrter Denkweisen, Traditionen und Gewohnheiten, reaktionärer Einflüsse und Einflüsterungen, also ein Umdenken, auch in der Familie und folglich auch ein großes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern.

Was Frauenbewegungen an Durchschlagskraft aufbringen können, erwies

sich 1975, als Frauenproteste eine verlogene „soziale Indikationslösung“, die „sozialpartnerschaftlicher“ Konsens ihnen bescheren wollte, zu Fall brachten und anstelle des berüchtigten § 144 (Abtreibungsverbot) eine Fristenlösung durchsetzten. Zum erstenmal konnte ein fauler „sozialpartnerschaftlicher Kompromiß“ verhindert werden, in einer Frage von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung! Die Kommunistische Partei, die den § 144 stets bekämpft hatte, der vorgibt, ein ungeborenes Leben heiligzuhalten, um das nach der Geburt der Staat sich nur nach Maßgabe des gesellschaftlichen Drucks kümmert, war am Zustandekommen dieser erfolgreichen Aktionseinheit maßgeblich beteiligt.

Hinsichtlich der sozialen und politischen Rolle der Intelligenz waren zur Zeit der Parteikrise unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassungen hart aufeinandergeprallt. Weniger in theoretischen Diskussionen und Analysen — sie wurden kaum vorgenommen. Vor allem in taktischen Konzepten und in Emotionen. Zwei entgegengesetzte Fehlhaltungen, die durch ihre Wechselwirkung die Anziehungskraft der Partei beeinträchtigten, waren besonders stark ausgeprägt, gefühlsbeladen. Sie reichten vom Ignorieren des wachsenden gesellschaftlichen Gewichts der Intelligenz, von einem Verkennen oder Verwerfen von Bündnismöglichkeiten, die noch die Nachwirkung eines sehr alten, sektiererischen Sozialdemokratismus erkennen ließen, bis zur Idealisierung „der“ Intelligenz, die fälschlich als soziale Einheit betrachtet wurde, ja bis zur Beförderung — in der Phantasie — von Teilen der „schöpferischen Intelligenz“ zur „neuen Führungskraft der Gesellschaft“.

Nach Ausschaltung des Revisionismus, an dem Intellektuelle der Partei keinen geringen Anteil hatten, erfolgte binnen kurzer Zeit fast demonstrativ eine Korrektur: eine Orientierung auf mögliche Bündnisse, auf die Gewinnung stabiler Bündnispartner, ohne irgendwelche taktischen Unklarheiten darüber zu lassen, daß die Entscheidung letzten Endes vom Ausmaß der aktiven Einheit der Arbeiterklasse abhängt, weil sie allein Träger einer neuen Gesellschaft sein kann, freilich aber auch von Breite und Festigkeit ihrer Bündnisse. Innerhalb weniger Jahre stellten sich Erfolge ein. Nicht nur unter den Studenten. Sogar unter dem Lehrpersonal an den Hochschulen, wo die Positionen der Reaktion lange als unangreifbar, ja als Monopol betrachtet worden waren.

Aber diese Erfolge, die neuen Bewegungen in neuen lohnabhängigen Schichten, in der Intelligenz als Folge sichtbarer, spürbarer werdender Gebrechen des Kapitalismus verlangten ebenso wie das Neuüberdenken der Perspektiven des Sozialismus eine solidere Begründung der langfristigen Politik der Partei auf diesem Gebiet.

Polemisch sich gegen lange hinderliche Fehlhaltungen wendend, machte auf der theoretischen Konferenz zur Lage der Intellektuellen (Juni 1975)¹²¹ Ernst Wimmer im Hauptreferat geltend, daß bei Anwendung der Leninschen Klassendefinition man zur Schlußfolgerung gelangen muß: Auch heute ist

die Intelligenz weder eine selbständige Klasse noch eine selbständige politische Kraft. Ihr Wachstum hebt ihre innere Differenzierung, ja Hierarchisierung keineswegs auf, sondern verstärkt sie. Ein kleiner Teil verschmilzt mit der Bourgeoisie, ein sehr kleiner sogar mit der Oligarchie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ein weitaus größerer Teil, nämlich die Mehrheit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, nähert sich der Arbeiterklasse an, von der sie sich freilich noch durch diverse Momente abhebt. Dazwischen, in den weiten Bereichen der privaten und öffentlichen Dienstleistungen des Bildungs- und Gesundheitswesens, gibt es eine zahlenmäßig starke Gruppe meist lohnabhängiger Intellektueller, die auf Grund ihrer Interessen und Bedürfnisse für den Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus zu gewinnen, zumindest neutralisierbar sind.

Die objektiven Gründe dafür: mit der gesellschaftlich zunehmenden Bedeutung von Wissenschaft, Technik, Kultur, von spezialisierter geistiger Arbeit im weitesten Sinn wachsen zugleich — als Folge des Privateigentums an Produktionsmitteln — Spannungen und Widersprüche zwischen der möglichen humanen Anwendung dieser Errungenschaften, Erkenntnisse, Fähigkeiten einerseits und dem engen, bornierten, ja oft zerstörerischen Gebrauch, den jeweils das Profitudiktat vorschreibt oder gerade noch zuläßt. Über materielle wie ideelle Bedingungen der Arbeit, der Betätigung der Mehrheit der Intellektuellen, über den Sinn, über die Anwendung und die Folgen ihrer Leistungen, wird in Kämpfen um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der budgetären Mittel, in ideellen und ideologischen Auseinandersetzungen mit dem System, mit dem Staat und seinen Funktionen entschieden. Darum sind die Interessen der Mehrheit der Intellektuellen, ob sie es schon erkennen, wahrhaben wollen oder nicht, mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden. Darum braucht die Arbeiterklasse an diesem wichtigen Frontabschnitt Verbündete gegen das System, das Menschen nach seinen Bedürfnissen ab- und zurichten möchte. „Bündnisse werden nur dort möglich, wo man sich nicht gelegentlich, nicht zufällig, sondern vorsätzlich, planmäßig, unbeirrbar mit anderen verbindet, um gemeinsame Interessen durchzusetzen. Unter führender Rolle der Arbeiterklasse verstehen wir nicht Beziehungen zu Personen, Gruppen, sondern ausschließlich das gesellschaftliche Verhältnis dieser Klasse zu anderen Schichten, insbesondere in gemeinsamen Kämpfen. Sie ist nichts, das man sich selber zusprechen könnte. Sie besteht nur in dem Maß, wie man den Aufgaben nachkommt, die diese Rolle abverlangt.“

In einem zweiten Referat wies Walter Silbermayr nach, daß auch die wissenschaftlich-technische Intelligenz keine innerlich einheitliche Schicht ist. Zu unterscheiden ist zwischen der „freiberuflichen“, der bourgeois wissenschaftlich-technischen Intelligenz, die mit den Produktionsmittelbesitzern eng verbunden ist und den zahlenmäßig weit stärkeren Gruppen der lohnabhängigen wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Deren Stellung

als vom Kapital ausgebeutete Lohnarbeiter bildet die objektive Basis, auf der sich ihre Annäherung an die Arbeiterklasse vollzieht, auch wenn es aus vielen Gründen falsch wäre, sie heute schon zur Arbeiterklasse zu zählen. Je mehr es gelingt, die wissenschaftlich-technische Intelligenz in die allgemeinen Bewegungen der Arbeiterklasse mit einzubeziehen, zunächst eine Solidarisierung in einzelnen Fragen zu erreichen, um so fester wird der Boden zur schrittweisen Herstellung eines solchen Bündnisses, um so mehr gilt es, Konflikterfahrungen auf wichtigen Ebenen aufzugreifen, etwa in der Frage des Ausverkaufs, der Degradierung von Betrieben zu „verlängerten Werkbänken“ ausländischer Konzerne, der Abwertung, des Verschmähens qualifizierter Kräfte, der Umweltkrise, der Ausbildungskrise und in Verbindung damit reale sozialpolitische Alternativen zu propagieren.

Objektiven Entwicklungstendenzen wie auch einem subjektiven Bedürfnis trug auch die letzte in dieser Serie theoretischer Konferenzen Rechnung, das „Kulturpolitische Forum der KPÖ“. ¹²² Die in der internationalen Arbeiterbewegung außerordentliche, ja einmalige Tradition der Kulturbewegungen, der Gesangsvereine, der Arbeiterbibliotheken, der Organisationen für Sport- und Körperkultur, für Freizeitgestaltung, die die österreichische Sozialdemokratie in der Ersten Republik ins Leben gerufen hatte, wurde mit dem Februar 1934, mit dem Sieg des Faschismus, jäh unterbrochen. Falsch war nicht der Anspruch, die Arbeiterklasse aus den kulturellen Ketten der Bourgeoisie zu befreien, deren Welten „Gegenwelten“ entgegenzusetzen. Verfehlt waren daran geknüpfte Hoffnungen, mit der verkommenen Bürgerwelt auf diese Weise fertigwerden zu können. Verhängnisvoll war das Fehlen einer revolutionären Strategie und einer revolutionären Partei, die allein dazu befähigen, auch wenn sie ohne „kulturelle Gegenbewegungen“ nicht auskommen können.

Was davon in der Zweiten Republik existierte, wurde fast ausschließlich von der KPÖ ins Leben gerufen. Markantester Ausdruck dieser Traditionen einer „zweiten Kultur“ war das Wiener Theater „Scala“, in dem Kommunisten, Parteilose, fortschrittlich gesinnte Künstler die Bühne zur Tribüne machten, wieder zur „moralischen Anstalt“ samt Vergnügen machten, bis ihnen die Verwaltung des angeblich „roten Wien“ administrativ-brutal, bürokratisch verschlagen, buchstäblich den Boden entzog, auf dem dieses kritische, aufklärerische Theater stand.

Im Lauf weniger Jahrzehnte bildete sich auf der Basis der Verflechtung von Staat und Monopolen, des Ausbaus der „Sozialpartnerschaft“, der Symbiose zwischen Großkapital und Gewerkschaftsführung, und nicht zuletzt auf Grund des Einsatzes, der Entwicklung und des Mißbrauchs neuer Medien, ein System der Abstumpfung und Verfälschung, des „Umbiegens“ echter Ansprüche und Bedürfnisse heraus, der Einflößung falscher „Bedürfnisse“, der Zersplitterung und Vereinzelung von Menschen mit gemeinsamen Interessen im Namen ihrer „Unterhaltung“, ihrer kulturellen „Betreuung“ — zur

verlässlicheren Erhaltung des Systems. Als die Partei sich vom Revisionismus befreit hatte, als keine Zweifel darüber bestehen konnten, daß sie nicht bereit war, für kleine Zugeständnisse sich zu einer Mitwirkung bei der großen Irreführung engagieren zu lassen, stießen nicht wenige Kräfte der künstlerischen Intelligenz zur Partei oder kamen zumindest erwartungsvoll in ihre Nähe. Natürlich kann eine kleine, von vielen Seiten bekämpfte, boykottierte Partei nicht alle Erwartungen und Sehnsüchte erfüllen, die an sie geknüpft werden. Aber sie muß zumindest dem Anspruch gerecht werden, möglichst präzise ihre Meinung darüber zu sagen, was von dem System Angewiderte, die von sich Besseres verlangen als dieses System honoriert, für ihre eigene Überzeugung und zugleich für die Interessen anderer leisten können.

Auf dem „Kulturpolitischen Forum“ (24. Juni 1978) erklärte Ernst Wimmer: „Jede Klasse braucht kulturelle Mittel, um zu motivieren, um zu bestärken, um zu beflügeln, um ihre Ansprüche als Normen zu vermitteln — oder, wenn es mit der Klasse zu Ende geht, zu verschleiern, zu beschönigen, zu verklären, zu vertrösten oder zu verstören.“ Noch ist die Auffassung verbreitet, Kulturpolitik sei eine Art Schnörkel, Beiwerk der Werbung. Keine revolutionäre Bewegung hat je darauf verzichtet, sich für ihre Haltungen und Ziele kultureller Ausdrucksformen zu bedienen, die auch dort schon bewegen, betroffen machen können, wo das Argument allein noch nicht trifft.

Thematisiert wurde auf dieser Konferenz eine wichtige Frage des Kampfs um eine neue Gesellschaft. Lenin sprach von der Notwendigkeit der politisch-ideologischen-moralischen Hegemonie der Arbeiterklasse, ihrer Herstellung zumindest in Ansätzen, um siegen zu können. Mit dem Mißbrauch neuer Medien, um Kultur und Scheinkultur in den Dienst der Erhaltung des Bestehenden zu stellen, entsteht für die Arbeiterklasse zwar nicht eine völlig neue Front, aber gewinnt diese ungemein an Bedeutung. Es stellt sich die Aufgabe, an dieser Front den kulturellen Kampf zu führen für die Durchsetzung neuer moralischer Ansprüche, neuer Werte, einer neuen Auffassung davon, was Leben lebenswert macht, eines Wissens über die Veränderbarkeit der Welt und von Motiven für die Entschlossenheit, sie zu ändern. Arthur West wies in seinem Referat nach, wie die Sozialdemokratie, die noch immer darauf Anspruch erhebt, die Sehnsucht nach einer besseren Welt zu repräsentieren, sich auch im Kulturellen längst dazu verstanden hat, der Entwicklung einer zweiten oppositionellen Kultur entgegenzuwirken, sie — wo möglich — im Interesse einer Stabilisierung der alten Welt „einzukaufen“.

Widersprüche in der Sozialdemokratie

Die Verabschiedung eines neuen Programms der SPÖ im Herbst 1978 war für die KPÖ Anlaß zu einer weiteren Konkretisierung ihrer Analyse dieser —

bezogen auf den Anteil an der Bevölkerung — stärksten Sozialdemokratischen Partei der kapitalistischen Welt. Der eklatante Rechtsruck in der Programmatik der SPÖ — Verzicht auf jede Vergesellschaftung der privaten Produktionsmittel, auf die Grundforderung der modernen Arbeiterbewegung — war nur Ausdruck ihrer fortschreitenden Verbürgerlichung, ihres immer innigeren Verständnisses für Bedürfnisse des Kapitals. Das Ende der Hochkonjunkturperiode ermöglichte Unterscheidungen innerhalb der SPÖ, die vorher schwergefallen wären, weil sich unterschiedliche Strömungen noch scheinbar problemlos vereinbaren ließen. Hatten die „Leitsätze“ schon zwischen den im System integrierten Funktionären und der Masse der Mitglieder unterschieden, so verlangten neu auftretende Differenzen in der SPÖ ein noch differenzierteres Bild von ihr. Sichtbar wurde die Bedeutung jener „klassischen Reformisten“ in der SPÖ, die, ohne dem Profitsystem oder auch nur der Sozialpartnerschaft schon den Kampf anzusagen, doch zu überlegen begannen, ob es für die Zukunft der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften nicht gefährlich werden könnte, einen Kurs zu verfolgen, der Gegenreformen zugunsten des Systems gegen Reformen kehrt, die die Massen erwarten. Es zeigte sich, daß unter neuen Bedingungen, die für Appelle zur „Bescheidenheit“, zu Opfern an die Massen benützt wurden, Spannungen, Reibungen, ja schließlich Konflikte unvermeidlich werden zwischen den „klassischen“ Reformisten und den neuen staatsmonopolistischen Managern und Bankern, den Hochbürokraten und Technokraten, die materiell, funktionell mit diesem System verwachsen sind, und Bindungen an politische, moralische Normen der Arbeiterbewegung als lästig abstreifen. Die folgende Zeit bewies: diese Unterscheidung ist von großer Bedeutung, um Möglichkeiten für breite Bewegungen gegen Maßnahmen und Vorhaben des Systems nützen zu können, vor allem dafür, aus Gewerkschaften wieder Waffen des Kampfes zu machen.

Die stärkere Ausprägung oppositioneller Strömungen in der Sozialistischen Partei, vor allem unter der Jugend, und die zunehmenden Möglichkeiten von Aktionseinheiten erforderten eine weitere Präzisierung der Auffassungen von möglichen Funktionen „Linker“. Eine Reihe von Artikeln in „Weg und Ziel“ machte geltend, daß die Schlüsselfrage einer Linksentwicklung im Land die Stärke der Kommunistischen Partei ist, aber der Standpunkt unrichtig ist, daß Linke in der Sozialistischen Partei für eine Linksentwicklung nichts tun könnten. In welchem Ausmaß eine Verschiebung oder gar eine Wende erfolgt, hängt auch davon ab, ob und wie viele oppositionelle Kräfte in der SPÖ, ob sie sich für links halten oder nicht, den Kampf gegen die Verbürgerlichung dieser Partei, gegen die Verpönung des Klassenkampfes, gegen ideologische und moralische Verlotterung und deren Ursachen, gegen die Dauerkoopeation mit dem Kapital, gegen die Verquickung von Politik und Geschäft aufnehmen und austragen.

Die Schwäche der Linken in der SPÖ — wurde analysiert — liegt darin, daß

sie noch meinen, der Einheit der Partei und damit auch den arbeitenden Menschen zu schaden, wenn sie entschieden, konsequent gegen die Rechtsentwicklung, den Rechtskurs der SPÖ ankämpfen. Stützt man sich nicht vor allem auf die Kraft der Massen, auf den außerparlamentarischen Kampf, erhofft man sich eine Wende von innerparteilichen Umgruppierungen und Verschiebungen, dann wird man nie einer Partei einen anderen Kurs aufzwingen können, deren Führung Machtpositionen in Staat, Gemeinden, verstaatlichter Industrie besitzt, die über ungezählte Mittel und Mittelchen der Bestrafung und Belohnung, der Integrierung, der Korrumpierung, der Disziplinierung und auch der Repression verfügt. Hat man vor allem oder ausschließlich die Einheit einer Partei vor Augen, in der es zwei verschiedene, unvereinbare Klassenlinien gibt, dann übersieht man: In den Kämpfen von großer sozialer Bedeutung decken sich deren Fronten nie mit den Grenzen zwischen den Parteien. Je entschiedener diese Kämpfe geführt werden, desto unweigerlicher müssen die Fronten quer durch solche uneinheitliche Parteien verlaufen. Die Perspektivlosigkeit der „Linken“, die „Weg und Ziel“ feststellte, ist unvermeidlich, solange die Realität des heutigen Kapitalismus nicht zur Kenntnis genommen wird: Die Verflechtung der Macht des Staats mit jener der Monopole zu einem relativ einheitlichen, wenn auch widersprüchlichen System. Die Tatsache, daß das Monopolkapital, gestützt auf seine ökonomische Macht, auch unter einer SP-Regierung politische Gewalt an sich reißt, Staatsgewalt ursupiert, für sich wirken läßt.

In den Jahren 1980 und 1981 kam es zu den größten antifaschistischen Demonstrationen seit dem Begräbnis Ernst Kirchwegers. Innerhalb kurzer Zeit entstanden in vielen Städten, über weltanschauliche Unterschiede hinweg, antifaschistische Komitees zur Aufklärung, zur Organisation von Aktionen. Anlaß dazu waren zwei vorher für undenkbar gehaltene Provokationen. Gegen den Protest der zwei kommunistischen Beobachter billigte die zentrale Wahlbehörde die Kandidatur des Chefs der neofaschistischen NDP, des ehemaligen Führers des Rings Freiheitlicher Studenten und verurteilten Südtirol-Terroristen Norbert Burger, für das Amt des Bundespräsidenten. Seinen Wahlkampf, den Burger ungeniert zu großdeutscher Agitation nutzte, führte er mit einem SA-ähnlichen Trupp. Obwohl der Staatsvertrag beides verbietet — großdeutsche Propaganda wie neofaschistische Organisationen —, bot das Innenministerium zahlreiche Polizisten (in einem Fall, in der Wiener Josefstadt, gleich 800) auf, um verfassungswidrige Betätigung zu schützen. SP-Minister führten zur Rechtfertigung von Burgers Zulassung zur Wahl für das höchste Staatsamt an, daß eine „Minderheitenfeststellung“ nur wünschenswert wäre. Als für Burger 140.000 Stimmen abgegeben wurden, hatte Kreisky schon am nächsten Tag eine Erklärung parat: Schuld daran sei Burgers „Aufwertung“ durch antifaschistische Protestaktionen. Und das, obgleich in den Städten mit antifaschistischen Aktionen der Chef der Neofaschisten um vieles schlechter abschnitt.

Das Wahlergebnis wirkte weithin alarmierend. Die 140.000 Stimmen bedeuteten gewiß nicht gleich 140.000 Neofaschisten. Aber dieses Resultat ließ erkennen, daß es Neofaschisten gelingen könnte, unter entsprechenden Bedingungen ein noch größeres Potential mit Hilfe ihrer Demagogie auszuschöpfen, wenn man nicht entschieden den Anfängen wehrt. Auch die Erkenntnis fiel ins Gewicht: es bedarf nicht unbedingt einer tiefen ökonomischen Krise wie Anfang der dreißiger Jahre, damit Faschisten Zulauf bekommen. Als Nährboden für sie genügt schon, was die bürgerliche, „sozialpartnerschaftlich“ beschränkte Demokratie täglich an Willkür, an Skandalen, an Rechtsbeugungen, an Mist aller Arten produziert.

Die zweite Herausforderung der antifaschistischen Öffentlichkeit war politisch noch aufschlußreicher. 1979, vor den Hochschulwahlen, hatte eine einheitliche Front der Ablehnung, die von den kommunistischen Studenten bis zu konservativ-bürgerlichen Studentengruppen reichte, eine Kandidatur der neofaschistischen „Aktion Neue Rechte“ verhindert. Diese legte beim SP-Wissenschaftsministerium Beschwerde ein. Weil dieses Ministerium getreu dem SP-Regierungsgrundsatz: „keinerlei Parteiverbote“ reagierte, ging die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof weiter, dessen Rechtsschlagseite schon seit seinem Entscheid zugunsten einer Einreise Otto Habsburgs nach Österreich in den sechziger Jahren notorisch war. Der Verwaltungsgerichtshof gab aus formalen Gründen den Neofaschisten recht. Zu einer inhaltlichen Entscheidung, ob es sich bei der ANR um eine neofaschistische Organisation handelt, kam es nie, wenngleich dazu die SPÖ als Regierungspartei alle Möglichkeiten besessen hätte, das zu erzwingen, etwa durch einen verfassungsgerichtlichen Entscheid.

Eine der auffälligsten Veränderungen gegenüber der Ersten Republik besteht darin, daß damals Hochschulen Hochburgen der äußersten Reaktion, der Faschisten, fast täglich Schauplatz wüster antisemitischer und antikommunistischer Ausschreitungen waren, anfang der achtziger Jahre hingegen die Universitäten ein Schwerpunkt antifaschistischer Gesinnung und Tätigkeiten. Gerade diesen Universitäten zwang die SP-Regierung unter Berufung auf den formalen Entscheid des Verwaltungsgerichtshofs eine Wiederholung der Wahl auf, bei Zulassung der Neofaschisten.

Tausende Antifaschisten demonstrierten im Mai in Wien gegen diese versteckte verfassungswidrige Legalisierung einer faschistischen Organisation. Der Kommunistische und der Sozialistische Studentenverband legten dagegen Beschwerde ein und richteten eine Klage an den Verfassungsgerichtshof. Die faschistische Provokation wäre undenkbar gewesen ohne die Entschlossenheit als Bereitschaft der drei Parteien im Parlament, die Verfassung zu mißachten. 1975 hatten ÖVP und SPÖ — beide um die Aufwertung der FPÖ bemüht — ein „Parteiengesetz“ beschlossen. Bis dahin hatten verfassungsmäßig nur die Gründungsparteien der Republik — ÖVP, SPÖ und KPÖ — als „Parteien“ gegolten. Dieses Gesetz enthielt zwar Bestimmungen

über die Finanzierung der Parlamentsparteien aus öffentlichen Mitteln, auch über die Gründung von Parteien, aber keine formalen Handhaben für deren mögliche Auflösung. Das war kein bloßes Versäumnis. Es war ein Verstoß gegen den Staatsvertrag, der das Verbot jeder faschistischen Tätigkeit und aller faschistischer Organisationen gebietet. Bedacht darauf, rechte und rechteste Kreise ja nicht zu vergrämen, verhinderten die diversen Regierungen seit 1955, daß die antifaschistischen Verfassungsbestimmungen in allen Gesetzen, einschließlich der Wahlordnungen, eine Entsprechung finden. Im Gegensatz dazu lautete — nicht erst seit 1955 — der Standpunkt der KPÖ: die Verfassung ist bindendes Recht für die Behörden. Wenn diese klagen, keine Handhaben gegen Faschisten zu besitzen, dann sollen sie ihre Gesetze in Einklang mit der Verfassung bringen.

Die faschistischen Provokationen, ihre Ermöglichung und Duldung durch die Regierung, die großen antifaschistischen Demonstrationen haben eine Frage zur Entscheidung gestellt, die noch nicht entschieden ist: wird in der Republik Österreich das Vermächtnis der vielen Opfer des Faschismus, der Vorkämpfer für das Wiedererstehen eines unabhängigen Österreich, verleugnet, verdrängt, vergessen? Werden Faschisten zu einem „normalen“ Bestandteil des politischen Lebens verharmlost? Oder gelingt es im politischen Leben, den Grundsatz durchzusetzen, zu dem sich Erfahrungen mit grünem und braunem Faschismus verdichtet haben: Demokratie schließt Freiheit für Faschisten nicht ein, sondern aus. Politische Freiheit hat eine Grenze: bei faschistischen Bestrebungen, die gegen jede Demokratie, ob bürgerliche oder sozialistische, gerichtet sind. Nach Jahren, im November 1985, stellte sich ein Erfolg des Kampfes ein. Der Verfassungsgerichtshof gab der Klage der kommunistischen und sozialistischen Studenten recht. Er hielt fest, daß „die kompromißlose Ablehnung des Nationalsozialismus grundlegendes Merkmal der wiedererstandenen Republik ist“ und sich „ausnahmslos jede Staats-tätigkeit an diesem Verbot zu orientieren“ hat.¹²³ Der antifaschistische Kampf hatte eine Verbesserung der Bedingungen erreicht, unter denen er weitergeführt werden muß.

Die Herausforderung der „Neuen Sozialen Bewegungen“

Vor neue Probleme wurde zu dieser Zeit die Partei durch die Entstehung und Entfaltung der „Neuen Sozialen Bewegungen“ gestellt. Dieser Prozeß, symptomatisch für die verschärfte allgemeine Krise des Kapitalismus, wurde in der Partei geraume Zeit weithin unterschätzt, sofern er nicht unbeachtet blieb. Es bedurfte intensiver Anstrengungen, um der Erkenntnis wenigstens

zu grundsätzlicher Anerkennung zu verhelfen, daß diese Bewegungen diese Bezeichnung keineswegs verdienen, weil sie besonders sozial oder gar sozialistisch wären, sondern einfach deshalb, weil sie eine, wenn auch oft noch recht unbeholfene, verworrene Antwort auf die Mißachtung wichtiger sozialer, ökonomischer, ökologischer, kultureller Probleme im staatsmonopolistischen Kapitalismus, ein Symptom seiner langfristig irreparablen Krise darstellen, also zu einem beträchtlichen Teil auch potentielle Bündnispartner sind.

Fast jede Facette dieser Krise findet besondere Entsprechungen in diesen Bewegungen: Profitdiktierter Umweltzerstörung, ihre Entsprechung in ökologischen Strömungen, staatsmonopolistische Zentralisation und Bürokratisierung, ihre Erwidern in Konzepten, die sich von Dezentralisierung oder Basisdemokratie, nicht nur in der Arbeitswelt, das „Heil“ versprechen; bedrückender Entfremdung entgegnet das Verlangen nach Selbstbestimmung, auch in der Arbeit, dem Mißbrauch von Kultur, der Manipulation durch Massenmedien die Bemühungen um „Gegenkultur“; der „Reglementierung“, der Bevormundung, der Gängelung im Alltagsleben, den vielfältigen Zwängen zu Konsum wie zu Konsumverzicht das Verlangen nach „alternativen Lebensweisen“.

Erstes Symptom für Änderungen in Stimmungen, Haltungen und Normen beachtlicher Schichten der Bevölkerung war neben der Entstehung einer Vielzahl von Initiativen gegen lokale, regionale oder nationale Gesetze, Verordnungen oder Willkürmaßnahmen die Volksabstimmung über Inbetriebnahme oder Stilllegung des Atomkraftwerks Zwentendorf im Jahr 1978. Schon 1968 hatten im Hauptausschuß des Parlaments SPÖ, ÖVP und FPÖ die Gründung der Kernkraftwerks-Gesellschaft für den Bau des ersten Atomkraftwerks beschlossen. Als einzige Partei wandte die KPÖ damals dagegen ein, daß Österreich zuerst die heimischen Energiequellen, vor allem der Donau, erschließen sollte, bevor es Atomkraftwerke baut, womit es genügend Zeit gewinnen würde, eine Weiterentwicklung dieser Technologie abzuwarten.

Zum innenpolitischen Sprengsatz wurde dieser Kernkraftwerkbau, der acht Milliarden Schilling kostete, durch eine unvorhersehbare Wendung. Obgleich er nicht bloß den Segen der „Sozialpartnerschaft“ hatte, sondern deren dringenden Wünschen nach Zusammenarbeit mit kapitalistischen Monopolen wie Siemens entsprach, verfiel die Führung der durchaus sozialpartnerschaftstreuen ÖVP — die als Partei in Bedrängnis geraten war — auf die Idee, daraus einen „Schlager“ für die nächsten Wahlen zu machen, von denen sie sich sonst sehr wenig erhoffen konnte. Die SP-Führung konterte erbost diesen Bruch der „Partnerschaft der Verbände“ durch die Volkspartei mit der Veranstaltung einer Volksabstimmung, um die Verantwortung abzuschieben. Doch das Ergebnis durchkreuzte sowohl die Erwartungen der SP-Regierung wie der „Sozialpartnerschaft“. Eine knappe Mehrheit sprach sich

gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks aus. Es war der zweite Fall, daß Massenstimmungen oder Massenaktionen konzentrierte Pläne der „Sozialpartnerschaft“ vereiteln konnten. Die Kommunistische Partei verwies mit Recht darauf, daß sie als einzige Partei im Lauf der Jahre ihren Standpunkt niemals ändern mußte: daß die mit einer Energieproduktion durch Atomkernspaltung zusammenhängenden Fragen der Entsorgung, einer umfassenden demokratischen Kontrolle zwar grundsätzlich lösbar, aber die Voraussetzungen für eine Lösung noch nicht gegeben sind, weshalb der vorrangige Ausbau der natürlichen heimischen Energiequellen bei weitem vorzuziehen gewesen wäre.

Die Entscheidung der Partei, daß bei der Volksabstimmung ein Fernbleiben, eine ungültige Wahl als Ausdruck des Protests wie ein „kritisches Ja“, verbunden mit Forderungen nach demokratischer Kontrolle, nach Endlösung gleich vereinbar mit ihren Interessen seien, war nicht Ausdruck grundsätzlicher Unklarheiten. Sie war ein Kompromiß mit Stimmungen in Betrieben, wo der massive Druck der Sozialpartnerschaft, vor allem der ÖGB-Führung, für ein bedingungsloses Ja ohne Rücksicht auf Risiken eine wesentliche Rolle spielte. Es erwies sich, daß prinzipielle Klarheit — in diesem Fall prinzipielle Bejahung der Möglichkeit einer friedlichen Nutzung der Atomenergie, bei Ablehnung unter den gegebenen Bedingungen nicht ausreichen, um in konkreten Fragen wirksam „Politik zu machen“, um überzeugen zu können. Breite und Intensität der Gegenbewegung wurden von Leitungen und Organisationen der Partei, von „Verbindungsgliedern“ nach außen, zu spät und unzulänglich erfaßt.

Die Haltungen der etablierten Parteien zur Umweltproblematik waren seit je von der Berechnung bestimmt, daß Schutz und Sanierung der Umwelt Faktoren sind, die das Allerheiligste, die Rentabilität, die Profitträchtigkeit des Kapitals, beeinträchtigen. Die KPÖ, die sich nie Sorgen um Profite der Kapitalisten macht, hatte Jahrzehnte vor allen Grünen und Alternativen Fragen des Umweltschutzes zu ihrem Anliegen gemacht, von der Reinhaltung der Seen, des Offenhaltens ihrer Ufer bis zum Kampf gegen Raubbau an den Wäldern. Dieses Engagement bewahrte freilich nicht davor, in einer späteren Entwicklungsphase zunächst hinter einer sogar voraussehbaren qualitativen Änderung dieser Problematik zurückzubleiben.

Im Juni 1980 führte die KPÖ ein Symposium zu Umweltproblemen durch.¹²⁴ Franz Hager stellte als Referent fest, daß Österreich zwar von der Natur begünstigt ist, doch auf Grund langer Versäumnisse namentlich in der Umweltschutzgesetzgebung etwa ein Jahrzehnt hinter anderen kapitalistischen Ländern nachhinkt, dazu ein Kompetenzenwirrwarr sondergleichen kommt und überdies die fast allgegenwärtige „Sozialpartnerschaft“ eine Anwendung des Verursacherprinzips verhindert.

Zwei wichtige Gesichtspunkte wurden auf dem Symposium festgehalten: Im Interesse der arbeitenden Menschen kann das Verursacherprinzip richtig

nur so verstanden werden, daß jene für den Schaden bezahlen müssen, die an seiner Verursachung verdienen, nicht Konsumenten. Der zweite Gesichtspunkt: So wichtig die Reinhaltung von Luft und Wasser, die Erhaltung natürlicher Ressourcen sind, so unabdingbar ist es für die Arbeiterbewegung, den Begriff Umweltschutz weiter zu fassen, also Arbeits-, Wohn- und andere Lebensbedingungen einzubeziehen.

Eine wichtige Klärung brachte das Symposium im Prinzipiellen, die später im Programm der Partei noch erweitert wurde: Die Entwicklung der Gesellschaft ist untrennbar mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte verbunden. Ein reicheres Leben verlangt höhere Produktivität. Aber Kapitalismus bedeutet nicht nur Ausbeutung, Entfremdung, sondern auch Mißbrauch von Wissenschaft und Technik. Je wirksamer die Mittel, die er bei der Jagd nach Profit anbietet, desto verheerender können die Wirkungen werden — für die menschliche Arbeitskraft und die Natur. Weil die Gestaltung des Verhältnisses zur Natur letzten Endes von den Eigentumsverhältnissen geprägt, ja sogar die Anwendung gefährlicher Technologien von den internationalen Kräfteverhältnissen zwischen verschiedenen Gesellschaftsformationen mitbestimmt wird, weil von den Eigentums- und Machtverhältnissen auch die Zwecke für Wissenschaft und Technik vorgegeben werden, sind auch diese Fragen eingebettet in den Klassenkampf.

Im Herbst 1980 beschloß das Politbüro, ausgehend von den Ergebnissen dieses Symposiums, ein Schwerpunktprogramm¹²⁵ als Grundlage für die weitere Arbeit der Kommunisten in der Umweltpolitik. Festgehalten wurde darin die Notwendigkeit einer Einschränkung des Rüstungswettlaufs, um die erforderlichen Mittel für eine Lösung der globalen Umweltschutzaufgaben freizumachen. Gefordert wurden unter anderem die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Senkung der Arbeitszeit, zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Arbeitsplatz, für den Ausbau der Sozialleistungen und die Erschließung von mehr Freizeit.

Das Programm orientierte auf einen Kampf für eine grundlegende Reform des Finanzausgleichsgesetzes, zur Hebung der Finanzkraft der überforderten Gemeinden, auf die ein immer größerer Teil der Umweltinvestitionen entfällt. Es unterstrich die Notwendigkeit einer öffentlichen Kontrolle der Nutzung von Grund und Boden, um zwischen kurz- und langfristigen, zwischen gesamtgesellschaftlichen und lokalen Interessen abwägen zu können. Festgelegt wurde auch die grundsätzliche Forderung: Die Finanzierung der Umweltpolitik muß ein Schwerpunkt der Budgetpolitik werden. Aus Beiträgen der Unternehmer ist ein Fonds für große umweltschutzpolitische Aufgaben zu errichten. Da kapitalistisches Wirtschaftswachstum immer mehr von Interessen des in- und ausländischen Großkapitals bestimmt wird und damit eine Verschärfung der Gefahren für die Umwelt verbunden ist, gilt es auch, den Kampf für eine antimonopolistische Wirtschafts- und Rohstoff-

politik zu führen, als Voraussetzung dafür, daß die Vorteile des Wirtschaftswachstums größer sind und größer bleiben als die mit dem Wachstum verbundenen Belastungen.

Friedensbewegung — ein neuer politischer Faktor

Die wichtigste Veränderung in der politischen Landschaft dieser Zeit war die Entstehung einer breiten, überparteilichen Friedensbewegung als Antwort auf eine bedrohliche Wende in der amerikanischen Außenpolitik. Die Serie von Siegen der Befreiungsbewegungen in Vietnam, Angola, Mozambique, Äthiopien, Nikaragua und anderen Ländern unter den Bedingungen einer internationalen Entspannung hatte die aggressivsten Kreise des amerikanischen Imperialismus tief beunruhigt. Sie setzten einen Kurs auf Rückkehr zum kalten Krieg durch, die illusionistische Aufgabenstellung, durch militärische Überlegenheit auf allen Gebieten die frühere dominierende Stellung der USA unter den kapitalistischen Ländern wiederzuerlangen und von einer „Position der Stärke“ aus einen Feldzug der sozialen Revanche gegen die Befreiungsbewegungen und Arbeiterbewegungen, gegen die sozialistischen Länder führen, ihre Verbündeten in engere Schranken verweisen, zurechtweisen zu können. Im Mittelpunkt all dieser Überlegungen, ob ausgesprochen oder nicht, stand und steht die These, daß man einen Atomkrieg gewinnbar und womöglich begrenzt machen müsse, durch qualitativ neue Waffen. Millionen, die sich früher nicht betroffen fühlten oder inaktiv geblieben waren, erkannten die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung sich zu rühren, um eine Beschleunigung des Wettrüstens, eine drohende Katastrophe zu verhüten und Schritte zur Abrüstung zu erzwingen. Noch viele mehr wurden von dieser mächtigen Welle des Protests, der Selbstbehauptung mitgerissen.

Der Aufschwung der Friedensbewegung in Österreich widerspiegelte sich in der Bildung zahlreicher, überparteilicher Friedensinitiativen, in großen Städten, Bezirken, ja sogar in Dörfern. Die wichtigen Demonstrationen vom Mai 1982 (70.000 Teilnehmer) und Oktober 1983 (100.000 Teilnehmer) veranschaulichten: die Friedensbewegung war zu einem politischen Faktor geworden, den niemand mehr ignorieren konnte. Hatten in der ersten Phase noch SP-Führung und Kirche unverblümt versucht, der Friedensbewegung Verhaltensregeln, ja Plattformen vorzuschreiben, hatten sie frei getroffene Entschlüsse der Friedensbewegung wegen angeblicher „Einseitigkeit“, wegen „Einäugigkeit“ bekrittelt, so stellten sie bald wegen des Mißerfolgs in der Öffentlichkeit diese Einmischung ein. Freilich hielten sowohl die Spitze der SP wie die Führung der katholischen Kirche an den Bemühungen fest, möglichst Großaktionen zu verhindern, die Friedensbewegung „von der Straße“ fernzuhalten, Friedenspolitik den etablierten Politikern zu überlassen. Ohne die Einsatzbereitschaft, ohne das Wirken vieler, vor allem junger

Kommunistinnen und Kommunisten an der Basis, in den Initiativen, hätte die Friedensbewegung nicht eine so starke Einheit und Ausstrahlungskraft in wesentlichen Fragen erreichen können. Allerdings bedurfte es auch dazu eines Lernprozesses innerhalb der Partei. Vor allem galt es, Haltungen zu korrigieren, die in den Anfängen der Bewegung dazu geführt hatten, daß vereinzelt Parteileitungen empfahlen, Demonstrationen fernzubleiben, in denen es auch antikommunistische oder antisowjetische Losungen und Transparente gab. Eine Änderung wurde dadurch erreicht, daß das Politbüro in solchen Fällen eingriff, entschieden gegen sektiererische Haltungen Stellung nahm und daraus auch organisatorische Konsequenzen zog.

Die Arbeit kommunistischer Aktivisten in der Friedensbewegung wurde nicht der lokalen Initiative, nicht der Spontaneität überlassen, sondern systematisch, langfristig koordiniert. Viele junge Kommunistinnen und Kommunisten qualifizierten, spezialisierten sich, um in unzähligen Diskussionen für Einheit und Zielstrebigkeit der Bewegung wirken zu können. Die Schrift „KPÖ und Friedensbewegung“ legte die Grundsätze dar, von denen sich Kommunisten in ihrem Verhältnis zur Friedensbewegung leiten lassen. „Sie besagen“ — heißt es dort —, „daß für den Erfolg der Friedensbewegung zweierlei ausschlaggebend ist: ihre Breite, das Zusammenwirken möglichst vieler Menschen verschiedener Gesinnung, unterschiedlicher Weltanschauung, die sich auf die wichtigsten gemeinsamen Forderungen einigen können; die Stoßrichtung der Bewegung. Einseitige Abrüstung ist eine Unmöglichkeit. Folglich muß die Friedensbewegung beiderseitige Abrüstung verlangen, auf alle echten Sicherheitsbedürfnisse Rücksicht nehmen. Doch eine Friedensbewegung, die sich nicht vor allem gegen jene Kreise richtet, von denen die Kriegsgefahr ausgeht, wird nur wenig zur Erhaltung des Friedens beitragen können.“

Die jeweilige Plattform der Friedensbewegung muß Ergebnis eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses sein, vor allem unter Beteiligung der vielen regionalen Initiativen, die sich spontan bilden, von denen die Bewegung getragen wird. Wir sind gegen jeden Versuch, von Parteivorständen, Konferenzen oder Instanzen aus, der Friedensbewegung eine Linie vorzuschreiben, Vorschriften oder Auflagen zu erteilen. Wir sind gegen alle Versuche, die Bewegung zur Angelegenheit dieser oder jener Partei zu machen. Kommunisten wirken in den überparteilichen Organen dieser Bewegung, tun dort ihr Bestes für ein Gelingen, für größtmögliche Breite und Einheit der Bewegung, sie sind für einen konstruktiven Dialog, für Bewahrung ihrer Eigenständigkeit und Achtung der Selbständigkeit anderer. Wir unterscheiden zwischen Vorurteilen, Kritik am Marxismus, an der kommunistischen Bewegung, am realen Sozialismus und jenem doktrinären Antikommunismus, der Kommunisten als ‚Hauptgefahr‘, als Feind hinstellt, der mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, im nationalen Rahmen mit

Diskriminierungen, Disziplinierungen, Verboten, international mit kaltem Krieg bis zur Konfrontation.¹²⁶

Die neuen Widersprüche und damit verbundenen Aktionsmöglichkeiten verlangten nicht nur die Einschätzung und Einordnung neuer Erscheinungen. Sie geboten auch die Überwindung alter, hinderlicher Haltungen. Nicht wenig davon war vor allem dadurch bedingt, daß es durch viele Jahre kaum Bewegungen von Massen gegeben hatte. Relative Isolierung, das Gefühl, von Feinden umringt zu sein, bewirkten zuweilen eine Selbstisolierung, Argwohn gegenüber allem Nichtkommunistischen, ja nach oft langer Entwöhnung Scheu davor, sich unter Andersgesinnten zu bewegen, was unabdingbar dafür ist, an Bewegungen teilzuhaben, sie zustandezubringen und voranzutreiben.

Zuweilen wurde die Auffassung vertreten, daß die Friedensbewegung die Aufgabe habe, zu einem Teil der Bewegung für den Sozialismus zu werden. Eine solche Orientierung würde zu einer schädlichen Einengung führen. Sie entspringt einem Verkennen wichtiger Faktoren. Mit einem Atomkrieg, der die Menschheit vernichten würde, läßt sich kein politisches Ziel erreichen. Ihn zu verhindern ist Voraussetzung für die Verwirklichung politischer Ziele. Die Kriegsgefahr geht von den aggressivsten, gefräßigsten Kreisen des Imperialismus aus. Sie hat zweifellos Klassenwurzeln. Deshalb dürfen Kommunisten auch in der Friedensarbeit nicht auf ein klassenmäßiges Herangehen an die Probleme verzichten, es nicht unterlassen, an Hand klassenmäßiger Interessensgegensätze aufzuschlüsseln, warum das, was der überwältigenden Mehrheit als Wahnwitz erscheint, doch für wenige eine „vernünftige“ weil profitable Methode ist, ihre bornierten Interessen zu verfolgen. Doch der Friedenskampf ist, weil verschiedene Klassen, verschiedene politische und weltanschauliche Strömungen ein gemeinsames Interesse am Überleben haben, klassenübergreifend zu führen, nur durch Zusammenwirken, durch die Summierung unterschiedlichster Kräfte zu gewinnen.

Gegenüber Bemühungen um „Aktionseinheit“, um Bündnisse mit Teilen der neuen sozialen Bewegungen wurden die dort nicht seltenen organisationsfeindlichen Haltungen, die Ablehnung von Traditionen der Arbeiterbewegung, die Vorstellungen, über links und rechts erhaben zu sein, und vor allem die Auffassungen angeführt, die die Wurzeln sozialer Übel nicht im Klassencharakter der Gesellschaft, nicht im Privateigentum an den Produktionsmitteln, sondern in Technik und Wissenschaft, in Wirtschaftswachstum, in bestimmten Organisationsformen, Institutionen und Strukturen erblicken. Unbeachtet blieb dabei, daß es ein strategisches Ziel der Verteidiger des Kapitalismus sein muß, einen Keil zwischen die Arbeiterbewegung und die oppositionellen neuen sozialen Bewegungen zu treiben, die ungelösten Problemen des Kapitalismus entspringen.

Verbreitet war auch die Ansicht, daß es sich bei den in Bewegung Gerate-

nen lediglich um „soziale Randschichten“ handle, daß eine Beschäftigung mit ihren Problemen Verzettelung, Vergeudung von Energien bedeute. Für eine langfristige antimonopolistische Orientierung, die die Ausnützung aller Widersprüche und Gegensätze in der Gesellschaft verlangt, sind solche Haltungen ein Bleigewicht.

Über diese durch die Entwicklung aufgedrängten Probleme wurde in Leitungen und Organisationen, mitunter leidenschaftlich, diskutiert. Im Auftrag des Politbüros unternahm Ernst Wimmer in „Thesen zur Bündnispolitik“, die in „Weg und Ziel“¹²⁷ veröffentlicht wurden, eine erste Zusammenfassung von Überlegungen und Erfahrungen: Voraussetzung für Bündnispolitik als Teil des Kampfs für den Sozialismus ist eine selbständige revolutionäre Partei. Doch unerlässlich für deren Weiterentwicklung zur Massenpartei ist systematische Arbeit nach außen, auch unter rückständigen Schichten. Zwischen dem jeweils erreichbaren Maß an Aktionseinheit innerhalb der Arbeiterklasse und dem Ausmaß an Bündnissen mit nichtproletarischen Schichten besteht enge Wechselwirkung. Probleme eines Großteils der Intellektuellen, der Bauern, der Frauen, der Jugend, die sich aus ihrer Lage im staatsmonopolistischen System ergeben, sind keineswegs „Randprobleme“, sondern zentrale Fragen der Auseinandersetzung mit dem System, seiner Überwindung.

Bündnispolitik abträglich ist Maximalismus, der zwar mit Recht geltend macht: Ausbeutung, Diskriminierung der Frau könne erst im Sozialismus überwunden werden, aber zugleich behauptet: bemüht man sich um weniger, ist's Reformismus. Die Verkündung von Zielen allein, so unerlässlich sie ist, ergibt noch keinen Schritt in deren Richtung. Das Wesen von Bündnispolitik besteht darin, durch Bewegungen um konkrete Forderungen, für konkrete Interessen, an den Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung heranzuführen. Gemeinsame Aktionen erfordern Verständigung über gemeinsame Forderungen, also auch Kompromisse darüber. Im Gegensatz zum Maximalismus, der dies nicht oder ungenügend berücksichtigt, hält Minimalismus Zugeständnisse im Prinzipiellen für zweckmäßig, ja im Namen „möglichst großer Breite“ für geboten. So verzichtet er faktisch auf eine Weiterentwicklung des Bewußtseins in der Bewegung, auf ein Heranführen an den Kampf um weitgesteckte Ziele, den Sozialismus.

Bemühungen um konkrete Formen der Aktionseinheit der Bündnispolitik vertragen sich nicht mit ideologischen Vorbedingungen. Solche Bemühungen verlangen jedoch zugleich einen ideologischen Kampf mit den jeweils zentralen Positionen des Gegners auf einer Ebene und zugleich Aufklärungsarbeit auf einer anderen, Enthüllung wichtiger gesellschaftlicher Zusammenhänge an Hand der jeweiligen Konflikte, bei Berücksichtigung des Bewußtseinsniveaus der an der Aktion Beteiligten und der erreichbaren Schichten.

Eine schwierige Übergangsphase

Für die Delegierten des 24. Parteitags, der von 6. bis 18. Dezember 1980 in Wien stattfand, lag erstmals ein umfangreiches, schriftliches Material über die Vielzahl von Tätigkeiten in der Berichtsperiode vor. Franz Muhri verwies darauf, daß die Partei sich nach wie vor in einer schwierigen Übergangsphase befand. Konnte die Partei von 1971 bis 1974 bei fast allen Wahlen bedeutende Gewinne erzielen, so mußte sie bei fast allen folgenden Wahlen ernste Verluste hinnehmen. Erst in jüngster Zeit konnte sie wieder bei Betriebs- und Gemeinderatswahlen Positionen halten oder bescheidene Gewinne erzielen. Einen erfreulichen Aufschwung nahm der Kommunistische Studentenverband in dieser Zeit. Er konnte in der Berichtsperiode seinen Mitgliederstand um 40 Prozent erhöhen.

Ein großer Teil des Rechenschaftsberichts galt der wirtschaftlichen Situation in Österreich, die nach kurzer Erholung durch neue Krisenerscheinungen gekennzeichnet war. Eine Besonderheit gegenüber der Krise 1974/75 bestand darin, daß der staatsmonopolistische Interventions- und Spielraum sich wesentlich eingengt hatte. Obwohl die Lohn- und Mehrwertsteuerbelastung der Massen seit 1970 mehr als verdreifacht wurde, erreichte das Budgetdefizit 1981 schon 50 Milliarden, stiegen die Staatsschulden auf 286 Milliarden.

Eine zweite Besonderheit bestand in einer wesentlichen Beschleunigung der technologischen Veränderungen, nicht nur in den Betriebshallen, auch im Angestelltenbereich. Bestand bei Ausbruch der Wirtschaftskrise 1974/75 noch eine bedeutende Nachfrage nach Arbeitskräften, ja sogar ein Nachholbedarf im Dienstleistungssektor, machten sich nun auch dort Schwierigkeiten bemerkbar.

Der Rechenschaftsbericht bekräftigte das vom 23. Parteitag beschlossene 10-Punkte-Programm für eine grundsätzliche Wendung in der Wirtschaftspolitik und verwies darauf, daß die Forderungen der Partei nach vorrangigem Ausbau der Finalindustrie mittlerweile weit über die Partei hinaus vertreten wurden. Im Hinblick auf zunehmenden Leistungsdruck in den Betrieben und die Gefährdung von Arbeitsplätzen unterstrich der Rechenschaftsbericht die Notwendigkeit des Kampfs für eine schrittweise Verkürzung der Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit. Er konnte vermerken, daß Unterschriftenaktionen der Kommunisten und des GLB für eine Herabsetzung des Pensionsalters der Schwer-, Nacht- und Schichtarbeiter in den Betrieben weithin Zustimmung gefunden hatten. Wichtige Erfolge von Aktionen waren die Verhinderung der Stilllegung der Papierfabrik Niklasdorf und der Schließung der Glanzstofffabrik in Sankt Pölten.

Das der verstaatlichten CA gehörende Werk Niklasdorf sollte wie zuvor eine Reihe von Unternehmen ein weiteres Opfer der Strategie werden, die Zellstoff- und Papiererzeugung an wenigen Punkten zu konzentrieren, den

Branchenstärksten lästige „bodenständige“ Konkurrenten vom Hals zu schaffen. Ausländische Gutachten bezeugten wunschgemäß „Lebensunfähigkeit“. Die Stilllegung war für Finanzminister Androsch und die CA eine schon entschiedene Sache. Durchkreuzt wurde dies durch einen Widerstand, der weithin in der Umgebung Ermutigung erhielt durch ein Aktionskomitee, in dem Kommunisten, junge Sozialisten, Katholiken, von Antifaschistischen Komitees politisierte junge Menschen zusammenwirkten. Das steirische SPÖ-Organ „Neue Zeit“, das auf Ersatzarbeitsplätze vertröstete, warf im Zusammenhang mit einem Flugblatt des Komitees vor, die KPÖ wolle „emotionalisieren“, zu „unbedachten Aktionen“ hinreißen, die „nur zum Nachteil der Arbeitnehmer sein könnten“. Gerade eine wohlbedachte Aktion konnte die faktisch beschlossene Betriebssperre noch abwenden. Am 19. November blockierten 500 Arbeiter der Papierfabrik mit Frauen und Kindern die Bundesstraße zwischen Bruck und Leoben, sämtliche Durchfahrtsstraßen und somit den Verkehr durch das Murtal. Bund, Land und CA bequerten sich schließlich, für drei Jahre die Weiterführung des Werks zu garantieren, was sie vorher für „unmöglich“ erklärt hatten. Den Ausschlag gab die Entschlossenheit der Arbeiter, Beschlüsse höchster Gremien, die ihr Schicksal betreffen, nicht einfach hinzunehmen, nicht fernen Instanzen die Entscheidung zu überlassen, ob ihr Betrieb lebensfähig sei, sondern ihre Existenz durch selbständiges Handeln zu sichern.

Die Parteitagdiskussion brachte eine Reihe von Berichten über Erfahrungen in der Bündnispolitik, Kritik an Leitungen wegen Schwerfälligkeit und Engherzigkeit in Bündnisfragen. Vor allem wurde gefragt: Warum ist die Partei noch nicht weiter? Kann die Auffassung genügen, daß die Grundlinie stimmt, aber es an ihrer schöpferischen Anwendung mangelt? Ist da nicht, wie es eine Delegierte formulierte, „irgendwo ein Loch dazwischen“?

Ein Beispiel zur konkreten Umweltpolitik, für die Möglichkeit durchdachter, mutiger Kommunalpolitik berichtete Gustav Loistl: Anlässlich der Debatten über den Bau von zwei kalorischen Kraftwerken bei Zwentendorf hatten die drei kommunistischen Gemeinderäte der Gemeinde als einzige eine Rauchgasentschwefelungsanlage und eine öffentlich überprüfbare Kontrolle der Luft verlangt, die in der Regel von Zwentendorf in den Wiener Raum weht. Sie ließen sich nicht durch abschlägige Bescheide der Behörden beirren. Sie informierten und mobilisierten die Bevölkerung, bis ihre Forderung, entgegen allen früheren Bescheiden, widerstrebend akzeptiert wurde.

Der 24. Parteitag beschloß eine Änderung der Statuten, um sowohl die innerparteiliche Demokratie als auch die für eine revolutionäre Partei unerläßliche Disziplin, die notwendige Einheit bei der Durchführung gefaßter Beschlüsse besser zu verankern. In diesem Zusammenhang übte die Parteiführung Selbstkritik, weil ihr ursprünglicher Vorschlag, den Statutenentwurf nur in den Bezirksleitungen zu behandeln, um eine gründlichere Behandlung der gesamten Diskussionsgrundlage für den Parteitag in den

breiteren Aktivistenkonferenzen zu erleichtern, den falschen Eindruck erwecken konnte, als sollte die innerparteiliche Diskussion beschränkt werden, zumal die Vorschläge in der schriftlichen Vorlage nicht eingehend politisch begründet wurden. Die vom Parteitag beschlossenen Änderungen erleichtern unter anderem die Einberufung außerordentlicher Parteikonferenzen auf Wunsch von Bezirksorganisationen. In einer Resolution „Kampf dem Faschismus“ wurde auf eine gefährliche Tendenz in der innenpolitischen Entwicklung hingewiesen: Faschisten immer mehr Gelegenheiten zu bieten, sich allmählich als „normaler“ Teil des politischen Lebens zu präsentieren.

Der Parteitag forderte die Erfüllung der Bestimmungen des Staatsvertrags, das Verbot faschistischer Organisationen und Publikationen und die uneingeschränkte Anwendung der Verfassungsgesetze. Der Parteitag billigte schließlich die Veröffentlichung des vom ZK vorgelegten Entwurfs des neuen Programms der Partei und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zu seiner Behandlung und zur Beschlußfassung nach einer eingehenden Diskussion.

Zusammenfassung von Erfahrungen und Erkenntnissen: Das neue Programm

Entsprechend dem Auftrag des 24. Parteitags wurde im Frühjahr 1981 der Entwurf des Programms der Partei veröffentlicht und fast ein Jahr lang erörtert: in Mitgliederversammlungen, in Zirkeln, in öffentlichen Veranstaltungen, in der Presse und schließlich in den Bezirkskonferenzen zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags. Auf diesem Parteitag, der am 30. Jänner 1982 stattfand, wurde nach einer Eröffnungsrede Franz Muhris, einem Kurzreferat Ernst Wimmers zum Programm und einem Kurzreferat von Hans Kalt zum Aktionsprogramm nach einer abschließenden Diskussion das Programm von 415 gewählten Delegierten einstimmig beschlossen.

Es ist das einzige Programm einer österreichischen Partei, das sich den Sozialismus zum Ziel setzt. Aus der Programmatik der SPÖ ist dieser seit 1978 spurlos verschwunden. Wie man die „klassenlose Gesellschaft“, die darin als Überbleibsel früherer Zeiten enthalten ist, auf dem Weg der „Partnerschaft“ mit dem Kapital erreichen kann, bleibt ein Geheimnis. Zum Unterschied von pauschalen Urteilen, wie sie für programmatische Erklärungen der fünfziger und sechziger Jahre typisch waren, enthält das KPÖ-Programm eine differenzierte Einschätzung der SPÖ und ihrer inneren Widersprüche, vor allem zwischen ihren programmatischen Ansprüchen und ihrer tatsächlichen Praxis bei der Verwaltung des Kapitalismus.

Die einmütige Verabschiedung des Programms bewies, daß es gelungen war, die ideologische Einheit der Partei in allen wesentlichen Fragen nach vielen Jahren der Unsicherheit, der Zerwürfnisse, von schließlich unversöhn-

lichen Gegensätzen wieder auf ein festes Fundament zu stellen. Das Programm baut auf den „Leitsätzen“ des 22. Parteitags auf, die das Ergebnis einer ersten nüchternen Analyse der neuen Kampfbedingungen in Österreich waren. Das Programm unternimmt, was die „Leitsätze“ noch nicht leisten konnten: eine Analyse der Eigentums- und Machtverhältnisse, der Herrschaftsform „Sozialpartnerschaft“, der mannigfaltigen Funktionen des Staats und seiner Apparate, der Polarisierung, der Umschichtungs- und Differenzierungsprozesse in der Gesellschaft, ihrer Sozialstruktur, in den Verhältnissen der Klassen und Schichten zueinander und zum Staat, also der objektiven Voraussetzungen, die langfristig für Aktionseinheiten und Bündnisse wirken, für eine Überwindung der Sozialpartnerschaft, für eine einschneidende Änderung der Kräfteverhältnisse und den Kampf um die Macht.

Ausgangspunkt des Programms ist die zentrale Bedeutung des Kampfs für Frieden, für die Verhütung eines atomaren Vernichtungskriegs. Die Wahrscheinlichkeit einer antimonopolistischen Etappe auf dem Weg zum Sozialismus in Österreich wird im Programm nicht aus Wunschvorstellungen abgeleitet, sondern aus real existierenden Widersprüchen zwischen dem staatsmonopolistischen System, der Vereinigung von Staat und Monopolen, die auf Maximierung der Profite und Stabilisierung ihrer Herrschaft bedacht ist einerseits und der Mehrheit des Volks, aus dem Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital. Es verlangt zur Überwindung von Ausbeutung, Anarchie der Konkurrenz, von allen Folgen des Profitsystems nicht weniger als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Interesse der gesellschaftlich Produzierenden. Eine antimonopolistische „Zwischenwelt“ muß deshalb genützt werden für den Übergang zum Sozialismus, zur Aufhebung des tiefsten aller Widersprüche der Gesellschaft.

Zum Unterschied früherer programmatischer Erklärungen klammert dieses Programm die Frage der Erringung der Macht nicht aus. Eindeutig heißt es darin, daß es keinen undemokratischen Weg zum Sozialismus gibt. Diesen Weg kann man nur einschlagen, wenn man dafür die Mehrheit der bewußten, einsatzbereiten Bevölkerung gewinnt. Um das tiefgestaffelte, gepanzerte, medial abgeschirmte, überdies durch einen Korruptionsfilz wattierte System wirksam angreifen und überwinden zu können, ist nicht weniger notwendig als die ansatzweise Erringung einer politisch-ideologisch-moralisch führenden Rolle der Arbeiterklasse. Der Weg zum Sozialismus verlangt also keineswegs die Zerschlagung aller Parteien außer der Kommunistischen. Er verlangt allerdings die Erringung einer politischen, nicht unbedingt arithmetischen Mehrheit für die Durchsetzung entscheidender Änderungen in den Macht- und Eigentumsverhältnissen zur Lösung sonst unlösbarer Probleme der Gesellschaft.

Das Programm läßt keinen Zweifel darüber, was die Erfahrungen vieler Revolutionen und mancher Tragödie wie in Chile bestätigt haben: Läßt man die Ansätze zu einer solchen Hegemonie — denn mehr ist im Kapitalismus

nicht zu erreichen — ungenützt für eine einschneidende Änderung in den Machtverhältnissen, dann wird der Gegner, im Besitz vieler ökonomischer, medialer Mittel und entscheidender Positionen im Staatsapparat, der Repressionsorgane, nichts unversucht lassen, um die Bestrebungen der Mehrheit nach grundlegender Änderung der Verhältnisse auch mit Gewalt zu ersticken.

Das Programm präzisiert realistisch das Sozialismusbild. Es verwirft ausdrücklich jedes Modelldenken. Nüchtern hält es fest: Der Sozialismus muß allgemeinen Gesetzmäßigkeiten gerecht werden, sonst wäre er keiner, und ebenso nationalen Besonderheiten, sonst könnte er nicht lebensfähige Wirklichkeit werden. Deshalb ein „Sozialismus in Österreichs Farben“. Das Programm entwirft keine Idealbilder des Sozialismus. Im Mittelpunkt steht die Überlegung: auch im Sozialismus sind, so wie in jeder Gesellschaft, Widersprüche und ihre Lösung die wichtigsten weitertreibenden Kräfte, auch wenn es im entwickelten Sozialismus, zum Unterschied gegenüber allen früheren Gesellschaften, keine unversöhnlichen Widersprüche mehr gibt. Logisch folgt daraus: Solidarität mit dem realen Sozialismus verlangt keineswegs Identifizierung mit Fehlern, die bei seiner Weiterentwicklung unterlaufen. Sie schließt kameradschaftliche Kritik nicht aus. Aber Distanzierung, Entsolidarisierung bringen Gegnern des Sozialismus näher, als man wünschen kann. Sie schaden dem Sozialismus, weil sie seine Gegner weit besser erscheinen lassen, als diese je sein können. Unmißverständlich spricht das Programm aus: Die Selbständigkeit der Parteien wie die Unterschiedlichkeit ihrer Kampfbedingungen stellt es in ihre Verantwortung, gestützt auf den proletarischen Internationalismus, auf die internationale Solidarität, dem Gegner im eigenen Land maximalen Widerstand zu leisten, die Wege zu finden, auf denen man ihn überwinden kann. Durch den Realismus seiner Darlegungen, durch die Synthese von Analysen internationaler Erfahrungen und nationaler Besonderheiten widerlegt das Programm die stereotypen gegnerischen Vorwürfe einer „geistigen Erstarrung“, eines „Modelldenkens“, eines Dogmatismus. Ihre Betroffenheit verriet die Gegner der kommunistischen Sache durch ihr verlegenes „Totschweigen“ des Programms der Partei.

Geänderte Funktionen der Sozialpartnerschaft

Die langfristigen Folgen der ökonomischen Wende von 1974/75 zeichneten sich in den folgenden Jahren deutlicher ab. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wurde zerrissen. Trotz kurzfristiger Belebungen nahm die Arbeitslosigkeit zu — eine Konsequenz massiver Rationalisierungen, der wissenschaftlich-technischen Revolution unter Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Seit

1974/75 stagnierten die Löhne. 1979 setzte eine Reallohnsenkung ein, die sich nach kurzer Unterbrechung 1982/83 verstärkte.

Ein Merkmal dieser allgemeinen Krise waren zunehmende Budgetdefizite und Staatsschulden, trotz drastischer Erhöhung der Massensteuern, weil die Budgetpolitik unter ungünstigeren Bedingungen immer mehr zur Optimierung der Kapitalverwertung eingesetzt wurde. In den Funktionen der Sozialpartnerschaft trat eine Wandlung, ja geradezu eine Umkehrung ein: Hatte sie früher in Konjunkturperioden an Konzessionen just so viel gewährt, daß die Arbeiterschaft ruhig blieb, ging sie nun dazu über, soviel wie möglich zurückzunehmen, solange sich die Arbeiterschaft nicht wehrt. An die Stelle von Reformen traten Gegenreformen, Belastungspakete.

Im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden die Auseinandersetzungen um die notwendige Wiederherstellung der Arbeitskraft, um ihren Preis auf drei Ebenen geführt: um den Lohnanteil, um Höhe der Steuern, der Sozialabgaben, der Inflation und um Ausmaß und Verwendung der Sozialfonds. Das Kapital wird immer danach trachten, Zugeständnisse, zu denen es auf einer Ebene genötigt wird, auf der anderen zurückzuholen. In der lang währenden Konjunkturphase machte das Kapital im Interesse eines „ungestörten Gangs der Geschäfte“, geschockt durch den Oktoberstreik, auf allen Ebenen Konzessionen. Aber strategisch nützte es den Ausbau des Systems der Verteilung von Lohnbestandteilen durch staatliche und staatsnahe Einrichtungen (etwa Sozialversicherungen) zum Aufbau des Systems der Sozialpartnerschaft. In ihm besitzt es nun ein differenziertes und wirksames Instrument, um unter den Bedingungen einer Krise oder krisenhafter Entwicklungen auf allen drei Ebenen Errungenschaften anzugreifen, zu schmälern, da einzufrieren, dort abzubauen. Also um im Rahmen einer allgemeinen Offensive zu entsolidarisieren, Widerstand durch Aufspaltung, Entzweiung zu erschweren. Die Institutionen der Sozialpartnerschaft wurden ganz in den Dienst dieser langfristigen Kapitaloffensive gestellt. Diese Offensive hatte ihre Ursache nicht zuletzt in einer wesentlichen Stärkung der Positionen des Kapitals, als Folge der „Sozialpartnerschaft“. 1978 besaß das Auslandskapital bereits 29,7 Prozent der Anteile in Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten (1969 waren es rund 22 Prozent gewesen). Die Unternehmen im Eigentum der Republik waren an die zweite Stelle zurückgefallen und lagen 1978 nur noch knapp vor dem österreichischen Privatbesitz, der in diesem Bereich 22 Prozent ausmachte (Untersuchungen der Arbeiterkammer).¹²⁸

In Bereichen, wo nicht Wert erzeugt, sondern Mehrwert abgeschöpft und verteilt wird, hatte sich das Auslandskapital besonders breitgemacht: mit einem Anteil von 57,6 Prozent im Handel und von 73 Prozent in den Versicherungen. Verschleiert werden die Größenverhältnisse und Verschiebungen zugunsten des Privatkapitals insofern, als mehr als ein Fünftel des Auslandskapitals schon auf Holdinggesellschaften entfiel, meist mit Sitz in

der Schweiz oder Liechtenstein, die zu einem beträchtlichen Teil von österreichischem Kapital mit schwarzen, den Steuern entzogenen Mitteln erworben wurden.

Weit davon entfernt, eine „Konstanz“ der Machtverteilung zu garantieren, hatte die „Sozialpartnerschaft“ einen starken Machtzuwachs für das Kapital, namentlich das Finanzkapital, bewirkt, zu einer Offensive ermutigt. Eine Vorstellung von der wunderbaren Kapitalvermehrung — unter einer SPÖ-Regierung, dank „Sozialpartnerschaft“ — vermittelte einige Jahre später eine Äußerung des ehemaligen ÖVP-Obmanns und Managers eines der größten Konzerne in Österreich, Dr. Josef Taus: „Ein beachtliches Geldvermögen, das der Österreicher, stieg seit dem Jahr 1969 von 254 auf 1675 Milliarden Schilling, sucht heute eine Anlage und begnügt sich nicht mehr mit den klassischen Sparformen.“¹²⁹

Es wäre ein Wunder gewesen, hätte diese Verlagerung nicht auch zu Veränderungen in der Haltung zum verstaatlichten Sektor geführt. In der Vergangenheit wurde das im sozialpartnerschaftlichen Grundkonsens verankerte Prinzip einer „gemischten Wirtschaft“ so gehandhabt, daß eine Erweiterung der Verstaatlichten als unakzeptabel, als Bruch der Übereinkunft galt. Nun begann sich die Lesart durchzusetzen, daß eine „Änderung“ der Mischung zugunsten des privaten Sektors durchaus zulässig sei, ja einen Konsens verlange. Auch Spitzenfunktionäre der SPÖ und des ÖGB äußerten „zeitgemäß“, daß sie keine „Dogmatiker“ seien und die Verstaatlichung kein „Dogma“, an dem nicht gerüttelt werden dürfe. Der sozialistische Grundsatz der Vergesellschaftung der Produktionsmittel war schon 1978 aus dem Programm der SPÖ getilgt worden, im Zeichen einer „Entdogmatisierung“ oder — wie es die ÖVP in ihrem programmatischen „Zukunftsmanifest“ nennt — zugunsten einer „Überwindung ideologischer Vorurteile“.

Ist auch die Haltung des Kapitals zur Verstaatlichten keineswegs einheitlich, wird sie doch im Grund von drei Erwägungen bestimmt: von der ideologischen, die auf Diskreditierung der Verstaatlichten zielt, um den sozialistischen Grundgedanken einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu treffen. Von politischen: In welchem Maß wird die Durchsetzung von Kapitalinteressen erschwert, wenn verstaatlichte Betriebe lohn- und sozialpolitisch als Vorreiter fungieren, wenn dort dem Staat wegen seiner unmittelbaren Verantwortung aufzunötigen ist, was dem Kapital nicht passen kann? Und von den ökonomischen: Inwieweit können Betriebe als staatliche der privaten Profitmaximierung dienen? Inwiefern ist ihre Liquidierung oder Privatisierung dienlich? Inwieweit ist es — politisch und finanziell — möglich, profitable Zweige des staatlichen Sektors sich direkt anzueignen oder einzugliedern, um ihren Mehrwert in die eigenen Taschen fließen zu lassen? Unter den neuen Bedingungen mußte der Widerstand gegen die sozialökonomische Offensive des Kapitals der verstaatlichte Sektor

zunehmend zu einem wichtigen Abschnitt werden, seine Erhaltung und Zukunft sich mit der Perspektive einer alternativen, grundsätzlich anderen Wirtschaftspolitik verknüpfen.

Zu einem Wesenszug der innenpolitischen Entwicklung wurde die Häufung von Wirtschaftsskandalen, als natürliche Folge der institutionellen und personellen Verquickung von Geschäft und Politik in dem Gremiendickicht der „Sozialpartnerschaft“, im kontrolllosen Raum. Seit der Volksabstimmung über Zwentendorf wurde eine Abnahme der politischen Einbindungsfähigkeit der Systemträger deutlich. Sie widerspiegelte sich auch in der wachsenden Zahl jener Wähler, die sich nicht mehr dazu bewegen ließen, ihre Stimmen einer der drei etablierten Parteien des Systems zu geben. Um so ernster waren die schweren Verluste einzuschätzen, die die KPÖ bei der Parlamentswahl am 24. April 1983 erlitt. Daß es dafür auch objektive Gründe gab — die erstmaligen Kandidaturen von Grünen und Alternativen, ihre massive, auf Ablenkung bedachte Unterstützung durch die Massenmedien, eine große Zahl von Vorzugsstimmen für eine scheinoppositionelle Kandidatur im Rahmen der SPÖ —, konnte nicht als Erklärung genügen.

Organisation als politisches Problem

In den ersten Jahren nach Bereinigung der Parteikrise standen geraume Zeit Fragen der Überwindung ihrer politischen, ideologischen Ursachen und Folgen im Vordergrund. Auf dem 12. Plenum des Zentralkomitees am 5. Dezember 1975 wurde nach einem Überblick über den organisatorischen Zustand der Partei in einem Beschluß als entscheidende Voraussetzung für die Erfüllung der politischen Aufgaben die „Stärkung der Organisationen“ festgehalten. Das 14. Plenum am 28. Juni 1976 beriet nach einem Referat Karl Reiters darüber, wie diese komplexe Problematik längerfristig bewältigt werden kann. Als Hauptfrage wurde in der Resolution „die Durchführung konkreter Maßnahmen zur Belebung der politischen Tätigkeit der Grundorganisationen in den Betrieben und Wohngebieten“ hervorgehoben. Zur Verantwortung der übergeordneten Leitungen hieß es darin: „Die Grundorganisationen sind so anzuleiten, daß sie eigene politische und organisatorische Initiativen ergreifen und lernen, eine lokale Aufklärungsarbeit zu leisten, im Betrieb oder Wohngebiet Kollegen oder Mitbewohner für gemeinsame Schritte oder Aktionen zu gewinnen.“¹³⁰

Als besondere Schwächen wurden festgehalten: ein Mangel an solchen Initiativen; große Zeitverluste auf dem Weg von Beschlüssen des ZK bis zu ihrer Durchführung; die Nichtbeteiligung von Grundorganisationen an für die ganze Partei gültigen Aktionen; die Tendenz, Mitgliederversammlungen durch Aktivistenberatungen zu ersetzen; die geringe politische Aufklärungsarbeit vieler Betriebsorganisationen und die Seltenheit ihrer Mitgliederversammlungen.

Die Resolution des Plenums enthielt eingehende Richtlinien für die Koordinierung der Tätigkeit der zentralen Leitungen und der Landesleitungen, zentraler oder regionaler Beratungen mit Aktivisten bestimmter Arbeitsgebiete und Branchen. Für Wohngebiete in Industriezentren und anderen geeigneten Punkten wurde als Versuch vorgeschlagen, im Rahmen bestehender Grundorganisationen kleinere Einheiten von fünf bis 15 Mitgliedern zu schaffen. Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit, „oft unpolitische Routinearbeit“ zu überwinden, um neuen Aktivisten Möglichkeiten zu sinnvollen eigenständigen Tätigkeiten zu bieten.

Der 23. Parteitag konnte einige bescheidene Fortschritte in manchen Organisationen feststellen: vor allem den Einbau junger und neuer Parteimitglieder in Leitungen, eine Belebung der systematischen Öffentlichkeitsarbeit einer Reihe von Grundorganisationen. Zugleich mußte der Parteitag unterstreichen: „Allerdings sind wir auf vielen Gebieten und in zahlreichen Organisationen . . . hinter den Möglichkeiten und erhöhten Anforderungen . . . zurückgeblieben.“¹³¹ Kritisiert wurde als ernste Schwäche, daß das Zentralkomitee, die Landesleitungen und in der Regel die Bezirksleitungen zwar Organe kollektiver Beschlußfassung, aber in unzureichendem Maß Organe der Durchführung der kollektiven Beschlüsse sind.

Den notwendigen Bemühungen, den Abstand zwischen Normen und Leben der Partei, zwischen Beschlüssen und Praxis zu verkleinern, standen hemmend eine Reihe tiefverwurzelter Faktoren entgegen, die sich aus den geschichtlichen Kampfbedingungen der Partei und früheren Versäumnissen und Fehlern ergaben. Ein großer Teil der Kader war in Jahren der Illegalität, des zuweilen lebensgefährlichen Kampfs gegen den Faschismus oder unmittelbar danach zur Partei gestoßen. Eine „mittlere Generation“ war nur relativ schwach vertreten. Fast zwei Jahrzehnte ungebrochener Illusionen über einen krisenfreien, humanisierbaren Kapitalismus hatten in Verbindung mit der Parteikrise dafür gesorgt. Die „junge Generation“, die vor allem nach Überwindung dieser Krise zur Partei fand, kam zu ihr auf anderen Wegen als die alte Generation, war von einer anderen Umwelt, von anderen Erfahrungen und Erlebnissen geprägt als die „Alten“ aus der „Zeit ohne Gnade“. Wo die schwierige, organische Verschmelzung so unterschiedlicher Teile nur ungenügend gelingt, sei es, weil es einerseits an Geduld, an Verständnis für neue Auffassungen, auch von Formen der Arbeit, oder andererseits an Achtung und Verständnis für den Wert von unter härtesten Kampfbedingungen erworbener Erfahrungen mangelt, dort können solche politischen Fehlleistungen auch den Schein eines „Generationskonflikts“ erhalten.

Nicht wenige negative Folgen hatten ihre Ursachen — die Parteikrise — überdauert: eine verringerte Autorität der Parteiführung, hatte ja damals ein Teil der Führung versucht, auf einen verhängnisvollen Weg zu führen; eine

Geringschätzung von Beschlüssen, die damals oft umstritten waren, ja zuweilen den Auffassungen der Mehrheit widersprachen; eine weitgehende Lockerung des Systems gegenseitiger Kontrollen, die damals in der Zeit der Krise undurchführbar waren. Eine Verstärkung des in der österreichischen Arbeiterbewegung traditionellen Mißtrauens gegenüber Intellektuellen, der Theoriefeindlichkeit; hatten ja Intellektuelle im Namen der „neuesten Theorien“ die Befreiung vom „dogmatischen Ballast“ des Klassenstandpunkts gefordert. Das schwerste Erbe, das die Parteikrise hinterließ, war bei nicht wenigen ein Pessimismus, der in verbitterte politische Passivität mündet, der zur Selbstisolierung beiträgt, die Bewegungen der Partei schwerfällig, schleppend macht.

Es zeichnet eine revolutionäre Partei aus, daß nur sie — zum Unterschied von anderen Parteien — einer Flut von Verleumdungen, von Repressalien standhalten, ihre Substanz bewahren kann. Aber lange währende Isolierung ist stets mit der Gefahr verbunden, daß falsche Auffassungen und Haltungen entstehen, Gefühle die Oberhand gewinnen, die in die Irre führen, die den Sinn für Proportionen stören. Gewöhnt sich auch nur ein Teil der Partei daran, ausschließlich zu bedenken, wie man Angriffen des Gegners standhalten kann, erscheinen Diskussionen mit Andersgesinnten als sinnlos, Aktionen als unmöglich, entfernt man sich von Arbeitsweisen, die unter Bedingungen der Legalität, der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, des zähen Stellungskriegs unentbehrlich sind: von der Ausnützung jeder Gelegenheit zum politischen Gespräch, jeder Blöße, die sich Gegner geben; von Aktivitäten, die über den Kreis der Partei hinauszielen, dann sind Verkrampfung und Erstarrung nur durch neue Hoffnungen und Kräfte zu lösen.

Jede Partei, auch eine revolutionäre, wird unweigerlich von der Vergangenheit mitgeprägt. Aber keine revolutionäre darf es dulden, daß Züge der Vergangenheit in ihr vorherrschen. In einer revolutionären Partei, die zum Kampf für eine menschlichere Gesellschaft angetreten ist, darf es kein rücksichtsloses Verhalten gegenüber Mitkämpfern geben. Aber findet man sich „tolerant“ mit Unzulänglichkeiten ab, zieht man aus wiederholten Fehlern keinerlei Konsequenzen, muß das schließlich die eigene Sache bezahlen. Wird akzeptiert, daß Beschlüsse willkürlich interpretiert werden, daß da oder dort Leitungen entgegen zentralen Beschlüssen eigene Schwerpunkte setzen, wird die Fähigkeit der Partei insgesamt beeinträchtigt, ihre Kräfte auf entscheidende Fragen zu konzentrieren. Strömen Massen zur Partei, um die Erfahrungen von Massenbewegungen reicher und reifer, erfüllt von neuem Schwung, dann bieten sich viele Kandidaten für Funktionen, für Aufgaben an, dann sind diese Probleme unvergleichlich leichter zu lösen. Aber kommt die Verantwortung gegenüber der gemeinsamen Sache zu kurz, dann entsteht die Gefahr, daß die Partei auch unter günstigeren Bedingungen klein, die Last auf wenige, überlastete Schultern verteilt bleibt.

Will man nicht „günstigere Zeiten“ abwarten, gilt es die eigenen Unzulänglichkeiten abzubauen, innere Reserven zu erschließen, um stärker werden zu können.

Zur Bedeutung der Kaderpolitik für die Fähigkeit einer Partei, auch unter ungünstigen Bedingungen annähernd auf der Höhe der Anforderungen zu handeln, stellte das 5. Plenum des ZK (12. und 13. September 1978) fest: „Seit vielen Jahren setzen viele erprobte Kader aufopferungsvoll ihre Kräfte für die Partei ein. Gerade ihre Hingabe an die Sache verlangt eine Verbesserung der Kaderpolitik, eine möglichst sorgfältige und umsichtige Betreuung von Kadern, um eine Vergeudung oder ein Verlorengelassen von Kräften zu vermeiden. Nur selten werden Kader als Ergebnis von Erfahrungen und sorgfältiger Überlegungen ausgetauscht, mit anderen Funktionen betraut, wo sie mehr leisten können. Kritik als unentbehrliches Mittel zur Korrektur von Schwächen und Fehlern, wird selten und auch dann oft nicht rechtzeitig ausgeübt. So werden Unzulänglichkeiten, Verstöße gegen Beschlüsse als ‚unabänderlich‘ hingenommen. Zugleich mangelt es oft an der nicht minder wichtigen Anerkennung positiver Leistungen in schwierigen Situationen. Zur Kaderpolitik“, betonte der Beschluß, gehört es unbedingt, „Einsatz für die Durchführung von Beschlüssen, offenes, offensives Auftreten anzuerkennen und zu fördern, Tendenzen zur Abkapselung, zum Ausweichen und Zurückweichen vor Auseinandersetzungen, zum ‚Selbstlauf‘, zu kritisieren“.¹³²

Das 15. Plenum des ZK im Mai 1983 hatte zunächst die Aufgabe, die innenpolitische Situation einzuschätzen, nachdem die SPÖ nach 13 Jahren, ohne ihre ursprünglichen Versprechungen erfüllt zu haben, die absolute Mehrheit verloren hatte und eine Koalition mit der FPÖ eingegangen war. Also mit einer Partei, die ein Bekenntnis zur österreichischen Nation sowie eine Abgrenzung von Faschisten oder Faschistenfreunden in ihren Reihen vermissen läßt, die besonderen Wert darauf legt, als Partei der „Aufsteiger“, des „Liberalismus“, also der uneingeschränkten Bejahung jeder „Privatinitiative“, der Verneinung sozialer Verpflichtungen zu gelten. Das ZK wies die Auffassung zurück, daß es sich bei dem Wahlergebnis um einen „Rechtsruck“ handle. Es hielt entgegen, daß die SPÖ nicht zuletzt wegen ihrer stetigen Rechtsentwicklung ihre absolute Mehrheit eingebüßt hat, daß Stimmengewinnen der ÖVP schwere Stimmenverluste der FPÖ, vor allem aber ein beträchtlicher Zuwachs an Proteststimmen gegenübersteht.

Für eine wirksamere Arbeit der Partei

Das ZK beauftragte die Leitungen, kritisch die objektiven und subjektiven Ursachen für den schmerzlichen Rückschlag der Partei bei der Nationalratswahl zu diskutieren und berief für Jänner 1984 den 25. Parteitag ein. Monatelange Diskussionen über das negative Wahlergebnis, später über die

erste, vom Septemberplenum des ZK beschlossene Plattform für die Parteitagsvorbereitung, brachten wichtige Erkenntnisse und Veränderungen. Die erste, wesentliche widerspiegelt sich im Beschluß des 25. Parteitags „Für eine wirksamere Arbeit der Partei“ in der Forderung, die Anstrengungen der Partei und der Kommunisten in befreundeten Organisationen auf lange Sicht auf zwei politische Schwerpunkte zu konzentrieren: auf die Aufgabe, gegen die Langzeitoffensive des Kapitals in vielfältigsten Formen einen Druck von unten, von links, zu organisieren — zur Abwehr von Belastungen, zur Behauptung sozialer Errungenschaften, für Umweltschutz auf Kosten der Profite, zur Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für Privilegienabbau, für die Verteidigung demokratischer Rechte gegen verstärkte Entdemokratisierungstendenzen als Folge der Sozialpartnerschaft. Als zweiter, gleichberechtigter Schwerpunkt wurde festgelegt die Verteidigung des Friedens gegen den Imperialismus, gegen die ebenso illusionären wie gefährlichen Versuche des militärisch-industriellen Komplexes in den USA, einen „Atomkrieg begrenzbar und gewinnbar“ zu machen, zumindest einen Rüstungswettlauf zu „gewinnen“, in der Hoffnung, dann dem „Rest der Welt“ Amerikas Bedingungen diktieren zu können.

Jahrelang war in der Partei von einer Vielzahl von Schwerpunkten gesprochen worden: Betriebsarbeit, Jugendarbeit, Kommunalpolitik, Friedensarbeit und noch vieles andere, wichtige mehr. Die vielen, oft miteinander konkurrierenden Anforderungen führten dazu, daß richtige Beschlüsse und Aufgabenstellungen nicht oder nur zum Teil realisiert werden konnten, mitunter in einem Wust von Anforderungen und Anleitungen steckenblieben oder überforderte Leitungen in den Ländern, in den Bezirken eine Auswahl nach subjektiven Erwägungen, nicht nach objektiven Erfordernissen vornahmen.

Die Festlegung auf zwei politische Schwerpunkte setzte deshalb auch neue Maßstäbe für Leitungen. Vor allem hinsichtlich ihrer Fähigkeit, bei der Konzentration auf diese beiden Schwerpunkte Erwägungen der Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften, unter Frauen, unter Jugendlichen, ja alle Formen von Betroffenheit, alle Möglichkeiten der Bündnis- und Einheitspolitik in konkrete Entscheidungen und Zielsetzungen einzubeziehen.

Größere Handlungsmöglichkeiten verlangen stets präzisere und umfassendere Kriterien für Entscheidungen. Eng verknüpft mit diesen neuen Kriterien war eine neue Auffassung der Beziehungen zwischen „Grundlinie“ und alltäglichen politischen Tätigkeiten der Leitungen, Aktivisten und Mitglieder: Mehrere Jahrzehnte lang hatte in der Partei die Formel dominiert: Die Grundlinie ist richtig, es mangelt an der Umsetzung. Und das sogar zu einer Zeit, in der die Grundlinie, etwa des 19. Parteitags, in den Nachtrab der Sozialdemokratie geführt hätte. Diese Formel kann leicht den Eindruck erwecken, als ob die oberste Führung ganz und gar stets das Richtige

getroffen hätte und es bloß „unten“ an der Fähigkeit mangle, das Richtige daraus zu machen. Die Erfahrung hatte indessen bewiesen: So komplizierte Verbindungen wie die zwischen Grundlinie und täglicher Praxis sind nur bei Strafe ernster Fehler und Versäumnisse auf diese einfache Gegenüberstellung zu reduzieren. Was von der Grundlinie, sei sie noch so richtig, lebt, das hängt nicht allein von organisatorisch-administrativer „Umsetzung“ ab. Ausschlaggebend ist, was Leitungen in ihrem Wirkungsbereich, im Einklang mit dieser Linie selbst an „Politik machen“: In Argumenten, die an den Mann oder an die Frau kommen; im rechtzeitigen Erfassen von Möglichkeiten für Aktionen und Bewegungen, für die Agitation, für die Gewinnung von Bündnispartnern, von Mitgliedern der Partei.

Die Erfolge, die die Partei zur Zeit des schweren Rückschlags bei der Nationalratswahl auf anderen Gebieten erringen konnte, lieferten dafür den Beweis. Die qualitativ neuen Erfolge der Kommunisten in der Friedensbewegung waren, wie der Parteitag festhielt, das Ergebnis politischer wie organisatorischer Anstrengungen, der Gewinnung und des Einsatzes geeigneter Kader, wohlüberlegter, vorbedachter Überzeugungsarbeit und einer politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit Spaltern, mit Gegnern, unter Berücksichtigung des Bewußtseinsstandes der Bewegung. Franz Muhri bemerkte in seinem Rechenschaftsbericht dazu, daß die Rolle der Partei im politischen Leben unvergleichlich größer ist, als dies in Wahlergebnissen zum Ausdruck kommt. Freilich nur dort, wo entsprechende Politik gemacht wird. Politik machen im eigenen Wirkungskreis, die an die dort ausgeprägtesten Interessengegensätze anknüpft, ist zweifellos das wirksamste Mittel, das Ansehen der revolutionären Partei zu heben, ihren Einfluß zu erweitern.

Als Schlüsselfrage für die Perspektiven der Partei bestimmte der Parteitag folgerichtig die „Politisierung der Leitungen“. In diese Aufgabenstellung fügten sich die vom Parteitag beschlossenen Einzelmaßnahmen ein, etwa zur Entlastung der Bezirkssekretäre von administrativ-technischen Aufgaben, damit sie sich auf die eigentliche politische und organisatorische Arbeit konzentrieren können. Die Bedeutung dieser „Politisierung der Leitungen“ wurde auf dem Parteitag unter verschiedenen Gesichtspunkten aufgeschlüsselt: für die Aktionsfähigkeit und Ausstrahlungskraft der Partei. Für ihre innere Geschlossenheit. Für ihre Fähigkeit, auf neue Situationen rasch zu reagieren. Für ihre Anziehungskraft auf junge Menschen. In diesem Zusammenhang wurde festgehalten, daß die Abwehr revisionistischer Angriffe auf den revolutionären Charakter der Partei ein großer Erfolg war. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, einer ungewöhnlich starken Sozialdemokratie und einer „Sozialpartnerschaft“, einer Sonderstellung im Kapitalismus müssen immer wieder opportunistische Tendenzen oder Haltungen der Anpassung spontan entstehen. Dennoch ist es unerlässlich, den heute in der Partei wirkenden Neigungen zu Sektierertum, zu

Selbstisolierung, zu Unglauben an die im Volk vorhandenen Kräfte stärker entgegenzuwirken. Die Aufgabenstellung der „Politisierung der Leitungen“ legt die Hauptverantwortung für Abbau und Überwindung ernster Schwächen auf die zentrale Parteiführung und die Landesleitungen.

Der 25. Parteitag umschrieb genau die drei wichtigsten politischen Schwächen, die die Wirksamkeit der Partei beeinträchtigen: Seit Jahrzehnten konnten viele Wähler immer wieder betrogen werden, weil sie die echte Konkurrenz zwischen den Parteien ernster nahmen als ihre reale Kooperation in der Sozialpartnerschaft, auf der Ebene der Verbände. Der Parteitag unterstrich: „Doch nur in dem Maß, als wir es fertigbringen, in jedem Bereich anschaulich nachzuweisen, wie die Partnerschaft zwischen Spitzen des Kapitals, der SP und der Gewerkschaften über die Köpfe aller Betroffenen hinweg entscheidet, in das Leben der Menschen eingreift, werden wir davon überzeugen können: Im wesentlichen kommt es nicht auf die Verteilung der Mandate zwischen den Parteien der Sozialpartnerschaft an, auch nicht auf die Verteilung der Ministerposten. Ausschlaggebend ist der Druck, der für die Interessen der arbeitenden Menschen organisiert ausgeübt wird, ist das, was an Aktionen über die Parteigrenzen hinweg zustande kommt, sich an Solidarität entwickelt.“¹³³

Als weitere Schwäche wurde festgehalten, daß das Programm der Partei als Leitfaden in den Tätigkeiten der Partei noch zu geringen Niederschlag findet. Der Wert des Programms liegt gerade darin, daß es unter kompliziertesten Bedingungen auf lange Sicht einen realistischen Weg zum Sozialismus weist und deutlich macht: Österreichs Kommunisten gehen sowohl von internationalen Gesetzmäßigkeiten wie von nationalen Besonderheiten und Traditionen des Landes aus. „Nur ein klarer theoretischer Blick kann“, wie Engels formulierte, „den richtigen Weg durchs Labyrinth der Tatsachen zeigen.“¹³⁴

Fehlhaltung einer Idealisierung oder einer Distanzierung von den sozialistischen Ländern in der Vergangenheit in Erinnerung rufend, zog der Parteitag die Schlußfolgerung: „Von dessen Vorzügen (des realen Sozialismus — Anm. d. Verf.) können wir nur überzeugen, wenn wir offensiv darlegen, ohne Unzulänglichkeiten oder Fehler zu leugnen, wenn wir die unerläßliche Solidarität üben, ohne darauf zu verzichten, in einzelnen Punkten auch Meinungsunterschiede darzulegen.“¹³⁵

Die Tragweite der langfristigen Aufgabenstellung einer „Politisierung der Leitungen“ ergibt sich daraus, daß in nicht wenigen Leitungen administrativ-organisatorische Probleme noch Überlegungen und Entscheidungen politischer Fragen überwuchern, daß die systematische, vorrangige Behandlung unserer Anschauungen und Positionen zu vertrauten Fragen in neuem Licht oder zu eben erst aufgetauchten Problemen noch bei weitem nicht eine selbstverständliche Regel ist. „Innere Geschlossenheit der Partei und Wirkung nach außen“ — heißt es in der Resolution des 25. Parteitags — „hängen

weitgehend davon ab, in welchem Maß die wichtigsten Erkenntnisse der Partei in das Handeln übergehen, Erfahrungen verwertet, wichtige Zusammenhänge erhellt, konkreten Situationen angepaßte Argumente verarbeitet und weitergegeben, Blößen des Gegners sofort genützt und Mitglieder zu notwendigen Tätigkeiten aus den politischen Zusammenhängen motiviert werden.“¹³⁶ Die wohlbedachte, die kollektive Aufarbeitung politischer Fragen, die Erhellung großer, aber verdunkelter politischer Zusammenhänge „erleichtert es jungen Menschen, die mit großen Erwartungen zur Partei stoßen, an die Partei zu binden, für sinnvolle Aufgaben zu gewinnen; sie fördert die Konkretisierung unserer politischen Linie, die engere Verbindung zwischen Programmatik und täglicher Agitation... Sie hilft, Bedürfnissen einer wachsenden Zahl von Menschen zu entsprechen, die in Zeiten der Krisen, der Erschütterungen Alternativen und Ziele suchen“.¹³⁷

Der Parteitag hatte mit der „Politisierung der Leitungen“ das Grundproblem aufgerollt: Der innerparteilichen Entwicklung zur Verstärkung der Wirkung nach außen. Betrachtete man mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor die „Bolschewisierung der Partei“ — mit Recht — als Schlüsselfrage, um all die von Sozialdemokratismus, Radikalismus, Anarchismus ererbten Halbheiten und Schwächen abzustreifen, so stellte sich nun, auf Grund neuer Kampfbedingungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus, unausweichlich die Frage: Wie hebt eine Partei, die ihren Charakter als revolutionäre Partei erfolgreich gegen Anstürme und Anfechtungen verteidigt hat, sich selber auf die Höhe der neuen Anforderungen?

Wie entwickelt sie rechtzeitig wirksame Maßnahmen gegen neue Methoden der Ausübung der Herrschaft des Kapitals, der Ausbeutung, der Zersplitterung und Entsolidarisierung, des Gegeneinanderausspielens von kurzfristigen gegen langfristige, von Teilinteressen gegen umfassende Interessen in einer Gesellschaft, die sich zugleich differenziert und polarisiert? Wie versteht sie es, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Entwicklung der Produktivkräfte, also auch der Lebens- und Kampfbedingungen der arbeitenden Menschen Einfluß zu nehmen, wie der Tatsache Rechnung zu tragen, daß im Kapitalismus Technik, Technologien auch als Waffen eingesetzt werden, auch eine gefährliche, zerstörerische Seite besitzen? Wie setzt sich die Partei imstande, so umsichtig, grundsatzfest und rasch zu handeln, wie dies die Spontaneität neuer sozialer Bewegungen, das Aufbrechen von neuen Konflikten an früher kaum vermuteten Fronten verlangt?

Seit den unbegründeten Hoffnungen auf rasche Siege, seit kurzfristigen und manchmal kurzsichtigen Perspektiven der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre hatte die Partei einen langen, mühsamen Weg zurückgelegt, sich allmählich zu einer nüchternen Betrachtung der Wirklichkeit durchgerungen, zu der um einen hohen Preis erworbenen Erkenntnis: Gegen diesen straff organisierten Gegner — die vereinigte Macht der Monopole und des

Staats —, der seine Position medial und korruptionell, mit einer eigenen Bündnis-, Integrations-, Manipulations- und Einschüchterungspolitik absichert, kann es nur Siege geben, die auf Überlegenheit der inneren Gegenkräfte beruhen. Nur längerer Atem, Findigkeit, Beweglichkeit bei der Ausnutzung ausnahmslos aller Widersprüche, Blößen und Schandflecke des Systems, nur die Fähigkeit, sämtliche Regungen des Protests, des Widerstands in eine Strategie auf lange Sicht einzuordnen, können dafür sorgen, daß die objektive Grundtendenz einer Vertiefung der ökonomischen, politischen, sozialen und moralischen Widersprüche und Defekte des Kapitalismus schließlich eine Entsprechung in einer einschneidenden Änderung des Bewußtseins der Massen, der sozialen Kräfteverhältnisse findet.

Was unter günstigen Verhältnissen zu erreichen ist, hängt weitgehend davon ab, was man unter widrigen Verhältnissen schon zu leisten vermag. In keinem Zeitpunkt kann die Partei stärker sein als ihre Organisationen, als deren Netz von Verbindungen, von Informationskanälen nach außen, als ihre Leitungen und Organisationen, als das Verständnis der Parteiführung für die weitertreibenden Widersprüche in der Gesellschaft.

Die politische Überlegenheit, die weltanschauliche Kraft der Kommunistischen Partei werden massenhaft nur wirksam, sind sie in einer großen Zahl von Mitgliedern tatsächlich vorhanden, verleihen sie ihren Gedanken, ihren Aktionen und Diskussionen Schwung. Bündig sagt dazu das Programm der KPÖ: „Um für den Sozialismus siegen zu können, ist es nötig, alle Formen der Arbeit und des Kampfs zu meistern.“¹³⁸

Nachwort

Keine gesellschaftliche Kraft besitzt und keine benötigt ein so enges Verhältnis zur Geschichte wie die revolutionäre Arbeiterbewegung. Seit Entdeckung der wichtigsten Triebkräfte und Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung durch den Marxismus ist sie berufen, den Bewegungssinn der Geschichte zum Sinn der Bewegung, ihres Handelns, ihres Lebens zu machen.

Heilsgeschichtliche Theorien mittelalterlicher Scholastik wurden verdrängt, anstelle göttlicher Vorsehung wurde der irdische Mensch ins Zentrum gerückt, antike Lehren von historischen „Kreisläufen“ mußten allmählich der Einsicht in Geschichte als fortschreitender Prozeß weichen — und alles, weil ein neues geschichtliches Subjekt, das Bürgertum, die Welt in eine neue Richtung bewegte. Mit dem Altern der Bourgeoisie, mit dem Auftreten der Arbeiterklasse als jüngstes Subjekt der Geschichte, war notwendigerweise eine Revolutionierung, eine Umwertung aller Gesellschafts- und Geschichtstheorien verbunden. In dem Maß, als die Klassengegensätze der bürgerlichen Welt die bürgerliche Ideallösung „Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit“ Lügen strafen, wandte sich das Bürgertum erschreckt, manchmal schaudernd von den Ideen seiner revolutionären Vergangenheit, von seinen einstigen, gefährlich gewordenen Verheißungen, ab. Eine Klasse ohne historische Zukunft tendiert dahin, sich selbst als geschichtslos, als ewig darzustellen, entweder Gesetzmäßigkeiten zu leugnen, weil sie von ihnen das Schlimmste — ihr eigenes Ende — befürchtet, oder angebliche zu erfinden, die ihre Fortdauer verbürgen sollen. Aus derart gegensätzlichen Bedürfnissen entbrennt immer wieder ein „Methodenstreit“ unter bürgerlichen Historikern und Ideologen, der uns hier nicht weiter beschäftigen soll.

Diese „Beiträge zur Geschichte und Politik“ der KPÖ stellen nur einen sehr schmalen Abschnitt des *internationalen* Kampfs für eine neue, eine klassenlose Gesellschaft, dar. Eines Prozesses, der sich als langwieriger, komplizierter, wechselvoller erwiesen hat als einst angenommen wurde. Um so mehr mußte dieser Prozeß Bezugspunkt dieser „Beiträge“ sein, aus dem auch sie ihren Sinn erhalten — durch den Bewegungssinn der Geschichte.

Für Marxisten ist die Geschichte unentbehrliches Mittel zum besseren Verständnis der Gesellschaft. Hat ja der Marxismus zunächst die allgemeinsten Bewegungsgesetze der Gesellschaft aus dem Studium der Geschichte abgeleitet. Folgerichtig kennzeichnet ihn eine enge Verknüpfung der Geschichtsphilosophie mit der politischen Strategie, der Theorie der Revolutionen und der Partei, der Wissenschaft mit der gesellschaftlichen Aktion, ja

der innere Zwang, aus den Tätigkeiten der ihre Zwecke verfolgenden Menschen seine Gesellschaftstheorie ständig weiterzuentwickeln.

Die Geschichte kennt keine einfachen Wiederholungen. Dennoch wird sie erkennbar, verallgemeinerbar dank dem Wirken von Gesetzmäßigkeiten, dank der Dialektik von Fortdauer, Kontinuität und Einmaligem, Besonderem in den Verhältnissen. Sie äußert sich vor allem in der Wiederkehr vergleichbarer Problemstellungen, wenn auch auf höheren Stufen der historischen Entwicklung. So töricht es wäre, Vergangenen Gebrauchsanweisungen für neue Situationen und Konstellationen entnehmen zu wollen, so unklug, so verschwenderisch wäre es, auf die Verwertung von Erfahrungen, von Bewährtem zur Optimierung von Urteilen, von Entscheidungen und des Handelns zu verzichten.

Zweifel am praktisch-politischen Wert der Geschichtsschreibung werden schon durch das widerlegt, was Gegner der Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei sich Fälschungen von deren Geschichte kosten lassen. Sogar hier stößt man auf Gesetzmäßigkeit: wo immer sich jemand vom revolutionären Weg entfernt, wird er von Gegnern gepriesen, sogar von Konservativen zum „Progressiven“ ernannt. Werden hingegen programmatische Grundlagen der Partei erneuert, wie dies die KPÖ im Jahrzehnt nach der Parteikrise vollbrachte, klagt man unbekümmert um historische Fakten über „unverbesserlichen Dogmatismus“ oder behilft sich, wo es anders nicht mehr geht, mit einem Totschweigen.

Ein Prachtexemplar der vorsätzlichen und meist gewissenlosen Geschichtsfälschung ist die immer wieder gegen Kommunisten eingesetzte Totalitarismustheorie. Sie schrumpft komplexe historische Prozesse fast eines Jahrhunderts auf zwei „Exzesse“ ein — den Kommunismus und den Faschismus, die sie gleichstellt —, um sich selbst, einen parlamentarisch mehr oder weniger drapierten Kapitalismus, als „goldenen Mittelweg“ zu präsentieren, als historisches Muster, als Zukunftsbild, als Versprechen eines „besseren Kapitalismus“, der angeblich erst bevorsteht. Und all das, obgleich es nie einen mörderischen Faschismus gab, der nicht zugleich Kapitalismus gewesen wäre.

Unparteilichkeit in Geschichtsschreibung ist Selbsttäuschung oder Betrug. Bei einer Parteigeschichte liegt auf der Hand: Sie muß parteilich sein. Für Marxisten dürfte dies keinen Verzicht auf Wissenschaftlichkeit, keinen Verlust an Objektivität bedeuten. Im Gegenteil. Keine revolutionäre Bewegung war je Selbstzweck. Ihr Ziel ist die Umwälzung der Gesellschaft. Ihr Handeln entfaltet sich in Prozessen der Auseinandersetzung mehr oder weniger rasch und gründlich lernender Subjekte mit einer sich in wesentlichen Zügen, aber auch in taktischen Momenten nach Gesetzmäßigkeiten wandelnden Welt, wobei auch Zufälle keine unbedeutende Rolle spielen. Offensichtlich hängt die Fähigkeit, das gesteckte Ziel zu erreichen, davon ab, in welchem Maß man erkennt und handelnd beherzigt, was in objektiven

Widersprüchen über das System hinaustreibt, aber auch, was es noch zusammenhält. Sich an dieser Aufgabe zu messen, ist Voraussetzung dafür, sie schließlich erfüllen zu können. Das ist der Sinn von Lenins Worten: „Je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Bestrebungen der Arbeiter.“

Karl Mannheims weithin vergessene „Wissenssoziologie“ hat vom Marxismus die Einsicht in die soziale Bedingtheit von Ideologien übernommen, aber in ihrem idealistischen Kopfe daraus ganz anderes, Verkehrtes, gemacht. Nämlich die Theorie, daß Ideologien kein Erkenntnisgehalt zukomme, daß sie nur danach zu beurteilen wären, wie weit sie bestimmten sozialen Interessen entsprechen und nicht, wie weit sie der Wirklichkeit nahekommen. Leider haben zuweilen sogar Marxisten dies für eine Art Fortschrittslehre gehalten, obgleich gerade das Interesse an einer tiefgreifenden Änderung der Welt rücksichtslose Objektivität bei der Untersuchung ihrer Beschaffenheit erfordert.

Natürlich kann keine revolutionäre Bewegung bei ihrer Selbstdarstellung ungestraft außer acht lassen, daß sie in einer klassengespaltenen Welt lebt. Unter Berufung auf diese unleugbare, zweifellos zu berücksichtigende Tatsache hat man es zuweilen an der gebotenen Rücksichtslosigkeit auch gegen sich selber fehlen lassen, eigene Blößen verdeckt und sich damit noch größere gegeben. In einer klassengespaltenen Welt wird jedes Tabu zu einem Punkt, über den die Gegner um so lieber und hartnäckiger reden, je weniger man selber darüber zu sagen hat. Und schließlich ist wohl kaum zu bestreiten: Fehler, Schwächen, die man sich selbst nicht eingesteht, sind besonders schwer zu überwinden.

Die Härte, die Wechselfälle des Klassenkampfes bringen immer wieder Versuchungen mit sich, dies oder jenes nicht wahrhaben zu wollen, Kräfte, Tendenzen, die einem hinderlich sind, die das System zusammenhalten, zuweilen sogar stärken, zu ignorieren oder zu bagatellisieren. Gerade die Geschichte — auch die des realen Sozialismus —, sogar Geschichtsschreibung im Dienst der revolutionären Sache, sie alle bestätigen: Jeder Verstoß gegen Objektivität, jede falsch verstandene Parteilichkeit schadet der Sache oft nicht minder als feiger oder kurzsichtiger Objektivismus, der sich über die Partei, über Notwendigkeiten der Wachsamkeit erhaben fühlt, der Regeln ignoriert, die leider zum Teil noch vom Gegner vorgeschrieben werden können.

Die Ausarbeitung einer Parteigeschichte gebietet eine Einengung des Felds der Darstellung. Doch die Geschichte keines Landes, geschweige denn einer Partei, kann je hinlänglich aus sich selbst erklärt werden. Streng genommen ergibt sich die Geschichte einer Partei erst aus dem Zusammenwirken vieler komplexer Teile des sozialen und staatlichen „Ensembles“, wobei auch internationale Verflechtungen eine bedeutende Rolle spielen. Selbstver-

ständiglich kann man — so wie heute modern — eine Partei als „selbstregulierendes, sich selbst entwickelndes System“ betrachten. Das könnte immerhin der Tatsache gerecht werden, daß selbstverständlich jede Partei ihre *inneren* Normen, ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten hat, von deren Angemessenheit, von deren Durchsetzung in beträchtlichem Maß die Wirkung nach außen abhängt. Aber gerade die Parteigeschichte beweist: Infolge des dialektischen Zusammenhangs zwischen der Entwicklung der Gesellschaft und den Tätigkeiten der Partei ergibt sich jedesmal, wenn in der Basis oder im Überbau der Gesellschaft, schließlich in beiden, sich Wichtiges ändert, auch für die Partei die Notwendigkeit, ihre Taktik und Strategie zu erneuern, manches zu revidieren, ohne in Revisionismus zu verfallen, den Inhalt, zuweilen auch die Formen der Organisation, die Instrumente des Handelns zu ändern. Unterbleibt dies, wird dies lange verzögert oder blockiert, dann wird eine Krise unausbleiblich. Woraus folgt: Die entscheidenden Anstöße erfolgen immer von außen, aus dem Gang der objektiven Entwicklung. Ihre subjektive Vorwegnahme, ihre rechtzeitige Einordnung und Verarbeitung, ihre Verwandlung in Kräfte, die nach außen wirken, entscheiden über das Maß von Erfolg und Mißlingen.

In diesen „Beiträgen“ wurde auf den Versuch verzichtet, das gesamte gesellschaftliche Ensemble zu umreißen. Um so größerer Wert wurde darauf gelegt, jene Knotenpunkte herauszuarbeiten, jene Merkmale von Änderungen im gesellschaftlichen „Ensemble“, die angemessene Änderungen in der Strategie, in der Taktik, in den Kampfformen der Partei erfordern. Sowohl bei der Darstellung ökonomischer Entwicklungen wie von Tätigkeiten der Partei in ihrer Vielfalt, auf speziellen Gebieten, mußte aus Rücksicht auf die verfügbare Zeit, einen noch zu verdauenden Umfang, und die vorhandenen Kräfte auch manchmal Wichtiges ausgespart, späteren Untersuchungen und Veröffentlichungen vorbehalten bleiben. Bewußt vermieden wurden irgendwelche Konzessionen an jenen fatalen Ökonomismus, der die Rolle des handelnden Subjekts und somit die Funktionen und die Verantwortung der Partei schmälert, der leicht höheres Blech von einem „ehernen Gang der Geschichte“, unabhängig vom Denken und Handeln der Klassen fabriziert.

Zur relativen Eigenständigkeit politisch-ideologischer Prozesse schrieb Engels in einer späten Zusammenfassung von Grundaussagen des Marxismus: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in *letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und die Reproduktion des wirklichen Lebens... Wenn nun das jemand dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* Bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase... Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt.“

Verwechslungen der „Naturgesetzlichkeit“, der Objektivität gesellschaft-

licher Prozesse mit Naturgesetzen, die unabhängig von Denken und Handeln der Menschen ablaufen, waren stets eine Karikatur auf den Marxismus, nie Marxismus. Eine der großartigsten, der folgenreichsten Leistungen des Marxismus besteht in der neuen, materialistischen und dialektischen Fassung des uralten Problems der Beziehung zwischen Objekt und Subjekt. Er stellt sie einander *nicht* gegenüber, wertet nicht das eine zugunsten des anderen ab. Er erfährt beide in ihrer tatsächlichen Vermittlung durch die Tätigkeit, durch die Praxis, durch das „wirkliche Leben“. Was Handelnde, was Zusammenwirkende vermögen, ja auch das, was der einzelne vollbringen kann, ist letzten Endes geprägt durch gesellschaftliche Verhältnisse. Sie gehen in das Subjekt ein. Aber sie sind zugleich Objekt, Gegenstand des Handelns, wobei — und das zeugt von Fortschritt in der Geschichte — das von Menschen Geschaffene innerhalb des Objekts ein immer größeres Gewicht gewinnt, wenn's auch — hinsichtlich des „Objekts Natur“ — manchmal sehr unerfreuliche, ja sogar lebensgefährliche Seiten hat.

Heute, angesichts qualitativ neuer Gefahren für die Menschen, springt ins Auge, daß es nirgends eine über das Handeln des Menschen erhabene, oberste geschichtliche Instanz gibt, die aus eigener Machtvollkommenheit zu Frieden, zu Kommunismus führen, ja auch nur Katastrophen abwenden würde. Das ist keine Entmutigung, vielmehr eine Herausforderung, die erkannten objektiven Gesetzmäßigkeiten zu nutzen, mit ihrer Hilfe verschiedene Varianten des Handelns zu prüfen, um schließlich zu einer friedlichen, menschenwürdigeren Welt zu gelangen.

Die Methodik zur Erarbeitung dieser „Beiträge zur Geschichte und Politik“ wurde in wichtigen Punkten durch eine Klärung der zu erfüllenden Aufgaben vorgegeben: Die Vergangenheit vor allem für jene Parteimitglieder handhabbar, nutzbar zu machen, die diese selber nicht erlebt haben. Einen Überblick zu gewinnen, was die Partei für die Interessen der arbeitenden Menschen, im Kampf für Demokratie und nationale Unabhängigkeit geleistet hat. Aber auch darüber, welcher Art die Fehler und Versäumnisse waren, die zu über das objektiv Bedingte hinausgehenden Rückschlägen und Verlusten führten. Vor allem herauszufinden, welche Erfahrungen der Vergangenheit für die heutigen Kampfbedingungen besonders wertvoll, verwertbar sind. Und nicht zuletzt etwas von der Opferbereitschaft, dem Mut, der Treue, der Standhaftigkeit zu vermitteln, die gerade in der schwersten Zeit für ein Überleben, für eine Weiterentwicklung der Partei besonders nötig waren.

Klar war, daß unmöglich jeder Moment im Leben der Partei, jeder Herzschlag wiedergegeben werden konnte, so lebenswichtig jeder einzelne war, so angewiesen jeder einzelne war auf tausende Hirne, Herzen und Hände, ja auf die Bereitschaft, für den nächsten Schlag sein eigenes Leben zu geben. Insofern bringt der Zwang, sich an Vorgegebenes, an Kriterien, an das für den Kurs der Partei Bestimmende zu halten, immer auch eine gewisse Ungerech-

tigkeit mit sich. Klar war: diese „Beiträge“ müssen wissenschaftlichen Maßstäben gerecht werden. Aber sie sind bestimmt für alle jene, die sich mit der Partei verbunden fühlen, nicht für Zirkel von Historikern.

Es ist eine absurde Theorie, daß man die Vergangenheit um so besser ergründen kann, je entschiedener man der Gegenwart den Rücken kehrt. Fragen an die Vergangenheit stellt immer die Gegenwart. Und sie ist um Erfahrungen, vor allem um das Wissen über Folgen vergangener Handlungen und Konzepte, reicher. Sogar das zur Erforschung der Vergangenheit anzuwendende Instrumentarium, die verfügbaren Quellen, die Kriterien, werden zum Teil von der Gegenwart bestimmt. Unwissenschaftlich, unzulässig ist eine willkürliche „Modernisierung der Geschichte“, das Konstruieren von Zusammenhängen anstelle ihres Ausgrabens, ihres Aufdeckens. Gewissenhaftigkeit, Sorgfalt beim Umgang mit Fakten wurden ebenso angestrebt wie Berücksichtigung der Erkenntnis: Eine bloße Aneinanderreihung von Fakten, oder dem was man dafür hält, losgelöst von den Zusammenhängen, von den Erdklumpen, in denen sie überhaupt erst entstehen konnten, besitzt nicht mehr Aussagekraft und Beweiskraft als eine Sammlung von Streichholzschachteln oder Biertellern. Fakten allein sprechen keineswegs für sich. Sie reden dem nach dem Mund, der blind für die Zusammenhänge ist, sie frisiert oder unterschlägt.

Hinterdreinsicht weiß immer mehr als die Vergangenheit. Sie braucht sich dessen nicht zu schämen. Unzulässig sind Vorwürfe gegenüber der Vergangenheit, daß nicht geleistet wurde, was gar nicht geleistet werden konnte. Unerlässlich ist jedoch das Festhalten von Versäumnissen, leidigen Folgen von Wunschdenken, von Illusionen.

Am Anfang dieser Arbeit stand demgemäß eine kollektive Bestandsaufnahme dessen, was an Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der Partei zu ermitteln ist, von ungenügend geklärten, unterbelichteten oder gar verdrängten Problemen. Als nächster Arbeitsgang folgte die individuelle Abfassung von Thesen der einzelnen, vorher in der Diskussion periodisierten Abschnitte. Diese Thesen wurden in einer weiteren Diskussion danach geprüft, wie weit sie den vereinbarten Aufgaben gerecht wurden. An diese zweite Diskussionsphase schloß sich die Ausarbeitung von Entwürfen für die einzelnen Kapitel an, ihre, mitunter mehrmalige, Diskussion in der Kommission, ihre Fertigstellung und die Endredigierung. In allen Phasen wurde Wert darauf gelegt, die persönliche Verantwortung für die einzelnen Abschnitte zu wahren. Dies gilt auch für den letzten Abschnitt der Geschichte, dessen Thesenentwurf vom Politbüro, dessen Text in einer Kommission des Politbüros erörtert wurde. Der gesamte Arbeitsprozeß erstreckte sich über vier Jahre.

Daß im Bereich der Wissenschaften, zumal der Geschichte, endgültige Wahrheiten so spärlich zu finden sind, soll nicht bekümmern. Endgültigkeit

gibt's nur, wo Entwicklung am Ende ist. Mit relativen Wahrheiten, mit fortschreitender Annäherung an Wesentliches der Wirklichkeit ist unvergleichlich mehr anzufangen, weil sie Weiterentwicklung ermöglichen und diese danach verlangt. Die Partei markiert heute in ihrer Gesamtheit nur eine Stufe einer langwierigen Entwicklung, die weiterzutreiben nötig ist, damit die Partei ihre historische Aufgabe erfüllen kann. Diese Parteigeschichte beansprucht nicht mehr zu sein als eine Zusammenfassung der Erfahrungen auf einer Entwicklungsstufe. Insofern sie von verschiedene Entwicklungsstufen Übergreifendem, von Weiterführendem mehr enthält als vom historischen Augenblick, wird sie ihren Zwecken gerecht. Was sie relativiert, was sie korrigiert, das steht ihr — so wie der Partei — durch das Kommende, die Zukunft, noch bevor.

Ernst Wimmer

Anmerkungen

1. Abschnitt

- ¹ Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, 2. erweiterte Auflage, Wien 1971, S. 26.
- ² Ebenda, S. 26 f.
- ³ Ebenda, S. 27.
- ⁴ W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg, in: Werke, Bd. 21, S. 321.
- ⁵ O. B. (Otto Bauer): Würzburg und Wien, in: Der Kampf, 11-12/1917, S. 328 (Werkausgabe, Bd. 8, S. 907).
- ⁶ I. M. Kriwogus/S. M. Stezkewitsch: Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale, Berlin 1960, S. 240 f.
- ⁷ W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Bd. 21, S. 243.
- ⁸ Ebenda, S. 199.
- ⁹ Rudolf Neck (Hrsg.): Arbeiterschaft und Staat im ersten Weltkrieg 1914 bis 1918 (A. Quellen), I. Der Staat, 1. Band, Wien 1964, S. 250.
- ¹⁰ O. B. (Otto Bauer): Würzburg und Wien, a. a. O., S. 906.
- ¹¹ Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats, Wien 1918, S. 9. Der Verfasser der Broschüre war Karl Renner.
- ¹² Zitiert in: Gustav Gratz/Richard Schüller: Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns, Wien 1930, S. 139 f.
- ¹³ Otto Bauer: Die österreichische Revolution, in: Werkausgabe, Bd. 2, S. 574.
- ¹⁴ Zitiert in: Deutschland im ersten Weltkrieg, 3. Bd. (November 1917 bis November 1918), 2. Auflage, Berlin 1970, S. 145.
- ¹⁵ Zitiert in: Richard Georg Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan: Innere Front. Militärassistenten, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918, 1. Bd., Wien 1974, S. 398.
- ¹⁶ Friedrich Adler: Nach zwei Jahren. Reden, gehalten im November 1918, Wien 1918, S. 14.
- ¹⁷ Der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1919, S. 43.
- ¹⁸ Ebenda, S. 41 f.
- ¹⁹ Manifeste, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß, Hamburg 1920, S. 70.
- ²⁰ Arbeiter-Zeitung, 4. März 1919.
- ²¹ Otto Bauer: Die österreichische Revolution, a. a. O., S. 670.
- ²² Protokoll der 3. Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs am 7. und 8. Dezember 1919, Wien 1920, S. 64.
- ²³ Ebenda.

2. Abschnitt

- ¹ Die Rote Fahne, 17. Juli 1921.
- ² Protokoll des 4. Parteitages der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 23. bis 25. Jänner 1921, Wien 1921, S. 58.

- ³ Der Rote Soldat, 31. Dezember 1926.
- ⁴ Internationale Presse-Korrespondenz (im folgenden: Inprekorr), 226/1922, S. 1640.
- ⁵ Ebenda, 236/1922, S. 1750 f.
- ⁶ Inprekorr, 79/1923, S. 673.
- ⁷ Otto Bauer: Der Genfer Knechtungsvertrag und die Sozialdemokratie, in: Werkausgabe, Bd. 2, S. 487.
- ⁸ W. I. Lenin: Rede (auf dem III. KI-Kongreß) zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale, 1. Juli, in: Werke, Bd. 32, S. 500.
- ⁹ Die Rote Fahne, 1. April 1922.
- ¹⁰ Julius Deutsch: Die Fascistengefahr, Wien 1923, S. 8.
- ¹¹ Ebenda, S. 4.
- ¹² Die Rote Fahne, 20. Februar 1922.
- ¹³ Ebenda, 24. Mai 1925.
- ¹⁴ Zitiert in: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1970, S. 260.
- ¹⁵ J. W. Stalin: Zur internationalen Lage, in: Werke, Bd. 6, S. 253.
- ¹⁶ J. W. Stalin: Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR, Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B) am 1. August 1927, in: Werke, Bd. 10, S. 5.
- ¹⁷ Syndikalismus: Überbewertung der Gewerkschaft (französisch *syndicat*) im Klassenkampf und Unterschätzung oder sogar Negierung der Rolle der Arbeiterpartei. Volksstimme, 14. Dezember 1968.
- ¹⁸ Arbeiter-Zeitung, 10. September 1924.
- ¹⁹ Die Rote Fahne, 29. Jänner 1925.
- ²⁰ Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien, Bundeskanzleramt (im folgenden: AVA BKA) Inneres, Pb IV-1137/25. Zitiert in: Arnold Reisberg: Chronik der KPÖ, unveröffentlichtes Manuskript, Mappe 1925, S. 24. Die drei Teile umfassende „Reisberg-Chronik“ wurde in den siebziger Jahren unter Mitarbeit mehrerer österreichischer Helfer, darunter des Autors, von dem aus Österreich stammenden DDR-Historiker Prof. Dr. phil. habil. Arnold Reisberg zusammengestellt. Es handelt sich dabei um eine kommentierte chronologische Sammlung von Dokumenten und Daten zur Geschichte der KPÖ. Arnold Reisberg konnte bis zu seinem Tod (1980) jedoch nur den ersten Teil (bis 1933, rund 2000 Seiten) fertigstellen. Das Manuskript, das eine der wichtigsten Quellen für die Abschnitte 2 und 3 des vorliegenden Buches bildete, liegt in der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ unter Verschluss, bis die Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Edition geschaffen werden können.
- ²¹ Die Rote Fahne, 7. Februar 1926.
- ²² Ebenda, 5. Juli 1925.
- ²³ Otto Bauer: Die Sozialdemokratie und Sowjetrußland, in: Werkausgabe, Bd. 6, S. 393.
- ²⁴ Zitiert in: Isabella Ackerl/Eszter Dorner-Brader: Historische Einführung, in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung V: 20. Oktober 1926 bis 4. Mai 1929, Bd. 1, Wien 1983, S. XI.
- ²⁵ Reichspost, 1. Februar 1927.
- ²⁶ Arbeiter-Zeitung, 9. April 1927.

- ²⁸ Die Rote Fahne, 4. Februar 1927.
- ²⁹ Ebenda, 1. Februar 1927.
- ³⁰ Ebenda, 3. März 1927.
- ³¹ Ebenda, 28. Mai 1927.
- ³² Der Schutzbund, Juni 1927, S. 88.
- ³³ Die Rote Fahne, 26. April 1927.
- ³⁴ Ebenda, 4. Juni 1927.
- ³⁵ Ebenda, 8. Juni 1927.
- ³⁶ Ebenda, 14. Juni 1927.
- ³⁷ Ebenda, 26. Mai 1927.
- ³⁸ Ebenda, 15. Juni 1927.
- ³⁹ Ebenda, 9. Juni 1927.
- ⁴⁰ Ebenda, 23. Juni 1927.
- ⁴¹ Ebenda, 21. Juni 1927.
- ⁴² Ebenda, 24. Juni 1927.
- ⁴³ Ebenda, 25. Juni 1927.
- ⁴⁴ Am ausführlichsten wird die Politik von SDAP und KPÖ rund um den 15. Juli 1927 behandelt in: Winfried R. Garscha/Barry McLoughlin: Wien 1927 — Menetekel für die Republik, Berlin-Wien 1987. Diesem Buch sind einzelne Passagen der folgenden Darstellung entnommen.
- ⁴⁵ Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung V, Bd. 1, a. a. O., S. 651—657.
- ⁴⁶ Die Flugblätter der KPÖ sind im Faksimile abgedruckt als Anhang zu der von Friedl Fünberg verfaßten Broschüre „Die Wiener Julikämpfe“, Wien 1927, S. II bis V.
- ⁴⁷ Die Rote Fahne, 18. Juli 1927.
- ⁴⁸ Inprekorr, 73/1927, S. 1562.
- ⁴⁹ Ebenda.
- ⁵⁰ Ebenda, 74/1927, S. 1579.
- ⁵¹ Die Rote Fahne, 19. Juli 1927.
- ⁵² Siehe: Winfried R. Garscha/Barry McLoughlin: Wien 1927, a. a. O., S. 202.
- ⁵³ Die Rote Fahne, 19. Juli 1927.
- ⁵⁴ Die Broschüre erschien ohne Verfasserangabe (siehe Anm. 46).
- ⁵⁵ Inprekorr, 75/1927, S. 1601.
- ⁵⁶ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll Nr. 102 der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 16. September 1927, S. 2.
- ⁵⁷ Ebenda, S. 4. (Die Ausführungen Bucharins sind auszugsweise wiedergegeben, in: Die Kommunistische Internationale, 44/1927, S. 2145 ff.)
- ⁵⁸ Ebenda, S. 5.
- ⁵⁹ Inprekorr, 100/1927, S. 2156.
- ⁶⁰ Ebenda, S. 2157.
- ⁶¹ Ebenda, S. 2158.
- ⁶² ZPA der KPÖ, Nr. 2377 (Material Nr. 1 zur Parteitagdiskussion).
- ⁶³ Walter Wiltschegg: Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, Wien 1985, S. 42.
- ⁶⁴ Der Abend, 18. Oktober 1927.

- ⁶⁵ Neue Freie Presse, 18. Oktober 1927.
- ⁶⁶ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 3. Gesetzgebungsperiode, I. Bd., S. 133.
- ⁶⁷ Die Rote Fahne, 27. Juli 1927.
- ⁶⁸ Arbeiter-Zeitung, 27. Juli 1927.
- ⁶⁹ Die Rote Fahne, 10. Jänner 1928.
- ⁷⁰ Alle Zitate sind dem schriftlichen Diskussionsbeitrag Karl Tomans für den 10. Parteitag entnommen, in: Die Rote Fahne, 18. Jänner 1929.
- ⁷¹ Dimitri Manuilski auf dem X. EKKI-Plenum, in: Inprekorr, 72/1929, S. 1659.
- ⁷² Die Rote Fahne, 16. Februar 1929.
- ⁷³ Ebenda, 15. Februar 1929.
- ⁷⁴ Ebenda, 29. Mai 1929.
- ⁷⁵ Inprekorr, 72/1929, S. 1662.
- ⁷⁶ Zitiert in: Lajos Kerekes: Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966, S. 41 (Faksimile S. 197).
- ⁷⁷ Inprekorr, 92/1929, S. 2226.
- ⁷⁸ Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss, a. a. O., S. 372.
- ⁷⁹ Inprekorr, 92/1929, S. 2226.
- ⁸⁰ Ebenda, S. 2227.
- ⁸¹ Die Rote Fahne, 22. September 1929.
- ⁸² Ebenda, 25. September 1929.
- ⁸³ Ebenda, 27. September 1929.
- ⁸⁴ Inprekorr, 93/1929, S. 2235 f.
- ⁸⁵ Die Kommunistische Internationale, 38/1929, S. 1302.
- ⁸⁶ Ebenda, 46/1929, S. 1516.
- ⁸⁷ Inprekorr, 8/1930, S. 155.
- ⁸⁸ Zitiert in: F. J. Firsow: Georgi Dimitroff und das Westeuropäische Büro der Komintern, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6/1973, S. 943.
- ⁸⁹ Inprekorr, 74/1929, S. 1701.
- ⁹⁰ Otto Bauer: Der Kampf um die Demokratie (Rede auf dem Parteitag 1929), in: Werkausgabe, Bd. 5, S. 529.
- ⁹¹ Inprekorr, 5/1931, S. 136 f.
- ⁹² Ernst Rüdiger Starhemberg: Memoiren, Wien 1971, S. 84.
- ⁹³ Zitiert in: Arnold Reisberg: Chronik der KPÖ, a. a. O., Mappe 1930, S. 53.
- ⁹⁴ Die Kommunistische Internationale, 44-45/1930, S. 2320.
- ⁹⁵ Die Rote Fahne, 23. November 1930.
- ⁹⁶ Ebenda, 2. Dezember 1930.
- ⁹⁷ Ebenda, 14. Dezember 1930.
- ⁹⁸ Inprekorr, 61/1931, S. 1394.
- ⁹⁹ F. J. Firsow: Georgi Dimitroff, a. a. O.
- ¹⁰⁰ Thesen des XI. EKKI-Plenums, in: Inprekorr, 38/1931, S. 950.

3. Abschnitt

- ¹ Die Rote Fahne, 1. Juli 1931.
- ² Ebenda.

- ³ Ebenda, 2. Juli 1931.
- ⁴ Ebenda, 21. Juni 1931.
- ⁵ Ebenda, 29. Mai 1931.
- ⁶ Ebenda, 31. Mai 1931.
- ⁷ Ebenda, 2. Juni 1931.
- ⁸ Ebenda.
- ⁹ Ebenda, 18. Juni 1931.
- ¹⁰ Ebenda, 26. Juni 1931.
- ¹¹ Ebenda, 7. Juli 1931.
- ¹² Ebenda, 27. Juni 1931.
- ¹³ Ebenda, 2. Juli 1931.
- ¹⁴ Ebenda, 19. Juni 1931.
- ¹⁵ Ebenda, 2. Juli 1931.
- ¹⁶ Diskussionsbeitrag Johannes Wertheims, in: Ebenda, 7. Juli 1931.
- ¹⁷ Ebenda, 12. Juli 1931.
- ¹⁸ Ebenda, 2. Juli 1931.
- ¹⁹ Zitiert in: Faschistenfreispruch in Graz — Arbeitermord in Voitsberg (Broschüre der Österreichischen Roten Hilfe, Wien o. J.), S. 1.
- ²⁰ Die Rote Fahne, 26. Juni 1931.
- ²¹ Der Kommunist, 5-6/1932, S. 23.
- ²² Ebenda, S. 24.
- ²³ Die Ereignisse in Vorau. Bauern kämpfen gegen Zwangsversteigerung, Wien o. J., S. 6.
- ²⁴ Die Rote Fahne, 1. Juli 1931.
- ²⁵ Ebenda, 23. Juni 1931.
- ²⁶ Ebenda, 12. Juli 1931.
- ²⁷ Ernst Rüdiger Starhemberg: Memoiren, a. a. O., S. 125 f.
- ²⁸ Der Kommunist, 5-6/1932, S. 2.
- ²⁹ Zitiert in: Ebenda, S. 3.
- ³⁰ Ebenda, S. 4.
- ³¹ Orgnachrichten, 2/1932, S. 18.
- ³² Die Rote Fahne, 8. September 1932.
- ³³ Orgnachrichten, 1-2/1933, S. 4.
- ³⁴ Die Rote Fahne, 9. Juni 1931.
- ³⁵ Ebenda, 9. Juli 1931.
- ³⁶ Ebenda, 6. Oktober 1932.
- ³⁷ Arbeiter-Zeitung, 16. Dezember 1932.
- ³⁸ Arnold Reisberg: Chronik der KPÖ, a. a. O., Mappe 1932, S. 86.
- ³⁹ Die folgenden vier Unterkapitel sind ein — geringfügig bearbeiteter — Auszug aus den Kapiteln *Dollfuß bricht den Eisenbahnerstreik, Staatsstreich auf Raten, Kapitulation auf Raten und Kommunisten und oppositionelle Sozialdemokraten gemeinsam gegen den Kapitulationskurs* aus: Winfried R. Garscha/Hans Hautmann: Februar 1934 in Österreich, Berlin-Wien 1984.
- ⁴⁰ Peter Huemer: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975, S. 157.

- ⁴¹ Otto Bauer: Freiheitsschwur, in: Werkausgabe, Bd. 6, S. 570.
- ⁴² Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (im folgenden: Rundschau), 6/1933, S. 149 f. (Die in Basel herausgegebene Rundschau war das Nachfolgeorgan der von den Nazis verbotenen Inprekorr.)
- ⁴³ Otto Leichter: Glanz und Ende der Ersten Republik, Wien 1964, S. 178. (Das Buch erschien erstmals unter dem Titel: Pertinax: Österreich 1934. Die Geschichte einer Konterrevolution, Zürich 1934.)
- ⁴⁴ Zitiert in: Karl Haas: Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, S. 121.
- ⁴⁵ Rundschau, 10/1933, S. 295.
- ⁴⁶ Arbeiter-Zeitung, 5. April 1933.
- ⁴⁷ Zitiert in: Rundschau, 10/1933, S. 286.
- ⁴⁸ Otto Bauer: Wir stehen vor dem Kampf!, in: Werkausgabe, Bd. 6, S. 581 f.
- ⁴⁹ Arbeiter-Zeitung, 18. April 1933.
- ⁵⁰ Emil Fey: Österreichs Aufstieg und Kampf, hrsg. vom Österreichischen Heimatdienst, Wien 1933, S. 11.
- ⁵¹ Rundschau, 18/1933, S. 576.
- ⁵² Arbeiter-Zeitung, 27. Mai 1933.
- ⁵³ Otto Bauer: Politisches Referat auf der Wiener Jahreskonferenz (1933) der Sozialdemokratie, in: Werkausgabe, Bd. 6, S. 583.
- ⁵⁴ Rundschau, 31/1933, S. 1161.
- ⁵⁵ Zitiert in: Friedrich Weissensteiner: Die Verständigungsversuche der niederösterreichischen Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen in den Jahren 1933/34, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 2/1982, S. 74.
- ⁵⁶ Rundschau, 47/1933, S. 1820.

4. Abschnitt

- ¹ Grüner Faschismus: Der österreichische Heimwehfaschismus (Farben der Heimwehren: Grün-Weiß; wegen des charakteristischen Hutschmucks auch „Hahenschwänzler“ genannt); im weiteren Sinn auch das System des Austrofaschismus (1933/34 bis 1938), für den — wegen der überragenden Rolle der Kirche im christlichen Ständestaat — auch die Bezeichnung „Klerikofaschismus“ oder „schwarzer Faschismus“ gebräuchlich war. Brauner Faschismus: Der Nationalsozialismus (nach den braunen SA-Hemden; in den zwanziger Jahren war auch die Bezeichnung „Hakenkreuzler“ üblich).
- ² Bisher sind erschienen: Widerstand und Verfolgung in Wien, 3 Bände, Wien 1975 (2. Auflage 1984); Widerstand und Verfolgung im Burgenland, Wien 1979 (2. Auflage 1983); Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, 2 Bände, Wien 1982; Widerstand und Verfolgung in Tirol, 2 Bände, Wien 1984; Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich, 3 Bände, Wien 1987. Ein Band über Salzburg ist für 1988 angekündigt.
- ³ Bisher sind erschienen: Österreicher im Exil: Frankreich 1938 bis 1945, Wien 1984; Österreicher im Exil: Belgien 1938 bis 1945, Wien 1987. Bände über die USA und Südamerika sind für 1988/89 angekündigt.

- ⁴ Walter Göhring: Der illegale Kommunistische Jugendverband Österreichs, Diss., Wien 1971; Willibald I. Holzer: Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOV in POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Die Kommunistische Partei Österreichs im militanten politischen Widerstand, Diss., Wien 1971. Gedruckt liegen vor: Helene Maimann: Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938 bis 1945, Wien-Köln-Graz 1975; Helmut Konrad: Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KSC zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, Wien 1978.
- ⁵ Josef Hindels: Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934 bis 1945, Wien 1976.
- ⁶ Franz West: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934 bis 1938, Wien 1978.
- ⁷ Radomír Luža: Der Widerstand in Österreich 1938 bis 1945, Wien 1983.
- ⁸ Besonders hervorgehoben sei: Margarete Schütte-Lihotzky: Erinnerungen aus dem Widerstand 1938 bis 1945, hrsg. von Chup Friemert, Hamburg 1985. Die Historische Kommission beim ZK der KPÖ bereitet die Herausgabe einer Reihe „Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung“ vor, in der neben Biographien (z. B. Eva Priesters) auch autobiographische Texte publiziert werden sollen (z. B. von Valentin Strecha und Max Stern). Autobiographische Skizzen bilden die Grundlage sowohl für den von der „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936 bis 1939 und der Freunde des demokratischen Spanien“ herausgegebenen Band: Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg. Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936 bis 1945, Wien 1986, als auch für den derzeit von der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ zur Publikation vorbereiteten Band: Die österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien. Eine Dokumentation von Max Bair.
- ⁹ Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (im folgenden: Rundschau), 36/1933, S. 1376.
- ¹⁰ Ebenda, 7/1934, S. 245 f.
- ¹¹ Widerstand und Verfolgung in Wien, a. a. O., Bd. 1, S. 250.
- ¹² Julius Deutsch: Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen, Karlsbad 1934, S. 21.
- ¹³ Geheimer Briefwechsel Mussolini — Dollfuß. Mit einem Vorwort von Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, Wien o. J. (1949), S. 45.
- ¹⁴ Alexander Schönau (d. i. Oskar Grossmann): Der Aufstand des österreichischen Proletariats, Zürich 1934, S. 34.
- ¹⁵ Leopold Hornik: Der Aufruf zum Generalstreik. Das Flugblatt der Kommunistischen Partei vom 10. Februar 1934, in: Weg und Ziel, Februar 1974, S. 57.
- ¹⁶ Österreich — Brandherd Europas, Zürich 1934, S. 240.
- ¹⁷ Friedl Fürnberg: ... und worin Körner irrte, in: Weg und Ziel, Februar 1973, S. 75.
- ¹⁸ Österreich — Brandherd Europas, a. a. O., S. 10.
- ¹⁹ Georgi Dimitroff: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. von Rolf Richter, Leipzig 1982, S. 35 f.
- ²⁰ Ebenda, S. 36.
- ²¹ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Nr. 692.
- ²² Ebenda.

- ²³ Die Rote Fahne, Mitte Februar 1934.
- ²⁴ Rundschau, 53/1934, S. 2302.
- ²⁵ Ebenda, S. 2303.
- ²⁶ Ebenda. (Ein Beispiel für die Verbreitung der Ergebnisse des Parteitags innerhalb der illegalen Organisationen ist: Anhang zur Disposition — Der XII. Parteitag der KPÖ, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) — Bibliothek 4029/432.)
- ²⁷ Ebenda, 11/1935, S. 589.
- ²⁸ Zitiert in: Franz West: Die Linke im Ständestaat Österreich, a. a. O., S. 130 f.
- ²⁹ Otto Bauer: Einheitsfront in der Weltpolitik, in: Der Kampf, Oktober 1935, S. 435. (Werkausgabe, Bd. 9, S. 552.)
- ³⁰ Presse-Dienst, Nr. 27 (ca. Anfang Oktober 1935), ZPA der KPÖ, Nr. 2106.
- ³¹ Otto Bauer: Grundsätzliches zu den Hinrichtungen in Moskau, in: Der Kampf, Oktober 1936, S. 397. (Werkausgabe, Bd. 9, S. 677.)
- ³² Weg und Ziel, 3-4/1935, S. 17. (Auszugsweise abgedruckt in: Rundschau, 34/1935, S. 1675 ff.) — Die unregelmäßig erschienenen Hefte des Jahrgangs 1935 von Weg und Ziel werden mit Nummern bezeichnet. Ab der als „Heft 1 des 1. Jahrgangs“ bezeichneten Augustnummer 1936 wird der Erscheinungsmonat angegeben.
- ³³ Rundschau, 34/1935, S. 1675.
- ³⁴ Ebenda.
- ³⁵ Ebenda, S. 1676.
- ³⁶ Ebenda, 30/1935, S. 1497 f. (Ebenso: Presse-Dienst, Nr. 20 vom 19. Juni 1935.)
- ³⁷ Ebenda, 34/1935, S. 1676.
- ³⁸ Ebenda, 36/1933, S. 1376.
- ³⁹ Weg und Ziel, 3-4/1935, S. 22.
- ⁴⁰ Presse-Dienst, Nr. 20, 19. Juni 1935.
- ⁴¹ Die Rote Fahne, Anfang August 1935.
- ⁴² VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Partei Österreichs im Kampf um die Massen, Moskau 1936, S. 33.
- ⁴³ Ebenda.
- ⁴⁴ Ebenda, S. 34 f.
- ⁴⁵ Presse-Dienst, Nr. 27, a. a. O.
- ⁴⁶ Die Pflanzen auf Feld und Wiese (Tarnbroschüre), S. 6.
- ⁴⁷ Ebenda, S. 28.
- ⁴⁸ Widerstand und Verfolgung in Wien, a. a. O., Bd. 1, S. 239.
- ⁴⁹ W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, S. 263.
- ⁵⁰ Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, in: Werkausgabe, Bd. 4, S. 171 und 175.
- ⁵¹ Die Rote Fahne, November 1936.
- ⁵² Thesen zur Kriegsfrage, in: Otto Bauer: Werkausgabe, Bd. 4, S. 33.
- ⁵³ Presse-Dienst, Nr. 16 (ca. Mitte/Ende Mai 1935), ZPA der KPÖ, Nr. 2113.
- ⁵⁴ Siehe: Rundschau, 34/1935, S. 1676.
- ⁵⁵ J. W. Stalin: Über die Aufgaben der Wirtschaftler. Rede auf der 1. Unionskonferenz der Funktionäre der sozialistischen Industrie, 4. Februar 1931, in: Werke, Bd. 13, S. 36.

- ⁵⁶ Rundschau, 63/1934, S. 2882.
- ⁵⁷ Ebenda, 55/1935, S. 2290.
- ⁵⁸ Ebenda, 25/1935, S. 1255.
- ⁵⁹ VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, a. a. O., S. 33.
- ⁶⁰ Ebenda, S. 61 ff.
- ⁶¹ Zitiert in: Kirill K. Širinja: Georgi Dimitroff und der Kampf um die neue Orientierung der Komintern in den Jahren 1935 bis 1939, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5/1972, S. 715.
- ⁶² Grundriß der Naturgeschichte (Tarnbroschüre), S. 5.
- ⁶³ Ebenda, S. 10.
- ⁶⁴ Ebenda, S. 11.
- ⁶⁵ Ebenda, S. 12.
- ⁶⁶ Zitiert in: Peter Pelinka: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934—1938, Wien 1981, S. 210.
- ⁶⁷ Grundriß der Naturgeschichte, S. 17.
- ⁶⁸ Ebenda, S. 18.
- ⁶⁹ Die Rote Fahne, März 1937.
- ⁷⁰ Weg und Ziel, Sondernummer, Dezember 1979, S. 27 f. (Diese Sondernummer enthält außer dem Protokoll eines Podiumsgesprächs aus Anlaß des 75. Geburtstags Alfred Klahrs einen vollständigen Wiederabdruck der beiden Artikel von März und April 1937.)
- ⁷¹ J. W. Stalin: Marxismus und nationale Frage, in: Werke, Bd. 2, S. 272.
- ⁷² Weg und Ziel, Sondernummer, Dezember 1979, S. 30.
- ⁷³ Ebenda.
- ⁷⁴ Weg und Ziel, Juni/Juli 1937, S. 304.
- ⁷⁵ Ebenda, S. 306.
- ⁷⁶ Die KPÖ im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive. Sammelband, Wien 1978, S. 32.
- ⁷⁷ Weg und Ziel, November 1937, S. 465.
- ⁷⁸ Ebenda, S. 463.
- ⁷⁹ Die Rote Fahne, Jänner 1938.
- ⁸⁰ Siehe: Erwin Zucker-Schilling: Hoch klang das Lied der Solidarität, in: Weg und Ziel, April 1973, S. 160.
- ⁸¹ Widerstand und Verfolgung in Wien, a. a. O., Bd. 1, S. 365.
- ⁸² Ebenda, S. 353.
- ⁸³ Ebenda, S. 366.
- ⁸⁴ Ebenda, Bd. 2, S. 309.
- ⁸⁵ Die Rote Fahne, 6/1934.
- ⁸⁶ Rundschau, 30/1934, S. 1174.
- ⁸⁷ Die Rote Fahne, 8/1934.
- ⁸⁸ Resolution zum Bericht des Genossen Kopenig im Präsidium des EKKI über den 12. Parteitag der KP Österreichs, ZPA der KPÖ, Nr. 5134.
- ⁸⁹ Otto Horn: Die illegale Gewerkschaftsbewegung 1934—1938, in: Volksstimme, 21. November 1958.
- ⁹⁰ Weg und Ziel, 3-4/1935.

- ⁹¹ Ebenda, 1/1935, S. 21.
⁹² Weg und Ziel, Oktober 1937, S. 415.
⁹³ Zitiert in: Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Kurzer Abriss 1918—1955, Wien 1977, S. 164 f.
⁹⁴ Otto Horn: War 1938 unabwendbar?, in: Tagebuch, März 1963, S. 2.
⁹⁵ ZPA der KPÖ.

5. Abschnitt

- ¹ Hossbachprotokolle, zitiert in: Ludwig Jedlicka: Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918—1938, Graz-Köln 1955.
² Kurt Schuschnigg: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee, Wien 1969, S. 320 f.
³ Norbert Schausberger: Der Anschluß, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik: Österreich 1918—1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1, Graz-Wien-Köln 1983, S. 521 f.
⁴ Österreich unter dem Reichskommissar. Bilanz eines Jahres Fremdherrschaft, Paris 1939. (Dieses Buch wurde von der KPÖ herausgegeben.)
⁵ Rot-Weiß-Rot-Buch. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen), Wien 1946, S. 131 f.
⁶ Hermann Mitteräcker: Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstands 1938 bis 1945, Wien 1963, S. 209.
⁷ Karl Vogelmann: Die Propaganda der österreichischen Emigration in der Sowjetunion für einen selbständigen österreichischen Nationalstaat (1938—1945), Wien 1973, S. 60.
⁸ Heinrich Weber (d. i. Otto Bauer): Österreichs Ende, in: Der Kampf, April 1938, S. 127 (Werkausgabe, Bd. 9, S. 844).
⁹ Horst Schumacher: Die internationale Solidarität mit den Antifaschisten Österreichs 1938 und das Eintreten der KPD für das Selbstbestimmungsrecht und die nationale Unabhängigkeit des österreichischen Volkes, in: Arbeiterbewegung — Faschismus — Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Hrsg.: H. Konrad/W. Neugebauer, Wien-München-Zürich 1983, S. 230.
¹⁰ Siehe: Felix Butschek: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Stuttgart 1978, S. 66.
¹¹ Bericht der Gestapo Wien an Gestapo Berlin, Jänner 1939, Zentrales Parteiarhiv (ZPA) der KPÖ, Nr. 2663.
¹² Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Nr. 7508.
¹³ Ebenda.
¹⁴ Hermann Mitteräcker: Kampf und Opfer für Österreich, a. a. O., S. 27.
¹⁵ ZPA der KPÖ, Nr. 2544.
¹⁶ DÖW-Bibliothek, Nr. 4074/130.
¹⁷ Ebenda, Nr. 4074/42.

- ¹⁸ Widerstand und Verfolgung in Wien. Eine Dokumentation, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 2. Aufl., Wien 1984, Bd. 3, S. 454.
¹⁹ Reichsgesetzblatt (RGBl) I/1938, S. 237.
²⁰ Die Rote Fahne, 5/1938.
²¹ Ebenda.
²² Die Rote Fahne, 1/1939.
²³ Horst Schumacher: Die internationale Solidarität..., a. a. O., S. 228.
²⁴ I. M. Maiski: Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1967, S. 466. Siehe auch: Igor Maximytschew: Der Anfang vom Ende. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1933—1939, Köln 1985.
²⁵ Oskar Pollak: Stalin hilft Hitler, in: Der Sozialistische Kampf, 11/1939, S. 385 ff.
²⁶ Max Werner: Die sowjetrussische Großmachtspolitik, in: Der Sozialistische Kampf, 1/1940, S. 52 ff.
²⁷ Georg Wieser (d. i. Otto Leichter): Ursachen der russischen Politik, in: Der Sozialistische Kampf, 4/1940, S. 78.
²⁸ DÖW-Bibliothek, Nr. 4074/109.
²⁹ Vogelmann: Die Propaganda der österreichischen Emigration..., a. a. O., S. 48 f.
³⁰ Karl Stadler: Österreich 1938—1945. Im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966, S. 206 ff.
³¹ Bundesarchiv Koblenz, R 14, Nr. 40.818 und 40.861. (Im DÖW auf Film Nr. 99.)
³² Siehe: Der zweite Weltkrieg 1939—1945. Kurze Geschichte, Berlin 1985.
³³ Vgl. dazu die Erlebnisberichte in: Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg. Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936—1945, Wien 1986, S. 250.
³⁴ Siehe: Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923—1940), hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Werner Kowalski, Berlin 1985.
³⁵ Grundzüge des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit (Tarnbroschüre), S. 21, ZPA der KPÖ.
³⁶ ZPA der KPÖ.
³⁷ Weg und Ziel, 4/1940.
³⁸ DÖW, Nr. 1413.
³⁹ Horst Schumacher: Die Kommunistische Internationale (1919—1943). Grundzüge ihres Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, Berlin 1979. Siehe auch: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss. Berlin 1970.
⁴⁰ Im Oktober 1938 sprach die Gestapo Linz in einem Stimmungsbericht davon, daß im Werk Steyr 60 Prozent der Beschäftigten keine Nationalsozialisten wären.
⁴¹ Volksstimme (Beilage), 6. April 1975.
⁴² Hermann Mitteräcker: Kampf und Opfer für Österreich, a. a. O., S. 55. (Mitteräcker schrieb irrtümlich Johann statt Anton Ulram.)
⁴³ Siehe: Friedrich Vogl: Österreichs Eisenbahner im Widerstand, Wien 1968; Losungswort „Frühling“, Broschüre der KPÖ Sankt Pölten, o. J. (1955).
⁴⁴ Ernst Schwager: Die österreichische Emigration in Frankreich 1938—1945, Wien-Graz-Köln 1984, S. 105.
⁴⁵ Siehe: Hermann Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938—1945, Frankfurt am Main 1980.

- ⁴⁶ Siehe: Max Muchitsch: Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab, Wien 1985; Walter Wachs: Kampfgruppe Steiermark. Wien-München-Zürich 1968; Walter Wachs in: Volksstimme, 23., 24. und 25. April 1970; Friedl Fűrberg: Österreichische Freiheitsbataillone. Österreichische Nation, Wien 1975; Peter Kammerstätter: Materialsammlung über die Widerstands- und Partisanenbewegung Willy-Fred im Oberen Salzkammergut — Ausseerland 1943—1945, Manuskript, Linz 1978; Sepp Plieseis: Vom Ebro zum Dachstein, Linz 1946; Franz Mikusch: Das Erste Österreichische Freiheitsbataillon, in: Weg und Ziel, Februar 1959, S. 50 ff.
- ⁴⁷ Für ein freies unabhängiges Österreich, Moskau 1943, S. 18 f.
- ⁴⁸ Die Wiedergeburt Österreichs, Moskau 1944, S. 3 f. (Erschien auch unter dem Titel: Auf zum Kampf für die Freiheit und Wiedergeburt Österreichs, London 1945.)
- ⁴⁹ Ebenda, S. 4 f.
- ⁵⁰ Egon Erwin Kisch: Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 10, Berlin 1985, S. 533 f.
- ⁵¹ Gustav Moser: Die Initiative ging von uns aus, in: Volksstimme (Beilage), 24. April 1975.
- ⁵² Jenö Kostmann, in: Erzählte Geschichte, Wien 1986, S. 220 ff.
- ⁵³ Karl Vogelmann: Die Propaganda der österreichischen Emigration..., a. a. O.
- ⁵⁴ Ebenda, S. 248.
- ⁵⁵ Siehe: Ernst Schwager: Die österreichische Emigration in Frankreich, a. a. O.; Österreicher im Exil: Frankreich 1938—1945, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1984.
- ⁵⁶ Die nationale Frage und Österreichs Kampf um seine Unabhängigkeit, Paris 1939.
- ⁵⁷ Ernst Schwager: Die österreichische Emigration in Frankreich, a. a. O., S. 66.
- ⁵⁸ Ebenda.
- ⁵⁹ Für ein freies, unabhängiges Österreich, Moskau 1943, S. 21.
- ⁶⁰ Ebenda, S. 22.
- ⁶¹ Die Rote Fahne, 1/1936.
- ⁶² Peter Pelinka: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934—1938, Wien 1981, S. 248.
- ⁶³ Bruno Kreisky im Vorwort zu: Karl Stadler: Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974.

6. Abschnitt

- ¹ UdSSR — Österreich, 1938—1979. Dokumente und Materialien. Hrsg.: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1980, S. 15.
- ² Helmut Wolfgang Kahn: Der Kalte Krieg. Spaltung und Wahn der Stärke 1945 bis 1955, Köln 1986, S. 14.
- ³ UdSSR — Österreich, 1938—1979, a. a. O., S. 22.
- ⁴ Jacques Hannak: Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie, Wien 1965, S. 674 f.
- ⁵ Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945—1955, hrsg. v. Josef Kocensky, 3. Aufl., Wien 1980, S. 29.
- ⁶ Jacques Hannak, a. a. O., S. 650 f.

- ⁷ Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs, 1918—1955. Kurzer Abriss, Wien 1977, S. 240.
- ⁸ Die Wiedergeburt Österreichs. Manifest der KPÖ vom 11. Juni 1944, Moskau 1944, S. 19 (auszugsweise abgedruckt in: Die KPÖ im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive. Sammelband, Wien 1978, S. 139—150).
- ⁹ Ebenda, S. 23.
- ¹⁰ Ebenda, S. 19.
- ¹¹ Freiheit — Frieden — Österreich. Referat Johann Koplenigs auf der Wiener Parteikonferenz vom 13. Mai 1945, Wien 1945, S. 7 f.
- ¹² Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz, Political Officer of the US Legation in Vienna 1945—1948, ed. by R. Wagnleitner (=Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. v. F. Fellner, Bd. 4), Salzburg 1984, S. 33 f.
- ¹³ Wiener Polizei oder Polizei gegen die Wiener? Hrsg.: Kommunistische Partei Österreichs, Wien 1945, S. 4 ff.
- ¹⁴ Lois Weinberger: Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich, Wien 1948, S. 253 und 249.
- ¹⁵ Sofortprogramm der KPÖ, in: Volksstimme, 5. August 1945.
- ¹⁶ Referat Ernst Fischers auf dem 13. Parteitag, in: Volksstimme, 21. April 1946.
- ¹⁷ Karl Mark: April 1945 in Döbling, in: Österreich 1945. Zeugen der Zeit berichten (=Zeitgeschichte 7/1985, S. 255).
- ¹⁸ Siehe Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945—1955, a. a. O., S. 26 f, 30, 37 f.
- ¹⁹ Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, in: Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, S. 313.
- ²⁰ Ebenda.
- ²¹ Helmut Wolfgang Kahn: Der Kalte Krieg, a. a. O., S. 37.
- ²² Ebenda, S. 74.
- ²³ Karl Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich, Wien 1953, S. 30 und 32.
- ²⁴ Volksstimme, 30. Oktober 1945.
- ²⁵ Zur Frage der Verstaatlichung. Brief an die SPÖ und ÖVP, in: Weg und Ziel, September 1946, S. 528.
- ²⁶ Ebenda, S. 527.
- ²⁷ Siehe u. a.: Bilanz der Betriebsratswahlen, in: Weg und Ziel, Jänner 1948, S. 1—7.
- ²⁸ Dazu etwa Langbein: Die Volksdemokratie, in: Weg und Ziel, November 1946, S. 604—617.
- ²⁹ Friedl Fűrberg: Klare Fronten, in: Weg und Ziel, Dezember 1947, S. 817.
- ³⁰ Karl Gruber: Ein politisches Leben, Wien-München-Zürich 1976.
- ³¹ Gerald Stourzh: Geschichte des Staatsvertrages 1945—1955. Österreichs Weg zur Neutralität, 3. Aufl., Graz-Wien-Köln 1985, S. 64.
- ³² Ebenda, S. 321.
- ³³ Ebenda, S. 103.
- ³⁴ Ebenda.
- ³⁵ Karl R. Stadler: Adolf Schärf. Mensch. Politiker. Staatsmann, Wien-München-Zürich 1982, S. 377.

- ³⁶ Sofortprogramm der KPÖ, in: Volksstimme, 5. August 1945.
³⁷ Volksstimme, 2. September 1949.
³⁸ Die KPÖ im Kampf für ..., a. a. O., S. 166.
³⁹ Bernd Greiner: Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg, Heilbronn 1986, S. 127.
⁴⁰ Weg und Ziel, November 1947, S. 816.
⁴¹ Ebenda, S. 824.
⁴² Weg und Ziel, Juli/August 1948, S. 564.
⁴³ Ebenda, S. 568.
⁴⁴ Ebenda.
⁴⁵ Ebenda, S. 565.
⁴⁶ Der 14. Parteitag der KPÖ, Wien o. J. (1949), S. 228.
⁴⁷ Weg und Ziel, Jänner 1950, S. 84.
⁴⁸ Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen (30. Juni 1956), in: Marxistische Blätter, Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, 3/1977, S. 130.
⁴⁹ Reinhold Wagnleitner: Großbritannien und die Wiedererrichtung der Republik Österreich, Diss. Salzburg 1975, S. 261.
⁵⁰ Fritz Klenner: Die österreichischen Gewerkschaften, Bd. 2, Wien 1953, S. 1733.
⁵¹ Zitiert in: Hannes Zimmermann: Wirtschaftsentwicklung in Österreich 1945—1951 am Beispiel der Lohn-Preis-Abkommen und des Marshallplans, Diss. Wien 1983, S. 235.
⁵² Der 14. Parteitag der KPÖ, a. a. O., S. 45.
⁵³ Ebenda.
⁵⁴ Zitiert in: Fritz Weber: Die linken Sozialisten 1945—1948. Parteiopposition im beginnenden Kalten Krieg, Diss. Salzburg 1977, S. 526.
⁵⁵ Karl R. Stadler: Adolf Schärf, a. a. O., S. 336.
⁵⁶ Hans Prader: Die Angst der Gewerkschaft vorm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945—1950 (In Sachen „Bd. 1“), Wien 1975, S. 76.
⁵⁷ Ebenda, S. 79.
⁵⁸ Fritz Weber: Die linken Sozialisten, a. a. O., S. 446.
⁵⁹ Einen zahlenmäßigen Überblick bietet William B. Bader: Austria Between East and West 1945—1955, Stanford 1966, S. 145—154.
⁶⁰ Bilanz der Betriebsratswahlen, a. a. O., S. 5.
⁶¹ Der 15. Parteitag der KPÖ, Wien o. J. (1952), S. 60 f.
⁶² Ebenda, S. 61.
⁶³ Ebenda, S. 62.
⁶⁴ Bilanz der Betriebsratswahlen, a. a. O., S. 5.
⁶⁵ Ebenda, S. 6.
⁶⁶ Der 14. Parteitag der KPÖ, a. a. O., S. 52 f.
⁶⁷ Ebenda, S. 68.
⁶⁸ Der 16. Parteitag der KPÖ, Wien o. J. (1954), S. 107.
⁶⁹ Die Sozialistische Partei Österreichs, in: Weg und Ziel, April 1947, S. 240.
⁷⁰ Otto Langbein: Treue zur Arbeiterbewegung, in: Weg und Ziel, Dezember 1947, S. 845.

- ⁷¹ Der 15. Parteitag der KPÖ, a. a. O., S. 71.
⁷² Ebenda, S. 71 f.
⁷³ Ebenda, S. 224.
⁷⁴ Ebenda, S. 227.
⁷⁵ Ebenda, S. 73.
⁷⁶ Der 16. Parteitag der KPÖ, a. a. O., S. 75.
⁷⁷ Ebenda, S. 60.
⁷⁸ Ebenda, S. 60 f.
⁷⁹ Ebenda, S. 153.
⁸⁰ Karl R. Stadler: Adolf Schärf, a. a. O., S. 442.
⁸¹ Ebenda.
⁸² Für die Durchführung des Moskauer Abkommens, Erklärung des Zentralkomitees der KPÖ vom 17. April 1955, in: Die KPÖ im Kampf für ..., a. a. O., S. 176.
⁸³ Bruno Kreisky: Die Erinnerung, Interview, in: Basta, Sept. 1984, S. 35.
⁸⁴ Ebenda.

7. Abschnitt

Die folgenden Anmerkungen wurden unter maßgeblicher Mitarbeit von Gerhard Moser zusammengestellt.

- ¹ ZK-Plenum Juli 1956, Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, o. Reg.-Nr.
² Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1957, S. 124.
³ Ebenda, S. 133.
⁴ Ebenda, S. 135.
⁵ Ebenda, S. 178 ff.
⁶ Ebenda, S. 191.
⁷ Ebenda, S. 207.
⁸ Ebenda, S. 210.
⁹ ZK-Plenum Juli 1956, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
¹⁰ Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1957, S. 196.
¹¹ Theodor Prager: Neue Elemente im Kapitalismus, in: Weg und Ziel, November 1957, S. 917 ff.
¹² Der 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1961, S. 372.
¹³ Ebenda, S. 116.
¹⁴ Ebenda, S. 117.
¹⁵ Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1957, S. 107.
¹⁶ Der 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1961, S. 132.
¹⁷ Ebenda, S. 371 f.
¹⁸ Grundprobleme unseres Kampfs um die Einheit. Ein Diskussionsbeitrag, Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, NL 40 (Nachlaß Josef Lauscher), Do. 145, Ma. 7.
¹⁹ Der 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1961, S. 140 f.
²⁰ Ebenda, S. 350.
²¹ Ebenda, S. 257.
²² Offener Brief Franz Strobbs (Oktober 1963), ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.

- ²³ Weg und Ziel, Mai 1964, S. 273.
²⁴ Ebenda, S. 276.
²⁵ Ebenda, S. 274.
²⁶ Weg und Ziel, Juni 1964, S. 388.
²⁷ Weg und Ziel, Juli/August 1964, S. 482.
²⁸ Weg und Ziel, September 1964, S. 562.
²⁹ Weg und Ziel, Oktober 1964, S. 615 ff.
³⁰ Weg und Ziel, November 1964, S. 688 ff.
³¹ Weg und Ziel, Mai 1965, S. 353 ff.
³² Ebenda, S. 354.
³³ Ebenda, S. 353.
³⁴ Weg und Ziel, Juni 1965, S. 427.
³⁵ Weg und Ziel, Juli/August 1965, S. 512 ff.
³⁶ Der österreichische Volkswirt, 3. März 1964.
³⁷ ZK-Plenum Dezember 1961. ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
³⁸ Volksstimme, 28. April 1964.
³⁹ Weg und Ziel, Oktober 1964, S. 576 ff.
⁴⁰ ZK-Plenum Februar 1965. ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
⁴¹ Ebenda.
⁴² Ebenda.
⁴³ Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1965, S. 93.
⁴⁴ Ebenda, S. 69.
⁴⁵ Ebenda, S. 156.
⁴⁶ Ebenda, S. 48.
⁴⁷ Ebenda, S. 197.
⁴⁸ Ebenda, S. 161 f.
⁴⁹ Ebenda, S. 310 ff.
⁵⁰ Ebenda, S. 343.
⁵¹ Ebenda, S. 360 f.
⁵² Ebenda, S. 352.
⁵³ Ebenda, S. 348.
⁵⁴ Ebenda, S. 349.
⁵⁵ Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, NL 40, Do. 146, Ma. 5.
⁵⁶ ZK-Plenum vom 28. und 29. September 1966, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
⁵⁷ Die Presse, 3. Jänner 1966.
⁵⁸ ZK-Plenum, November 1965, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
⁵⁹ Diskussionsgrundlage zu Demokratie und Sozialismus, in: Volksstimme, 15. Oktober 1967.
⁶⁰ Grundriß der Geschichte der KPÖ, Prag 1980, S. 303.
⁶¹ Bayern-Kurier, 7. September 1968.
⁶² Volksstimme, 22. August 1968.
⁶³ Arbeiter-Zeitung, 22. August 1968.
⁶⁴ Protokoll der 32. Plenartagung des ZK der KPÖ, 22. August 1968 (als Manuskript gedruckt).
⁶⁵ Ebenda, S. 9.

- ⁶⁶ Ebenda, S. 17.
⁶⁷ Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, NL 39 (Nachlaß Theodor Prager), Do. 135, Ma. 11.
⁶⁸ Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, NL 40, Do. 146, Ma. 5. (Abschrift der TV-Sendung „Horizonte“ vom 10. September 1968.)
⁶⁹ Protokoll der 33. Plenartagung des ZK der KPÖ, 12. und 13. September 1968 (als Manuskript gedruckt), S. 76.
⁷⁰ Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1969, S. 184.
⁷¹ Ebenda, S. 105.
⁷² Ebenda, S. 206 f.
⁷³ Ebenda, S. 294 f.
⁷⁴ Ebenda, S. 485.
⁷⁵ Ebenda, S. 525 f.
⁷⁶ ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
⁷⁷ Ebenda.
⁷⁸ Ebenda.
⁷⁹ Wiener Tagebuch, Juli/August 1969, S. 8.
⁸⁰ ZK-Plenum Mitte Mai 1969, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
⁸¹ Volksstimme, 11. Juli 1969.
⁸² ZK-Plenum Oktober 1969, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
⁸³ Bericht über den Entscheidungsprozeß der Schiedskommission in Sachen Ernst Fischer, in: Protokoll der 7. Plenartagung des ZK der KPÖ, 27. und 28. Oktober 1969 (als Manuskript gedruckt).
⁸⁴ Ebenda.
⁸⁵ Die Zeit, 18. Juli 1969.
⁸⁶ Protokoll der 7. Plenartagung des ZK der KPÖ, a. a. O., S. 5 ff.
⁸⁷ Ebenda, S. 13 ff.
⁸⁸ Ebenda, S. 63.
⁸⁹ Ebenda, S. 62.
⁹⁰ Ebenda, S. 57 ff.
⁹¹ Ebenda, S. 105 ff.
⁹² Ebenda, S. 102.
⁹³ ZK-Plenum Oktober 1969, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
⁹⁴ Weg und Ziel, Juni 1970, S. 19.
⁹⁵ Neue Politik, Jänner 1970, S. 3.
⁹⁶ Diskussionsgrundlage für den 21. Parteitag, in: Volksstimme, 15. April 1970.
⁹⁷ Der 21. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1970, S. 25.
⁹⁸ Ebenda, S. 36.
⁹⁹ Ebenda, S. 37.
¹⁰⁰ Ebenda, S. 45.
¹⁰¹ Ebenda, S. 55.
¹⁰² Ebenda, S. 113.
¹⁰³ Ebenda, S. 117.
¹⁰⁴ Ebenda, S. 222 ff.
¹⁰⁵ Ebenda, S. 248.

- ¹⁰⁶ Ebenda, S. 307.
- ¹⁰⁷ ZK-Plenum Juni 1962, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
- ¹⁰⁸ Volksstimme, 21. Juni 1963.
- ¹⁰⁹ Die Sozialistische Partei als Regierungspartei. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 25. und 26. April 1970. (Kleine theoretische Reihe Nr. 1.)
- ¹¹⁰ Die Gesamtschule — Ein entscheidender Schritt. Protokoll der schulpolitischen Konferenz, abgehalten am 13. Februar 1971. (Kleine theoretische Reihe Nr. 2.)
- ¹¹¹ Für eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 15. Mai 1971. (Kleine theoretische Reihe Nr. 3.)
- ¹¹² Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 29. Jänner 1972. (Kleine theoretische Reihe Nr. 4.)
- ¹¹³ Zur Lage der Arbeiterklasse in Österreich. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 2. Juni 1973. (Kleine theoretische Reihe Nr. 5.)
- ¹¹⁴ Resolution des ZK der KPÖ zur ČSSR-Frage. In: Volksstimme, 13. März 1971.
- ¹¹⁵ Der 23. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1977, S. 38.
- ¹¹⁶ Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1974, S. 38.
- ¹¹⁷ Der Spiegel, 7. März 1977.
- ¹¹⁸ Der 23. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1977, S. 49.
- ¹¹⁹ Weg und Ziel, Mai 1978, S. 190.
- ¹²⁰ Emanzipation der Frau — Schlagwort oder revolutionäre Aufgabe? Protokoll der Konferenz der KPÖ, 30. November 1974, Wien 1974.
- ¹²¹ Zur Lage der Intelligenz in Österreich. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 19. Juni 1975. (Kleine theoretische Reihe Nr. 6.)
- ¹²² Kulturpolitisches Forum der KPÖ. Protokoll der Konferenz, abgehalten am 24. Juni 1978. (Kleine theoretische Reihe Nr. 7.)
- ¹²³ Am Beispiel Otto Scrinzi. Rechtsextreme in Österreich, herausgegeben vom Aktionskomitee gegen nazistische Wiederbetätigung, Wien 1980.
- ¹²⁴ Weg und Ziel, Juli/August 1980, S. 258 ff.
- ¹²⁵ Weg und Ziel, Oktober 1980, S. 389 ff.
- ¹²⁶ KPÖ und die Friedensbewegung, Wien 1982, S. 19 ff.
- ¹²⁷ Weg und Ziel, Dezember 1980, S. 418 ff.
- ¹²⁸ Arbeiter-Zeitung, 7. September 1985.
- ¹²⁹ Industrie, 2. April 1986.
- ¹³⁰ Weg und Ziel, September 1976, Beilage.
- ¹³¹ Der 23. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1977, S. 357.
- ¹³² ZK-Plenum September 1978, ZPA der KPÖ, o. Reg.-Nr.
- ¹³³ Der 25. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1984, S. 276 f.
- ¹³⁴ Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 37, S. 291.
- ¹³⁵ Der 25. Parteitag, a. a. O., S. 278.
- ¹³⁶ Ebenda.
- ¹³⁷ Ebenda, S. 286.
- ¹³⁸ Sozialismus in Österreichs Farben. Programm der KPÖ, Wien 1982, S. 58.

Verzeichnis der zitierten Bücher und Aufsätze

- ACKERL, Isabella/Eszter Dorner Brader: Historische Einführung, in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung V: 20. Oktober 1926 bis 4. Mai 1929, Bd. 1, Wien 1983.
- ADLER, Friedrich: Nach zwei Jahren. Reden, gehalten im November 1918, Wien 1918.
- AM BEISPIEL Otto Scrinzi. Rechtsextreme in Österreich, hrsg. vom Aktionskomitee gegen nazistische Wiederbetätigung, Wien 1980.
- ARBEITERBEWEGUNG, Faschismus, Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Hrsg.: H. Konrad/W. Neugebauer, Wien—München—Zürich 1983.
- AUF ZUM KAMPF für die Freiheit und Wiedergeburt Österreichs, London 1945.
- BADER, William B.: Austria Between East and West 1945—1955, Stanford 1966.
- BAUER, Otto: Einheitsfront in der Weltpolitik!, in: Werkausgabe, Bd. 9.
- BAUER, Otto: Freiheitsschwur, in: Werkausgabe, Bd. 6.
- BAUER, Otto: Der Genfer Knechtungsvertrag und die Sozialdemokratie, in: Werkausgabe, Bd. 2.
- BAUER, Otto: Grundsätzliches zu den Hinrichtungen in Moskau, in: Werkausgabe, Bd. 9.
- BAUER, Otto: Der Kampf um die Demokratie, in: Werkausgabe, Bd. 5.
- BAUER, Otto: Die österreichische Revolution, in: Werkausgabe, Bd. 2.
- BAUER, Otto: Politisches Referat auf der Wiener Jahreskonferenz der Sozialdemokratie, in: Werkausgabe, Bd. 6.
- BAUER, Otto: Die Sozialdemokratie und Sowjetrußland, in: Werkausgabe, Bd. 6.
- BAUER, Otto: Wir stehen vor dem Kampf, in: Werkausgabe, Bd. 6.
- BAUER, Otto: Würzburg und Wien, in: Werkausgabe, Bd. 8.
- BAUER, Otto: Zwischen zwei Weltkriegen, in: Werkausgabe, Bd. 4.
- BAUER, Otto/Theodor Dan/Jean Zyromski: Thesen zur Kriegsfrage, in: Otto Bauer: Werkausgabe, Bd. 4.
- BESCHLUSS des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen (30. Juni 1956), in: Marxistische Blätter, 3/1977.
- BUTSCHEK, Felix: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Stuttgart 1978.
- DEUTSCH, Julius: Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen, Karlsbad 1934.
- DEUTSCH, Julius: Die Fascistengefahr, Wien 1923.
- DIMITROFF, Georgi: Brief an die österreichischen Arbeiter, Moskau 1934.
- DIMITROFF, Georgi: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. von Rolf Richter, Leipzig 1982.
- DOKUMENTATION zur österreichischen Zeitgeschichte 1945—1955, hrsg. von Josef Kocensky, Wien 1980.
- EMANZIPATION der Frau — Schlagwort oder revolutionäre Aufgabe. Protokoll der Konferenz der KPÖ, 30. November 1974, Wien 1974.
- Die EREIGNISSE in Vorau. Bauern kämpfen gegen die Zwangsversteigerung, Wien o. J.

ERZÄHLTE Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 1, Wien—München 1985.

FASCHISTENFREISPRUCH in Graz — Arbeitermord in Voitsberg, Wien o. J.

FEY, Emil: Österreichs Aufstieg und Kampf, hrsg. vom Österreichischen Heimatdienst, Wien 1933.

FIRSOW, F. J.: Georgi Dimitroff und das Westeuropäische Büro der Komintern, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6/1973.

FREIHEIT — Frieden — Österreich. Referat Johann Koplenigs auf der Wiener Parteikonferenz vom 13. Mai 1945, Wien 1945.

FÜR ein freies, unabhängiges Österreich, Moskau 1943.

FÜR eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 15. Mai 1971. (Kleine theoretische Reihe Nr. 3.)

FÜRNBURG, Friedl: Österreichische Freiheitsbataillone. Österreichische Nation, Wien 1975.

(FÜRNBURG, Friedl): Die Wiener Julikämpfe, Wien 1927.

GARSCHA, Winfried R./Hans Hautmann: Februar 1934 in Österreich, Berlin—Wien 1984.

GARSCHA, Winfried R./Barry McLoughlin: Wien 1927 — Menetekel für die Republik, Berlin—Wien 1987.

GEHEIMER Briefwechsel Mussolini—Dollfuß. Mit einem Vorwort von Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, Wien o. J. (1949).

Die GESAMTSCHULE — Ein entscheidender Schritt. Protokoll der schulpolitischen Konferenz, abgehalten am 13. Februar 1971. (Kleine theoretische Reihe Nr. 2.)

GESCHICHTE der Kommunistischen Partei Österreichs 1918—1955. Kurzer Abriss, Wien 1977.

GESCHICHTE der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923—1940), hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Werner Kowalski, Berlin 1985.

GÖHRING, Walter: Der illegale Kommunistische Jugendverband Österreichs, Diss., Wien 1971.

GRATZ, Gustav/Richard Schüller: Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns, Wien 1930.

GREINER, Bernd: Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg, Heilbronn 1986.

GROSSMANN, Oskar: siehe Alexander Schönau.

GRUBER, Karl: Ein politisches Leben, Wien—München—Zürich 1976.

GRUBER, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich, Wien 1953.

GRUNDRISSE der Geschichte der KPÖ, Prag 1980.

HAAS, Karl: Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979.

HANNAK, Jacques: Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie, Wien 1965.

HINDELS, Josef: Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934—1945, Wien 1976.

HOLZER, Willibald I.: Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOVÍPOJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Die Kommunistische Partei Österreichs im militanten politischen Widerstand, Diss., Wien 1971.

HORN, Otto: Die illegale Gewerkschaftsbewegung 1934—1938, in: Volksstimme, 21. November 1958.

HORN, Otto: War 1938 unabwendbar?, in: Tagebuch, Mai 1963.

HUEMER, Peter: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975.

JEDLICKA, Ludwig: Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918—1938, Graz—Köln 1955.

KAHN, Helmut Wolfgang: Der Kalte Krieg. Spaltung und Wahn der Stärke 1945—1955, Köln 1986.

KAMMERSTÄTTER, Peter: Materialsammlung über die Widerstands- und Partisanenbewegung Willy-Fred im oberen Salzkammergut — Ausseer Land 1943—1945, Manuskript, Linz 1978.

KEREKES, Lajos: Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966.

KISCH, Egon Erwin: Gesammelte Werke, Bd. 10, Berlin 1985.

KLENNER, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften, Bd. 2, Wien 1953.

Die KOMMUNISTISCHE Internationale. Kurzer historischer Abriss, Berlin 1970.

KONRAD, Helmut: Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KSČ zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, Wien 1978.

KOSTMANN, Jenö: siehe Erzählte Geschichte.

Die KPÖ IM KAMPF für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive. Sammelband, Wien 1978.

KPÖ und Friedensbewegung, Wien 1982.

KREISKY, Bruno: Die Erinnerung, in: Basta, September 1984.

KRIWOGUS, I. M./S. M. Stezkewitsch: Abriss der Geschichte der I. und II. Internationale, Berlin 1960.

KULTURPOLITISCHES Forum der KPÖ. Protokoll der Konferenz, abgehalten am 24. Juni 1978. (Kleine theoretische Reihe Nr. 7.)

LANGBEIN, Hermann: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938—1945, Frankfurt am Main 1980.

LEICHTER, Otto: Glanz und Ende der Ersten Republik, Wien 1964.

LEICHTER, Otto: siehe auch Georg Wieser.

LENIN, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22.

LENIN, W. I.: Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale, 1. Juli, in: Werke, Bd. 32.

LOSUNGSWORT „Frühling“, hrsg. von der KPÖ St. Pölten, o. O., o. J. (1955).

LUŽA, Radomír: Der Widerstand in Österreich 1938—1945, Wien 1983.

MAIMANN, Helene: Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938 bis 1945, Wien—Köln—Graz 1975.

MAISKI, I. M.: Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1967.

MANIFESTE, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß, Hamburg 1920.

MARK, Karl: April 1945 in Döbling, in: Österreich 1945. Zeugen der Zeit berichten. (Zeitgeschichte 7/1985.)

MAXIMYTSCH, Igor: Der Anfang vom Ende. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1933—1939, Köln 1985.

MIKUSCH, Franz: Das erste österreichische Freiheitsbataillon, in: Weg und Ziel, Jänner 1959.

MITTERÄCKER, Hermann: Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstandes 1938 bis 1945, Wien 1963.

MOSER, Gustav: Die Initiative ging von uns aus, in: Volksstimme (Beilage), 24. April 1975.

MUCHITSCH, Max: Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab, Wien 1985.

Die NATIONALE FRAGE und Österreichs Kampf um seine Unabhängigkeit, Paris 1939.

NECK, Rudolf (Hrsg.): Arbeiterschaft und Staat im ersten Weltkrieg 1914—1918. (A-Quellen), I. Der Stock, Bd. 1, Wien 1964.

ÖSTERREICH — Brandherd Europas, Zürich 1934.

ÖSTERREICH unter dem Reichskommissar. Bilanz eines Jahres Fremdherrschaft, Paris 1939.

ÖSTERREICHER im Exil: Belgien 1938—1945, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1987.

ÖSTERREICHER im Exil: Frankreich 1938—1945, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1984.

ÖSTERREICHER im spanischen Bürgerkrieg. Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936—1945, Wien 1986.

Die ÖSTERREICHISCHE Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, 2. erweiterte Auflage, Wien 1971.

PELINKA, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934—1938, Wien 1981.

PLASCHKA, Richard Georg/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan: Innere Front. Militärassistenz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918, Bd. 1., Wien 1974.

PLIESEIS, Sepp: Vom Ebro zum Dachstein, Linz 1946.

POLLAK, Oskar: Stalin hilft Hitler, in: Der Sozialistische Kampf, 11/1939.

PRADER, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vorm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945—1950, Wien 1975. (In Sachen, Bd. 1.)

PRAGER, Theodor: Neue Elemente im Kapitalismus, in: Weg und Ziel, Nov. 1957.

PROTOKOLL der 33. Plenartagung des ZK der KPÖ, 12. und 13. September 1968. (Als Manuskript gedruckt.)

PROTOKOLL der 7. Plenartagung des ZK der KPÖ, 27. und 28. Oktober 1969. (Als Manuskript gedruckt.)

PROTOKOLL der 32. Plenartagung des ZK der KPÖ, 22. August 1968. (Als Manuskript gedruckt.)

PROTOKOLLE des Ministerrates der Ersten Republik, Abt. V: 20. Oktober 1926 bis 4. Mai 1929, Wien 1983.

ROT-Weiß-Rot-Buch. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs, Wien 1946.

SCHAUSBERGER, Norbert: Der Anschluß, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik: Österreich 1918—1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz—Wien—Köln 1983.

SCHÖNAU, Alexander (d. i. Oskar Grossmann): Der Aufstand des österreichischen Proletariats, Zürich 1934.

SCHÜTTE-LIHOTZKY: Erinnerungen aus dem Widerstand 1938—1945, hrsg. von Chup Friemert, Hamburg 1985.

SCHUMACHER, Horst: Die internationale Solidarität mit den Antifaschisten Österreichs und das Eintreten der KPD für das Selbstbestimmungsrecht und die nationale Unabhängigkeit des österreichischen Volkes, in: Arbeiterbewegung — Faschismus — Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Hrsg.: H. Konrad/W. Neugebauer, Wien—München—Zürich 1983.

SCHUMACHER, Horst: Die Kommunistische Internationale (1919—1943), Berlin 1979.

SCHUSCHNIGG, Kurt: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee, Wien 1969.

SCHWAGER, Ernst: Die österreichische Emigration in Frankreich 1938—1945, Wien—Graz—Köln 1984.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Partei Österreichs im Kampf um die Massen, Moskau 1936.

ŠIRINJA, Kirill K.: Georgi Dimitroff und der Kampf um die neue Orientierung der Komintern in den Jahren 1935—1939, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5/1972.

SOZIALISMUS in Österreichs Farben. Programm der KPÖ, Wien 1982.

Die SOZIALISTISCHE Partei als Regierungspartei. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 25. und 26. April 1970. (Kleine theoretische Reihe Nr. 1.)

STADLER, Karl R.: Adolf Schärf. Mensch. Politiker. Staatsmann, Wien—München—Zürich 1982.

STADLER, Karl R.: Österreich 1938—1945. Im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966.

STADLER, Karl R.: Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974.

STALIN, J. W.: Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR. Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B) am 1. August 1927, in: Werke, Bd. 10.

STALIN, J. W.: Marxismus und nationale Frage, in: Werke, Bd. 2.

STALIN, J. W.: Über die Aufgaben der Wirtschaftler, Rede auf der 1. Unionskonferenz der Funktionäre der sozialistischen Industrie, 4. Februar 1931, in: Werke, Bd. 13.

STALIN, J. W.: Zur internationalen Lage, in: Werke, Bd. 6.

STARHEMBERG, Ernst Rüdiger: Memoiren, Wien 1971.

STENOGRAPHISCHE Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 3. Gesetzgebungsperiode, Bd. I (Wien 1928).

STOURZH, Gerald: Geschichte des Staatsvertrages 1945—1955. Österreichs Weg zur Neutralität, Wien—Köln 1985.

UdSSR — ÖSTERREICH, 1938—1979. Dokumente und Materialien, Moskau 1980.

UM FRIEDE, Freiheit und Recht! Der Jänneraufstand des innerösterreichischen Proletariats, Wien 1918.

UNTERSTANDING Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945—1948, ed. by R. Wagnleitner, Salzburg 1984. (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4.)

VOGELMANN, Karl: Die Propaganda der österreichischen Emigration in der Sowjetunion für einen selbständigen österreichischen Nationalstaat (1938—1945), Wien 1973.

VOGL, Friedrich: Österreichs Eisenbahner im Widerstand, Wien 1968.

- WACHS, Walter: Kampfgruppe Steiermark, Wien—München—Zürich 1968.
- WAGNLEITNER, Reinhold: Großbritannien und die Wiedererrichtung der Republik Österreich, Diss., Salzburg 1975.
- WEBER, Fritz: Die linken Sozialisten 1945—1948. Parteiopposition im beginnenden Kalten Krieg, Diss., Salzburg 1977.
- WEINBERGER, Lois: Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich, Wien 1945.
- WEINZIERL, Erika/Kurt Skalnik: Österreich 1918—1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz—Wien—Köln 1983.
- WEISSENSTEINER, Friedrich: Die Verständigungsversuche der niederösterreichischen Sozialdemokraten mit den Christlich-Sozialen in den Jahren 1933/34, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 2/1982.
- WERNER, Max: Die sowjetrussische Großmachtspolitik, in: Der Sozialistische Kampf, 1/1940.
- WEST, Franz: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934—1938, Wien 1978.
- WIDERSTAND und Verfolgung im Burgenland. Eine Dokumentation, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2. Aufl., Wien 1983.
- WIDERSTAND und Verfolgung in Niederösterreich. Eine Dokumentation, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 3 Bde., Wien 1987.
- WIDERSTAND und Verfolgung in Oberösterreich. Eine Dokumentation, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2 Bde., Wien 1982.
- WIDERSTAND und Verfolgung in Tirol. Eine Dokumentation, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2 Bde., Wien 1984.
- WIDERSTAND und Verfolgung in Wien. Eine Dokumentation, Hrsg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 3 Bde., 2. Auflage, Wien 1984.
- Die WIEDERGEURT Österreichs. Manifest der KPÖ vom 11. Juni 1944, Moskau 1944.
- WIENER Polizei oder Polizei gegen die Wiener? Hrsg.: Kommunistische Partei Österreichs, Wien 1945.
- WIESER Georg (d. i. Otto Leichter): Ursachen der russischen Politik, in: Der Sozialistische Kampf, 4/1940.
- WILTSCHEGG, Walter: Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985.
- ZIMMERMANN, Hannes: Wirtschaftsentwicklung in Österreich 1945—1951 am Beispiel der Lohn-Preis-Abkommen und des Marshallplans, Diss., Wien 1983.
- ZUCKER-SCHILLING, Erwin: Hoch klang das Lied der Solidarität, in: Weg und Ziel, 4/1973.
- ZUM STAATSMONOPOLISTISCHEN Kapitalismus in Österreich. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 29. Jänner 1972. (Kleine theoretische Reihe Nr. 4.)
- ZUR LAGE der Arbeiterklasse in Österreich. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 2. Juni 1973. (Kleine theoretische Reihe Nr. 5.)
- ZUR LAGE der Intelligenz in Österreich. Protokoll der theoretischen Konferenz, abgehalten am 19. Juni 1975. (Kleine theoretische Reihe Nr. 6.)
- Der ZWEITE Weltkrieg 1939—1945. Kurze Geschichte, Berlin 1985.